Marxistische Studien

Arbeiterklasse der 80er Jahre:
Kern, Strukturveränderungen
Betriebliche Basis – Betriebliche Kämpfe
Neue Technologien – Produktivkraftentwicklung
Die Linke im Großbetrieb
Ruhrgebiet – Stahlkrise – Verstaatlichung
Wirtschaftskrise – Internationale Finanzkrise
Friedensbewegung
Marx-Debatte
Soziologie in der Krise
Marxismus und Frauenfrage
Globale Probleme

Jahrbuch des IMSF 6

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 6/1983

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF

Beirat:

Heinz Jürgen Axt, Hermann Bömer,
Gerhard Brosius, Christoph Butterwegge,
Edgar Gärtner, Bernd Greiner,
Florence Hervé, Johanna Hund,
Friedhelm Kröll, Jan Priewe,
Witich Roßmann, Angelina Sörgel,
Kurt Steinhaus, Harald Werner

Redaktion:

Heinz Jung, André Leisewitz, Kaspar Maase,
Josef Schleifstein

Herausgegeben vom Institut für
Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)
Frankfurt am Main

Marxistische Studien

Arbeiterklasse der 80er Jahre:
Kern, Strukturveränderungen
Betriebliche Basis – Betriebliche Kämpfe
Neue Technologien – Produktivkraftentwicklung
Die Linke im Großbetrieb
Ruhrgebiet – Stahlkrise – Verstaatlichung
Wirtschaftskrise – Internationale Finanzkrise
Friedensbewegung
Marx-Debatte
Soziologie in der Krise
Marxismus und Frauenfrage
Globale Probleme

Jahrbuch des IMSF 6
1983

© 1983 by Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)
6000 Frankfurt am Main, Liebigstraße 6.
Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung des IMSF gestattet.
Gesamtherstellung: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss
ISSN 0171-3698

Inhalt

Vorwort 7

Arbeiterklasse in den 80er Jahren: Historisches Subjekt – Betriebliche Basis – Kämpfe – Bewußtsein

Arbeiterklasse – revolutionäres Subjekt historischer Veränderung in der Bundesrepublik 11

Lothar Peter, Krise der Arbeiterklasse? Krise der Arbeiterbewegung? Zur aktuellen Diskussion um Fragmentierung und Vereinheitlichung der Arbeiterklasse 21

Heinz Jung, Zur Arbeiterklasse der 80er Jahre 44

André Leisewitz, Neue Technologien und Arbeiterklasse. Zur Entwicklung des Produktivkraftsystems in der Bundesrepublik 84

Hermann Bömer/Ulrike Bohnenkamp, Regionalentwicklung der Wirtschaftsstruktur und der Arbeiterklasse. Zur Differenzierung nach regionalen Zentren 107

Andreas Achenbach/Hermann Bömer, Dortmund als „altes Zentrum" der Arbeiter- und demokratischen Bewegung 125

Heinz Thüer, „Vergesellschaftung der Stahlindustrie" – Träger, Triebkräfte, Ziele der Bewegung 137

Peter Hinrichs, Sozialpartnerschaft auf schmalerer Basis? Zur Politik der Unternehmerverbände im Zeichen der „geistig-moralischen Wende" 155

Johannes Henrich von Heiseler, Zu einigen Aspekten der Bewußtseinsentwicklung in der Arbeiterklasse 167

Gert Hautsch/Bernd Semmler, Betriebsbesetzungen und gewerkschaftlicher Kampf. Rahmenbedingungen, Triebkräfte und Perspektiven betrieblicher Abwehrkämpfe gegen Arbeitsplatzvernichtung 177

Klaus Pickshaus, Politische Differenzierungen im Großbetrieb: Zur Herausbildung linksoppositioneller Betriebsratslisten 199

Kurt Steinhaus, Zur Betriebsorientierung der marxistischen Arbeiterpartei der Bundesrepublik 223

Politische Ökonomie, SMK-Theorie

Jörg Huffschmid, Die Wirtschaftskrise in der BRD: Tendenzen und Perspektiven 235

Bernhard Roth, Die Rolle der Xenofinanzmärkte in der internationalen Finanzkrise 259

Michael Ellwardt, Staat und Monopole: das Beispiel Wettbewerbsgesetzgebung 285

Friedensbewegung

Christoph Butterwegge/Manfred Ossenbeck, SPD und Friedensfrage. Positionen fortschrittlicher Sozialdemokraten zur Friedenssicherung 302

Florence Hervé/Renate Janßen, Frauenbewegung und Friedensbewegung – einige Aspekte 316

Soziologieentwicklung, Marxismus-Debatte

H. J. Krysmanski, Vom Politischwerden der herrschenden Soziologie in der Bundesrepublik 324

Winfried Schwarz, Wie sie zu Marx stehen . . . Hauptrichtungen des bundesdeutschen Umgangs mit Karl Marx in seinem 100. Todesjahr 341

Marx-Engels-Forschung

Manfred Müller/Wolfgang Focke, Ein bisher unveröffentlichter Marx-Text liegt vor. Zum Erscheinen des MEGA-Bandes II/3.6, der die Hefte XIX bis XXIII des Manuskripts „Zur Kritik der Politischen Ökonomie" enthält 356

Michael Knieriem, Engels als politischer Flüchtling in der Schweiz im Sommer 1849 – Versuch einer Dokumentation 367

Diskussion – Kritik – Replik

Frigga Haug, Der Streit um die Frauenfrage. Überlegungen im Anschluß an U. H.-Osterkamps Kritik an meinen Texten zur Frauenbefreiung 376

Ingeborg Nödinger/Alma Steinberg, Leugnet der Marxismus die Frauenfrage? Eine Antwort an Frigga Haug 385

Klaus Borchardt/Thomas Sauer, Zur Kritik der These der privatmonopolistischen Entwicklungsvariante des SMK der BRD 393

Heinz Jung, Sind in der Nacht alle Katzen grau oder: War Schiller tatsächlich dasselbe wie Erhard? Replik auf die Kritik von Borchardt/Sauer 406

Werner Goldschmidt/Ulrich Semmelrogge, Der Staat im SMK – Theorie und Empirie. Kritische Anmerkungen zu einem Projekt des IMSF 409

Eva Haake/Matthias Lux, Zur Diskussion um theoretische Fragen der politischen Ökonomie der Mietwohnung – Eine Wortmeldung zum Aufsatz von W. Schwarz in Marxistische Studien 4, 1981 419

Berichte

Hellmuth Lange, Globale Probleme der Gegenwart und Arbeiterklasse 431

Stephan Voets, IMSF-Arbeitsgespräch zu neuen Technologien 438

Marxistische Forschungseinrichtungen im Ausland

G. I. Morosow, Der Wissenschaftliche Rat zur Erforschung der Probleme von Frieden und Abrüstung (Moskau) 446

Andrew Davies, Die Marx Memorial Library in London 454

IMSF 1983: Publikationen, Konferenzen, Seminare und Vortragsveranstaltungen des IMSF 457

Autoren dieses Bandes 461

Zusammenfassungen zu den Beiträgen 464

Vorwort

Der vorliegende sechste Band der „Marxistischen Studien" erscheint im Karl-Marx-Jahr 1983. Er ist Problemen der Entwicklung und Formierung der Arbeiterklasse der Bundesrepublik gewidmet. Veränderungen ihrer sozialen Struktur und ihre Rolle im heutigen System der Klassenbeziehungen, die Entwicklung ihres sozialökonomischen Kerns wie ihrer betrieblichen Basis, aktuelle gewerkschaftliche und politische Formierungs- und Differenzierungsprozesse unter den seit Mitte der siebziger Jahre durch anhaltende Krisenprozesse, Sozialabbau und Rechtsentwicklung bestimmten Kampfbedingungen stehen im Mittelpunkt. Band 5 der „Marxistischen Studien" untersuchte die Entwicklung der neuen sozialen Bewegungen; diese Analysen verweisen ebenso wie die politische Entwicklung der letzten Jahre auf die Notwendigkeit, die Formierungs- und Entwicklungsprozesse in der Arbeiterklasse als der ihren geschichtlichen Interessen wie ihrem sozialen Gewicht nach entscheidenden Kraft gesellschaftlicher Veränderung in der Bundesrepublik genauer zu untersuchen. Hierzu will der vorliegende Band einen Beitrag leisten.

Er wird eingeleitet mit einem Auszug aus den Thesen, die das IMSF für die Konferenz „Karl Marx und das revolutionäre Subjekt in der Welt von heute" vom März 1983 in Trier ausgearbeitet hatte. Sie stellen in gewissem Sinne eine Klammer der folgenden Beiträge dar, indem sie die längerfristig wirkenden Trends im staatsmonopolistischen System der Bundesrepublik hervorheben. *Lothar Peter* argumentiert gegen Auffassungen von der „Krise der Arbeiterklasse", die die gegenwärtigen Vergesellschaftungs- wie Fragmentierungsprozesse zur „Erosion" der Arbeiterklasse stilisieren und ihre Rolle als geschichtsveränderndes Subjekt zugunsten neuer sozialer Bewegungen in Frage stellen (so Thesen von *Gorz, Hirsch, Haug, Offe, Altvater* u. a.).

Sozialstrukturelle Veränderungen der Arbeiterklasse seit den sechziger Jahren und ihre Struktur zu Beginn der achtziger Jahre, die Bestimmung ihres sozialökonomischen Kerns und die Rolle des Betriebs als wesentliche Formierungsbasis der Klasse sind Gegenstand des Beitrags von *Heinz Jung*. Konzeptionen der „weiten" Arbeiterklasse, die die Entwicklung lohnabhängiger Mittelschichten, darunter der Intelligenz, leugnen und damit das Verständnis wichtiger sozialer und politischer Prozesse in der Bundesrepublik erschweren, werden zurückgewiesen. Die siebziger und beginnenden achtziger Jahre sind eine Periode der raschen Einführung neuer Technologien. *André Leisewitz* gibt einen Überblick über ihre gegenwärtige Verbreitung, untersucht ihre Bedeutung für die Veränderung der technologischen Produktionsweise und behandelt Auswirkungen ihrer kapitalistischen Nutzung auf die Sozialstruktur und die Arbeitsbedingungen von Gruppen der Arbeiterklasse. Auf Unterschiede in der regionalen Entwicklung der Arbeiterklasse gehen *Hermann Bömer* und *Ulrike Bohnenkamp* mit einer Untersuchung von 16 großstädtischen Zentren der Bundesrepublik ein. Es zeigt sich eine deutliche Differenzierung nach Beschäftigungsstruktur und Rolle des tertiären Sektors; die Krisenprozesse wirken in unterschiedlichem Maße in „dynamischen" und „alten" Zentren, jedoch bleiben auch Zentren mit moderner Wirtschaftsstruktur nicht von der Krise verschont.

Dortmund ist eines der „alten", besonders von der Stahlindustrie und ihrer Arbeiterklasse geprägten Zentren. *Andreas Achenbach* und *Hermann Bömer* geben

eine Darstellung des Linkspotentials und der demokratischen Bewegung der Stadt im Zusammenhang mit der Bewegung „Stahlwerk jetzt". Daß Verteidigungskämpfe zu offensiven gesellschaftspolitischen Forderungen führen können, zeigen die Dortmunder Entwicklung und besonders die breite Aufnahme der Forderung nach Verstaatlichung der Stahlindustrie in den Stahlzentren des Ruhrgebiets. *Heinz Thüer* geht der Entwicklung und Ausbreitung der Forderung nach und untersucht hierbei auch die Bedeutung „informeller Strukturen" zwischen betrieblichen Kadern sowie die Ursachen der unterschiedlichen Resonanz der Verstaatlichungsforderung an Ruhr und Saar.

Eine wesentliche Entwicklungsdeterminante der Formierung der Arbeiterbewegung sind Sozialpolitik und Herrschaftsstrategie des Kapitals, wie sie sich in der Politik der Unternehmerverbände ausprägen. *Peter Hinrichs* gibt einen Überblick ihrer „Repolitisierung und -ideologisierung" in den letzten Jahren sowie der Strategie der „Sozialpartnerschaft auf schmalerer Basis".

Die folgenden Beiträge behandeln unter verschiedenen Aspekten die Bedeutung des Betriebs als entscheidendes Erfahrungsfeld und Formierungsbasis der Arbeiterklasse. *J. H. von Heiseler* geht Fragen der Bewußtseinsentwicklung der Arbeiterklasse, u. a. Einstellungen zu Technik und Rationalisierung, nach. Ursachen und Triebkräfte der in den letzten Jahren spürbar gewachsenen betrieblichen Kampftätigkeit, die sich besonders in der gewachsenen Zahl von Betriebsbesetzungen ausdrückt, erörtern *Gert Hautsch* und *Bernd Semmler*. In den Mittelpunkt stellen sie eine detaillierte Analyse von vier Betriebsbesetzungen in Frankfurter Metallbetrieben. Ein Vergleich der Betriebsratswahlen in den vergangenen Jahren zeigt zunehmende Polarisierung und politische Differenzierung auf betrieblicher Ebene. Zu den neuen Momenten gehört die Herausbildung einer größeren Zahl linksoppositioneller Listen. *Klaus Pickshaus* untersucht Entstehungsbedingungen, Basis, Profil und Orientierung solcher Listen und die damit verbundenen Veränderungen unter jüngeren gewerkschaftlichen Kadern. Daß für die Kommunisten der Betrieb nach wie vor als erstrangige Lebenssphäre und Basis sozialer Bewegungen zentrales Arbeitsfeld ist, hebt *Kurt Steinhaus* in seiner Darstellung der Betriebsorientierung der DKP hervor.

Im Mittelpunkt der Rubrik *Politische Ökonomie/SMK-Theorie* stehen zwei Beiträge über die Wirtschaftskrise. Der Beitrag von *Jörg Huffschmid* gibt einen systematischen Überblick über die zentralen Entfaltungsfelder der kapitalistischen Krise und ihre Analyse. Im Mittelpunkt der theoretischen Argumentation steht die Begründung des Nachfragedefizites als Grundlage der zyklischen und überzyklischen Überakkumulation. Der Verfasser charakterisiert die gegenwärtige Entwicklungsvariante als Austeritätspolitik nach innen, Expansionspolitik nach außen. Der Aufsatz von *Bernhard Roth* untersucht die internationalen Finanzmärkte, die internationale Schuldenproblematik und den Stellenwert der Zinsentwicklung für die zyklische Entwicklung. Diese Fragen sind mehr und mehr von zentralem aktuellem Interesse, erscheint doch gegenwärtig ein internationaler Finanzkollaps als für das kapitalistische System und die Weltwirtschaft bedrohliche Möglichkeit.

Die Untersuchung von *Michael Ellwardt* über den exemplarischen Fall der Wettbewerbsgesetzgebung setzt die Erörterung der SMK-Problematik der vergangenen Jahrbücher auf einer konkreteren Ebene fort. Es geht um das Wechselverhältnis

von staatlicher Spitzenbürokratie, Bundestagsparteien und Monopolverbänden bei der Formulierung und Durchsetzung der Novellierung des Gesetzes über Wettbewerbsbeschränkung von 1973 und das dabei wirksame Kräfteparallelogramm.

In der folgenden Rubrik wenden sich zwei Beiträge wichtigen Teilaspekten der Friedensbewegung zu. Die Haltung der Sozialdemokraten und der SPD hat wesentliche Bedeutung für die Entwicklung der Kämpfe um Abrüstung und Entspannung. *Christoph Butterwegge* und *Manfred Ossenbeck* führen aus, daß positive Ansätze hier bis weit ins Lager des sozialliberalen Integrationismus reichen. Vor allem die Militarisierung der Gesellschaft, der Zugriff auf Frauen für die Bundeswehr allgemein und im medizinisch-sozialen Bereich im besonderen, ist zum Auslöser für das Engagement vieler Frauen in der Friedensbewegung geworden. Der Aufsatz von *Florence Hervé* und *Renate Janßen* macht deutlich, daß die weitere Klärung der Zusammenhänge von Patriarchat, sozialer Gewalt, Rüstung und Militarisierung einen Schlüssel für das zukünftige Verhältnis von Frauen- und Friedensbewegung bildet.

Krise und von rechts forcierte „geistige Wende" setzen die Gesellschaftswissenschaften materiell und ideologisch unter Druck; welche Folgen zeichnen sich ab? *H. J. Krysmanski* geht aus von der Gefährdung der Soziologie als institutionalisierte Fachdisziplin durch den Abbau von Sozialstaat und analysiert die Hauptlinien der Reaktion darauf; seine These: Auch die herrschende Soziologie muß politischer werden. Stellungnahmen anläßlich des 100. Todestages von *Marx* lassen Tendenzen des Denkens in der Krise äußerst plastisch erkennen. *Winfried Schwarz* kennzeichnet konservative und rechtssozialdemokratische Bemühungen, die Bestätigung der Marxschen Theorie durch die tiefe kapitalistische Krise hinwegzureden; vor allem beschäftigt er sich kritisch mit Tendenzen bisher an *Marx* orientierter linker Intellektueller, unter der Losung eines offeneren, „polyzentrischen" Marxismus Grundpositionen von *Marx* über Bord zu werfen (am Beispiel des „Argument"-Sonderbands 100).

Manfred Müller und *Wolfgang Focke* interpretieren einen jetzt erstmals auf deutsch vorliegenden Marx-Text, der wichtige Aufschlüsse über *Marxens* Auffassung der kapitalistischen Maschinentechnik als adäquate stoffliche Gestalt des Kapitalverhältnisses als Herrschaftsverhältnis gibt. Ein weiterer Beitrag zur Marx-Engels-Forschung ist die Dokumentation von *Michael Knieriem* über den Aufenthalt von *Engels* in der Schweiz 1849, wo er mit den Resten des Willichschen Freikorps Zuflucht suchen mußte.

Der Diskussionsteil wird eröffnet durch eine Kontroverse aus dem Zusammenhang der Frauenbewegung. Die Erwiderung von *Frigga Haug* auf *Ute H.-Osterkamps* Kritik der Haugschen Opfer–Täter–Thesen weitet sich aus zur Behauptung, der „traditionelle" Marxismus leugne die Existenz einer eigengewichtigen Frauenfrage; dagegen argumentieren *Ingeborg Nödinger* und *Alma Steinberg* historisch-empirisch und theoretisch. *Klaus Borchardt* und *Thomas Sauer* bringen ihre Einwände gegen das von *Heinz Jung* vertretene Konzept der privatmonopolistischen Entwicklungsvariante des SMK vor; *Werner Goldschmidt* und *Ulrich Semmelrogge* setzen sich mit dem IMSF-Staatsprojekt auseinander. Den Thesen von *Winfried Schwarz* zur politischen Ökonomie der Mietwohnung widersprechen *Eva Haake* und *Matthias Lux*.

Zwei Berichte informieren über aktuelle theoretische Debatten: Bei einer internationalen Tagung in Berlin ging es um die Auffassung der globalen Probleme durch den Marxismus (*Hellmuth Lange*), und im IMSF wurde über die Antwort der bundesdeutschen Arbeiterbewegung auf die kapitalistische Einführung neuer Technologien diskutiert (*Stephan Voets*).

Die ständige Jahrbuch-Rubrik „Ausländische marxistische Forschungsinstitute" stellt in diesem Jahr den Moskauer „Wissenschaftlichen Rat zur Erforschung der Probleme von Frieden und Abrüstung" sowie die Marx Memorial Library in London vor.

Aus beruflichen Gründen ist *Dirk Hänisch* aus dem Beirat der „Marxistischen Studien" ausgeschieden; wir danken ihm für seine Mitarbeit.

Frankfurt am Main,
August 1983

Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 6/1983

Arbeiterklasse – revolutionäres Subjekt historischer Veränderung in der Bundesrepublik

Aus Anlaß des 100. Todestages von Karl Marx veranstaltete das IMSF in Verbindung mit der Marx-Engels-Stiftung am 10. und 11. März 1983 in Trier eine internationale wissenschaftliche Konferenz „Karl Marx und das revolutionäre Subjekt in der Welt von heute". Die Thesen, die das IMSF zur Konferenz vorgelegt hatte, waren der Rolle der Arbeiterklasse als revolutionärer Hauptkraft der Gegenwart, in der Epoche des Übergangs zum Sozialismus, gewidmet. Wir geben hier zur Eröffnung des Schwerpunktthemas des vorliegenden Bandes der „Marxistischen Studien" Teil V der Thesen wieder, der die Entfaltungsbedingungen und -prozesse der Arbeiterklasse der Bundesrepublik zum Gegenstand hat.[*]

1. Triebkraft und Träger positiver Veränderungen und der Überwindung des heutigen Kapitalismus ist die Arbeiterklasse. Sie bleibt in der Gegenwart und in der Perspektive das Subjekt des geschichtlichen Prozesses in jenem Sinne, wie er von *Marx* und *Engels* ausgedrückt wurde: „Es handelt sich nicht darum, was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat als Ziel sich einstweilen vorstellt. Es handelt sich darum, was es ist und was es diesem Sein gemäß geschichtlich zu tun gezwungen sein wird."[1] Dafür zu arbeiten, daß die historische Aufgabe das Bewußtsein der Arbeiterklasse bestimmt, ihre Organisation fördert und ihre politische Aktion orientiert, ist der „Beruf" der Marxisten auch unserer Zeit.

Zu ihrer Zeit konnten und mußten *Marx* und *Engels* noch davon ausgehen, daß die Arbeiterklasse der entwickeltsten kapitalistischen Länder zuerst den Sozialismus erringt. Mit dem Übergang zum imperialistischen Stadium des Kapitalismus veränderten sich die Bedingungen und *W. I. Lenin* konnte schlußfolgern, daß die Kette der imperialistischen Herrschaft an ihrem schwächsten Glied gesprengt werde. Dieses schwächste Glied ist nicht identisch mit den ökonomisch entwickeltsten kapitalistischen Ländern, sondern wird durch die Zusammenballung und Verknotung der Widersprüche des imperialistischen Systems bestimmt. Dies gilt auch heute, nachdem mit dem Übergang der entwickelten kapitalistischen Länder zum staatsmonopolistischen Kapitalismus in vieler Hinsicht neue Kampfbedingungen für die Arbeiterklasse entstanden sind. Unter diesen Bedingungen sind bisher die entwickelten kapitalistischen Länder die stärksten Bastionen der Kapitalmacht geblieben.

* Es kommen hier, unter neuer Numerierung, die Thesen 26–32 zum Abdruck.
Ein um zusätzliche Materialien zum Karl-Marx-Jahr 1983 erweiterter Protokollband der Trierer Konferenz erscheint im Herbst 1983 im Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M., unter dem Titel „Marx ist Gegenwart – Materialien zum Karl-Marx-Jahr 1983", hrsg. vom IMSF.

1 Karl Marx/Friedrich Engels, Die heilige Familie (1844), Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 2, S. 38.

In der Periode seit dem Zweiten Weltkrieg haben sich drei imperialistische Zentren – USA, Japan und Westeuropa einschließlich der BRD – herausgebildet, die ökonomisch und militärisch eine freilich kleiner gewordene Hemisphäre beherrschen. Trotz der globalen Einengung ihrer Macht verfügen sie nach wie vor über ein großes ökonomisches und militärisches Potential. Zugleich haben sich neue internationale Institutionen imperialistischer Herrschaft herausgebildet. Seit Mitte der 70er Jahre wird das ökonomische System des Kapitalismus durch eine sich verschärfende Krise erfaßt, die durch neue Merkmale und Erscheinungen gekennzeichnet ist und auch das soziale, politische und ideologische System beeinflußt. Die Spannungen zwischen den am Weltmarkt konkurrierenden Ländern nehmen ebenso zu wie die Konflikte im Inneren. Bei den imperialistischen Kräften wächst die Bereitschaft zu militärischen Abenteuern. Trotz der Einschränkung seiner Möglichkeiten hat *Lenins* Charakterisierung des Imperialismus als Reaktion nach innen und Aggression nach außen nichts an Aktualität verloren.

Trotz eines nie erlöschenden Kleinkrieges zwischen Arbeit und Kapital, trotz des nie zu unterdrückenden Aufflammens sozialer Auseinandersetzungen und zum Teil tiefgehender sozialer Krisen, trotz der Existenz und des Wachstums von Massengewerkschaften und der Formierung zum Teil starker Abteilungen der revolutionären Arbeiterbewegung ist nach dem Zweiten Weltkrieg bis heute in den Zentren die Herrschaft der Monopolbourgeoisie und der Systeme des staatsmonopolistischen Kapitalismus weitgehend stabil geblieben. Entscheidende Teile der Arbeiterklasse konnten in dieser Periode auf der Basis der ökonomischen Stärke und Manövrierfähigkeit des Systems – auch infolge der Monopolprofite aus der Ausbeutung der unterentwickelten Länder – durch das bürgerliche Repräsentativsystem, durch Integrationsstrategien und Sozialreformismus gebunden werden. Jedoch ist es der Monopolbourgeoisie in keinem Land, selbst bei Anwendung äußerster Repressionsmittel, gelungen, den klassenkämpferischen Flügel der Arbeiterbewegung völlig zu eliminieren. Mit der Krise seit Mitte der 70er Jahre sind neue Kampfbedingungen entstanden. Das staatsmonopolistische System reagiert nahezu überall mit verschärftem Klassenkampf von oben, mit Reallohnsenkung und Sozialabbau. Ein gemeinsames Handeln der internationalen Arbeiterklasse für ihre Interessen und Ziele, für ihre politischen Rechte und für das Überleben der Menschheit wird immer dringlicher – internationales solidarisches Handeln ist die Tagesaufgabe.

2. In den Ländern des staatsmonopolistischen Kapitalismus stellt die Arbeiterklasse mit ihren Angehörigen die Mehrheit der Bevölkerung. Ihre sozialökonomischen Bedingungen weisen große Gemeinsamkeiten auf. Gleichwohl sind das Niveau der sozialen Kämpfe, der Formierung der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung und die Ausprägung und Stärke der in ihr wirkenden Strömungen in den einzelnen Ländern unterschiedlich. Das politisch-ideologische Niveau in der Arbeiterklasse, die mehr oder minder ausgeprägte Bereitschaft und Fähigkeit zum Kampf um Tages- und Zukunftsinteressen sind nicht zuletzt von unterschiedlichen Traditionen und Erfahrungen der Klasse beeinflußt. Diese werden durch die Bewegung der Klasse unter sich ändernden objektiven Bedingungen stets aufs neue vermittelt und formiert. Die in der Klasse wirkenden und in sie hineinwirkenden politischen und ideologischen Kräfte, Organisationen und Kader sind Fakto-

ren dieses Prozesses. Dabei spielen die an den Arbeiterklasseninteressen orientierten Kräfte – und seien sie aktuell noch so schwach – für die Perspektive der Klasse die entscheidende Rolle. Denn nur durch ihr Wirken und die Erweiterung ihres Einflusses kann die weit in die Arbeiterklasse hineinreichende Hegemonie bürgerlicher Ideologie und Politik gebrochen werden. Dieser politische und ideologische Kampf ist der Prozeß der Formierung der Arbeiterklasse zur „Klasse für sich" *(Marx)*.

Dieser Prozeß findet andere Bedingungen vor als in der geschichtlichen Situation, in der die Arbeiterklasse entsteht und sich die Arbeiterbewegung formiert. In der BRD etwa besteht das Grundproblem der marxistischen Kräfte darin, daß sie im Rahmen durch andere Kräfte in der Arbeiterklasse besetzter Felder Stärke und Einfluß auf die Orientierung der gesamten Klasse erringen müssen. Der Einfluß der staatsmonopolistischen Apparate auf die Arbeiterklasse ist beachtlich. Die unter dem Druck der Arbeiterklasse entwickelte sozialpolitische Funktion des bürgerlichen Staates, in der auch Errungenschaften des Klassenkampfes fixiert und festgeschrieben werden mußten, zeugt zum einen von der Realität des Klassenkampfes als Triebkraft der Entwicklung, hat zum anderen aber auch die Kampfbedingungen verändert. Beachtet werden muß auch, daß die Monopolbourgeoisie heute die ihr zu Gebote stehenden Macht- und Manipulationsmittel in einem höheren, intensiveren und subtileren Maße gegen marxistische und am Klassenkampf der Arbeiter orientierte Kräfte von Anfang an einsetzt – und sei ihr Einfluß erst noch gering – als es früher der Fall war. Diese neuen Bedingungen und Faktoren beeinflussen den Prozeß der Formierung der Arbeiterklasse der Länder des staatsmonopolistischen Kapitalismus zum revolutionären Subjekt des Geschichtsprozesses beachtlich.

3. Für die Arbeiterbewegung der Bundesrepublik waren nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Spaltung Deutschlands und die Restauration der kapitalistischen Besitz- und Machtverhältnisse in einem westdeutschen Separatstaat besondere Bedingungen gegeben. Der Restaurationskurs wurde unter der Dominanz des US-Imperialismus gegen den Widerstand eines bis in die 50er Jahre starken Oppositionspotentials durchgesetzt. Diese Entwicklung fiel mit einem lang anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung und einer nachhaltigen Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterklasse zusammen. Dies war die materielle Basis zur Herausbildung eines spezifischen Typs staatsmonopolistischer Hegemonie. Die durch administrativ-repressive Maßnahmen gegen Widerstandspotentiale abgestützte Strategie der sogenannten Sozialpartnerschaft und der Integration der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen in das kapitalistische System blieb bis heute die Hauptlinie der Monopolbourgeoisie gegenüber der Arbeiterklasse. Sie war und ist Leitlinie christdemokratischer, konservativ-reaktionärer und sozialliberal-reformistischer Regierungskoalitionen – wenn auch mit unterschiedlichen Akzentuierungen. In einer relativ langen Periode vertiefte sich die Wirksamkeit eines Konsensus im Massenbewußtsein, in dem „Wirtschaftswunderideologie", „nationale Frage" und Antikommunismus mit staatsmonopolistischen Orientierungen verschmolzen. Erst mit der Vertiefung der Krisenprozesse seit Mitte der 70er Jahre und dem Entstehen neuer Konfliktfelder erhält dieser Konsens im Bewußtsein der Massen Brüche.

Unter den Bedingungen nach dem Zweiten Weltkrieg war das staatsmonopolistische System der BRD in der Lage, marxistische Positionen an den Rand des

öffentlichen Lebens zu drängen und den revolutionären Flügel der Arbeiterbewegung zu schwächen. Obwohl sich seit Ende der 60er Jahre auch neue Tendenzen abzeichnen, bleibt die Wiedereroberung von Masseneinfluß in der Arbeiterklasse die Kampfaufgabe der marxistischen Kräfte unserer Tage.

Schon *Marx* und *Engels* hatten zu ihrer Zeit die bürgerliche Einflußnahme auf die Arbeiterbewegung und Arbeiterorganisationen mit bürgerlicher und kleinbürgerlicher Politik analysiert. Im Unterschied zu damals haben diese Tendenzen neue Züge und einen gesteigerten Wirkungsgrad. Mit der Abkehr der Sozialdemokratie von sozialistischen und klassenkämpferischen Positionen entstand in der Arbeiterklasse eine in vieler Hinsicht neue und für die Durchsetzung des Fortschritts kompliziertere Situation. Einen langanhaltenden Einfluß konnte die staatsmonopolistische Strategie der sogenannten Sozialpartnerschaft und der Integration nur dadurch erreichen, daß sie ihre Träger und „Partner" in der Arbeiterklasse selbst fand. Nach dem Verzicht auf eine kämpferische Praxis und eine sozialistische Perspektive stellt sich diese Strömung als „besserer Verwalter" des kapitalistischen Staates dar. Diese Strömung wird durch Kräfte der CDU und den rechten Flügel der Sozialdemokratie repräsentiert.

Mit der fortschreitenden Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung hat sich in der Arbeiterklasse ein höheres Bedürfnisniveau herausgebildet. Es betrifft nicht nur die individuelle Konsumtion, sondern auch – mit schichtspezifischen Unterschieden – die Freizeit, die Bildung, die Arbeitsbedingungen, die Mitsprache und Mitbeteiligung u. a. Soziale Mobilitätsprozesse haben die Kommunikation vor allem mit den lohnabhängigen Mittelschichten und der Intelligenz intensiviert. Weltumspannende Kommunikationssysteme und Massenmedien, Ausbreitung von Kleineigentum in der Arbeiterklasse u. a. sind ebenfalls Faktoren, die die Ausformung der Bedürfnisse und Interessen beeinflussen. Mit den Krisenprozessen der letzten Jahre ist die erweiterte Bedürfnisbefriedigung blockiert. Neue Konfliktfelder zeichnen sich ab. Aber neben dem Willen zum Widerstand gegen die kapitalistische Restriktion verbreiten sich auch Anpassungsbereitschaft an ein niedrigeres Niveau der Sozialpartnerschaft und Verzichtsideologie. Die in der Vergangenheit entstandenen politischen und ideologischen Strukturen des Systems und in der Arbeiterklasse haben sich bisher als ausreichend erwiesen, um den Aufbruch einer Linksentwicklung der Arbeiterklasse zu verhindern. Gleichwohl sind Risse und Erschütterungen registrierbar, die in der jungen und jüngeren Generation zuerst zu Umorientierungen führen und geführt haben. Offenkundig wird ein Zustand relativer Stabilität von einer Situation zunehmender Labilität abgelöst. Die sozialen und sozialpsychologischen Erschütterungen werden dann zum Milieu progressiver ideologischer und politischer Veränderungen, wenn die organisierten marxistischen Kräfte im Prozeß der Verarbeitung und Verallgemeinerung der neuen Erfahrungen und der Organisierung des Widerstandes und der Aktion „gegen die Gewalttaten des Kapitals" *(Marx)* wesentlichen Einfluß nehmen können.

4. Die Veränderung der Sozialstruktur der Arbeiterklasse und der westdeutschen Gesellschaft besitzt nachhaltigen Einfluß auf die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse. Dies betrifft auch die veränderten Anforderungen an die Reproduktion der Arbeitskraft mit ihren Auswirkungen auf Bedürfnisse, Interessen und Lebensweise.

Grundtendenzen waren die Ausdehnung der Lohnabhängigkeit, die Abnahme der selbständigen Mittelschichten, der Wandel der inneren Struktur der Arbeiterklasse. Es sank der Anteil der traditionellen Kerngruppen der Industriearbeiter in Großbetrieben; einen großen Teil davon stellen heute ausländische Arbeiter. Es wuchs der Anteil von Angestellten und Beamtengruppen sowie der Frauen, verbunden mit Verschiebungen zugunsten der Beschäftigten in Dienstleistungs- und Staatssektor. Es wuchsen die oberen Randgruppen der Klasse und zugleich ihre engsten sozialen Nachbarn, die lohnabhängigen Mittelschichten und die lohnabhängige Intelligenz – Gruppen mit hoher Aktionsfähigkeit und ideologischer Durchsetzungskraft. Neue Probleme treten seit der Krise 1974/75 auf: Massenarbeitslosigkeit und industrielle Reservearmee erfassen wieder Millionen von Arbeitern und Angestellten. Die Formierung der Klasseneinheit, die Entwicklung der Klasse „für sich" stößt auf neue Bedingungen. „Klassische" Widerspruchs- und Konfliktfelder – Kämpfe um Lohn, gegen Arbeitsplatzabbau und Arbeitsintensivierung – sind zu zentralen Problemen des Kampfes der Arbeiterklasse geworden. Zugleich aber wurden diese Konflikte um neue Elemente angereichert und auf neue Bereiche ausgedehnt.

Rasche Produktivkraftentwicklung und kapitalistische Vergesellschaftung haben mit den Automations- und Rationalisierungsauswirkungen sowie der Umweltzerstörung neue Kampffelder geschaffen. Sie haben Konflikte vor allem in Bereichen der Infrastruktur und der Reproduktion der Arbeitskraft, im Gesundheits-, Bildungs- und Verkehrssektor aktualisiert. Viele Massenbedürfnisse können nicht (mehr) individuell über den Lohn befriedigt werden: Die Ansprüche an die gesellschaftliche Sicherung der Reproduktion wachsen und konfrontieren die Arbeiterklasse mit der Strategie des SMK und der Realität seiner Apparate, Institutionen und Bürokratie in allen gesellschaftlichen Bereichen. Daraus entstehen Proteste gegen Bevormundung, Fremdbestimmung, überkommene Politikformen und Rituale, das Verlangen nach mehr gesellschaftlicher Mitsprache. Schließlich hat die Gefährdung des Friedens durch die Aufrüstungs- und Konfrontationspolitik des US-Imperialismus und die Willfährigkeit der Regierungen der BRD nicht nur dazu geführt, daß die Friedens- und Sicherheitsinteressen breiter Schichten des Volkes der BRD Vorrang für ihre politische Orientierung erhalten, sondern auch dazu, daß eine breite Friedensbewegung entstanden ist. Diese Bewegung hat auch Sektoren der Arbeiterklasse erfaßt und ihren Niederschlag in der Programmatik der Gewerkschaften gefunden. Die Erweiterung und Vertiefung dieser Tendenz ist zweifellos eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart.

Was die gesellschaftlichen Bewegungen und ideologischen Strömungen der BRD betrifft, so ergibt sich aus ihrer differenzierten Basis, daß Unterschiede und Ungleichzeitigkeiten, die sich als Konflikte und Disparitäten äußern können, nahezu unvermeidlich sind. Dies gilt auch für die Gruppierungen innerhalb der Arbeiterklasse und ihre Beziehungen zu anderen sozialen Schichten. Hieraus kann auch keinesfalls eine Verlagerung des revolutionären Subjekts abgeleitet werden. Vielmehr erschließen sich daraus die Bedingungen seiner Entwicklung.

5. In der BRD waren, ähnlich wie auch in den anderen kapitalistischen Ländern, die 70er Jahre durch ein höheres Niveau der Streik- und gewerkschaftlichen Aktivitäten charakterisiert. Die Annahme eines dauerhaften Absterbens „traditioneller"

Klassenkonflikte wurde widerlegt. Die höhere Streikintensität war verbunden mit einer stärkeren betrieblichen Verankerung der Gewerkschaften, dem erneuten Ansteigen des Organisationsgrades und einer positiven Mitgliederentwicklung.

Aber man kann hier auch auf die Gewerkschaften selbst beziehen, was *Marx* zur Organisierung der Arbeiterklasse schlechthin sagte: „Aber Zahlen fallen nur in die Waagschale, wenn Kombination sie vereint und Kenntnis sie leitet."[2] Aus den ökonomischen Kämpfen wuchs noch keine „politische Bewegung hervor, d. h. eine Bewegung der Klasse, um ihre Interessen durchzusetzen in allgemeiner Form, in einer Form, die allgemeine, gesellschaftlich zwingende Kraft besitzt".[3]

Ein politischer Verallgemeinerungsgrad der gewerkschaftlichen Kämpfe und Aktionen konnte noch nicht erreicht werden. Gleichwohl haben die Ausstrahlung und das politische Niveau der Abwehrkämpfe zugenommen. Die Vermittlung der Kampferfahrungen aus betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfen und Massenaktionen zu antikapitalistischen politischen Orientierungen bleibt auch hier der Schlüssel zur Beförderung der Sache der Arbeiterklasse.

Als deren Zentren und als Träger neuer Elemente erweisen sich neben Teilen der Industriearbeiterschaft, in denen klassenorientierte Positionen traditionell stärker verankert sind, auch neue Sektoren der Arbeiterklasse und der lohnabhängigen Mittelschichten (öffentlicher Dienst, Dienstleistungs- und Ausbildungsbereich). Hierin widerspiegeln sich die sozial-strukturellen Veränderungen. Sie haben nicht nur Differenzierungs- und Vereinheitlichungsprobleme geschaffen, sondern auch neue Lern- und Organisationsprozesse in Gang gesetzt. Insgesamt kann man feststellen, daß neue Strukturen, Bedürfnisse und Konflikte auch einen veränderten Typus des gewerkschaftlichen Aktivisten geprägt haben, der unter anderem durch ein hohes Maß an selbständigem Handeln und große Ansprüche an innergewerkschaftliche Demokratie charakterisiert ist und der oft ein „Scharnier" zu den neuen sozialen Bewegungen bildet.

Eine Schlüsselfrage der zukünftigen Entwicklung der Bundesrepublik ist die Herausbildung wirklicher Klassenautonomie der Gewerkschaftsbewegung. Von ihr kann erst in dem Maße gesprochen werden, wie sich in den sozialen Kämpfen die allgemeinen und einheitlichen Interessen der Lohnabhängigen als Klasseninteressen konkretisieren. Gewerkschaftliche Autonomie ist nicht auf die formale organisatorische und politische Selbständigkeit der Gewerkschaften gegenüber Parteien und staatlichen Institutionen zu reduzieren, obwohl dies ein wichtiges Kriterium der Einheitsgewerkschaft ist. Sie entwickelt sich im Kampf gegen eine Unterordnung der Interessen der Arbeiterklasse unter die kapitalistischen Gesamtinteressen, in der Auseinandersetzung mit den Integrationsstrategien und der Sozialpartnerschaftspolitik. Sie bezieht damit auch die Gewerkschaftsbewegung in den Zusammenhang der antikapitalistischen Perspektive der Arbeiterbewegung ein.

Wenn sozialdemokratische Führer einen Zusammenhang und eine Einheit gewerkschaftlicher und politischer Arbeiterbewegung postulieren, so beziehen sie sich auf einen Mechanismus, der für die Interessen der Arbeiterklasse unterschiedliche Bedeutung haben kann, aber nicht die organisatorische Ausformung der Arbei-

2 Karl Marx, Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation (1864), MEW, Bd. 16, S. 12.
3 Karl Marx, Brief an Friedrich Bolte vom 23. November 1871, MEW, Bd. 33, S. 333.

terklasse zur Klasse für sich betrifft. Auf der Basis staatsmonopolistischen Integrationismus und Sozialreformismus ist dies nicht möglich. Die Sozialdemokratie ist heute durch den Widerstreit unterschiedlicher, im Prinzip unvereinbarer Klasseninteressen gekennzeichnet. Die dem entsprechenden Strömungen und Linien erfahren jedoch auf gewerkschaftlicher und auf parteipolitischer Ebene eine unterschiedliche Ausprägung und sind nicht unmittelbar identisch. Wenn von der Verallgemeinerung der Interessen gesprochen wird, dann kann es sich für die Arbeiterklasse nur um das Übergreifen ihrer Klassenerfahrungen auf die politische Ebene und nicht um die Vermittlung von Regierungsleitlinien in den gewerkschaftlichen Raum handeln. Das Ringen um Aktions- und Klasseneinheit ist der Weg, um die Gewerkschaftsautonomie im engeren und die Klassenautonomie im weiteren Sinne zu fördern.

Durch die neuen Kampfbedingungen der 70er und 80er Jahre sind traditionelle, an der jahrzehntelang erfolgreich praktizierten Sozialpartnerschaftspolitik orientierte Formen und Inhalte gewerkschaftlicher Vertretung in eine Krise geraten. Eine Umorientierung großer Teile des gewerkschaftlichen Funktionärskörpers wird jedoch dadurch behindert, daß im politisch-parlamentarischen Raum weitgehend ein Monopol bürgerlicher Politik besteht, in der Sozialdemokratie der Integrationismus nach wie vor dominiert und die kommunistisch-sozialistische Strömung in ihrem Masseneinfluß schwach geblieben ist.

Die großen Demonstrationen gegen staatliche Sozialdemontage und Aufrüstungspolitik im Herbst 1982, die unter der CDU-FDP-Regierung auch weitere Teile der sozialdemokratischen Funktionäre und Mitglieder mobilisierte, zeigen aber die möglichen Dimensionen gewerkschaftlicher Gegenwirkung, die in den bevorstehenden Auseinandersetzungen um Arbeitszeitverkürzung und andere Forderungen auch Möglichkeiten des Zusammengehens mit und der Einflußnahme auf die neuen sozialen Bewegungen eröffnet.

6. In der BRD haben die letzten Jahre neben den betrieblich-gewerkschaftlichen Kämpfen einen beachtlichen Aufschwung der demokratischen und linken Massenbewegungen mit sich gebracht, der stärker ist als in manchen anderen kapitalistischen Ländern. Diese neuen sozialen Bewegungen entzünden sich an konkreten Umweltbedrohungen, Konflikten um allgemeine Reproduktionsbedingungen, an Protesten gegen kapitalistische Persönlichkeitsdeformierungen usw.

Besonders herausragend ist die Friedensbewegung, eine der stärksten Massenbewegungen der Bundesrepublik, und wichtiges verbindendes Element zur Arbeiterbewegung.

Außerdem reflektieren diese Bewegungen die erwähnten neuen Bedürfnisse und Werthaltungen sowie die Tatsache, daß dafür lange Zeit keine starke organisierte Interessenvertretung existierte. Da die Führung der Sozialdemokratie kapitalistisches Krisenmanagement betrieb und die Mehrheit der Gewerkschaftsführer in der Vergangenheit ihr Politikverständnis weitgehend an staatsmonopolistischen Mechanismen orientierte und sie erst in jüngster Zeit begannen, neuentstandene Probleme und Konflikte aufzugreifen, kamen sie als Adressat von Protest- und Veränderungsorientierungen und entsprechenden Hoffnungen und Sehnsüchten wenig in Betracht.

Der Demobilisierungs- und Integrationskurs der meisten Gewerkschaftsführer und der sozialliberalen Regierung lähmten die latente Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse und lenkten Proteste und demokratisches Engagement an der organisierten Arbeiterbewegung vorbei in die neuen sozialen Bewegungen. Die aktivsten, ideologisch dominierenden Kräfte dieser neuen sozialen Bewegungen, die auch in der Arbeiterklasse und besonders in ihrer Jugend Resonanz finden, kommen häufig aus den lohnabhängigen Mittelschichten und der lohnabhängigen Intelligenz. Obwohl sie vielfach auch Interessen der Arbeiterklasse artikulieren, haben sie sich weitgehend unabhängig und sogar in bewußter Distanz zu den gewerkschaftlichen und politischen Formationen der Arbeiterbewegung entwickelt. Das hat die Verbreitung nichtproletarischer Ideologien begünstigt.

Der Aufschwung der neuen sozialen Bewegungen ist eng mit der Rolle der Sozialdemokratie im politischen System verknüpft. Mit der immer weitergehenden Eingliederung der Regierungspartei SPD in das staatsmonopolistische Herrschaftsgefüge entwickelten sich die linken, oppositionellen Kräfte vorwiegend auf außerparlamentarischen Feldern. Damit erhielten sie auch immer mehr eine politische Dimension; sie begannen, sich politisch und in bewußter Absetzung zur SPD zu formieren.

In die letzten Jahre der SPD/FDP-Koalition fällt die Herausbildung der Grünen und Alternativen als stärkste dieser Kräftegruppierungen, die sich auch zur Erringung parlamentarischer Positionen in der Lage zeigte und damit das jahrzehntelange Monopol der etablierten Parteien erschütterte. Das signalisiert wichtige positive Veränderungen im politischen Leben der Bundesrepublik.

Die Grünen und Alternativen sind politisch und ideologisch heterogen; die Herrschenden investieren neben ihrem Repressivpotential beträchtliche Anstrengungen, sie als linksbürgerliche Partei zu integrieren. Ihre politischen Perspektiven sind noch offen.

In jüngster Zeit haben sich in Opposition zu den etablierten Parteien auch linkssozialdemokratische-, linkssozialistische- und liberale Kräfte politisch formiert. Im linken und demokratischen Bereich ist damit ein breites Spektrum neuer Kristallisationskerne entstanden, die um Positionen und Einfluß ringen. Die Anforderungen an die marxistische Partei der Arbeiterklasse der Bundesrepublik, die DKP, nehmen neue Dimensionen an. Als organisatorisch stärkste Kraft der Linken und als vorwärtsweisendes Element einer demokratischen und antimonopolistischen Aktionseinheits- und Bündnispolitik werden ihre Fähigkeiten zunehmend gefordert. Für die gesamte gesellschaftliche Entwicklung der BRD ist es von weitreichender Bedeutung, ob sie in der in Bewegung kommenden politischen Szene in der Lage sein wird, stärkere Kräfte auf sich zu konzentrieren und alle progressiven Potenzen darauf zu zentrieren, die Entwicklung der Arbeiterklasse zum geschichtlich handelnden Subjekt zu unterstützen.

7. Hundert Jahre nach dem Tod von *Karl Marx* beweist ein Blick auf die Realität des heutigen Kapitalismus schlagend die Aktualität seiner Analyse der inneren Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise – auch und gerade in der

Bundesrepublik. „In schneidenden Widersprüchen, Krisen, Krämpfen"[4] drückt sich die Überlebtheit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung mit ihren Gebrechen aus. Wer diese Gebrechen, diese Krisen, die Vergeudung des Reichtums der Gesellschaft und ihrer Entwicklungspotenzen nicht will, muß die Gesellschaftsordnung von Grund auf ändern, muß den Sozialismus erkämpfen. Dies ist das Ergebnis der wissenschaftlichen Analyse, wie *Marx* sie gab.

Ohne starken marxistischen Einfluß ist eine Formierung der Arbeiterklasse zum revolutionären Subjekt dieses Prozesses nicht möglich. Die Erfahrungen der BRD zeigen, daß für die Arbeiterklasse der Weg zur aktiven Vertretung entfalteter politischer, sozialer und kultureller Bedürfnisse über elementare Kämpfe um Arbeitsplätze, Lohn- und Arbeitsbedingungen vermittelt ist. Hier liegen die Chancen zu Lernprozessen der Massen. Die Verallgemeinerung von Alltags- und Kampferfahrungen kann auch in der BRD nur durch eine revolutionäre Klassenpartei geleistet werden, die sich auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus organisiert – durch eine Partei der Kommunisten, die „stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten" und „praktisch der entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder" sind.[5] Als eine solche Partei, die in der revolutionären Tradition der deutschen Arbeiterbewegung fest verwurzelt ist, ihre Aktivitäten auf der Grundlage der Lehren von *Marx*, *Engels* und *Lenin* entwickelt, den aktuellen und historischen Interessen der Arbeiterklasse der BRD und damit der Nation der Deutschen der BRD Ausdruck zu verleihen sucht und sich als Bestandteil der internationalen kommunistischen Bewegung versteht, wirkt in der BRD die DKP. Ihre Stärkung ist nicht parteipolitischer Selbstzweck, sondern notwendiges Moment der Entwicklung der Arbeiterklasse zum souverän handelnden Subjekt der Geschichte. Dies liegt im Interesse aller am Marxschen Werk orientierten und darüber hinaus der Gesamtheit der einer fortschrittlichen Entwicklung der BRD verpflichteten Kräfte.

Von der Strategie der marxistischen Partei der Arbeiterklasse, ihrem Handeln und ihrem Einfluß hängt es in hohem Maße ab, ob es gelingt, über alle sozialen und politischen Fraktionierungen hinweg die Einheit der Klasse im Kampf herzustellen, die Teil- und Gegenwartskämpfe zum Kampf um die Gesamt- und Zukunftsinteressen der Arbeiterklasse hinzuführen und systemkritische Einsichten und sozialistisches Bewußtsein zu entwickeln. Die Möglichkeiten dazu wachsen mit der Stärke der Partei und ihrer Verankerung vor allem in der Arbeiterklasse. Eine positive Rolle dabei kommt auch den in anderen Formationen organisierten oder wirksamen marxistischen Kräften zu.

Fabrik und Büro bleiben die entscheidenden Kampffelder zu Vergrößerung des marxistischen Einflusses in der Arbeiterklasse. Das betrifft vor allem die Großbetriebe. Es entspricht den Veränderungen in der Struktur der Arbeiterklasse, daß neben dem industriellen Kernbereich auch Sektoren wie Dienstleistung und Verwaltung wachsende Bedeutung erlangen. Da die kapitalistische Krise sich weiter vertieft, werden die Arbeiterklasse ebenso wie die neuen sozialen Bewegungen unvermeidlich schärfer mit den Bewegungsgesetzen des Kapitals, mit dem staatsmonopolistischen

4 Karl Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie (1857/58), Berlin 1953, S. 635.
5 Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei (1847/48), MEW, Bd. 4, S. 474.

Herrschaftssystem konfrontiert. Dies wird Differenzierungen und Umorientierungen auslösen, für antikapitalistische, auf Demokratisierung drängende Haltungen wird breiterer Raum entstehen.

Die Perspektive ist es dabei, von punktueller Zusammenarbeit der verschiedenen Bewegungen zu umfassenden demokratischen und antimonopolistischen Bündnissen zu kommen, in denen die revolutionären Potenzen der Arbeiterklasse und die antimonopolistischen Interessen demokratischer Massenbewegungen an die Überwindung der Kapitalmacht auch in einer imperialistischen Metropole wie der Bundesrepublik heranführen.

Der bewußte und wissenschaftlich begründete revolutionäre Kampf von Millionen von Menschen in aller Welt ist heute mit dem Marxismus verbunden. Mit den Ideen und dem Namen von *Karl Marx* verknüpft sich die Perspektive eines Lebens in Frieden, sozialer Sicherheit und der freien Entfaltung aller menschlichen Wesenskräfte. Es ist so wie *Friedrich Engels* über *Karl Marx* sagte: „Sein Name wird durch die Jahrhunderte fortleben, und so auch sein Werk".[6]

6 Friedrich Engels, Das Begräbnis von Karl Marx (1883), MEW, Bd. 19, S. 327.

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 6/1983

Krise der Arbeiterklasse? Krise der Arbeiterbewegung?

Zur aktuellen Diskussion um Fragmentierung und Vereinheitlichung der Arbeiterklasse

Lothar Peter

I. Was heißt „Krise des Marxismus"? – II. André Gorz: Abschied vom Proletariat? – III. Konstituierung der Arbeiterklasse: Dialektik objektiver und subjektiver Momente – IV. Joachim Hirsch: „Fordisierung" und „Durchstaatlichung" statt kapitalistischer Vergesellschaftung – V. Arbeiterklasse und Gewerkschaften: Integration und Autonomie – VI. Gewerkschaftseinheit, Interessendifferenzierung und neue soziale Bewegungen – VII. „Brüchigkeit der Parteiform"?

I. Was heißt „Krise des Marxismus"?

In Kreisen der linken Intelligenz ist seit einigen Jahren viel von einer „Krise des Marxismus" die Rede. Eine wesentliche Rolle spielt dabei die Behauptung, daß sich die Arbeiterklasse, wie *Marx* und *Engels* sie verstanden hätten, unter den heutigen Bedingungen des Kapitalismus auflöse und der ökonomische Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital seine revolutionäre Funktion verliere. Mit der inzwischen vollzogenen sozialen Umstrukturierung habe sich das Bewußtsein der Arbeiterklasse so weit von der revolutionären Bestimmung des Proletariats in der marxistischen Theorie entfernt, daß das Festhalten an der emanzipatorischen Perspektive des Klassenantagonismus zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse zum Dogmatismus erstarre. Die soziale Lage der Arbeiter sei heute nicht mehr eindeutig durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse determiniert, sondern durch Fragmentierungen, Segmentierungen und hierarchische Abstufungen geprägt, wie sie ganz unvermeidlich jede hocharbeitsteilige, technokratisch gesteuerte und bürokratisch verwaltete moderne Gesellschaft aufweise, ob sie nun auf kapitalistischem Privateigentum beruhe oder nicht. Die Westberliner Politologen *B. Blanke* und *G. Schäfer* haben die sogenannte „Krise des Marxismus" unter dem Aspekt der Auflösung der Arbeiterklasse sowohl als sozialökonomisch einheitliche als auch potentiell revolutionäre Klasse mit folgenden Gedanken zum Ausdruck gebracht: „Bei seinen Schöpfern (*Marx* und *Engels, L. P.*) garantiert das industrielle Proletariat, dem die historische Mission zugeschrieben wurde, kraft seiner Stellung in der gesellschaftlichen Produktion die allgemein menschliche Emanzipation, den Weg und das Ziel des Kommunismus ... Wie aber, wenn Engels Alternative, das Versinken des Proletariats in ‚chinesisches Kulitum', in ein neues Fellachentum, über das sich die Planer und Leiter in einer bürokratischen Pyramide erheben, eine realitätshaltigere Pro-

gnose . . . sein sollte? Oder wenn wir die apokalyptischen Visionen oder Befürchtungen unserer Altvorderen beiseite lassen – wie aber, wenn das Proletariat von seiner historischen Sendung nichts wissen sollte? Die Krise des Marxismus beruht offensichtlich auch darauf, daß die subalterne soziale Lage des Proletariats, nach allem, was wir wissen, der zugeschriebenen historischen Mission entgegensteht."[1]

Zweifel am marxistischen Begriff der Arbeiterklasse, wie sie *Blanke* und *Schäfer* stellvertretend für eine ganze Reihe von Kritikern anmelden, können sich insofern auf reale Entwicklungen berufen, als die durch den heutigen gesellschaftlichen Arbeitsprozeß bewirkten Differenzierungen der Arbeiterklasse kaum mit dem Bild eines in sich homogenen Fabrikproletariats übereinstimmen, wie es allgemein mit der Periode der kapitalistischen Industrialisierung assoziiert wird. Die – übrigens von *Marx* und *Engels* selbst schon prognostizierte – Verwissenschaftlichung der Produktion hat zu einer absoluten und relativen Abnahme unmittelbar produktiver Tätigkeiten im Verhältnis zu den der Produktion vor-, neben- und nachgelagerten Arbeitsfunktionen geführt. Gleichzeitig hat die reelle Subsumtion beträchtlicher Bereiche geistiger Arbeit unter das Kapital die Beziehungen zwischen den Kerngruppen der Arbeiterklasse und der beständig gewachsenen Schicht der lohnabhängigen Intelligenz verändert, indem sich die Arbeits- und Reproduktionsbedingungen beider Kategorien annäherten. Sozialstrukturelle Differenzierungen dieser Art haben bereits in der Vergangenheit zu Revisionsversuchen der marxistischen Klassentheorie motiviert, wie zum Beispiel die Debatte um die sogenannte „neue Arbeiterklasse" vor allem in Frankreich während der sechziger Jahre belegt.[2]

Die sozialstrukturelle Differenzierung der Arbeiterklasse ist in der Bundesrepublik von marxistischer Seite bereits Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre rezipiert und diskutiert worden, als im Zusammenhang der Studentenbewegung und der sie inspirierenden Theorien wie jenen der „Frankfurter Schule" die zentrale Bedeutung der Arbeiterklasse sowohl für die materielle Reproduktion als auch für die politische Veränderbarkeit des kapitalistischen Herrschaftssystems massiv bestritten wurde. Gegen die damals aufkommende Tendenz, die Integration der Arbeiterklasse in den Kapitalismus aus Bedürfnis- und Bewußtseinsdeformationen der „Beherrschten", also in erster Linie der Lohnabhängigen abzuleiten, betonte die marxistische Analyse die Notwendigkeit einer materiellen sozialökonomischen Bestimmung der Arbeiterklasse. Sie erhielt wesentliche Impulse aus der wirklichen, praktischen Bewegung des Klassengegensatzes selbst. Mit den großen Klassenauseinandersetzungen in Westeuropa Ende der sechziger Jahre, denen auch in der Bundesrepublik mit den „Septemberstreiks" 1969 ein bemerkenswerter Aufschwung von Streikaktionen der industriellen Arbeiterschaft entsprach, wurden die Grenzen jener Theorien sichtbar, die auf eine totale Einbindung der Arbeiterklasse in den ideologischen „Verblendungszusammenhang" des Spätkapitalismus abstellten.

Die Aufarbeitung der Septemberstreiks trug dazu bei, spekulative Annahmen über eine Integration der Arbeiterklasse zu korrigieren, indem sie auf die Forderungen,

1 B. Blanke/G. Schäfer, Krise der Linken – Krise des Marxismus, in: Probleme des Klassenkampfs, 9/1979, S. 39.

2 Vgl. F. Deppe u. a. (Hrsg.), Die neue Arbeiterklasse. Technische Intelligenz und Gewerkschaften im organisierten Kapitalismus, Frankfurt am Main 1970.

Aktionen und Mobilisierungsprozesse der streikenden Arbeiter als konkreten Ausdruck des systemimmanent weder manipulativ noch repressiv aufhebbaren Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit verwies.[3] Ähnliche Bedeutung kam Untersuchungen zur Klassen- und Sozialstruktur der BRD zu, in denen die Marxsche „Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft" als unverändert gültige Grundlage für die Analyse der Sozialstruktur des gegenwärtigen Kapitalismus herausgearbeitet und empirisch angewandt wurde. In der entsprechenden Studie des IMSF,[4] die die systematische Darstellung der „logischen" Struktur- und Bewegungsgesetze der sozialen Gliederung der bürgerlichen Gesellschaft mit der historischen Entwicklungsdimension des Kapitalismus verknüpfte, erhielt die Kategorie der „Entfaltung des Warencharakters der Arbeitskraft" zentrale Bedeutung. Sie ermöglichte eine trennscharfe systematische Definition der Arbeiterklasse und machte die klassenspezifischen Beziehungen anderer gesellschaftlicher Schichten und Gruppen zur Arbeiterklasse theoretisch widerspruchsfrei erklärbar.

Eines der wesentlichen Ergebnisse der IMSF-Studie bestand in der Erkenntnis, daß eine quantitative Erweiterung der Arbeiterklasse unter den gegenwärtigen kapitalistischen Reproduktionsbedingungen die innere Differenzierung der Arbeiterklasse nicht ausschließt, sondern deren notwendige Folge ist. Wissenschaftlich-technischer Fortschritt unter monopolistischen und staatsmonopolistischen Eigentumsformen, Zielsetzungen und Steuerungsmechanismen, Transformation bislang selbständiger Privatarbeit in Lohnarbeit, Ökonomisierung der Arbeitskraft entsprechend den Anforderungen des kapitalistischen Produktionsprozesses wurden als jene Triebkräfte herausgearbeitet, die sowohl die Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse als auch das Verhältnis zu anderen Lohnarbeiterkategorien bestimmen. Mit der von der IMSF-Studie auf der Grundlage der Marxschen Gesellschaftsanalyse entwickelten Methode konnte ebenso die von der „Frankfurter Schule" postulierte ideologiekritische Verkürzung des Begriffs der Arbeiterklasse widerlegt wie die Position eines „ökonomischen Reduktionismus" in der „Klassenfrage" theoretisch schlüssig überwunden werden.

Was die aktuelle Kritik am vermeintlich dogmatischen Klassenbegriff des Marxismus von der Diskussion der sechziger und siebziger Jahre unterscheidet, ist der Bezug auf den Zusammenhang von gesellschaftlicher Krisenentwicklung und Klassenstruktur. Die Krise ist der zentrale Ausgangspunkt für die Infragestellung der Arbeiterklasse als sozialökonomisch einheitliche, antagonistische Gegenklasse des Kapitals. Damit verbindet sich weiterhin die Frage, wie die aus der krisenhaften Vergesellschaftung des Kapitals hervorgehende Fragmentierung und Segmentierung der Arbeiterklasse noch mit der marxistischen Begründung der Entstehung von Klassenbewußtsein als Erkenntnis der objektiv gegebenen und revolutionär aufzuhebenden Klassenlage zu vereinbaren sei.

3 Vgl. Autorengruppe des IMSF, Die Septemberstreiks 1969. Darstellung, Analyse, Dokumente, Frankfurt am Main 1969.

4 Vgl. H. Jung, Ch. Kievenheim, M. Tjaden-Steinhauer, K. H. Tjaden, Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950–1970. Theorie, Diskussion, Sozialstatistische Analyse; Teil I: Klassenstruktur und Klassentheorie. Theoretische Grundlagen und Diskussion, Frankfurt am Main 1973; Teil II: H. Burbaum u. a., Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950–1970. Sozialstatistische Analyse, Frankfurt am Main 1974; Teil III: Ch. Kievenheim, D. Pollmann, Die Intelligenz der BRD 1950–1970, Frankfurt am Main 1974.

II. André Gorz: Abschied vom Proletariat?

Die Unmöglichkeit einer Vermittlung von Klassenlage und Klassenbewußtsein unter den heutigen krisenhaften Bedingungen des Kapitalismus hat mit besonderem Nachdruck *André Gorz* mit seiner Studie „Abschied vom Proletariat" betont.[5] Diese Studie hat rasch im Spektrum der „neuen sozialen Bewegungen" und der kritischen Intelligenz Anklang gefunden, weil sie der Enttäuschung über die Passivität der Arbeiterklasse angesichts der Krise Ausdruck verlieh und Alternativen offerierte, die nicht wie die herkömmlichen Strategien der Arbeiterbewegung mit der Hypothek geschichtlicher Wirkungslosigkeit belastet zu sein schienen.

Bereits kurz nach der Veröffentlichung der deutschsprachigen Ausgabe unterzog *Willi Gerns* die Studie von *Gorz* einer grundsätzlichen marxistischen Kritik.[6] *Gerns* führte die Aporien und Widersprüche in den Reflexionen von *Gorz* auf dessen elementare Unfähigkeit zurück, die empirischen Erscheinungen der sozialen Entwicklung und Geschichte der Arbeiterklasse aus ihren gesellschaftlichen Konstitutions- und Reproduktionsbedingungen heraus zu erklären. Damit berührte *Gerns* ein Schlüsselproblem der marxistischen Analyse der Arbeiterklasse insofern, als die Beobachtung der gegenwärtigen konkreten Erscheinungen der Klassengegensätze nicht ohne weiteres mit dem theoretischen Verständnis des revolutionären Veränderungspotentials der Arbeiterklasse übereinstimmt. Zutreffend hob *Gerns* hervor, daß sich *Marx* und *Engels*, obwohl sie die empirische Lage der Arbeiterklasse ihrer Zeit eingehend beschrieben, die Erkenntnis des revolutionären Charakters der Arbeiterklasse nicht aus der unmittelbaren Anschauung erschlossen habe: „Richtig ist, daß für sich allein genommen weder Beobachtungen der konkreten Lage der Proletarier noch proletarische Kampferfahrung zur Entdeckung der historischen Mission der Arbeiterklasse hätte führen können. Das gilt aber für jede wissenschaftliche Theorie. Ihre Ausarbeitung verlangt die Anwendung einer wissenschaftlichen Arbeitsweise bei der Beobachtung und der Wertung von Erfahrungen, Verallgemeinerung, Abstraktion, Aufdecken der inneren, notwendigen Zusammenhänge, Vordringen zum Wesen einer Sache."[7]

In der gegenwärtigen Periode kapitalistischer Entwicklung, die zumindest in Ländern wie der Bundesrepublik das revolutionäre Veränderungspotential der Arbeiterklasse weitgehend paralysiert, ja, zu einem Faktor des gesellschaftlichen Konservatismus verkehrt zu haben scheint, gewinnt das unbeirrte Festhalten an den sozialökonomischen Bestimmungen des Klassenantagonismus sowie der Perspektiven seiner Aufhebung eine unverzichtbare erkenntnisleitende Funktion für die Analyse der konkreten Veränderungsmöglichkeiten des Kapitalismus. Indem *Gorz* gerade diesen Anspruch auf eine materialistische Erkenntnissystematik aufgibt und spezifische empirische Erscheinungsformen der Arbeiterklasse, spezifische Bewußtseinszustände, Wertvorstellungen und Handlungsweisen in den Rang theoretischer Verallgemeinerungen und Prognosen erhebt, vermag er die Arbeiterklasse nicht mehr als revolutionäres Subjekt anzuerkennen. Wie aber gelangt *Gorz*, der sich

5 A. Gorz, Abschied vom Proletariat. Jenseits des Sozialismus, Frankfurt am Main 1980.
6 W. Gerns, Arbeiterklasse oder „neue soziale Bewegungen"?, in: Marxistische Blätter, 2/1981, S. 70–84.
7 Ebd., S. 72/73.

früher immerhin der sozialistischen Arbeiterbewegung eng verbunden fühlte, zu seinen spektakulären Schlußfolgerungen, zu seinem „Abschied vom Proletariat"?

Bei dem Versuch, den marxistischen Begriff der Arbeiterklasse als geschichtlich überholt und politisch fragwürdig zu entlarven, geht *Gorz* zunächst von zwei Voraussetzungen aus.

Die *erste* Voraussetzung besteht in der Annahme, daß die Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse vom konkreten Inhalt der individuellen Arbeitstätigkeit abhänge. *Gorz* unterstellt, daß *Marx* mit seinem Begriff des Proletariats als der revolutionären Klasse vom Typus des handwerklich qualifizierten, von Produktionsstolz beseelten Arbeiters ausgegangen sei; denn nur nichtentfremdete Arbeit könne die Erfahrungsgrundlage für die Negation kapitalistischer Fremdbestimmtheit sein. Da aber, so *Gorz*, die moderne Arbeitsteilung und der durch sie über die arbeitenden Individuen verhängte Entfremdungszwang die konkrete Arbeit jeglichen subjektiven Sinns beraubt habe, verliere auch der an die Arbeiterklasse gebundene Begriff der Revolution bei *Marx* seine historische Geltung. Mit anderen Worten: Arbeitsteilung und Entfremdung im modernen Produktionsprozeß machen eine revolutionäre Bewußtwerdung der Arbeiter unmöglich.

Zweitens behauptet *Gorz*, daß fortschreitende Arbeitsteilung und Automation, zumal in der Situation einer umfassenden Krise, zur Zersetzung der Arbeiterklasse führten, weil immer größere Gruppen aus dem Produktionsprozeß herausgedrängt würden. Indem die „traditionelle Arbeiterklasse" nur noch als „privilegierte Minderheit" von Arbeitsplatzbesitzern fortbestehe, habe sich der marxistische Begriff von Arbeiterklasse überlebt und tauge nicht mehr zur theoretischen Begründung emanzipatorischer Praxis. Diejenigen Gruppen, die in der Krise aus dem Produktionsprozeß herausfielen und marginalisiert würden und gerade deshalb dazu berufen seien, eine alternative Gesellschaft zu errichten, bezeichnet *Gorz* als „industrielles Neoproletariat" oder – charakteristischer noch – als „Nicht-Klasse von Nicht-Arbeitern".[8]

Diese „Nicht-Klasse" stehe nicht mehr im objektiven Zusammenhang kapitalistischer Produktionsverhältnisse und entziehe sich daher einer marxistischen Klassenanalyse ebenso wie ihren politischen Schlußfolgerungen. „Im Unterschied zum Marxschen Proletarier wird der Neoproletarier nicht mehr durch ‚seine' Arbeit definiert und kann auch nicht durch seine Position im gesellschaftlichen Produktionsprozeß definiert werden."[9]

Mit beiden Voraussetzungen verfehlt *Gorz* den wirklichen Inhalt der marxistischen Klassentheorie und ihres Begriffs der Arbeiterklasse. Weder *Marx* und *Engels* noch die auf ihnen aufbauende Theorieentwicklung binden den Begriff der Arbeiterklasse an die konkrete Arbeitstätigkeit des individuellen Arbeiters. Der marxistische Klassenbegriff geht im Gegenteil nicht von den konkreten empirischen Erscheinungsformen individueller Arbeitstätigkeit, ihrem stofflichen und gebrauchswertmäßigen Inhalt, sondern von den materiellen gesellschaftlichen Verhältnissen, den Produktionsverhältnissen, aus.[10] Da die Produktionsverhältnisse in der bürgerlichen

8 A. Gorz, a.a.O., S. 62.

9 Ebd., S. 64/65.

10 „Es ist jedesmal das unmittelbare Verhältnis der Eigentümer der Produktionsbedingungen zu den unmittelbaren Produzenten – ein Verhältnis, dessen jedesmalige Form stets naturgemäß einer bestimmten Entwicklungsstufe der Art und Weise der Arbeit und daher ihrer gesellschaftlichen

Gesellschaft durch den Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital bestimmt sind, der den Charakter der Arbeit als abstrakte, tauschwertproduzierende Arbeit setzt, verrät der subjektive Sinn einer beliebigen Arbeit nichts über die Klassenlage. Daß das Kapital zum herrschenden gesellschaftlichen Verhältnis werden kann, setzt die Existenz privater Produktionsmittelbesitzer und andererseits die massenhafte Existenz von Lohnarbeitern voraus, die nichts anderes besitzen als ihre Arbeitskraft, die sie als Ware verkaufen müssen, um überhaupt leben zu können. Unabhängig von der inhaltlichen Besonderheit der Arbeit gehört also zur Arbeiterklasse, wer vom Verkauf seiner Arbeitskraft zu leben gezwungen ist und unter dem Kommando des Kapitals oder des kapitalistischen Staats unbezahlte Mehrarbeit verrichten muß, wer als lebendiges Verwertungsmittel im Reproduktionsprozeß des Kapitals fungiert und damit dem Wechsel von Akkumulation und Krise unterworfen ist, solange das Kapitalverhältnis fortbesteht.

Diese systematische Bestimmung der Arbeiterklasse schließt nicht aus, daß sich die sozialen Formen, die innere soziale Struktur und der Umfang der Arbeiterklasse geschichtlich verändern oder daß es auf der empirischen Ebene soziale Übergangsformen zwischen der Arbeiterklasse und anderen vom Kapital abhängigen Schichten gibt, wie z. B. die Gruppe der bäuerlichen Halbproletarier zeigt, die teilweise vom Verkauf der Arbeitskraft, teilweise aber auch vom Kleineigentum an landwirtschaftlichen Produktionsmitteln lebt.[11]

Indem *Marx* und *Engels* das Kapital als überindividuelles gesellschaftliches Verhältnis begriffen, arbeiteten sie heraus, daß die im Verwertungszweck des Kapitals eingeschlossene Ökonomisierung der Arbeitskraft den individuellen Sinn der Arbeit auslöscht und die Lohnarbeiter zu einem Anhängsel des fixen konstanten Kapitals, der Maschinerie, degradiert. Nicht die handwerklich qualifizierten Arbeiter, sondern die Masse der dequalifizierten, ausgebeuteten Fabrikproletarier sind bei *Marx* und *Engels* die historische und empirische Gestalt der Arbeiterklasse, die als sozialer Träger der Revolution betrachtet wird. Das gilt für *Engels*' „Die Lage der arbeitenden Klasse in England" (1845) ebenso wie für das „Kapital" von *Marx* oder den späten *Engels*. Jener wendet sich in seinem Vorwort zur zweiten deutschen Auflage der „Lage der arbeitenden Klasse in England" 1892 nachdrücklich gegen die elitären korporatistischen Trade Unions der „Arbeiteraristokratie", nämlich der hochqualifizierten Maschinenschlosser, Zimmerleute und Schreiner, und tritt für die „Organisation der großen Masse ungelernter Arbeiter", für den „Neuen Unionismus" ein.[12] *Marx* und *Engels* stellten das Fabrikproletariat nicht aus moralischen Gründen in den Mittelpunkt ihrer Klassentheorie, sondern deshalb, weil das Fabrikproletariat in

Produktionskraft entspricht –, worin wir das innerste Geheimnis, die verborgene Grundlage der ganzen gesellschaftlichen Konstruktion und daher auch der politischen Form des Souveränitäts- und Abhängigkeitsverhältnisses, kurz, der jedesmaligen spezifischen Staatsform finden." Karl Marx, Das Kapital, Dritter Band, MEW 25, S. 799f.

11 Die große Bedeutung, die den halbbäuerlichen Schichten in der Geschichte der Klassenkämpfe historisch zukam und noch heute vor allem in vielen „Peripherieländern" und Ländern der „Dritten Welt" zukommt, wird eindrucksvoll von W. I. Lenin hervorgehoben. Vgl. z. B. Lenins „Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage" für den 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale 1920, in: W. I. Lenin, Werke, Bd. 31, S. 140–152.

12 F. Engels, Vorwort zur deutschen Ausgabe von 1892 der „Lage der arbeitenden Klasse in England", MEW 2, S. 645.

den großen Produktionsstätten sozial die höchste Entwicklungsstufe kapitalistischer Vergesellschaftung verkörperte. Infolgedessen waren es auch nicht Minderheiten qualifizierter Arbeiter, sondern die Masse der Fabrikarbeiter, welche die allgemeinen Interessen der Klasse am klarsten zum Ausdruck bringen konnten.

Auf die Überschätzung der Facharbeiter und die Gorzsche Fiktion einer „Doppelherrschaft" von Facharbeitern und kapitalistischer Betriebshierarchie im Produktionsprozeß hatte bereits *W. Gerns* aufmerksam gemacht, als er den Facharbeiter-Mythos von *Gorz* mit der tatsächlichen Lage der proletarischen Arbeitermassen in der Periode der kapitalistischen Industrialisierung kontrastierte und gleichzeitig betonte, daß die Eingriffsmöglichkeiten der auf die Erfahrungen und Errungenschaften der Arbeiterbewegung gestützten Arbeiterklasse heute ungleich größer seien als die der Facharbeiter des 19. Jahrhunderts, die *Gorz* zum Idealtypus des revolutionären Subjekts verklärte.[13]

Wie sieht es nun mit der zweiten Voraussetzung von *Gorz* aus? Diese zweite Voraussetzung enthält die Behauptung, daß die Krise des Kapitalismus sich als „Krise des Proletariats" fortsetze. Durch die mit der Krise vertiefte Spaltung in Lohnarbeiter, die noch im Arbeitsverhältnis stehen, und diejenigen Arbeitskräfte, die aus dem Arbeitsprozeß ganz oder teilweise herausgedrängt würden, zerreiße der Klassenzusammenhang. Mit anderen Worten: Die Arbeitslosen können nicht mehr zur Arbeiterklasse gerechnet werden.

Eine solche Schlußfolgerung drängt sich dann unvermeidlich auf, wenn man – wie *Gorz* – die soziale Gliederung einer Gesellschaft nicht aus der Analyse ihrer Produktionsverhältnisse erschließt, sondern aus bestimmten empirischen Erscheinungen zu erklären versucht. So verwundert es nicht, daß *Gorz* zwischen Noch-Beschäftigten und Arbeitslosen keinen klassenmäßigen Zusammenhang mehr zu erkennen vermag, da sich sein Klassenbegriff auf den unmittelbaren Produktionsprozeß beschränkt. Der Produktionsprozeß des Kapitals ist aber nicht nur konkreter Arbeitsprozeß, sondern ein beständiger gesellschaftlicher Vorgang von Mehrwerterzeugung und Rückverwandlung des Mehrwerts in produktives Kapital und damit zugleich ein Prozeß, der fortwährend zwischen „Attraktion" und „Repulsion", also der Einverleibung und dem Abstoßen von lebendiger Arbeit wechselt: „Die kapitalistische Akkumulation produziert vielmehr, und zwar im Verhältnis zu ihrer Energie und ihrem Umfang, beständig eine relative, d. h. für die mittleren Verwertungsbedürfnisse des Kapitals überschüssige, daher überflüssige oder Zuschuß-Arbeiterbevölkerung."[14]

Arbeitslosigkeit ist damit als notwendige Erscheinungsform krisenhafter Störungen der kapitalistischen Akkumulation zu begreifen, und die Arbeitslosen sind deshalb als eine „Fraktion des Proletariats" (*Marx*) anzusehen, die der Arbeitslosigkeit in ihrer stockenden, latenten oder fließenden Form unterworfen sind oder in die Schicht der dauerhaft Marginalisierten, die „Lazarusschicht der Arbeiterklasse" absinken.[15]

Daß die Arbeitslosen als „industrielle Reservearmee" auf die Löhne der noch Beschäftigten drücken und die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt verschärfen, ist

13 W. Gerns, a.a.O., S. 75.
14 K. Marx, Das Kapital, Erster Band, MEW 23, S. 658; vgl. auch ebd., S. 661, 665, 666.
15 Ebd., S. 673.

der sozialen Existenzweise der Arbeiterklasse nicht nur nicht entgegengesetzt, sondern eine ihrer notwendigen Erscheinungsformen. Die Marxsche Analyse des Gesetzes der kapitalistischen Akkumulation liefert die auch heute noch zutreffende Bestimmung für das Verhältnis von Beschäftigten und Arbeitslosen als zwei aufeinander bezogene Kategorien der Arbeiterklasse, während *Gorz* mit seiner schematischen Gegenüberstellung von „traditioneller Arbeiterklasse" und „Nicht-Klasse der Nichtarbeiter" den krisenhaften Vermittlungszusammenhang kapitalistischer Vergesellschaftung verfehlt. *Gorz* muß zu dem idealistischen Bekenntnis greifen, daß die Arbeitslosen „nicht vom Kapitalismus erzeugt und nicht vom Stempel der kapitalistischen Produktionsverhältnisse geprägt"[16] seien, um sie von den mit dem Makel Lohnarbeit behafteten und deshalb für emanzipatorische Praxis untauglichen Teilen der Arbeiterklasse abgrenzen zu können.

III. Konstituierung der Arbeiterklasse: Dialektik objektiver und subjektiver Momente

Nun begnügt sich aber die Kritik am marxistischen Begriff der Arbeiterklasse nicht mit der Infragestellung sozialökonomischer Bestimmungen, sondern problematisiert gleichzeitig die Konstitution von Klassenbewußtsein auf der Grundlage dieser Bestimmungen. Dem Marxismus, oder genauer, dem als „orthodox" etikettierten Marxismus wird der Vorwurf gemacht, die subjektiven Erfahrungsbedingungen aus der Klassenanalyse auszublenden, also zu einem ökonomistischen Reduktionismus zu erstarren. So sagt *W. F. Haug*, einer der Wortführer der „kritischen Erneuerung" des Marxismus: „Ich glaube, daß diejenigen Recht haben, die seit längerem daraufhin argumentieren, daß wir aufhören sollen, von der Klasse zu sprechen wie von einem immer schon Gegebenen mit beschreibbaren vorgegebenen Eigenschaften. Wir müssen die Klasse als etwas Tätiges denken, als etwas, das sich herausbildet, das gemacht wird von den Arbeitern, das gemacht werden muß, immer wieder von neuem, das immer am Zerfallen ist, immer wieder herzustellen als von einer *Aufgabe*, nicht von einem Gegebenen. Die Arbeiterklasse . . . ist heute auf eine Weise zerspalten in auseinanderstrebende Fragmente, die gewisse unserer Reden lächerlich machen. Das bloße Wahrnehmen der Fragmentierung der Arbeiterklasse ist von vielen verwechselt worden mit einem Argument für den definitiven Bruch mit dem Klassenbegriff und allem, was daranhängt. Das ist ganz verkehrt. Ein Denken, welches die Klassenfragmentierung zur Kenntnis nimmt und sich die Artikulation dieser ‚desartikulierten' Kräfte stellt, ist die Bedingung für die Neugeburt eines leistungsfähigen Klassenbegriffs. Die Klasse ist keine vorauszusetzende Einheit, sondern eine Aufgabe, ein Projekt."[17]

Die Formulierungen von *Haug* klingen anheimelnd undogmatisch, aber genauer betrachtet sind sie eigentlich nur das subjektivistische Gegenstück zu dem von ihm so emphatisch beklagten Ökonomismus. Wenn *Haug* behauptet, die Arbeiterklasse sei keine „vorauszusetzende Einheit", kein objektiv „Gegebenes", so verkennt er die

16 A. Gorz, a.a.O., S. 63.

17 W. F. Haug, Veränderungskultur und Neuzusammensetzung der sozialen Bewegungen, in: Detlev Albers u. a. (Hrsg.), Kapitalistische Krise und Strategien der Eurolinken, West-Berlin 1982, S. 100.

gesellschaftliche Macht des Kapitals, das mit der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise das Proletariat als Klasse konstituiert. Auch wenn die innere Ungleichzeitigkeit der geschichtlichen Entfaltung des Kapitalismus niemals eine völlig nivellierte Masse von Arbeiterindividuen erzeugt, so unterwirft der Verwertungsprozeß doch Millionen von Lohnarbeitern grundlegend identischen Bedingungen, die ihren Klassencharakter ausmachen.[18] Dieser Klassencharakter, der Warencharakter der Arbeitskraft, der allen Lohnarbeitern gemeinsam ist, wird objektiv durch das Kapital als gesellschaftliches Verhältnis gesetzt. Infolgedessen wird die sozialstrukturelle Entwicklung der Arbeiterklasse, das Ineinandergreifen von Vereinheitlichung und Spaltung, durch den Akkumulationsprozeß des Kapitals vorangetrieben und vollzieht sich ganz unabhängig vom subjektiven Willen und Bewußtsein des einzelnen Lohnarbeiters. *Haug* dagegen stilisiert die Klassenexistenz der Arbeiter zu einem subjektiven Willensakt, zu einem subjektiven Lebensentwurf, als sei es geradezu ein Glück und nicht, wie *Marx* lapidar bemerkte, ein Pech, produktiver Lohnarbeiter zu sein.[19]

Aufgabe der marxistischen Theorie ist es nicht und kann es nicht sein, die Arbeiterklasse zu schaffen, wie es *Haug* offensichtlich vorschwebt. Dafür, daß es die Arbeiterklasse gibt, sorgt schon das Kapital, und zwar in einer Weise, von der sich viele linke Intellektuelle offensichtlich nichts träumen lassen. Die wesentliche Aufgabe marxistischer Theorie und Praxis besteht deshalb – ganz im Gegensatz zur Auffassung von *Haug* – darin, der Arbeiterklasse politische Mittel zur Verfügung zu stellen, die es ihr ermöglichen, sich praktisch als unterdrückte Klasse aufzuheben. Das schließt notwendig die Arbeit an der Entwicklung von Klassenbewußtsein ein, aber durchaus nicht in jenem schwärmerisch-existenzialistischen Sinn, den *Haug* dieser Arbeit zu geben versucht. Ist nun marxistische Theorie, wenn sie auf der objektiv-materiellen Bedingtheit und Einheit der Arbeiterklasse besteht, mit Dogmatismus und Reduktionismus gleichzusetzen? Nein, durchaus nicht, denn die objektive sozialökonomische Einheit der Arbeiterklasse ist ja nicht schon als solche eine Garantie für die Entwicklung von revolutionärem Bewußtsein und Handeln. Insofern ist der Konstitutionsprozeß der Arbeiterklasse nicht auf die objektiven sozialökonomischen Existenzbedingungen reduzierbar, sondern ein theoretisch und praktisch herzustellender Entwicklungszusammenhang objektiver und subjektiver Klassenmomente. Objektiv materielle Bestimmtheit der Klassenlage als Voraussetzung des individuellen Lohnarbeiterdaseins einerseits und die Notwendigkeit andererseits, diese Klassenlage individuell zu erkennen, um sie aufheben zu können, sind einander nicht entgegengesetzt, sondern aufeinander bezogen, wie *Marx* und *Engels* schon in der „Deutschen Ideologie" hervorgehoben haben: „Die einzelnen Individuen bilden nur insofern eine Klasse, als sie einen gemeinsamen Kampf gegen eine andere Klasse zu führen haben; im übrigen stehen sie einander selbst in der Konkurrenz wieder feindlich gegenüber. Auf der anderen Seite verselbständigt sich die Klasse wieder gegen die Individuen, so daß diese ihre Lebensbedingungen prädestiniert vorfinden, von der Klasse ihre Lebensstellung und damit ihre persönliche Entwicklung angewiesen bekommen, unter sie subsumiert werden. Dies ist dieselbe Erscheinung wie die Subsumtion der einzelnen Individuen unter die Teilung

18 Vgl. K. Marx/F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4, S. 470/471.
19 K. Marx, Das Kapital, Erster Band, a.a.O., S. 532.

der Arbeit und kann nur durch die Aufhebung des Privateigentums und der Arbeit beseitigt werden."[20]

Konkret-historisch betrachtet stellt sich die Arbeiterklasse niemals als statischer geschlossener Block dar. Entsprechend den jeweiligen stofflichen, territorialen, demographischen, kulturellen Bedingungen, unter denen der kapitalistische Produktionsprozeß stattfindet, weist die Arbeiterklasse eines bestimmten Landes vielfältige Fraktionierungen und Differenzierungen auf. Fragmentierung und Segmentierung der Arbeiterklasse sind also nicht ein neues Phänomen, das im scharfen Kontrast zur vermeintlichen sozialen Homogenität des Proletariats im 19. Jahrhundert und zu Beginn des 20. Jahrhunderts steht.[21] Die politische Notwendigkeit, die Arbeiterklasse zu einer gegenüber der Bourgeoisie autonomen sozialen Bewegung und schließlich zur eigenständigen politischen Partei zu organisieren, macht deutlich, daß Klassenkampf und erst recht revolutionäres Klassenbewußtsein kein naturwüchsiger Reflex auf eine von jeher schon vorhandene soziale Gleichförmigkeit des Proletariats sind. Gerade weil die Arbeiterklasse trotz der grundlegenden objektiven Interessen aller ihrer Angehörigen stets aufs neue sozialen Umstrukturierungen unterliegt, bedarf sie der theoriegeleiteten Organisierung zur gewerkschaftlichen und politischen Einheit und Selbständigkeit. Dafür, daß dies überhaupt möglich ist, sind die objektiven Bedingungen der gemeinsamen Klassenlage eine unerläßliche Voraussetzung, aber die objektiven Merkmale der Arbeiterklasse sind keine Garantie für irgendeine Zwangsläufigkeit revolutionärer Prozesse.

IV. Joachim Hirsch: „Fordisierung" und „Durchstaatlichung" statt kapitalistischer Vergesellschaftung

Wo von der Krise des Marxismus und der Auflösung der Arbeiterklasse gesprochen wird, werden auch Zweifel daran geäußert, ob die Arbeiterbewegung noch immer als „führende", „hegemoniale" Bewegung im Kampf gegen den Kapitalismus anzusehen sei.

Joachim Hirsch hat den Versuch unternommen, einen Erklärungszusammenhang zwischen der Fragmentierung der Arbeiterklasse und der Integration der Arbeiterbewegung in das kapitalistische Herrschaftssystem herzustellen, um so einerseits die politische Orientierung auf die Arbeiterklasse als illusionäre Perspektive zu verwerfen und andererseits die Aufmerksamkeit den „neuen sozialen Bewegungen" zuzuwenden.[22] Dabei kommt dem Begriff der „fordistischen" Vergesellschaftung[23] eine Schlüsselfunktion zu.

20 K. Marx/F. Engels, Die deutsche Ideologie, MEW 3, S. 54.

21 Vgl. dagegen die differenzierte Darstellung der Entstehung des deutschen Proletariats bei H. Zwahr, Proletariat und Bourgeoisie in Deutschland. Studien zur Klassendialektik, Köln 1980.

22 Vgl. im folgenden J. Hirsch, Der Sicherheitsstaat. Das „Modell Deutschland", seine Krise und die neuen sozialen Bewegungen, Frankfurt am Main 1980; J. Hirsch/R. Roth, „Modell Deutschland" und neue soziale Bewegungen, in: Probleme des Klassenkampfs, 40/1980.

23 Den Begriff des Fordismus übernimmt Joachim Hirsch von Antonio Gramsci, Amerikanismus und Fordismus, in: ders., Philosophie der Praxis. Eine Auswahl, hrsg. von C. Riechers, Frankfurt am Main 1967, S. 376ff.

Nach *Hirsch* besteht die „fordistische" Vergesellschaftung wesentlich darin, daß der gesamte Lebenszusammenhang der gesellschaftlichen Individuen „durchkapitalisiert" und „warenförmig" organisiert wird. Aus dem Prozeß der „Fordisierung" erklärt sich für *Hirsch*, warum von der Arbeiterklasse revolutionäres Handeln, Solidarität und Kreativität nicht zu erwarten seien: „Daß das Proletariat sich nicht quasi naturwüchsig zu *der* selbstbewußten und autonomen revolutionären Klasse entwickeln konnte, sondern zunächst einmal als der Fähigkeit zu selbständig-solidarischem und selbstbewußt-gesellschaftsveränderndem Handeln beraubte, ‚subalterne' Klasse (...) erscheint, erweist sich als Produkt des kapitalistischen Entwicklungsprozesses und der darin wurzelnden Veränderungen des Vergesellschaftungszusammenhangs selbst."[24]

Aus seinem Theorem „fordistischer Vergesellschaftung", in der sich die Integration und Desintegration der Individuen auf effektive, aber dennoch widersprüchliche Weise durchsetze, leitet *Hirsch* soziale Umschichtungsprozesse ab, die den Rahmen der marxistischen Klassentheorie sprengten. Arbeiter, Angestellte, Beamte und Marginalgruppen verschmelzen nach *Hirsch* zu einem unspezifischen Konglomerat, das „sowohl objektiv wie bewußtseinsmäßig" eine „vielfach geschichtete, zergliederte und gespaltene Gesellschaft"[25] ergebe. Ausdrücklich anknüpfend an Überlegungen der „Frankfurter Schule", die mit *Horkheimer, Adorno* und *Marcuse* die düstere Utopie einer „eindimensionalen Gesellschaft" entworfen hatte,[26] zieht *Hirsch* die Schlußfolgerung, daß die „Herausbildung sozialrevolutionärer Bewegungen und Prozesse heute weniger denn je einer ‚objektiven Logik' ökonomischer und gesellschaftlicher Entwicklungen gehorcht."[27]

Da der „fordistische" Vergesellschaftungsprozeß die kollektive Erfahrungsgrundlage von Ausbeutung und Abhängigkeit ausgehöhlt habe, seien von einem „im Grundwiderspruch verankerten Klassensubjekt"[28] keine emanzipatorischen Impulse zu erhoffen. Vielmehr seien die außerhalb des kapitalistischen Produktionsprozesses auftretenden Bruchstellen krisenhafter Desintegration die aktuellen Ansatzpunkte, an denen sich Widerstand gegen die Herrschaftsfunktionalität der „Fordisierung" und „Durchstaatlichung" herauskristallisieren könne. Für *Hirsch* sind infolgedessen an die Stelle der Arbeiterklasse und ihrer politischen Aktion die „neuen sozialen Bewegungen" getreten: „Die komplexe Fragmentierung der Gesellschaft, die für die Individuen segmentierten und widersprüchlichen Erfahrungszusammenhänge und die permanent vorangetriebene Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse verändern den politischen Prozeß, d. h. die Bedingungen und Formen der Entwicklung politischen Bewußtseins und kollektiven Handelns grundlegend. Die ‚neuen sozialen Bewegungen' drücken dies am deutlichsten aus."[29]

24 J. Hirsch/R. Roth, a.a.O., S. 16/17.
25 Ebd., S. 18.
26 Vgl. z. B. Th. W. Adorno, Einleitungsvortrag in: Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft. Verhandlungen des 16. Deutschen Soziologentages, Stuttgart 1969; H. Marcuse, Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, Neuwied und West-Berlin 1967.
27 J. Hirsch/R. Roth, a.a.O., S. 24.
28 Ebd.
29 Ebd., vgl. auch J. Hirsch, Der Sicherheitsstaat ..., a.a.O., S. 151.

Der entscheidende Fehler *Hirschs* besteht darin, daß er seinen Vergesellschaftungsbegriff von den Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Produktion und Reproduktion trennt und die von ihm beschriebenen Krisenphänomene nicht mehr als konkrete Vermittlungen des die Gesellschaft unverändert beherrschenden Grundwiderspruchs von Lohnarbeit und Kapital zu begreifen vermag. Obwohl er vorgibt, die Kategorien der politischen Ökonomie auf die gegenwärtige Entwicklung anzuwenden, verselbständigen sich die – von ihm teilweise ja durchaus zutreffend geschilderten – Krisenmomente zu Eigengesetzlichkeiten, hinter denen der materielle, durch das Prinzip der Profitproduktion determinierte Zusammenhang verschwindet. Im Gegensatz zur Meinung von *Hirsch*, demzufolge die Vergesellschaftungsprozesse nicht mehr einer spezifischen ökonomischen Logik unterworfen sind, ist es gerade jene Logik des Profits, die alle gesellschaftlichen Entwicklungen bis in die letzten Verästelungen hinein zu durchdringen und zu beherrschen strebt. Da die Logik des Kapitals nicht abgestorben ist, wie *Hirsch* vermutet, sondern eine bisher unbekannte produktive und destruktive Potenz entfaltet, steht die marxistische Theorie vor der Aufgabe, die neu auftretenden Widerspruchsformen kapitalistischer Vergesellschaftung mit ihren allgemeinen Strukturbedingungen und Entwicklungsgesetzmäßigkeiten so zu verknüpfen, daß ihr Klassencharakter erkennbar und damit auch die Arbeiterklasse als „hegemoniales“[30] Subjekt identifizierbar wird – trotz der nicht zu bestreitenden immensen Hemmnisse, die der Arbeiterklasse mehr denn je in ihrem Entwicklungsprozeß von der Klasse „an sich“ zur „Klasse für sich“ entgegenstehen.

Nun richtet sich die Kritik von *Hirsch* ja nicht nur dagegen, daß der Marxismus an der „hegemonialen“ Rolle der Arbeiterklasse aufgrund ihrer objektiven Stellung im gesellschaftlichen Produktionsprozeß festhält, sondern auch gegen die angebliche Unfähigkeit des Marxismus, die Bedingungen und Schwierigkeiten der subjektiven Erfahrung von Unterdrückung und Fremdbestimmtheit überhaupt als relevantes Problem anzuerkennen. Dieses falsche Pauschalurteil geht am tatsächlichen Stand marxistischer Diskussion vorbei. So hat z. B. *Frank Deppe* sowohl die hemmende Funktion der sich in der Krise vertiefenden Fragmentierung der Arbeiterklasse für die Entfaltung von kollektivem Interessen- und Klassenbewußtsein herausgearbeitet als auch darauf hingewiesen, daß eine der Klassenlage angemessene subjektive Krisenverarbeitung durch das fortschreitende Abbröckeln proletarischer Lebensformen, in denen sich kollektive Interessen artikulieren konnten, zusätzlich erschwert wird. Allerdings interpretiert *F. Deppe* die durch die Krise beschleunigten Differenzierungen in der Arbeiterklasse weder als Beweis für ihre Auflösung noch für einen unwiderruflichen Zerfall von Klassenbewußtsein. Vielmehr sieht er die aktuellen Fragmentierungserscheinungen in der Arbeiterklasse in der Kontinuität jener geschichtlichen Dialektik von Spaltung und Einheit, welche die soziale Geschichte der Arbeiterklasse seit ihrer Entstehung geprägt hat. Insofern stellt zwar die desinte-

30 Der Begriff des „Hegemonialen“ und der „Hegemonie“ ist durch Antonio Gramsci in dem spezifischen Sinn interpretiert worden, daß eine Klasse, um die gesellschaftliche Macht erobern zu können, über die „intellektuelle und moralische Kraft“ verfügen muß, Bündnisse zu entwickeln, die den Block der herrschenden Klassen aufbrechen und den „neuen historischen Block“ als Subjekt der gesellschaftlichen Entwicklung verankern können. Vgl. Antonio Gramsci, Zu Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Schriften, Frankfurt am Main 1980, S. 188ff. (Einige Gesichtspunkte der Frage des Südens).

grierende, entsolidarisierende und individualisierende Wirkung der Krise die Arbeiterbewegung vor neue und schwierige Probleme, aber es wäre absurd, diese Wirkung der Krise mit dem Ende der Arbeiterklasse gleichzusetzen.[31]

V. Arbeiterklasse und Gewerkschaften: Integration und Autonomie

Was die Möglichkeiten subjektiver Erfahrbarkeit und bewußter Verarbeitung der Klassenlage und eines ihr adäquaten politischen Handelns anbetrifft, so scheint nicht wenig für die von *Hirsch* und anderen vertretene Auffassung zu sprechen, daß die Arbeiterklasse nicht mehr als die entscheidende revolutionäre Kraft zu betrachten sei. Das Verhalten breiter Schichten der Lohnabhängigen in der Krise, die Isolierung der Arbeitslosen, das Aufkommen nationalistischer und rassistischer Stimmungen auch in der Arbeiterschaft, Tendenzen zu individualisierten Konfliktlösungen, Verzichtsideologie und Fatalismus scheinen die politische Orientierung an der Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung zur Illusion zu stempeln.[32]

Aber weist die praktische Entwicklung der Klassengegensätze in der Bundesrepublik nicht auch deutliche Anzeichen für gegenteilige Entwicklungen in der Arbeiterklasse auf? Sind nicht die langen, unter schwierigen Umständen mit großer Zähigkeit und Entschlossenheit geführten Streiks Ende der siebziger Jahre, die ständig sich verlängernde Kette von Betriebsbesetzungen und vielfältigen Protestaktionen Beweise dafür, daß die Entwicklung von kollektivem Interessenbewußtsein auch gegenwärtig durchaus möglich ist? Bestätigen nicht die hunderttausendfache Teilnahme an der neuen gewerkschaftlichen Kampftaktik der „neuen Beweglichkeit" und die Demonstrationen von hunderttausenden Arbeitern und Angestellten gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialdemontage Ende 1982, daß die Arbeiterklasse für ihre Interessen mobilisierbar ist? Das Problem liegt offensichtlich nicht darin, daß der Entwicklung von Klassenbewußtsein die kollektive Erfahrungsgrundlage definitiv entzogen worden wäre, sondern vielmehr in den Grenzen, die der Artikulation von Klasseninteressen durch die Politik in der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung gesetzt sind. Damit verlagert sich das Problem von der Frage nach den allgemeinen Konstitutionsbedingungen von Klassenbewußtsein und danach, ob diese Konstitutionsbedingungen überhaupt noch gegeben seien, auf die Ebene der politischen Analyse der Arbeiterbewegung, ihrer Strategien, ihres Gesellschaftsverständnisses, ihrer Organisationsformen, ihrer sozialen Basis usw.

Dagegen haben *Hirsch* und andere Autoren aus dem Spektrum der ökologischen und alternativen Strömungen geltend gemacht, daß gerade von den Gewerkschaften weniger denn je die Wahrnehmung autonomer Interessen zu erwarten sei, denn die Gewerkschaften hätten sich nicht nur lediglich der Technokratie kapitalistischer

31 F. Deppe, Einheit und Spaltung. Überlegungen zu einer politischen Geschichte der Arbeiterbewegung, Marburg 1981, S. 116/117.

32 Diese Tendenzen werden auch von der empirischen Sozialforschung betont. Vgl. z. B. M. Schumann/K. P. Wittemann, Tendenzwende im Arbeiterbewußtsein?,in: Frankfurter Hefte: Sonderheft Arbeitswelt, April 1977; C. Bierbaum u. a., Ende der Illusionen? Bewußtseinsänderungen in der Wirtschaftskrise, Köln 1977.

Krisenbewältigung passiv angepaßt, sondern aktiv zentrale Funktionen der „Durchstaatlichung" und Massenintegration übernommen. Dieser Befund ist – allerdings mit sehr unterschiedlichen Akzentuierungen und Schlußfolgerungen – mit dem Ausdruck der „korporatistischen" Einbindung der Gewerkschaften in den Gesamtzusammenhang von Herrschaft und Krise umschrieben worden.[33]

Gegen diese Betrachtungsweise hat wiederum *Frank Deppe* eingewandt, „daß weder durch die Kompensationspolitik des Kapitals und des ‚spätbürgerlichen Staates', noch durch die Anpassung der kooperativen Gewerkschaftspolitik der grundlegende Widerspruch zwischen ‚Systemerfordernissen' und ‚Mitgliederinteressen' aufgehoben werden kann."[34] Folgerichtig sieht *Deppe* deshalb in den verstärkten Bemühungen, mit Hilfe relevanter Teile der Gewerkschaften den sozialen Konsens der Lohnabhängigen mit den Prioritäten der Kapitalverwertung zu sichern, keinen Beweis für eine unwiderrufliche Integration der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften, sondern im Gegenteil ein Indiz dafür, daß sich der Widerspruch zwischen kapitalistischer Vergesellschaftung und den Lebensinteressen der Werktätigen so vertieft hat, daß er ohne integrative Funktionalisierung von Teilen der Gewerkschaften, insbesondere auch ihrer Führungsapparate, als nicht mehr kontrollierbar erscheint. Diese Widersprüchlichkeit bildet die objektive Möglichkeit für die Entfaltung gewerkschaftlicher Autonomie im Sinne klassenorientierter Interessenpolitik, die sowohl über die kompensatorische Wirkung sozialpartnerschaftlicher Strategie hinausgehen als auch eine Stärkung antikapitalistischer Kräfte in den Gewerkschaften vorantreiben kann.[35] Daß es sich hierbei nicht um Spekulationen handelt, verdeutlicht ein Blick auf nationale Gewerkschaftsbewegungen anderer kapitalistischer Länder, wo antikapitalistische Autonomie und klassenorientierte Praxis längst zu festen Bestandteilen gewerkschaftlicher Politik geworden sind. Aber auch die Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik läßt wichtige Differenzierungen und Bruchlinien erkennen, die auf reale Ansätze gewerkschaftlicher Autonomie verweisen: Im Unterschied zu den fünfziger und sechziger Jahren haben sich seit dem vergangenen Jahrzehnt in den westdeutschen Gewerkschaften Tendenzen entwickelt, die Elemente gewerkschaftlicher Autonomie in dem von *F. Deppe* theoretisch begründeten Sinn enthalten. Das belegen z. B. sowohl politische Lernprozesse in der Gewerkschaftsjugend in Richtung auf größere Eigenständigkeit als auch die programmatischen Orientierungen und die praktischen Aktionen verschiedener Einzelgewerkschaften wie der IG Druck und Papier, der HBV, der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, der GEW und teilweise auch der IG Metall.[36] Obwohl der

33 Vgl. J. Hirsch, Der Sicherheitsstaat . . .; a.a.O., S. 103ff. Mit anderen Akzenten und anderen Schlußfolgerungen vgl. die „Korporatismus"-These und die Auffassung vom gewerkschaftlichen „Autonomie-Verlust" bei J. Bergmann, W. Müller-Jentsch und O. Jacobi, Gewerkschaften in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main, Köln 1975.

34 F. Deppe, Autonomie und Integration. Materialien zur Gewerkschaftsanalyse, Marburg 1979, S. 181.

35 Vgl. ebd., S. 190ff.

36 Vgl. z. B. K. Pickshaus, Streiks und gewerkschaftliche Gegenmacht. Funktion und Entwicklungstendenzen von Streiks in der Bundesrepublik, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 4/1981, S. 203–221; vgl. auch G. Hautsch, Integrationismus und „Korporatismus". Überlegungen zur Problematik der Einbindung von Gewerkschaften in das staatsmonopolistische Herrschaftssystem, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 4/1981, S. 222–241.

aktuelle Einfluß dieser Tendenzen auf die gesamte Gewerkschaftsbewegung nicht überschätzt werden darf, so deuten sie doch darauf hin, daß es auch in den westdeutschen Gewerkschaften Kräfte gibt, die sich aus dem scheinbar unangreifbaren Integrationsmechanismus des sozialen Konsens und des sozialen Friedens zu lösen beginnen. Das zeigt sich weiterhin am wachsenden Engagement gewerkschaftlicher Kräfte in der Friedensbewegung, in Aktionen gegen den Neofaschismus sowie für die Rechte der Frauen usw.

Anknüpfend an *F. Deppes* Darstellung der inneren Widersprüchlichkeit kapitalistischer Vergesellschaftung und ihres Bezuges zur Integration der Gewerkschaften, hat sich die neuere marxistische Gewerkschaftsanalyse eingehend auch mit jener Variante der Korporatismus-Theorie auseinandergesetzt, die – im Unterschied etwa zu *Hirsch* und *Roth* – eine an den Interessen der Mitgliederbasis ausgerichtete Aktivierung der Gewerkschaften anstrebt. So haben *G. Hautsch* und *K. Pickshaus* nachgewiesen, daß die Gegenüberstellung von „kooperativer" und „konfliktorischer" Gewerkschaftspolitik, wie sie von *J. Bergmann, O. Jacobi* und *W. Müller-Jentsch* vertreten wird, keine überzeugenden Lösungsmöglichkeiten im Sinne einer klassenorientierten Gewerkschaftspraxis eröffnet.[37] Indem *Bergmann u. a.* die Stabilität bzw. Destabilisierung der „kooperativen" Gewerkschaftspolitik von der ökonomischen Stabilität des Kapitalismus abhängig machen, klammern sie den Vermittlungszusammenhang zwischen ökonomischer und politischer Krisenhaftigkeit der Kapitalbewegung aus. Demgegenüber betonen *Hautsch* und *Pickshaus*, daß gerade dieser Zusammenhang – und nicht allein das ökonomische Moment – die materielle Grundlage dafür gewesen sei, daß die sozialpartnerschaftliche Arbeitsteilung zwischen Großkapital, Staat und integrationistischer Gewerkschaftsführung in den vergangenen Jahren verstärkt in Frage gestellt werden konnte, obwohl die Gewerkschaftspolitik durch die Krise keineswegs insgesamt von der „Kooperation" in eine „konfliktorische" Politik umgeschlagen sei. Während *Bergmann u. a.* gleichsam aus einem syndikalistischen Blickwinkel die Abschwächung des gewerkschaftlichen Korporatismus von der spontanen Belebung des Widerstandes an der betrieblichen Basis erhoffen, sehen *Hautsch* und *Pickshaus* gerade in der Verflechtung betrieblicher Reproduktionsrisiken der Arbeitskraft mit gesamtgesellschaftlichen ökonomischen *und* politischen, vorrangig über den Staat und die etablierten Parteien vermittelten Krisenprozessen die Bedingungen für eine vertiefte innergewerkschaftliche Polarisierung, eine Polarisierung zwischen den integrationistischen Kräften einerseits und den autonomieorientierten Kräften andererseits. *Hautsch* schlägt deshalb vor, den Begriff des „Korporatismus", der sich im wesentlichen auf institutionelle, organisationsförmige Aspekte beschränke, durch den Begriff der „staatsmonopolistischen Einbindung der Gewerkschaften" zu ersetzen: „Wegen seiner Verwandtschaft zu entsprechenden bürgerlichen Theorien und wegen seiner spezifischen – verengten – Verwendung in der westdeutschen Diskussion wird der Begriff des ‚Korporatismus' hier abgelehnt ... Die besondere Bedeutung von institutionalisierten Formen soll dabei nicht heruntergespielt, wohl aber ihrer Isolierung und

37 Vgl. G. Hautsch/K. Pickshaus, Integration und Gewerkschaftsanalyse. Zur Diskussion einiger gewerkschaftstheoretischer Ansätze in der Bundesrepublik, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 2/1979, S. 245–279.

Verabsolutierung entgegengewirkt werden. ‚Einbindung' sollte nicht in erster Linie formal anhand bestimmter Strukturen erörtert werden; der grundlegende Zusammenhang besteht darin, daß Gewerkschaften bei der Formulierung ihrer Politik die Bewegungsgesetze des kapitalistischen Systems als Grenze anerkennen, also Interessenvertretung an das Primat der Profitinteressen binden, diesen unterordnen."[38]

Die Charakterisierung von *Hautsch* hat gegenüber der Korporatismusthese den Vorzug, daß sie den gewerkschaftlichen Integrationismus weder auf eine spezifische ökonomische Funktion noch auf den Aspekt der Verrechtlichung und Institutionalisierung im Sinne des Modells der „befestigten Gewerkschaft" (*Goetz Briefs*) reduziert, sondern ebenso auf die konkreten Erscheinungsformen der Kapitalbewegung wie auf die politischen Systemerfordernisse bezieht und so die möglichen Alternativen der zukünftigen Entwicklung der Gewerkschaften genauer anzugeben vermag als die Vertreter der Korporatismus-These. Es ist *Hautsch* durchaus zuzustimmen, wenn er feststellt, daß die Einbindung der Gewerkschaften in das staatsmonopolistische System trotz oder gerade wegen der krisenhaft verengten materiellen Basis der Sozialpartnerschaft eine „Kardinalfrage" für die Perspektiven des Monopolkapitals geworden sei. In dieser Einschätzung ist zugleich implizit der Hinweis enthalten, daß sich das Monopolkapital sehr wohl der Existenz seiner antagonistischen sozialökonomischen und politischen Beziehungen zur Arbeiterklasse bewußt ist und deshalb auch selbst vor allem in der Arbeiterklasse diejenige gesellschaftliche Kraft sieht, die den Bestand der kapitalistischen Ordnung praktisch in Frage stellen kann.

VI. Gewerkschaftseinheit, Interessendifferenzierung und neue soziale Bewegungen

Neben der Integrations- und Korporatismusthese soll noch eine weitere Variante der Kritik an den Gewerkschaften erwähnt werden, die ebenfalls von einer Desintegration der Arbeiterklasse ausgeht und sich an den „neuen sozialen Bewegungen" orientiert, ohne allerdings eine gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit im Interesse der Lohnabhängigen definitiv auszuschließen. Im Unterschied zu *Hirsch* wollen *Claus Offe u. a.* mit ihren Überlegungen über „Interessendifferenzierung und Gewerkschaftseinheit" dazu beitragen, gewerkschaftliche Einheit und Handlungsfähigkeit wiederherzustellen.[39]

Das Ausgangsproblem bildet bei *Offe u. a.* die durch die Krise beschleunigte und vertiefte Spaltung der Arbeiterklasse, die den „universalistischen" Vertretungsanspruch der Gewerkschaften mit enormen Problemen konfrontiere. Die Gewerkschaften können aber, so die zentrale These, ihren normativen Anspruch auf Einheitlichkeit, der die geschichtliche Anziehungskraft der Gewerkschaften verbürgt habe, nur dann praktisch einlösen, wenn sie einerseits die Zersplitterung der Arbeiterklasse in „privilegierte und unterprivilegierte Kategorien" politisch aufhe-

38 G. Hautsch, Integrationismus und „Korporatismus", a.a.O., S. 229.

39 Vgl. im folgenden R. G. Heinze/K. Hinrichs/C. Offe/Th. Olk, Interessendifferenzierung und Gewerkschaftseinheit. Bruchlinien innerhalb der Arbeiterklasse als Herausforderung für gewerkschaftliche Politik, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 6/1981.

ben und andererseits „zentrale Lebensinteressen" außerhalb der traditionellen Felder gewerkschaftlicher Politik als qualitativ neue Prioritäten anerkennen. Mit „zentralen Lebensinteressen" sind vor allem solche gemeint, die außerhalb des Arbeitsprozesses im Bereich der individuellen Reproduktion und Lebensgestaltung entstehen und deren Befriedigung mit fortschreitender Umweltzerstörung, Urbanisierung, sozialer Beziehungslosigkeit und technologisch perfektionierter Kontrolle durch den Staat immer weiter eingeschränkt zu werden droht.

Die Gefahren, die den Gewerkschaften aus der Anpassung an den Krisendruck erwachsen, indem sie die Senkung des Reproduktionsniveaus sogar in der Domäne ihrer bisherigen Politik widerstandslos hinnehmen, können nach Ansicht von *Offe u. a.* nur dann gebannt werden, wenn die Gewerkschaften die „Flucht nach vorn" antreten. *Offe u. a.* meinen, daß auch die im Verlauf der Krise unter Druck geratenen Positionen traditioneller Interessenpolitik (Tarifpolitik, Arbeitszeit- und Arbeitsmarktpolitik, Gestaltung der Arbeitsbedingungen usw.) nur dann wieder gefestigt werden können, wenn sich die Gewerkschaften jene Forderungen zu eigen machen, die bisher den „neuen sozialen Bewegungen" vorbehalten schienen: „Die Alternative bestünde darin, in einer ‚Flucht nach vorn' das (keineswegs unwiderruflich) verlorengegangene Terrain zurückzuerobern. Voraussetzung dafür wäre nicht nur der Versuch, tarifpolitisch und politisch die Interessen von privilegierten und unterprivilegierten Beschäftigten zu vereinheitlichen und nicht nur der zusätzliche Versuch, einen gemeinsamen gewerkschaftlichen Vertretungsanspruch für beschäftigte und nicht-beschäftigte Lohnabhängige zu etablieren. Hinzukommen müßte angesichts des erwähnten Auseinanderfallens von ‚Erwerbs'- und qualitativen ‚Lebens'-Interessen der Versuch, eine vereinheitlichende Vorstellung über ein *‚erträgliches' Produktionssystem und den Gebrauchswert seiner* Erzeugnisse zu entwickeln – d. h. die Interessen von betroffenen Dritten und von Konsumenten mit der Produzentenperspektive zu versöhnen."[40]

Problematisch an der Kritik ist nicht, daß sie die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Interessenvertretung und Organisierung auch der Arbeitslosen betont; denn es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Gewerkschaften die Arbeitslosen bisher, von Ausnahmen abgesehen, weitgehend sich selbst überlassen haben. Problematisch ist auch nicht die Aufforderung, die im Reproduktionsbereich der Arbeitskraft auftretenden Widersprüche zu Themen gewerkschaftlicher Politik zu machen. Die eigentliche Schwierigkeit bei *Offe u. a.* liegt darin, daß sie, indem sie die genannten „zentralen Lebensinteressen" zur eigentlichen Priorität gewerkschaftlicher Politik erheben, die sich aus der Logik des Kapitalismus ergebende Hauptaufgabe der Gewerkschaften, nämlich, die Verkaufsbedingungen der Ware Arbeitskraft zu sichern und die Arbeitskraft gegen die ruinösen Folgen ihrer kapitalistischen Nutzung zu schützen, nur noch als sekundär betrachten. Der Kampf um die Verteidigung der Arbeitsplätze, um Sicherung und Erhöhung der Reallöhne, um bessere Arbeitsbedingungen und kürzere Arbeitszeiten hat jedoch seine grundlegende und vorrangige Bedeutung für die gewerkschaftliche Politik keineswegs verloren, auch wenn er, bedingt durch neue „Reproduktionsrisiken" außerhalb des Arbeitsprozesses, eine Erweiterung erfahren muß.

40 Ebd., S. 354.

Demzufolge liegen die entscheidenden Bedingungen für die Entfaltung gewerkschaftlich durchsetzungsfähiger Interessen nach wie vor im gesellschaftlichen Arbeitsprozeß, also da, wo die antagonistischen, unversöhnlichen Interessen von Lohnarbeit und Kapital unmittelbar aufeinanderstoßen. Nach wie vor besteht die potentielle Macht der Arbeiterklasse, sich der kapitalistischen Konsumtion ihrer Arbeitskraft kollektiv widersetzen zu können, in der Fähigkeit, den Verwertungsprozeß des Kapitals zu unterbrechen.

Obwohl *Marx* und *Engels* immer wieder die Grenzen des ökonomischen Kampfes im Zusammenhang mit der revolutionären Umwälzung des Kapitalismus unterstrichen haben, sahen sie die Möglichkeit der „Eroberung der political power" doch an eine Organisationsform geknüpft, „die aus ihren ökonomischen Kräften selbst erwächst", wie *Marx* 1871 in einem Brief an *Bolte* schrieb.[41] Daraus leitet sich die unverminderte Bedeutung des Streiks als des effektivsten Kampfmittels ab, das der Arbeiterklasse zur Durchsetzung unmittelbarer Interessen zur Verfügung steht und das zugleich die Voraussetzung für weiterreichende politische Forderungen und Aktionen schafft. Die von *Offe u. a.* vorgeschlagenen neuen Ziele gewerkschaftlicher Politik haben überhaupt nur dann Aussicht auf Verwirklichung, wenn sie im Kampf der Arbeiterklasse im gesellschaftlichen Arbeitsprozeß, vor allem in den Schlüsselbereichen und Zentren der materiellen Produktion und Reproduktion verankert sind. Es sind die Kerngruppen der Arbeiterklasse, die Arbeiter und Angestellten in den Großbetrieben der Produktion, der Zirkulation und des öffentlichen Sektors, von deren Interessenkampf die Erfolge im Kampf um bessere materielle und soziale Lebensbedingungen außerhalb der Arbeit und nicht zuletzt die Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse abhängen. Trotz der nicht zu bestreitenden und nicht zu vernachlässigenden Fragmentierungen der Arbeiterklasse bleiben die Aktionen der noch beschäftigten Arbeiter und Angestellten die unabdingbare Basis für die Entwicklung gewerkschaftlicher Gegenmacht. Nur in der organisierten Verbindung mit den beschäftigten Lohnarbeitern haben auch die arbeitslosen Schichten der Arbeiterklasse die reale Möglichkeit, ihre Situation zu verbessern. Und nur dann, wenn nennenswerte Teile der Kerngruppen der Arbeiterklasse für ihre „traditionellen" Interessen gewerkschaftlich und politisch aktiv werden, kann der erforderliche Druck erzeugt werden, um auch solche Forderungen durchzusetzen, die sich auf Bedürfnisse und Interessen außerhalb der Arbeit beziehen.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise, lehrt uns, daß sich die sozialen Perspektiven der gesamten Arbeiterklasse selbst dann extrem verschlechtern, wenn sich zwar bei wachsenden Schichten der Arbeitslosen eine Radikalisierung nach links vollzieht, aber entsprechende Massenaktionen der noch Beschäftigten, die auf das Kapital materiell Druck ausüben könnten, ausbleiben.[42]

Die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung wird in der gegenwärtigen Krise ihre Einheitlichkeit nicht durch die von *Offe u. a.* vorgeschlagene Strategie der „Flucht

41 K. Marx an F. Bolte, 23. November 1871, MEW 33, S. 332.

42 Vgl. L. Peter, Überlegungen zur Analyse der RGO-Politik am Ende der Weimarer Republik, in: F. Deppe u. a. (Hrsg.), Marxismus und Arbeiterbewegung. Josef Schleifstein zum 65. Geburtstag, Frankfurt am Main 1980, S. 40ff.

nach vorn" herstellen können, sondern nur dadurch, daß sie, ausgehend von der konsequenten Interessenvertretung in den Betrieben, Gegenmachtpositionen entwickelt, die gleichzeitig den Kampf mit den und für die Arbeitslosen sowie für Veränderungen von Lebensbedingungen außerhalb des Arbeitsprozesses einschließen.

Dennoch ist die These von der „Krise der Arbeiterbewegung" nicht einfach als leeres Gerede abzutun, denn sie verweist, wie immer ihre Begründungen im einzelnen zu bewerten sind, auf tatsächliche strukturelle Probleme und Defizite der Arbeiterbewegung. Das gilt, zumindest hinsichtlich der Bundesrepublik, insbesondere für die durch die sozialpartnerschaftliche Politik der Gewerkschaften in der Krise vertiefte Fragmentierung der Arbeiterklasse. Indem die Gewerkschaften, jedenfalls die in ihr zur Zeit eindeutig dominierenden sozialpartnerschaftlichen Kräfte, sich immer mehr auf eine – ohnehin nur defensive – Interessenvertretung der noch beschäftigten, in der Regel besser gestellten „Arbeitnehmer" beschränken, geraten sie in Widerspruch zu jener fundamentalen Aufgabe, deren Wahrnehmung die Arbeiterbewegung historisch überhaupt erst entstehen ließ: die durch das Kapitalverhältnis objektiv gesetzte Konkurrenz unter den Lohnarbeitern auf der Basis der Solidarität und gegenseitigen Hilfe zu überwinden.

Man kann heute kaum davon sprechen, daß die Gewerkschaften in der Bundesrepublik, sieht man von wenigen lokalen und regionalen Ausnahmen ab, auch nur annähernd der Aufgabe gerecht würden, eine „planmäßige Zusammenwirkung zwischen den Beschäftigten und Unbeschäftigten zu organisieren" (*K. Marx*).[43]

Der durch die integrationistische Gewerkschaftspolitik vorangetriebene Entsolidarisierungsprozeß in der Arbeiterklasse ist, über die zerstörerischen materiellen Auswirkungen auf die Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft hinaus, zugleich Symptom eines tiefgreifenden Bedeutungsverlustes der Arbeiterbewegung als hegemoniale emanzipatorische Sozialbewegung gegen den Kapitalismus; denn der Preisgabe einer an der sozialökonomischen Einheit aller Lohnarbeiter ausgerichteten Interessenpolitik auf der einen Seite entspricht auf der anderen Seite der nunmehr fast vollständige Verzicht auf Vorstellungen darüber, wie eine menschenwürdige und sozial gerechte Gesellschaft zu gestalten wäre. Viele soziale und kulturelle Funktionen, die früher für die Arbeiterbewegung typisch waren, weil sie „den Kampf um das Brot mit dem Kampf um die Rosen" verknüpften, werden heute von den „neuen sozialen Bewegungen" in Anspruch genommen. Die sozialpartnerschaftlichen Kräfte in den Gewerkschaften benutzen nun den nichtproletarischen Sozialcharakter dieser Bewegungen als Alibi, um auf die Artikulierung „alternativer" Bedürfnisse, Interessen und Lebensformen überhaupt verzichten zu können. Jene sind deshalb weitgehend eine Domäne der „neuen sozialen Bewegungen" geworden und haben sich vom realen subjektiven Bewußtsein der Mehrheit der Arbeiterklasse weit entfernt. Genau betrachtet zeigt sich aber, daß viele der Forderungen, die heute im Spektrum der „neuen sozialen Bewegungen" erhoben werden, der Interessenlage der Arbeiterklasse in noch höherem Maße und wesentlich unmittelbarer entsprechen als den nichtproletarischen Schichten, die die soziale Basis dieser Bewegungen bilden. Insofern erweisen sich die Probleme des Inhalts und Sinns der Arbeit, der Unter-

43 K. Marx, Das Kapital, Erster Band, a.a.O., S. 669.

drückung der Frauen, des Schutzes der natürlichen Umwelt, der totalen betrieblichen und staatlichen Erfassung der Bevölkerung durch informationstechnologische Systeme und insbesondere der Erhaltung des Friedens als wichtige und produktive Ansatzpunkte dafür, daß die Arbeiterbewegung unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen ihre geschichtliche Gestaltungsfähigkeit zurückgewinnt. Zu einem vorwärtstreibenden Faktor antikapitalistischer, autonomer Gewerkschaftspolitik können Inhalte „alternativer" Forderungen aber nur dann werden, wenn sie in einer konsequenten materiellen Interessenpolitik verankert sind.

VII. „Brüchigkeit der Parteiform"?

Die im Zusammenhang mit der Diskussion über die Krise des Marxismus vorgebrachte Kritik an der Arbeiterbewegung beschränkt sich nicht auf die Gewerkschaften. Sie richtet sich – und meist noch wesentlich massiver – gegen die politische Organisation der Arbeiterklasse in der Form der revolutionären, kommunistischen Partei. Unter verschiedenen Gesichtspunkten sind der marxistische Parteibegriff sowie die Beziehungen zwischen politischen Inhalten und Organisationsstruktur in der Form der kommunistischen Partei gerade in den letzten Jahren verstärkt als überlebt, verknöchert und der sozialen Emanzipation hinderlich bezeichnet worden.

Die Schlußfolgerungen, die aus der Infragestellung der politischen Organisierung in Form der revolutionären Arbeiterpartei gezogen werden, schwanken im einzelnen zwischen radikaler Ablehnung der Parteiform und Vorschlägen, die Parteiform grundlegend umzugestalten. Die zuletzt genannte Position wird zum Beispiel von *Elmar Altvater* vertreten.

Auch *Altvater* beruft sich in seiner Kritik an der Parteiform auf soziale Differenzierungen und Umschichtungen in der Arbeiterklasse, die es nicht länger rechtfertigen würden, die Arbeiterklasse als einheitliche Klasse mit einer klaren Interessenidentität zu betrachten.[44] Da die Arbeiterklasse stattdessen ein „komplexer sozialer Körper" geworden sei und die Erfahrungen der Arbeiter nicht mehr durch die Arbeit selbst geformt würden, entspreche auch die traditionelle Form der kommunistischen Partei nicht länger den gegenwärtigen Bedingungen kapitalistischer Widerspruchsentwicklung. Die traditionelle revolutionäre Arbeiterpartei habe sich auf einen Typus von Arbeiter stützen können, der durch die Alltagserfahrung produktiver industrieller Arbeit sozialisiert und dessen politische Perspektive durch sein Produzentenbewußtsein bestimmt worden sei. Mit der binnen weniger Jahre vollzogenen Umwälzung des Charakters der Industriearbeit sei gleichzeitig eine so tiefgreifende Umstrukturierung der Arbeiterklasse erfolgt, daß die Berufung auf die Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt ihre frühere geschichtliche Überzeugungskraft verloren habe.

Nach Meinung *Altvaters* haben sich dementsprechend die „die Gesellschaft durchschneidenden Konfliktlinien",[45] also die politisch relevanten Widersprüche, aus dem Bereich gesellschaftlicher Arbeit heraus auf Bedürfnisse und Interessen verlagert, die

44 E. Altvater, Die Linke auf der Suche nach dem „Dritten Weg", in: ders. u. a., Erneuerung der Politik. Demokratie, Massenpartei, Staat, Hamburg 1982.
45 Ebd., S. 30.

nicht auf Widerspruchserfahrungen in der Arbeit zentriert seien. *Altvater* spricht hier von der Entstehung „neuer sozialer Subjekte", die sich, obwohl oft formal lohnabhängig, nicht einem allgemeinen Begriff von Arbeiterklasse subsumieren ließen. Angesichts dieser Veränderungen stellt *Altvater* eine Brüchigkeit der Parteiform fest, die auch den Typus der revolutionären Arbeiterpartei ergriffen habe. *Altvater* hält es zukünftig für verfehlt, den Aufbau von Parteien, die für sich eine revolutionäre Qualität beanspruchen, an den autoritären, hierarchischen Strukturen des kapitalistischen Produktionsprozesses auszurichten, eine Überlegung, mit der er offensichtlich auf das Organisationsprinzip des demokratischen Zentralismus anspielt. Die Ablehnung des demokratischen Zentralismus zieht bei *Altvater* die Zurückweisung aller auf die Arbeiterklasse zentrierten Bündnismodelle nach sich, weil es heute nicht mehr „um eine Sammlung in den alten Formen, sondern um die Notwendigkeit der Veränderung dieser Formen selbst"[46] gehe.

In dieselbe Grundrichtung wie die Überlegungen *Altvaters* geht die Kritik von *Haug* am kommunistischen Organisations- und Parteiverständnis: „Viele negative Erfahrungen heften sich an diese Bestimmung des Marxismus von der ‚Partei der Arbeiterklasse' her. Da ist zunächst einmal der kontrafaktische Monopolanspruch *einer* Partei, durch die unbestimmt allgemeine Formulierung verabsolutiert und universalisiert. Dann ist da der Monopolanspruch der *Form* Partei, wenn man so will, also die stillschweigende Annullierung anderer gesellschaftlicher Formen und Institutionen, in denen sich Marxismus relativ eigenständig entwickeln kann. Drittens wird der Marxismus positiv und affirmativ an einen Apparat gebunden; der Apparat verkörpert den Unterschied zum Nichtmarxismus ... Den marxistischen Standpunkt durch den Apparat festlegen zu lassen, kommt einer Selbstzerstörung des Marxismus gleich."[47]

Weisen aber die Argumente, die *Altvater, Haug* u. a. aus der Fragmentierung der Arbeiterklasse gegen die Existenzberechtigung der Organisationsform der kommunistischen Partei ableiten, nicht gerade in eine Richtung, die ihren Schlußfolgerungen direkt zuwiderläuft? Wächst nicht die Notwendigkeit einer einheitlich organisierten und einheitlich handelnden Partei der Arbeiterklasse um so mehr, je größer der politische Desintegrationsdruck und die Tendenz zur Zersplitterung werden?

Wenn man die Erscheinungen der inneren sozialen Differenzierungen in der Arbeiterklasse ernst nimmt und sich klar macht, daß der Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse oft nicht mehr ein subjektiv ohne weiteres identifizierbares Klassenmilieu entspricht, folgt dann nicht gerade daraus nachdrücklich die Plausibilität einer kommunistischen Partei, deren primäre Aufgabe darin besteht, den Zusammenhang von objektiver Klassenlage und individueller Arbeits- und Lebenserfahrung politisch herzustellen? Die Forderung von *Marx* und *Engels*, daß sich die Arbeiterklasse „als besondere politische Partei" konstituieren müsse, wenn sie als Klasse handeln wolle, ist heute nicht weniger aktuell als 1872.[48] Der Grund für die unverminderte

46 Ebd., S. 31.

47 W. F. Haug, Krise oder Dialektik des Marxismus?, in: Argument-Sonderband 100: Aktualisierung Marx', West-Berlin 1983, S. 19.

48 K. Marx/F. Engels, Resolutionen des allgemeinen Kongresses zu Haag vom 2.–7. September 1872, MEW 18, S. 149.

Aktualität der Erkenntnis von *Marx* und *Engels* liegt genau in jenen Widersprüchen des heutigen Kapitalismus, die von *Altvater* u. a. als Indiz für die Brüchigkeit der Parteiform gewertet werden.

Der hochgradigen Organisiertheit des Monopolkapitals und des mit ihm verflochtenen Staates auf der einen Seite entspricht eine Tendenz zur sozialen und politischen Differenzierung der Arbeiterklasse auf der anderen Seite, in der die Beziehungen zwischen den gemeinsamen sozialökonomischen Klassenmerkmalen und ihren konkreten sozialen, politischen und kulturellen Ausprägungen vermittelter, komplizierter und widersprüchlicher geworden sind. Die Tendenz zur Desintegration einzelner Schichten und Gruppen der Arbeiterklasse wird in ihren möglichen systemstörenden Auswirkungen wiederum mit Hilfe massenwirksamer Strategien des sozialen Konsens und des fiktiven Gemeininteresses eingebunden. Die Ideologien der herrschenden Klasse spiegeln der Masse der Lohnabhängigen die realen Widersprüche als partikulare, systemunabhängige Erscheinungen vor, um kollektiven Widerstand sowohl in Formen eines klassenübergreifenden Gemeininteresses als auch in extrem individualisierte Problemlösungskonzepte zu kanalisieren. Daß sich aber das Kapital und der kapitalistische Staat der Gefahr, die unaufhebbar im Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit angelegt ist, durchaus bewußt bleiben, zeigt die kombinierte Entwicklung integrativer und repressiver Mittel gesellschaftlicher Kontrolle.

Unter diesen Bedingungen auf eine kommunistische Partei zu verzichten, heißt eigentlich schon, vor jenem integrativen und repressiven Vergesellschaftungsdruck zurückzuweichen, den das Kapital erzeugen muß, um organisierten Widerstand möglichst im Keim zu ersticken. Deshalb sind die Einheit und Geschlossenheit, welche von der kommunistischen Partei politisch-inhaltlich und organisatorisch angestrebt werden, in der Perspektive der Verwirklichung der politischen Einheit und Geschlossenheit der gesamten Arbeiterklasse in ihrem Antagonismus zum Kapital zu begreifen.[49]

Organisierung in der kommunistischen Partei und durch sie bedeutet keine sektiererische Abgrenzung gegenüber anderen Strömungen der politischen Arbeiterbewegung, die sich selbst auf das Ziel des Sozialismus berufen. Organisierung in Form der kommunistischen Partei bedeutet auch nicht, daß die kommunistische Partei voluntaristisch einen „Führungsanspruch" gegenüber der Arbeiterklasse bzw. ihren unterschiedlichen politischen Fraktionen erhebt.[50]

49 Vgl. H. Mies, Die Aktualität der Marxschen Lehre von der Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF, Sonderband I/1982, „... einen großen Hebel der Geschichte". Zum 100. Todestag von Karl Marx: Aktualität und Wirkung seines Werks, Frankfurt am Main 1982, S. 49ff.

50 „Die Kommunisten sind keine besondere Partei gegenüber den anderen Arbeiterparteien. Sie haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen. Sie stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen. Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, daß sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten." K. Marx/F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, a.a.O., S. 474.

Die Beziehungen der kommunistischen Partei zu anderen sozialistischen Strömungen, Parteien oder Gruppierungen in der Arbeiterbewegung sind bestimmt durch produktive Auseinandersetzung um den wirksamsten Weg zur Überwindung des Kapitalismus. Daß die kommunistischen Parteien, also auch die DKP in der Bundesrepublik, sich dabei auf den wissenschaftlichen Sozialismus stützen, heißt nicht, daß sie von anderen sozialistischen Strömungen nichts lernen könnten. Aber ebenso wenig wie es in der Bundesrepublik ohne revolutionäres Handeln der Arbeiterklasse zu grundlegenden Veränderungen kommen wird, ebenso wenig wird das ohne eine starke, in der Arbeiterklasse fest verankerte kommunistische Partei möglich sein.

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 6/1983

Zur Arbeiterklasse der 80er Jahre

Struktur – Kern – betriebliche Basis

Heinz Jung

1. Starker Arm oder revolutionäres Subjekt? – 1.1 Die Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt der Epoche – 1.2 Die politökonomische Begründung der Arbeiterklasse – 1.3 Die abstrakte Welt der „weiten" Arbeiterklasse – 2. Veränderungen bis zu den 80er Jahren – 2.1 Strukturaspekte – 2.2 Mobilitätsprozesse – 2.3 Zum sozialökonomischen Kern der Arbeiterklasse – 3. Der Betrieb als Formierungsbasis der Klasse

1. Starker Arm oder revolutionäres Subjekt?

Der vorliegende Beitrag soll im Kontext des Schwerpunktes dieses Jahrbuches einige Fragen der Arbeiterklasse in der BRD der 80er Jahre erörtern. Was die sozialstrukturellen Probleme und Bestimmungen betrifft, so halten wir die früheren Arbeiten des IMSF nach wie vor für tragfähig und knüpfen deshalb an ihnen an.[1] Das kann nicht bedeuten, daß in diesen Arbeiten schon alle heute interessierenden Gesichtspunkte hinreichend und befriedigend untersucht worden wären, aber sie stellen in der Kontinuität marxistisch-leninistischer Diskussion eine solide Ausgangsbasis dar. Wir wollen in Fortschreibung der damaligen Ansätze die Entwicklungen bis heute und besonders die aktuelle Situation in den statistischen Grunddaten erfassen. Dies ist wichtig, da man gerade heute ein realistisches Bild über die objektive Struktur der Arbeiterklasse der BRD gewinnen muß, wenn man die aktuellen Tendenzen und die Perspektiven beurteilen will.

1 Beiträge des IMSF 3, Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950–1970, Teil I: Klassenstruktur und Klassentheorie; Teil II: Sozialstatistische Analyse; Teil III: Die Intelligenz der BRD 1950–1970 (Verf. Ch. Kievenheim, D. Pollmann), Frankfurt/Main 1972–74 (wegen verschiedener Ausgaben zitieren wir nur unter Verweis auf die Abschnitte); A. Leisewitz, Klassen in der Bundesrepublik Deutschland heute, Frankfurt/Main 1977; Arbeitsmaterialien des IMSF 11, Arbeiterklasse und Intelligenz in Ungarn und in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/Main 1980; Arbeitsmaterialien des IMSF 12, Der staatsmonopolistische Kapitalismus der BRD in Daten und Fakten (hier: Kapitel 3: Die Produktivkräfte in unserer Zeit, Kapitel 5: Klassenstruktur und sozialökonomische Klassengegensätze im SMK, Kapitel 10: Klassenkräfte und Klassenkämpfe im und gegen den SMK der BRD), Frankfurt/Main 1981.

Eine sachliche, knappe und informative Darstellung der Diskussionspositionen bei: B. Kirchhoff-Hund, Theorien sozialer Ungleichheit, Westberlin 1981.

1.1 Die Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt der Epoche[2]

Daß ohne die Masse der Arbeiter und Angestellten nichts bewirkt werden kann, steht für die Akteure aller politischen Positionen außer Frage. Sie und ihre Angehörigen stellen in den entwickelten kapitalistischen Ländern einen solch überwiegenden Bevölkerungsblock, daß allein schon ihre Masse die Schwerkraft der gesellschaftlichen Entwicklung ausmacht. Ohne das zumindest passive Einverständnis ihrer Mehrheit könnte kein sozialökonomisches oder politisches Regime auf längere Dauer bestehen. Selbst konservative und faschistische Regimes müssen bestimmte Interessenartikulationen und Organisationsformen, betriebliche Vertretungsgremien o. ä. dulden bzw. installieren, um ihre Kontrolle ausüben zu können.

Es gibt heute in entwickelten kapitalistischen Ländern keine relevanten Massenbewegungen, in denen nicht Arbeiter und Angestellte einen beachtlichen Block oder gar die Mehrheit stellten. Das Volk ist heute in erster Linie und überwiegend die Arbeiterklasse. Daß vor allem die Arbeiter der Großbetriebe der starke Arm der Gesellschaft sind, wird heute selbst durch den Klerus akzeptiert und zum Ausgangspunkt gesellschaftspolitischer Strategien erhoben (siehe Polen). Wahlstrategen konservativer Parteien tragen dem ebenso Rechnung wie die Diversionsapparate der imperialistischen Mächte. All das verweist auf die Realität und faktische Macht der Arbeiterklasse – und sei es nur als starker Arm anderer Interessen.

Natürlich ist für den Marxismus die Arbeiterklasse auch der starke Arm, ohne den die alte Gesellschaft nicht zu stürzen und eine neue nicht zu errichten ist. Aber in dieser Sicht muß sie starker Arm für sich selbst sein. Natürlich ist die Arbeiterklasse auch Subjekt der gesellschaftlichen Entwicklung in ihrer Existenz „an sich". Sie ist die wichtigste produzierende und den materiellen Reichtum der Gesellschaft schaffende Klasse, und schon insofern gestaltet sie in der Sicht der materialistischen Geschichtsauffassung die Fundamente gesellschaftlicher Entwicklung. Sie wirkt aber nicht nur mit der gesellschaftlichen Arbeit und Produktionstätigkeit als entscheidenden Formen gesellschaftlicher Praxis – also Äußerungen des Subjekts –, sondern auch mit ihren sozialen Aktivitäten, die in Klassengesellschaften Formen des Klassenkampfes sind. Es wäre völlig unzutreffend, hierunter nur Streiks oder Demonstrationen zu verstehen. Das Wirksamwerden sozialen Drucks zur Realisierung von Klasseninteressen hat eine wesentlich breitere Skala und realisiert sich auf der Basis fortschreitender Vergesellschaftungsprozesse. Dies zeigt etwa der Vergleich der Verhältnisse entwickelter kapitalistischer Länder, die trotz unterschiedlicher Kampftraditionen, Organisation und Bewußtheit der Arbeiterklasse hinsichtlich der ökonomischen und sozialen Existenzbedingungen der Arbeiterklasse ähnliche Strukturen aufweisen. Freilich bleibt der Klassenkampf ohne politische und ideologische Bewußtheit – trotz beachtlicher Arbeitermilitanz und scharfer Auseinandersetzungen, wie etwa periodenweise in den USA, – auf einer niederen Ebene und führt nicht zur Infragestellung der Macht des kapitalistischen Systems. Erst in dem Maße, wie

2 In diesem Abschnitt sind einige Gedanken zusammengefaßt aus H. Jung, Das revolutionäre Subjekt in der Marx'schen Theorie und heute, in: IMSF (Hrsg.), Marx ist Gegenwart, Frankfurt/Main 1983; Thesen des IMSF, Karl Marx und das revolutionäre Subjekt in der Welt von heute, Frankfurt/Main, März 1983.

sie diese höheren Formen entwickelt, wird die Arbeiterklasse starker Arm für die eigenen Interessen, autonom handelndes Subjekt der Geschichte.

In der Sicht von *Marx, Engels* und *Lenin* ist die Grundlage der historischen Rolle oder geschichtlichen Aufgabe oder Mission der Arbeiterklasse ihre Stellung im System der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und in der bürgerlichen Gesellschaft. Erst hieraus kann unter Beachtung der realen Geschichte das jeweils empirische Bewußtsein „abgeleitet" oder die Aufgabe seiner Entwicklung im Sinne der Klassenmission gestellt werden. Die Formierung des revolutionären Subjekts der kapitalistischen Gesellschaft, dessen entwickeltste Form eine marxistische Klassenpartei ist, kann nur auf der Grundlage dieser Interessen erfolgen. Was diese Frage betrifft, so ist ein übertriebener Ouvrierismus[3] allerdings völlig fehl am Platze. Ja, man muß unter Beachtung der geschichtlichen Erfahrungen sogar davon ausgehen, daß die Formierung der entwickeltsten Formen des revolutionären Subjektes durch Zuzug aus unterschiedlichen sozialen Schichten und Gruppen, über unterschiedliche Zugänge, aus unterschiedlichen Konflikten erfolgt. Entscheidend bleibt die Formierung auf der Grundlage des Marxismus als theoretisch-wissenschaftlicher Ausdruck der Interessen der Arbeiterklasse. Dies ist aber nur die eine Seite. Die andere besteht darin, daß diese Formationen nur in dem Maße reale Arbeiterinteressen und sozialistische Orientierungen verbinden und in politischen Einfluß, in reale politische und ideologische Hegemonie in der Klasse umsetzen können, wie sie in der empirischen Arbeiterklasse verankert sind, d. h. Angehörige der Arbeiterklasse selbst revolutionäres Bewußtsein und Organisiertheit entwickeln.

Wenn wir von der Arbeiterklasse als dem revolutionären Subjekt der kapitalistischen Gesellschaft auch unter den Bedingungen der BRD sprechen, dann bezieht sich dies nicht auf die heute gegebenen Haltungen und Vorstellungen. Das konnte auch früher bei stärker entwickeltem Klassendenken und -verhalten nicht der Fall sein, da dem die Existenzbedingungen einer ausgebeuteten und unterdrückten Klasse entgegenstehen. Es bezieht sich auf die Potenz, die im Maße der umfassenden Formierung der Klasse wirksam werden kann. Revolutionen sind immer auch gesteigerte und verdichtete Massenaktivitäten. Sozialistische Revolutionen, die nicht nur politische, sondern auch soziale Revolutionen sind, wären undenkbar ohne diese Massenaktivitäten, aus denen allein die Kraft zur Aufhebung alter und zur Schaffung neuer Strukturen hervorgehen kann. Ihre Dynamik besteht gerade in der fortschreitenden Einbeziehung der Massen der Arbeiterklasse in den revolutionären Prozeß: „In der revolutionären Tätigkeit fällt das Sich-Verändern mit dem Verändern der Umstände zusammen."[4]

3 Dies ist eine im Prinzip syndikalistische und meist intelligenzfeindliche Haltung, die mitunter vor allem in durch manuelle Arbeiter geprägten Klassenorganisationen entstanden ist. Es herrscht die unbegründete Ansicht vor, daß nur „Blaumänner" echte Revolutionäre sein könnten. Derartige Haltungen sind immer wieder auch als Reaktionen auf die politische und ideologische Gängelung entstanden. Zu diesem Komplex beim frühen Arbeiterkommunismus: H. J. Sandkühler, Proletariat und Wissenschaft, in: „... einen großen Hebel der Geschichte", Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF, SI (1982), S. 305ff.

4 Karl Marx/Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie (1845/46), in: MEW, Bd. 3, S. 195.

Wie auch immer die sozialökonomische Abgrenzung von anderen Schichten vorgenommen wird, so bewahrt der Blick auf die internationale Arbeiterklasse der heutigen Übergangsepoche zum Sozialismus vor einer bornierten oder resignativen Bewertung von Situationen in entwickelten kapitalistischen Ländern. Es zeigt sich nicht nur ein gewaltiges zahlenmäßiges Wachstum von den 10 Millionen Proletariern z. Z. des Erscheinens des Kommunistischen Manifestes Mitte des letzten Jahrhunderts auf heute drei Viertel Milliarden – nimmt man nur die aktiven, also erwerbstätigen Personen. Von ihnen leben jeweils etwa ein Drittel in den sozialistischen, den entwickelten kapitalistischen und den Entwicklungsländern. Die Arbeiterklasse der BRD stellt weniger als 3 Prozent der internationalen Arbeiterklasse. Im Weltdurchschnitt machte die Arbeiterklasse Anfang der 80er Jahre 42 Prozent der Erwerbsbevölkerung aus: in sozialistischen Ländern 40 Prozent, in entwickelten kapitalistischen Ländern 75 Prozent und in Entwicklungsländern 30 Prozent.[5] Die Verschiebungen der nächsten Jahrzehnte sind völlig eindeutig.

Die Arbeiterklasse dieser Sektoren bzw. der einzelnen Länder und wiederum innerhalb einzelner Länder steht auf unterschiedlichen Entwicklungsstufen, in denen sich der Charakter der Übergangsperiode verkörpert. Gleichwohl besteht ein internationalistischer Zusammenhang, der sich sowohl aus den aktuellen als auch den historischen Klasseninteressen ergibt. Die Arbeiterklasse ist die Klammer der Welt in unserer Epoche.

Auch für die Existenz der Arbeiterklasse der BRD gibt es nur noch sehr wenige Bereiche, die nicht von dem stürmisch verlaufenden Internationalisierungsprozeß unserer Zeit berührt wären. Das gilt auch für Strukturveränderungen. Wir verweisen nur auf die Gruppen ausländischer Arbeiter und Angestellter, auf die Arbeiterklasse in Betrieben des Auslandskapitals und der internationalen Konzerne, auf die Annäherungstendenzen in regionalen Integrationsräumen (EG) usw.

Es erscheint gegenwärtig in der BRD nicht überflüssig, bei jeder Gelegenheit die historische Rolle und internationale Dimension der Arbeiterklasse im Kontext der marxistischen Theorie und der Realitäten unserer Epoche deutlich zu machen. Der wissenschaftliche Sozialismus konzentriert sich in der Lehre von der Rolle und historischen Aufgabe der Arbeiterklasse.[6] Die geschichtliche Erfahrung unterstreicht außerdem: Ohne die Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt – kein Sozialismus, ja, auch kein demokratischer und sozialer Fortschritt im Kapitalismus. Deshalb faßt sich heute der Angriff bürgerlicher und kleinbürgerlicher Ideologie auf den Marxismus auch in der Leugnung der realen und potentiellen Rolle der Arbeiterklasse zusammen.[7]

5 Nach den Angaben bei: L. Winter, Das Proletariat in der Welt von heute. Wesen, Umfang, Strukturveränderungen, Berlin/DDR 1982.

6 Deshalb schrieb W. I. Lenin: „Das Wichtigste in der Marxschen Lehre ist die Klarstellung der weltgeschichtlichen Rolle des Proletariats als des Schöpfers der sozialistischen Gesellschaft." W. I. Lenin, Die historischen Schicksale der Lehre von Karl Marx (1913), LW, Bd. 18, S. 576.

7 Das zeigt auch sehr gut die Hauptrichtung der antimarxistischen Angriffe im Karl-Marx-Jahr 1983. Vgl. den Beitrag von W. Schwarz in diesem Band, sowie: H. Jung, W. Schwarz, Zur Marx-Beschäftigung in der BRD im Jahr 1983, in: IMSF (Hrsg.), Marx ist Gegenwart, a.a.O.

1.2 Die politökonomische Begründung der Arbeiterklasse[8]

Es soll hier in sehr kursorischer Form die politökonomische Begründung des Proletariats der kapitalistischen Gesellschaft – heute der Gesellschaften des staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK) – widergegeben werden, wie sie im Rahmen des IMSF vertreten und entwickelt worden waren. Dabei, und das muß besonders betont werden, war versucht worden, alle – auch die auf den ersten Blick widersprüchlichen – relevanten Aussagen von *Marx*, *Engels* und *Lenin* zum Thema aufzunehmen und zu interpretieren. Dies soll hier nicht wiederholt werden.

Ergeben sich die Rolle und der Charakter des Proletariats aus der Stellung in den Produktionsverhältnissen des Kapitalismus, d. h. dem Prozeß der Gewinnung des materiellen Lebens und Reichtums der Gesellschaft, dann muß nach dem theoretischen politökonomischen Ausdruck dieser Stellung gefragt werden. Er faßt sich im entfalteten Warencharakter der Arbeitskraft des Proletariats zusammen.

Das Proletariat ist eigentumslose Klasse, es verfügt nicht über die Produktionsbedingungen, unter denen es angewendet wird, sondern es wird angewendet. Es ist die Klasse doppelt freier Lohnarbeiter. Die Arbeitskraft seiner Angehörigen ist mobil und disponibel, sie wird per Kontrakt – was juristisches Selbstverfügungsrecht einschließt – auf Zeit gekauft. Sie ist Ware und unterliegt der Wert- und Preisbildung der Warenproduktion und -zirkulation – mit den Modifikationen durch die Wirksamkeit des historisch-moralischen Faktors. Natürlich ist jedes Produkt, das gekauft und verkauft wird, eine Ware. Aber nicht jede Ware ist unter kapitalistischen Bedingungen produziert. So treten auch Unterschiede zwischen der Arbeitskraft der Arbeiterklasse und anderer Lohnarbeit leistender Kategorien auf. Soweit in die Reproduktion der Arbeitskraft Privilegien eingeschlossen sind, die wiederum in der Regel mit der Ausübung spezifischer Funktionen im Reproduktionsprozeß bzw. einer spezifischen Stellung im System der Arbeitsteilung und Kooperation korrespondieren bzw. sich über einen höheren Wert und Preis der Arbeitskraft dieser Kategorien realisieren und damit ein weit überdurchschnittliches bzw. vom Proletariat abgehobenes Reproduktionsniveau ermöglichen, fallen diese Gruppen aus dem sozialökonomischen Umfang der Arbeiterklasse heraus und bilden die modernen lohnabhängigen Mittelschichten, zu denen auch die lohnabhängige Intelligenz gehört. Denn höhere Bildung ist auch unter den Bedingungen des SMK ein derartiger privilegierender Faktor mit sozialökonomischem Gewicht. Dieser Faktor ist allerdings nicht starr und statisch. Er bestimmt sich empirisch-operational immer in bezug zum in der modernen Produktion agierenden Kern der Arbeiterklasse. So galten zu *Marx'* Zeiten andere empirische Abgrenzungen als heute. Zu seiner Zeit waren etwa kommerzielle Lohnarbeiter noch eine solche Kategorie. Heute gilt das nur noch für die Obergruppen dieser Kategorie, während sich für die große Masse – empirisch meist Frauen von Arbeitern oder aus Arbeiterfamilien – ihr Reproduktionsniveau dem der traditionellen Arbeiterklasse völlig angenähert hat und gleichen Gesetzen folgt. Andererseits erlangen vor allem unter Bedingungen des SMK die Systemfunktionen, für deren Realisierung Lohnarbeit angewendet wird, ein starkes Gewicht für die Klassensituation. Dies gilt für die Gruppen mit dem Reproduktions-

8 Dieser Abschnitt gibt in geraffter Form die Grundzüge der Darlegungen wieder in: Beiträge des IMSF 3/I, a.a.O., Kap. 4: Zur Anatomie der Klassen und Schichten.

niveau der Arbeiterklasse in den unmittelbaren, vor allem den staatlichen Macht- und Herrschaftsapparaten des Systems.

Die Ware Arbeitskraft, durch den Kapitalisten gekauft, ist die stoffliche Seite seines variablen Kapitals, jenes Kapitalteils, aus dessen Funktion der Mehrwert entspringt bzw. die zur Produktion und Realisierung des Mehrwertes erforderliche Mehrarbeit freigesetzt wird. Dies ist der Verwertungsprozeß des Kapitals per Ausbeutung der Lohnarbeitskraft. Der Arbeitsprozeß selbst bzw. die stoffliche Seite des Produktionsprozesses ist für diese Bestimmung gleichgültig. Aber seine innere Struktur ist nicht gleichgültig für die konkrete Form der Ausbeutung. Erst die Unterwerfung der Arbeitsprozesse durch das Industriekapital, d. h. die reelle Unterwerfung oder Subsumtion der Arbeitsprozesse durch das Fabrik- und Maschinensystem des Kapitals, also die kapitalistische Industrialisierung, unterwirft auch den Lohnarbeiter in vollem Sinne dem Kapital. Vorher, in der Manufaktur, hängt die Produktion noch an der Spezialität der Arbeitskraft – das betraf auch die Ausdehnungsmöglichkeit der Produktion im Rhythmus des Industriezyklus; jetzt dagegen wird der Arbeiter „Anhängsel" der Maschinerie, im reellen Sinne Verwertungsmaterial des Kapitals. Es vollzieht sich der Übergang von der formellen zur reellen Subsumtion der Lohnarbeit unter das Kapital und in diesem Prozeß die Entfaltung des Warencharakters der Arbeitskraft des Proletariats. Wissenschaft und Leitung werden Potenzen des Kapitals, aus dem unmittelbaren Produktionsprozeß herausgelöst und gegen den Arbeiter gestellt. (Mit dem Fortschritt der Vergesellschaftung erfolgt jedoch die Ausdifferenzierung dieser Funktionen. Sie werden nicht nur spezialisierte Anlagefelder von Kapital, sondern sie bringen in diesem Prozeß mit einem differenzierten Arbeitskörper auch neue Schichten von Lohnarbeitern hervor.) Erst auf dieser Stufe ist der Arbeiter der Bewegung des Kapitals in vollem Umfang unterworfen – auf dem Markt und in der Produktion – und wird davon in seiner ganzen Existenz geprägt.

Wir hatten angedeutet, daß mit der kapitalistischen Industrialisierung das Fabrikproletariat sich als sozialökonomischer und später auch politisch-ideologischer Kern der Arbeiterklasse konstituiert. Die Lohnarbeit erhält damit gewissermaßen ihr Gravitationszentrum, ihren Pol, in dessen Kraftfelder sich die übrigen Gruppen der Arbeiterklasse eingliedern. Erst dies wird bekanntlich der Geburtsakt der modernen Arbeiterklasse, der Voraussetzung, des Momentes und des Resultates der Reproduktion des Kapitals. Die Entwicklung der Produktivkräfte, deren wichtigstes Element immer der Arbeiter und die Arbeiterklasse sind, bedingt die jeweilige konkrete und stoffliche Struktur des Arbeitsprozesses und der Arbeitsverausgabung. Der charakteristische Typ wechselt: manuelle einfache Arbeit von Frauen und Kindern, physische Schwerarbeit von Männern, vorwiegend manuelle und qualifizierte Männerarbeit, vorwiegend geistig-psychische Arbeitsverausgabung. Es sind dies historische Erscheinungsformen der industriellen Produktionsarbeit. An ihnen kann nur der jeweils historisch bestimmende Typ von Lohnarbeit und einfacher Arbeit festgemacht werden, nicht aber Lohnarbeit schlechthin. Schon gar nicht sind arbeits- und versicherungsrechtliche Kategorien Kriterien zur Bestimmung unterschiedlicher Stufen der Lohnarbeit. Auch sie reflektieren bestenfalls bestimmte historische Erscheinungsformen. Ungeeignet ist auch der Versuch der Begründung der Arbeiterklasse durch den Begriff bzw. das Verhältnis der produktiven Arbeit. Eine derartige

Begründung trägt der historischen Entwicklung nicht Rechnung. Nur in Frühphasen fallen Kapitalproduktion und Arbeiterklasse zusammen. Gerade dann, wenn wir die Einzelbestimmungen der Arbeiterklasse im entwickelten oder entfalteten Warencharakter ihrer Arbeitskraft zusammenfassen, tragen wir auch dem gesamtgesellschaftlichen Charakter der Klassenverhältnisse und der prinzipiellen Einheit des Reproduktionsprozesses Rechnung. Die Reproduktionssphäre ist somit durch Klassenverhältnisse konditioniert, und zwar nicht nur in jenem Sinne, daß ihr Rahmen durch die Distributionsverhältnisse und den Umfang der Revenuen abgesteckt ist, sondern in dem Sinn, daß ihre gesellschaftliche Funktion aus der Rolle und Stellung des Arbeiters in der Produktion hervorgeht und nicht umgekehrt. Diese Bestimmung betrifft auch die Rolle der Nichtarbeitszeit usw. Sie verweist schließlich auf die Einheit der aktiven und passiven, der fungierenden und brachgelegten Teile der Arbeiterklasse. Angehöriger der Arbeiterklasse zu sein, reduziert sich also nicht auf eine zeitweilige Rolle im Arbeitsprozeß. Eben weil sie die Reproduktionssphäre mit erfaßt, kann die hier vertretene Konzeption das Klassenindividuum in allen Lebenssphären ausmachen.

Im kapitalistischen Akkumulationsgesetz wird ausgedrückt, daß der Lohnarbeiter wieder als Lohnarbeiter aus dem Prozeß herauskommt – entledigt eines Quantums in der Produktion vernutzter Lebenskraft – und zur Existenzerhaltung immer auf's Neue in diesen Prozeß eintreten muß. Das kapitalistische Lohngesetz erfaßt dies als Reaktionen des Systems zur Erhaltung seiner Bedingungen. Hierzu gehören Arbeitslosigkeit, Reservearmee, relative Überbevölkerung in ihren verschiedenen Erscheinungsformen; hierzu gehören aber auch die Methoden der extensiven und intensiven Ausbeutung. Natürlich gilt auch hier: Was als Gesetz gilt, trifft nicht in jedem Fall und für jedes Individuum zu. Ohne dies wären Mobilitätsprozesse kaum möglich.

Man muß darauf verweisen, daß die politökonomische Bestimmung der Arbeiterklasse durch den entwickelten Warencharakter der Arbeitskraft auch völlig die soziologischen Kriterien erfaßt oder abdeckt, die die Klassendefinition von *W. I. Lenin* ausmachen,[9] wenn man sie auf die Arbeiterklasse anwendet (Stellung in einem historischen System gesellschaftlicher Produktion; Antagonismus; Stellung zum juristisch fixierten Produktionsmitteleigentum; Stellung im System der Arbeitsteilung und Kooperation, und zwar vor allem in vertikalem Sinne; Einkommensquellen; Anteil am gesellschaftlichen Reichtum). Diese Bestimmung erfaßt auch die historische Stellung der Arbeiterklasse, die ihre Existenz als ausgebeutete, unterdrückte, kommandierte und beherrschte Klasse nur mit der Aufhebung des Kapitalverhältnisses aufheben kann. Dies bedeutet die Befreiung der Arbeit aus der Fessel der Lohnarbeit, die Aufhebung des Warencharakters ihrer Arbeitskraft. Reproduktion, Verteilung und Anwendung der Arbeitskraft der Arbeiterklasse folgen danach anderen Gesetzen, erfolgen unter Bedingungen, unter denen Marktkonkurrenz, Existenzunsicherheit, Reservearmee usw. der Vergangenheit angehören und keine Regulierungsfunktion ausüben können. Die philosophische Bestimmung der Arbeiterklasse ist somit in der politökonomischen aufgehoben.

9 Vgl. Beiträge des IMSF 3/I, a.a.O., Abschn. 2.3: Die Definition der antagonistischen Grundklassen durch W. I. Lenin.

Die Struktur der Arbeiterklasse war zu jedem Zeitpunkt vielfältig und multidimensional. Dies betrifft zum einen die Übergangsformen und Zwischentypen zu anderen Schichten und Klassen, bei denen die Klassenkriterien nicht in eindeutiger Form auftreten bzw. anwendbar sind: so das Produktionsmitteleigentum bei den selbständigen Mittelschichten und die spezifische, gegenüber der Arbeiterklasse privilegierte Stellung und Funktion bei den lohnabhängigen Mittelschichten. Dies gilt auch für die prägende Rolle von Herrschaftsapparaten. Zum anderen betrifft dies Kriterien außerhalb oder unterhalb der Klassenkriterien mit in einzelnen Phasen unterschiedlicher Bedeutung:

– die Stellung im Wirtschaftsprozeß nach volkswirtschaftlichen und betrieblichen Gesichtspunkten (Landwirtschaft, Bergbau, Industrie, Handel usw., Werkstatt, Büro usw., produktive oder unproduktive Funktionen u. a.);

– die Stellung in sozialökonomischen Sektoren;

– die Stellung in der kapitalistischen Arbeitsorganisation unter Gesichtspunkten der Berufsstruktur, der Arbeitsverausgabung, der Qualifikation usw.;

– die Schichtung nach Lebenslagen im Reproduktionsbereich wie Wohnverhältnisse, Stadt-Land-Dimension, Vermögen, Familienstruktur, Familieneinkommen einschließlich der „Sozialeinkommen", Erwerbstätigkeit.

Schließlich sind auch vordergründig demographische Merkmale wichtige Strukturierungsgesichtspunkte: Alter, Geschlecht, Nationalität usw.

Es liegt somit auf der Hand, daß schon von den objektiven Existenzbedingungen her die Arbeiterklasse kein monolithischer Block sein kann. Das galt in der Vergangenheit und gilt auch heute.

1.3 Die abstrakte Welt der „weiten" Arbeiterklasse

Nach einer längeren Pause in der innermarxistischen Diskussion um die Klassenstruktur im SMK ist nun vor kurzem in der DDR eine auf die Struktur der internationalen Arbeiterklasse unserer Epoche angelegte Schrift erschienen, in der u. a. Fragen der Arbeiterklasse im SMK behandelt werden.[10] Der Autor nimmt auch zu anderen marxistischen Positionen, darunter auch jenen des IMSF, kritisch Stellung.

Der Autor steht unmittelbar im Arbeitszusammenhang einer Gruppe, die das Konzept einer weiten Arbeiterklasse schon vorher in einer Reihe von Veröffentlichungen entwickelt und propagiert hat. Wir halten diese Konzeption in vieler Hinsicht für nicht den Realitäten des SMK angemessen und deshalb auch nicht für eine hinreichende Basis zur Analyse politischer und ideologischer Prozesse im SMK, insbesondere auch jener Prozesse, die die Formierungsbedingungen der revolutionären Arbeiterbewegung heute in der BRD betreffen.

Um es vorwegzunehmen und den faktischen Kern der Differenz zu benennen, es handelt sich darum, daß in der theoretischen Vorstellungswelt des Verfassers lohnabhängige Mittelschichten und die Intelligenz als sozialökonomisch bestimmte (Mittel-)Schicht keinen Platz haben. So entsteht jene große Arbeitnehmerklasse, die faktisch mit der Summe der statistischen Gruppen der Arbeiter, Angestellten und

10 L. Winter, Das Proletariat, a.a.O.; wir beziehen uns nachfolgend auf den Text der S. 27–39.

Beamten identisch ist. Ausgegliedert werden nur die relativ kleine Gruppe der oberen Manager sowie Offizierskorps und Hausdienerschaft, letztere allerdings mit nicht ganz schlüssigen Argumenten. Die lohnabhängige Intelligenz figuriert als Gruppe der „intellektuellen Lohnarbeiter", in der Sicht des Verfassers eine Gruppe der Arbeiterklasse.

Hier können auch gut die Konsequenzen dieser Position aufgezeigt werden. Sie bestehen unter anderem darin, daß gegenwärtig Bewegungen wie die Grünen und Alternativen als Bewegungen der Arbeiterklasse oder zumindest von Gruppen der Arbeiterklasse erscheinen müßten, ihre nichtproletarische Ideologie könnte auf keinen Fall mit der eigenen sozialen Lage dieser Gruppen in Verbindung gebracht werden. Es sei denn, Produktion und Reproduktion würden „dual" gesehen, was allerdings kaum mit dem historischen Materialismus in Übereinstimmung gebracht werden könnte. Die Bewegungen der Studentenschaft erschienen als im Prinzip proletarische Bewegungen usw. usf. Sozialökonomische Bündnispolitik gegenüber diesen Sektoren wäre von vornherein gegenstandslos.

Möglicherweise stellt sich der Verfasser nicht hinreichend der Aufgabe, daß auch unter den Bedingungen des SMK Klassenbewegung und ökonomische Bewegung über die Klassen- und Sozialstruktur vermittelt werden müssen, daß wir also auch politische, ideologische und kulturelle Erscheinungen auf ihre Klassenbasis bzw. die unterschiedliche Klassenbasis zurückführen müssen, wenn wir überhaupt eine materialistische Analyse anstreben.

Möglicherweise glaubt der Verfasser auch, er komme bürgerlichen Positionen der Technostruktur bzw. des Verschwindens der Arbeiterklasse entgegen, wenn er nicht von vornherein den Zirkulationsakt der Lohnarbeit der Bestimmung der Arbeiterklasse zugrunde legt und die Verallgemeinerung der Lohnarbeit mit dem Wachstum der Arbeiterklasse identifiziert. Wir halten seine Befürchtung für unbegründet, daß mit der Berücksichtigung lohnabhängiger Mittelschichten und der Intelligenz in der Konsequenz das Proletariat an den Rand gedrängt werde. Natürlich ist dies der Wunsch bürgerlicher Ideologen, den die Realität aber nicht erfüllt. Aber man muß auch berücksichtigen, daß es Perioden gibt, in denen diese Mittelschichten schneller wachsen können als die Arbeiterklasse. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die 70er Jahre in der BRD eine solche Periode waren. Dies muß klar gesehen werden, weil ohne dies die Erklärung vieler aktueller Prozesse nicht möglich ist. Nur eine äußerst schematische Interpretation des Akkumulationsgesetzes kann zu derartigen Realitätsblockaden führen. Zu beachten ist außerdem, daß dieses Gesetz heute auf dem Niveau des SMK seine Wirksamkeit entfaltet, wodurch Mobilitäts- und Differenzierungsprozesse auf gesamtgesellschaftlicher Ebene ausgelöst bzw. beeinflußt werden.

Was die theoretischen Begründungen betrifft, so nimmt der Verfasser u. E. nicht alle relevanten Klassikeräußerungen ernst bzw. beachtet zu wenig den Entwicklungsprozeß ihrer Konzeption. Hieraus folgt, daß er Argumentationen zum Warencharakter der Arbeitskraft oder zu bestimmten Kategorien bei *Marx* und heute (etwa zum kommerziellen Lohnarbeiter) nicht aufnehmen kann.[11] Er bleibt im Prinzip bei

11 Ebenda, S. 33; hier zitiert der Verf. auch eine Stelle aus der IMSF-Studie (IMSF-Beiträge 3/I, a.a.O., Ausgabe Verlag Marxistische Blätter, S. 159/60), aber in völlig entstellendem Sinne. Wir schilderten

einer Fixierung auf die Trennung vom Produktionsmitteleigentum, das er allerdings eher in seiner juristischen Seite erfaßt, jedoch weniger in seiner soziologischen Bedeutung. Deshalb kann er mit den Kriterien der Arbeitsteilung als einer Konstitutionsbedingung der Klassenverhältnisse im Prinzip nichts anfangen.[12] Das trifft auch auf die sozialökonomische Bedeutung und Rolle der Bildung zu.

Der Verfasser bevorzugt eine schematische und starre Sichtweise, etwa wenn er nicht aufnimmt, daß der Begriff der einfachen Arbeit eine Kategorie mit historisch wechselndem konkreten Inhalt ist; wenn er ablehnt, die Tendenz zur Polarisierung der lohnabhängigen Mittelschichten – der sie ja in der Realität im Maße der Durchsetzung der „Industrialisierung" ihrer Bereiche unterliegen – und zur Annäherung an die Arbeiterklasse als Prozeß, d. h. als sich reproduzierendes Verhältnis (vom Verfasser als Prozeßverabsolutierung kritisiert) zu verstehen;[13] wenn er den Zusammenhang von objektiver Situation und Bewußtsein und Verhalten seiner Gruppen der „intellektuellen Lohnarbeiter" nur als Zurückbleiben des Bewußtseins hinter der Realität interpretieren kann usw. All dies verweist u. E. darauf, daß die schematisierten Klassenkategorien zur Erfassung der realen Prozesse und als Basis der Strategie- und Taktikentwicklung der Arbeiterbewegung in einem Lande wie der BRD ungenügend sind.

Nützlich war es zweifellos, daß der Verfasser seine eigene Meinung und auch seine Kritik an anderen Positionen mit hinreichender Deutlichkeit vorgetragen hat. Denn es geht ja nicht um eine unterschiedliche Bewertung von Fakten, sondern um unterschiedliche theoretische Ansätze in der Bewertung von Fakten. Damit ist auch das Diskussionsfeld abgesteckt. Allerdings wäre es für den Diskussionsfortschritt notwendig und nützlich, wenn die schon ein Jahrzehnt vorliegenden theoretischen Ansätze einer ernsthafteren argumentativen Kritik unterzogen würden.

2. Veränderungen bis zu den 80er Jahren

2.1 Strukturaspekte

Wir untersuchen nachfolgend Strukturen der Arbeiterklasse zu Beginn der 80er Jahre und ihre Entwicklung seit 1960. Diese zwei Jahrzehnte umfassen unterschiedliche Perioden und drei bzw. vier abgeschlossene Zyklen der Wirtschaftsentwicklung. Dabei sind die Krisen von 1966/67 und 1974/75 besonders einschneidende Ereignisse

hier die historische Ausgangsbasis der lohnabhängigen Mittelschichten und nannten solche Kategorien, die zu Marx' Zeiten und gerade auch von Marx selbst zu den Mittelschichten und nicht zum Proletariat gerechnet wurden. Wir fuhren dann fort, wie die kapitalistische Entwicklung zur Differenzierung dieser Gruppen führte und wir heute große Teile von ihnen als Teile der Arbeiterklasse anzusehen haben. In seinem Eifer ignoriert dies der Verf. und unterstellt uns die Übernahme der historisch frühen Situation in die Gegenwart.

12 Ebenda, S. 51 ff.; anstatt den Zusammenhang der Lenin-Definition herauszuarbeiten, konstruiert der Verfasser eine Hierarchie der Kriterien.

13 Ebenda, S. 33.

im Leben der Arbeiterklasse.[14] Schon in den 60er Jahren haben wir es eindeutig mit einem gesamtwirtschaftlichen Typ vorwiegend intensiv erweiterter Reproduktion zu tun. Dies schließt wesentliche Änderungen der Struktur der Volkswirtschaft und der Gesamtarbeiter der Betriebe bzw. Unternehmen ein. Diese Prozesse haben sich in den 70er Jahren verstärkt. Nimmt man 1960 als Ausgangspunkt der statistischen Reihen und Trendangaben, so beginnt man mit Zahlen, die schon einen vollentwickelten SMK in der BRD reflektieren. Die BRD (in der Statistik sind die Zahlen für Westberlin i. d. R. mit enthalten) verfügt damals über das Territorium von heute. Die Wohnbevölkerung wächst in den 60er Jahren noch um rund 5 Millionen, in den 70er Jahren nur noch um etwa 1 Million auf knapp 62 Millionen Einwohner zu Beginn der 80er Jahre, vor allem Resultat der Zuwanderung ausländischer Arbeiter und ihrer Angehörigen.

Nach den sozialstatistischen Kategorien gehören zur Arbeiterklasse der BRD im oben erfaßten Sinne (vgl. Abschnitt 1.2) die Arbeiter, die unteren und größere Teile der mittleren Angestellten und Beamten sowie die Arbeitslosen (abgesehen von den arbeitslosen Angehörigen der lohnabhängigen Mittelschichten und Intelligenz und des kapitalistischen Managements) und ihre Angehörigen sowie die Rentner (entsprechend ihrem früheren Status und ihren Einkommensquellen).

Wir wollen nachfolgend einige Angaben für den aktiven Teil der Arbeiterklasse der BRD vermitteln, der als Teil der Erwerbsbevölkerung (Erwerbspersonen) erscheint. Diese Größe wird durch die Zu- und Abgänge und die Anzahl der Erwerbslosen beeinflußt. Entsprechend den nachfolgenden Tabellenangaben erhöht sich die Erwerbspersonenzahl in den betrachteten zwei Jahrzehnten nur um 0,75 Millionen Personen. Die Zahl der Erwerbstätigen schwankt zwischen 1970 und 1983 zwischen 25,1 Millionen (1983 = Tiefpunkt) und 26,8 Millionen (1973 = Höhepunkt) und wird stark durch die zyklische Entwicklung bzw. die Arbeitslosenzahlen beeinflußt. Das Potential erhöht sich 1983 um 0,15 Millionen, was sich allerdings nicht in dieser Größenordnung als Wachstum der Erwerbspersonen niederschlagen wird.[15]

Tabelle 1 enthält die Angaben für die Entwicklung der erwerbstätigen Arbeiter, Angestellten und Beamten der BRD.

Die Tabelle gibt den bekannten Sachverhalt der Umschichtung zwischen den Kategorien der Lohnarbeit wider – mit dem absoluten und relativen Rückgang der Arbeiter. Es handelt sich bei den Zahlen jeweils um die Ergebnisse des Mikrozensus. Allerdings sind hier nicht die Erwerbslosenzahlen[16] mit ihrem überproportionalen Arbeiteranteil enthalten; der Arbeiterrückgang ist insofern überhöht. Nach der Tabelle gibt es heute mehr Angestellte und Beamte als Arbeiter, der formelle Lohnabhängigenstatus hat sich weit in die Gesellschaft verallgemeinert. Die Anteil-

14 Zu den aktuellen Prozessen vgl. u. a. P. Delitz, Tiefgreifende Verschlechterung der Existenzbedingungen der Arbeiterklasse in der gegenwärtigen Krise, in: IPW-Berichte H. 4/1983, S. 26ff., sowie ferner: P. Delitz, J. Groß, Auswirkungen der Intensivierung des kapitalistischen Reproduktionsprozesses auf die Arbeiterklasse der BRD, in: IPW-Berichte H. 9/1980, S. 1ff.

15 Nach: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB), Nr. 1/1983, S. 9.

16 Unter den unzähligen neueren Studien zur Arbeitslosigkeit in der BRD ist besonders hervorzuheben: Institut für internationale Politik und Wirtschaft (IPW), IPW-Forschungshefte, 3/1982, Berlin/DDR (Ursachen und Folgen chronischer Massenarbeitslosigkeit).

verschiebung ist in beiden Jahrzehnten mit 5 bzw. 5,2 Prozent-Anteilen fast ausgeglichen, wobei allerdings das höhere Niveau für die 70er Jahre und die höheren Erwerbslosenzahlen zu beachten sind. Nach der Tabelle gibt es in den 60er Jahren einen Zuwachs aller formell Lohnabhängigen von etwa 1,5 Millionen und in den 70er Jahren von 2 Millionen – inklusive Erwerbslose (vgl. Tabelle 2) ein Zuwachs um 1,6 bzw. 2,9 Millionen Personen. Anders ausgedrückt: Der Rückgang des Selbständigenbereiches hat sich noch beschleunigt.

Tabelle 1: Arbeiter, Angestellte, Beamte in Tausend und Prozent

	1960	1970	1981
		in Tausend	
Arbeiter[a]	13 201	12 474	11 361
Angestellte[b]	5 856	7 802	10 157
Beamte[c1]	1 230	1 447	2 272
	20 287	21 723	23 790
		in Prozent	
Arbeiter	65,1	57,4	47,8
Angestellte	28,9	35,9	42,7
Beamte	6,0	6,7	9,5
	100,0	100,0	100,0
in Prozent der Erwerbstätigen	77,4	82,5	88,1

1 ohne Soldaten
a) Frauenquoten 1960–1970–1981 = 29,7–27,9–27,7
b) Frauenquoten 1960–1970–1981 = 50,0–48,5–52,8
c) Frauenquoten 1960–1970–1981 = 12,1–15,8–18,0

Quelle: IMSF-Beiträge 3, Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950–1970, Teil II: Sozialstatistische Analyse, Frankfurt/Main 1973 (1974), Tabellen 3.0/1,3.1/1,3.2/1; Statistisches Bundesamt (StatBA), Fachserie (FS) 1, Reihe (R) 4.1.1., 1981 (Ergebnisse des Mikrozensus 1981).

Wichtig ist die Beachtung der Frauenquoten, die relativ stabil bleiben. Es erhöht sich lediglich die Frauenquote bei den Beamten um 6 Prozent-Anteile – allerdings bei sehr niedrigem Niveau. Von den Angestellten sind heute mehr als die Hälfte Frauen – zum beachtlichen Teil Frauen und Töchter aus Arbeiterfamilien.

Was diese Prozesse für die Arbeiterklasse bedeuten, zeigen die Angaben der Tabelle 2, die die Arbeiterklassengruppen der einzelnen sozialstatistischen Kategorien erfaßt. Wir übernehmen dabei für 1960 und 1970 die Ziffern aus früheren IMSF-Studien und schätzen unter Beachtung der inneren Veränderungen und des starken absoluten Wachstums die Gesamtdifferenzierungsrelationen bei Angestellten und Beamten für 1981 etwas höher. Bei Vorliegen von Ergebnissen einer neuen Volkszählung wären hier korrektere Neubestimmungen möglich und notwendig.

Tabelle 2: Die aktiven Teile der Arbeiterklasse der BRD 1960, 1970, 1981

Gruppen		1960	1970	1981
1. Arbeiter	– Tausend	13 201	12 474	11 361
	– Prozent	50,4	47,4	42,1
2. Angestellte	– Tausend	4 526	6 475	7 618
	– Prozent	17,3	24,6	28,2
3. Beamte	– Tausend	782	854	1 146
	– Prozent	3,0	3,2	4,3
4. Erwerbslose	– Tausend	152	167	1 045
	– Prozent	0,6	0,6	3,9
5. Gruppen in der ökonomischen Lage der Arbeiterklasse im Macht- und Repressionsapparat	– Tausend	370	543	710
	– Prozent	1,4	2,1	2,6
Arbeiterklasse zusammen (1, 2, 3 und 4 ⁄ 5)	– Tausend	18 291	19 427	20 460
	– Prozent	69,8	73,7	75,9
Erwerbspersonen	– Tausend	26 194	26 343	26 949
	– Prozent	100,0	100,0	100,0

Quelle: Beiträge des IMSF 3/II, a.a.O., Tabellen 2/38, 3.0/1, 3.1/1, 3.1/21, 3.2/9; Beiträge des IMSF 6, Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik, Teil II: Empirische Analyse und Fakten, Frankfurt/Main 1982, Tabelle III.2/14; Stat. Jb. 82 (Mikrozensusergebnisse 1981). Differenzen durch Rundung. Für 1960 und 1970 wurden die Schätzungen früherer IMSF-Arbeiten übernommen. Die Relationen für 1970 wurden für 1981 fortgeschrieben mit der Modifikation, daß der Arbeiterklassenanteil der Angestellten auf 75 Prozent, der Beamten von Bahn und Post auf 90 Prozent und der sonstigen Beamten auf 40 Prozent geschätzt wurde (einschließlich der Gruppen im Repressionsapparat).

Wir machen nun aufgrund der Tabelleninformationen eine wichtige Feststellung: Die Arbeiterklasse wächst in beiden Jahrzehnten jeweils um 1,1 bzw. 1 Million Personen, und entsprechend steigt der Prozent-Anteil an den Erwerbspersonen auf 76 Prozent. Aber gleichfalls wächst der Block von lohnabhängigen Mittelschichten und Intelligenz, Gruppen im Repressionsapparat und bourgeoisen Gruppen im Angestellten- und Beamtenstatus von 7,6 Prozent der Erwerbstätigen über 9,0 Prozent auf 12,4 Prozent. Dies bedeutete in absoluten Zahlen eine Entwicklung von 2 über 2,4 auf 3,3 Millionen. Das Wachstum dieser Schichten machte also in den 70er Jahren 0,9 Millionen Personen aus. Ursache sind die Umschichtungen der volkswirtschaftlichen Strukturen, wodurch sich mit einem Breitenwachstum der Dienstleistungen, der höheren Spezialistenberufe und der Repressionsapparate gerade diese Gruppen vergrößern. Dies verweist insgesamt zwar auf die Haupttendenz der Akkumulation. Sie setzt sich aber unter einer absoluten Polarisierung entgegenwirkenden Faktoren durch und führte gerade in den 70er Jahren zu einem wesentlich

schnelleren Wachstum der Mittelschichten. Unseres Erachtens liegt mit diesen Prozessen auch eine wichtige Grundlage für das Verständnis bestimmter politischer Verwerfungen vor, weil in Betracht gezogen werden muß, daß sich diese Umschichtungen ja vor allem über Generationenwechsel realisieren und somit bei den jüngeren Generationen weit breiter als im Durchschnitt ausfallen.

Eine wichtige Gruppe der Arbeiterklasse der BRD sind die ausländischen Arbeiter und ihre Angehörigen. Die ausländischen Erwerbstätigen sind zu 95–98 Prozent Arbeiter und Angestellte, 1981 zusammen 1,9 Millionen Personen bzw. 9,3 Prozent der Arbeiterklasse. Ihre Arbeitslosenquoten sind überdurchschnittlich hoch (1983 lag die Quote z. B. bei 13 Prozent),[17] obwohl die staatsmonopolistische Arbeitsmarktregulierung längst mittels direktem und indirektem Druck die Rückwanderung zu erzwingen bestrebt ist.

Wir untersuchen nachfolgend die Prozesse, die den genannten Veränderungen zugrunde liegen. Zuerst werden in Tabelle 3 Angaben zur Struktur der Wirtschaftsbereiche und deren Verschiebung vorgelegt. Da die entsprechende Verteilung der Arbeiterklasse für 1981 nicht nachweisbar ist, muß der Vergleichbarkeit halber auf die Beschäftigtenziffern zurückgegriffen werden.

Tabelle 3: Beschäftigte nach Wirtschaftsabteilungen 1960, 1970, 1981 in Prozent

	1960	1970	1981
1. Land- und Forstwirtschaft usw.	13,4	9,0	5,2
2. Energie, Wasser, Bergbau	3,3	2,0	2,1
3. Verarbeitendes Gewerbe (ohne Bau)	37,0	38,7	35,6
4. Baugewerbe	7,8	7,7	7,2
5. Verkehr und Nachrichten	5,7	5,4	5,7
6. Handel	11,8	11,8	11,6
7. Banken und Versicherungen	1,6	2,4	3,3
8. Dienstleistungen	9,7	13,2	17,2
9. Organis. o. Erw., Haushalte	2,5	1,5	2,0
10. Gebietskörpersch. u. Sozialv.	7,2	8,3	10,1
∑ Produzierendes Gewerbe (2–4)	48,0	48,4	44,9
∑ Produktion (2–5)	53,7	53,8	50,6
∑ Dienste (6–10)	32,9	37,2	44,2
Insgesamt in Prozent	100,0	100,0	100,0
Insgesamt in Tausend	26 501	26 452	26 947

Quelle: 1960 und 1970: Beiträge des IMSF 3/II, Tabelle 2/12; 1981: Stat. BA, Fachserie 1, Reihe 4.1.1, 1981, S. 63 (Ergebnisse der Mikrozensuserhebungen); Beschäftigte = Erwerbstätige.

17 Ebenda, S. 9.

Beachtet werden muß der rapide Rückgang der Anteile der Landwirtschaft. 1981 gibt es hier nur noch 1,4 Millionen Erwerbstätige. Sie war jedoch schon Anfang der 70er Jahre für Lohnarbeiterbeschäftigung bedeutungslos. Von einem Agrarproletariat kann in der BRD faktisch nicht mehr gesprochen werden. Wichtig für die Arbeiterentwicklung bzw. die Entwicklung der Arbeiterklasse ist das verarbeitende Gewerbe (verarbeitende Industrie und verarbeitendes Handwerk). In den 70er Jahren ergibt sich ein Rückgang um 3,1 Prozent-Anteile (= 0,6 Millionen Personen).

Eine ähnliche Abnahme gibt es für das produzierende Gewerbe insgesamt. Demgegenüber verzeichnen die Dienstleistungen den stärksten Zuwachs: in den 70er Jahren 5 Prozent-Anteile oder 1,1 Millionen Beschäftigte. Nimmt man die Nicht-Produktionsbereiche im Sinne der Tabellenzusammenstellung, dann gewinnen sie in den zwei Jahrzehnten 11 Prozent-Anteile (= 3,2 Millionen Personen). Der Zuwachs hat sich in den 70er Jahren beschleunigt (2,1 Millionen gegenüber 1,1 Millionen in den 60er Jahren), womit auch die Unterschiede, wie wir sie schon bei Tabelle 2 aufgedeckt hatten, weiter bestätigt und geklärt werden.

Diese Umschichtungsprozesse reflektieren sich auch in der Berufsstruktur, die wir in Tabelle 4 wiedergeben.

Tabelle 4: Berufsstruktur nach Aufgabenfeldern 1961, 1970, 1980 in Prozent

Berufsbereich		Erwerbstätige insgesamt		
		1961 (VBZ)	1970 (VBZ)	1980[1]
I	Gewinner von Naturprodukten, Mineralien	15,2	8,5	6,1
II	Hersteller von Grundstoffen und Produktionsgütern	7,0	6,8	5,0
III	Hersteller von Konsumgütern	8,4	7,3	5,2
IV a	Montage-, Wartungsberufe Bau, Ausbau	8,4	7,6	5,9
IV b	Montage-, Wartungsberufe Metall, Elektro	9,7	11,0	10,3
V a	Sachbezogene Dienstleistungen	11,1	9,9	9,5
V b	Personenbezogene Dienstleistungen	5,9	9,6	13,3
VI a	Dienstleistungskaufleute	8,9	10,2	10,5
VI b	Planungs-, Verwaltungsberufe	16,2	21,0	24,6
VII	Sektorunabhängige Berufe	9,2	8,1	9,6
	Summe	100,0	100,0	100,0

1 Fortschreibung der Mikrozensus-Ergebnisse von 1978

Quelle: MittAB, 3/1980, S. 364.

Die Gruppen I–IVb sind mehr oder weniger auf die Produktion unmittelbar bezogene Berufe. Sie verzeichnen (von 48,7 über 41,2 auf 32,5 Prozent) unterschiedliche Anteilverluste – die stärksten die Gruppe I. Nur leichte Verluste hat die Gruppe Va (1970–1980: minus 1,6 Prozent-Anteile), während die übrigen Büro-,

Verwaltungs- und Dienstleistungsberufe beachtliche Zuwächse haben. Während es sich beim Block I–IVb vorwiegend um Arbeiterberufe handelt, sind die anderen vorwiegend Angestellten- und Beamtenberufe.

Greift man einzelne Berufsgruppen heraus,[18] so hatten zwischen 1970 und 1980 eine zunehmende Tendenz: Zahntechniker, Konditoren, Köche, Verkäufer, Bankfachleute, Datenverarbeitungsfachleute, Bürokräfte, Masseure u. ä., Krankenschwestern, Sprechstundenhelfer, Medizinallaboranten, Sozialarbeiter, Sozialpfleger, Sozialpädagogen, Lehrer. Dies bedeutet allerdings nicht, daß alle diese Berufsgruppen von Arbeitslosigkeit verschont wären; sie ist allerdings in der Tendenz bei ihnen geringer als bei anderen Berufsgruppen. Zu jenen Berufsgruppen mit abnehmender Tendenz in den 70er Jahren gehörten: Landarbeitskräfte, Bergleute, Gummihersteller, Kunststoffverarbeiter, Dreher, Stahlschmiede, Weber, Schneider, Schuhmacher, Backwarenhersteller, Kalkulatoren, Buchhalter, Bürohilfskräfte, Hauswirtschaftskräfte, Wäscher.

Von Interesse ist hierbei, daß auch ausgesprochene Angestelltenberufe in diese Kategorie fallen (z. B. Abnahme der Buchhalter von 1970 = 356 000 auf 1980 = 261 000),[19] ein Indiz für die Intensität der Bürorationalisierung.[20]

Lokalisiert man den Block der Büroberufe,[21] so ergibt sich zwischen 1961 und 1980 eine Bestandsvergrößerung von 5,3 auf 7,3 Millionen, darunter der weiblichen Arbeitskräfte von 2,1 auf 3,5 Millionen, was auf die stärkere „Feminisierung" dieses Bereichs verweist. Gleichzeitig haben wir in den 70er Jahren einen starken „Qualifizierungsschub". Im Vergleich von nur 8 Jahren, also von 1970–1978, ergibt sich in diesem Gesamtblock der Büroberufe folgende Veränderung der Prozent-Anteile:[22] ohne Ausbildungsabschluß – von 29 auf 17 Prozent; Lehre/Berufsfachschule – von 67 auf 71 Prozent; Fachhochschul-/Hochschulabschluß – von 4 auf 12 Prozent (Männer von 7 auf 20 Prozent; Frauen von 1 auf 3 Prozent). Auch diese Angaben verweisen darauf, daß die Sozialstruktur dieser Bereiche stark in Bewegung gekommen ist und z. B. die Intelligenzquote (Anteil der Hoch- und Fachhochschulabsolventen) wesentlich über dem volkswirtschaftlichen Durchschnitt liegt. (Die Quote erhöhte sich von 1970 bis 1978 von 3 auf 8 Prozent der Erwerbstätigen.)

Ein wichtiger Zugang zur funktionellen Struktur und der Arbeitsteilung des Arbeitskörpers der BRD – und damit vermittelt auch der Arbeiterklasse – sind die Ergebnisse der Erhebungen über die Tätigkeitsschwerpunkte (vgl. Tabelle 5).

Diese Angaben bestätigen nochmals, daß die Hauptprozesse der 70er Jahre in der Effektivierung des unmittelbaren Produktionsapparates, der wachsenden Bedeutung der vor- und nachgelagerten Bereiche und Funktionen, einer relativen Stabilität des Zirkulations-, Distributions- und Administrationsapparates (wobei immer die verstärkte Technisierung und Industrialisierung vieler dieser Bereiche zu beachten ist), dem immensen Bedeutungsgewinn der aus der Produktion herausgelösten Technikentwicklung (Projektieren etc.) und vor allem der Dienstleistungen (erfaßt in erster

18 Nach: Statistisches Bundesamt (StatBA), Fachserie (FS) 1, Reihe (R) 4.1.2, 1980, S. 14.
19 Ebenda, S. 15.
20 Vgl. L. Troll, Arbeitsplatz Büro, in: MittAB, 4/1982, S. 480ff.
21 Ebenda, S. 486.
22 Ebenda, S. 492.

Linie als personenbezogene Arbeit) bestanden. Letzteres ist eindeutig der quantitative Hauptprozeß. Dieser Prozeß kann jedoch nicht, sobald er näher aufgeschlüsselt wird, umstandslos als Weg zur Dienstleistungsgesellschaft interpretiert werden, da es sich vielfach entweder um neu entstehende Industrien neuen Typs, um Bestandteile der Realisierungsphase der materiellen Produkte u. ä. handelt.

Tabelle 5: Tätigkeitsschwerpunkte der Erwerbstätigen 1969 und 1980 in Prozent

Tätigkeitsschwerpunkt	Erwerbstätige		1980		
	1969	1980	Arbeiter	Angestellte	Beamte
I. Herstellen, Fertigen	33,6	27,1	46,1	5,4	0,7
II. Hilfsfunktionen für Produktion und Dienstleistungen	19,0	19,1	30,9	7,2	10,0
davon:					
– Maschinen einstellen, einrichten, überwachen	3,5	3,6	7,2	1,2	0,9
– Befördern, Transportieren, Sortieren	7,5	6,6	11,5	2,5	6,1
– Reinigen, Bügeln*	1,8	1,8	–	–	–
– Prüfen, Kontrollieren, Korrigieren	2,3	1,5	2,1	1,4	1,5
– Instandhalten, Reparieren, Ausbessern	3,9	5,6	10,1	2,1	1,5
III. Distributive, administrative, koordinierende Funktionen	30,6	30,4	4,0	63,3	22,3
davon:					
– Verteilen: Einkaufen/ Verkaufen, Finanzieren etc.	10,4	9,3	2,4	16,5	0,7
– Verwalten: Buchhalten, Registrieren, Fakturieren	12,3	11,7	0,9	27,5	8,2
– Projektieren, Konstruieren, Programmieren etc.	2,7	4,3	0,4	9,7	3,9
– Koordinieren, Führen/ Leiten, Anweisen	5,2	5,1	0,3	9,6	9,5
IV. Dienstleistungen erbringen*	12,2	21,9	17,8	22,8	66,2
V. Andere Tätigkeiten	4,6	1,5	1,4	1,5	1,0
Summe (= 100,0 Prozent); absolut in Millionen:	25,999	26,874	11,372	10,002	2,261

* für 1980 lineare Fortschreibung und Abzug von Position IV.

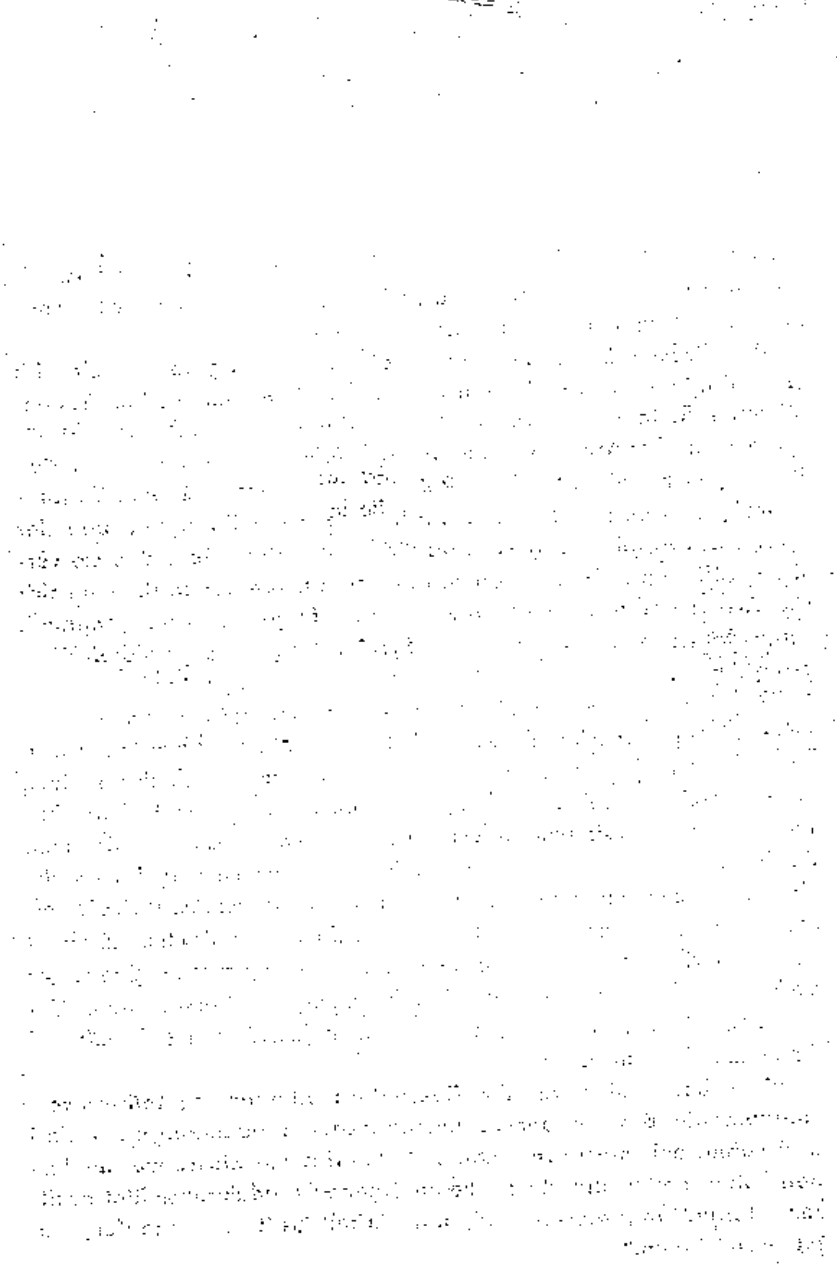
Quelle: MittAB, 3/1980, S. 365; StatBA, FS 1, 4.1.2, 1980, S. 18.

Gestützt auf die wissenschaftliche Erkenntnis von Marx und Engels über die Entstehung und Entwicklung der Klassen, gab Lenin die folgende klassische Definition des marxistischen Klassenbegriffs:

„Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen. Klassen sind Gruppen von Menschen, von denen die eine sich die Arbeit der andern aneignen kann infolge der Verschiedenheit ihres Platzes in einem bestimmten System der gesellschaftlichen Wirtschaft."[12]

Diese hier von Lenin genannten vier Merkmale müssen stets in ihrer inneren Zusammengehörigkeit und Einheit betrachtet werden, wenn man das Wesen und die historische Rolle einer bestimmten Klasse, ihre Stellung in der Gesellschaft, ihre ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Interessen und Bestrebungen verstehen will. Das wichtigste Merkmal, durch das sich die Klassen voneinander unterscheiden und das für die übrigen Merkmale bestimmend ist, ist das *Verhältnis zu den Produktionsmitteln,* ist die Frage, ob eine Klasse Eigentümer der Produktionsmittel ist oder nicht. *Klassenverhältnisse sind ihrer ökonomischen Grundlage nach immer Eigentumsverhältnisse.* Hiervon ausgehend bestimmte Engels das Wesen der beiden Grundklassen der kapitalistischen Gesellschaft und ihr Verhältnis zueinander:

„Unter Bourgeoisie wird die Klasse der modernen Kapitalisten verstanden, die Besitzer der gesellschaftlichen Produktionsmittel sind und Lohnarbeit ausnutzen. Unter Proletariat die Klasse der modernen Lohnarbeiter, die, da sie keine eigenen Produktionsmittel besitzen, darauf angewiesen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um leben zu können."[13]



Gestützt auf die wissenschaftliche Erkenntnis von Marx und Engels über die Entstehung und Entwicklung der Klassen, gab Lenin die folgende klassische Definition des marxistischen Klassenbegriffs:

„Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen. Klassen sind Gruppen von Menschen, von denen die eine sich die Arbeit der andern aneignen kann infolge der Verschiedenheit ihres Platzes in einem bestimmten System der gesellschaftlichen Wirtschaft."[12]

Diese hier von Lenin genannten vier Merkmale müssen stets in ihrer inneren Zusammengehörigkeit und Einheit betrachtet werden, wenn man das Wesen und die historische Rolle einer bestimmten Klasse, ihre Stellung in der Gesellschaft, ihre ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Interessen und Bestrebungen verstehen will. Das wichtigste Merkmal, durch das sich die Klassen voneinander unterscheiden und das für die übrigen Merkmale bestimmend ist, ist das *Verhältnis zu den Produktionsmitteln*, ist die Frage, ob eine Klasse Eigentümer der Produktionsmittel ist oder nicht. *Klassenverhältnisse sind ihrer ökonomischen Grundlage nach immer Eigentumsverhältnisse.* Hiervon ausgehend bestimmte Engels das Wesen der beiden Grundklassen der kapitalistischen Gesellschaft und ihr Verhältnis zueinander:

„Unter Bourgeoisie wird die Klasse der modernen Kapitalisten verstanden, die Besitzer der gesellschaftlichen Produktionsmittel sind und Lohnarbeit ausnutzen. Unter Proletariat die Klasse der modernen Lohnarbeiter, die, da sie keine eigenen Produktionsmittel besitzen, darauf angewiesen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um leben zu können."[13]

Die Strukturangaben für 1980 zeigen, daß zwischen den sozialstatistischen Kategorien unterschiedliche Schwerpunkte bestehen bleiben. Nach wie vor wird die unmittelbare Produktion, sieht man von Bauern und Handwerkern ab, von den Arbeitern bewerkstelligt (unmittelbar und direkt produktiv sind demnach 1980 etwa 7,3 Millionen Erwerbstätige, davon sind 5,2 Millionen Arbeiter). Dies ist natürlich ein zu eingeengter Begriff von produktiver Arbeit. Zur produktiven Arbeit müssen faktisch ebenfalls die Gruppe II und Teile der Gruppe IV gerechnet werden. Die Angestellten bleiben mit Schwerpunkt die „kommerziellen Lohnarbeiter" (Zirkulation, Distribution, Verwaltung), während die Beamten ihren Schwerpunkt im „Dienstleistungen Erbringen" haben. Allerdings stehen den 1,3 Millionen Beamten mit derartigem Schwerpunkt noch 2,3 Millionen Angestellte und 2 Millionen Arbeiter sowie 0,4 Millionen Selbständige gegenüber bzw. zur Seite. Zu beachten ist dabei auch, daß unter diese Sammelkategorie auch die „Dienste" von Polizei, Militär, Justiz etc. subsumiert sind.

Wir hatten in unserer Argumentation schon verschiedentlich unsere Ansicht zum Faktor Bildung dargelegt, der nicht nur „technisch" beurteilt werden kann, sondern sowohl hinsichtlich der Reproduktion der Arbeitskraft als Ware als auch hinsichtlich ihrer Funktion bzw. der Stellung der entsprechenden Gruppen im System der gesellschaftlichen Arbeit zu analysieren ist. Es ist völlig unsinnig, etwa die Ansicht zu vertreten, daß ein Junge aus einem Arbeiterhaushalt, der nach einer Hochschulausbildung z. B. Krankenhausarzt oder als Diplomingenieur Produktionsleiter in einer Fabrik wird, sozial und ökonomisch Bestandteil der Arbeiterklasse bleiben könnte. So richtig und notwendig es ist, gegenüber den Vertretern des bürgerlichen Konzepts der postindustriellen Gesellschaft[23] darauf zu bestehen, daß die Gesellschaft nicht durch Bildung und Funktion konstituiert wird, sondern durch die Eigentumsverhältnisse, so muß doch gleichfalls beachtet werden, daß unter den heutigen Bedingungen der Faktor höhere Bildung und Spezialistenqualifikation – die konkrete Definition und Abgrenzung wandelt sich und muß immer wieder in bezug auf die Arbeiterklasse erfolgen, was lineare Extrapolationen unsinnig macht – im Rahmen des *Gesamt*systems der Produktions- und Klassenverhältnisse ein Moment der Bestimmung lohnabhängiger Mittelschichten und Intelligenz[24] wird.

Auch 1980 hatten über 70 Prozent aller Erwerbstätigen nur einen Volksschulabschluß. Dieser Anteil verringert sich jedoch bei den jüngeren Jahrgängen, er beträgt bei den im Jahre 1980 25- bis 30jährigen 64 Prozent. Umgekehrt wächst der Anteil mit Fachhochschul- und Hochschulreife. Faktisch sind alle Qualifikationsquoten bei den jüngeren Jahrgängen höher. Erwerbstätige Absolventen von Fachhochschulen und Hochschulen gibt es insgesamt 8,5 Prozent (Frauen 6,4 Prozent), bei den 25- bis

23 Im Rahmen eines ideologischen US-Standardproduktes sind diese Konzeptionen vertreten und dargestellt von: D. Bell, Die nachindustrielle Gesellschaft, Frankfurt/Main, New York 1975.

24 Zur theoretischen Diskussion und Bestimmung vgl.: Beiträge des IMSF 3/III: Die Intelligenz der BRD 1950–1970 (Verf. Ch. Kievenheim, D. Pollmann), Frankfurt/Main 1974. Interessante Einblicke vermittelt auch: E. J. Hobsbawm, Die Intellektuellen, die Arbeiterbewegung und die Linke, in: Sozialismus, Nr. 5/1982, S. 49ff. (Nachdruck aus dem Englischen). Den an das Wachsen dieser Schichten geknüpften Wünschen des freischwebenden Intellektuellen freien Lauf gibt: M. Vester, Thesen zur Klassen- und Schichtenstruktur und zu den Entwicklungsperspektiven, in: Frankfurter Rundschau vom 5. April 1983.

30jährigen jedoch 12,2 Prozent. Ruft man sich nochmals die Vergleichszahlen für 1970 in Erinnerung – insgesamt 3 Prozent, Frauen 2 Prozent –, dann ist dies in der Tat ein beachtlicher Prozeß. Man muß immer wieder darauf verweisen, daß gerade die Teilnehmer der höheren Bildungsgänge auch aus der spontanen sozialen und politischen Sozialisation des Herkunftsmilieus herausgetragen werden und die Hochschulsituation eine in hohem Maße prägende bzw. neu differenzierende Funktion erhält.

Tabelle 6: Bildungsstruktur der Erwerbstätigen im April 1980 in Prozent

	Erwerbstätige		
	Insgesamt	weibliche	25–30jährige
1. Allgemeinbildender Abschluß	99,8	99,8	99,9
darunter:			
– Volks/Hauptschulabschluß	71,0	68,3	63,7
– Realschulabschluß	17,4	22,1	19,9
– Fachhoch/Hochschulreife	11,4	9,4	16,3
2. Beruflicher Abschluß	72,9	62,6	84,4
darunter:			
– Fachschulabschluß[1]	6,9	3,9	6,9
– Fachhochschulabschluß[2]	2,9	1,3	3,9
– Hochschulabschluß[3]	6,6	5,1	8,3
3. 100 Prozent = Tausend	26 874	10 092	2 937

1 Einschließlich Meister- und Technikerausbildung
2 Einschließlich Ingenieurschulabschluß
3 Einschließlich Lehrerausbildung

Quelle: Stat. BA, FS 1, Reihe 4.1.2, 1980, S. 30.

Bekanntlich sind es gerade die so bestimmten Gruppen der jüngeren Generation, die auch aus den gegebenen politischen Strukturen ausbrechen müssen, da ihre gesellschaftliche Existenz und Rolle, ihre Orientierungen und Lebensstile unsicher und variierend sind – und das um so mehr, je mehr Krise und Sozialrestriktion gerade sie treffen. Das macht sie schon heute zu einem sozialen und politischen Unruheherd des SMK. Hieraus werden jedoch auch die Differenz und der Abstand zur Arbeiterklasse und ihren (traditionellen) Organisationen erklärbar.[25]

Wenn man von der Analyse der Sozialstruktur zur Untersuchung der politischen und ideologischen Prozesse übergeht, so muß immer die historische Aktivität, der historische Prozeß als Zusammenfassung und Vermittlung beachtet werden. Unter diesem Gesichtspunkt muß auch der klassenspezifisch dimensionierte Generations-

25 Vgl. hierzu die Beiträge von K. Maase, W. Roßmann, H. Werner, L. Bading in: Marxistische Studien, 5 (1982), a.a.O., sowie von F. Karl in: Marxistische Studien, 4 (1981), a.a.O.

begriff als Zwischenglied angewendet werden, da sich neue Verhältnisse und Widersprüche vor allem über die jüngeren Generationen vermitteln. Einschneidende historische Ereignisse haben auf die jüngeren Jahrgänge eine prägendere Rolle, weshalb man etwa die jeweils 15 bis 20/25jährigen unter politischen und sozialen Gesichtspunkten als *Generationsgruppe* erfassen kann. Gliedert man unter solchen Gesichtspunkten die Wohnbevölkerung der BRD ab 15 Jahren von 1980[26] (50,4 Millionen Personen, hier als 100 Prozent gesetzt), ergibt sich folgende Struktur:

– „Weimarer Generation" (1933 15 Jahre und älter; 1980 62 Jahre und älter) = 21,4 Prozent (10,8 Millionen);

– „Kriegs-/Nazizeitgeneration" (1945 15 bis 27 Jahre, 1980 50–62 Jahre) = 16,8 Prozent (8,5 Millionen).

Diese Generationen machen also 1980 in der Bevölkerung noch 38 Prozent aus; es sind die 1980 über 50jährigen, die durch Krieg, Nazidiktatur, Weimarer Republik noch geprägt wurden. Für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung existiert diese Zeit jedoch nur noch über vermittelte Erfahrung.

– „Nachkriegsgeneration" (1953 15–23 Jahre, 1980 42–50 Jahre) = 13,2 Prozent (6,6 Millionen);

– „Kalte-Kriegsgeneration" (1961 15 bis 23 Jahre, 1980 34–42 Jahre) = 14,0 Prozent (7 Millionen).

Diese Generationen sind durch kalten Krieg und „Wirtschaftswunder" in ihrer Masse geprägt; jedoch spielen für die Nachkriegszeit auch Erfahrungen der Massenbewegungen und des Kampfes um eine demokratische Neuordnung sowie um die Erhaltung der Einheit Deutschlands eine Rolle.

– „APO-Generation" (1968 15–22 Jahre, 1980 27 bis 34 Jahre) = 11,6 Prozent (5,9 Millionen);

– „Reform-Generation" (1975 15–22 Jahre, 1980 20–27 Jahre) = 12,7 Prozent (6,4 Millionen);

– „Krisengeneration" (1980 15–20 Jahre) = 10,4 Prozent (5,2 Millionen).

Die Generationsgruppen der 1980 15- bis 34jährigen machten über ein Drittel (34,7 Prozent) der Bevölkerung über 15 Jahre aus. Wie alle Umfrageergebnisse ausweisen, liegt in diesen Generationsgruppen das wichtigste – und quantitativ größte – Linkspotential. Das gilt auch für die entsprechenden Gruppen der Arbeiterklasse. Die mit der Generationsprägung verbundenen Ereignisse, Erfahrungen usw. sind als Anknüpfungspunkte der Propaganda jeder Art bedeutsam. Die Wirtschaftswunderlegende bzw. die Aufbaurolle der westdeutschen Arbeiterklasse ist für diese Generationen tatsächlich nur noch Legende. Aber auch wichtige sozialpsychologische Orientierungen, etwa die Bedeutung des sogenannten Statuskonsums, sind in diesen Gruppen wesentlich anders als in den Nachkriegsgruppen. Anderseits erleben sie den SMK als gegebene Gesellschaft, ebenso die BRD.

Was die „Krisengeneration" betrifft, also die Generation der Menschen, die in der Situation praktisch erfahrbarer Krisenauswirkungen und ihrer Folgen (Konkurrenz- und Solidaritätsverhalten usw.) herangewachsen sind, so dürfte sie bis 1983 einen

26 Berechnet nach: StatBA, Statistisches Jahrbuch (StatJb) 1982 der BRD, S. 59. Möglicherweise ist es bei der Generationsgruppenbildung günstiger, dem zentralen Ereignis die mittlere Jahrgangsgruppe zuzuordnen.

Bevölkerungsanteil von ungefähr 16 Prozent erreicht haben. Es ist klar, daß alternative Gesellschaftsvorstellungen in diesen Gruppen Anknüpfungspunkte finden.

Zum Abschluß sollen einige Angaben wiedergegeben werden, die die *Schichtung nach Lebenslagen* bzw. die Reproduktionsverhältnisse betreffen. Wir werden uns auf die Arbeiterschaft als Gruppe der Arbeiterklasse beschränken. Diese Angaben machen vor allem deutlich, daß für die mittleren Generationen das wachsende Konsumtionsniveau und die, wenn auch sehr bescheidene, Teilhabe an der „Vermögensbildung" prägende Momente ihrer Orientierung und ihres Verhaltens werden mußten. Es wäre verfehlt, mit den Krisenauswirkungen bei ihnen eine radikale und durchgreifende Umorientierung anzunehmen. Zum einen bleibt das Niveau nach wie vor im internationalen Vergleich hoch, zum anderen trifft die volle Wucht der Krise nicht die ganze Arbeiterklasse gleichermaßen, sondern „nur" einzelne Schichten. Außerdem verstärken sich in dieser Situation die sozialpsychologischen Verdrängungs- und Ableitungsmechanismen, ebenso die daran ansetzenden Spaltungs- und Segmentierungsmanöver des SMK. Demgegenüber ist es jedoch offenkundig, daß für die Generationen, die unter Bedingungen hohen Konsumniveaus heranwachsen, diese Art materiellen Konsums für die Zielorientierung an relativer Bedeutung verliert. Nachfolgend einige Angaben:

– Von 1962 bis 1978 nahm der Anteil der Arbeiterhaushalte, die ein Sparbuch hatten, von 57 auf 95 Prozent zu, jener, die Wertpapiere besaßen, von 3 auf 20 Prozent.[27]

– 1978 hatten 47 Prozent aller Arbeiterhaushalte Haus- und Grundbesitz,[28] wenn auch mit wesentlich bescheidenerem Zuschnitt als andere Schichten. Solches Eigentum konzentriert sich zwangsläufig auf die auf dem Land lebenden Gruppen der Arbeiterklasse, die darüber vielfach am dörflichen Geltungskonsum beteiligt werden und entsprechende Interessen ausbilden.

– Der Anteil der Arbeiter, für die Urlaubsreisen zu einem zeitgemäßen Konsumstandard gehörten, stieg zwischen 1962 und 1979 von 24 auf 47 Prozent.[29] Ihre Reisen hatten den niedrigsten Anteil von allen ausgewiesenen Gruppen und waren sicher auch am wenigsten aufwendig usw. Was jedoch für unseren Zusammenhang wichtig ist, das ist die gewaltige Steigerungsrate.

– Das gilt auch für PKW-Besitz. 1960 hatten etwa 8 Prozent aller Arbeiter einen PKW, 1980 etwa 61 Prozent.[30]

Die hier zusammengestellten selektiven Angaben sollen und können keine Analyse der Lebenslage der Arbeiterklasse darstellen. Sie können jedoch durchaus vermitteln, weshalb die Massen der Arbeiterklasse der BRD sich in der Vergangenheit und Gegenwart nicht an Systemalternativen orientieren. Es bedarf offensichtlich der erneuten Erfahrungen bzw. der Bestätigungen durch die Wirklichkeit, daß die Erhöhung des Konsumniveaus am dominierenden Faktor der Klassenlage nichts

27 Zit. nach: Bundespresse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Gesellschaftliche Daten 1982, Bonn 1982, S. 176 (vgl. zum Gesamtkomplex auch die Daten in: Arbeitsmaterialien des IMSF 12, Der staatsmonopolistische Kapitalismus, a.a.O., Kap. 5.2: Ökonomische und soziale Ungleichheit).

28 Ebenda, S. 177.

29 Ebenda, S. 197.

30 Ebenda, S. 195, 253.

ändert. Dieser Sachverhalt muß und wird vor allem über die jüngeren Generationen auch infolge der oben geschilderten Zusammenhänge in das Bewußtsein und Verhalten der Arbeiterklasse zurückgeholt werden.

Ein wichtiger Faktor zur Erklärung von Verhalten und Orientierung der einzelnen Gruppen der Arbeiterklasse, aber auch der Zusammensetzung der einzelnen Gruppen, ist die berufliche und soziale Mobilität. Sie soll im folgenden Abschnitt angesprochen werden.

2.2 Mobilitätsprozesse

Aufgrund vorliegender Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)[31] ist es möglich, Angaben für die Periode 1970–1979 darüber vorzulegen, woher die Zugänge zu den sozialstatistischen Gruppen kamen, wohin die Abgänge gingen und welche Umschichtungen sich innerhalb der Gruppen vollzogen. Mit solchen Mobilitätsprozessen erfolgt ein Wechsel zwischen Klassen und Schichten oder innerhalb der Klassen und Schichten, es vollziehen sich also Statusveränderungen nach „unten" oder „oben", soweit im gesellschaftlichen Bewußtsein oder im Selbstbewußtsein eine hierarchische Gliederung der Gesellschaft angenommen wird.

Wir werden nachfolgend für die genannte Periode vorwiegend jene Daten referieren, die die Gruppe der Arbeiter und Angestellten betreffen (vgl. Tabelle 7).

Wir stellen folgendes fest:

– Von jenen, die 1970 Arbeiter waren, waren es 1979 ebenfalls 73 Prozent in der gleichen Position. Über ein Viertel haben ihre Position gewechselt.

– Als Hauptprozeß wechselten 10 Prozent der Arbeiter zu den Angestellten, 3 Prozent zu den Selbständigen und 1 Prozent zu den Beamten.

– Innerhalb der Arbeiterschaft wechselten 13 Prozent (diesen Prozeß werden wir unten noch näher betrachten).

– Von den Angestellten wechselten nur 10 Prozent aus der Gruppe, aber 21 Prozent innerhalb der Gruppe – und zwar ist hier die Hauptrichtung die Höhergruppierung (18 Prozent; bei weiblichen Angestellten 14 Prozent).

Man kann also schlußfolgern, daß „Aufstiegsprozesse", was immer sie auch real bedeuten mögen, für größere Gruppen innerhalb der Arbeiterklasse relevant sind. Ebenfalls ist der Übergang in die selbständigen Mittelschichten immer noch nicht bedeutungslos. Es gab diesen Weg in den 70er Jahren immerhin für 637 000 Arbeiter und Angestellte. Nun wissen wir aus den vorn referierten Angaben, daß die Gruppe der Selbständigen per Saldo durch Abnahme und Auszehrung gekennzeichnet ist, weshalb für diese Mobilität eher der „Versuch auf Zeit" als ein dauerhafter Wechsel charakteristisch sein dürfte. Gleichwohl ist dieser Prozeß die Basis für den nicht versiegenden Traum, sein eigener Chef werden zu können.

31 Alle in diesem Abschnitt angeführten Angaben entstammen – sofern nicht anders vermerkt – aus: H. Hofbauer, Statusmobilität in den 70er Jahren, MittAB, 4/1980, S. 521 ff.; ders., Berufswege von Erwerbstätigen mit Facharbeiterausbildung, MittAB, 2/1981, S. 127 ff.

Tabelle 7: Mobilität bei den Gruppen der Arbeiter und Angestellten zwischen 1970 und 1979

	Absolut	In Prozent der Gesamtsumme
A. Ausgangsstatus: Arbeiter		
I. Verbleib in der Gruppe der Arbeiter	7 436 000	83
1. Verbleib in der entsprechenden Statusgruppe	6 538 000	73
2. Übergang in eine niedrigere Statusgruppe	344 000	4
a) vom Fach-, Vorarbeiter oder Meister zum Hilfs- bzw. angelernten Arbeiter	319 000	4
b) vom Vorarbeiter oder Meister zum Facharbeiter	25 000	–
3. Übergang in eine höhere Statusgruppe	554 000	6
a) vom Hilfs-, angelernten Arbeiter zum Fach-, Vorarbeiter oder Meister	232 000	2
b) vom Facharbeiter zum Vorarbeiter oder Meister	322 000	4
II. Abgang aus der Gruppe der Arbeiter	1 306 000	14
1. in die Gruppe der Angestellten	879 000	10
2. in die Gruppe der Beamten	114 000	1
3. in die Gruppe der Selbständigen	313 000	3
III. Nicht bekannt	283 000	3
IV. Insgesamt	9 025 000	100
B. Ausgangsstatus: Angestellter		
I. Verbleib in der Gruppe der Angestellten	6 302 000	90
1. Verbleib in der entsprechenden Statusgruppe	4 826 000	69
2. Übergang in eine niedrigere Statusgruppe	227 000	3
3. Übergang in eine höhere Statusgruppe	1 249 000	18
II. Abgang aus der Gruppe der Angestellten	678 000	10
1. in die Gruppe der Arbeiter	196 000	3
2. in die Gruppe der Beamten	143 000	2
3. in die Gruppe der Selbständigen	324 000	5
III. Nicht bekannt	75 000	–
IV. Insgesamt	7 040 000	100

Quelle: MittAB, Nr. 4/1980, S. 523.

Die weiteren Angaben zeigen, daß der Schwerpunkt der Mobilität nach der Ausbildung und in den ersten Berufsjahren liegt und bei Männern stärker ausgeprägt ist als bei Frauen. Was kennzeichnet die Gruppe der Wechsler von Arbeitern zu den Angestellten? Von den 880 000 Wechslern wechselten 310 000 auch die Wirtschaftsabteilung; sie wurden vor allem tätig als Bürofach- und -hilfskräfte, Techniker, Pförtner, Verkäufer, Verkaufsfahrer, Lagerverwalter.

Eine Kerngruppe der Arbeiterklasse waren und sind die *Facharbeiter.* Bei ihnen besteht eine große Diskrepanz zwischen Ausbildung und Tätigkeit. So gab es 1979 8,4 Millionen Personen mit einer Facharbeiterausbildung, aber nur 3,8 Millionen (= 45 Prozent) waren auch als Facharbeiter tätig.

Was machten die anderen?

– 16 Prozent (= 1,3 Millionen) absolvierten eine zusätzliche Berufsausbildung und wechselten in andere Gruppen; 39 Prozent (= 3,3 Millionen) wanderten ohne zusätzliche Ausbildung in eine andere Gruppe.

In welche Gruppen wanderten sie?

– Von den 1,3 Millionen Absolventen hatten 1 Million eine Techniker- und Meisterausbildung und verblieben in diesen Anwendungsbereichen; 62 000 absolvierten eine Hochschule und 260 000 eine Fachhochschule.

– 16 Prozent der früheren Facharbeiter wurden ohne weitere formale Ausbildung Angestellte, 4 Prozent Beamte, 7 Prozent Selbständige oder Mithelfende und 11 Prozent (= 0,9 Millionen) Hilfs- oder angelernte Arbeiter.

Diese Ströme erlangen also alle Massencharakter. Wichtig ist die letztere Gruppe. Ihre Angehörigen sind die Opfer von Fehlausbildung und Krisen. Bei Branchenwechsel muß in diesen Wechsel keine Verschlechterung der materiellen Situation eingeschlossen sein. Die genannte Fehlausbildung zeigt sich darin, daß nur 20 Prozent in Betrieben mit über 100 Beschäftigten ausgebildet worden waren, aber 56 Prozent dort arbeiteten. Oder: 64 Prozent waren im Handwerk ausgebildet worden, nur 14 Prozent arbeiteten dann auch im Handwerk. Die Zahlen für die Industrie: Ausbildung 25 Prozent, Beschäftigung 48 Prozent!

Die Umschichtung zeigt sich auch an den entsprechenden Angaben für Facharbeiterberufe:[32] von den ausgebildeten Bergleuten arbeiteten nur noch 45 Prozent in ihrem Beruf, von Schmieden 44 Prozent, von Schlossern 62 Prozent, von Kfz-Mechanikern 55 Prozent, von Werkzeugmachern 52 Prozent, von Schneidern 33 Prozent, von Bäckern 34 Prozent, von Fleischern 34 Prozent, von Friseuren 34 Prozent.

Während generell bei Herkunftsgruppen außerhalb der Arbeiterschaft der Wechsel größer ist, liegt der Anteil der „erblichen" Arbeiterschaft nur bei 55 Prozent (55 Prozent der Facharbeiter, deren Väter schon Arbeiter waren, bleiben Facharbeiter). Diese Kerngruppe der Arbeiterklasse nach Sozialisation und Herkunft umfaßt 1979 etwa 2,4 Millionen Personen.

Bei der Beurteilung der Entwicklung der Arbeiterklasse in den 70er Jahren muß also beachtet werden, daß massenhafte Mobilitätsprozesse stattfinden. Auch hierbei zeigt der Massencharakter des Wechsels von Arbeitern zu Angestellten die Durchgängigkeit der Grenzlinien und den horizontalen Charakter dieses Prozesses.

32 Die Berufsgruppen enthalten auch die Selbständigen.

Gleichwohl sind diese Prozesse gerade dann, wenn sie sich nicht intragenerativ, d. h. über die Generationenfolge und das Bildungswesen, vollziehen, die Grundlage für Aufstiegsmentalitäten, politische Umorientierung – meist von links nach rechts – usw. Wie gerade die jüngste Entwicklung zeigt – und nicht nur in der BRD – lockert sich die sozialdemokratische und sozialistische Kontrolle gegenüber Facharbeitergruppen u. a. Sie entwickeln als Krisenreaktion Neigungen zu konservativen und nationalistischen Kräften. Mobilitätsprozesse mit horizontalem Charakter überwogegen bei weitem Abstiegs- und Abstufungsprozesse innerhalb der Gruppen, z. B. vom Fach- zum Hilfsarbeiter.

2.3 Zum sozialökonomischen Kern der Arbeiterklasse

Unter dem Gesichtspunkt der Ausprägung verschiedener Merkmale und Kriterien der Arbeiterklasse oder einzelner ihrer Schichten kann vom Kern und von der Peripherie, von Kern-, Normal-, Rand-, Zwischen- und Übergangsgruppen der Arbeiterklasse gesprochen werden.[33] Wir hatten in den vorhergehenden Erörterungen verschiedentlich auf diese Zusammenhänge verwiesen.

Vom Standpunkt der objektiven sozialökonomischen Kriterien muß vom Kern der Arbeiterklasse bei jenen Gruppen gesprochen werden, für die der Warencharakter ihrer Arbeitskraft voll entwickelt ist, d. h. die dem Kapital in der Produktion real untergeordnet sind (reelle Subsumtion), die das materiell-personelle Substrat des variablen Kapitals in der Produktion sind. Das waren historisch die Fabrikarbeiterschaft, das Industrieproletariat, die Industriearbeiter, die auch heute noch Kerngruppen des Proletariats sind. Dies galt und gilt vom Standpunkt des Warencharakters der Arbeitskraft, der Entwicklungsstufe des Kapitalverhältnisse, dem Vergesellschaftungsgrad der Arbeit bzw. dem Entwicklungsgrad der Produktivkräfte und korrespondiert unmittelbar mit der Polarisierung der Klassenverhältnisse im Bereich der Anwendung der Arbeitskraft (in der Großindustrie ist die soziale Trennung und Entgegensetzung am ausgeprägtesten, die Mittelschichten als Puffer sind für die Arbeiterschaft bzw. das Produktionspersonal am schwächsten, paternalistische und traditionalistische Herrschaftsformen sind durch objektiviert-technokratische ersetzt). Dieser Zusammenhang korrespondiert weiter mit einem hohen objektiven und auch subjektiven Organisationsgrad der „Belegschaften" als Glieder der Arbeiterklasse (tief gestaffelte betriebliche Vertretungsorganisation, hoher Grad an gewerkschaftlicher Organisiertheit, Präsenz der politischen und ideologischen Strömungen der Arbeiterbewegung usw.).

Unter Beachtung dieser Gesichtspunkte kann heute gesagt werden, daß die Arbeiterklasse in den Großbetrieben der materiellen Produktion (Energie, Bergbau, Industrie, Bau, Verkehrs- und Kommunikationswesen), die in den sozialökonomischen Sektor des Groß- und Monopolkapitals und des Staates eingebunden und dem Monopolkapital und seinen staatlichen Repräsentanten unmittelbar konfrontiert ist, den Kern der Arbeiterklasse der BRD darstellt. Die oben umrissenen Charakteri-

33 Vgl. hierzu: Beiträge des IMSF 3/I, a.a.O., Teil I, Abschn. 5.1.2.4: Die Arbeiterschaft der Großindustrie – der Kern der Arbeiterklasse; sowie: Beiträge des IMSF 3/II, a.a.O., Abschn. 6.2: Die Arbeiterklasse.

stika sind für die Arbeiterschaft, die Angestellten- und Beamtengruppen (letztere etwa bei Großbetrieben von Bahn und Post) unterschiedlich intensiv ausgeprägt. Um diesen Kern gruppiert sich heute die Arbeiterklasse in Großbetrieben des Handels, des Bankwesens und der Dienstleistungen, obwohl diese Gruppen mehr Ähnlichkeiten mit den Angestelltengruppen in der Industrie besitzen, der Industrialisierungsgrad der Arbeitsbereiche noch in der Entwicklung ist, vielfach deshalb auch noch Entwicklungsphasen der formellen Subsumtion bestehen, die Mittelschichtenpuffer noch stark sind usw. Zweifellos vollziehen diese Bereiche eine schnelle objektive Entwicklung zum Kern der Arbeiterklasse, weshalb für die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung auch gerade hier ein wichtiges Entwicklungsfeld besteht. Gleichwohl können die entgegenwirkenden Faktoren nicht nur aus zurückgebliebenem Bewußtsein und Verhalten erklärt werden, sondern es müssen die objektiven soziologischen Faktoren beachtet werden.

Nachfolgend sollen für die jüngere Zeit einige Angaben zum Kern der Arbeiterklasse vorgestellt werden.

Umrisse

Für 1961 und 1970 konnten die sozialökonomischen Sektoren der Wirtschaft, und darunter auch jener des Groß- und Monopolkapitals, und die jeweils dort ausgebeuteten Teile der Arbeiterklasse auf der Basis der Arbeitsstättenzählungen relativ exakt bestimmt werden.[34] Dies ist für die nachfolgende Periode nicht bzw. nur für einige Bereiche der Wirtschaft möglich.

1970 umfaßte der sozialökonomische Sektor des Groß- und Monopolkapitals (Betriebe über 1000 Beschäftigte) 5 195 000 Beschäftigte (1961 = 5 921 000) oder 24,7 Prozent aller Beschäftigten (1961 = 26,6 Prozent) und beutete 5 182 000 Angehörige der Arbeiterklasse (1961 = 4 619 000) oder 24,4 Prozent (1961 = 23,3 Prozent) der gesamten Arbeiterklasse unmittelbar aus. Zwar ist in den 70er Jahren der Anteil der Großbetriebe insgesamt vermutlich zurückgegangen, der groß- und monopolkapitalistische Sektor dürfte jedoch angesichts der Konzentration und Monopolisierung weiter gewachsen sein, obwohl sich hier auch die faktische Produktionsverlagerung ins Ausland niedergeschlagen hat. Angesichts des Kapitalumfangs, der organischen Zusammensetzung usw. muß u. E. für Ende der 70er Jahre generell die Grenze nach unten, in den Betriebsgrößenbereich 500–999 Beschäftigte verlagert werden.

Die folgende Tabelle 8 enthält Angaben zu den industriellen Großbetrieben.[36]

34 Vgl. ebenda, 3/II, Abschn. 6.2, Tab. 6/9.

35 Ebenda, Tab. 3.4/39. Die Angaben zu den sozialökonomischen Sektoren sind auch wiedergegeben in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF, 2 (1979), S. 80ff., hier sind auch die Angaben zum Sektor des Auslandskapitals in der BRD vorgelegt. Dieser Sektor erfaßte 1976 9,9 Prozent der Beschäftigten des produzierenden Gewerbes und des Handels, darunter in der Mineralölverarbeitung eine Quote von 86 Prozent, in der Chemischen Industrie von 23 Prozent, im Kraftfahrzeugbau von 25 Prozent (ebenda, S. 83).

36 Leider ist mit der Umstellung der Statistik auf die Gewerbekonzeption ein Vergleich mit den Ergebnissen der früheren Industriestatistik nicht mehr möglich. Eine Umrechnung wurde durch das StatBA für die zurückliegende Periode nicht vorgenommen. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, daß die Großbetriebe Industriebetriebe sind. Dies ermöglicht den Vergleich dieser Angaben.

Tabelle 8: Beschäftigte der Großindustrie* 1960–1981

	Beschäftigte in Betrieben mit . . . bis . . . Beschäftigten in Tausend	
	500–999	1 000 und mehr
1960	1 038	3 227
1970	1 172	3 570
1981	1 001[1]	2 933[2]

* im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe
1 Anzahl der Betriebe = 1 433 (1970 = 1 688)
2 Anzahl der Betriebe = 1 053 (1970 = 1 290)

Quelle: Beiträge des IMSF 3/II, a.a.O., Tabelle 2/76; Stat. BA, FS 4, 4.1.2 (Tabelle I.2).

Beide erfaßten Größenklassen weisen für die 70er Jahre Abnahmen auf. Rückläufig ist auch die Anzahl der Betriebe in beiden Größenklassen. Zu beachten ist, daß in den Zahlen für 1981 schon die Wirkungen der zyklischen Krise durchschlagen, somit die Abnahme möglicherweise etwas überhöht zum Ausdruck kommt. Der Umfang des großindustriellen Kerns der Arbeiterklasse ist damit geschrumpft.

Tabelle 9: Beschäftigte in den Großbetrieben der materiellen Produktion 1980

Bereich	Beschäftigte in Betrieben von . . . bis . . . Beschäftigten			
	in Tausend		in Prozent aller Beschäftigten*	
	500–999	1 000 u. mehr	500–999	1 000 u. mehr
1. Bergbau	26	184	11,1	78,6
2. Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	181	821	11,6	52,8
3. Investitionsgütergewerbe	519	1 790	13,5	46,7
4. Verbrauchsgütergewerbe	215	159	13,5	10,0
5. Nahrungs/Genußmittelgewerbe	76	70	15,2	14,0
1.–5.	1 016	3 024	13,2	39,2
6. Bauhauptgewerbe	53	151	5,6	15,9
7. Energie- und Wasserversorgung	28	176	10,0	62,6

* Beschäftigte insgesamt: 7 718 000

Quelle: Stat.BA, Statistisches Jahrbuch 1982, S. 176 ff., 195, 206.

Die Angaben für 1980 werden in Tabelle 9 auf die Wirtschaftsgruppen der materiellen Produktion aufgeschlüsselt. Sie enthalten auch das Handwerk der jeweiligen Bereiche. Deshalb sind die Konzentrationsziffern nicht vergleichbar mit jenen der früheren Industriestatistik. Immerhin zeigt sich auch hier für Bergbau und verarbeitendes Gewerbe insgesamt eine Quote für die Großbetriebe von 39 Prozent, unter Einschluß der Betriebe von 500 bis 999 Beschäftigte von 52 Prozent.

Die quantitativen Schwerpunkte liegen im Grundstoffbereich (Stahlindustrie) und im Investitionsgüterbereich (Fahrzeugbau, Elektroindustrie, chemische Industrie). Die höchste Konzentration haben der Bergbau und die Energieversorgung (Kraftwerke).

Die innere Struktur dieser Bereiche der Großindustrie ist sehr unterschiedlich. Greift man etwa die Angestelltenquote[37] als ein Kennzeichen heraus, so ergibt sich bei einem Durchschnitt für das verarbeitende Gewerbe im September 1982 von 30,8 Prozent eine Streuung von 19,2 Prozent für den Bergbau und 23,9 Prozent für das Kfz-Produktions- und Reparaturgewerbe über 35,9 Prozent im Maschinenbau und 38,1 Prozent im Elektrogewerbe bis zu 46,3 Prozent in der chemischen Industrie, 52,7 Prozent in der Luftfahrtindustrie und 67,9 Prozent in der EDV-Industrie. Wie man sieht, stellen die Angestellten in einem Teil jener modernen Industrien, in denen die unmittelbare Fertigung einen hohen Technisierungs- und Automationsgrad aufweist, schon über die Hälfte der Beschäftigten, auch in Konzernen wie IBM u. a. Angesichts dieser Entwicklung ist der alte Mythos vom Industriearbeiter eine Barriere gegen die realistische Erkenntnis der Arbeiterklasse von heute.

Der sozialökonomische Sektor des Großkapitals erschließt sich auch aus Angaben zur Unternehmensform der Einzelkapitale. Aktiengesellschaften sind in der Regel die Organisationsform kollektiven Kapitals und damit dem monopolistischen Einzelkapital adäquat.[38] Hierzu gehören bekanntlich auch einige GmbHs und Personalgesellschaften. Am 31. Dezember 1980 gab es in der BRD 2141 AGs und 255 940 GmbHs.[39] 700 der AGs (einschließlich KGA) bestanden im verarbeitenden Gewerbe, 420 im Bank- und Versicherungssektor, 570 im Dienstleistungsbereich. In diesen Unternehmen tritt auch ein kollektiver Kapitalist, der sich nicht in einem personellen Eigentümer ausdrückt, der Arbeiterklasse unmittelbar entgegen. Der ökonomische Prozeß weist bestimmte Grade von Öffentlichkeit auf, und das institutionelle Vertretungssystem der Belegschaften ist in den entsprechenden Großunternehmen durch Aufsichtsratsvertreter ergänzt. Auch die ganze kapitalistische Ideologie muß hier schon die durch den Vergesellschaftungsgrad bedingte Modifikation erfahren.

Metallindustrie

Nachfolgend fassen wir einige Angaben zur Metallindustrie, einem traditionellen und auch heute wichtigen Kernbereich der Arbeiterklasse der BRD zusammen, und

37 Nach: StatBA, FS 4, R. 4.1.1., 1982 (zit. nach Bundesarbeitsblatt, 2/1983, S. 112). Die Angestelltenziffern enthalten hier auch die tätigen Inhaber und Mitinhaber.

38 Es geht hier nicht um die Konzernstruktur, in deren Rahmen die Monopolbourgeoisie bekanntlich über unscheinbare Firmen häufig die Kontrolle ausübt, sondern um die Einheiten des fungierenden Kapitals, das Lohnarbeitermassen unmittelbar ausbeutet.

39 StatBA, StatJb 1982, S. 112, 170.

zwar vor allem hinsichtlich der Organisation und organisatorisch-politischen Potenz der Arbeiterklasse.

Dieser Bereich ist das Organisationsfeld der IG Metall, der größten Einzelgewerkschaft im DGB. Tabelle 10 enthält Angaben im Zusammenhang mit den Betriebsratswahlen.

Tabelle 10: Betriebsräte in der Metallwirtschaft

	1961	1968	1978
1. Zahl der Betriebe, in denen Betriebsratswahlen stattfanden	7049	7744	10528
2. Beschäftigte in 1. in Tausend	3332	3524	3769
3. Angestelltenquote von 2.	20,9	26,4	30,9
4. Anzahl der gewählten Betriebsratsmitglieder	47469	52472	67285
5. Mitglieder der IGM von 4. in Prozent	82,2	82,6	84,5

Quelle: Vorstand der IG Metall (Hrg.), Geschäftsbericht 1977–1979 des Vorstandes der IGM für die BRD, Frankfurt/Main, o. J., S. 256.

Unter dem Begriff Metallwirtschaft werden Industrie und Handwerk zusammengefaßt (in der Statistik = Gewerbe). Die Tabelle macht nur Angaben über die Beschäftigten in Betrieben mit Betriebsräten; 1978 waren das etwa 70–75 Prozent aller Betriebe der Metallwirtschaft, die auch die Kleinbetriebe ohne Betriebsräte umfaßt. In der dargestellten Periode sind der erfaßte Bereich, die Anzahl der Betriebsräte und die Zugehörigkeitsquote zur IGM gewachsen. 1978 waren 54 Prozent der wahlberechtigten „Arbeitnehmer" in diesem Bereich Mitglieder der IGM. Die Organisationsquote der ausländischen Beschäftigten liegt ebenfalls bei 54 Prozent.[40] Für 1968 hatte die IGM Organisationsquoten für einzelne Bereiche veröffentlicht: Stahlindustrie 67,7 Prozent, Fahrzeugbau 51,0 Prozent, Maschinenbau

40 Vorstand der IG Metall (Hrsg.), Geschäftsbericht 1977–1979 des Vorstandes der IG Metall für die BRD, Frankfurt/Main, o. J. (nachfolgend als: IGM I), S. 255, 475.

Hierzu ist zu vermerken, daß es trotz umfassender Stäbe und wissenschaftlicher Abteilungen offensichtlich nicht möglich war, einen einheitlichen statistischen Überblick über den Organisationsbereich der IGM zu geben oder gar eine durchgängige Vergleichbarkeit der Angaben mit vorhergehenden Jahren und Jahrzehnten zu ermöglichen. So gibt es in dem voluminösen Werk je nach Zuständigkeitsbereich unterschiedliche Angaben zur Metallwirtschaft. Dies beruht natürlich auch z. T. auf den Ungereimtheiten der amtlichen Statistik – vor allem mit der Umstellung der Bereichskonzepte.

Es fehlen gleichermaßen in dem gesamten Band differenzierte Angaben zu den Organisationsquoten – eine Schlüsselzahl für die Verankerung der Gewerkschaft. (Vgl. Arbeitsmaterialien des IMSF 12, Der staatsmonopolistische Kapitalismus, a.a.O., S. 379 ff. Hier werden für die IGM folgende Organisationsquoten angegeben: 1960 = 36,9 Prozent, 1968 = 33,7 Prozent, 1977 = 45,4 Prozent; allgemein ist auch die Organisationsquote in Großbetrieben höher. Nach einer zitierten Infas-Studie betrug sie für Facharbeiter 1977/78 in Betrieben mit über 2000 Beschäftigten 75 Prozent, in Betrieben zwischen 11 und 100 Beschäftigten 39 Prozent und im Durchschnitt 52 Prozent. Dies ist in der Tendenz ähnlich für alle erfaßten Gruppen.)

47,1 Prozent, Elektroindustrie 28,2 Prozent.[41] Es treten also beachtliche Unterschiede auf, die sowohl sozialstrukturelle als auch historische Gründe haben.

Die wichtigste Gewerkschaftsstruktur an der betrieblichen Mitgliederbasis bilden die gewerkschaftlichen Vertrauensleute. Nach den Ergebnissen von 1979 gab es 112 144 Vertrauensleute in 4893 Metallbetrieben mit 2 914 000 Beschäftigten, von denen 58,8 Prozent Mitglieder der IGM waren.[42] Als Vertrauensleute werden auch die IGM-Mitglieder der Betriebsräte erfaßt. Von den Vertrauensleuten waren etwa 20 Prozent Angestellte, von denen 61 Prozent in Großbetrieben (1970) ernannt oder gewählt worden waren.

Ausländische IGM-Mitglieder stellten 1979 7,5 Prozent der Vertrauensleute. Dieser Anteil lag zwar unter ihrem Mitgliederanteil (1978 = 11,7 Prozent oder 315 000),[43] war aber doch wesentlich höher als die Ausländerquote an den Betriebsräten (1978 = 4 Prozent, bei einem Ausländerbeschäftigtenanteil in diesem Bereich von 14,8 Prozent oder 557 000).[44]

Der Umfang der „Kernbetriebe" unter den Gesichtspunkten der Organisation der Arbeiterklasse zeigt sich auch an der Existenz von Jugendvertretungen: 1978 wurden in 2992 Betrieben der Metallwirtschaft 6065 Jugendvertreter gewählt, darunter 89,6 Prozent IGM-Mitglieder.[45] Einen weiteren Hinweis auf die „Kernbetriebe" geben auch die Unternehmen, in denen Belegschaften und Gewerkschaften Aufsichtsratsmitglieder nach dem Mitbestimmungsgesetz von 1976 wählen. Es sind dies i. d. R. Kapitalgesellschaften mit über 2000 Beschäftigten. 1979 gab es in der Metallindustrie 185 solcher Unternehmen, darunter 28 im Montanbereich. Sogenannte Arbeitnehmervertreter für die Aufsichtsräte wurden 1068 gewählt; von ihnen waren 92,9 Prozent IGM-Mitglieder.[46]

Zum Abschluß referieren wir Angaben zur Mitgliederstruktur der IGM für 1970 und 1979.[47] Hier zeigen sich gut die Probleme der gewerkschaftlichen Formierung der Arbeiterklasse (vgl. Tab. 11).

Tabelle 11: IGM-Mitglieder 1970 und 1979

IGM-Mitglieder	1970		1979	
	in Tausend	in Prozent	in Tausend	in Prozent
Frauen	227	11,2	380	14,2
bis 21 Jahre	296	13,3	395	14,7
Arbeiter	1 985	89,3	2 286	85,1
Angestellte	238	10,7	400	14,9
insgesamt	2 223	100,0	2 685	100,0

41 Vorstand der IG Metall (Hrsg.), Geschäftsbericht 1968–1970 der IGM für die BRD, Frankfurt/Main, o. J. (Zit. als: IGM II), S. 188ff.
42 IGM I, S. 436.
43 Ebenda, S. 475 ff.
44 Ebenda.
45 Ebenda, S. 275.
46 Ebenda, S. 256 ff.
47 Ebenda, S. 174, IGM II, Anhang.

Der schwache Punkt bleibt die Organisierung der Angestellten. Der Zuwachs beruht bei dieser Gruppe weniger auf Neugewinn als auf Wechsel von Arbeiter- in Angestelltentätigkeiten bzw. auf der einfachen Übernahme von Arbeitern in das Angestelltenverhältnis.

Natürlich ist die Erhöhung der Mitgliederzahlen auch ein Moment der Stärkung der Kampfkraft der Arbeiterklasse. Man würde jedoch die Augen vor der Wirklichkeit schließen, wollte man nicht die heute schon vorhandene beachtliche potentielle Kraft zur Kenntnis nehmen: Es genügt, einen Blick auf die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften, die Organisationsgrade in Kernbereichen der Arbeiterklasse, Tiefe und Umfang der betrieblichen Vertretungen und der gewerkschaftlichen Basisorganisation zu werfen.[48] Angesichts der Anzahl der gewerkschaftlichen Aktivisten nehmen sich selbst die Zahlen der Aktivisten aus Bürgerinitiativen bescheiden aus. Dieses sehr große Potential der Arbeiterklasse, das den wesentlichen Bereich ihrer Gegenorganisation im Kapitalismus darstellt, ist jedoch, wie bekannt, in institutionalisierte Formen der Klassenbeziehungen und in den Kleinkrieg zwischen Lohnarbeit und Kapital eingebunden. Die weithin noch ungebrochene Hegemonie sozialdemokratischen Einflusses in diesem Bereich, d. h. im Kern der Arbeiterklasse der BRD, ist die eigentliche Basis des gesellschaftlichen Einflusses der Sozialdemokratie. Auch linker Einfluß wird nur dann gesellschaftlichen Bestand haben, wenn er sich hier verankern kann. Das zeigt auch die Nachkriegsgeschichte der kommunistischen Strömung positiv wie negativ.

Bekanntlich wurde die gesamte Geschichte der BRD u. a. davon geprägt, welcher Einfluß von diesem Kern der Arbeiterklasse ausging. Solange rechtssozialdemokratische und generell integrationistische Anpassungstendenzen Raum gewannen, verminderte sich dieser Einfluß.[49] Sobald kämpferische Interessenvertretung und Reformforderungen in den Belegschaften Resonanz fanden, erlangte der Kern Ausstrahlungskraft auf die gesamte Arbeiterklasse und Gesellschaft. Solange er sich nur im Kleinkrieg verschleißt, so wichtig und unverzichtbar dieser Einsatz war, ist und bleiben wird, kann der Kern der Arbeiterklasse nicht zum dynamischen und

48 Vgl. zu weiteren stat. Angaben zur betrieblich-gewerkschaftlichen Struktur der Arbeiterklasse: Arbeitsmaterialien des IMSF 12, Der staatsmonopolistische Kapitalismus, a.a.O., Abschn. 10.2: Die Organisationen der Arbeiterklasse in der BRD; ebenso die Angaben und Argumentationen von: W. Roßmann, Arbeiterklasse, soziale Bedürfnisse und gewerkschaftliche Politik, in: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 5/1982, S. 42ff.

49 Dies wird gut deutlich bei: Ch. Klessmann, Betriebsparteigruppen und Einheitsgewerkschaft (1945–1952), in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 31. Jg. 1983, 2. H. (April 1983), S. 272ff.
Der Beitrag zeigt in den vorgeführten Fakten, daß in der untersuchten Periode die rechtssozialdemokratische Parteiführung – mit Unterstützung der Besatzungsmächte, der Unternehmer und der Staatsorgane – unter Mißachtung der Gebote der Einheitsgewerkschaft einen rigorosen Kampf gegen die Kommunisten und ihren Einfluß in den Betrieben führte. U. a. auch als Ergebnis dieses Kampfes wurde der Einfluß der Kommunisten stark zurückgedrängt und die Achse der betrieblich-gewerkschaftlichen Klassenorganisation nach rechts verschoben. Dies zeigte sich daran, daß dann die CDU in den Betrieben Versuche starten konnte, Einfluß zu gewinnen. Insgesamt zog sich jedoch die SPD in der Folgezeit als Partei stärker aus den Betrieben zurück und installierte ihre Organisationsstrukturen eher oberhalb der Betriebe. Mit der Afa wurden in den 70er Jahren erneute Versuche unternommen, vorhandenen Einfluß auch organisatorisch zu stabilisieren und politisch umzusetzen.

vorwärtstreibenden Faktor der Entwicklung werden. Dies zeigt sich zu Beginn der 80er Jahre, angesichts verschärften Krisendrucks, der neuen Bewegungen, der Bedeutung der Friedensfrage usw. sehr klar.[50]

3. Der Betrieb als Formierungsbasis der Klasse

Die Bestimmung des Betriebes als Basis der Entwicklung von Klassendenken und Klassenverhalten folgt aus der *Rolle der Produktion* im gesellschaftlichen Prozeß und der *Verwertungsphase* im Gesamtprozeß der Arbeitskraft. Wie immer auch die Wechselwirkung der einzelnen Phasen oder Sphären zueinander und ihre jeweilige relative Eigenentwicklung und Autonomie zu bestimmen sind, so ändert dies nichts an der Basisfunktion des Betriebes und seiner gestaltenden Rolle. Vom Standpunkt des Lebenszyklus der Individuen ist der Abschnitt der Berufs- oder Erwerbstätigkeit der entscheidende; alle übrigen sind darauf bezogen. Und im Rahmen dieses Lebensabschnitts kommt der Erwerbsarbeit die determinierende Rolle zu. Die übrigen Reproduktions- und Lebensphasen sind darauf bezogen – unabhängig von den Vorstellungen einzelner Individuen. Dieses gilt in vermitteltem Sinne auch für jene Gruppen der Arbeiterklasse, für die der Zugang zur Erwerbsarbeit blockiert ist, also für die Arbeitslosen in der weitesten Definition, oder deren Reproduktionsfunktion die Beteiligung hinfällig macht (Hausfrauen).

Dies ist der allgemeine theoretische Kontext, in dem die Rolle des Betriebes bestimmt werden muß. Wenn man auch auf dem gesamtgesellschaftlichen Charakter der Arbeiterklasse und ihrer Formierung bestehen muß und deshalb syndikalistische „Basiskonzepte" zu verwerfen sind, so bleibt doch der Betrieb, die Fabrik ein zentrales Glied der Konstitution und der Reproduktion der Arbeiterklasse als Klasse. Wenn man die heutigen Bedingungen der Entwicklung der Arbeiterklasse und der Bildung sozialistischen Bewußtseins verstehen will, muß man – das galt natürlich eh und je – die sozialen Verhältnisse im Betrieb betrachten. Produktions- und Klassenpraxis der Arbeiterklasse sind eng miteinander verbunden. Die Veränderung der Produktionspraxis verändert auch die Klassenpraxis usw. Die folgenden Überlegungen und Anmerkungen können und sollen nicht den Anspruch einer systematischen „Ableitung" oder Darstellung erheben. Sie sollen auf einige Grundstrukturen und einige neue Prozesse aufmerksam machen.

Wäre die kapitalistische Fabrik oder der kapitalistische Betrieb ein abgeschlossener Raum für sich, dann wäre die politische und ideologische Verallgemeinerung der hier gemachten Lohnarbeitererfahrungen Klassenbewußtsein und sogar sozialistisches Bewußtsein. Aber weder ist der Betrieb ein geschlossener Raum noch ist die Bildung sozialistischen Bewußtseins ein unvermittelter Prozeß. Denn zum einen tritt der empirische Arbeiter oder Angestellte als Träger von Haltungen und Vorstellungen in den Betrieb, in denen die gesamtgesellschaftliche, geschichtliche Entwicklung und die entsprechende der Klasse, die seiner engeren Gruppe und seine eigene zum Tragen kommen. Und da die Arbeiterklasse geschichtlich entstanden ist und eine Geschichte hinter sich hat, finden sich die für die Gesellschaft bzw. die Arbeiter-

50 Vgl. F. Deppe, Einheit und Spaltung der Arbeiterklasse, Marburg 1981.

klasse jeweils relevanten ideologischen und politischen Strömungen auch im Betrieb. Diese Vorstellungen und Haltungen überlagern somit und vermitteln bis zu einem gewissen Grad die unmittelbaren betrieblichen Lohnarbeitererfahrungen, die – unbeeinflußt von „außen" – zu Klassendenken und -verhalten tendieren müßten.

Gemeinhin sieht man im *betrieblich-gewerkschaftlichen Kampf* die Ebene des relativ spontanen und naturwüchsigen *ökonomischen Klassenkampfes*, der gegen die jeweiligen Unternehmer geführt wird. Abgesehen davon, daß sich dieser Kampf in Tarifbewegungen gegen Teile der Kapitalistenklasse und heute, allerdings mehr indirekt (z. B. bei Lohnleitlinien), auch gegen den SMK als System richtet, somit also immer auch auf die gesellschaftlichen und staatlichen Verhältnisse bezogene Züge annehmen muß, darf nicht übersehen werden, daß auf dieser Ebene auch Bewußtseins- und Verhaltensmuster, Organisationsformen und Kampfmethoden herausgebildet werden. In Großbetrieben ist das Netz der betrieblich-gewerkschaftlichen Gegenorganisation der Arbeiterklasse engmaschig und tief gestaffelt. Hier zeigt sich eine wichtige Ebene der Klassenorganisation der Arbeiterklasse, die nicht ignoriert werden kann, wenn von Klassenorganisation heute die Rede ist. Jede tiefgreifende Bewegung der Arbeiterklasse mit politischem Charakter, die also auf die politisch-staatlichen Machtverhältnisse bezogen ist, nimmt, wie die Geschichte zeigt, hier ihren Ausgangspunkt oder durchdringt diesen Bereich der Klassenorganisation. Klassenautonomie umgreift und bedarf der Aktionsfähigkeit auf allen Ebenen; sie kann sich nicht nur auf der ökonomischen, der betrieblichen Ebene verwirklichen und Politik und Ideologie außer acht lassen.

Diese Beziehung gilt auch für die Wirksamkeit der politisch-ideologischen Strömungen der Arbeiterbewegung – aber auch für jene der Bourgeoisie und der Mittelschichten, die in und auf die Arbeiterklasse einwirken – auf der ökonomischen Ebene und im betrieblich-gewerkschaftlichen Bereich. Zum einen sind diese Strömungen durch mehr oder weniger organisierte personelle Träger präsent, zum anderen wirken sie von „außen" auf die betrieblich-gewerkschaftlichen Verhältnisse ein. Diese Wechselwirkung muß beachtet werden, wenn wir die Dynamik betrieblicher Bewegungen und die Möglichkeiten der Formierung der Arbeiterklasse auf dieser Ebene beurteilen wollen.

In das Zentrum der Aufmerksamkeit rücken dabei die *Klassenorganisation im Betrieb* und die sie *beeinflussenden Kräfte und Faktoren*. Im Rahmen gesellschaftlich und politisch gegebener Verhältnisse sind dies Struktur, Geschichte, Kampferfahrungen der Belegschaften, die Gewerkschaften, die politischen Parteien und Gruppierungen usw. Indizien dieser Kräfte und Faktoren sind die Wahlen und die Zusammensetzung der Vertretungskörperschaften, die Kampfbereitschaft und -praxis auf ökonomischem Gebiet, die Beteiligung an fortschrittlichen politischen Bewegungen. Diese Formierung vollzieht sich, was keinen Augenblick vergessen werden kann, unter den Bedingungen der Herrschaft des Kapitals und der kapitalistischen Betriebsorganisation. Sie findet hierin ihren Gegenpol und ist somit in den Prozeß des Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital eingebunden. Ja, es geht vor allem darum, wie die ökonomischen und sozialen Bedürfnisse der Arbeiter und Angestellten gegenüber dem Kapital durchgesetzt werden und welcher Modus, welche Methoden, Verfahren usw. dabei wirksam werden.

Weder die betriebliche noch die gewerkschaftliche Struktur ist eine reine Widerspiegelung der politisch-parlamentarischen Kräfteverhältnisse bzw. deren Strömungen und Gruppierungen. Sie sind auch keine einfache Widerspiegelung der politischen Kräfteverhältnisse in der Arbeiterklasse; vielmehr erhalten diese eine Umformung. Deshalb waren und sind die Versuche der Übertragung der Proporzdemokratie auf den betrieblich-gewerkschaftlichen Raum nur kaum verschleierte Unterdrükkungsmethoden der Bonner Kartellparteien früher und der Rechtskoalition heute, die allerdings immer dann fallen gelassen werden, wenn „Außenseiter" berücksichtigt werden müßten oder sie nicht mehr zugunsten der Bourgeoisherrschaft ausschlagen. Dann schlägt die Stunde, wo die bürgerlichen Ideologen die Unregierbarkeit beklagen, den vorher gefeierten Wählerwillen in Zweifel ziehen und neue Herrschaftsformen anpreisen.

Daß die betrieblich-gewerkschaftliche Ebene nur in modifizierter Form und in anderen Kräfteverhältnissen die allgemeinen politischen Strömungen reproduziert, mußte auch die CDU bei ihrem zeitweise favorisierten Experiment der christlichen Spaltergewerkschaften realisieren, die bei weitem nicht den CDU-Anhang unter den Arbeitern und Angestellten für sich mobilisieren konnten. Die Strukturen der Einheitsgewerkschaft mußten somit von der CDU/CSU akzeptiert werden, was sie zur Entwicklung ihres Instrumentes der Sozialausschüsse veranlaßte. Auf diesen Umstand werden in umgekehrter Hinsicht auch die Kommunisten verwiesen, deren betriebliche Repräsentanten erfolgreich sein können, ohne diese Zustimmung bei der gleichen Wählerschaft auf politisch-parlamentarischer Ebene erreichen zu können. Selbst die weithin vorherrschende sozialdemokratische Hegemonie in diesem Bereich stellt sich als komplizierteres Phänomen dar: nämlich als Präsenz und Kampf zweier Strömungen, einer sozialintegrationistisch-sozialpartnerschaftlichen und einer meist kämpferischen reformistischen, wobei letztere gegenüber dem politisch-parlamentarischen Bereich eine wesentlich stärkere Position hat.

Dies verweist darauf, daß erstens die Klasseninteressen auf der betrieblich-ökonomischen Ebene zur Einheit der Haltung, des Handelns und der Vertretung tendieren – anders sind Klasseninteressen schwer durchzusetzen, daß zweitens Basismilitanz nach wie vor in den betrieblichen Verhältnissen und den entsprechenden Strukturen der Arbeiterklasse ihre Grundlage hat, daß aber drittens ihre politische und ideologische Verallgemeinerung, die Dynamik ihrer Ausstrahlung in den politischen Raum unter den derzeitigen Bedingungen eingeschränkt ist. Der Klassenantagonismus auf der ökonomischen Ebene reproduziert somit nach wie vor Klassendenken und Klassenverhalten in den Belegschaften. Aber es bleibt auf die ökonomische Ebene beschränkt. Dies mag oder mochte noch mehr oder weniger spontane „Verlängerungen" zur Stimmabgabe für die SPD einschließen, aber auch das gilt, wie die jüngere Entwicklung oder wie bestimmte Regionen (z. B. Baden-Württemberg) zeigen, nicht mehr ungebrochen. Und es gilt nicht mehr für die Herausbildung sozialistischen Bewußtseins.

Dieser Zusammenhang verweist uns auf den Umstand, daß die *ideologische Hegemonie* der klassenorientierten Kräfte *im Betrieb* in der Regel die Ebene des ökonomischen Klassenkampfes umfaßt, aber diese Ebene unter den heutigen Bedingungen nur schwer durchstoßen kann, selbst wenn die mit der ökonomisch-ideologischen Hegemonie verbundene soziale und politische Kontrolle über die

Klassenorganisation stabil ist. Die Wahlempfehlung des Betriebsrates oder Gewerkschaftsfunktionärs hat somit geringe Verbindlichkeit, während seine Empfehlungen zum Verhalten gegenüber dem Unternehmer befolgt werden.

Gegenüber der geschichtlichen Periode der Formierung der Arbeiterbewegung und Arbeiterklasse in ihrer Frühphase zeigt sich hierin ein wichtiger Unterschied. Es ist auch kaum zu erwarten, daß sich die früheren Verhältnisse wieder einstellen, was nicht ausschließt, daß unter bestimmten Bedingungen gerade von den Betrieben – oder besser: von der betrieblich-gewerkschaftlichen Basis – Tendenzen sozialistischer Politisierung ausgehen können. Was die Wirkung in die Gewerkschaften betrifft, so gibt es auch gegenwärtig viele Impulse mit dieser Tendenz, wobei aber insgesamt festgestellt werden muß, daß hier schon die Vermittlungsebenen ein größeres aktives Gewicht besitzen, freilich nicht losgelöst von den Tendenzen an der Basis.

Fragt man nach den Gründen, so haben soziologische Untersuchungen viele *Veränderungen* markiert, die die Arbeits- und Reproduktionssituation, die sogenannten Sozialisationsbedingungen usw. betreffen. Dazu gehören u. a.: die Auflösung der subkulturellen Arbeitermilieus und relativ geschlossenen Arbeiterwohngebiete;[51] das größere Gewicht der Angestellten und ihrer objektiv bedingten Mentalität in den Belegschaften;[52] die größere Rolle des Bildungswesens für die Sozialisation des Nachwuchses der Arbeiterklasse; der Verlust der Kontrolle der Arbeitsgruppen über die mit der Ausbildung verbundene Sozialisation mit der Erweiterung des Gewichts der allgemeinen und der außerbetrieblichen Bildung und Ausbildung;[53] die Abwanderung potentieller Führer und Meinungsbildner der Arbeiterklasse durch die Demokratisierung der höheren Bildung (2. Bildungsweg usw.);[54] die Änderung der Lebensperspektive der mittleren Jahrgänge mit der

51 Vgl. auch: K. Maase, Neue Bewegungen: Gesellschaftliche Alternative oder kultureller Bruch?, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5 (1982), S. 10ff.

52 Vgl. hierzu die Ergebnisse einer neueren Untersuchung zur Situation und den Bewußtseinsstrukturen von Arbeitern und Angestellten in Großbetrieben: W. Kudera, K. Ruff, R. Schmidt, Blue collar – white collar: grey collar? Zum sozialen Habitus von Arbeitern und Angestellten in der Industrie, in: Soziale Welt, Nr. 2/1983, S. 221ff.

Die Verfasser stellen in diesen Betrieben deutliche Verhaltens- und Einstellungsunterschiede der Arbeiter und Angestellten fest, die nicht nur in der unterschiedlichen Tradition und außerbetrieblichen Sozialisation begründet sind, sondern eine eindeutige Reproduktionsbasis in den unterschiedlichen Arbeitsbedingungen im Betrieb haben. All dies führt bei den Arbeitern zu einem antagonistisch und durch kollektive Solidarität geprägten Weltbild, während für die Angestellten eine funktionalistische und durch die Konkurrenz geprägte Sichtweise vorherrscht. Diese Sichtweise ist stärker bei kaufmännischen, weniger bei technischen Angestellten ausgeprägt. Somit kann also selbst bei unteren und mittleren Angestellten nicht erwartet werden, daß sie ein kollektives Verhalten ausprägen und internalisieren, obwohl sie dazu in Kampfsituationen auch gezwungen sind. Die Verschiebung zwischen Arbeitern und Angestellten bedeutet also tatsächlich auch Schwerpunktverlagerungen im Habitus der Arbeiterklasse und notwendigerweise die Eröffnung anderer Zugänge zur Entwicklung von Klassenbewußtsein. Dies ist in unserer Sicht eben Ausdruck der erst formellen Subsumtion in den Arbeitsbereichen, einer nur geringe Trennung von der Gegenklasse und den Mittelschichten und des unmittelbaren Einflusses der Mittelschichtnormen bzw. der Normen der bürgerlichen Gesellschaft.

53 Vgl. I. Drexel, Die Krise der Anlernung im Arbeitsprozeß, in: Soziale Welt, Nr. 3/1980, S. 368ff.

54 In den 70er Jahren betrug die Anzahl von Facharbeitern, die nach der Ausbildung bzw. nach Abbruch der Facharbeitertätigkeit eine Hochschule absolvierten, 62 000 (Fachhochschulen 262 000) (H. Hofbauer, Berufswege, a.a.O., MittAB, 2/1981, S. 128).

Senkung des Rentenalters bei gegenüber früher hohen Renten; die Verringerung der Wochen- und Jahresarbeitszeiten und damit die Vergrößerung der Nichtarbeits- und der Urlaubszeiten;[55] das rasch gesteigerte Konsumtionsniveau und die Ausweitung des Umfanges befriedigter Bedürfnisse – bisher ohne längere Blockaden für die Mehrheit der Klasse; die größere Bedeutung bestimmter Formen des Konsums (Auto, Urlaubsreisen, Eigenheim) für Zielorientierung und Lebensrhythmus und als sozialpsychologische Ventile; die im materiellen Versorgungsstand und bei Sozialleistungen gegebene internationale Spitzenstellung; die gesteigerte Rolle von „Sozialllohn";[56] die immense Bedeutung der Massenmedien, vor allem TV, Radio und Boulevardpresse für die Meinungsbildung außerhalb des unmittelbaren Erfahrungsbereiches,[57] damit eine starke Minderung der ideologischen Kontrolle der Arbeiterbewegung, die sich früher mit der sozialen Kontrolle der betrieblichen und außerbetrieblichen Milieus ergab. Diese und andere Momente[58] sind anzuführen, wenn ein kursorischer Überblick über wichtige Veränderungen in den Existenz- und Formierungsbedingungen der Arbeiterklasse gegeben werden soll, die die Entwicklung ihrer politischen und ideologischen Organisationen und Ausdrucksformen betreffen. Damit wird die entscheidende Rolle betrieblicher Erfahrungen und Situationen nicht aufgehoben, ihre prägende Wirkung für die Herausbildung sozialistischen Bewußtseins wird jedoch abgeschwächt. Wo früher die Übernahme der sozialistischen oder kommunistischen Orientierung des älteren Kollegen für den Lehrling eine den Normen der Klassenorganisation entsprechende Selbstverständlichkeit war – und es dann nur darum ging, welcher Strömung der Arbeiterbewegung man sich anschloß –, so ist dies heute selbst hinsichtlich der außerbetrieblichen gewerkschaftlichen Aktivitäten kaum noch der Fall.

Dabei muß zweifellos auch die bundesrepublikanische Geschichte nach 1945 mit ihren Ergebnissen für die Arbeiterklasse Beachtung finden. Bekanntlich ist es ein Ergebnis der Kämpfe der Nachkriegszeit und der Niederlagen der Arbeiterklasse, daß kommunistischer und klassenkämpferischer Einfluß und seine Verankerung in den Gewerkschaftsapparaten marginalisiert wurden.[59] Dies stand auch im Zusammenhang mit dem kalten Krieg, den Ost-West-Beziehungen, der relativ geringen Attraktivität des Sozialismus in ökonomisch zurückgebliebenen Ländern für die Arbeiterklasse eines industriell hochentwickelten Landes usw. Unter diesen Bedingungen realisierte sich in den meisten Betrieben die Vorherrschaft sozialdemokratischen Einflusses, mit der schon genannten äußerst wichtigen Differenzierung, die in der Besetzung der Vertretungsgremien und der Kontrolle der betrieblich-gewerk-

55 Zahlen für die 60er und 70er Jahre bei: K. Maase, Arbeitszeit – Freizeit – Freizeitpolitik, Informationsbericht des IMSF 27, Frankfurt/Main 1976. Nach Gesellschaftliche Daten 1982 (a.a.O., S. 157) wuchs die Freizeit je Erwachsenem in der BRD von täglich 5:41 Stunden 1964 auf 7:29 Stunden 1980.

56 So unterliegt heute ein Viertel des Gesamtverbrauches der Privathaushalte der öffentlichen Vermittlung (vgl. J. Bischoff u. a., Jenseits der Klassen?, a.a.O., S. 133ff.).

57 So machte der Medienkonsum eines durchschnittlichen Bundesbürgers 1977 in der Woche 30:10 Stunden aus, darunter für TV 11:31 und für Radio 7:26 Stunden (Arbeitsmaterialien des IMSF 12, Der staatsmonopolistische Kapitalismus, a.a.O., S. 308).

58 Diese Veränderungen betreffen die Arbeitsvollzüge und Arbeitsanforderungen, die Kooperationsverhältnisse am Arbeitsplatz, die Entlohnungsformen usw.

59 Vgl. Ch. Klessmann, Betriebsgruppen, a.a.O.

schaftlichen Klassenorganisation ihren Niederschlag fand. Somit besteht heute weithin eine *Situation organisatorisch und politisch besetzter Felder.*[60]

Eine solche Struktur kann sich aber nur insoweit reproduzieren und Stabilität behalten, wie sie auf der Ebene des ökonomischen Kampfes die wesentlichen aktuellen Interessen der Arbeiterklasse durchsetzen kann, sei es durch Mobilisierung der Belegschaft und durch Kampf, sei es durch Vermittlung. Diese Strategien hängen von der Ausprägung des Antagonismus ab, also nicht zuletzt auch vom Verhalten des Kapitals. Entfällt der materielle Spielraum – wie vielfach gegenwärtig in der Krise –, wird die Gangart härter. Es reifen Bedingungen des politisch-personellen Wechsels in der Führungsstruktur der betrieblichen Klassenorganisation heran. Träger des Alternativangebotes können jetzt die klassenorientierten Kräfte werden, für die nun die Chance besteht, auf der Ebene des ökonomischen Kampfes die Hegemonie zu erlangen und hierbei auch für die Belegschaften neue Zugänge zur politischen und ideologischen Verallgemeinerung zu eröffnen. Realistischerweise muß jedoch in Rechnung gestellt werden, daß die Durchsetzung neuer linker Strömungen auf besetzten Feldern, im Rahmen schon bestehender Strukturen auf wesentliche Schwierigkeiten stößt und sich nicht als „Durchmarsch" des neuen Basistrends verwirklichen kann. Davon zeugen etwa die jüngeren Entwicklungen im Bereich der IG Chemie, Papier, Keramik. Von Interesse ist auch die Unterscheidung zwischen alten und neuen Betrieben und Bereichen, zwischen schrumpfenden und expansiven. Alte Betriebe und Bereiche geben die Basis der genannten Entwicklungen ab. Auffällig ist nun, daß dann, wenn es gleichzeitig auch ökonomisch schrumpfende Bereiche sind, die alten Führungsgruppen mit ihren alten Strategien ihre Position und Kontrolle festigen und sogar noch verstärken können. Dies gilt im Extremfall für den Kohlenbergbau des Ruhrgebietes und die IG Bergbau.

Im Unterschied dazu bringen die Arbeiter und Angestellten neuer Betriebe und Branchen die Außenfaktoren in die betrieblich-gewerkschaftliche Klassenorganisation, die sich in der Regel erst im Kampf mit dem Kapital formiert. Wir haben damit relativ offene Felder, in denen die politischen und sozialen Strömungen der jüngeren Generation stärker zum Tragen kommen und Einfluß auf die Führungsstruktur erlangen können. Dies gilt gegenwärtig etwa für den Bereich der HBV, der ÖTV u. a. Die allgemeine Virulenz der jüngeren Generationen der lohnabhängigen Mittelschichten kommt auch in diesen Bereichen zur Geltung. Ihr soziales Gewicht in diesen Betrieben und Branchen macht jedoch auch deutlich, weshalb es für die Durchsetzung einer Arbeiterklassenpolitik Grenzen gibt, die gerade in den Privilegieninteressen dieser als „Vorkämpfer" aktiven Schichten bestehen. Die in diesen Betrieben und Bereichen sich entwickelnden Belegschaftsstrukturen nehmen in stärkerem Maße als bei den alten Industriegewerkschaften die Tendenzen der neuen sozialen Bewegungen, der Friedensbewegung und generell linksorientierte Forderungen und Bestrebungen auf. Dies widerspiegelt sich unmittelbar in den Strömungen der aktiven Kräfte, nicht aber unbedingt im Durchschnitt der dort zumeist beschäftigten Angestellten.

60 Vgl. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (Hrsg)., Proletariat der BRD. Reproduktion – Organisation – Aktion, Berlin/DDR 1974.

Notwendigerweise bestehen auch wesentliche Unterschiede zwischen *Groß- und anderen Betrieben.* Wir hatten einige Fragen im Zusammenhang mit dem sozialökonomischen Kern der Arbeiterklasse schon angesprochen. Zu den objektiven Bedingungen des Großbetriebes gehört die Polarisierung der Klassenverhältnisse, die größere Dimension der Klassenorganisation, die größere potentielle Kampfkraft. All dies begründet jedoch keinen automatischen Trend. Gerade Konzernunternehmen mit besonders stabilen Monopolen hatten es in der Vergangenheit verstanden, ausgesprochen sozialpartnerschaftliche Haltungen zu verstärken und zu festigen, so z. B. Bayer oder Höchst. Objektiv gleich strukturierte Betriebe wie die BASF weisen demgegenüber eine stärkere Klassentendenz in den Belegschaftsstrukturen auf, was zeigt, daß weitere historische, sozialstrukturelle und politische Faktoren beachtet werden müssen. Im Vergleich gibt es Klein- und Mittelbetriebe mit langen Kampftraditionen und progressiven Belegschaftsstrukturen. Dies verweist darauf, daß keine mechanischen Übertragungen möglich sind. Jedoch ist es klar, daß in Großbetrieben – schon infolge der größeren Zahlen – auch die politischen Strömungen und Strukturen weiter ausgeprägt sind (so sind 1 Prozent von 2000 Belegschaftsangehörigen 20 Personen, also eine Gruppe, die bei organisiertem und zielstrebigem Vorgehen beachtliche Einflußmöglichkeiten besitzt; bei 200 sind 1 Prozent nur 2 Personen). Masseneffekte bergen also immer auch qualitative Momente in sich. Zu beachten ist auch, daß dies vor allem für die Vertretungs- und Funktionärsgremien gilt. Ein Vertrauensleutekörper mit 100 Mitgliedern stellt nicht nur ein Kraftpotential dar, sondern in ihm kann auch eine andere auf Belegschaftsmassen zurückwirkende Dynamik zustande kommen als bei einer entsprechenden Gruppe von vielleicht 3 Personen in einem Kleinbetrieb. Hinzu kommen Merkmale wie: Leitfunktion[61] für die Arbeiterschaft der Branche oder Region; „freiere" Organisations- und Entfaltungsmöglichkeiten der Arbeiter und Angestellten, weil widerwärtiger personaler Abhängigkeit ledig, was allerdings durch die Etablierung der staatlichen und betrieblichen Schnüffel- und Überwachungsdienste wieder zurückgenommen wird; außerdem: höhere Löhne, bessere und formalisierte Aufstiegsmöglichkeiten, größere Beschäftigungssicherheit, betriebliche Renten, Beteiligungen und Sozialleistungen u. a. Diese Faktoren gelten besonders für Staatsunternehmen. Sie begründen bei weitem keine idyllischen Zustände, sondern markieren nur Unterschiede zu anderen Wirtschaftssektoren. Was die BRD betrifft, so sind diese Unterschiede allerdings nicht so ausgeprägt wie in Japan oder den USA.[62]

61 Woraus etwa für die DKP folgt: „Die Verankerung unserer Partei, die Stärkung und Aktivität unserer Betriebsgruppen in den Groß- und Konzernbetrieben ist das Kernstück unserer Orientierung auf die Arbeiterklasse." (H. Mies, Die Rolle der Arbeiterklasse in unserer Zeit – die Aufgaben der Betriebsgruppen der DKP, Rede auf der 6. Parteivorstandstagung der DKP am 13./14. November 1982 in Düsseldorf, Manu. Vgl. zum Gesamtkomplex ebenfalls: ders., Die Aktualität der Marxschen Lehre von der Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei, in: Marxistische Studien, S I, a.a.O., S. 49 ff., bes. Abschn. VII.).

Von Interesse für die entsprechenden Änderungen in der Arbeiterklasse generell: R. Urbany, Was geht in der Arbeiterklasse vor?, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag, H. 9/1982, S. 1175 ff.

62 Vgl. für die Verhältnisse in den USA: V. Bornschier, Duale Wirtschaft, Statuszuweisung und Belegschaftsintegration, in: Soziale Welt, H. 2/1983.

Vor allem im Bereich der Großbetriebe besteht eine Beziehung, die als Betriebsöffentlichkeit bezeichnet werden kann. Dies ist ein wichtiger Raum des ökonomischen Kampfes. Er fällt i. d. R. aus der „Betreuung" durch die bürgerlichen Medien heraus – abgesehen von spektakulären Vorgängen. Mündliche Übermittlung, Schwarzes Brett, aber auch Zeitungen der Firma und der Unternehmer sind hier die „normalen" Medien. *Betriebszeitungen politischer Gruppen*, in der Regel der DKP[63] oder anderer linker Gruppen, können in diesem Rahmen und Raum eine beachtliche Rolle spielen. Ihre Wirkung ist natürlich schwer meßbar, es sei denn, die Aufmerksamkeit und Gegenaktionen der Unternehmensleitungen können als Indiz gewertet werden. Man muß jedoch deutlich erkennen, daß auch ihnen im Prozeß der Verallgemeinerung auf die politische und ideologische Ebene gegenwärtig relativ enge Grenzen gezogen sind. Immerhin haben sie sich in vielen Betrieben als unverzichtbare Instrumente der Klassenorganisation etabliert.

Wenn man die politischen Bemühungen der Parteien betrachtet, so unternimmt nur die DKP zielstrebige Aktivitäten zum Ausbau ihrer *Betriebsgruppen* und Betriebsgruppenarbeit.[64] Ihre Ausgangspunkte und Positionen sind wie folgt umrissen: „Es liegt in der Natur der Arbeit in den Betrieben, daß hier mehr als irgendwo anders die Gemeinsamkeit der Klasseninteressen der Arbeiter und Angestellten unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit zum Ausdruck kommt, ja, daß Aktionseinheit geradezu herausgefordert wird." „Kommunistische Betriebsarbeit ist immer auch Ringen um Aktionseinheit."[65]

Wie wir ausgeführt hatten, ist die Betriebsarbeit für eine marxistische Klassenpartei auch heute unverzichtbar. Man darf allerdings nicht von einer stärkeren Verankerung im Betrieb allein schon eine Stärkung auf politisch-parlamentarischen Ebene erwarten. Die große Chance der DKP-Orientierung besteht vielmehr mittel- und langfristig darin, die kommunistische Strömung als einen relevanten Faktor im Rahmen und in der betrieblichen Klassenorganisation zu etablieren und gemeinsam mit den klassenorientierten Kräften anderer parteipolitischer Präferenz (vor allem linkssozialistischer bzw. linkssozialdemokratischer Position) Einfluß nicht nur bei der Durchsetzung der Hegemonie klassenorientierter Haltungen im ökonomisch-betrieblichen Kampf auszuüben, sondern auch bei der jeweils möglichen und zweifellos mit der Verschärfung von Krisenprozessen wieder zunehmenden politischen und ideologischen Verallgemeinerung der „spontanen" betrieblichen Klassenerfahrungen.

Wenn wir die aktuelle Situation in den Belegschaften und Gewerkschaften zur Kenntnis nehmen, wie dies im einzelnen in anderen Beiträgen dieses Bandes der Fall ist, dann kann nicht einfach ein Linkstrend oder gar ein Aufbruch zu neuen Ufern

63 Das Deutsche Institut der Wirtschaft gibt die Zahl von 412 regelmäßig erscheinenden DKP-Betriebszeitungen an. Dieser Angabe wird von der DKP nicht widersprochen (vgl. H. Mies, Die Rolle, a.a.O.).

64 Betriebsgruppen besitzt die DKP in einem großen Teil, aber nicht in allen Groß- und Konzernbetrieben (ebenda).

65 H. Mies, Die Rolle, a.a.O.

festgestellt werden.[66] Die Diskrepanz zu anderen sozialen und politischen Sektoren der BRD ist in dieser Hinsicht offenkundig. Ja, es kann gegenwärtig im gewerkschaftlichen Bereich durchgängig noch nicht einmal von einer kämpferischen Bewahrung der Errungenschaften der sozialliberalen Ära und der dem entsprechenden Verhältnisse in der Arbeiterklasse gesprochen werden. Vielmehr entwickelt ein rechtssozialdemokratischer Flügel der Gewerkschaften unter dem Druck der Krise, der Unternehmer und der Rechtskräfte die Neigung zur Zusammenarbeit mit dem CDU/CSU-FDP-Block.

Für diese Öffnung nach rechts wird die Legitimation in Umorientierungen im Wahlverhalten von Angestellten- und bestimmten Arbeiterschichten gesehen, die für konservative Stimmungen empfänglich sind. Demgegenüber ist die Wahl der Grün-Alternativen der Versuch eines Ausbruchs aus dem festgefügten Parteienkartell der FDGO-Parteien, die Tendenz nach links. Es ist somit angebracht, einer dialektischen Sichtweise zum Recht zu verhelfen. Die durch die Krise bewirkte bzw. verschärfte sozialökonomische und gesellschaftliche Polarisierung findet ihre Entsprechung in der Gewerkschaftsbewegung, an der betrieblich-gewerkschaftlichen Basis und – vermittelt und abgeschwächt – auch im politisch-parlamentarischen Raum. In den Aufbau polarer Kraftfelder ist jedoch unvermeidlich Bewegung und Veränderung einprogrammiert. Die relative Stabilität wird durch Labilität ersetzt. Gegenüber den 60er und 70er Jahren scheint sicher: Offene Situationen bringen auch neue Chancen für die Linken.

66 Zur aktuellen Entwicklung vgl.: Soziale Bewegungen. Analyse und Dokumentation des IMSF, H. 12, Nicht wehrlos – doch wohin? Gewerkschaften und neue soziale Bewegungen unter der CDU-Herrschaft, Frankfurt/Main 1983.

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 6/1983

Neue Technologien und Arbeiterklasse

Zur Entwicklung des Produktivkraftsystems in der Bundesrepublik

André Leisewitz

I. Produktivkraftentwicklung und Arbeiterklasse – II. Informationstechnologien: Perspektiven der Ausbreitung, Vernetzungstendenz – III. Neue Technologien im Produktivkraftsystem der Bundesrepublik zu Beginn der 80er Jahre – IV. Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen bei Angestellten und Arbeitern

Die Einführung neuer Technologien in der Wirtschaft der Bundesrepublik vollzieht sich seit Mitte der siebziger Jahre in großen Schritten. Sie ist Teil der weltmarktorientierten „Modernisierungs"-Strategie und zielt unter den eingeengten Verwertungsbedingungen des Kapitals auf die Effektivierung seines Reproduktionsprozesses durch Steigerung der Fondseffektivität und Arbeitsproduktivität und Erhöhung der Flexibilität von Produktionsprozessen, um rascher auf die Anforderungen der Absatzmärkte reagieren und Konkurrenzpositionen durch Beschleunigung des technischen Wandels, Typenwechsel etc. verbessern zu können. Neue Technologien sind zugleich Mittel der relativen und absoluten Freisetzung von Arbeitskräften, der Entwertung von Qualifikationen und damit des Drucks auf Löhne und Gehälter; ihre Anwendung beeinflußt die Arbeitsbedingungen und Arbeitsbelastungen der Erwerbstätigen nachhaltig. Kämpfe gegen Rationalisierungsmaßnahmen und negative Folgen der Einführung neuer Technologien, für den Erhalt und die Ausweitung von Qualifikationen, Tätigkeitsmerkmalen und Einkommen haben besonders in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre eine beachtliche Rolle gespielt.

Der folgende Beitrag behandelt weder die Ursachen und ökonomischen Triebkräfte des gegenwärtigen technologischen Umbruchs noch die gewerkschaftliche Diskussion über mögliche Formen der Gegenwehr. Letzteres war Gegenstand einer Diskussion beim IMSF, über die in diesem Band berichtet wird.[1] Es werden hier Informationen über die Verbreitung neuer Technologien im Produktivkraftsystem der Bundesrepublik zusammengestellt; um die Perspektive des Umbruchs im Produktivkraftsystem sowie seine Auswirkungen auf Sozialstruktur und Arbeitsbedingungen besser beurteilen zu können, werden einige Bemerkungen zur Einbindung der Arbeiterklasse in den Reproduktionsprozeß des Kapitals und zur Veränderung der technologischen Produktionsweise in der wissenschaftlich-technischen Revolution vorangestellt.

1 St. Voets, IMSF-Arbeitsgespräch zu neuen Technologien, in diesem Band; vgl. auch: L. Peter, Wissenschaftlich-technischer Fortschritt, neue Technik und Arbeiterbewegung, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 2/1979, S. 279ff.

I. Produktivkraftentwicklung und Arbeiterklasse

Der kapitalistische Reproduktionsprozeß ist nicht nur Prozeß der Produktion von Waren und der Abpressung von Mehrarbeit, er ist zugleich Prozeß der Reproduktion des Kapitalverhältnisses selbst, der grundlegenden Klassenbeziehungen des Kapitalismus. Die Arbeiterklasse ist damit in den Reproduktions- und Wachstumsprozeß des Kapitals eingebunden, ihre quantitative Ausdehnung hat hier ebenso ihren Bestimmungspunkt wie die Entwicklung und Veränderung ihrer inneren Struktur. Die Tendenz des Kapitals, ständig die technische Basis des Produktionsprozesses umzuwälzen, durch Einführung neuer Technologien die Produktivität und Intensität der Arbeit zu erhöhen, ist insofern Grundlage der Strukturveränderungen der Arbeiterklasse.

Veränderungen der technischen Zusammensetzung des Kapitals und neue Technologien bedeuten für die von ihm angewandten Lohnarbeitskräfte auch Vertiefung der Arbeitsteilung, veränderte und neue Tätigkeiten, Entstehung neuer und Entwertung vorhandener Qualifikationen, stärkere Unterordnung unter den technisch vorgegebenen Rhythmus des Produktionsapparates usf. Zugleich verändert sich mit dem technischen Fortschritt die Struktur des gesellschaftlichen Arbeitskörpers insgesamt, die Proportionen der in den verschiedenen Zweigen der Volkswirtschaft verausgabten Arbeit und damit der einzelnen Abteilungen der Arbeiterklasse verschieben sich. So war die wachsende Produktivität der Arbeit in der materiellen Produktion in der Vergangenheit die entscheidende Grundlage dafür, daß mit der zunehmenden Vergesellschaftung des Gesamtreproduktionsprozesses neue Bereiche der Lohnarbeit und Gruppen der Arbeiterklasse in den nichtproduzierenden Sektoren sich rasch ausdehnen konnten. Dieser Prozeß setzt sich auch in der Gegenwart fort.[2] Die Entwicklung der materiellen Produktivkräfte, der technologischen Prozesse, der Arbeitsorganisation steht also in engem Zusammenhang mit Veränderungen der Struktur der sie anwendenden Hauptproduktivkraft, der Arbeiterklasse.

Der Zwang zur raschen Entwicklung der Produktivkräfte folgt aus der inneren Logik der Kapitalverwertung. Anwendung von Wissenschaft und Technik, Umgestaltung der Arbeitsorganisation sind Mittel zur Steigerung der Profitproduktion und Sicherung der Konkurrenzposition – auch und gerade im monopolistischen und staatsmonopolistischen Kapitalismus. Die Entwicklung von Technik und Technologien des Stoffwechsels mit der Natur bedeutet dabei Ausnutzung von Naturgesetzen; sie kann nur Erfolg haben, wenn sie sich diesen Gesetzen unterwirft. Es gibt also eine Seite der *technischen Determiniertheit* der Produktivkraftentwicklung.

Dies gilt gleichermaßen für die Hauptproduktivkraft. Der industrialisierte Produktionsprozeß setzt ein ganz anderes, insgesamt vielfältigeres und ungleich höheres Qualifikationsniveau des Gesamtarbeiters voraus als vorhergehende Produktionsformen. Wissenschaft und Technik werden erst mit der großen Industrie zu Potenzen im Stoffwechsel Mensch–Natur, ihre Gesetzmäßigkeiten bestimmen die mit dem Kapitalismus sich entwickelnde technologische Produktionsweise, sie wollen beherrscht sein. Die historische Tendenz der Erhöhung der Qualifikation der Lohnarbeiter, die sich allein schon am Niveau der allgemeinen Schulbildung und der

2 Vgl. H. Jung, Zur Arbeiterklasse der 80er Jahre. Struktur – Kern – betriebliche Basis, in diesem Band.

Vermittlung von Allgemeinkenntnissen ablesen läßt und die unschwer im Vergleich mit weniger industrialisierten Ländern zu erkennen ist, hat in diesen Anforderungen des Produktivkraftsystems an die lebendige Arbeit ihre eigentliche Wurzel.

Der Übergang zu neuen Technologien setzt somit im Prinzip nicht nur die vorangehende Höherentwicklung und Ausdifferenzierung der materiell-technischen Arbeitsmittel, die Entfaltung der *technischen* Potenzen und der Naturbeherrschung voraus, er erfordert auch eine vorangegangene Entwicklung *menschlicher* Arbeitsfertigkeit und Qualifikationen (ohne die erstere zudem nicht denkbar wäre). *Marx* hatte dies in klassischer Weise beim Übergang von der Manufaktur mit ihrem handwerklichen Arbeitstyp zur großen Industrie analysiert. Eben hier hatten sich keimhaft jene technischen und arbeitsorganisatorischen Elemente und jene Fertigkeiten der Arbeitskraft herausgebildet, an denen die industrielle Revolution mit dem Übergang zum Maschinensystem ansetzen konnte, um sie als Elemente der Qualifikation des gesellschaftlichen Gesamtarbeitskörpers auf viele Detailarbeiter zu verteilen, sie also von der einzelnen Arbeitskraft abzuziehen, um sie gerade dadurch zu verallgemeinern und in der neuen technologischen Produktionsweise „aufzuheben".

Produktivkraftentwicklung – und auch hier ist die lebendige Arbeit als Hauptproduktivkraft eingeschlossen – vollzieht sich immer nur vermittels historisch-konkreter Produktionsverhältnisse; Produktivkräfte sind ohne die sozialen Beziehungen produzierender Menschen, eben die Produktionsverhältnisse, nicht denkbar, und sie bleiben, was ihre Entwicklung betrifft, immer vom Charakter der durch die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse bestimmten Triebkräfte der sozialen Entwicklung geprägt. Dies ist die *formationsspezifische Seite* der Produktivkraftentwicklung, die nicht nur die gesellschaftlichen Triebkräfte, sondern auch die geschichtliche Form des Produktivkraftsystems betrifft.

Indem in der kapitalistischen Produktionsweise sich Produktivkräfte nur als Kapital entwickeln, bestimmen auch die Gesetzmäßigkeiten, die den Gesamtreproduktionsprozeß regulieren, darüber, wie und in welche Richtung sich das Produktivkraftsystem entwickelt. Ihre Verkehrung zu Destruktivkräften ist Ausdruck dieses Zusammenhangs; besonders deutlich tritt er hervor, wenn die Hauptproduktivkraft betrachtet wird. Die Gattungspotenzen der Menschen haben sich in keiner vorangegangenen geschichtlichen Periode so rasch entwickelt wie unter dem Kapitalismus. Mit der kapitalistischen Produktionsweise wurde überhaupt erst der Übergang zu permanenter erweiterter Reproduktion auf stets wachsender Stufenleiter erreicht: Verwissenschaftlichte Produktivkräfte werden im Mensch-Natur-Stoffwechsel von einer Arbeiterklasse mit außerordentlich hohem Qualifikationsniveau beherrscht; sie eignet sich in diesem Prozeß zugleich jene Fähigkeiten an, die Voraussetzung dafür sind, den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß *wirklich* zu beherrschen und ihn zu lenken, also eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Aber dennoch vollzieht sich dieser Prozeß der Aneignung wachsender Fähigkeiten und Kenntnisse, neuer Bedürfnisse und Ansprüche, Interessen und Handlungspotentiale in höchst widersprüchlicher Form, eingezwängt in den Widerspruch von Beschäftigung und industrieller Reservearmee, von Qualifikation und Entwertung von Qualifikationen, der Entfaltung fachlicher Kenntnisse und des Ausschlusses von der Bestimmung über den Reproduktionsprozeß selbst bis hin zu dessen elementarsten Ebenen wie etwa der Bestimmung über die Gestaltung der Arbeitsbedingungen.

Denn daß mit der Entwicklung und Anwendung neuer Technologien unter dem Regime des Kapitals Arbeitsplätze wegrationalisiert, qualifizierte Arbeiter dequalifiziert, Möglichkeiten der Bestimmung über den Arbeitsablauf technisch abgeschnitten werden, wird man ebensowenig leugnen können wie die historische Tendenz wachsender Gattungspotenzen.

Diese allgemeine, aus dem Kapitalverhältnis selbst entspringende Gesetzmäßigkeit zur Kenntnis zu nehmen, ist von großer praktischer Bedeutung, weil nur von hier der Kampf um Erhaltung und Ausweitung von Qualifikationen, um die Bestimmung über Arbeitsbedingungen als Vertretung von Reproduktionsinteressen der Arbeiterklasse erfaßt werden kann; damit wird zugleich deutlich, daß eine solche Auseinandersetzung, wenn sie allein auf der Ebene technischer Alternativen ansetzt, aus dem Bannkreis einer kapitalistisch beherrschten Produktivkraftentwicklung nicht heraustreten wird.

Ein zweiter, für den Zusammenhang von Arbeiterklasse und Produktivkraftentwicklung wichtiger Gesichtspunkt schließt sich hier an. Die Arbeiterklasse wird, was ihre *konkrete* Gestalt, ihr geschichtliches „Antlitz" betrifft, in vielem durch die Struktur des Arbeitsprozesses, die unmittelbare Arbeitstätigkeit und damit den Typ der Technik und der materiellen Produktionsmittel geprägt, mit denen sie in den verschiedenen Sphären des Reproduktionsprozesses umgeht. Wie gearbeitet wird, das entscheidet in starkem Maße über abgeforderte Qualifikationen, Entwicklungsmöglichkeiten, aber auch Möglichkeiten der Kommunikation und des Maßes der Bestimmung über die eigene Tätigkeit. Die Struktur der Arbeitsmittel gibt insofern auch Aufschluß über das unterschiedliche Entwicklungsniveau der Klasse selbst wie ihrer einzelnen Fraktionen. Die Art der Tätigkeiten und der Beziehungen zu den materiellen Arbeitsmitteln ist außerordentlich vielfältig. Dennoch lassen sich allgemeine Gesichtspunkte gewinnen.

Die Herausbildung der kapitalistischen Maschinenproduktion mit der industriellen Revolution bedeutete reelle Subsumtion der Produktivkräfte unter das Kapital;[3] sie wurden nicht mehr allein in ihrer vorgefundenen Form kapitalistisch angewandt, sondern selbst dem Zweck der Kapitalverwertung möglichst optimal angepaßt. Auch dies gilt keineswegs nur für die gegenständlichen Produktivkräfte, sondern auch und gerade für die lebendige Arbeit. Die Entstehung der Maschinenproduktion war insofern der Prozeß der Herausbildung des voll entwickelten Warencharakters der Arbeitskraft[4] durch Auflösung der rein subjektiven Gliederung des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses in der Manufaktur und die Ablösung des Produktionsergebnisses vom besonderen individuellen Geschick und der physischen Leistungsfähigkeit der einzelnen Arbeitskraft. Diese Durchsetzung der „Tendenz der Gleichmachung oder Nivellierung der Arbeiten",[5] ihrer Reduzierung auf massenhaft verfügbare, technisch dem Gang des Arbeitsmittels untergeordnete, rasch erlern- und damit ersetzbare Detailarbeit schuf einen neuen, der technologischen Produktionsweise entsprechenden Produzententyp.

3 K. Marx, Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses, Frankfurt/M. 1968, S. 45 ff.

4 Vgl. zu dieser Kategorie der marxistischen Klassenanalyse: Beiträge des IMSF 3, Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950–1970, Teil I: Klassenstruktur und Klassentheorie, Frankfurt/M. 1972; H. Jung, a.a.O., Abschnitt 1.2.

5 K. Marx, Das Kapital, 1. Bd., in: MEW Bd. 23, S. 442.

Schon im Kernbereich der Maschinenproduktion ist das Fabrikproletariat, wie *Marx* es erfaßte, jedoch keineswegs völlig homogen. Es bildeten sich, an verschiedene technische Prozesse und Operationen im Sinne „rein technischer"[6] Arbeitsteilung gebunden, unterschiedliche Gruppen der Arbeiterklasse heraus: Maschinenarbeiter, den Maschinen Arbeitsstoff zuliefernde „Handlanger", das Maschinenkontroll- und -reparaturpersonal. Die technische Arbeitsteilung, vom Produktionsapparat erzwungen, erweist sich jedoch zugleich als Bewegungsform sozialer Beziehungen und Unterschiede. Den Maschinenarbeitern und Handlangern als eigentlichem Fabrikproletariat steht das Kontroll- und Reparaturpersonal als eine „höhere, teils wissenschaftlich gebildete, teils handwerksmäßige Arbeiterklasse, außerhalb des Kreises der Fabrikarbeiter und ihnen nur aggregiert",[7] gegenüber. Solche Besonderheit ihrer Stellung in der betrieblichen und gesellschaftlichen Organisation der Arbeit folgt aus dem speziellen Charakter ihrer Tätigkeit auf der Grundlage höherer Qualifikation und einer geringeren Unterordnung unter den Maschinenrhythmus; sie ist verbunden mit größerer Beweglichkeit, anderen Möglichkeiten der Arbeitseinteilung, anderen sozialen Kontakten (gerade solchen „nach oben") und u. U. der Übernahme nicht nur technischer, sondern auch arbeitsorganisatorischer Kontroll- und Aufsichtsfunktionen, also höherer Eingliederung im innerbetrieblichen Herrschaftssystem. Unter dem gleichen, im Zirkulationsakt begründeten Status der Lohnabhängigkeit verbirgt sich insofern eine unterschiedliche Ausprägung des Warencharakters der Arbeitskraft, ein unterschiedlicher Grad ihrer reellen Subsumtion, der auch zum Ausgangspunkt unterschiedlicher Interessen, sozialer Bezugspunkte und Orientierungen werden kann.

Zwischen der Stellung in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit, der Art der „Anbindung" an das technische Arbeitsmittel und dem Grad der Subsumtion unter das Kapital besteht also durchaus ein Zusammenhang. *Marx* faßt dies mit Blick auf das Maschinenpersonal, dessen Unterordnung unter das technische Arbeitsmittel, seine Stellung als „Anhängsel" der Maschinerie am ausgeprägtesten in der Fabrik ist, mit folgender Formulierung: „Mit der Maschinerie... erhält die Herrschaft der vergangnen Arbeit über die lebendige, nicht nur sociale, – in der Beziehung von Capitalist und Arbeiter ausgedrückte – sondern so zu sagen *technologische* Wahrheit."[8] Die technische Form des Kapitals wird insofern zum Medium der Unterordnung der Arbeitskraft unter seine Verwertungsinteressen.

Dieser Gedanke hat durchaus aktuelle Bedeutung. Die im Vergleich zum Arbeitermilieu in vieler Hinsicht unterschiedliche sozialpsychologische Orientierung von zur Arbeiterklasse zählenden Angestellten, die sich in der Praxis sozialer Auseinandersetzungen ebenso wie in empirischen Erhebungen immer wieder zeigt,[9] wurzelt als ständig reproduzierte, keineswegs nur aus dem Fortschleppen überholter Traditionen und Einstellungen zu erklärende Differenzierungslinie innerhalb der Klasse u. a. eben *auch* darin, daß Angestellte in weiten Bereichen unter Bedingungen

6 Ebd., S. 443.
7 Ebd.
8 Karl Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie (Manuskript 1861–1863), in: MEGA² II/3.6, Berlin 1982, S. 2059.
9 Vgl. hierzu W. Kudera, K. Ruff, R. Schmidt, Blue collar-white collar: grey collar? Zum sozialen Habitus von Arbeitern und Angestellten in der Industrie, in: Soziale Welt, H. 2/1983, S. 201 ff.

arbeiten, die sich nicht durch jenen technischen, von den sachlichen Arbeitsmitteln aufgeherrschten und vermittelten Zwang auszeichnen, wie er für die Arbeitsbedingungen großer Teile der Arbeiter charakteristisch ist. Eine solche weniger rigide Anbindung an vorgegebene Abläufe ermöglicht eher die individuelle Gestaltung von Arbeitsgeschwindigkeiten, Tätigkeitsabfolgen usf. Unterordnung unter die Interessen des Kapitals wird bei Angestellten stärker durch personelle Unterstellungsverhältnisse vermittelt; der Personalisierung von Beziehungen – Konkurrenz und Unterordnung – und der Regulierung sozialer Konflikte auf dieser Ebene statt auf der Ebene kollektiver Interessenvertretung kommt daher bei ihnen eine weitaus größere Bedeutung als bei Arbeitern zu. Technische Abläufe, die Handlungsweisen starr festlegen, wenig Spielraum und Entfaltungsmöglichkeiten gestatten, vertragen sich schlechter mit Vorstellungen, aufgrund individueller Kompetenz und Qualifikation in Konkurrenz zu anderen „nach oben" kommen zu können. Auch innerhalb der Arbeiterklasse können insofern technische Veränderungen soziale Veränderungen auslösen.

Der historische Rückblick beweist die ungeheure, durch die Entwicklung des Kapitalismus und die Herausbildung der maschinellen Großproduktion freigesetzte Dynamik im Fortschritt der Produktivkräfte. Wenn heute gefragt wird, wie und mit welchen Arbeitsmitteln, auf welchem technischen Niveau die Lohnabhängigen arbeiten, so zeigt sich paradoxerweise aber auch eine deutliche Begrenztheit in der Entwicklung der materiellen Produktivkräfte. Tabelle 1 läßt erkennen, daß in der Bundesrepublik gegenwärtig rund drei Viertel der Erwerbstätigen hauptsächlich mit einfachem Gerät (Hammer, Schreibzeug, Handbohrmaschine oder Schreibmaschine sind Beispiele), also auf einem niedrigen Mechanisierungsniveau, arbeiten. Lediglich jeder vierte Erwerbstätige hat überwiegend mit Maschinen oder Anlagen der mittleren und höheren Mechanisierungsstufe oder mit automatischen Produktionsmitteln zu tun (von der Werkzeugmaschine bis zur EDV-Anlage). Zusammen sind dies rund 5,4 Millionen Erwerbstätige, 37 Prozent von ihnen Frauen. Vom technischen Mittel her gesehen charakterisiert also Arbeit auf handwerklichem Niveau die Tätigkeit der überwiegenden Mehrheit der Erwerbstätigen. Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß sie nicht in viel breiterem Umfang *auch* mit Geräten und Prozessen höheren technischen Niveaus zu tun hätten; für ihre Haupttätigkeit sind sie aber nicht von entscheidender Bedeutung.

Die wesentliche Ursache dafür, daß Maschinerie auch heute noch erst in einem relativ schmalen Sektor menschlicher Arbeitstätigkeiten das bestimmende, übergreifende Moment bildet, hängt damit zusammen, daß sich die Grundlinie der Produktivkraftentwicklung seit der industriellen Revolution[10] trotz außerordentlicher Produktivitätssteigerung und der Einführung einer Fülle von neuen Technologien und Techniken nicht wesentlich gewandelt hat. Die Übertragung der direkten Bearbeitungsfunktion des Menschen – der Führung des Werkzeugs und der Aufbringung der erforderlichen Operationsenergie – vom Menschen auf die Maschine war der

10 Vgl. H. Nick, Wissenschaftlich-technische Revolution – historischer Platz, Entwicklungsetappen, soziales Wesen, Berlin/DDR 1983; A. Leisewitz, Entwicklungsrichtungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und seiner gesellschaftlichen Anwendung, in: IMSF (Hrsg.), Technik – Umwelt – Zukunft, Frankfurt/M. 1980, S. 13ff.

Schlüsselprozeß der industriellen Revolution. Damit wurde jener (aber auch nur jener) Bereich der gesellschaftlichen Produktion technisch vollständig umgewälzt, in dem sich die unmittelbare stoffliche Verarbeitung und Umformung der Rohstoffe und Rohmaterialien vollzieht. So wurde schlagartig eine innere Entwicklungsschranke der Produktivkraftentwicklung beseitigt – die Bindung des Produktionsergebnisses an das Geschick, die Kraft, die Präzision des (handwerklichen) Produzenten.

Tabelle 1: Mechanisierung, Automation, Arbeitstätigkeit in der Bundesrepublik 1979

Mechanisierungsstufe des hauptsächlich verwendeten Arbeitsmittels	Erwerbstätige absolut (in Tausend)	Erwerbstätige in Prozent aller Erwerbstätigen
1. Einfaches Handwerkzeug/Arbeitsgerät (keine Mech./Autom.; z. B. Hammer, Feile, Spaten, Pinsel, Schreibzeug, Zeichenbrett u. ä.)	12 174	55,2
2. „Angetriebenes" Handwerkzeug (geringe Mech./Autom.; z. B. Handbohrmaschine, Schreibmaschine, Küchengeräte u. ä.)	4 423	20,1
3. „Handgesteuerte" Maschinen/Anlagen (mittlere Mech./Autom.; z. B. Drehmaschine, Fräsmaschine, Bohrmaschine, Nähmaschine, Röntgengerät u. ä.)	2 931	13,3
4. „Halbautomatische" Maschinen/Anlagen (gehobene Mech./Autom.; z. B. Drehautomat, Stanze mit automatischer Zufuhr, Flaschenabfüllautomat, Spülmaschine u. ä.)	1 241	5,6
5. Computergesteuerte Maschinen/Anlagen (hohe Mech./Autom.; z. B. EDV-Anlage, Terminal, NC-Maschine u. ä.)	1 274	5,8
Insgesamt	22 043	100,0

Quelle: F. Stooß/L. Troll, Die Verbreitung „programmgesteuerter Arbeitsmittel", in: MittAB 2/1982, S. 170 (ohne ausländische Erwerbstätige).

Spätere technologische Neuerungen, die große Produktivitätsschübe mit sich brachten – die Revolutionierung der Antriebssysteme durch den Elektromotor, die Durchsetzung des Fließbandprinzips – blieben aber in den Rahmen der mit der industriellen Revolution geschaffenen technologischen Produktionsweise eingegrenzt. Andere Bereiche der materiellen Produktion, ganz zu schweigen von den nichtproduzierenden Sektoren, konnten nicht oder höchstens sehr begrenzt von Maschinenarbeit erfaßt und durchdrungen werden. Dies gilt für die nachgelagerten

Prozesse (Montage), für den der unmittelbaren Produktion vorgelagerten Bereich der Projektierung, Konstruktion, Produktionsvorbereitung, für die prozeßintegrierende Instandhaltung oder für Umschlags-, Transport- und Lagerprozesse.

Erst mit der wissenschaftlich-technischen Revolution zeichnet sich durch die Einführung von informationsverarbeitenden Technologien hier eine Wende ab, die zur maschinellen Durchdringung dieser und anderer Tätigkeitsbereiche des Reproduktionsprozesses führen wird und eine neue technologische Produktionsweise begründet.

II. Informationstechnologien: Perspektiven der Ausbreitung, Vernetzungstendenz

Mit der systematischen Analyse der kapitalistischen Produktivkraftentwicklung, bei der *Marx* die Beziehung Mensch–Arbeitsmittel zum Ausgangspunkt machte und den technischen Fortschritt im Kern als Vergegenständlichung menschlicher Produktions- und Arbeitsfunktionen im technischen Arbeitsmittel verstand, konnte er jene Prozesse wissenschaftlich vorwegnehmen, in denen sich heute eine neue, nur der industriellen Revolution logisch vergleichbare Umwälzung des Produktivkraftsystems abzuzeichnen beginnt.

Einzelne Elemente einer solchen neuen technologischen Produktionsweise, deren Kern die Übertragung geistig-intellektueller, informationsverarbeitender oder logischer Arbeitsfunktionen des Menschen auf technische Mittel darstellt, nehmen seit etwa zwei Jahrzehnten Gestalt an und beginnen seit den siebziger Jahren Arbeitstätigkeiten und -bedingungen wachsender Gruppen der Arbeiterklasse und der lohnabhängigen Mittelschichten zu prägen. Mit ihrer Entwicklung werden jene inneren Hemmnisse der Produktivkraftentwicklung überwunden (in Analogie zur Überwindung der begrenzten physischen Leistungsfähigkeit des Menschen durch die Entwicklung der Arbeitsmaschine in der industriellen Revolution), die sich bei der Verwissenschaftlichung und organisatorisch-technischen Durchrationalisierung des Produktivkraftsystems aus den Grenzen menschlicher Fähigkeiten zur Aufnahme, Speicherung und Umsetzung von Informationen nach Menge, Reaktionsgeschwindigkeit und Präzision (an die die Verwendung mechanischer Arbeitsmittel weitgehend gebunden bleibt) ergeben.

Die Anwendung solcher Informationstechnologien[11] in der Bundesrepublik vollzog sich seit Ende der fünfziger Jahre zuerst und in engen Grenzen als Einführung relativ starrer, unflexibler Prozeßsteuerungsanlagen in einigen Sektoren der Grundstoffindustrie und des verarbeitenden Gewerbes mit vollkontinuierlichen Produktionsprozessen, dann als Einführung zentraler EDV-Anlagen (Großrechner) zur Verarbeitung von Massendaten in nichtproduzierenden Bereichen (Dienstleistungssektor, Verwaltungen) und als Entwicklung der numerischen Steuerung von Werk-

11 Vgl. ebd. sowie U. Briefs, Arbeiten ohne Sinn und Perspektive? Gewerkschaften und „Neue Technologien", Köln 1980, S. 24ff.; J. Friedrich, F. Wicke, W. Wicke, Computereinsatz: Auswirkungen auf die Arbeit, Reinbek 1982 (= L. Zimmermann, Hrsg., Humane Arbeit. Leitfaden für Arbeitnehmer, Bd. 3); E. Rechtziegler u. a. (IPW), Mikroelektronik im Dienst des Imperialismus, Berlin/DDR 1982, auf der Grundlage einer Reihe von Beiträgen in: IPW-Berichte, H. 9/1980ff.

zeugmaschinen in den sechziger Jahren. Mit der Entwicklung informationsverarbeitender Technologien auf mikroelektronischer Basis zum Ende der sechziger Jahre und deren rapider Miniaturisierung, Leistungssteigerung und Verbilligung hat sich seit Mitte der siebziger Jahre das Anwendungsfeld der Informationstechnologien sprunghaft ausgeweitet.

Bei der Vielzahl der technischen Entwicklungslinien sind zwei Aspekte besonders zu betonen. Miniaturisierung der neuen Technik geht mit *wachsender Flexibilität* Hand in Hand, was die Möglichkeit zu ihrer Integration in die verschiedensten Klassen von Arbeitsmitteln und Tätigkeitsbereiche und zu einer „dezentralen", „arbeitsplatznahen" Anwendung schafft. Damit korrespondiert der in gewissem Sinne umgekehrte *Prozeß der Integration* der verschiedenen technischen Systeme, Ebenen und Anwendungsfelder von Informationstechnologien; er kann sich sowohl auf der Ebene des Betriebes oder einzelner seiner Abteilungen vollziehen, wie auch – zwischenbetrieblich, raumübergreifend und Institutionen verschiedener gesellschaftlicher Sphären (Betriebe, staatliche Institutionen, „Privatpersonen") verknüpfend – netzwerkartig zur Herausbildung einer entsprechenden „informationstechnologischen Infrastruktur"[12] führen.

Die Einführung informationstechnologischer Arbeits- und Automationsmittel stellt logisch im Sinne der Übertragung einer zweiten zentralen Arbeitsfunktion des Menschen auf technische Mittel den Schlüsselvorgang der wissenschaftlich-technischen Revolution dar, und sie beginnt, neben anderen „traditionellen" Formen der Rationalisierung und Einführung neuer Technologien, auch quantitativ in wachsendem Maße die Umstrukturierung der Arbeitsprozesse zu bestimmen.

Nur ein begrenzter Teil der im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß zu vollziehenden Arbeitsoperationen beinhaltet unmittelbar die Be- und Verarbeitung materieller Rohstoffe und Halbfabrikate. Demgegenüber sind im Prinzip alle Arbeitsoperationen mit der Verarbeitung von Informationen verbunden; das Feld der durch die Einführung von Informationstechnologien zu verändernden Tätigkeiten ist damit sehr viel weiter gesteckt und umfaßt sowohl die produzierenden wie die nichtproduzierenden Wirtschaftsbereiche. Die „Integrationskraft" der neuen Informationstechnologien beruht auf diesem Sachverhalt: Durch mikroelektronische Miniaturisierung flexibler geworden, können sie die verschiedensten Tätigkeitsbereiche entlang der sie objektiv verbindenden Informationsstrukturen und -flüsse miteinander verknüpfen. Ihr arbeitssparender und produktivitätssteigernder Charakter schlägt um so mehr zu Buche, je stärker diese Verknüpfung der informationellen und formalisierbaren Beziehungen zueinandergehöriger, bisher jedoch voneinander getrennter Prozesse gelingt.

Wir geben jetzt zum besseren Verständnis einen knappen Überblick über Formen ihrer Anwendung in einigen Bereichen der materiellen Produktion, im Büro- und Verwaltungsbereich und in der überbetrieblichen Kommunikation, also in wichtigen Sektoren der Arbeiterklasse. Dies geschieht in eher systematischer Form und bezieht sich sowohl auf bereits angewandte wie gegenwärtig technisch in der Erprobung bzw. vor der Einführung stehende Systeme. In der betrieblichen Praxis erfolgt die Einführung der neuen Technologien jedoch keineswegs in dieser systematischen

12 Vgl. Briefs, a.a.O., S. 54ff.

Form, sondern eher punktuell, in unübersichtlicher und oft zuerst kaum zu erkennender Form. Dies ist auch ein zentrales Problem der gewerkschaftlichen Gegenwehr, da sich die Dimensionen der Veränderung von Arbeitstätigkeiten, Arbeitsbedingungen und Beschäftigungssituation erst richtig beim Zusammenwachsen der einzelnen Einsatzformen der neuen Technologien zeigen. Gerade darum ist die Kenntnis ihrer Vernetzungsmöglichkeiten und -perspektiven von so großer Bedeutung.

Auf der *Ebene der unmittelbar mit der Produktion verbundenen Bereiche der kapitalistischen Fabrik* zeigt sich die Integrationstendenz in dem Bestreben, die Bereiche „Entwicklung/Konstruktion", „Arbeitsvorbereitung", „unmittelbare Produktion" und „Produktionsüberwachung" informationstechnologisch zu durchdringen und zu einem einheitlichen Mechanismus zusammenzuschließen, dessen Struktur-Gerippe in einem durchgehenden System miteinander verketteter automatischer Maschinerie bestehen soll.[13] Dieser Prozeß vollzieht sich gegenwärtig in Teilschritten: In verschiedenen Abschnitten des Produktionsprozesses bilden sich Einzel-Elemente der zukünftigen Struktur heraus, die oft untereinander noch unverbunden bleiben. Die technischen Möglichkeiten für die einzelnen Automationsschritte sind erst in unterschiedlichem Maße gegeben, und neben technischen bestimmen insbesondere ökonomische Faktoren darüber, ob und wie rasch der projektierte Gesamtmechanismus Gestalt annehmen wird. (Dies gilt im übrigen, ohne daß es besonders betont werden müßte, für den Gesamtprozeß der gegenwärtigen Umwälzung im Produktivkraftsystem.) Über die Verbreitung solcher Einzelelemente in Betrieben der Metallindustrie informiert Tabelle 2.

In dem der unmittelbaren Produktion vorgelagerten Bereich *„Entwicklung/Konstruktion"* ist die arbeitsorganisatorische Aufgliederung in Einzeltätigkeiten (wie: Herstellung von technischen Zeichnungen, Konstruktionsberechnungen und Stücklisten) in den technisch entwickelten Betrieben soweit vorangeschritten und durch „traditionelle" technische Hilfsmittel gestützt, daß sich durch CAD-Systeme (computergestütztes Konstruieren) die eindeutig formalisierbaren Konstruktionsprozesse auf Computerprogramme übertragen lassen.[14]

Die *„Arbeitsvorbereitung"* umfaßt Produktionsplanung und -steuerung. Die von der vorgelagerten „Entwicklung/Konstruktion" erstellten technischen Zeichnungen und Stücklisten dienen hier als Grundlage für die Auswahl und Festlegung von Arbeitsverfahren, Werkzeugen, neuzukonstruierenden Betriebsmitteln, Arbeitsvorgängen, Vorgabezeiten, Lohngruppen usf. sowie, im Rahmen der Produktionssteuerung, der Festlegung der herzustellenden Stückzahlen, der Materialdisposition und Auftragsterminierung. Es handelt sich also um einen Bereich, der mit umfangreichen und sich zudem rasch ändernden Informationsunterlagen zu tun hat (Arbeitspläne, Materialscheine, Lohnscheine, Stücklisten etc.), die bereits heute in Großbetrieben zu einem beachtlichen Teil mit Hilfe von EDV erstellt und verwaltet werden; auch computergestützte Arbeitsplanerstellung wird punktuell schon eingesetzt. Da „Ent-

13 Vgl. insbesondere J. Friedrich, F. Wicke, W. Wicke, a.a.O.

14 E.-F. Kaebelmann, Aufbau und Anwendung von CAD-Arbeitsplätzen in der Konstruktion, in: Zeitschr. f. wiss. Fertigung, H. 4/1979, S. 187ff.; G. Zimmer, Automatisierung der Konstruktionsarbeit, in: J. Hund (Hrsg.), Unterm Rad des Fortschritts?, Köln 1981, S. 105ff.

wicklung/Konstruktion" und „Arbeitsvorbereitung" durch Informationsflüsse miteinander verbunden sind, besteht die Möglichkeit, entsprechende EDV-gespeicherte Informationen mit Hilfe besonderer Programme direkt zu Arbeitsplänen zu verarbeiten – eine bereits heute realisierte Möglichkeit.[15] Jedoch steht der Integration von Systemen des CAD und des CAP (computergestützte Produktionsplanung) bisher technisch entgegen, daß die „Dezentralisierung der Datenverarbeitung... zunächst zu einer Vielzahl arbeitsplatzspezifischer Programmentwicklungen geführt und dadurch den notwendigen Informationsfluß zwischen den Funktionsbereichen und den logischen Zusammenhang zwischen den einzelnen Arbeitsschritten außer acht gelassen" hat.[16] Dieses Hemmnis gilt auch für andere Integrationsprozesse.

Die Anwendung programmgesteuerter Arbeitsmittel in der *unmittelbaren Produktion* in Form von numerisch gesteuerten Werkzeugmaschinen (Schwerpunkt Maschinenbau), von Industrierobotern (Schwerpunkt Automobilindustrie), generell von Handhabungsgeräten und deren Kopplung mit anderen automatischen Anlagen zur Bearbeitung, zum Transport und zur Montage von Werkstücken in Bearbeitungszentren bzw. flexiblen Fertigungssystemen oder von automatisierten Produktionsanlagen bei der Herstellung, Montage und Prüfung elektronischer Bauelemente (Elektroindustrie) hat sich – gemessen am Stand von Mitte der siebziger Jahre – relativ rasch verbreitet (vgl. Tabelle 2).[17]

Demgegenüber reicht der Einsatz von Prozeßrechnern zur Überwachung, Steuerung und Optimierung vollkontinuierlicher Produktionsprozesse der *Verfahrenstechnik* zeitlich sehr viel weiter zurück; er stieß jedoch immer wieder an die Grenzen der relativen Starrheit, großen Aufwendigkeit und eines hohen Ausfallrisikos zentraler Prozeßrechner. Mit der Entwicklung von Datenverarbeitung auf mikroelektronischer Basis und ihrer größeren Flexibilität ergeben sich hier zahlreiche neue Anwendungsfelder.

Der Bereich der *Fertigungstechnik mit Stückgutbearbeitung* war in der Vergangenheit für Automationstechnik viel schwieriger zu erschließen.[18] Er ist heute entweder ein Sektor „klassischer" Maschinenarbeit mit hohem Qualifikationsniveau und starken Anforderungen an die Flexibilität des Produktionsprozesses bei Einzel- und Kleinserienfertigung wie im Maschinenbau; oder ein Bereich der Serien- und Massenfertigung, der das Fließprinzip einschließt und durch einen hohen Anteil relativ gering qualifizierter Arbeitskräfte charakterisiert ist wie z. B. die Montage in der Automobil- und Elektroindustrie. Die Mikroelektronik gibt die Möglichkeit, die Fertigungstechnik mit ihren großen technisch-organisatorischen Niveauunterschieden insgesamt, sowohl im Bereich klassischer Maschinenarbeit wie in der Montage, für Automation zu öffnen.

15 SOFI Göttingen, Zum Einsatz rechnergestützter Systeme der Fertigungssteuerung – Ihre Auswirkung auf die Betriebsstruktur und die Situation der Beschäftigten, in: SOFI-Mitteilungen 5/1981, S. 15ff.

16 J. Friedrich, F. Wicke, W. Wicke, a.a.O., S. 99.

17 Vgl. neben der zit. Lit.: WSI-Mitteilungen, H. 2/1983, verschiedene Beiträge.

18 Vgl. die Fallstudien bei: K. Benz-Overhage, E. Brumlop, Th. von Freyberg, Z. Papadimitriou, Neue Technologien und alternative Arbeitsgestaltung. Auswirkungen des Computereinsatzes in der industriellen Produktion, Frankfurt/New York 1982; R. Bispinck, Montagetätigkeit im Wandel, in: WSI-Mitteilungen, H. 2/1983, S. 88ff.

Die Ansätze zur informationstechnologischen Durchdringung und Verknüpfung unterschiedlicher Abteilungen des Produktionsbetriebes haben Systeme der bereichsübergreifenden Informationserfassung hervorgebracht, die zur Registrierung und Überwachung der verschiedenen Stadien von Produktionsabläufen dienen. Solche *Betriebsdatenerfassungssysteme* sind zugleich in starkem Maße Instrumente der Kontrolle der Beschäftigten und der Leistungsverdichtung; sie können mit entsprechenden Informationssystemen verbunden werden, dienen also keineswegs nur der Erfassung technischer u. ä. Daten. Indem sie den Produktionsablauf transparenter machen und der Betriebsleitung rasche Entscheidungshilfen geben, sind sie auch Instrumente zur Vorbereitung weitergehender Rationalisierungsschritte.[19]

Die *Büro- und Verwaltungsarbeit* umfaßt in erster Linie Tätigkeiten, die mit der Verarbeitung von Daten und Informationen verbunden sind. Die stoffliche Umwandlung von Arbeitsmaterialien (die in der materiellen Produktion im Mittelpunkt steht) findet hier nur als Veränderung von Daten- und Informationsträgern statt; Ziffern und Buchstaben auf dem Papier sind die materielle Vergegenständlichung von Daten und Informationen, ohne die keine größeren arbeitsteiligen Prozesse der Informationsverarbeitung vollzogen werden können. Dem dienen auch materielle Mittel der Daten- und Informationsübertragung.

Aus dieser Besonderheit folgte, daß im Bürosektor neben den bedeutenden arbeitsorganisatorischen Rationalisierungsmaßnahmen zuerst nur diese „stoffverändernde" Seite durch Einführung von Bürogeräten zum Schreiben, Vervielfältigen, Datenbuchen etc. mechanisiert werden konnte. Auch elementare logische Funktionen der Datenverarbeitung wurden, soweit sie rationell durch mechanische Prinzipien zu bewältigen waren, auf technische Arbeitsmittel übertragen. Die mechanische Rechenmaschine ist hier der Paradefall. Der Kern der in Büro und Verwaltung verrichteten Tätigkeiten wurde jedoch dadurch lange Zeit kaum berührt; die Bindung des Arbeitsablaufs an die individuellen psycho-physischen Fähigkeiten, Qualifikationen und Dispositionen der Beschäftigten blieb insofern sehr viel enger als im Bereich der materiellen Produktion. Möglichkeiten zur Produktivitätssteigerung und Erhöhung der Arbeitsintensität begrenzten sich im wesentlichen auf arbeitsorganisatorische Rationalisierung, umfaßten nicht die weitergehende Übertragung von Arbeitsfunktionen auf technische Mittel.

Seit den sechziger Jahren hat sich dies gründlich gewandelt.[20] EDV konnte dort rationell angesetzt werden, wo es um die Erfassung von Massendaten und standardisierten Informationen geht und wo formalisierbare und relativ einfache logische Verknüpfungen dieser Daten in großer Zahl vorgenommen werden müssen. Die Fortsetzung der technischen Rationalisierung, die an der materiell-stofflichen Seite der Daten- und Informationsträger ansetzte (Speicherung), wurde insofern von Anfang an mit der programmgesteuerten Verarbeitung der Daten verknüpft; elementare geistige Arbeitsfunktionen wurden damit technischen Mitteln übertragen. Dies gelang dort zuerst, wo die arbeitsorganisatorische Rationalisierung bis zur Isolierung

19 J. Hofmann, Personalinformationssysteme, Frankfurt/M. 1982, nachrichten-reihe H. 21.

20 Vgl. A. Glaesmer, Th. Steinberg, Angestelltenrationalisierung und Gegenwehr, Frankfurt/M. 1979; G. Trautwein-Kalms, Rationalisierung in Büro und Verwaltung, in: WSI-Mitteilungen, H. 2/1983, S. 119ff.; U. Briefs, a.a.O.

von Tätigkeiten vorangetrieben worden war, die sich allein auf die Erfassung und einfachste Verarbeitung von Massendaten bezogen (Rechnungswesen, Personalverwaltung usf.). Die Miniaturisierung und Leistungssteigerung der Informationstechnologien führte später zur Entwicklung von „arbeitsplatznahen" programmgesteuerten Arbeitsmitteln (Bürocomputer; „Personalcomputer" mit begrenzten Kapazitäten), insbesondere von Terminals, die als Ein- und Ausgabegeräte den Arbeitsplatz mit zentralen Computern unterschiedlicher Hierarchien verbinden und die informationellen Arbeitsfunktionen am Bildschirm abwickeln lassen.

Die Gerätetechnik (Hardware) ist Voraussetzung für die Übertragung informationsverarbeitender Prozesse auf die vom Computer abzuarbeitenden Programme (Software). Die Entwicklung und Gestaltung der Programme bilden dabei jedoch den eigentlichen materialisierbaren Kern der Übertragung menschlicher Arbeitsfunktionen auf Technik. Die Programme bestimmen den Lauf der Geräte, und ihre Gestaltung entscheidet darüber, was, wie und oft auch, in welchem Rhythmus gearbeitet wird. Die Arbeit an Terminal und Bildschirm als einer entscheidenden „Mensch-Maschine-Schnittstelle" wird zu einem wesentlichen Element der Bindung der Angestellten an die Technik, der Vorgabe von Arbeitstempo und -methode, der Kontrolle und der Einschränkung von Handlungsmöglichkeiten.

Datenerfassung, Textverarbeitung und Sachbearbeitung sind Hauptfelder der Tätigkeit von Bürobeschäftigten mit einfachen und mittleren Qualifikationen, die zur Arbeiterklasse gehören. Dies sind auch die wichtigsten Einsatzbereiche der neuen Informationstechnologien im Büro. Neben der weiteren Einführung von EDV liegt gegenwärtig das Hauptgewicht auf der Rationalisierung der Textverarbeitung, wobei Speicherschreibmaschinen, Bildschirm-Textsysteme und die bisher noch wenig verbreitete computergestützte Textverarbeitung Ausgangspunkte sind.

Die mit der Einführung elektronischer Informationstechnologien verbundenen Integrationstendenzen zeigen sich gegenwärtig bei der *Verbindung der betrieblichen Daten- und Textverarbeitung mit einem System externer Kommunikationsdienste.*[21] Die Absicht der Post, solche Dienste wie das Fernkopieren, die codierte Textübertragung und Bildschirmtext über ein einheitliches, digitales Fernmeldetransportsystem abzuwickeln (Breitbandkabel auf Glasfaserbasis), soll Datenübertragungszeiten radikal verkürzen und ein gewaltiges zusätzliches Rationalisierungspotential schaffen. Schon auf der Grundlage der heute gegebenen Kupfer-Verkabelung (Telefonnetz) ist bei Digitalisierung der Dienste und Verfügbarkeit entsprechender Terminal-Einrichtungen (Fernsehbildschirm, Verbindungseinrichtungen) an fast jedem Ort der Zugriff auf faktisch unbegrenzte Datenmengen möglich. Fortfall von Korrespondenz sowie neue Formen der Teilzeitarbeit und der Heimarbeit werden damit anvisiert.

Ähnliche wie die hier geschilderten Prozesse gelten für viele andere Bereiche, insbesondere den Dienstleistungs- und Handelssektor. Die neuen Informationstechnologien auf mikroelektronischer Basis sind Schlüsseltechnologien der Produktivkraftumgestaltung, die sowohl als Datenverarbeitungs- und Kommunikationsmittel wie als Steuerungseinheiten in Stoffumwandlungs-, Verarbeitungs- und Fließprozes-

21 Vgl. ifo-schnelldienst, H. 19/1982, S. 6ff., sowie die Stellungnahmen von DGB-Einzelgewerkschaften in: Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 6/1983, S. 370ff.

sen eingesetzt werden und als solche miteinander verknüpft werden können. Sie erweitern das Anwendungsfeld der Computertechnologien ungemein und verschaffen ihnen erst die Möglichkeit, alle anderen Technologien zu durchdringen, wo es um logische Operationen geht.

III. Neue Technologien im Produktivkraftsystem der Bundesrepublik zu Beginn der 80er Jahre

Die siebziger Jahre waren eine Periode der raschen Einführung neuer Technologien. Für ihre Verbreitung sollen einige Daten angeführt werden. Die Zahl der großen *Prozeßrechner* für die Steuerung industrieller Prozesse erhöhte sich zwischen 1970 und 1978 in der BRD von 400 auf 18 446; bei großen *Universalcomputern* stieg sie in der gleichen Zeit von 6350 auf 18 385. Allein zwischen 1978 und 1982 hat sich der *Gesamtbestand an Computern* (Prozeßrechner, Universalcomputer und Kleincomputer) von rund 185 Tausend auf über 356 Tausend fast verdoppelt.[22] Die Verbreitung der *Bildschirmgeräte* ist von rund 40 000 Mitte der siebziger Jahre auf etwa 200 000 1980 gestiegen.[23] Die Anzahl der Textverarbeitungssysteme (elektronische Schreibmaschinen, Speicherschreibmaschinen mit externem Speicher, Systeme mit Bildschirm, Drucker, externem Speicher) hat sich von 1978 bis 1982 von 26 000 auf 78 000 verdreifacht.[24]

Für den Bereich der materiellen Produktion folgende Angaben: 1982 waren in der BRD rund 35 000 *numerisch gesteuerte Werkzeugmaschinen*[25] installiert (2,7 Prozent des gesamten Werkzeugmaschinenbestandes gegenüber 1980 25 000 oder 2,2 Prozent. Als Sättigungsgrenze gelten 15 Prozent). 1980 verfügten von den eingesetzten Maschinen rund die Hälfte über CNC-Steuerung (Computersteuerung), von den im gleichen Jahr produzierten Maschinen dagegen bereits 90 Prozent. Die Hälfte der 1980 installierten Maschinen waren Drehmaschinen, 60 Prozent wurden für Losgrößen unter 50 Stück eingesetzt, also in der Kleinserienfertigung. *Industrieroboter:*[26] Der Bestand erhöhte sich von 1977 = rund 500 auf 3600 1982. Davon entfielen etwa 2500 auf die Werkzeughandhabung (darunter Beschichten: 397; Punktschweißen: 1331; Bahnschweißen: 585; Montage: 122), etwa 1000 Industrieroboter dienten der Werkstück-Handhabung.

Wenn man in Rechnung stellt, daß andere produktionsnahe Automatisierungssysteme wie Einrichtungen des CAD oder flexible Fertigungssysteme gegenwärtig erst in sehr begrenztem Maße installiert sind, so zeigt die Übersicht, daß elektronische, programmgesteuerte Arbeits- und Produktionsmittel heute in erster Linie im Bereich der unmittelbaren Informationsverarbeitung zu finden sind. Der Grund ist darin zu sehen, daß elektronische Geräte zur Steuerung von Produktionsprozessen schwerer anzuwenden sind als bei ihrem Einsatz als reines Informationsverarbei-

22 Lt. Diebold-Statistik, lfd.
23 J. Friedrich, F. Wicke, W. Wicke, a.a.O., S. 246.
24 ifo-schnelldienst 1–2/1983, S. 22; VDI-Nachrichten 13/1983.
25 Daten für 1982: Mitteilung der VDMA; für 1980: J. Friedrich, F. Wicke, W. Wicke, a.a.O., S. 120f.; der gewerkschafter, H. 5/1982.
26 VDI-Nachrichten 5/1983 und 11/1983.

tungssystem. Im ersten Fall benötigen sie eine komplizierte Sensortechnik zur Informationsaufnahme aus der Umgebung. Zusammen mit den oft als „software-Krise" bezeichneten Hemmnissen in der Programmgestaltung dürfte hier das größte technische Problem bei der Entwicklung von Automationsmitteln liegen.

Probleme ergeben sich aber nicht nur aus dem unterschiedlichen Entwicklungsstand von Gerätetechnik, Sensortechnik und Programmen, sondern auch aus dem Niveau-Unterschied zwischen Automationsmitteln und ihrer technischen und arbeitsorganisatorischen Umgebung. Dies zeigt sich beispielhaft beim Einsatz von Industrierobotern. Deren Anwendungsmöglichkeiten sind, wie Fachleute feststellen, heute „noch immer sehr eingeschränkt. (. . .) Bei der Lösung von Automatisierungsproblemen im Handhabungsbereich macht der Industrieroboter vielleicht 50 Prozent der Lösung aus. Ein ebenso großer Anteil entfällt auf die Peripherie, also die Umgestaltung des Arbeitsablaufs. Erst wenn diese Abläufe entsprechend automatisiert sind, lassen sich . . . etwa 30 Prozent der Arbeitsplätze im Produktionsprozeß der Metallverarbeitung durch Roboter bedienen."[27]

Diese wenigen Angaben demonstrieren neben den Problemen und Grenzen der Einführung neuer Technologien auch deren Dynamik. Sie lassen die Entwicklungsrichtung erkennen. Darüber hinaus zeigt sich, daß auch dort, wo die einzelnen Automationselemente erst in relativ geringer Zahl verbreitet sind, bereits eine große Zahl von Betrieben und Belegschaften betroffen ist. Es ist wichtig, dies festzuhalten, weil sich die Auswirkungen neuer Technologien keineswegs nur auf die unmittelbar mit ihnen arbeitenden Beschäftigten beziehen, sondern ganze Abteilungen und Belegschaften betreffen können, wie dies z. B. für die Einführung von Betriebsdatenerfassungssystemen gilt. Schließlich ist daran zu erinnern, daß die Einführung

27 wirtschaftswoche H. 15/1983, S. 80. Welche Potenzen jedoch auch beim heutigen Niveau der Automatisierungstechnik durch Anpassung von neuer Technik, Produkt und Produktionsumgebung (mit großen Kapitalinvestitionen) freigesetzt werden können, zeigt der einjährige Betrieb einer der derzeit modernsten Automobilfabriken der Bundesrepublik, des Ingolstädter Werks für Rohbau und Montage der Karosserie des Audi. Die Einrichtung neuer Produktionsanlagen wurde mit einer Neukonstruktion der Karosserieteile verbunden, die ihre automatische Handhabung und Fügung erlaubt. Abgeändert wurde auch die Aufbaufolge der Karosserie. Im Rohbau werden sämtliche Schweißarbeiten mit vollmechanisierten Schweißanlagen und insgesamt 260 frei programmierbaren Schweißrobotern erledigt. Die Teilezuführung erfolgt vollautomatisch, bei Störungen kann der Ersatz von Robotern über die Rechnersteuerung der Anlage koordiniert werden. Für die Präzisionskontrolle werden Meßmaschinen mit automatischer Ergebnisauswertung verwandt. „Handarbeit, die im alten Rohbau dominierte, ist nun fast ausgestorben. Sie ist nur noch für das Einlegen und an wenigen anderen Stellen erforderlich, wo Automatisierung keinen betriebswirtschaftlichen Vorteil bringt. So sank der Personaleinsatz auf etwa ein Siebtel des früheren Bedarfs." Zu den Rationalisierungsvorteilen, die sich bei der völligen Neustrukturierung dieses Fertigungsabschnittes ergaben, zählen die Einsparung von Löhnen durch Reduzierung der Beschäftigten, Qualitätssteigerung durch höhere Meßgenauigkeiten, eine höhere Prozeßsicherheit, die es erlaubte, die Zahl der Schweißpunkte gegenüber dem Vorgängermodell um rund 30 Prozent zu senken, und eine drastisch gestiegene Nutzungsdauer der Gesamtanlage. Die flexible, nicht typengebundene Ausstattung der Fertigungsstraße soll künftig Modellwechsel ohne Verschrottung der meisten Komponenten bei Umprogrammierung und Neupositionierung der Roboter gestatten. Die anschließende Montage des Wagens ist demgegenüber weiterhin der personalintensivste Fertigungsabschnitt (nach VDI-Nachrichten 31/1983). Daß auch der Bereich manueller Montage in hohem Grad durch Einsatz von Regeltechnik und Industrierobotern automatisiert werden kann, zeigt die 1983 in Betrieb genommene Anlage zur Endmontage des „Golf" in Wolfsburg. (Vgl. VDI-Nachrichten 34/1983).

einzelner Automationselemente i. d. R. weitere Rationalisierungsschritte nach sich zieht und erfordert, um Produktivitätszuwachs und Kostenvorteile, die sich aus ihrer Vernetzung ergeben, voll ausschöpfen zu können.

Tabelle 2: Neue Technologien in der Metallindustrie der BRD nach Betriebsgrößenklassen 1982/83 (in Prozent der erfaßten Betriebe)

Technologie	Gesamtdurchschnitt	Beschäftigtenzahl			
		–499	500–999	1000–1999	2000 u. m.
1. Fertigungstechnologien: NC/CNC-Maschinen	64	49	68	78	88
Bearbeitungszentren/flexible Fertigungszentren	26	13	25	41	48
Industrieroboter	12	4	9	19	32
Automatische Montagesysteme	12	5	12	20	23
EDV-Meß- und Prüfsysteme	36	16	32	56	76
EDV-Fertigungssteuerung	36	21	35	49	68
EDV-Betriebsdatenerfassung (BDE)	74	67	78	79	81
Automatische Hochregallager	12	1	9	19	40
2. Technologien im Büro- und Verwaltungsbereich: EDV-unterstützte Sachbearbeitung	64	50	65	74	88
EDV-Textverarbeitung	42	29	39	52	72
Bildschirmstationen	81	65	88	96	96
Computerunterstütztes Konstruieren (CAD)	17	7	9	24	53
Personalinformationssysteme	28	16	23	43	55
3. Zahl der erfaßten Betriebe	983	418	244	176	139

Quelle: Zusammengestellt nach: IG Metall, Erhebung zu den negativen Folgen von Rationalisierung und technischem Wandel (Kurzfassung), Frankfurt/M. 1983, S. 3 f.

Zur Verbreitung neuer Technologien in Betrieben der Metallindustrie der Bundesrepublik und den sozialen Folgen ihrer Einführung liegen erste Ergebnisse einer Studie der IG Metall vor, die hier wiedergegeben werden sollen.[28] Bei der Studie handelt es sich um eine bundesweite Betriebsrätebefragung in über 1000 Betrieben

28 IG Metall, Erhebung zu den negativen Folgen von Rationalisierung und technischem Wandel, Frankfurt/M. 1983 (Kurzfassung).

der Metallwirtschaft zu technischen und arbeitsorganisatorischen Rationalisierungsmaßnahmen. Die Untersuchung, die vom Sommer 1982 bis zum Frühjahr 1983 durchgeführt wurde, erfaßte 15 Prozent aller Metallbetriebe und 30 Prozent der Beschäftigten der Metallindustrie; ihre Ergebnisse gelten als repräsentativ für Metallbetriebe mit über 100 Beschäftigten.

Tabelle 2 zeigt, daß Automations- und programmgesteuerte Arbeitsmittel auf Basis von informationsverarbeitenden Technologien sowohl den Fertigungs- wie den Büro- und Verwaltungsbereich der untersuchten Betriebe voll erfaßt haben. Es handelt sich hierbei *um eine reale und sich allmählich durchsetzende Tendenz* in der Umgestaltung des Produktivkraftsystems der Bundesrepublik. Die Studie bestätigt auch, was zur *Dynamik* der Verbreitung neuer Technologien gesagt wurde. Auf die Metallwirtschaft hochgerechnet, ergibt sie z. B. für numerisch gesteuerte Werkzeugmaschinen einen derzeitigen Bestand (1983) von rund 30 000 Maschinen, bei Industrierobotern von 4600 Stück, bei Bildschirmen von über 100 000. Verglichen mit den oben genannten Angaben zeugt dies von Beibehaltung und z. T. Erhöhung ihrer Einführungsgeschwindigkeit. Die Tabelle zeigt, daß eine Reihe von Systemen (Betriebsdatenerfassung, numerisch gesteuerte Maschinen, Bildschirmarbeitsplätze, EDV-gestützte Sachbearbeitung) über alle Betriebsgrößenklassen hinweg bereits große Verbreitung gefunden hat. Bei ihnen handelt es sich oft um einfache und inzwischen auch kostengünstiger einzuführende Systeme. Die weitere Verbilligung und Leistungssteigerung neuer Technologien dürfte ihre Verbreitung in Klein- und Mittelbetrieben fördern. Damit würde auch dort die im großbetrieblichen Sektor deutliche Tendenz zur Technologievernetzung zum Zuge kommen.

Die Einführung neuer Technologien bedeutet Ersetzung lebendiger durch vergegenständlichte Arbeit. Sie drückt sich zuerst im Rückgang bestimmter, mit traditionellen Produktionsmitteln verbundener Beschäftigtenkategorien aus; andere Beschäftigtenkategorien, die mit den neuen Technologien arbeiten oder sie entwikkeln, nehmen demgegenüber an Bedeutung zu.[29] Soweit es sich um höherqualifizierte Spezialisten und Gruppen der lohnabhängigen Intelligenz handelt, können veränderte Anforderungen der materiellen Produktivkräfte an den gesellschaftlichen Arbeitskörper auch zu sozialstrukturellen Veränderungen führen; die für die siebziger Jahre konstatierbare Tendenz zu einem (zeitweilig) rascheren Wachstum von Mittelschichtgruppen hat in solchen Umbrüchen im Produktivkraftsystem eine ihrer Wurzeln.[30] Der Wandel der Berufsstruktur sagt jedoch noch wenig aus über die mit der Einführung neuer Technologien verbundenen Veränderungen, denn die Berufe selbst, die Tätigkeiten und abgeforderten Qualifikationen ändern sich sehr viel rascher. Wir greifen daher noch einmal auf die Statistik der Arbeitsmittel zurück.

29 Entwicklung der Erwerbstätigkeit in einigen Berufsgruppen, Angaben für 1970/1980, in Tausend: Drucker 189/159, Dreher 198/150; Buchhalter 356/261, Stenographen, Stenotypisten, Maschinenschreiber 413/358, Technische Zeichner 118/109; Datenverarbeitungs-Büroberufe 99/160, Techniker 541/768, Ingenieure 426/469. Zum Vergleich: Studenten mathematischer, naturwissenschaftlicher und ingenieurwissenschaftlicher Fachrichtung 1973 265 Tausend, 1980 347 Tausend. Zusammengestellt nach: Wirtschaft und Statistik H. 7/1981, S. 442*; L. Troll, Arbeitsplatz Büro, MittAB 4/1982, S. 485; Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Grund- und Strukturdaten 1977, S. 81; ebd., 1981/82, S. 116f.

30 Vgl. H. Jung, a.a.O.

Tabelle 3: Beschäftigte an „programmgesteuerten Arbeitsmitteln" 1979 (in Tausend und Prozent)

Arbeitsmittel	Arbeitsmittel wird überhaupt verwendet		Arbeitsmittel wird hauptsächlich verwendet		darunter					
					Arbeiter		Angestellte		Beamte	
	absolut	%[1]	absolut	%[3]	absolut	%[4]	absolut	%[4]	absolut	%[4]
Programm-, computergesteuerte Maschinen/Anlagen Programmgesteuerte Maschine/ Automat, Fertigungsanlage (z. B. Transferstraße, Walzstraße, Webanlage)	648	2,9	266	20,9	155	58,0	84	31,5	8	3,1
Verfahrenstechnische Großanlagen Energieerzeugung/-Umwandlung (z. B. Turbinen, Stromverteilungsanlagen usw., Chemieanlage), Verfahrenstechnische Anlage (z. B. Extraktionsanlage, Crackanlage, Zentrifuge, Elektrolyse usw.)	393	1,8	164	12,9	87	53,6	70	42,7	/	/
Computergesteuerte medizinisch-technische Anlagen Medizinisch-technische Anlage (z. B. computergesteuertes Narkosegerät, computergesteuertes Infusionsgerät usw.)	214	1,0	64	5,0	/	/	49	77,2	/	/
Computer, EDV-Anlage, Terminal, Bildschirm	1 006	4,6	366	28,8	30	8,2	305	83,2	24	6,6
„Moderne Büromittel" Schreibautomaten, Textverarbeitungsgerät, Composer – elektronische Registrierkasse – automatische Kartei, Registraturgerät – Kopiergerät, Mikrofilmgerät	3 487	15,8	414	32,5	63	15,4	271	65,4	8	1,9
Alle „programmgesteuerten Arbeitsmittel"	4 721[2]	21,4	1 274	100,0	340	26,7	779	61,1	53	4,1

1 Bezogen auf alle bundesdeutschen Erwerbstätigen 1979.
2 Durch Mehrfachnennung ist die Summe der Einzelangaben größer, was zeigt, in welchem Umfang entsprechende Arbeitsmittel nebeneinander verwendet werden.
3 Bezogen auf alle Erwerbstätigen, die hauptsächlich mit „programmgesteuerten Arbeitsmitteln" arbeiten.
4 Bezogen auf alle Erwerbstätigen, die mit dem entsprechenden Arbeitsmittel arbeiten.

Quelle: Zusammengestellt nach: Fr. Stooß/L. Troll, Die Verbreitung „programmgesteuerter Arbeitsmittel", in: MittAB, 2/1982, S. 171.

Tabelle 3 kann entnommen werden, daß heute jeder fünfte Erwerbstätige (rund 4,7 Millionen Personen) mit „programmgesteuerten Arbeitsmitteln" entweder als dem von ihm hauptsächlich verwendeten oder als einem Arbeitsmittel unter anderen arbeitet. Weitaus mehr Arbeiter und Angestellte kommen also in ihrer Arbeit aktiv mit neuen Technologien in Berührung als jene knapp 6 Prozent der Erwerbstätigen (1,3 Millionen Personen), deren Arbeit sie unmittelbar prägen.[31] Die weiteste Verbreitung haben „moderne Büromittel" und Computer/EDV-Anlagen, Terminals und Bildschirme gefunden, an denen hauptsächlich Angestellte arbeiten, also überwiegend kleinere und weniger aufwendige Geräte zur Büro- und Verwaltungsrationalisierung. An computergesteuerten Maschinen und verfahrenstechnischen Großanlagen arbeiten rund 430 000 Beschäftigte unmittelbar, davon waren mehr als die Hälfte Arbeiter.

Bezogen auf die jeweilige soziale Gruppe waren programmgesteuerte Arbeitsmittel am weitesten bei gehobenen Angestellten verbreitet (10 Prozent arbeiteten hauptsächlich mit einem solchen Gerät), gefolgt von der absolut sehr viel stärker besetzten Gruppe der Angestellten mit mittlerer und einfacher Qualifikation (9 Prozent), die mit 568 000 Erwerbstätigen die Masse jener stellen, die mit „modernen Büromitteln" umgehen. Unter ihnen befinden sich besonders viele Frauen im Rechnungswesen oder der Textverarbeitung wie überhaupt in den Büroberufen (sie stellten 1980 z. B. 77 Prozent der Buchhalter, 97 Prozent der Schreibkräfte).[32] Insgesamt arbeiten mit „modernen Büromitteln" als Hauptarbeitsmittel mehr Frauen (284 000) als Männer (130 000).

Bei den Arbeitern ist die Verbreitung entsprechender Geräte, Anlagen und Maschinen geringer. Insgesamt arbeiten 4 Prozent von ihnen hauptsächlich mit solchen Produktionsmitteln, mehr un- und angelernte (181 000) als Facharbeiter (159 000).

Wie in der Studie der IG Metall zeigt sich auch hier, daß die aufwendigeren programmgesteuerten Maschinen, Anlagen und Computer eher in größeren Betrieben installiert sind; demgegenüber finden sich 60 Prozent der Arbeitsplätze, an denen „moderne Büromittel" am häufigsten benutzt werden, in Kleinbetrieben unter 50 Beschäftigten. Die hier ausgewertete Studie bezieht sich auf das Jahr 1979. Die seitherigen Erfahrungen lassen keinen Zweifel daran, daß die Zahl der von der Einführung der neuen Technologien betroffenen Lohnabhängigen in der Bundesrepublik seither rasch gestiegen ist.

IV. Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen bei Angestellten und Arbeitern

Neben den Beschäftigungsfolgen, die heute die gewerkschaftliche Diskussion und Aktion stark bestimmen, sind weitreichende Veränderungen der Arbeitsbedingun-

31 Allerdings ist einschränkend festzuhalten, daß die Erhebung zumindest unter „modernen Büromitteln" auch technische Mittel erfaßt, die nicht im engeren Sinne zu Automationsmitteln oder informationsverarbeitenden Technologien zählen.

32 Wirtschaft und Statistik, H. 7/1981, S. 442*.

gen die gravierendste Folge der Einführung neuer Technologien. Ihre unter den herrschenden sozialökonomischen Bedingungen *polarisierende Wirkung* auf den Gesamtarbeiter ist, keineswegs nur auf die Qualifikation bezogen, nicht zu übersehen und findet in einschlägigen Untersuchungen ihre Darstellung. Da aus dieser Tendenz in der Vergangenheit wesentliche Widerspruchs- und Konfliktfelder und damit Triebkräfte der Klassenauseinandersetzung erwuchsen – zu erinnern ist an die Auseinandersetzungen in der Druckindustrie oder um den Lohnrahmentarifvertrag II der Metall-Industrie Baden-Württembergs[33] –, soll zum Abschluß kursorisch auf einige neue industriesoziologische Ergebnisse verwiesen werden, die bei der Untersuchung sozialer Folgen der Anwendung von Automationstechnologien in Betrieben der Bundesrepublik gewonnen wurden. Dabei geht es nicht, wie die modische These vom „Verelendungsdiskurs" nahelegen möchte, um anklagende Beschreibung von Automationsarbeit als Begründung des Rufs nach „Rückkehr zur alten Position", sondern um die Erfassung realer Prozesse; damit sollen Forderungen und Bewegungen zur Verteidigung von Reproduktionsinteressen der Arbeiterklasse fundiert werden – Bewegungen, die für die Masse der Lohnarbeiter erst Voraussetzung der Aneignung neuer Qualifikationen und Fähigkeiten im Umgang mit neuer Technik sind.

Neue Technologien werden in der Hauptsache dort zuerst und am breitesten eingeführt, wo arbeitsorganisatorische Maßnahmen und technische Rationalisierung relativ einfache, formalisierbare und durch informationsverarbeitende Technologien beherrschbare Tätigkeiten hervorgebracht haben. Sie führen meist zu weitergehender Arbeitsteilung und tragen auch dort, wo sie ein hohes allgemeines Qualifikationsniveau erfordern, zur Entwertung erworbener traditioneller Qualifikationen bei.

Die Übernahme menschlicher Arbeitsfunktionen durch technische Mittel, insbesondere die Vergegenständlichung logischer Funktionen in den Arbeitsablauf strukturierenden Programmen, wird unter solchen Bedingungen zum Instrument der stärkeren Fesselung der lebendigen Arbeit an die gegenständlichen Produktionsmittel. Dies gilt für die Einschränkung von Spielräumen bei der individuellen Arbeitseinteilung und -gestaltung, für die Bestimmung des Arbeitstempos oder der Reaktionszeiten im Bildschirm-„Dialog" mit dem zentralen Rechner. Damit werden in vielen Bereichen die Arbeitsdisziplin und das Arbeitsergebnis stärker kontrollierbar, Leistungskontrolle auf technischer Grundlage wird zum Mittel der Intensivierung der Arbeit. Betriebsdatenerfassungssysteme sind wichtige Instrumente hierfür.

Wachsende Unterordnung der lebendigen Arbeit unter den bestimmenden Gang des Arbeitsmittels verleiht zugleich den betrieblichen Unterstellungsverhältnissen, die immer auch Mittel der Abpressung von Mehrarbeit sind, eine gegenüber ihrer personengebundenen Durchsetzung ausgeprägtere technische Struktur. Dies gilt

33 Vgl. hierzu u. a.: B. Güther/K. Pickshaus, Der Arbeitskampf in der Druckindustrie im Frühjahr 1976, Soziale Bewegungen. Analyse und Dokumentation des IMSF, H. 1, Frankfurt/M. 1976; C. Weber, Rationalisierungskonflikte in Betrieben der Druckindustrie, Frankfurt/New York 1982; U. Laube, Gewerkschaftliche Tarifpolitik und industrielle Arbeitsbedingungen in der BRD, Köln 1981; B. Spannhake, Die Arbeitsbedingungen zwischen Humanisierung und Rationalisierung. Ansätze gewerkschaftlicher Strategiebildung, Köln 1982.

besonders für jene lohnabhängigen Gruppen, deren Arbeitsbedingungen sich aufgrund ihrer konkreten Arbeitstätigkeiten noch deutlich von jenen der Kerngruppen der Arbeiterklasse unterscheiden, insbesondere für die meisten Angestelltengruppen im Büro- und Verwaltungsbereich.

Hier ergab eine Untersuchung von *Kudera u. a.* über Rationalisierungsfolgen bei *Angestellten* in der Metallindustrie, daß Angestellte der unteren Qualifikationsgruppen, deren Arbeit bereits stark formalisierten und routinisierten Charakter trägt, bei Einführung neuer Technologien „kaum etwas anderes zu gewärtigen haben, als Belastungszunahme, Reduktion der qualifikatorischen Anforderungen durch Standardisierung, Rationalisierung und Spezialisierung ihrer Tätigkeit, sowie erhöhte Disponibilität im Rahmen des Arbeitskräftebedarfs der Betriebe".[34] Wird hier ein bereits vorhandener Trend verstärkt, so wirken neue Technologien auf der Ebene mittlerer Angestelltenqualifikationen (im Bereich von Sachbearbeitern) ausgesprochen zwieschlächtig; z. T. lösen sie eine Einengung von Arbeitsinhalten aus, z. T. führen sie zu Arbeitserweiterung und Vergrößerung von Dispositionsräumen. Auf der Ebene der oberen Angestelltengruppen ist, dieser Studie zufolge, die Einführung neuer Technologien fast ausnahmslos Mittel der Erweiterung von Entscheidungsmöglichkeiten; sie trägt eher zur Erhöhung von Qualifikation bei.[35]

Die kapitalistische Nutzung neuer Technologien bewirkt insofern eine Tendenz der Angleichung der Arbeitsbedingungen für viele Angestelltenkategorien an solche, wie sie in ihrer Essenz für Arbeiter gelten; sie trägt gleichzeitig zur Verfestigung von sozialen Differenzierungen unter den Lohnabhängigen bei (so bei den mittleren Angestelltengruppen) und verstärkt die Kontroll- und Herrschaftspotenzen des Kapitals auf betrieblicher Ebene. Die Einführung neuer Technologien wird damit Moment sozialstruktureller Prozesse. Gleichermaßen haben die Herausbildung neuer Spezialistengruppen und das Wachstum der lohnabhängigen Intelligenz reale Grundlagen in objektiven Tendenzen der Produktivkraftentwicklung.

Gravierende Veränderungen der Arbeitstätigkeiten und Qualifikationsanforderungen, der Belastungen und des Typs von Arbeit vollziehen sich auch in Kernbereichen der *Arbeiterbeschäftigung*. Dies gilt sowohl für hochqualifizierte, traditionelle Facharbeitertätigkeiten (z. B. im Maschinenbau) wie für bereits stark durch Taylorisierung und geringe Qualifikation charakterisierte Detailarbeitsplätze etwa in Fertigungsprozessen der Automobil- oder elektrotechnischen Industrie.[36]

Auch hier ist es ein allgemeines Kennzeichen der Einführung von informationsverarbeitenden Rationalisierungstechnologien, daß sie mit einer noch stärkeren Unterordnung der lebendigen Arbeitskraft unter den Rhythmus des Maschinensystems verbunden sind. Für Bereiche mit bereits vorher ausgeprägter Arbeitsauf-

34 W. Kudera, K. Ruff, R. Schmidt, Th. Wentzke, Betriebliche Rationalisierung und Angestellte. Eine Umfrage unter Betriebsräten der bayerischen Metallindustrie, Köln 1979, S. 60.

35 Ebd., S. 62.

36 Vgl. K. Benz-Overhage u. a., a.a.O., S. 557ff.; die Beiträge in WSI-Mitteilungen, H. 2/1983 (Computer und Arbeit – Humanisierung durch Automatisierung?); H. Borcherding, Th. Cleemann,. R.-W. Hoffmann, B. Irrek, H. Schranz, Die Biografie des Dreherberufs, Göttingen (SOFI), o. J. (1982); A. Sorge, G. Hartmann, M. Warner, I. Nicholas, Mikroelektronik und Arbeit in der Industrie, Frankfurt/New York 1982; W. Wobbe-Ohlenburg, Automobilarbeit und Roboterproduktion. Eine Fallstudie zum Einsatz von Industrierobotern im Volkswagenwerk, West-Berlin 1982.

spaltung und Fließfertigung wird konstatiert: „Waren schon die angelernten Tätigkeiten in der mechanisierten Produktion inhaltlich und zeitlich weitgehend durch das technisch-organisatorische Fertigungssystem vorgegeben, so gilt für die nach der Automatisierung verbleibenden Restfunktionen menschlicher Arbeit eine ungleich rigidere Einbindung in die Prozeßzeiten der neuen Anlagen. An Automaten und hochintegrierten Fertigungsstraßen werden die Tätigkeiten den Maschinen- und Prozeßzeiten sowie den technologischen Lücken der Automatisierung angepaßt."[37]

Etwas anders verläuft die Entwicklung im Maschinenbau. Dort, wo auf hohe Flexibilität der Produktion geachtet werden muß (Kleinserien, Kundenwünsche etc.), bleiben Facharbeitertätigkeiten auch bei Einführung der numerischen Maschinensteuerung z. T. erhalten, um in jedem Fall reibungslosen Produktionsgang zu sichern.

Die vom Produktionsgang abgeforderten Qualifikationen und Tätigkeitsmerkmale der Arbeiter sind gleichfalls starken Veränderungen unterworfen. Im Bereich der Montage und Fließfertigung setzen sich Polarisierungsprozesse voll durch. Neben vergleichsweise wenigen Tätigkeiten der Anlagenführung und -überwachung mit komplexem Qualifikationsniveau verbleibt eine größere Zahl inhaltsarmer, dequalifizierter Tätigkeiten, die die nicht-automatisierten Lücken des Systems auszufüllen haben. Auch bei Einführung der numerischen Steuerung von Werkzeugmaschinen dominiert die dequalifizierende Tendenz der Auflösung von Facharbeit in einfachere vorbereitende Tätigkeiten und solche der Maschinenüberwachung.

Neue Technologien im Produktionsbereich bedeuten damit auch, daß eine Reihe qualifizierter Funktionen der Arbeitsvorbereitung, Planung oder Projektierung aus dem unmittelbaren Produktionsprozeß ausgegliedert und in vorgelagerten Abteilungen zusammengefaßt wird. Numerisch gesteuerte Maschinen werden zu 78 Prozent in der Arbeitsvorbereitung programmiert.[38] Wie dargestellt, unterliegen diese ausdifferenzierten Tätigkeitsfelder ebenfalls der informationstechnologischen Rationalisierung. Sie sind insgesamt jedoch eher das Arbeitsfeld höherqualifizierter (technischer) Angestellter und von Spezialisten.

* * *

Die mit der Einführung neuer Technologien im Arbeiter- wie Angestelltenbereich festzustellende Tendenz, die im Umgang mit ihnen notwendigen Funktionen des Menschen bzw. des Gesamtarbeiters – wie Einrichten, Programmieren, Bedienen und Überwachen von Maschinen und Anlagen, Projektieren, Planen, Entscheiden – auseinanderzureißen, folgt keineswegs einer zwingenden Logik der Technik selbst. Hierfür gibt es genügend Beispiele aus der betrieblichen Praxis, die belegen, was auch theoretisch aus dem Wesen der neuen Technologien ableitbar ist: Sie sind in weiten Bereichen außerordentlich flexibel zu gestalten und damit unterschiedlichen Interessen anzupassen. Produktivkräfte entwickeln sich unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen immer nur als Produktivkräfte des Kapitals; ihre Entwicklung, ihr Einsatz, ihre komplexe Struktur werden durch dessen Interessen bestimmt, vorangetrieben und geformt. Sie sind nichtsdestoweniger Gegenstand des Klassen-

37 K. Benz-Overhage u. a., a.a.O., S. 559f.

38 K. Benz-Overhage, Automatisierung der Fertigung im Maschinenbau und ihre Folgen für die Arbeitsgestaltung, in: WSI-Mitteilungen, a.a.O., S. 81.

kampfs: Einfluß auf die Entwicklung, die konkrete Formung und den Einsatz der Produktivkräfte zu nehmen, erweist sich unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution als dringende Aufgabe der Arbeiterklasse, um dem Bestreben des Kapitals Widerstand entgegenzusetzen, den Wert der Arbeitskraft durch Entqualifizierung zu senken, technologische Systeme ausschließlich unter dem Gesichtswinkel der optimalen Abpressung von Mehrarbeit, der Arbeitsintensivierung und Unterwerfung der Arbeitskraft zu gestalten.

Der Charakter der Arbeit bestimmt sich jedoch nicht primär von seinen technisch-organisatorischen Bedingungen her, sondern entscheidend von den Klassenverhältnissen. Die Durchsetzung alternativer Arbeitsgestaltung, über die in den Gewerkschaften zunehmend diskutiert wird, hebt den Charakter kapitalistischer Lohnarbeit als ausgebeutete und fremdbestimmte Lohnarbeit nicht auf, aber sie wäre ein wichtiger Beitrag zur Verteidigung der Reproduktionsinteressen der Arbeiterklasse.

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 6/1983

Regionalentwicklung der Wirtschaftsstruktur und der Arbeiterklasse

Zur Differenzierung nach regionalen Zentren

Hermann Bömer/Ulrike Bohnenkamp

1. „Alte Zentren" / „neue Zentren" – ein brauchbares Begriffspaar? – 2. Regionale Disparitäten in der Wirtschaftsstruktur von Ballungsgebieten – 2.1 Langfristige Veränderung der Industriestruktur – 2.2 Der tertiäre Sektor – 2.3 Standortverteilung von Hauptverwaltungen und Forschungseinrichtungen – 2.4 Vergleich: dynamische Zentren (Stuttgart, Hamburg) und alte Zentren (Saarland, Dortmund) – 2.5 Weitere Entwicklungstendenzen – 3. Hauptprobleme der Arbeits- und Lebensbedingungen in den unterschiedlichen Zentren

1. „Alte Zentren" / „neue Zentren" – ein brauchbares Begriffspaar?

Der Blick auf die monatlich regionalisiert ausgewiesenen Arbeitslosenquoten sowie auf andere regionalisierte ökonomische, sozialstatistische und politische Daten läßt unmittelbar erkennen, daß das gesellschaftliche Leben auch in der Bundesrepublik dem Gesetz der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung unterworfen ist. Die Ursachen für die Herausbildung der räumlichen Widersprüche und Disproportionen, die sich aus den Widersprüchen und Klassenantagonismen der vorkapitalistischen und natürlich besonders der kapitalistischen Produktionsweise, ihrer spontanen und anarchischen Entwicklung ergeben, sind an anderer Stelle ausführlich analysiert.[1] Obwohl der Kapitalismus längst die Produktivkräfte und den gesellschaftlichen Reichtum hervorgebracht hat, die der Bevölkerung in allen Teilräumen der Bundesrepublik eine hohe Lebensqualität (soziale Sicherheit, Recht auf sinnvolle Arbeit, hohes soziales und kulturelles Infrastrukturniveau, hohe Umweltqualität, hohes materielles Lebensniveau) gewährleisten könnten, ohne den Regionen und Städten ihre Mannigfaltigkeit und Einzigartigkeit zu nehmen, erhöhen sich die Belastungen[2] für die ausgebeuteten Klassen und Schichten *in allen Teilräumen*, nimmt also die Notwendigkeit der Gegenwehr überall zu.

1 Vgl. K. Brake, Zum Verhältnis von Stadt und Land. Geschichte, Ursachen und Veränderungsmöglichkeiten der Siedlungsstruktur, Stadtplan 1, Schriften für Planen, Bauen und kommunale Politik, Köln 1980, sowie die dort angegebene Literatur.

2 Der Begriff „Belastung" tritt nicht an die Stelle der Kategorie „Ausbeutung", sondern erfaßt verschiedene Erscheinungsformen der Klassen- und Ausbeutungsverhältnisse, die die gebrauchswertmäßige Gestalt der Arbeits- und Lebensbedingungen sowie die Voraussetzungen für die Entwicklung regionaler Bevölkerungsgruppen und klassenbewußter Persönlichkeiten beschreiben. Vgl. hierzu K. Brake / Chr. Wurms, Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung als Hauptziel der arbeitnehmer-

Es ist schon lange festgestellt, daß die Begriffspaare Stadt–Land oder Ballungsgebiete–ländlich strukturierte Gebiete die Struktur und Vielfalt der territorialen Widersprüche und der Regionstypen des heutigen staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD nicht mehr hinreichend erfassen können. Während bei *Dähne*[3] als Reflex auf die räumliche Trennung von Produktion, Handel, Dienstleistung, Verwaltung und Staatsapparat das Kategorienpaar Führungsregion–Ausführungsregion gebildet wird (Düsseldorf als „Schreibtisch des Ruhrgebiets") und andere Autoren die Ballungsgebiete in Metropolen und alte Industrieregionen[4] unterteilen, stellen *Hoormann, Lütke-Daldrup* und *Walter* als Ergebnis einer Untersuchung über die Entwicklungsperspektiven der Regionen der BRD, die sie in Verdichtungsregionen, Zwischenräume mit Oberzentren, Zwischenräume und ländliche Räume auf der Basis der Arbeitsamtsbezirke eingeteilt haben, fest: „Insbesondere bezüglich der zentralen Probleme des Arbeitsmarktes gilt es endgültig aufzuräumen mit dem raumordnerischen ‚Primitivbild', das sowohl die Problemanalyse als auch Steuerungseingriffe lediglich auf die klassische Zweiteilung in ländliche Räume und – eventuell noch unterschieden in ‚alte' und ‚neue' – Verdichtungsgebiete beschränkt. Dieses überkommene Raumtypenklischee wird nur äußerst unzureichend den aktuellen und zukünftigen Problemen gerecht, denn ‚Verlierer'- und ‚Gewinnerregionen' entwickeln sich quer zu den Raumtypen. Auch aus diesem Grund kommt der regionalen Ebene eine wichtige Aufgabe zu, da nur hier konkrete Probleme und Potentiale identifiziert und bearbeitet werden können."[5]

Die Wiederaufnahme des Zentren-Begriffs in der Analyse sozialer Bewegungen[6] mit ihrer materiellen Grundlage, „der objektiven Zusammenballung und Intensität der Widersprüche in bestimmten Sektoren, z. B. Regionen oder besonders betroffenen Gruppierungen der Klasse",[7] eröffnet einerseits Möglichkeiten, schon in einem frühen Stadium der Entwicklung neuer Bewegungen bzw. neuer Erscheinungsformen Handlungsmöglichkeiten usw. zu erfassen und für die gesamte Bewegung durch theoretische Verallgemeinerung und praktische Nachahmung bzw. schöpferische Anwendung auf die je spezifischen Bedingungen fruchtbar zu machen.

Gleichzeitig wird jedoch wiederum eine grobschlächtige Klassifikation von Regionen („alte" und „neue", „aufsteigende" und „absteigende" Zentren) vorgenommen, die der Vielfalt und Heterogenität der ökonomischen, sozialen und politischen Regionalentwicklung nicht gerecht werden kann.

orientierten Stadtentwicklungs- und Regionalpolitik, in: Arbeitskreis arbeitsorientierte Regionalwissenschaft (Hrsg.), Regionale Krisen und Arbeitnehmerinteressen. Materialien zur arbeitnehmerorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik, Stadtplan 6, Köln 1981, S. 27ff.

3 E. Dähne, Zu einigen methodischen Problemen sozial-wissenschaftlicher Regionalforschung. Voruntersuchung C im Rahmen des RKW-Projekts „Arbeitswirtschaftliche Strukturprobleme der Produktivitätsentwicklung", Marburg 1967.

4 Arbeitskreis arbeitsorientierte Regionalwissenschaft (Hrsg.), a.a.O., S. 7ff.

5 J. Hoormann / E. Lütke-Daldrup / J. Walter, Internationaler Handel und regionale Beschäftigungseffekte, Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, Bd. 32, Dortmund 1983, S. 183f.

6 W. Roßmann, Arbeiterklasse, soziale Bedürfnisse und gewerkschaftliche Politik, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5, Frankfurt 1982, S. 42ff.

7 Ebenda, S. 47f.

Es wird suggeriert,

- daß den „aufsteigenden Zentren" die Zukunft gehört, die kämpfenden Klassen und Gruppen in den „absteigenden Zentren" dagegen vergeblich gegen den objektiven historischen Trend ankämpfen,
- daß die „neuen Zentren" eine ungebrochene Dynamik der Arbeitsplatzentwicklung behalten.

Damit ist das Problem der Einheit und Spaltung der Arbeiterbewegung in seinen objektiven und subjektiven Dimensionen aufgeworfen.[8]

Es kommt im Gegensatz zur oben skizzierten räumlichen „Primitivsicht" darauf an, die nicht zu leugnenden Strukturveränderungen der Ökonomie und der sozialen Klassen und Schichten einschließlich ihrer politischen Folgen in ihren spezifischen regionalen Formen zu untersuchen, d. h., die jeweiligen regionalen Besonderheiten zu bestimmen und gleichzeitig die Einheit der Arbeits- und Lebensbedingungen der ausgebeuteten Klassen und Schichten als objektive Grundlage der Einheit der antimonopolistischen Bewegungen im Auge zu behalten, ohne die teilweise starken Ausdifferenzierungen und Gegensätze auszublenden.

Tabelle 1: Arbeitslosenquoten in Zentren der BRD 1980–1983 (April)

Ort	Jahresdurchschnitt 1980	April 1983	April 1983 i. V. zu 1980 in Prozent
BRD	3,8	9,2	242
Saarland	6,7	12,1	181
Hamburg	3,4	10,3	303
Stuttgart	1,8	5,3	294
Ruhrgebiet	5,7	12,7	223
Dortmund	6,2	15,0	242
Bremen	5,1	12,9	253
Hannover	4,4	11,1	252
Berlin	4,3	11,0	256
Bochum	6,0	13,5	225
Essen	5,6	12,5	223
Duisburg	6,4	14,4	225
Wuppertal	4,6	10,6	230
Düsseldorf	3,8	9,6	253
Köln	6,1	12,4	203
Frankfurt	2,5	6,4	256
Mannheim	3,4	7,3	215
Nürnberg	3,7	9,7	262
München	2,5	6,0	240

Quelle: BfA, eigene Berechnungen

8 Vgl. F. Deppe, Einheit und Spaltung der Arbeiterklasse, Marburg/L. 1981.

Dabei müssen folgende Tatsachen berücksichtigt werden:

1. Die spezifische staatsmonopolistische Formbestimmtheit der wissenschaftlich-technischen Revolution sorgt dafür, daß auch für „dynamische Zentren" der Produktivkraftentwicklung die Massenarbeitslosigkeit als Ergebnis der Überakkumulationsdynamik, der kapitalistischen Rationalisierung in Industrie, Verwaltung und Dienstleistungssektor zu Beginn der 80er Jahre zum sozialen Hauptproblem geworden ist. Zu den „dynamischen Zentren" rechnen wir im folgenden Frankfurt, Stuttgart, München und (mit Einschränkungen) Düsseldorf und Hamburg.

Tabelle 1 weist aus, daß selbst in den „dynamischen Zentren" die günstigeren Wirtschaftsstrukturen kein wesentliches Gegengewicht gegen den zyklischen Krisenverlauf sind. Die zweite Kategorie von Zentren, in denen eine moderne Industriestruktur, aber größtenteils keine Dienstleistungsstruktur von nationaler oder internationaler Bedeutung besteht (Nürnberg, Mannheim, Köln, Hannover, Bremen), liegt bei den Arbeitslosenquoten bereits teilweise über dem nationalen Durchschnitt.

2. Aufgrund der sich vertiefenden Krise der imperialistischen Weltwirtschaftsbeziehungen wird gerade eine Reihe wichtiger neuer Zentren trotz einer bislang als günstig angesehenen (weil exportstarken) Industriestruktur besonders viele Arbeitsplätze verlieren. Dies machen die Prognosedaten der Tabelle 2 deutlich.

Tabelle 2: Prognose der versicherungspflichtig Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe 1980–1990 in den 16 Großstädten (Arbeitsamtsbezirken)

Arbeitsamtsbezirk	Veränderung 1980–1990 in Prozent
Hamburg	⁄. 24,7
Bremen (Stadt)	⁄. 21,1
Hannover	⁄. 20,6
Berlin	⁄. 22,0
Dortmund	⁄. 19,8
Bochum	⁄. 20,7
Essen	⁄. 17,8
Duisburg	⁄. 16,2
Wuppertal	⁄. 20,9
Düsseldorf	⁄. 17,9
Köln	⁄. 19,8
Frankfurt	⁄. 13,9
Mannheim	⁄. 9,2
Stuttgart	⁄. 13,9
Nürnberg	⁄. 2,3
München	⁄. 2,6

Quelle: Hoormann u. a., Internationaler Handel . . ., a.a.O., Tab. A XI

3. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt setzt sich auch in den sogenannten alten Industrien durch, so daß sich auch in diesen Industriezweigen die soziale und qualifikatorische Struktur der Arbeiterklasse entscheidend verändert hat und weiter verändern wird. Die Qualitätsansprüche an Stahlprodukte z. B. steigen laufend weiter an; so stellen die heute von der Automobilindustrie gestellten Anforderungen an von Schweißrobotern zu schweißende Karosserieebleche besondere Qualitätsansprüche, die entsprechend moderne computergestützte Produktionsverfahren in den Stahl- und Walzwerken und hoch qualifiziertes Reparatur- und Wartungspersonal erfordern.
4. Eine erfolgreiche Durchsetzung alternativer Wirtschaftspolitik mit dem Schwerpunkt „qualitatives Wachstum"[9] wird aufgrund der Erfordernisse eines prinzipiellen, ökologisch orientierten Umbaus des Produktionskörpers für einige Jahrzehnte zu einer nach wie vor großen Bedeutung der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie,[10] des Anlagen- und Maschinenbaus sowie des Baugewerbes führen. Aber selbst dann, wenn diese Politik in den nächsten Jahren noch nicht durchgesetzt wird, ist nicht zu erwarten, daß die „Entindustrialisierung" der alten Zentren bis zum bitteren Ende voranschreiten wird, obwohl dieser Prozeß die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse in den alten Zentren grundlegend verändern wird.[11]

Aus diesen vier Feststellungen leitet sich die diesem Beitrag zugrunde liegende Hauptthese ab, daß kein Anlaß für die Meinung besteht, die alten Zentren würden mit der absehbaren Wirtschaftsstrukturentwicklung zur Bedeutungslosigkeit herabsinken und könnten daher in Zukunft auch keine Kraftzentren der Arbeiterbewegung und anderer demokratischer Bewegungen mehr darstellen.

9 Vgl. Arbeitsgruppe Alternativen der Wirtschaftspolitik, Memorandum '81, '82 und '83, Köln 1981, 1982, 1983.

10 Diese Aussage ist für die Grundstoffchemie allerdings insofern problematisch, als z. Zt. noch keine genauen Aussagen über die mögliche Verdrängung der erdöl- und erdgasabhängigen Grundstoffchemie durch Importe aus den Erdölförderländern, die in den letzten Jahren riesige Investitionen in der ersten Verarbeitungsstufe vorgenommen haben, gemacht werden können. Es steht jedoch fest, daß hier eine massive weltwirtschaftliche Strukturveränderung stattfindet. (Vgl. hierzu: Prognos-Report Nr. 11, Die Bundesrepublik Deutschland 1985/1990/2000, Basel 1982).
Die Gesamtaussagen der Prognos-Studie sind an Dreistigkeit kaum zu überbieten, da dieser Report die Lösung der Probleme der Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 allein aufgrund demographischer Faktoren unterstellt. Aber selbst für diese die Probleme der Kapitalverwertung völlig außer acht lassende Variante unterstellt das Institut für die Chemieindustrie ⁄ 100 000 Arbeitsplätze bis zum Jahr 2000.

11 Vgl. als warnendes Beispiel die Entwicklung der Region Liverpool (L. Schröter, Liverpool: Dortmunds Zukunft? Ein Vergleich zwischen Regionen mit ähnlichen Strukturproblemen, in: Die Mitbestimmung, Monatszeitschrift der Hans-Böckler-Stiftung, Heft 8-9/1982, S. 292ff). Der Begriff „Entindustrialisierung" hat einen ambivalenten Charakter, weil er sowohl Übertreibungen Vorschub leisten kann (indem ein völliges Verschwinden der Industrie in den strukturschwachen Regionen unterstellt wird statt deren Reduzierung auf einen in der Regel hochmodernen Kern) als auch das Theorem von der „postindustriellen Gesellschaft" fördert, das suggeriert, die Gesellschaft könne ohne Industrie als Dienstleistungsgesellschaft existieren. Zwar kann sich die Beschäftigtenstruktur weiter in Richtung tertiärer Sektor verschieben, dieser kann jedoch nur auf Basis einer hochmodernen Industrie und Landwirtschaft existieren.

2. Regionale Disparitäten in der Wirtschaftsstruktur von Ballungsgebieten

Die empirische Analyse der großräumigen Disparitäten in der Wirtschaftsstruktur ist relativ weit fortgeschritten.[12] Dies gilt insbesondere für die Unterscheidung zwischen Verdichtungsräumen einerseits und ländlichen Räumen andererseits. Unsere Fragestellung bezieht sich jedoch auf die *Differenzierungen innerhalb der Verdichtungsräume*, für die die Datenlage sich erst in jüngster Zeit verbessert hat.

2.1 Langfristige Veränderung der Industriestruktur

Da nicht die regionalen Faktoren die Gesetzmäßigkeiten der Industriestrukturentwicklung determinieren, sondern die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Produktivkraftentwicklung im Kapitalismus, ist es sinnvoll, zunächst die langfristigen Veränderungen der Industriestruktur zu betrachten.

Tabelle 3: Langfristige Veränderung der Industriestruktur in Deutschland (v. H. der Beschäftigten)

Industriegruppe		1980	1970	1961	1950	1939	1925	1902	1895	1882
Bergbau	a[1]			5,4	8,0	6,0	7,0	5,3	6,1	6,1
	b	3,0	3,6	6,2						
Steine und Erden	a			3,4	4,1	4,0	4,1	6,7	7,1	5,9
	b	2,5	2,7	3,2						
Mineralölverarbeitung	a			0,4	0,3	0,3	0,0	–	–	–
	b	0,4	0,4	0,4						
Chemie	a			5,0	3,5	3,6	2,9	2,9	2,5	2,2
	b	7,4	6,9	6,0						
Kunststoff-, Gummi-, Asbestindustrie	a			2,1	1,3	0,6	0,6	0,4	0,2	0,1
	b	4,2	3,0	2,4						
Eisen- und Metallherstellung und -bearbeitung	a			9,2	6,2	5,3	5,9	4,9	3,6	3,1
	b	7,8	9,4	10,2						
EBM-Waren	a			4,3	6,9	9,1	7,6	6,3	8,4	7,5
	b	4,1	4,9	4,8						
Stahl-, Leichtmetallbau	a			2,8	2,2	1,5	1,3	1,2	0,6	0,6
	b	2,7	2,4	2,7						
Maschinenbau	a			11,2	7,6	7,4	6,9	4,4	3,3	2,5
	b	13,4	13,0	12,4						
Straßenfahrzeugbau	a			5,7	4,6	3,7	2,4	2,2	1,8	1,7
	b	10,5	7,0	5,0						
Luftfahrzeugbau	a			0,2	0,0	1,9	0,0	–	–	–
	b	0,7	0,5	0,3						

12 Vgl. die entsprechenden Veröffentlichungen der Bundesanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn, die ein System der laufenden Raumbeobachtung entwickelt hat.

Industriegruppe		1980	1970	1961	1950	1939	1925	1902	1895	1882
Schiffbau	a			0,9	0,7	1,0	0,8	0,6	0,5	0,4
	b	0,7	0,9	1,2						
Elektrotechnik	a			9,2	4,4	5,3	4,0	1,6	0,4	–
	b	12,7	12,7	10,9						
Feinmechanik, Optik, Uhren	a			1,9	1,7	1,9	1,4	0,9	0,9	0,8
	b	1,4	2,0	1,9						
Herstellung von Büromaschinen, etc.	a			–	–	–	–	–	–	–
	b	1,0	0,9	–						
Papier-, Pappe-, Holz-Be- und Verarbeitung	a			7,8	10,6	9,7	11,2	10,9	11,0	10,7
	b	6,0	5,9	6,2						
Druckerei, Vervielfältigung	a			2,5	2,0	2,0	2,6[2]	2,2[2]	1,6	1,1
	b	2,4	2,6	2,3						
Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie	a			15,0	20,9	22,0	24,9	27,8	34,8	40,8
	b	8,3	11,8	14,0						
Nahrungs- und Genußmittel	a			11,1	12,5	12,7	12,4	13,7	15,0	14,2
	b	6,4	6,4	6,1						
Übrige Verbrauchsgüter (Glas, Keramik, Spielwaren, etc.)	a			2,6	2,3	2,1	3,2	2,5	1,4	1,1
	b	2,5	2,7	2,9						

1 Zeile a enthält Angaben der Arbeitsstätten- bzw. Gewerbezählungen, Zeile b Angaben aus der Industrieberichterstattung. Da die Gewerbe- bzw. Arbeitsstättenzählungen jeweils Vollzählungen sind, für die neueren Jahrgänge aber nur Daten aus der Industriestatistik (Betriebe ab 10 bzw. 20 Beschäftigte) zur Verfügung stehen, wurden für das Jahr 1961 jeweils Anteilswerte aus beiden Statistiken zum Vergleich berechnet.

2 Einschl. Verlagswesen.

Quelle: M. Pohl, Wirtschaftsförderung in Großstädten – Untersuchung der 16 größten Städte im Bundesgebiet, in: Bremer Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Heft 1/2 1982, S. 35, 144

Tabelle 3 weist die gewaltigen langfristigen Veränderungen der Industriestruktur seit 1882 aus und unterstreicht, daß sie sich auch in den 70er Jahren in der Bundesrepublik nachhaltig geändert hat. Insbesondere ist für die 70er Jahre der relative und absolute (ca. + 100 000 Beschäftigte) Bedeutungszuwachs des Straßenfahrzeugbaus sowie die weitere bedeutende Abnahme der Sektoren Eisen- und Stahlherstellung und -bearbeitung sowie der Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie kennzeichnend.

Allerdings ist festzustellen, daß die von *Martha Pohl* anhand dieser Vergangenheitsbetrachtung gemachte Einteilung der Industriegruppen in Wachstumsindustrien (Mineralölverarbeitung, Chemie, Kunststoff-, Gummi- und Asbestindustrie, Stahl- und Leichtmetallbau, Maschinenbau, Straßenfahrzeugbau, Luftfahrzeugbau, Elektrotechnik, Herstellung von Büromaschinen und Datenverarbeitungsanlagen, Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie) und Schrumpfindustrien (Bergbau, Industrie der Steine und Erden, Papier-, Pappe-, Holzbe- und -verarbeitung, Eisen- und Metallwarenherstellung und -bearbeitung, Schiffbau, Feinmechanik [Optik, Uhren-

industrie], Textil-, Bekleidungs- und Lederwarenindustrie, übrige Verbrauchsgüterindustrie [Glas, Keramik, Spielwaren usw.], Nahrungs- und Genußmittelindustrie) erstens nicht darüber hinwegtäuschen darf, daß z. B. 1980 die Schrumpfbranchen Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie mit 8,3 Prozent der Beschäftigten des verarbeitenden Gewerbes immer noch das gleiche Gewicht hatten wie die Wachstumsbranchen Luftfahrzeugbau (0,7), Büromaschinen und Datenverarbeitungsanlagen (1,0), Druckerei- und Vervielfältigung (2,4) sowie Kunststoff-, Gummi- und Asbestindustrie (4,2) zusammengenommen! Zweitens sind für die Zukunft der regionalen Arbeitsmärkte letztlich nicht die relativen nationalen Positionen der jeweiligen regionaldominierenden Branchen ausschlaggebend, sondern die Entwicklung der absoluten Arbeitsplatzzahlen des verarbeitenden Gewerbes sowie des tertiären Sektors.

Tabelle 4 zeigt die Industrie-Entwicklung für die 16 größten Städte der BRD seit 1961 auf.

Tabelle 4: Entwicklung der Industriebeschäftigten und der Anzahl der Betriebe in den 16 Zentren der BRD (einschließlich Westberlin)

Stadt	Industriebeschäftigte		Zahl der Betriebe[1]	
	1961	1980	1961	1980
Hamburg	233 971	168 136	1 523	992
Bremen	86 074	75 232	383	323
Hannover	116 768	100 058	410	318
Westberlin	313 524	182 314	2 995	1 188
Dortmund	125 667	78 178	322	243
Bochum	75 196	56 448	167	182
Essen	116 175	57 695	378	280
Duisburg	107 648	99 653	253	196
Wuppertal	94 175	63 690	928	396
Düsseldorf	128 451	91 144	584	298
Köln	135 879	123 826	662	450
Frankfurt	134 032	109 197	535	356
Mannheim	90 940	74 878	275	224
Stuttgart	164 028	132 407	701	406
Nürnberg	118 450	99 112	559	409
München	174 383	191 452	916	637
Städte insgesamt	2 215 361	1 703 420	11 591	6 898
Bundesgebiet	8 002 000	7 659 533	54 372	48 784

1 1961 Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten im Jahresmittel; 1980 Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten

Quelle: M. Pohl, Wirtschaftsförderung, a.a.O., S. 145

Die Angaben von Tabelle 4 verweisen auf eine deutlich unterschiedliche Dynamik der Industriebeschäftigung, aber auch der Anzahl der Betriebe sowie der durchschnittlichen Betriebsgrößen, was mit dem Grad der Konzentration bzw. mit der Branchenstruktur korreliert. In den 16 Zentren arbeiteten 1980 nur 1,7 von 7,6 Millionen Industriebeschäftigten. Dies zeigt die im internationalen Vergleich starke Dezentralisierung der Industriestruktur, obwohl die BRD mit über die größte Industriedichte der Welt verfügt.

2.2 Der tertiäre Sektor

In die Strukturanalyse der großstädtischen Räume ist auch der Dienstleistungssektor (Wirtschaft ohne produzierendes Gewerbe und Landwirtschaft) einzubeziehen. Obwohl die Abgrenzung nicht exakt ist, sind die Angaben der Tabelle 5 aufschlußreich.

Tabelle 5: Struktur des Tertiärsektors in den 16 Großstädten 1980

Stadt bzw. Arbeitsamtsbezirk	DL-Beschäftigte[1] insgesamt (1000)	davon in den Wirtschaftsabteilungen (%)[a]					
		4	5	6	7	8	9
Hamburg	528,8	28,6	19,2	9,8	32,2	2,4	7,8
Bremen	161,8	29,9	21,1	6,7	30,8	2,7	8,9
Hannover	209,1	28,4	12,0	9,8	33,9	3,9	12,1
Berlin	448,9	22,9	8,8	4,6	43,8	4,4	15,4
Dortmund	129,1	33,1	10,0	8,3	36,7	3,3	8,7
Bochum	86,6	32,3	9,0	4,4	36,8	3,0	14,4
Essen	132,1	31,6	9,7	6,1	40,9	4,8	7,0
Duisburg	88,3	30,5	22,0	4,9	31,9	3,1	7,7
Wuppertal	80,9	33,9	11,0	7,5	31,0	4,5	12,1
Düsseldorf	261,1	31,9	9,8	11,1	32,0	3,8	11,3
Köln	258,1	27,4	11,1	13,4	34,6	4,1	9,3
Frankfurt	387,3	27,8	15,4	13,8	30,1	4,4	8,5
Mannheim	105,3	32,7	11,5	10,1	32,5	1,7	11,6
Stuttgart	238,8	28,4	8,6	12,6	31,1	6,2	13,2
Nürnberg	214,3	35,4	11,3	7,8	31,5	2,7	11,3
München	482,4	26,6	9,7	11,4	39,1	4,5	8,7
Städtedurchschnitt	–	30,1	12,5	8,9	34,3	3,7	10,5
Städte insgesamt	3812,9	28,8	12,6	9,6	34,8	3,8	10,4
Bundesgebiet	9912,1	29,4	10,1	7,7	35,7	3,6	13,6

1 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte im Arbeitsamtsbezirk

a) 4 = Handel, 5 = Verkehr, 6 = Bank- und Versicherungsgewerbe, 7 = Sonstige Dienstleistungen, 8 = Organisationen o. Erwerbscharakter, 9 = Gebietskörperschaften, Sozialvers.

Quelle: M. Pohl, Wirtschaftsförderung, a.a.O., S. 181

Die Konzentration der DL-Beschäftigten auf die 16 Zentren ist mit 38,5 Prozent der DL-Beschäftigten insgesamt weitaus höher als die entsprechende Konzentrationsziffer für die Industriebeschäftigten (22,2 Prozent). Im Zusammenhang mit dem „Beschäftigtenüberbesatz"[13] für die einzelnen Städte kann zugleich auf die Struktur des tertiären Sektors geschlossen werden. Die beiden extremen Beispiele Dortmund und München zeigen die unterschiedliche Struktur und Zentralität der Großstädte auf.

Der Vergleich München–Dortmund unterstreicht die landeshauptstadtliche Funktion von München und die Erfolge der Bayerischen Staatsregierung, München Metropolfunktion von westeuropäischem Rang zu übertragen (z. B. durch die Ansiedlung des Europäischen Patentamtes). Insgesamt muß jedoch auch die Verteilung der DL-Funktionen im internationalen Vergleich für die BRD als relativ dezentral beurteilt werden, was nicht zuletzt ein Ergebnis des Krieges und der föderalistischen Struktur der BRD ist.

Martha Pohl hat unter Beachtung unterschiedlicher Kriterien in der wirtschaftlichen Lage (Arbeitslosenquote, Steueraufkommen/Schulden, Anteil der Wachstumsindustrien, Wachstums-DL, Industriekonzentration – und dies aktuell und längerfristig) eine Rangliste der 16 Großstädte für die Zeit Ende der 70er Jahre aufgestellt.[14] Sie hat folgende Ordnung: 1. München, 2. Stuttgart, 3. Frankfurt, 4. Hamburg, 5. Nürnberg, 6. Mannheim, 7. Düsseldorf, 8. Köln, 9. Wuppertal, 10. Essen, 11. West-Berlin, 12. Hannover, 13. Bremen, 14. Bochum, 15. Dortmund, 16. Duisburg.

Während in den 70er Jahren die Gesamtbewertung von München (1), Stuttgart (2), Frankfurt (3), Hamburg (4) sehr stark mit dem Rang ihrer Arbeitslosigkeit korrespondierte und dies auch bei den Schlußlichtern der Fall ist – Duisburg (16/14), Dortmund (15/16), Bochum (14/13) –, fällt Köln außerordentlich aus dem Rahmen (8/15). Die Interpretation für diesen „Querschläger" wird uns noch einige Erkenntnisse bringen.

Was die Analyse der Qualität der Wirtschaftsstruktur der Großstädte jedoch überhaupt nicht erklären kann, ist das sprunghafte Ansteigen der Arbeitslosenquote auch in den dynamischen Zentren zu Beginn der 80er Jahre. Offensichtlich ist auch eine noch so gute „Papierform" der Wirtschaftsstruktur keine Garantie dafür, daß diese Städte vor einem abrupten Ansteigen der Arbeitslosenquote gefeit sind. Die Wirtschaftsförderer sind mit ihrem Latein am Ende. Wie wollen Städte wie Köln und Hamburg, die im Bereich Industrie und Dienstleistungen die jeweils günstigste Struktur aufweisen, mit der traditionellen Strategie der Wirtschaftsförderung ihre hohen Arbeitslosenquoten beseitigen? Mehr denn je wird deutlich, daß die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise selbst zur Voraussetzung hat!

13 Der Beschäftigtenüberbesatz drückt aus, um wieviel die Zahl der Beschäftigten in den jeweiligen Dienstleistungssektoren pro 1000 Einwohner den Bundesdurchschnitt übersteigt.

14 M. Pohl, Wirtschaftsförderung in Großstädten, a.a.O. (Tab. 3), S. 125.

2.3 Standortverteilung von Hauptverwaltungen und Forschungseinrichtungen

In der regionalwissenschaftlichen Literatur wird den Standorten von Hauptverwaltungen eine besondere Resistenz gegen ökonomische Instabilität und Arbeitslosigkeit zugewiesen. Es ist daher sinnvoll, die räumliche Struktur der Verwaltungszentren der Industrie, der Banken und Versicherungen gesondert zu berücksichtigen. *Krickau-Richter* und *Olbrich* haben hierzu eine ausführliche und kartierte Analyse für die BRD vorgelegt.[15] Sie kamen zu folgenden Ergebnissen: a) Es gibt unterschiedliche räumliche Konzentrationsgrade der einzelnen Managementfunktionen; b) es gibt eine Spezialisierung der dominierenden Standorte auf einzelne Führungsfunktionen.

Zu a): Die Hauptverwaltungen der Banken zeigen die stärkste Konzentration auf führende Standorte (Frankfurt, Düsseldorf, München), insbesondere, wenn nur die Privatbanken betrachtet werden. Die Verteilung der Versicherungszentralen zeigt drei Zentren (München, Köln, Hamburg) und eine weitere Anzahl mittelgroßer Standorte (Stuttgart, Düsseldorf, Hannover). Für die Hauptverwaltungen der Industrie ist im Vergleich zu den Banken und Versicherungen eine relativ disperse Verteilung zu konstatieren. Es dominieren acht Städte (in der Reihenfolge: Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt, Essen, München, Stuttgart, Köln, Duisburg), die alle über 40 Mrd. DM kumulierter Umsätze auf sich vereinigen: Für die Forschungseinrichtungen der Industrie zeichnet sich eine ähnliche dezentrale Standortverteilung ab wie für die HV.

Zu b): Aus den Karten läßt sich eindeutig die Spezialisierung bestimmter Städte auf einen oder mehrere der Führungsfunktionen ablesen. Frankfurts Spitzenstellung als Bankenstandort wird von keiner Stadt in einem anderen Bereich erreicht. Als Standort von Industriezentralen liegt Frankfurt hinter Hamburg und Düsseldorf auf Platz drei. In Köln dominieren die Versicherungszentralen, während diese Stadt als Bankenstandort weit zurückfällt. Hamburgs und Düsseldorfs Stellung wird durch die Sitze von Industriekonzernen begründet. München ist der führende Versicherungs- und der zweite Bankplatz in der Bundesrepublik, seine Position als Standort für Hauptverwaltungen der Industrie ist weniger entwickelt. Alle drei Untersuchungsbereiche sind relativ ausgeglichen in Stuttgart vertreten, ohne daß die Stadt in einem Bereich eine Spitzenstellung erreicht.

Bei der gegebenen Datenlage sind Aussagen zum vierten Untersuchungsbereich, nämlich zur Verteilung von industriellen Forschungseinrichtungen, nur grob möglich. Als Schwerpunkte zeichnen sich Stuttgart, München, Frankfurt, Köln/Düsseldorf und Hamburg ab."[16]

Vergleicht man die Zentren dieser modernen Beschäftigungssektoren (Frankfurt, Hamburg, Köln/Düsseldorf, Stuttgart und München) mit den Arbeitslosenquoten auf den entsprechenden Arbeitsmärkten, so läßt sich jedoch aus heutiger Sicht

15 Die folgenden Angaben sind der sehr informativen Arbeit von L. Krickau-Richter / J. Olbrich, Regionale Strukturpolitik mit Dienstleistungsbetrieben. Möglichkeiten und Grenzen der Standortsteuerung, Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, Bd. 25, Dortmund 1982, entnommen.

16 ebenda, S. 29–31; (Städtenamen in Klammern durch die Verf.).

feststellen: Das Großkapital schafft sich auch in den dynamischen Zentren eine industrielle Reservearmee. Diese Zentren waren zu Zeiten der Vollbeschäftigung die Zentren der Arbeitskräfteimmigration. In den Großbetrieben und Verwaltungen werden heute zusätzlich derart viele Arbeitskräfte freigesetzt, daß der klassische Mechanismus der Reservearmee auch hier greift; dennoch ist natürlich festzuhalten, daß die Abstände zu den alten Zentren sich absolut und teilweise sogar auch relativ noch vergrößern. Dies gilt insbesondere für einen großen Teil der Nicht-Zentren. Schließlich sind die übrigen, über die Arbeitslosigkeit hinausgehenden Belastungsindikatoren nicht zu vernachlässigen.

Am Beispiel der Stadt Köln zeigt sich, daß betriebliche Besonderheiten und andere Standorteinflüsse die durch den Wachstumsindustrieanteil definierte Struktur völlig überlagern und deren Einfluß ausschalten können. Köln hatte immerhin mit 86,3 Prozent Beschäftigtenanteil in den Wachstumsindustrien Rang 1 unter den 16 Städten inne, während die Domstadt bei der Arbeitslosenquote auf Rang 15 rangierte. Folglich müssen die Konkurrenzposition der in den jeweiligen Branchen mit internationalisierter Struktur agierenden Konzerne, ihre Produktionsstruktur vor Ort usw. wesentlicher Bestanteil von Regionalanalysen sein. Ford-Köln, Felten & Guilleaume, KHD sowie andere Betriebe und Unternehmen haben von 1976–1980 mehr als 10 Prozent der industriellen Arbeitsplätze in Köln vernichtet. Da in dieser Zeit der tertiäre Sektor seine kompensatorische Funktion trotz einer sehr günstigen Struktur aufgrund von Rationalisierungsmaßnahmen und Personalabbau auch im öffentlichen Dienst schon nicht mehr wahrnehmen konnte, mußte die Arbeitslosigkeit stark ansteigen.[17]

2.4 Vergleich: dynamische Zentren (Stuttgart, Hamburg) und alte Zentren (Saarland, Dortmund)

Im folgenden sollen Prototypen von dynamischen Metropolen (Stuttgart und Hamburg) sowie „alten Industrie-Zentren" (Saarland und Dortmund) in ihrer unterschiedlichen Wirtschaftsstruktur etwas ausführlicher skizziert werden. (Die Daten für Hamburg[18] werden hier nicht aufgeführt, jedoch der Interpretation zugrunde gelegt.)

Zunächst wird in tabellarischer Form die Struktur der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer nach Wirtschaftszweigen in Relativzahlen für 1978/80 angegeben und dann die Entwicklung 1961–78/80 ausgedrückt.

Das *verarbeitende Gewerbe* sank in Stuttgart von 1961 bis 1978 um 11,3 Prozentpunkte auf 38,5 Prozent, in Dortmund (einschl. Bergbau) von 48,2 Prozent um 9,2 Prozentpunkte auf 39 Prozent, während es im Saarland (incl. Bergbau) von 43,7 auf 48,1 Prozent anstieg. Das *Baugewerbe* ist in etwa der gleichen Größenordnung

17 U. Semmelrogge, Krise, Arbeitnehmer und Konzerne in Köln, in: Arbeitskreis arbeitsorientierte Regionalwissenschaft (Hrsg.), a.a.O., S. 146–194.

18 Vgl. F. Fiehler, Arbeitsplatz Hamburg. Regionalökonomie und -politik in Hamburg in den siebziger Jahren, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 4/1981, S. 276ff; L. Bading, Beispiel Hamburg: Soziale Bewegungen – politische Strömungen und Verallgemeinerungen – Wahlen, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5/1982, S. 107ff.

vertreten, nahm jedoch in Stuttgart prozentual stärker ab. Der Handel hat in Dortmund vor allem in den 70er Jahren absolut stark an Arbeitsplätzen verloren, was mit den starken Rationalisierungsmaßnahmen aufgrund des im Ruhrgebiet frühzeitigen Vordringens der Großmärkte zusammenhängt. Das Kredit- und Versicherungswesen ist in Dortmund und im Saarland vergleichsweise schwach vertreten, ebenso die Organisationen ohne Erwerbscharakter, während die privaten Dienstleistungen in allen drei Städten ihren Anteil mehr als verdoppelt haben.

Tabelle 6: Strukturvergleich Dortmund, Stuttgart, Saarland (Beschäftigtenanteile[1] jeweils in v. H.)

Bereiche	Stuttgart 1978	Dortmund 1978	Saarland 1980	1978/80 in % von 1961		
				Stuttgart	Dortmund	Saarland
0. Landwirtschaft	0,3	0,4	0,4	·	·	·
1.a Energie/Wasservers.	1,2	1,8	1,8	·	·	·
1.b Bergbau	–	7,6	6,3	–	42,5	45,1
2. Verarbeitendes Gewerbe	38,5	31,4	41,8	73,6	64,1	97,0
3. Baugewerbe	6,3	8,7	7,4	·	·	·
4. Handel	15,1	16,6	12,7	94,8	71,0	69,8
5. Verkehr/Nachrichten	4,8	5,1	3,9	·	·	·
6. Bank- u. Versicherungsgew.	7,3	4,1	3,0	139,6	136,7	138,0
7. Sonst. Dienstl.	15,6	17,5	15,5	185,0	164,9	180,1
8. Organisationen o. Erwerbschar.	3,4	1,6	1,4	·	·	·
9. Sozialvers. u. Gebietskörpersch.	7,1	5,1	5,7	·	·	·
0.–9. – v. H.	100,0	100,0	100,0	93,3	71,9	76,6
– in Tausend	356	219	355	382	305	462
				1961 =	1961 =	1961 =

1 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte; · = nicht berechnet

Quelle: Berechnet durch Verf. nach verschiedenen Quellen

Am auffälligsten ist der Unterschied der Entwicklung der Beschäftigten insgesamt von 1961–1978, wobei Bergbau und Handel den entscheidenden Einfluß ausgeübt haben (Dortmund: ⁄ ca. 38 250; Saarland ⁄ 46 600; Stuttgart ⁄ 2000). Bemerkenswert ist die relativ stabile Position des verarbeitenden Gewerbes im Saarland, in der sich auch der Neuaufbau von Automobilwerken und Zulieferern dieser Branche in den 70er Jahren ausdrückt. Besonders drastisch ist der Unterschied bei den Erwerbs- und Beschäftigtenquoten. 1970 betrug die Erwerbsquote in Dortmund 39,3 und in Stuttgart 52,6 Prozent der Einwohner, versicherungspflichtig Beschäftigte waren pro 1000 Einwohner in Dortmund 1978 358,8, in Stuttgart 1979 618,7 – wodurch die Verschiedenheit der wirtschaftlichen Lage am krassesten zum Ausdruck kommt.

Bei der Einteilung der Beschäftigten des produzierenden Gewerbes in die Sektoren Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie, Investitionsgüterindustrie, Verbrauchsgüter-, Nahrungs- und Genußmittelindustrie wird deutlich, worin die

wichtigsten Unterschiede im produzierenden Gewerbe zwischen den 4 Städten liegen. Stuttgart verfügte über einen extrem hohen Anteil der Investitionsgüterindustrie (81,3 Prozent) mit ihren Paradepferden Automobil- und Elektroindustrie, während dieser Anteil in Dortmund 30,8 Prozent, in Hamburg 50,3 Prozent und im Stadtverband Saarbrücken bei 25,6 Prozent lag.

Bemerkenswert sind die Unterschiede in der Wirtschafts- und Industriestruktur zwischen Hamburg und Stuttgart. Der wesentliche Unterschied ist durch die Hafenorientierung Hamburgs gegeben, die 1980 direkt 50 000 und indirekt 100 000 Arbeitsplätze[19] bedeutete und die einen relativ hohen Anteil der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie zur Folge hat. Im Bereich Investitionsgüterindustrie ist die Krise der Hamburger Großwerften ein negativer Faktor, der den Maschinenbau besonders tangiert hat.

Eine Besonderheit kennzeichnet die Automobilarbeiterzentren (Köln, Hannover, Bochum, Stuttgart, München und zukünftig auch Bremen) – für Bochum als „Kadett-Effekt" bezeichnet –: Bei insgesamt stagnierendem PKW-Markt beeinflußt die Beliebtheit der jeweiligen Modellreihen der verschiedenen Automobilkonzerne die jeweiligen Arbeitsmärkte relativ kurzfristig in positiver oder negativer Form. Für Stuttgart (Daimler-Benz/Porsche) und München (BMW) ist allerdings bislang kein Einbruch zu verzeichnen gewesen.

2.5 Weitere Entwicklungstendenzen

Hoormann u. a. haben die Entwicklung der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe bis 1990 bei verschiedenen Randbedingungen unter Berücksichtigung der Weltmarktentwicklung prognostiziert und auf die regionale Ebene heruntergerechnet (vgl. Tabelle 2). Diese Daten basieren auf der Variante I, d. h. auf der Einschätzung, daß sich die Zahl der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe 1980–90 nur um 13,5 Prozent verringert. (Eine u. E. unwahrscheinlichere Entwicklung stellt die Variante III (−18,7 Prozent) dar.)[20] Aufgrund der spezifischen Struktur der BRD-Industrie im internationalen Vergleich werden selbst dynamische Zentren wie Hamburg, Frankfurt, Stuttgart, Düsseldorf mehr als 10 Prozent, teilweise sogar mehr als 20 Prozent der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe verlieren. Und dies unter der optimistischen Annahme, daß Variante I zutrifft.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, daß in dieser Prognose aufgrund der angewandten Shift-Analyse keine sich bereits vollziehenden oder potentiellen Brüche in der Konzernentwicklung in den jeweiligen Städten berücksichtigt sind. So ist z. B. weder für Nürnberg das Problem AEG und Grundig noch für München der Fall Agfa oder für Stuttgart die rabiate Restrukturierung von SEL (ITT) berücksichtigt. Ebensowenig kann eine solche Prognose die sich schnell zuspitzende Situation z. B. in der Stahlindustrie erfassen. Trotz dieses Mangels, die zyklischen Krisen eliminieren zu müssen und damit das Risiko einzugehen, daß die Prognoseziffern schon eher Realität werden, haben die Prognoseangaben für uns einen erheblichen Informationswert: Die Arbeitsmarktprobleme werden sich auch in diesen Zentren, selbst unter Annahme günstiger Bedingungen, weiter zuspitzen.

19 F. Fiehler, a.a.O., S. 281 und 285.
20 J. Hoormann u. a., a.a.O., S. 107, Tab. 4. 8.

Für die Gesamtbilanz des Arbeitsmarktes in den Zentren sind entscheidend die allgemeinen Rationalisierungstendezen in Industrie und Verwaltung. So schätzte 1983 die VDMA ca. 400 000 der 1,25 Millionen Montagearbeitsplätze in den 80er Jahren für rationalisierbar. Eine besondere Rolle spielen bekanntlich die Montagearbeitsplätze in der Elektro- und Automobilindustrie, die in 12 der 16 Zentren mehr als 10 000 Beschäftigte hatten, in 6 sogar über 15 000.

Das Rationalisierungstempo in den Verwaltungen hängt entscheidend vom Tempo der Einführung der neuen Medien und Kommunikationsmittel ab, durch die inzwischen die meisten Studien einen Per-saldo-Arbeitsplatzabbau um ca. 30–50 Prozent prognostizieren:[21]

⁄ 25–30 Prozent der 2 Millionen Schreibkräfte und 3 Millionen Sachbearbeiter = 1,5 Millionen;

⁄ 30 Prozent bei Banken und Versicherungen;

⁄ 25 Prozent im Einzelhandel durch elektronische Ladenkassen und die ihnen angeschlossenen Systeme.

Es ist selbstverständlich, daß gerade in den modernen Zentren die Verwaltungen und Dienstleistungseinrichtungen jene Mindestgrößen aufweisen, die eine systematische Rationalisierung ermöglichen. Insofern sehen wir für die Zukunft mehr denn je unsere These gestützt, daß auch die modernen Zentren von Arbeitslosigkeit in immer stärkerem Umfang betroffen sein werden.

Dennoch werden sich deren Probleme quantitativ und qualitativ von denen in den alten Zentren oder in Zwischenräumen mit Oberzentren[22] unterscheiden, zumal in den dynamischen Zentren mit den speziell hohen Ausländer- und Frauenanteilen an den Erwerbstätigen noch starke „Puffer" für reaktionäre Politik vorhanden sind. Für die alten Zentren haben düstere Zeiten längst begonnen. Nach dem „Vorbild" von Liverpool und anderen alten Industriezentren setzt ein regelrechter Niedergang ein. Nach groben Schätzungen wird z. B. in Dortmund und Duisburg die Arbeitslosenquote bis Ende der 80er Jahre über 25 Prozent steigen. Die entsprechenden Pläne der Stahlkonzerne sind bereits bekannt.

3. Hauptprobleme der Arbeits- und Lebensbedingungen in den unterschiedlichen Zentren

Es soll hier auf einige für die Arbeiterklasse und die Mittelschichten wichtige Frage eingegangen werden. Hervorstechend sind im Vergleich der 16 Zentren die

21 Vgl. U. Briefs, Arbeiten ohne Sinn und Perspektive? Köln 1980, S. 65–77. Briefs schätzt für 1980 ca. 500 000 EDV-Beschäftigte nach nur 220 000 im Jahre 1973, wobei die in der EDV-Herstellung Beschäftigten für 1980 von Siemens auf nur 43 000 geschätzt wurden! Vgl. auch Autorenkollektiv unter Leitung von E. Rechtziegler, Mikroelektronik im Dienste des Imperialismus, Berlin (DDR) 1982, sowie DKP (Hrsg.) Arbeiterklasse und Massenmedien. Die Kabelschau der Monopole, Düsseldorf 1983.

22 Vgl. Forschungsgruppe Produktivkraftentwicklung Nordhessen, Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit durch Ausbau der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Nordhessen, Frühjahrsgutachten 1983, Kassel 1983. So fielen 1980 23,4 Prozent der Arbeitslosen in Hessen auf Nordhessen, 1982 dagegen 26,3 Prozent. D. h., der Anteil des strukturschwachen Nordhessen an der Arbeitslosigkeit sowie den Folgelasten stieg an.

radikalen Unterschiede der Erwerbsquoten. Die für 1970 vorliegenden Zahlen[23] zeigen bei einem Bundesdurchschnitt von 43,7 Prozent (1960 = 47,2 Prozent) und einem Durchschnitt der 16 Zentren von 46,2 Prozent (1960 = 48,5 Prozent) eine Streuung zwischen 53,0 Prozent (52,8 Prozent) für München und 52,1 Prozent (54,8 Prozent) für Stuttgart auf der einen und 38,7 Prozent (41,7 Prozent) für Bochum und 39,3 Prozent (42,9 Prozent) für Dortmund auf der anderen Seite.

Noch schärfer die Differenz bei den Frauenerwerbsquoten. Für sie galten im Bundesdurchschnitt 1970 = 29,9 Prozent (1960 = 33,4 Prozent) und im Zentrendurchschnitt 1970 = 32,8 Prozent (1960 = 33,9 Prozent). Die Streuung war hier noch größer. Sie reichte von 44,2 Prozent (41,0 Prozent) für München und 39,5 Prozent (41,3 Prozent) für Stuttgart bis 20,6 Prozent (23,1 Prozent) für Dortmund und 22,3 Prozent (21,7 Prozent) für Bochum.

Die Hauptursache für Unterschiede der Erwerbsquoten ist in einem Komplex sich gegenseitig bedingender und verstärkender spezifischer Bestimmungsfaktoren der Wirtschaftsstruktur zu sehen. So läßt sich die äußerst niedrige Erwerbsquote der Frauen im Ruhrgebiet aus der monopolistischen Beherrschung der Region durch die Montankonzerne, dem hieraus folgenden spezifischen Arbeitsregime, der Schwere und dem Kontischichtsystem der Arbeitsplätze für Männer sowie der Verhinderung von neuen Industrieansiedlungen ableiten, die den Frauen die Erwerbstätigkeit beinahe unmöglich machten und damit auch die Herausbildung eines entsprechenden inneren Marktes für Dienstleistungen im Einzelhandel usw., wo besonders Frauen arbeiten, verhinderten.[24]

Die Folgen dieser sehr unterschiedlichen *Erwerbs-* und *Beschäftigtenquoten*, in denen sich positive und negative Einflüsse mischen (als positiver Einfluß z. B. die Senkung der Erwerbsquoten durch Verlängerung der Schulzeiten und Einführung der flexiblen Altersgrenze, als negativer Einfluß die Erhöhung z. B. der Invaliditätsraten oder die Zurückdrängung der Frauenerwerbstätigkeit), spiegeln sich in allen Lebensbereichen wieder: Haushaltseinkommen, Wohnsituation, Qualifikationsstruktur, Freizeit- und Urlaubsverhalten usw.

Hinsichtlich der Arbeits- und Lebensbedingungen können folgende Problem- und Konfliktfelder benannt werden:

- Arbeitslosigkeit / wachsende Existenzunsicherheit (1),
- Betriebsstillegungen, Belegschaftsabbau (2),
- Lohn- und Sozialleistungsabbau (3),
- Mietenprobleme und Wohnungskosten (auch für Eigenheimer) (4),
- Kosten, Qualität und Quantität sozialer Infrastruktur (5),
- Qualifikationsprobleme (speziell für die Jugend) (6),
- Mobilitätsprobleme (Kosten; Erreichbarkeiten) (7),
- Umwelt- und Erholungsprobleme (8),
- Demokratieabbau und Friedensgefährdung (9),
- Stadtbild, Verslumung, Kriminalität, Entwurzelung, Armut, Rassismus/Ausländerfeindlichkeit (10).

23 Nach: M. Pohl, Wirtschaftsförderung in Großstädten, a.a.O., S. 18, 142.

24 Vgl. H. Bömer, Regionale Strukturkrisen im staatsmonopolistischen Kapitalismus und marxistische Raumökonomie. Am Beispiel der Ruhrgebietskrise, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 2/1979, S. 138ff.

Es ist hier nicht erforderlich, die materiellen und psychischen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit, speziell der Dauer- und Jugendarbeitslosigkeit zu beschreiben. Wichtig ist vielmehr in unserem Zusammenhang, auf spezifische Probleme der Ungleichmäßigkeit und -zeitigkeit einzugehen. Wachsende Arbeitslosigkeit wirkt zunächst, in der ersten Etappe der Entfernung vom Zustand der Vollbeschäftigung, außerordentlich selektiv: Zwar wird die soziale Unsicherheit der Lohnabhängigen und ihrer Familien insgesamt verstärkt, doch zunächst recht ungleich im Territorium und über die einzelnen Gruppen der Arbeiterklasse verteilt. Dies gilt ebenso für die unterschiedlichen Haushaltskategorien. Wird ein angelernter Arbeiter mit 2 Kindern, dessen Frau nicht erwerbstätig ist, arbeitslos (Musterfamilie A), so ist eine solche Familie mit ca. 1000 DM Arbeitslosengeld mit Sicherheit in allen anderen aufgezählten Problembereichen extrem betroffen, während ein kinderloses Paar mit qualifizierten Berufen ohne Arbeitslosigkeit (Musterfamilie B) möglicherweise über 4000 bis 5000 DM netto pro Monat verfügt und auf dieser Einkommensbasis zunächst selbst drastische Kostensteigerungen im Wohn- und Sozialbereich ohne große Probleme bewältigen kann, sogar teilweise eine Kurzarbeitsphase als willkommene Gelegenheit für einen zusätzlichen Urlaub betrachtet. Für derartige Gruppen und Schichten der Arbeiterklasse sind auch die Problemebereiche 7/8 und 10 (z. B. durch Umzug innerhalb der Region) zunächst leicht kompensierbar. Entschließt sich eine derartige Familie heute zum Erwerb bzw. Bau eines Eigenheimes, so kann sie sich inmitten der Krise sogar auf ein exzessiv ausgeweitetes Förderungsprogramm im Rahmen der neuen Wohnungspolitik stützen, die durch eine massive Umverteilung von unten nach oben gekennzeichnet ist. Wenn man zugleich berücksichtigt, daß aufgrund eines noch nie dagewesenen Investitionsbooms der Automobilindustrie in neue Modelle unsere Musterfamilie B sich jedweden automobilen Traum erfüllen kann, so ist das Maß an selektiver Wirkung der Krise abgesteckt.

Summarisch ist festzuhalten, daß die konkreten Belastungen als Resultat der Krise in kumulativer Form auftreten und sich zunächst auf bestimmte Gruppen konzentrieren.[25] Die Angaben für die regionaldifferenzierten Erwerbsquoten sind ein Indikator dafür, daß die Verteilung der Haushaltstypen mit den extrem unterschiedlichen Merkmalen in den Arbeits- und Lebensbedingungen auf die Zentrentypen sehr ungleichmäßig ist. Folglich wirken die Krisenbelastungen auch regional selektiv, weil eben z. B. in Dortmund relativ viel mehr Haushalte mit nur einer Erwerbsperson existieren als z. B. in München oder Stuttgart. Zugleich ist jedoch zu berücksichtigen, daß es in den neuen Zentren ebenfalls eine große Zahl von mehrfachbelasteten Familien, vor allem Ungelernte und ausländische Familien, sowie ebenfalls eine große Anzahl von Familien mit Kindern und nur einem Erwerbstätigen aus der Arbeiterklasse gibt, die – soweit sie beschäftigt sind – in diesen Zentren vor allem mit Miet- und Wohnungskosten, wachsenden Preisen für soziale Infrastrukturangebote, z. B. Kindergärten, sowie mit wachsenden Mobilitätskosten und Umweltproblemen belastet sind.

25 Vgl. hierzu die empirische Untersuchung von A. Oppolzer, P. Strutynski und K. H. Tjaden (Forschungsgruppe Produktivkraftentwicklung Nordhessen), Raumentwicklung und Belastungshäufigkeit. Ein Verfahren der Bewertung regionaler Arbeits- und Lebensbedingungen von Arbeitnehmern am Beispiel eines nordhessischen Landkreises. In: Arbeitskreis arbeitsorientierte Regionalwissenschaft (Hrsg.), a.a.O., S. 43ff.

Gänzlich unterschiedlich sind jedoch die *Dauerwirkungen* der Krise auch auf den aktiven Teil der Arbeiterklasse und auch auf die Gruppe des Typs B (mit oder ohne Kinder) einzuschätzen. Die wachsende Arbeitslosigkeit untergräbt die Kampfkraft der Gewerkschaften in der Lohn- und Sozialpolitik, steigert die Aggressivität der Unternehmer und erhöht die soziale Unsicherheit auch für den Kern der Industriearbeiter sowie der Angestellten einschließlich der kaufmännischen und technischen Intelligenz. Dies wird offensichtlich, wo ganze Unternehmen oder zumindest ganze Standorte von Großunternehmen liquidiert werden (Beispiele sind die Krisen von AEG, Grundig usw.).

Die zunehmende Rekonzentration von Produktionsstätten durch Liquidierung der in den 60er und 70er Jahren vor den Großunternehmen erworbenen oder in ländlichen Regionen errichteten Betriebe können einst blühende Industriestädte in größte soziale Unsicherheit und Massenarbeitlosigkeit stürzen. Hochverschuldete Eigenheimbesitzer können und werden dadurch vor unlösbare Probleme gestellt. Besondere Belastungen treten auf für Familien mit Kindern, die in das Erwerbsalter kommen. Entzug des BAFÖG, Neuregelung der Sozialhilfe (Dreigenerationenprinzip) usw. führen zu drastischen Senkungen des Lebensstandards und der Lebensperspektiven dieser Familien, die sich in den Durchschnittskennziffern der Entwicklung des Reallohnes z. B. nicht widerspiegeln.

Als Ergebnis dieser Skizze halten wir fest, daß trotz aller regionalen Disproportionen, Unterschiede und Widersprüche die relative Einheitlichkeit der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse und der anderen nichtmonopolistischen Schichten in den unterschiedlichen Zentrentypen gewahrt bleibt und damit auch eine objektive Basis für die Einheit der Arbeiterklasse und die Herstellung von Bündnissen gegeben ist.

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 6/1983

Dortmund als „altes Zentrum" der Arbeiter- und demokratischen Bewegung

Andreas Achenbach/Hermann Bömer

I. Eine Ruhrgebietsstadt – II. Ein Zentrum der Arbeiterbewegung gestern und heute
III. Soziale und politische Aktivitäten zu Beginn der 80er Jahre

I. Eine Ruhrgebietsstadt

Dieser Beitrag knüpft unmittelbar an den vorhergehenden Aufsatz „Regionalentwicklung der Wirtschaftsstruktur und der Arbeiterklasse" an und baut insbesondere auf den Aussagen zur Stellung und Rolle der alten Industriezentren und dabei Dortmunds[1] auf. Die hier von uns vertretene These lautet, daß trotz extrem negativer wirtschaftlicher Bedingungen die Arbeiter- und demokratische Bewegung Dortmunds nicht nur voll an den zukünftigen Kämpfen beteiligt sein wird, sondern wie in der Vergangenheit eine führende Rolle in den Auseinandersetzungen zu spielen in der Lage sein wird. Dies wird nicht nur augenfällig, wenn man die Entwicklung der letzten 15 Jahre betrachtet, in denen die Dortmunder Stahlarbeiter Auslöser der Septemberstreiks 1969 waren und 1978 im Zentrum des Kampfes um die 35-Stunden-Woche standen, sondern auch, wenn man die Aktivitäten gegen die Krisenauswirkungen seit 1980 genauer analysiert. Es geht also um die Betrachtung der historisch gewordenen politischen Strukturen der Arbeiterklasse und um die Beschreibung der in Dortmund wichtigen sozialökonomischen und politischen Aktivitäten, Kämpfe und Bewegungen der Gegenwart. Dies soll in Abschnitt 2 und 3 geschehen und damit die wesentlichen politischen Ausgangsbedingungen der zukünftigen Kämpfe aufdecken. Der Beitrag folgt somit Intentionen, von denen auch die Analyse der linken Bewegung Hamburgs als einem politischen Zentrum der BRD in „Marxistische Studien" 5/1982 geleitet war.[2]

Dortmund (1980 609 400 Einwohner) ist eine Stadt des Ruhrgebiets. Viele seiner Probleme sind die Probleme der Region. Obwohl diese Region infolge ihrer Siedlungs- und Kommunikationsdichte und der relativen Homogenität der Wirtschafts- und Sozialstruktur und der politischen Kultur als Einheit angesehen werden kann, besitzt sie weder regionale parlamentarische Vertretungskörperschaften noch eine Regionalverwaltung. Der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk als Instanz der Regionalplanung (Landesplanungsgemeinschaft) des Landes NRW für das Ruhrgebiet wurde 1975 abgeschafft und durch den Kommunalverband Ruhr ersetzt, der –

1 Vgl. besonders die Angaben in den Tabellen dieses Aufsatzes.
2 L. Bading, Beispiel Hamburg: Soziale Bewegungen – politische Strömungen und Verallgemeinerungen – Wahlen, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5, Frankfurt 1982, S. 107ff.

mit Ausnahme einiger Spezialkompetenzen – für das Ruhrgebiet nicht mehr als eine bessere Werbeagentur darstellt, während die Regionalplanungskompetenz auf die Bezirksplanungsräte der Regierungsbezirke Arnsberg/Münster/Düsseldorf übergegangen ist.

Das politische Leben spielt sich auf der Ebene der Kommunen – und der Stadtteile –, des Landes Nordrhein-Westfalen und des Bundes ab. Somit zerfällt eine Region wie das Ruhrgebiet (RG) politisch in Städte und Gemeinden. Dies rechtfertigt es und macht es notwendig, Dortmund als ein Zentrum des Ruhrgebietes zu untersuchen.

Wenn ökonomische Stellung und Tendenzen der Ruhrgebietsstädte betrachtet werden (vgl. die Angaben im vorhergehenden Aufsatz), dann muß vor allem beachtet werden, daß das Ruhrgebiet – mit seinen Städten – ein Industriezentrum der BRD bleiben wird und daß die Beschäftigung in den sogenannten Dienstleistungsbereichen auch hier einen beachtlichen Umfang erreichen wird bzw. schon erreicht hat. Dies gilt selbst dann, wenn in den Kernstädten des Reviers (Dortmund, Bochum, Duisburg, Essen) in den 80er Jahren ein Drittel der Industriearbeitsplätze vernichtet wird. Alle vorliegenden Trendangaben übergehen in der Regel den Faktor, den eine kämpferische Bewegung gegen die Krisenauswirkungen auf das Ruhrgebiet darstellen könnte. Gerade dies ist der dynamische Faktor jeder marxistischen Analyse. Es entscheidet somit der subjektive Faktor auch auf seiten der Arbeiterklasse darüber, ob oder inwieweit sie sich dem strategischen Konzept des Strukturwandels, wie es von den Herrschenden verfochten wird, beugen muß oder nicht.

Als ein im Sinne der Arbeiterklasse positives Beispiel kann Bottrop (1981 114 000 Einwohner) angeführt werden. Diese Stadt war durch die Krise des Kohlebergbaus besonders betroffen, erlangte aber im Rahmen der Ruhrkohle AG eine wichtige Stellung und verfügt nach wie vor über eine starke Arbeiterklasse in der materiellen Produktion. Ein Moment der Stärkung des subjektiven Faktors zur Verteidigung dieser Position war die Erringung einer kommunistischen Vertretung im Stadtrat (1972). Dies trifft auch auf die Erlangung von parlamentarischen Vertretungen durch die DKP in den Bergarbeiterstädten Gladbeck und Ahlen und in der Stahlarbeiterstadt Hattingen 1980 zu. Wie sich aus den Erklärungen der DKP Ruhr-Westfalen ergibt, sieht sie in diesen Parlamentspositionen Mittel auch zur Vertretung der Interessen der Belegschaften der Großbetriebe der Industrie und der Dienstleistungen und zur Erweiterung ihres Einflusses in der Arbeiterklasse.

In der Durchsetzung des Konzepts des Strukturwandels[3] vertrauen die Herrschenden nicht allein dem stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse. Sie begreifen dies mehr oder weniger als Prozeß des Klassenkampfes und orientieren ihre Aktivitäten an dieser Gegebenheit. In der ersten Etappe der Krise bestand ihre politische

3 Vgl.: H. Bömer, Die Stahlkrise und ihre Moderatoren. Konzept der Vernichtung von Kapazitäten und Arbeitsplätzen, DVZ, 17. Februar und 24. Februar 1983; P. Schaaf, Ruhrbergbau und Sozialdemokratie. Die Energiepolitik der großen Koalition 1966–1969, Marburg 1978; Katalyse-Technikergruppe (Hrsg.), Ruhrgebiet – Krise als Konzept. Untersuchungen zur Situation und Zukunft eines industriellen Lebensraumes, Bochum 1982.
Seitens der Herrschenden vgl.: Wirtschaftspolitik für das Ruhrgebiet, vorgelegt von den Industrie- und Handelskammern des Ruhrgebiets Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen, Münster, Wiss. Beratung: Dr. W. Lamberts, o. O. 1982, S. 114, sowie: Frühjahrsgutachten 1983 der fünf Wirtschaftsinstitute, die der Bundesregierung eine Nichtsubventionierung der Stahlindustrie vorgeschlagen haben.

Strategie darin, den radikalen Strukturwandel mit sozialpartnerschaftlichen Maßnahmen (Sozialpolitik[4], regionale und sektorale Aktionen[5]) abzusichern.

Es liegt auf der Hand, daß dieses Konzept solange erfolgreich sein kann, solange es *erstens* noch ökonomische Voraussetzungen, d. h. einen Spielraum in der Sozialpolitik gibt (z. B. dafür, alle Stahlarbeiter mit 55 Jahren per Sozialplan vorzeitig zu verrenten), *zweitens* seitens der „vertrauten" Organisationen eine integrationistische Interpretation der Krise die Radikalisierung des Handelns und des Bewußtseins der Arbeiter sowie eine Solidarisierung mit den Arbeitslosen, die sogar oftmals ihre eigenen Kinder sind, verhindert, *drittens* kein antikapitalistischer, d. h. heute in erster Linie zunächst antimonopolistischer Ausweg aus der Krise ausgearbeitet ist[6] und *viertens* die Partei der Arbeiterklasse, die DKP, die klassenorientierten Teile der SPD und andere demokratische Kräfte noch nicht stark genug sind, um diesen Ausweg aus der Krise der Masse der Betroffenen und ihren bewußtesten Teilen, den Gewerkschafts- und Betriebsfunktionären, als einzige realistische Perspektive vermitteln zu können.

Will man umgekehrt die Chancen der Arbeiterklasse realistisch ausloten, müssen gerade diese politischen Faktoren betrachtet werden. Es ist somit im nächsten Abschnitt nach der Geschichte der politischen Strukturen der Arbeiterklasse in Dortmund zu fragen.

II. Ein Zentrum der Arbeiterbewegung gestern und heute

Es ist hier nicht möglich, die großen kämpferischen Traditionen der Dortmunder Arbeiterbewegung etwa nach dem ersten Weltkrieg, in der Zeit des Widerstandes gegen den Faschismus oder der Gründungszeit der Bundesrepublik nachzuzeichnen. In Kreisen der älteren Funktionäre der Gewerkschaften, der SPD und der Kommunisten ist jedoch noch nicht völlig vergessen, daß z. B. die KPD 1932 bei den Reichstagswahlen am 6. November mit 31,2 Prozent mehr Stimmen als die SPD (20,3 Prozent) erhielt, daß die Spaltung der Arbeiterbewegung von beiden Parteien und den Gewerkschaften mit hohem Blutzoll bezahlt werden mußte, daß die KPD auch bis 1956 in Dortmund ein gewichtiger Faktor war: Z. B. waren über die Hälfte der Betriebsräte der Westfalenhütte 1956 Kommunisten. Die Sozialdemokratie wurde zum Erben dieser Potentiale der Arbeiterklasse.

4 Autorengemeinschaft, Sozialplanpolitik in der Eisen- und Stahlindustrie. Mit ausgewählten Sozialplänen, Köln 1979.

5 Vgl. hierzu M. Schneidereit/H. Bömer, Arbeitnehmerorientierte Alternative für das Ruhrgebiet: Einzige Chance für diese Krisenregion, in: Arbeitskreis arbeitsorientierte Regionalwissenschaft (Hrsg.), Regionale Krise und Arbeitnehmerinteressen, Stadtplan 6, Köln 1981, S. 77 ff.

6 Vgl. Programm der DKP, Düsseldorf 1978; Arbeitsgruppe Alternativen der Wirtschaftspolitik, Memorandum 1981/1982/1983, Köln 1981–1983; DKP Dortmund (Hrsg.), Hoesch-Krupp Ruhrstahl AG, Dortmund 1982 und M. Schneidereit/H. Bömer, a.a.O.
Diese Ausarbeitung der Alternativen setzt zugleich eine Auseinandersetzung mit Scheinalternativen voraus, die hier jedoch nicht geleistet werden kann. Vgl. als Prototyp von Scheinalternativen: Katalyse-Technikergruppe (Hrsg.), Ruhrgebiet – Krise als Konzept, a.a.O., insbes. die Beiträge von E. Stratmann und A. Blume.

Von Dortmund aus wurden auch nach dem KPD-Verbot gewerkschaftliche und politische Kontakte zur DDR gehalten, was eine Voraussetzung für die Stärke der Bewegung für die Anerkennung der DDR war.

1967 erzwang der Marsch der Kumpel der Zeche Hansa mit ihren roten Fahnen durch Dortmund eine staatsinterventionistische Lösung der Krise des Ruhrbergbaus, die in die Bildung der Ruhrkohle AG mündete; 1968 war Dortmund ein Zentrum der Ostermarschbewegung gegen die Notstandsgesetze und den Vietnamkrieg. 1969 wurden in Dortmund von den Stahlarbeitern die Septemberstreiks ausgelöst, 1972 100000 Unterschriften für die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau gesammelt. Belegschaften von Großbetrieben standen bereit zum Streik, falls das auf Korruption beruhende Mißtrauensvotum gegen die Regierung *Brandt/Scheel* durchgekommen wäre.

Dortmund als heutiges und auch zukünftiges Zentrum der Arbeiterbewegung ist nicht ohne diese Geschichte und hierbei nicht ohne die spezifische Rolle der SPD zu verstehen. Von 1965–1972 verbesserte sich die SPD bei den Bundestagswahlen von 52,3 auf 60,2 Prozent, während die CDU von 39,1 auf 32,4 Prozent abnahm. Die großen Erfolge der Entspannungspolitik und Reformpolitik waren damit Erfolge der SPD, der Gewerkschaften und auch der im Vergleich zu vor 1956 zahlenmäßig sehr kleinen kommunistischen Partei; Dortmund war parlamentarische *und* außerparlamentarische Stütze der sozialdemokratischen Bundes- und Landespolitik, war aber gleichzeitig in den Großbetrieben ein Zentrum der Aktionseinheit. Dortmund wurde als „heimliche Hauptstadt der SPD" im Herzen des Reviers angesehen, und gerade ein Politiker wie *W. Brandt* hatte hier mit sozialen Gerechtigkeitsappellen besondere Resonanz. Die SPD hat in Dortmund heute 40000 Mitglieder.

Diese Traditionen wirken heute in spezifischer Weise. Sie sind eine zwieschlächtige Grundlage für die Revitalisierung von Klassenbewußtsein. Es ist einerseits ausgeprägter Sinn dafür vorhanden, daß in der Zeit der Entspannungs- und Reformpolitik Verteidigenswertes geschaffen worden ist, daß es sich lohnt, diese Erfolge kämpferisch zu verteidigen. Die Arbeiter und ihre Funktionäre waren und sind stolz auf das, was in dieser Zeit geschaffen worden ist. Ein gewisser, für Nichtkenner des Ruhrgebietes oft unverständlicher Lokal- und Regionalpatriotismus hat sich herausgebildet bzw. erhalten. Andererseits wurden in dieser Zeit starke Illusionen über den Charakter des Kapitalismus und der SPD entwickelt, die teilweise erklären, warum die seit 1975 verstärkt einsetzende „Konsolidierungspolitik", die bereits durch die Politik der Berufsverbote 1972 anvisiert worden war, in Dortmund zu einer massiven Lähmung der Gewerkschafts- und der SPD-Politik führen mußte.

Der außerparlamentarische Widerstand gegen die schleichende Zurücknahme der Reformpolitik der sozialliberalen Koalition durch die Regierungen unter *H. Schmidt* hat aber gleichzeitig dazu geführt, daß eine Reihe von sozialdemokratischen und parteilosen Funktionären in den Industriebetrieben und Verwaltungen diesen Kurs sehr früh als verhängnisvoll erkannten, öffentlich ihre Kritik äußerten, sich teilweise außerhalb ihrer Partei und ihrer Gewerkschaften an den außerparlamentarischen Bewegungen beteiligten und deshalb heute als anerkannte linke Persönlichkeiten in Dortmund Repräsentanten einer linken Alternativpolitik sind.

In Dortmund ist die SPD einschließlich eines größeren Teils ihrer Funktionäre in ihrer Sozialstruktur eine Arbeiterpartei geblieben. Dies zeitigt eine doppelte Wir-

kung: Einerseits gehörten die Dortmunder Sozialdemokraten nicht zu den linken Kritikern der „Konsolidierungsstrategie" seit 1975; Ideen und Anstöße der neuen sozialen Bewegungen konnten in der SPD und den Gewerkschaften keine starken Positionen erringen. Negativer Höhepunkt war hier sicherlich die 1977 von Kernkraftwerksunternehmen und ihren betriebssyndikalistisch orientierten Betriebsräten inszenierte und dann von einigen Gewerkschaftsvorständen geduldete und mitgetragene bundesweite Massenveranstaltung im Westfalenstadion zur Unterstützung des Bonner AKW-Programms.

Andererseits stellt ihr Charakter als Arbeiterpartei heute die SPD unzweideutig vor die Frage, ob sie sich mit der tendenziellen Liquidierung der Industrie in Dortmund, und hier besonders der Hoesch-Hüttenwerke, ihre eigene Existenz als bundes-, landes- und kommunalpolitischer Faktor in Frage stellen lassen will. Von 1959–1980 sank die Zahl der im Bergbau Beschäftigten von 44 270 auf 17 295, in der Eisen- und Stahlindustrie von 36 488 auf 23 478. Allein von September 1979 bis Mai 1983 hat sich die Zahl der Stahlarbeiter weiter um ca. 10 000 verringert! Falls die SPD und die von ihr geführten Gewerkschaften in der nächsten Zeit nicht auf Kampf zur Verteidigung der schwerindustriellen Basis in Dortmund, im Ruhrgebiet und darüber hinaus setzen, könnte Wirklichkeit werden, daß diese beiden Wirtschaftszweige 1990 über weniger als 10 000 Beschäftigte in Dortmund verfügen, ohne daß auch nur in Ansätzen alternative Beschäftigungsmöglichkeiten in Aussicht stünden. Arbeitslosenquoten von 25 und mehr Prozent sind dann absolut gewiß. Daß die Rechtsregierung und ihre Parteien ein fundamentales politisches Interesse daran haben, der SPD und der Gewerkschaftsbewegung gerade im Ruhrgebiet das Rückgrat zu brechen und daß ihr die Wirkungen der Krise speziell auf die Schwerindustrie hierbei entgegenkommen, dürfte offensichtlich sein. Vor diesem Hintergrund ist es auch nicht überraschend, daß die CDU ihren angeblichen Charakter als Volkspartei gerade im Ruhrgebiet herauszustreichen versucht. Die folgenden Ausführungen über die sozialen und politischen Bewegungen in Dortmund zu Beginn der 80er Jahre stehen vor dem Hintergrund dieser dramatischen Situation.

III. Soziale und politische Aktivitäten zu Beginn der 80er Jahre

Die Situation in Dortmund läßt sich bezüglich der genannten vier Bedingungen für eine erfolgreiche Durchsetzung der politischen Strategie der Herrschenden für einen radikalen ökonomischen Strukturwandel wie folgt charakterisieren: Bedingung 1 war in Dortmund bis Mitte 1983 auf der betrieblichen Ebene der Stahlindustrie und des Bergbaus in extremem Ausmaß erfüllt. Ein für die Stahlindustrie insgesamt sehr weitgehender Sozialplan mit 93prozentiger Absicherung des letzten Nettogehalts für die Arbeiter des Leitbetriebes Hoesch kann und muß als „Stillhalteprämie" bezeichnet werden. Gleichzeitig werden jedoch die Folgewirkungen (z. B. die kommunalen Finanzprobleme) voll auf die Betroffenen abgewälzt.[7] Seit 1982/83

7 Wo die ökonomischen Spielräume bereits wesentlich enger geworden sind, z. B. in der saarländischen Stahlindustrie, wurde die Sozialpartnerschaftspolitik schon sehr gezielt durch eine brutale Erpressungspolitik seitens der Unternehmer und des Staates ergänzt. Vgl. H. Bömer, ARBED und die Stahlkrise, in: Rote Blätter, 1/83.

ändern sich jedoch die Bedingungen relativ abrupt. Es erfolgt der Eintritt der Krise in ihre zweite Etappe: die Sozialpläne werden verschlechtert, die Rentenansprüche massiv reduziert.

Bedingung 2 ist in Dortmund partiell in Auflösung begriffen, wobei diese Ablösung der integrationistischen Interpretation der Krise in Richtung auf klassenmäßige Einsichten in die Krisenursachen und Alternativen[8] nicht stabil ist.

Bedingung 3, d. h. die Formulierung von wirtschafts- und sozialpolitischen Alternativen, ist für Dortmund, die Stahlindustrie, den Bergbau im großen und ganzen erfüllt, wobei die Alternativen für die Stahlindustrie sogar schon in der IG Metall breit diskutiert und teilweise verankert sind. Zur 4. Bedingung, der Stärkung der DKP und anderer demokratischer Kräfte, sind einige Ausführungen erforderlich. Entsprechend der Erfahrung der Arbeiterbewegung und der anderen demokratischen Bewegungen, daß es eine Vielfalt von Zugängen zur antikapitalistischen und antimonopolistischen Politik gibt und immer gegeben hat, darf nicht nur der ökonomische Aspekt der Auseinandersetzungen zwischen den antagonistischen Klassen betrachtet werden.

Ökonomische und sozialpolitische Kämpfe

Als Resultat der Einschätzung der Kämpfe um „Stahlwerk Jetzt!" konnte 1981 festgestellt werden, nachdem die Vertrauensleuteversammlung der Hoesch Hüttenwerke AG (ca. 1000 Vertrauensleute) unter dem Eindruck der erpresserischen Konkursdrohung des Konzernvorstandes dem Verhalten der Belegschaftsvertreter im AR bei nur wenigen Gegenstimmen „schweren Herzens" zugestimmt hatte (Inhalt des AR-Beschlusses: Belegschaftsreduzierung von 19 500 auf 13 000 bei gleichzeitigem Bau eines Ersatzstahlwerks und der Modernisierung der Weiterverarbeitung), daß die neue Lage (d. h. die Trennung vom niederländischen Konzernteil Hoogovens sowie die Fusionsplanung mit Krupp) „die Hoesch-Belegschaften und ihre Funktionärskörper zu neuen Konsequenzen (zwingt), gleichgültig, ob sie dem bisherigen Vorleistungskonzept zugestimmt haben oder nicht. In der Vergangenheit wurde in Dortmund schon öfter gezeigt, daß aus scheinbar hoffnungslosen Situationen heraus eine neue Phase des Kampfes entwickelt werden kann."[9]

Genau diese Situation ist ein Jahr später mit der nochmaligen Verschärfung der Stahl- und Regionalkrise eingetreten. Von den Trägern der betrieblichen und außerbetrieblichen Bewegung für „Stahlwerk Jetzt!" wurde die vom Inhalt und der Form her antimonopolistische Forderung nach Verstaatlichung und demokratischer Kontrolle der Stahlindustrie entwickelt und zum ersten Male seit Mitte der 60er Jahre, als es im Bergbau für eine kurze Zeit eine Diskussion über die Eigentumsfrage in offensiver Form gegeben hatte, in den betrieblichen und gewerkschaftlichen Funktionärskörpern als ernsthafte Alternative verankert,[10] wobei die Hoesch-

8 Vgl. etwa: IGM Verwaltungsstelle Dortmund, Neuordnung der Stahlindustrie, Dortmund, Dezember 1982.

9 H. Bömer/U. Bohnenkamp, „Stahlwerk Jetzt!" – Für die Erhaltung der Stahlbasis in Dortmund, in: Soziale Bewegungen 11, Analyse und Dokumentation des IMSF, Frankfurt 1982, S. 56.

10 Vgl. hierzu den Artikel von Heinz Thüer in diesem Band; vgl. auch H. Lenz, Stahlindustrie und Verstaatlichung, in: Marxistische Blätter 3/83, S. 77ff. In defensiver Form wird die Eigentumsfrage seit Jahren im Kampf gegen die Privatisierung von staatlichen und kommunalen Betrieben behandelt.

Betriebsgruppen der DKP und ihre Betriebszeitung „Heiße Eisen" sowie zahlreiche sozialdemokratische Betriebsräte und Vertrauensleute eine wesentliche Rolle gespielt haben. Dies beweist, daß sich aus Abwehrkämpfen gesellschaftspolitisch offensive Bewegungen der Arbeiterklasse entwickeln können, daß eine hohe Lernfähigkeit des Kerns der Arbeiterklasse vorhanden ist, auf den gesetzt werden muß.

Dortmund war neben Stuttgart im Herbst 1982 mit 100 000 Demonstranten aus NRW das Zentrum der DGB-Demonstrationen gegen die Sozialabbau-Operation '83, die nach dem Regierungswechsel vom September 1982 mit der Installierung der Rechtskoalition eine besondere Note bekamen[11] und von den Teilnehmern sehr eng mit dem Kampf um Abrüstung, gegen die Stationierung der amerikanischen Raketen verknüpft wurden.

Der DGB-Kreis Dortmund weist mit 1978 151 258 in DGB-Einzelgewerkschaften organisierten Mitgliedern – bei 264 300 in Dortmund beschäftigten Arbeitern, Angestellten und Beamten – eine Organisationsquote von 57 Prozent aus. Sie liegt weit über dem Bundesdurchschnitt (etwa 30 Prozent). Die größten Einzelgewerkschaften hatten 1978[12] folgende Mitgliederzahlen: IG Metall 54 205 (darunter in der Eisen- und Stahlindustrie ca. 30 000, Organisationsquote – OQ – 100 Prozent), OQ ca. 60 Prozent; ÖTV 25 132 (OQ etwa ein Drittel); IGBE 24 254 (OQ 87 Prozent); HBV 11 554 (OQ in den Kaufhäusern bis 100 Prozent und im Großhandel bis zwei Drittel); NGG 7415 (mit Organisationsschwerpunkt in den Brauereien); DPG 7060; BSE 6919 (OQ ca. 40 Prozent); GdED 4770. Die Statistik weist aus, daß die modernen Dienstleistungssektoren (ÖTV, DPG, HBV) heute auch in Dortmund (und anderen alten Zentren) ein zweites starkes Standbein der Gewerkschaftsbewegung sind.

Aufgrund jahrelanger Bemühungen gibt es inzwischen in einem Teil des DGB eine *aktive Frauenarbeit,* die auch jeweils am 8. März in öffentlichen Veranstaltungen zum Ausdruck kommt, und eine aktive Friedensarbeit, die sich in Aktivitäten zum Antikriegstag, zum 8. Mai und auch in partiellen Aufrufen zur Teilnahme an den vom Dortmunder Friedensplenum ins Leben gerufenen Ostermärschen 1982 und 1983 ausdrückt.[13]

Bei der Charakterisierung der Dortmunder Gewerkschaften darf nicht unerwähnt bleiben, daß der Funktionärskörper, speziell der hauptamtliche, in sicherlich extrem hohem Maße mit der SPD verflochten ist und daß die SPD ihrerseits in Dortmund seit 15 Jahren als die Regierungspartei schlechthin gilt, da sie neben der Bundes- und Landesregierung auch noch die kommunalen Mehrheiten und selbst den Hoesch-Vorstandsvorsitzenden *(Rohwedder)* stellte bzw. stellt. Insofern ist es nicht verwunderlich, daß sich speziell Teile der Jugend mit ihren neuen Problemen und Bedürf-

11 Zur insgesamt sehr unbefriedigenden Reaktion der Gewerkschaftsbewegung auf die massive Politik des Sozialabbaus vgl. H. Dybowski u. a., Nicht wehrlos – doch wohin? Gewerkschaften und neue soziale Bewegungen unter der CDU-Herrschaft, Soziale Bewegungen 12, Analyse und Dokumentation des IMSF, Frankfurt 1983.

12 Vgl. Projektgruppe Arbeitsorientierte Stadtentwicklungs- und Regionalpolitik, Dortmund. Die regionale Entwicklung. Ein Problem der Arbeitnehmer! Eine Aufgabe der Gewerkschaften! (Abt. Raumplanung, Universität Dortmund), Dortmund 1979. Die Kreisgrenzen des DGB und seiner Einzelgewerkschaften sind nicht identisch mit denen der Stadt Dortmund!

13 1981 wurde zum ersten Mal seit ca. 15 Jahren zu Ostern eine Demonstration der Dortmunder Friedensbewegung zum Atomwaffenlager Opherdicke organisiert.

nissen teilweise radikal von den Gewerkschaften und den Sozialdemokraten abgewandt haben. Eine besonders negative Rolle spielten hierbei der Skandal um die „Neue Heimat" sowie lokal der Abriß des Gebäudes der ehemaligen IG-Metall-Schule Heidehof.

Die sozialpolitischen Aktivitäten in Dortmund zeichnen sich dadurch aus – und dies ist vielleicht eine Besonderheit für Dortmund und das Ruhrgebiet insgesamt – daß bis auf wenige Ausnahmen (Umweltschutzbewegung und Häuserkampf in alten Sanierungsgebieten) auch die sogenannten neuen sozialen und demokratischen Bewegungen von Vertretern der Arbeiterklasse maßgeblich mitgestaltet und getragen werden. Deshalb gibt es in den neuen sozialen Bewegungen ein relativ ausgeprägtes Bewußtsein über die Bedeutung der Entwicklung der Arbeiterbewegung für die Lösung der von ihnen thematisierten Probleme. Dies gilt auch und vor allem für die Friedensbewegung.

Als eine Art Koordinierungsgremium der vielfältigen Initiativen gegen Arbeitsplatzvernichtung und Rotstiftpolitik in Dortmund hat sich das *Dortmunder Anti-Rotstift-Komitee* entwickelt, in dem Einzelpersonen und Initiativen vertreten sind, das jährlich Alternativvorschläge zum Kommunalhaushalt entwickelt und hierzu Unterschriften sammelt sowie Veranstaltungen organisiert. Die aktive Mitarbeit von Betriebs- und Personalräten kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der DGB-Kreis Dortmund und die Einzelgewerkschaften diesem „neuen" Feld der Interessenvertretung noch nicht ausreichend Rechnung tragen und sich noch nicht auf die Situation eingestellt haben, daß die alte Tradition der Arbeitsteilung zwischen Gewerkschaften und SPD-Kommunalpolitik, die zu einer weitgehenden Enthaltsamkeit der Gewerkschaften in der kommunalpolitischen Interessenvertretung geführt hat, in der derzeitigen Situation keine positiven Ergebnisse mehr bringen kann.

Auf sozialer Ebene sind ferner die *Mieterinitiativenbewegung*, die *Häuserkampfszene*, die sehr aktiven *Kindergarteninitiativen*, die bereits zahlreiche Massendemonstrationen gegen die Verschlechterung des Kindergartengesetzes NRW organisiert haben, sowie *Umweltschutzinitiativen* zu nennen, deren Schwerpunkte verkehrs- und energiepolitische Fragen sind. Die Anti-AKW-Bewegung in Dortmund, die sich im wesentlichen auf die Objekte THTR 300 (Hochtemperaturreaktor) in Hamm-Schmeehausen, die Verhinderung eines großen (Atom-)Kraftwerkskomplexes nördlich von Dortmund (Rieselfelder) sowie großdimensionierte Kohleveredelungsanlagen konzentriert, hat im Ruhrgebiet aufgrund der sehr harten rechten Position der IGBE-Führung einen schweren Stand und neigt deshalb zu antigewerkschaftlichen Positionen.

Die bislang beste Verbindung von Arbeitsplatzsicherungs- und Umweltschutzargumenten konnte in der Bewegung „Stahlwerk Jetzt!" herausgearbeitet werden, indem nachgewiesen wurde, daß die Liquidierung der Rohstahlbasis in Dortmund zugleich die Liquidierung einer günstigen Verbundwirtschaft Kohle-Stahl-Elektroenergieerzeugung-Fernwärme bedeuten würde. Damit wurde zugleich ein konkreter Anknüpfungspunkt für Diskussionen zwischen Sozialdemokraten, Grünen und Kommunisten über eine alternative Wirtschaftspolitik gefunden.

Demokratische Aktivitäten

Eine große Bedeutung für die linke und demokratische Politik in Dortmund haben heute die *Universität* und die Fachhochschulen, in denen mit ca. 2400 Beschäftigten und ca. 21 000 Studenten eine objektive Grundlage für eine jahrzehntelang im Ruhrgebiet vermißte Verbindung von Wissenschaft und Arbeiterbewegung geschaffen ist. In den Hochschulen der vier Zentren des Ruhrgebiets studieren inzwischen immerhin ca. 80 000 der 350 000 Studenten des Landes NRW. An der Universität und der Fachhochschule Dortmund, die einen besonders hohen Anteil von Arbeiterkindern an den Studierenden aufzuweisen haben, gibt es eine größere Zahl von Wissenschaftlern, die mit den Gewerkschaften in Forschung und Ausbildung kooperieren. Die gewerkschaftlich orientierten Studentenverbände mit dem MSB Spartakus als Kern stellen seit Jahren die Studentenausschüsse bzw. wirken in breiteren Bündnissen mit und tun alles, um eine Stärkung rechter Studentenverbände, die in Hochschulen mit naturwissenschaftlich-technischem Schwerpunkt traditionell starke Positionen haben, zu verhindern. Die Beschäftigten der Hochschulen verfügen mit inzwischen erfahrenen Personalratskörpern und Gewerkschaften über wirksame Interessenvertretungsorgane, die fest in der demokratischen Bewegung Dortmunds verankert sind. Somit sind insgesamt gute Voraussetzungen gegeben, um der massiven Rotstiftpolitik im Hochschulwesen des Landes NRW Widerstand entgegensetzen zu können und die Existenz der Hochschulen des Ruhrgebietes zu verteidigen. Eine Demonstration mit nationaler Signalwirkung fand vor diesem Hintergrund im November 1980 in Dortmund statt, als 7000 der damals 15 000 Hochschulangehörigen mit dem Rektorat an der Spitze gegen den Stopp der Ausbaupläne demonstrierten. Vor diesem Hintergrund verfügen die linken Organisationen an den Hochschulen über eine solide Mitgliederbasis.

Die *antifaschistischen Aktivitäten* spielen in Dortmund eine hervorragende Rolle. Ein Spezifikum besteht darin, daß die Sozialdemokraten einschließlich ihrer Führung partiell eine positive Rolle spielen, wenn sie auch andererseits oftmals keine Versuche machen, Zusammenrottungen der Neofaschisten zu verhindern. Jährlich finden am Karfreitag von der Stadt Dortmund organisierte Gedenkveranstaltungen für die über 300 am Karfreitag 1945 in Dortmund ermordeten Antifaschisten statt, unter denen sich zahlreiche Kommunisten und Sozialdemokraten, Polen, Franzosen, Belgier und Holländer befanden. Durch diese jährlich stattfindenden Veranstaltungen werden die aktiven Mitglieder der demokratischen Organisationen einschließlich der Gewerkschaften seit Jahren in antifaschistischem Geiste erzogen.

Eine zweite Besonderheit ist die ständige Ausstellung und Dokumentation im Auftrage des Rates der Stadt Dortmund „Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933–1945", die seit 1981 in Schulen, Hochschulen, Betrieben und Verwaltungen gezeigt wird und deren Katalog in Dortmund in hoher Auflage verkauft wird.[14] Die Mitglieder des Kuratoriums der ständigen Ausstellung und Dokumentation setzen sich aus allen Organisationen der Verfolgten (AG verfolgter Sozialdemokraten, VVN-BdA), der jüdischen Kultusgemeinde, dem DGB-Vorsitzenden sowie den Bürgermeistern und Vertretern von SPD, DKP, CDU und FDP zusammen.

14 Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933–1945. Ständige Ausstellung und Dokumentation – erstellt vom Stadtarchiv, Dortmund 1981.

Einen breiten Raum nehmen Aktivitäten zur *Verteidigung demokratischer Rechte* ein, gegen die Berufsverbote, gegen die Volkszählung, gegen Übergriffe der Polizei, gegen die negativen Folgen des Kabelfernsehens,[15] gegen den Abbau der Mitbestimmung in der Montanindustrie sowie gegen die Disziplinierung von aktiven Betriebs- und Personalräten.

Ebenfalls entfalten sich Aktivitäten zur Verteidigung des vorhandenen Kulturangebotes sowie zur Entwicklung eines demokratischen Kulturwesens (z. B. durch die in der Kulturkooperative Ruhr zusammengeschlossenen Künstler). Eine große und erfolgreiche Bewegung entwickelte sich gegen die geplante Schließung des Dortmunder Theaters im Zuge der kommunalen Rotstiftpolitik, die mit vielfältigen Aktionen und Demonstrationen abgewehrt werden konnte.

Eine wichtige Rolle spielen die *Auslandskulturtage der Stadt Dortmund*, die 1983 zum zweiten Male nach 1973 der Sowjetunion gewidmet waren und neben dem kulturellen Wert ein gewichtiger Beitrag zur Festigung der Entspannungspolitik sind.

Eine besondere Breite und Stärke hat in Dortmund die *Friedensbewegung* erreicht, wobei die aktive Teilnahme von Betriebs- und Personalräten sowie von Gewerkschaftsfunktionären ein Charakteristikum ist. Daß von Dortmund die Wiederbelebung des Ostermarschgedankens ausging, ist bereits erwähnt worden. Ebenfalls bemerkenswert ist, daß eine starke Orientierung auf die Betriebe und die Gewerkschaften besteht. Der Ostermarsch Ruhr 1983 fand in Dortmund mit ca. 100 000 Teilnehmern seinen Abschluß und war besonders durch die Verbindung von Arbeiter- und Friedensbewegung charakterisiert.

Parteien, Wahlen und Aktionseinheit

Daß es auch nach dem 6. März 1983 noch eine Großregion in der Bundesrepublik gibt, die über eine sichere Mehrheit „links von der CDU/CSU/FDP" verfügt, geht aus der folgenden Tabelle eindeutig hervor.[16]

Tabelle: Ergebnisse der Bundestagswahlen vom 6. März 1983 (Zweitstimmen)

	CDU/CSU	SPD	F.D.P.	Grüne
BRD	48,8	38,2	6,9	5,6
NRW	45,2	42,8	6,4	5,2
KVR[1]	36,6	53,4	4,5	4,9
Dortmund	34,1	55,1	4,3	5,9

1 KVR: Kommunalverband Ruhr

15 Vgl. hierzu DKP (Hrsg.), Die Kabelschau der Monopole, Beitrag H. Rudnick, Düsseldorf 1983.
16 Vgl. Kommunalverband Ruhrgebiet (Hrsg.), Ruhrgebiet aktuell, 6. Jg., 7. März 1983.

Bemerkenswert ist, daß CDU/FDP seit 1980 im KVR-Gebiet (41,4 Prozent) sogar geringfügig auf 41,1 Prozent abnahm!

In Dortmund sieht das Bild für CDU/FDP sogar noch ungünstiger aus. Mit 38,4 Prozent konnten die Rechtsparteien nicht einmal 40 Prozent der Stimmen gewinnen.

Zwar verlor die SPD 3,8 Prozent und gewann die CDU 4,0 Prozent hinzu, zugleich erreichten jedoch die Grünen 5,9 Prozent und konnten die FDP unter die 5-Prozent-Marke drücken. Die Grünen erzielten in Dortmund mit 5,9 Prozent – gefolgt von Bochum mit 5,8 – ihr bestes Ergebnis im Ruhrgebiet und kamen sogar über ihren Bundesdurchschnitt von 5,6 Prozent.

Die DKP erreichte in den Dortmunder Wahlkreisen folgende Stimmenanteile (Zweitstimmen): Dortmund I 0,4 Prozent, Dortmund II 0,3 Prozent, Dortmund III 0,3 Prozent. Auch in den Städten, in denen die DKP über eine Rathausfraktion verfügt und somit bei Kommunalwahlen über 5 Prozent der Stimmen kommt, erreichte sie bei den Bundestagswahlen nicht über 0,7 Prozent (so in Bottrop).

Der Vergleich der Dortmunder Ergebnisse der Grünen und der DKP ist unter verschiedenen Gesichtspunkten von Interesse:

– Es ist zu vermuten, daß auch ein größerer Teil der mit der SPD unzufriedenen aktiven, fortschrittlichen Mitglieder der Gewerkschaften die Grünen gewählt hat. Die große Aktivität der Kommunisten und der fortschrittlichen und aktiven Gewerkschafter im Ruhrgebiet hat sich nicht in einer entsprechenden Stimmabgabe für die DKP niedergeschlagen.

– Die besondere *Aktivität* der linken und demokratischen Kräfte in Dortmund hat stattdessen zu einem starken Stimmenanstieg der Grünen geführt, der jedoch in einem krassen Mißverhältnis zu ihrer eigenen außerparlamentarischen Aktivität sowie ihrer organisatorischen Kraft steht. Allerdings spiegelt dieses Ergebnis wider, daß sowohl die Wahlarithmetik (verschenkte Stimmen) als auch die (antikommunistischen) Vorbehalte der die etablierten Parteien ablehnenden Wähler gegenüber der DKP den Grünen jenes Wählerpotential verschafft haben, das den (falschen) Eindruck entstehen lassen kann, daß die Grünen die Partei der außerparlamentarischen Bewegung in Dortmund sind.

– Drittens zeigen die Wahlergebnisse, daß nach wie vor der größte Teil der aktiven, progressiven Gewerkschafter die SPD als ihre Partei betrachtet und in ihr für eine Richtungsänderung eintritt.

Geht man von der gegenwärtigen Situation aus, dann ist es offensichtlich, daß das Widerstandspotential noch nicht ausreichend ist, um die gravierenden Folgen von Krise und Strukturveränderung auf die werktätige Bevölkerung des Ruhrgebietes und Dortmunds abzuwehren. Bei der Beurteilung der Möglichkeiten darf auch nicht außer acht gelassen werden, daß Teile der SPD, die ihre Stütze in den Gewerkschaften der Branchen Kohle, Stahl, Bau und Chemie haben, ihre Perspektive für die 80er Jahre und die Krisenlösung eher in einer großen Koalition oder einer Burgfriedenspolitik mit der CDU sehen als in einer Linksentwicklung. Die Politik der Führung der IG Bergbau und Energie ist dafür charakteristisch.[17]

17 Vgl. die Kräfte in der SPD und den Gewerkschaften, die dem Konzept von R. Löwenthal folgen. Vgl. K. Schacht, SPD in den 80er Jahren. Soziologische und politische Aspekte der Krise der Sozialdemokratie, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5, Frankfurt 1982, S. 143ff.

Unter diesen Bedingungen entspricht es nicht nur einem parteipolitischen Zweck, wenn sich die DKP auf die Stärkung ihrer Positionen in den Betrieben und Kommunen orientiert.[18] Vielmehr erscheint dies unabdingbar, um im Interesse der Arbeiterklasse eine Linksentwicklung in der SPD durchzusetzen. In diesem Sinne bleibt es auch in Dortmund und im Ruhrgebiet eine Schlüsselfrage, die gemeinsamen Interessen der Arbeiterklasse und der sozialen Träger der neuen sozialen Bewegungen zu befördern und in schlagkräftigen Massenbewegungen zur Geltung zu bringen. Dies macht es offenkundig auch erforderlich, daß sich die Aktivitäten jener Belegschaften, in deren Kernen Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten praktiziert wird, auch auf überbetriebliche Probleme richten.

18 Vgl. hierzu die 6. und 7. Parteivorstandstagung der DKP sowie den Rechenschaftsbericht des DKP-Kreisvorstandes, gehalten auf der Delegiertenkonferenz der DKP Kreis Dortmund am 23. April 1983.

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 6/1983

„Vergesellschaftung der Stahlindustrie" – Träger, Triebkräfte, Ziele der Bewegung

Heinz Thüer

I. Stahlkrise und Arbeitsplatzabbau – II. Die Verstaatlichungsdiskussion in der IG Metall und das „Dortmunder Modell" – III. Ausbreitung der Verstaatlichungsforderung – Segmentierungsprozesse – informelle Strukturen – IV. Triebkräfte der Bewegung – V. Verstaatlichungsforderung – Blockierungen, Grenzen, Möglichkeiten

Es ist unübersehbar, daß die langanhaltenden Krisenprozesse und -erfahrungen in der Arbeiterklasse der Bundesrepublik Tendenzen der Resignation, der Opferbereitschaft, der kampflosen Hinnahme des massiven Abbaus von sozialen und rechtlichen Errungenschaften begünstigen. Dies gehört zu den Erfahrungen der gewerkschaftlichen und betrieblichen Bewegungen der letzten Jahre. Jedoch hängt die Reaktion von Belegschaften und der Klasse insgesamt in starkem Maße von der gewerkschaftspolitischen Orientierung ab. Es gibt, neben dem Druck nach rechts, zugleich ausgeprägte und sich verstärkende Tendenzen einer kämpferischen Orientierung sowohl auf betrieblicher Ebene wie in gewerkschaftlichen Organisationsgliederungen. Die Krise der traditionellen sozialpartnerschaftlichen Orientierung unter den veränderten Reproduktionsbedingungen des Kapitals und eingeschränkten sozialpolitischen Spielräumen findet insofern ihren Ausdruck in einer deutlichen Polarisierung gewerkschaftlicher Orientierung, die beachtliche Ansätze einer Neuorientierung einschließt. Damit entwickeln sich in der Arbeiterklasse Bewußtseinsprozesse, die dem Versuch entgegenwirken, eine „Sozialpartnerschaft auf schmalerer Basis" als neues „Modell" der Beziehung von Lohnarbeit und Kapital zu etablieren.[1] Der Untersuchung solcher Ansätze ist der vorliegende Beitrag gewidmet.

In der Diskussion über die Bildung gewerkschaftlicher Gegenmacht zeigen sich viele Elemente der Suche nach gesellschaftspolitischen Alternativen. Dabei hat insbesondere in Bewegungen gegen Arbeitsplatzabbau und Werksschließungen die Forderung nach Verstaatlichung in neuakzentuierter Form Auftrieb erhalten. Dies gilt in starkem Maße für den Stahlsektor.[2] Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder, die sich eine wirksame Antikrisenpolitik, die Sicherung und Ausweitung gewerkschaftlicher Mitbestimmungspositionen nicht ohne staatliche Eingriffe vorstellen können, wächst. Dabei handelt es sich nicht um den bloßen Rückgriff auf die traditionelle

1 Vgl. hierzu die Analysen in: H. Bömer u. a., Neue Beweglichkeit – neue Impulse? Soziale Bewegungen. Analyse und Dokumentation des IMSF H. 11, Frankfurt/M. 1982; H. Dybowski u. a., Nicht wehrlos – doch wohin? Ebd., H. 12, Frankfurt/M. 1983.

2 Aus Platzgründen kann auf die wachsende Verstaatlichungsdiskussion in anderen Bereichen nicht eingegangen werden.

wirtschaftsdemokratische Nationalisierungs- bzw. Sozialisierungsforderung.[3] Angesichts zahlreicher negativer Erfahrungen mit staatlichen Unternehmen und angesichts eines ausgeprägten Mißtrauens breiter Schichten gegenüber der Verrechtlichung und Verstaatlichung politischer wie sozialer Funktionen und Beziehungen bleibt das ursprüngliche Konzept der „Wirtschaftsdemokratie" hinter dem Anspruch einer Alternativkonzeption zurück, die die Überführung privatkapitalistischer Eigentumsformen in staatliches Eigentum mit mehr direkter Demokratie und Mitbestimmung verbinden will. Die Träger der aktuellen Verstaatlichungsforderung gebrauchen in diesem Zusammenhang auch häufig den Begriff der „Vergesellschaftung",[4] womit sich andeutet, daß es nicht nur um eine Alternative zur privatwirtschaftlichen Steuerung der Produktion, sondern auch zu einer Konzeption von Verstaatlichung geht, die Staatseigentum als kapitalistisches Eigentum auf der höchsten Stufe seiner Vergesellschaftung bei Beibehaltung alter Machtstrukturen und Kapitalverwertungsziele setzt.

Im folgenden soll näher untersucht werden, wie sich im Organisationsbereich der IG Metall die Forderung nach Verstaatlichung der Stahlindustrie entwickelt hat und inwieweit damit eine neue Qualität gewerkschaftlicher Alternativvorstellungen verbunden ist.

I. Stahlkrise und Arbeitsplatzabbau

In der Stahlindustrie der Bundesrepublik ist seit der Weltwirtschaftskrise 1974/75 die Beschäftigtenzahl als Folge der Konzentrations-, Stillegungs- und Rationalisierungswelle um ca. 90 000 von 345 000 (1974) auf 255 000 (1982) reduziert worden. In der eisenschaffenden Industrie wurden 20 Hochöfen mit einer Roheisenkapazität von jährlich 10 Millionen Tonnen, 100 Stahlwerksanlagen mit einer Rohstoffkapazität von 18 Millionen Tonnen und 49 Walzstahlstraßen mit einer Walzkapazität von 8,5 Millionen Tonnen zwischen 1974 und 1982 stillgelegt. Die Rohstahlerzeugung lag 1982 in der Größenordnung von 37 Millionen Tonnen – bei einer Kapazität von rund 55 Millionen Tonnen. Im gleichen Jahr mußten durchschnittlich 34 000 Beschäftigte kurzarbeiten, im Oktober 1982 waren es sogar 96 000 Beschäftigte.[5] Diese Zahlen lassen die Dimension und Dynamik der Stahlkrise zumindest erahnen.

Die ausgeprägte regionale Konzentration der Stahlindustrie im Ruhrgebiet und Saarland hat zur Folge, daß einzelne Städte und Regionen besonders nachhaltig von der Stahlkrise geprägt werden. Das im Januar 1983 von den „Stahlmoderatoren" vorgelegte Neuordnungskonzept der Stahlindustrie[6] sieht als neue Stufe monopoli-

3 Vgl. F. Naphtali, Wirtschaftsdemokratie, Köln/Frankfurt am Main 1977.

4 So explizit im Dortmunder Grundsatzpapier; vgl. FN 19.

5 Zur Krise in der Stahlindustrie vgl.: Memorandum 1981, Demokratische Wirtschaftspolitik gegen Marktmacht und Sparmaßnahmen, Köln 1981, S. 205–313; FAZ vom 10. November 1982; H. Bömer, Die Stahlkrise und ihre Moderatoren, in: DVZ vom 17. Februar und 24. Februar 1983; Der Gewerkschafter, 1/1983, S. 44f.; Memorandum 1983, Qualitatives Wachstum, Arbeitszeitverkürzung, Demokratisierung – Alternativen zu Unternehmerstaat und Krisenpolitik, Bremen 1983, S. 137–143.

6 Bei den „Stahlmoderatoren" handelt es sich um Beauftragte der Stahlkonzerne. Alle drei gehören Aufsichtsräten von Stahlunternehmen oder Banken an. Ihre Neuordnungsvorschläge sind veröffentlicht als: Stahlgespräche (im Dezember 1982 und Januar 1983), Berichte der Moderatoren, 23. Jan. 1983, hektographiertes Manuskript. Vgl. Darstellung und Kritik in: Memorandum 1983, a.a.O., S. 140ff.

stischer Krisenbewältigung eine weitere Konzentration der Stahlerzeugung auf zwei Großkonzerne („Gruppe Rhein" – Thyssen/Krupp; „Gruppe Ruhr" – Hoesch/Klöckner/Salzgitter) bei Stillegung ganzer Anlagen vor. So soll in Dortmund, einem traditionellen Zentrum der Stahlindustrie, die Stahlproduktion bis Ende der achtziger Jahre auslaufen. Da im Ruhrgebiet von 100 Stahlarbeitsplätzen 175 weitere Arbeitsplätze in anderen Branchen abhängig und pro Arbeitsplatz zwei bis drei Familienangehörige zu berücksichtigen sind, ist heute wenigstens ein Drittel der Dortmunder Bevölkerung direkt oder indirekt von der Stahlproduktion abhängig und von den Stillegungsplänen bedroht. Langfristig zeichnen sich damit für die Zentren der Stahlindustrie Zerfalls- und Verelendungsprozesse großen Ausmaßes ab.[7] Selbst in Duisburg, als „Heimatbasis" von Thyssen und Mannesmann das zweite Zentrum der Stahlindustrie im Ruhrgebiet,[8] schützt der besondere Standortvorteil nicht vor massiven Arbeitsplatzverlusten. Die „Stahlabhängigkeit" ist hier besonders hoch: Fast ein Viertel aller Arbeitsplätze entfällt auf den Stahlsektor. Zwischen 1976 und 1981 gingen bereits 9400 Arbeitsplätze (14 Prozent der Branche) verloren; sollte das Moderatorenkonzept verwirklicht werden, so würden voraussichtlich zwei Stahlwerke stillgelegt (Rheinhausen und Ruhrort) und die Arbeitslosenquote der Stadt durch das Rationalisierungsprogramm der „Gruppe Rhein" auf zwanzig Prozent steigen.

Ungesichert ist auch die Stahlindustrie des Saarlandes, auf die nach Vorstellung der Moderatoren die Produktion der „marktschwachen" leichten Stahlprofile konzentriert werden soll. Es ist keineswegs auszuschließen, daß der luxemburgische Mutterkonzern ARBED die bankrotte Saarstahl AG vollständig opfert, um seine Interessen in Belgien und Luxemburg wahrzunehmen. Im Saarland ging die Zahl der Stahlarbeitsplätze zwischen 1977 und 1982 von 36 200 auf 26 000 zurück. Von diesen entfallen heute etwa 20 000 auf den Bereich der ARBED-Saarstahl.[9]

Die Tiefe und die langanhaltende Dauer der Stahlkrise zeigen, daß nicht nur die privatkapitalistische Steuerung versagt hat, sondern auch die staatliche Politik der Subventionierung und Auffangplanung. Insgesamt sind weder gesamtwirtschaftlich belebende noch sozial- und regionalpolitisch sinnvolle Maßnahmen staatsmonopolistischer Regulierung absehbar. Vor diesem Hintergrund hat sich die Verstaatlichungsdiskussion in der IG Metall in den letzten Jahren neu belebt.

II. Die Verstaatlichungsdiskussion in der IG Metall und das „Dortmunder Modell"

Die Verstaatlichungsdiskussion knüpft heute an die frühen Neuordnungskonzeptionen des DGB[10] und die programmatische Kontinuität wirtschaftsdemokratischer Reformforderungen aus den 50er und 60er Jahren an. Anfang der 70er Jahre erfuhr die gesellschaftspolitische Diskussion im gesamten DGB eine merkliche Belebung, in

7 Vgl. L. Schröter, Liverpool: Dortmunds Zukunft?, in: Die Mitbestimmung, 8+9/82, S. 292ff.

8 Vgl. J. Bünnig, Stahlstadt Duisburg, in: J. Bünnig u. a., Stahlkrise. Regionalkrise, Duisburg 1983, S. 102–123.

9 Vgl. ebd., S. 95.

10 Vgl. IMSF (Hrsg.), Gewerkschaften und Nationalisierung in der BRD. Dokumente und Materialien, Frankfurt am Main 1973, S. 13–62.

deren Rahmen auch die Überführung von Schlüsselindustrien in Gemeineigentum immer wieder – wenn auch am Rande der Diskussion – thematisiert wurde.[11] Ausgeprägter fand die Forderung nach staatlichen Regulierungsmaßnahmen Aufnahme in programmatische Dokumente der IG Metall. Dies gilt auch für die jüngere Vergangenheit.

Mit der sich deutlicher abzeichnenden Stahlkrise erhielt die Verstaatlichungsforderung bereits ab 1977 innerhalb der IG Metall wachsende Resonanz. Die Stahlkonferenz im Mai 1977 votierte dafür, die Überführung von Stahlunternehmen in Gemeineigentum besonders in strukturschwachen Regionen privatwirtschaftlichen Lösungsversuchen vorzuziehen.[12] Auf dem 13. o. Gewerkschaftstag der IG Metall im September 1980 nahm *E. Loderer* ausführlicher als in den Jahren zuvor zur Verstaatlichungsforderung Stellung; er charakterisierte sie als eine zwar legitime, aber den politischen Durchsetzungsbedingungen nicht entsprechende Position.[13] Damit reagierte er u. a. auf die Stahlkonferenzen vom Januar und Juli 1980. Dort waren vermehrt Ansichten laut geworden, die die staatliche Subventionspolitik als unzureichend und keinesfalls krisenmildernd qualifizierten und darauf drängten, die Verstaatlichungsforderung zu aktualisieren.[14] Zugleich häuften sich die Hinweise auf die Grenzen der Montanmitbestimmung, da mit ihrer Hilfe weder Stillegungen noch Massenentlassungen verhindert werden konnten. Vor allem klassenorientierte Kräfte reflektierten mit diesen Argumenten die Grunderfahrung vieler IG Metall-Mitglieder, daß es im Vergleich zu den 60er und den frühen 70er Jahren überaus schwierig geworden war, Erfolge zu erzielen. Die gewaltigen Überkapazitäten und der niedrige Auslastungsgrad in der Stahlindustrie hatten sich im wesentlichen – trotz einer gedämpften konjunkturellen Belebung in den Jahren 1978/79 – nicht verändert, und der Arbeitsplatzabbau konnte zwar abgeschwächt, nicht aber gestoppt werden.[15] Darüber hinaus wiesen die Fusionsverhandlungen zwischen Hoesch und Krupp darauf hin, daß in den 80er Jahren eine Zentralisationswelle großen Ausmaßes bevorstehe. Die Hoffnung, ein konjunktureller Aufschwung werde die Probleme der Stahlindustrie lösen, wurde damit rasch enttäuscht.

In der sich nun entwickelnden Diskussion über die Zukunft der Stahlindustrie spielte neben einer Reihe von Entschließungen von Vertrauensleute-Körpern mit der

11 Der 9. DGB-Bundeskongreß forderte 1972 den Bundesvorstand auf, „angesichts der fortschreitenden Konzentration in der Wirtschaft verstärkte Bemühungen einzuleiten, um die Forderung des DGB-Grundsatzprogramms nach Überführung von Schlüsselindustrien in Gemeineigentum zu verwirklichen." Vgl. ebd., S. 143/144.

12 IG Metall (Hrsg.), Zur Situation bei Eisen und Stahl. Konferenz der IG Metall am 27. Mai 1977 in Dortmund, Frankfurt am Main 1977, S. 54f.; Zum Saarland vgl. J. Esser, Krisenregulierung und Gewerkschaften. Das Beispiel der saarländischen Stahlindustrie, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 12/1978, S. 772–781; Lenhardt/Weiß, Stahlkrise an der Saar – ein Kampf um Arbeitsplätze, nachrichten-reihe 11, Frankfurt am Main 1978, S. 71ff.

13 IG Metall, Protokoll 13. o. Gewerkschaftstag, 21.–27. September 1980 in Berlin, o. J., S. 335–341.

14 Vgl. IG Metall (Hrsg.), Der Kampf um den Erhalt der Montanmitbestimmung, Düsseldorf 1980; Bericht über die Stahlkonferenz vom 22. Januar 1980 in Mülheim/R., in: Gewerkschaftliche Monatshefte 5/1980, S. 341.

15 Bereits 1980 lag die Arbeitslosenquote in typischen Stahlstädten deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 3,8 Prozent: Neunkirchen 6,2 Prozent, Völklingen 8,9 Prozent, Salzgitter 7,5 Prozent, Duisburg 6,4 Prozent und Dortmund 6,1 Prozent. Zusammengestellt nach: Bünnig u. a., a.a.O., S. 40; Memorandum 1981, a.a.O., S. 230.

Forderung nach Verstaatlichung von Stahlkonzernen, denen allerdings ein handlungsorientiertes Programm fehlte, zuerst die Auseinandersetzung um das Saar-Modell eine wichtige Rolle.[16] Im Saarland war 1978 ein konzernbezogenes Investitions- und Sanierungsmodell entwickelt worden, das dem Staat eine wesentliche Finanzierungsrolle zusprach und sich insgesamt als ein geradezu klassisches staatlich gestütztes (und „korporatives") Regulierungsmodell auswies.[17] Vor diesem Hintergrund verabschiedete der IG-Metall-Vorstand im Mai 1981 Vorschläge zu einem „Strukturprogramm für die Stahlindustrie". Vorhandene Stahlarbeitsplätze sollten nicht eher wegfallen, bevor nicht Ersatzarbeitsplätze geschaffen worden seien; als Ziel wurde die Bildung regionaler, lebensfähiger Privatunternehmen mit staatlicher Unterstützung formuliert.[18] Dieses Programm ist nicht allein unter dem Gesichtspunkt seiner sozialpartnerschaftlichen Essenz zu werten. Es belegt auch, daß innerhalb der IG Metall sozialpartnerschaftliche Positionen meist mit weitgehenderen Vorstellungen zur Rolle staatlicher Eingriffe übereinstimmen.

Mit dem erneuten Einbruch der zyklischen Krise und dem Abbau von 25 000 Stahlarbeitsplätzen allein im Jahre 1982 spitzte sich die Krise der Stahlindustrie außerordentlich zu, so daß die Dortmunder Vertreterversammlung der IG Metall im Dezember 1982 konstatierte: „Das von der IG Metall im Mai 1981 vorgelegte Konzept einer Lösung der Stahlkrise ... ist durch die dramatische Entwicklung in der Eisen- und Stahlindustrie inzwischen in Frage gestellt worden."[19] Diese Erkenntnis weitete die Dortmunder IG Metall zu einer Konzeption der Verstaatlichung der Stahlindustrie aus. Das Konzept von 1981 könne – so das „Dortmunder Papier" – „in seinen positiven Elementen, nämlich der Sicherung einer dezentralen Produktions- und Standortstruktur sowie der Verhinderung einer vom Branchenstärksten (Thyssen AG, *H. T.*) dominierten privatwirtschaftlichen Sanierung nur im Rahmen einer nationalen und demokratischen Lösung gesichert werden."[20] Deshalb sei der „Gemeineigentums"-Artikel des Grundgesetzes auf die bundesdeutsche Stahlindustrie (einschließlich des Maschinenbaus und der Weiterverarbeitungsbetriebe der „Altgesellschaften") anzuwenden und eine nationale, paritätisch mitbestimmte Stahl-AG als Holding-Gesellschaft zu gründen – bei staatlicher Rahmenplanung und unter Beibehaltung dezentraler Mitbestimmungsstrukturen. Flankiert werden sollten diese Maßnahmen von einer gezielten Investitions-, Sozial- und Innovationspolitik. Da „auch in der BRD trotz Montanmitbestimmung die Kapitalstrategie nicht verhindert werden (kann), wenn die Belegschaften und Gewerkschaftsfunktionäre nicht über eine offensive Strategie verfügen", müsse die Errichtung einer nationalen, paritätisch mitbestimmten Stahl-AG als ein solches, offensiv durchzusetzendes Kampfziel verstanden werden. Die Beschlüsse der Duisburger Vertreterversammlung vom Februar 1983 zielten in die gleiche Richtung. Die Duisburger Vertrauens-

16 Vgl. H. Bömer u. a., a.a.O., S. 52ff.

17 Vgl. J. Esser, a.a.O.

18 Nach: Frankfurter Rundschau, 16. Mai 1981; und: E. Loderer auf der Stahlkonferenz der IG Metall am 24. Februar 1983 in Dortmund, hekt. Manuskript, S. 6.

19 Neuordnung der Stahlindustrie. Grundsatzpapier auf der Basis der Entschließung der Vertreterversammlung vom 13. Dezember 1982, hrsg. v. IG Metall, Verwaltungsstelle Dortmund, hektographiertes Manuskript. In Auszügen in: DVZ, 20. Januar 1983; UZ, 2. Februar 1983.

20 Ebd.

leute-Körper von Mannesmann-Huckingen, Krupp-Rheinhausen und Thyssen-Hamborn forderten darüber hinaus, „andere Schlüsselindustrien sowie die Banken ebenfalls in Gemeineigentum (zu) überführen".[21]

Das Neue an diesen Vorschlägen ist darin zu sehen, daß der Standpunkt der Kapitallogik in der Tendenz verlassen wird.[22] War die IG Metall im Saarland bereit, sich freiwillig an einem staatlich gestützten Kartell zu beteiligen, ließ sie sich in Dortmund zunächst auf Versprechen von Konzernleitung und Politikern ein[23] oder nahm sie im Falle ARBED-Saarstahl den Bankrott des einstigen Spitzenmodells mit einer zusätzlichen Erpressung durch die Konzernleitung und die Kohl-Regierung hin,[24] so wird in den Beschlüssen aus Dortmund und Duisburg der Kern sozialpartnerschaftlicher Politik, die Suche nach einem Interessenausgleich mit dem Kapital, in Frage gestellt. Die klassischen Konfliktfelder Arbeitslosigkeit und Betriebsstillegungen werden gleichsam unterhalb der Systemfrage auf die Ebene privatkapitalistischer Machtverhältnisse gehoben und hier mit einer dezidierten Gegenstrategie beantwortet.

Auf der Stahlkonferenz der IG Metall vom Februar 1983 in Dortmund übten die Träger dieser Vorschläge großen Einfluß auf die Debatte aus, die damit gegenüber früheren Konferenzen eine spezifische Qualität erhielt.[25] Dies zeigte sich besonders in Veränderungen der Vorstandspositionen. Während einige Vorstandsmitglieder noch wenige Monate zuvor eine Ruhrstahl-AG-Lösung im Sinne einer staatlich gestützten Fusion von Hoesch und Krupp (als angeblich lebensfähiger kapitalistischer Konkurrent zum Thyssen-Konzern) erwogen hatten, lehnte der Vorstand als Ganzes diese Position in einem der Stahlkonferenz vorgelegten Papier ab.[26] Eine „rein privatwirtschaftliche Lösung der Stahlkrise" wurde verworfen. Die Zahlung von Subventionen sollte an die Bedingung einer direkten staatlichen Kapitalbeteiligung in entsprechender Höhe geknüpft werden. Mit der Formulierung, daß dies „auch die Veränderung der Eigentumsverhältnisse" einschließen könne, wurde auf die Vorschläge aus Dortmund und Duisburg reagiert; hierin wurde auch der Druck, der von ihnen ausging, sichtbar. Die Vorstandsmitglieder *H. Preiss* und *G. Benz* signalisierten, daß sie die Mehrheitsposition des Vorstandes nicht teilten und dem „Dortmunder Modell" zuneigten.

Daß zwischen den in durchaus bemerkenswerter Weise verschobenen Positionen des Vorstandspapiers und der Verstaatlichungsforderung im Sinne einer gewerkschaftspolitischen Gegenkonzeption zur Kapitalmacht erhebliche Unterschiede bestehen, hob *E. Loderer* selbst hervor. Er betonte insbesondere die geringen

21 Hektogr. Manuskripte.

22 Die Vertrauensleute-Körper von Thyssen-Hamborn, Mannesmann-Huckingen und Krupp-Rheinhausen sprechen dies am deutlichsten aus: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem (ist) den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des bundesdeutschen Volkes nicht mehr gerecht geworden ...". Hektographierte Manuskripte.

23 Vgl. H. Bömer u. a., a.a.O., S. 32ff.

24 Vgl. ders., 20000 Geiseln von Kohl, in: Rote Blätter 1/1983, S. 22f.

25 Vgl. Der Gewerkschafter, 3/83, S. 2; Nachrichten 3/83, S. 10; Revier 3/83, S. 16; DVZ 3. März 1983; UZ, 3. März 1983.

26 Forderungen der IG Metall zur Strukturpolitik in der Stahlkrise, Februar 1983, hrsg. vom Vorstand der IG Metall, hektographiertes Manuskript.

Durchsetzungschancen einer Verstaatlichung, wohl wissend, daß damit eines der Hauptprobleme der Bewegungen um die Verstaatlichungsforderung angesprochen war. Demgegenüber argumentierten zahlreiche Vertrauensleute und Betriebsräte, *Loderers* Position laufe im Kern darauf hinaus, eine „erträgliche" privatkapitalistische Lösung mit staatlicher Kapitalbeteiligung noch für möglich zu halten und dabei faktisch weder den Stahlkonzernen noch den Banken die Initiative nehmen zu wollen.

Im Anschluß an die Stahlkonferenz, die die Kontroverse gewissermaßen auf den Gewerkschaftstag im Herbst 1983 vertagte, zeichnet sich ein Abebben der Verstaatlichungsdiskussion im Stahlsektor ab. Angesichts der krisenbedingten Brisanz des Problems ist nicht damit zu rechnen, daß damit die Diskussion insgesamt gleichsam auf den Nullpunkt zurückgeworfen ist, zumal sich die Unruhe in der Mitgliedschaft über die Zurückhaltung der IGM-Führung in der Krise nicht auf die Verstaatlichungsfrage und nicht auf den Stahlsektor beschränkt.[27]

III. Ausbreitung der Verstaatlichungsforderung – Segmentierungsprozesse – informelle Strukturen

Am 1. Dezember 1982 hatte die Vertrauensleute-Vollversammlung der Hoesch-Werke die genannte Entschließung zur Verstaatlichung der Stahlindustrie verabschiedet, die am 13. Dezember 1982 von der IG-Metall-Vertreterversammlung in Dortmund übernommen wurde. In den darauffolgenden Wochen schlossen sich mehr und mehr Vertrauensleute-Körper der Forderung an. In Dortmund und Duisburg (Krupp-Rheinhausen) wurden die Beschlüsse von direkten Aktionen zur Verteidigung der unmittelbar bedrohten Arbeitsplätze begleitet.[28] Bis Anfang Februar 1983 schlossen sich außer den traditionell kampferfahrenen Vertrauensleuten (VL) der Klöckner-Werke in Bremen und des Mannesmann-Werkes in Duisburg-Huckingen sowie den VL von Krupp-Rheinhausen zahlreiche weitere Funktionärskörper der IG Metall mit z. T. spezifischen Formulierungen dem „Dortmunder Modell" an.[29] Im Zusammenhang mit der positiven Aufnahme des Gedankens einer nationalstaatlichen Lösung der Stahlkrise traten besonders im Ruhrgebiet Handlungs- und Bewußtseinsprozesse zutage, die über eine betriebliche und regionale Zersplitterung der Forderungen und Kämpfe hinauswiesen. Sie stellen ein wichtiges Erklärungsmoment für die rasche Verbreitung der „Dortmunder Vorschläge" dar.[30]

27 Vgl. metall-Leserumfrage in: metall H. 12/1982.

28 Zahlreiche Demonstrationen vor der Krupp-Hauptverwaltung, kurze Arbeitsniederlegungen bei Hoesch, DGB-Demonstration mit 20 000 Teilnehmern in Duisburg, zwei große Protestkundgebungen in Rheinhausen sowie Unterschriftensammlungen, Landtagsbesuche u.a.m.

29 Vertrauensleute-Körper von Thyssen-Hamborn, Thyssen-Süd, Thyssen-Ruhrort und Thyssen-Krefeld; Vertrauensleute-Vollversammlungen bei Peine/Salzgitter und auf der Henrichshütte Hattingen; und schließlich am 1. Februar 1983 die Duisburger Vertreterversammlung der IG Metall im Namen von 84 000 Mitgliedern.

30 Vgl. auch Die Mitbestimmung 8 + 9/82, S. 287ff.

Demgegenüber gingen im Saarland die Initiativen zur Verstaatlichungsforderung über eine von der DKP organisierte Befragungsaktion und das Votum des IG-Metall-Bevollmächtigten in Neunkirchen für das „Dortmunder Modell" nicht wesentlich hinaus.[31] Das wirft die Frage auf, weshalb dort die Verstaatlichungsforderung nicht auf ähnlich große Resonanz stieß wie in Dortmund, Duisburg oder Bremen – und zwar als gleichsam notwendige Weiterentwicklung des Saarmodells. Nur einige mögliche Ursachen seien genannt. Zweifellos gravierend ist die Tatsache, daß sich die IG Metall 1978 auf das bereits erwähnte Krisenkartell einließ. Sie willigte damit in ein angeblich zukunftsweisendes Sanierungskonzept ein, das Massenentlassungen ausdrücklich nicht vorsah, den Belegschaften aber im Endeffekt einen weiteren massiven Arbeitsplatzabbau und die schrittweise Demontage eines ursprünglich überdurchschnittlich guten Sozialplanes brachte.[32] Zunächst vermutlich noch von den weitgehenden sozialen Abfederungsmaßnahmen beeindruckt, dadurch aber schon im Protest über die sich schleichend fortsetzenden Arbeitsplatzverluste „gedämpft", bot sich den Belegschaften die Politik der IG Metall mit der Zeit als unfähig dar, den sozialen und materiellen Besitzstand zu sichern. Für viele dürfte sich die Konzeptions- und Hilflosigkeit der IG Metall gegenüber ARBED und der Bundesregierung zu dem Eindruck verdichtet haben, gewerkschaftlich nicht ausreichend geschützt zu sein. Unter der Voraussetzung relativ schwach entwickelter Kampferfahrungen[33] und im Kontext jahrelanger Konfrontation der Belegschaften mit stets aufs neue scheiternden staatlichen Regulierungsversuchen fand selbst im Dezember 1982, als der Bankrott der („korporatistischen") Kartell-Politik offenkundig wurde, die Verstaatlichungsforderung keine weitergehende Resonanz. Die Ursache dürfte in den tiefsitzenden Resignationstendenzen und darin zu sehen sein, daß mit staatlichen Eingriffen inzwischen gescheiterte Hoffnungen assoziiert wurden. In diesem Zusammenhang fehlte es schließlich an einflußreichen Kräften, die – wie in Dortmund und Duisburg – mit einer überzeugenden Alternativkonzeption auftraten. Wenn im Ruhrgebiet im Gegensatz zum Saarland z. T. auch führende Sozialdemokraten der Verstaatlichungsforderung zustimmten, so offenbar deswegen, weil das Ruhrgebiet für die SPD hinsichtlich ihres Mitglieder- und Wählerpotentials eine insgesamt höhere Bedeutung besitzt und sie daher auch sensibler auf die Zerstörung bestehender Wirtschafts- und Sozialstrukturen wie auf Bewegungen in der Arbeiterklasse zu reagieren gezwungen ist.

Die Unterschiede im Entwicklungsniveau der Forderungen und der Aktivitätsbereitschaft zwischen dem Ruhrgebiet und dem Saarland stehen also in engem Zusammenhang mit unterschiedlichen Erfahrungen der Belegschaften, die auf die regionalspezifische Entwicklung der Stahlindustrie und -krise im Saargebiet zurückgehen.

31 Von 1300 Befragten stimmten rund 80 Prozent für die Verstaatlichungsforderung (UZ, 14. Januar 1983). Weder die Demonstration von 20 000 Stahlarbeitern im Oktober 1982 in Völklingen noch die Betriebsbesetzung bei Heckel in Burbach konnten eine Wirkung und Qualität erzielen wie die Aktionen der Hoesch- und Krupp-Belegschaften. Der Betriebsrats-Vorsitzende von Heckel bemängelte in seiner Begründung des Abbruchs der Besetzung ausdrücklich die schwach entwickelte „Solidarität der anderen Kollegen der anderen Werke" und die fehlende Kampfbereitschaft. Sozialistische Gewerkschaftspolitik 3/1983, S. 32 (Interview).

32 Vgl. Lenhardt/Weiß, a.a.O., S. 42ff.

33 Vgl. ebd., S. 71ff.

Ausgeprägte Unterschiede im Ruhrgebiet selbst verweisen jedoch auf die generelle Bedeutung solcher Faktoren wie der unterschiedlichen Krisenbetroffenheit und der unterschiedlichen Kampf- und Organisationserfahrung.

Unterschiedliche Krisenbetroffenheit führt selbst innerhalb Dortmunds, wo es um die Existenz einer Stadt als Stahlstadt geht, zu Aufspaltungstendenzen zwischen Betriebsräten einzelner Hoesch-Werke. Der „Städtekonkurrenz" zwischen Dortmund und Duisburg liegt als objektives Moment die Konkurrenzsituation der beiden Stahlstandorte Hoesch und Thyssen zugrunde, wobei in Duisburg der Standortvorteil der Transportkosten sparenden Lage am Rhein als „Chance" begriffen wird, den Konkurrenzkampf „mit Dortmund" siegreich bestehen zu können.[34] Überdies verlor Duisburg in den letzten Jahren zwar absolut die meisten Stahlarbeitsplätze, prozentual aber weniger als andere Standorte, vor allem weniger als Dortmund. Die aus solchen Fakten entspringende Hoffnung auf ein glimpfliches Davonkommen gewinnt besonders unter der Belegschaft des Thyssen-Konzerns Bedeutung. Der dortige Betriebsrat betreibt seit Jahren eine sehr weitgehende Anpassung an die Politik des „Branchenführers", was in der Person des Gesamtbetriebsrats-Vorsitzenden markant zum Ausdruck kommt.[35] Auch in absehbarer Zeit sind dieser Politik keineswegs die sie begünstigenden Faktoren entzogen, da nach dem Moderatorenkonzept die Sicherung der Rohstahlbasis in Duisburg primär durch Thyssen gewährleistet werden soll. Weitere Beispiele dafür, wie sich auch im Ruhrgebiet angesichts unterschiedlicher Krisenbetroffenheit Konkurrenz- und Segmentierungsprozesse zwischen den Belegschaften einzelner Betriebe oder zwischen einzelnen Ortsverwaltungen der IG Metall aktualisieren können, sind die Zustimmung des Gesamtbetriebsrates der Krupp Stahl AG zu einer privatkapitalistischen Ruhrstahl-AG-Lösung, die ausbleibende Unterstützung des „Dortmunder Modells" durch die VL des Krupp-Werkes in Hagen oder die das „Dortmunder Modell" unterlaufende Entschließung der IG-Metall-Vertreterversammlung Bochum.[36]

Ein zweiter Grund für die Heterogenität der Bewußtseins- und Handlungsformen ist das unterschiedlich entwickelte Niveau an Kampf- sowie politischen und gewerkschaftlichen Organisationserfahrungen. Seit den Septemberstreiks 1969 hat sich

34 Der Oberstadtdirektor von Duisburg bezeichnete den Bau eines Stahlwerkes in Dortmund als „volkswirtschaftlichen Unsinn" und der Duisburger SPD-Vorsitzende die Dortmunder Demonstration der 70 000 im November 1980 als ein „Aufputschen ganzer Bevölkerungsteile" durch „die andere Seite". Zit. in: Revier, 11/1982, S. 19. Auch die Zustimmung des Duisburger Oberbürgermeisters zum Moderatorenkonzept geht in diese Richtung.

35 Der BR-Vorsitzende Weihs opponierte besonders kräftig gegen das „Dortmunder Modell" und zählte zu den Initiatoren des sog. Oberhausener Papiers der Gesamtbetriebsrats-Vorsitzenden der Stahlkonzerne vom 12. Januar 1983, das im Vorfeld der Stahlkonferenz als Gegenpapier zum „Dortmunder Modell" gedacht war, im wesentlichen mit dem späteren Vorstandspapier übereinstimmte und in den Passagen zur staatlichen Regulierung noch dahinter zurückblieb. Vgl. Aktueller betrieblicher Pressedienst, Revier, 20. Januar 1983.

36 Hagen: Noch 1981 hatten die Vertrauensleute dort angesichts drohender Stillegungen die Verstaatlichung des Krupp-Konzerns gefordert. Heute besteht nach Auskunft der Krupp AG vorerst keine Gefahr für Produktionsstätten und Arbeitsplätze. Vgl. J. Hartmann, Das Beispiel Hagen: Erst die Stahlerzeugung, dann die Weiterverarbeitung, in: Bünnig u. a., a.a.O., S. 76ff. Bochum: Die IG Metall-Vorstandsposition wird übernommen und die Veränderung der Eigentumsverhältnisse nur als eine mögliche Maßnahme definiert, auf die u. U. zurückzukommen sei. Zit. in: Betrieblicher Pressedienst, Revier-Falken NRW, 23. Februar 1983.

gezeigt, daß die VL und Belegschaften der Hoesch-Westfalenhütte, des Mannesmann-Werkes Huckingen und der Klöckner-Werke in Bremen – mit Abstrichen auch der Thyssen-Gießerei in Duisburg-Meiderich – eine „informelle Führungsrolle" einnehmen. In diesen Betrieben entwickelte sich in den 70er Jahren ein überdurchschnittlich hohes Niveau an gewerkschaftlichen und politisierenden Kampferfahrungen, das in den spontanen Lohnstreiks 1973, während des Stahlarbeiterstreiks 1978/79 und im Kampf gegen den Angriff auf die Montanmitbestimmung im Jahre 1980 seinen Ausdruck in der politischen Initialfunktion und dem hohen Aktivitätsgrad der Belegschaften fand und das sich in diesen Bewegungen zugleich festigen konnte.[37] Damit unmittelbar verknüpft, konzentriert sich unter den betrieblichen und gewerkschaftlichen Funktionären der betreffenden betrieblichen „Zentren" ein vergleichsweise starkes Potential klassenorientierter Kräfte. Sie gehören entweder der SPD-Linken, sozialistischen Gruppierungen oder der DKP an. Daß der Vorschlag einer nationalen Stahl-AG zuerst aus Dortmund kam, ist neben den spezifischen Erfahrungen der „Stahlwerk-jetzt"-Bewegung auch auf den Einfluß solcher Kräfte zurückzuführen. Schon in den 50er Jahren galt die Hoesch-Westfalenhütte als Hochburg der Kommunisten, und heute sind dort Mitglieder der DKP und linke Sozialdemokraten, die z. T. mit der REVIER-Gruppe und den Demokratischen Sozialisten sympathisieren, relativ stark vertreten. Ähnliche, wenngleich nicht identische Momente lassen sich bei Mannesmann-Huckingen und bei Klöckner-Bremen feststellen.

Die Bewegung um die Verstaatlichungsforderung kann mit der Initialwirkung der Hoesch-Vertrauensleute allein jedoch nicht hinreichend erklärt werden. Die Tendenz zur Aufweichung der „Städtekonkurrenz" zwischen Dortmund und Duisburg z. B. war mit neuartigen Diskussions- und Aktionsprozessen verknüpft. Im Krupp-Werk Rheinhausen, dessen Management über Jahrzehnte davon profitierte, daß sich Gewerkschafter und Belegschaft in ihrer großen Mehrheit zur „Krupp-Familie" zählten, entwickelten VL, Teile des Betriebsrates und die Masse der Belegschaft eine bis dahin ungeahnte Kampfbereitschaft zur Verteidigung ihrer akut bedrohten Arbeitsplätze. Die Verstaatlichungsforderung als radikale Losung wurde positiv aufgenommen. Auch die Unterstützung des „Dortmunder Modells" durch den Vertrauensleute-Körper von Thyssen-Hamborn läßt in dieser traditionell stark sozialpartnerschaftlich dominierten Belegschaft erste Umorientierungen sichtbar werden, die sich schon im Stahlarbeiterstreik 1978/79 zeigten, deren mögliche Stabilisierung gleichwohl nicht abzusehen ist.

Die Hoesch-Vertrauensleute taten zwar den ersten Schritt. Aber schon bei der Vertrauensleute-Vollversammlung der Hoesch-Werke beteiligten sich VL von Mannesmann-Huckingen, Thyssen-Hamborn und Klöckner-Bremen an der Diskussion; später kamen VL von Krupp-Rheinhausen und Peine/Salzgitter hinzu. Gewisserma-

37 Vgl. Die Septemberstreiks 1969. Beiträge des IMSF I, Frankfurt/M. 1969 (Köln 1970); F. Schuster, Die Septemberstreiks, Frankfurt/M. 1969; E. Schmidt, Ordnungsfaktor oder Gegenmacht. Die politische Rolle der Gewerkschaften, Frankfurt/M. 1971, S. 136ff.; L. Müller, (Hrsg.), Der Streik der Stahlarbeiter, Frankfurt/M. 1979, S. 11ff., S. 106ff.; IG Metall (Hrsg.), Der Angriff. Mannesmann gegen Mitbestimmung, metall-taschenbuch 2, Frankfurt/M. 1981. Zu den Begriffen „Zentren" und „informelle Strukturen" vgl. W. Roßmann, Arbeiterklasse, soziale Bedürfnisse und gewerkschaftliche Politik, in: Marxistische Studien – Jahrbuch des IMSF 5/1982, S. 64ff.

ßen spontan bildete sich eine horizontale Struktur informeller Willensbildung zwischen einzelnen VL der genannten Werke und einigen Bevollmächtigten heraus. Mit ihrer Hilfe wurde eine gewerkschaftspolitische Gegenstrategie an die bezirklichen und zentralen Funktionsträger der IG Metall herangetragen, also eine besondere Form innergewerkschaftlicher Demokratie praktiziert, ohne sich von der Gesamtorganisation abzuwenden.[38] Die betreffenden VL schufen so Ersatz für die fehlende Verallgemeinerung der Forderungen und Kämpfe durch die entsprechenden Gremien der IG Metall, und sie unternahmen zudem den durchaus wirkungsvollen Versuch, der Heterogenität der Bewußtseins- und Organisationsformen entgegenzuwirken.

IV. Triebkräfte der Bewegung

Die im „Dortmunder Papier" pointiert vorgetragene Kritik der bisherigen Stahlpolitik der IG Metall ist generell im Zusammenhang damit zu sehen, daß für sozialpartnerschaftliche Politik die Legitimationsprobleme in gleichem Maße wachsen, wie Erfolge, auf die sie sich bisher berufen konnte, abnehmen oder ganz ausbleiben. Aus neuen Krisenerfahrungen erwuchsen erhebliche Zweifel an der Politik des Interessenausgleichs. Die Suche nach Möglichkeiten, private und regional begrenzte Unternehmensstrategien zu überwinden, förderte außerdem die Bereitschaft zu einer nationalstaatlichen Lösung der Krise. Diese Prozesse der Verunsicherung und Neuorientierung waren von zahlreichen Vertrags- und Wortbrüchen der Unternehmer und Regierungsvertreter begleitet.[39] Über die Versuche des Austaktierens der Belegschaften wurde die neue Stufe kapitalorientierter Krisenbewältigungsstrategie sozusagen für jeden sichtbar. Daraus erklären sich zum Teil die heftigen Reaktionen der meisten Stahlarbeiter. Bestürzung und Empörung über das Ausmaß der Entlassungspläne schlugen nicht nur gegenüber prononcierten Vertretern der Kapitalseite, sondern gelegentlich auch gegenüber sozialdemokratischen Regierungspolitikern in radikales Protestverhalten um. Als Indiz für diese Stimmung kann die Reaktion jener gewerkschaftlichen Funktionäre gelten, die sich ansonsten weitgehend der Politik der SPD-Spitze verpflichtet fühlen. Viele von ihnen stimmten den „Dortmunder Vorschlägen" zu, obwohl die offizielle Stellungnahme der SPD und zwei SPD-Konferenzen sich gegen sie stellten.[40] Vielen betrieblichen und gewerkschaftlichen Funktionären und den meisten betroffenen Arbeitern diente die Verstaatlichungsforderung hierbei als Mittel, um der Empörung größeres Gewicht zu verleihen und den verantwortlichen Kapital- und Regierungsrepräsentanten den

38 Wie weit die Bereitschaft ging, notfalls auch gegen den Mehrheitswillen des Vorstandes zu argumentieren, bekam vor allem Loderer auf der Stahlkonferenz im Februar 1983 zu spüren. Die Kritik an seinen Auffassungen wie an der Tatsache, daß die „Dortmunder Vorschläge" nicht in den zentralen Veröffentlichungen der IG Metall erschienen waren, wurde mit spürbarer Solidarität der Vertrauensleute untereinander und mit selbstbewußter Geste vorgetragen.

39 In Dortmund wurde die jahrelange Politik der Versprechungen mit Vereinbarungen über die Vernichtung tausender Arbeitsplätze „abgerundet". Vgl. dazu: H. Bömer u. a., a.a.O., S. 43ff. Im Krupp-Werk Rheinhausen kamen die Stillegungspläne völlig überraschend, da die Belegschaft in dem Glauben belassen worden war, angesichts des Standortvorteils und der Verhandlungen mit Hoesch gesichert zu sein. Vgl. WAZ, 2. Dezember bis 5. Dezember 1982.

40 Revier 2/1983, S. 8; WAZ vom 9. und 25 Februar 1983.

Kampf anzusagen.[41] Weitergehende Erkenntnisprozesse über die Notwendigkeit, autonome Gegenmacht und in sich geschlossene Gegenstrategien zu entwickeln, waren hierbei erst sehr bedingt wirksam. Die IG Metall als Gesamtorganisation hält sich zurück; eine Verallgemeinerung der Erfahrungen und Forderungen aus Dortmund und Duisburg blieb bisher aus. Angesichts dessen und vor dem Hintergrund der skizzierten Heterogenität der Erfahrungs- und Bewußtseinsebenen begreift die Masse der Belegschaften und auch ein Großteil der IG-Metall-Funktionäre im Ruhrgebiet die Verstaatlichungsforderung gegenwärtig nicht als unmittelbares Ziel betrieblicher und gewerkschaftlicher Politik und Kämpfe. Das über die Partikularisierung örtlicher und regionaler Bewegungen hinausweisende Verstaatlichungskonzept findet bisher noch keine Entsprechung in einer gleichen Breite der Aktionen, die im wesentlichen auf einzelne Betriebe und Städte begrenzt waren und nur dort mit der Verstaatlichungsforderung verknüpft wurden. Allein die informellen Kooperationsstrukturen der Vertrauensleute aus Dortmund, Duisburg und Bremen gehen über diese Schranken hinaus. Ihr Versuch, auf der Stahlkonferenz im Februar 1983 zu einer Vereinheitlichung der Positionen in der Gesamtorganisation und zu überregionalen Aktionsorientierungen zu kommen, ist vorerst gescheitert.[42] Ohne ein Programm branchenweiter Aktionen und Ziele kann das „Dortmunder Papier" indes rasch an Bedeutung verlieren, zumal es ein Defizit an realistischen Kampfschritten und -zielen aufweist.

Andererseits werden als Triebkräfte der Aktionen und Resolutionen nicht nur die Angst vor dem Arbeitsplatzverlust und der Protest gegen die Konzernspitze sichtbar, sondern auch das Verlangen nach einer gewerkschaftlichen Alternativkonzeption. Zweifellos gibt es eine Belebung der Diskussion über gesellschaftspolitische Alternativen zur Arbeitslosigkeit und zu Regionalkrisen und eine Debatte über die Grenzen privatkapitalistischer und staatlicher Machtverhältnisse. Da das „Dortmunder Modell" als der gegenwärtig weitestgehende Ausdruck dieser Debatte bewertet werden kann, ist es über seine Kritik sozialpartnerschaftlicher Politik hinaus auch noch in anderer Hinsicht bemerkenswert. Zum einen, weil es die Ausweitung der Verstaatlichung auf den gesamten Stahlsektor und damit nicht nur die „Verlustsozialisierung", sondern die Einbeziehung auch der profitablen Bereiche vorsieht.[43]

41 Der Vertreter der Hoesch-Vertrauensleute wurde auf der Duisburger Demonstration im Dezember 1982 demonstrativ mit stürmischem Beifall bedacht, als er die „Dortmunder Vorschläge" vorstellte. Vertrauensleute berichten von einer Belegschaftsversammlung bei Krupp-Rheinhausen, daß dort vor allem Frauen und junge Arbeiter die anwesenden Kapitalvertreter attackierten. Auf einer Vertrauensleute-Vollversammlung bei Mannesmann-Huckingen wurde den anwesenden Bundespolitikern, die sich das Ganze als Wahlveranstaltung gedacht hatten, eine klare Abfuhr erteilt. Als auf einer Solidaritätsveranstaltung in Rheinhausen eine Arbeiterin den Satz gebrauchte: „Ich spreche diesen Vorständen die Bezeichnung ‚Sozialpartner' ab", erhielt sie großen Applaus.

42 Vorgeschlagen wurde eine bundesweite Vertrauensleute-Vollkonferenz aller Stahlbetriebe als „Klammer" der Aktionen und Diskussionen. Bis heute hat der Vorstand nichts in diese Richtung unternommen.

43 Gleichwohl bleibt unbeantwortet, wie der Bodenbesitz, die Tochter- und Beteiligungsgesellschaften im Ausland und das Bankkapital einbezogen werden sollen. Es ist L. Müller zuzustimmen, daß nur mit der Übernahme aller Konzernteile eine nationale Stahl AG ihren Bestand sichern könne. Vgl. L. Müller, Gesellschaftspolitische Alternativen gegen Betriebsschließungen und Krisenabwälzung, Teil I: Verstaatlichung – die Hoesch-Arbeiter fingen an, in: UZ vom 28. März 1983.

Zugleich wird eine strategische Vermittlung hergestellt zwischen der – meist nur mit Bezug auf Einzelfälle erhobenen – Forderung nach Verstaatlichung *eines* Konzerns und der – nur akklamatorisch-demonstrativ gemeinten – Forderung nach Überführung ganzer Schlüsselindustrien in Gemeineigentum. Wesentliche Elemente der Alternativvorschläge berühren die Sphäre staatlicher Politik nicht nur insofern, als sie die Korrektur privatkapitalistischer „Verzerrungen" bzw. die Sozialisierung der Verluste durch den Staat einfordern. Der kapitalorientierten Sachzwanglogik wird auch ein Konzept gegenübergestellt, das die Frage der Eigentums- und Verfügungsverhältnisse thematisiert und in Bezug setzt zu einer alternativen Anti-Krisenpolitik.[44] Schließlich sind die ausgeprägten Forderungen nach demokratischer Kontrolle und Mitbestimmung der Belegschaften und Gewerkschaften im „Dortmunder Papier" beachtenswert.[45] Sie gehen über den im DGB weit verbreiteten Gedanken, daß sich die Kontrolle wirtschaftlicher Macht über eine von der SPD dominierte Regierung realisiert, hinaus. Staatliche Macht selbst soll einer Kontrolle unterworfen, staatliche Institutionen zum Instrument demokratischer Entscheidungen gemacht werden. Der Zusammenhang von Interessenvertretung und gesellschaftlicher Veränderung über den Staat wird mit der Ausformulierung der Mitbestimmungsrechte hergestellt.

Die Ausarbeitung und Verbreitung der Auffassungen, wie sie im „Dortmunder Modell" zum Ausdruck kommen, machen ebenso wie Erfahrungen aus einzelnen Städten (dies gilt hier für Duisburg) deutlich, daß über die klassenorientierten Kräfte hinaus bei manchen betrieblichen und gewerkschaftlichen Aktivisten ihre Erfahrungen mit der Krise in ein stärkeres Interesse an strategischen Alternativen umschlagen. In diesem Prozeß, in dessen Rahmen besonders auch jüngere gewerkschaftliche Kader wirken und materielle Bedürfnisse ebenso wie solche nach mehr Demokratie virulent sind, spielt auch die in Dortmund relativ weitgehend und in Duisburg ansatzweise entwickelte Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Bürgerinitiativen eine beachtenswerte Rolle. Sie kann den Zusammenhang von Arbeitsplatzvernichtung und Strukturentwicklung einer ganzen Stadt verdeutlichen. In Dortmund entwickelten die Bürgerinitiative „Stahlwerk jetzt" und die Hoesch-Fraueninitiative zeitweise eine Ausstrahlungskraft, die in beträchtlichem Ausmaß die Kampfbereitschaft in den Betrieben förderte. In ihnen waren progressive Kräfte aus der lohnabhängigen Intelligenz und den Mittelschichten ebenso organisiert wie Arbeiter aus anderen Branchen, Pfarrer und Kleingewerbetreibende.[46] Die „Initiative Rheinhausener Bürger gegen Arbeitsplatzvernichtung bei Krupp Stahl" weist ähnliche

44 Staatliches Beschäftigungsprogramm, Arbeitszeitverkürzung, nationales Stahlprogramm, gezielte Investitions- und Sozialpolitik, demokratische Rahmenplanung.

45 In der paritätisch mitbestimmten Stahl-AG sollen die dezentralen Mitbestimmungsstrukturen erhalten bleiben, „um eine betriebsnahe Mitbestimmung und Interessenvertretung zu gewährleisten". Neuordnung der Stahlindustrie . . ., a.a.O., S. 6. Da „andernfalls die Verstaatlichung mißbraucht würde", soll sich der paritätische Aufsichtsrat der Obergesellschaft (Holding) „je zur Hälfte aus Vertretern von Bund, Ländern und privaten Kapitalseignern einerseits und den Vertretern der Arbeitnehmer andererseits" zusammensetzen (ebd., S. 4). Zu Recht schätzt L. Müller diese Kompromißformel als problematisch ein, ohne dadurch den Wert der gesamten Vorschläge für die aktuellen Kampfziele gemindert zu sehen. Vgl. L. Müller, a.a.O., Teil II: Verstaatlichung – und was noch mehr?, in: UZ, 29. März 1983.

46 H. Bömer, u. a., a.a.O., S. 43ff.

Merkmale auf. Mehrere Protestveranstaltungen mit bis zu 2000 Teilnehmern zeigten, daß die Solidaritätsbewegung relativ viele Mitglieder anderer Schichten einbeziehen kann. Andererseits blieb die Einsicht in die weitreichenden Folgen einer massiven Arbeitsplatzvernichtung in Duisburg auf die unmittelbar betroffenen Rheinhausener Einwohner begrenzt.[48]

Das Niveau der Zusammenarbeit zwischen Initiativen, die den neuen sozialen Bewegungen und politischen Strömungen zuzurechnen sind, und betrieblichen und gewerkschaftlichen Aktivisten ist auch in diesem Zusammenhang schwach entwikkelt. Gleichwohl sind Fortschritte dort zu verzeichnen, wo es entweder zu breiten Aktionen aus den Betrieben heraus oder zu ersten gemeinsamen Debatten kam. Die Rheinhausener Umweltschutz-Initiative z. B. unterstützte in einem Aufruf den Kampf der Krupp-Belegschaft und argumentierte gegen die These, aus ökologischen Erwägungen heraus sei die Stillegung des Stahlwerkes in Rheinhausen zu befürworten.[49] Im Duisburger Raum und in einzelnen Ruhrgebietsstädten nimmt die Gruppe REVIER in Ansätzen die Rolle eines „politischen Scharniers" zwischen einzelnen Repräsentanten der Gewerkschaftsbewegung und der „alternativen Szene" wahr. Ähnlich wie die DKP zielt sie auf ein betrieblich-alternatives Bündnis ab, das über ein unmittelbares Wahlbündnis hinausgehen soll.[50]

Wenn auf praktische Verbindungen zwischen Initiativen und Gruppierungen aus dem Bereich der neuen sozialen Bewegungen und der betrieblichen Bewegung für die Forderung nach Verstaatlichung der Stahlindustrie verwiesen worden ist, so gibt es vergleichbare Berührungspunkte und Veränderungen auch im programmatischen Bereich. Dies gilt z. B. für die besonders von den „Grünen" vertretene Auffassung, aus Gründen des Umweltschutzes und der Schaffung humaner Arbeitsplätze komme es weniger auf die Sicherung bestehender Stahlwerke und deren Modernisierung an, sondern die Entflechtung der Großindustrie und die Schaffung neuer Betriebe mit umweltfreundlicher Technologie und der Möglichkeit sinnvoller Arbeit müsse im Zentrum der Bemühungen stehen. Dem wurde nicht nur das naive Verhältnis zur Monopolmacht im Stahlsektor, sondern vor allem entgegengehalten, daß mit einer solchen Position das elementare Interesse der betroffenen Stahlarbeiter an Sicherung

47 Vgl. WAZ vom 8. Dezember 1982, 21. Dezember 1982, 25. Januar 1983, UZ vom 10. Februar 1983.

48 Im Unterschied zur Dortmunder Großdemonstration im November 1980, an der über 70 000 Menschen aus fast allen Bevölkerungsschichten teilnahmen, waren unter den 20 000 Teilnehmern der Duisburger Demonstration im Dezember 1982 die Stahlarbeiter und Rheinhausener Bürger weitgehend unter sich.

49 Vgl. WAZ vom 18. Januar 1983.

50 Um die Gruppe REVIER organisieren sich neben Angehörigen der Intelligenz auch zahlreiche Betriebsräte und Vertrauensleute, die z. T. der SPD, zum großen Teil den Demokratischen Sozialisten angehören. Die Gruppe gibt eine monatlich erscheinende Zeitschrift „Revier" mit detaillierter Berichterstattung und Kommentierung betrieblicher Bewegungen und gewerkschaftlicher Politik im Ruhrgebiet heraus. Die Revier-Gruppe stimmte dem Memorandum-Vorschlag 1981 in vielen Punkten zu, griff frühzeitig das „Dortmunder Modell" auf und verteidigte es gegen den „Grünen"-Vorwurf mangelnder basisdemokratischer Essenz. Der von ihr verwendete Begriff „Vergesellschaftung von unten" bleibt jedoch weithin vage, da er nicht in eine geschlossene Alternativstrategie gegen bürokratische Etatisierung eingeordnet ist. Im übrigen werden hierbei Positionsparallelen zwischen der Revier-Gruppe und antietatistischen Auffassungen erkennbar. Vgl. S. Zundel, Präzedenzfall Stahlindustrie, in: Moderne Zeiten, 3/1983, S. 37; J. Bünnig u. a., a.a.O., S. 158; J. Bünnig, Von der Krise zur Erneuerung der Arbeiterbewegung, in: Revier 5/1983, S. 26.

ihres Arbeitsplatzes und Lebensstandards ignoriert würde. Inzwischen haben sich zumindest Teile der „Grünen" Vorstellungen angenähert, wie sie etwa im „Memorandum '82" als „ökonomische und politische Voraussetzungen für qualitatives Wachstum" formuliert worden sind. Der Wahlaufruf des Ruhr-Regionalbüros der „Grünen" zur Bundestagswahl 1983 deutet dies an.[51] Es gab aber auch erstmals einen Aufruf „Gewerkschafter im Revier: Die Zweitstimme den Grünen", der die Position des Regionalbüros der „Grünen" im wesentlichen positiv aufgriff.

Im Gewerkschaftsbereich gewinnen darüber hinaus Diskussionen an Raum, die nicht nur an strukturellen Macht- und Reformfragen, sondern auch an Deformationen der Produktivkraftentwicklung im Kapitalismus ansetzen.[52] So beteiligten sich betriebliche und gewerkschaftliche Funktionäre aus dem Stahlsektor an den Überlegungen zu einem alternativen Wachstums- und Entwicklungstyp. Das „Memorandum '83" bezieht die Schaffung von Ersatzindustrien und -arbeitsplätzen in die Ausarbeitung einer Perspektive für die Stahlindustrie „unter den Gesichtspunkten eines qualitativen Wachstums für die gesamte Wirtschaft und der Entwicklung von Höhe und Struktur der Endnachfrage"[53] mit ein. Die Diskussion um die „Humanisierung" der Stahlarbeitsplätze tritt zudem stärker in den Vordergrund. In der IG Metall werden neben der tariflichen Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden „bereits Möglichkeiten gesehen, aufgrund neuer technologischer Entwicklungen zu Drei- und Zweischichtsystemen (im Stahlsektor, *H. T.*) zu kommen und damit die Arbeit in Vollkontischicht abzulösen."[54]

V. Verstaatlichungsforderung – Blockierungen, Grenzen, Möglichkeiten

Schon im Zusammenhang mit den 1976/77 einsetzenden Privatisierungskampagnen der Unternehmerverbände konnte konstatiert werden, daß die Verstaatlichung in der Arbeiterklasse der BRD u. a. deshalb nicht besonders populär ist, weil „die antikommunistische Dauerkampagne auch Rückwirkungen" mit sich bringt, „die zeigen, daß Antikommunismus generell – auch für die innere Entwicklung – den reaktionärsten Kräften des Monopolkapitals dienlich ist."[55] Auch heute wirken Suggestionen wie die, daß „Marktwirtschaft" und „Privatinitiative" Voraussetzun-

51 Die Verstaatlichung der Stahlindustrie wird als wirksames Konzept gegen die geplante Kahlschlagsanierung und als „Voraussetzung für die humane und ökologisch sinnvolle Neuordnung der Stahlindustrie" bewertet. Die Grünen im Revier, hrsg. vom Regionalbüro der Grünen im Ruhrgebiet, Februar 1983, S. 1. Zu den Auffassungen der „Grünen" vgl. Beiträge von E. Strathmann in: Revier H. 3/1981 und: Revier-Redaktion (Hrsg.), Brennpunkt Stahlkrise, Duisburg 1981, S. 294ff. Diese Auffassungen wurden vor allem in Publikationen der DKP und der Revier-Gruppe kritisiert. Zur Memo-Gruppe vgl. Memorandum 1982, Qualitatives Wachstum statt Gewinnförderung – Alternativen der Wirtschaftspolitik, Köln o. J., S. 185ff.

52 Vgl. Mitbestimmung bei den Produkten oder Tanz auf dem Vulkan, in: Die Mitbestimmung 12/1982, S. 427f.

53 Memorandum 1983, a.a.O., S. 151.

54 Ebd., S. 150.

55 H. Jung, Privatisierungsoffensive als Form des Klassenkampfes von oben, in: Marxistische Blätter 2/1978, S. 65.

gen einer besseren und freieren Gesellschaftsordnung seien, bei Teilen der Arbeiterklasse als Motivation zur Ablehnung von „staatlicher Lenkung" und „Planwirtschaft". Hinzu kommen negative Erfahrungen mit staatlichen Institutionen und Bürokratien, mit öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Unternehmen, die ebenso eine Ablehnung der Forderung nach Verstaatlichung begründen.

Im Rahmen der Verstaatlichungsdiskussion in der IG Metall wird von Kritikern des „Dortmunder Modells" als Negativbeispiel auf die britische Stahlindustrie verwiesen.[56] Allein zwischen 1977 und 1982 gingen dort 135 000 von 225 000 Arbeitsplätzen verloren.[57] Entgegen einer in der IG Metall weit verbreiteten Auffassung geriet die British Steel Corporation (BSC) jedoch schon lange vor ihrer Verstaatlichung in die Krise. Zweck der Verstaatlichung im Jahre 1967 war die Durchsetzung einer staatsmonopolistisch gesteuerten Modernisierung und Zusammenfassung der zersplitterten Produktion, was die radikale Schrumpfung der Produktionskapazitäten einschloß. Zu keinem Zeitpunkt war die Verstaatlichung der britischen Stahlindustrie in eine gesamtwirtschaftliche Beschäftigungspolitik eingebunden. Zudem wurden von Beginn an alle Initiativen, die die Rechte der Belegschaften betrafen, entschieden abgeblockt, so daß es in der verstaatlichten britischen Stahlindustrie weder eine demokratische Kontrolle durch die Gewerkschaften noch dezentrale Mitbestimmungsrechte der Belegschaften gibt.[58] Die Verstaatlichung der Stahlindustrie in Großbritannien erfolgte also auf einem Wege und mit einer Zielsetzung, wie sie im „Dortmunder Modell" gerade abgelehnt werden. Die britischen Erfahrungen legen vielmehr als Konsequenz nahe, nicht den Bankrott weiterer konzerneigener Stahlwerke abzuwarten, sondern die sofortige Verstaatlichung zu fordern und dabei demokratische Kontrollrechte in den Mittelpunkt zu rücken.

In diesem Zusammenhang sind die positiven Erfahrungen mit verstaatlichten Industrien bemerkenswert. Dies gilt für den die gesamte österreichische Stahlbranche umfassenden Staatskonzern VOEST AG, wenngleich auch dort seit 1975 ein Sinken der Rohstahlproduktion um 13,5 Prozent zu verzeichnen ist. Der VOEST-Konzern unterscheidet sich von seinen privatkapitalistischen Konkurrenten in Westeuropa besonders in einer Hinsicht: Der Arbeitsplatzabbau fällt wesentlich geringer aus, da die Investitionen nicht reduziert und andere Instrumente der Beschäftigtenpolitik angewendet wurden. Zwar ist dieses Beispiel weder automatisch auf die BRD übertragbar noch beantwortet es schon die Frage nach einer gesamtwirtschaftlichen Antikrisenpolitik. Es zeigt aber, daß in verstaatlichten Industriezweigen eher soziale Folgen der Krise gedämpft, die Investitionspolitik und Beschäftigungspolitik verstetigt und Ersatzarbeitsplätze rascher beschafft werden können als unter ausschließlich privatkapitalistischen Rentabilitäts- und Planungskriterien.[59] Insofern ist mit Ein-

56 So z. B. Loderer in seinem Grundsatzreferat auf der Stahlkonferenz im Februar 1983 in Dortmund; hektographiertes Manuskript.

57 UZ vom 27. Dezember 1982.

58 Vgl. auch Marxismus Digest 14, Nationalisierung und demokratische Programmierung, 2/1973, S. 78ff. Nähere Angaben zur britischen Stahlindustrie in: Memorandum 1981, a.a.O., S. 273ff.; IPW-Berichte 10/1979, Konzernbiographie BSC, S. 68.

59 Nähere Angaben zur Verstaatlichung in Österreich in: Memorandum 1981, a.a.O., S. 277ff.; J. Esser, Sozialisierung als beschäftigungspolitisches Instrument?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 7/1980, S. 446ff.

schränkungen auch auf den bundeseigenen Stahlkonzern Peine/Salzgitter zu verweisen, in dem zwar ebenfalls Arbeitsplätze vernichtet werden, aber in geringerem Maße als in der übrigen Stahlbranche.[60] Daraus erklärt sich zum Teil, daß die Vertrauensleute bei Peine/Salzgitter gegen eine von den „Stahlmoderatoren" beabsichtigte Reprivatisierung des Konzerns (durch eine Fusion mit Hoesch) auftraten und zugleich das „Dortmunder Modell" mit unterstützten.

Das herrschende Monopolkapital hat generell ein ambivalentes Verhältnis zum staatlichen Eigentum. Es steht der kapitalistischen Verstaatlichung als einer Form der Kapitalentwertung und als einem staatsmonopolistischen Instrument zur Verbesserung der Bedingungen der Profitproduktion des Privatkapitals aufgeschlossen gegenüber, beurteilt es aber aus anderen Gründen durchaus ablehnend. Zuerst deswegen, weil Staatseigentum von seiner Form her Übergangs- und Auflösungsmomente des Privateigentums enthält.[61] Die Bestrebungen zur Beschränkung und teilweisen Zurücknahme staatlicher Regulierungsmöglichkeiten zugunsten privatmonopolistischer Varianten sind ein Indiz hierfür. Zum zweiten deswegen, weil staatliches Eigentum günstigere Voraussetzungen für die Ausweitung sozialer und demokratischer Rechte der Belegschaften schafft und damit zum Ausgangspunkt weitergehender Sozialisierungsforderungen werden kann.

Diese Ambivalenz der Verstaatlichung im Kapitalismus – einerseits an das kapitalistische Privateigentum zu rühren, andererseits jedoch den herrschenden Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Wert- und Mehrwertproduktion unterworfen zu bleiben – ist auch in der Argumentation der Arbeiterbewegung zu berücksichtigen. Damit stellt sich die Frage, ob die Verstaatlichungsforderung nicht Illusionen über eine „Insellösung" im Kapitalismus enthält. Da sie eng mit den gewerkschaftlichen Kämpfen gegen Massenentlassungen verbunden ist, können durchaus Vorstellungen entstehen, die die Verstaatlichung der Stahlindustrie als *Lösung* der Stahlkrise und nicht als *eine Bedingung* dieser Lösung begreifen und die Grenzen des Staatseigentums im Kapitalismus unterschätzen.[62] Hinsichtlich der Massenarbeitslosigkeit zeigt sich die Einbindung verstaatlichter Industriezweige in das System der staatsmono-

60 Vom 31. Dezember 1979 bis zum 31. Dezember 1982 gingen die Arbeitsplätze bei Peine/Salzgitter von 16977 auf 16241 und bei den Hoesch-Werken (Hüttenwerke AG) von 23529 auf 16414 zurück, bei einer enormen Gewinnsteigerung bei Hoesch im Jahre 1982. Vgl. FAZ vom 6. Mai 1983 und vom 21. Juni 1983.

61 Zur Rolle des Staatskapitals als Klasseneigentum vgl. H. Jung, Infrastruktur und Staatskapital, in: Beiträge des IMSF 6/I, Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus, Staatsdiskussion und Staatstheorie, Frankfurt/M. 1981, S. 334ff. Zum „Transformationspotential", das in der Notwendigkeit gesellschaftlicher Planung als mögliche sukzessive Beteiligung der Gesellschaftsmitglieder an der Gestaltung gesellschaftlicher Angelegenheiten angelegt ist, vgl. H. J. Krysmanski, Gesellschaftsstruktur der Bundesrepublik, Köln 1982, S. 13f.

62 Eine präzise Bestimmung der Rolle und der Grenzen des Staatseigentums im Kapitalismus ist auch deshalb wichtig, weil sie zu einer argumentativen Alternative zu jenen staatlich-reformistischen Positionen verhilft, die an die traditionelle Theorie der Wirtschaftsdemokratie anknüpfen und die Vergesellschaftung kapitalistischer Profitfunktionen über den Staat als Verwirklichung des „Gemeinwohl"-Interesses interpretieren. Insgesamt ist eine Diskussion über das Verhältnis von Gesamtkapital, Staatskapital und Einzelkapital angesprochen. Im allgemeinen rekurrieren die Debatten auf die weithin bekannten Darlegungen von Engels, der das Staatseigentum einerseits nicht als die Lösung des Konflikts, andererseits als das „formelle Mittel", die Handhabe der „Lösung" charakterisierte. Friedrich Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, in: MEW, Bd. 20, S. 260.

polistischen Wirtschaft mit allen entsprechenden Folgen deutlich. Angesichts gewaltiger Überkapazitäten und Nachfrageschwäche steht auch eine verstaatlichte Stahlindustrie vor dem Problem der Kapitalentwertung und dem Zwang, Überkapazitäten abbauen zu müssen. Vor diesem Hintergrund wird die zukünftige Diskussion über die Möglichkeiten der Verstaatlichung zweierlei berücksichtigen müssen: Zum einen geht es um die Formulierung von Zielen, die die Bedeutung einer volkswirtschaftlichen Rahmenplanung und der Ausweitung der paritätischen Mitbestimmung auf die Gesamtwirtschaft als „flankierende Maßnahmen" zur Verstaatlichung verdeutlichen. Zum anderen ist die Argumentation dort weiterzuentwickeln, wo das „Dortmunder Modell" Schwächen aufweist.[63] Das betrifft neben den bereits angeführten Überlegungen vor allem die Notwendigkeit der Verstaatlichung des Bankkapitals, die im „Dortmunder Papier" ausgespart bleibt.[64]

63 Zu weiteren Einzelaspekten bei der Überführung von Schlüsselindustrien in Gemeineigentum vgl. L. Müller, Gesellschaftspolitische . . ., a.a.O., Teil III: Verstaatlichung – Möglichkeiten und Grenzen, in: UZ vom 30. März 1983; Memorandum 1983, a.a.O., S. 146ff.; J. Bünnig u. a., a.a.O., S. 147ff.

64 Der hohe Kapitalanteil der Großbanken in der Stahlindustrie und die hohe Zinsbelastung der Stahlkonzerne behindern eine rentable Sanierung der Stahlindustrie. Die Verstaatlichung des Stahlsektors wird deshalb eine Verstaatlichung der Banken nach sich ziehen müssen.

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 6/1983

Sozialpartnerschaft auf schmalerer Basis?

Zur Politik der Unternehmerverbände im Zeichen der „geistig-moralischen Wende"

Peter Hinrichs

I. Repolitisierung und Reideologisierung der Unternehmerverbände – II. Das gesellschaftspolitische Manifest der BDA – III. „Für eine neue Elite!" – IV. Die Zentralisierung der Unternehmeroffensive: Mitbestimmungsklage, Aussperrungskampagne und Tabu-Katalog der BDA – V. Sozialpartnerschaft auf schmalerer Basis?

I. Repolitisierung und Reideologisierung der Unternehmerverbände

Vor dem Hintergrund der seit Mitte der siebziger Jahre wirksamen Krisentendenzen und des stetig sich verschärfenden Sozialabbaus zeichnen sich in der Bundesrepublik neue Qualitäten in der Politik der Unternehmerverbände gegenüber der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften ab: Während in den sechziger und frühsiebziger Jahren im Bereich der ideologischen Auseinandersetzung die Formel von der „Entideologisierung" zum klassischen Repertoire bürgerlicher Rhetorik gehörte und gleichsam den Überbau der von Unternehmerseite angestrebten „sozialen Partnerschaft" zwischen Arbeit und Kapital bildete, markieren publizistische Verlautbarungen und Aktivitäten der Unternehmer und ihrer Verbände bereits seit Mitte der siebziger Jahre eine Tendenz zur Repolitisierung und Reideologisierung des Kapitals als Klasse: Unternehmerischer Tabu-Katalog und Massenaussperrung, die Klage gegen das Prinzip der Mitbestimmung, die Formulierung und ideologische Begründung des geistig-moralischen Führungsanspruchs seitens der BDA, die (im sogenannten „Flick-Skandal" offenkundig gewordenen) Bemühungen, „die besondere Pflege der Bonner Landschaft"[1] im Sinne der Herbeiführung kapitaladäquater politischer Verhältnisse zu betreiben, die unverhüllte Einflußnahme auf den Ausgang der Bundestagswahl 1983 („Investitionsstreik", Lehrstellenlüge, repressive Einflußnahme auf das Wahlverhalten von „Mitarbeitern") sowie schließlich die Wiederentdeckung patriarchalisch-despotischer Herrschaftsformen auf betrieblicher Ebene[2]

1 Vgl. ausführlich in: Der Spiegel Nr. 4, 24. Januar 1983.

2 Zu den variantenreichen Angriffen der Unternehmer auf die Arbeiterklasse auf betrieblicher Ebene (Abbau von Sozialleistungen, Jagd auf Kranke, Behinderung von Betriebsratswahlen, Behinderung gewerkschaftlicher Tätigkeit im Betrieb, Behinderung der Betriebsratsarbeit, Abmahnung und Kündigung von „Mitarbeitern", Nichtübernahme von Jugendvertretern u.a.m.) siehe ausführlich die Dokumentation „Unternehmerverhalten in der Krise und gewerkschaftliche Gegenwehr", Hrsg. IG Metall (Februar 1983).

belegen die in den letzten Jahren dargebotene Bandbreite einer sogenannten „Sozialpartnerschaft auf schmalerer Basis."

Diese Entwicklungstendenzen verdeutlichen, daß die „Entideologisierung" an Wirkungskraft verloren, ja sich als Bumerang erwiesen hat. In ihrem appellativen Charakter war sie zu defensiv angesichts der zunehmenden Konfliktträchtigkeit in den tariflichen wie gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Die Anzeichen einer Reideologisierung der Unternehmer signalisieren, daß unter den Bedingungen zunehmender materieller wie ideologischer Krisenerscheinungen des kapitalistischen Systems es dem Kapital nunmehr darum geht, das ideologische Selbstverständnis seiner Repräsentanten mittels einer offensiven Weltanschauung neu zu festigen und ihnen Mittel an die Hand zu geben, mit denen der Unternehmer der achtziger Jahre den gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen besser begegnen kann.

II. Das gesellschaftspolitische Manifest der BDA

Im Sommer 1974 veröffentlichte die „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände" (BDA) den Entwurf einer „Erklärung zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen",[3] in der sie – als übergreifende Organisation der einzelnen Kapitalverbände – neben einer Bestandsaufnahme des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses in der Bundesrepublik die Zielperspektiven der Unternehmer für die Zukunft abgesteckt hat. Damit knüpft die BDA an die 1953 verabschiedeten „Gedanken zur sozialen Ordnung" und die 1968 veröffentlichte Denkschrift „Freiheitliche soziale Ordnung heute und morgen" an. Der Zeitpunkt der Veröffentlichung fiel zusammen mit dem Beginn der zyklischen Krise von 1974, die in der Entwicklung der Bundesrepublik eine tiefe Zäsur hinterlassen hat. Gegenüber dem „Langzeitprogramm" der SPD von 1975, in dem die Begriffe „Krise" und „Arbeitslosigkeit" gar nicht erst auftauchen, bewies die BDA damit ein realistischeres Verständnis für die Perspektiven des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Systems der Bundesrepublik. Zugleich widerspiegelt die „Erklärung" das wachsende Unbehagen der Unternehmer angesichts möglicher Auswirkungen der Krise auf die Arbeiterklasse, deren bisherige Bindung an das marktwirtschaftliche System auf der Grundlage der „sozialen Partnerschaft" in Gefahr zu geraten drohte.

Ziel der Denkschrift war es, „die gesellschaftspolitischen Entwicklungslinien auszuloten" und „ein gesellschaftspolitisches Ordnungsbekenntnis der Unternehmer zu formulieren, das den Rahmen für ihr sozial- und gesellschaftspolitisches Handeln in der Zukunft absteckt" (S. 7). Unter der Fragestellung „Wo stehen wir?" erkennt sie realistisch die sich Mitte der siebziger Jahre andeutende „Sinnkrise" der bürgerlichen Ordnung der Bundesrepublik: „Eine dahinschwindende Grundübereinstimmung über Sinn und Inhalt des menschlichen Daseins, aber auch der demokratischen Normen, über Rolle und Funktion der gesellschaftlichen Gruppen und des Staates

3 Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (Hrsg.): Erklärung zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen. Entwurf, Köln 1974, passim. Zur Analyse der Unternehmerverbände in der BRD vgl. Walter Simon, Macht und Herrschaft der Unternehmerverbände. Zur Rolle von BDI, BDA und DIHT im ökonomischen und politischen System der BRD, Köln 1976; Abschn. III.3 „Monopolkapital und Staat" (Verf. Chr. Butterwegge) in: Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik. Empirische Analysen, Fakten. Beiträge des IMSF 6/II, Frankfurt/M. 1982, S. 417ff.

sowie ein gestörtes Verhältnis zu den Proportionen des wirtschaftlichen Fortschritts ... kennzeichnen ein Klima, das zur Konfrontation der weltanschaulichen Vorstellungen und politischen Meinungen treibt. Der Konflikt über die Richtung, in der sich die gesellschaftliche Ordnung fortentwickeln soll, ist heute totaler und tiefgreifender als zu Beginn der Bundesrepublik"(S. 11).

Angesichts des negativen Images des kapitalistischen Unternehmers ist die „Erklärung" bemüht, sein Bild aufzupolieren sowie das Privateigentum an Produktionsmitteln „als Eckpfeiler unserer freiheitlichen Ordnung" (S. 31) ideologisch festzuschreiben. Gegen die Mitbestimmung wird erklärt: „Wer die freiheitliche Ordnung ändern oder auflösen will, wird den Schutz dieser Institution (gemeint: das Privateigentum an Produktionsmitteln, *P. H.*) auflockern, seinen Inhalt und die Schranken seines Gebrauchs einengen" (S. 31). Damit ist neben der Gleichsetzung von „Freiheit" und „Privateigentum" das Verdikt potentieller Verfassungsfeindlichkeit gegenüber der Forderung nach Mitbestimmung eingeschlossen, wie es wenig später in der Verfassungsklage der Unternehmer vom 29. Juni 1977 seinen materiellen Niederschlag gefunden hat.

Des weiteren attackiert die „Erklärung" die „Wohlstandsmentalität" sowie den „Mangel an Gemeinwohlverpflichtung" (S. 12) in der Bevölkerung. Betont wird die Notwendigkeit unternehmerischer Freiheit für den Erhalt des „Gemeinwesens"; „Vorurteile" gegenüber den „wirtschaftlich Selbständigen" seien abzubauen, denn: „Ihr Image ist ... kalt, und das in jeder Gesellschaft vorhandene Neidgefälle richtet sich gegen sie. Man nimmt ihre Rolle für selbstverständlich, sieht aber im Profitstreben ihr einziges Handlungsmotiv und in ihrer Verfügung über die privaten Produktionsmittel, die eine Voraussetzung ihrer Existenz und ihres Wirkens sind, einen Machtvorteil ohne Legitimation." (S. 13). Deshalb sei es erforderlich, von unternehmerischer Seite „das vorhandene Theoriedefizit aufzuarbeiten" (S. 7) und darauf hinzuweisen, daß „Freiheit und privates Unternehmertum untrennbar miteinander verbunden sind" (S. 13).

In direkter Vorwegnahme der „Sparbeschlüsse" seit Beginn der achtziger Jahre formuliert die BDA-Erklärung: „Die diesem System innewohnende Tendenz, die Eigenverantwortung erlahmen zu lassen, muß nüchtern eingeschätzt werden. Deshalb ist es angebracht, heute zu prüfen, ob man auch künftig, wie beispielsweise in der Gesundheitssicherung, jede auch geringfügige Inanspruchnahme von Leistungen weiterhin der Gesellschaft oder aber besser dem einzelnen selbst zumutet: ob es nicht angezeigt ist, die ungerechtfertigte Inanspruchnahme der Solidargemeinschaft nach Möglichkeit auszuschließen" (S. 36). Des weiteren plädiert die Denkschrift für die Festigung der „sozialen Partnerschaft zwischen Arbeit und Kapital", indem sie die Pflege der „Konzertierten Aktion" als „Koordinierung der Sozialproduktansprüche auf freiwilliger Grundlage" empfiehlt und gleichzeitig als ein Mittel betrachtet, den „sozialen Dialog" zu kultivieren.

Bewertet man die „Erklärung" der BDA von 1974 in ihrer Gesamtintention, so wird deutlich, daß es sich hier um *eine ideologische Plattform für die Neukonzeption strategischer Handlungsanleitungen für die Bedürfnisse des Monopolkapitals unter verschärften gesellschaftlichen Rahmenbedingungen* handelt. Unter der rhetorischen Leitfrage „Wofür stehen wir ein?" betont das BDA-Manifest die Notwendigkeit der „Bereitschaft, sich auf wechselnde wirtschaftliche Bedingungen rechtzeitig einzustel-

len und vorauszudenken", und zwar „besonders für das politische und gesellschaftspolitische Umfeld. Die Unternehmer brauchen ein neues Verständnis von Politik ... Sie müssen den übergreifenden Zusammenhang mehr im Auge haben als bisher. Sie müssen ihre gesellschaftspolitischen und weltanschaulichen Auffassungsunterschiede gegenüber anderen Gruppen und Institutionen der Gesellschaft klar und deutlich machen, theoretisch fundieren und ihren Widerstand gegen linkslastige Ordnungspolitik begründen ... Dies ist die Generalperspektive künftiger Unternehmerpolitik" (S. 18).

III. „Für eine neue Elite!"

Der in der Grundsatzerklärung der BDA von 1974 zum Ausdruck gebrachte gesellschaftliche Führungsanspruch der Unternehmer und die Forderung nach Wiedereinsetzung der Unternehmerpersönlichkeit als „Pionier der Nation"[4] zielen in die Richtung einer Wiederbelebung und Rehabilitierung konservativer Elitetheorien, wie sie vor allem in den sechziger Jahren artikuliert worden sind.[5] Verschiedene Beiträge im Zentralorgan der BDA aus jüngster Zeit unterstreichen die Bedeutung dieser gesellschaftspolitischen Ordnungsidee für die Politikvorstellungen der Unternehmer und flankieren somit die CDU-Vorstellung von „geistiger Erneuerung". Dies geschieht nicht allein, um eine ideologische Stütze für die Begründung der „natürlichen" Existenz der Unternehmer zu konstruieren, sondern vor allem, um den Machtanspruch des Kapitals als Klasse und die Legitimierung von autoritären Herrschaftsformen zur Behebung der Krise im Interesse des Kapitals zu rechtfertigen.[6]

Ausgangspunkt für die Neubegründung eines modifizierten Elitekonzepts der achtziger Jahre sind zum einen die Klagen darüber, daß große Teile der Jugend das traditionelle Bild der „Leistungsgesellschaft" in Frage stellen, und zum anderen die Feststellung, daß „die Elite der deutschen akademischen Jugend" falsche „berufliche Traumziele"[7] in ihrer Ausbildung anvisiere: „Wir haben zuviel Reflektions- und Meditationselite in ... Fächerkombinationen, die sich um Pädagogik, Psychologie, Soziologie und Sozialwissenschaften ranken – und wir haben eher noch zu wenig Praktiker- und Führungselite in den naturwissenschaftlichen und technischen Fächern", umreißt *Otto Esser* das Lamento der privaten Wirtschaft;[8] an anderer Stelle zeigt er sich besorgt, daß unter dem Vorwand, ein alternatives Leben führen zu wollen, ein Programm verwirklicht werden könne, „das in Wahrheit eine andere Gesellschaft anstrebt", denn: „Sie wollen eine andere Wirtschaft und letztlich eine andere Republik".[9] Neben der demagogischen Gleichsetzung von privatwirtschaftlicher Ordnung und grundgesetzlicher Verfassungsnorm geht *Esser* davon aus, daß Forderungen wie „demokratische Selbstverwaltung" letztlich das Allerheiligste des

4 Unternehmer, H. 3 (1983), S. 9.

5 Exemplarisch: Erwin K. Scheuch, Die Macht hat viele Herren, in: Die Zeit vom 1. Dezember 1967; zur Kritik der Elitetheorie(n) vgl. Urs Jaeggi, Macht und Herrschaft in der BRD, Frankfurt a. Main und Hamburg 1969, bes. S. 15–30.

6 Vgl. IG Metall-Dokumentation (Fußnote 2).

7 Otto Esser, Zuviel Reflektions- und Meditationselite, in: Der Arbeitgeber, H. 2 (1983), S. 48.

8 Ebd., S. 48.

9 Otto Esser, Ein Weg zur Balkanisierung der Bundesrepublik, in: Der Arbeitgeber, H. 3 (1983), S. 88.

Kapitalismus in Frage stellen könnten, wenn er schreibt: „Dazu gehört der Verzicht auf Privateigentum an Produktionsmitteln. Der Ertrag soll nicht mehr Maßstab wirtschaftlichen Handelns sein ... Dies alles ist ein Weg ins Abseits. Die Konsequenz eines solchen politischen Weges wäre die Balkanisierung der Bundesrepublik".[10]

In ungewöhnlicher Offenheit plädiert auch *Joachim Hentze*, Leiter der Informationszentrale der Bayerischen Wirtschaft, nur wenige Wochen nach dem Regierungswechsel vom Oktober 1982 für die Schaffung einer „neuen Elite":[11] „Das Tabu, über Jahrzehnte verhängt, ist gebrochen – man kann wieder ruhig darüber sprechen: Über den Begriff der ‚Elite'". Seiner Auffassung zufolge handele es sich für das Unternehmerlager weniger um eine Elite im klassischen Sinne soziologischer Definition, „die bekanntlich das Zivilleben, ausgesprochen oder kaschiert, ebenso kennt wie das Militär oder die Beamtenschaft", sondern es geht ihm um eine „neue", geistig und wertmäßig begründete Elite, die sich vornehmlich in gesellschaftlichen Grenzsituationen herauskristallisiere: „Eliten bilden sich in Grenzsituationen; Bedrohungen können ihre Entstehung fördern. Wenn die Mauern wanken, naht die Stunde der wirklich Auserwählten, der wenigen, denen dann die Vielen viel zu verdanken haben – unabhängig davon, ob die Katastrophe gebannt werden kann oder nicht ... Der Zusammenhang zwischen Leistungsbedarf und der Entstehung von Eliten ist ursächlich". *Hentze* prognostiziert als Wunschbild der Unternehmer für die Zukunft: „Die Suche nach einer neuen Elite läßt sich so wenig aufhalten wie geleugnet werden kann, daß die Spaltung der Gesellschaft in Leistungserbringer und parasitäre Leistungsverweigerer einen Krankheitszustand signalisiert, den es zu heilen gilt – durch Leistung, die auf die Dauer ohne Elite nicht möglich ist."

Zu seinem Bedauern muß *Hentze* konstatieren, daß es eine solche Elite in der Bundesrepublik zur Zeit kaum gebe. Deshalb will er der Diskussion über die Elitebildung neue Impulse vermitteln, indem er gegen die „Gleichheitsideologie" polemisiert und „Chancengerechtigkeit an die Stelle der weithin mißverständlichen Chancengleichheit" setzt. *Hentze* bemüht sich, den Begriff einer „neuen" Elite näher einzugrenzen und auf das Idealbild des Unternehmers der Zukunft zuzuschneiden: Es genüge nicht mehr, durch die Schaffung von „Funktionseliten" im herkömmlichen Sinne „für eine überlebensfähige Gesellschaft" zu kämpfen, denn „solche Funktionseliten reichen nicht aus, um der Erosion einer Leistungsgesellschaft, die auch morgen und übermorgen Bestand haben soll, wirksam zu begegnen. Was Staat und Gesellschaft endlich brauchen, ist vielmehr eine ‚Wert- und Bewußtseinselite' ..., eine Elite, die ‚Orientierung' schafft. Eliten in diesem Sinne zeichnen sich weniger durch Privilegien aus als durch Pflichten und durch Dienst an einer Sache. Eliten müssen zu Opfern – zu wirklichen Opfern! – bereit sein."

Die Bemühungen der Unternehmerverbände um die Formulierung eines neuen Selbstverständnisses als „Elite" werden zum einen geprägt durch die Ablehnung gesellschaftspolitischer Veränderungstendenzen, welche die hierarchische Gliederung der kapitalistischen Gesellschaft infrage stellen. Zweitens beinhaltet die Konstruktion einer „neuen Elite" das Bemühen, die favorisierten „Werte" (Opfersinn,

10 Ebd.

11 Joachim Hentze, Für eine neue Elite, in: Der Arbeitgeber, H. 22 (1982), S. 1264; alle weiteren Zitate ebd.

Askese, Dienstgedanke, Pflichterfüllung usw.) der arbeitenden Bevölkerung als positive und erstrebenswerte Tugenden zu offerieren; drittens ermöglicht die „neue" Elitetheorie, was bisherige nur unzulänglich vermochten: den ideologischen Schein zu erwecken, als gebe es in der Bundesrepublik noch keine „echten" Eliten, geschweige eine herrschende Klasse.

IV. Die Zentralisierung der Unternehmeroffensive: Mitbestimmungsklage, Aussperrungskampagne und Tabu-Katalog der BDA

Die Bemühungen des Monopolkapitals, den Führungsanspruch der Unternehmer in allen gesellschaftlichen Bereichen neu zu begründen, widersprechen dem Interesse der Arbeiterklasse und ihrer gewerkschaftlichen Interessenvertretung an Institutionalisierung und Absicherung von demokratischen Rechten gegenüber der Macht des Kapitals. Die am 29. Juni 1977 von 9 Unternehmen und 29 Arbeitgeberverbänden eingebrachte Verfassungsklage gegen das Mitbestimmungsgesetz von 1976, das in seinen Bestimmungen weit hinter dem Montanmitbestimmungsmodell zurückbleibt, signalisierte eine neue Strategie der Unternehmerverbände: Das Bestreben, die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel der sozialen Auseinandersetzung zu entziehen und durch eine scheinbar „neutrale" Instanz für alle Zeiten sanktionieren zu lassen. Tatsächlich diente den Unternehmern dieses Gesetz nur als Anlaß, um gegen das *Prinzip der Mitbestimmung schlechthin* vorzugehen, denn die letztendliche unternehmerische Alleinherrschaft wird durch das Gesetz von 1976 nicht berührt. Wie es in der Verfassungsklage hieß, sollte das Gericht prüfen, ob eine „unternehmensgerechte Verwirklichung" des Gesetzes mit dem Grundgesetz zu vereinbaren sei. Ungeachtet aller für das Kapital günstigen Sicherungsklauseln im Gesetz fühlten die Unternehmer verfassungsmäßige Rechte bedroht bzw. eingeschränkt: So das Grundrecht auf Schutz des Eigentums (Art. 14 GG), auf Vereinigungsfreiheit (Art. 9 GG), auf Berufsfreiheit (Art. 12 GG), auf wirtschaftliche Handlungsfreiheit (Art. 2 GG) und auf Koalitionsfreiheit (Art. 9 GG). Entgegen ihren Erwartungen fiel die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts am 1. März 1979 nicht so eindeutig kapitalorientiert aus, wie es von gewerkschaftlicher Seite befürchtet worden war. Das Gericht erklärte, daß die auf der Basis des Gesetzes von 1976 praktizierte Mitbestimmung mit den Grundrechten der Anteilseigner zu vereinbaren sei; allerdings wurde gleichzeitig verlautbart, daß eine echte Mitbestimmung das Letztentscheidungsrecht der Unternehmer nicht tangieren dürfe, ohne daß indes ein offenes Verbot jeder weitergehenden Regelung ausgesprochen wurde. Damit hat die Klage den Unternehmern nach eigenem Bekunden zwar „eine Vielzahl von Sorgen nicht abgenommen",[12] aber dennoch ein Etappenziel erreicht: die (vorläufige) Festschreibung einer Praxis der Unternehmensführung auf der Basis der Nichtparität.

Die mit der Verfassungsklage eingeleitete Vorwärtsstrategie und damit die bewußt provozierte Suspendierung des bisher gepflegten „sozialen Dialogs" mit den

12 Frankfurter Rundschau vom 2. März 1979.

Gewerkschaften erreichte in den Streikauseinandersetzungen des Jahres 1978 eine neue Eskalation. Besonders in den tarifpolitischen Auseinandersetzungen in der Druckindustrie, in denen es um die Durchsetzung eines Tarifvertrages „Neue Technik" ging, sowie im Arbeitskampf der IG Metall für Abgruppierungsschutz in Nordwürttemberg/Nordbaden wurde deutlich, daß die offizielle Unternehmerpolitik ein bisher unbekanntes Maß an Koordination und Zentralisierung aufwies und – durch die massenhafte Anwendung der Aussperrungswaffe – eine Verschärfung der sozialen Auseinandersetzungen bewußt einkalkulierte. Bis gegen Ende der siebziger Jahre war es den Gewerkschaften gelungen, einen direkten Lohnabbau ihrer Mitglieder zu verhindern und tragende Elemente des Systems der sozialen Sicherung gegen die Unternehmer zu verteidigen. Vor dem Hintergrund der in dieser Zeit fallenden Rationalisierungsoffensive des Kapitals und der daraus resultierenden Probleme der Entwertung der lebendigen Arbeit bestimmten neue qualitative Ziele die Politik der Gewerkschaften, die über das Maß reiner Abwehrkämpfe hinausgingen: Tarifliche Absicherung von Rationalisierungsschutz, Garantie des Arbeitsplatzes und Verdienstabsicherung, die schrittweise Verringerung der Arbeitszeit (Einstieg in die 35-Stunden-Woche) bei vollem Lohnausgleich, Freistellung für Weiterbildungs- bzw. Umschulungsmaßnahmen, Erhöhung der Freischichten für Nachtarbeiter, die Forderung nach Sicherung des Rechts auf Arbeit sowie schließlich die paritätische Mitbestimmung markieren stichwortartig das erweiterte Terrain gewerkschaftlicher Politik. Darüberhinaus wurde die Dynamik der Streiks im Jahre 1978 wesentlich durch neue Formen des Kampfes geprägt: Vollstreiks, Warnstreiks, Schwerpunktstreiks, Solidaritätsstreiks bis hin zu ansatzweisen Betriebsbesetzungen brachten den Gewerkschaften die Erfahrung einer „neuen Beweglichkeit" in der Auseinandersetzung mit dem Kapital sowie gleichzeitig einen nachhaltigen Eindruck von dessen neuer Militanz.

Von Seiten der Unternehmerverbände war klar signalisiert worden, daß die planmäßige Einschränkung der gewerkschaftlichen Vertretungsmacht und des gewerkschaftlichen Handlungsspielraums zum bestimmenden Moment in der Auseinandersetzung geworden war. Flankiert durch eine umfassende publizistische Kampagne zum Thema „Funktionärsherrschaft" und „Gewerkschaftsstaat" hatte man sich auf die zu erwartenden Tarifauseinandersetzungen gleichsam generalstabsmäßig vorbereitet und dafür Sorge getragen, daß sämtliche Tarifverhandlungen von zentraler Stelle aus gesteuert wurden, um keine Präzedenzfälle für „unakzeptable" Vereinbarungen zu schaffen. Von Seiten der BDA wurden mit allen Einzelverbänden intensive Absprachen über eine Vereinheitlichung des Unternehmerverhaltens im bevorstehenden Tarifkonflikt getroffen. Die Vorwärtsstrategie des Kapitals beinhaltete ebenfalls den planmäßigen Einsatz der Aussperrungswaffe: „Alle Unternehmer sollten wissen, daß es eine Lösung des Tarifproblems in freien Verhandlungen wohl nicht geben wird. – Man muß sich dann damit vertraut machen, daß ein vertretbares Ergebnis künftig ohne Inkaufnahme von Streik und dessen Beantwortung mit der Aussperrung nicht zu erzielen sein wird."[13]

13 Süddeutsche Zeitung vom 17. August 1978; hier zit. nach: Klaus Pickshaus/Witich Roßmann, Streik und Aussperrung '78. Soziale Bewegungen. Analyse und Dokumentation des IMSF, H. 6, Frankfurt/M. 1978, S. 10.

In den Auseinandersetzungen des Konflikts in der Druckindustrie wurde dann deutlich gemacht, daß es sich hierbei nicht um leere Worte handelte: Einerseits versuchte das Kapital mit Hilfe der Einführung arbeitsplatzverzehrender neuer Techniken der Berufsgruppe der Setzer, welche traditionell das Rückgrat der IG Druck und Papier darstellte, die Existenzgrundlage zu entziehen. Zum anderen signalisierte die Aussperrung gerade in diesem Tarifbereich die Absicht, die bereits 1976 durch Aussperrung schwer angeschlagene IG Druck und Papier durch Ausbluten ihrer Streikkassen in ihrem Lebensnerv zu treffen. Am 14. März 1978 erfolgte der langvorbereitete Generalangriff: Ca. 32 000 Gewerkschaftsmitglieder in über 500 Betrieben wurden ausgesperrt. Das Ergebnis der Aussperrungsoffensive vom Frühjahr 1978, die ebenso die Metallindustrie Nordwürttemberg/Nordbaden betraf, konnte sich aus der Perspektive des Kapitals sehen lassen: „Die IG Metall mußte 1978 in Baden-Württemberg für 200 000 Ausgesperrte (einschließlich 80 000 Streikender, die dann ausgesperrt wurden) 130 Millionen DM aufwenden, davon knapp 50 Millionen für die Streikenden. Dies verschlang die Jahresbeitragsüberschüsse von über drei Jahren. Der Streik 1976 kostete die IG Druck und Papier 33 Millionen DM, davon die Hälfte für ausgesperrte Kollegen. Damit wurde das vorhandene Gewerkschaftsvermögen fast aufgezehrt. Im Arbeitskampf 1978 benötigte die IG Druck und Papier rund 15 Millionen DM, davon 13 Millionen für die ausgesperrten Mitglieder".[14]

Obwohl die Aussperrungskampagne der Unternehmer 1976 und 1978 ihr primäres Ziel, die Schwächung der gewerkschaftlichen Streikkassen, erreicht hatte, entwikkelte sich die Aktion jedoch teilweise auch zu einem Bumerang: Die Solidarität der Gewerkschaften war 1978 gegenüber 1976 wesentlich stärker geworden („Wer aussperrt, gehört eingesperrt!") Das Bundesarbeitsgericht bestätigte jedoch in zwei Entscheidungen des Jahres 1980 (wie bereits 1955 und 1971) erneut das Recht der Unternehmer auf Aussperrung, wenn auch mit gewissen Einschränkungen,[15] und sanktionierte erstmalig auch die „kalte Aussperrung" (Stillegung von Zulieferbetrieben mit der Begründung, diese würden durch den Streik paralysiert und produktionsunfähig).

Die Geschlossenheit der unternehmerischen Strategie und die ungewöhnliche Militanz ließen bereits im Vorfeld der eigentlichen Konfliktaustragung den Schluß zu, daß auf höchster Ebene ein Tabu-Katalog existiere, der verhindern sollte, daß die Gesamtstrategie des Kapitals als Klasse an irgendeiner Stelle durchbrochen werde. Spätestens seit dem Sommer 1978 – als mit dem Tarifvertrag „Neue Technik" der IG Druck und Papier zumindest ein Teileinbruch in die unumschränkte Verfügungsgewalt der Unternehmer über die Produktionsmittel gelungen war – setzte die BDA alles daran, den Katalog, dessen Existenz zunächst geleugnet wurde, durchzusetzen. So wurde in der Stahltarifrunde 1978 jede Verhandlung über den Einstieg in die 35-Stunden-Woche abgelehnt und mit der dritten Aussperrung 1978 gedroht. In der Auseinandersetzung zwischen der Gewerkschaft NGG und den Brauereien in

14 K. Gerhart u. a., Rückkehr zur Sozialpartnerschaft? Soziale Bewegungen. Analyse und Dokumentation des IMSF, H. 9, Frankfurt/M. 1981, S. 29.

15 Zur Bewertung durch die Unternehmer vgl. H. 5 (1983) des „Unternehmer", S. 15 (Stichwort: Aussperrung").

Nordrhein-Westfalen, in deren Verlauf die BDA im administrativen Zugriff von oben eine bereits getroffene Vereinbarung annullierte, weil diese sich nicht in Übereinstimmung mit ihrer Globalstrategie befand,[16] wurde ebenfalls deutlich, daß ein Tabu-Katalog existierte. Im Januar 1979 wurde dieser „Katalog der zu koordinierenden lohn- und tarifpolitischen Fragen" (so die offizielle Bezeichnung) der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.[17] In jüngster Zeit wird die Existenz des Katalogs nunmehr zwar zugegeben, doch ist das Bemühen zu erkennen, ihn als „Papp-Kameraden der Gewerkschaften" zu verharmlosen.[18]

Die genauere Analyse dieses Katalogs ist aufschlußreich für das Verständnis der „neuen" Unternehmerpolitik und erlaubt eine bessere Einschätzung ihrer Globalstrategie gegen die Gewerkschaften. *Kapitel I* betrifft die „Koordinierung im Lohn- und Tarifpolitischen Ausschuß" der BDA und fixiert u. a. folgende Maximen: Löhne und Gehälter dürfen im Durchschnitt nicht stärker erhöht werden als die gesamtwirtschaftliche Produktivität, und zwar ohne Berücksichtigung der Steuerprogression und der Inflationsrate, was de facto eine Festschreibung des Prinzips der kontinuierlichen Lohnsenkung bedeutet. Auch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen (hier wird u. a. der Bereich „Humanisierung der Arbeit" betroffen) wird von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung abhängig gemacht und damit relativiert. Des weiteren wird verfügt, daß im Bereich der betrieblichen Zusatzleistungen die Grenze von 150 Prozent eines Monatseinkommens nicht überschritten wird, was in der betrieblichen Praxis[19] die Aufforderung zum Abbau betrieblicher Sondervereinbarungen bedeutet. Ferner wird darauf hingewiesen, daß dem Bemühen der Gewerkschaften um die Einführung zusätzlicher Pausen insofern ein Riegel vorzuschieben sei, als damit indirekt das Tabu der 40-Stunden-Woche unterminiert werden könnte.

Teil II des Katalogs markiert die Kernbereiche der lohn- und tarifpolitischen Fragen, deren abweichende Regelung „die vorherige Konsultation des Präsidiums voraussetzten". Darunter fällt insbesondere die Ablehnung von individuellen Maßnahmen einer „betriebsnahen Tarifpolitik" bzw. von „Öffnungsklauseln", welche es den Gewerkschaften ermöglichen könnten, betriebsspezifische Zusatzverträge abzuschließen. Desgleichen werden Index- bzw. Revisionsklauseln in Tarifverträgen abgelehnt, welche die Lohnentwicklung oder die Laufzeit des Vertrages an die Entwicklung der Preise binden, da sie „die Gefahr übersteigerter, zusätzlicher Lohnerhöhungen ... mit sich bringen". Abgelehnt wird die gewerkschaftliche Forderung einer allgemeinen Freistellung zu Bildungszwecken, da dies aus Kapitalsicht zu einer Verkürzung der effektiven Arbeitszeit führen würde. Der gewerkschaftlichen Forderung nach Abschaffung von Überstundenarbeit wird damit begegnet, die Möglichkeit einer Verlängerung der täglichen Arbeitszeit auf 10 Stunden (bzw. wöchentlich 50 Stunden) zum Tabu zu erklären.

16 Vgl. Gert Hautsch/Bernd Semmler, Stahlstreik und Tarifrunde 78/79. Soziale Bewegungen. Analyse und Dokumentation des IMSF H. 7, Frankfurt/M. 1979, S. 13f.

17 Abgedruckt in Frankfurter Rundschau vom 26. Januar 1979.

18 Report Tabu-Katalog: Der Papp-Kamerad der Gewerkschaften, in: „Unternehmer", H. 5 (1983), S. 22–24.

19 Siehe die zahlreichen Beispiele in: Unternehmerverhalten in der Krise und gewerkschaftliche Gegenwehr, a.a.O., passim.

In *Teil III* werden Vorstandsmaximen ausgebreitet, „von denen nicht abgewichen werden kann", es sei denn, daß der Vorstand der BDA konsultiert wird. Hierunter fallen die kategorische Ablehnung der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bzw. der Einführung der 35-Stunden-Woche ebenso wie die Absteckung der Grenzen der Mitbestimmung bis an jene Bereiche, „wo durch eine Änderung bestehender Regelungen unsere freiheitliche Wirtschafts- und Sozialordnung gefährdet werden würde ... Deshalb dürfen auch keine tarifvertraglichen Regelungen auf diesem Gebiet getroffen werden, zumal sie sich präjudizierend auf gesetzliche Initiativen zur Ausweitung der Mitbestimmung auswirken würden". Abschließend wird die Zielrichtung des Tabu-Katalogs unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, wenn es heißt: „Das Instrumentarium für die Koordinierung der Lohn- und Tarifpolitik schafft die verfahrensmäßige Grundlage für die Anwendung dieses Katalogs in der tariflichen Praxis. Beide zusammen sollen dem Ziele dienen, gegenüber der einheitlichen Strategie der Gewerkschaften eine möglichst einheitliche und geschlossene Willensbildung auch auf Unternehmerseite sicherzustellen."

V. Sozialpartnerschaft auf schmalerer Basis?

Im Tabu-Katalog wird deutlich, daß die Unternehmer gewillt sind, auch in zukünftigen Tarifverhandlungen das bisher geltende Recht der Tarifautonomie zu unterlaufen und jedweder Art von gesellschaftlichem und sozialpolitischem Fortschritt einen Riegel vorzuschieben. Damit verfügen sie über ein Maß an Geschlossenheit und strategischer Linie, wie es in der Gewerkschaftsbewegung – nicht zuletzt wegen des Widerstandes bestimmter Einzelgewerkschaften innerhalb des DGB – bisher nicht gegeben ist.[20] Gegenüber der Durchsetzung dieser ideologischen und praktisch-politischen Konfrontationspolitik der Unternehmerverbände stehen die Gewerkschaften in der Bundesrepublik vor der Frage, ob sie der Herausforderung des Tabu-Kataloges durch eine offensive, klassenorientierte Politik begegnen oder sich auf die Tradition der auf gesellschaftliche Integration der Arbeiterklasse zielenden Politik zurückziehen wollen. Tatsächlich ist zu konstatieren, daß auf gewerkschaftlicher Seite die Erfahrungen seit 1978 nicht einheitlich verarbeitet worden sind und Bestrebungen, welche unter Mißachtung der Interessen der lohnabhängig Beschäftigten einer „gütlichen", auf Kompromiß und friedliche Koexistenz mit den Unternehmerverbänden angelegten Politik das Wort reden, wieder an Terrain gewinnen. So heißt es etwa in dem im Oktober 1978 verabschiedeten Programm der Gewerkschaft Textil–Bekleidung: „Der Gegensatz der Interessen und deren Hinnahme kennzeichnet diese Gesellschaft, die als eine offene Gesellschaft begriffen und organisiert werden muß. Kein Teilinteresse darf verabsolutiert werden ... Gewerkschaften in Deutschland erstarren nie in egoistischer Interessenvertretung ... Den Gewerkschaften geht es um eine Gesellschaftsordnung, in der der Machtausgleich zwischen den gesellschaftlichen Gruppen gesichert ist und der Ausbau unseres

20 Hier ist besonders an die IG Chemie gedacht, die z. B. im Frühjahr 1983 per Tarifabschluß im Alleingang die 40-Stunden-Woche bis 1987 festgeschrieben hat und als Bündnispartner für die gewerkschaftliche Offensive für den Einstieg in die 35-Stundenwoche 1984 ausfällt.

sozialen Rechtsstaates durch Reformpolitik und sozialen Wandel vorangetrieben werden kann".[21]

Das Angebot zu einer Rückkehr zu sozialpartnerschaftlichen Umgangsformen kam von der Unternehmerseite. Spätestens nach dem mit einer Art Waffenstillstand beendeten Arbeitskampf in der Stahlindustrie 1978 gelangten die Unternehmer zu der Erkenntnis, daß die bisher verfolgte Linie der Härte gegenüber den Gewerkschaften besser durchgesetzt werden könne, wenn sie mit dem Zuckerbrot traditioneller „partnerschaftlicher" Umgangsformen kaschiert würde. Dies führte in der Folgezeit zu gewissen taktischen Umorientierungen. Schon bald nach Beendigung des Stahlstreiks ergingen Angebote der Unternehmerverbände wie der Bundesregierung an die Gewerkschaften, zum „sozialen Dialog" auf der Basis der „Konzertierten Aktion" zurückzufinden, um zu verhindern, daß die Erfahrungen des Jahres 1978 zur Stärkung solcher Bestrebungen in der Gewerkschaftsbewegung führten, die auf eine autonome Klassenpolitik orientierten. Ebenfalls setzte man darauf, durch die Verlagerung wichtiger Konfliktbereiche aus der ökonomisch-sozialen in die „neutrale" juristische Sphäre ein Klima der Entspannung herbeizuführen, in dem eine „Sozialpartnerschaft auf schmalerer Basis"[22] möglich sei.

Daß Unternehmerinteressen dabei nicht zu kurz kommen, zeigt die Rechtsprechung einschlägig: Sowohl in der juristischen „Klärung" der Mitbestimmungsfrage als auch in der Bestätigung der Rechtmäßigkeit der Aussperrung haben die Gewerkschaften beträchtliche Abstriche an ihrer Position hinnehmen müssen. Bei derartigen Angeboten des Kapitals zur Rückkehr zur Sozialpartnerschaft geht es den Unternehmern offenkundig darum, „die allgemein sichtbaren Kennzeichen ihres Konfrontationskurses aus dem Blickfeld zu rücken. Es hat sich gezeigt, daß der totale, rücksichtslos vorgetragene Machtanspruch nicht zur Einschüchterung, sondern zum verstärkten Widerstand führt, und zwar auch bei Gewerkschaftern, die prinzipiell Positionen der Sozialpartnerschaft das Wort reden".[23]

Vor diesem Hintergrund war auch der Aufruf *Otto Essers* im „Arbeitgeber" vom Mai 1979 zu deuten, „der Sozialpartnerschaft eine Chance" zu geben, der den Gewerkschaften nahelegte, die „Konzertierte Aktion" nicht länger zu boykottieren.[24] Das Signal des BDA-Präsidenten stieß nicht auf taube Ohren: Zwar wurde die „Konzertierte Aktion" in ihrer bisherigen Form (noch) nicht wieder ins Leben gerufen, doch haben die von *Esser* geforderten „Gespräche" zwischen Arbeit und Kapital inzwischen wieder stattgefunden. Noch im gleichen Jahr (1979) sprach der damalige DGB-Vorsitzende *Vetter* mit *Otto Esser*, ohne daß über den Inhalt dieses Spitzengespräches Näheres bekannt wurde. Auch ein von *Karl Hauenschild*, damaliger Vorsitzender der IG Chemie, anläßlich des dreißigsten Jubiläums des DGB verfaßter Artikel „Partner?-Kooperation ist besser als Konfrontation" in *Springers* „Welt am Sonntag" wendete sich ausdrücklich gegen das Denken in Klassengegensätzen und schlußfolgerte: „Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben die Phase des

21 Zit. nach Gert Hautsch/Bernd Semmler, a.a.O., S. 53.

22 H. Böhmer u.a., Neue Beweglichkeit – neue Impulse? Soziale Bewegungen. Analyse und Dokumentation des IMSF H. 11, Frankfurt/M. 1982, S. 84ff.

23 Gert Hautsch/Bernd Semmler, a.a.O., S. 55f.

24 Otto Esser, Der Sozialpartnerschaft eine Chance, in: Der Arbeitgeber, H. 5 (1979).

unversöhnlichen Gegeneinander in einem schmerzlichen Lernprozeß überwunden ... Die Zahl unserer gegenwärtigen und zukünftigen Probleme ist aber so groß, daß wir den Interessen beider Seiten eher mit Kooperation gerecht werden als mit Konfrontation".[25]

Daß die Unternehmerverbände nunmehr – im Zeichen der von ihnen maßgeblich mit vorbereiteten „geistig-moralischen Wende" – ihre Interessen notfalls auch ohne die Neuauflage der „Konzertierten Aktion" durchzusetzen imstande sind, zeigt die gegenwärtige Umverteilungspolitik der Rechtskoalition. Auch die aktuelle Kampagne der Unternehmer für eine „produktivitätsorientierte Lohnpolitik" beweist, daß von den im Tabu-Katalog aufgeführten Maximen kein Jota abgewichen wird. Stattdessen wird offen verkündet: "Tatsächlich besteht kein zwingender Zusammenhang zwischen Wachstum und Beschäftigung. Wirtschaftliches Wachstum ist auch denkbar bei stagnierender oder gar abnehmender Beschäftigung. Das ist der Fall, wenn die Arbeit zu teuer ist".[26] Daß die Gewerkschaften dieser Logik gegenwärtig wenig entgegenzusetzen haben, belegen die Lohn- und Gehaltsabschlüsse des Jahres 1983. Vor dem Hintergrund der 1984 zu erwartenden Konflikte um die Einführung der 35-Stunden-Woche sind die Angebote zu „gemeinsamen Anstrengungen" von Gewerkschaften und Unternehmern als Bemühungen um institutionalisierte Formen einer „Sozialpartnerschaft auf schmalerer Basis" zu beurteilen.[27]

Woher der Wind weht, steht unter der signifikanten Überschrift „Der Kurs, um den es geht" in der Maiausgabe 1983 des „Arbeitgeber" in einem Grundsatzartikel von *Ekkehard Maurer*, dem Vorsitzenden der Bayerischen Chemieverbände, zu lesen: „Die jahrelang mit Konsequenz und zum Teil auch mit Raffinement betriebene gesellschaftliche Bewußtseinsveränderung ist nicht ganz ohne Wirkung geblieben. Deshalb besteht eine der wichtigsten Aufgaben dieser Zeit darin, dieser negativen Bewußtseinsänderung, wo immer sie anzutreffen ist, durch *geistige Führung* entgegenzutreten. Die Besinnung auf bewährte Grundwerte unseres Verhaltens gegenüber der *Gemeinschaft* muß überzeugend und mit langem Atem eingeleitet werden. Opfer sind unvermeidlich, wenn Wirtschaft, Finanzen und Haushalte, wenn unsere Gesellschaft insgesamt gesunden soll."[28]

25 Welt am Sonntag vom 11. Oktober 1979.

26 Ekkehard Maurer, Der Kurs, um den es geht, in: Der Arbeitgeber, H. 9 (1983), S. 328.

27 Hierzu zählen z. B. der am 12. Januar 1983 lancierte Appell des DIHT-Präsidenten Otto Wolf von Amerongen einer Interessengemeinschaft zwischen Wirtschaft und Gewerkschaften gegen die in den Bundestag drängenden „dritten Kräfte des Protests" (gemeint: die Grünen), um „das politische Gleichgewicht der gemäßigten und kalkulierbaren Kräfte" im Parlament aufrechtzuerhalten (Vgl. Frankfurter Rundschau vom 13. Januar 1983) genauso wie die am 28. Februar 1983 unter Teilnahme von DGB-Vorsitzendem Ernst Breit, IG-Metall-Vorsitzendem Eugen Loderer, Spitzenvertretern der privaten Wirtschaft und Kanzler Helmut Kohl exerzierte „Sprechprobe", die der Weser-Kurier vom 1. März 1983 mit den Worten kommentierte: „Die neue Kanzlerrunde wird mit der Konzertierten Aktion nicht gleichzusetzen sein ... Der Kreis sollte auf alle Fälle kleiner sein und Diskretion dafür großgeschrieben werden. Solche Zusammenkünfte eignen sich nicht zur Selbstdarstellung ..."

28 Ekkehard Maurer, Der Kurs, um den es geht, a.a.O., S. 328.

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 6/1983

Zu einigen Aspekten der Bewußtseinsentwicklung in der Arbeiterklasse

Johannes Henrich von Heiseler

I. Einstellungen zur Technikentwicklung – II. Einstellungen zum Staat – III. Zur betrieblichen Aktionsbereitschaft

Auf den folgenden Seiten sollen einige Fragen behandelt werden, die vor allem Ansichten und Einstellungen in den Belegschaften von Großbetrieben betreffen (das ausgewertete Material läßt allerdings eine solche Konzentration nicht immer präzise zu).[1]

I. Einstellungen zur Technikentwicklung

Eine der aufschlußreichen Entdeckungen der vor über einem Jahrzehnt erschienenen Mitbestimmungs-Studie des IMSF war, daß eine Kluft bestand zwischen den in der bürgerlichen Öffentlichkeit präsenten, gleichsam „offiziellen" Versionen von Sozialpartnerschaft und dem, was auch die verbal Konzeptionen der Sozialpartnerschaft unterstützenden Belegschaftskader darunter verstanden. Einige Anzeichen lassen vermuten, daß eine ähnliche Kluft bei den Technikvorstellungen besteht.

Einstellungen zur Technikentwicklung sind bei Arbeitern und Angestellten aus großen Betrieben in der Regel wesentlich bestimmt von den Erfahrungen der Widersprüche am Arbeitsplatz und ihrer gedanklichen Verarbeitung.[2] Das heißt, die

1 Überlegungen dieser Art sind von uns schon öfter angestellt worden. Ich nenne hier aus der Reihe „Beiträge des IMSF" den Beitrag 2: Mitbestimmung als Kampfaufgabe, Köln 1971, sowie die seit 1976 vom IMSF herausgegebene Reihe „Soziale Bewegungen".

Die folgenden Überlegungen beruhen auf Materialien des Archivs „Soziale Bewegungen" des IMSF, auf Gesprächen mit Klaus Pickshaus, Gert Hautsch und Bernd Semmler, auf noch unveröffentlichten Analysen des letzteren zum Kampf gegen Stillegungen bei Frankfurter Metallbetrieben und auf Expertengesprächen mit einigen Mitgliedern von Betriebsräten und mit Vertrauensleuten mehrerer Großunternehmen. Es wurde Wert darauf gelegt, daß ihrer politischen Orientierung nach unterschiedliche (sozialdemokratische, grüne, kommunistische, parteilose) Gewerkschafter einbezogen wurden. Zu den Betrieben gehörte auch ein Großunternehmen des Dienstleistungssektors.

2 So wurde in den Gesprächen ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Presseberichterstattung über den „sauren Regen" unter anderem auch deshalb aufmerksam von Kollegen verfolgt werde, weil solche Probleme gedanklich in Verbindung gebracht würden mit Fragen ihrer Arbeitssicherheit. In dem betreffenden Konzern hatte es mehrere schwere, darunter auch tödliche, Unfälle am Arbeitsplatz gegeben. Die Diskussionen darüber hätten den Boden dafür bereitet, daß nun Berichte über Umweltprobleme stärker gelesen und erörtert würden. Aber zugleich wird betont: „Die Leute in einem chemischen Betrieb haben kein negatives Verhältnis zu Technik und Wissenschaft an sich."

Einstellungen zur Technik werden unserer Meinung nach nicht durch die allgemeinen gesellschaftlichen Strukturen und nicht durch die Erfahrungen außerhalb des Betriebes und der Arbeit *begründet.* Selbstverständlich bilden die allgemeinen gesellschaftlichen Verhältnisse und die außerbetrieblichen Erfahrungen Faktoren, die vermittelt in die Ausprägung der Einstellungen mit eingehen. Aber sie tun das nur, insofern sie durch die Interessen, wie sie im betrieblichen Rahmen erfahren werden, vermittelt werden können.

Insoweit die eigenen Interessen in diesem Rahmen deutlich werden, bestimmt sich auch die Haltung zu scheinbar neutralen technischen Fragen von der Beziehung zu den eigenen Interessen her. Daraus erklären sich auch typische Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen von Lohnarbeitern.

Tabelle 1: Einschätzung der Zukunft des eigenen Arbeitsplatzes durch verschiedene Gruppen Lohnabhängiger
Frage: „Die technische Entwicklung greift in immer mehr Arbeitsbereiche ein. Wie schätzen Sie Ihre eigene Arbeitssituation ein?"

	Mein Arbeitsplatz ...			
	... wird entfallen	... ist gefährdet	An meinem A. wird sich nichts ändern	... wird sich verbessern
An- und Ungelernte	4	34	57	5
Facharbeiter	2	36	54	8
Angestellte	2	21	69	8
Beamte	0	5	81	14

Quelle: Gewerkschaftsbarometer '82, Tabelle 5.4

Sehen wir einmal von der Gruppe der Beamten ab, deren Arbeitsplatz infolge besonderer rechtlicher Regelungen in der Tat in geringerem Maße gefährdet ist, so zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Angestellten und anderen Lohnarbeitergruppen. Die mißtrauische Abwehrhaltung gegenüber einer vom Profitinteresse diktierten Rationalisierungsstrategie ist durchschnittlich bei der Angestelltengruppe weniger deutlich ausgeprägt als bei den Arbeitergruppen. Obwohl gegenwärtig die technische Entwicklung objektiv gerade die Arbeitsplätze der Angestellten einem neuen Rationalisierungszugriff zugänglich macht, wirkt sich bei ihnen aus, daß auf der Grundlage ihrer konkreten Arbeitstätigkeit oft Anknüpfungspunkte für eine Identifizierung mit dem Verwertungsprozeß vorhanden sind.[3]

Bei den Arbeitergruppen hat sich auf der Grundlage der Erfahrungen mit technischen Umstellungen und anderen Veränderungen am Arbeitsplatz eine Haltung

3 Vgl. Helmut Steiner, Soziale Strukturveränderungen im modernen Kapitalismus, Berlin 1967, S. 157ff. Plastische Beschreibungen vieler konkreter Differenzen zwischen Angestelltengruppen und Arbeitergruppen finden sich bei: Werner Kudera, Konrad Ruff, Rudi Schmidt, Blue collar, white collar: grey collar? Soziale Welt, Heft 2/1983, S. 201ff.

gefestigt, die als „arbeitspolitischer Konservativismus" bezeichnet worden ist.[4] Es handelt sich hier um eine skeptisch-mißtrauische Ablehnung von technisch-organisatorischen Neuerungen und um das Festhalten an bestehenden Arbeitsformen derart, daß die Verteidigung des Bestehenden als wichtigstes Ziel im Bewußtsein auftritt. Diese Skepsis beruht darauf, daß sich aufgrund des Auseinanderfallens der skalaren und der funktionalen Organisation[5] (dessen Ursache letztlich im Verlust der Kongruenz zwischen von der Struktur des Verwertungsprozesses bestimmten und von der Struktur des Arbeitsprozesses ermöglichten Kooperationsformen liegt) stille Reserven der Regulierung und der Disposition bei den Arbeitern gebildet haben; diese sind jedoch, so lautet eine wiederkehrende Erfahrung, durch jede technische und jede organisatorische Umstrukturierung bedroht, mag diese auch als „Humanisierung der Arbeitswelt" daherkommen.

Die Vorstellung, die westdeutsche Arbeiterklasse habe eine naiv technikoptimistische Grundhaltung und die notwendige mißtrauische Vorsicht hinsichtlich des antihumanen Charakters der vom Kapitalinteresse vorangetriebenen Struktur der Technikentwicklung müsse ihr erst in missionarischen Erweckungspredigten beigebracht werden, beruht nicht allein auf Unkenntnis, sondern eher noch auf der gedanklichen Übertragung der eigenen bisherigen Naivität auf die Lohnarbeiter im Betrieb. Sieht man sich die Technik-Einstellungen der Arbeiter an, so gibt es hier sehr wohl Grundlagen für Gemeinsamkeiten mit den neuen sozialen Bewegungen. Die Verständigungsschwierigkeiten treten eher an einem anderen Punkt auf. Die dominierende Haltung der mittleren und höheren Altersgruppe der Arbeiter ist (verständlicherweise) eher *defensiv,* ausgerichtet auf die Verteidigung der Spielräume und Positionen, die man sich im täglichen Kleinkrieg geschaffen hat.

Es ist der gemeinsame Erfahrungshintergrund, der eine Ähnlichkeit in der Haltung der Arbeiterbelegschaften großer Betriebe gegenüber technischen Neuerungen schafft. Das daraus entstehende Bewußtsein entbehrt in der Regel der verallgemeinernden Systematisierung, die voll erst mit dem Aufstieg zu entwickeltem Klassenbewußtsein, das heißt auch: zu theoretischem Bewußtsein, zu leisten ist. Der unmittelbare Erfahrungsbezug macht die geschilderte Haltung relativ stabil; auf der anderen Seite erklärt sein Fehlen die Ablösung von solchen Haltungen bei einem Teil der Angehörigen betrieblicher und gewerkschaftlicher Vertretungsorgane. Je weiter man von der unmittelbaren Erfahrung des Interessenwiderspruchs entfernt ist, desto größer ist die Gefahr bei solchen Gruppen, die nicht mit der politischen Arbeiterbewegung verbunden sind, die Logik der kapitalistischen Rationalität als Logik „der Technik" anzusehen.[6] Eine gewerkschaftspolitische Praxis, die an der Sozialpartner-

4 Michael Schumann, Edgar Einemann, Christa Siebell-Rebell, Klaus Peter Wittemann, Rationalisierung, Krise, Arbeiter, Frankfurt/M. 1982. Dazu die ausführliche Rezension: Mario Helfert, Rationalisierungsfolgen, Kritik der Arbeitssituation und „arbeitspolitischer Konservativismus" der Arbeiter, in: WSI-Mitteilungen 3/1982, S. 187ff.

5 Zu diesem Prozeß im Betrieb früh schon Hans Paul Bahrdt, Industriebürokratie, Stuttgart 1958.

6 „Da kommt es zu solch einem Paradox, daß manche unbedarfte Kollegen in dieser Frage eine fortschrittlichere Position haben als ein Betriebsratsmitglied" – diese Aussage bezieht sich selbstverständlich auf solche Betriebsratsmitglieder, die aufgrund ihrer praktischen und politischen Abgehobenheit von der Lage ihrer Kollegen inzwischen einen Teil der Welt mit den gleichen Gläsern sehen, durch die die Vertreter der Geschäftsleitung sie betrachten.

schaft orientiert ist, verhindert dann Erkenntnisprozesse, die auch bei Kollegen, die fachlich und ihrer allgemeinen Bildung nach weniger qualifiziert sind, in Gang kommen.

II. Einstellungen zum Staat

Was das Verhältnis zum Staat angeht, so ist es seit der Bildung der CDU/CSU/FDP-Regierung für sozialdemokratisch orientierte Kollegen einfacher, sich gegenüber dem konkreten staatlichen Handeln eine kritische Distanz zu bewahren. Das bedeutet in der Regel allerdings nicht, daß die grundlegende Indentifikationsbasis aufgegeben wird. Eine mißtrauische Distanz gegenüber dem, was „von oben" kommt, ist als Stimmung schon traditionell innerhalb der Arbeiterschaft weit verbreitet; in diesem Punkt unterscheiden sich im Durchschnitt die Angestelltengruppen immer noch von den Arbeitergruppen. Dabei ist zu vermuten, daß gerade die Arbeiterklassegruppen der Angestellten der Haltung der Arbeiter recht nahe kommen.[7]

Weitverbreitet ist das Mißtrauen gegenüber der Erfassung von Daten der Bevölkerung durch die staatliche Bürokratie. Traditionelle Distanz gegenüber den „Bürokraten, die ihre Arbeitsplätze ausdehnen wollen", mischt sich hier mit neueren Erfahrungen mit betrieblichen Personal-Informationssystemen, die zum Zwecke der Rationalisierung und mit dem Ziel, Arbeitsplätze einzusparen, aufgebaut und eingesetzt werden. Die allgemeine Diskussion um die Volkszählung 1983 hat, nach den Gesprächen zu schließen, einen entsprechenden Widerhall in den Betrieben gefunden. Im Unmut gegenüber der geplanten Volkszählung stecken viele Erfahrungen mit der staatlichen und auch der betrieblichen Bürokratie. Die Angst vor der totalen Überwachung, die Furcht vor dem „Computerstaat", der spontane antibürokratische Affekt scheinen dabei gegenwärtig nicht von konservativer Seite benutzbar zu sein, obwohl dies ja von der CDU/CSU immer wieder demagogisch versucht wird.

Dies bestätigt, daß die Arbeitergruppen offenbar mehrheitlich meinen, daß die „Sachargumente", die in den Kampagnen zur reaktionären „Entstaatlichung" vorgetragen wurden, nicht gültig sind.[8] Schon bei den Arbeiterklassengruppen der Angestellten ist allerdings das auch hier eher gewachsene antibürokratische Engagement in Gefahr, von demokratischen Forderungen losgelöst zu werden.

Forderungen, die auf Verstaatlichung von wichtigen Produktionsbereichen hinauslaufen, können auch heute eine positive Aufnahme bei betrieblichen Kadern finden. Dabei geht es außerhalb der kämpfenden Sektoren selten um Forderungen, die mit einer Bewegung unmittelbar verbunden sind (Verstaatlichung der Stahlindustrie z. B.), meist um Fernorientierungen, die dazu dienen können, gegenwärtige Widersprüche deutlicher sichtbar zu machen. In der Regel finden sich jedoch in solchen Fällen unter den betrieblichen Kadern Gruppen, bei denen auch politische Traditionen der Arbeiterbewegung fortwirken.

7 Vgl. das Material bei Heinz Jung, Josef Schleifstein (Red.), Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik. Staatsdiskussion und Staatstheorie, IMSF-Beiträge 6/I, Frankfurt/M. 1981, S. 462–480.

8 Vgl. ebenda, S. 473; vgl. auch die Zahlen bei E. Noelle-Neumann (Hrsg.), Allensbacher Jahrbuch für Demoskopie, Band VII, Wien/Zürich/München/Innsbruck 1977, S. 175.

III. Zur betrieblichen Aktionsbereitschaft

Die Beurteilung der betrieblichen Aktionsbereitschaft ist besonders schwierig, wenn die Organisationen der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung diese Bereitschaft nicht immer wieder in der Praxis fordern und damit wirklich prüfen. Das methodische Problem ist allein mit einer Verfeinerung der empirischen Sozialforschung im Sinne einer bloßen Verfeinerung der Methoden der repräsentativen Befragung nicht zu lösen. Das methodische Problem liegt darin, daß mit dem Handeln selbst, auch dem sogenannten spontanen Handeln (was ja in diesem Zusammenhang ein Ausdruck für noch nicht in hohem Maße organisiertes Handeln ist), eine neue Qualität auch im Bewußtsein der Handelnden auftritt.

Wenn wir vorsichtig versuchen, die Aktionsbereitschaft in den Großbetrieben zu beurteilen, so müssen wir ausgehen von den objektiven Daten, die durch die schon seit Jahren bestehende Arbeitslosigkeit, den Reallohnabbau und schließlich den unter der sozialliberalen Koalition vorangetriebenen und nun unter der CDU/CSU/FDP-Regierung verschärften Sozialabbau gegeben sind. Dadurch ist indessen die innerhalb der Arbeiterklasse vorherrschende Spielart bürgerlichen Bewußtseins, die sozialpartnerschaftliche Ideologie, nicht beiseite geschoben worden. Es hat sich vielmehr gezeigt, daß die neuen Erfahrungen zwar gewissermaßen „Risse" in der bisherigen Form der Ideologie von der sozialen Partnerschaft verursachen können, daß aber Erfahrungen, die die eigene Rolle als potentielles Subjekt noch nicht sichtbar machen, auch noch nicht zu einer massenhaften Ablösung sozialpartnerschaftlichen Denkens führen.

Der Mechanismus der Krise setzt sowohl verstärkte Orientierungen auf solidarisches Verhalten und Handeln als auch verstärkte Orientierung auf die Konkurrenz gegenüber anderen Lohnarbeitern und Lohnarbeitergruppen frei. Eine Erwartung, Massenarbeitslosigkeit, Reallohnabbau und Sozialabbau würden gleichsam automatisch desillusionierend die sozialpartnerschaftliche Befangenheit zerbrechen und Grundformen gewerkschaftlichen Klassenbewußtseins schaffen, übersieht die Komplexität der wirklichen Vorgänge. Umgekehrt muß man feststellen, daß die Erwartung, die Krise und ihre Folgen würden alle auf autonomes Handeln im Klassenzusammenhang gerichteten Tendenzen lähmen, den wirklichen Mechanismus ebenso einseitig und unzulässig vereinfacht. Beide Vereinfachungen führen in der betrieblichen Praxis zu einem rein abwartenden Verhalten, weil die Rolle des handelnden (einzelnen oder kollektiven) Subjekts ebenso wie die neue Qualität, die auch im Bewußtsein der Handelnden auftritt, nicht beachtet werden.

Es ist wichtig, daran zu erinnern, daß die sozialpartnerschaftliche Ideologie, so wie sie sich in den Köpfen der Arbeiter und Angestellten darstellt, auch früher schon keineswegs mit dem gleichzusetzen war, was als sozialpartnerschaftliche Propaganda von den herrschenden Meinungsbildnern auf die westdeutsche Bevölkerung einströmte. Allgemein blieb vielmehr in der Arbeiterklasse stets ein Ansatz für die Entwicklung einer an den eigenen Interessen orientierten Haltung, oft und typischerweise in einer widersprüchlichen Gemengelage mit der bürgerlichen Ideologie – vor allem in ihrer dominierenden Form, eben der Sozialpartnerschaftsideologie. Der Übergang zu Einsichten, die keimhaft Klassenbewußtsein enthalten, erfolgte und

erfolgt vor allem im Zusammenhang einmal mit Kampf- und Konflikterfahrungen, andererseits mit Bildungselementen.

Wenn sich heute im Bewußtsein Veränderungen zeigen, so sind diese noch keineswegs so einheitlich, daß man bereits von einem Zerfall der Sozialpartnerschaftsideologie sprechen kann. Neue Konfliktfelder werden sichtbar, Lernprozesse, die nicht sofort wieder eingefangen werden können, sind möglich. Aber wir dürfen nicht übersehen, daß auch die Umformung der Sozialpartnerschaftsideologie auf ein neues, niedrigeres Anspruchsniveau erfolgt und große Teile der Arbeiterklasse beeinflußt. So muß man wohl eher von Polarisierungsprozessen sprechen, wobei die Tendenz zur Anpassung an ein niedrigeres Anspruchsniveau vorläufig noch umfangreichere Teile der Klasse zu erreichen scheint als die Gegentendenzen.[9] Zudem deutet alles darauf hin, daß unter jenen, vor allem aus jüngeren Altersgruppen bestehenden Teilen der Arbeiterklasse, in denen sich eine stärkere Widerstandsbereitschaft ausbildet, zugleich ein Gefühl der Fremdheit gegenüber der gewerkschaftlichen Organisation sich auszubreiten scheint.

Der Lebensprozeß der Arbeiterklasse ist die wichtigste Grundlage aller Lernprozesse. Aber das heißt nicht, daß die Ereignisse, so wie sie gerade kommen, ausreichen, die Erkenntnisse zu erwerben, die zu lernen geschichtlich unumgänglich ist. In der Verallgemeinerung der neuen Erfahrungen wächst daher den organisierten marxistischen Kräften eine große Aufgabe zu.

Einen gewissen Hinweis auf das Klima, in dem sich Aktionsbereitschaft entfalten kann, gibt die Einstellung der Gesamtbevölkerung zum Streik. Hier zeigt sich, daß im Winter 1982 64 Prozent den Streik als ein legitimes Mittel der Auseinandersetzung ansahen, womit seit 1963 das zweithöchste Ergebnis erreicht wurde.

Tabelle 2: Einstellung zum Streik in der gesamten Bevölkerung (in Prozent)

	Das Mittel des Streiks halten für ...		
	richtig	nicht richtig	keine Angaben
Winter 1963/64	53	30	17
Winter 1964/65	48	33	19
Herbst 1967	42	40	18
Herbst 1968	49	32	19
Herbst 1969	50	30	20
Winter 1971/72	56	32	12
Herbst 1973	57	26	17
Winter 1974/75	51	35	14
Januar/Februar 1978	51	31	18
Sommer 1979	68	28	3
Winter 1982	64	34	2

Quelle: Gewerkschaftsbarometer '82, S. 52

9 Insofern unterscheidet sich meine Ansicht von der von Harald Werner (in Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5, 1982, hier insbesondere S. 84 ff.) vorgetragenen Position. Harald Werner spricht – vereinfacht – bereits von einem „Zerfall" der Sozialpartnerschaftsideologie, der sich durch einen

Betrachten wir aufgrund der Daten des Gewerkschaftsbarometers die Aktionsbereitschaft der gewerkschaftlich Organisierten,[10] so zeigt sich auch hier kein Rückgang in den letzten Jahren.

Tabelle 3: Einstellung zum Streik bei organisierten Lohnabhängigen (in Prozent)

	Das Mittel des Streiks halten für ...		
	richtig	nicht richtig	keine Angaben
1971/72	80	15	5
1974/75	80	16	4
1976	76	16	8
1978	73	19	8
1979	84	13	2
1982	85	15	1

Quelle: Gewerkschaftsbarometer 1978, S. 10; Gewerkschaftsbarometer '79, Tabelle 3.6; Gewerkschaftsbarometer 1982, Tabelle 3.5.

Vielmehr zeigt sich, daß es nach 1971 erst eine abfallende Tendenz gab, die bis 1978 anhielt, daß dann aber ein Anstieg bis zu einem Niveau erfolgte, das höher als 1971/72 lag. Vergleicht man dies mit der Entwicklung in der Gesamtbevölkerung (Tab. 2), so ergibt sich ein ähnliches Bild: In der ersten Phase ein Rückgang um sieben bzw. fünf Prozent, in der zweiten Phase ein erneuter Anstieg um fünf bzw. sieben Prozent. (Man muß allerdings berücksichtigen, daß der DGB zwischen 1978 und 1979 das Untersuchungsinstitut wechselte; das Absinken der Werte für jene, die

„Rückzug der Arbeiter aus vorgegebenen politischen Handlungsbereichen" ankündigt, dem aber noch keine „Aneignung neuer politischer Orientierungen" folgt, der vielmehr, insofern er mit dem Rückzug aus – sei es auch reduziertem – Handeln verbunden ist, große Teile der Klasse zumindest für eine Übergangszeit zurückwirft „in hilflose Privatheit". Ich halte die Rede vom „Zerfall" der Sozialpartnerschaftsideologie für illusionär. Ich vertrete die Ansicht, daß man, wenn man von Sozialpartnerschaftsideologie und Sozialpartnerschaftspolitik spricht, sich nicht nur das Bild vor Augen halten darf, das diese Ideologie und Politik in den vergangenen letzten Jahren in der BRD gezeigt haben. Die konkret-historische Form der Sozialpartnerschafts-Ideologie und der Sozialpartnerschafts-Politik scheint sich gegenwärtig zu verändern. Insofern der Kern von beidem weiterhin die bundesdeutsche Ideologie und die bundesdeutsche Politik dominiert, bleiben auch die strategischen Hauptaufgaben ähnlich.

10 Sicher ist es nicht zufällig, wenn insbesondere Jugendliche und Frauen (vor allem benachteiligte Gruppen) als Gruppen genannt werden, in denen heute im Verhältnis zu früheren Zeiten günstigere Möglichkeiten zur Mobilisierung und Aktivierung bestehen. Hier fallen zwei Tendenzen zusammen. Einmal ist in diesen Gruppen der Druck der Krise stärker zu spüren. Zum anderen aber hatten gerade hier schon vorher positive Veränderungen eingesetzt, die den Abstand, der hinsichtlich des Bewußtseins und hinsichtlich der Organisations- und Mobilisierungsmöglichkeiten zwischen diesen Gruppen und den traditionellen gewerkschaftlichen Kerngruppen bestand, verringerten.

Es ist ein häufig zu beobachtender Prozeß, daß bei der Minderheit dieser Gruppen, die sich klassisch gewerkschaftliche Orientierungen in einem raschen Ablauf neu angeeignet hat, diese oft markanter, deutlicher und in schärferer Gegenüberstellung zu den gesellschaftlich herrschenden Vorgaben formuliert werden als in traditionellen gewerkschaftlichen Kerngruppen. (Vgl. hierzu: Witich Roßmann, Arbeiterklasse, soziale Bedürfnisse und gewerkschaftliche Politik, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5, 1982, S. 42ff.)

„keine Angabe" machen, und der Anstieg der Befürworter von Streiks fallen mit dieser Umstellung zusammen.)

Für den Übergang zu betrieblichen Aktionen ist eine Voraussetzung, daß der aktive Kern im größten Teil der Belegschaft die Überzeugung verankern kann, daß die Aktion „berechtigt" ist. Wenn auch die Ausdrucksform dieser Bewertung Zuflucht nimmt zu Kategorien, die der bürgerlichen Weltanschauung entstammen, so sollte der Sozialforscher ebensowenig wie der praktisch Engagierte hier lächelnd nur Restbestände bürgerlichen Denkens sehen, denen man sich eventuell im einzelnen anpassen muß. Vielmehr deutet sich hier eine Umformung der mit dem Anspruch der Allgemeinheit auftretenden bürgerlichen Moral an.

Die Formierung von Ansätzen autonomer, an den Klasseninteressen entwickelter ethischer Vorstellungen ist ein Aspekt der Herausbildung von Keimformen des Klassenbewußtseins. Selbstverständlich entsteht nicht spontan eine sozialistische Ethik; zu ihrer vollen Herausbildung bedarf es ebenso wie bei anderen Seiten der Entwicklung von Klassenbewußtsein der Verbindung von praktischer Arbeiterbewegung und sozialistischer Theorie als Wissenschaft. Aber die Herausbildung der Keimformen von Klassenbewußtsein ist der grundlegende Prozeß, der eine objektive Voraussetzung jeder Höherentwicklung darstellt. Auch der Herausbildung ethischer Vorstellungen kommt dabei Bedeutung zu.

Es ist keineswegs verwunderlich, wenn unter den Bedingungen der Herrschaft der bürgerlichen Ideologie die Herausbildung von Keimformen eigener ethischer Vorstellungen sich abstützt auf den Widerhall, den der eigene Kampf in der bürgerlichen Presse findet. Die Bedeutung, die öffentlichen Solidaritätsbekundungen von Priestern und Pastoren (sogar bei den türkischen Muslims, die im Kampf stehen) zukommt, findet hier ihre Erklärung – sind doch die Kirchen traditionell in der Rolle des Hüters und Interpreten der Werte des geltenden moralischen Systems.

Die Zunahme der Zustimmung zu Streiks in der Gesamtbevölkerung (vgl. Tabelle 2) zeigt, daß sich im großen Trend die Möglichkeiten, den Kampf für die eigenen Interessen auch dem weiteren Umfeld als legitim zu vermitteln, verbessert haben.

Wenn man sich die Entwicklung bei den betrieblichen Bewegungen einerseits, das Anwachsen von außerbetrieblichen Aktionen (z. B. im Zusammenhang mit der Friedensbewegung) andererseits ansieht, stellt sich die Frage, ob die Veränderung der objektiven Bedingungen durch die Krise und ihre Folgen etwa die Entwicklung betrieblicher Aktivitätsbereitschaft gegenüber der Entwicklung außerbetrieblicher Aktivitätsbereitschaft hat zurücktreten lassen. Demgegenüber ist jedoch eher davon auszugehen, daß es die organisatorisch-politischen Rahmenbedingungen sind, die zu einer solchen Verlagerung führen können. Wo die gewerkschaftliche Organisation am Ort und im Betrieb die Arbeit der an autonomem Klassenhandeln orientierten Aktivisten unterstützt und begünstigt, ist nach wie vor die Entwicklung betrieblicher Aktivität einfacher als die Entwicklung außerbetrieblicher Aktionen. Dort aber, wo die gewerkschaftliche Leitung am Ort und wo die betrieblichen Vertretungsgremien von einer auf soziale Partnerschaft von Lohnarbeit und Kapital ausgerichteten

Politik dominiert werden, erscheinen die Handlungsmöglichkeiten in Zusammenhängen außerhalb des Betriebes viel größer.[11]

Eine rigide an Konzeptionen der Sozialpartnerschaft ausgerichtete Politik von gewerkschaftlichen Führungsgremien bzw. betrieblichen Vertretungen kann die Grundlage für eine allgemeine und verallgemeinerte Ablehnung von festeren Organisationsformen bilden. Die tatsächliche Ursache einer wachsenden Distanz zwischen gewerkschaftlichen Führungsgremien bzw. betrieblichen Vertretungsorganen und besonders aktiven Kadern gewerkschaftlicher Tätigkeit liegt jedoch nicht in unterschiedlichen Organisationsvorstellungen, sondern in den unterschiedlichen *inhaltlichen* Konzeptionen über die Richtung der Gewerkschaftsarbeit.

Auf dem Hintergrund dieser Überlegungen sind die Tendenzen zum Sinken der Mitgliederzahl des DGB (1982 ein Verlust von mehr als 100 000)[12] zu erörtern. Darin schlägt sich nicht allein die hohe Arbeitslosigkeit nieder; Befragungsergebnisse sprechen für die Annahme, daß auch der Organisationsgrad unter den tatsächlich abhängig Beschäftigten sinkt.[13] Zumindest einer der verursachenden Faktoren scheint inhaltlich begründete Distanz zur Organisation zu sein: Vor allem jüngere Lohnarbeiter verbinden überdurchschnittlich häufige Bekundungen der Sympathie für Streiks mit unterdurchschnittlich häufigen Aussagen zur Notwendigkeit von Gewerkschaften.

Ein Vergleich zweier verschiedener Fragen des Gewerkschaftsbarometers zeigt, daß bei den Jüngeren, 19- bis 30jährigen, zwar eine deutlich höhere Zustimmung zum Streik festzustellen ist, also wohl eine größere Mobilisierbarkeit besteht, zugleich aber die Distanz zur Gewerkschaft deutlich größer geworden ist.[14]

Tabelle 4: Erkenntnis der Notwendigkeit der Gewerkschaften und Einstellung zum Streik bei lohnabhängig Beschäftigten nach Altersgruppen – Vergleich der 19- bis 30jährigen und der 31- bis 50jährigen (in Prozent)

	19–30	31–50
Gewerkschaften halten für notwendig	64	75
Das Mittel des Streiks halten für richtig	78	70

Quelle: Gewerkschaftsbarometer 1982, Tabellen 2.1 und 3.5

11 „Da wird zehnmal in der Hierarchie hin- und hergefragt, bevor der Start für etwas Neues freigegeben wird, da kann man nicht einfach anfangen." Daß die Formen und Strukturen außerhalb des Betriebes lockerer, weniger fest sind, wird unter *diesen* Umständen als Vorteil empfunden.

12 Vgl. Nachrichten, H. 7/1983.

13 Vgl. Gewerkschaftsbarometer 1974/75, Übers. 1.01; Gewerkschaftsbarometer '79, Tab. 2.1; Gewerkschaftsbarometer 1982, Tab. 1.1.

14 Die objektive Gefahr einer wachsenden Distanz zwischen der gewerkschaftlichen Organisation und ihren aktivsten jüngeren Kadern hat sich schon vor Jahren in der empirischen Forschung niedergeschlagen. Am Beispiel der Verwaltungsstelle einer großen Industriegewerkschaft, deren Politik stark rechtssozialdemokratisch dominiert wird, ließ sich zeigen, „daß die am wenigsten kampfbereiten jungen Gewerkschaftsmitglieder von allen Mitgliedern die zufriedensten sind, während die besonders kampfbereiten jungen Mitglieder die unzufriedensten sind". Deutlich werden Möglichkeiten und Gefahren für die gewerkschaftliche Politik schon damals, wenn die verschiedenen Dimensionen dieser

Zugleich hat die Aktivität zumindest einer so wichtigen Gewerkschaft wie der IG Metall gerade auf dem Gebiet der Arbeit in der Jugend (bei den noch unter 18 Jahre alten Beschäftigten) in den letzten zehn Jahren nachgelassen. Von 1972 bis 1982 sank die Zahl der Jugendvertretungen in diesem Bereich von 3945 auf 2724, die der Jugendvertreter von 9611 auf 5674.[15]

Ein Niederschlag der Entwicklungen vor allem unter den jüngeren Lohnarbeitern ist sicher auch die Zunahme linksoppositioneller Listen bei den BR-Wahlen; sie zeigt auch Veränderungen im Umfeld der marxistischen Kräfte in den Betrieben an. Noch vor einigen Jahren konnte man sagen, daß sich für die marxistischen Kräfte im Betrieb der Hauptzugangsweg als Weg von einer an die SPD gebundenen Position zu einer auf die DKP bezogenen Position darstellte. Auch war es der – bei aller Kritik an der SPD in vielen Fragen – sich in seinem Denken und politischen Handeln auf die SPD beziehende qualifizierte Arbeiter und untere Angestellte im Großbetrieb, der den wichtigsten politischen Adressaten, Ansprechpartner und Kampfgefährten der DKP im Betrieb ausmachte.

Inzwischen ist bei den Jüngeren eine gewisse Änderung eingetreten. Die Aufgabe, Gemeinschaft in der Aktion herzustellen, besteht nun *auch* gegenüber jenen gewiß heterogenen Kräften, die als aktive Gewerkschafter sich politisch linkssozialistisch und/oder als Anhänger der Grünen verstehen. Gewiß kann man sagen, daß das Bemühen um die Gemeinsamkeit in der Aktion viel weiter reicht und fraglos z. B. auch christdemokratisch wählende Arbeiter einbeziehen muß. Hier geht es aber um die Frage des konkreten Umfelds und der Dichte der realen Übergänge. Auch in dieser Hinsicht besteht für die marxistischen Kräfte heute eine zwar nicht radikal veränderte, aber doch andere Lage als zuvor.

Beziehung entfaltet werden: „Das heißt nicht nur, daß die Distanz der Jugendlichen zu ihren Vertretern (größer ist) als die ihrer älteren Kollegen, auch nicht allein, daß die Kampfbereiten kritischer die Arbeit der Funktionäre im allgemeinen beurteilen, sondern, daß die Unzufriedenheit derjenigen Mitglieder am größten ist, die jung und zugleich kampfbereit sind." (Harald Wiedenhofer, Untersuchung der Einstellungen Harburger Mitglieder der IG Chemie zur gewerkschaftlichen Interessenvertretung, Diplomarbeit Hamburg 1975, S. 175f.)

15 Aus den Beschlüssen der 13. Jugendkonferenz der IG Metall, Mai 1983, zitiert in: Nachrichten, H. 7/1983, S. 23.

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 6/1983

Betriebsbesetzungen und gewerkschaftlicher Kampf

Rahmenbedingungen, Triebkräfte und Perspektiven betrieblicher Abwehrkämpfe gegen Arbeitsplatzvernichtung

Gert Hautsch/Bernd Semmler

I. Zahl und Schärfe betrieblicher Konflikte nehmen zu – II. Rahmenbedingungen betrieblicher Abwehrkämpfe – III. Kämpfe gegen Arbeitsplatzvernichtung in Frankfurt – IV. Entfaltung von Widerstandspotential – V. Triebkräfte des offenen Konflikts – VI. Betriebliche Kämpfe und gewerkschaftliche Politik

Betriebsbesetzungen galten in der Bundesrepublik bis Anfang der siebziger Jahre als französisch-italienische Besonderheit, die hierzulande keine Entsprechung findet. Die Entwicklung der letzten Jahre hat aber dazu geführt, daß die Blockade oder Besetzung von Fabriken auch in der BRD als eine mögliche Kampfform zur Debatte steht. Namen wie VDM Frankfurt, Videocolor Ulm, Enka Kassel oder Heckel Saarbrücken stehen für eine gewachsene öffentliche Resonanz betrieblicher Besetzungsaktionen.[1]

I. Zahl und Schärfe betrieblicher Konflikte nehmen zu

Ist diese größere Resonanz nur dem spektakuläreren Charakter einzelner Aktionen der letzten Jahre geschuldet? Oder steht dahinter eine bedeutsame Zunahme betrieblicher Abwehrkämpfe gegen Arbeitsplatzvernichtung durch Massenentlassungen, Betriebsstillegungen und Konkurse? Das Statistische Bundesamt erfaßt solche Aktionen nicht getrennt von anderen Arbeitskämpfen; vielfach gehen sie überhaupt nicht in die offizielle Arbeitskampfstatistik ein. Anhaltspunkte für das quantitative Ausmaß kann hingegen die Auswertung des „Archivs Soziale Bewegungen" im IMSF liefern, auch wenn hier nicht alle Aktionen erfaßt werden können.[2] Bezogen auf betriebliche Bewegungen insgesamt gegen Arbeitsplatzvernichtung, zeigt sich eine deutliche Zunahme in den letzten Jahren (vgl. Tab. 1).

1 Vereinzelte Protest- und Widerstandsaktionen in dieser Form gab es bereits in der ersten Hälfte der siebziger Jahre. Vgl. hierzu H. Bär u. a., Betriebsbesetzung – eine Kampfform zur Sicherung von Arbeitsplätzen, IMSF-Informationsbericht 21, Frankfurt/M. 1976.

2 Diese Unterlagen werden jährlich in der Reihe „Soziale Bewegungen. Analyse und Dokumentation des IMSF" in Form von Aktionstabellen und analytischen Auswertungen veröffentlicht, zuletzt für 1981 in Heft 12. Die nachfolgenden Zahlen wurden durch die Aufbereitung und Umgruppierung der dortigen Angaben gewonnen. Für 1982 werden die Zahlen in Heft 13 der Reihe im Herbst 1983 veröffentlicht.

Tabelle 1: Betriebliche Aktionen gegen Arbeitsplatzvernichtung 1976–1982

Jahr	Teilnehmer (in Tausend)			Teilnehmer insgesamt[2] (in Tausend)	Zahl der erfaßten Betriebe
	Demonstrationen und Kundgebungen	Warnstreiks[1]	Streiks und Betriebsbesetzungen		
1976	·	·	·	34	17
1977	·	·	·	118	40
1978	·	·	·	33	27
1979	35	19	1	55	40
1980	91	41	1	110	36
1981	130	58	5	160	43
1982	232	29	5	293	97

1 ohne den bundesweiten Textil-Warnstreik am 2. Dezember 1980 (270 000 Teilnehmer)
2 wegen Doppelerfassung ist die Gesamtzahl niedriger als die Summe der Einzelzahlen
Quelle: Archiv Soziale Bewegungen im IMSF

In dieser Tabelle sind nur solche Aktionen erfaßt, deren Ausgangspunkt im jeweiligen Betrieb lag. Hinzu kamen die 1978 von der IG Metall initiierte Warnstreikbewegung auf den Werften (knapp 100 000 Teilnehmer) und 1979 die Aktionen bei der Post für die Übernahme aller Auszubildenden (ca. 15 000 Teilnehmer). Die Angaben belegen sowohl bei den verschiedenen Aktionsformen wie bei der Teilnehmerzahl ein deutlich höheres Niveau seit 1980; das Jahr 1977 bildet wegen der umfangreichen Protestaktionen in Bremen (Klöckner-Stahl, Werften, Zeitungen, VFW-Fokker)[3] eine Ausnahme. Auch die Zahl der „betroffenen" Betriebe hat zugenommen, wobei teilweise mehrere Aktionen in einem Betrieb stattfanden. Diese Welle betrieblicher Abwehrkämpfe bildet den Boden, auf dem in den letzten Jahren Aktionen in Form der Blockade oder der Besetzung von Betrieben gewachsen sind.

In solchen „illegalen" Kampfformen kommt die gestiegene Militanz und Hartnäkkigkeit betrieblichen Widerstands konzentriert zum Ausdruck. Eine vermutlich unvollständige Erfassung dieser Aktionen (Besetzung von Betrieben, Betriebsteilen oder Werkstoren) in den letzten elf Jahren (davor hat es Vergleichbares in der BRD kaum gegeben)[3a] zeigt eine deutliche Zunahme seit 1980 (vgl. Tab. 2).

3 Vgl. G. Hautsch, J. Huffschmid, W. Schwarz und P. Wiener, Arbeitskämpfe '77, Heft 5 der Reihe „Soziale Bewegungen" (nachrichten-reihe 12), Frankfurt/M. 1978, S. 42ff.

3a Eine Ausnahme bildeten die spontanen Streiks für Lohnerhöhungen im September 1969. In einer Studie des IMSF hierzu heißt es: „Herausragendes Merkmal der Septemberstreiks war die Anwesenheit der Streikenden in den Betrieben. Fast alle Streiks nahmen die Form der faktischen Betriebsbesetzung an. Die Tendenz, nach Hause zu gehen bzw. gar nicht erst im Betrieb zu erscheinen, war wenig ausgeprägt. Die Streikenden trugen in der Regel Arbeitszeug und stempelten wie gewöhnlich ihre Karten... Die Kampfform der faktischen Betriebsbesetzung ergab sich vor allem daraus, daß es sich nicht um von den Gewerkschaften offiziell organisierte, sondern um direkt von den Belegschaften ausgehende Streiks handelte." Vgl. Autorenkollektiv des IMSF, Die Septemberstreiks 1969. Darstellung, Analyse, Dokumente, Frankfurt/M. 1969, S. 245.

Tabelle 2: Betriebsbesetzungen in der BRD 1972–1982

Jahr	Betroffene[1]	Betriebe	Gesamtdauer (Tage)
1982[2]	4 818	12	84
1981[3]	3 670	6	19
1980	1 020	3	42
1979	230	1	1
1978	260	3	8
1977	750	2	8
1976	1 500	1	4
1975	790	2	55
1974	–	–	–
1973	380	1	4
1972	3 000	1	3

1 Belegschaftszahl der Betriebe bzw. Abteilungen
2 1982 gab es außerdem zwei Blockaden in Betrieben mit zusammen 1500 Beschäftigten, die nach kurzer Zeit gewaltsam gesprengt wurden.
3 1981 gab es sieben Blockaden bzw. Besetzungen in sechs Betrieben.
Quelle: Archiv Soziale Bewegungen im IMSF.

Zwei dieser Aktionen erfolgten im Rahmen von Lohn- bzw. Tarifkämpfen: 1973 bei Mannesmann Duisburg-Huckingen und 1978 bei der Frankfurter Rundschau; die übrigen waren Kämpfe gegen die Stillegung oder Verkleinerung von Betrieben bzw. Bewegungen um damit im Zusammenhang stehende Konfliktpunkte (z. B. Sozialpläne).

Wenn sich im politisch-sozialen Geschehen eine so deutliche Veränderung in Richtung auf bestimmte Kampfebenen und -formen zeigt, dann lohnt dies den Versuch, Ursachen, Triebkräfte und mögliche Konsequenzen zu beleuchten. Das soll im folgenden auf zwei Ebenen geschehen: Am Beispiel von vier Frankfurter Betrieben, in denen sich 1981/82 Bewegungen gegen Arbeitsplatzvernichtung bis hin zur Besetzung entwickelten, sollen Handlungsbedingungen und -möglichkeiten von Belegschaften untersucht werden.[4] Die Auswahl dieser Betriebe lag nahe, weil hier das empirische Material für die Autoren am leichtesten greifbar war und weil in der raschen zeitlichen Abfolge mehrerer Bewegungen am gleichen Ort verschiedene Entwicklungslinien besonders deutlich werden. Des weiteren soll unter Einbeziehung von Analysen anderer Bewegungen und vorhandener Forschungsergebnisse versucht werden, die ökonomisch-sozialen Rahmenbedingungen für die Zunahme betrieblicher Kämpfe und die Bedeutung dieser Tendenz für die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zu analysieren.

4 Dieser Teil des Aufsatzes stützt sich auf die Diplomarbeit von Bernd Semmler zum Thema „Empirische und analytische Untersuchungen der Kämpfe gegen die Stillegung am Beispiel von vier Frankfurter Metallbetrieben", Frankfurt/M., Juni 1983. Teile dieser Arbeit sollen im Heft 13 der Reihe „Soziale Bewegungen. Analyse und Dokumentation des IMSF" im Herbst 1983 veröffentlicht werden.

II. Rahmenbedingungen betrieblicher Abwehrkämpfe

Der erneute Ausbruch einer zyklischen Krise 1980 vor dem Hintergrund der seit 1974 angeschwollenen und im „Aufschwung" 1977–1979 kaum nennenswert abgebauten Massenarbeitslosigkeit ließ nur noch wenig Raum für Illusionen über ein baldiges Ende der Arbeitslosigkeit.[5] Die Entwicklung der letzten Jahre machte zunehmend deutlich, daß Betriebsstillegungen oft als Ergebnis gezielter (auch internationaler) Konzernstrategien erfolgen und wirtschaftlich gesunde Produktionsstätten betreffen können. Am stärksten werden hiervon die un- und angelernten Arbeitskräfte, großenteils Ausländer, erfaßt. Daraus dürfte zu erklären sein, daß diese Gruppe – darunter besonders Türken – bei vielen betrieblichen Besetzungen eine zentrale Rolle spielten.

Die Schließung von Betrieben bei verstopften Arbeitsmärkten bedroht aber zunehmend auch die Facharbeiter und qualifizierten Angestellten. Allein im Mai/Juni 1982 wurden 21 259 Facharbeiter und 17 069 Angestellte in gehobener Tätigkeit arbeitslos; das waren zusammen 42,2 Prozent aller Zugänge bei Arbeitslosen (1981: 35,6 Prozent). Zwar sind die Chancen, wieder einen Arbeitsplatz zu finden, bei höher Qualifizierten größer, doch gilt auch das nur für jüngere Jahrgänge.[6]

Hier zeigt sich, daß die Auswirkungen der Krise auf das Verhältnis von „Stamm-" und „Rand-Belegschaften" zwiespältig sind: Zum einen werden Interessengegensätze und Spaltungstendenzen vertieft, weil sich Arbeitsplatzabbau, Sozialdemontage und Einkommensverluste vorrangig gegen die marginalisierten Gruppen der Arbeiterklasse richten und den betrieblichen „Kern" relativ schonen.[7] Diese Tendenz herrscht weiterhin vor und bleibt gefährlich für die Arbeiterbewegung. Aber es wirkt auch die obengenannte Tendenz zur Angleichung der Arbeitsmarktlage verschiedener Beschäftigtengruppen auf niedrigerem Niveau, und zwar dann, wenn die Bedrohung der Arbeitsplätze akut wird. Dadurch wird gemeinsames Handeln von An- und Ungelernten und Facharbeitern, von Rand- und Stammbelegschaften möglich. Bei einer Reihe von Betriebsbesetzungen bildete diese Konstellation die Basis der Bewegung.

Die Facharbeiter waren und sind das Rückgrat der Gewerkschaftsbewegung im Betrieb. In Standorten mit kämpferischen Traditionen sind sie im allgemeinen das stabilste Element für eine Orientierung an den Klasseninteressen. Unter anderen ideologisch-politischen Bedingungen können sie aber auch als soziale Stütze integrationistischer Politik im Betrieb wirken. Die Gruppe der qualifizierten älteren deutschen (männlichen) Facharbeiter genießt gegenüber anderen Beschäftigtengruppen verschiedene materielle und soziale Privilegien, hat relativ sichere Arbeitsplätze und ist in den Betriebsräten und Vertrauenskörpern meist überproportional vertreten. Die Befriedungsstrategien der Unternehmer bei sozialen Konflikten sind darauf

5 Interessant, wenn auch schon wieder einige Jahre zurückliegend, sind in diesem Zusammenhang die Ergebnisse der Untersuchung von Rainer Zoll (Hrsg.), Arbeiterbewußtsein in der Wirtschaftskrise, 1. Bericht, Krisenbetroffenheit und Krisenwahrnehmung, Köln 1981.

6 Vgl. Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Nr. 10/1982, Nürnberg, S. 1389.

7 Diese Tendenz wurde in Veröffentlichungen der letzten Jahre über die Folgen von Krise und moderner Technologie fast regelmäßig verabsolutiert, als geradlinige Entwicklung interpretiert und zu unhaltbaren gesellschaftspolitischen Schlußfolgerungen verlängert („Korporatismus"-, „Fordismus"-, „Modell Deutschland"- usw. -Diskussion in Argument, Prokla, spw u. a.).

gerichtet, diese Gruppen für sich zu gewinnen und damit Widerstand zu erschweren. Das Gebot der Sozialauswahl bei Entlassungen, Altersdifferenzierung bei Sozialplänen usw. erleichtern dies.

In den letzten Jahren wurde die materielle Basis dieser Konstellation jedoch teilweise brüchig. Sprünge in der Entwicklung von Produktionstechnologien (z. B. Abschied von der Feinmechanik) entwerten vielfach die Qualifikation auch dieser Arbeiter und machen sie für die Unternehmer entbehrlich. Außerdem führen die generell aggressivere Politik der Unternehmer und verengte Finanzierungsspielräume infolge der Krise dazu, daß teilweise bei den sozialen Befriedungsmitteln (Sozialpläne) gespart wird. In solch einer Situation wächst auch unter den qualifizierten Facharbeitern (ähnliches gilt abgeschwächt unter den Angestellten) die Offenheit gegenüber neuen Orientierungen in der Interessenvertretung – auch wenn dies keineswegs ein automatischer Prozeß ist.

Die lang anhaltende Massenarbeitslosigkeit hat traditionelle Durchsetzungsmittel der Gewerkschaften und auch von Belegschaften geschwächt. Insbesondere sind die Möglichkeiten, durch Arbeitsverweigerung ökonomischen Druck auszuüben, stark gesunken. Dementsprechend nehmen Willkürakte von Unternehmern, arrogante Unnachgiebigkeit und auch offene Mißachtung von Gesetzen zu. Ebenso verhärtete sich die Position der Unternehmer in Tarifrunden (Tabu-Katalog).[8] Die Auswirkungen dieses ausgeprägteren Konfrontationskurses im betrieblich-gewerkschaftlichen Bereich sind unterschiedlich.

Erfahrungen der Arbeitskämpfe seit 1976[9] zeigten, daß Streiks in der Krise, wenn ein „ökonomisches Faustpfand" gegen die Unternehmer die Ausnahme ist, um so mehr greifen, je stärker sie politisiert werden. Zunehmend wurden Formen der aktiven Öffentlichkeitsarbeit (Informationsstände, Demonstrationen, Unterschriftensammlungen) entwickelt und Solidarität gesucht (Kulturgruppen, Solidaritätsstreiks, Streiklokale als Kommunikationszentren). Bei den Kampfformen wurde stärker auf Warnstreikwellen, wechselnde Schwerpunktstreiks u. ä. Gewicht gelegt.

Die neuen Kampfformen bedingten und bewirkten eine stärkere Verankerung der Gewerkschaft im Betrieb; das gilt vor allem für die IG Metall, IG Druck und Papier, HBV und GHK. Die Tatsache, daß die Masse der Betriebsbesetzungen im Organisationsbereich der IG Metall und IG DruPa stattfanden, hängt sicher auch damit zusammen, daß diese Gewerkschaften die meisten und härtesten Arbeitskämpfe der letzten Jahre geführt und die intensivsten Erfahrungen mit neuen Kampfformen gewonnen haben.

Trotz neuer Kampfformen und teilweise gestiegener Mobilisierung in den Betrieben sind aber die Durchsetzungsmöglichkeiten der Gewerkschaften durch die

8 Eine anschauliche Fallsammlung veröffentlichte der IGM-Vorstand: Unternehmerverhalten in der Krise und gewerkschaftliche Gegenwehr, Frankfurt/M. o. J. (1983); vgl. auch den Beitrag von Peter Hinrichs in diesem Band.

9 Vgl. als Beispiele: Hauptvorstand der IG Druck und Papier (Hrsg.), Analyse des Arbeitskampfs 1976 in der Druckindustrie, Stuttgart o. J. (1977), S. 70ff., 98ff.; Leonhard Mahlein, Rationalisierung – sichere Arbeitsplätze – menschenwürdige Arbeitsbedingungen. Zum Arbeitskampf in der Druckindustrie 1978, Stuttgart o. J. (1979), S. 24ff.; Gert Hautsch und Bernd Semmler, Stahlstreik und Tarifrunde 78/79, Soziale Bewegungen..., a.a.O., Heft 7, Frankfurt/M. 1979, S. 35ff.; Josef Esser, Gewerkschaften in der Krise, Frankfurt/M. 1982, S. 128ff.

Wirkungen der Arbeitslosigkeit stark eingeschränkt. Zum Kampf gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen haben sich die Gewerkschaften andererseits noch nicht auf ein einheitliches Konzept einigen können. Die von den Spitzen des DGB und der meisten Einzelgewerkschaften bevorzugte Strategie der zentralen Gesprächsrunden mit Unternehmerverbänden und Regierung, der öffentlich bekundeten „Sorge" um den sozialen Frieden, des Zurückweichens vor Unternehmerdruck in Tarifrunden und bei der Sozialpolitik führte dazu, daß Forderungen „von unten" nach Kampfaktionen nur sehr zögernd nachgegeben wurde, daß Arbeitskämpfe mit schlechten Kompromissen beendet wurden. Deshalb läuft – was die zentrale Ebene gewerkschaftlicher Politik angeht – die in den letzten Jahren erreichte Mobilisierung und Handlungsbereitschaft oft ins Leere.

Tabelle 3: Beteiligte an Warnstreiks während Tarifauseinandersetzungen in der BRD 1977–1982 (in Tausend)

Jahr	Beteiligte insgesamt	darunter Metall	Stahl	HBV	öff. Dienst
1977	61	20,1	–	0,7	–
1978	716	303,7	112,2	–	–
1979	50	0,9	1,8	18,2	15,6
1980	221	160,6	–	2,2	38,7
1981	3009	2991,5	–	5,2	1,7
1982	339	129,6	149,3	0,0	2,7

Quelle: Archiv Soziale Bewegungen im IMSF

Die Arbeitskämpfe 1976–1979 und die Warnstreikbewegung in der Metallindustrie 1981 haben ebenso zu einer Veränderung des politischen Klimas in der Bundesrepublik beigetragen wie der Aufschwung der neuen sozialen und der Friedensbewegung vor allem seit 1979. Das Bewußtsein von der Notwendigkeit und die Bereitschaft zur außerparlamentarischen kämpferischen Interessenvertretung haben breitere Kreise der Bevölkerung erfaßt und vor allem in den jüngeren Generationen der Arbeiterklasse die Handlungsbereitschaft erhöht.

Den Hintergrund dafür bilden soziale und kulturelle Veränderungen in der Arbeiterklasse schon seit den sechziger Jahren, die die „Nachfrage" nach wirksamen Methoden der Interessenvertretung steigerten und die Sensibilität für Ungerechtigkeiten und Willkür vertieften.[10] Auch wenn solche Haltungen noch nicht die vorherrschende Tendenz im Massenbewußtsein der Lohnabhängigen widerspiegeln,

10 Gemeint ist die Entwicklung neuer Bedürfnisse und Anforderungen an die Arbeits- und Lebensbedingungen, gestiegenes Bildungs- und Qualifikationsniveau, engere Verbindungen zu den „sozialen Nachbarn" der Arbeiterklasse (lohnabhängige Mittelschichten und Intelligenz), ein Generationswechsel in den Gewerkschaften usw. Vgl. hierzu ausführlich: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF, Bd. 5, Frankfurt/M. 1982 (Beiträge von K. Maase, W. Roßmann, L. Bading, H. Werner u. a.); vgl. auch Hartmut Dybowski u. a., Nicht wehrlos – doch wohin? Gewerkschaften und neue soziale Bewegungen unter der CDU-Herrschaft, Soziale Bewegungen..., a.a.O. Heft 12, Frankfurt/M. 1983, S. 54ff.; vgl. auch den Beitrag von Klaus Pickshaus in diesem Band.

schufen sie doch – zusammen mit konkreten Erfahrungen im Umgang mit dem Klassengegner (Aussperrung) – einen gewissen Resonanzboden für kämpferische Aktionsformen. Nach wie vor, und verstärkt durch die Massenarbeitslosigkeit, ist die Stimmungslage in den Betrieben jedoch äußerst labil. Die Tendenz, sich mangels gesehener Alternativen dem Kapital zu unterwerfen, sich anzupassen und den individuellen Ausweg zu suchen, ist sehr stark. Eine Widerspiegelung dessen ist die Zunahme rechter Orientierungen z. B. auch im Wahlverhalten. In nicht wenigen Betrieben herrscht aber auch – teilweise ist das gleichzeitig der Fall – so etwas wie ein Klima der Wut über Zumutungen des Unternehmers und auch von Renitenz, das sich an kleinen Anlässen eskalieren kann.

Wachsende Betroffenheit und Resignation durch Krise und Arbeitslosigkeit einerseits und der Wille, sich „nicht alles gefallen zu lassen" andererseits, das Fehlen einer zentralen gewerkschaftlichen Widerstandsbewegung als Orientierungspunkt für solche Bedürfnisse und gleichzeitig erlebte oder erfahrene Beispiele betrieblichen und außerbetrieblichen Widerstands – das ist die Situation, in der betriebliche Kampfaktionen zunehmen, obwohl die Gewerkschaftspolitik insgesamt vor dem Druck der Unternehmer eher zurückweicht. Nach wie vor allerdings ist der betriebliche Abwehrkampf als Reaktion auf Entlassungen und Schließungen die große Ausnahme. Das zeigt eine Übersicht solcher Fälle in den letzten Jahren (vgl. Tab. 4).

Tabelle 4: Arbeitsplatzverluste durch Insolvenzen und Betriebsschließungen in der BRD 1970–1982

Jahr	Insolvenzen[1]		stillgelegte Betriebe[2]	
	Zahl	verlorene Arbeitsplätze[3]	Zahl	verlorene Arbeitsplätze[3]
1970	2716	50	756	60,7
1974	5976	186	882	104,9
1975	6953	145	767	82,7
1976	6808	157	518	60,3
1977	6929	109	495	45,3
1978	5949	85	464	45,2
1979	5483	73	374	34,6
1980	6315	66	·	·
1981	8494	106	·	·
1982	12300	160	·	·

1 alle nichtlandwirtschaftlichen Betriebe
2 nur Industrie (1980 betrafen 43 Prozent aller Insolvenzen Industriebetriebe)
3 in Tausend
Quelle: DIW-Wochenbericht 45/1982, Westberlin, S. 551ff. Klaus Schliebe, Die Standortwahl der Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West), hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bonn 1981, S. 11

Wenn man für die Krise 1980–1982 eine ähnliche Entwicklung wie 1974/75 annimmt, dann könnten 1982 zwischen 800 und 1000 Konzernbetriebe (eher noch mehr, denn die Krise war diesmal tiefer) stillgelegt worden sein. Dem stehen

Kampfaktionen in 97 Betrieben, darunter zwölf Besetzungen, gegenüber. Die Frage steht deshalb, welche spezifischen Bedingungen in einigen bedrohten Betrieben zum offenen Widerstand geführt haben bzw. führen können. Dies soll im folgenden am Beispiel der vier Frankfurter Betriebe Adlerwerke, Vereinigte Deutsche Metallwerke, Rockwell-Golde und Demag-Pokorny ansatzweise zu beantworten versucht werden.[11]

III. Kämpfe gegen Arbeitsplatzvernichtung in Frankfurt

Der Ballungsraum Frankfurt – Darmstadt – Mainz – Wiesbaden galt bis Ende der siebziger Jahre als eine Region mit relativ günstigen Arbeitsmarktbedingungen. Das änderte sich seit dem Krisenausbruch 1980 rasch. 1980–1982 ist die Zahl der Arbeitsplätze in der Industrie um 10 000 (7,2 Prozent) verkleinert worden. Die Zahl der arbeitslosen Metallarbeiter hat sich zwischen August 1981 und Januar 1983 fast verdreifacht. Weder die Industrie noch der Dienstleistungsbereich (wo die Rationalisierungswelle gerade anfängt) können Arbeitskräfte, die durch Teil- oder Vollschließung von Betrieben arbeitslos werden, aufnehmen.

Die Betriebe Triumph/Adler (VW-Konzern, 2700 Beschäftigte) und Vereinigte Deutsche Metallwerke (Metallgesellschaft-Konzern, 1600 Beschäftigte) waren Frankfurter Traditionsbetriebe. Die Tatsache, daß fast gleichzeitig – im Juli/August 1981 – für beide die Schließung angekündigt wurde, wirkte im öffentlichen Bewußtsein der Stadt wie ein Schock. Die Bewegung zur Rettung dieser Werke erlangte deshalb ziemlich rasch große öffentliche Resonanz. Die Betriebe Rockwell-Golde (Rockwell-Konzern, 340 Beschäftigte) und Demag-Pokorny (Mannesmann-Konzern, 633 Beschäftigte) waren demgegenüber weniger bekannt. Die dortigen Kämpfe hatten jedoch ein beachtliches Echo, weil sie an die Bewegungen und Erfahrungen bei Adler und VDM anknüpften. In allen vier Fällen ging es um die offen angekündigte Schließung oder um Massenentlassungen, die offensichtlich die Vorstufe zur Schließung bilden sollten.

Bei *Triumph/Adler* wurde die Möglichkeit zur Schließung Ende Juli 1981 bekanntgegeben. Mitte August starteten IG Metall und die evangelische und katholische Kirche in Frankfurt eine Unterschriftensammlung zur Rettung des Adler- und des VDM-Werks. Am 20. August organisierte die im Betriebsrat vertretene Ausländerliste mit 200 Arbeitern eine Blockade von Lastwagen. Am 21. August fand eine Demonstration der IG Metall statt, am 2. September wurde die Schließung offiziell angekündigt. Daraufhin folgte gegen den Willen des Betriebsratsvorsitzenden und der IGM-Führung eine spontane Demonstration. Der anschließende Versuch zur Betriebsbesetzung scheiterte am Widerstand der freigestellten Betriebsräte. Vom 3. bis 8. September fanden verschiedene Protestaktionen im Betrieb statt. Lokalpolitiker und Pfarrer engagierten sich im Konflikt stark. Am 8. September –

11 Eine Auswertung erster Erfahrungen aus den Frankfurter Betriebsbewegungen wurde von verschiedener Seite vorgenommen. Vgl. das Gespräch der Redaktion von „Marxistische Blätter" mit Arbeitern aus den betroffenen Betrieben, abgedr. in: Marxistische Blätter, Heft 5/1982, Frankfurt/M., S. 95 ff.; vgl. auch Michael Blank und Hermann Unterhinninghofen, Betriebsstillegungen und Gegenwehr, in: WSI-Mitteilungen, Heft 1/1983, Düsseldorf, S. 43; vgl. auch Gruppe Arbeiterpolitik (Hrsg.), Metallerwiderstand gegen Arbeitsplatzvernichtung in Frankfurt. Berichte und Analysen, Bremen 1982.

einen Tag bevor die IG Metall zusammen mit den Frankfurter Kirchenleitungen eine Protestversammlung auf dem Römerberg mit 6000 Teilnehmern durchführte – wurde die sogenannte Tausender-Lösung (Reduzierung in Frankfurt auf 1000 Beschäftigte, Entlassungen in Nürnberg und Schwandorf) ausgearbeitet. Der Betriebsrat stimmte dem am 11. September zu.

Die Schließung des *VDM-Werks* wurde am 13. August 1981 indirekt angekündigt. Am 18. August veranstaltete die Belegschaft einen Schweigemarsch zur Konzernzentrale der Metallgesellschaft, am 31. August fand eine Protestkundgebung statt. Am 7. September wurde kurzzeitig die Vorstandsetage besetzt. Zwei Tage nach der Großkundgebung auf dem Römerberg – am 11. September – wurde eine Bürgerinitiative für die Erhaltung des Werks gegründet. Am 14. September folgte die erstmalige Besetzung des Tors; die IG Metall erzwang jedoch den Abbruch der Aktion. Am 21., 23. und 28. September fanden Demonstrationen und ein Warnstreik (23. September) statt. Am 17. Oktober stimmte der Betriebsrat Sozialplanverhandlungen zu. Unmittelbar auf das Bekanntwerden des niedrigen Angebots der Geschäftsführung am 26. Oktober folgte eine erneute Besetzung der Tore (Forderung: Sozialplan im Volumen wie bei Triumph/Adler). Der Betriebsratsvorsitzende solidarisierte sich. In der Nacht vom 1. zum 2. November wurde ein wesentlich besserer Sozialplan abgeschlossen und daraufhin die Torbesetzung beendet.

Bei *Rockwell-Golde* kündigte die Geschäftsleitung am 9. März 1982 115 Entlassungen an. Der Betriebsrat lehnte Sozialplanverhandlungen ab. Am 18. März organisierte die IG Metall eine Informationsveranstaltung über die Notwendigkeit kämpferischen Widerstands. Bis Anfang April fanden Veranstaltungen von linken Gewerkschaftern, Kirchenvertretern und der VDM-Arbeitsloseninitiative statt. Am 16. April informierte der Betriebsrat über die harte Haltung der Geschäftsleitung; daraufhin wurde der Betrieb besetzt. Am 21. April nahm die Geschäftsleitung alle Entlassungen zurück und erklärte sich bereit, die Zeit der Besetzung zu bezahlen. Die Aktion wurde beendet.

Der Produktionsauslagerung bei *Demag-Pokorny* hatten die freigestellten Betriebsräte im Dezember 1981 insgeheim zugestimmt; bei den Sozialplanverhandlungen zeigte sich die Geschäftsleitung unnachgiebig. Am 5. Februar 1982 berichtete die Presse über 170 bevorstehende Entlassungen. Am 5. April veranstaltete die IG Metall eine Podiumsdiskussion für die Betroffenen; dem ging eine Demonstration voraus. Am 16. April wurden zwei Dienstwagen von Mannesmann-Vorständen aufgehalten. Am 22. April organisierte die IG Metall eine weitere Versammlung mit vorheriger Demonstration; eine Betriebsbesetzung wurde als legitimes Notwehrrecht bezeichnet. Die im Stadtviertel tätige Bürgerinitiative „Bockenheimer Depotverein" beschloß die Unterstützung der Belegschaft und sammelte Unterschriften. Am 29. April wurden die Tore besetzt. Am 6. Mai begannen Verhandlungen mit der Geschäftsleitung, die am 10. Mai zu einem schlechten Kompromiß führten (16 Arbeitsplätze vorübergehend gerettet). Die Belegschaft stimmte dem zu.

So unterschiedlich der Verlauf der Kämpfe in den vier Betrieben war, so unterschiedlich waren auch die Ausgangsbedingungen. Die Belegschaft bei *Adler* war sozial-ökonomisch in zwei Bereiche gespalten, was sich auch politisch niederschlug. Facharbeiter mit langjähriger Betriebszugehörigkeit sowie Abteilungsleiter und Meister, die sich aus dieser Gruppe rekrutierten, dominierten den Betriebsrat und

bestimmten dessen sozialpartnerschaftliche und antikommunistische Politik. An den Taktbändern arbeiteten meist Ausländer (80 Prozent). Im Betriebsrat war eine (linke) Ausländerliste vertreten, mit der die Mehrheit nicht zusammenarbeitete. Die „Obergruppe" der Fach- und Vorarbeiter hatte in der Vergangenheit von Rationalisierungsmaßnahmen profitiert (sozialer Aufstieg im Betrieb). Sie waren erst und nur solange zum Widerstand bereit, wie der Betrieb insgesamt gefährdet war. Als eine Teilstillegung angeboten wurde, akzeptierten sie dies mehrheitlich, was durch die faktische Spaltung des Betriebsrats erleichtert wurde.

Bei *VDM* bestand die Mehrzahl der Arbeiter (Ausländeranteil 50 Prozent) aus An- und Ungelernten. Der Betriebsrat wurde von Angestellten und deutschen Arbeitern beherrscht; seine Politik war sozialpartnerschaftlich, was von der Geschäftsleitung durch gezielte Vergünstigungen für ältere Beschäftigte gefördert wurde. Konflikte um die Massenentlassungen bis 1979 gab es nicht. Seit 1975 hatte sich im Betriebsrat eine Minderheitsrichtung herausgebildet, deren Vertreter in wesentlichen Fragen auf klassenautonomen Positionen standen. Zur offenen Konfrontation mit der Mehrheit – wie bei Adler – kam es nicht. Während der Torblockade solidarisierte sich die Mehrheitsrichtung mit den Besetzern.

Bei *Rockwell-Golde* waren in der Produktion fast ausschließlich angelernte Kräfte – meist Türken – beschäftigt. Die Facharbeiter waren z. T. in die technische Verwaltung aufgestiegen oder wurden in der Fertigungssteuerung eingesetzt. Aktive Betriebsratsarbeit gab es erst seit 1978. Im Betriebsrat sind mehrheitlich Deutsche vertreten, die sich jedoch als Repräsentanten der (meist ausländischen) Arbeiter verstehen; die Angestellten blieben weithin auf Distanz zu Gewerkschaft und Betriebsrat, auch während der Besetzung. Die Mehrheit der Betriebsratsmitglieder war politisch und ideologisch relativ ungebunden.

Demag-Pokorny beschäftigte eine große Zahl von Facharbeitern (160 bei 32 An- und Ungelernten), mehrheitlich jedoch Angestellte in Verwaltung und Konstruktion. Diese Gruppe bildete vor dem Hintergrund von Erfahrungen mit sozialpartnerschaftlichen Zugeständnissen der Geschäftsführung einerseits und einer wenig entwickelten Kampftradition in der Frankfurter IG Metall andererseits eine Basis für die konfliktvermeidende Politik des Betriebsrats. Trotz Personalabbau hatte sich in der Vergangenheit nämlich an ihrem Status wenig geändert. Erst als die Verlagerung der Produktion weg von Frankfurt erfolgen sollte, wurde der Glaube an die Sicherheit der eigenen Perspektive bei den Facharbeitern zerstört; die Angestellten erkannten, daß mittelfristig ihre Arbeitsplätze ebenfalls gefährdet würden. Als der Konflikt eskalierte, griff der Betriebsrat den Druck seiner sozialen Basis auf und trieb ihn weiter.

Insgesamt bieten die vier Betriebe in bezug auf Beschäftigtenstruktur und Interessenvertretung kein einheitliches Bild. Charakteristisch ist aber, daß in keinem der Betriebe von vornherein dezidiert kämpferische Belegschaften bzw. Betriebsräte vertreten waren – eher im Gegenteil. Erst die existentielle Bedrohung dominierender Teile der Belegschaft – der sozialen Stützen der Betriebsräte – führte zum Konflikt, und dies schlug sich dann auch in der Politik der betrieblichen Interessenvertretung nieder.

IV. Entfaltung von Widerstandspotential

Aus der Erkenntnis von Bedrohung allein ergibt sich noch nicht die Bereitschaft zum Kampf. Es ist auch möglich – und mehrheitlich immer noch der Fall – daß die Betroffenen die Berechtigung ihres Besitzstandes anzweifeln und ihr Anspruchsniveau senken. Aus der Bedrohung des Arbeitsplatzes kann nur dann der subjektive Anstoß zur solidarischen Gegenwehr entspringen, wenn der Kampf als berechtigt und unabdingbar angesehen wird und objektive Handlungsmöglichkeiten zur Durchsetzung dieses Anspruchs vorhanden sind.

In Untersuchungen zu Stillegungskonflikten wird hervorgehoben, daß die Betroffenen die Arbeitsplatzbedrohung sehr oft nicht wahrhaben wollen bzw. sie verdrängen.[12] Die bewußte Wahrnehmung und Verarbeitung der Gefahr wird um so eher möglich, je realistischer alternative (individuelle oder kollektive) Handlungsmöglichkeiten gesehen werden. Die aktuelle Handlungsbereitschaft wird dabei durch die objektiven Möglichkeiten bestimmt.[13] Entwicklung und Bewußtwerdung der eigenen kollektiven Stärke spielen eine große Rolle. Gleichzeitig wirkt das gesellschaftliche Klima wesentlich ein. All dies wird durch die Kämpfe in Frankfurter Betrieben bestätigt.

Für die Stabilisierung des eigenen Anspruchsniveaus auf Erhaltung der Arbeitsplätze ist es entscheidend, daß die Sachzwang-Argumentation der Unternehmer aufgebrochen wird. Vor allem das „Gesundschrumpfungs"-Argument stimmt oft mit den bisherigen Erfahrungen der deutschen Facharbeiter vordergründig überein, wonach die Kernbelegschaft selbst bei drastischen Personalreduzierungen kaum berührt wird. Das Triumph/Adler-Beispiel zeigt, daß sich das Verhalten einer Stammbelegschaft, die aufgrund solcher Erfahrungen überwiegend sozialpartnerschaftlich orientiert ist, schlagartig ändern kann, wenn die Unternehmensführung diesen Zusammenhang zerreißt; es zeigt aber auch, daß die tradierten Verhaltens- und Bewußtseinsformen wieder zurückgeholt werden können, wenn Teilerfolge auf Kosten der Randbelegschaft durchgesetzt werden.

Das Gesundschrumpfungsargument ist für die Kapitalseite ein Bündnisangebot an integrierte Beschäftigtengruppen zur Spaltung der Belegschaft. Gelingt dies, dann werden dem Unternehmer nicht nur weitere Schritte in Richtung auf Totalschließung erleichtert, es wächst auch die Möglichkeit, bei den Integrationskosten (Sozialpläne) zu sparen.

Wenn der Betriebsrat eine derartige Lösung anstrebt und offene Konflikte vermeiden will, hat er kein Interesse an der Mobilisierung der benachteiligten Gruppen für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze. Bei Adler reagierten einzelne Betriebsräte gereizt auf Einflußnahme von außen, z. B. der Kirchen. Im Gegensatz dazu verweigerte sich der Betriebsrat von Rockwell-Golde bewußt jeder Gesundschrumpfungs-Argumentation. Das resultierte aus den Erfahrungen mit drei vorangegangenen Sozialplänen, aber auch daraus, daß er die Produktionsarbeiter als Adressaten seiner Politik sah.

12 Vgl. Gerhard Bosch, Arbeitsplatzverlust – Die sozialen Folgen einer Betriebsstillegung, Frankfurt/M. und New York 1978, S. 188ff.

13 Vgl. Ute H.-Osterkamp, Bürgerliches/sozialistisches Bewußtsein und individuelle Existenz, in: K. H. Braun u. a. (Hrsg.), Kapitalistische Krise, Arbeiterbewußtsein, Persönlichkeitsentwicklung, Berichte vom 2. internationalen Kongreß Kritische Psychologie, Köln 1980, S. 96ff.

Außerdem spielten die Beispiele von Adler und VDM sowie Argumente, die von außen in den Betrieb getragen wurden,[14] eine Rolle.

Im Demag-Pokorny-Konflikt wurde die Argumentation der Unternehmensführung durch einen Alternativplan aufgebrochen. Er zeigte, daß eine Vermittlung der Erfordernisse des technischen Wandels mit den konkreten Beschäftigteninteressen möglich ist, daß folglich noch andere Gesichtspunkte hinter den Konzernplänen steckten. Der Alternativplan spielte psychologisch eine entscheidende Rolle; erst danach war eine Überwindung der Resignation und Verdrängung möglich. Auch bei Rockwell-Golde und VDM waren Alternativpläne ein Instrument zur Vereinheitlichung der Handlungsorientierung verschiedener Beschäftigtengruppen und zur Festigung der Überzeugung, daß ihre Forderungen berechtigt sind.

Entscheidend für den Beginn und vor allem für die Stabilisierung der betrieblichen Kämpfe war ein positives öffentliches Klima gegenüber den Aktionen. Das ist wohl vor allem deshalb so wichtig, weil Tor- und Betriebsbesetzungen juristisch „illegal" sind und die Hemmschwelle hierzu folglich hoch ist. Der staatliche Gewaltapparat wurde nicht direkt eingesetzt. Das wohlwollende öffentliche Klima legalisierte die Besetzungsaktionen. In Fortschreibung bisheriger Erfahrungen konnten die Torbesetzer bei Demag-Pokorny davon ausgehen, daß staatliche Repression ausbleiben würde.

Wichtig für die Herstellung dieses Klimas war das Engagement einflußreicher gesellschaftlicher Institutionen wie Kirchen, Gewerkschaften, etablierte Parteien (die ihrerseits natürlich wiederum die Stimmung in ihrer Mitgliedschaft reflektierten); auch die CDU hat in keinem Fall (wie übrigens auch bei Betriebsbesetzungen in anderen Orten) die öffentliche Distanzierung von kämpfenden Belegschaften gewagt. Bei Adler hat der CDU-Oberbürgermeister *Wallmann* sogar öffentlich gegen den VW-Mutterkonzern Position bezogen.[15] DGB, IG Metall und die Kirchen veranstalteten am 9. September 1981 die schon erwähnte Großkundgebung mit 6000 Teilnehmern; die Bediensteten des öffentlichen Nahverkehrs legten aus Solidarität kurz die Arbeit nieder. Für VDM und Demag-Pokorny engagierten sich Bürgerinitiativen. Die lokale Presse berichtete über die Ereignisse im wesentlichen positiv (lediglich die FAZ hielt auf Distanz).

Organisatorische, ideologische und moralische Hilfestellung haben die Besetzer aus unterschiedlichen Bereichen erhalten. Hierzu zählt z. B. der „Frankfurter Metallerstammtisch", ein loser Zusammenschluß aktiver Betriebskader, die zur praktizierten Politik der IG Metall am Ort in einem sehr kritischen Verhältnis stehen. Dieser Kreis, dem auch Mitglieder oppositioneller Betriebsratslisten angehören, gibt die Zeitschrift „Frankfurter Metallbote" heraus. Politisch-ideologisch ist der Kreis in der Nähe des Sozialistischen Büros angesiedelt, mit starken Tendenzen zum grün-alternativen Spektrum. Hier gab es personelle Überlappungen mit der Startbahn-

14 Vgl. express. Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, Nr. 4/1982, Offenbach.

15 Das Engagement Wallmanns ist buntschillernd und zwiespältig. Sein Anliegen war es, die damalige SPD/FDP-Bundesregierung als Mehrheitsaktionär bei VW und den IGM-Vorsitzenden Loderer als stellv. Aufsichtsratsvorsitzenden mit der Hauptschuld zu belasten. Gleichzeitig lenkte er von seiner eigenen Verwicklung in die VDM-Schließungspläne (Grundstücksspekulation) ab. Er konnte diese Rolle aber nur spielen, weil ihm die IG Metall die Bühne überließ (beispielsweise trat er als Redner im Gewerkschaftshaus auf).

West-Bewegung (die im Herbst 1981 ihren Höhepunkt erreichte). Das evangelische Amt für Industrie- und Sozialarbeit unterstützte vor allem beim Rockwell-Golde-Konflikt die aktionsorientierten Kräfte. Die DKP wirkte, wo sie betrieblich verankert war, über Betriebsgruppen als vorwärtstreibendes Element, ihre Mitglieder verteilten Flugblätter und Betriebszeitungen und organisierten materielle Unterstützung (Lebensmittelversorgung, Kulturarbeit usw.).

Im Lauf der vier Konflikte wurden auch zunehmend IGM-Funktionäre bereit, initiierend und unterstützend mitzuwirken. Die Ereignisse haben eine gewisse Umverteilung der Gewichte innerhalb der IGM-Ortsverwaltung zugunsten autonom orientierter Funktionäre bewirkt bzw. deren Spielraum zumindest zeitweise vergrößert.[16] Eine wichtige Rolle spielte eine bei VDM gegründete Arbeitsloseninitiative, die enge Verbindungen zu den Kirchen, zur IGM-Ortsverwaltung, aber auch zum „Frankfurter Metallerstammtisch" unterhält. In diesem Umfeld bestehen auch Kontakte zu anderen Besetzerbelegschaften (z. B. Videocolor-Komitee).

All diese Faktoren zusammen – die subjektiv erkannte Betroffenheit tragender Teile der Belegschaften, das Aufbrechen der Sachzwang-Argumentation und das positive öffentliche Klima – schufen in der konkreten Situation die Voraussetzungen dafür, daß betrieblicher Widerstand begonnen und durchgehalten werden konnte.

V. Triebkräfte des offenen Konflikts

Erst wenn objektive Handlungsmöglichkeiten mit subjektiver Handlungsfähigkeit zusammentreffen, kann sich eine kämpferische Auseinandersetzung entwickeln. Die Schwierigkeiten für eine Belegschaft, den ersten entscheidenden Schritt zur Betriebsbesetzung zu tun, sind sehr groß; es darf angenommen werden, daß viele Konflikte, die möglich wären, nicht stattfinden, weil dieser erste Schritt unterbleibt.

In zwei von drei Besetzungsaktionen in Frankfurt – VDM und Rockwell-Golde – erfolgte der Eintritt in den offenen Konflikt eher spontan, bei Demag-Pokorny war die Besetzung kurzfristig geplant worden. In den ersten beiden Fällen hat das Verhalten der Unternehmensleitung zum Umschlag in den offenen Konflikt beigetragen. Auslösendes Moment bei Rockwell-Golde war die Weigerung des Personalchefs, die durch einen Stromausfall entfallene Arbeitszeit zu bezahlen. Dem war eine Informationsveranstaltung des Betriebsrats vorausgegangen, auf der die geringe Kompromißbereitschaft der Geschäftsleitung dargelegt wurde. Ohne die Ungeschicklichkeit des Geschäftsführers in der konkreten Situation wäre die Besetzung zu dieser Zeit vermutlich nicht erfolgt. Trotzdem wäre es falsch, den Gesichtspunkt des taktischen Fehlers als Ursache für Betriebsbesetzungen zu verallgemeinern. Das zeigt der Fall VDM, wo „theoretisch" der offene Konflikt durch größere Flexibilität der Unternehmensleitung ebenfalls vermeidbar gewesen wäre:

Der unmittelbare Anlaß für die Aktion war hier die Erklärung eines Vorstandsmitglieds, daß nur etwa ein Viertel der Sozialplanforderungen zugestanden würde. Damit wurden Erwartungen vieler Älterer auf großzügige Abfindungen enttäuscht.

16 Vgl. Georg Gutermuth und Uli Kühn, Und sie bewegt sich doch. Wie der Kampf um Arbeitsplätze eine Verwaltungsstelle ändern kann, in: O. Jacobi u. a. (Hrsg.), Nicht vor – nicht zurück? Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1982/83, Westberlin 1982, S. 116ff.

Die Konzernführung hatte dies bewußt in Kauf genommen: Das taktische Vorgehen war ausgereizt, der Vorstand wollte ein Exempel statuieren. Welche konkreten Folgen dieser Schritt im einzelnen haben würde, konnte er natürlich nicht wissen. Aber die Eskalation war nicht Ungeschicklichkeit, sondern Absicht.

Bei allen drei Frankfurter Besetzungen ging die Initiative von einem „harten Kern" aus, der sich in der Vorphase gebildet hatte und der gewissermaßen stellvertretend für die Belegschaft die ersten konkreten Schritte tat. Es handelte sich um Belegschaftsmitglieder, die eine autonome Klassenpolitik anstreben und die teilweise in den Betriebsräten vertreten waren, teilweise nicht.[17] Sie verfügten durchwegs über ein organisatorisches Hinterland außerhalb des Betriebs. Der „harte Kern" spielte im Verlauf der Aktionen eine notwendige Avantgarderolle, die er jedoch nur wahrnehmen konnte, weil die Bereitschaft zum Kampf mehrheitlich vorhanden war. Er war die verdichtete und personifizierte Handlungsbereitschaft der Belegschaft.

Bei VDM hatten die treibenden Kräfte (die größtenteils nicht im Betriebsrat waren) bereits am 14. September mit einer eintägigen Besetzung eine „Generalprobe" geliefert. Im Gegensatz hierzu sahen sie sich bei Rockwell-Golde (im Betriebsrat) außerstande, offen zur Besetzung aufzurufen. „Es mußte aus Erfahrungen buchstabiert werden, daß diese Wut einen Anlaß zur Umsetzung in Aktion braucht, daß man sehr aufmerksam darauf zu achten hat, wann ein solcher Anlaß da ist und daß ein harter Kern, eine ‚Führung' dann sofort zur Stelle ist. Es mußte auch diskutiert werden, daß ein solcher Anlaß, wenn ihn z. B. die Geschäftsleitung nicht von sich aus schafft, etwa durch Provokationen, Frechheiten und ungerechtfertigte Handlungen, daß man solche Anlässe dann auch selbst schaffen kann. Da hat man als Betriebsaktivist auch schon mal über einen guten Einfall zu brüten."[18]

Im Demag-Pokorny-Konflikt wurde die Torbesetzung offen gestartet. Der „harte Kern" setzte sich größtenteils aus Betriebsräten und Vertrauensleuten zusammen. Sie schätzten ein, daß die Mehrheit der Belegschaft eine eingeleitete Aktion mittragen würde. Die Besetzung begann planmäßig um 5.00 Uhr morgens. Unmittelbar danach organisierten Helfer von außen, insbesondere der Bockenheimer Depotverein, Tische, Stühle, Essen usw.

Für die Stabilisierung der Besetzung, vor allem unmittelbar nach Eintritt in die Aktion, war in allen Fällen die Unterstützung von außen entscheidend. Die Anfangsphasen sind bei Besetzungen labil, weil die Mehrheit der Belegschaft eine abwartende Haltung einnimmt. In der ersten Nacht (bei Rockwell-Golde war sogar ein Wochenende zu überbrücken) ist materielle und moralische Hilfe unerläßlich.

Die Abfolge mehrerer Besetzungen in Frankfurt zeigte, daß neben organisatorischer und moralischer Unterstützung auch die Vermittlung von Erfahrungen wichtig ist. Der Rockwell-Golde-Konflikt wäre kaum ohne das Beispiel VDM zustande gekommen: „Die vorläufige Zeitperspektive war 22.00 Uhr (Freitag – Beginn der Besetzung; d. Verf.), das Ende der Spätschicht. Am Montag sollte weitergemacht

17 Bei Triumph/Adler konnte sich solch ein Kern wegen der innerbetrieblichen Spaltung in Ausländerliste und andere nicht bilden; die auf autonome Klassenpolitik orientierten Kräfte der IGM-BR-Liste wurden durch diese Konfrontation gelähmt. Das dürfte ein Grund dafür sein, daß es hier bei einem Versuch zur Betriebsbesetzung geblieben ist.

18 Georg Gutermuth, Vom Himmel fällt so ein Kampf sicher nicht!, in: express, Nr. 5/1982, Offenbach, S. 3.

werden. Über diesen kritischen Zeitpunkt retteten die erfahrenen VDMer die Besetzung. Sie machten den Rockwellern klar, daß sie das, was sie jetzt erreicht hatten, am Montag so schnell nicht wieder hinkriegen würden. Es mußten Fakten geschaffen werden. Die Streikaktion mußte nun auch äußerlich zur Besetzung werden, dazu brauchte es Symbole, Handlungen. Also: Die dem Werk am nächsten Wohnenden mußten heim, Gitarren, Musikinstrumente und Geräte, Teekocher tauchten auf. Gegen 22.00 Uhr begann die türkische Musik und der Tanz. Sie hörten bis mittwochfrüh nicht mehr auf."[19]

In gewisser Weise ist es in Frankfurt 1981/82 zu einer ähnlichen Entwicklung gekommen wie 1969 bei den Septemberstreiks: „Für die Überwindung resignativer Haltungen ist das praktische Beispiel erfolgreich kämpfender Belegschaften anderer Betriebe wichtig; es kann als Stütze dienen, um vorübergehend die noch fehlende Erfahrung zu ersetzen."[20]

Im Verlauf der Aktionen erwies sich Solidarität in Form von Schreiben, Reden, Spenden, Besuchen vorm Tor usw. als ebenso wichtig wie die Resonanz in den Medien und das „öffentliche Klima" (Reaktion von Verwandten und Freunden, Haltung von Institutionen usw.). Das zeigten Gespräche mit Teilnehmern an allen Besetzungen.[21]

Gerade in diesem Bereich zeigten sich allerdings in Frankfurt Schwächen, die generell für die betrieblichen Abwehrkämpfe in der Bundesrepublik heute gelten: Eine Verallgemeinerung über den einzelnen Betrieb hinaus gab es nicht. Die Besetzerbelegschaften erhielten aus anderen Frankfurter Betrieben allenfalls einzelne Solidaritätsadressen von Vertrauenskörpern oder von einzelnen Vertrauensleuten und Betriebsräten. Auch im Fall VDM – der Besetzung im größten Betrieb und mit der meisten öffentlichen Resonanz – ist der Funke weder auf die Belegschaft der Metallgesellschaft-Zentralverwaltung noch auf andere Betriebe des MG-Konzerns in Frankfurt (z. B. Lurgi) übergesprungen. Dem liegen z. T. Mängel in der Politik der IG Metall und von klassenorientierten Betriebsfunktionären zugrunde (bei der Großkundgebung am 9. September 1981 auf dem Römerberg deuteten sich Möglichkeiten an). Dahinter steckt jedoch das allgemeine Problem, daß Resignation und Anpassung augenblicklich die in den Betrieben vorherrschende Tendenz als Reaktion auf die Krise sind.

In ähnlicher Form stellte sich die Situation bei fast allen bisherigen Betriebsbesetzungen und auch anderen betrieblichen Abwehrkämpfen in der Bundesrepublik dar. Dadurch werden die Erfolgsmöglichkeiten eingeschränkt. Gegenwärtig kommen solche Bewegungen meist erst dann zustande, wenn Massenentlassungen oder die Schließung des Betriebs angekündigt worden sind. Zu diesem Zeitpunkt sind bereits ökonomische Fakten geschaffen, die den Widerstand erschweren. Von den drei Frankfurter Besetzungsaktionen war nur die bei Rockwell/Golde erfolgreich im Sinne der Sicherung der Arbeitsplätze. Ein entscheidender Faktor dafür dürfte

19 Ebenda, S. 4.

20 Johannes Henrich von Heiseler und Josef Schleifstein, Zur Bildung und Entwicklung von Klassenbewußtsein in der BRD, in: IMSF (Hrsg.), Klassenstruktur und Klassenbewußtsein in der BRD, Tagungsprotokoll, Frankfurt/M. 1974, S. 47.

21 Vgl. Frankfurter Metallbote, Nr. 12/1981, Frankfurt/M., S. 5; vgl. auch Frankfurter Rundschau vom 29. Oktober 1981.

gewesen sein, daß hier die Belegschaft im Lauf des Konflikts ein ökonomisches Faustpfand gewann und einzusetzen verstand, mit dem sie die Gegenseite unter Druck setzen konnte: Abnehmerfirmen der Automobilindustrie drohten mit hohen Konventionalstrafen, falls die Zulieferungen weiterhin ausblieben. Ist solch ein wirtschaftliches Druckmittel nicht vorhanden, dann kann der Unternehmer bzw. der Konzern nur politisch unter Druck gesetzt werden.

Der Ablauf der näher bekannten Betriebsbesetzungen in Frankfurt und anderswo zeigt, daß Bewußtseinslagen zu Beginn des Konflikts (die Empörung über die Ungerechtigkeit, Uneinsichtigkeit einer Maßnahme) sehr rasch vertieft und politisch verallgemeinert werden können: Fast regelmäßig wird z. B. versucht, regionale und überregionale Politiker für die eigene Sache zu gewinnen und unter Druck zu setzen. Auch Forderungen nach Staatsbürgschaften, staatlichen Aufträgen usw. gehören dazu. Allerdings ist dies eine zwiespältige Orientierung, denn sie erlaubt es den etablierten politischen Kräften oft, sich durch verbale Kraftakte zu profilieren und eventuelle Erfolge der Belegschaften als eigene Verdienste auszugeben. So konnte die CDU in Frankfurt aus dem geschickten Taktieren ihres OB *Wallmann* politisches Kapital schlagen. Nur wenn Forderungen an Politiker aus starken betrieblichen Kämpfen heraus gestellt und nicht delegiert werden, können sie weitertreibend wirken.

Häufig gerät die Strategie des Mutterkonzerns und zunehmend die Politik der Großbanken ins Zentrum der Kritik. Damit wird die Problematik von der betriebswirtschaftlichen Ebene („unfähige Manager") gelöst, politisch verallgemeinert und auf die Hauptschuldigen an der Massenarbeitslosigkeit gerichtet.

Teilweise bilden sich zur Unterstützung kämpfender Belegschaften Bürgerinitiativen oder es organisieren bestehende Initiativen Solidarität. Damit wird der Konflikt über den Betrieb hinausgetragen und zum Gegenstand örtlicher politischer Auseinandersetzung gemacht. Charakteristisch ist auch das Engagement kirchlicher Vertreter in vielen solcher Konflikte. Sie prägen oft erheblich das positive öffentliche Klima gegenüber Betriebsbesetzungen. Auch wenn deren Engagement meist ehrlich ist, so besteht hier doch die Gefahr, daß die Kirchen sich als „Interessenorganisation" der Lohnabhängigen profilieren und gewerkschaftliche Bindungen lockern. Das gilt allerdings nur, wenn die Unterstützung der Gewerkschaft für die kämpfenden Kollegen unzureichend ist. In Frankfurt konnten die Kirchen nur bei Adler und VDM größeren Einfluß nehmen, weil die IGM-Ortsverwaltung hier noch sehr zurückhaltend taktierte (teilweise sogar bewußt die Initiative delegierte). Bei Demag-Pokorny, wo dies anders war, spielten die Kirchen keine nennenswerte Rolle.

In mehreren Fällen wurden Forderungen nach Verstaatlichung erhoben. Diese Position entwickelt sich direkt aus der Kritik an der Konzernpolitik: Wenn die Muttergesellschaft nicht bereit ist, die Arbeitsplätze zu retten, obwohl dies möglich wäre, dann muß ihr das Verfügungsrecht entzogen bzw. sie selbst staatlich kontrolliert werden (so bei VDM, im AEG-Bereich u. a.).

Eine wachsende Rolle scheint die Entwicklung alternativer Konzepte zu spielen. Das betrifft die Ausarbeitung von Alternativplänen zur Rettung des Betriebs und geht bis hin zu Arbeitskreisen für alternative Produktionsprogramme; teilweise überschneiden sich beide. Mit solchen Vorschlägen sind die Argumente von Kon-

zernführungen für die Schließung von Betrieben zu widerlegen und die Planungen als Ausfluß globaler Profitstrategien zu beweisen. Dies ist wichtig, um in den Augen der Kollegen den eigenen Widerstand als gerechtfertigt zu belegen und in der öffentlichen Diskussion den Konzern in die Defensive zu drängen. Vor allem für Belegschaften ohne technisch-wissenschaftliche Abteilungen sind solche Alternativkonzepte allerdings meist nur mit Hilfe von außen – durch Gewerkschaften, gewerkschaftlich orientierte Wissenschaftler usw. – zu erarbeiten. Hier ergeben sich Kontaktpunkte zu anderen sozialen Bewegungen, weil solche „Experten von außen" oft in anderen politischen Zusammenhängen aktiv sind.

In Frankfurt und auch bei anderen Betriebsbesetzungen zeigte sich, daß die Dynamik des Konflikts Möglichkeiten zur raschen Entwicklung von Klassenbewußtsein bietet. Teilweise ist eine Radikalisierung bei den Forderungen festzustellen. So war bei VDM die Ausgangslosung das Verlangen nach einem besseren Sozialplan; im Zuge der Besetzung setzte sich die Forderung nach Erhaltung des Werks zunehmend durch, was ein Grund für das Nachgeben der Geschäftsleitung war.

Neue Erfahrungen im Kampf können sozialpartnerschaftliche Denkstrukturen aufbrechen und tradierte Verhaltensweisen umkehren. Selbst bislang fest auf Sozialpartnerschaft orientierte Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre können sich an die Spitze von Bewegungen stellen und diese weitertreiben. Das war ansatzweise bei VDM der Fall, und das zeigte sich besonders bei den Auseinandersetzungen um den Erhalt der Betriebe Olympia Leer und Enka Kassel.

Mit der Zuspitzung des Konflikts erweisen sich für viele Beteiligte bisher verbreitete Orientierungen und „Weltbilder" als brüchig; es entsteht ein „ideologisches Vakuum" und es wächst in dieser Phase auch die Offenheit gegenüber linken Positionen. Eine solche Aufgeschlossenheit gegenüber fortschrittlichen Argumenten, auch von Kommunisten, die Bereitschaft, über antikapitalistische Alternativen und selbst über den realen Sozialismus zu diskutieren, kennzeichnen diese Situation (ähnliches gilt regelmäßig auch in zugespitzten Arbeitskampfphasen). Solche Möglichkeiten kommen aber nur zum Tragen, wenn die entsprechenden Tendenzen ideologisch abgestützt werden, d. h. wenn entsprechende „Angebote" vorliegen.[22] Auch deshalb ist die solidarische Unterstützung kämpfender Belegschaften durch sozialistische Organisationen und klassenbewußte Gewerkschaftskollegen wichtig. Bleibt die Belegschaft auf sich allein gestellt, dann ist im Ergebnis solcher Konflikte eher eine Verfestigung tradierter Einstellungen zu erwarten (z. B. Interessenkampf gegen „konkurrierende" Belegschaften, gegen Ausländer usw.).

Von den 28 Betrieben, die seit 1975 aus Protest gegen Arbeitsplatzvernichtung besetzt worden sind, hat es nur in zwei Fällen echte Erfolge gegeben: 1976 bei VFW-Fokker in Speyer und 1982 bei Rockwell-Golde in Frankfurt. Einen Teilerfolg gab es bei Schönrock in Hamburg. In allen anderen Fällen konnte die Vernichtung von Arbeitsplätzen nicht oder kaum verhindert werden; teilweise wurden bessere Sozialpläne durchgesetzt.

22 Vgl. hierzu näher: Johannes Henrich von Heiseler, Die elementare Basis bürgerlichen und sozialistischen Bewußtseins in der Arbeiterklasse – Bemerkungen zu theoretischen und methodologischen Fragen, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 2, Frankfurt/M. 1979, S. 370ff.

Diese relative Erfolglosigkeit hängt mit dem defensiven Charakter solcher Kämpfe (im Grunde handelt es sich um Notwehr-Reaktionen) und mit der mangelnden Verallgemeinerung über den Betrieb hinaus zusammen. Sie stellt ein psychologisches Hemmnis für den Beginn von Aktionen dar. Trotzdem wäre es falsch, daraus auf die Sinnlosigkeit betrieblicher Abwehrkämpfe zu schließen.

In allen Fällen von Betriebsbesetzungen war das Ergebnis ein stark gestiegenes Selbstbewußtsein und Zusammengehörigkeitsgefühl bei den Beteiligten. Bei Rockwell-Golde – wo der Betrieb erhalten wurde – schlug sich das in einer Linksorientierung bei den nachfolgenden Vertrauensleutewahlen nieder. Aber auch wenn der Betrieb geschlossen wird, muß die Folge nicht Resignation oder Unglaube in die eigene Kraft sein; das Bewußtsein, „es denen gezeigt zu haben", kann auch bei künftigen Konfliktsituationen die Einsicht in die Notwendigkeit und Möglichkeit solidarischen Handelns schaffen. Es ist eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaften, gewonnene Erfahrungen so zu interpretieren und zu verallgemeinern, um klarzumachen, daß „es allemal besser (ist), ohne Erfolg zu kämpfen, als ohne Kampf beiseite geschoben zu werden".[23]

Betriebliche Abwehrkämpfe sind auch politisch wichtig: erstens, um Erfahrungen mit solchen neuen Kampfformen zu gewinnen, und zweitens, um ein allgemeines Klima des Protests gegen Arbeitsplatzvernichtung zu erzeugen, damit Arbeitsplatzverlust nicht mehr als schicksalhafte Bedrohung, sondern als Ergebnis bewußten Handelns von Konzernen und Regierung begriffen wird. Aus all diesen Gründen ist es unerläßlich, daß der betriebliche Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung von den Gewerkschaften als ein zentrales Feld ihrer Politik gewertet und entsprechend entwickelt wird.

VI. Betriebliche Kämpfe und gewerkschaftliche Politik

Für die Stabilisierung und Weiterentwicklung betrieblicher Bewegungen ist das Beispiel anderer Belegschaften – vermittelt durch persönliches Auftreten, Filme usw. – wichtig. Bedürfnisse nach Querverbindungen, Erfahrungsaustausch u. ä. werden von den Gewerkschaften bisher nicht befriedigt; auch nicht von der IG Metall, in deren Organisationsbereich sich die Masse der Betriebsbesetzungen und -blockaden abspielte.

Politisch-organisatorischer Bedarf, der von den Gewerkschaften nicht gedeckt wird, sucht sich anderweitig Kompensation. Seit einiger Zeit entstehen auch außerhalb institutionalisierter gewerkschaftlicher Organisationsgliederungen und -stränge Strukturen mit übergreifenden Kontakten, die die vorhandene Lücke zu füllen bemüht sind. Auf lokaler, regionaler und neuerdings auch bundesweiter Ebene finden Treffen statt, an denen Vertreter von Besetzerbelegschaften, Gewerkschafter aus anderen Bereichen, Wissenschaftler usw. teilnehmen und die der Verallgemeinerung und Umsetzung von Erfahrungen dienen. Der „Frankfurter Metallerstammtisch", der bei den dortigen Betriebsbesetzungen – u. a. Rockwell-Golde – eine beachtliche Rolle spielte, ist ein Beispiel. Träger solcher „Vernetzung" sind organisa-

23 Thesen zum betrieblichen Kampf gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen, in: Landesbezirk Hessen der IG Druck und Papier (Hrsg.), Geschäftsbericht 1980–1982, Frankfurt/M. 1983, S. 83.

torisch meist „linkssozialistische" Gruppierungen[24] wie das Sozialistische Büro, die Gruppe Arbeiterpolitik, die Gruppe „Revier", der Kommunistische Bund, teilweise auch trotzkistische Gruppen u. a. Die Resonanz reicht jedoch weit über diese organisatorischen Kerne hinaus und erfaßt Belegschaftsmitglieder aus Betrieben und Gewerkschaften, die oft zu den aktivsten Kräften in Abwehrkämpfen gehörten. Häufig sind Mitglieder linksoppositioneller Betriebsratslisten Träger solcher überörtlichen Kontakte.[25]

Ob sich in diesem Bereich eine dauerhafte Struktur bilden wird, ist noch nicht absehbar. Zweifellos besteht die Gefahr der politisch-organisatorischen Verselbständigung, und zwar dann, wenn als vorrangiges Ziel nicht mehr die Einflußnahme auf die Politik der Gewerkschaft durch Teilnahme an der inneren Willensbildung gesehen wird, sondern die stellvertretende Übernahme gewerkschaftlicher Aufgaben und die Entwicklung der eigenen Politik an der Gewerkschaft vorbei. Die Perspektive wird auch von der künftigen Politik der Gewerkschaften selbst, vor allem der IG Metall, abhängen. Dabei werden die politischen Gewichte innerhalb der organisierten Arbeiterbewegung, vor allem auch der Einfluß der DKP, eine wichtige Rolle spielen. Von Bedeutung ist die Entwicklung des Alternativspektrums bzw. der Partei der Grünen, auf die sich – trotz z. T. großer Distanz zu deren konkreter Praxis – ein erheblicher Teil der hier Aktiven oder Interessierten orientiert. Teilweise besteht auch Offenheit gegenüber der SPD.

Die Zunahme von betrieblichen Abwehrkämpfen und Betriebsbesetzungen folgt nicht den vorherrschenden Tendenzen der Gewerkschaftspolitik seit Ende der siebziger Jahre, die im wesentlichen durch Konfliktvermeidung und Nachgeben gegenüber unternehmerischem Druck gekennzeichnet ist. Obwohl die Erfahrungen gewerkschaftlicher Kämpfe eine wesentliche Voraussetzung sind, handelt es sich bei den Betriebskämpfen um eine Sonderentwicklung neben der gewerkschaftlichen Tarifbewegung. Aber solche Bewegungen müssen in ihren Wirkungsmöglichkeiten geschwächt bleiben, solange sie nicht fest mit der gewerkschaftlichen Organisation verbunden sind und von dieser unterstützt werden. Umgekehrt zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre, daß ohne eine noch viel stärkere Mobilisierung der Belegschaften im gesamten Organisationsbereich kein wichtiges gewerkschaftspolitisches Ziel mehr erreichbar ist. Insbesondere wird der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit nicht ohne die Unterstützung betrieblicher Abwehrkämpfe durch die Gewerkschaften erfolgreich sein – bei aller juristischen Problematik, die sich dabei für die Organisation stellt. So ist beispielsweise die Frage der finanziellen Unterstützung von Betriebsbesetzern während der tariflichen Friedenspflicht ein Problem, um das sich die Gewerkschaften nicht herumdrücken dürfen.

Einzelne Beispiele hierfür gibt es schon. So leistete die IG Druck und Papier im Juni 1977 den streikenden Beschäftigten von „Weser-Kurier" und „Bremer Nach-

24 Die Schwammigkeit dieses Begriffs ist den Autoren bewußt: Sozialistisch ist immer links, und zum genannten Spektrum gehören recht unterschiedliche Gruppen. Trotzdem hat sich in den genannten Kreisen in jüngster Zeit ein gewisser Grundkonsens gebildet, der durch Hinwendung zu den neuen sozialen Bewegungen, oft auch eine Orientierung auf die Grünen, sowie das Bemühen um eine kämpferische Betriebs- und Gewerkschaftspolitik gekennzeichnet ist. Ein treffenderer Sammelbegriff steht nicht zur Verfügung.

25 Vgl. hierzu ausführlicher den Aufsatz von Klaus Pickshaus in diesem Band.

richten" Solidarität nach dem § 14/3f der Satzung (Unterstützung in besonderen Fällen). Die Belegschaft von Videocolor in Ulm erhielt im Januar 1982 Unterstützung aus einem von der Arbeiterwohlfahrt verwalteten Spendenfonds, in den u. a. die IGM-Ortsverwaltung und der Bezirk Stuttgart zahlten. In die Richtung solcher unabhängiger Fonds gehen auch verschiedene Vorschläge für eine bundesweite Regelung. Trotz der komplizierten Probleme gilt wohl der Grundsatz, daß eine juristisch mögliche Form gefunden werden kann, wenn dies politisch gewollt wird.

Im Zuge der konkreten Auseinandersetzungen um Betriebsstillegungen kann sich die Haltung örtlicher Gewerkschaftsfunktionäre wandeln. Die Angst vor „radikalen Elementen", wenig kontrollier- und kalkulierbaren Bewegungen von unten, Befürchtungen über eine Gefährdung des Apparats bei Unterstützung „illegaler" Aktionen usw. führen nicht selten zunächst zur Distanz zwischen kämpfenden Belegschaften und örtlicher Gewerkschaftsgliederung, zu Behinderungs- und Abwiegelungsversuchen. Bei solchen Konflikten ist die Konfrontationsebene zunächst immer der Betrieb und gewerkschaftspolitisch die lokale Organisation. Häufig wird – etwa in der IG Metall – die Ortsverwaltung von Funktionären aus den führenden Betrieben faktisch beherrscht; Betrieben, in denen oft günstigere Arbeitsbedingungen bestehen und deren Betriebsräte sozialpartnerschaftliche „Erbhöfe" sind. Auch sind die verantwortlichen Sekretäre der Gewerkschaft oft in verschiedene gesellschaftliche und politische Gremien delegiert, was bei sozialpartnerschaftlicher Orientierung und fehlendem Druck aus betrieblichen Bewegungen die Einbindung in die bestehenden Herrschaftsverhältnisse noch stärkt.[26]

Daß solche Strukturen nicht zwangsläufig sind, zeigen einzelne Beispiele einer umgekehrten Entwicklung: Veränderungen in der gewerkschaftspolitischen Orientierung, die sich aus konkreten Auseinandersetzungen mit dem Kapital ergeben (z. B. Opel Rüsselsheim). Unter den konkreten Verhältnissen in der Bundesrepublik bleiben solche Fälle bisher aber die Ausnahme. Das bedeutet ein Hemmnis für betriebliche Bewegungen so lange, wie nicht einer der Zentralbetriebe selbst bedroht ist oder betriebliche Bewegungen selbst eine Veränderung der politischen Situation bewirken. Solche strukturellen Schwächen der gewerkschaftlichen Organisation können in zentralen Kampagnen durch Anstrengungen des Vorstands teilweise ausgeglichen werden; bei lokalen Konflikten werden sie sehr rasch deutlich.

Darüber hinaus ist aber auch die Politik des IG Metall-Vorstands gegenüber betrieblichen Abwehrkämpfen noch sehr zögernd. Die gewerkschaftlichen Mandatsträger in den Mitbestimmungsgremien nutzten in keinem Fall ihre Funktion, um öffentlich für die kämpfenden Kollegen zu mobilisieren. *Eugen Loderer* ist stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bei VW, dem Mutterkonzern von Triumph/Adler, und Aufsichtsrat bei Mannesmann, dem Mutterkonzern von Demag-Pokorny. Seine Bemühungen beschränkten sich jedoch auf Verhandlungen hinter verschlossenen Türen, und auch das erst, als der Konflikt jeweils schon ausgebrochen war.

26 Die vor wenigen Jahren moderne „Korporatismus"-Diskussion litt u. a. daran, daß sie die sehr wesentliche untere und mittlere Ebene integrationistischer Einbindung von Funktionären der Arbeiterbewegung übersah. Zur konkreten Situation in Frankfurt vgl. Wolf G. Brügmann, Wenn man die Finger überall drin hat, kann man keine Faust mehr machen. Die Ortsverwaltung Frankfurt der IG Metall, in: O. Jacobi u. a. (Hrsg.), Nicht vor . . ., a.a.O., S. 99ff.

Dabei wäre gerade die vorbereitende Unterstützung betrieblicher Aktionen durch frühzeitige Information über Konzernpläne, Austausch von Erfahrungen usw. die Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisation. Wenn sich Belegschaften gegen beabsichtigte Schließungen zur Wehr setzen, dann ist es eigentlich fast schon zu spät. Nicht selten ist der Betrieb dann auch schon heruntergewirtschaftet. Notwendig wäre eine vorbereitende Mobilisierung in Branchen oder Konzernen, die besonders gefährdet sind. Aber weder auf dem Höhepunkt der Krise im AEG-Konzern noch in der Stahlindustrie oder bei den Werften – wo zehntausende Arbeitsplätze konkret bedroht sind – war der Vorstand der IG Metall bisher bereit, bundesweite Funktionärskonferenzen zur Beratung von Widerstandsmöglichkeiten einzuberufen – obwohl der Ruf hiernach sehr laut ist. Lediglich eine Betriebsrätekonferenz für die Stahlindustrie kam zustande und ist für August 1983 bei den Werften geplant. Ebensowenig gibt es bisher zentrale Versuche, Erfahrungen aus Betriebsbesetzungen aufzuarbeiten und z. B. in der Bildungsarbeit zu vermitteln. (Zum IGM-Gewerkschaftstag im Oktober 1983 werden hierzu allerdings einige Anträge vorliegen.)

Die Scheu vieler Funktionäre vor horizontalen Kommunikationslinien – quer zu den innergewerkschaftlichen Willensbildungs- und Kontrollsträngen – scheint indessen nur dazu zu führen, daß sich auch hier neue Strukturen bilden. Ein Beispiel ist die norddeutsche Werftenkonferenz vom Mai 1983 in Hamburg, an der betriebliche und gewerkschaftliche Funktionäre aus allen bedrohten Werften teilnahmen; eine Veranstaltung, die in die Zuständigkeit der IG Metall gefallen wäre, die jedoch von den Betroffenen selbst in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern der „Memorandum"-Gruppe organisiert werden mußte.

In der IG Druck und Papier hat es bereits 1976/77 – in Auswertung des Arbeitskampfs 1976 – vor allem im hessischen Landesbezirk Diskussionen gegeben, unter Bezug auf die hessische Verfassung (die die Aussperrung verbietet) bei zukünftigen Aussperrungen die Arbeitsplätze besetzt zu halten. Das mündete in eine vom Gewerkschaftstag 1977 verabschiedete Entschließung, in der zur Verteidigung gegen Aussperrungen das Mittel der Betriebsbesetzung anvisiert wurde. Die Besetzung der Frankfurter Rundschau 1978 steht in diesem Zusammenhang. Diskussionen über eine Mobilisierung der betrieblichen Basis zur Verteidigung von Arbeitsplätzen sind in dieser Gewerkschaft in den letzten Monaten intensiviert worden.

In der IG Chemie-Papier-Keramik, in deren Organisationsbereich es die beiden hartnäckigsten betrieblichen Widerstandsbewegungen (Seibel Erwitte und Enka Kassel) gegeben hat, finden kämpfende Belegschaften u. U. organisatorische und auch politische Unterstützung durch die örtliche Gewerkschaft, kaum jedoch durch den Hauptvorstand, was bei dessen extrem sozialpartnerschaftlichem Kurs auch nicht verwundert.[27] Versuche, betrieblichen Widerstand als Kampfform zu verallgemeinern, Erfahrungen aufzuarbeiten und zu vermitteln, sind hier nicht bekannt.

27 Auf einem Höhepunkt des Kampfes bei Enka Kassel beispielsweise, als im Dezember 1982 eine Torblockade durch Polizeieinsatz gesprengt wurde, war die einzige öffentliche Reaktion des Hauptvorstands eine Presseerklärung, in der der Enka-Vorstand zu einem Vermittlungsgespräch aufgefordert wurde. Einen Protest gegen den Polizeieinsatz oder eine Unterstützung der Belegschaft enthielt die Erklärung nicht. Vgl. Pressedienst IG Chemie-Papier-Keramik XVIII/82, Hannover, 20. Dezember 1982.

Die Warnstreikbewegung 1981 in der Metallindustrie hat gezeigt, wie schlagkräftig Belegschaften auch zentral mobilisiert werden können. 1983 haben die Warnstreiks im öffentlichen Dienst bewiesen, daß trotz mehrjähriger negativer Erfahrungen und Frustrationen mit dem Ausgang von Tarifrunden, trotz verleumderischer Pressekampagnen die Kollegen bereit und fähig sind, zu kämpfen – gerade auch auf betrieblicher Basis. Dies muß in Zukunft das Fundament für gewerkschaftliche Durchsetzungsstrategien sein, wenn wirklich etwas erreicht werden soll; in zentralen Verhandlungen allein ist den Unternehmern kein ernsthaftes Zugeständnis mehr abzuringen.

Im Betrieb wird der Mehrwert, die Existenzgrundlage des Kapitals, geschaffen. Deshalb sind die Betriebe der Hauptkampfplatz zwischen Kapital und Arbeit und die entscheidende Quelle gewerkschaftlicher Kraft. Der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit wird in absehbarer Zukunft die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung sein. Dazu müssen betriebliche Bewegungen zur Verteidigung der Arbeitsplätze vorbereitet, gefördert, unterstützt und weitergetragen werden. Die Besetzung von Betrieben ist eine hochentwickelte Form solcher Aktionen. Ihre Legalisierung durch praktischen Vollzug und Verteidigung gegen Angriffe muß – ähnlich wie seinerzeit das Streikrecht – errungen werden.

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 6/1983

Politische Differenzierungen im Großbetrieb: Zur Herausbildung linksoppositioneller Betriebsratslisten

Klaus Pickshaus

I. Die betriebliche Interessenvertretung als Feld der politischen Formierung der Arbeiterklasse – II. Politische Differenzierungsprozesse in der betrieblichen Interessenvertretung – ein Überblick – III. Zur Entwicklung linksoppositioneller Listen – IV. Neue Probleme im Kampf um gewerkschaftliche Autonomie und Einheit

I. Die betriebliche Interessenvertretung als Feld der politischen Formierung der Arbeiterklasse

I.1 Der Betrieb als Basis der politischen Formierung und Differenzierung

Für die Arbeiterbewegung besaßen und besitzen die Betriebe, insbesondere die Großbetriebe, zentrale Bedeutung.[1] Auf den kapitalistischen Betrieb bezieht sich vorrangig das Wirken der Gewerkschaften als umfassendster Klassenorganisation, aus ihm beziehen sie ihre eigentliche Kraft, und in seinem Rahmen entwickeln sich die rudimentären Formen des Klassenbewußtseins im „Guerillakrieg zwischen Kapital und Arbeit".

Zu den Besonderheiten eines Großbetriebes gehören u. a. folgende Charakteristika:

– Die Klassenverhältnisse sind stark polarisiert, die Herrschaftsverhältnisse weitgehend entpersonalisiert.
– Die gewerkschaftliche Klassenorganisation besitzt ein tiefgestaffeltes System. Mehrere hundert ehrenamtliche Funktionäre umfassende Vertrauensleutekörper (VK) können eine potentiell immense Kraft aufweisen.
– Der Großbetrieb hat seine eigene „Öffentlichkeit", in der Betriebszeitungen politischer Gruppen und der Gewerkschaft, Mitteilungen der betrieblichen Interessenvertretung usw. eigenes Gewicht besitzen.

Innerhalb des Betriebes reflektieren sich die politisch-ideologischen Strömungen in der Arbeiterbewegung und im sozialen Umfeld. Ob dieses durch die politische Kultur einer Metropole oder durch einen ländlichen Einzugsraum geprägt wird, kann wichtige Unterschiede markieren, ebenso Stärke und Traditionen der Strömungen der Arbeiterbewegung. Schon infolge der quantitativen Zusammenballung werden sich die politischen Kräfte am deutlichsten in einem Großbetrieb ausdrücken.

1 Hier kann an die Überlegungen im Beitrag von Heinz Jung in diesem Band angeknüpft werden.

Die politischen Strukturen und Kräfteverhältnisse im Betrieb, wie sie sich in der Zusammensetzung des Betriebsrates, des gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörpers, dem eigenständigen Auftreten politischer Betriebsgruppen usw. zeigen, widerspiegeln jedoch nicht unmittelbar die allgemeinen politischen Strömungen in der Gesellschaft oder gar im parlamentarischen Raum. Zur Realität des kapitalistischen Betriebes gehört der Dauerkonflikt mit dem Kapital, der alle Kräfte zumindest beim offenen Konflikt zu einheitlichem Handeln drängt. Diese Besonderheit, die sich aus der unmittelbaren Nähe zu den Klasseninteressen auf ökonomischem und sozialem Gebiet ergibt, gilt auch insgesamt für die Gewerkschaftsbewegung und die Ausformung der in ihr präsenten politisch-ideologischen Strömungen.[2] Deshalb hat sich auch die stark vorherrschende sozialdemokratische Richtung in eine sozialpartnerschaftliche und eine reformistisch-sozialistische Strömung differenziert, wobei letztere im betrieblich-gewerkschaftlichen Milieu bedeutend stärker ist als in der Sozialdemokratie insgesamt. Ein Indiz für die Verschiebung des politischen Spektrums im Betrieb ist auch der größere Einfluß der Kommunisten sowie linkssozialistischer Kräfte und die Bedeutungslosigkeit der FDP auf der anderen Seite.

I.2 Betriebsrat und gewerkschaftliche Betriebspolitik

Für die Belegschaften ist in der Regel der BR das wichtigste Vertretungsgremium. Der BR steht von daher auch im Mittelpunkt der Bemühungen aller im Betrieb wirkenden Kräfte, politischen Einfluß geltend zu machen. Der zentrale Stellenwert dieses Gremiums hängt mit dem für die Bundesrepublik typischen „dualen System" zusammen: Trennung von BR und Gewerkschaft; Verpflichtung des BR auf partnerschaftliche Austragungsformen („Betriebsfrieden"); wenig verallgemeinerter Inhalt von Betriebsvereinbarungen (im Gegensatz zu Tarifverträgen).

In der Bundesrepublik haben mehrere Faktoren die Verselbständigung der BR gegenüber den Gewerkschaften in den 50er und 60er Jahren begünstigt: Die lange wirtschaftliche Aufschwungphase ermöglichte dem Kapital in den Betrieben erhebliche materielle Zugeständnisse in Form von Lohnzulagen und betrieblicher Sozialpolitik, die die Position der BR als Vertretungsorgane stärkten und dem gewerkschaftlichen Schutz durch Tarifverträge einen geringeren Stellenwert zu geben schienen. Der weitgehende Verzicht der Gewerkschaftsbewegung auf Arbeitskämpfe konnte diesen Eindruck noch verstärken. Durch den Konzentrationsprozeß wurden die BR in den Großkonzernen aufgewertet und konnten oft gewerkschaftliche Gremien beherrschen.[3] Hinzu kommt häufig die Einbeziehung führender BR-Mitglieder in die politischen Herrschaftsstrukturen auf lokaler und regionaler Ebene.

2 Vgl. zur Spezifik gewerkschaftlicher Politikbestimmung und der Problematik politisch-ideologischer Strömungen ausführlicher Gert Hautsch/Klaus Pickshaus, Klassenautonomie und Einheitsgewerkschaft – Zur gewerkschaftlichen Klassenpolitik heute, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 3, Frankfurt 1980, S. 98ff., insbesondere S. 108–113.

3 Nach einer empirischen Untersuchung setzen sich durchschnittlich 70 Prozent der Verwaltungsstellenvorstände und Tarifkommissionen aus BR-Mitgliedern zusammen. Vgl. Hermann Kotthoff, Zum Verhältnis von Betriebsrat und Gewerkschaft. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung, in: Joachim Bergmann (Hrsg.), Beiträge zur Soziologie der Gewerkschaften, Frankfurt 1979, S. 298–323,

Wegen dieser Verselbständigung der BR ist der Haupthebel der Gewerkschaften im Betrieb der VK (Vertrauensleutekörper). Er kann ein Organ der Kontrolle und gewerkschaftlichen Einflußnahme auf den BR sein und bei der Überwindung integrationistischer Fesseln des Betriebsverfassungsgesetzes helfen. In vielen Fällen üben aber die im BR dominierenden Kräfte auch die Kontrolle über den VK aus.

Eine gewerkschaftliche Vertrauensleutearbeit mit dem Ziel, wirksame Gegenmacht und Kontrolle aufzubauen, blieb im genannten Zeitraum eher die Ausnahme. Ablösungsprozesse von sozialpartnerschaftlicher Politik fanden dennoch am ehesten in den VK statt, selbst wenn diese von sozialpartnerschaftlichen Kräften in den BR beherrscht wurden. Daraus ergab sich in der weiteren Entwicklung häufig ein Spannungsverhältnis zwischen VK und BR, das zu Konflikten bei der Kandidatenaufstellung zu den BR-Wahlen und in manchen Fällen zur Veränderung der politischen Mehrheiten in den BR führte.

I.3 Veränderung der Problemstellung durch die Krise

Die Möglichkeiten der Interessenvertretung der BR und die Rolle der gewerkschaftlichen Betriebspolitik haben sich seit den Krisenprozessen ab Mitte der 70er Jahre grundlegend verändert. Sozialpolitische Manövrierspielräume sind mit Ausnahme weniger Branchen und Betriebe geschrumpft, eine betriebliche Lohnpolitik, die wesentlich über das tariflich abgesicherte Niveau hinausgeht, ist kaum noch möglich. Im Gegenteil: Viele der nur durch Betriebsvereinbarungen gesicherten Errungenschaften konnten selbst in den Großbetrieben nicht verteidigt werden.

Die Stärke der BR während der Hochkonjunktur erweist sich in der Krisensituation als spezifische Schwäche, ohne daß damit aber dem Betriebsegoismus der Boden entzogen wäre. In der Krise wird die Konkurrenz innerhalb der Arbeiterklasse immens aktiviert: zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen, zwischen den Branchen und Betrieben, innerhalb der Betriebe zwischen den verschiedenen Kategorien der Lohnabhängigen. Dies hat zu einer erheblichen Verunsicherung geführt und unterschiedliche, ja widersprüchliche Tendenzen freigesetzt.

Im Massenbewußtsein der Arbeiterklasse wurden einmal die Elemente der Individualisierung und Entsolidarisierung gestärkt.[4] Auf der anderen Seite werden auch Bedürfnisse nach Solidarität und Orientierung sichtbar, wobei das Empfinden, daß Selbsttätigkeit mehr denn je notwendig ist, auch die Unsicherheit enthält, wie und in welcher Richtung man denn aktiv werden soll. Welche Tendenzen im praktischen Verhalten vorherrschen, hängt in hohem Maße davon ab, ob die Gewerkschaften und die im Betrieb agierenden politischen Kräfte eine orientierende und strukturierende Rolle wahrnehmen wollen und können. Das Fehlen einer solchen vereinheitlichenden Initiative durch die Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren erklärt

hier S. 300. Die unteren und mittleren gewerkschaftlichen Strukturen werden erheblich von ihnen beeinflußt. In einer Verwaltungsstelle der IG Metall wie Stuttgart mit ca. 108 000 Mitgliedern üben die BR-Vorsitzenden der drei Konzernbetriebe Daimler-Benz Untertürkheim (15 000 Mitglieder), Daimler-Benz Sindelfingen (33 000 Mitglieder) und Bosch (7500 Mitglieder) den entscheidenden Einfluß aus.

4 Vgl. den Bericht über wichtige Ergebnisse empirischer Untersuchungen zum Arbeiterbewußtsein während der Krise in: Josef Esser, Gewerkschaften in der Krise, Frankfurt 1982, S. 196–219.

das insgesamt recht niedrige Niveau der Gegenwehr, die sich in erster Linie in partikularen betrieblichen Kämpfen formieren konnte.

Weil das Kapital in der Krise häufig den sozialpartnerschaftlichen Konsens (bzw. sein bisheriges Niveau) durch Diktat selbst in Frage stellt, kann sozialpartnerschaftliche BR-Politik von links her in Frage gestellt werden. Vielfach haben sich – verstärkt seit 1975, jedoch zahlenmäßig kaum erfaßbar – dadurch Polarisierungen innerhalb von BR vollzogen, wo sozialpartnerschaftliche Mehrheiten zwar noch nicht gebrochen, aber doch unter den Herausforderungsdruck einer sich entschiedener artikulierenden Minderheit geraten sind. In nicht wenigen Fällen wurden alte BR-Führungsgruppen abgewählt. In einigen Betrieben nahmen die BR-Wahlen den Charakter von Protestwahlen an, wo starke und oftmals unterprivilegierte Belegschaftsgruppen oppositionelle linke Listen unterstützten. In all diesen Formen drückt sich das Bedürfnis nach einer interessen- und aktionsorientierten BR-Politik aus, die zur Keimform einer Klassenpolitik werden kann.

Auf der anderen Seite sind Polarisierungen der betrieblichen Kräfteverhältnisse auch darin zu sehen, daß auf dem Resonanzboden von durch Krisendruck belebten korporatistischen und reaktionären Tendenzen in Teilen der Belegschaften separate, ständisch orientierte Angestelltengruppen sowie offen reaktionäre und unternehmergeförderte Listen zunahmen. Das Fehlen einer konsequenten gewerkschaftlichen Betriebspolitik und vor allem einer betriebsübergreifenden Gegenwehr erleichtert die Isolierung einzelner Gruppen. In vielen Fällen schlägt der Betriebsegoismus sogar in eine direkte Konfrontation der Belegschaften gegeneinander um.

Prozesse der Ablösung von sozialpartnerschaftlicher Politik vollziehen sich unter solchen Bedingungen gewerkschaftlicher Schwäche nicht selten als Konzentration von Initiative und Forderungen bei einzelnen Teilgruppen besonders von der Krise Betroffener wie Ausländer, Unqualifizierte usw. Der jeweilige betriebliche Rahmen wird hier als Schranke des eigenen Wirkens hingenommen. Blockiert die im Betrieb dominierende sozialpartnerschaftliche Mehrheit das Auftreten solcher neuen Kräfte, so wird die Suche nach einem oppositionellen Durchbruch leicht außerhalb der gewerkschaftlichen Strukturen gelenkt.

II. Politische Differenzierungsprozesse in der betrieblichen Interessenvertretung – ein Überblick

II.1 Neue Tendenzen bei den Betriebsratswahlen der 70er und 80er Jahre

Die BR-Wahlen 1972, '75, '78 und '81 waren durch neue politische Differenzierungen, Ablösung sozialpartnerschaftlicher BR-„Fürstentümer", eine generell starke Listenzunahme und Herausbildung linksoppositioneller BR-Listen geprägt. Diese Tendenz zur Politisierung und Polarisierung war 1981 ausgeprägt und wird 1984 bei den BR-Wahlen eher noch stärker spürbar werden. Statistisch exakt lassen sich diese politischen Differenzierungen und partiellen Positionsgewinne linker Kräfte kaum belegen. Erstens geben die offiziellen Statistiken der Gewerkschaften darüber keinen Aufschluß, zweitens vollzieht sich ein Großteil der politischen Verschiebungen innerhalb der gewerkschaftlichen Strukturen. Der Überblick muß sich deshalb

neben den offiziellen Angaben auf die wenigen Analysen in der Gewerkschaftsliteratur, eine Presseauswertung und eigene Beobachtungen und Interviews stützen.[5]

Die Zahl der Betriebe mit BR stieg bis 1981 auf über 36 000, die der BR-Mitglieder auf fast 200 000. Das bedeutet seit 1965 eine Zunahme von ca. 13 000 Betrieben und fast 60 000 BR-Mitgliedern. Dieses Anwachsen konzentriert sich auf die neuen Sektoren der Arbeiterklasse, insbesondere den Dienstleistungsbereich (HBV).[6]

Dominierend sind die Anteile der großen Industriegewerkschaften (IGM, IGCPK) und der „Unorganisierten" an den BR-Mandaten; sie liegen bei über 80 bzw. 14 bis 15 Prozent. Als „unorganisiert" gelten sowohl linksoppositionelle Listen – sofern sie nicht als zweite Gewerkschaftsliste anerkannt wurden – wie auch Listen der CDA (CDU-Sozialausschüsse) und ständisch orientierter Angestelltengruppen, außerdem Ausländerlisten in Großbetrieben.

Bei der sozialen Zusammensetzung der BR sind Frauen stark und Ausländer völlig unterrepräsentiert. Die Fluktuationsquote in den BR liegt bei der IG Metall in den drei letzten Wahlen bei durchschnittlich 38 Prozent, 1972 sogar bei 51 Prozent; im DGB-Durchschnitt ist es ähnlich. 1981 waren 14,2 Prozent der neugewählten IGM-BR-Mitglieder zwischen 18 und 30 Jahre, 51,3 Prozent zwischen 31 und 45 Jahre. Neue politische und ideologische Orientierungen vermitteln sich vor allem über die jüngeren Generationen. Es kann davon ausgegangen werden, daß die Gruppen, für die der Kalte Krieg, Wirtschaftswunderillusionen und erfolgreiche Sozialpartnerschaftspolitik prägende Erfahrungen waren, stark zurückgehen, während die Generationen, die durch die APO-Politisierung, die Reformphase der sozialliberalen Regierung, die streikintensive Periode 1969 bis 1974 und die Erfahrungen der Dauerkrise seither beeinflußt wurden, heute in den BR ein größeres Gewicht besitzen.[7] Darunter sind die durch die klassenorientierte Jugend- und Erwachsenenbildungsarbeit der IG Metall geprägten Kräfte, die zum Teil selbst als Aktivisten in der Streikorganisation eigene Erfahrungen sammeln konnten, am stärksten vertreten.

Es liegt auf der Hand, daß der in erster Linie über den Generationenwechsel vermittelte Ablösungsprozeß in den BR mit Konflikten verbunden ist. So waren gerade die BR-Wahlen 1975 – die ersten Wahlen nach den spontanen Streiks in der

5 Regelmäßige Analysen und Berichte über einzelne Betriebe finden sich in den von Otto Jacobi/Walther Müller-Jentsch/Eberhard Schmidt herausgegebenen „Kritischen Gewerkschaftsjahrbüchern", insbesondere in denen der Jahrgänge 1973, 1975, 1978/79 und 1981/82; bis 1975 Frankfurt/Main, danach Westberlin. Zurückgegriffen wurde ferner auf Gewerkschaftsveröffentlichungen, die Zeitschriften „Nachrichten" und „Arbeiterkampf" und die Veröffentlichung des Instituts der deutschen Wirtschaft „gewerkschaftsreport". Bis heute gibt es keine repräsentative sozialwissenschaftliche Untersuchung dieser Entwicklungen. 1979 verfaßte Bodo Zeuner für die IG Metall eine Untersuchung, die sich auf Westberlin beschränkt und nicht veröffentlicht wurde: „Ursachen gewerkschaftlicher Einbrüche bei der Betriebsratswahl 1978. Auswertung einer Analysekonferenz der IG Metall Berlin im Auftrag der Verwaltungsstelle Berlin". Vgl. hierzu: Der Gewerkschafter 7/79, S. 19/20. Hier auch ein gekürzter Auszug aus den abschließenden Thesen B. Zeuners.

6 Zu den statistischen Angaben vgl. Gewerkschaftliche Monatshefte 11/1981, S. 650ff.; IG Metall (Vorstand), Ergebnisse der Betriebsratswahlen 1975,... 1978,... 1981, (Frankfurt) o.J.; eigene Berechnungen.

7 Zu den verschiedenen Generationengruppen innerhalb der Arbeiterklasse vgl. den Beitrag von Heinz Jung in diesem Band.

Metallindustrie 1973 – durch ein höheres Maß an Politisierung, intensiver Diskussion schon bei der Kandidatenaufstellung und das Auftreten konkurrierender Listen gekennzeichnet. In Großbetrieben ist die Neuwahlquote geringer, die Verweildauer in der BR-Funktion länger.[8] Durch die komplizierteren und differenzierteren politisch-organisatorischen Strukturen und Willensbildungsprozesse in Großbetrieben ist die Position der führenden BR-Gruppe oftmals sehr stabil. Der Wechsel politischer Mehrheitsverhältnisse ist dort deshalb ein seltener und dann oft spektakulärer Vorgang.

Mit der Größe des Betriebes nimmt die Häufigkeit von Listenwahl (statt Persönlichkeitswahl)[9] und die Anzahl von Listen zu – ein Ausdruck der stärkeren politischen Differenzierung im Großbetrieb.[10] Hier findet auch sehr viel häufiger eine

8 Dies belegt eine Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft im Auftrag der Unternehmerverbände. Vgl. gewerkschaftsreport, Köln, Dezember 1981. Die Untersuchung zu den BR-Wahlen 1981 wurde von den Gewerkschaften als eine Form der politischen Aushorchung kritisiert.

9 Das BetrVG sieht beide Wahlmöglichkeiten vor, begünstigt aber die Listenwahl dadurch, daß, sobald eine weitere Gruppe neben der DGB-Gewerkschaft einen Listenvorschlag einreicht, dieses Verfahren – auch Verhältniswahl genannt – Anwendung findet. Bei Persönlichkeitswahlen – auch Mehrheitswahlen genannt – entscheiden die Wähler nach der Anzahl der Stimmen unmittelbar, welche Kandidaten gewählt sind.

10 Die politische Differenzierung ist aus der Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft ersichtlich, bei der nach der parteipolitischen Zugehörigkeit von BR-Vorsitzenden gefragt wurde. Allerdings sind die Ergebnisse mit der gebotenen Vorsicht zu bewerten, die sich aus dem erwähnten Charakter der Umfrage ergibt.

Die Tabelle verdeutlicht, daß insbesondere die BR vieler Großbetriebe sozialdemokratisch „regiert" werden, wobei dies nichts über die gewerkschaftspolitische Differenzierung aussagt. Auch der Anteil der „Linken" liegt in den größeren Betrieben etwas höher (unter „alte" Linke faßt das Unternehmerinstitut die DKP). Nach Parteibindungen an die Grünen ist nicht gefragt worden.

Parteipolitische Zugehörigkeit der Betriebsratsvorsitzenden
– differenziert nach Betriebsgrößen –

Betriebsgröße	CDU/ CSU Prozent	SPD Prozent	F.D.P. Prozent	„Alte Linke" Prozent	„Neue" Linke Prozent	keine Mitgliedschaft[1] Prozent
5– 49	1,6	7,0	0,0	0,8	0,8	89,8
50– 99	3,7	6,1	0,4	0,4	0,3	89,1
100– 499	2,2	16,2	0,1	0,3	0,1	81,1
500–1999	2,7	33,8	0,0	1,4	0,8	61,3
2000–7999	4,5	42,7	0,0	0,9	0,7	51,2
8000 und mehr	0,9	48,1	0,0	1,1	0,7	49,2
insgesamt	2,6	26,6	0,1	1,1		69,6

1 bzw. nicht bekannt oder keine Angaben.

Quelle: Reinhard Jühe/Horst-Udo Niedenhoff/Wolfgang Pege, Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1982², S. 198.

getrennte Gruppenwahl von Arbeitern und Angestellten statt. Im Organisationsbereich der IG Metall und der IG Chemie-Papier-Keramik fanden in über 90 Prozent der Betriebe Persönlichkeitswahlen (Mehrheitswahl) statt; in Betrieben ab 1000 Beschäftigte (IGM-Bereich) kam es hingegen 1981 in ca. 21 Prozent der Fälle zur Listenwahl, in Betrieben über 5000 Beschäftigte sogar in der Mehrheit (56,6 Prozent).[11] Die Großbetriebe (IGM-Sektor) machen zwar nur 6,9 Prozent aller Betriebe aus, in ihnen sind jedoch 54,7 Prozent aller Beschäftigten konzentriert.

II.2 Konkurrierende Listen mit ständischen und rechten Orientierungen

Die stagnierende Entwicklung von DAG und CGB in den Statistiken vermittelt kein zutreffendes Bild über das Problem ständischer Listen im Angestelltenbereich und das Auftreten extrem sozialpartnerschaftlicher, unternehmerfreundlicher sowie reaktionärer Listen. Vielmehr ist seit 1975 eine zunehmende Aktivität solcher Gruppen zu registrieren. Dabei sind folgende Trends zu beobachten:

– Die „Christlichen Gewerkschaften" treten aggressiver gegen die angeblich „sozialistischen" DGB-Gewerkschaften auf.

– Zum Teil als Ergebnis einer Konfrontation zwischen streikenden Angestellten und nicht streikenden Angestellten (1978) sind separate Angestellten-Listen neben der DAG („freie", „unabhängige" Wählergemeinschaften usw.) aufgestellt worden.

– Seit 1975 bilden sich separate Listen von Mitgliedern der „Christlichen Sozialausschüsse in der CDU" (CDA bzw. CSA in Bayern). Vor allem 1978 kam es in zahlreichen Großbetrieben zu eigenen CDA-Listen mit DGB-Gewerkschaftsmitgliedern, gegen die selten von den DGB-Gewerkschaften mit Ausschluß oder Funktionsverbot vorgegangen wurde.[12] Seit dem Bonner Regierungswechsel 1982 ist eine erneute Intensivierung der Fraktionsbildung der CDU-Kräfte in den DGB-Gewerkschaften zu registrieren, die von der DGB-Spitze stärker als früher toleriert wird.[13]

– Nach einer Ablösung sozialpartnerschaftlicher BR-Mehrheiten durch zumeist aus den VK hervorgegangene neue linke Mehrheiten versuchen die alten Kräfte in einigen Betrieben, ihre verlorengegangene Position durch das Aufstellen eigener Listen zu behaupten.[14]

11 IG Metall (Vorstand), Ergebnisse der Betriebsratswahlen 1981, a.a.O., S. 25; eigene Berechnungen.

12 Bei Opel Bochum, wo 1978 eine CDA-Liste sieben Sitze erringen konnte, wurde die Gruppe 1981 unter Anerkennung ihrer Proporzansprüche in die IG Metall-Liste reintegriert.

13 So bildete sich erstmals eine „Arbeitsgemeinschaft der CDU-Gewerkschafter im DGB". Ein ähnlicher Vorstoß 1977 war damals noch in der HBV untersagt worden. Bisherige parteipolitische Zusammenschlüsse von CDU-Gewerkschaftern waren im Rahmen der „Sozialausschüsse" geblieben. Vgl. Frankfurter Rundschau v. 13. November 1982.

14 Beispiel einer solchen politischen Polarisierung sind die BR-Wahlen 1978 bei Opel Rüsselsheim: Nachdem es 1975 einer auf den VK sich stützenden Gruppe von linken Sozialdemokraten, Parteilosen und Kommunisten gelungen war, die sozialpartnerschaftliche Koalition von rechten Sozialdemokraten, CDA-Mitgliedern und DAG-Vertretern abzulösen, bildete sich 1978 aus der alten Mehrheit eine Liste „Alternative 78" mit rechten Sozialdemokraten und CDU-Vertretern, die jedoch nur vier Sitze erringen konnte (gegenüber 40 für die IGM-Liste). Die Sanktionen der IG Metall gegenüber dieser rechten Liste beschränkten sich auf Funktionsverbote.

II.3 Linksoppositionelle Listen

Politische Kräfteverschiebungen in den Betrieben vollziehen sich zu einem großen Teil innerhalb der gewerkschaftlichen Strukturen. Eine Schlüsselrolle spielt dabei die Frage, inwieweit es den vorwärtsdrängenden gewerkschaftlichen Kräften gelingt, Basisverankerung und demokratische Strukturen in der entscheidenden Klassenorganisation im Betrieb, dem VK, und hierdurch geprägte Verfahren der Kandidatennominierung und des Wahlverfahrens durchzusetzen. Dies soll vorweg anhand zweier Beispiele konkretisiert werden.

In den Betrieben mit Listenwahl können zwei entgegengesetzte Tendenzen beobachtet werden. In Auswertung der BR-Wahlen 1975 schreibt die IG Metall: „Die Modalitäten der Kandidatenaufstellung variieren: Lupenreine Anwendung der Richtlinien für Vertrauensleute mit Vorabstimmung über die Kandidaten im Abteilungs- und Blockvertrauenskörper mit schließlicher Placierungsabstimmung über den Listenplatz einerseits; andererseits haben auch amtierende Betriebsräte selber über die Kandidatenliste und ihre Placierungen entschieden."[15] Die erfolgreiche Ablösung der sozialpartnerschaftlichen Mehrheit bei Opel Rüsselsheim 1975 ist auf die Durchsetzung des ersteren Verfahrens im VK zurückzuführen. Sie war das Ergebnis einer systematischen Vertrauensleutearbeit seit den 60er Jahren, getragen von linken Sozialdemokraten, Parteilosen und einigen Kommunisten. Bei den BR-Wahlen 1975 anerkannte die IG Metall neben der VK-Liste noch die Liste der alten BR-Gruppe als offizielle gewerkschaftliche Liste.[16]

Als Reaktion auf verfestigte politische Strukturen und sozialpartnerschaftliche Stellvertreterpolitik, aber auch als Ergebnis einer Aktivierung gewerkschaftlicher Kerne werden auch in Großbetrieben verstärkt Formen direkter Demokratie, insbesondere Persönlichkeitswahlen, gefordert. Viele sozialpartnerschaftliche Kräfte bevorzugen bei einer geschwächten eigenen Position demgegenüber eine Listenwahl, da sie auf diesem Wege vom Bonus für die Gewerkschaftsliste profitieren und bessere Kontrolle über die gewerkschaftlichen Kandidaten und ihre Nominierungsreihenfolge ausüben können.

Auch bei Persönlichkeitswahl ergeben sich notwendigerweise politische Differenzierungen und zum Teil auch Gruppierungen, die den Wahlkampf bestimmen. In der Klöckner-Hütte Bremen (7000 Beschäftigte), einem Betrieb mit traditionell starker Verankerung linker Kräfte, wurde 1981 – wie schon früher – eine alphabetische Belegschaftsliste gebildet, auf der alle im Betrieb vertretenen Gruppen – die

15 IG Metall (Vorstand), Ergebnisse der Betriebsratswahlen 1975, a.a.O., S. 12.

16 Der Wahlmodus einer gewerkschaftlichen Einheitsliste durch den VK bei Opel Rüsselsheim (über 30 000 Beschäftigte) für den Fall des Nichtzustandekommens einer Persönlichkeitswahl sieht folgendermaßen aus: Die Kandidaten werden von Vl in den Betriebsbereichen ausgewählt und von der VKL in alphabetischer Reihenfolge zusammengestellt. Diese Liste wird dann wieder in den Bereichen diskutiert. Aus den daraus resultierenden Vorschlägen erstellt die VKL einen „Nominierungsvorschlag", der, nachdem er wiederum in den Bereichen diskutiert ist, von der Vertrauensleutevollversammlung verabschiedet wird. Dieses Verfahren wurde von der IG Metall als bejspielhaft propagiert. Vgl. Metall-Extra v. 25. Februar 1981.
Zur Entwicklung bei Opel Rüsselsheim vgl. Dietmar Düe/Jörg Hentrich, Krise der Automobilindustrie – Das Beispiel des Multi General Motors/Opel AG, Informationsbericht des IMSF Nr. 35, Frankfurt 1981, S. 109–114.

verschiedenen Flügel innerhalb der IG Metall, der CMV, RGO usw. – vertreten waren. Während dieser Persönlichkeitswahl traten bis zu zehn verschiedene Kandidatengruppen oder Einzelkandidaten mit eigener Wahlwerbung auf. Dennoch waren die Ergebnisse eindeutig: Von den 25 Sitzen im Arbeiterbereich erhielt die linke IG Metall-Gruppe mit Kommunisten, Mitgliedern der linkssozialistischen Gruppe „Arbeiterpolitik" und linken Sozialdemokraten 22, eine weitere IG Metall-Gruppe mit eher rechten Sozialdemokraten 3 Sitze.

Die seit 1972 auftretenden linksoppositionellen BR-Listen entwickeln sich in der Regel in Betrieben, in denen ein relevantes Protestpotential gegen eine vorherrschende Sozialpartnerschaftspolitik vorhanden ist, dessen Artikulation innerhalb der gewerkschaftlichen Strukturen – also vor allem im VK – blockiert wird und das dann zumeist (zum Teil aber auch von Beginn an und aus grundsätzlichen Überlegungen, z. B. bei den RGO-Listen) auf einen politischen Durchbruch mit eigener Listenbildung setzt. Den Anlaß für eigene Listen bildet am häufigsten das Aufstellungsverfahren der gewerkschaftlichen Kandidaten.

Unter dem Begriff „linksoppositionelle Listen" sollen diejenigen Gruppen erfaßt werden, die ihrem Selbstverständnis nach gegen sozialpartnerschaftliche Politik opponieren, den Konflikt mit der Gewerkschaft bis zum Ausschluß einkalkulieren und faktisch überwiegend außerhalb der gewerkschaftlichen Strukturen agieren. Dabei kann sich das Verhältnis solcher Gruppen bzw. Listen zu den offiziellen gewerkschaftlichen Strukturen verändern – zumal dann, wenn die gewerkschaftliche Politik im Betrieb oder am Ort sich umorientiert. So konnten im Einzelfall aus „linksoppositionellen Listen" auch die Mehrheitsträger der gewerkschaftlichen Politik im Betrieb werden.

Die ersten Listen mit spektakulären Erfolgen traten 1972 bei Daimler-Benz in Stuttgart-Untertürkheim und bei Opel Bochum auf (beide werden weiter unten analysiert). 1975 hatte sich die oppositionelle Listenbildung erheblich ausgeweitet, darunter waren mehrere reine Ausländerlisten und vor allem von der sogenannten RGO, die der maoistisch orientierten KPD/ML (inzwischen: KPD) nahesteht, getragene oder beeinflußte Listen. Durch diese Erfolge konnte die sogenannte RGO stark das öffentliche Bild von oppositionellen Listen bestimmen. Ab 1978 nehmen Listen zu – unter anderem in Chemiebetrieben –, die von linkssozialdemokratischen Kräften getragen werden. 1981 gelang es erstmals einer oppositionellen Liste, auf Anhieb die Mehrheit in einem Großbetrieb zu erringen (HDW Hamburg). In den letzten Jahren wurden oppositionelle Listen zunehmend von den Gewerkschaften toleriert oder nicht mit Ausschluß sanktioniert.

In der ersten Phase ging der Anstoß im wesentlichen von linkssektiererischen, meist maoistischen Gruppen und nur selten von linkssozialistischen Kräften (plakat Stuttgart) aus. Nach einer Phase der Konsolidierung und der Duldung vor allem rechter Konkurrenzlisten durch die Gewerkschaften geht die Initiative heute meist von linkssozialdemokratischen Gewerkschaftern oder von Kräften, die zur grün-alternativen Bewegung tendieren, aus.

Die Dunkelziffer der nicht erfaßten Listen, insbesondere linksoppositioneller Gruppen bei Persönlichkeitswahlen, ist mit Sicherheit beachtlich. Schwerpunkte lassen sich jedoch erkennen. Die fast 40 Listen sind 1981 auf den Organisationsbereich der IG Metall und in zweiter Linie auf den der IG Chemie konzentriert.

Metallverarbeitung, hier vor allem Elektroindustrie, Automobil- und Chemieindustrie sind die Wirtschaftsbereiche mit der höchsten Listenanzahl. Etwas über 50 Prozent der Listen haben mehr als 20 Prozent Stimmenanteil erzielt.

Tabelle 1: Linksoppositionelle Listen nach gewerkschaftlichen Organisationsbereichen und Branchen 1981 in der BRD und Westberlin (incl. linke Kandidatenblockbildung bei Persönlichkeitswahl)

Organisationsbereich/ Branche	Anzahl der Betriebe mit opp. Liste		
	insgesamt	davon mit über 20-Prozent-Anteil	davon Stimmenmehrheit
Bereich IGM: insges.	25	12	4
Autoindustrie	6	3	–
Metallverarb. Industrie	13	5	2
Schiffbau	3	3	2
Stahlindustrie	3	1	–
Bereich IG Chemie: insges.	7	–	–
Mineralölindustrie	1	–	–
Chemieindustrie	6	–	–
Bereich IG Bergbau	2	–	–
Bereich ÖTV: insges.	2	1	1
Hafen	1	–	–
Gesundheitswesen	1	1	1
Bereich NGG	1	1	–
Bereich Gew. Leder	1	1	–
Insgesamt:	38	15	5

Quelle: eigene Zusammenstellung nach Presseberichten

Die regionale Konzentration ist eindeutig: Mehr als zwei Drittel der Listen sind in Westberlin (8), Ruhrgebiet (8) – darunter die Städte Dortmund, Bochum, Gelsenkirchen, Duisburg und Essen –, Hamburg (6) und Rhein-Main-Raum (5) – darunter in Frankfurt 3 – zu finden. Zu den Schwerpunkten gehören also Großstädte wie Westberlin, Hamburg[17] und Frankfurt, in denen sich begünstigt durch hohe Studenten- und Intelligenzanteile seit den 60er Jahren ein politisch-kulturelles Milieu herausgebildet hat, in dem zahlreiche linke Gruppen wirkten und wirken – darunter zu Beginn der 70er Jahre viele mit einer Orientierung auf Positionsgewinne in der Arbeiterklasse (so maoistische Parteigründungen, aber auch linkssozialistische

17 Zu diesen Wechselwirkungen im sozialen und politischen Großstadtmilieu vgl. die Analyse von Lothar Bading, Beispiel Hamburg: Soziale Bewegungen – politische Strömungen und Verallgemeinerungen – Wahlen, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5, Frankfurt 1982, S. 107ff.

Gruppen wie das „Sozialistische Büro"). Angestoßen durch diese Kräfte, haben sich zahlreiche Einflußkanäle auch zu politisch aktiven Gruppen in Großbetrieben der materiellen Produktion ergeben. Etwa ein Fünftel der linksoppositionellen Listen gehört zum RGO-Einflußbereich, der einzigen überregionalen Gruppe mit einem festen Konzept zur Listenbildung. Das politische Spektrum der anderen Listen ist sehr buntscheckig und soll weiter unten charakterisiert werden.

Linksoppositionelle Listen sind eindeutig ein Phänomen der Großbetriebe. Sie sind also ein Ausdruck der politischen Differenzierung im Kern der Arbeiterklasse.

III. Zur Entwicklung linksoppositioneller Listen

Entstehungsbedingungen, Basis, Profil, politische Orientierung und Entwicklungsrichtung linksoppositioneller Listen sollen im folgenden am Beispiel von 5 Großbetrieben untersucht werden, in denen jeweils unterschiedliche Typen der Listenbildung zu beobachten waren. Es handelt sich dabei um die beiden ersten Listen von 1972, beide aus der Automobilbranche, nämlich die plakat-Gruppe mit dem Listenführer *Willi Hoss* bei Daimler-Benz Untertürkheim und die „Gruppe oppositioneller Gewerkschafter" (GOG) bei Opel Bochum. Ferner wird die „Liste für einen Internationalen Betriebsrat" aus dem Frankfurter Metallunternehmen VDO einbezogen, die 1978 das erste Mal antrat. Beispiele aus den Wahlen 1981 sind die „Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit" im Chemie-Konzern Hoechst und die Liste „Aktive Metaller" aus dem Hamburger Werk der „Howaldts-Werke – Deutsche Werft" (HDW).

Die folgende Tabelle vermittelt einen Überblick über Größe, Struktur und Organisationsgrad der Belegschaften sowie über den Umfang des von den Oppositionslisten erreichten Potentials.

Tabelle 2: Strukturdaten zu den untersuchten Betrieben

Betrieb	Belegschaft	Anteil der Ausländer	Wahlanteil der opp. Liste bei BR-Wahlen 1981	Gew. Organisationsgrad	Größe des VK
Daimler-Benz Untertürkheim	34 400	22,6 % (im Arbeiterbereich: 41,6 %)	30,6 % (9 Sitze)[1]	73 % (Arbeiter: 90 %)	600
Opel Bochum	18 600	17,4 %	19,9 % (7 Sitze – GOG)[1] 5,5 % (2 Sitze – Liste Werk 2)[1]	ca. 86 %	600
Hoechst Frankfurt	30 000	ca. 10 %	16 % (7 Sitze)	34,3 % (Arbeiter: 50 %)	370
HDW Hamburg	4 500	23,4 %	50,5 % (14 Sitze – „Aktive Metaller") 5,0 % (1 Sitz – RGO)[1]	80 %	250
VDO Frankfurt	2 200	50 %	7 Sitze (Persönlichkeitswahlen – insges. 19 Sitze)	36,8 %	90

1 Die Anteilsangaben beziehen sich nur auf den Arbeiterbereich, in dem diese Listen kandidiert haben.

In allen Betrieben außer den Farbwerken Hoechst bestehen hohe Ausländeranteile. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist mit Ausnahme von Hoechst und VDO überdurchschnittlich. Dabei sagt der Organisationsgrad wenig über die Bindung der Mitglieder an ihre betriebliche Gewerkschaftsführung aus. Zumindest in drei Betrieben ist der Mitgliederstand sehr viel höher als die Wählerzahl für die offizielle Gewerkschaftsliste. Nur eine oppositionelle Liste – die „Aktiven Metaller" bei HDW – konnte die Mehrheit der Sitze erringen.

III.1 Geschichte der einzelnen Listen

Bei *Daimler-Benz Untertürkheim* war in den fünfziger Jahren die kommunistische BR-Mehrheit durch eine stark sozialpartnerschaftliche abgelöst worden. In Opposition hiergegen entstand aus kritischen Gewerkschaftern und Kräften aus der Studentenbewegung Ende der sechziger Jahre die „plakat"-Gruppe (seit 1969 gleichnamige Betriebszeitung).[18] *Willi Hoss* und *Hermann Mühleisen* – die Initiatoren – waren DKP-Mitglieder, wurden aber wegen prinzipieller Meinungsverschiedenheiten und der späteren Listenbildung ausgeschlossen. 1972 kandidierten sie mit einem Italiener auf einer eigenen BR-Liste und erhielten 28 Prozent; von den 8 Sitzen konnten sie nur 3 wahrnehmen. Trotz massiver Gegenpropaganda erhielt die Liste 1975 18,7 Prozent (5 Sitze). 1978 mußte die Wahl wiederholt werden („plakat" sprach von Wahlbetrug) und die Hoss-Gruppe erhielt fast 40 Prozent (12 Sitze). Das 1981er Ergebnis (30,6 Prozent, 9 Sitze) markiert den festen Wählerstamm und die Einflußgrenzen. Die Wählerbasis waren anfangs Ausländer und Ungelernte; 1978 reichte der Einfluß auch tief in die deutsche Stammbelegschaft.

Opel Bochum ist ein Betrieb ohne Tradition (1960 errichtet), die Belegschaft ist jung und bunt zusammengewürfelt, die Einflüsse linker Gruppen aus der Universitätsszene sind vielfältig, die politische Differenzierung in der Belegschaft groß (bis zu 11 BR-Listen). Der BR ist rechtssozialdemokratisch dominiert mit einer Minderheit aus linken SPD- und DKP-Mitgliedern. Die „GOG" entstand 1972 teilweise aus dem maoistischen Milieu und wurde von studentischen Kräften unterstützt; sie erhielt 5 Sitze.[19] 1975 stieg der Anteil auf 36 Prozent (12 Sitze), gestützt besonders auf die Forderung nach Persönlichkeitswahl. Nach verschiedenen Wandlungs- und Spaltungsprozessen sank der Anteil auf 9 Sitze 1978 und 7 Sitze 1981; die politische Aktivität der Gruppe geht seither weiter zurück. Ihre Rolle in jüngeren betrieblichen Konflikten (z. B. Personalinformationssystem) ist gering.

Bei den BR-Wahlen 1981 hat eine weitere oppositionelle „Liste Werk II" zwei Sitze bekommen, die eher linkssozialdemokratisch geprägt ist und sich an der „Revier"-Gruppe orientiert.

Bei *VDO Frankfurt* sind mehr als 50 Prozent der Belegschaft Ausländer, die bis 1978 weder im BR (Vorsitzender ist CDU-Mitglied) noch im (damals eingesetzten)

18 Zur Entwicklung der plakat-Gruppe vgl. Peter Grohmann/Horst Sackstetter (Hrsg.), plakat, Westberlin 1979, und die „Kritischen Gewerkschaftsjahrbücher" 1973, S. 43ff., 1975, S. 72ff., 1978/79, S. 96ff., 1981/82, S. 130f.

19 Zur Entwicklung der GOG vgl. ebenda 1975, S. 49–58.

VK nennenswert vertreten waren.[20] 1978 kandidierte eine „Internationale Liste", die von zwei Deutschen angeführt wurde, die später bei den „Demokratischen Sozialisten" mitarbeiteten. Sie erhielten vom benachbarten SPD-Ortsverein Unterstützung. Mit 42 Prozent (8 Sitze) erzielten sie einen durchschlagenden Erfolg, weshalb die IG Metall (im Gegensatz zu Daimler-Benz und Opel) nicht mit Ausschluß, sondern mit Funktionssperre reagierte. Nach 1978 wurde die VK-Arbeit aktiviert und 1981 eine gemeinsame Kandidatur der internationalen und der IGM-Liste als Kandidatengruppen auf einer Belegschaftsliste der IG Metall mit Persönlichkeitswahl erreicht. Die Oppositionellen erhielten 7 Sitze (darunter für einen ihrer Kandidaten die meisten Stimmen). Sie stellen einen freigestellten BR und die VK-Vorsitzenden. Die Gruppe bildet heute den Kern der betrieblichen Gewerkschaftsarbeit.

Hoechst Frankfurt ist neben Bayer Leverkusen eine sozialpartnerschaftliche Hochburg in der IG Chemie. Der BR-Vorsitzende – ein sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Multifunktionär – „regiert" mit harschen Methoden. Gewerkschaftlicher Organisationsgrad und Kampfkraft im Betrieb sinken. Mitte der siebziger Jahre bildete sich eine informelle Oppositionsgruppe aus Gewerkschaftsfunktionären und einem BR-Mitglied, die seit 1975 eigene Flugblätter verteilte; sechs ihrer Mitglieder wurden 1977 aus der IG Chemie ausgeschlossen.[21] Nach dem erfolgreichen Abschneiden einer oppositionellen Liste 1978 bei Bayer Leverkusen wurde 1981 bei Hoechst auch eine eigene Liste aufgestellt.[22] Von 22 Kandidaten waren 20 Gewerkschaftsmitglieder (8 Vertrauensleute und ein Tarifkommissionsmitglied); sie wurden ausgeschlossen. Die Liste erhielt 16 Prozent, wird aber von der BR-Mehrheit bekämpft (u. a. wurde ein oppositioneller BR mit Zustimmung der Mehrheit fristlos entlassen, weil er in Umweltfragen den Konzern angriff).

Auf *HDW Hamburg* wurde der früher mehrheitlich kommunistische BR seit den 50er Jahren sozialpartnerschaftlich-antikommunistisch dominiert – mit der SPD-Betriebsgruppe als politischer Schaltzentrale. Im VK entwickelte sich in den 70er Jahren ein Oppositionspotential aus linken Sozialdemokraten, Parteilosen und der starken DKP-Betriebsgruppe, was bei der Wahl 1978 z. T. einer RGO-Liste (3 Sitze) zugute kam. Als 1981 im VK der Vorschlag für Kandidaten-Vorwahlen abgelehnt wurde, traten die Oppositionsvertreter aus der Leitung aus und bereiteten eine eigene Liste vor. Die Kommunisten unterstützten dies vorbehaltlich einer Anerkennung durch die IG Metall (die unterblieb). Die „Aktiven Metaller" erhielten die Mehrheit und stellen den BR-Vorsitzenden; die RGO schrumpfte auf einen Sitz.[23] Im VK setzte sich dieser Trend bei den Neuwahlen nur teilweise fort, weil die „Aktiven Metaller" aus der IGM ausgeschlossen waren oder Funktionsverbot hatten.

20 Vgl. Cristian Kuls, Erfolge von Ausländerlisten bei VDO und Adler, Frankfurt a. M., in: ebenda, 1978/79, S. 121 ff.

21 Vgl. Heinz Günter Lang, Gewerkschaftsausschlüsse in Hoechst – Die IG Chemie statuiert ein Exempel, in: ebenda 1977/78, S. 176 ff.

22 Vgl. ebenda 1981/82, S. 138 ff.

23 Vgl. ebenda, S. 134 ff.

III.2 Inhaltliches Profil, soziale Basis und personelle Träger

Kristallisationspunkt aller linksoppositionellen Listen ist das Verlangen nach innergewerkschaftlicher Demokratie, nach Transparenz der BR-Arbeit und nach einem demokratischeren Wahlverfahren, das in erster Linie in der Persönlichkeitswahl gesehen wird (einige Listen fordern auch eine stärkere Basiskontrolle der gewerkschaftlichen Kandidatenaufstellung). Jedoch wurde nur von einem Teil der oppositionellen Kandidaten die Auseinandersetzung um eine Demokratisierung in den VK geführt, andere setzten unmittelbar auf einen schnellen Erfolg durch eigene Listenbildung, darunter die GOG aus grundsätzlichen Erwägungen, da sie in den Gewerkschaften keine Gegenmacht mehr sieht.

Bei der GOG ist der maximalistische Charakter ihrer Tagesforderungen am stärksten ausgeprägt; sie stellt z. B. einer sozialpartnerschaftlichen Stellvertreterpolitik unmittelbar Forderungen nach jederzeitiger Abwählbarkeit der BR, Aufhebung der Schweige- und Friedenspflicht, Beseitigung des „arbeiterfeindlichen Betriebsverfassungsgesetzes" usw. entgegen. Bei fast allen oppositionellen Listen tritt die Betonung basisdemokratischer Elemente in den Vordergrund gegenüber der Aufgabe, soziale Interessen durchzusetzen.

Insbesondere die erste Generation der Listen, also „plakat" und „GOG" (aber auch die „Internationale Liste" bei VDO), konzentriert sich in Forderungen, Kandidatenzusammensetzung, Öffentlichkeitsarbeit (generell mehrsprachig) sowie Wählerbasis auf die spezifischen Interessen der ausländischen und unqualifizierteren Belegschaftsgruppen, also jener in der Produktion Tätigen, die in der sozialpartnerschaftlichen BR-Politik am offensten unterrepräsentiert sind.

Schlechte Bezahlung und Arbeitsbedingungen der Bandarbeiter, Probleme der unteren Lohngruppen und der Schichtarbeiter sowie Urlaub an einem Stück für Ausländer sind einige Konfliktthemen, die z. T. in Form von Maximal-Forderungsprogrammen in den Vordergrund gestellt, jedoch nicht in einen grundsätzlichen klassen- und gewerkschaftspolitischen Kontext eingefügt werden, der die Vereinheitlichung der Interessen aller Gruppen der Arbeiterklasse zum Ziel hat. Charakteristisch für die Lohnpolitik sind ebenfalls Forderungen, die sich auf eine Besserstellung der besonders benachteiligten Gruppen richten und stark von egalitären Gesichtspunkten ausgehen (Festgeldbetrag, Mindestlohn, Beseitigung unterer Lohngruppen etc.).

Probleme des betrieblichen Herrschaftssystems und der Disziplinierung sind ein Bereich, der oft von Anfang an eine Rolle spielte, durch die Einführung von Personalinformations- oder anderer Datenspeicherungssysteme in einigen Betrieben aktualisiert wurde und damit zugleich prinzipielle Fragen der Haltung zu neuen Technologien aufwarf. Die plakat-Gruppe hatte seit 1977 kontinuierlich über ein geplantes Personalinformationssystem bei Daimler-Benz aufgeklärt und es als Machtinstrument der Unternehmensleitung, das persönliche Freiheitsrechte beschneidet, charakterisiert.[24] Dadurch waren Diskussions- und Differenzierungsprozesse unter den IGM-BR-Mitgliedern verstärkt worden, so daß es nach der Wahl 1978 zu einem partiellen Zusammengehen in der Formulierung konkreter Mobilisie-

24 Vgl. hierzu Grohmann/Sackstetter (Hrsg.), plakat, a.a.O., S. 112ff. sowie Jörg Hofmann, Personalinformationssysteme, Frankfurt 1982, S. 44ff.

rungsschritte kam. Dieses Abgehen von einer reinen Oppositionsrolle hatte politische Kontroversen innerhalb der plakat-Gruppe ausgelöst, zugleich aber ihren traditionellen Einflußbereich erweitert.

In einem ähnlichen Konflikt bei Opel Bochum war die GOG nicht in der Lage, über die blanke Ablehnung eines Personalinformationssystems hinaus konkrete Argumentations- und Mobilisierungsschritte zu entwickeln, so daß die betriebliche Initiative im wesentlichen bei der linken Gruppe der IGM-BR-Mitglieder lag.

Ökologisch beeinflußte Fragestellungen spielen in zwei Gruppen eine Rolle: Die Thematisierung der Umweltprobleme durch die oppositionelle Liste, die im konkreten Fall Hoechst sogar die Entlassung eines BR-Mitglieds zur Folge hatte, findet in einem Chemie-Großkonzern zumindest unter den jüngeren und qualifizierteren Belegschaftsgruppen Widerhall. Fragen des Sinns und der Perspektive der Autoproduktion wurden von der plakat-Gruppe im Zusammenhang mit der ökologisch umstrittenen Daimler-Benz Teststrecke Boxberg öffentlich diskutiert und mit Vorschlägen für eine an moderne technologische Produktionsverfahren gekoppelte Produktdiversifikation in Richtung gesellschaftlich sinnvollerer und weniger umweltbelastender Gebrauchsgüter verknüpft.[25] Innerhalb der Gruppe ergab sich dabei eine politische Differenzierung an der Frage, welche Bedeutung der Zusammenhang solcher Probleme mit kapitalistischen Machtstrukturen noch besitze.

Die zweite Generation oppositioneller Listen ist sehr viel grundlegender durch den Bruch mit der alten Sozialpartnerschaftspolitik und die Notwendigkeit aktiver Interessenvertretung in der Krise geprägt. Dies trifft in erster Linie auf die Gruppe der „Aktiven Metaller" in der Schiffbauindustrie zu, wo durch die akute Krise und Bedrohung der Arbeitsplätze eine neue Bestimmung der BR-Politik auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Personelle Träger und Basis der Liste reichen am weitesten in den gewerkschaftlichen Kernbereich hinein, ja, sie repräsentiert einen großen Teil des kämpferischen jüngeren gewerkschaftlichen Kaders im Betrieb. Dies war auch eine Grundvoraussetzung dafür, bei den BR-Wahlen eine Mehrheit zu erringen.

Auch die oppositionelle Gruppe bei Hoechst entwickelte sich aus dem (sehr viel schwächer vertretenen) jüngeren Teil der gewerkschaftlichen Aktivisten, die eine relativ hohe berufliche Qualifikation aufweisen. Die Listen des ersteren Typus waren demgegenüber in der Regel von intellektuellen, durch die Studentenbewegung und ihr folgende Linksgruppen und maoistische Zirkel beeinflußten Kadern getragen (im Falle plakat durch ehemalige Kommunisten), zu denen dann verschiedene Ausländerrepräsentanten gestoßen waren.

Unabhängig von der unterschiedlichen sozialen und politischen Struktur der oppositionellen Listen und ihrem inhaltlichen Profil zeigen sich ähnliche Grundprobleme:

– Insbesondere die Entstehungsphase der Listen ist durch eine starke Personalisierung der Konflikte mit den Vertretern der „alten" BR-Politik und eine oft ausschließliche „Entlarvungstaktik" geprägt, die die argumentative Herausbildung unterschiedlicher Grundsatzpositionen zur Interessenvertretung überlagert, bei einzelnen Gruppen sich sogar zu einem sektiererischen Konzept verselbständigt. Inso-

25 Vgl. Jochen Sonn, Auf der Suche nach alternativer Industriearbeit, in: Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1981/82, a.a.O., S. 58ff. J. Sonn ist BR-Mitglied bei Daimler-Benz.

fern verkörpert diese Entwicklung nur allererste, meist negativ bestimmte Loslösungsschritte von einer Sozialpartnerschaftspolitik.

– Das Verhältnis von Oppositionsrolle und notwendiger Interessenvertretung und -durchsetzung bleibt oft ungeklärt. Die Aufstellung maximalistischer Forderungskataloge, die zwar zur Markierung von grundsätzlich unterschiedlichen Positionen, nicht aber zur Mobilisierung der Belegschaft für reale Teilschritte geeignet ist, zielt lediglich – so eindeutig bei der GOG – auf ein begrenztes Proteststimmenpotential, das damit zeitweise erreicht werden kann. Sobald oppositionelle BR-Mitglieder auf reale Entscheidungen Einfluß nehmen können – wie die Hoss-Gruppe ab 1978 und von Beginn an die „Aktiven Metaller" –, stellen sich die eigentlichen Grundfragen jeder klassenorientierten BR-Arbeit für sie: nämlich in der Praxis das Verhältnis von institutioneller Vertretung, von breiter Öffentlichkeitsarbeit und Mobilisierung der Betroffenen und der Gesamtbelegschaft richtig zu bestimmen. Hieran entzündeten sich in der „plakat-Gruppe" wie auch bei den „Aktiven Metallern" inhaltliche Auseinandersetzungen.[26]

– Bei allen linksoppositionellen Listen, aber sicherlich nicht nur bei ihnen, ist eine starke betriebssyndikalistische Grundtendenz feststellbar. Den entscheidenden Bezugsrahmen der Ablösung von einer Sozialpartnerschaftspolitik bilden der Betrieb als Konfliktfeld und der BR als Gremium politischer Einflußnahme. Selbst bei oppositionellen Gruppen wie „plakat", deren politischer Anspruch einmal auf eine sozialistische Neuorientierung der Arbeiterbewegung zielte, ist das Themenspektrum der betrieblichen Veröffentlichungen seit mehreren Jahren fast ausschließlich auf Konflikte in der Fabrik oder mit der Gewerkschaft reduziert, ohne politische Fragen oder auch nur die vielfältigen Einbindungen des Großbetriebs in den gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozeß aufzugreifen, geschweige denn andere gesellschaftspolitische Fragen. Damit wird der traditionelle Betriebsegoismus, der ein wesentlicher Bestandteil sozialpartnerschaftlicher BR-Politik ist, nicht wirklich überwunden.

III.3 Verhältnis zu den Gewerkschaften, „Vernetzungen" und politische Orientierung

Dieser Betriebssyndikalismus linksoppositioneller BR-Listen wird noch durch das zwangsläufige Konfliktverhältnis gegenüber der gewerkschaftlichen Organisation gefördert. In allen untersuchten Fällen haben die Gewerkschaftsorgane auf die Listenbildung mit disziplinarischen Maßnahmen reagiert. Wo nur ein zeitweiliges Funktionsverbot ausgesprochen wurde (bei VDO Frankfurt) konnten die oppositionellen Kräfte später entscheidenden Einfluß auf den VK gewinnen. In allen anderen Fällen waren sie durch Ausschluß (zumindest der führenden Vertreter) von der betrieblichen Klassenorganisation abgeschnitten. Vertreter der plakat-Gruppe und der „Aktiven Metaller" haben gegen den Ausschluß juristische Schritte eingeleitet.

26 Vgl. hierzu den aufschlußreichen Bericht von Dieter Marcello, einem ehemaligen BR-Mitglied bei Daimler-Benz, in: Grohmann/Sackstetter, plakat, a.a.O., S. 112–120. Marcello: „Nicht nur die Diskussion über einen Einzelfall, sondern jeder Versuch, kollektive Interessen der Belegschaft mit dem Unternehmer zu regeln, ist für eine Gruppe zwiespältig, die wie plakat immer Opposition war, immer parteilich, die nie versucht hat, objektiv oder im Interesse der Sache den Kompromiß vor das Ziel zu setzen" (S. 118).

Da die Listenbildung eine Eigengesetzlichkeit der Abgrenzung der Fronten und Profilierung der eigenen Position hervorbringt, waren immer eine scharfe Konfrontation und eine Erschwerung einheitlichen Handelns im BR die Folge. Als die HDW-Unternehmensleitung unter Ausnutzung dieser Spaltung ein offensives Arbeitsplatzvernichtungskonzept durchzusetzen versuchte, waren es vor allem die Kommunisten im Betrieb, die für eine einheitliche Kampffront eintraten, als deren zeitweilige informelle Führungsgruppe sich dann gemeinsam der Vorsitzende des VK (ein Vertreter der abgelösten BR-Spitze), der neue BR-Vorsitzende der „Aktiven Metaller" und der profilierteste Repräsentant der DKP-Betriebsgruppe erwiesen. Ein informeller Gesprächskreis soll Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen den „Aktiven Metallern" im BR und Kräften des VK erleichtern. Die klassenorientierten Kräfte versuchen, einer stets drohenden Verfestigung der Fraktionen im Betrieb durch Aktionsorientierung auf Grundlage eines gemeinsamen Kampfprogramms entgegenzuwirken.

Die eigene Logik der Listen- bzw. Gruppenprofilierung bewirkt zumeist eine unzureichende Orientierung auf überbetriebliche Mobilisierung, vor allem aber auf die Herstellung der Einheit der Belegschaft und die Einbeziehung der gewerkschaftlichen Klassenorganisation, insbesondere des VK im Betrieb. Die Bildung einer eigenen Betriebsgruppe ist nach einer Listenbildung, die den Ausschluß von der Gewerkschaft zur Folge hat, fast unvermeidlich, da das für eine kontinuierliche Arbeit erforderliche organisatorische „Hinterland" ansonsten fehlt. In den meisten Fällen bildete sich damit – oder schon vor der Listenaufstellung – eine Gruppe mit entweder stabilen Strukturen („plakat") oder nur lockerem Zusammenhalt („Aktive Metaller"), sofern auf eine rasche Reintegration in die Gewerkschaft gesetzt wird.

Die politischen Differenzierungsprozesse im Betrieb und die Entwicklung von Gegenkräften zur Sozialpartnerschaftspolitik vollziehen sich nicht in einem politisch-ideologischen Vakuum. Separate Listen werden dort begünstigt, wo unter Bedingungen sozialpartnerschaftlicher Dominanz die klassenorientierten Kräfte innerhalb der Einheitsgewerkschaft schwach sind oder eine unzureichende politisch-ideologische Orientierungskraft entwickeln.

Auf die Herausbildung linksoppositioneller Listen nehmen unterschiedliche politische Kräfte Einfluß:

– Mit einem festen Konzept und einer überregionalen Struktur wirken maoistische Kräfte (KPD, früher KPD/ML) unter dem Firmenschild RGO auf die Bildung einer sektiererischen Separatorganisation. Auf die Ausweitung oppositioneller Listen reagieren sie in jüngster Zeit mit einem flexibleren Konzept, das ihre Isolierung verhindern soll. Die beachtlichen, oftmals aus dem Stand erreichten RGO-Anteile (20–30 Prozent) verweisen auf das recht hohe Protestpotential in vielen Großbetrieben, das bei Auftreten einer linken Alternative der RGO wieder entzogen werden kann (vgl. HDW). Listen anderer maoistischer Gruppen wie des ehemaligen KB spielen bundesweit nur eine untergeordnete Rolle.

– Das Bedürfnis nach überregionalen Kommunikationsstrukturen wird für viele eher linkssozialistisch geprägte oppositionelle Listen durch Publikationsorgane und Konferenzen im Spektrum des „Sozialistischen Büros" aufgegriffen. Einflüsse bestehen dabei bis hin zu Listen mit Beteiligung linker Sozialdemokraten insbesondere in der Chemieindustrie, deren Engagement im übrigen von der SPD toleriert wird.

– Auch wenn einzelne Repräsentanten wie *Willi Hoss* von „plakat" oder sogar einzelne Gruppen (wie bei TEXACO in Hamburg) inzwischen politisch in der Partei der Grünen eingebunden sind, kann von einer systematischen und organisierten Einflußnahme auf dieses Milieu z. Zt. noch nicht gesprochen werden. Dennoch besitzen die Grünen eine politisch-ideologische Ausstrahlungskraft auf dieses gesamte Linksspektrum. Daß den Grünen der Aufbau eines organisatorischen Unterbaus in diesem Bereich gelingt („AfA" der Grünen), erscheint z. Zt. eher unwahrscheinlich.

Bevor wir diese Frage erneut aufgreifen, muß auf eine in der Dimension neue Entwicklung hingewiesen werden: die Herausbildung eines oppositionellen Milieus in vielen gewerkschaftlichen Bereichen, von dem linksoppositionelle BR-Mitglieder nur eine Komponente bilden. Ein solches Milieu entsteht auf der Grundlage horizontaler Strukturen des Erfahrungsaustausches über betriebliche Kämpfe und politische Bewegungen, falls diese durch die Krise aktualisierten Bedürfnisse durch die lokalen und regionalen Gewerkschaftsorgane nicht aufgegriffen werden. Die Entstehungsursachen sind also ähnlich denen der oppositionellen Listen: sozialpartnerschaftliche Dominanz, Verlust der Führungsinitiative der Gewerkschaftsorgane in den Abwehrkämpfen, Einschränkung der innergewerkschaftlichen Willensbildung usw. Dieses oppositionelle Milieu umfaßt viele der durch die Abwehrkämpfe politisierten betrieblichen Funktionäre ebenso wie Vertreter von traditionell auf politische Betriebsarbeit orientierten Gruppen, darunter linkssozialistische (SB, Revier, Arbeiterpolitik), trotzkistische und ehemalige maoistische Kader. Organisatorische Ausdrucksformen sind lokale „Metaller-Stammtische", unregelmäßig erscheinende Informationsorgane wie der „Metall-Kurier" in Hamburg, der „Frankfurter Metallbote", Gruppierungen um Zeitschriften wie „revier" und „express", gelegentliche regionale oder bundesweite Konferenzen und ähnliche vorwiegend lockere Zusammenschlüsse.[27] Solche vom skizzierten politischen Amalgam beeinflußten informellen Strukturen einer „Vernetzung" tragen immer auch die Keime einer Verselbständigung in sich. Wenn in Situationen des offenen Kampfes gewerkschaftliche Führungsorgane passiv bleiben, können sie zu wichtigen Trägern der Initiative und Verbreiterung der Bewegung werden;[28] dies macht ihre eigentliche Bedeutung aus.

Der größte Teil dieses linksoppositionellen Milieus stellt heute einen aktiven Sektor innerhalb der Arbeiterklasse – und zwar in ihren Kernbereichen – dar, der sich außerhalb der politisch-ideologischen Hegemonie der Sozialdemokratie entwikkelt hat. Dies kann sich in Zukunft dadurch quantitativ verschieben, daß zunehmend auch linkssozialdemokratisch geprägte oppositionelle Listen entstehen, deren Führungskerne z. T. wie bei HDW in Hamburg sogar innerhalb der SPD-Betriebsgruppe organisiert sind. Man kann davon ausgehen, daß der weitaus überwiegende Teil dieses oppositionellen Gesamtmilieus unter den derzeitigen Bedingungen zum Wählerkreis der Grünen gehört. Übernehmen sie aber auch deren politisch-ideologi-

27 Im Juni 1983 fand z. B. eine bundesweite „Metaller-Konferenz" in Frankfurt statt, auf der Kollegen aus besetzten Betrieben, Vertreter linksoppositioneller BR-Listen und andere über Gegenwehr bei Arbeitsplatzvernichtung diskutierten. Vgl. den Bericht in: Nachrichten 7/1983, S. 28.

28 Dies zeigen Gert Hautsch und Bernd Semmler am Beispiel der Frankfurter Betriebskämpfe in ihrem Beitrag in diesem Band.

sche Orientierung, wirken sie als Einflußkanal der Grünen bis in den Kern der Arbeiterklasse? Die Frage ist schon deshalb schwerer zu beantworten, weil vieles noch im Flusse erscheint.

Nur ein sehr geringer Teil hat sich bisher organisatorisch und aktiv den Grünen angeschlossen. Zweifellos besitzen politisch-ideologische Orientierungen der grün-alternativen Bewegung innerhalb des oppositionellen Milieus im betrieblich-gewerkschaftlichen Bereich Einfluß, jedoch nicht in ungebrochener Form. Solche ideologischen Orientierungen werden konfrontiert mit den im Großbetrieb gesammelten Erfahrungen, die den Konflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital widerspiegeln. Sozialistisch geprägte Auffassungen sind bei den Kadern dieser Gruppen stark verbreitet, aber nicht in einer geschlossenen Form.

Diese politisch oft noch vage bleibende Haltung drückt sich auch in der Offenheit für das Wirken der verschiedenen Linksgruppen in diesem Milieu aus. Wo grüne Positionen der Technologie- und Industrialismus-Kritik relevanten Einfluß gewinnen, ist es nicht unwahrscheinlich, daß sich wie in der „plakat-Gruppe" zwei Flügel, darunter ein sozialistisch geprägter, herausbilden.

Das Verhältnis zu den Grünen ist gegenwärtig eher taktischer Natur und bestimmt dadurch, daß diese die relevanteste linke Oppositionskraft mit parlamentarischer Verankerung auf Bundesebene darstellen. In den konkreten Bewegungen sind sie ein zentraler Ansprech- und Bündnispartner, wenngleich eine Führungsrolle der Grünen und eine Vereinnahmung der Bewegung auf starken Widerstand stoßen.[29]

Die DKP erscheint innerhalb dieses politischen Spektrums im betrieblichen und gewerkschaftlichen Bereich überhaupt nur dort als ein beachtenswerter Faktor, wo es ihr gelingt, trotz aller Differenzen insbesondere in gewerkschaftspolitischen Fragen eine aktionsorientierende und einigende Rolle in den praktischen Bewegungen einzunehmen. Die bisherigen Erfahrungen des Kampfes im Hamburger Werftenbereich belegen, daß eine solche Zusammenführung aller Kräfte einschließlich der „Aktiven Metaller" und des RGO-BR-Mitglieds in Aktionen möglich ist, ohne eine Verwischung grundsätzlicher Differenzen und ohne Aufgabe der Aktionseinheitsorientierung. Zweifellos wird das Zusammengehen der verschiedenen betrieblich-gewerkschaftlichen Linksgruppen durch eine aktive Bündnispolitik der DKP in den anderen außerparlamentarischen Bewegungen und in der Wahlbündnisdiskussion erleichtert. Ähnlich scheint das Beispiel des „Betrieblich-Alternativen Bündnisses" (BAB) in Bremen – ein Zusammenschluß von fortschrittlichen betrieblichen Vertretern als Kern eines Wahlbündnisses – eine große Ausstrahlung bundesweit auf das oppositionelle Milieu zu haben.

III.4 Zusammenfassung

In der starken Zunahme linksoppositioneller Listen werden soziale Strukturveränderungen im Kern der Arbeiterklasse und neue politische Differenzierungen in einem Teil des betrieblichen Kaders reflektiert. Insbesondere der für die erste Phase charakteristische Typ von Listen basiert auf dem Aufgreifen der spezifischen Interes-

29 Die Versuche der GAL in Hamburg, sich zum politischen „Dach" einer alternativen Werftenkonferenz anzubieten, wurden zurückgewiesen. Stattdessen wurde die „Memorandum-Gruppe" in Bremen gebeten, sich als Träger zur Verfügung zu stellen.

sen und Vertretungsprobleme des stark angestiegenen Ausländeranteils in der materiellen Großproduktion und generell der Probleme von Nichtfacharbeiter-Gruppen, die in den betrieblichen Organen unterrepräsentiert sind.[30] Als Sprachrohr dieser sozialen Gruppen erwiesen sich politisch sensibilisierte Kerne.

Der zweite Typ der Listen hat als politischen Hauptausgangspunkt den Bruch mit der alten Sozialpartnerschaftspolitik, die den Erfordernissen einer Interessenvertretung in der Krise nicht mehr gerecht wird. Diese Listen stützen sich in weitaus stärkerem Maße auf einen neuen Typ junger gewerkschaftlicher Aktivisten, den die gewerkschaftlichen Kämpfe der 70er Jahre und die gewerkschaftliche Bildungsarbeit geprägt haben; er rebelliert nun gegen die Blockade sozialpartnerschaftlicher „Fürsten" und betrachtet dabei den innergewerkschaftlichen Weg der Ablösung als aussichtslos oder zu langwierig. Durch den schnellen Erfolg vieler Listen wird diese Tendenz verstärkt. Politisch ist dieser Typ von Listen häufig linkssozialdemokratisch orientiert und kann seine Basis bis weit in die deutsche Stammbelegschaft und damit auch in den betrieblich-gewerkschaftlichen Kern hinein erweitern. Dies sind auch die einzigen Listen (bei HDW und bei Hoechst), die einen relevanten Wählerkreis unter den Angestellten erschließen und zu deren Trägern auch Angestellte gehören.

Zahlreiche Kader der oppositionellen Listen rekrutieren sich aus Intelligenz-Angehörigen, die schon mit starker politischer Motivation in den Betrieb gegangen sind, und aus anderen Gruppen mit einem hohen allgemeinen Bildungsniveau. Dies ermöglicht eine oft beachtliche öffentliche Darstellungsfähigkeit der oppositionellen Gruppen. In erster Linie über diese Kader vermitteln sich die Orientierungen der politischen Strömungen, die in diesem Bereich wirken.

Zugleich zeigt das soziale und politische Profil der Kader, daß sie in hohem Maße die in den neuen sozialen Bewegungen virulenten sozialen Bedürfnisse thematisieren. Dazu gehören Fragen nach Selbstbestimmung in stark bürokratisierten Großorganisationen wie den DGB-Gewerkschaften, nach den Bedingungen, unter denen gearbeitet wird, nach dem gesellschaftlichen Bedarf für die produzierten Gebrauchswerte und ökologischen Folgen usw. Dies sind Tendenzen, die in vielen Sektoren der Gewerkschaftsbewegung, insbesondere unter den jüngeren Aktivisten, heute sichtbar sind, die aber aufgrund enger sozialer und politischer Wechselbeziehungen zwischen dem betrieblich-gewerkschaftlichen oppositionellen Milieu und den neuen sozialen Bewegungen hier konzentriert und oft in radikal formulierter Form auftreten.[31]

Die Erfolge der linksoppositionellen Listen machen Ablösungsprozesse von einer Sozialpartnerschaftspolitik öffentlich sichtbar; sie geben noch keine Perspektive für die Bewältigung der betrieblichen und gewerkschaftlichen Kampfanforderungen. In der Herausbildung eines oppositionellen Milieus über die Listen hinaus zeigen sich Keimformen von Klassenbewußtsein, die auf der gegenwärtigen Entwicklungsstufe

30 Diese Schlußfolgerung wird auch durch Bodo Zeuners Untersuchung der BR-Wahlen in Westberlin 1978 bestätigt. Vgl. Der Gewerkschafter 7/1979, S. 20.

31 Diese Tendenzen hat Witich Roßmann ausführlich analysiert. Vgl. ders., Arbeiterklasse, soziale Bedürfnisse und gewerkschaftliche Politik, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5, Frankfurt 1982, S. 42ff.

allerdings aufbrechende betriebliche und innergewerkschaftliche Konflikte zu Fraktionierungen und nicht zur Einheit treiben und die sich stark betriebssyndikalistisch ausdrücken.

Die im oppositionellen Milieu sich vollziehenden Bewußtseinsprozesse werden von den politisch-ideologischen Konzeptionen der dort gezielt agierenden politischen Kräfte beeinflußt, d. h. in erster Linie von linkssozialistischen, trotzkistischen und linkssektiererischen (ehemals maoistischen) Gruppen; sie können Isolierungs- und Spaltungstendenzen verfestigen. Die Frage ist, ob sich dieses Milieu (zu dem ja durch die Konflikte selbst ständig Neupolitisierte gestoßen werden) nur unter dem Einfluß dieser Kräfte entwickelt oder ob die klassenbewußten, marxistischen Kräfte eine auf die übergreifenden Klasseninteressen bezogene Ausrichtung und vor allem die Orientierung auf einheitliches Handeln vermitteln können.

IV. Neue Probleme im Kampf um gewerkschaftliche Autonomie und Einheit

BR-Wahlen wirken wie Seismographen. Auch wenn es Erfolge linksoppositioneller Listen quantitativ nur in einem kleinen Sektor selbst der Großbetriebe gibt, besitzen sie doch große Ausstrahlungskraft und Beispielwirkung. Sie zeigen insgesamt eine beachtenswerte neue politische Tendenz innerhalb des Kerns der Arbeiterklasse.

Wenn diese Radikalisierung den Kernbereich der gewerkschaftlichen Organisation erreicht, bekommt die Entwicklung eine ungleich größere Dynamik. Die Entstehung der „Aktiven Metaller" auf der HDW deutet dies an. Die Herausbildung eines oppositionellen Milieus in manchen gewerkschaftlichen Bereichen mit sozialpartnerschaftlicher Dominanz weist in dieselbe Richtung. Eine bewußtere Ablehnung sozialpartnerschaftlicher Politik in einigen Sektoren der Einzelgewerkschaften, durch Funktionärsstäbe und selbst durch Führungsgruppen zeigt, daß dieser Prozeß nicht nur an der Basis wirksam ist.

Die Bedeutung oppositioneller Kerne an der Basis liegt trotz ihrer Minderheitsposition in ihrer überdurchschnittlichen Aktivität, Qualifikation, Radikalität und Konsequenz im Handeln, so daß sie bei der Auslösung und Forcierung von betrieblichen und politischen Bewegungen oft eine Initiativrolle übernehmen. Da vor allem in Handlungssituationen die Chance besteht, daß die Kämpfenden neue politische Orientierungen annehmen, ist es entscheidend, wer bei den Initiativkräften politisch präsent ist. Oppositionelle Kerne mit der geschilderten politischen Zusammensetzung hat es neben den Kommunisten und anderen klassenorientierten Kräften immer gegeben. In der Situation erhöhten Orientierungsbedarfs für die Entwicklung von Gegenwehr in der Krise gewinnt dieser Faktor größere Bedeutung.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung kennt zahlreiche Belege für die Gefahr, daß sich einzelne radikalisierte Teile der Arbeiterklasse isolieren. Selbst wenn die Radikalisierung innerhalb der Arbeiterklasse zum Massenphänomen wird wie gegen Ende der Weimarer Republik, besteht die Aufgabe einer Klassenpolitik darin, das Kräfteverhältnis und das Bewußtseinsniveau in der gesamten Arbeiterklasse zu analysieren und auf die Einheit aller Teile und Strömungen zu orientieren, die vor allem die sozialdemokratisch dominierten Massenorganisationen einschließen muß.

Ein Grundfehler der RGO-Politik dieser Periode lag im Überwiegen einer ultralinken Spontaneität, indem begrenzte Erfahrungen und die in Teilbereichen radikalen, keineswegs für die Gesamtheit der Arbeiterklasse repräsentativen Bewußtseinsformen zum Ausgangspunkt für Strategie und Organisationsmodelle gemacht wurden.[32] Solche Erfahrungen haben auch heute Bedeutung.

Es wäre falsch, bei der Analyse der Ablösungsprozesse von Sozialpartnerschaftspolitik in wenigen, wenngleich wichtigen Sektoren zu übersehen, daß die vorherrschende Tendenz im Massenbewußtsein nach wie vor eine Sozialpartnerschaft auf niedrigerem Niveau akzeptiert und sich politische Polarisierungsprozesse verstärken. Klassenpolitik muß in Strategie und Taktik so elastisch sein, daß eine Aufnahme der spontanen Impulse und neuen politischen Zugänge in die Lernprozesse aller aktiven Kräfte in der Arbeiterbewegung, in die Totalität der Klassenerfahrungen möglich ist und nicht die politische Fraktionierung gefördert wird.

Einige Gesichtspunkte gewerkschaftlicher Klassenpolitik[33] sollen hervorgehoben werden:

– Autonome Politik beginnt mit dem entschlossenen Kampf in den Betrieben. Solche Gegenwehr wird, wie die Abwehrkämpfe der letzten Jahre zeigen, mit den staatsmonopolistischen Strukturen auf allen Ebenen konfrontiert. Um eine betriebssyndikalistische Einengung zu vermeiden, müssen Forderungen auf allen Kampfebenen einschließlich der politisch-staatlichen entwickelt und auf die Mobilisierung der meist brachliegenden Kampfkraft der gesamten gewerkschaftlichen Organisation orientiert werden.

– Über die Intensivierung der gewerkschaftlichen Ausländerarbeit wird zwar seit dem eigenständigen Auftreten von Ausländergruppen in den Streiks 1973 diskutiert. Eine entscheidende Verbesserung ohne politische Schranken hat sich jedoch bisher nicht durchgesetzt. Durch die mit der Krise aktualisierten und von rechts gezielt geschürten ausländerfeindlichen Stimmungen gewinnt diese Frage an Brisanz.

– Gerade durch die linksoppositionellen Gruppen wurden neue Konfliktfelder wie betrieblicher Datenschutz, ökologische Probleme etc., auf denen sich in hohem Maße neue soziale Bedürfnisse artikulieren, schon sehr früh im betrieblich-gewerkschaftlichen Rahmen des Kerns der Arbeiterklasse thematisiert. Für die klassengewerkschaftlichen Kräfte ist ein profilierteres Engagement zu diesen Problemen wichtig, um ein Zusammengehen mit den neuen sozialen Bewegungen zu erleichtern.

– Probleme der innergewerkschaftlichen Demokratie und Bedürfnisse nach Formen direkter Demokratie haben größeren Stellenwert gewonnen. Prinzipien der Arbeiterbewegung wie „Einheit" und „Disziplin" werden anders bewertet. Während für die ältere Generation solche Werte auch aus eigenem Klassenerlebnis heraus sehr stark emotional besetzt sind, werden sie in der jüngeren Generation mehr rational

32 Vgl. hierzu Georg Fülberth, Zur historischen Entwicklung der marxistischen Gewerkschaftstheorie, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 3/1980, S. 96. Ebenso Lothar Peter, Überlegungen zur Analyse der RGO-Politik am Ende der Weimarer Republik, in: Frank Deppe/Willi Gerns/Heinz Jung (Hrsg.), Marxismus und Arbeiterbewegung, Frankfurt 1980, S. 40ff.

33 Zur Bestimmung gewerkschaftlicher Klassenpolitik generell vgl. Gert Hautsch/Klaus Pickshaus, Klassenautonomie und Einheitsgewerkschaft . . ., a.a.O.

„hinterfragt", zumal diese Prinzipien oft als Legitimationsformeln für sozialpartnerschaftliche Politik dienen mußten.

Ein geringerer Stellenwert solcher gewerkschaftlichen Werte ist bei wichtigen personellen Trägergruppen der linksoppositionellen Listen wie den sich aus der Intelligenz rekrutierenden Kadern und den Ausländern festzustellen. Dies erfordert eine intensivere inhaltliche Begründung gewerkschaftlicher Einheit, zugleich aber auch hohe Sensibilität gegenüber allen Einschränkungen innergewerkschaftlicher Demokratie und administrativem Vorgehen gegen kritische Kräfte.

Nach Ansicht der Kommunisten gehört der Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie zu den Prinzipien einer Politik der gewerkschaftlichen Einheit und Autonomie. „Nur durch die Sicherung eines demokratischen Willensbildungsprozesses und die Einbeziehung aller Mitglieder unabhängig von ihrer politischen Zugehörigkeit kann ein Höchstmaß an Erfahrungen mobilisiert werden und wirkliche Einheit in der Aktion entstehen. Dies ist zweifellos eine wichtige Voraussetzung für eine autonome Gewerkschaftspolitik."[34]

Kommunistische Gewerkschafter haben deshalb gegen jede administrative Ausgrenzung von Mitgliedern nach politischen Zugehörigkeitskriterien ebenso Stellung bezogen wie gegen Versuche der Formalisierung innergewerkschaftlicher Demokratie nach Proporzgesichtspunkten.[35] Die Zunahme linksoppositioneller Listen wird von den Kommunisten unter anderem darauf zurückgeführt, „daß oftmals sozialpartnerschaftlich orientierte Betriebsratsmitglieder ihre Funktionen als ‚Erbhöfe' betrachten und neue vorwärtsdrängende und kritische Gewerkschaftsmitglieder entgegen einheitsgewerkschaftlichen Prinzipien von der Willensbildung ausschließen."[36] Die Hauptkraft aller kritischen Gewerkschafter bei der Überwindung sozialpartnerschaftlicher Konzepte und Mehrheiten sollte sich auf den gewerkschaftlichen VK richten, um eine Aufspaltung der gewerkschaftlichen Kräfte zu verhindern. Aus diesem Grunde halten die Kommunisten gewerkschaftliche Einheitslisten, also den demokratisch legitimierten entscheidenden Einfluß des VK auf die Aufstellung der Kandidaten, für den besten Weg.

Die Verteidigung des Prinzips der gewerkschaftlichen Einheitsliste darf aber nicht zu einer Isolierung von den Kräften führen, die eine sozialpartnerschaftliche Praxis mit anderen Konzepten der Listenbildung überwinden wollen. Dies schließt ein, daß Ausschluß und administratives Vorgehen der Vorstände abgelehnt werden.[37]

34 Ludwig Müller/Klaus Pickshaus, Aktuelle Probleme der Einheitsgewerkschaft und gewerkschaftlicher Klassenpolitik, in: Deppe/Müller/Pickshaus/Schleifstein, Einheitsgewerkschaft. Quellen – Grundlagen – Probleme, Frankfurt 1982, S. 40.

35 Instrument einer Ausgrenzung sind z. B. die sogenannten „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" in vielen DGB-Gewerkschaften, die sich in erster Linie gegen maoistische Gruppen richteten. Auf dem 11. ord. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier, Augsburg 1977, wurde mit Erfolg u. a. von Manfred Balder dagegen argumentiert, daß die Anwendung des Organisationskriteriums statt eines konkreten Praxiskriteriums für den Gewerkschaftsausschluß Manipulationen weiten Spielraum läßt und dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft widerspricht. Vgl. Protokoll des Gewerkschaftstages, S. 443/4.

36 Ludwig Müller/Klaus Pickshaus, a.a.O., S. 41.

37 Die DKP-Betriebsgruppe auf der HDW erklärte in ihrer Zeitung „Werft-Echo" zur Einleitung von Verfahren der IG Metall gegen die „Aktiven Metaller": „Ausschlußverfahren würden die gewerkschaftliche Kraft unterminieren und nicht erhöhen. Die betroffenen Kolleginnen und Kollegen sind

Träger und Basis der linksoppositionellen Listen können zum großen Teil für eine kämpferische Gewerkschaftspolitik mobilisiert werden. Die Untersuchung der IG Metall über Oppositionslisten in Westberlin schlußfolgert: „Der größte Teil der Wähler und Unterstützer der linken Oppositionslisten ist gewerkschaftliches Potential, das auf aktivere Gegenwehr gegen die Folgen von Krise und Rationalisierung drängt und wieder für die IG Metall gewonnen werden muß."[38]

Es wird in erster Linie von der gewerkschaftlichen Politik und den Kämpfen der nächsten Zeit abhängen, ob dies gelingt. Politische Differenzierungsprozesse werden sich im nächsten Zeitraum eher verstärken, gerade angesichts der bevorstehenden Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche. Bei den BR-Wahlen 1984 kann dies die Ablösung sozialpartnerschaftlicher BR-Mehrheiten beschleunigen.

zum größten Teil als Betriebsräte und als IG Metall-Vertrauensleute von ihren Kolleginnen und Kollegen gewählt, um aktiv und konsequent deren Interessen zu vertreten. Gewerkschaftsausschlüsse und Funktionsverbote treffen also nicht nur die Gemaßregelten, sondern insbesondere auch deren Kollegen in den Werkstätten und Büros."

38 Der Gewerkschafter 7/1979, S. 20.

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 6/1983

Zur Betriebsorientierung der marxistischen Arbeiterpartei der Bundesrepublik

Anmerkungen zur Politik der DKP

Kurt Steinhaus

I. Einige Ausgangspunkte – II. Veränderte Kampfbedingungen – III. Stärkung der Betriebsgruppen als Schlüsselfrage

In der kapitalistischen Gesellschaft der Bundesrepublik vollziehen sich seit längerem tiefgreifende Veränderungen der Wirtschafts- und Sozialstruktur. Dadurch haben sich auch Zusammensetzung und soziale Lage der Arbeiterklasse wesentlich verändert. Neue Fragen und Probleme werden schließlich vor allem durch die dramatische Zuspitzung der kapitalistischen Wirtschaftskrise seit Mitte der 70er Jahre und durch den politischen Szenenwechsel vom Herbst 1982 aufgeworfen.

In vielerlei Hinsicht steht die Arbeiterklasse heute so vor einer veränderten Situation und vor neuen Bewährungsproben. Unabhängig davon, wie sich die konjunkturellen Daten und die Regierungskonstellationen in der nächsten Zeit entwickeln werden – die Bedingungen sowohl der sozialen Existenz als auch des politischen Handelns der Arbeiterklasse werden in Zukunft wesentlich andere sein als in den beiden letzten Jahrzehnten. Das verlangt gerade aus der Sicht der Kommunisten, diese Bedingungen zu analysieren und vor allem, die daraus erforderlichen Schlußfolgerungen zu ziehen.

Als 1978 auf dem Mannheimer Parteitag das Parteiprogramm der DKP zur Diskussion und Beschlußfassung anstand, waren die neuen ökonomischen und politischen Entwicklungstendenzen bereits hinreichend deutlich zu erkennen. Die revolutionäre Arbeiterbewegung der Bundesrepublik konnte sich somit eine programmatische Orientierung erarbeiten, die den Anforderungen des zukünftigen Klassenkampfes gerecht wird.

Das Parteiprogramm ist ein solides Fundament für die schöpferische Weiterentwicklung kommunistischer Politik in der Bundesrepublik. Die Notwendigkeit, diese Politik weiterzuentwickeln, stellt sich gerade auch mit Blick auf die Feststellung des DKP-Programms: „Die entscheidende Kraft im Kampf gegen das Großkapital ist die Arbeiterklasse."[1]

1 Programm der Deutschen Kommunistischen Partei. Beschlossen vom Mannheimer Parteitag der DKP, 20.-22. Oktober 1978, S. 72.

Was muß getan werden, damit die entscheidende gesellschaftliche Kraft Arbeiterklasse wirklich politisch voll zur Geltung kommt? Mit diesem Thema befaßte sich am 13./14. November 1982 die 6. Parteivorstandstagung der DKP – von der Erkenntnis ausgehend, „daß es bei der Auseinandersetzung darüber, wohin die Bundesrepublik steuert, bei allen derzeitigen Bewegungen und Aktionen im außerparlamentarischen Kampf wie im Ringen um parlamentarische Vertretungen, immer um die Rolle der Arbeiterklasse und auch darum geht, welchen Einfluß die Deutsche Kommunistische Partei in der Arbeiterklasse hat, in welchem Maße und in welchem Tempo sich die Aktionseinheit der Arbeiterklasse entwickelt".[2]

Die folgenden Ausführungen stützen sich wesentlich auf die 6. Parteivorstandstagung der DKP sowie auf Erkenntnisse, die sich aus ihrer Vorbereitung und Umsetzung ergeben.[3]

I. Einige Ausgangspunkte

Trotz aller gegenteiligen Beschwörungen hat auch in der Bundesrepublik die Arbeiterklasse – so wie sie von *Marx, Engels* und *Lenin* als eigenständige Hauptklasse der kapitalistischen Gesellschaft und als der entscheidende Träger des gesellschaftlichen Fortschritts definiert worden ist – niemals zu existieren aufgehört. Sie hat sich jedoch beträchtlich verändert. Es ist an dieser Stelle nicht möglich, eine wirklich umfassende und zusammenhängende Einschätzung dieser Veränderungen zu geben, deren politische Relevanz gerade in der Arbeiterbewegung oft unterschätzt worden ist. Es seien aber wenigstens einige der hauptsächlichen Entwicklungen skizziert.

Vor allem hat sich die Wirtschaftsstruktur der Bundesrepublik wesentlich verändert. Zu Beginn der 60er Jahre lag der Anteil des produzierenden Gewerbes (Industrie, Bergbau, Bauwesen) am Bruttoinlandsprodukt in der Größenordnung von annähernd 54 Prozent. In den 70er Jahren wurden die Zuwachsraten der Industrieproduktion immer niedriger, im Übergang zu den 80er Jahren entwickelte sich teilweise sogar eine Tendenz des Rückgangs der physischen Produktion. Bereits 1979 war der Anteil des produzierenden Gewerbes am Bruttoinlandsprodukt auf unter 48 Prozent gefallen. Dementsprechend wuchs das Gewicht der Banken und Versicherungen, der Dienstleistungen und des Staates.[4]

2 Die Rolle der Arbeiterklasse in unserer Zeit – die Aufgaben der Betriebsgruppen der DKP. Rede von Herbert Mies, Vorsitzender der DKP, auf der 6. Parteivorstandstagung der DKP, Eigenbeilage der UZ, 18. November 1982, S. 7 (im folgenden zitiert als: 6. PV-Tagung).

3 Hierzu siehe besonders: Herbert Mies, Die Aktualität der Marxschen Lehre von der Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei. Zu Fragen der Organisation und Politik der Arbeiterbewegung heute, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF, Sonderband I: „. . . einen großen Hebel der Geschichte". Zum 100. Todestag von Karl Marx: Aktualität und Wirkung seines Werks, Frankfurt/M. 1982, S. 49 ff.; ders., Wende nach rechts? Rückblick und Ausblick nach 13 Jahren SPD-Regierung, Frankfurt/M. 1983.

4 Hierzu und zum folgenden vgl. Statistisches Jahrbuch der BRD 1964, S. 553; 1980, S. 96; 1981, S. 96, S. 531 f.; Wirtschaft und Statistik, Nr. 11/73, S. 646; Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Nr. 8/1979, S. 908 f.; IPW-Forschungshefte, Nr. 1/1982, S. 133; H. Mies, Die Aktualität . . ., a.a.O., S. 63; ders., Wende . . ., a.a.O., S. 53.

Infolgedessen veränderten sich auch die Struktur der Arbeiterklasse und der lohnabhängigen Mittelschichten sowie deren Aufteilung auf die verschiedenen Wirtschaftsbereiche. Dabei ist bemerkenswert, daß der Anteil der Lohnabhängigen insgesamt an den Erwerbstätigen von unter 79 Prozent 1962 auf rund 86 Prozent 1980 angestiegen ist. Aber die zahlenmäßige Vergrößerung der Arbeiterklasse, die in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt, ist nur ein Aspekt der Entwicklung. Ein anderer wesentlicher Aspekt besteht darin, daß in den 70er Jahren die absoluten Beschäftigtenzahlen im produzierenden Gewerbe zunehmend zurückgingen – und zwar um über 1,3 Millionen. Noch deutlicher ist der Rückgang der Arbeiter in diesem Bereich, der bereits in den 60er Jahren einsetzte und in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine Größenordnung von 1,8 Millionen erreichte – bei den Arbeitern deutscher Nationalität sogar 2,7 Millionen. Der Ausländeranteil an den Industrie-, Berg- und Bauarbeitern ist von ca. 3 Prozent Anfang der 60er auf über 15 Prozent Ende der 70er Jahre angestiegen.

Gleichzeitig haben sich bedeutende Veränderungen in den Einkommen und im Lebensstandard der Arbeiterklasse vollzogen. Zwar ist der Reichtum der Großbourgeoisie wesentlich schneller gestiegen als das Einkommen der Arbeiter und Angestellten. Aber die relativ kontinuierliche Erhöhung der Reallöhne (zwischen 1960 und 1980 in der Industrie in etwa eine Verdoppelung) hat sich alles in allem doch zu einem Lebensstandard kumuliert, der sich heute deutlich von dem vor zwei oder drei Jahrzehnten unterscheidet. Natürlich hat sich durch die Einkommensentwicklung an der Lage der Arbeiterklasse als ausgebeutete und unterdrückte Klasse prinzipiell nichts geändert. Aber die ganze Wahrheit ist komplizierter. Und ein Bestandteil dieser Wahrheit ist, daß es der Arbeiterklasse aufgrund einer langen Periode kapitalistischer Hochkonjunktur nicht nur materiell einfach „besser" geht als früher. Einem wesentlichen Teil der Arbeiterklasse hat die Besserung der sozialen Situation zunehmend Zugang zu einem Lebensstandard eröffnet, wie ihn noch vor zwei oder drei Jahrzehnten lediglich ein relativ begrenzter Kreis aus den Reihen der Bourgeoisie und der mit ihr verbundenen Mittelschichten hatte.

Besonders wichtig in diesem Zusammenhang ist, daß nicht nur Grundbedürfnisse wie Ernährung, Wohnung, Kleidung wesentlich besser befriedigt werden als früher. Noch eklatanter sind die Veränderungen, die durch die Verkürzung der Arbeitszeit und den Einstieg in neue Formen des individuellen Konsums („Massenmotorisierung", „Massentourismus" etc.) in der Lebensweise der Arbeiterklasse hervorgerufen wurden. Ob man nur über ein Fahrrad oder über ein Auto verfügt, ob man seinen Urlaub zu Hause verbringen muß oder ob man sich leisten kann, ins Ausland zu fahren – das ändert zwar nichts an der Klassenlage, macht aber doch einen großen objektiven Unterschied aus und vermutlich einen noch größeren subjektiven.

Eine weitere wichtige Veränderung fällt im wesentlichen in die Regierungszeit der sozial-liberalen Koalition: Mit der annähernden Verdoppelung der Oberschüler- und Studentenzahlen hat sich auch der Bildungsstand eines Teils der Arbeiterklasse wesentlich erhöht. Vor allem hat sich dadurch der zahlenmäßige Umfang der lohnabhängigen Intelligenz gewaltig vergrößert. Diese Schicht kommt nicht nur teilweise aus der Arbeiterklasse, sie befindet sich auch in einer objektiven Lage, die sich von der der Arbeiterklasse viel weniger unterscheidet als in der Vergangenheit.

Die soziale Distanz zwischen Arbeiterklasse und lohnabhängiger Intelligenz hat sich so stark verringert.

All diese Entwicklungen haben vielfältige Konsequenzen, von denen hier nur einige angedeutet werden können: das wachsende Gewicht der Beschäftigten nichtindustrieller Wirtschaftsbereiche innerhalb der Arbeiterklasse; die zunehmende Rolle der außerbetrieblichen Sphäre im Leben der Arbeiter und Angestellten; die Annäherung von Teilen der Intelligenz und der Studenten an die Arbeiterbewegung; der Drang vieler junger Arbeiter und Angestellter aus dem Betrieb heraus in – tatsächlich oder vermeintlich – höher qualifizierte Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich; der Zustrom von jungen Angestellten und Beamten mit mittlerer und höherer Schulbildung in die Gewerkschaften wie in die politische Arbeiterbewegung.

Natürlich war auch in den 50er und frühen 60er Jahren die Arbeiterklasse nicht nur durch den Typ des „klassischen" Fabrikarbeiters repräsentiert. Aber dieser stellte doch das Gros der Mitgliedschaft der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung – und mehr noch ihres Kaders. Die Angestellten und Beamten in Handels- und Dienstleistungsbetrieben, Banken, Versicherungen, Krankenhäusern, Schulen, staatlichen Verwaltungen etc. spielten im Vergleich zu den Arbeiter-Belegschaften der großen Werke etwa der Metall- und Stahlindustrie doch meist nur eine untergeordnete Rolle.

Demgegenüber ist die heutige Arbeiterklasse (und auch die Arbeiterbewegung) in gewisser Hinsicht sozial „inhomogener" geworden. Die zahlenmäßigen Proportionen zwischen den verschiedenen Gruppen der Arbeiterklasse haben sich verschoben. Die sozialen und ideologischen Grenzen zwischen Teilen der Arbeiterklasse und Teilen der lohnabhängigen Mittelschichten haben sich verwischt. Je weniger aber die Arbeiterklasse in bezug auf Lebensweise und Ideologie von anderen sozialen Schichten „abgeschottet" ist – und umgekehrt –, desto vielschichtiger werden auch die „Zugänge" zu ihr, desto vielfältiger werden die politischen und geistigen Kommunikationskanäle zwischen Arbeiterklasse und Nicht-Arbeiterklasse. Desto „komplizierter" werden Arbeiterbewegung und Arbeiterpolitik. Ihre Reduzierung auf bestimmte Teilbereiche des gesellschaftlichen Lebens und der Politik – etwa nach dem Motto „Das interessiert den Arbeiter nicht" – wird immer unsinniger.

All diese tiefgreifenden Veränderungen beruhen auf dem Wirken einer Vielfalt von ökonomischen und politischen Faktoren – sowohl temporären als auch andauernden Charakters. Die Lohn- und Einkommensentwicklung wird in Zukunft sicher ganz anders als in der Vergangenheit ablaufen. Die Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur werden hingegen weitergehen. Denn sie hängen entweder direkt mit den Folgen der sich verschärfenden kapitalistischen Krise zusammen, sind Resultat von Veränderungen im Prozeß der internationalen Arbeitsteilung oder Konsequenz der wissenschaftlich-technischen Revolution.

Für die Arbeiter eines Stahlwerks ist es relativ belanglos, inwieweit der Verlust ihrer Arbeitsplätze durch binnenwirtschaftliche Folgen der kapitalistischen Krise, durch den zunehmenden Bau von Stahlwerken in „Schwellenländern" oder durch neue „arbeitssparende" Techniken verursacht wird. Für sie ist in erster Linie die Tatsache des Arbeitsplatzverlustes selbst von Bedeutung. Und so wie die Dinge heute liegen, muß man wohl davon ausgehen, daß der „Entindustrialisierungsprozeß" weiterlaufen wird. Allerdings wird das Heer der Arbeitslosen nicht nur

aufgrund des Verlustes industrieller Arbeitsplätze wachsen. Staatliche Rotstiftpolitik und Rationalisierungsschübe in den Büros werden zunehmend auch Angestellten-Arbeitsplätze vernichten.

Alles in allem werden Struktur und „Milieu" der Arbeiterklasse sich weiter verändern. Gleichzeitig werden die traditionellen sozialen Übel des Kapitalismus – vor allem die Massenarbeitslosigkeit – weiter an Gewicht zunehmen. Aus beidem ergeben sich für die Arbeiterbewegung neue Anforderungen.

Diesen Anforderungen wird letztendlich nur derjenige gerecht werden können, der – bei aller Notwendigkeit, den neuen Entwicklungen in der Arbeiterklasse Rechnung zu tragen – diese Wahrheit nicht vergißt: Arbeiterklasse hört auch dann nicht auf, objektiv Arbeiterklasse zu sein, wenn manche ihrer sozialen Merkmale heute anders aussehen als vor 60 oder 30 Jahren. Die bundesdeutschen Kommunisten gehen jedenfalls davon aus, daß die tiefgreifenden sozialen Veränderungen, die sich hierzulande vollziehen, die Arbeiterklasse auch in Zukunft nicht zum Verschwinden bringen werden. Im Gegenteil: Diese Veränderungen „führen zur weiteren zahlenmäßigen Vergrößerung der Arbeiterklasse. Sie bewirken vor allem, daß sich das Gewicht der Arbeiterklasse, als der für Gegenwart und Zukunft der Bundesrepublik entscheidenden gesellschaftlichen Kraft, noch mehr erhöht."[5]

II. Veränderte Kampfbedingungen

Die langfristig wirkenden Verschiebungen in der Wirtschafts- und Sozialstruktur werden in ihren Folgen zunehmend durch eine geradezu dramatische Verschärfung der kapitalistischen Krise potenziert. Und kaum irgendwo hat diese Krise die Bedingungen der Politik so verändert wie in der Bundesrepublik. Der Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus in der Welt und seine enorme innere politische Stabilität konnten sich vor allem deshalb entwickeln, weil über drei Jahrzehnte lang ein ausgesprochen dynamisches Wirtschaftswachstum durchgehalten werden konnte. Und die ganze – gerade auch politische – Tragweite der Verschärfung der kapitalistischen Krise in der Bundesrepublik ergibt sich eben daraus, daß alle bisherige bundesdeutsche Innen- und Außenpolitik von der Annahme einer von krisenhaften Erschütterungen im wesentlichen freien ökonomischen Entwicklung ausgegangen ist.

Einige Zahlen, die wenigstens die Dimension der Krise deutlich machen sollen:

- Wirtschaftswachstum: jahresdurchschnittliche Zunahme des realen Bruttosozialprodukts 1960–73 etwas unter 5 Prozent, 1973–82 um die 2 Prozent mit weiter sinkender Tendenz;
- Arbeitslosigkeit: 60er bis Anfang der 70er Jahre im Schnitt 200 000 mehr offene Stellen als Arbeitslose, heute umgekehrt 2–2,5 Millionen mehr Arbeitslose als offene Stellen plus mindestens eine weitere halbe Million nicht registrierte Arbeitslose;
- Staatsverschuldung: jährliche Zins- und Tilgungslasten des Bundes und der Länder 1970 ca. 15, 1981 bereits über 100, 1986 vermutlich schon 170 Milliarden DM.[6]

5 Programm der DKP, a.a.O., S. 72.

6 Vgl. 6. PV-Tagung, S. 9f.; IPW Forschungshefte, Nr. 1/1982, S. 33.

Diese Daten spiegeln nicht irgendeinen temporären konjunkturellen Abschwung wieder, sind auch nicht das Ergebnis von „Fehlern" irgendeiner Regierung. Es handelt sich vielmehr um den gesetzmäßigen Ausfluß tiefgreifender Prozesse der kapitalistischen Krise, die sich in der überschaubaren nächsten Zeit weiter verschärfen werden.

Die Arbeiterklasse steht damit vor einer grundlegend veränderten wirtschafts- und sozialpolitischen Situation. Mehr als das: aufgrund der Zuspitzung der kapitalistischen Krise sind „die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse zu Beginn der 80er Jahre ... grundlegend andere als zu Beginn des vergangenen Jahrzehnts".[7]

Für diese Veränderung der Kampfbedingungen ist auch der Bonner Regierungswechsel ein Ausdruck. Das deutsche Großkapital hat die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung nicht ohne Not fallengelassen. Es ist mit dieser Regierung nicht schlecht gefahren, aber es hat ihr eben nicht mehr zugetraut, aus der tiefen ökonomischen Krise konsequent jenen reaktionären „Ausweg" zu gehen, den seine Klasseninteressen erfordern. Das Votum des Großkapitals für eine Rechtsregierung ist ein sehr deutliches Signal dafür, daß es – wenn irgend möglich – zwar bei der Phraseologie der Sozialpartnerschaft bleiben, daß aber an die Stelle von sozialen Zugeständnissen eine rigorose Politik der Sozialdemontage treten soll.

Die herrschende Klasse hat sich mit bemerkenswerter Schnelligkeit auf die neue ökonomische und politische Situation eingestellt. Sie verfügt über eine Strategie, die auf konsequente Wahrnehmung ihrer Klassen- und Systeminteressen ausgerichtet ist. Die Arbeiterklasse hat demgegenüber bislang keine allgemein akzeptierte und tragfähige Gegenstrategie entwickelt. Die Gründe dafür reichen teilweise weit in die Vergangenheit zurück. Sie lassen sich letztendlich mehr oder weniger auf die relative Schwäche des klassenbewußten und kämpferisch orientierten Teils der Arbeiterbewegung zurückführen.

Aber Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung bestehen nicht nur aus Vergangenheit und Gegenwart, sie haben auch eine Zukunft. Und bestimmte ökonomische und politische Konturen dieser Zukunft sind bereits heute ebenso erkennbar wie bestimmte Sachzwänge, die sich aus ihnen ergeben.

Falsch und schädlich ist die Ideologie der Sozialpartnerschaft schon immer gewesen. Aber so lange die Wirtschaft florierte und die Bourgeoisie den entsprechenden ökonomischen Manövrierraum hatte, konnte man mit einer sozialpartnerschaftlichen Orientierung der Lohn- und Tarifpolitik, der Mitbestimmung etc. immerhin bestimmte materielle Verbesserungen erreichen. Mit der Zuspitzung der kapitalistischen Krise und der Verringerung des Manövrierraums der Bourgeoisie hat die Sozialpartnerschaft jedoch ihre ökonomische Basis verloren und ist zu einer reinen Fiktion geworden. Ohne ernsthaften und bewußten Klassenkampf können heute soziale Errungenschaften nicht mehr verteidigt werden – von der Durchsetzung sozialer Verbesserungen ganz zu schweigen.

Um es in den Worten der 6. Parteivorstandstagung der DKP zu sagen: „Die ausgefahrenen Gleise der Sozialpartnerschaft führen heute nur noch in Richtung mehr Arbeitslosigkeit und mehr Sozialabbau. So verlangt das Leben selbst von

7 6. PV-Tagung, S. 9.

der Arbeiterbewegung einen neuen Kurs, der den Klassenkampf von oben mit dem Klassenkampf von unten beantwortet".[8]

Und für einen solchen neuen Kurs gibt es durchaus schon bestimmte Grundvoraussetzungen. Nicht zuletzt die Kundgebungen und Demonstrationen, die die Gewerkschaften Ende Oktober/Anfang November 1982 gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau organisierten, haben gezeigt: „Der gewerkschaftlich organisierte Teil der Arbeiterklasse ist eine starke, kämpferische Kraft und sehr wohl in der Lage, seine gegen die Rechtsentwicklung gerichteten demokratischen und sozialen Forderungen mit Nachdruck zu demonstrieren. Wenn die Gewerkschaften rufen und auch Mobilisierungs- und Organisationskraft investieren, dann folgen die Arbeiter, dann gehen sie heraus aus den Betrieben, dann gehen sie auf die Straßen, dann bringen sie in Aktionen ihre Forderungen zur Geltung."[9]

Ein weiterer Gesichtspunkt: Die Behauptung, die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften sollten sich aus der „großen Politik" heraushalten, war schon immer auf die Entmündigung der Arbeiterklasse gerichtet. Immerhin konnten die Befürworter einer „unpolitischen" Arbeiterklasse, die im Kampf für Frieden und demokratische Rechte keine eigenständige Aktivität entfaltet, auf die materiellen Fortschritte verweisen, die eine ökonomistische Gewerkschaftspolitik erreicht hatte. Das wird in Zukunft immer schwieriger werden.

Besonders deutlich ist das gegenwärtig im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik zu erkennen. Bis in die 70er Jahre hinein reichte in der Bundesrepublik der ökonomische Spielraum sowohl für eine Politik der sozialen Verbesserungen als auch für eine Politik der Hochrüstung aus. Inzwischen sind die Dinge soweit gediehen, daß in den 90er Jahren schon die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen relativen Rüstungsniveaus bereits 25 Prozent reale Mehrausgaben erfordern wird – eine weitere Forcierung der Hochrüstung entsprechend mehr.[10] Aber wie sollen steigende Rüstungsausgaben aufgebracht werden, wenn nicht auf Kosten der staatlichen Sozialetats?

Die Arbeiterklasse wird damit in Zukunft immer mehr gezwungen, aktiv in die Auseinandersetzungen um die Frage Hochrüstung oder Abrüstung einzugreifen. Arbeiterbewegung und Friedensbewegung gehören sowohl deshalb zusammen, weil die Frage Krieg oder Frieden heute identisch ist mit der Frage Sein oder Nichtsein, als auch deshalb, weil sozialer Kampf und Kampf für die Beendigung des Rüstungswahnsinns objektiv immer weniger voneinander zu trennen sind.

Und hier ist zu Beginn der 80er Jahre einiges in Bewegung geraten. Vor allem ist das gewerkschaftliche Friedensengagement deutlich stärker geworden. Davon zeugt das wachsende Ausmaß gewerkschaftlicher Unterstützung des Krefelder Appells und der Ostermärsche, davon zeugt die Entwicklung betrieblicher Friedensinitiativen wie auch der innergewerkschaftlichen Diskussion über die Raketenstationierung. Losungen wie „Frieden und Arbeit" und „Arbeitsplätze statt Raketen" finden heute in der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung eine Resonanz, wie das vor einigen Jahren nur wenige für möglich gehalten hätten.

8 Ebd., S. 10.
9 Ebd., S. 11.
10 Vgl. H. Mies, Wende . . ., a.a.O., S. 75.

Schließlich stellt sich – und zwar unabhängig davon, wie weit diese Erkenntnis in der Arbeiterklasse jetzt schon verbreitet sein mag – die Frage des Gesellschaftssystems mit wachsender Schärfe. In dem Maße, wie das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln immer offenkundiger in Gegensatz zu fundamentalen Lebensinteressen der Werktätigen gerät, wird auch das Problem immer akuter, wie man in diese privatkapitalistischen Eigentumsverhältnisse eingreifen kann.

Und es ist in diesem Zusammenhang sehr bemerkenswert, daß heute in besonders krisengeschüttelten Branchen – wie der Stahl- und Schiffbauindustrie – Betriebsräte, Vertrauenskörper und gewerkschaftliche Gremien zunehmend die Forderung nach Verstaatlichung, nach Entwicklung alternativer Produktionsstrukturen, nach Durchsetzung wirksamer demokratischer Mitbestimmungs- und Kontrollrechte stellen. Das ist ein wichtiges Indiz dafür, daß zumindest bestimmte antimonopolistische Grundpositionen in Teilen der bundesdeutschen Arbeiterklasse Terrain gewonnen haben.

Alles in allem wird der Spielraum für eine „sozialpartnerschaftliche", „unpolitische" Orientierung der Arbeiterbewegung, die sich mit den Gegebenheiten des kapitalistischen Systems mehr oder weniger „abfindet", objektiv immer geringer. Die Verschärfung der Klassengegensätze konfrontiert die Arbeiterklasse mit der Notwendigkeit, sich auf härter werdende Klassenauseinandersetzungen einzustellen und eine kämpferische Strategie zu entwickeln.

III. Stärkung der Betriebsgruppen als Schlüsselfrage

Von den Kommunisten verlangt die Einstellung auf die neuen Bedingungen des Klassenkampfs zuallererst, „die ganze Partei, jeden Vorstand, jede Parteigruppe verstärkt auf die Arbeit in der Arbeiterklasse und auf die Unterstützung unserer Betriebsgruppen zu orientieren."[11]

Um es noch einmal ganz klar zu sagen: Gerade angesichts der großen Veränderungen, die sich in den vergangenen Jahrzehnten in der Arbeiterklasse vollzogen haben und auch weiter vollziehen, kann Arbeiterpolitik heute weniger denn je auf die betriebliche Sphäre reduziert werden. Weniger denn je kann es sich die marxistische Arbeiterpartei leisten, irgendwelche wichtigen Felder des ökonomischen, politischen oder ideologischen Klassenkampfes gleichsam „unbesetzt" zu lassen – in der Annahme, diese seien für die Arbeiterklasse irrelevant.

Aber diese Erkenntnis darf auch nicht zu der Schlußfolgerung führen, die betriebliche Sphäre sei nur eine unter vielen. Was sich in den Betrieben politisch tut oder nicht – das ist von ganz entscheidender Bedeutung für die Zukunft der Arbeiterbewegung und für die politische Entwicklung der Bundesrepublik überhaupt: „Gerade in den Betrieben, wo die Arbeiterklasse konzentriert ist, entscheidet sich das Schicksal unseres Landes. Dort wird wesentlich mit darüber entschieden, ob die Bundesrepublik einen Kurs der Entspannung und des Friedens nach außen, der demokratischen und sozialen Reformen im Inneren verfolgt oder ob die Koalition der Rechtskräfte die Achse der politischen Entwicklung immer weiter nach rechts drückt. In den Betrieben fallen wichtige Entscheidungen über die Frage Krieg oder

11 6. PV-Tagung, S. 7.

Frieden. Wird in den Betrieben aktiv für die Sicherung des Friedens gestritten, dann wird es der Reaktion kaum möglich sein, im nationalen Maßstab eine Politik der Hochrüstung und der Konfrontation zu betreiben. Wird in den Betrieben gegen den Herr-im-Hause-Standpunkt des großen Kapitals angegangen, dann dürfte es schwerfallen, in der Bundesrepublik eine Rechtsentwicklung durchzusetzen. Wenn in den Betrieben erfolgreich die sozialen Rechte verteidigt werden, dann werden die Regierenden und Herrschenden die Sozialdemontage im ganzen Land nur schwer durchsetzen können. Wird im Betrieb erfolgreich die Aktionseinheit geschaffen, dann kann man sie ganz gewiß draußen nicht umgehen."[12]

Aus dieser Dimension der Dinge vor allem ergibt sich die Bedeutung, die die marxistische Partei ihrem Wirken in den Betrieben beimißt. Und so klar es ist, daß die Partei letztendlich immer nur so stark und politisch wirksam sein kann wie sie in der Arbeiterklasse verankert ist, so klar ist auch, daß diese Verankerung in den Betrieben beginnen muß. Und dabei kommt „unseren Betriebsgruppen, über die die Partei am engsten mit der Arbeiterklasse verbunden ist, entscheidende Bedeutung zu."[13] Deshalb hat sich die 6. Parteivorstandstagung der DKP vorrangig mit der Betriebs- und Betriebsgruppenarbeit befaßt. Sie hat die Aufgabe gestellt, alle verfügbare Kraft darauf zu konzentrieren, die bestehenden Betriebsgruppen zu stärken und neue Betriebsgruppen zu schaffen.

Bei der praktischen Umsetzung dieser Orientierung kann sich die Partei auf einen beachtlichen Erfahrungsschatz und auf eine beträchtliche Zahl von Betriebsgruppen stützen. Die bereits angesprochenen wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen haben jedoch auch die Bedingungen kommunistischer Betriebspolitik verändert und verlangen neue Anstrengungen: „Erfolge, positive Veränderungen in bestimmten einzelnen Wirtschaftszweigen wie auch in Betriebsgruppen, dürfen uns nicht davon ablenken, daß wir in unserer Betriebsgruppen- und Betriebsarbeit einen erheblichen Schritt nach vorn machen müssen. Wir dürfen nicht übersehen, daß die Anzahl der Betriebsgruppen, vor allem in den Konzern- und Großbetrieben der materiellen Produktion, nicht ausreicht, daß viele unserer Betriebsgruppen mitgliedermäßig nicht stark genug und auch in ihrer politisch-ideologischen Ausstrahlung nicht attraktiv genug sind." Es geht mithin um „eine systematische Veränderung der Gesamtsituation unserer Betriebsgruppen und unserer Betriebsarbeit."[14]

Der entscheidende Dreh- und Angelpunkt besteht dabei in „der systematischen und planmäßigen Mitgliederwerbung inner- und außerhalb der Betriebe". Das „ist nicht allein Sache der Betriebsgruppen. Wir brauchen die organisierte und abgestimmte Zusammenarbeit der Betriebs-, Wohngebiets- und auch Hochschulgruppen."[15]

Bei der Mitgliedergewinnung wird die Partei den „Blick heute ganz bewußt vorrangig auf denjenigen Teil der Arbeiter und Angestellten richten, der politisch-ideologisch am weitesten fortgeschritten ist." Ebenso klar ist, daß auch in Zukunft „der Großteil unserer neuen Mitglieder aus der jüngeren Generation kommt."[16]

12 Ebd., S. 15.
13 Ebd., S. 8.
14 Ebd.
15 Ebd., S. 21f.
16 Ebd., S. 22f.

Damit gewinnt die gesamte Jugendpolitik, insbesondere die Zusammenarbeit zwischen marxistischer Arbeiterpartei und marxistischer Arbeiterjugend – konkret: zwischen DKP und SDAJ sowie zwischen ihren Betriebsgruppen – wachsende Bedeutung. Wichtig ist auch, daß nicht wenige marxistische Studenten nach dem Studium eine Tätigkeit in den Betrieben aufnehmen, woraus sich neue Reserven für die künftige Schaffung und Stärkung von Betriebsgruppen der DKP ergeben. Den Veränderungen in der Zusammensetzung der Arbeiterklasse Rechnung zu tragen bedeutet nicht zuletzt, sich inner- und außerhalb der Betriebe gezielter um die Gewinnung von Frauen und ausländischen Kollegen zu bemühen.

Kernstück der Orientierung der marxistischen Partei auf die Arbeiterklasse ist „die Stärkung und Aktivität unserer Betriebsgruppen in den Groß- und Konzernbetrieben." Denn vor allem „in diesen Großbetrieben entscheidet sich, ob die Ideologie und Praxis der Sozialpartnerschaft auch in Zukunft die Widersprüche des Kapitalismus verschleiert. Dort entscheidet sich, ob der aktive Kampf der Arbeiterklasse verhindert wird oder ob die Arbeiter und Angestellten ihre Klassenlage kennen und den Kampf um die Verteidigung der eigenen Interessen erfolgreich organisieren."[17]

Dabei ist aus unserer Sicht der Dinge zweierlei klar. Auf der einen Seite gewinnen die Großbetriebe in nichtindustriellen Bereichen eine zunehmende Bedeutung. Auf der anderen Seite spielen jedoch die großen Industriebetriebe in der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung nach wie vor eine Schlüsselrolle. Hier ist nach wie vor der Kern der Arbeiterklasse konzentriert. Ganz bewußt hat die 6. Parteivorstandstagung der DKP daher die Leninsche Aussage bekräftigt, daß nämlich „die ganze Hauptkraft der Bewegung" darin liegt, „daß die Arbeiter der *großen* Betriebe organisiert sind, denn die großen Betriebe (und Fabriken) umfassen nicht nur zahlenmäßig, sondern noch viel mehr dem Einfluß, der Entwicklung, der Kampffähigkeit nach den ausschlaggebenden Teil der gesamten Arbeiterklasse."[18]

Die DKP sieht die Dinge so: „In der Bundesrepublik gibt es rund 1200 Konzern- und Großbetriebe der materiellen Produktion mit mehr als 1000 Beschäftigten. 40 Prozent der gesamten Industriearbeiterschaft, nämlich 3,4 Millionen Arbeiter und Angestellte sind in diesen Betrieben beschäftigt. Es ist ein anspruchsvolles, aber lohnendes Kampfziel, in einem überschaubaren Zeitraum, auch schon mit Blick auf den nächsten Parteitag, zu erreichen, daß in den meisten dieser Konzern- und Großbetriebe wirkungsvolle kommunistische Arbeit geleistet wird."[19]

Um das zu erreichen, nimmt die Partei Kurs auf die Bildung von Betriebsaktivs: „Wie können wir in Betrieben, in denen es nur einen oder zwei Kommunisten, möglicherweise auch keinen gibt, praktische kommunistische Arbeit leisten? ... Warum sollte sich nicht zur Unterstützung von kommunistischen ‚Einzelkämpfern' in diesem oder jenem Betrieb ein Betriebsaktiv formieren, das gemeinsam mit dem Genossen die Bildung einer Betriebsgruppe vorantreibt?"

„Die Bildung von Betriebsaktivs stellen wir uns so vor: In Beratung und Absprache mit Wohngebietsgruppen und Hochschulgruppen müssen mehrere Mitglieder zeitweilig in das Betriebsaktiv delegiert werden. Diese delegierten Mitglieder haben

17 Ebd., S. 25.
18 W. I. Lenin, Werke, Bd. 6, S. 235.
19 6. PV-Tagung, S. 25.

die Aufgabe, den Genossen des Betriebes alle Hilfe und Unterstützung zu geben, mit ihnen die Entwicklung von Kontakten und Verbindungen zu beraten und zu entwickeln, den UZ-Verkauf am Betrieb zu organisieren, in Abstimmung mit den Wohngebietsgruppen die Tätigkeit im Arbeiterwohngebiet zu koordinieren sowie die Erarbeitung und regelmäßige Erscheinungsweise der Betriebszeitung zu gewährleisten ... Wir wollen und können mit dieser Form der Delegierung Hunderte betriebsorientierte Genossinnen und Genossen zu zähen Betriebsarbeitern entwikkeln. Das ist das, was die Partei auch benötigt."[20]

Sowohl für die bereits existierenden als auch für die neu zu schaffenden Betriebsgruppen gilt, daß nicht nur neue Mitglieder gewonnen werdem müssen, sondern daß auch die Qualität der gesamten politischen Arbeit zu verbessern ist. Es geht darum, den Betriebsgruppen ein Höchstmaß an Unterstützung ihrer Arbeit zur Vertretung von Belegschaftsinteressen, aber auch zur Verbesserung ihres Gruppenlebens, ihrer Leitungstätigkeit, ihrer Bildungsarbeit sowie ihrer Öffentlichkeitsarbeit (das betrifft insbesondere die Herausgabe der Betriebszeitungen) zu geben.

All diese Aufgaben sind nur dann zu lösen, wenn dabei die ganze Partei mitzieht, wenn also auch die Wohngebiets- und Hochschulgruppen einbezogen werden. Das ist auch deshalb unabdingbar, weil die Aktivität sowohl in den Betrieben als auch in jenen Bereichen verstärkt werden muß, wo die Arbeiterklasse lebt und ihre Freizeit verbringt. Das Wirken der Partei im Betrieb und im Arbeiterwohngebiet als eine Einheit zu begreifen und zu organisieren – das ist ein wesentlicher Schlüssel zur Umsetzung der Orientierung der 6. Parteivorstandstagung.

Die Orientierung der 6. Parteivorstandstagung der DKP ist nicht etwa auf die Initiierung einer kurz- oder mittelfristigen „Kampagne" gerichtet. Es geht vielmehr „um die Stärkung der Kampfpositionen der Arbeiterklasse, der Arbeiterbewegung insgesamt. Das heißt: Es geht hier um Grundfragen der langfristigen, strategischen Orientierung unserer gesamten Politik. Wir gehen damit eine Kampfaufgabe an, die eine ganze Etappe der Entwicklung unserer Partei wesentlich bestimmen wird."[21]

Die Lösung dieser Kampfaufgabe erfordert die Erarbeitung und Umsetzung eines langfristigen Plans „für die konsequente und verstärkte Orientierung der ganzen Partei, all ihrer Vorstände auf die Konzern- und Großbetriebe, mit dem Ziel, die vorhandenen Betriebsgruppen zu stärken und neue Betriebsgruppen zu schaffen. Ausgangspunkte für eine solche langfristige Planung ist sowohl eine Bestandsaufnahme unserer Betriebsgruppen durch die Bezirks- und Kreisvorstände, als auch die Schaffung einer nach Kreisen aufgeschlüsselten Übersicht, welche industriellen Großbetriebe es gibt. Auf der Grundlage der damit verfügbaren Fakten sollten die Kreise und Bezirke unmittelbar nach dieser Parteivorstandstagung damit beginnen, konkrete Vorstellungen darüber zu entwickeln, welche Ziele bei der Stärkung vorhandener und der Gründung neuer Betriebsgruppen gesetzt werden."[22]

Kommunistische Arbeiterpolitik wäre nicht kommunistische Arbeiterpolitik, wenn sie nicht alle Kraft darauf richten würde, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse in den Betrieben und Gewerkschaften zu stärken. Dabei geht es uns vor allem um ein

20 Ebd.
21 Ebd. S. 8.
22 Ebd., S. 36.

verbessertes Zusammenwirken von Kommunisten und Sozialdemokraten – gerade auch von kommunistischen und sozialdemokratischen Betriebsgruppen – sowie um die Stärkung der gewerkschaftlichen Kampfkraft. Denn gerade „jetzt ist nicht die Zeit, Schranken in der Arbeiterklasse künstlich hochzuhalten. Jetzt müssen Schranken abgebaut werden. Jetzt ist nicht die Zeit gegeneinanderzustehen, jetzt muß die Arbeiterschaft im Kampf um ihre Interessen zusammengeführt werden. Dazu beizutragen, das ist eine der wichtigsten Aufgaben jeder Betriebsgruppe."[23]

Und noch etwas. Auch die Kommunisten der Bundesrepublik wissen mit *Lenin*, daß „in der ganzen Welt . . . die Partei in Jahrzehnten sowohl von den fortgeschrittenen Arbeitern als auch von wirklich marxistischen, ganz und gar auf die Seite der Arbeiter übergehenden ‚Intellektuellen' gebildet und geformt" wurde.[24] Das wird auch in Zukunft so sein. Wenn sich also die DKP ganz bewußt vorrangig der Arbeiterklasse zuwendet, „so bedeutet das selbstverständlich nicht, daß sie ihre Reihen für Angehörige nichtproletarischer Klassen und Schichten schließt. Als Arbeiterpartei versteht sich die DKP auch als Partei des werktätigen Volkes insgesamt. Ihre Mitglieder haben – mögen sie der sozialen Herkunft nach aus der Arbeiterklasse, der Bauernschaft oder der Intelligenz kommen – die gleichen Rechte und Pflichten."[25] Und alle können sie einen Beitrag dazu leisten, ihre Partei als fest in den Betrieben verankerte revolutionäre Arbeiterpartei zu stärken.

Dieses Ziel ist nicht Selbstzweck. „Je stärker die DKP, desto günstiger sind auch die Voraussetzungen für die Entwicklung von Klassenbewußtsein, von Kampfbereitschaft, von praktischer Aktionseinheit, von konkreten Kampfaktionen. Für den Betrieb heißt das: Je stärker und einflußreicher unsere Betriebsgruppe, desto besser sind die Bedingungen dafür, daß die Belegschaft ihre Arbeitsplätze, ihre betrieblichen Sozialleistungen, ihre Reallöhne erfolgreich verteidigen kann. Desto besser sind auch die Kampfbedingungen für die Gewerkschaften, für die sozialdemokratischen Betriebsgruppen, ja selbst für alle außerbetrieblichen demokratischen und linken Kräfte."[26]

23 Ebd., S. 19.
24 W. I. Lenin, Werke, Bd. 17, S. 393.
25 H. Mies, Die Aktualität . . ., a.a.O., S. 66.
26 6. PV-Tagung, S. 21.

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 6/1983

Die Wirtschaftskrise in der BRD: Tendenzen und Perspektiven

Jörg Huffschmid

1. Das zyklische Grundmuster kapitalistischer Entwicklung – 2. Überzyklische Krisentendenzen – 2.1 Langfristige Überakkumulation – 2.2 Monopolstruktur und Monopolstrategie – 2.3 Die ökologische Krise – 3. Wirtschaftspolitik und Krisentendenzen – 4. Entwicklungsperspektiven

Die Wirtschaft in der Bundesrepublik durchläuft Mitte 1983 das Ende des sechsten und den Beginn des siebten Konjunkturzyklus seit Anfang der 50er Jahre. Die Versprechungen und Erwartungen, die Bundesregierung und Unternehmerverbände an den seit dem Regierungswechsel im Herbst 1982 vielfach gesichteten bzw. beschworenen Aufschwung knüpfen, werden sich jedoch nicht erfüllen. Denn erstens wird die Belebung von Produktion und Investitionen keineswegs stürmisch ausfallen, und zweitens wird sich die materielle Lage der Menschen in den nächsten Jahren trotz des Aufschwunges nicht verbessern, sondern verschlechtern: Die Arbeitslosigkeit wird nicht abnehmen, die Realeinkommen werden sinken, und die Einschnitte in die soziale Sicherung werden noch tiefer werden.

Welches sind die Auswege, die sich nach kapitalistischer Logik in dieser Situation anbieten? Und welches sind die Perspektiven dieser Auswege?

Die *traditionelle Strategie* zur Krisenbekämpfung ist die *Förderung der privaten Investitionen* und des Wachstums der Produktion. Um auf diesem Wege jedoch die Arbeitslosigkeit in spürbarem Umfang abzubauen, müßten Wachstumsraten der Investitionen und des Sozialprodukts erreicht werden, die weit über den realistischerweise im zyklischen Aufschwung zu erwartenden liegen. Versuche, solche Steigerungen dennoch, etwa in einem wachstumspolitischen Gewaltakt, herbeizuführen, würden die Lebensbedingungen der Menschen auf andere Weise gefährden. Sie würden die ökologische Krise verschärfen und die natürlichen Grundlagen der Wirtschaft untergraben: Die Verschmutzung des Wassers, die Verpestung der Luft, das Sterben der Wälder, der Angriff auf die Ozonschicht der Atmosphäre und die Schadstoffbelastung von Lebensmitteln haben während der über anderthalb Jahrhunderte dauernden Periode kapitalistischer Entwicklung in Deutschland zugenommen und mittlerweile eine kritische Schwelle erreicht, deren Überschreiten mit unkalkulierbaren Risiken und möglicherweise mit katastrophalen Folgen für die Gesundheit und das Leben der Menschen verbunden wäre.

Ein *anderer kapitalistischer Ausweg* aus der Krise liegt in der *internationalen Expansion*. Von ihr haben die Monopole der Bundesrepublik in der Vergangenheit

außerordentlich profitiert. Doch auch diese Strategie wird in den nächsten Jahren an engere Grenzen stoßen als bisher.

Die *drei großen Gefahren*, die gegenwärtig die materiellen Lebensbedingungen der Menschen in der Bundesrepublik bedrohen – die *wirtschaftliche und soziale Krise*, die *ökologische Krise* und die *Kriegsgefahr* –, entspringen den krisenhaften Grundprozessen der kapitalistischen Entwicklung und den Strategien, die zu ihrer Überwindung eingeschlagen werden. Im folgenden will ich versuchen, den ökonomischen Kernprozeß darzustellen und zu erklären, aus dem sich aktuell diese Bedrohungen für die materielle Existenz der Menschen in der BRD ergeben.

1. Das zyklische Grundmuster kapitalistischer Entwicklung[1]

Die zyklische Verlaufsform kapitalistischer Entwicklung ergibt sich aus dem Widerspruch zwischen zwei objektiven Tatsachen:

Einerseits funktioniert „der Wirtschaftsprozeß" nur, wenn bestimmte Proportionen in der Anwendung der gesellschaftlichen Arbeit eingehalten werden: Eine Gesellschaft, die nur Produktionsmittel herstellt, wird in kürzester Zeit verhungern; die Beschränkung auf die Produktion unmittelbarer Verbrauchsgüter würde sie auf ein äußerst niedriges Niveau der Lebenshaltung zurückwerfen und in ihrer Existenz von den Zufällen der Natur (Klimaentwicklung, Unwetter) abhängig machen. Es müssen, wenn die Gesellschaft überleben soll, bestimmte Verhältnisse zwischen Konsum und Produktion sowie zwischen verschiedenen Abteilungen der Produktion eingehalten werden. Mit der Entfaltung der Produktivkräfte menschlicher Arbeit und der Lebensbedürfnisse der Menschen entwickeln und verändern sich diese Proportionalitätsbedingungen und erfordern ständig neue Anpassungen bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses.

Andererseits werden diese Proportionalitätsbedingungen durch die Organisation der kapitalistischen Wirtschaft immer wieder dadurch systematisch verletzt, daß die Bestimmungsgründe für die Produktion und Akkumulation auf der einen und die für den Verbrauch auf der anderen Seite verschieden und gegensätzlich sind, Angebot und Nachfrage sich also immer wieder auseinanderentwickeln: Während ersteres durch den Druck der Konkurrenz und den Zwang für das Unternehmen, sich am Markt behaupten zu müssen, vorangetrieben wird, entwickelt sich der Verbrauch im wesentlichen mit der Massenkaufkraft. Diese wird durch die Entwicklung des Wertes der Arbeitskraft – der mit steigender Produktivkraft der Arbeit sinkt – sowie durch gesellschaftliche Macht- und Kräfteverhältnisse, also durch die Übermacht des Kapitals über die Arbeit in engen Grenzen gehalten. Die kapitalistischen Grundverhältnisse – Privateigentum an Produktionsmitteln als Klassenmacht und Konkurrenz als Bewegungsform des Kapitals – treiben die Investitionen, Rationalisierung und Produktion voran und behindern *gleichzeitig* die Entwicklung der Massenkaufkraft.

1 Vgl. hierzu Jörg Goldberg, Krisen und Überproduktion, in: Argument-Sonderband AS 35, Westberlin 1979, S. 149–160; ders., Wirtschaftskrise und Krisentheorie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/1977, S. 874–884; Michael Krüger, Aspekte einer Theorie zyklischer Kapitalakkumulation. Eine theoretische Analyse, Frankfurt/M. 1982; Michael Krätke, Krise der Krisentheorie? Zur marxistischen Krisenliteratur in der Bundesrepublik anläßlich der jüngsten Wirtschaftskrise, in: Das Argument Nr. 104 (1977), S. 477–491.

Ergebnis dieses Widerspruches zwischen objektiven Anforderungen und den konkreten Bestimmungsfaktoren der Elemente des kapitalistischen Reproduktionsprozesses ist die Überproduktion (oder, als vorweggenommene Überproduktion, die Unterauslastung von Kapazitäten), die dann zur – meist abrupten – Einschränkung der Akkumulation und Produktion, zu Unternehmenszusammenbrüchen, Entlassungen, weiteren Rationalisierungen und Arbeitsplatzvernichtungen führt. Die daraus resultierenden Verminderungen des privaten Verbrauchs (im Ergebnis fallender Lohnsummen) beschleunigen zunächst die Abwärtsbewegung.

Die Auseinanderentwicklung von Produktion und Verbrauch ist kein Fehler gesamtwirtschaftlicher oder struktureller Planung, sondern das Ergebnis des Fehlens gesellschaftlicher Planung. Wie dieses Mißverhältnis allerdings konkret ausfällt, hängt von den Klassenauseinandersetzungen und den Kräfteverhältnissen ab: Je stärker die Arbeiterbewegung Lohnsenkungen widersteht und je höher die staatlichen Unterstützungsleistungen an Arbeitslose sind, desto geringer wird das Mißverhältnis von Produktion und Verbrauch, desto mehr bleibt der Absatz insgesamt an der gesamten Produktion. *Umgekehrt kommt die Tiefe der jüngsten Wirtschaftskrise darin zum Ausdruck, daß 1981 und 1982 erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik der private Verbrauch real gesunken ist.*

Diese Feststellung darf allerdings nicht zu dem Fehlschluß führen, daß eine härtere Haltung der Gewerkschaften, etwa die Durchsetzung wesentlich höherer Löhne und Gehälter, die kapitalistischen Krisen beseitigen würde. Höhere Löhne und Gehälter führen zwar zu höherem privaten Verbrauch, zur besseren Auslastung der Produktionskapazitäten und sind insofern eine wesentliche Grundlage und Voraussetzung der kapitalistischen Entwicklung. Diese Grundlage bliebe jedoch nur dann intakt, wenn die Aufteilung des Neuwerts in Profit und Löhne/Gehälter so erfolgt und die Verwendung der Einkommen so auf Konsum- und auf Investitionsausgaben verteilt würde, daß die zusätzlichen Produktionsmöglichkeiten (aufgrund der durch Investitionen geschaffenen neuen Produktionskapazitäten) gerade durch die zusätzliche Verbrauchsnachfrage in Anspruch genommen würden. Dafür, daß ein solches „Wachstumsgleichgewicht" zustande kommt, gibt es jedoch keinen geeigneten gesellschaftlichen Planungs- und Koordinierungsmechanismus. Es kann ihn auch aus prinzipiellen Gründen unter kapitalistischen Bedingungen nicht geben, denn er müßte in Zeiten der Hochkonjunktur dämpfend auf die Investitionen und damit auf die unmittelbar greifbaren Möglichkeiten der Profitproduktion einwirken. Da die Orientierungslinie des Kapitals jedoch nicht das gesellschaftliche Reproduktionsgleichgewicht, sondern der maximale einzelwirtschaftliche Profit ist, da diese Orientierung ferner jedes Kapital prinzipiell gegen jedes andere stellt und da schließlich die verschiedenen Einzelkapitale sich Chancen ausrechnen – und die schnellsten und härtesten unter ihnen auch objektiv Chancen haben – durch eine aggressive Politik ihre Marktanteile und ihren Profit auf Kosten anderer Unternehmen zu erhöhen, kommt es auch bei wegen höherer Löhne und Gehälter steigender Kapazitätsauslastung und verbesserten Profiten letztlich, wenn keine politische Gegensteuerung erfolgt, zu einer hemmungslosen Investitionskonkurrenz, die nach kürzerer oder längerer Zeit unweigerlich zu neuen Überkapazitäten, Überproduktion, Abschwung und Krise führen muß.

Selbst wenn diese Überinvestition in gesamtwirtschaftlich relevanten Bereichen etwa aufgrund von Kartellabsprachen oder Produktionsquoten vermieden würde, wäre die Krise vorprogrammiert: Wenn die Unternehmen statt Produktionsmittel etwa Wertpapiere kauften oder ihr Kapital ins Ausland brächten, würde zwar die Bildung von Überkapazitäten von dieser Seite her gemildert oder unterbleiben. Gleichzeitig aber würde die effektive (Investitions-)Nachfrage gesenkt, die erforderlich ist, um die bestehenden Kapazitäten auszulasten – Nachfrageschwäche aufgrund unzureichender Investitionen.

Höhere Löhne und Gehälter können die Lebensverhältnisse der arbeitenden Menschen verbessern und das Auseinandertreten von Produktion und Markt mildern und hinausschieben. Krisenfrei machen können sie den Kapitalismus nicht. Denn das *Auseinandertreten von Produktion und Markt ist die Erscheinung der Krise, nicht ihr letzter Grund;* dieser liegt in der Orientierung der gesamten gesellschaftlichen Reproduktion als privatwirtschaftlicher Produktion am maximalen Profit. Sie folgt ihrerseits zwangsläufig aus dem Privateigentum an Produktionsmitteln und der sich daraus ergebenden Konkurrenz der Unternehmen.

Die zyklische Krise kommt zum Ende, wenn die notwendigen Proportionen zwischen Produktion und Markt gewaltsam wiederhergestellt worden sind, d. h. daß das Angebot der – verbliebenen – Unternehmen mit Gewinn abgesetzt werden kann. Der *Mechanismus dieses „unteren Wendepunktes"* gehört zu den bis heute auch in der marxistischen Theorie nicht eindeutig geklärten Fragen der Theorie des Zyklus.[2] Verschiedenen Positionen ist jedoch folgendes Argumentationsmuster gemeinsam:[3] Da die Krise durch ein Überangebot in Erscheinung tritt und in der Krise Angebot *und* Nachfrage durch Produktionseinschränkungen und Unternehmenszusammenbrüche sowie steigende Arbeitslosigkeit verringert werden, kann dieses Überangebot im Verlauf der Krise nur dadurch beseitigt werden, daß das reale Angebot stärker zurückgeht als die reale Nachfrage, die Investitionen und die Produktion also stärker sinken als der private Verbrauch (wie sie im Aufschwung auch aufgrund der Investitionskonkurrenz stärker steigen als der private Verbrauch). Daß dies tatsächlich der Fall ist, wird teils aus technischen Zusammenhängen (Akzelerator-Modell), teils aus der veränderten Einkommensverteilung in verschiedenen Phasen des Zyklus, aus unterschiedlichen Konsumquoten bei Löhnen und Profiten, teils aus unterschiedlichen Preisflexibilitäten im Konsumgüter- und im Investitionsgüterbereich erklärt. In diesen Erklärungen spielt der private Verbrauch den Puffer und das stabilisierende Element, das die Abwärtsbewegung stoppt und die Aufwärtsbewegung einleitet, während die privaten Investitionen das instabile Element sind, dessen Entwicklung jeweils über die gesamtwirtschaftlichen Erfordernisse nach unten oder oben hinausschießt.

Dieses *Verhältnis von stabilisierendem Einfluß des privaten Verbrauchs und destabilisierendem Einfluß der Investitionen* (die andererseits letztlich durch die Entwicklung des Verbrauchs bestimmt werden) hat auch für den jüngsten Wirtschaftszyklus in der BRD eine maßgebliche Rolle gespielt (vgl. Tabelle 1): Die

2 Vgl. Jörg Goldberg, Die Reproduktionsbedingungen des fixen Kapitals als Grundlage von Stagnationstendenzen, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 2/1979, S. 23ff.

3 Einen guten Überblick geben E. K. Hunt/Howard J. Sherman, Ökonomie aus traditioneller und radikaler Sicht, (New York 1972) Frankfurt/M. 1974, Band 2, S. 142–178.

Entwicklung des privaten Verbrauchs lag 1974 (+ 0,4 Prozent) und 1975 (+ 3,5 Prozent) erheblich über der der Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen (− 10,8 Prozent bzw. − 0,1 Prozent) und hat zweifellos dazu beigetragen, die ökonomische Entwicklung zu stabilisieren und Ende 1975 den neuen Aufschwung einzuleiten. Dieser hat die Investitionen hochgetrieben: bereits 1976 lag ihre Steigerung weit über der des privaten Verbrauches. Bis 1979 stiegen die Wachstumsraten der Investitionen weiter, die des privaten Verbrauchs dagegen blieben von 1976 bis 1979 im Durchschnitt knapp halb so hoch wie die der Investitionen und nahmen ab 1976 langsam ab. Dies bremste den Aufschwung und brachte 1980 die Wende zum erneuten Abschwung: der Zuwachs beim privaten Verbrauch halbierte sich, die Wachstumsrate der Investitionen ging auf weniger als ein Drittel zurück. *Die Krise 1981 und 1982 ist mit einem absoluten Sinken von Investitionen* und *Verbrauch verbunden,* allerdings gehen die Investitionen wiederum – wie 1974 und 1975 – erheblich schneller zurück (− 3,4 Prozent bzw. − 7,2 Prozent) als die des privaten Verbrauches (− 1,2 Prozent, bzw. − 2 Prozent). Daß der private Verbrauch erstmals in der Geschichte der BRD absolut gesunken ist, bringt die Tiefe der Krise zum Ausdruck und wird den Aufschwung behindern; daß sein Rückgang aber bei weitem nicht so stark ist wie der der Investitionen, macht auch in diesem Zyklus wieder seine Pufferfunktion deutlich, die die Abwärtsbewegung bremst und auf die Einleitung eines neuen Aufschwungs hinwirkt. Weitere Verminderungen des privaten Verbrauchs durch Senkung der Löhne und Gehälter und Sozialeinkommen würden die Wirkungen dieses Puffers vermindern, die Krise also verlängern.

Tabelle 1: Wachstumsraten des Bruttosozialproduktes, des privaten Verbrauchs und der Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen (in Preisen von 1976)

	Bruttosozialprodukt (BSP)	Bruttoausrüstungs-investitionen (BAI)	Privater Verbrauch (PV)
1974	0,5	−10,8	0,4
1975	−1,6	− 0,1	3,5
1976	5,6	6,5	3,8
1977	2,8	8,1	3,7
1978	3,5	8,3	3,6
1979	4,0	9,6	3,1
1980	1,8	2,5	1,5
1981	−0,2	− 3,4	−1,2
1982	−1,1	− 7,2	−2,3

Quelle: Jahresgutachten 1982/83 des Sachverständigenrates, S. 283; DIW-Wochenbericht 18/19, 1983, S. 257.

2. Überzyklische Krisentendenzen

Der konjunkturelle Zyklus ist die Form, in der die kapitalistische Wirtschaft abläuft. Die überzyklische geschichtliche Substanz kapitalistischer Entwicklung liegt in der enormen Steigerung der menschlichen Produktivkraft und der materiellen Produktionsmöglichkeiten durch die Weiterentwicklung der Arbeitsteilung, die Ausstattung der Arbeitskraft mit mehr und besseren Produktionsmitteln und die systematische Anwendung von Forschung und Wissenschaft in der Produktion. Diese Produktivkraftsteigerung erhöht zum einen den Umfang der Produktion, die in einem Betrieb oder Unternehmen erfolgt; sie bringt zweitens steigende Beanspruchung und Belastungen der natürlichen Grundlagen der Produktion – Rohstoffe und Umwelt – mit sich; sie erhöht drittens die Komplexität des Produktions- und Reproduktionsprozesses. Alle drei Wirkungen machen die planmäßige vorherige Abstimmung einer zunehmenden Zahl von Arbeitsprozessen notwendig, damit die stofflichen Grundlagen und die wichtigsten Proportionen der Wirtschaft erhalten bzw. hergestellt werden können.

Zu dieser Notwendigkeit gesellschaftlicher Planung stehen das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln sowie die kapitalistische Organisation der Wirtschaft im Widerspruch, in der die Herstellung des gesamtgesellschaftlichen Zusammenhanges individueller Produktionsprozesse sowie die Feststellung ihrer ökologischen Folgen erst im Nachhinein, nach der Produktion erfolgt. Ob der Umfang und die Qualität der Produkte subjektiven Bedürfnissen und objektiven Proportionalitätserfordernissen entsprach, stellt sich erst auf dem Markt heraus; die Erschöpfung von Rohstoffressourcen macht sich als Erschwerung und Verteuerung ihrer Beschaffung bemerkbar; die Belastung und Zerstörung von Umweltbedingungen wird sogar erst noch später sichtbar, wenn nämlich die Lebensbedingungen der Menschen hierdurch spürbar beeinträchtigt werden; solange der private Profit die oberste Orientierungslinie für die einzelwirtschaftliche Produktion und damit für die gesellschaftliche Reproduktion ist, gibt es keine immanenten Signale, die steigende Umweltbelastungen anzeigen.

Diese *Prozesse, die mit der kapitalistischen Produktivkraftsteigerung einhergehen, haben keinen zyklischen Charakter.* Die zyklischen Krisen können zwar die Proportionen zwischen Markt und Produktion zeitweise zurechtrücken, hierdurch aber die historische Vertiefung des *Widerspruchs zwischen der Entwicklung der materiellen Basis und der gesellschaftlichen Organisation* der wirtschaftlichen Entwicklung nicht überwinden. Dieser Widerspruch *nimmt historisch zu und äußert sich in überzyklischen Krisentendenzen.* Diese haben ihrerseits – mit der Herausbildung des Monopolkapitalismus und des staatsmonopolistischen Kapitalismus – überzyklische Anpassungsprozesse hervorgerufen, in deren Verlauf sich sowohl die Grundstrukturen des Kapitalismus als auch die Strategien zur Sicherung seiner weiteren Lebens- und Expansionsfähigkeit verändert haben – mit dem Resultat, daß neue Krisentendenzen produziert worden sind.

Die Lage und die Entwicklungsperspektive der Wirtschaft in der Bundesrepublik Anfang der 80er Jahre ist durch eine besondere Kombination von überzyklischen Krisenerscheinungen gekennzeichnet, die teils unmittelbares Resultat der Grund-

prozesse, teils Ergebnis der Anpassungsstrategien sind. Die wichtigsten überzyklischen Krisentendenzen sind:
- die langfristige Überakkumulation von Kapital;
- Krisentendenzen als Folge monopolistischer Verwertungsstrategien;
- die ökologische Krise.

2.1 Langfristige Überakkumulation

Die Steigerung der Produktivkraft sowie die – mengen- und wertmäßige – Zunahme des Kapitalstocks sind historisch unumkehrbare Grundprozesse der kapitalistischen Entwicklung. Sie ergeben sich aus dem Zwang zur Produktion und Wiederanlage von Mehrwert als dem Grundgesetz des Kapitalismus. Sie werden durch die periodischen Krisen, Auf- und Abschwünge in ihrem konkreten Verlauf beeinflußt, beginnen jedoch nicht mit jedem Zyklus wieder am gleichen Punkt. Nach jeder Krise existiert vielmehr eine neue, von der vorherigen Nachkrisenlage verschiedene Ausgangslage, sowohl was den Umfang, als auch was die qualitative Struktur des Kapitalstocks angeht.

Auch in zyklischen Krisen setzt die Akkumulation nicht völlig aus; sie nimmt vielmehr ab, ihre Wachstumsraten sinken und werden in der Regel negativ. D. h. aber nicht, daß die Akkumulation negativ wird, also gesamtwirtschaftliche Desinvestition stattfindet. Der Kapitalstock am Ende einer Krise ist größer als der am Anfang der vorhergehenden Krise, wenn das Wachstum sich auch im letzten Jahrzehnt verlangsamt hat: In der BRD betrug die Wachstumsrate des Bruttoanlagevermögens im produzierenden Gewerbe – als Indikator für die Gesamtbewegung – in den 50er Jahren 4,8 Prozent, in den 60er Jahren 6,1 Prozent und in der 70er Jahren 4,4 Prozent (vergl. Tabelle 2).

Überzyklisch steigende Kapitalmassen verlangen jedoch nach überzyklisch steigender Produktion von Mehrwert und seiner Realisierung als Profit. Die für den Kapitalismus charakteristische Methode zur Ausdehnung des Mehrwerts ist die Produktivkraftsteigerung der Arbeit durch die Ausstattung der Arbeitskraft mit mehr und besseren Produktionsmitteln. Eben hierdurch sinkt jedoch relativ zum Umfang der Akkumulation (und in Zeiten langsamerer Akkumulation auch absolut) die Zahl der Beschäftigten, steigt die organische Zusammensetzung des Kapitals. Sie hat sich nach den Berechnungen *Hans Tammers* von 1950 (5,42:1) bis 1980 (10,53:1) fast verdoppelt: „In der Geschichte des Kapitalismus dürfte es nur wenige Perioden gegeben haben, in denen sich in solch kurzer Zeitspanne eine so erhebliche Steigerung der organischen Zusammensetzung des Kapitals vollzogen hat."[4]

Diese Entwicklung hat die Zahl der Beschäftigten vor allem im produzierenden Gewerbe drastisch vermindert:[5] Sie lag 1982 mit 10,1 Millionen um 2,1 Millionen niedriger als 1970 (12,2 Millionen). Der Sechsjahresdurchschnitt von 1977 bis 1982 lag mit 10,7 Millionen um 0,9 Millionen unter dem Sechsjahresdurchschnitt von 1971 bis 1976 (11,6 Millionen). Diese Verminderung der Beschäftigten ist im

4 Hans Tammer, Kapitalakkumulation in der BRD im Lichte der Marx'schen Lehre, in: IPW-Berichte 3/83, S. 40.

5 Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1982/83, BT-Drucksache 9/2118, S. 269; DIW-Wochenbericht 16/1983, S. 213.

vergangenen Jahrzehnt allerdings noch durch gegenläufige Entwicklungen in anderen Bereichen aufgefangen worden (vor allem im Dienstleistungs- und im staatlichen Bereich). Das hat dazu geführt, daß die Gesamtzahl der abhängig Beschäftigten 1982 zwar mit 21,9 Millionen um 0,2 Millionen unter der von 1970 lag (22,1 Millionen), sich für die beiden Sechsjahresdurchschnitte jedoch jeweils der gleiche Wert von 22,4 Millionen ergab. Die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung stagnierte – bei einem jahresdurchschnittlichen Wachstum des Kapitalstocks von 4,4 Prozent. (Es ist absehbar, daß mit der massenhaften Verbreitung der „neuen Technologien", der Anwendung der Mikroelektronik in Produktion, Verwaltung und Dienstleistungsbereich die Zahl der Arbeitsplätze in diesem Jahrzehnt auch bei einer mit den 70er Jahren vergleichbaren Akkumulationsrate erheblich sinken wird.)

Auch wenn die Verminderung der Zahl der mehrwertproduzierenden Beschäftigten durch Steigerung der Mehrwertproduktion der einzelnen Beschäftigten für das einzelne Unternehmen ausgeglichen werden kann, wirkt sie, in Verbindung mit der stagnierenden Gesamtbeschäftigung sowie der zunehmenden Arbeitslosigkeit (wegen demografischer Faktoren) letztlich hemmend auf die Menge des insgesamt produzierten Mehrwerts und – vorgelagert – auf die Realisierung des Mehrwerts als Profit: Steigende Produktivität und Massenarbeitslosigkeit drücken Löhne und Gehälter unter das Niveau, das zum Verkauf der produzierten Waren und zur Aufrechterhaltung des notwendigen Verhältnisses zwischen Aufbau und Auslastung des Produktionsapparates erforderlich wäre. Die *Auslastung hängt aber in letzter Instanz von der Entwicklung des Endverbrauchs, der individuellen oder staatlichen Konsumnachfrage ab.*

Die aus der Tabelle 2 ersichtliche überzyklische Verschiebung zwischen den Entwicklungen des (privaten und staatlichen) Verbrauchs und dem gesamtwirtschaftlichen Kapitalstock als Schlüsselgrößen für das Verhältnis von Kapazitätsaufbau und Kapazitätsauslastung verdeutlichen die langfristige Krisentendenz:

Der private Konsum wuchs in den 50er Jahren erheblich schneller als der Kapitalstock (während der staatliche Verbrauch wesentlich langsamer expandierte). Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß im Verlauf des Krieges und der unmittelbaren Nachkriegszeit die Versorgung der Bevölkerung außerordentlich stark eingeschränkt war, während der Produktionsapparat in den letzten Kriegsjahren hektisch ausgebaut worden war und auch durch Zerstörung und Demontage nur relativ geringfügig in Mitleidenschaft gezogen wurde. Das jeweilige Ausgangsniveau des Verbrauchs bzw. des Kapitalstocks war also sehr unterschiedlich.

In den 60er Jahren kehrte sich dieses Verhältnis um: Mit der Verknappung von Arbeitskräften und der Integration der westdeutschen Wirtschaft in die internationalen Konkurrenzzusammenhänge Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre gingen die Unternehmen zu kapitalintensiveren Produktionsmethoden über. Das war mit einer erheblichen Beschleunigung der Akkumulation verbunden, hinter der die Entwicklung des privaten und staatlichen Verbrauchs zurückblieb.

In den 70er Jahren verlangsamte sich – mit den insgesamt wegen der langsameren Verbrauchsentwicklung größer gewordenen Realisierungsproblemen – das *Akkumulationstempo wieder.* Der etwas unter das Niveau der 50er Jahre gesunkenen Wachstumsrate des Kapitalstocks stand jedoch in den 70er Jahren ein Wachstum des privaten Verbrauchs gegenüber, das deutlich unter der Hälfte des Werts für die 50er

Jahre lag. Die hiervon ausgehenden stagnativen Wirkungen wurden dadurch etwas gemildert, daß die staatlichen Verbrauchsausgaben, übers Jahrzehnt gerechnet, etwas stärker stiegen als die privaten. (Genaugenommen gilt dies jedoch nur für die erste Hälfte des Jahrzehnts, als der Staatsverbrauch mit jahresdurchschnittlich 5,9 Prozent wesentlich schneller stieg als der private mit 3,9 Prozent.) Schon in der zweiten Hälfte der 70er Jahre hatte sich dieses Verhältnis umgekehrt: Der Staatskonsum stieg mit jahresdurchschnittlich 2,8 Prozent weniger stark als der private Verbrauch und drückte damit die Steigerung des gesamten Verbrauchs nach unten, verschärfte also die Unterauslastung der Kapazitäten.

Die *Auseinanderentwicklung von zu verwertender Kapitalmenge und den letztlich für die Kapazitätsauslastung* und damit die Rentabilität *entscheidenden Verbrauchsausgaben* hat sich in den letzten Jahren deutlich verschärft, ist aber eben *kein nur kurzfristiges, sondern ein überzyklisches Phänomen.*

Tabelle 2: Wachstumsraten des Kapitalstocks und des realen Verbrauchs

Jahr	Kapitalstock	Verbrauch		
	(Bruttoanlage-vermögen)	privater Verbrauch	Staatsverbrauch	insgesamt
1950–1959	4,8	7,8	5,6	7,2
1960–1969	6,1	4,7	4,6	4,7
1970–1979	4,4	3,5	3,9	3,6
1970–1974	5,5	3,9	5,9	4,1
1975–1979	3,2	3,2	2,8	3,0
1980–1982	3,9 (1980/81)	−0,6	1,6	−0,0

Quellen: Karl Georg Zinn u. a., Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland von 1950–1979, o.O., o.J. (Aachen 1981), S. 11 und 26; DIW-Wochenbericht 18/19, 1983, S. 257; eigene Berechnungen.

Der Verbrauch sollte allerdings nicht als die *autonome* Steuerungsvariable des Gesamtsystems mißverstanden werden. Er ist vielmehr selbst Resultat einer Verteilungsstruktur, die ihrerseits in der kapitalistischen Grundverteilung der Produktionsmittel und dem daraus resultierenden Akkumulationszwang wurzelt und konkret durch die Klassenkämpfe beeinflußt wird: Die beherrschende Macht der Privatwirtschaft bringt immer wieder eine Verteilung zustande, die die Konsumtionsmöglichkeiten der Gesellschaft einschränkt.

Es ist in dieser Betrachtungsweise problematisch, die während des letzten Jahrzehnts hervorgetretenen Krisentendenzen im wesentlichen auf die Anwendung arbeitsplatzvernichtender neuer Technologien zurückzuführen.[6] Deren Einführung in Produktions-, Dienstleistungs- und Verwaltungsbereiche steckt weithin noch in

6 Hierauf haben Jörg Goldberg und Jan Priewe kürzlich hingewiesen; vgl. Krise – Ursachen und Alternativen, in: Marxistische Blätter 2/83, S. 69ff.

den Anfängen und ihre katastrophalen Wirkungen für die Arbeitsplätze werden erst in der Zukunft voll zum Tragen kommen, wenn keine entsprechenden Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Bislang hat sich im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt die Steigerung der Arbeitsproduktivität langfristig nicht beschleunigt, sondern sie ist im wesentlichen für das produzierende Gewerbe konstant geblieben: Sie betrug in den 50er Jahren durchschnittlich 5,6 Prozent, in den 60er Jahren 5,3 Prozent und in den 70er Jahren lag sie bei 5,2 Prozent.[7] Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität, (gemessen als Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigen, also unbereinigt um Arbeitszeitveränderungen) ist von 1950 bis 1959 um jährlich 5,6 Prozent, von 1960 bis 1969 um 4,5 Prozent und von 1970 bis 1979 um jährlich 3,2 Prozent gestiegen, ihr Anstieg hat sich also deutlich verlangsamt.[8] Es werden also im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt *durch die Produktivitätsentwicklung* gegenwärtig weniger Arbeitsplätze vernichtet als in den 50er Jahren – auch wenn das für einzelne Bereiche mit Sicherheit ganz anders ist.

Das Problem liegt auch weniger darin, daß gesamtwirtschaftlich nicht genügend akkumuliert wird, zu wenige Arbeitsplätze geschaffen werden. Es wird ja akkumuliert – in den 70er Jahren fast so schnell wie in den 50ern – es werden also auch Arbeitsplätze geschaffen. *Das Problem liegt darin, daß sie nicht besetzt werden.* Wenn 1982 rund 25 Prozent der industriellen Produktionskapazitäten in der Bundesrepublik brachlagen,[9] dann stellen diese ungenutzten Kapazitäten potentielle Arbeitsplätze für mehr Menschen dar, als gegenwärtig in der Bundesrepublik arbeitslos sind. Diese Arbeitsplätze werden nicht besetzt, weil die Produktion, die durch ihre Besetzung geschaffen würde, wegen Mangel an kaufkräftiger Verbrauchsnachfrage nicht absetzbar ist.

Dieses überzyklische Zurückbleiben der Verbrauchsnachfrage und damit letztlich der gesamtgesellschaftlichen Nachfrage hinter Akkumulation und Produktion ist der Kern langfristiger Überakkumulationstendenzen, die sich einerseits in überzyklisch zunehmenden Überkapazitäten, andererseits eben aus diesem Grunde in einer Verlangsamung des Akkumulationstempos niederschlagen – und damit auch von dieser Seite her einen überzyklischen Anstieg der industriellen Reservearmee hervorrufen und die Krisentendenzen verstärken. Die Aktualität dieser Überakkumulationstendenzen und ihre selbstverstärkenden Folgen auf der Nachfrageseite in der BRD der Gegenwart sind unübersehbar: Noch nie waren die produktiven Kapazitäten so lange Zeit so wenig genutzt wie heute, und noch nie war die Akkumulation über längere Zeit so niedrig wie in den letzten Jahren.

Diese langfristigen Krisentendenzen dokumentieren die steigende Unfähigkeit kapitalistischer Wirtschaftsorganisation, den durch Produktivkraftsteigerung und Kapitalwachstum veränderten materiellen Grundlagen der Wirtschaft auf kapitalistische Weise durch steigende Produktion *und* Realisierung von Mehrwert gerecht zu werden. *Marx* hat diese historische Krisentendenz kapitalistischer Entwicklung bereits im ersten Band von „Das Kapital" (23. Kapitel: Das allgemeine Gesetz der

7 Vgl. DIW-Wochenbericht 48/80, S. 506.
8 Vgl. Karl Georg Zinn u. a., Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland von 1950 bis 1979, o.O., o.J., (Aachen 1981), S. 5.
9 Vgl. Sachverständigenrat . . ., a.a.O., Textziffer 66.

kapitalistischen Akkumulation) umrissen und im dritten Band im Abschnitt über das „Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate" ausdrücklich thematisiert.

Auf *andere Weise* ergibt sich die *gleiche Tendenz einer längerfristigen Überakkumulation, wenn die Produktivkraftentwicklung auch die Ökonomisierung des konstanten Kapitals in einer Weise umfaßt, daß die Fondseffektivität des Kapitals steigt, der Kapitalkoeffizient also sinkt.* Dies ist zwar seit Ende der 50er Jahre gesamtwirtschaftlich nicht mehr der Fall. Seit Mitte der 70er Jahre steigt aber der Kapitalkoeffizient im verarbeitenden Gewerbe im Durchschnitt nicht mehr, ab 1977 gibt es sogar eine leichte Verminderung.[10] Zur Produktion einer gleichbleibenden oder gleichbleibend wachsenden Gütermenge wird also dort eine geringere bzw. geringer wachsende Kapitalmenge benötigt. Das Akkumulationstempo müßte „eigentlich" also im Vergleich zur Güternachfrage (die letztlich immer auf Konsumgüternachfrage reduzierbar ist) abnehmen, die Profitrate müßte planmäßig gesenkt werden. Da dies im Widerspruch zur Grundausrichtung kapitalistischer Produktion und zu den kapitalistischen Machtverhältnissen steht, da vielmehr der grundlegende Imperativ der Akkumulation nach wie vor in Kraft ist, wird sich die Überakkumulation unter den Bedingungen dieses Musters der Produktivkraftentwicklung eher noch verschärfen.

2.2 Monopolstruktur und Monopolstrategie

Die Herausbildung des Monopolkapitals als beherrschender Kapitalstruktur folgt den Gesetzen der Akkumulation.[11] In der Überwindung der Grenzen, die dem Einzelkapital durch das „interne Wachstum", die eigene Produktion, Realisierung und Wiederanlage von Kapital gesetzt sind, gliedern sich die stärksten Kapitale schwächere Unternehmen an. Durch diese Zentralisation entsteht eine systematische Strukturdifferenzierung im gesellschaftlichen Gesamtkapital. Eine Gruppe von Kapitalen bildet sich als Zentrum des Reproduktionsprozesses heraus, während die übrigen Unternehmen, zu denen immer wieder neue hinzukommen, zur Peripherie gemacht werden, deren Entwicklungsperspektive der Verwertung des beherrschenden Sektors untergeordnet wird.

Konzentration und Zentralisation sind eine Stufe der Anpassung des Kapitals an die mit der Entwicklung des Kapitalismus verbundene neue Größenordnung und Komplexität der Produktionsprozesse, allerdings in einer Form, die planvolle gesellschaftliche Gestaltung der Reproduktion in gesellschaftlichem Maßstab nach wie vor verhindert.

Die Strukturdifferenzierung innerhalb des Gesamtkapitals verschafft dem begünstigten Bereich der Großunternehmen besondere ökonomische und außerökonomi-

10 Rolf Krengel u. a., Produktionsvolumen und -potential, Produktionsfaktoren des Bergbaus und des verarbeitenden Gewerbes in der Bundesrepublik Deutschland. Statistische Kennziffern, 23. Folge, West-Berlin 1981, S. 102.

11 Vgl. Heinz Jung, Josef Schleifstein, Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre Kritiker in der Bundesrepublik Deutschland. Eine allgemeinverständliche Antwort, Frankfurt/M. 1979, Kap. II, 2; IMSF (Hg.), Das Monopol – ökonomischer Kern des heutigen Kapitalismus. Theoretische und aktuelle Gesichtspunkte der marxistisch-leninistischen Monopoltheorie, Frankfurt/M. 1976.

sche Zugriffsmöglichkeiten und Vorteilspositionen im Prozeß der gesellschaftlichen Reproduktion und sichert ihm dadurch eine anhaltend überdurchschnittliche Verwertung. Sie ermöglicht es dem Monopolkapital, auch in der Krise durch besonders intensive Rationalisierungsmaßnahmen eine rigorose Umverteilung von Volkseinkommen und Vermögen die Profite zu halten und die Krisenlasten auf alle monopolistischen Teile des Volkes abzuwälzen.

Über den *Stand der Konzentration und Monopolisierung* in der Bundesrepublik können folgende Angaben aus dem Bericht der Monopolkommission 1980/81[12] einen – sehr unvollständigen – Eindruck vermitteln:

- 1980 entfielen durchschnittlich 38,6 Prozent der Produktion in den von der Monopolkommission untersuchten 298 Warenklassen des produzierenden Gewerbes jeweils auf die drei führenden Unternehmen.[13]
- In 189 der 298 Warenklassen lag der Anteil der drei größten Unternehmen über 25 Prozent der Produktion.[14]
- Die 100 größten Unternehmen vereinigten 1980 rund 20 Prozent der Wertschöpfung aller Unternehmen der Bundesrepublik auf sich; dabei fielen 7,5 Prozent der Wertschöpfung allein auf die 10 größten Unternehmen.[15]
- Das Umsatzwachstum zwischen 1978 und 1980 der 100 größten Industrieunternehmen belief sich auf 26,9 Prozent, das sind gut 5 Prozentpunkte mehr als bei allen Unternehmen des produzierenden Gewerbes zusammen (+ 21,5 Prozent); bei den 10 größten Industrieunternehmen wuchsen die Umsätze sogar um 31,8 Prozent.[16]
- 1980 wurden von 75 Unternehmen aus dem Kreis der 100 größten 172,9 Milliarden DM Wertschöpfung und 41,3 Milliarden DM cash-flow erzielt. Auf die 10 größten dieser Unternehmen entfielen dabei 70,3 Milliarden DM Wertschöpfung und 21,7 Milliarden DM cash-flow; das sind 40,7 Prozent der Wertschöpfung und 52,5 Prozent des cash-flow der 75 Unternehmen.[17] Erstens liegt also der Anteil der Spitzengruppe bei den Großunternehmen außerordentlich hoch – ein Hinweis auf das außerordentliche Gewicht dieser Gruppe; zweitens erzielt die Spitzengruppe einen erheblich größeren Anteil am Gesamt-cash-flow der 75 als an ihrer Gesamtwertschöpfung – ein ebenso deutlicher Hinweis auf die überaus begünstigte Gewinnposition der großen Konzerne.

12 Monopolkommission, Viertes Hauptgutachten 1980/81, Bundestags-Drucksache 9/1892 (August 1982).

13 Ebenda, Tz 196. Auf die 298 Warenklassen insgesamt entfallen 90 Prozent der numerisch ausgewiesenen Produktion der 798 vom Statistischen Bundesamt aufbereiteten vierstelligen Warenklassen. Insgesamt gibt es 1153 vierstellige Warenklassen. Zu den nicht aufbereiteten restlichen Warenklassen gehören einerseits solche, die sehr geringe Produktionswerte aufwiesen, andererseits solche, die aus Geheimhaltungsgründen nicht aufbereitet werden dürfen wie z. B. die Warengruppen Spalt- und Brutstoffe, Wasserfahrzeuge und Luft- und Raumfahrzeuge. Dort gibt es jeweils nur sehr wenige Anbieter, der Konzentrationsgrad ist außerordentlich hoch. Vgl. ebenda, Tz. 188, 193.

14 Vgl. ebenda, S. 40, Tabelle 5.

15 Vgl. ebenda, Tz. 404f.

16 Vgl. ebenda, Tz. 364f.

17 Vgl. ebenda, Tz. 419, eigene Berechnungen nach S. 112 und 99.

Die beherrschende Position und die zu ihrer Aufrechterhaltung *eingeschlagenen Strategien des Monopolkapitals bringen krisenverschärfende Folgen für* die gesamtwirtschaftliche Entwicklung mit sich.[18]

Im nichtmonopolistischen Unternehmensbereich beeinträchtigt die unterdurchschnittliche Rentabilität die Investitionen, weil in diesem Bereich – der vorwiegend aus kleinen und mittleren Familienunternehmen besteht – Liquiditätsmangel vielfach ein wesentlicher Grund dafür ist, daß Investitionen unterlassen werden, die ansonsten – auch relativ unabhängig von der Entwicklung der Nachfrage – unternommen worden wären, um den Ersatzbedarf und die notwendigsten Modernisierungen vorzunehmen. Geringe Profite beeinträchtigen zugleich die Kreditbonität, so daß auch die Chancen sinken, notwendige Investitionen über Fremdkapital finanzieren zu können, das zudem in Zeiten von Hochzinspolitik für diesen Unternehmensbereich unerschwinglich teuer ist. Gerade da, wo Gewinne zur Finanzierung notwendiger Investitionen erforderlich wären und insofern in der Tat in gewissem Maße Investitionen anstoßen würden, fallen sie nicht oder nur in unterdurchschnittlichem Maße an, und dies bremst die gesamtwirtschaftliche Investition. Die in den letzten beiden Jahren drastisch gestiegene Zahl der *Unternehmenszusammenbrüche* stellt vielmehr ein *Element von Desinvestition* dar, die Kapazität *und* Nachfrage vernichtet (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3: Entwicklung der Insolvenzen 1960–1982

1960–1964 (jahresdurchschnittlich)	2 996
1965–1969 (jahresdurchschnittlich)	3 749
1970–1974 (jahresdurchschnittlich)	5 290
1975–1979 (jahresdurchschnittlich)	9 031
1980	9 140
1981	11 653
1982	15 877

Quellen: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, fortlaufend; Wirtschaft und Statistik 2/1983, S. 87.

Vom monopolistischen Bereich her ergeben sich negative Wirkungen der Profitdifferenzierung auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung durch die – monopolistisch rationale – Verwendung überdurchschnittlich hoher Profite. Um monopolistisch beherrschte Märkte nicht durch Kapazitätserweiterungen und den daraus folgenden Druck auf höhere Produktionsmengen zu gefährden, die nur zu geringeren Preisen und Gewinnen absetzbar wären, werden auch im konjunkturellen Aufschwung nur wenige Investitionen vorgenommen, deren vorherrschender Zweck die Erweiterung des Produktionsapparates ist. Statt dessen ist folgendes typisch: Wo in den Produktionsapparat investiert wird, steht die Rationalisierung und der ebenfalls auf Rationalisierungsbasis durchgeführte Ersatz veralteter Anlagen im

18 Vgl. Winfried Schwarz, Analyse der ökonomischen Stagnationstendenzen. Bericht über eine IMSF-Tagung, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 2/1979, S. 44–54; Herbert Schui, Stagnation als Folge zunehmend differenzierter Profitraten, in: Konjunkturpolitik, Heft 1/1978, S. 16–36; Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Qualitatives Wachstum statt Gewinnförderung – Alternativen der Wirtschaftspolitik, Köln 1982, S. 57–63.

Vordergrund, um Märkte gegen die Konkurrenz abzudichten und Marktanteile durch die Entwicklung und Anwendung modernster Technologien auszuweiten. Das Ergebnis dieser Modernisierungsstrategien sind oft – auch wenn dies nicht der primäre Zweck der Investition war – steigende Kapazitäten, immer aber sinkende Beschäftigung, also eine Verschärfung des Problems der Überkapazitäten – nicht wegen eines ungezügelten Booms an Erweiterungsinvestitionen, sondern wegen der Rationalisierungs- und Modernisierungskonkurrenz. Beispielhaft hierfür sind gegenwärtig der Stahl- und Werften-,[19] aber zeitlich verschoben auch der Automobilsektor. Die durch die sinkende Beschäftigung verursachte Nachfrageschwäche führt dann zu weiterer Investitionszurückhaltung wegen fehlender Absatzmöglichkeiten und zu verstärkter Konkurrenz um die verbleibenden Märkte, also erneut steigendem Rationalisierungsdruck.

Außer der produktiven Akkumulation stehen den Monopolen eine Reihe anderer *Anlage- und Verwertungsmöglichkeiten* ihrer Profite zur Verfügung, die – eben wegen der krisenbedingten Nachfrageschwäche – attraktiver sind:

– *Die Verlagerung von Kapital und Produktion ins Ausland.*

Die Direktinvestitionen westdeutscher Unternehmen ins Ausland haben sich von 3,5 Milliarden DM in 1970 auf 10,7 Milliarden DM in 1981 verdreifacht.[20] Dieser Betrag ist im Vergleich zu den gesamtwirtschaftlichen Investitionen (1981; 339,3 Milliarden DM) oder zu den Ausrüstungsinvestitionen (128,8 Milliarden DM) auch dann einigermaßen gering, wenn man verschiedene statistische Fehlerquellen und Erfassungsschwierigkeiten berücksichtigt, die beide Größen kaum miteinander vergleichbar machen. Nach verschiedenen Korrekturen kommt *Werner Olle* zu dem Ergebnis, daß für die verarbeitende Industrie insgesamt der Anteil der Auslandsinvestitionen an den inländischen Anlageinvestitionen für 1978/79 bei 10,4 Prozent lag.[21] Völlig anders sieht die Lage bei den Großunternehmen aus: Für 20 Unternehmen (17 davon aus dem Kreis der 100 größten) erreichten 1981 die Auslandsinvestitionen einen Betrag, der der Hälfte (49,1 Prozent) der Inlandsinvestitionen entsprach.[22] Der Anteil der Auslandsproduktion der 10 im Jahre 1980 umsatzgrößten Konzerne des verarbeitenden Gewerbes an ihrem Gesamtumsatz ist von 16,4 Prozent im Jahre 1970 auf 29,1 Prozent im Jahre 1981 gestiegen.[23]

– *Der Aufkauf anderer Unternehmen (Fusion).*

Dabei handelt es sich einzelwirtschaftlich zwar um eine Realinvestition des kaufenden Unternehmens; gesamtwirtschaftlich wird jedoch kein Realkapital geschaffen, sondern bestehendes Realkapital zentralisiert und in der Regel im Zuge der Eingliederung in den Bestand des kaufenden Konzernes vermindert. Derartige Fusionen

19 Dies., Memorandum 81 – Demokratische Wirtschaftspolitik gegen Marktmacht und Sparmaßnahmen, Köln 1981, S. 205–230; dies., Qualitatives Wachstum, Arbeitszeitverkürzung, Demokratisierung – Alternativen zu Unternehmerstaat und Krisenpolitik, Memorandum 83, Köln 1983, S. 193–209 und 210–230.

20 Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, Februar 1983, S. 77*.

21 Vgl. Werner Olle, Externalisierung von Beschäftigtenwachstum. Zur quantitativen Bedeutung der deutschen Direktinvestitionen im Ausland, in: WSI-Mitteilungen 11/1982, S. 679.

22 Vgl. ders., Auslandsexpansion deutscher Industrieunternehmen wird unterschätzt, in: Informationen über multinationale Konzerne 1/83, S. 32.

23 Eigene Berechnungen anhand der Geschäftsberichte. Es handelt sich um Siemens, Daimler, Volkswagen, Thyssen, Bayer, BASF, Hoechst, AEG, Krupp und Mannesmann.

sind darüber hinaus regelmäßig mit einer deutlichen „Durchforstung" des Personalbestandes, also mit umfangreichen Arbeitsplatzvernichtungen verbunden. Die im Zuge der „Sanierung" der AEG geschehenen Übernahmen verschiedener Unternehmensteile dieses Konzerns – Zanker durch Siemens-Bosch-Hausgeräte GmbH, Telefunken durch Thomson Brandt usw. – sind hierfür beeindruckende Beispiele. Insgesamt ist die Zahl der meldepflichtigen Fusionen in den 70er Jahren gegenüber der Zeit davor auf ein Vielfaches gestiegen:

Tabelle 4: Entwicklung der anmeldepflichtigen Fusionen 1960–1982

1960–1964 (jahresdurchschnittlich)	30
1964–1969 (jahresdurchschnittlich)	78
1970–1974 (jahresdurchschnittlich)	270
1975–1979 (jahresdurchschnittlich)	522
1980	635
1981	618
1982	600

Quellen: Berichte des Bundeskartellamtes, fortlaufend; Der Spiegel Nr. 50/82 vom 13. Dezember 1982, S. 76; Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse Nr. 1/1983, S. 9.

Die monopolistischen Unternehmen spielen hierbei eine führende Rolle: An den für 1980 und 1981 angezeigten 1254 Zusammenschlüssen waren die 100 größten Unternehmen in 528 Fällen (also in 42,1 Prozent aller Fälle) 604 mal beteiligt.[24] Dabei gibt es auch hier wieder eine enorme Konzentration auf die Spitzengruppe: Auf die 10 größten Unternehmen entfielen mit 187 Zusammenschlüssen 15 Prozent aller gemeldeten und 31 Prozent, d. h. fast ein Drittel aller Zusammenschlüsse der 100 größten Unternehmen.[25]

– *Der Kauf von Wertpapieren, Anleihen oder die eigene Kreditvergabe.*

Diese Strategie ist umso attraktiver, je höher das Zinsniveau ist. Sie schafft für liquide Unternehmen in Form der Zinserträge ein spürbares Gegengewicht gegen die Zinsbelastungen, die mit der Aufnahme von Fremdkapital insbesondere in Zeiten staatlicher Hochzinspolitik verbunden sind. Die Begünstigten sind in erster Linie Großunternehmen: Das Eigenkapital der größten Kapitalgesellschaften lag nach einer Untersuchung der Bundesbank 1980 bei 93,2 Prozent der Sachanlagen, ihre Nettozinsbelastung machte 1,1 Prozent des Rohertrags aus. Demgegenüber betrug das Eigenkapital kleiner Einzelkaufleute 43,0 Prozent der Sachanlagen, ihre Nettozinsbelastung 7,0 Prozent des Rohertrags.[26]

Die weitere Ausprägung der Monopolstrukturen, die Vertiefung der Differenzierungen im Gesamtkapital und die monopolistischen Verwertungsstrategien beeinflussen die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Krise und Aufschwung negativ: Die Krise wird länger und tiefer, weil die systematische Profitdifferenzierung und monopolistische Umverteilung den Umfang der krisenbedingten Unternehmenszu-

24 Vgl. Monopolkommission, Viertes . . .; a.a.O., Tz. 457.

25 Vgl. ebenda, S. 139.

26 Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, 11/1981, S. 18 und 22. Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital zu Bilanzsumme) betrug bei den Großunternehmen (Umsatz von 100 Millionen und mehr) 27 Prozent, bei den kleinen (bis zu 10 Millionen DM Umsatz) 15,1 Prozent (ebenda).

sammenbrüche und damit die Arbeitslosigkeit und den Nachfragerückgang vergrößern. Der Aufschwung wird verhaltener, weil im monopolistischen Bereich arbeitsplatzvernichtende und d. h. Verbrauchsnachfrage beschränkende Rationalisierungsinvestitionen überwiegen und im übrigen ein Teil der monopolistischen Profite überhaupt nicht mehr als reale Nachfrage wirksam wird.

2.3 Die ökologische Krise

In den letzten Jahren sind einer breiteren Öffentlichkeit die Gefahren bewußt geworden, die mit der Beschädigung und Zerstörung natürlicher Lebensbedingungen und der Lebensumwelt verbunden sind und zur akuten Bedrohung für die Lebensqualität, ja die Existenz der Menschen führen können.[27]

Die Prozesse, die der aktuellen ökologischen Krise zugrundeliegen, sind nicht neu. Daß sie gegenwärtig als wesentlicher Bestandteil der umfassenden Krise verstanden werden müssen, in der die gesellschaftliche Reproduktion steckt, verweist auf ihren überzyklischen und langfristig wirkenden Charakter. Naturzerstörung hat historisch immer da stattgefunden, wo die gesellschaftliche Reproduktion nicht als bewußter Stoffwechsel mit der Natur organisiert worden ist. Wenn die mit der Produktivkraftentwicklung verbundenen Eingriffe in Naturprozesse auf ökologische Kreisläufe, auf die Regenerationsfähigkeit verbrauchter Substanzen und auf den schonenden Umgang mit nicht erneuerbaren Ressourcen nicht achten, findet eine prinzipiell irreparable Beschädigung der Naturbasis statt, deren Vorhandensein unabdingbare Grundlage des menschlichen Lebens und damit auch aller gesellschaftlichen Reproduktion ist. Eine solche Tendenz zur Zerstörung der Naturbasis der Reproduktion ist in der kapitalistischen Produktionsweise angelegt.[28] Das einzelne Unternehmen ist der Bezugspunkt aller wirtschaftlichen Prozesse und Entscheidungen, seine Orientierung ist die Minimierung der Kosten und die Maximierung der Erlöse. Um umfassendere Zusammenhänge hat es sich – bei Strafe unzureichender Rentabilität und des Untergangs – nicht zu kümmern, gesellschaftliche Kosten und Schäden sind soweit wie möglich nach außen zu „externalisieren". Denn: „Gegenüber der Natur wie der Gesellschaft kommt bei der heutigen Produktionsweise vorwiegend nur der erste, handgreiflichste Erfolg in Betracht."[29]

Marx demonstriert diese gegenüber der Naturbasis destruktiven Tendenzen des Kapitalismus an der kapitalistischen Industrialisierung der Landwirtschaft und bemerkt dazu: „Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik

27 Vgl. zur globalen Bestandsaufnahme etwa: Council on Environmental Quality, US Department of State, Global 2000, Der Bericht an den Präsidenten, Frankfurt/M. 1980; Werner Rügemer, Die alarmierenden Prognosen von „Global 2000", in: Blätter... 8/81, S. 927–945; Edgar Gärtner, „Global 2000" – Vorzüge und Mängel der amerikanischen Weltstudie, in: Blätter... 10/81, S. 1221–1233; Arnim Bechmann, Gerd Michelsen (Hg.), Global Future – Es ist Zeit zu handeln, Freiburg/Br. 1981; für die Bundesrepublik vgl.: Jürgen Grumbach (Hg.), Grünbuch Ökologie, Köln 1982; Edgar Gärtner, Ökologie und Umweltkrise in der BRD, in: IMSF (Hg.), Technik – Umwelt – Zukunft, Frankfurt/M. 1980, S. 168–186.

28 Vgl. Hans Heinz Holz, Grundsätzliches zu Naturverhältnis und ökologischer Krise, in: „... einen großen Hebel der Geschichte". Zum 100. Todestag von Karl Marx: Aktualität und Wirkung seines Werks, Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF, Sonderband I, Frankfurt/M. 1982, S. 155–171.

29 Friedrich Engels, Dialektik der Natur, in: MEW, Band 20, S. 455.

und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter."[30]

Die „Gratisproduktivkraft" Natur gibt ohne sorgfältige Behandlung und Regenerationshilfen immer weniger her, ihre Belastbarkeit durch weitere Schadstoffe nimmt dramatisch ab. Die ökologische Krise wird unübersehbar und sinnlich als Existenzbedrohung erfahrbar.

Allerdings wirkt die ökologische Krise – die auf dem ökonomischen Grundmechanismus der Kapitalverwertung beruht – noch kaum unmittelbar als Blockierung auf die wirtschaftliche Entwicklung zurück, insbesondere nicht auf die Interessen des Großkapitals. Eine Ausnahme macht hier das Waldsterben, das unmittelbar die Profitinteressen der privaten Waldeigentümer und Holzverwerter berührt. Die Priorität, mit der der Wald von der Bundesregierung behandelt wird, ist sicher teilweise auch durch dieses unmittelbare Interesse beeinflußt. Ansonsten unterscheiden sich die Wirkungen der ökologischen noch von denen der ökonomischen Krise: Die zyklische oder (als langfristige Überakkumulation) überzyklische Auseinanderentwicklung von Produktion und Konsumtionskraft (als Kern der ökonomischen Krise) blockiert über sinkende Absatzmöglichkeiten den ökonomischen Mechanismus selbst. Die ökologische Krise dagegen untergräbt zwar die natürliche Grundlage allen Wirtschaftens – und damit objektiv „in letzter Instanz" auch seine eigenen Existenzmöglichkeiten –, nicht aber unmittelbar den inneren Mechanismus der Kapitalverwertung. Daß die ökologische Lage immer prekärer wird und auf eine Katastrophe hintreibt, ist für das Kapital kein Grund (und kein Zwang!) innezuhalten und seine Art des Umgangs mit der Natur zu ändern. Im Gegenteil: Den tendenziell verschlechterten Verwertungsbedingungen versucht der einzelne Kapitalist durch weitere Kostensenkungen zu Lasten der Menschen und der Natur zu entkommen – zeitweise nicht ohne Erfolg. Die Belastung der Umwelt ist – anders als die Verarmung der Massen (= Verminderung der Kaufkraft) – aus sich selbst heraus keine aktuelle Schranke der Kapitalverwertung.

Was die ökologische Krise bereits vor der Umweltkatastrophe dennoch zur Schranke der Kapitalverwertung macht, ist nicht die Zerstörung der Naturbasis der Reproduktion, sondern der Widerstand gegen diese Zerstörung. Die objektiv zur Erhaltung der Menschheit und damit auch zur Erhaltung des Kapitalismus als menschlicher Gesellschaftsorganisation erforderlichen Maßnahmen können, wenn überhaupt, nur durch den Widerstand und die Kämpfe derer durchgesetzt werden, die von den Schäden der kapitalistischen Produktion unmittelbar und akut betroffen sind.

Hier drängen sich dann doch wieder Analogien mit den ökonomischen Prozessen der Kapitalverwertung auf: Daß die hemmungslose Verlängerung des Arbeitstages zur Produktion des absoluten Mehrwerts mit der Gesundheit und dem Leben der Arbeiter zweifellos auch die natürliche Grundlage der Mehrwertproduktion überhaupt gefährdete, hat keinen Kapitalisten des vorigen Jahrhunderts veranlaßt, die Arbeitszeit seiner Arbeiter freiwillig zu senken. Die objektive Notwendigkeit zur Begrenzung des Arbeitstages wurde in zähen Klassenkämpfen von den betroffenen Arbeitern selbst gegen den erbitterten Widerstand des Kapitals durchgesetzt.[31]

30 Karl Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Erster Band, in: MEW, Band 23, S. 529f.
31 Vgl. dazu Karl Marx, Das Kapital, a.a.O., 8. Kapitel: Der Arbeitstag.

Dieser Kampf erscheint dem Kapital als Hindernis seiner Verwertung, als „Investitionshemmung", wie es heute heißt. Staatliche Vorschriften zum Schutz des Arbeitsvermögens erscheinen damals wie heute als „einstellungshemmende Vorschriften", ebenso wie staatliche Vorschriften zum Schutz der natürlichen Umwelt als krisenverursachende Faktoren, als „wirtschaftsfeindliche" Bürokratie erscheinen. Sie setzen in der Tat der hemmungslosen Freiheit des Kapitals Grenzen und sind insofern Krisenfaktoren für die Kapitalverwertung. Andererseits sind sie keine Krisenfaktoren, sondern Existenzsicherungsfaktoren, wenn auf die Sicherung der Grundlagen aller ökonomischen Entwicklung abgestellt wird.

3. Wirtschaftspolitik und Krisentendenzen

Stärke, Verlauf und Perspektiven der aktuellen Krisentendenzen hängen wesentlich auch von der Richtung staatlicher Eingriffe ab. Im staatsmonopolistischen Kapitalismus laufen ökonomische Prozesse unter umfassender und andauernder Beteiligung des Staates ab, weil nur so die ökonomische Reproduktion – als Verwertung des Monopolkapitals – gewährleistet werden kann.[32]

Diese neue und intensivere Verbindung staatlicher Politik und privater Wirtschaft stellt gleichzeitig eine neue Stufe der kapitalistischen Vergesellschaftung dar, nämlich den ökonomischen Eingriff einer gesellschaftlichen Instanz, die – wenn auch nur formell und nach außen – nicht als den Interessen einer einzelnen Gruppe oder Klasse verpflichtet auftritt, sondern als über den Gruppen und Klassen stehend sich um die Verwirklichung des „Gemeinwohls" kümmern soll und mit entsprechend weitgehenden Machtbefugnissen ausgestattet ist.

Die Perspektiven, die in dieser neuen Stufe der direkten Vergesellschaftung liegen, sind zwiespältig: Einerseits ist die Indienstnahme staatlicher Produktion und Dienstleistungen, staatlich mobilisierter Finanzmassen und staatlicher Gesetzes- und Exekutivgewalt natürlich ein wichtiger und wirksamer Hebel zur Förderung monopolistischer Verwertung. Andererseits mobilisiert die permanente und umfassende ökonomische Intervention einer mit dem Anspruch gesamtgesellschaftlicher Interessenvertretung auftretenden Instanz die Ansprüche und Forderungen anderer gesellschaftlicher Gruppen und Klassen, deren Interessen durch die staatsmonopolistische Politik nicht vertreten, sondern unterdrückt werden. Gerade die – von der Arbeiterbewegung mit erkämpfte – bürgerlich-parlamentarische Demokratie eröffnet Möglichkeiten, Forderungen dieser Schichten und Klassen an die staatliche Gestaltung der Wirtschaft politisch anzumelden und bei entsprechender Mobilisierung auch teilweise durchzusetzen. Zwar kann staatliche Politik – auch unter Druck antimonopolistischer Forderungen – die Grundprozesse kapitalistischer Wirtschaft, die Produktion von Mehrwert und die Realisierung von Profit, nicht außer Kraft setzen; *sie kann aber die Richtung, in der sie sich entwickeln, sehr wohl spürbar beeinflussen.*

32 Zur Diskussion über den staatsmonopolistischen Kapitalismus vgl. Heinz Jung, Josef Schleifstein, Die Theorie ... Kap. II, 3; IMSF (Hg.), Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik, Band I: Staatsdiskussion und Staatstheorie, Frankfurt/M. 1981. Band II: Empirische Analysen. Fakten. Frankfurt/M. 1982; Staatsmonopolistischer Kapitalismus der Bundesrepublik Deutschland in Daten und Fakten, Arbeitsmaterialien des IMSF, Nr. 12, Frankfurt/M. 1981.

Dies hat Folgen für den konkreten Verlauf kapitalistischer Wirtschaftskrisen. Während sie prinzipiell, solange wirtschaftliche Entwicklung durch den privaten Profit – als Durchschnittsprofit, als monopolistisch oder staatsmonopolistisch modifizierter Profit – reguliert wird, nicht verhindert werden können, wäre es doch möglich, abrupte Einbrüche etwa durch antizyklische Fiskalpolitik zu mildern; es wäre möglich, absehbare Engpässe der Rohstoff- oder Energieversorgung frühzeitig zu erkennen und Gegenmaßnahmen zu ergreifen; Defizite in der technologischen Entwicklung oder andere strukturelle Fehlentwicklungen könnten in gewissem Maße entschärft werden.[33] Die volle Herstellung und vor allem die längerfristige Beibehaltung einer globalen und strukturellen Balance zwischen Angebot und Nachfrage ist aus den oben erläuterten Gründen nicht möglich. Die Beeinflussung gesamtwirtschaftlicher Nachfragekomponenten, eine gezielte Strukturpolitik und die Einschränkung monopolistischer Übermacht könnten jedoch akute Kriseneinbrüche mildern und vor allem das Wachstum der Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Verminderung des Lebensstandards begrenzen.

Ob und inwieweit eine solche Politik tatsächlich betrieben wird und wie erfolgreich sie ist, hängt einerseits von den noch vorhandenen ökonomischen Spielräumen ab, die zur Finanzierung einer derartigen, auf Herstellung einer gewissen binnenwirtschaftlichen Proportionalität gerichteten, Politik erforderlich sind. Zum anderen hängt es von dem politischen Druck und der Bereitschaft ab, für eine krisenmindernde Politik zu kämpfen.

In der Bundesrepublik läuft die aktuelle wirtschaftspolitische Entwicklung in die gegenteilige Richtung. Die längerfristigen Krisentendenzen sowie die schwere zyklische Wirtschaftskrise Mitte der 70er Jahre haben die wirtschaftspolitischen Spielräume spürbar verengt. Die Fortsetzung einer Politik, die auf Sicherung kapitalistischer Reproduktion durch die Ausdehnung privater und staatlicher Nachfrage – über Tarif-, Sozial- und Reformpolitik – abzielte, hätte nur durch eine intensivere Mobilisierung gegen die Ansprüche des Monopolkapitals durchgesetzt werden können. Die Kraft hierzu ist weder von der sozialliberalen Regierung noch von den Gewerkschaften aufgebracht worden. Die Alternative hierzu ist die weitgehende Durchsetzung der Forderungen des Monopolkapitals auf Kosten der Lebensbedingungen der Menschen in der BRD und auf Kosten friedlicher und kooperativer internationaler Wirtschaftsbeziehungen. Diese Alternative ist Inhalt der „grundlegenden Wende" in der Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik, die bereits Mitte der 70er Jahre (etwa mit dem ersten Haushaltsstrukturgesetz von 1975) eingeleitet wurde, spätestens seit den Koalitionsvereinbarungen vom November 1980 die Gesamtpolitik prägt und seit dem Regierungswechsel mit wachsender Offenheit und Brutalität durchgesetzt wird .[34]

33 Vgl. Jörg Huffschmid, Alternativen staatsmonopolistischer Regulierung und antimonopolistische Einflußmöglichkeiten, in: IMSF (Hg.), Der Staat . . ., a.a.O., Band 1, S. 440ff; Heinz Jung, Gesamtkapital – Monopol – Staat. Gesichtspunkte des ökonomischen Mechanismus im staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 2/1979, S. 55–84.

34 Vgl. Jörg Goldberg, Jörg Huffschmid, Konservative Wende unter sozialdemokratischer Führung, in: Marxistische Blätter 5/1982, S. 50–64; Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum '80, a.a.O., S. 28–36; dies., Memorandum '81, a.a.O., S. 49–58; dies., Memorandum '83, S. 88–127.

Diese Politik der *Austerität nach innen* führt zu erheblichen Beschränkungen der privaten und staatlichen konsumtiven Nachfrage und droht daher den beabsichtigten Investitionsboom verpuffen (oder gar nicht erst entstehen) zu lassen. Denn die Investitionen sind erst dann rentabel (und werden auch dann erst unternommen), wenn der durch Investitionen ausgebaute oder modernisierte Produktionsapparat auch in hohem Maße ausgelastet ist oder eine entsprechende Auslastung erwartet wird; dies aber setzt letztlich eine entsprechende Belebung der Endnachfrage voraus.

Das Konzept, mit dem gegengesteuert werden soll und das daher die notwendige Ergänzung der Austeritätspolitik nach innen darstellt, ist die forcierte *Expansion nach außen:* Durch Technologie- oder Modernisierungspolitik sollen die internationale Wettbewerbsfähigkeit bundesdeutscher Konzerne gesichert und ihre Weltmarktanteile ausgedehnt, durch internationale Geld-, Kredit- und Entwicklungshilfepolitik ökonomische Einflußzonen geschaffen werden. Schließlich dient auch das zunehmende militärpolitische Engagement der Bundesregierung – Unterstützung der US-Globalstrategie zur Sicherung „vitaler Interessen" des Westens, eigene Aufrüstung, verstärkte Waffenexporte – dazu, Rohstoffquellen wie Anlage- und Absatzgebiete im Ausland zu sichern.[35]

Die Strategie der Austerität nach innen und Expansion nach außen zielt darauf, die Verwertungsspielräume des bundesdeutschen Monopolkapitals in einem rücksichtslosen Befreiungsschlag zu erweitern, der durch weitestgehende Vernachlässigung aller Interessen und Ansprüche anderer Gruppen sowie langfristiger Entwicklungserfordernisse für das Monopolkapital selbst gekennzeichnet ist. Diese ausschließliche Konzentration auf die Profite des Monopolkapitals bringt jedoch neue unübersehbare Risiken und Krisen für die Entwicklung der BRD-Wirtschaft und für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen mit sich:

Nach innen vernachlässigt die neue wirtschaftspolitische Linie binnenwirtschaftliche Reproduktions- und Proportionalitätserfordernisse in weit größerem Maße als bisher. Die Arbeitslosigkeit wird nicht sinken, sondern steigen, die gesamtwirtschaftliche Krise wird sich verschärfen, die sozialökonomische Polarisierung weiter zunehmen.

Aber auch in den internationalen (Wirtschafts-)Beziehungen sind die Perspektiven nicht günstiger. Da die gleiche wirtschaftspolitische Strategie von den Regierungen der meisten anderen imperialistischen Länder eingeschlagen wird, kann keine Rede davon sein, daß die Bundesrepublik ihre binnenwirtschaftlichen Probleme auf dem Weltmarkt längerfristig lösen könnte. Die Aggressivität gegenüber den Ländern der Dritten Welt und gegenüber den sozialistischen Ländern, die jene in ihrem politischen und ökonomischen Emanzipationskampf unterstützen, nimmt zu. Eine Politik der militärischen Intervention, ja sogar die Vorbereitung eines atomaren Erst- oder „Enthauptungsschlages" gegen die Sowjetunion wird von der Bundesregierung unterstützt. Gleichzeitig steigt aber auch die Intensität der innerimperialistischen Konkurrenz und Konfrontation. Sie eskaliert in Einzelfällen zu akuten politischen Krisen, die sogar die Perspektive innerimperialistischer militärischer Auseinandersetzungen enthalten (Fischereikrieg England gegen Dänemark Anfang 1983).

35 Vgl. Jörg Huffschmid, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, in: Druck und Papier, Nr. 23 vom 16. November 1981, S. 22–26.

Daß die skizzierte Wirtschaftspolitik die ökonomische Krise in der Bundesrepublik vertieft und zur Destabilisierung und Krise der internationalen Wirtschaftsbeziehungen beiträgt, ist allerdings für die Bundesregierung noch kein Grund, den Kurs zu ändern. Denn dieser Kurs zielt weder auf die Verbesserung der Lebenslage für die Menschen in der BRD noch auf friedliche internationale Kooperation; er zielt vielmehr auf die wirksame Durchsetzung monopolistischer Verwertungsinteressen unter veränderten nationalen und internationalen Bedingungen. In dieser Hinsicht war die Politik bislang durchaus erfolgreich. Denn sie bringt denjenigen Unternehmen Gewinn, die von den Kostensenkungen durch Austeritätspolitik profitieren und sich den negativen Rückwirkungen durch den Ausfall der binnenwirtschaftlichen Konsumnachfrage entziehen können. Das sind einerseits die großen Weltmarktkonzerne: Auf nur 85 der 100 größten Unternehmen entfielen schon 1976 über die Hälfte des gesamten bundesdeutschen Exportes; der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz der 10 größten Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes der BRD stieg von 45,9 Prozent in 1970 auf 61,7 Prozent in 1981.[36]

Profiteure der wirtschaftspolitischen Wende sind andererseits die Unternehmen, die nicht auf konsumtive (und davon letztlich abhängig private investive) Nachfrage angewiesen sind, sondern ihr Geschäft mit dem Staat machen, in erster Linie die Rüstungsunternehmen: Die Ausgaben für militärische Beschaffungen stiegen von 1979 bis 1983 um 45,6 Prozent (während die Bundesausgaben für Familie, Gesundheit und Jugend um 5,5 Prozent sanken).[37]

Es ist denkbar und auf mittlere Sicht plausibel, daß die Krisentendenzen, die durch die ganz auf monopolistische Bedürfnisse zugeschnittene und gesamtwirtschaftliche Reproduktions- und Funktionsbedingungen sehr viel stärker als früher vernachlässigende Wirtschaftspolitik hervorgebracht werden, auf die Dauer auch gegen das Monopolkapital zurückschlagen, weil sie die Substanz inländischer Wirtschaft, die letztlich das Sprungbrett für die transnationale Aktivität der Monopole ist, ruinieren. Konkret absehbar ist dies jedoch gegenwärtig nicht. Eine Änderung des aktuellen Kurses wird daher in überschaubarer Zeit nicht von seiten des Monopolkapitals verlangt werden. Wenn die für die Menschen der BRD katastrophale, krisenverschärfte wirtschaftspolitische Hauptlinie geändert werden soll, dann wird dies vermutlich nicht aufgrund der inneren Widersprüche dieser Linie, sondern wegen des Widerstandes geschehen, der ihr von den Betroffenen entgegengesetzt wird.

4. Entwicklungsperspektiven

Die vielfachen überzyklischen Krisenerscheinungen bestimmen heute nachhaltig das Bild des Kapitalismus in der BRD – auch im konjunkturellen Aufschwung. Anhaltende Arbeitslosigkeit bei sinkendem Realeinkommen, ökologische Krise und steigende Kriegsgefahr signalisieren, daß die normalen Mechanismen der kapitalisti-

36 Eigene Berechnungen nach den Geschäftsberichten. Vgl. Anm. 23.

37 Vgl. Wehrtechnik 11/79, S. 91; Wehrtechnik 3/83, S. 26; Finanzbericht 1980, Bonn 1979, S. 45; Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 101 vom 29. Oktober 1982, S. 932.

schen Reproduktion, einschließlich der zyklischen Krisen, nicht mehr funktionieren. Die Orientierung der Produktion am privaten Profit gewährleistet immer weniger den Fortgang der gesellschaftlichen Reproduktion – weder durch das freie Spiel der Marktkräfte, das zum Ausgleich der Profitraten führt, noch als Ausübung monopolistischer Macht noch als permanente staatliche Intervention in die Wirtschaft. Zwar bringt die staatsmonopolistische Manipulation bestimmten Monopolen nach wie vor außerordentlich hohe Profite – zugleich wird jedoch das für die Alimentierung monopolistischer Positionen erforderliche Umfeld extrem vernachlässigt. Massenarbeitslosigkeit und sinkende Einkommen schlagen als abnehmende Verwertungsmöglichkeiten unmittelbar auf den ökonomischen Mechanismus zurück; ökologische Krise und steigende Kriegsgefahr haben Gegenbewegungen hervorgerufen, die die Bewegungsfreiheit des Kapitals ebenfalls einzuschränken tendieren. Kurz: Die kapitalistische Entwicklung scheint mehr und mehr aus dem Tritt zu geraten, und staatliche Politik verschärft die Krise, statt sie zu mildern.

Diese Diagnose ist unter Marxisten wohl weitgehend unbestritten. Sie kann aber verschieden interpretiert werden. *Handelt es sich um eine Übergangsphase, um eine Phase der Krise alter und der allmählichen Herausbildung neuer Regulierungsmechanismen, die dann wieder eine längere Phase relativer Stabilität des Kapitalismus herbeiführen?*[38] Wir hätten es dann mit der dritten umfassenden „Regulierungskrise" in der Geschichte des Kapitalismus zu tun: Die erste im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts führte zur Herausbildung des Monopolkapitalismus; die zweite im Gefolge des ersten Weltkrieges und der Weltwirtschaftskrise brachte den staatsmonopolistischen Kapitalismus hervor. Wenn der Kapitalismus gegenwärtig die dritte Regulierungskrise durchläuft, stellt sich die Frage nach dem Charakter und den bereits vorhandenen realen Ansätzen des sich im Verlauf dieser Krise herausbildenden neuen Regulierungsmechanismus.

Die Tatsache, daß es theoretisch außerordentlich schwierig sein dürfte, ein qualitativ neues Orientierungs-, Interventions- und Organisationssystem des Kapitalismus zu entwickeln, und daß reale Ansätze hierzu empirisch auch nicht auszumachen sind, stellt allerdings die These in Frage, daß die gegenwärtige umfassende Regulierungskrise durch die Etablierung eines neuen, relative Stabilität bringenden Regulierungssystems abgelöst wird. Eine alternative Interpretation der gegenwärtigen Lage und der Entwicklungsperspektiven läuft darauf hinaus, daß der Kapitalismus eine neue Stufe der – historisch zunehmenden – Labilität durchmacht, aus der sich keine neue Phase relativer Stabilität entwickelt.[39] Damit ist der Kapitalismus noch längst nicht am Ende, es gibt ohne Zweifel noch eine Reihe von Verwertungsressourcen, die mit großen Anstrengungen mobilisiert werden können. Ihre Mobilisierung würde aber weder den Charakter der gegenwärtigen Krise verändern noch einen qualitativ neuen Mechanismus der Regulierung etablieren.

38 Vgl. Reinhold Kowalski, Widersprüche der Kapitalakkumulation und Regulierungskrise, in: IPW-Forschungshefte, 1/1983; Dieter Klein, Die Marxsche Auffassung zum Regulierungsmechanismus im Kapitalismus, in: IPW-Bericht 3/83, S. 29f.; Angelina Sörgel, Regulierung und Regulierungskrise der kapitalistischen Wirtschaft im Kontext der Marxschen politischen Ökonomie, in: „... einen großen Hebel ..." a.a.O., S. 122ff.

39 Vgl. Horst Heininger, Karl Marx und die Labilität des kapitalistischen Wirtschaftssystems, in: IPW-Berichte, 3/83, S. 14–21.

Anders formuliert: Die Dauer, Vielfalt und Intensität der Krisen und Widersprüche im Kapitalismus der Gegenwart *machen neue Mechanismen, Institutionen und Methoden objektiv erforderlich, um den monopolistischen Reproduktionsprozeß aufrechtzuerhalten.* Das heißt aber *nicht* schon, daß sich diese Notwendigkeit auch tatsächlich – natürlich in kapitalistisch pervertierter Form – durchsetzen wird, wie sie sich mit der Herausbildung von Monopolkapitalismus und staatsmonopolistischem Kapitalismus durchgesetzt hat. Der objektiven Notwendigkeit zur Schaffung neuer Regulierungsmechanismen könnte die ebenso objektive und ebenso harte Unmöglichkeit entgegenstehen, diesen Mechanismus tatsächlich zu schaffen. Es ist nicht von vornherein gesichert, daß die systemerhaltenden Tendenzen auf jeden Fall letztlich die Oberhand gegenüber den zerstörerischen und selbstzerstörerischen Tendenzen behalten werden.

Die für die nächsten Jahre zu erwartende ökonomische und soziale Entwicklung in der BRD läßt sich auf dem Boden der in den vorausgegangenen Abschnitten vorgetragenen Analyse nicht mit Bestimmtheit prognostizieren. Es erscheinen vielmehr *drei Entwicklungsvarianten möglich* zu sein, die stark durch die jeweils eingeschlagene Richtung staatlicher Politik bestimmt werden.

1. Die *Fortsetzung der gegenwärtigen reaktionären Variante der Austerität* nach innen und *Expansion* nach außen; dies würde relativ schnell ruinöse Folgen für die Binnenwirtschaft und eine zunehmende internationale Konfrontation mit steigender Kriegsgefahr mit sich bringen.

2. Die *Fortsetzung der Austeritätspolitik bei gleichzeitiger Erweiterung des Binnenmarktes* durch umfangreiche öffentliche Investitionsprogramme – für die außer der Rüstung etwa die Bereiche der Verkabelung, der Kernkraftwerke, neuer Autobahnen u. a. infrage kämen. Natürlich würde auch in dieser Variante die außenwirtschaftliche Expansion nicht fehlen; sie hätte nur – jedenfalls mittelfristig – ein geringeres Gewicht, weil der Staat zusätzliche Märkte im Inland schafft – und damit im übrigen auch die nationale Basis für das transnationale Wirken bundesdeutscher Monopole verbessert. Dazu braucht er freilich Mittel, die durch erneute Umverteilung vom konsumtiven zum investiven Sektor aufgebracht werden. Die damit verbundene weitere Senkung von Einkommen und sozialer Sicherheit würde entweder durch die ideologische Erzeugung von noch mehr „Opferbereitschaft", durch Sozialpartnerschaft auf niedrigerem Niveau sowie die ideologische und materielle Einbindung größerer Teile des nichtmonopolistischen Kapitals und von Mittelschichten oder durch stärker autoritär-disziplinierende Mittel oder durch eine Kombination von beidem durchgesetzt, in jedem Falle durch massive Entdemokratisierung auf breiter Front.

3. Die *Milderung* und schließlich *Beendigung der Austeritätspolitik* und die *stärkere Ausrichtung der Produktion und Reproduktion auf den Binnenmarkt,* d. h. letztlich den individuellen und kollektiven Konsum. Anhebung der Masseneinkommen, Verbesserung des Systems der sozialen Sicherheit, Wiederaufnahme staatlicher Reformpolitik, umfangreiche öffentliche Ausgaben zur Verbesserung der Lebensqualität und zur Schaffung sinnvoller Produktionsvoraussetzungen (Energieerschließungs- und Umweltschutzinvestitionen) und spürbare Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Einkommensausgleich sind zentrale Elemente einer solchen Entwicklungsvariante. Auch wenn sie durchgesetzt würde, würde es sich noch um staatsmonopo-

listischen Kapitalismus handeln; denn nach wie vor befände sich der größte Teil der Produktionsmittel in privater Hand, nach wie vor würde das Monopolkapital der maßgebliche Teil des Kapitals sein, und nach wie vor würde die – intensivere und umfassendere – staatliche Intervention sich an der Verwertung des Monopolkapitals orientieren. Wieweit sie diese Orientierung tatsächlich realisiert, hängt jedoch weniger von der Orientierung als vom gesellschaftlichen Kräfteverhältnis ab. Staatliche Politik würde dann zur Variante 3 führen, wenn die Wege der Varianten 1 und 2, die „eigentlich" günstiger für das Monopolkapital sind, versperrt sind. Sie werden nicht durch ökonomische Mechanismen, sondern durch soziale Bewegungen versperrt. Staatliche Politik schlägt nicht von sich aus, sondern unter dem Druck gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse eine bestimmte Variante der ökonomischen Intervention ein. Sie wird nicht von sich aus Beschäftigungsprogramme auflegen und die Reformpolitik wiederbeleben. Sie kann hierzu aber gezwungen werden. Wenn es Friedensbewegung, Gewerkschaften und Ökologiebewegung sowie den verschiedensten Bürgerinitiativen gelingt, weitere Aufrüstung und Konfrontation, weiteren Sozial- und Einkommensabbau, weitere Verkabelung etc. undurchführbar zu machen, sind die Weichen für eine andere staatliche Politik, ja, für eine Veränderung des gesamten ökonomischen Regulierungsmechanismus gestellt.

Ob eine in dieser Perspektive angelegte demokratische Wirtschaftsregulierung als mögliche Entwicklungsvariante aus der gegenwärtigen Krise heraus allerdings in eine Reihe mit der Herausbildung des Monopolkapitalismus und des staatsmonopolistischen Kapitalismus als Reaktion auf die beiden früheren Regulierungskrisen gestellt werden kann, erscheint zweifelhaft. Denn es würde sich zwar zu Beginn und während der langen Zeit eines solchen Demokratisierungsprozesses noch um staatsmonopolistischen Kapitalismus handeln, die volle Herausbildung demokratischer Wirtschaftsregulierung würde aber die Einschränkung und schließliche Beseitigung der kapitalistischen Grundverhältnisse, des Privateigentums an den Produktionsmitteln sowie der Orientierung der Produktion am privaten Profit, mit sich bringen. Das wäre dann allerdings schon Sozialismus.

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 6/1983

Die Rolle der Xenofinanzmärkte in der internationalen Finanzkrise

Bernhard Roth

1. Überblick – 2. Erscheinungsbild und aktuelle Ursachen der internationalen Finanzkrise – 2.1 Die Schuldenkonzentration auf einige Schwellenländer – 2.2 Gefährdung internationaler Großbanken – 2.3 Privatisierung der Zahlungsbilanzfinanzierung und ihre Folgen für die EL – 2.4 Zahlungsschwierigkeiten der Schwellenländer – 3. Die Xenofinanzmärkte: Zentrum der Labilität der internationalen Finanzbeziehungen – 3.1 Entstaatlichung der Geldordnung? – 3.2 Die Xenofinanzmärkte: Ursache der Zinsexplosion? – 4. Der Zusammenhang zwischen privater Zahlungsbilanzfinanzierung und Währungskrise

1. Überblick

Durch die Zahlungseinstellung großer Schuldnerländer 1982 drohte ein kumulativer Zusammenbruch des internationalen Kreditgebäudes, der jedoch bisher durch ein geschicktes internationales Schuldenmanagement vermieden werden konnte. Gefährdet sind insbesondere die Eurokredite der internationalen Banken an einige Schwellenländer, die infolge der Weltwirtschaftskrise zahlungsunfähig geworden sind. Vordergründige Ursache dieser Entwicklung war die Hochzinspolitik, die die Schuldendienstverpflichtungen dieser Länder gewaltig anschwellen ließ, während gleichzeitig die Exporterlöse und damit die Deviseneinnahmen infolge der weltwirtschaftlichen Stagnation drastisch zurückgingen. Die Schuldnerländer befinden sich heute in einer Situation, in der sie neue Kredite überwiegend aufnehmen müssen, um alte Schulden zu bezahlen, und in der die Auflagenpolitik des Internationalen Währungsfonds (IWF) ihre nationale Souveränität und Wirtschaftskraft zu schwächen droht – mit der längerfristigen Folge, daß die Schwellenländer sich kaum von ihrer Schuldenlast befreien werden können. Im Hintergrund dieser internationalen Finanzkrise, deren Lösung aktuell nicht absehbar ist, steht eine neue Entwicklung in den siebziger Jahren, die eng mit dem Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton Woods zu analysieren ist: Die gewaltige Expansion der internationalen Kreditmärkte (Euro-/Xenokreditmärkte; xeno = fremd) und deren Öffnung für Länder mit Zahlungsbilanzproblemen, d. h. für einige kapitalistische Industrieländer (IL) und für ausgewählte Schwellenländer. Die Finanzierung der immer größer werdenden Zahlungsbilanzdefizite durch die internationalen Banken verschleppte in den siebziger Jahren zunächst den Ausbruch einer Krise, die angesichts wachsender weltwirtschaftlicher Ungleichgewichte bereits herangereift war. Sie ermöglichte

zeitweilig die Fortsetzung expansiver Kapitalstrategien und enthob die IL der Aufgabe, den Forderungen der Entwicklungsländer (EL) nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung entgegenzukommen. Zugleich jedoch entwickelten die Xenofinanzmärkte zunehmend eine Eigendynamik, die zur Bedrohung der internationalen Finanzbeziehungen insgesamt und zur Störung nationaler wirtschaftspolitischer Strategien führte. Scheinbar ohnmächtig standen die kapitalistischen Nationalstaaten den Entwicklungen auf den unkontrollierten Xenofinanzmärkten gegenüber, denen häufig auch die Verantwortung für die Zinsexplosion in den letzten Jahren und für Währungsunruhen zugewiesen wurde.

Im Mittelpunkt dieses Aufsatzes steht neben der Untersuchung der aktuellen Ursachen der internationalen Finanzkrise die Frage nach dem Charakter und der Rolle der Xenofinanzmärkte, die in diese Krise verwickelt sind. Eine Hauptthese, die in diesem Zusammenhang zu belegen versucht wird, ist, daß die vielbeschworene Unkontrollierbarkeit und Supranationalität dieser internationalen Finanzmärkte nicht aus der faktischen Unmöglichkeit ihrer nationalstaatlichen Regulierung entspringt, sondern zum einen aus einer zeitweiligen Interessenübereinstimmung zwischen führenden kapitalistischen IL, den internationalen Konzernen (IK) und den internationalen Banken an dieser Entwicklung resultiert und zum anderen aus Interessendivergenzen zwischen den führenden kapitalistischen Ländern zu erklären ist.

2. Erscheinungsbild und aktuelle Ursachen der internationalen Finanzkrise

2.1 Die Schuldenkonzentration auf einige Schwellenländer

Eine internationale Finanzkrise, d. h. eine Stockung der internationalen Kreditvergabe, droht immer dann, wenn wichtige Schuldnerländer zahlungsunfähig sind und Zahlungsaufschub und Umschuldung verlangen, dieses Verlangen jedoch daran scheitert, daß die Gläubiger sich aus diesen bedrohten Kreditbeziehungen zurückzuziehen versuchen. Sofern in dieser Situation wichtige Gläubigerbanken einen Großteil ihrer Forderungen auf die zahlungsunfähigen Länder konzentriert haben, kann es zu Bankzusammenbrüchen kommen. Durch die enge internationale Verflechtung der Banken über den Interbankenmarkt können solche Zusammenbrüche relevanter Großbanken zu einer Kettenreaktion führen, die das ganze internationale Kreditgebäude gefährden und auch Banken, die im wesentlichen national tätig sind, bedrohen kann. Gegenwärtig sind die Voraussetzungen für den Ausbruch einer akuten internationalen Finanzkrise im Prinzip gegeben:

Erstens konzentriert sich die Masse der internationalen Kredite auf einige exponierte Schwellenländer, die den anfallenden Schuldendienst nicht mehr bewältigen können;

zweitens korrespondiert die Konzentration der Schulden auf wenige Länder mit einer Häufung der entsprechenden Forderungen bei einem begrenzten Kreis internationaler Großbanken, deren Eigenkapital zur Deckung der entstandenen Risiken nicht ausreicht.

Eine hohe und rasch wachsende Verschuldung von Entwicklungsländern und eine damit einhergehende hohe Schuldendienstquote (Tilgungs- und Zinszahlungen in Prozent der Exporterlöse) sind keine neuen Probleme. Tabelle 1 zeigt, daß das Wachstum der Verschuldung der EL bereits vor der ersten Ölpreisrunde erheblich war und jenem in den siebziger Jahren kaum nachstand. *Real* gerechnet, d. h. unter Berücksichtigung der steigenden Inflationsraten, wuchs die Verschuldung der EL 1967–1973 jährlich um durchschnittlich 15,5 Prozent, während sie im Durchschnitt der siebziger Jahre nur real um jährlich 9,7 Prozent zunahm.[1] Auch die Schuldendienstquote hatte vor 1973 bereits über 9 Prozent betragen, so daß die Überschreitung der als kritisch geltenden 12-Prozent-Marke Ende der siebziger Jahre nicht allzu dramatisch erschien. Insgesamt nahm der Schuldendienst *aller* EL relativ zu wichtigen Vergleichsgrößen wie dem BIP, den Exporten und den Währungsreserven der EL seit 1973 nicht dramatisch zu.[2]

Tabelle 1: Nominale Zuwächse der Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer 1965–1982, jährlich durchschnittliche Wachstumsraten in Prozent

1965–69	1969–73	1973–77	1977–82	1970–80
13,7	19,3	21,2	23,3	20,6

Quelle: Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1981 u. Jahresbericht 1974; M. Holthus, Die Entwicklung der Auslandsverschuldung seit 1973, in: H. B. Schäfer (Hg.), Gefährdete Weltfinanzen, Bonn 1980, Tab. 1; DIW-Wochenbericht 4/83, S. 38; eig. Berechnungen.

Eine solche Durchschnittsbetrachtung verdeckt jedoch die Kumulation der Probleme bei einigen wenigen Ländern. So stieg die Schuldendienstquote der *ölimportierenden* EL von 18 Prozent (1980) auf 24 Prozent (1982) und für die 20 meistverschuldeten EL von 29 Prozent auf 38 Prozent. In diesen Berechnungen der Schuldendienstquoten sind jedoch die *kurzfristigen* Verschuldungen der EL *nicht* berücksichtigt! Bezieht man diese in den letzten Jahren für die EL immer bedeutender gewordene Kreditart in die Berechnung mit ein, so verdoppeln sich die oben genannten Schuldendienstquoten. Für die lateinamerikanischen Länder erreichten sie nach dieser Berechnungsweise sogar ca. 125 Prozent. Für 1982 bedeutete dies Schuldendienstverpflichtungen von ca. 88 Milliarden Dollar (davon ca. 45 Milliarden Dollar Zinsverpflichtungen), die zum größten Teil von den fünf meistverschuldeten lateinamerikanischen Ländern aufzubringen und an die internationalen Banken abzuführen waren.[3] Diese fünf Länder, die 1982 in akute Zahlungsnöte geraten waren, vereinigten 1982 ca. 36 Prozent (1976 ca. 28 Prozent) der gesamten Auslandsverschuldung und 73 Prozent der Verbindlichkeiten der EL bei den internationalen Banken auf sich.[4]

1 Vgl. Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1981, S. 63; M. Holthus, Die Entwicklung der Auslandsverschuldung seit 1973, in: H. B. Schäfer (Hg.), Gefährdete Weltfinanzen, Bonn 1980, S. 109.

2 Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1981, S. 65; H. C. Wallich, LDC Debt... to worry or not to worry, in: Challenge, Sept./Oct. 1981, S. 29.

3 Th. Kampfmeyer, Die Verschuldung lateinamerikanischer Staaten..., Manuskript, Berlin (West) 1982, S. 4; Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1982, Frankfurt/Main 1983, S. 62.

4 Errechnet aus DIW-Wochenbericht 4/83, S. 38ff.

Tabelle 2: Auslandsverschuldung, Schuldenstruktur und Schuldendienst der wichtigsten lateinamerikanischen Schuldnerländer

		Brasilien	Mexiko	Argentinien	Venezuela	Chile	Zusammen
Auslandsschulden:	1972	8	5	4	–	3	–
(insgesamt)	1976	26	19	6	4	4	59
in Mrd. $	1982	90	80	45	30	17	262
Anteil an den gesamten Auslandsschulden d. EL:	1976	12 %	9 %	3 %	2 %	2 %	28 %
	1982	12 %	11 %	6 %	4 %	3 %	36 %
Anteil d. Kredite westl. Banken an d. Gesamtverschuldung:	1982	72 %	81 %	56 %	91 %	69 %	–
Anteil d. kurzfrist. Kredite an d. Bankverschuldung:	1982	34 %	50 %	52 %	60 %	41 %	–
Schuldendienstquote[1])	1972	13 %	24 %	22 %	–	13 %[2])	
	1982	117 %	126 %	153 %	101 %	116 %	

Quelle: Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1980 u. 81 u. Jahresbericht 1974; DIW-Wochenbericht 4/83, S. 40; M. Holthus, Die Entwicklung . . ., a.a.O., S. 127; Th. Kampfmeyer, Die Verschuldung . . ., a.a.O., S. 4; Stern 3. 2. 83, Gnadenfrist für den Welt-Konkurs; eig. Berechnungen

1 Tilgungs- u. Zinszahlungen in % der Exporte von Gütern und Dienstleistungen

2 1972 verminderten sich die Schuldendienstzahlungen Chiles wegen Zahlungsverzug. Dies erklärt die relativ zu früheren Jahren niedrigere Schuldendienstquote

2.2 Gefährdung internationaler Großbanken

Mit der Konzentration der Masse der Kredite auf relativ wenige Schuldnerländer korrespondiert eine ähnlich große Konzentration der Forderungen auf eine beschränkte Anzahl internationaler Großbanken. Nur 24 US-Banken vereinigen 83 Prozent aller US-Ausleihungen an die EL, deren Umfang ca. 180 Prozent des Eigenkapitals dieser Banken ausmacht. Für die fünf größten US-Banken sieht diese Relation noch kritischer aus. Ihre Forderungen an ölimportierende EL betrugen 1977 bereits 156 Prozent ihres Bruttokapitals und stiegen 1980 auf 204 Prozent des Eigenkapitals an. Die Einstellung der Zinszahlungen der drei größten lateinamerikanischen Schuldner (Mexiko, Brasilien, Argentinien) bedeutete allein für die fünf größten US-Banken einen Ausfall in der Höhe von ca. 75 Prozent ihrer bisherigen Gewinne. Bedrohlich ist insbesondere auch die Konzentration der Bankforderungen auf einzelne EL. Bereits 1979 überschritten in 36 Fällen die Forderungen an *ein einzelnes* EL 30 Prozent des Eigenkapitals der jeweiligen US-Bank. 1980 zählte man bereits 80 Fälle, in denen die Sicherheit einer US-Bank durch Forderungen an *ein* EL bedroht war.[5]

Auch BRD-Banken haben allein in Mexiko und Brasilien ca. 25 Milliarden DM an Krediten und Anleihen plaziert. Die Hauptgefahr für diese Banken geht jedoch von ihrer engen Verflechtung mit den bedrohten US-Banken (und deren Auslandsfilialen) über den Interbankenmarkt aus.[6] Nicht zuletzt ist das internationale Finanzsystem bereits erheblich durch bedeutende Abschreibungen im Zusammenhang mit Konkursen und Zahlungsunfähigkeit von zahlreichen Klein- und Mittelunternehmen und großer Konzerne wie der AEG, International Harvester, Massey Ferguson, Penn Square, Drysdale u. a. angeschlagen.[7]

Inzwischen haben die bewußt gewordenen hohen Risiken bei der Kreditvergabe an die EL zu einem Stillstand und teilweise sogar zu einer Reduzierung der Bankausleihungen geführt. Während 1981 den EL noch für 40 Milliarden Dollar längerfristige Eurokredite zugesagt wurden, waren es 1982 nur noch 32 Milliarden Dollar, wobei in der zweiten Jahreshälfte ein besonders starker Einbruch erfolgte. In einer Situation, in der die betroffenen EL zum Erhalt ihrer Zahlungsfähigkeit auf die Fortsetzung internationaler Liquiditätszuflüsse angewiesen sind, drohen diese Zahlungen ins Stocken zu geraten. Besonders krisenverschärfend erweisen sich nun die überwiegend kurzfristigen Kreditvergaben in den letzten Jahren. Solche kurzfristigen Kredite, die mit hohen Risikomargen (spreads) versehen waren, wurden von den internationalen Banken in der Erwartung vergeben, sich im Gefahrenfall rasch aus dem „Geschäft" zurückziehen zu können. Faktisch führte dies dazu, daß ein immer größerer Umfang der EL-Verschuldung im vergangenen Jahr fällig wurde oder demnächst fällig wird. Damit verstärkt sich für die EL das Problem, den Hauptteil der aufgenommenen neuen Kredite für die Tilgungs- und Zinszahlungen früherer Kredite verwenden zu müssen. Dies ist ein Teufelskreis, aus dem auf der anderen Seite auch die Banken nicht ohne weiteres aussteigen können, wollen sie nicht den

5 Die voranstehenden Daten finden sich bei H. C. Wallich, LDC Debt..., a.a.O., S. 31f. und „Gnadenfrist für den Weltkonkurs", Stern, 3. Februar 1983.
6 Th. Kampfmeyer, Die Verschuldung..., a.a.O., S. 20.
7 Ebenda, S. 20.

Stop der gesamten Schuldendienstzahlungen der betroffenen EL riskieren. Ein Schlaglicht auf die kritische Situation im internationalen Kreditwesen wirft auch die zunehmend selektive Kreditvergabe auf dem Interbankenmarkt: Für gefährdete Banken ist es zunehmend schwieriger geworden, die Refinanzierung ihrer mittel- und langfristigen Kredite zu sichern. Gelingt eine solche Refinanzierung nicht mehr, sehen i. d. R. Vertragsklauseln eine sofortige Rückzahlung der gesamten Kredite vor, wozu die Schuldner jedoch nicht in der Lage sein werden.[8]

Bisher konnte ein internationales Krisenmanagement unter Einschaltung des IWF und wichtiger Zentralbankdirektoren eine völlige Kreditstockung verhindern und die internationalen Großbanken zur Zustimmung zu Zahlungsaufschüben und Umschuldungen bewegen. Letztlich deckt sich die Fortsetzung der Kreditvergabe an bedrohte EL auch mit den Interessen der beteiligten Banken, denen überwiegend bewußt ist, daß ein Rückzug aus dem risikoreichen internationalen Kreditgeschäft über die enge internationale Bankverflechtung zur Gefährdung der eigenen Existenz führen kann.

2.3 Privatisierung der Zahlungsbilanzfinanzierung und ihre Folgen für die EL

Die Finanzierung von Zahlungsbilanzdefiziten durch die internationalen Bankkonzerne stellt eine neue Erscheinung der siebziger Jahre dar. Zuvor vergaben Privatbanken nur in Ausnahmefällen Kredite an Staaten generell und an EL im besonderen. Noch 1968 stammten fast 72 Prozent der Kredite an die EL aus öffentlichen Quellen, d. h. aus bi- oder multilateralen Schenkungen und Anleihen zu relativ günstigen Konditionen. Die öffentlichen Kredite von Staaten, vom IWF, von der Weltbank und den internationalen Entwicklungsbanken waren zwar teilweise mit harten Auflagen versehen, hatten jedoch den Vorteil langer Laufzeiten und vergleichsweise günstiger Zinssätze. Aber auch die Struktur der *privaten* Kredite an die EL sah in den sechziger Jahren anders aus als heute. 1968 machten die Lieferantenkredite über die Hälfte der gesamten privaten Kredite an die EL (Anteil an den gesamten EL-Krediten: 28 Prozent) aus. Ein großer Teil des restlichen Devisenbedarfs der EL stammte aus den Direktinvestitionen der Internationalen Konzerne (IK).[9] Natürlich belastete auch diese Verschuldungsstruktur die Zahlungsbilanzen der EL erheblich. Zwischen 1964 und 1967 flossen aus den EL in die IL jährlich durchschnittlich 5,8 Milliarden Dollar an Zinsen und Gewinntransfers, wovon allein 4,5 Milliarden Dollar aus dem Transfer von Profiten der Auslandsfilialen der IK in die kapitalistischen Metropolen stammten.

Diese Zahlen zeigen, daß in den sechziger Jahren die Zahlungsbilanzen der EL hauptsächlich durch die Profittransfers der IK belastet wurden, die die Devisenzuflüsse aus den getätigten Direktinvestitionen um das 2,4- (1965) bis 3,3fache übertra-

8 Vgl. BIZ, 52. Jahresbericht, Basel 1982, S. 125 u. 132; Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1982, a.a.O., S. 61; R. S. Dale, International Banking is out of Control, in: Challenge, Jan./Febr. 1983, S. 19.

9 Vgl. Ch. Lipson, The International Organization of Third World Debt, in: International Organization, Vol. 35, Nr. 4, 1981, S. 611; R. S. Dale, International Banking..., a.a.O., S. 18; A. Wagner, Euromarktverschuldung der Entwicklungsländer..., in: Gefährdete Weltfinanzen, a.a.O., S. 152.

fen.[10] Während sich an dieser Belastung für die EL in den siebziger Jahren wenig änderte – zwischen 1970 und 1978 flossen pro investierten Dollar 2,37 Dollar in Form von Gewinntransfers aus den EL wieder ab[11] –, wurde in den siebziger Jahren die Verschuldung der EL bei den internationalen Großbanken zur dominierenden Form der internationalen Kreditvergabe und zum Hauptinstrument der finanziellen Ausbeutung der EL. 1982 betrug der Anteil der Forderungen westlicher Banken an der gesamten Bruttoschuld der EL bereits deutlich über 60 Prozent, d. h. das Verhältnis zwischen privater und öffentlicher Kreditgewährung hatte sich nahezu umgekehrt.[12] Dabei konzentrierte sich die Kreditvergabe der internationalen Banken, die im wesentlichen auf den Eurokreditmärkten erfolgte, auf die ölexportierenden EL mit ca. 39 Prozent und auf die ölimportierenden EL mit mittleren Einkommen (Schwellenländer) mit ca. 58 Prozent der Ausleihungen zwischen 1973 und 1980. Im gleichen Zeitraum gingen an die ärmeren EL nur 3 Prozent der Eurokredite, d. h., diese Ländergruppe war nach wie vor auf öffentliche Kredite angewiesen.[13]

Die drastische Zunahme der Verschuldung einiger Schwellenländer Lateinamerikas und Asiens (Südkorea, Philippinen) bei den internationalen Banken ist für die gegenwärtige Zuspitzung der internationalen Finanzprobleme entscheidender als der gewaltige Umfang ihrer Verschuldung insgesamt. Weisen doch auch viele afrikanische und asiatische EL sowie einige sozialistische Länder eine hohe Verschuldung und teilweise noch ungünstigere Schuldendienstquoten auf, wobei jedoch ein Großteil ihrer Verschuldung aus langfristigen öffentlichen Krediten mit festgelegten Kreditkonditionen besteht. Im Unterschied zu diesen öffentlichen Krediten sind die privaten Kredite für kürzere Zeiträume und mit wesentlich härteren, *variierenden* Konditionen vergeben worden.

Tabelle 3: Vergleich der Kreditkonditionen für Eurokredite und bi- und multilaterale Entwicklungskredite 1973–1978

Jahr	Eurokredite an EL		Entwicklungskredite	
	Fälligkeit Jahre	Zins (Spread u. LIBOR) %	Fälligkeit Jahre	Zins %
1973	10,0	10,40	17,9	6,7
1974	8,7	12,38	16,8	7,0
1975	5,5	9,29	15,5	6,9
1976	6,0	7,83	14,0	6,8
1977	6,5	7,91	14,1	6,9
1978	9,0*	10,26*	–	–

* alle Länder

Quelle: A. Wagner, Euromarktverschuldung . . ., a.a.O., S. 151, Tab. 8

10 Vgl. Internationale Konzerne in Entwicklungsländern, IPW-Forschungshefte 4/75, S. 125 ff.; Internationale Monopole, Berlin (DDR) 1978, S. 151 ff.

11 Vgl. F. Castro, Die ökonomische und soziale Krise in der Welt . . ., Bericht an die VII. Gipfelkonferenz der Nichtpaktgebundenen, deutsche Ausgabe, Dresden 1983, S. 86.

12 DIW-Wochenbericht 4/83, S. 38 u. 40.

13 Vgl. Weltbank, a.a.O., verschied. Jahresberichte.

Tabelle 3 läßt erkennen, daß die Zinsen für Eurokredite an die EL bereits vor der Hochzinsphase erheblich höher ausfielen als jene für öffentliche Entwicklungskredite. Zudem waren ihre Laufzeiten um über die Hälfte kürzer als die der öffentlichen Entwicklungskredite. Die Verschuldung der EL auf den Eurokreditmärkten wurde jedoch vor allem im Zuge der Zinsexplosion seit Ende 1979 zum Problem.

Eurokredite sind nämlich i. d. R. mit *Zinsgleitklauseln* ausgestattet, die das Zinsrisiko von den Banken auf die Kreditnehmer verlagern. Das erhebliche Zinsrisiko auf den Euromärkten resultiert aus dem Umstand, daß die Banken ihre langfristigen Ausleihungen jeweils kurzfristig zu rasch wechselnden Zinssätzen (Londoner Interbankrate: LIBOR) refinanzieren müssen (roll-over-Kredite), da das Kreditangebot meist nur kurzfristiger Natur ist. Vermittels von Zinsgleitklauseln wird dieses Zinsrisiko auf den Schuldner überwälzt, der neben einem fest vereinbarten Aufschlag (spread), der von der Bonität des Kreditnehmers abhängt, die jeweils wechselnden Zinsen (LIBOR) zahlen muß.[14] Ein Problem entstand weniger aus den etwas höheren spreads für die EL – infolge eines Überangebots an internationaler Liquidität sanken die Aufschläge auf deutlich unter 1 Prozent, wobei sich die Unterschiede in den Aufschlagssätzen zwischen den IL und EL erheblich abschwächten –, sondern aus dem Anstieg der LIBOR von wenig über 6 Prozent (1976/77) auf ca. 17 Prozent 1980/81, wodurch die Zinszahlungen der EL „explodierten".[15]

Während der Anteil der Zinsen an den gesamten Schuldendienstzahlungen der EL 1971 noch 31,3 Prozent betrug, kletterte er 1981 infolge der Hochzinspolitik auf 41,6 Prozent. Die meistverschuldeten ölimportierenden EL hatten 1970 1,1 Milliarden Dollar Zinsen zu zahlen. 1980 waren es bereits 18,4 Milliarden Dollar, und 1982 betrugen allein die Zinsverpflichtungen Lateinamerikas ca. 45 Milliarden Dollar. An diesen Zahlen wird deutlich, daß sich in den siebziger Jahren der Export von Leihkapital zum lukrativsten Geschäft für das internationale Kapital entwickelt hat: 1981 stammten 90 Prozent der Einnahmen des ausländischen Kapitals in den ölimportierenden EL aus deren Zinszahlungen.[16] Trotz hoher jährlicher Neuverschuldung der EL fand in den letzten Jahren kaum noch ein Nettokapitaltransfer in die EL statt, mit dem diese Länder ihre Leistungsbilanzdefizite hätten begleichen und Entwicklungsvorhaben hätten durchführen können. Denn den 117 Milliarden Dollar an Krediten, die den EL 1981 zuflossen, stand ein Schuldendienst von 99 Milliarden Dollar gegenüber, d. h., nur 18 Milliarden Dollar wurden netto in die EL transferiert. Neue Kredite dienten folglich überwiegend dem Zweck, den Schuldendienst aus früheren Kreditverpflichtungen bestreiten zu können.[17] Damit aber wird es immer unwahrscheinlicher, daß sich die EL – etwa durch den Aufbau einer nationalen Industrie und einen anschließenden verstärkten Export – von der gewaltigen Schuldenlast und der damit einhergehenden Abhängigkeit von den kapitalistischen Metropolen befreien können.

14 Vgl. C. Köhler, Geldwirtschaft, II. Band, West-Berlin 1979, S. 235ff.
15 Bank f. Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), verschied. Jahresberichte; F. Castro, Die ökonomische und soziale Krise..., a.a.O., S. 83.
16 Handelsblatt, 29. September 1982; F. Castro, Die ökonomische und soziale Krise..., a.a.O., S. 91.
17 Ebenda, S. 89.

2.4 Zahlungskrise der Schwellenländer: Folge ungleicher Handelsbeziehungen und der Weltwirtschaftskrise

Welche Entwicklungen trieben die EL und insbesondere die Schwellenländer zu einer immer größeren Verschuldung bei den internationalen Banken? Die Hauptursache hierfür ist in den ungleichen Handelsbeziehungen zwischen den kapitalistischen Metropolen und den EL zu finden.

Prinzipiell sind Handelsbilanzdefizite von Ländern, die den Aufbau einer nationalen Industrie beabsichtigen, nichts Ungewöhnliches und Negatives. Ein solches Defizit bringt zum Ausdruck, daß ein Realressourcentransfer (Investitionsgüter etc.) in das betreffende Land stattfindet, der unter Umständen den Aufbau einer nationalen Ökonomie erleichtern und beschleunigen kann. Tatsächlich jedoch kann der Hauptteil der Handels- und Leistungsbilanzdefizite der EL nicht aus einem solchen Ressourcentransfer erklärt werden. Vielmehr resultieren diese Defizite vor allem aus den für die EL ungünstigen Austauschverhältnissen auf dem kapitalistischen Weltmarkt. Eine Studie der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) über die realen Preistendenzen von 15 wichtigen landwirtschaftlichen Rohstoffen ergab, daß die diese Produkte exportierenden EL 1981/82 ca. 60 Prozent mehr ausführen mußten, um die gleichen Exporterlöse zu erzielen wie 1960.[18]

Die sinkende Tendenz der realen Rohstoffpreise (ohne Ölpreise) ist dabei kein bloßes zyklisches Problem, sondern eine seit 1950 anhaltende, langfristige Tendenz, die nur durch kurze boombedingte Preishaussen unterbrochen worden ist. Bedenkt man, daß die Exporte der nichtölexportierenden Länder Lateinamerikas – der am stärksten industrialisierten Region der Dritten Welt – auch heute noch zu 80 Prozent aus landwirtschaftlichen und industriellen Rohstoffen bestehen, so wird deutlich, wieso die Verschuldung dieser Länder permanent im Steigen begriffen war. Auch die wachsenden Anteile der EL an den Weltexporten von Fertigwaren trugen nur wenig zur Verbesserung der Handelsbilanzen bei. Denn die industrielle Produktion in den EL konzentrierte sich auf nur sechs bis sieben Länder, wobei die Gewinne dieser Produktion überwiegend in den Filialen der IK in diesen Ländern anfielen und der „Entwicklung" nur insofern zugute kamen, als es dem Gewinnkalkül der IK opportun erschien, einen Teil der Erträge wieder zu reinvestieren und nicht ins Ausland zu transferieren.[19] Hinzu kam, daß diese Art der Industrialisierung zu einer wachsenden Importabhängigkeit und Importstarrheit führte, so daß es bereits in Zeiten günstiger weltwirtschaftlicher Konjunktur zu keiner nennenswerten Reduzierung der Handelsdefizite der EL kam.

Die Zuspitzung der kapitalistischen Weltwirtschaftkrise seit 1980 verstärkte die benannten langfristigen Handelsprobleme der EL. So wuchs das Leistungsbilanzdefizit der lateinamerikanischen EL zwischen 1979 und 1981 von 19 Milliarden Dollar auf 34 Milliarden Dollar.[20] Dies ist in erster Linie Resultat einer drastischen Verschlechterung der Terms of Trade (Austauschrelation zwischen den importierten

18 Vgl. ebenda, S. 57ff.

19 Ob diese Reinvestitionen einen sinnvollen Entwicklungsbeitrag darstellen oder aber nationale Wirtschaftsstrukturen zerstören, sei hier ausgeklammert. Ebenso wird hier nicht auf den Fakt eingegangen, daß sich die Industrialisierung dieser EL überwiegend auf den Bereich arbeitsintensiver Produktionen beschränkt und deshalb vermutlich ungünstige Zukunftsaussichten hat.

20 Vgl. Handelsblatt, 17./18. September 1982.

und exportierten Gütern eines Landes), die durch ein starkes reales Sinken der Exportpreise bei weiter steigenden Importpreisen verursacht wurde. Für die lateinamerikanischen Staaten verschlechterten sich die Terms of Trade zwischen 1978 und 1980 um insgesamt 30 Prozent und 1981 um weitere 11 Prozent.[21] 1981 sanken die Preise für die hauptsächlich aus den EL exportierten Primärgüter um 12 Prozent (Minerale und Metalle) bis 21 Prozent (Nahrungsmittel); 1982 sanken die Preise für die gleichen Produktgruppen noch einmal um 12 Prozent bzw. 18 Prozent.[22] Auf der anderen Seite stiegen nicht nur die Ölpreise, sondern auch die Preise für Investitionsgüter und andere Importprodukte aus den IL. Aktuell zeigt sich, daß auch Ölpreissenkungen nicht zu einer wesentlichen Entlastung der Zahlungsbilanzen der EL beitragen können, solange die Preise für deren Exportprodukte weiter nachgeben und solange die Exportchancen der EL durch stagnierende Märkte in den kapitalistischen Metropolen eingeschränkt sind. Der in der Krise wachsende – zumeist versteckte – Protektionismus (nichttarifäre Handelshemmnisse) der kapitalistischen Industrieländer trägt ein übriges zur Minderung der Exporterlöse der EL bei: Schätzungen der Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) gehen davon aus, daß mehr als die Hälfte der Exporte von Lateinamerika in die kapitalistischen Zentren von solchen Beschränkungen betroffen und beeinträchtigt werden.[23]

Die vorangegangenen Ausführungen skizzieren die Mechanismen, über die die Krise der führenden kapitalistischen Ökonomien auch auf jene lateinamerikanischen Schwellenländer übertragen wurde, um die die Weltwirtschaftskrise zeitweilig einen Bogen zu machen schien. Der langfristig anhaltende, jedoch krisenhaft zugespitzte Verfall der Preise wichtiger Exportgüter dieser Länder erhöhte deren Handelsdefizite. Da die Industrialisierung und die Fortsetzung des Wirtschaftswachstums in Ländern wie z. B. Brasilien ausgesprochen importabhängig war, kam eine Reduzierung der Einfuhren – auch der Ölimporte – zunächst nicht in Frage. Dies lag auch nicht im Interesse der dorthin exportierenden IK, für die es von Vorteil war, daß diese Länder zunächst versuchten, durch eine verstärkte Kreditaufnahme einem Kriseneinbruch zu entgehen. Der so wachsende Verschuldungsbedarf traf auf internationale Finanzmärkte, die infolge des Petrodollarrecycling und infolge der Überschüsse potenter IK übervoll an Liquidität waren. In dieser Situation konkurrierten die internationalen Banken scharf um die profitable Anlage dieser Gelder, mit der Folge, daß zeitweilig die Zinsmargen verfielen und Risikoerwägungen in den Hintergrund traten. Die Zuspitzung der Weltwirtschaftskrise um 1980 zerstörte jedoch die Exporterlöskalkulationen der lateinamerikanischen Schwellenländer endgültig. Die zugleich einsetzende Zinsexplosion traf auf einen gewaltig gewachsenen Schuldenberg, so daß die Schuldenverpflichtungen schlagartig in die Höhe schossen.

Die Exporterlöse reichten in dieser Situation nicht einmal mehr zur Bestreitung der fälligen Schuldendienstzahlungen, geschweige denn zur Finanzierung der notwendigen Importe und der Gewinntransfers der IK aus den Schwellenländern. Die kritische Zahlungsbilanzsituation der betroffenen Schwellenländer erzwang zudem

21 Vgl. Th. Kampfmeyer, Die Verschuldung . . ., a.a.O., S. 6; für die nichtölexportierenden EL insgesamt trat eine Verschlechterung der Austauschverhältnisse von ca. 20 Prozent (1978–1981) ein: F. Castro, Die ökonomische und soziale Krise . . ., a.a.O., S. 61.

22 Ebenda.

23 Ebenda, S. 75.

mehrere bedeutende Abwertungen, die zur Verteuerung der relativ starren Importe führten, ohne daß – angesichts stagnierender Weltmärkte – die erhoffte Exporterlössteigerung erreicht werden konnte. So konnte die Zahlungseinstellung der lateinamerikanischen Hauptschuldner Mitte 1982 eigentlich nicht überraschen.

Um wenigstens einen Teil der Zins- und Tilgungszahlungen für die internationalen Banken zu retten, erzwangen die internationalen Banken im Zusammenspiel mit dem IWF in dieser kritischen Situation sogenannte „Anpassungsmaßnahmen" der Schuldnerländer: Importbeschränkungen wurden verordnet, weitere Abwertungen durchgesetzt und eine Restriktionspolitik im Innern erzwungen. Damit jedoch gerieten die EL in eine „Schrumpfspirale" nach unten: Importbeschränkungen führen in den meisten Schwellenländern zu Produktionsbeschränkungen, zu einer Minderung der Exportfähigkeit, da gerade die Exportproduktion i. d. R. besonders importabhängig ist, und damit letztlich zu einer weiteren Verschlechterung ihrer Zahlungsfähigkeit, so daß erneute Kredite mit erneuten Sparauflagen notwendig werden. Eine solche „Strategie" kann auf Dauer auch für die internationalen Banken nicht aufgehen. Der Verzicht auf notwendige Importe und auf eine Fortsetzung des Wachstums der Schwellenländer setzt zwar zeitweilig Devisen frei, um den Forderungen der Banken nachzukommen. Längerfristig jedoch untergräbt diese Politik die Grundlagen für die Erwirtschaftung von Devisen und stürzt die Masse der Menschen in diesen EL in noch tieferes soziales Elend.

Das DIW stellt im Zusammenhang mit der gegenwärtigen internationalen Finanzkrise fest: „Wäre es in Industrie- und Entwicklungsländern gelungen, das Potential des Sozialproduktwachstums auszuschöpfen, so hätte sich die Kreditvergabe der Banken im nachhinein als Erfolg erwiesen, und die Schuldnerländer hätten in der Regel ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen können."[24] Daß eine solche „Ausschöpfung" jedoch nicht gelang, lag nicht nur an einer fehlerhaften Wirtschaftspolitik und nicht nur an der Bestätigung der historischen Erfahrung, daß sich die kapitalistische Weltwirtschaft in krisenhaften Zyklen entwickelt. Vielmehr trafen eine krisenverschärfende Wirtschaftspolitik (Sparpolitik, Hochzinspolitik, Ausweichen auf die Weltmärkte) in den meisten kapitalistischen Industrieländern und eine zunehmende Synchronisation der Zyklen dieser Länder auf einen Trendbruch in der kapitalistischen Entwicklung, der sich bereits in den sechziger Jahren mit abschwächenden Wachstumsraten bemerkbar machte und gegen Ende der siebziger Jahre in eine langandauernde Stagnation mündete.[25] Den internationalen Finanzmärkten kam in dieser Situation zunächst eine eher krisenverschleppende Funktion zu. Ihre gewaltige Finanzkraft ermöglichte die Kreditierung der weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte und verhinderte so zunächst eine Stockung in den internationalen Handels- und Kapitalbeziehungen. Zugleich jedoch erleichterten die umfassenden Ausleihungen der internationalen Banken es den imperialistischen Ländern, die Durchsetzung einer neuen „gerechteren" Weltwirtschaftsordnung zu torpedieren, so daß die Ursachen der weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte nicht beseitigt werden konnten. In der Folge kumulierten die Krisenmomente bis zu einem Umfang, bei

24 DIW-Wochenbericht 4/83, S. 38.

25 Zur zunehmenden Zyklensynchronisation Mitte der 70er Jahre vgl. E. Lüdemann, Internationalisierung der kapitalistischen Wirtschaft und Krisenzyklus, IPW-Forschungshefte 1/1980.

dem die internationalen Banken selbst in Gefahr gerieten und die Krise auf einem höheren Niveau zum Ausbruch kam.

Die gegenwärtige internationale Finanzkrise zerstörte bei den betroffenen Schwellenländern zwei Illusionen:

Erstens erwies sich die Erwartung, durch eine private Finanzierung der Leistungsbilanzdefizite der Knute der Auflagen öffentlicher Kredite entgehen zu können, als illusionär. Bilaterale öffentliche Kredite an EL waren meist sowohl an politisches Wohlverhalten als auch an Verwendungsauflagen (Käufe im Kreditgeberland) geknüpft. Noch deutlicher fielen die politischen und wirtschaftlichen Einflußnahmen – die einem nationalen Souveränitätsverlust gleichkamen – bei den Weltbank- und IWF-Krediten aus. Viele kapitalistische Staaten übertrugen die Kreditvergabe an diese scheinbar überstaatlichen Instanzen – in denen jedoch durch die Stimmrechtgestaltung die Länder des kapitalistischen Zentrums dominieren –, um so in verdeckterer Form Einfluß auf den Entwicklungsweg der kreditsuchenden EL zu nehmen. Da die auflagenfreien Kredittranchen beim IWF bei weitem nicht dem Liquiditätsbedarf der EL entsprachen, konnte der IWF bei Verhandlungen um zusätzliche Kredite die Kürzung von Sozialausgaben und Löhnen, Steuererhöhungen, den Vorrang für die Privatwirtschaft und den Abbau von Import- und Direktinvestitionskontrollen als Kreditauflagen durchsetzen. Die Einhaltung dieser Auflagen wurde durch IWF-Kontrolleure überwacht und die Auszahlung der Kreditraten an die schrittweise Auflagenerfüllung gebunden.[25a]

Diese Politik der Öffnung der EL-Märkte für die internationalen Konzerne bei gleichzeitiger Verschärfung der inneren sozialen Verhältnisse begünstigte als typische Regierungsform die Militärdiktatur. Während Ländern mit niedrigerem Pro-Kopfeinkommen (afrikanische Staaten, Honduras, Guatemala, El Salvador) nur dieser Weg der internationalen Verschuldung offen stand, wichen die Schwellenländer eher auf die teureren Eurokreditmärkte aus als einen solchen Souveränitätsverlust hinzunehmen.[25b] Diese „Flucht" gelang jedoch nur zeitweilig und endete letztlich in noch größerer Abhängigkeit. Seit Ende 1981 stockt die private Kreditvergabe an die hochverschuldeten EL,[26] und neue Eurokredite sind nur zu haben, wenn zuvor der IWF mit Beistandskrediten mit den dargestellten harten Auflagen „eingesprungen" ist und ein „Kreditwürdigkeitstestat" ausgestellt hat. Hinzu kommt, daß die internationalen Banken – angesichts der Gefahr hoher Verluste – nunmehr auf Bürgschaften und Garantieerklärungen der führenden kapitalistischen Nationalstaaten drängen, so daß sich in weit größerem Ausmaß als bisher auch in die private Kreditvergabe politische und soziale Pressionen zu mengen beginnen. Der durch die private Kreditvergabe zunächst erleichterte Aufbau der Kreditberge wird nun zu einem wirksamen politischen Erpressungsinstrument.

Zum *zweiten* erwies es sich als illusionär, „Entwicklung" durch eine verstärkte Integration in den kapitalistischen Weltmarkt forcieren und diesen Weg durch eine

25a Vgl. Autorenkollektiv, Währungsprobleme des heutigen Kapitalismus, Berlin (DDR) 1982, S. 149ff.; FR, 23. April 1983.

25b Dies beinhaltet nicht, daß diese Länder den Souveränitätsgewinn automatisch für eine demokratischere und sozialere Politik verwandt hätten. Vielfach wurden mit diesen Auslandskrediten nicht sinnvolle Investitionen, sondern der Konsum der Reichen inflationär finanziert.

26 Vgl. BIZ, 52. Jahresbericht, a.a.O., S. 132.

hohe Auslandsverschuldung finanzieren zu wollen. Letztlich hätte ein Erfolg dieses Entwicklungswegs vorausgesetzt, daß die kapitalistischen IL bereit gewesen wären, „angemessene" Preise für die Exporte der EL zu zahlen und ihre Leistungsbilanz zu einem späteren Zeitpunkt zu passivieren. Nur so hätten die EL ihre Auslandsverschuldung und damit Auslandsabhängigkeit abbauen können. Eine solche Erwartung ist allerdings angesichts der Konkurrenzverhältnisse auf dem Weltmarkt zumindest seit den siebziger Jahren unrealistisch. Der Bewegungs- und Expansionsspielraum der IK begann sich in diesem Zeitraum durch sinkende Wachstumsraten der IL, deren Märkte ja den Großteil des Weltmarktes bilden, einzuengen. Mit zunehmend ähnlichen Produkten wurde um die gleichen, schwächer expandierenden Märkte konkurriert (Zunahme des intraindustriellen Handels). Je mehr sich diese Probleme in einer neuen Weltwirtschaftskrise zuspitzten, um so mehr glichen sich auch die die Konzernexpansion begleitenden nationalen Wirtschaftsstrategien an: Spar- und Verzichtspolitik sowie eine gezielte Technologieförderung im Innern (Modernisierung) sollten die internationale Wettbewerbsfähigkeit erhöhen und die weltwirtschaftliche Expansion der heimischen Kapitale begünstigen. Über Leistungsbilanzüberschüsse sollte die Arbeitslosigkeit exportiert werden (beggar-my-neighbour-policy).

Letztlich bewirkte dieser nationalstaatlich unterstützte Kampf der IK um Weltmarktanteile jedoch nur eine Stagnation des Welthandels – denn dieser kann nicht zunehmen, wenn den nationalen Märkten per Austeritätspolitik eine Schrumpfkur verordnet wird.[27] Es liegt auf der Hand, daß in dieser Situation ungeachtet gutgemeinter Appelle von Wirtschaftsinstituten und Politikern den Schwellenländern keine Chancen eingeräumt werden können, ihren erhöhten Schuldendienst durch eine gesteigerte Exporttätigkeit und durch höhere Exportpreise bewältigen zu können.

Aktuell begründen also insbesondere die Stagnation und Krise des Weltmarktes die Zuspitzung der internationalen Finanzkrise. Krisenvertiefend und krisenverlängernd wirken dabei zunehmend die kapitalorientierten, reaktionären Wirtschaftsstrategien in den kapitalistischen Hauptländern. Zu beantworten bleibt jedoch die Frage, wie der gewaltige Anstieg der *privaten* Verschuldung der Schwellenländer in den siebziger Jahren finanziert werden konnte und wo die Ursachen für die die Schwellenländer so enorm belastenden hohen Zinsen zu suchen sind. Die Beantwortung dieser Fragen verlangt eine eingehendere Untersuchung der internationalen Finanzmärkte: Was unterscheidet sie von den nationalen Geldmärkten, welche Beziehungen bestehen zu diesen, inwieweit beeinflussen sie die Zinsbildung, und welche Entwicklungen begünstigten ihre gewaltige Ausdehnung im letzten Jahrzehnt?

27 Vgl. hierzu Memorandum '83, Köln 1983, Abschnitt 2.6.

3. Die Xenofinanzmärkte: Zentrum der Labilität der internationalen Finanzbeziehungen

3.1 Entstaatlichung der Geldordnung?

Mit dem Begriff „*Xeno*finanzmärkte" (xeno = fremd) werden internationale Bankplätze bezeichnet, an denen mit Währungen gehandelt wird, die sowohl für die Anbieter als auch für die Nachfrager an diesem Bankplatz *Fremd*währungen darstellen. So bezeichnet man z. B. DM-Kredite, die eine US-Bank von einer Schweizer Bankentochter in Luxemburg aufnimmt, als Xenokredite. Gängige Bezeichnungen für diese internationalen Finanzmärkte sind auch die Begriffe Eurodollar-, Eurofinanz- und Petrodollarmarkt. Da jedoch solche Finanzplätze nicht nur in Europa (London, Luxemburg, Schweiz), sondern weltweit (Singapur, Bahamas und Caymaninseln) existieren, zwischen 1976 und 1981 neben Dollarkrediten (69 Prozent) auch DM-Kredite (14 Prozent) und Ausleihungen in Schweizer Franken (7 Prozent) eine erhebliche Rolle spielten und schließlich nicht nur die Dollarüberschüsse der OPEC-Staaten („Petrodollar"), sondern auch in großem Maße Devisenüberschüsse der kapitalistischen Metropolen (Metrodollar) auf diesen Märkten zur Anlage kamen, drückt der Begriff Xenofinanzmarkt m. E. am umfassendsten den Charakter dieser Weltfinanzmärkte aus.[28]

Die Xenofinanzmärkte haben sich in den siebziger Jahren zum wichtigsten Umschlagplatz für das Kreditangebot der Überschußländer (OPEC, einige IL) und der IK und für die Kreditnachfrage der Defizitländer (Schwellenländer, einige IL und sozialistische Staaten) und der IK entwickelt. Das Volumen (Bestandsgröße) dieser Märkte betrug Ende 1981 ca. 1,5 Billiarden Dollar und nach Abzug von Doppelzählungen immerhin noch 940 Milliarden Dollar (Schätzungen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, BIZ). 1981 wurden nach Abzug der Tilgungen auf den internationalen Finanzmärkten ca. 190 Milliarden Dollar kurz- und langfristiges Kapital verliehen. Zwar sanken die Ausleihungen 1982 um ca. 40 Milliarden Dollar, besaßen aber mit ca. 150 Milliarden Dollar immer noch einen gewaltigen Umfang.[29] Diese gewaltigen Geschäfte wurden von einigen Dutzend US-amerikanischen und europäischen Banken dominiert, wobei jedoch zwischen 400 und 700 weitere Banken im internationalen Geschäft tätig waren.[30] Schätzungsweise 70 Prozent der Umsätze werden auf den *Xenogeldmärkten* abgewickelt, an denen sich die internationalen Banken refinanzieren und die sich durch eine hohe Beweglichkeit der dort kursierenden Gelder – ein „Federstrich" genügt zum Ortswechsel – auszeichnen.[31] Ca. 5 Prozent der Umsätze entfallen auf internationale Anleihen *(Xenokapital/-anleihemarkt)*, die jedoch nur erstklassigen Emittenten (i. d. R. aus den kapitali-

28 Vgl. C. Köhler, Geldwirtschaft, Bd. II, a.a.O., S. 218ff.; BIZ, 52. Jahresbericht, a.a.O., S. 140.

29 Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank 1982, a.a.O., S. 59. Die Angaben beziehen sich auf Neuausleihungen.

30 Vgl. Ch. Lipson, The International Organization . . ., a.a.O., S. 608; in letzter Zeit nimmt die Zahl der Banken, die sich angesichts der Risiken aus dem internationalen Geschäft zurückziehen, drastisch zu. Vgl. Stern v. 3. Februar 1983.

31 Vgl. R. S. Dale, International Banking . . ., a.a.O., S. 15ff.

stischen IL) zugänglich sind.[32] Gefährdet sind jedoch in erster Linie die Ausleihungen der *Xenokreditmärkte,* die in den siebziger Jahren zunehmend nicht nur den IK, sondern auch den Unternehmen und Staaten der Schwellenländer offenstanden.

Worin bestehen die Besonderheiten der Xenofinanzmärkte und welche Faktoren lassen ihre Unterscheidung von den nationalen Geldmärkten zu?

Nach *W. Hankel* geht die Herausbildung der Xenofinanzmärkte mit einer „Entstaatlichung der Geldverfassung" einher. Ähnlich charakterisiert das Institut für internationale Politik und Wirtschaft (IPW), Berlin/DDR, diese Entwicklung als ein Anwachsen „privatmonopolistischer Marktspontanität in den internationalen Finanz- und Währungsbeziehungen".[33]

In der Tat handelt es sich bei diesen internationalen Finanzmärkten um *„ausgelagerte" Teilmärkte der nationalen Dollar-, DM- und Frankenmärkte,* deren Besonderheit in im Vergleich zu den nationalen Vorschriften *lockereren staatlichen Regulierungen* besteht. Natürlich unterliegen die Aktivitäten der Filialen und Töchter der großen internationalen Banken an den Xenofinanzplätzen der Kontrolle der dortigen Aufsichtsinstanzen (Zentralbanken, Bankenaufsicht etc.), die jedoch den internationalen Kreditgeschäften von Ausländern in fremder Währung weitgehend freie Hand lassen.[34] So entstanden „Bankfreihandelszonen" (offshore-centers) in Ländern, die für internationale Kreditgeschäfte keine Mindestreserven erhoben, in denen Erträge aus Xenokrediten steuerfrei waren und in denen keine oder sehr lockere Vorschriften über das Verhältnis von Forderungen zum Eigenkapital und über die Risikostreuung bestanden. Die „Anregung" zum Auswandern in solche Bankparadiese ging Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre von nationalen Beschränkungen des internationalen Kapitalverkehrs (die USA erschwerten den Kapitalexport, die BRD umgekehrt zeitweilig den Kapitalimport) aus,[35] wobei die neu entstandenen Eurofinanzplätze jedoch rasch eine Eigendynamik entwickelten – ein Wegfall der auslösenden Restriktionen in späteren Jahren beeinträchtigte das Wachstum dieser Zentren nicht –, die aus den Kostenvorteilen dieser neuen Art von Kreditgeschäft entsprang. Denn die weitgehende Regulierungsfreiheit und das Fehlen einer Mindestreservepflicht ließen Zinsen auf den Xenofinanzmärkten zu, die zumeist unter den nationalen Zinssätzen lagen und für kreditsuchende IK eine attraktive Alternative zur nationalen Kreditaufnahme darstellten.[36]

Triebkraft und Existenzgrundlage der Xenofinanzmärkte war und ist folglich die Ausnutzung von nationalstaatlichen Regulierungsunterschieden des Geldwesens durch die internationalen Bankkonzerne, Unterschiede, die teilweise von den Staaten bewußt geschaffen worden sind, um in den Genuß der Vorteile eines internatio-

32 Vgl. D. Gehrmann, Die Effizienz des Euro-Kapitalmarktes..., Hamburg 1978, S. 24ff.; BIZ, 52. Jahresbericht, a.a.O., S. 126/145.

33 W. Hankel, Shylock gesucht: Hochzinspolitik und internationale Kreditmärkte, in: Blätter f. dt. u. internat. Politik, 5/1982, S. 593; Labilität des kapitalistischen Währungs- und Finanzsystems..., in: IPW-Berichte 4/82, S. 20.

34 I. L. Bähre, Dringend vonnöten: Transparenz und Information, in: Wirtschaftsdienst, XI/1979, S. 543.

35 Vgl. D. Gehrmann, Die Effizienz..., a.a.O., S. 35ff.

36 Ebenda, S. 225; BIZ, 52. Jahresbericht. a.a.O., S. 128f.; Autorenkollektiv, Währungsprobleme..., a.a.O., S. 175ff.; W. Hankel, Währungsordnung bei weltweit ungeregelten Kreditmärkten?, in: Gefährdete Weltfinanzen, a.a.O., S. 3.

nalen Bankplatzes (gute Kreditbeziehungen, Arbeitsplätze, Gebühreneinnahmen etc.) zu gelangen, und Unterschiede, an deren Nivellierung zeitweilig auch die übrigen kapitalistischen Staaten nicht interessiert waren, da sie „ihren" IK Möglichkeiten zur Aufnahme von Fremdwährungskrediten boten, ohne dadurch die nationale Zahlungsbilanz zu belasten.[37]

Ein weiterer Umstand spricht für die These, daß eine verstärkte privatmonopolistische Regulierung der internationalen Finanzmärkte nicht nur im Interesse der internationalen Banken, sondern zumindest zeitweilig auch im Interesse führender kapitalistischer Länder und der IK gewesen ist: Deren weltwirtschaftliche Expansionsstrategien (Exporte und Direktinvestitionen) setzen nämlich voraus, daß andere Länder nicht nur bereit sind, Leistungsbilanzdefizite hinzunehmen, sondern auch in der Lage sind, diese durch Kredite zu finanzieren.[38] Die gelockerte, „hemmungslose" Kreditvergabe über die Xenokreditmärkte, die nicht mit restriktiven Auflagen versehen waren wie die Ausleihungen öffentlicher Institutionen, erlaubte es den Schwellenländern über längere Zeit, trotz der Ölpreisbelastungen ihre Importe aus den IL aufrechtzuerhalten, den Profittransfer der IK zu finanzieren und nicht zuletzt ein Wirtschaftswachstum aufrechtzuerhalten, das eine günstige Verwertung der Auslandsinvestitionen der IK sicherte.

Eine Reihe von nationalstaatlichen Maßnahmen und Überlegungen zur stärkeren Kontrolle der Aktionen „ihrer" internationalen Banken, die in letzter Zeit unter dem Eindruck einer wachsenden Gefährdung des Weltfinanzsystems vorgenommen wurden, zeigten, daß eine Regulierung und Begrenzung der Xenokreditmärkte durchaus im Bereich des Möglichen gelegen hätte, selbst wenn ein international koordiniertes Vorgehen an den Interessengegensätzen zwischen den Ländern gescheitert wäre. So wird von den Bankzentralen in den IL zunehmend die Vorlage von konsolidierten Bilanzen verlangt, in denen die weltweit aufgelaufenen Forderungen dem gesamten Eigenkapital des Bankkonzerns (incl. Auslandsfilialen und -töchter) gegenübergestellt werden. Dies ermöglicht nicht nur eine höhere Transparenz, sondern darüber hinaus durch die Anwendung von national gültigen Deckungsvorschriften und Regeln über die Risikostreuung eine Beschränkung der internationalen Kreditvergabe. Während die Vorlage konsolidierter Bilanzen in den USA, den Niederlanden etc. bereits Vorschrift ist, gibt es in der BRD hierzu Ansätze zu einem „Gentlemen's Agreement" zwischen Bankenaufsicht und den Bankenverbänden, das jedoch nur konsolidierte Bilanzen von Bankzentralen und den Auslandsfilialen vorsieht und die Geschäfte der Auslandstöchter, auf die 40 Prozent der Eurokreditvergaben von BRD-Banken entfallen, ausspart.[39] Eine wesentlich stärkere Regulierung und Einschränkung der Xenokreditvergabe könnte durch die Einführung einer Mindestreserve für diese Kredite, die die Kostenvorteile dieser Märkte untergraben würde, erreicht werden. Eine solche „Euromindestreserve" könnte – wie dies in den USA

37 Vgl. R. S. Dale, International Banking..., a.a.O., S. 15f.; Ch. Lipson, The International Organization..., a.a.O., S. 607.

38 Wie gezeigt, belasten auch Direktinvestitionen auf Dauer die Leistungsbilanz der EL, da die Devisenzuflüsse aus den Direktinvestitionen durch die Abflüsse infolge von Gewinntransfers übertroffen werden.

39 Bisher kranken selbst diese freiwilligen Vereinbarungsversuche an den Interessenwidersprüchen und Gewinninteressen der BRD-Banken.

diskutiert wird – bei der Bankzentrale auf die Aktiva oder Passiva ihrer Auslandsniederlassungen erhoben werden, da nicht zu erwarten sein wird, daß die Länder mit Bankfreihandelszonen zu solch einer Maßnahme bereit sein werden.[40]

Die genannten Beispiele für Regulierungsmöglichkeiten der Xenofinanzmärkte zeigen, daß die Zunahme privatmonopolistischer Regulierungen auf den internationalen Geldmärkten nicht der *Unmöglichkeit* entspringt, das Treiben der internationalen Bankkonzerne zu kontrollieren, sondern vielmehr Ausdruck einer zeitweiligen Interessenkonvergenz zwischen Banken, den IK und führenden kapitalistischen Staaten ist.[41] Hinzu kommt, daß es den führenden kapitalistischen Staaten bisher nicht gelungen ist, eine neue internationale Währungsordnung zu errichten, die der polyzentrischen Machtverteilung zwischen den drei rivalisierenden kapitalistischen Zentren (USA, EG, Japan) gerecht wird. Die Folge ist die Etablierung eines „Nichtsystems", einer Lücke, die die internationalen Banken profitabel zu nutzen verstehen.

In letzter Zeit jedoch geriet die „Unreguliertheit" der internationalen Finanzmärkte zunehmend in Widerspruch zu den Interessen und den wirtschaftspolitischen Strategien der führenden kapitalistischen IL. An erster Stelle ist natürlich die Gefährdung auch der nationalen Kreditbeziehungen durch die international eingegangenen Risiken der Großbanken zu erwähnen. Darüber hinaus führte die erhebliche Interdependenz zwischen den nationalen Geldmärkten der Xenowährungsländer und den internationalen Finanzmärkten zur Erschwerung und teilweisen Durchkreuzung einer nationalen Geldpolitik.[42] Eine Erhöhung der Mindestreserven zur Durchsetzung einer monetaristisch inspirierten, restriktiven Geldpolitik verstärkte die Kostenvorteile der Xenokreditmärkte und führte zu einer teilweisen Verlagerung des Kreditgeschäftes auf diese Märkte.[43] Während national gespart und „deflationiert" wurde, nicht zuletzt mit dem Ziel einer Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, blähten sich die internationalen Finanzmärkte inflationär auf. Dies ist zwar einerseits nötig, um die Exportüberschüsse der Expansionsländer (und damit die Defizite der übrigen Länder) möglich zu machen, führt aber andererseits über die enge Weltmarktverflechtung und die damit einhergehende internationale Preisverbundenheit zum Inflationsimport in die Deflationsländer und damit zur Durchlöcherung ihrer restriktiven Wirtschaftsstrategien.

Schließlich wirkt das gewaltige Volumen kurzfristig mobilisierbarer internationaler Liquidität zunehmend destabilisierend. Seit dem Floatingbeginn 1973 überrundeten die finanziellen Umsätze der Xenofinanzmärkte rasch die Welthandelsumsätze. Somit dient ein abnehmender Teil der Geldbewegungen auf den Xenofinanzmärkten

40 Vgl. zu den Kontrollmöglichkeiten der Xenofinanzmärkte: Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank 1979, S. 52f.; M. Lahnstein, Schwachstellen müssen behoben werden, in: Wirtschaftsdienst XI/1979, S. 538f.; I. L. Bähre, Dringend vonnöten: . . ., a.a.O., S. 544; H. Peters, Eurogeldmärkte . . ., in: Kredit und Kapital, 1980, Heft 3, S. 402ff.

41 Vgl. zum Verhältnis privatmonopolistischer und staatsmonopolistischer Regulierung z. B.: D. Baudis, H. Nußbaum, Wirtschaft und Staat in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1918/19, Vaduz 1978, S. 17ff., S. 36ff., S. 118ff.

42 Vgl. M. Lahnstein, Schwachstellen . . ., a.a.O., S. 536f.; BIZ, 52. Jahresbericht, a.a.O., S. 128f.

43 Die Mindestreservepolitik spielt in der BRD und den USA, also den beiden wichtigsten Xenowährungsländern, eine wichtige Rolle in der Geldpolitik. Da eine Erhöhung der Mindestreserven die nationale Kreditvergabe verteuert, weichen z. B. die IK auf die internationalen Kreditmärkte aus.

der Finanzierung von Güterbewegungen und ein wachsender Teil – Schätzungen sprechen von bis zu 90 Prozent – spekulativen Zwecken.[44] Innerhalb kürzester Fristen werden per Telefonat gewaltige Summen weltweit hin und her geschoben, um z. B. Aufwertungsgewinne einer Währung „mitzunehmen" oder um relativ geringfügige Zinsdifferenzierungen und Zinsschwankungen profitabel zu nutzen. In diesem Zusammenhang erscheint die Diskussion müßig, ob solche spekulativen Geldbewegungen ursächlich für den Druck auf bestimmte Währungen sind oder nur reaktiv einem Abwertungs*verdacht* folgen. Denn das Ergebnis solcher Transaktionen ist allemal die Bestätigung des „Verdachts" durch die Wirklichkeit, da es den Zentralbanken angesichts der gewaltigen Ströme „heißen Gelds" nur schwer möglich sein wird, die betreffende Währung zu verteidigen.[45] Insbesondere für Regionen mit Festkurssystemen (EWS) können deshalb von den Xenofinanzmärkten erhebliche Störungen ausgehen, die die von festen Wechselkursen erhoffte Handelsförderung teilweise untergraben.

Aus diesen Widersprüchlichkeiten erklärt sich die seit einiger Zeit zunehmende Diskussion über eine Regulierung oder gar „Austrocknung" der Xenofinanzmärkte. Die Rivalitäten zwischen den drei kapitalistischen Zentren ließen jedoch bisher nur isolierte nationalstaatliche Eingriffe zu und verhinderten eine international koordinierte Regulierung dieser Märkte.[46]

3.2 Die Xenofinanzmärkte: Ursache der Zinsexplosion?

W. Hankel analysiert in der Expansion der Xenofinanzmärkte eine wesentliche Ursache der gewaltigen Zinssteigerungen der letzten Jahre. Nicht die Zentralbanken seien für die hohen Zinsen verantwortlich, sondern die sich auf den Xenofinanzmärkten „bildenden Zinssätze bestimmen die nationalen Geld- und Kreditkosten, nicht umgekehrt".[47] Seit Floatingbeginn sei die internationale Liquidität überdimensional angewachsen. Die Ursachen hierfür lägen in der starken internationalen Konkurrenz der Banken um Ausleihungen und in der enormen Liquiditätsschöpfungsfähigkeit des internationalen Bankensystems.

Grundlage dieser Fähigkeit des internationalen Bankensystems, selbst internationale Liquidität (Dollars, DM etc.) zu schaffen, sind Devisen, die an irgendeinem Ort der Welt anfallen. Da diese Devisen seit Floatingbeginn nicht mehr oder nur in geringerem Maße zu den Zentralbanken gelangen (vgl. Abschnitt 4), stehen sie vermittels des Interbankenmarkts praktisch in kürzester Frist jeder international tätigen Bank für die Kreditvergabe zur Verfügung. Auf Basis dieser Devisen können die internationalen Banken, wie jedes geschlossene Bankensystem, über die Kreditvergabe zusätzliche (internationale) Liquidität schöpfen. Da es keine vorgeschrie-

44 W. Hankel, Währungsordnung bei weltweit ungeregelten Kreditmärkten?, in: Gefährdete Weltfinanzen . . ., a.a.O., S. 25, S. 32 ff.

45 Vgl. IPW-Berichte 1/83, S. 25 f.; M. Lahnstein, Schwachstellen . . ., a.a.O., S. 538.

46 Vgl. die Angaben von Anmerkung 30 und die Vorschläge bei H. C. Wallich, LDC Debt . . ., a.a.O., S. 33 ff., R. S. Dale, International Banking . . ., a.a.O., S. 19; P. L. Volcker, The Recycling Problem Revisited; in: Challenge, July/August 1980, S. 6 ff.; „Sollen die Euromärkte kontrolliert werden?", in: Wirtschaftsdienst XI/1979, S. 535 ff.

47 W. Hankel, Shylock gesucht: . . ., a.a.O., S. 593.

bene Mindestreservehaltung gibt und die Sickerverluste in diesem effektiven internationalen Bankensystem relativ gering sein dürften, scheint die Vermutung berechtigt, daß die Kreditschöpfungsfähigkeit der Xenofinanzmärkte größer als jene nationaler Bankensysteme ist.[48]

Diese Fähigkeit zur Schöpfung internationaler Liquidität existierte zwar bereits auf den Eurodollarmärkten in den sechziger Jahren. In der Praxis war diese Fähigkeit jedoch durch die Regeln des Währungsabkommens von Bretton Woods begrenzt: Zum einen waren die Zentralbanken zur Intervention auf den Devisenmärkten verpflichtet, um die Wechselkurse zu verteidigen. Deshalb konzentrierten sich die Devisenreserven im Zentralbanksystem und standen somit nicht als Kreditschöpfungsbasis zur Verfügung. Und zum andern waren die Staaten zur Abdeckung ihrer Leistungsbilanzdefizite auf ihre Währungsreserven und/oder auf die Kreditlinien des IWF und der Zentralbanken angewiesen, so daß die damaligen Eurodollarmärkte im wesentlichen „nur" den Kreditbedarf der internationalen Konzerne und Banken bedienten.

Seit der faktischen Aufkündigung des Bretton Woods-Abkommens 1973 nahm das Finanzierungsvolumen der Xenofinanzmärkte um das Fünfzehnfache zu.[49] Dieses gewaltige Anwachsen der internationalen Liquidität, das das Wachstum der realen Güterumsätze auf dem Weltmarkt bei weitem überstieg, dürfte einen wesentlichen Beitrag zur Steigerung der Weltinflation geleistet haben und somit auch *mit*verantwortlich für *Nominalzinssteigerungen* sein, die dieser Inflationsrate folgten. Eine Reihe von Argumenten spricht jedoch m. E. dagegen, die Xenofinanzmärkte direkt auch für den bedeutenden Anstieg der *Realzinsen* verantwortlich zu machen.

Erstens übertrifft das Volumen der nationalen Kreditvergabe jenes der internationalen Ausleihungen erheblich. 1981 machten die Euro-DM-Kreditausleihungen ca. 1/7 der Ausleihungen des Kreditmarktes der BRD aus, und auch der nationale Kreditmarkt der USA übertraf den Xenodollarmarkt um das Vier- bis Fünffache.[50] Angesichts dieser Größenverhältnisse können die Marktverhältnisse auf den nationalen Geldmärkten nicht so unbedeutend für die Zinsbestimmung sein, wie dies die Ausführungen *W. Hankels* nahelegen, und somit kommt auch der Politik der jeweiligen Zentralbanken (vor allem des US-Zentralbanksystems), die durch ihre Geldpolitik entscheidend das Geldangebot bestimmen, eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung der Zinspolitik zu.[51]

Zweitens läßt sich die Aufblähung der Xenokreditmärkte teilweise auch durch die Flucht potenter Kreditnehmer vor einer nationalen Hochzinspolitik interpretieren. So bieten US-Banken ihren erstklassigen Kunden zunehmend die Alternative zwischen einer Kreditabwicklung über die Bankzentrale und einer Kreditaufnahme bei deren Auslandsvertretungen. Eine Ursache für die Expansion der Xenokredit-

48 Vgl. ebenda, S. 28; C. Köhler, Geldwirtschaft, II. Bd., a.a.O., S. 238ff.

49 BIZ, Jahresberichte, versch. Jhrg.; W. Hankel, Shylock gesucht:..., a.a.O., S. 599.

50 Errechnet aus: Geschäftsbericht der Dt. Bundesbank, 1981, S. 18; BIZ, 52. Jahresbericht, S. 17, 81, 140; Statistical Abstract of the U.S., 1982.

51 Diese Auffassung vertritt z. B. die BIZ, 51. Jahresbericht; C. Köhler, Geldwirtschaft, Band II., S. 235ff.; K. G. Zinn, Die außenwirtschaftliche Misere nachfrageorientierter Politik, Manuskript, 1982, S. 22ff.; Ch. Fiedler, Ursachen und Wirkungen der USA-Hochzinspolitik, in: IPW-Berichte 6/82, S. 18.

märkte, die ja wegen des großen Anteils des Dollarumsatzes besonders eng mit den US-Geldmärkten verbunden sind, stellt in diesem Fall also das Ausweichen der Kreditnehmer vom teuren Inlandsmarkt auf die billigeren Xenomärkte dar.[52] Auf diese Weise entsteht ein enger Zinszusammenhang zwischen nationalen und internationalen Geldmärkten – nach Auffassung *Köhlers* bewegen sich die Eurodollarzinsen zwischen den Kosten für US-Schatzwechsel (Untergrenze) und der US-prime-rate zuzüglich eines gewissen Aufschlags (Obergrenze) – wobei jedoch ursächlich für die Zinshöhe letztlich die Zentralbankpolitik bleibt.[53]

Drittens schließlich sprechen die Marktverhältnisse auf den Xenofinanzmärkten gegen die These, hier liege die zentrale Ursache der Zinsexplosion. In den letzten Jahren trugen die internationalen Finanzmärkte immer die Züge eines Schuldnermarkts, d. h., einem gewaltigen Liquiditätsangebot aus den OPEC-Ländern und aus einigen kapitalistischen Ländern stand eine zwar große, aber gleichwohl aus Bonitätsgründen begrenzte Schuldnernachfrage gegenüber. Die Feststellung *Hankels*, daß die gestiegenen Risiken bei der internationalen Kreditvergabe zu höheren Aufschlägen und damit zu höheren Zinsen beigetragen hätten, traf nur für die allerjüngste Zeit zu. Zuvor waren die sogenannten spreads auf die LIBOR durch die Konkurrenz gedrückt worden (man sprach von einem Konditionenverfall) und spiegelten unterschiedliche Risiken kaum mehr wieder.[54] Bei einem Überangebot an internationaler Liquidität aber ist ein *real*zinstreibender Einfluß der Xenofinanzmärkte unwahrscheinlich.

Insgesamt also sprechen m. E. eine Reihe von Argumenten dafür, die Zuständigkeit für die die internationale Finanzkrise und die Weltwirtschaftskrise verschärfenden hohen Zinsen bei den Zentralbanken und ihrer monetaristisch orientierten Geldpolitik und nicht bei den „anonymen" Xenofinanzmärkten zu suchen.

„Der Zins ist heute in bestimmtem Rahmen ein der staatsmonopolistischen Einflußnahme unterliegender Monopolpreis, über dessen Regulierung der Staat auf die Verteilung des gesellschaftlichen Kapitals und der gesellschaftlichen Arbeit in den für die Verwertung des Monopolkapitals wichtigsten Bereichen der Wirtschaft sowie (auf) die Konkurrenzposition der Monopole auf dem Weltmarkt einwirkt."[55] Diese These beinhaltet, daß die Geldpolitik der Zentralbanken – wobei das US-Zentralbanksystem hierbei eine entscheidende Rolle spielt – für die Entwicklungstendenz und die Höhe der Zinsen wichtiger ist als die Marktverhältnisse auf den Geld- und Kreditmärkten. Hierfür spricht, daß die Refinanzierungskosten (Höhe des Diskontsatzes etc.), das zur Verfügung stehende Refinanzierungsvolumen und der Geldschöpfungsmultiplikator (Mindestreservepolitik), d. h. wesentliche Momente des Geld- und Kreditangebots auf den Finanzmärkten, durch die Zentralbankpolitik gesteuert werden können. Zumindest für das angestrebte Ziel einer restriktiven Geldpolitik verfügen die meisten Zentralbanken somit über geeignete und wirksame Mittel, das Liquiditätsangebot zu verknappen und damit (und über den Diskontsatz) die Zinsen nach oben zu treiben.

52 Vgl. BIZ, 52. Jahresbericht, S. 128 f.
53 Vgl. C. Köhler, Geldpolitik, Bd. II, a.a.O., S. 224ff., 235ff.
54 Vgl. Th. Kampfmeyer, Die Verschuldung..., a.a.O., S. 7ff.; P. I. Volcker, The Recycling Problem..., a.a.O., S. 13, Tab. 7.
55 Ch. Fiedler, IPW-Berichte 6/82, a.a.O., S. 17.

Entgegen einer weitverbreiteten Auffassung dürften bei den Zinssteigerungen seit 1979 die Marktverhältnisse (d. h. das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage der privaten Banken, Unternehmen, Konsumenten und des Staates) und die Geschäftspolitik der Banken eine untergeordnete Rolle gespielt haben. Zunächst sind hohe Zinsen nicht unmittelbar gleichzusetzen mit günstigen Profiterwartungen der Banken, für die ja die *Zinsspanne* (Differenz zwischen den Kosten der Kreditbeschaffung und dem Zinsertrag aus der Geldverleihung) die entscheidende Zielgröße ist. Hohe Realzinsen sind jedoch nicht per se geeignet, diese Zinsspanne auszuweiten. Denn hohe Zinsen vergrößern das Kreditangebot – auch Unternehmen verleihen unter diesen Umständen einen Teil ihrer Gewinne – und mindern gleichzeitig die Nachfrage nach den teuren Krediten, so daß die Finanzmärkte trotz der knappen Geldpolitik der Zentralbanken relativ liquide bleiben. Dies verschärft die Konkurrenz zwischen den Banken und fördert eher eine zinssenkende Tendenz.

Dagegen kann eingewandt werden, daß in der Krise der Kreditbedarf der Unternehmen steige und zudem die wachsende Staatsverschuldung zu einer Anspannung auf den Finanzmärkten führe. Tatsache ist jedoch, daß ein hoher Kreditbedarf von Unternehmen in der Krise nicht gleichzusetzen ist mit einer entsprechend hohen Kreditnachfrage oder Kreditbedienung, da die hohen Zinsen und die sinkende Bonität der Unternehmen einer Deckung ihres Geldbedarfs entgegenstehen (mit der Folge steigender Konkurszahlen). Und schließlich läßt sich zumindest für die BRD in den letzten Jahren keine zinstreibende Wirkung der Staatsverschuldung nachweisen, nicht zuletzt, weil ein erheblicher Teil der Kredite im Ausland aufgenommen worden ist.[56]

Die steigenden Zinsspannen der BRD-Banken im Zusammenhang mit der Lockerung der Geldpolitik der Bundesbank, die damit wiederum auf Zinssenkungen in den USA reagierte, und die damit einhergehende Gewinnexpansion sprechen m. E. für die These, daß sich aus dem *Kreditgeschäft* der Banken kein unmittelbares Interesse an einer Hochzinspolitik ableiten läßt (wobei auch zweifelhaft bleibt, ob die Banken überhaupt über die Mittel zur Durchsetzung möglicher Hochzinsinteressen verfügen).

Dies ist allerdings einzuschränken: Denn die Großbanken sind zugleich mit den dominierenden Teilen des Industriekapitals verflochten – dieser Zusammenhang wird mit dem Begriff des Finanzkapitals zum Ausdruck gebracht –, die teilweise erheblich von der Hochzinspolitik profitierten. Hohe Zinsen wirken konzentrationsfördernd, indem sie kleinen und mittleren Unternehmen den Gang zum Kapitalmarkt erschweren, während ein Teil des Monopolkapitals auch in der Krise über so hohe Gewinne verfügt, daß Investitionen aus Eigenmitteln finanziert werden können und andere Großkonzerne durch ihre Verbindungen zum Bankensektor Zugang zu günstigeren Krediten besitzen. Ein Teil des Industriekapitals verdient darüber hinaus selbst an den hohen Zinsen, indem es Überschüsse als zinstragendes Kapital anlegt: Daimler-Benz erwirtschaftete durch diese Geschäfte 1982 mehr als durch Aktivitäten in der Produktion. Zudem dämpfte die Politik des knappen Geldes durch die Vertiefung und Verlängerung der Krise den Preisanstieg und

56 Vgl. DIW-Wochenbericht 13.14/82, „Beansprucht der Staat zu viel Ersparnisse?"; A. Troost, Der Streit um die Staatsverschuldung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/81, S. 473 ff.

stärkte so die Wettbewerbsposition der international agierenden Konzerne. Für die USA kommt hinzu, daß die hohen Zinsen Kapitalzuflüsse begünstigten, die die US-Zahlungsbilanz verbesserten und zu einer Aufwertung des Dollars führten. Dies erleichterte Direktinvestitionen – die Hauptform der internationalen Expansion der US-Konzerne –, führte aber auch zu einer Minderung der Exportchancen und zu einer Verstärkung der Importkonkurrenz. Auch im Bereich des industriellen Kapitals lassen sich folglich widersprüchliche Wirkungen der Hochzinspolitik festmachen.[57]

Zusammenfassend sprechen diese Überlegungen m. E. für die These, daß die restriktive Geldangebotspolitik der Zentralbanken – allen voran die des US-Zentralbanksystems – entscheidend für die enormen Zinssteigerungen seit 1979 gewesen ist, ohne dabei auszuschließen, daß Veränderungen der Marktverhältnisse ebenfalls zu Zinsschwankungen beigetragen haben. Die Interessen des Kapitals und insbesondere des Finanzkapitals sind in diesem Prozeß relativ widersprüchlich, so daß ein häufigerer Wechsel in der Zentralbankstrategie nicht ausgeschlossen werden kann. Zumal ja die Erwartung, die Inflation mit hohen Zinsen und knappem Geld bekämpfen zu wollen, nur vordergründig aufzugehen scheint: Eine *Verlangsamung* der Preissteigerungsraten durch die Verstärkung und Verlängerung wirtschaftlicher Krisen zu erzielen – in früheren Krisen sanken die Preise –, heißt noch nicht, die Inflation im konjunkturellen Aufschwung im Griff zu haben. Denn der wesentlichste Einfluß auf die Inflation, die monopolistische Preispolitik, wird durch die restriktive Geldpolitik nicht nur *nicht beseitigt*, sondern durch die konzentrationsfördernde Wirkung der Hochzinspolitik sogar verstärkt. Diese Zusammenhänge ignoriert eine monetaristisch inspirierte Zentralbankpolitik, die meint, durch eine Geldmengenverknappung die Inflation zu bekämpfen, die aber faktisch die Inflation nur durch die Rezession mildert. Damit aber werden auch die begrenzten Möglichkeiten der monetaristischen Politik deutlich.

4. Der Zusammenhang zwischen privater Zahlungsbilanzfinanzierung und Währungskrise

Das sprunghafte und unkontrollierte Wachstum der internationalen Liquidität und die private Kreditierung von Zahlungsbilanzdefiziten stellen – wie gezeigt – eine neue Entwicklung in der kapitalistischen Weltwirtschaft nach dem II. Weltkrieg dar, die augenscheinlich mit der Aufkündigung wesentlicher Regelungen des Währungssystems von Bretton Woods zusammenhängen (Aufgabe fester Wechselkurse und Übergang zum Floating). Grundsätzlich hängen Stabilität und Lebensdauer kapitalistischer Währungssysteme von folgenden Faktoren ab:

1. Vom „Autonomiebedarf" der kapitalistischen Gesellschaften: Kapitalistische Ökonomien wiesen bereits in früheren Zeiten (Konkurrenzkapitalismus) unterschiedliche „Mischungsverhältnisse" zwischen einer spontanen, konkurrenzgesteuerten und preisvermittelten Marktregulierung und staatlichen Systemregulierungen auf. So war z. B. die Herausbildung der kapitalistischen Ökonomien in den Ländern, die England mit Verzögerung folgten, zunächst in hohem Maße durch

57 Vgl. auch Ch. Fiedler, IPW-Berichte 6/82, a.a.O., S. 17; Memorandum '83, a.a.O., Abschnitt 2.5.

staatliche Interventionen gekennzeichnet, die sich jedoch mit der Etablierung und Stabilisierung dieser Ökonomien unter konkurrenzkapitalistischen Bedingungen abbauten. Begründeten sich staatliche Regulierungen und Interventionen im Frühstadium des Kapitalismus vor allem aus einer Bedrohung durch die äußere Weltmarktkonkurrenz, so wuchs mit der Herausbildung monopolistischer Strukturen auch der innere Regulierungsbedarf des nunmehr monopolkapitalistischen Systems: Zunehmend verloren die spontanen Mechanismen zur Krisenüberwindung an Wirkung, die „Selbstheilungsfähigkeit" des kapitalistischen Systems ging verloren, und die Notwendigkeit einer staatlichen Konjunkturpolitik wurde deutlich.[58] Diesem verstärkten *Autonomiebedarf*, d. h. dem Bedarf nach einer von Weltmarkteinflüssen unabhängigeren staatlichen Wirtschaftsregulierung, stand das Währungssystem des Konkurrenzkapitalismus – der Goldstandard – entgegen. Dieses System basierte auf dem Verzicht auf eine eigenständige nationale Konjunkturpolitik und schuf darüber hinaus durch die allgemeine Anerkennung des Goldes als Weltgeld ein weltweites Preissystem (alle Waren besaßen Goldpreise und waren somit über die Grenzen hinweg „preisvergleichbar"), durch das ein enger internationaler Konkurrenzzusammenhang geschaffen wurde. Die *Universalität* des Goldstandards geriet so mit der Herausbildung des Monopolkapitalismus in Widerspruch zu dem Umstand, daß die notwendig werdenden staatlichen Regulierungen nur im *nationalen Rahmen* zu realisieren waren.[59] In der Folge – nach einer langandauernden Weltwährungskrise – entwickelte sich mit dem Währungsabkommen von Bretton Woods ein *internationales* Währungssystem, das versuchte, eine erhöhte nationale Wirtschaftsautonomie mit festen Wechselkursen zu verbinden.

2. Ein zweiter entscheidender Faktor für die Gestaltung kapitalistischer Währungssysteme sind die Kräfteverhältnisse zwischen den führenden kapitalistischen IL. Solche Kräfteverhältnisse spielten bereits im Goldstandard eine wichtige Rolle, wenngleich dieses Währungssystem durch die weltweite Akzeptierung des Warengelds „Gold" als Weltgeld Züge eines sich spontan herausbildenden, „echten" *Welt*währungssystems trug, d. h. weitgehend ohne *internationale*, zwischenstaatliche Vereinbarungen auskam.[60] Im Vergleich zu heute waren das damalige Währungssystem und der Internationalisierungsprozeß jedoch relativ wenig politisiert. Dagegen kam das Währungssystem von Bretton Woods nur durch einen internationalen Vertrag zustande, in dem die Beziehungen *nationaler* Währungen[61] geregelt wurden.

58 Vgl. D. Baudis, H. Nußbaum, Wirtschaft und Staat . . ., a.a.O., S. 93 ff.

59 Vgl. E. Sanio, Währungskrise und Währungsintegration (Diss.), Marburg 1975, S. 52 ff.; derselbe, Geld und Währung, Frankfurt/Main 1978; Autorenkollektiv, Währungsprobleme . . ., a.a.O., S. 61 ff. Zuzustimmen ist der dort vertretenen Auffassung, daß der Begriff der *„chronischen* Währungskrise" zu undifferenziert ist, um die ständigen Anpassungsprozesse der kapitalistischen Weltwährungsbeziehungen an realwirtschaftliche Verhältnisse zu analysieren (S. 100 f.).

60 So gab es kein internationales Abkommen über dieses Weltwährungssystem und keine supranationale Währungsbehörde. Der „Anschluß" an dieses Währungssystem geschah durch die nationale Festlegung und Verteidigung des Goldgehalts des nationalen Geldes, wodurch spontan die Wechselkursrelationen bestimmt waren. Allerdings basierte auch der Goldstandard zu einem Teil auf der informellen Anerkennung der Dominanz des englischen Pfundes, das bereits damals als eine Art Reservewährung fungierte, und auf der Einhaltung einiger Regeln (Deckungsregel) durch die Notenbanken.

61 Goldgedeckte Währungen waren, da die Banken zum Umtausch der nationalen Geldzettel in Gold verpflichtet waren, im Prinzip unmittelbare Weltwährungen. Dagegen stellen Geldzettel, die nur

Ein solches internationales Vertragswerk beinhaltet immer die zeitweilige Festschreibung von Kräfteverhältnissen, d. h. in diesem Falle: die Anerkennung der Hegemonie der USA und des US-Dollar. Als einziges Land waren die USA nicht gezwungen, den Wechselkurs des US-Dollar zu verteidigen, während alle übrigen Länder die Paritäten ihrer Währungen zum US-Dollar durch Zentralbankinterventionen zu sichern hatten. Dies verschaffte den USA das Privileg, ihre Zahlungsbilanzdefizite durch das Drucken von Dollarzetteln finanzieren zu können, was letztlich trotz der Interventionen der ausländischen Zentralbanken zur Aufwertung wichtiger Währungen und damit zur Entwertung der Dollarreserven dieser Länder führte.

Somit waren die Widersprüche des Währungsabkommens von Bretton Woods bereits in seiner Konstruktion angelegt, Widersprüche, die mit einem Abbau der US-Hegemonie und mit der Herausbildung einer mehr polyzentrischen Machtverteilung zwischen den kapitalistischen Hauptländern zur Zerstörung dieses Währungssystems führen mußten. Trotz solcher Konstruktionsschwächen konnte im System von Bretton Woods das Wachstum der internationalen Liquidität (Gold, vor allem aber US-Dollar, IWF-Kredite und Beistandskredite zwischen den Zentralbanken) begrenzt werden: Das Wachstum der internationalen Liquidität hing letztlich vom Zusammenspiel der US-Zentralbank mit den übrigen Zentralbanken und den IWF-Krediteinräumungen ab.[62]

Zwar spielten gegen Ende der sechziger Jahre bereits „vagabundierende", d. h. nicht bei den Zentralbanken konzentrierte Dollars eine gewisse Rolle bei der Spekulation gegen einzelne Währungen. Das Gros der internationalen Liquidität blieb jedoch unter der Kontrolle der Zentralbanken, die ja verpflichtet waren, überschüssige Dollars durch Ankäufe vom Markt zu nehmen, was zu einer Begrenzung der Dollarliquidität der Eurobanken führte.[63] Die Freigabe der Wechselkurse enthob die Zentralbanken der Verpflichtung, auf den Devisenmärkten zu intervenieren[64] und beschleunigte so die Ansammlung internationaler Liquidität bei den internationalen Banken.

Die Finanzierung von Zahlungsbilanzdefiziten durch die Xenokreditmärkte hängt somit in der Tat mit dem Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton Woods und dessen Ersetzung durch ungeregelte Währungsbeziehungen („Nicht"-währungssystem) zusammen. Das nun vorherrschende Floating einzelner Währungen und/oder Währungsblöcke konnte unter diesen Umständen keine der gesetzten Erwartungen erfüllen: Denn die gewaltige internationale Liquidität in den Händen miteinander um Kreditnehmer konkurrierender internationaler Bankkonzerne führte zum einen zur „unechten" (d. h. nur kreditären) Finanzierung nahezu jedes Zahlungsbilanzdefizites, so daß es nicht zur erwarteten Verringerung, sondern zur

durch eine staatliche Garantie „gedeckt" sind, *nationales* Geld dar, da die staatliche Garantie an den Grenzen endet und eine internationale Anerkennung der nationalen Währung zwischenstaatlicher Vereinbarungen bedarf.

62 Autorenkollektiv, Währungsprobleme..., a.a.O., S. 65ff.

63 Vgl. W. Hankel, Währungsordnung..., a.a.O., S. 22ff., S. 30; Autorenkollektiv, Währungsprobleme..., a.a.O., 3. u. 5. Abschnitt.

64 Die Zentralbanken intervenierten nun auf den Devisenmärkten nicht mit dem Ziel einer unbedingten Wechselkursverteidigung, sondern unter dem Gesichtspunkt „innerer Geldwertstabilisierung" und „Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit" (verschmutztes Floating).

explosionsartigen Ausweitung dieser Defizite kam. Aber auch die erhoffte Stabilisierung der Wechselkurse auf „marktgerechtem" Niveau trat nicht ein, da es die Finanzierung der weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte durch die privaten Bankkredite ermöglichte, die Unterschiede zwischen den leistungsbilanzstarken Stabilitätsländern und den leistungsbilanzschwachen Inflationsländern aufrechtzuerhalten und auszuweiten, womit stabile Wechselkursrelationen unmöglich wurden. Hinzu kam, daß die Anhäufung kurzfristig mobiler internationaler Liquidität ein gewaltiges Spekulationspotential darstellte, das Währungsungleichgewichte zumindest verstärkte. Schließlich führte auch die Hochzinspolitik der USA zu spekulativen internationalen Kapitalbewegungen, die stabile Währungsbeziehungen unmöglich machten.

Fassen wir zusammen: Aktuell kam es infolge der weltwirtschaftlichen Stagnation und der kapitalorientierten Krisenbewältigungsstrategien (Austeritätspolitik und Hochzinspolitik im Innern, Expansion nach außen) zum offenen Ausbruch der internationalen Finanzkrise. Im Hintergrund dieser Krise stand jedoch die Zerrüttung, d. h. die Regulierungs„freiheit" der internationalen Währungsbeziehungen. Unter diesen Bedingungen konnten sich die privatmonopolistischen Xenofinanzmärkte herausbilden, in gewaltigem Umfang internationale Liquidität umverteilen und schöpfen.

Kurzfristig ermöglichte ihre Kreditgebung die Bewältigung weltwirtschaftlicher Ungleichgewichte, die aus der Rivalität der kapitalistischen Zentren, aus den Ungleichheitsbeziehungen zwischen den IL und EL und aus den beiden Ölpreissteigerungsrunden resultierten. Sie waren somit ein aus der Sicht der expansiven kapitalistischen IL günstiges „Phänomen", das eine unmittelbare, akute Krise infolge dieser Ungleichheitsbeziehungen vermied und es erlaubte, über die „Großzügigkeit" der internationalen Kreditvergabe reale Veränderungen der Weltwirtschaftsordnung zu verschleppen. Längerfristig allerdings führte diese „Strategie" zu einer Kumulation der Probleme, deren aktuell sichtbarster Ausdruck die Gefährdung des weltweiten Kreditgebäudes ist.

Inwieweit es gelingen kann, durch neue internationale Währungsvereinbarungen zwischen den kapitalistischen Hauptländern die internationale Liquiditätsentwicklung und die bedrohliche Ausweitung weltweiter Handelsungleichgewichte in den Griff zu bekommen, bleibt offen. Ein solches Unterfangen hängt nicht vorrangig von der Fähigkeit und Willigkeit der Regierungen ab, sondern von der Frage, ob eine internationale Währungsordnung geschaffen werden kann, die den polyzentrischen Kräfteverhältnissen der Gegenwart Rechnung trägt. Und letztlich kann keine Währungsordnung funktionieren, solange die realwirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft nicht beseitigt werden und nicht gleichberechtigte, auf gegenseitigem Vorteil beruhende Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Ländern errichtet werden.

Das gegenwärtige Krisenmanagement zur Bewältigung der internationalen Kreditkrise allerdings zeigt, daß die kapitalistischen Länder – im Einklang mit den Interessen der Großbanken und IK – auf eine weitere Kreditierung der Ungleichgewichte setzen. Denn die Verluste aus dieser Strategie lassen sich schließlich „vergesellschaften", während die Profite aus der weltwirtschaftlichen Expansion privatisiert bleiben.

Die „Vergesellschaftung" der Verluste hat bereits begonnen: Die Rekordgewinne der BRD-Banken 1982 werden damit gerechtfertigt, daß sie zur Abdeckung kommender hoher Verluste notwendig seien. Zum gleichen Zweck werden hohe Rückstellungen gebildet, die das wahre Ausmaß der gegenwärtigen Bankgewinne verschleiern. Die Kosten der Finanzkrise tragen also bereits jetzt die Konsumenten und Klein- und Mittelunternehmen, die trotz erheblicher Verbilligung der Geldbeschaffung für die Banken nach wie vor relativ hohe Kreditzinsen zahlen müssen, weil die Banken den Kreditsenkungsspielraum nur teilweise an die Kunden weitergeben und so ihre Zinsspanne erweitern. Nicht zuletzt wird durch diese restriktive Geschäftspolitik auch die Wirtschaftskrise verlängert, deren Lasten auf die abhängig Beschäftigten abgewälzt werden.

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 6/1983

Staat und Monopole: das Beispiel Wettbewerbsgesetzgebung

Michael Ellwardt

I. Historischer Abriß – II. Monopolkonkurrenz und funktionalistische Wettbewerbstheorie – III. Die Fusionskontrolle als exemplarisches Beispiel – IV. Verfahrensablauf der GWB-Novelle – V. Entwicklung von Fusionskontrolle und Zentralisationsbewegung

Der vorliegende Beitrag stellt sich die Aufgabe, am Beispiel der sogenannten Wettbewerbsgesetzgebung, einem zentralen Feld der „Ordnungspolitik" des bürgerlichen Staates heute, den Interaktionsmechanismus von Staatsapparat und Monopolorganisationen zu beleuchten. Es wird versucht, die in der marxistischen Diskussion bekannten Verallgemeinerungen auf einer konkreteren Ebene der Interessenformulierung und -durchsetzung zu überprüfen.

I. Historischer Abriß

Im Zusammenhang der staatlichen Ordnungsbestimmungen soll die Wettbewerbsgesetzgebung das innerkapitalistische Konkurrenzverhalten regeln und wesentliche Teile der nichtmonopolistischen Schichten an das System binden. Dem Staat kommt die Aufgabe zu, Richtlinien zur Verhaltenskontrolle zu erarbeiten und ihre Ausführung zu kontrollieren. Mit zunehmender Monopolisierung ist die Ordnungsfunktion des Staates ein Bestandteil des Konkurrenzverhaltens der Kapitale geworden.

Während des Kaiserreichs waren in Deutschland Kartelle, Syndikate und Fusionen grundsätzlich erlaubt. Erst in der Weimarer Republik wurden Überlegungen angestellt, Kartellierungen und Fusionen einer staatlichen Aufsicht zu unterstellen. Diese Bestrebungen wurden während der faschistischen Herrschaft aufgegeben. Die faschistische Wirtschaftspolitik plante im Gegenteil eine vollständige Durchkartellisierung der deutschen Wirtschaft.[1]

Nach dem Zweiten Weltkrieg versuchten die Westalliierten aus Konkurrenzgründen durch Entflechtungsmaßnahmen deutsche Monopole zu schwächen. Im Zuge der roll-back-Politik (Restauration des westdeutschen Kapitalismus als Bollwerk gegen die sozialistischen Staaten) wurden die Entflechtungsmaßnahmen weitgehend

1 Ein Repräsentant dieser Politik war Arno Sölter, der als BDI-Vertreter sich entschieden gegen die Fusionskontrolle wandte.

aufgegeben, da die westdeutsche Monopolbourgeoisie eine wesentliche Stütze dieser Politik bildete. Die Wirtschaftspolitik und besonders Wirtschaftslehre war in der Restaurationsphase durch die Theorie des Neoliberalismus geprägt. Sie geht von einem Idealbild des Wettbewerbs aus: Unter der Voraussetzung der Chancengleichheit findet Wettbewerb als Kampf „Jeder gegen Jeden" mit der Folge ökonomischer Selektion dergestalt statt, daß die bestmögliche Versorgung der Bevölkerung mit sowohl preisgünstigen als auch technisch entwickelten Gütern das Ergebnis ist. Der Unterschied des Neoliberalismus zum herkömmlichen Liberalismus der Wirtschaftstheorie besteht darin, daß der Staat notfalls herangezogen werden kann, um die unabkömmlichen Voraussetzungen des Wettbewerbs herzustellen. Um den vollkommenen Wettbewerb gleichberechtigter Kapitalisten vor dem Zugriff potentieller Marktstörer zu sichern, soll der Staat ihnen gegenüber Schutzwälle errichten. So sah der Josten-Entwurf sowohl Fusionskontrollmaßnahmen als auch Kartellverbote vor. Das Sinnbild der neoliberalen Theorie – der vollkommene Wettbewerb –, der auch die Bewegungsfreiheit kleinerer Kapitalisten gegenüber den Monopolen vorsah, sollte im Josten-Entwurf seinen Niederschlag finden. Unter vehementem Druck der Monopole wurde eine solche Leitlinie der Ordnungspolitik verhindert.

Stattdessen trat am 27. Juli 1957 ein monopolfreundliches Kartellgesetz, das Gesetz über Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), in Kraft, das weder Bestimmungen über Fusionskontrolle noch Entflechtungen vorsah, so daß den Monopolen keine Hindernisse zu verstärkter Konzentration und Zentralisation in den Weg gelegt wurden. Damit war das weitere Auseinanderdriften zwischen neoliberaler Theorie einerseits und tatsächlicher Wirtschaftspolitik und ihrem staatlichen Gesetzesrahmen andererseits programmiert. Das Gesetz beschränkte sich auf Verhaltensweisen, während es Veränderungen der Eigentumsstruktur unberücksichtigt ließ. Zur Bestimmungsgrundlage wurde das Marktverhalten der Unternehmen, wenn zwei oder mehrere Unternehmen auf einem Markt eine gemeinsame Marktstrategie entfalten konnten, die geeignet war, andere Wettbewerber von diesem Markt zu verdrängen. Obwohl in allen diesen Fällen staatliche Eingriffe durch eine Veränderung der Eigentumstitel (Übernahme der Aktienmehrheit) abgewehrt werden konnten, schien damit dem Prinzip des vollkommenen Wettbewerbs Genüge getan zu sein. Die freie Verfügungs- und Veräußerungsmacht über das Eigentum sollte weder durch Fusionskontrollen noch Entflechtungen angetastet werden. Sie wurde geradezu zum Inbegriff der Freiheitsrechte des Unternehmers erhoben. Eigentum und Marktverhalten, Ursache und Wirkung wurden voneinander getrennt.

Durch die Zergliederung der beiden Faktoren sollte die ökonomisch-politische Machtentfaltung der Monopole kaschiert werden. Gerade aber die zunehmende Umgehung des Kartellverbotes durch die nichtverbotene Zentralisation (Fusion) machte den Zusammenhang zwischen ökonomischer Struktur und Marktverhalten immer offenkundiger. Sie verdeutlichte das Auseinanderfallen der offiziellen Theorie des Neoliberalismus und ökonomischer Realität drastisch. Die Tauglichkeit des Kartellrechtes, auch nur geringen Einfluß auf die Konzentrations- und Zentralisationsbewegung zu nehmen, mußte fraglich erscheinen. Um das System vor entscheidenden Veränderungen zu schützen, war eine theoretische und faktische Anpassung der Kartellgesetzgebung notwendig: „Wenn der Staat jetzt nicht handelt und sich

Instrumente schafft, um das liberale System glaubwürdig zu erhalten, weiß ich nicht, welche Kräfte dann dieses System mehr und mehr in Frage stellen und nach sehr viel umfassenderen staatlichen Kontrollen drängen."[2]

Einmal abgesehen von der Entwicklung der Kartellgesetzgebung, ergab sich Anfang der 70er Jahre eine Konstellation in der staatlichen Wirtschaftspolitik, die sowohl den staatlichen Leistungsanforderungen gegenüber einer immer weiter vergesellschafteten Wirtschaft unter den Voraussetzungen privater Aneignung als auch ihrer ideologischen Absicherung gerecht werden mußte. Die Installation eines neuen Modells (Leitbild) der Organisation des Wettbewerbs betrifft zwei Ebenen der politischen Entscheidungsfindung. Insofern soll

1. dargestellt werden, wie Wettbewerbstheorie und -praxis innerhalb der Gesetzeskonstruktion Verfahrensweisen entwickelten, die gesamt- und einzelkapitalistisches Interesse in ihrer Konfliktbeziehung miteinander verbinden;
2. die Einflußnahme verschiedener Interessen insbesondere der Monopolverbände beim Zustandekommen des Gesetzes untersucht werden.

Grundsätzlich können sich monopolistische Einzelinteressen auf diesen beiden Ebenen der staatlichen Entscheidungsfindung durchsetzen, indem sie 1. Einfluß auf die Ausgestaltung der Gesetze nehmen und 2. den gegebenen gesetzlichen Spielraum nutzen und z. B. die Interpretation von Gesetzen durch Gerichte, Kartellamt etc. beeinflussen. Dazu gehört, daß immer mehr gesetzliche und gerichtliche Entscheidungen durch administrative Beschlüsse, die sich durch Flexibilität und politische Einflußmöglichkeiten auszeichnen, ersetzt werden.

II. Monopolkonkurrenz und funktionalistische Wettbewerbstheorie

Als neues „Leitbild" dient die Theorie des funktionalen Wettbewerbs. Im Gegensatz zur neoliberalen Theorie gilt der Wettbewerb nicht mehr als Wert an sich, sondern nur noch als Mittel zum Erreichen wirtschaftlicher Optimalitäten. Der Wettbewerb wird wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen zugeordnet. Ideologisch wichtig ist die Abkehr von den bisherigen Freiheitsvorstellungen des Liberalismus, von dem freihandelnden Individualunternehmer als Mittelpunkt der Gesellschaftsform, der Freiheit des Einzelunternehmers als ideologischem Ausgangs- und Endpunkt der liberalen Wirtschaftsordnung.

Nunmehr dient der Wettbewerb als wirtschaftspolitisches Funktionselement; orientiert an der Wohlstandssicherung über hohe Wachstumsraten, ordnet er sich in den Steuerungs- und Regulierungsmechanismus staatlicher Wirtschaftspolitik ein.[3] Im Mittelpunkt steht nicht mehr der Einzelunternehmer, sondern die Wachstumsrate als Sinnbild des Allgemeinwohls. Allgemeinwohl bzw. Wohlstandssicherung sind integraler Bestandteil der technokratischen Funktionsbestimmung der funktio-

2 Otto Schlecht, Handel, Wettbewerb, Wettbewerbspolitik, Rede auf der Jahrestagung des Zentralverbandes des Genossenschaftlichen Groß- und Außenhandels, Bonn 29. April 1970, BMWI-Texte, Nr. 96, S. 11.

3 Siehe Erhard Kantzenbach, Die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs, Göttingen 1968; Wolfgang Kartte, Ein neues Leitbild für die Wettbewerbspolitik, Köln 1969.

nalistischen Wettbewerbskonzeption, wobei der Klassenkonflikt abstrahierend von der Eigentumsstruktur in einen Zielkonflikt der Wachstumsvoraussetzungen uminterpretiert wird. Unter dieser Prämisse ist das Allgemeinwohl durch höchstmögliche Wachstumsraten definiert, die verbunden mit maximaler Profiterzielung durchaus mit einer Verarmung größerer Bevölkerungsgruppen und der Konzentration des Reichtums in wenigen Händen einhergehen können. Somit wird eine eindimensionale Verbindung zwischen Wohlstandsziel und Investitionsneigung der Monopole geschaffen, die zur Legitimation monopolistischer Herrschaft und ihrem Entwicklungsprozeß in den Formen von Konzentration und Zentralisation dient.

Es wurden Wettbewerbsfunktionen (wie Investitionsflexibilität, Beschleunigung des technischen Fortschritts) definiert[4] die eine günstige Entwicklung der Wirtschaftsstruktur und der Eigentumsverhältnisse versprechen. Solche Bedingungen bzw. Funktionen werden durch eine optimale Wettbewerbsintensität gesichert, die allerdings im Gegensatz zur neoliberalen Theorie nur durch eine beschränkte Marktteilnehmerzahl gewährleistet ist. Erst die beschränkte Anzahl der Marktteilnehmer – also nichts anderes als die monopolistische bzw. oligopolistische Konkurrenz – führt demnach zur Intensivierung des Wettbewerbs, was andererseits die teilweise Ausschaltung weiter Wettbewerbsfelder zur Folge hat, da die Monopole ganze Reproduktionszusammenhänge beherrschen. Die funktionalistische Wettbewerbskonzeption gibt nun vor, diese Problematik dadurch in den Griff zu bekommen, daß sie zwischen engem und weitem Monopol unterscheidet. Wettbewerbsbeschränkungen entstehen nur im engen Monopol mit zwei/drei Anbietern. Bestimmungsmerkmal für das enge oder weite Monopol bildet die optimale Wettbewerbsintensität. Doch läßt sich kaum der Punkt feststellen, an dem die optimale Wettbewerbsintensität erreicht ist, denn diese variiert von Fall zu Fall (von Markt zu Markt). Aufschluß können allenfalls die Ergebnisse des konkreten Marktprozesses selbst, also erst die vollendeten Fakten liefern. Da sich die Wettbewerbsintensität auch mit dem engen Oligopol steigert, schlägt die Optimalität des Wettbewerbs erst durch erhöhte oligopolistische Interdependenz in ihr Gegenteil, die Wettbewerbsbeschränkung, um. Der Zustand, den es zu erreichen gilt, impliziert nach der Theorie zugleich sein Gegenteil. Der Punkt des Eintritts von Wettbewerbsbeschränkungen wird dadurch erklärt, daß die Optimalität des Wettbewerbs durch Wettbewerbsbeschränkungen negiert wird: „Die steigende oligopolistische Interdependenz erhöht jedoch nicht zwangsläufig die Wettbewerbsintensität, da sie gleichzeitig die Möglichkeiten zu Wettbewerbsbeschränkung erweitert."[5] Da monopolistisches Marktverhalten und Wettbewerbsbeschränkung untrennbar zusammengehören, liegt die ganze Intention darin, die Auswüchse monopolistischen Wettbewerbs in Schranken zu weisen. Diese lassen sich aber nicht durch eine Theorie definieren. Ihre Bestimmung unterliegt letztlich der politischen Prioritätensetzung.

Somit stellt sich die funktionalistische Wettbewerbstheorie auf die monopolistischen Wettbewerbsbedingungen ein, indem sie erst im weiten Monopol die optimale Wettbewerbsintensität erreicht sieht. Auf allen unteroptimalen Märkten mit einer Vielzahl von Anbietern soll der Zentralisierungsprozeß zur Erreichung der Optima-

4 Kantzénbach, a.a.O., S. 15ff.
5 Kantzenbach, a.a.O., S. 45.

lität gefördert werden. Damit legitimiert sie nicht nur im Gegensatz zur neoliberalen Theorie die gegebenen monopolistischen Marktstrukturen, sondern sichert darüberhinaus noch die Notwendigkeit weiterer Monopolisierung.

III. Die Fusionskontrolle als exemplarisches Beispiel

Wir greifen die Thematik der Fusionskontrolle heraus, da sie unmittelbar an die Problematik der Eingriffsmöglichkeiten in die Eigentumsstruktur heranführt und daran die systembedingten Grenzen staatlicher Kontrolle herausgearbeitet werden können. Der Eingriffsmöglichkeit staatlicher Apparate zur Verhinderung einer Fusion sind vielfältige Schranken gesetzt. Danach gelten folgende Bestimmungen: Für ein marktbeherrschendes Unternehmen gelten 250 Millionen DM bzw. bei mehreren Unternehmen 100 Millionen DM als unteres Eingriffskriterium. Erst bei Unternehmen, die über diesem Umsatz liegen, wird das Kriterium der Marktbeherrschung überprüft. Aber diese Umsatzschwelle reicht für das Kriterium der Marktbeherrschung nicht aus. Zusätzlich wird für die Fusionskontrolle im § 24 die Umsatzgröße von 500 Millionen DM geprüft, Unternehmen bis 50 Millionen DM Umsatzgröße können unproblematisch eingegliedert werden. Regionale Wettbewerbsbeschränkungen werden von den Bestimmungen nicht erfaßt. Eine präventive Fusionskontrolle gilt nur für Umsatzmilliardäre. Bei der 4. Novelle des GWB konnte der auf Systemsicherung bedachte Staatsapparat geringfügige Verschärfungen der geltenden Bestimmungen erreichen: Die Eingliederung kleiner Unternehmen unter 10 Millionen DM Umsatz, die lt. den Berichten der Monopolkommission zu einer durchgehenden Form der Zentralisation geworden war,[6] wurde durch Herabsetzung auf 4 Millionen DM Umsatz eingeschränkt, wenn es sich bei den Erwerbern um Unternehmen handelt, die 1 Milliarde DM Umsatz erzielen.

Wenn diese Bestimmungen uneingeschränkt gültig wären, hätte sich bei der Fusionskontrolle die systemnotwendige Flexibilität der Wettbewerbspolitik nicht durchgesetzt. Dies ist aber nicht der Fall, da auch bei Vorlage aller Untersagungskriterien ein Zusammenschluß dann möglich ist, wenn die Ausnahmeregelungen zutreffen. So sieht § 24 Abs. 1 GWB vor, daß Unternehmen den Nachweis führen können, daß die Nachteile, die die Marktbeherrschung mit sich bringt, durch die Vorteile, die der Zusammenschluß zur Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen beiträgt, aufgewogen werden. Bei zu erwartenden gesamtwirtschaftlichen Vorteilen wird ein überragendes Interesse der Allgemeinheit am Zusammenschluß konstruiert. Danach soll Fusionen „nicht widersprochen werden, wenn Gründe der Gesamtwirtschaft (z. B. Strukturpolitik, technischer Fortschritt, internationaler Wettbewerb) oder des Gemeinwohls überwiegen. Solche Erwägungen haben ganz ausgeprägten wirtschaftspolitischen Charakter; sie gründen sich auf das allgemeine öffentliche Interesse an einer marktwirtschaftlich orientierten Unternehmensstruktur, soweit diese unter den vorhandenen technischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten zu verwirk-

6 Alle Bemerkungen über Gesetzesbestimmungen in diesem Teil beziehen sich auf die Fassung des „Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 6. Juli 1973". Darlegungen der Monopolkommission in: Hauptgutachten 1978/79, Fusionskontrolle bleibt vorrangig, Baden-Baden 1980, S. 125.

lichen ist".[7] Das bedeutet, daß ausdrücklich auch künftig eine Monopolisierung in Form der Zentralisation – Fragen der Konzentration sind als interner Vorgang der Akkumulation sowieso von der Kontrolle ausgeschlossen – möglich sein sollen. „D. h., die Kontrollbehörde muß die Möglichkeit haben, einen Zusammenschluß auch dann zuzulassen, wenn ohne den Zusammenschluß der technische Fortschritt oder die Gleichwertigkeit des Stands der Technik gegenüber dem technischen Fortschritt des Auslands gefährdet wäre, so daß dadurch entweder bestimmte im Interesse der Gesamtwirtschaft notwendige Produkte in Deutschland nicht entwickelt werden könnten, oder die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen gegenüber Unternehmen des Auslands in Frage gestellt wäre."[8] Für den Zusammenhang von Fusionsvorhaben und wirtschaftlicher Entwicklung (Rationalisierung und andere technische Innovationen) lassen sich immer gewichtigere Argumentationslinien finden.

Nach § 24 Abs. 1 GWB sollen die staatlichen Entscheidungsträger (Kartellamt, Gerichte) bei der Fusionskontrolle die Gesichtspunkte der Wettbewerbseffizienz maßgeblich zur Entscheidungsfindung heranziehen.[9] Die Gründe für und gegen die Fusion unterliegen somit weitgehend der Abwägung, also einer rein wirtschaftspolitischen Entscheidung, was wiederum für das oben dargestellte Dilemma politischer Entscheidungsfindung charakteristisch ist. Ministerialdirigent *Kartte* findet das Abwägungsprinzip als „dynamische Lösung" der Wettbewerbspolitik für die Kontrollbehörden zugeschnitten: „Diese Erwägungen scheinen mit dahin zu führen, daß bei einer Zusammenschlußkontrolle eine ‚dynamische Lösung' vorzuziehen wäre, die etwa an eine ‚Tendenz zur Monopolisierung' oder dergleichen anknüpfen könnte. Eine derartige Vorschrift würde es vor allem ermöglichen, sämtliche Feinheiten der dynamischen Wettbewerbsbetrachtung (oligopolistischen und monopolistischen Wettbewerb) zu berücksichtigen. Die Behörde wäre nicht gezwungen, schematisch bei einer bestimmten Marktform oder einem bestimmten Marktanteil, worauf bei dem Merkmal ‚Marktbeherrschung' in erster Linie abzustellen wäre, einzugreifen."[10]

In der Tendenz gehen diese Vorstellungen in die Bestimmungen über die Fusionskontrolle ein. „Das Prinzip der Abwägung gehorcht der Veränderlichkeit der Monopolisierungsprozesse. Es ist offen genug, einzelmonopolistischen Entscheidungen die Möglichkeit zur Durchsetzung zu geben, da es keine fest umrissenen Tatbestandsmerkmale zuläßt, die allgemeine Gültigkeit besitzen. Der Allgemeinwohlbegriff oder die gesamtwirtschaftliche Effektivität sind offen für die Auslegung im Interesse einzelmonopolistischer Bestrebungen."[11] Noch deutlicher wird dieses Prinzip für die ebenfalls im § 24 vorgesehene Ministererlaubnis. Danach überwiegen gesamtwirtschaftliche Vorteile insoweit die Nachteile, wenn ein überragendes Inter-

7 Werner Benisch, Die Kompetenzverteilung bei einer Konzentrationskontrolle, in: Wirtschaft und Wettbewerb (WuW), Nr. 11/1970, S. 719/720.

8 Peter Raisch, Zur Notwendigkeit einer effektiven Fusionskontrolle aus wettbewerbspolitischer und gesamtwirtschaftlicher Sicht, in: Fusionskontrolle. Für und Wider. Hrsg. von Peter Raisch, Arno Sölter, Wolfgang Kartte, Stuttgart 1970; S. 30.

9 Vgl. Kartte, a.a.O., S. 74.

10 Ebenda, S. 77.

11 Michael Ellwardt, Demokratischer Staat – Verbändestaat – Staat der Monopole, Marburg 1983, S. 40.

esse der Allgemeinheit an dem Zusammenschluß besteht. Die Sondergenehmigung des Bundeswirtschaftsministers kann an bestimmte Auflagen gebunden werden, die allerdings ausdrücklich eine permanente Verhaltenskontrolle der fusionierten Unternehmen ausschließen. Bei der Ausnahmegenehmigung wird besonders die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen herausgestrichen. Die Eingriffskriterien des Bundeswirtschaftsministers sind durch flexibel handhabbare Generalklauseln umschrieben, die den Raum für den Einbruch von Einzelentscheidungen, damit des Einzelinteresses in generellen Regelungen bieten. Die Kriterien für die Einzelentscheidung sind dabei nicht für alle Rechtssubjekte einsichtig und zutreffend. Die Generalklauseln ermöglichen die Einzelregelung und verdrängen die generelle Regelung der Gleichbehandlung aller Rechtssubjekte,[12] da die Allgemeinheit und Unbestimmtheit der Generalklauseln die juristische Möglichkeit eröffnen, die jeweils gegebenen politischen Notwendigkeiten zur Maßgabe der Entscheidung zu machen.

So ist es dem Bundeswirtschaftsminister möglich, sich an der vorhandenen Konjunkturlage und den gegebenen Einflußmöglichkeiten zu orientieren und davon seine abwägende Entscheidung abhängig zu machen. So sehen auch bürgerliche Wissenschaftler in der Ministererlaubnis eine Ermächtigungsnorm.[13] Gerade in der unbestimmten, z. T. willkürlichen Auslegbarkeit der Generalklauseln deutet sich eine Einbruchstelle einzelmonopolistischer Interessen an. Durch eine solche Institutionalisierung der Durchsetzungsmöglichkeit einzelmonopolistischer Interessen ergeben sich für die Einzelkapitale drei Ebenen der Durchsetzung monopolistischer Entscheidungen gegenüber der Wettbewerbspolitik: 1. Staatliche Orientierungsziele des Wachstums sind abhängig von den Entscheidungen der Einzelmonopole, vermittelt über den Prozeß monopolistischer Konkurrenz; 2. politische Einflußnahme auf das Gesetzgebungsverfahren (Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen, Hearings, Lobby etc.) und auf Gerichtsentscheidungen; 3. die Möglichkeit zur Durchsetzung einzelmonopolistischer Entscheidungen wird im Zuge der Ministererlaubnis institutionalisiert.

Die Institutionalisierung der Durchsetzungsmöglichkeit einzelmonopolistischer Interessen gegenüber dem gesamtmonopolistischen Interesse im Gesetzestext ist ein entscheidendes Kriterium der zweiten GWB-Novelle. Als Kriterien, die die einzelmonopolitische Durchsetzungsmöglichkeit kaschieren, werden die Aggregatgrößen der funktionalistischen Wettbewerbskonzeption herangezogen (wie z. B. Wachstumsziele, Wohlstand etc.). „Über die formellen Bestimmungen der funktionellen Zielsetzungen verschwinden im Gesetzestext die inhaltlichen Wesensmerkmale des Zentralisationsprozesses als Monopolisierungsprozeß, und damit geht auch die Bedeutung der Gesetzesnovellierung zur Durchsetzung einzelmonopolistischer Interessen unter."[14]

12 Herbert Kitschelt, Rechtsstaatlichkeit – Zur Theorie des Wandels rechtlicher Programmierungsformen im Staat der bürgerlichen Gesellschaft, in: Demokratie und Recht Nr. 3/1977.

13 Siehe Raisch, a.a.O., S. 32; F. J. Säcker, Die innere Konsequenz der Wettbewerbspolitik am Arbeits- und Warenmarkt, in: Notwendigkeit einer aktiven Wettbewerbspolitik, Kurzbeiträge mehrerer Autoren, in: Der Betriebs-Berater (BB), 1972, S. 1468; Dieter Grosser, Einleitung, in: Helmut Arndt u. a., Kritik 2, Konzentration ohne Kontrolle, Köln und Opladen 1969, S. 18/19.

14 Ellwardt, a.a.O., S. 44.

Innerhalb des Verfahrensablaufs der Fusionskontrolle spiegelt sich das Verhältnis von Systembestandsinteresse und monopolistischen Einzelinteressen wider. Das Kartellamt, das aus seiner Daseinsberechtigung als Organ des Bestandsinteresses des Systems operiert, wird abgesehen von der Einflußnahme gesellschaftlicher Kräfte mehr auf die Steuerung und Lenkung der Zentralisierungsprozesse drängen. Allerdings können die Entscheidungen des Kartellamtes schon zugunsten monopolistischer Einzelinteressen durch Gerichte kontrolliert werden. Als weiteres tritt dann das oben beschriebene Genehmigungsverfahren durch den Bundeswirtschaftsminister hinzu.

IV. Verfahrensablauf der GWB-Novelle

Nach der Untersuchung der Intentionen der Fusionskontrolle und des Verfahrens wenden wir uns jetzt dem Zustandekommen des Gesetzes zu. Die Intentionen, die im Gesetz zutage treten, sind Ergebnis einer staatlichen Entscheidungsprozedur, auf die schon im Entstehungsprozeß verschiedene Interessen Einfluß genommen haben. Gerade die Möglichkeit der staatlichen Intervention (Fusionskontrolle) und die einzelmonopolistische Durchsetzungsfähigkeit im Verfahrensablauf bildeten Schwerpunkte der Auseinandersetzung im Staatsapparat.

Es kann zwischen einer internen und einer offenen Phase der Entscheidungsfindung unterschieden werden. Die interne Phase ist dadurch gekennzeichnet, daß die Vorbereitung des Gesetzes der politischen Spitze und der Ministerialbürokratie vorbehalten bleibt. Wie oben erörtert, bedurfte der monopolistische Wettbewerb einer neuen Wettbewerbskonzeption. Ende der 60er Jahre wurde von Teilen der Ministerialbürokratie eine neue Wettbewerbskonzeption in die Diskussion gebracht. Noch in der 5. Legislaturperiode (1965–1969) wurde ihre Umsetzung in die Praxis durch Entwürfe zur Veränderung der gesetzlichen Bestimmungen herangezogen. Allerdings scheiterte dieses Vorhaben am vom Bundeswirtschaftsministerium (BWM) gesetzten Junktim zwischen GWB-Novelle und Aufhebung der Preisbindung. Zudem entsprachen die Novellierungsvorstellungen noch nicht denen der funktionalistischen Wettbewerbskonzeption, da so wichtige Elemente wie die präventive Fusionskontrolle vollständig fehlten. Vor Beginn der 6. Legislaturperiode beschleunigte die Ministerialbürokratie den staatlichen Entscheidungsprozeß.

Zu diesem Zeitpunkt ergaben sich folgende Interessenkonstellationen, die einer Rekonstruktion befürwortend oder ablehnend gegenüber standen: 1. Da die Frage der Kontrolle wirtschaftlicher Macht nicht zur Debatte stand, bildete die Neukonzeption der Wettbewerbspolitik keinen Schwerpunkt innerhalb der Gewerkschaftspolitik. 2. Die Einzelmonopole sahen durch eine Neukonzeption ihre Entscheidungsfreiheit durch Staatseingriff bedroht; sie wandten sich entschieden gegen eine Fusionskontrolle. 3. Die nichtmonopolistischen Schichten tendierten zu einer Neuordnung der Wettbewerbspolitik, die die Marktmacht der Monopole begrenzen sollte und somit ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöhte. Obwohl die funktionalistische Wettbewerbskonzeption keine Existenzgarantie für nichtmonopolistische Schichten beinhaltete, vielmehr auf eine kontrollierbare Monopolisierung ausgerichtet war, enthielt sie wichtige ideologische Aussagen (Unternehmerfreiheit, Chancengleichheit auf dem Markt etc.), die zur Unterstützung durch nichtmonopolistische Schich-

ten (besonders durch die „Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer ASU") führten. 4. Ein direktes Interesse an Inhalt und Ziel der funktionalistischen Wettbewerbskonzeption besaßen die Staatsapparate. Besonders das Kartellamt war aufgrund seiner Aufgabenstellung am Ausbau seiner Kontrollmöglichkeiten interessiert.[15] Allerdings wollten auch die Ministerialbürokratie und die politische Spitze dafür Sorge tragen, daß Restriktionserscheinungen im Zuge von Konzentration und Zentralisation unterblieben. Sie wollten die Zentralisation insoweit unbeachtet lassen, wie sie nicht zu Systemgefährdungen führte, die insbesondere Innovationen oder den technischen Fortschritt behindern würden. Eine innovative Politik zur Wahrung und Weiterentwicklung des kapitalistischen Systems stand im Mittelpunkt ihrer Überlegungen zur GWB-Novelle.

Der Schwerpunkt der Novellierungsanstrengungen lag deutlich beim Staatsapparat. Es sollte eine Wirtschaftsordnung gewährleistet werden, die ein Mindestmaß an monopolistischem Wettbewerb gestattete, um bei steigendem Monopolisierungsgrad die notwendigen technischen und produktiven Innovationen durchführen zu können, die trotz der Stagnationserscheinungen infolge der Monopolisierung der Wirtschaft weitere Wachstumsimpulse geben. Wie gesehen, gehen die ersten Versuche, die Wettbewerbskonzeption zu reformieren, auf Vorarbeiten der Ministerialbürokratie zurück. Die Initiative der Ministerialbürokratie ergibt sich aus ihrer Aufgabenstellung, die Aufrechterhaltung des Systemablaufs zu sichern. Die Sicherung des Systeminteresses ist nur losgelöst von den Entscheidungsprozessen der einzelnen Monopole denkbar. Daraus folgt aber nicht, daß sich in den Staatsapparaten das kapitalistische Gesamtinteresse als spezifisch eigenständiges Interesse unabhängig von den sonstigen kapitalistischen und nichtkapitalistischen Entscheidungsträgern darstellt. Vielmehr werden in die Prozesse der staatlichen Entscheidungsfindung, aus denen sich das kapitalistische Gesamtinteresse ergibt, verschiedene Möglichkeiten der Einflußnahme eingeflochten. Bei der Beurteilung des sozialen Gehaltes staatlicher Entscheidungen ist die Distanz zu den privaten Entscheidungsträgern und ihre funktionelle Verquickung in der Entscheidungsfindung mit den Prozessen kapitalistischen Wirtschaftens von Bedeutung.

Bei der GWB-Gesetzgebung kalkulierte die Ministerialbürokratie von vornherein diese Prozedur der Einflußnahme ein. Zur Restriktionsvermeidung im Entscheidungsablauf griff sie zum Mittel des Hearings, um den verschiedenen privaten Interessengruppen und Entscheidungsträgern ihre Position zu verdeutlichen und sie teilweise in die Entscheidungsfindung mit einzubeziehen. Mitte 1969 fanden die Hearings statt.[16] Ausgeschlossen von dieser vorbereitenden Entscheidungsphase blieben die Gewerkschaften und die nichtmonopolistischen Verbände, zumal es sich um einen Kernbereich der Organisation monopolistischen Wirtschaftens handelte und deswegen jeglicher gesellschaftlicher Druck fehlte. So ging es der Ministerialbürokratie im wesentlichen darum, den Widerstand der Monopole und ihrer Verbände gegen die GWB-Novellierung zu erfassen. Die Organisation der Hearings zeigte ein bestimmtes strategisches Vorgehen: In dem ersten Teil der Hearings dominierten

15 Siehe Tätigkeitsberichte des Bundeskartellamts 1968 ff., BT-Drucksachen V/4236; VI/950; VI/2380; VI/3570.

16 BMWI (Hrsg.), Unternehmensgröße und Wettbewerb, Bonn 1970.

Vertreter der Wissenschaft und Vertreter der Praxis (Kartellamt), die sich – zumal teilweise Vertreter der neoliberalen Theorie – für eine strenge Fusionskontrolle aussprachen. Diese Argumentation benutzte die Ministerialbürokratie im zweiten Teil der Hearings teilweise gegen die Vertreter der Einzelmonopole und Monopolverbände, die sich überwiegend entschieden gegen jeden Eingriff in die „Unternehmerfreiheit" und damit gegen jede Art von Fusionskontrolle aussprachen. Trotz der beabsichtigten Einführung der Fusionskontrolle als Bestandteil der funktionalistischen Wettbewerbskonzeption hielt sich die Ministerialbürokratie mit eigenen Vorstellungen in den Hearings zurück. Sie hatten vielmehr die Funktion, die Position der Monopole und ihrer Verbände deutlich werden zu lassen und nach Wegen zur Verminderung des Widerstandes zu suchen.

Da die Monopolvertreter recht frühzeitig mit den neuen Gestaltungsvorschlägen des Wettbewerbs durch die Ministerialbürokratie konfrontiert wurden, war ihre Phalanx noch nicht geschlossen. Zwar wandten sich BDI-Vertreter wie *Arno Sölter* schon entschieden und dezidiert gegen die Fusionskontrolle, aber z. B. der Vertreter von Thyssen, *Mommsen*, sprach sich für eine Kontrolle der Zentralisationsbewegung aus. Allerdings kristallisierte sich nach dem Hearing ein gesamtmonopolistisches Verbandsinteresse heraus, das in der vollständigen Zurückweisung jeglicher Fusionskontrollbestrebungen bestand.

Nach den Hearings setzte sich ab Herbst 1969 die Ministerialbürokratie direkt mit den Monopolvertretern auseinander. Die CDU/SPD-Koalition war nun durch eine von SPD und FDP abgelöst. Diese Auseinandersetzung blieb intern. Sie bestand aus Informationsgesprächen, Gesprächsrunden („Industriekränzchen"), Telefonaten etc.[17] Obwohl die Ministerialbürokratie den entschiedenen Widerstand der Monopolverbände dadurch zu brechen versuchte, daß sie die präventive Fusionskontrolle abmilderte; sollte die Exekutiventscheidung vom Kartellamt zum Bundeswirtschaftsministerium übergehen. Auch dieses führte zu keiner Einigung. Erst nach diesem Versuch wurde der Prozeß der Entscheidungsfindung öffentlich gemacht. Auch die Parteien waren – abgesehen von der politischen Spitze – zu dieser Phase von dem Entscheidungsprozeß ausgeschlossen. Sie hatten sich mehr oder weniger alle für eine Fusionskontrolle in ihren Wahlprogrammen ausgesprochen,[18] waren aber von dem eigentlichen Fortgang des Gesetzgebungsverfahrens kaum unterrichtet. An der Formulierung und der inhaltlichen Ausgestaltung des Gesetzes und der Verfahrensvorschriften waren sie weder über Diskussionen beteiligt, noch griffen sie in den Verfahrensablauf ein. In den Diskussionen des Bundestages, die zu diesem Zeitpunkt durchgeführt wurden, ging es allein um die ideologische Absicherung der GWB-Novelle.[19]

Die interne Phase des Gesetzgebungsverfahrens war dadurch bestimmt, daß die Ministerialbürokratie die GWB-Gesetzgebung als eine Lösungsmöglichkeit für Restriktionserscheinungen ansieht, was die Innovationstätigkeit der Unternehmen und den technischen Fortschritt betrifft. Der Staatsapparat handelt als ein Organ mit

17 Vgl. dazu: Peter Grottian, Strukturprobleme staatlicher Planung, Hamburg 1974, S. 227.

18 CDU: Mannheimer Erklärung (Auszüge), in: Heiner Geißler, Die neue soziale Frage, Freiburg 1976; FDP, Praktische Politik für Deutschland – das Konzept der FDP vom 25. Juni 1969, Nürnberg 1969; Kundgebungen und Entschließungen, SPD-Parteitag 1968, in: SPD-Jahrbuch 1968/1969, Bonn.

19 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, 240. Sitzung vom 3. Juli 1969.

relativer Autonomie. Er ist aber nicht gleichsam losgelöst von der politischen Einflußnahme der gesellschaftlichen Gruppen. In dieser Hinsicht sucht er nach Gegengewichten gegen die Dominanz der Monopolvertreter, die die monopolistischen Einzelinteressen unter dem Motto „Unternehmerfreiheit" gegen ihre Gesamtinteressen stellen. Wie stark die Staatsapparate trotz Einbeziehung gesellschaftlicher Kräfte klassenbestimmt handeln, zeigt die interne Entscheidungsphase, in der neben den Monopolverbänden keine andere Interessengruppe einbezogen wird. Vielmehr wird zunächst der Konsens mit dem Monopolkapital gesucht. Dabei wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Für die weitere Entscheidungsfindung sollten zunächst die Differenzen zwischen Staatsapparaten und Monopolverbänden in den wichtigsten Fragen behoben werden. Erst die vollständige Ablehnung der kompromißbereiten Zugeständnisse der Ministerialbürokratie veranlaßt die Staatsapparate dazu, die Auseinandersetzung um die GWB-Gesetzgebung öffentlich auszutragen. Sowohl funktionelle als auch ideologische Gesichtspunkte zwingen die Staatsapparate, mit anderen gesellschaftlichen Gruppen das monopolistische Gesamtinteresse an der GWB-Gesetzgebung durchzusetzen.

Nachdem den Verbänden Ende 1969 durch die Bundesregierung einige Vorschläge zur Novellierung des GWB zugegangen waren, gingen Anfang 1970 eine Vielzahl von Stellungnahmen der Verbände ein.[20] Die Monopolverbände sprachen sich gegen jegliche Form von präventiver Fusionskontrolle aus. Sie konnten auch die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels (HDE) in die negative Stellungnahme einbeziehen, obwohl dieser Verband auch nichtmonopolistische Gewerbetreibende vertrat. Als wichtigster nichtmonopolistischer Verband sprach sich die ASU für eine präventive Fusionskontrolle aus, ebenso die Gewerkschaften.

Auch die Parteien waren nunmehr in den Entscheidungsprozeß einbezogen.[21] Allerdings nahmen sie weitgehend die Funktion wahr, einen Großteil nichtmonopolistischer Schichten über die Förderung des Mittelstandsgedankens ideologisch an das System zu binden. SPD und anfangs auch FDP waren für die Einführung der präventiven Fusionskontrolle, während die CDU eine zurückhaltende Position einnahm. Während es in der CDU zur Auseinandersetzung zwischen CDU-Wirtschaftsrat und Mittelstandsvereinigung kam, vertrat die CSU die negative Haltung der Monopolverbände.

Aufgrund der Vorschläge der Ministerialbürokratie wurde Ende März 1970 ein Referentenentwurf vorgelegt.[22] Um das Widerstandspotential in den Parteien und den Interessenverbänden zu vermindern, sah der erste Referentenentwurf noch keine präventive Fusionskontrolle vor, vielmehr mußte das Bundeswirtschaftsministerium (BWM) gegen Zusammenschlüsse Widerspruch einlegen. Zusammenschlüsse konnten vor oder nach ihrer Durchführung angemeldet werden. Kartellamt und Monopolkommission waren gutachterlich tätig. Die Entscheidung lag beim BWM. Gegen diesen Referentenentwurf wandten sich erneut die Stellungnahmen der Monopolver-

20 Stellungnahme des BDI zur zweiten Novellierung des GWB vom 14. Januar 1970; Stellungnahme des DIHT vom 15. Januar 1970; Spitzenverbände des Handels zur Kartellgesetznovelle, in: Handelsblatt vom 19. Januar 1970; ASU zur Kartellnovelle, in: Die Aussprache Nr. 1/1970.

21 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 6. Wahlperiode, 29. Sitzung, 17. Februar 1970.

22 Referentenentwurf eines zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 20. März 1970, Raisch u. a., a.a.O.

bände (März 1970),[23] was dann zu einer Anhörung der Verbände im April 1970 führte. Während sich die Monopolverbände in einer Gemeinschaftserklärung entschieden gegen die Fusionskontrolle wandten, forderten nichtmonopolistische Verbände wie die ASU deren Verschärfung. Auf die HDE, der viele nichtmonopolistische Unternehmen angehörten, wirkte sich die BWM-Strategie aus. So unterstütze sie zwar noch die Erklärung der Spitzenverbände, brachte aber in ihrer eigenen Stellungnahme keine gravierenden Einwände gegen eine präventive Fusionskontrolle vor. Im wesentlichen funktionierte noch die ideologische Anbindung an die Monopolverbände: Unternehmerfreiheit gegen Dirigismus.[24] Insgesamt ergab sich eine für die Ministerialbürokratie nutzbare Differenz zwischen den Monopolverbänden und den nichtmonopolistischen Verbänden.

Auch Mitte 1970 konnte der Widerspruch innerhalb der CDU zwischen Wirtschaftsrat und Mittelstandsvereinigung nicht überwunden werden. In der FDP entstanden starke Vorbehalte im Gegensatz zum Wahlprogramm 1969 gegenüber der präventiven Fusionskontrolle. Bundesregierung und Kartellamt versuchten zu diesem Zeitpunkt die Bedenken der Monopolverbände gegen die Fusionskontrolle auszuräumen.[25] Durch die veränderte Lage in der FDP spitzte sich die Situation zu. Die Kreise um *Genscher* drängten auf eine starke Begrenzung der Fusionskontrolle; dabei wurden Verbindungen über *Heinz Starke* und *Gerd Kienbaum* zur CDU/CSU gesucht.[26] Diese Konstellation hatte zur Folge, daß ein zweiter Referentenentwurf zustande kam.[27] Obwohl der Referentenentwurf zum ersten Mal eine präventive Fusionskontrolle vorsah, betraf er nur wenige Fälle von Zusammenschlüssen, da das Aufgreifkriterium (1 Milliarde DM Umsatz) so hoch angesetzt wurde, daß die Fusionskontrolle zu einem faktisch unbrauchbaren Instrument degradiert wurde.[28]

Trotz der entscheidenden Verwässerung des Referentenentwurfes durch die Monopolvertreter in der FDP setzten die Monopolverbände ihren Widerstand gegen die Fusionskontrolle fort.[29] Besonderen Stellenwert bei der Argumentation der Industrieverbände nahm die These ein, daß durch eine nationale Fusionskontrolle die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Monopole behindert würde. Anfang 1971 wurde diese These erweitert. Um den „Mittelstand" von seiner positiven Stellung gegenüber der präventiven Fusionskontrolle abzubringen, wurde auf die für ihn angeblich schädlichen Wirkungen der Fusionskontrolle verwiesen.[30]

In den Parteien war die Position trotz mehrerer Verhandlungen untereinander unverändert: Die SPD war eher für eine Verschärfung; die FDP wollte unter Monopoleinfluß die Fusionskontrolle weiter entschärfen. Die CDU/CSU stand im Konflikt Wirtschaftsrat contra Mittelstandsvereinigung/Sozialausschüsse. Zu diesem Zeitpunkt überwog noch der Einfluß der Monopolverbände in der CDU. Unter

23 Gemeinschaftserklärung der Spitzenverbände, in: Handelsblatt v. 13. April 1970.
24 Jahresbericht der HDE 1969, Bergisch-Gladbach 1970, S. 69.
25 Stellungnahme der Bundesregierung zum Tätigkeitsbericht 1969 des Bundeskartellamts, in: Raisch u. a., a.a.O., S. 177.
26 Der Spiegel vom 19. Juni 70; FAZ vom 19. Juni 70.
27 Referentenentwurf v. 28. Oktober 70.
28 Ebenda, S. 85–87.
29 Z. B. Stellungnahme des DIHT vom 11. Dezember 1970.
30 Die Welt vom 5. Februar 71; SZ vom 5. Februar 71.

diesen Konstellationen wich der Regierungsentwurf kaum vom zweiten Referentenentwurf ab.[31]

Allerdings hatten die Monopolverbände ihren Widerstand noch nicht aufgegeben. So versuchten sie zunächst, über den Bundesrat Einfluß zu nehmen. Das Land Rheinland-Pfalz (Ministerpräsident: *Helmut Kohl*) stellte einen Änderungsantrag betreffend die Fusionskontrolle.[32] Allerdings konnte es sich nicht gegen die Bundesratsmehrheit durchsetzen. Damit hatten die Monopolverbände ihre Bemühungen, Einfluß auf die parlamentarischen Gremien zu nehmen, noch nicht ausgeschöpft. So gelang es ihnen durch eine Hinhaltetaktik im Wirtschaftsausschuß, besonders über den Ausschußvorsitzenden *Kienbaum,* die Verabschiedung des Gesetzes in der 6. Legislaturperiode zu verhindern.[33] Hintergrund dieser Möglichkeit war, die Torpedierung der sozialliberalen Koalition durch Abgeordnetenbestechung und ein Mißtrauensvotum der CDU/CSU (*R. Barzel*) im Bundestag, was im Herbst 1972 Neuwahlen erforderlich machte. In der 7. Legislaturperiode (1972–76) wurde dann nach Neueinbringung das Gesetz relativ rasch verabschiedet. Trotz weiteren Widerstands der Monopolverbände konnte auch eine Verschärfung der Fusionskontrollbestimmungen gegenüber dem Regierungsentwurf durchgesetzt werden. In der Zwischenzeit hatte sich allerdings die HDE für die Fusionskontrolle ausgesprochen und der DIHT seine ablehnende Haltung eingeschränkt, zumal auch in ihm nichtmonopolistische Schichten vertreten sind.[34] So wurde die GWB-Novelle am 6. Juli 1973 endgültig verabschiedet.

Wie wir gesehen haben, wurde die Vorbereitungsphase der GWB-Novelle von den Vorstellungen der Ministerialbürokratie geprägt, die sie im engen Kontext mit den Monopolverbänden zu verwirklichen suchte. Da dies mißlang, blieb den Staatsapparaten nichts anderes übrig, als die Kontroverse in die parlamentarische Diskussion zu tragen. Aber auch in dieser Phase blieb die Ministerialbürokratie Motor der Diskussion. Als Schnittpunkte des ständigen Eingriffs der Staatsapparate müssen die Referentenentwürfe und der Regierungsentwurf gelten. Es gab keine eigenen Entwürfe der Parteien. Alle Diskussionen bezogen sich auf die Entwürfe der Ministerialbürokratie. Innerhalb der Staatsapparate gab es Differenzen hinsichtlich des Ausmaßes der Kontrollfunktion, z. B. zwischen BWM und Kartellamt. Sie waren von der Nähe der einzelnen Staatsapparate zu den sozialen Kräften bestimmt.

In der offenen Phase wird die Vielfalt der Einflußnahme deutlich. Neben dem offiziellen Rahmen – z. B. der Hearings auf den verschiedenen Ebenen der staatlichen Institutionen – gibt es eine Vielzahl möglicher Eingriffe über Gesprächskreise und schriftliche Stellungnahmen.[35] Dieses Konglomerat der Einflußversuche vergrößert das staatliche Verarbeitungspotential in der Hinsicht, daß die Staatsapparate integrative und selektive Strategien unter Nutzung der Differenz unter den sozialen

31 Regierungsentwurf vom 18. August 71, Bundestags-Drucksache VI/2520.

32 Bundesrats-Drucksache 265/2/71 vom 7. Juli 71.

33 Kurzprotokolle des Ausschusses für Wirtschaft, 6. Wahlperiode, Nr. 60 vom 2. Februar 72; Nr. 62 vom 1 März 72; Nr. 66 vom 13. April 72; Nr. 67 vom 14. April 72; Nr. 69 vom 15. Juni 72.

34 DIHT, Entschließung zur Wettbewerbspolitik vom 22. Februar 73; Jahresarbeitsbericht der HDE 1973, Bergisch-Gladbach, S. 67.

35 Die Vielzahl der Eingriffsversuche wird detailliert dargestellt in: Ellwardt, a.a.O.

Kräften für Politiken anwenden können. Weiterhin ergibt sich aus der Organisationsstruktur der Staatsapparate ein selektiver Mechanismus, der aber nicht verhindert, daß, wie die Rolle des Wirtschaftsausschusses 1971 zeigte, immer wieder Interventionen stattfinden, obwohl die Problematik schon als ausgesondert galt. Es kommt allerdings dabei auf die Stärke der gesellschaftlichen Kraft und ihrer Verbundenheit mit dem Staatsapparat an. „Der Aufbau der parlamentarischen Struktur wirkt insofern selektiv, als er dazu beiträgt, daß ein Gesetzgebungsverfahren für die wichtigsten ‚staatserhaltenden' Kräfte ‚mehrheitsfähig' wird (z. B. die wichtigsten Parteien und sozialen Gruppen). Somit sind mehrere Schleusen eingebaut, die eventuell systemgefährdende Politikstrategien blockieren können."[36]

V. Entwicklung von Fusionskontrolle und Zentralisationsbewegung

Wie wir zuvor gesehen hatten, beinhaltete die präventive Fusionskontrolle über die Ministererlaubnis die Möglichkeit, einzelmonopolistische Entscheidungen durchzusetzen. Wieweit sich nun über das Fusionskontrollverfahren das Systemsicherungsinteresse der Staatsapparate behaupten konnte, ist eigentlich nur an jedem Einzelfall ablesbar. Darüberhinaus geben die Zahlen über den weiteren Konzentrationsprozeß darüber Aufschluß, ob eine Ausweitung der Beherrschung der Reproduktionszusammenhänge durch die Monopole weiterhin stattfand. So steigen die prozentualen Umsatzanteile der zehn größten Unternehmen mit Ausnahme von 1979 kontinuierlich:[37]

Die Durchschnittswerte betrugen:

- 1954 31,1 Prozent
- 1960 33,5 Prozent
- 1968 38,5 Prozent
- 1970 40,9 Prozent
- 1973 41,8 Prozent
- 1975 42,3 Prozent
- 1977 43,9 Prozent
- 1978 44,0 Prozent (unkorrigiert)
- 1979 43,6 Prozent (unkorrigiert).

Besonders deutlich wird der Monopolisierungsgrad, wenn man den gestiegenen prozentualen Anteil der Monopole in den jeweiligen Branchen mit der Steigerung des Gesamtumsatzes der Branche vergleicht (vgl. Tabelle 1).[38]

Daß der gestiegene Monopolisierungsgrad im wesentlichen auf Zentralisierungsvorgänge zurückzuführen ist, zeigen folgende Zahlen: Zwischen 1980/81 wurden dem Bundeskartellamt 1254 Zusammenschlüsse angezeigt, von denen 528 Fälle, also

36 Ellwardt, a.a.O., S. 232.

37 Monopolkommission, Hauptgutachten IV. Fortschritte bei der Konzentrationserfassung, Baden-Baden 1982, S. 80.

42,1 Prozent, dem Kreis der 100 größten Unternehmen zugerechnet werden können.[38] Gleichzeitig geht daraus hervor, daß die in den Verfahrensvorschriften enthaltene einzelmonopolistische Durchsetzungsmöglichkeit voll zum Tragen kommt. Wie aus den Tabellen 2 und 3 hervorgeht, konzentrieren sich die Zentralisationen auf die größten Monopole.

Tabelle 1: Umsatzanteile der Monopole nach Branchen[39]

Wirtschaftszweig	Umsatzanteile der					
	3		6		10	
	umsatzgrößten Unternehmen (%)					
	1977	1979	1977	1979	1977	1979
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	73,2	73,8	–[1]	84,6	–[1]	–[1]
Bergbau	66,2	66,9	84,9	84,2	94,4	94,3
Tabakverarbeitung	69,7	64,9	92,5	93,4	–[1]	–[1]
Mineralölverarbeitung	58,1	60,4	81,0	82,9	91,6	93,6
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	48,0	47,5	63,6	63,4	72,1	71,3
Eisenschaffende Industrie	35,2	37,9	53,7	57,8	69,9	75,1
Elektrotechnik, Reparatur von elektrischen Haushaltsgeräten	31,7	32,1	41,4	41,6	47,8	48,4
Chemische Industrie	26,3	26,0	40,5	41,2	47,6	48,4

1 Keine Angaben aus Gründen der Geheimhaltung.

Wie die einzelmonopolistische Strategie durchsetzbar ist, zeigt exemplarisch der Fall VEBA-Gelsenberg-BP. Nach Ablehnung des Zusammenschlusses von VEBA und Gelsenberg durch das Kartellamt genehmigte das Bundeswirtschaftsministerium den Zusammenschluß mit der Absicht, entsprechend der Bundesenergieplanung einen nationalen Mineralölkonzern zu schaffen, der die nationale Energieversorgung sicherstellen sollte. Entgegen diesen Vorstellungen genehmigte einige Jahre später der Bundeswirtschaftsminister die Übernahme wichtiger energiepolitischer Bereiche der Gelsenberg von VEBA an die BP. Offensichtlich besaß die einzelmonopolistische Durchsetzungsfähigkeit gegenüber den nationalen Bestandsinteressen des Systems eine solche Durchschlagskraft, daß die Ministererlaubnis als Einfallstor für die Einzelinteressen des BP-Konzerns genutzt werden konnte.[40]

38 Ebenda, S. 138.

39 Aus: ebd., S. 79.

40 Siehe Monopolkommission, Sondergutachten 2. Wettbewerbliche und strukturelle Aspekte einer Zusammenfassung von Unternehmen im Energiebereich (VEBA-Gelsenberg), Baden-Baden 1975; Monopolkommission: Sondergutachten 8, Zusammenschlußvorhaben der deutschen BP AG und der VEBA AG, Baden-Baden 1979.

Tabelle 2: Die Unternehmen aus dem Kreis der „100 Größten" 1980, die im Berichtszeitraum 1980/81 an mehr als zehn Unternehmenszusammenschlüssen beteiligt waren[41]

Rang nach Wertschöpfung 1980	Unternehmen	Zahl der Beteiligungen im Berichtszeitraum	davon Anschlußfälle (§ 24 Abs. 8 Nr. 2 a. F.)
68	Deutsche BP AG	69	62
7	VEBA AG	66	35
4	Ruhrkohle AG	26	16
1	Siemens AG	25	8
5	Thyssen AG	21	11
85	REWE Handelsgesellschaft Leibbrand oHG	19	11
10	Hoechst AG	14	8
16	Gutehoffnungshütte Aktienverein	14	2
57	Mobil Oil AG	14	13
8	BASF AG	13	9
9	Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG	13	7
18	Salzgitter AG	13	9
35	Klöckner Werke AG	12	
53	Deutsche Shell AG	12	8
30	Oetker-Gruppe	12	7
12	Fried. Krupp GmbH	11	3

Tabelle 3: Häufigkeit der Beteiligungen der Unternehmen aus dem Kreis der „100 Größten" 1980 an Unternehmenszusammenschlüssen 1980/81 nach Ranggruppen[41]

Die auf Platz ... bis ... stehenden Unternehmen	waren ... mal an Zusammenschlüssen beteiligt	Das entspricht einem Anteil von ... % an der Gesamtzahl
1 bis 25	265	43,9
26 bis 50	102	16,9
51 bis 75	162	26,8
76 bis 100	75	12,4
insgesamt	604	100,0

Wie gezeigt, bietet die funktionalistische Wettbewerbskonzeption genügend Spielraum für die Zentralisationsbewegungen der Monopole, zumal wenn die Wirt-

41 Aus: Monopolkommission, Hauptgutachten IV, a.a.O., S. 141

schaftspolitik dazu bereit ist. Nach der sogenannten Wende zur CDU/CSU–FDP-Regierung seit Herbst 1982 dürfte daher keine grundsätzliche Änderung der Wettbewerbskonzeption zu erwarten sein. So heißt es im „Lambsdorff-Papier": „Trotz der schwierigen Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage keine Lockerung der Wettbewerbspolitik und keine Gewährung von Erhaltungssubventionen: Fortsetzung des Kampfes gegen die Unternehmenskonzentration, auch um die Wiederholung von Sanierungsfällen wie AEG zu vermeiden."[42] Allerdings schließt das nicht aus, daß bei genügend wirtschaftlichem Druck (Konjunkturlage) einzelmonopolistische Durchsetzungsstrategien verstärkt zur Anwendung kommen. Z. B. in der Stahlindustrie wird zur Vermeidung von Vergesellschaftungen auf die monopolistische Lösung der Zentralisation zurückgegriffen.

Somit bildete das Gesetz zunächst akut eine Antwort auf Restriktionserscheinungen des Systems, die vom Monopolisierungsprozeß verursacht wurden. Es will bestimmte Systemsicherungsleistungen erbringen, die den Monopolisierungsprozeß nicht im nichtmonopolistischen Sinne einschränken sollen, sondern ihn im Gegenteil fördern, solange er nicht zu gravierenden Restriktionen im Produktions- und Reproduktionsprozeß führt. Weiterhin nimmt der Staat Rücksicht auf die Strukturdifferenzierungsprozesse der Monopole, da er über die Ministererlaubnis den Einzelmonopolen ein Ventil geschaffen hat, ihre Entscheidungen auch gegen das Systeminteresse durchzusetzen. So ist die monopolistische Einflußnahme nicht auf direkte Beziehungen zu einzelnen Staatsapparaten beschränkt, sondern findet über Generalklauseln Eingang in gesetzliche Bestimmungen. Das Profitinteresse des Einzelmonopols tritt in Konflikt mit dem Bestandsinteresse des Gesamtkapitals und kann diesen Konflikt unter Umständen zu seinen Gunsten entscheiden (VEBA-BP-Fall). Die zunehmende Durchsetzungsfähigkeit des einzelmonopolistischen Störpotentials erweitert die Konfliktträchtigkeit staatlicher Politiken, was dann in bürgerlichen Untersuchungen als Problem der Regierbarkeit des Staates auftaucht. Somit enthielten die Intentionen der Staatsapparate zur Ausgestaltung der Wettbewerbsordnung, da sie als Handlungen des monopolistischen Staates erfolgten, schon in sich ihre teilweise Negation.

42 Otto Graf Lambsdorff, Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, 9. September 1982, o.O., S. 10.

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 6/1983

SPD und Friedensfrage

Positionen fortschrittlicher Sozialdemokraten zur Friedenssicherung

Christoph Butterwegge/Manfred Ossenbeck

1. Die SPD und der sogenannte NATO-Doppelbeschluß – 2. Differenzierungs- und Polarisierungstendenzen innerhalb der SPD – 3. Sozialdemokratische Friedenskonzeptionen – 3.1 Integrationistische Friedenskonzeptionen (Bahr, Voigt) – 3.2 Reformistische Friedenskonzeptionen (Eppler, Lafontaine) – 4. Perspektiven der SPD-Linken im Friedenskampf: Entwicklungs- und Bündnismöglichkeiten

1. Die SPD und der sogenannte NATO-Doppelbeschluß

In der Diskussion über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen auf europäischem Boden gilt der ehemalige Bundeskanzler *Helmut Schmidt* als treibende Kraft; bisweilen wird er sogar als Entdecker jener „Raketenlücke" angesehen, die durch Nuklearwaffen der USA geschlossen werden soll. Zwar hat *Schmidt* in seiner Rede vor dem Londoner Internationalen Institut für Strategische Studien 1977 erstmals auf eine „Grauzone" im atomaren Mittelstreckenbereich hingewiesen,[1] doch war dieser Vorstoß, wie aus dem zeitlichen Zusammenhang hervorgeht, mit den NATO-Partnern abgestimmt. Berücksichtigt man, daß der Auftrag für die Entwicklung der Präzisionsrakete Pershing II drei Jahre zuvor erteilt worden und daß sie 1974 als gesonderter Posten im Haushalt der US-Armee erschienen war,[2] so wird klar, daß die imperialistische Hegemonialmacht den (rechts-)sozialdemokratischen Bundeskanzler als willfähriges Werkzeug benutzte, um den Verbündeten und der Bevölkerung Westeuropas ihre Rüstungspläne nahezubringen. Bei der Durchsetzung des Projekts innerhalb der NATO spielte die sozial-liberale Bundesregierung eine Schlüsselrolle. Den Widerstand Belgiens, Dänemarks und der Niederlande beschwichtigten *Schmidt* und andere Regierungsmitglieder durch persönliche Einflußnahme auf den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß dieser Länder. Minister der Regierung *Schmidt/Genscher* entwickelten eine rege Reisediplomatie, die selbst vor der Androhung finanzieller Folgen für die betreffenden Staaten nicht zurückschreckte, um den Druck in der Raketenfrage zu erhöhen.[3]

1 Vgl. Helmut Schmidt, Politische und wirtschaftliche Aspekte der westlichen Sicherheit, Referat vom 28. Oktober 1977 vor dem International Institute for Strategic Studies in London, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Bulletin 112/1977, S. 1014f.

2 Vgl. Hans Günter Brauch, Eine Chronologie zur Debatte um den NATO-Doppelbeschluß, in: Alfred Mechtersheimer (Hrsg.), Nachrüsten? Dokumente und Positionen zum NATO-Doppelbeschluß, Reinbek bei Hamburg 1981, S. 267.

3 Vgl. Gerhard Kade, Sicher in die 80er Jahre?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/1980, S. 21.

Im Vorfeld der NATO-Sondersitzung am 12. Dezember 1979, die den sogenannten Doppelbeschluß faßte, fand in Westberlin ein Bundesparteitag der SPD statt, auf dem die „Nach"rüstung zur Debatte stand. Da die Friedensbewegung noch nicht wieder zu einer großen Massenbewegung geworden war und andere Themen behandelte (SALT II, Neutronenbombe), hatten ihre Diskussionen auf die Parteitagsentscheidung nur geringen Einfluß. Die Delegierten unterstützten mehrheitlich den Leitantrag des SPD-Vorstandes, ohne über die Tragweite ihrer Entscheidung sowie die Bedeutung der anstehenden Rüstungsmaßnahmen ausreichend informiert zu sein. Sie glaubten, das Abkommen über die Begrenzung der strategischen Rüstung (SALT II) würde vom amerikanischen Senat ratifiziert, und vertrauten der Parteiprominenz, die sich für den Raketenbeschluß einsetzte.

Die nach dem Westberliner Parteitag und dem Brüsseler NATO-Beschluß einsetzende Diskussion innerhalb der SPD verdeutlicht die vielfältigen Einwirkungsmöglichkeiten der außerparlamentarischen Bewegung auf diese Partei. Bis zum Münchener Parteitag im April 1982 wandten sich zahlreiche Untergliederungen gegen den sogenannten Doppelbeschluß, darunter über die Hälfte der SPD-Bezirke. Trotzdem wurde weder die Aufhebung des Brüsseler „Nach"rüstungsbeschlusses noch ein Moratorium für atomare Mittelstreckenraketen, wie von der SPD-Linken gefordert, zur Beschlußgrundlage des Parteitages. Nach gezielten Rücktrittsdrohungen des Bundeskanzlers setzte sich vielmehr die Linie des Parteivorstandes durch, die ein Festhalten am NATO-Beschluß vorsah und die endgültige Positionsbestimmung der SPD auf den nächsten Parteitag im Herbst 1983 verschob.[4]

Im Gegensatz zur Rechtssozialdemokratie, die sich mit dem bürgerlichen Staat identifiziert und – durchaus folgerichtig – eine Verstärkung seiner Streitkräfte in der Regel kritiklos akzeptiert, ist die SPD-Linke integraler Bestandteil der sich verbreiternden Friedensbewegung und entwickelt Konzeptionen, die sie als Beitrag zur Bannung der wachsenden Kriegsgefahr in den Kampf für Frieden, Abrüstung und Entspannung einbringt. Wir wollen einen Überblick in bezug auf unterschiedliche Positionen aus dem Einzugsbereich fortschrittlicher Sozialdemokraten geben, nach Art eines Literaturberichts die Strategiemodelle bekannter SPD-Politiker (*Egon Bahr, Erhard Eppler, Oskar Lafontaine, Karsten Voigt*) zur Friedenssicherung thematisieren und ihre Praxis in der Auseinandersetzung um den NATO-Raketenbeschluß damit konfrontieren, aber auch Differenzierungsprozesse des Reformismus/Integrationismus analysieren und hierin begründete Bündnisperspektiven herauskristallisieren.

Die gesichteten Primärquellen (Reden, Parteitagsprotokolle, Presseerklärungen und andere Publikationen) dokumentieren den Kampf unterschiedlicher Strömungen um die Stellung der SPD zur Friedensfrage. Ein historischer Rückblick zeigt, daß die Sozialdemokratie weder *die* Friedensbewegung repräsentiert noch als deren proletarischer Flügel firmiert, sondern daß seit der Jahrhundertwende Konflikte zwischen Freunden und Feinden der Friedensbewegung zum Parteialltag gehören, die sich an (welt)geschichtlichen Knotenpunkten (Kriegsausbruch 1914, Untergang

4 Siehe Friedens- und sicherheitspolitische Beschlüsse des SPD-Parteitages in München vom 19. bis 23. April 1982, in: Reimund Seidelmann (Hrsg.), Der Demokratische Sozialismus als Friedensbewegung, Essen 1982, S. 243.

der Weimarer Republik, Wiederbewaffnung und Westintegration der BRD) dramatisch zuspitzten. Bei der Frage, ob die SPD der Dislozierung einer neuen Generation von Nuklearwaffen (Pershing II, Marschflugkörper) zustimmt, handelt es sich um eine Fortsetzung dieser Reihe, was die Tragweite der zu treffenden Entscheidung und die wichtige Aufgabe der Parteilinken unterstreicht.

2. Differenzierungs- und Polarisierungstendenzen innerhalb der SPD

Die sozialdemokratische Bewegung bildet keinen monolithischen Block, sondern zerfällt in zwei Lager:[5] Der sozialliberale Integrationismus, wie ihn die Parteirechte propagiert, strebt eine schrittweise Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen im Rahmen des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems an, leugnet die Existenz von Klassengegensätzen und bindet die Arbeiterklasse bewußt an den bürgerlichen Staat. Flankiert von einer kleinen marxistischen Minderheit, die Kristallisationskerne bei den sozialdemokratischen Jugend- und Studentenverbänden (SJD – Die Falken, Juso-Linke, SHB) besitzt, befürwortet der Reformismus (Frankfurter Kreis) grundlegende Gesellschaftsveränderungen, bleibt jedoch auf dem Boden der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, ohne den Klassencharakter des Staates zu durchschauen. Diese Doppelstruktur bzw. Janusgesichtigkeit der SPD prägt das Parteileben, seitdem der Übergang zum Imperialismus Möglichkeiten der Systemintegration von Teilen des Proletariats („Arbeiteraristokratie", Arbeiterbürokratie) schuf und die demokratische Staatsform der Weimarer Republik den Anpassungstendenzen der Vorkriegssozialdemokratie zum Durchbruch verhalf.

Die jüngste Krise des BRD-Kapitalismus blieb nicht ohne tiefgreifende Folgen für die Sozialdemokratie, in deren Reihen sich sowohl Radikalisierungs- wie Resignationstendenzen breitmachten. Früher nur embryonal entwickelte, selten wahrgenommene Differenzierungs- bzw. Polarisierungsprozesse beschleunigten sich so weit, daß es 1982 zur Abspaltung vom Rechtsdrall ihrer Partei- und Regierungsspitze (Stichworte: Reformverzicht, Rotstift, Raketen) frustrierter Mitglieder kam. Die Gründung der Demokratischen Sozialisten (DS) um die ehemaligen Bundestagsabgeordneten *Manfred Coppik* und *Karl-Heinz Hansen* brachte zwar den zunehmenden Unmut innerhalb der SPD-Linken zum Ausdruck, bedeutete für diese jedoch keine organisatorische Alternative und wurde weitgehend ignoriert.

Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre konturierten sich die beiden Klassenlinien in der SPD und ihre Schattierungen, und die innerparteilichen Auseinandersetzungen spitzten sich spürbar zu. Konfliktstoff boten die Wirtschafts- und Sozialpolitik des Kabinetts *Schmidt/Genscher* mit ihrer Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung sowie der gleichfalls über Belastungen für die Werktätigen finanzierte Hochrüstungs- und Konfrontationskurs gegenüber den sozialistischen Staaten. Als der sich verringernde Spielraum für materielle Konzessionen gegenüber Arbeiterklasse und Mittelschichten ihre Integrationsfähigkeit in

5 Zur Terminologie vgl. Jürgen Harrer, Zur Typologie und Definition sozialdemokratischer Politik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/1974, S. 569ff.

Frage stellte, büßte die SPD ihren Wert für das Monopolkapital ein; die Rolle als Regierungspartei war nach dem Kanzlersturz am 1. Oktober 1982 vorerst ausgespielt.[6]

Während die Rechtssozialdemokratie viele ihrer Pfründen verlor und tiefe Einbrüche in Teilbereichen ihrer sozialen Basis (Industriearbeiterschaft, kleinbürgerliche Randschichten) verzeichnen mußte, führte der Problemdruck, den die Krisensituation erzeugte, zu Zerfallserscheinungen innerhalb des Reformismus.[7] Da sich der Reformismus, wiewohl er die objektiv systemstabilisierende Funktion erfüllt, Kritik zu absorbieren und (jugendlichen) Protest zu kanalisieren, subjektiv durchaus im Einklang mit den Interessen der Lohnabhängigen wähnt, wirkt die Wirtschaftskrise auf ihn wie ein Scheidewasser, das seine Repräsentanten voneinander trennt: Ein Teil von ihnen paßte sich an, ging auf integrationistische Positionen über und unterstützte den sozialdemokratischen Regierungsflügel (Zersetzung des Reformismus im Bezirk Hessen-Süd, Rechtsentwicklung der früheren Juso-Führung), ein Teil resignierte (z. B. *Jochen Steffen*), ein anderer Teil wiederum suchte nach Erklärungen für die ökonomische Labilität, zog daraus Konsequenzen (Desillusionierung bezüglich eines „krisenfreien" Kapitalismus) und ging auf Distanz zur Parteispitze („Dissidenten" in der SPD-Bundestagsfraktion, Anwachsen der Linksopposition bei den Jungsozialisten), ohne deshalb schon unter den Einfluß des Marxismus zu geraten.

3. Sozialdemokratische Friedenskonzeptionen

3.1 Integrationistische Friedenskonzeptionen (Bahr, Voigt)

Egon Bahr kann man als den konzeptionellen Vordenker oder als Realisator der Verständigungspolitik gegenüber den sozialistischen Ländern bezeichnen. Er war es, der die Konzeption des „Wandels durch Annäherung" entworfen (Tutzinger Rede 1962) und die Verhandlungen mit der Sowjetunion über den Moskauer bzw. mit der DDR über den Grundlagenvertrag geführt hat. Heute ist *Bahr* „Abrüstungsbeauftragter" des SPD-Parteivorstandes. Als außenpolitischer Berater des Kanzlerkandidaten *Hans-Jochen Vogel* hat *Bahr* im letzten Bundestagswahlkampf den Wahlkampfstil der SPD mitgeprägt. Wichtige Wahlaussagen seiner Partei, beispielsweise die Vorstellungen zur „Sicherheitspartnerschaft" und das Verlangen nach einem Mandat, um die Raketenstationierung „überflüssig" zu machen, stammen von *Bahr*.

Wie er die zentrale Figur der SPD in Abrüstungsfragen ist, so kommt *Bahr* auch bei dem Bemühen, die Gesamtpartei auf ein klares Nein zur „Nach"rüstung festzulegen, eine Schlüsselfunktion zu. Bedeutsam erscheint in diesem Zusammenhang, daß *Bahr* die Legitimationsgrundlage des sogenannten Doppelbeschlusses, durch den „Verhandlungsteil" würden beide Seiten zu Abrüstungsgesprächen

6 Vgl. Kurt Schacht, SPD in den 80er Jahren. Soziologische und politische Aspekte der Krise der Sozialdemokratie, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5/1982, Frankfurt am Main 1982, S. 143ff.

7 Siehe hierzu: Christoph Butterwegge/Mechtild Jansen, Sozialreformismus in der Krise. Thesen zur Entwicklung und Perspektive der SPD-Linken, in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus 1/1979, S. 82ff.

gedrängt, stets in den Vordergrund gestellt hat. Auf dem Westberliner SPD-Parteitag im Dezember 1979 mußten *Bahrs* Sachautorität und moralische Integrität dazu herhalten, die Delegierten von der Richtigkeit des Vorstandsentwurfs zur Sicherheitspolitik sowie von der angeblichen Notwendigkeit des Raketenbeschlusses zu überzeugen: „Als einer, für den Entspannungspolitik ein Teil seines Lebens ist, würde ich diesen Antrag ablehnen, wenn ich glaubte, die Entspannungspolitik würde durch seine Annahme kaputtgehen."[8] Den Westberliner Parteitagsbeschluß eher widerwillig mittragend, hatte *Bahr* maßgeblichen, wenn nicht entscheidenden Anteil am Beschluß des Münchener Parteitages 1982, den er im SPD-Vorstand gegen *Helmut Schmidt* und den damaligen Verteidigungsminister *Hans Apel* durchsetzte.[9] Diese Resolution hielt zwar an der Argumentation des sogenannten NATO-Doppelbeschlusses fest, vermied aber definitive Festlegungen und ließ Möglichkeiten zur Revision der Mehrheitsposition offen. *Bahrs* Flexibilität ging weit genug, um eine für große Teile der SPD akzeptable Kompromißformel zu finden, die auf der Linie des vom Parteivorsitzenden *Willy Brandt* favorisierten Integrationskurses lag.

Zwar zweifelte *Bahr* zunehmend am Verhandlungswillen der US-Regierung, doch sah er im Festhalten am „Nach"rüstungsbeschluß die einzige Chance, sie zur Fortführung der Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenraketen und zu bestimmten Zugeständnissen (z. B. Einbeziehung des britischen und französischen Nuklearpotentials) zu zwingen. Bei einer Ablehnung der Raketenstationierung zu diesem Zeitpunkt befürchtete *Bahr* den Verlust der Regierungsfähigkeit seiner Partei. Mit dem Ausscheiden der SPD aus der Bundesregierung im Herbst 1982 fiel eines der wichtigsten Hindernisse für *Bahrs* Kritik an den USA und am „Nach"rüstungsbeschluß selbst weg. Seither drängt *Bahr* auf eine möglichst frühe Entscheidung der SPD in dieser Frage und ein Vorziehen des Sonderparteitages, um die Raketenstationierung überhaupt noch beeinflussen zu können.

Nunmehr stellte *Bahr* nicht nur den Stationierungs„automatismus", sondern auch die Verhandlungsbereitschaft der *Reagan*-Administration in Frage und argumentierte eher prinzipiell als pragmatisch. In seinem 1982 erschienenen Buch „Was wird aus den Deutschen?" beschäftigt *Bahr* sich mit der gegenwärtig gültigen Abschreckungsdoktrin, von der er glaubt, daß ihr eine wechselseitige gesicherte Zweitschlagskapazität zugrunde liegt, die den Ausbruch eines Atomkrieges bis heute verhindert habe.[10] Gleichzeitig beinhalte sie jedoch die Absicht beider Seiten, Vorteile gegenüber dem potentiellen Kriegsgegner zu erlangen, was *wirkliche* Abrüstung – über bloße Rüstungsbegrenzung hinaus – praktisch unmöglich mache. Dazu bedürfe es einer „Sicherheitspartnerschaft", die Abrüstungsschritte für beide Seiten billiger und

8 Egon Bahr, in: Vorstand der SPD (Hrsg.), Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 3. bis 7. Dezember 1979 in Berlin (West), Bd. 1, Protokoll der Verhandlungen und Anlagen, Bonn o. J., S. 810.

9 Vgl. Ute Obermeyer, Die Auseinandersetzungen in der SPD über den NATO-„Doppel"-Beschluß vom Berliner Parteitag 1979 bis zum Frühjahr 1982, unveröffentlichte Staatsexamensarbeit, Marburg 1983, S. 117.

10 Vgl. Egon Bahr, Was wird aus den Deutschen? Fragen und Antworten, Reinbek bei Hamburg 1982, S. 227ff.

(deshalb) besser erscheinen lasse: „Nicht mehr gegeneinander, sondern nur noch miteinander werden wir sicher sein."[11]

Bedingt durch Illusionen über die Ursachen der Hochrüstung in den imperialistischen Hauptländern, gelangt *Bahr* zur bewußten Affirmation der NATO, ihrer Aufgaben und Zielsetzung. Trotzdem mahnte er die USA in mehreren „Spiegel"-Gesprächen und Artikeln im Parteiorgan „Vorwärts", dessen Herausgeber *Bahr* ist, zu einer konstruktiveren Haltung bei den Genfer Verhandlungen. Häufig ist da die Rede von der Notwendigkeit, Druck auf die US-Regierung auszuüben, und von Gefahren für den Atlantikpakt, wenn dessen Führungsmacht einen (auf Europa) begrenzten Atomkrieg tatsächlich ins Kalkül ziehe. Obwohl *Bahr* fest auf dem Boden des westlichen Militärbündnisses steht und ein überzeugter Gegner des Sozialismus bzw. „Sowjetkommunismus" bleibt, ist er Realist genug, um für die Fortsetzung der Entspannungspolitik zu plädieren und Angriffen auf ihre Erfolgsgrundlagen entgegenzutreten. Für *Bahr* bildet der Frieden das wichtigste, auf jeden Fall zu bewahrende Gut, weswegen er über allen ideologischen Streitpunkten rangieren muß; diesen Grundgedanken einer verantwortungsbewußten Außenpolitik gesteht *Bahr*, wie sein Nachruf auf *Leonid Breshnew* beweist,[12] auch sozialistischen Staatsmännern zu. Derselbe Sinn für Realitäten und die herrschenden Machtverhältnisse spricht aus *Bahrs* Bemerkungen über die Krisensituation in der Volksrepublik Polen, woraus keine Rückschläge für den Entspannungsprozeß erwachsen dürften: „Ich kann nicht Polen aus dem Warschauer Vertrag herausbrechen wollen."[13]

Der Vorwurf konservativer Kreise, *Bahr* halte eine Art Äquidistanz zu Moskau und Washington, ist zwar absurd, weil er darauf beruht, daß sich seine Urheber – anders als *Bahr* – durch blinden Antikommunismus der Fähigkeit zur rationalen Kritik an den USA begeben. Doch will *Bahr* beide Verhandlungspartner für eine Kompromißlösung gewinnen, die kein neues Wettrüsten heraufbeschwört. Die Berücksichtigung der vorgeschobenen US-Systeme sowie der britischen und französischen Nuklearstreitmacht im Rahmen einer umfassenden Gesamtvereinbarung über Mittelstreckenwaffen war für *Bahr* immer eine Selbstverständlichkeit, weshalb sich seine Variante einer „Null-Lösung" erheblich von der Reaganschen unterscheidet. *Bahr* bezieht „Null" nämlich nur auf die neuen Atomraketen der USA.

Bahrs Beurteilung des Vorschlages der Sowjetunion für die Genfer Verhandlungen aus dem Dezember 1982 (als *Andropow*-Initiative bezeichnet), der mittlerweile mehrmals präzisiert und konkretisiert wurde, fiel positiv aus und kam zu dem Schluß, daß hiermit eine geeignete Verhandlungsgrundlage existiere, die Gegenvorschläge der US-Regierung nach sich ziehen müsse. Wenige Wochen nach dem Regierungswechsel nutzte *Bahr* den ersten sich bietenden Anlaß für die Feststellung: „Unser Nein ist nähergerückt."[14] Gemeint war die Ablehnung der „Nach"rüstung

11 Ders., Frieden retten – Frieden stiften. Referat anläßlich der Tagung der Gustav-Heinemann-Stiftung Mai 1981 in Rastatt, in: Reimund Seidelmann (Hrsg.), Der Demokratische Sozialismus als Friedensbewegung, a.a.O., S. 113.

12 Vgl. Egon Bahr, Frieden ist das Wichtigste, in: Vorwärts 47/1982, S. 15.

13 Ders., Was wird aus den Deutschen?, a.a.O., S. 22.

14 Ders., Nein der SPD nähergerückt, in: Vorwärts 46/1982, S. 5.

mit Blick auf das Genfer Verhandlungsergebnis. Die „Frankfurter Rundschau" wertete *Bahrs* Vorgehen als Bruch des im SPD-Vorstand geschlossenen „Burgfriedens", der verhindern sollte, daß die Raketenstationierung im „Vormärz" zum beherrschenden Wahlkampfthema wurde.[15]

Auf diese Weise zur Stellungnahme gezwungen, folgte das SPD-Präsidium *Bahrs* Ratschlag, den Verzicht auf die Stationierung der amerikanischen Erstschlags- bzw. „Enthauptungs"waffen für den Fall vorzusehen, daß die UdSSR alle Raketen des Typs SS 4/SS 5 verschrotte und die Anzahl ihrer modernen Mittelstreckenwaffen (SS 20) um 100 reduziere.[16] Dieser sogenannte *Warnke*-Plan stimmt weitgehend mit dem Vorschlag *Juri Andropows* überein, den die SPD-Führung im Bundestagswahlkampf nicht aufgriff, sondern nur zaghaft begrüßte, wohingegen *Bahr* darin einen bedeutenden Fortschritt sah: „Die Sowjetunion hat sich bewegt. Die USA bisher nicht. Sie sind sogar stolz darauf, sich nicht bewegt zu haben. Das wird nicht so bleiben können."[17] Einmal mehr unterstrich *Bahrs* Appell an die Regierung *Reagan*, daß seine Position in Sachen Außen- und Sicherheitspolitik wichtige Ansatzpunkte für ein punktuelles Zusammenwirken mit fortschrittlicheren Kräften innerhalb der Sozialdemokratie bietet.

Karsten Voigt, Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre Bundesvorsitzender des sozialdemokratischen Jugendverbandes, entfernt sich als außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion immer weiter von Juso-Positionen. Der karrierebeflissene Parlamentarier unterstützt die militärpolitische Konzeption des SPD-Parteivorstandes, akzentuiert jedoch stärker den Zwang der Großmächte zur Abrüstung. Sein Übergang von reformistischen zu integrationistischen Positionen ist für einzelne Führungskräfte des Frankfurter Kreises symptomatisch.

Im Vorfeld der NATO-Sondersitzung am 12. Dezember 1979, die den sogenannten Doppelbeschluß faßte, stand *Voigt* der „Nach"rüstung skeptisch gegenüber und suchte mehrere Sicherungen gegen den Rüstungsautomatismus in den Westberliner Parteitagsbeschluß „Sicherheitspolitik im Rahmen der Friedenspolitik" einzubauen,[18] was mißlang. Mittlerweile steht *Voigt* zum NATO-Raketenbeschluß, dessen Stationierungsart er allerdings problematisiert, indem sein Buch „Wege zur Abrüstung" für luft- bzw. seegestützte Mittelstreckenraketen (vielleicht unter völligem Verzicht auf die Pershing II) plädiert: „Es ist mir dabei bewußt, daß eine seegestützte Modernisierung der US-Mittelstreckenpotentiale rüstungskontrollpolitische Probleme bei Ost-West-Verhandlungen und verteidigungspolitische Probleme innerhalb einer weiterentwickelten Abschreckungslogik im Rahmen der ‚flexible response' und z. T. auch zusätzliche militärtechnische und finanzielle Probleme mit sich bringen würde. Es ist aber anzunehmen, daß die NATO ohne rüstungskontroll-

15 Vgl. Rückt SPD vom Doppelbeschluß ab? Anzeichen für eine Neuorientierung/Parteiinterne Kritik, in: FR v. 11. November 1982, S. 1.

16 Vgl. Ulrich Wickert, Blockierte Verhandlungen durchbrechen. Paul C. Warnkes Abrüstungsvorschläge, in: Sozialdemokrat Magazin 1/1983, S. 15.

17 Egon Bahr, Andropow hat die Lage zum Positiven verändert, in: Vorwärts 1–2/1983, S. 12.

18 Vgl. Karsten Voigt, in: Vorstand der SPD (Hrsg.), Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 3. bis 7. Dezember 1979 in Berlin (West), Bd. 1, Protokoll der Verhandlungen und Anlagen, a.a.O., S. 741 ff.

politische Zugeständnisse der Sowjetunion die so schwer erreichte Einigung nicht wieder durch Neuüberlegungen in Frage stellen lassen will."[19]

Als „Real"politiker beruft sich *Voigt* primär auf das Wirken angeblicher Sachzwänge, die Abrüstung zur Fiktion oder fernen Zukunftsvision machen. Er stellt sich auf den Standpunkt, der bestehende Zustand sei – am besten durch die Zementierung der gültigen Beschlußlage – festzuschreiben und Veränderungen des Status quo, die nicht schrittweise erfolgen, vorzuziehen: „Ich befürchte, daß eine einseitige Absage an den NATO-Doppelbeschluß durch die Mehrheit eines SPD-Bundesparteitages politische Prozesse auslösen könnte, die in ihrer praktischen Wirkung nicht mehr Rüstungskontrolle und Abrüstung, sondern mehr Aufrüstung und Ost-West-Konfrontation zur Folge hätten."[20] Das mit der Propagandakampagne zur „Null-Lösung" eingeleitete Erpressungsmanöver des Atlantikpakts gegenüber der UdSSR akzeptiert *Voigt* als Grundlage und Ausgangspunkt seiner Konzeption der Sicherheitspolitik, die glauben machen will, der Rüstungswettlauf zwischen den beiden Militärblöcken verselbständige sich.[21]

Zwar reklamiert *Voigt* die marxistischen Traditionen der SPD für seine Konzeption sozialdemokratischer Friedenspolitik,[22] der Antisowjetismus/Antikommunismus verstellt ihm jedoch den Blick auf die Ursachen/Verursacher der zunehmenden Kriegsgefahr einerseits und für Bündnismöglichkeiten der SPD-Linken im außerparlamentarischen Bereich andererseits. *Voigt* sieht in forciertem Wettrüsten und Entspannung einen Widerspruch, ohne daraus den Schluß zu ziehen, daß die „Nach"rüstung gleichbedeutend mit der Rückkehr zum Kalten Krieg und deshalb abzulehnen ist. Fixiert auf den bürgerlichen Parlamentarismus, überbewertet *Voigt* die Rolle der Regierungspolitik, während er die Bedeutung der Massenmobilisierung für Frieden und Abrüstung unterschätzt. Als Mittel zur Verhinderung der Raketenstationierung erteilt *Voigt* außerparlamentarischen Mobilisierungsaktionen eine klare Absage: „Die SPD wird als parlamentarische Partei im Rahmen einer funktionsfähigen Demokratie auch dann nicht im Sinne des Artikels 20 des Grundgesetzes zum Widerstand gegenüber einer möglichen Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen aufrufen können, wenn eine solche Stationierung gegen ihren Willen aufgrund einer parlamentarischen Mehrheitsentscheidung durchgesetzt werden sollte."[23]

SPD und Friedensbewegung als „potentielle Verbündete" charakterisierend, verwahrt sich *Voigt* gegen Bemühungen, die Sozialdemokratie, wie er sich ausdrückt, „in den parlamentarischen Arm einer vorwiegend außerparlamentarischen Friedensbewegung umfunktionieren zu wollen."[24] Was Wunder, wenn die Kommunisten,

19 Ders., Wege zur Abrüstung, Eichborn 1981, S. 55f.

20 Fragen nach dem Verhältnis von SPD und Friedensbewegung (an Erhard Eppler und Karsten Voigt), in: Dieter Hoffmann-Axthelm/Eberhard Knödler-Bunte (Hrsg.), Wie souverän ist die Bundesrepublik?, Westberlin 1982, S. 191.

21 Vgl. Karsten D. Voigt, Friedensbewegung, Rüstungswettlauf und Rüstungskontrolle, in: Vorgänge, Zeitschrift für Gesellschaftspolitik 39 (1979), S. 78.

22 Vgl. ders., Sozialdemokratische Antikriegspolitik, in: Reimund Seidelmann (Hrsg.), Der Demokratische Sozialismus als Friedensbewegung, a.a.O., S. 41.

23 Ders., Friedenspolitik der Grünen – Versuch einer fairen Auseinandersetzung, in: Die Neue Gesellschaft 4/1983, S. 326.

24 Siehe Fragen nach dem Verhältnis von SPD und Friedensbewegung, a.a.O., S. 197.

von *Voigt* als unglaubwürdig und (parlamentarisch) irrelevante Kraft abqualifiziert, ausgegrenzt werden? „Wir brauchen ein friedenspolitisches Bündnis relevanter und demokratisch glaubwürdiger gesellschaftlicher Kräfte im In- und Ausland, das insbesondere Sozialdemokraten, Liberale, Gewerkschafter, Christen, Vertreter der Jugend- und Frauenbewegung, Wissenschaftler, Künstler, aber auch Militärs umfaßt und Kontakte mit befreundeten Parteien in der Sozialistischen Internationalen, mit liberalen Gruppen in den USA und demokratisch glaubwürdigen Gruppen in der internationalen Friedensbewegung pflegt."[25]

3.2 Reformistische Friedenskonzeptionen (Eppler, Lafontaine)

Erhard Eppler, Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und bis 1982 Mitglied des SPD-Präsidiums, in dem er die Parteilinke vertrat, gehört zu den profiliertesten Gegnern des sogenannten NATO-Doppelbeschlusses. Bei der Herausbildung seiner Position stand die protestantische Ethik Pate. Sie motivierte *Eppler* zur Ablehnung der Umweltzerstörung und des Rüstungswahns aus humanistischen Impulsen seiner Sozialisation heraus. Statt politökonomischer Analyse und wissenschaftlich fundierter Kritik an der NATO-Militärstrategie dominieren bei *Eppler* moralische Argumentationsmuster, die gleichwohl legitim, glaubwürdig und überzeugend sind.

Ohne den Zusammenhang zwischen dem Konfrontationskurs *Reagans* und dem Weltherrschaftsstreben des US-Imperialismus zwecks längerfristiger Sicherung von Rohstoffquellen, Anlagesphären und Absatzmärkten für das Monopolkapital herzustellen, zerstörte *Eppler* die Pseudolegitimation des „Nach"rüstungsbeschlusses, als er auf dem Lahnsteiner Juso-Bundeskongreß im Juni 1981 sagte: „Es gibt überhaupt keine logische Verbindung zwischen der Aufstellung der SS 20 auf der einen Seite und der Pershing und Cruise missiles auf der anderen Seite."[26] *Epplers* Beurteilung des Rüstungswettlaufs bleibt jedoch nicht frei von Fehleinschätzungen, die den Systemgegensatz (Tendenz zur Gleichsetzung von Imperialismus und realem Sozialismus), die gesellschaftlichen Wurzeln der Hochrüstung (Reduktion des Militarismus auf Lobbyismus in Ost und West) sowie das Wesen der NATO (Verharmlosung zum Defensivbündnis) betreffen.

Eppler bekennt sich unzweideutig zur NATO, kritisiert allerdings ihre Nukleardoktrin, wo sie durch US-Interessen diktiert wird, und drängt auf mehr Eigenständigkeit der Westeuropäer innerhalb des Bündnisses. Wie die sozialdemokratische Entspannungspolitik der sechziger und siebziger Jahre Gesellschaftsveränderungen in Osteuropa bewirken wollte („Wandel durch Annäherung"), so bezweckt *Epplers* Eurozentrismus eine Separierung der Sowjetunion von ihren Bündnispartnern, begriffen als „Emanzipationsakt" innerhalb der Warschauer Vertragsorganisation: „Friedensbewegung ist eine Form der Europäisierung Europas. Also tritt sie auch dafür ein, daß sich die Nationen im Osten mehr Bewegungsspielraum für eine

25 Karsten Voigt, Wege zur Abrüstung, a.a.O., S. 134.

26 Referat Erhard Epplers auf dem Bundeskongreß der Jungsozialisten am 26. bis 28. Juni 1981 in Lahnstein, in: Lutz Plümer (Hrsg.), Positionen der Friedensbewegung. Die Auseinandersetzung um den US-Mittelstreckenraketenbeschluß. Dokumente, Appelle, Beiträge, Frankfurt am Main 1981, S. 49.

Entfaltung nach ihren Wertvorstellungen schaffen können."[27] Demselben Ziel dient *Epplers* Vorschlag zur allmählichen Relativierung der Bindungen zwischen den „Supermächten" und ihren Verbündeten. „Niemand kann die Paktsysteme von heute auf morgen auflösen. Und es wäre kaum zu erwarten, daß ein abruptes Aufbrechen der Fronten den Frieden herbeizwingen könnte. Aber auf mittlere Sicht muß eine Dynamik gemeinsamer europäischer Interessen, ja eine Form europäischer Solidarität die Paktsysteme relativieren, lockern, überwölben und schließlich ersetzen."[28]

Auf der Bonner Friedensdemonstration am 10. Oktober 1981 bekam *Eppler* den meisten Applaus, als er sich gegen Spaltungsversuche wandte, jede Ausgrenzung einzelner Strömungen der Friedensbewegung zurückwies und diese zum Brückenschlag gegenüber den Gewerkschaften aufforderte: „Friedensbewegung wird nur mehrheitsfähig, wenn sie nicht ausgrenzt, sondern sich öffnet. Zu ihr gehört jeder, der zu ihr gehören will. Friedensbewegung wird nur mehrheitsfähig, wenn sie zusammenwirkt mit der organisierten Arbeiterbewegung, die seit mehr als einem Jahrhundert für den Frieden wirkt."[29] Trotzdem weigerte sich *Eppler*, den Krefelder Appell an die Bundesregierung zu unterzeichnen, was er mit bündnispolitischen Machenschaften der Kommunisten begründete.[30]

Genauso widersprüchlich erscheint *Epplers* Rolle innerhalb der SPD. *Eppler* hat die Notwendigkeit zur Entspannung zwischen den beiden Weltsystemen frühzeitig erkannt und festgestellt, „daß, wohin auch immer die innerparteiliche Diskussion führt, die Sozialdemokratie ohne einen neuen Anlauf zur Friedenspolitik ihre Identität verliert."[31] Die reformistische SPD-Linke neigt dazu, innerparteiliche Gegensätze zu bagatellisieren und grundsätzliche Differenzen zu kaschieren, ohne dadurch – wie erhofft – ihre Kampfbedingungen zu verbessern. Keinen Vorteil erbrachte beispielsweise *Epplers* Versicherung, auch den (sozialdemokratischen) Befürwortern der Raketenstationierung guten Willen zuzubilligen: „Das heißt, ich kann mit Helmut Schmidt und Hans Apel doch nicht über die Wege zum Frieden streiten, wenn ich ihnen vorher den Willen zum Frieden abgesprochen habe."[32]

Wie wenig konsequent *Epplers* Protest gegen die Stationierung neuer Atomraketen in der BRD war, zeigte sich auf dem Landesparteitag der Westberliner SPD im Dezember 1982, wo er die Linke um Rücknahme ihres Antrages zur Aufkündigung des NATO-Raketenbeschlusses bat, weil die Zeit dafür noch nicht reif sei, solange in Genf keine Verhandlungsergebnisse vorlägen. Der „Vorwärts" schrieb: „Eppler beeindruckte. Der Antrag wurde zwar nicht zurückgezogen, aber – wenn auch

27 Erhard Eppler, Friedensbewegung, in: Walter Jens (Hrsg.), In letzter Stunde. Aufruf zum Frieden, München 1982, S. 165.

28 Ders., Die tödliche Utopie der Sicherheit, Reinbek bei Hamburg 1983, S. 190.

29 Ders., Eine Bewegung der Mutigen, in: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (Hrsg.), Bonn 10. Oktober 1981. Friedensdemonstration für Abrüstung und Entspannung in Europa. Reden, Fotos . . ., Bornheim 1981, S. 116.

30 Vgl. Erhard Eppler, Ich habe nicht unterschrieben, in: SZ v. 4./5. Juli 1981, S. 9.

31 Siehe ders., Wege aus der Gefahr, Reinbek bei Hamburg 1981, S. 232.

32 Referat Erhard Epplers auf dem Bundeskongreß der Jungsozialisten am 26. bis 28. Juni 1981 in Lahnstein, a.a.O., S. 46.

knapp – abgelehnt."[33] Was Pressekommentatoren als Beweis für *Epplers* Parteiloyalität oder als taktischer Winkelzug erschien, war Ausdruck der seiner Konzeption innewohnenden Mängel: die Verkennung des Klassencharakters der Rechtssozialdemokratie und des von ihr mitgetragenen Staates, der Verzicht auf eine Analyse des gesamtgesellschaftlichen und innerparteilichen Kräfteverhältnisses sowie die beschränkte Durchschlagskraft moralischer Argumentationsmuster.

Auf dem Westberliner Parteitag 1979 noch nicht hervorgetreten, avancierte *Oskar Lafontaine* im Laufe des Jahres 1981 neben *Eppler* zum prominentesten SPD-Kritiker des sogenannten NATO-Doppelbeschlusses und zum Wortführer der Reformisten. Dem Widerstand der Parteispitze trotzend, sprach er auf den Ostermärschen 1982/83 und ergänzte dieses „Flaggezeigen" in der Friedensbewegung durch deutliche Zeichen für Entspannungswillen in Saarbrücken, wo er Oberbürgermeister ist. *Lafontaine* forcierte den Kulturaustausch mit der DDR und setzte im Stadtrat durch, daß Saarbrücken zur atomwaffenfreien Zone erklärt wurde.

Bestechend ist *Lafontaines* militärtechnisch fundierte Argumentation zur destabilisierenden Wirkung der Präzisionsrakete Pershing II, die er als „einmalige Waffe" strikt von der SS 20 unterscheidet, die „nicht die Nervenzentren der USA erreicht, während die Pershing II kraft Auftrags die Nervenzentren der UdSSR zerschlagen soll."[34] Zudem sei sie geeignet, einen Atomkrieg durch technisches Versagen auszulösen, weil die Sowjetunion ihre Systeme infolge der fehlenden Vorwarnzeit automatisieren müsse.[35] Das Hauptargument für *Lafontaines* klares Nein zur Stationierung neuer US-Raketen in der BRD ist die besondere Qualität der Pershing II: „Die Pershing II ist aufgrund ihrer technologischen Eigenschaften (Treffgenauigkeit, kurze Flugzeit, keine Vorwarnzeit) die destabilste nukleare Mittelstreckenwaffe in der Welt."[36]

Lafontaines Vergleich der militärischen Stärke von NATO und Warschauer Vertragsorganisation zeitigt das Ergebnis: „Der Westen ist überlegen."[37] Er demonstriert mit Hilfe regierungsamtlicher Statistiken, daß die Sowjetunion Tausende nuklearstrategischer Sprengköpfe weniger besitzt als die USA, daß die Beschränkung auf landgestützte Raketen bei Abrüstungsverhandlungen fragwürdig ist, weil die USA im Unterschied zur UdSSR den größten Teil ihres Atomwaffenarsenals zu Wasser und in der Luft stationiert haben, und daß die Modernisierung der amerikanischen Mittelstreckenwaffen auf den Meeren rings um die Sowjetunion längst erfolgte. In einem „Spiegel"-Gespräch erklärte *Lafontaine* kurz nach einer USA-Reise im Sommer 1981, die als Beginn seiner Friedensaktivitäten gelten kann: „Wissen Sie, je mehr ich mich mit dem technischen Aspekt der Dinge beschäftigt

33 Hendrik Bussiek, Eppler überrascht Berliner Genossen. SPD-Parteitag: Abkehr vom Doppelbeschluß verhindert – AL zerstreitet sich, in: Vorwärts 50/1982, S. 9.

34 Siehe „Wir sind nicht in der NATO, um mitzuhaften für Abenteuertum". Die Rede des SPD-Politikers Oskar Lafontaine beim Bundeskongreß der Jungsozialisten in Oberhausen, in: FR v. 2. April 1983, S. 12.

35 Vgl. ebd.

36 „Angst ist die Grundlage unseres Sicherheitssystems". Positionspapier Oskar Lafontaines für den Landesparteitag der SPD Saar 1981, in: FR v. 2. Oktober 1981, S. 10.

37 Ebd.

habe, um so mehr sehe ich, wie sehr die offizielle Information abweicht von den tatsächlichen Fakten."[38]

In *Lafontaines* Reden und Aufsätzen brach sich nunmehr die Erkenntnis Bahn, daß die US-Regierung einen Atomkrieg in Europa vorbereitet. Auf dem Oberhausener Juso-Bundeskongreß im März 1983 spielte *Lafontaine* auf entsprechende Strategiepapiere der Pentagon-Militärplaner an, als er ausrief: „Leute, die einen Atomkrieg für durchführbar und gewinnbar halten, können niemals unsere Bündnispartner sein. Das sind Verrückte!"[39] Die Forderung des US-Verteidigungsministers *Weinberger*, bei Auseinandersetzungen am Persischen Golf den Krieg an anderen Fronten zu eröffnen, wies *Lafontaine* mit den Worten zurück: „Wenn man Weinberger für diese Strategie der geographischen Eskalation Operationsbasen im eigenen Land zur Verfügung stellt, haftet man mit für diese Abenteuer der militärischen Rohstoffsicherung. Auf der Grundlage dieser Strategie gewinnt die Aufstellung der ‚Pershing II' eine ganz andere Bedeutung."[40]

Trotz weitreichender Einsichten in den Ursachenzusammenhang des atomaren Wettrüstens ist *Lafontaines* Haltung zur Raketenrüstung der Sowjetunion von erheblichen Widersprüchen geprägt. *Lafontaine* konstatiert eine technologische Unterlegenheit der UdSSR und spricht davon, daß diese sich am Prinzip der Gleichheit und gleichen Sicherheit orientiere,[41] um dann aber doch die Stationierung der SS 20 als „Überrüstung" zu kritisieren.[42] Die Ausgangsposition der Sowjetunion bei den Genfer Verhandlungen nannte er ehrlicher als die der USA, setzte beide jedoch in typischer Manier gleich: „Die ‚Verhandlungsangebote' der beiden Großmächte deuten darauf hin, daß das Wettrüsten mit beschwichtigenden Verhandlungen am Rande ungebremst fortgesetzt wird."[43]

Im Unterschied zu *Lafontaines* richtigen Einwürfen gegen die neuartigen Mittelstreckenwaffen der USA werden seine Positionen unklar und verschwommen, wenn er allgemeine Überlegungen zur Sicherheitspolitik anstellt. So hält *Lafontaine* die Rüstungskontrollpolitik für gescheitert,[44] Abrüstungsverhandlungen haben seiner Meinung nach „nichts bewirkt. Sie waren eher dazu angetan, den weltweiten Rüstungsprozeß zu beschleunigen."[45] Nichtsdestoweniger sei die Entspannungspolitik, deren konstitutiver Bestandteil Verhandlungen und Gespräche zwischen Diplomaten nun einmal sind, absolut notwendig: „Das heißt, ich reklamiere die Entspannungspolitik Willy Brandts als den einzigen Weg der Friedenssicherung in Mitteleuropa."[46] Außerdem verlangt *Lafontaine* einseitige Abrüstung – auch von der UdSSR,

38 „Der Druck wird immer stärker". SPIEGEL-Interview mit SPD-Vorstandsmitglied Oskar Lafontaine über Nachrüstung und Anti-Amerikanismus, in: Der Spiegel 33/1981, S. 27.

39 Oskar Lafontaine, „Wir sind nicht in der NATO, um mitzuhaften für Abenteuertum", a.a.O.

40 „Gegen die Enthauptungsstrategie der USA". Oskar Lafontaine über Washington, Bonn und die Nachrüstung, in: Der Spiegel 16/1983, S. 37f.

41 Vgl. „Atomrüstung einfrieren – jetzt". Oskar Lafontaine über Ronald Reagans Rüstungspolitik, in: Der Spiegel 33/1982, S. 32.

42 Siehe Oskar Lafontaine, „Angst ist die Grundlage unseres Sicherheitssystems", a.a.O.

43 „Das Festhalten an der Gleichgewichtsformel ist absurd". Ein Positionspapier des saarländischen SPD-Landesvorsitzenden Oskar Lafontaine, in: FR v. 23. Februar 1982, S. 10.

44 Vgl. Oskar Lafontaine, „Atomrüstung einfrieren – jetzt", a.a.O.

45 Ders., „Das Festhalten an der Gleichgewichtsformel ist absurd", a.a.O.

46 Ders., „Wir sind nicht in der NATO, um mitzuhaften für Abenteuertum", a.a.O.

um deren Bedrohung durch Erstschlags- und „Enthauptungs"pläne er weiß: „Sie gefährdet nicht die Sicherheit, da jede Weltmacht selbst dann noch der anderen Seite einen nicht akzeptablen Schaden androhen kann, wenn sie ihr atomares Potential um 90 Prozent reduziert."[47]

Obwohl *Lafontaine* auf dem Münchener Parteitag im April 1982 mit den treffendsten Argumenten und am entschiedensten gegen die Leitlinien der SPD-Spitze gekämpft hat, sind ihm taktische Fehler von weitreichender Bedeutung unterlaufen. Als Sprecher der reformistischen Linken orientierte *Lafontaine* mit darauf, nur für ein Moratorium und nicht für eine radikale Ablehnung der Raketenstationierung einzutreten. Diese ausweichende Haltung des Frankfurter Kreises wurde erst kurz vor dem Parteitag – und damit zu spät, um die Delegierten zu überzeugen – korrigiert. *Lafontaines* Inkonsequenz geht allerdings nie so weit, daß er um des Effekts spektakulärer Forderungen (z. B. nach Produkt- und Generalstreiks, dem NATO-Austritt der BRD und Drohungen mit seinem Parteiaustritt) willen die bezogene Grundhaltung verleugnet.

4. Perspektiven der SPD-Linken im Friedenskampf: Entwicklungs- und Bündnismöglichkeiten

Ohne die Einbeziehung eines Großteils der SPD-Mitglieder in die Friedensbewegung wäre deren Verkopplung mit der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ebensowenig durchführbar wie außerparlamentarischer Massenprotest und erfolgreiche Mobilisierungsaktionen zur Abwendung der Raketenstationierung. Gerade unter den verschärften Bedingungen einer Rechtsregierung, die in enger Zusammenarbeit mit den USA auf den Stationierungsbeginn drängt, hängt die Wirksamkeit der Friedensbewegung entscheidend von den Entwicklungsprozessen innerhalb der Sozialdemokratie ab. Wachsende Kriegsgefahr und Friedensbewegung wirken ihrerseits polarisierend auf die Sozialdemokratie, deren Richtungsgruppierungen, Flügel und Fraktionen sich entweder anpassen und der Globalstrategie des US-Imperialismus zur Wiedergewinnung seiner Hegemonialmachtstellung überall auf der Welt unterordnen oder die umgekehrten Konsequenzen ziehen, sich zusammenschließen und (mittels außerparlamentarischer Kampfformen) Widerstand gegen die Wende zur militärischen Dauerkonfrontation leisten. Dabei zeigt sich, daß dieser Differenzierungsprozeß beide dominierenden Richtungen der Sozialdemokratie, den integrationistischen wie den reformistischen Flügel, erfaßt und in beiden Strömungen zur Herausbildung konträrer Positionen treibt. In der Friedensfrage zeichnet sich insofern eine Positionsdifferenzierung innerhalb der SPD ab, die man als „flügelübergreifend" bezeichnen könnte. „Die Bewegung in der Partei gegen den NATO-Hochrüstungsbeschluß wurde die seit langem größte oppositionelle Strömung in der SPD."[48]

47 Ebd.

48 Ulla Plener, Reformistische Arbeiterbewegung und Friedenskampf heute. Dargestellt vor allem am Beispiel der BRD (1980–1982), in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 1/1983, S. 59.

Marxistische Kräfte bleiben eine kleine Minderheit am Rande der SPD, doch nimmt ihr Einfluß auf die reformistische Parteilinke tendenziell zu. Deren Beteiligung an außerparlamentarischen Aktionen der Friedensbewegung bildet die Basis für Verschiebungen der innerparteilichen Machtkonstellationen. Hingegen verkennen die reformistischen Führungskader die sozioökonomischen Triebkräfte des Hochrüstungs-, Konfrontations- und Kriegskurses der NATO, setzen die Militärpolitik der beiden Weltsysteme gleich und sind für Berührungsängste gegenüber Kommunisten innerhalb der Friedensbewegung anfällig. Ihr Staats- und Demokratieverständnis schließt eine konsequente Wahrnehmung der Arbeiterinteressen im (außerparlamentarischen) Friedenskampf aus.

Der Differenzierungsprozeß erfaßt auch die SPD-Spitze. Innerhalb der Parteiführung verläuft eine Scheidelinie zwischen denjenigen Kräften, die zur Fortsetzung der Entspannungspolitik auf militärischem Gebiet keine Alternative sehen, und Rechtssozialdemokraten, die den Konfrontationskurs des US-Präsidenten (trotz Kritik einzelner Maßnahmen, Rüstungsentscheidungen oder Embargopläne) mittragen. Solche Positionsunterschiede zu übersehen, hieße partielle Bündnismöglichkeiten zu ignorieren, die zur Verbreiterung der Friedensbewegung führen und der Erhöhung ihrer Durchschlagskraft dienen können.

Wie unsere Darstellung integrationistischer und reformistischer Konzeptionen gezeigt hat, sind die SPD-Positionen zur Friedensfrage – spätestens seit dem Regierungswechsel – im Fluß, die Grenzen zwischen den innerparteilichen Richtungsgruppierungen auf friedenspolitischem Gebiet fließend. Dies verwundert angesichts der Tatsache, daß Friedenssicherung nicht mehr nur eine Klassenfrage, sondern zur Existenzfrage für die gesamte Menschheit geworden ist, keineswegs. Damit ihr konditioniertes Nein zu einer klaren, konsequenten Ablehnung der „Nach"rüstung wird, muß der (innere und äußere) Druck auf die SPD, ohne deren Einbeziehung in den Friedenskampf die Raketenstationierung nicht zu verhindern ist, intensiviert werden. Dabei eröffnen sich Perspektiven zur Kooperation mit Kräften, die am Entspannungskurs festhalten, und zur Verbesserung der Erfolgsaussichten für außerparlamentarische Mobilisierungsaktionen durch zahlreiche Berührungspunkte der Friedensbewegung bis ins Lager des sozialliberalen Integrationismus, folglich weit über die SPD-Linke im engeren Sinne hinaus.

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 6/1983

Frauenbewegung und Friedensbewegung – einige Aspekte

Florence Hervé/Renate Janßen

I. Frauenbewegung, Krieg und Frieden: Historische Gesichtspunkte – II. Aspekte der Frauenfriedensbewegung heute: Vielfalt der Zugänge, Antimilitarismus, Internationalisierung – III. Zur Diskussion über die Ursachen von Militarismus und Gewalt.

In Band 5 der „Marxistischen Studien" hat *Thomas Harms*[1] einige Seiten der Friedensbewegung in der Bundesrepublik untersucht. Seine These, daß die gegenwärtige Friedensbewegung eine „Kristallisationsfunktion" für andere soziale Bewegungen habe,[2] ist seither vollauf bestätigt worden. Den Beitrag der Frauenbewegung und von Frauen in Frauenfriedensgruppen und allgemeinen Friedensinitiativen[3] erwähnt *Harms* nur ganz knapp. Dabei kann man sagen, daß an den Fragen der geplanten Stationierung neuer US-amerikanischer Erstschlagwaffen in der Bundesrepublik, an den Problemen von Hochrüstung und Militarisierung der Gesellschaft heute kein gewerkschaftlicher Frauenausschuß, keine autonome Frauengruppe, keine Fraueninitiative mehr vorbeigeht. Umgekehrt ist die geplante Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr auch Gegenstand der Diskussion in der allgemeinen Friedensbewegung geworden. Einige Fragen aus diesem Zusammenhang wollen wir im folgenden ansprechen.

I. Frauenbewegung, Krieg und Frieden: Historische Gesichtspunkte

Wenn wir die Frauenbewegung im imperialistischen Deutschland betrachten, so können wir feststellen, daß sie an den historischen Entscheidungspunkten in der Frage Krieg und Frieden stets gespalten war bis hin zu den schärfsten Gegensätzen. Gesellschafts- und klassenpolitische Positionen und Bindungen beeinflußten die verschiedenen Gruppierungen der Frauenbewegung sehr stark. Nur Teile verbanden von Anfang an und konsequent ihre Forderungen nach Gleichberechtigung der Frau

1 Thomas Harms, Probleme der neuen Friedensbewegung, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5, 1982, S. 201 ff.
2 Ebd., S. 207.
3 Zur Entwicklung von Frauen in Bürgerinitiativen allgemein und in Friedensinitiativen im besonderen vgl. Heike Flessner/Heidi Knake-Werner, Sich einmischen – seine Identität finden – gemeinsam kämpfen. Bedürfnisentwicklung und Politikzugänge von Frauen, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5, 1982, v. a. S. 173 ff.

mit dem Kampf um eine bessere Gesellschaft und um den Frieden. So hatten die proletarische Frauenbewegung um *Clara Zetkin* und bürgerliche Frauen um *Minna Cauer, Lyda Gustava Heymann* und den Bund für Mutterschutz maßgeblichen Anteil an den großen Demonstrationen gegen den Ersten Weltkrieg, an den Kampagnen gegen die Aufrüstung und gegen den Panzerkreuzerbau in der Weimarer Republik. Sie erklärten „dem Krieg den Krieg" (*Clara Zetkin*). Während große Teile der proletarischen Frauenbewegung und der radikale Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung gegen den Ersten Weltkrieg zusammenarbeiteten, unterstützten sozialdemokratische Frauen mit der Führungsmehrheit ihrer Partei 1914 die Bewilligung der Kriegskredite, setzten sich Frauen wie *Gertrud Bäumer* und *Maria Elisabeth Lüders* – und mit ihnen der größte Teil der bürgerlichen Frauenbewegung – „aus patriotischen Gefühlen", aus einem abstrakten Gleichberechtigungsdenken heraus, für den imperialistischen Krieg ein. Sie forderten ein weibliches Dienstjahr, arbeiteten führend im Kriegsamt mit und organisierten den nationalen Frauendienst. Sie sorgten dafür, daß die Arbeitsproduktivität in den Rüstungsbetrieben gesteigert wurde. *Gertrud Bäumer* bezeichnete in ihrem Buch „Der Krieg und die Frauen" das Jahr 1914 als den „feierlichen Gipfel des Lebens". Die Auswirkungen des Krieges waren verheerend: Elend und Ausbeutung (in den Rüstungsbetrieben mußten Frauen bis zu 70 Stunden die Woche arbeiten, die Arbeitsschutzbestimmungen wurden aufgehoben). Frauen wurden im Etappendienst eingesetzt und einer strengen militärischen Organisation eingegliedert.

Vor dem Machtantritt des Faschismus noch behaupteten Führerinnen des Bundes deutscher Frauenvereine wie *Gertrud Bäumer*, es sei völlig egal, wie der Staat aussehe, in dem die Gleichberechtigung der Frau verwirklicht werde – ob es ein liberaler, demokratischer oder ein faschistischer Staat sei.[4] Dagegen hatten die proletarische Frauenbewegung und fortschrittliche Frauen der bürgerlichen Frauenbewegung um den „Bund für Mutterschutz" und die „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit" bereits vor der Machtergreifung vor dem frauenfeindlichen, entwürdigenden und kriegerischen Charakter des Faschismus gewarnt. „Das Gebot der Stunde", so *Clara Zetkin*, „ist die Einheitsfront aller Werktätigen, um den Faschismus zurückzuwerfen ... In dieser Einheitsfront dürfen die Millionen Frauen nicht fehlen, die noch immer Ketten der Geschlechtssklaverei tragen und dadurch härtester Klassensklaverei ausgeliefert sind".[5] Vor allem aufgrund der politischen Spaltung in der Arbeiter- wie in der Frauenbewegung kam es jedoch nicht zum gemeinsamen Vorgehen gegen den Faschismus.

Erste Ansätze und Impulse für eine breite Zusammenarbeit gab der Internationale Frauenkongreß gegen Krieg und Faschismus 1934. Auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1935 wurden Lehren gezogen, wurde das gemeinsame Vorgehen mit den Frauen der verschiedensten politischen und religiösen Überzeugungen im Kampf um die Erhaltung des Friedens hervorgehoben. *Georgi Dimitroff* erklärte: „Die Schaffung einer breiten Massenbewegung unter den Frauen

4 In: Die Frau, Heft 7/1933, S. 385.

5 Clara Zetkin, Eröffnungsrede als Alterspräsidentin des Reichstages am 30. August 1932, in: Arbeiterbewegung und Frauenemanzipation 1889–1933, Frankfurt/M. 1973, S. 204.

ist in erster Linie notwendig und möglich für den Kampf um die Erhaltung des Friedens. Man muß immer daran denken, daß die Sache des Friedens nur dann unbesiegbar und dauerhaft ist, wenn im Kampf gegen den Krieg Millionen und Abermillionen Frauen teilnehmen. Die Frauen wollen keinen Krieg, sie verlangen leidenschaftlich nach Frieden."[6]

1945 knüpften fortschrittliche Frauen an die Tradition des Frauenfriedenskampfes an. Zugleich zogen sie Lehren aus der verhängnisvollen Spaltung von Arbeiterbewegung wie Frauenbewegung und setzten sich für eine breite Zusammenarbeit aller Frauen ein. Die Parole hieß: „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg". Die antikommunistische Stimmungsmache im Zuge des Kalten Krieges, die Verbotsmaßnahmen der Adenauer-Regierungen (unter anderem gegen den Demokratischen Frauenbund DFD) und die Anpassungspolitik der rechten Führungskräfte in Sozialdemokratie und Gewerkschaften verhinderten, daß die Friedensbewegung der 50er Jahre ihre Ziele durchsetzen konnte; die Remilitarisierung wurde deutlich verzögert, aber nicht aufgehalten.

Einen neuen Aufschwung erlebte die Frauenfriedensbewegung gegen Ende der 70er Jahre, als die Herstellung der Neutronenbombe durch die USA bekannt wurde (1978), als das Langzeitprogramm der NATO (1978) und der Beschluß zur Stationierung atomar bestückter Marschflugkörper und Pershing-II-Raketen in Westeuropa (1979) verabschiedet wurden, als der Bundeswehrverband eine Wehrpflicht für Frauen vorschlug (1978). 1977 hatte die Demokratische Fraueninitiative DFI bereits in ihrer ersten Arbeitsgrundlage den untrennbaren Zusammenhang zwischen Emanzipation und Frieden herausgestellt. Ab 1979 entfaltete sich die Frauenfriedensbewegung in neuer Breite. Im Mai 1979 wandten sich 90 Vertreterinnen der Frauenbewegung und des öffentlichen Lebens an die Bevölkerung mit ihrem Aufruf „Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen NEIN!". In kurzer Zeit schlossen sich ihnen Tausende von Frauen an, bildeten sich örtliche Initiativen gegen einen Frauenmilitärdienst. Ende 1979 fand in Köln der erste Antimilitär- und Antiatomkongreß der Frauenbewegung auf Initiative der Zeitschrift „Courage" statt, an dem über 1000 Frauen teilnahmen. Neben den Initiativen „Frauen in die Bundeswehr – wir sagen NEIN" entstanden in den achtziger Jahren neue Frauenfriedensgruppen wie „Frauen gegen Krieg und Militarismus", „Mütter für den Frieden" und „Frauen für Frieden", die aus der Unterschriftensammlung zum Friedensappell der skandinavischen Frauen hervorgingen. Sie organisierten Verweigerungsaktionen, demonstrierten gegen einen Frauenwehrdienst (am 6. Dezember 1980 waren es 10000 Frauen), sammelten Unterschriften unter den „Krefelder Appell", halfen den Internationalen Frauentag wiederzubeleben und dem Thema Frieden zuzuwenden, beteiligten sich an den großen Friedenskundgebungen, den Ostermärschen, den Kirchentagsdemonstrationen.

6 Entwurf eines Briefes des Präsidiums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an die kommunistischen Parteien vom August 1936, zit. nach: Frauenbewegung und revolutionäre Arbeiterbewegung. Texte zur Frauenemanzipation in Deutschland und in der BRD von 1848 bis 1980, hrsg. und eingeleitet von Florence Hervé, Frankfurt/M. 1981, S. 134.

II. Aspekte der Frauenfriedensbewegung heute: Vielfalt der Zugänge, Antimilitarismus, Internationalisierung

Ein besonderes Merkmal der Frauenfriedensbewegung heute ist ihre Breite und Vielfalt. Gewerkschaftsfrauen machen auf den Zusammenhang zwischen den Kürzungen im Sozialbereich und der Aufrüstung aufmerksam. Auf der 10. DGB-Bundesfrauenkonferenz im Mai 1980 wurde auch nach langer kontroverser Diskussion eine Wehrpflicht für Frauen abgelehnt. Die IG Metall hat 1983 eine Unterschriftensammlung zur Verweigerung der Dienstverpflichtung von Frauen gestartet. Die Frauen der DFI formulierten ihre Grundposition im Juni 1981: „Wir wissen, daß ein dauerhafter Frieden die Voraussetzung ist für die Gleichberechtigung von Mann und Frau, für sozialen Fortschritt und für die Emanzipation des Menschen überhaupt." Viele autonome Frauengruppen organisieren Verweigerungsaktionen und Friedensmärsche; die Gruppen der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit" sammeln Unterschriften im Rahmen der STAR-Kampagne („Stop The Arms Race – Stoppt das Wettrüsten").

Christliche Frauen machen in der „Kirche von unten", innerhalb der Initiative „Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen NEIN", auf den Katholischen und Evangelischen Kirchentagen auf den Rüstungswahnsinn und die Gefahr eines Atomkriegs aufmerksam. Nicht zuletzt setzen sich Frauen in Parteien für den Frieden ein. So beschlossen die SPD-Frauen 1979 eine Unterschriftensammlung „gegen die Produktion neuer Mittelstreckenraketen und deren Stationierung in der Bundesrepublik und Europa; auf ihrer Konferenz im Juni 1983 verurteilte die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) die Stationierung. Frauen stellen einen hohen Anteil unter den Mitgliedern der Grünen, die sich in Friedensaktionen engagieren. In der DKP sind Frauen auf verschiedenste Weise beteiligt an der aktiven Umsetzung der Politik der Gesamtpartei nach dem Hannoveraner Parteitag 1981. Die Losung „Alles für den Frieden" beinhaltet, daß die Stärkung der Friedensbewegung eine zentrale Voraussetzung für die angestrebte Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt bildet; die DKP-Frauen bringen im Rahmen dieser Orientierung die besonderen Fraueninteressen zur Geltung und setzen dementsprechende Akzente in ihrer Friedensarbeit.

Zur Spezifik des Zugangs von Frauen zur Friedensbewegung zählt in der Bundesrepublik ihr Protest gegen das Einbezogenwerden in die Militarisierung der Gesellschaft. Als Ende 1978 der Bundeswehrverband seine Konzeption zur Gemeinschaftsdienstpflicht vorgelegt und der damalige Verteidigungsminister *Hans Apel* geäußert hatte, daß er sich Frauen als weibliche Soldaten vorstellen könne, wurden derartige Überlegungen bei öffentlichen Veranstaltungen von Politikern und Militärs meist als „Hirngespinste" einiger weniger und als überhaupt nicht aktuell abgetan. Immer wieder bekamen die Frauen, die sich der im Juni 1979 gegründeten Initiative „Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen Nein!" angeschlossen hatten, zu hören: „Die Planungen sind doch nicht ernst zu nehmen!" Verfolgte man aber aufmerksam die Presse, so konnte man feststellen, wie aktuell die Überlegungen zum Einbeziehen der Frauen in die Bundeswehr waren und sind. Nach den Veröffentlichungen des Bundeswehrverbandes und den Äußerungen *Apels* setzte eine wie von unsichtbarer Hand geführte Pressekampagne ein. Immer wieder wurden kleinere Versuchsballons

gestartet, entweder durch Äußerungen von Politikern oder in Stellungnahmen der „Frau von der Straße". Je nach Heftigkeit der Reaktionen in der Öffentlichkeit wurde dementiert oder „richtiggestellt". So wurde die Bevölkerung auf der einen Seite langsam aber sicher an das Bild der Frau in Uniform gewöhnt, offiziell aber im Glauben gelassen, die Planungen seien nicht ernst zu nehmen.

Spätestens bei Bekanntwerden des Gesundheitssicherstellungsgesetzes, das die gesetzliche Grundlage zur Anpassung des Gesundheitswesens an militärische Erfordernisse und zur Erfassung des gesamten medizinischen Personals bilden soll, wurde deutlich, daß die Frauen nicht nur als Soldatinnen benötigt werden. Es bedurfte auch nicht der Äußerung der damaligen Familienministerin *Antje Huber*, daß man bei der Abfassung des Gesetzes besonderes Augenmerk auf die bisher noch nicht erfaßten Frauen legen würde, um die Gegnerinnen auf den Plan zu rufen. Es kam zu massenhaften öffentlichen Kriegsdienstverweigerungen, bei denen tausende Frauen erklärten, daß die Militärs weder im Falle eines Krieges noch bei dessen personeller, ideologischer und materieller Vorbereitung mit ihrer Mitarbeit und Unterstützung rechnen könnten. Obwohl am Anfang bei ihren demonstrativen Aktionen belächelt, machten die Frauen weiter.

Besonderes Aufsehen erregten die Aktionen der Schwesternhelferinnen, die bei Beendigung ihrer Ausbildung einen Vertrag unterschreiben müssen, daß sie im Falle eines Krieges jederzeit einsatzbereit sind. Viele Frauen weigerten sich, diesen Teil des Vertrages zu unterschreiben oder widerriefen ihre vor Jahren gegebene Einwilligungserklärung. Sie wollten sich nicht dazu benutzen lassen, der Bevölkerung für den Fall eines Atomkrieges einen Schutz vorzugaukeln und so zur ideologischen Kriegsvorbereitung beizutragen. Bis heute ist die öffentliche Verweigerung von Kriegsdiensten eine wichtige Widerstandsform für jede einzelne Frau.

Die Bewegung der verweigernden Frauen und die Initiative „Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen NEIN" lieferten wichtige Stellungnahmen zu militärpolitischen Überlegungen, die – vordergründig gesehen – nichts zu tun haben mit den Planungen, Frauen in militärische Konzepte einzubeziehen. Die verstärkte Propagierung der Frau in Uniform und Militärschwesterntracht ordnet sich ein in die neue Strategie des Pentagon. Das Leitliniendokument der Reagan-Administration für den Atomkrieg sieht vor, daß dieser Krieg auch an mehreren Fronten geführt werden soll. Dazu wird eine Menge Personal gebraucht, und zur Deckung dieses Bedarfs sollen die bundesrepublikanischen Frauen verpflichtet werden.

Bei der internationalen Verbindung und Verflechtung der Friedensbewegungen und -aktionen in verschiedenen Ländern und Kontinenten spielen Frauen eine führende Rolle. Ein weltweites Echo fand die STAR-Kampagne, die im vergangenen Jahr von amerikanischen Frauen in New York eröffnet wurde. Auf Initiative der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF) und vieler nationaler Frauen- und Friedensorganisationen wurden Forderungen gegen das Wettrüsten und die atomare Bedrohung erhoben. Eine Million Unterschriften wurden von Frauen aus zahlreichen Ländern Westeuropas, aus den USA, Kanada, Australien und Neuseeland gegen die Stationierung neuer Atomwaffen in Europa gesammelt. Auf einer zweitägigen Konferenz, in Gesprächen mit den Botschaften und auf einer Demonstration in Brüssel verlangten die Frauen sofortige Beendigung des Wettrüstens, die weltweite Abrüstung in West und Ost, Abrüstung als Voraussetzung für

Entwicklungspolitik, keine Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles in Europa, der Abbau der seestationierten amerikanischen Systeme, der britischen und der französischen Mittelstreckenraketen sowie der sowjetischen SS 20. Frauen aus Italien, der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, den Niederlanden, Frankreich und den USA protestierten in Greenham Common/Großbritannien und in Comiso auf Sizilien gegen die Stationierung von neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen. Auch die Initiativen für internationale Friedensmärsche gingen meist von Frauen aus. Einer der ersten dieser Art war der auf Initiative der skandinavischen und der finnischen Bewegung „Frauen für den Frieden" durchgeführte Marsch von Kopenhagen nach Paris. Der „Friedensmarsch '81" propagierte vor allem die Umwandlung Europas in eine kernwaffenfreie Zone.

Auf Vorschlag der gleichen Kräfte verlief beim „Friedensmarsch '82" die Route von Stockholm aus durch Schweden, Finnland, die Sowjetunion, Ungarn, die Tschechoslowakei und Österreich. „Nein zu den Kernwaffen in der ganzen Welt!", „Für Abrüstung und Frieden!" waren die Losungen in den Städten und Dörfern dieser Länder. Gemeinsam mit sowjetischen Menschen führten die Teilnehmer des Marsches Kundgebungen in Städten der UdSSR durch. In Minsk wurde ein Appell an die UNO, an die Regierungen, Parlamente und Völker der Welt angenommen mit der Forderung, alles zu tun, damit die Kernwaffen vernichtet werden und das Leben auf der Erde bewahrt wird. Das forderten auch die Teilnehmerinnen aus West-Berlin, die durch die Bundesrepublik ebenfalls nach Wien gingen. Der „Friedensmarsch '82" wurde am Jahrestag des US-amerikanischen Atombombenabwurfs auf Hiroshima in Wien beendet.

III. Zur Diskussion über die Ursachen von Militarismus und Gewalt

Frauen engagieren sich heute aus den unterschiedlichsten Motiven in der Friedensbewegung. Während einige die Kriegsdrohung als Ausdruck „patriarchalischen Machtdenkens" bekämpfen, engagieren sich andere aus der Sorge um die Zukunft ihrer Kinder, aus der Angst vor einem Atomkrieg heraus; wieder andere wollen eine solche Frage nicht der Entscheidung von Militärs und Politikern überlassen und sich in die politische Auseinandersetzung einmischen. Vor allem gewerkschaftlich orientierte Gruppen stellen den Zusammenhang zwischen sozialem Abbau, Verschlechterung der Lage der Frauen und Hochrüstungspolitik in den Vordergrund.

Entsprechend differenziert bis hin zu scharfen Gegensätzen sind die theoretischen Analysen und gesellschaftspolitischen Perspektiven, die den Rahmen für die Beteiligung von Frauen und Frauengruppen an Aktivitäten gegen Militarisierung und Kriegsvorbereitung bilden. In der Frauenbewegung kursieren sehr unterschiedliche Auffassungen über die Ursachen von Krieg und Gewalt. In der Konsequenz daraus ist gleichfalls der Weg ihrer Bekämpfung und Überwindung strittig. Manche Frauengruppe vertritt die Auffassung, daß Krieg und Gewalt in der Aggressivität des männlichen Geschlechts begründet seien. Diese wird den Männern als natürliche Eigenschaft zugeordnet. In der Tradition der bürgerlichen Frauenbewegung, von Pazifistinnen wie *Lyda Gustava Heymann*, wird Friedfertigkeit als ursprüngliche

weibliche Eigenschaft beansprucht, also eine keineswegs neue Interpretation. Sie entspricht in etwa traditionell bürgerlichen Leitbildern vom Mann als dem nach außen „ins feindliche Leben" agierenden, aktiveren und aggressiveren Teil und der Frau als dem passiven, nach innen gekehrten Element. Folge dieser Auffassung ist heute, sich den von Männern bestimmten Zusammenhängen zu entziehen. Der Rückzug verlangt die Separierung und Loslösung des Kampfes der Frauen vom allgemeinen Friedenskampf – wenn überhaupt Aktionen Bestandteil der Verweigerungsstrategie sind.

Andere legen gleichfalls ein aggressiveres, sogenanntes „männliches Prinzip" und ein friedliches sogenanntes „weibliches Prinzip" zugrunde, jedoch nicht als natürliche, sondern historisch gewachsene Polarisierung der Geschlechter. Sie lehnen die Zuordnung bestimmter weiblicher Eigenschaften radikal ab, gleichgültig, aus welcher Richtung sie stammen. Engagement von Frauen in der allgemeinen Friedensbewegung wird der Verfestigung der „Friedfertigkeitsideologie" verdächtigt. Diese Frauen propagieren aggressiveres Verhalten für ihr Geschlecht, fordern Selbstverteidigung, kündigen jede besondere Friedfertigkeit auf. Sie bekämpfen militant diejenigen, die nach ihrer Meinung die Schuldigen sind, die Männer und „ihre Verbündeten", deren patriarchalische Gewalt in Kriegen kulminiere. Im Kampf gegen die „Männerregierungen" sei eine eigenständige, autonome Frauenfriedensbewegung unverzichtbar.

Einsatz für den Frieden ist für sie nicht denkbar, ohne gleichzeitig im „Kleinkrieg" zwischen den Geschlechtern anzutreten. „Der Kampf gegen den Atomtod muß für uns Frauen unlösbar verbunden sein mit dem Kampf gegen den Vergewaltiger."[7] Es kommt einer Verniedlichung der Kriegsgefahr gleich, wenn die Herausgeberin von „Emma" die Frage stellt: „Was nützt mir die friedlichste Vorstadt, auf die keine Bombe fällt, wenn in ihren Eheschlafzimmern Frauen vergewaltigt werden?"[8]

Ohne Zweifel sind es vorwiegend Männer, mit deren diskriminierenden Verhaltensweisen Frauen im Alltag konfrontiert sind. Sie, und nicht das mit der Krise aggressiver werdende Monopolkapital und die Großunternehmer, werden als Gegner der Frauen erlebt. Die Schwächeren und die Schwächsten unserer Gesellschaft, die Frauen und Kinder, sind die ersten Opfer der zunehmenden Brutalisierung. Die Verherrlichung von Gewalt und Rassismus in den Massenmedien, die Vermarktung der Sexualität, die Erniedrigung der Frauen zum Objekt aus Profitgründen bleiben nicht ohne Spuren im Denken der Frauen und der Männer. Aggression und Militarisierung, Gewalt und Brutalität erstrecken sich auf alle gesellschaftlichen Bereiche[9] und reichen hinein bis in das private und persönliche Leben; sie formen die Beziehungen zwischen Menschen konkurrenzbestimmt und „kriegerisch", machen das tägliche Leben zum „Alltagskrieg".[10]

7 Alice Schwarzer, Sollen Frauen mitgehen? Überlegungen zum Platz von Frauen in den Ostermärschen, in: Emma 1/1982, S. 6.

8 In: Cosmopolitan 3/1983, S. 33.

9 Vgl. Karl Liebknecht, Militarismus und Antimilitarismus, in: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. 1, Berlin 1958, v. a. S. 301 ff.

10 Vgl. Anna Dorothea Brockmann, Wider die Friedfertigkeit – Gedanken über den kriegerischen Alltag, in: Courage 3/1981, S. 21 ff.

Die sozialistisch orientierten Strömungen der Frauenfriedensbewegung ordnen diese Momente alltäglicher Gewalt in den Beziehungen zwischen den Geschlechtern ein in ihre Analyse von Militarismus und Krieg als gesetzmäßigen Erscheinungen der kapitalistischen Klassengesellschaft und Klassenherrschaft.[11] In den imperialistischen Ländern verschlingt die Rüstung immer größere ökonomische Mittel, die Gesamtsituation der arbeitenden Bevölkerung verschlechtert sich infolge der Umverteilung zugunsten der Rüstungsmonopole. Diese Politik gegen die Interessen der weiblichen und männlichen Bevölkerung durchzusetzen, verlangt zunehmend Gewalt und Militarisierung der gesamten Gesellschaft. Die ansteigende Aggressivität nach außen korrespondiert mit dem Drängen zu autoritären Herrschaftsformen im Inneren. Unter diesem Druck bildet sich das Klima alltäglicher Gewalt und Brutalisierung, der Diskriminierung und Frauenunterdrückung. Die Friedensbewegung, die auch gegen die Ursachen dieser Tendenz angeht, in Geschlechter aufzuspalten, wäre Gewinn nur für die, in deren Interesse Hochrüstung und psychologische Kriegsvorbereitung stattfinden. Ohne die Sicherheit, daß Europa nicht in die Steinzeit zurückgebombt wird, sind Diskussionen über die alltägliche Gewalt gegen Frauen müßig. Die Entfaltung wirklich menschlicher Beziehungen untereinander, die Entwicklung der von Unterdrückung freien Verhältnisse, von Freundschaft und Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann – all dies ist nur realisierbar, wenn die Menschheit weiterlebt.[12]

Diese Einsicht hat entscheidend dazu beigetragen, bis jetzt eine Spaltung der Friedensbewegung zu verhindern. Sich für den Frieden zu engagieren, gibt es viele Möglichkeiten und in der Entwicklung politischen Handelns viele Wege. Die totale Vernichtung menschlichen Lebens zu verhindern, darum geht es heute. Das heißt: die Stationierung neuer atomarer US-Erstschlagwaffen nicht zuzulassen und Europa als atomwaffenfreie Zone zu gestalten. Der Kampf um die Gleichberechtigung von Frau und Mann setzt den Kampf gegen die am Profit orientierte Ausbeuterordnung voraus. Die für den Frieden kämpfende Bewegung und die Frauen stehen auf der gleichen Seite. Die Emanzipation der Frau braucht Frieden, und die Friedensbewegung kann auf die aktive Beteiligung der Frauen nicht verzichten. Was *Clara Zetkin* 1915 formulierte, ist zugleich Aufforderung an die Adresse der Frauenbewegung von heute:

„Seien wir Frauen uns der Bedeutung unserer sozialen Leistungen und damit unserer realen Macht bewußt ... Nützen wir sie, indem wir im Krieg gegen den Krieg kühn voranstürmen und unsern Friedenswillen als bewußt zusammengeballten Massenwillen in gewaltigen Kundgebungen politisch wirksam machen. Das wäre unser erster und wichtigster Anspruch auf eine geschichtliche Rolle in dieser Zeit."[13]

11 Vgl. Arno Gottschalk/Manfred Eihsen, Rüstung und militärisch-industrieller Komplex im staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 4, 1981, S. 63ff; Jörg Huffschmid, Kapitalismus und Rüstung – die ökonomischen Aspekte bei Marx und die heutigen Probleme, in: „... einen großen Hebel der Geschichte", Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF, Sonderband I, 1982, S. 130ff.

12 Vgl. Lottemi Doormann, Emanzipation wider die Friedfertigkeit? Oder: Sollen Frauen Atomraketen und Kriegsbedrohung den Männern überlassen? in: Deutsche Volkszeitung 40/1981, S. 16.

13 Clara Zetkin, Für den Frieden, in: Die Internationale I/1915, S. 29ff.

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 6/1983

Vom Politischwerden der herrschenden Soziologie in der Bundesrepublik*

H. J. Krysmanski

1. Als Problemlösungswissenschaft noch aktuell? – 2. Systemauseinandersetzung – 3. Krise – 3.1 Die „sozialreformistische" Krisenlösungsstrategie – 3.2 Die „konservative" Krisenlösungsstrategie – 3.3 Die „alternative" Krisenlösungsstrategie – 4. Krisenüberwindung als Systemveränderung?

1. Als Problemlösungswissenschaft noch aktuell?

Die Soziologie wurde zur Wissenschaft, weil bestimmte mit der Herausbildung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft entstandene Probleme der sozialen Integration, der Herrschaftsausübung usw. nicht mehr mit den herkömmlichen Mitteln der Gewaltanwendung und Überredung gelöst werden konnten. Doch bis heute steht sie wie andere sozialwissenschaftliche Disziplinen[1] in Konkurrenz zu jenen traditionellen Praktiken und Institutionen „harter" und „weicher" Integration und Herrschaft – zu denen beispielsweise auch die Polizei gehört. Der radikale amerikanische Soziologe *Martin Nicolaus* hat für das „Konkurrenzverhältnis" von Soziologie und Polizei 1969, als in den USA der sogenannte „Feldzug gegen die Armut" des Präsidenten *Johnson*, welcher den angewandten Sozialwissenschaften eine Blüte beschert hatte, gescheitert war, eine schöne Formel gefunden: „... Polizei und Soziologie sind funktionale Alternativen. Soziologische Forschung gedeiht in einem Klima geringer und weit gestreuter sozialer Unruhe. Wenn allerdings, wie in Zeiten der Rezession und Depression, aus passiver aktive Unruhe wird, wenn Widerstand sich in offenen Aktionen, in Streiks, Aufruhr, Revolten und Revolutionen regt, dann werden die ‚geistigen Waffen', welche die soziologische Forschung den Autoritäten liefert, zunehmend funktionslos ... Wie Anzeichen in den USA der letzten vier oder fünf Jahre zeigen, ist die positive Korrelation zwischen dem funktional entgegengesetzten Prosperieren der Soziologie und der untersuchten Bevölkerung erklärbar durch den Hinweis auf die inverse Korrelation zwischen dem funktional alternativen Prosperieren der Professionen der Soziologie und der Polizei ... Indem der funktio-

* Die folgenden Überlegungen wären ohne die Diskussionen in meinem Oberseminar und insbesondere mit Thomas Mies nicht zustande gekommen – auch wenn ich für Inhalt und Form allein verantwortlich bin.

1 Zu den weiteren angewandten Sozialwissenschaften, die heute z. B. in den USA unter dem Druck einer reaktionären Wissenschaftspolitik zusammenrücken müssen, gehören Psychologie, Ökonomie, Demographie und Politologie. Vgl. H. J. Krysmanski, Der Einfluß des Militär-Industrie-Komplexes auf die amerikanische Wissenschafts- und Technologiepolitik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 7/82, S. 841–860.

nale Wechsel von der soziologischen zur Polizei-Profession sich vollzieht, erfährt der Grad der Ängstlichkeit in den Konzilen der ersteren eine merkliche Steigerung. Wenn der Tümpel der Geldmittel verdunstet, hüpfen die Frösche; keiner möchte am Rande sein, und der Run auf die Lilienblätter in der Mitte ist enorm."[2]

Trotz einer auf Depression tendierenden Wirtschaftskrise kann man allerdings nicht davon ausgehen, daß der Ausbau der Repressionsapparate nach innen und außen die „weicheren" Formen des Krisenmanagements funktional voll ersetzen könnte – zumal etwa die Verwissenschaftlichung von Polizeifunktionen Zubrot einer nicht geringen Zahl von Soziologen ist. Es wird in unserer hochkomplexen Gesellschaft also Raum für „soziologische Problemlösungsaktivitäten" bleiben, auch wenn dies unter bestimmten Bedingungen nicht gleichbedeutend mit dem Erhalt oder auch nur mit dem Zusammenhalt der Soziologie als einer sozialwissenschaftlichen Fachdisziplin sein muß.

Nach Hoffnungen aus den Anfängen der sozial-liberalen Koalition, die Soziologie könne zu einer etablierten Politikberatungswissenschaft in Sachen „Lebensqualität" (Sozialindikatorenbewegung), Strukturpolitik („Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel") und nicht zuletzt in Sachen Abfederung der sozialen Folgen von Rationalisierung und Automatisierung (Aktionsprogramm „Humanisierung des Arbeitslebens") werden, wird längst die Parole von der unvermeidlichen „Parzellierung" und „Spezialisierung" ausgegeben[3] – die Rückzug und Verstoßung aus dem zentralen Planungsgeschehen signalisiert. Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie, die vor zehn Jahren noch ihre innere Organisationsstruktur zu einer Clearing-Stelle für die Verteilung der Forschungsmittel ausbauen und beispielsweise sogar die fachinterne Theoriendiskussion auf diese Funktion hin zurichten wollte,[4] besteht inzwischen nur noch aus einer Ansammlung von treibenden Lilienblättern, auf denen, um den jeweiligen Hauptfrosch herum, in rascher Folge „mal solche und mal solche" Soziologentage veranstaltet werden.

Gleichzeitig aggregieren die gesellschaftlichen Probleme in der Bundesrepublik atemberaubend schnell, und einiges sprach zunächst dafür, daß gerade der letzte Soziologentag im Herbst 1982 in Bamberg – unter dem Thema „Krise der Arbeitsgesellschaft?" – fach- und gesellschaftspolitisch ebenso bedeutsam werden würde wie jener legendäre von 1968, der die Frage nach dem Gegenstand der Soziologie unter den Titel „Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft?" stellte. Trotz einiger wichtiger inhaltlicher und „klimatischer" Ansätze überwog dann aber doch der Eindruck der Rat- und Hilflosigkeit gegenüber dem problematischen Gesamtprozeß, gepaart mit der opportunistischen Bereitschaft, alle etwaigen Anfragen der Autoritäten zu bearbeiten. Dieser Verzicht auf Handlungsfähigkeit der Disziplin als ganzer, auf eine fachpolitische Gesamtorientierung bedeutet weder, daß die Soziologie sich aus

2 Martin Nicolaus, The Professional Organization of Sociology: A View from Below, in: Nicholas M. Regush (ed.), Visibles and Invisibles. A Primer for a New Sociological Immagination, Boston 1973, S. 132f.

3 So Burkhart Lutz in seinem Vortrag „Gesellschaftliche Strukturkrisen als Herausforderung der Soziologie" auf dem Bamberger Soziologentag.

4 Vgl. Karl Otto Hondrich, Entwicklungslinien und Möglichkeiten des Theorienvergleichs, in: M. Rainer Lepsius (Hrg.), Zwischenbilanz der Soziologie. Verhandlungen des 17. Deutschen Soziologentags, Stuttgart 1976, S. 14–36.

den gesellschaftlichen Problemlösungsaktivitäten ausschalten will noch daß sie ausgeschaltet werden kann. Die organisatorische, fachpolitische Zersplitterung des Fachs (mit der Gefahr einer „Soziologie ohne Soziologen") ist aber durchaus ein Indiz für den derzeitigen Zustand derjenigen gesellschaftlichen und politischen Kräfte, mit denen die Soziologie „groß" geworden ist: der reformkapitalistischen Kräfte um Sozialdemokratie und Gewerkschaften.

Die Frage nach dem Problemlösungspotential der Soziologie muß deshalb die Frage nach den Perspektiven dieser politischen Kräfte vorrangig miteinschließen, und zwar im Sinne einer umfassenden Struktur- und Problemanalyse der bundesrepublikanischen Gesellschaft und im Sinne einer Bestandsaufnahme der „gesellschaftspolitischen Milieus", in denen die Soziologie überzeugende Leistungen erbracht hat. Ganz allgemein gesprochen hängt die praktische Leistungsfähigkeit der Soziologie vom Niveau der Verwissenschaftlichung gesellschaftlicher Praxis ab, vom durchgesetzten Ausmaß gesellschaftlicher Planung und vom Erfolg einer um die sozialstaatliche Entwicklungsvariante des Kapitalismus herum entfalteten zwischen- und innergesellschaftlichen ‚Entspannungspolitik'. Konkret verlangt diese Abhängigkeit ein Politischwerden der Soziologie, ob sie sich, von welcher Parzelle her auch immer, um die politische Durchsetzung der staatlichen Finanzierung sozialwissenschaftlicher Forschung oder gar – so weit ist es schon – friedenspolitisch um die Erhaltung ihres Gegenstandes bemühen muß.

Die folgenden, notwendigerweise skizzenhaften Bemerkungen beziehen sich unter diesen Prämissen auf zentrale Probleme und Problemlösungsstrategien, in denen die gesellschaftlichen Praxisfelder Moment der Soziologieentwicklung in einem doppelten Sinn geworden sind: they can make her or break her.[5]

2. Systemauseinandersetzung

Der Begriff der Systemauseinandersetzung oder Systemkonkurrenz bezieht sich selbstverständlich auf sehr komplexe Prozesse und Problemlagen. Für die Soziologie schwingen in diesem Zusammenhang sowohl ihre Genese als antisozialistische Gesellschaftswissenschaft als auch ihre vielfältigen Inanspruchnahmen für den nationalen und internationalen Klassenkampf mit. Konzentriert man sich auf die gegenwärtige Situation, so erzeugt die reale Systemkonkurrenz für die Soziologie vor allem Probleme und Chancen im Bereich der staatsmonopolistischen Regulierung.

Auch wenn die Wirtschaftspolitik heute auf die Förderung der privaten Akkumulation und auf das spontane Wirken der monopolkapitalistischen Konkurrenz zu setzen scheint, macht die Krise des Systems verstärkte Regulierungsanstrengungen bezüglich der wachsenden Disproportionen der regionalen und sektoralen Wirtschaftsstruktur, der Internationalisierung der Monopoltätigkeit und der neuen sozialen Problematik, die mit dem Ende des Ausbaus der sozialen Netze ansteht, erforderlich. Diese Notwendigkeit wird verstärkt (und letztlich erzeugt) durch die Systemkonkurrenz. Noch immer ist ein Bewußtsein für diesen weltsystemaren Kontext, für den *Tjaden* den Begriff des „transsystemaren Vergesellschaftungspro-

5 Sie können aus ihr etwas machen oder sie zerbrechen.

zesses" geprägt hat[6], innerhalb der Soziologie relativ schwach entwickelt.[7] Andererseits war die neue Ostpolitik als eine spezifische Strategievariante in der Systemauseinandersetzung Anlaß für die Einbeziehung der Soziologie in staatliche Planungsaktivitäten, federführend etwa bei der Erarbeitung von „Systemvergleichsmaterialien" für die Berichte zur Lage der Nation[8] und bei den Arbeiten der „Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel". Die Soziologie wurde hier gewissermaßen von einem intersystemaren Vergesellschaftungsschub mitgerissen.

Ein anderes Moment objektiver Planungsnotwendigkeit im Interesse der Erhaltung der Systemidentität gegenüber dem Sozialismus entsteht für die Soziologie und andere Sozialwissenschaften mit der Aufgabe, eine umfassende ökonomische und politische Theoriegrundlage für die kontinuierliche Abstimmung privatmonopolistischer und „öffentlicher" Belange zu entwickeln – oder, philosophisch-ideologisch gesprochen, den bürgerlichen Individualismus in eine Zeit irreversibler staatlicher Lenkungs- (und Haushalts-) Funktionen hinüberzuretten. An diesbezüglichen Lösungsversuchen sind heute führend neokonservative Soziologen, besonders in den USA, beteiligt. In ihren Grundpositionen bleiben sie zwar immer noch einem „Antikommunismus, der sich auf das Konzept des Totalitarismus berufen konnte" und einem „Antipopulismus, der mit der Theorie der demokratischen Elitenherrschaft begründet wurde"[9] verhaftet, doch ist ihnen klar, daß dies nicht ausreicht. *Habermas* hebt allerdings, durchaus bezogen auf das Regulierungsproblem, allein den neokonservativen Kulturkampf um die Schicht der Experten und Intellektuellen hervor. In ihm verbindet sich der Angriff auf eine vermeintliche Herrschaft linker Intellektueller vor allem in den beeinflussungsrelevanten Bereichen (Medien) mit dem Zusammenzimmern eines „neuen" Selbstverständnisses der Intellektuellen, Wissenschaftler usw. in den entscheidungsrelevanten Bereichen (Staatsapparat).[10] Der Kampf um das Personal für die Ausübung der Regulierungsmacht ist, was diese ideologische Seite angeht (die in der Bundesrepublik „Anti-Soziologen" wie *Helmut Schelsky* und *Friedrich H. Tenbruck* pflegen) allerdings nur ein Aspekt des Regulierungsproblems.

Die immer im Zusammenhang der Systemkonkurrenz zu sehende Vorliebe für den Abbau bestimmter Zuständigkeiten der staatlichen Entscheidungszentren und für marktwirtschaftliche Lösungen, die zunächst auch Anti-Intellektualismus, ja Wissenschaftsfeindschaft erzeugt (und benutzt), kommt ja letztlich nicht um das Konsensproblem herum. Systemidentität verlangt die Herstellung eines Konsensus zwischen der herrschenden Klasse und den Massen, vermittelt über die Schicht der

6 K. H. Tjaden, Naturevolution, Gesellschaftsformation, Weltgeschichte, in: Das Argument 101, 19. Jg., Jan./Feb. 1977, S. 55.

7 Davon zeugt beispielsweise auch das Ende des Starnberger „Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt", dessen einschlägige Forschungen sowohl im Fach als auch beim zuständigen Direktor nur geringe Resonanz fanden.

8 Vor allem aus den Jahren 1971 und 1972.

9 Jürgen Habermas, Klangfetzen fügen sich zu einer einzigen Melodie. Die Kulturkritik der Neokonservativen in den USA und in der Bundesrepublik / Über eine Bewegung von Intellektuellen in zwei politischen Kulturen, in: Frankfurter Rundschau, 3. Dezember 1982, S. 10.

10 Vgl. z. B. Daniel Bell, The Winding Passage. Essays and Sociological Journeys 1960–1980, New York 1980.

wissenschaftlich-technischen Experten (weitgehend im öffentlichen Dienst), denen einerseits die Reflexion auf ihre gesellschaftliche Stellung versagt wird („Ideologiefreiheit"), denen aber andererseits, weil anders Konsensus nicht herstellbar ist, eine explizite Formulierung theoretisch und sozial verbindlicher normativer Prinzipien abverlangt wird, die eine Artikulation öffentlicher Interessen ermöglichen und das Wechselverhältnis von Ökonomie und Politik regulieren sollen. *Daniel Bell* spricht in diesem Zusammenhang vom Desiderat einer „Philosophie des öffentlichen Haushalts", mit deren Hilfe die Experten in die Lage versetzt werden sollen, den nach seiner Auffassung unüberbrückbaren Gegensatz zwischen dem wachsenden Bedürfnis nach Demokratisierung von Entscheidungsprozessen und dem Respekt gegenüber ihrer sachlichen Kompetenz auszuhalten.[11]

Dieses zentrale Problem staatsmonopolistischer Regulierung im Kontext der Systemauseinandersetzung wird für das politische „Schicksal" der Soziologie in zwei Richtungen interessant. Einmal ist sie, wie gesagt, an die Entwicklung staatsmonopolistischer Reformpolitik in Gestalt des Ausbaus bzw. der Erhaltung sozialstaatlicher Strukturen gebunden; zum anderen aber wird sie heute über das „expertokratische Modell" tendenziell auch in einen ganz anderen Versuch der Lösung der Finanzkrise des kapitalistischen Staates hineingezogen. Im transsystemaren Vergesellschaftungsprozeß ist schließlich nicht nur die Möglichkeit friedlicher Koexistenz unterschiedlicher Gesellschaftssysteme, also auch die Fortsetzung von Sozialstaatspolitik, sondern auch die von den Militär-Industrie-Komplexen ausgehende Wahnsinnsmöglichkeit einer Beendigung des Systemkonkurrenzverhältnisses „ein für allemal" – nämlich durch den „war to end all wars" – angelegt. Es darf nicht unterschätzt werden, in welchem Ausmaß, trotz der Zerstörung wichtiger überkommener Infrastrukturen der Sozialforschung[12], heute in den Vereinigten Staaten (und so etwas wirkt „anregend") Sozialwissenschaftler und eben auch Soziologen in den Expertenunterbau der militaristischen Strategie einbezogen werden. Was selbst führenden Vertretern der Frankfurter Schule während des Zweiten Weltkriegs im Kampf gegen den Hitler-Faschismus in Diensten des amerikanischen Geheimdienstes[13] und später zahllosen Sozialwissenschaftlern im Kampf gegen den Kommunismus recht war, das dürfte finanziell ausgehungerten Sozialforschern – angesichts der gewaltig gesteigerten Informations- und Analysebedürfnisse des Militär-Industrie-Komplexes – immer billiger werden.

Systemauseinandersetzung bildete auch die Hintergrundstrahlung der letzten Soziologentage. Das Thema des Berliner Soziologentages 1979 allein, „Sozialer Wandel in Westeuropa", konnte schon als demonstrative Negierung der den Tagungsort territorial umschließenden realen sozialistischen Entwicklungsalternative aufgefaßt werden. Auf dem Bremer Soziologentag des folgenden Jahres wurden konservative, auch militant antikommunistische Positionen für ein Überlebenspro-

11 Vgl. dazu allgemein: Daniel Bell, Die Zukunft der westlichen Welt. Kultur und Technologie im Widerstreit, Frankfurt 1979.

12 Vgl. z. B. Science, Vol. 211, S. 1397ff.

13 Vgl. Alfons Söllner, Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland. Analysen politischer Emigranten im amerikanischen Geheimdienst, Frankfurt 1982.

gramm der Soziologie reklamiert.[14] Der Bamberger Soziologentag schließlich widmete sich zumindest von seinem Konzept her jener – gerade unter dem Aspekt des Systemvergleichs – wichtigsten staatsmonopolistischen Strategie zur Integration der Lohnabhängigen, nämlich der Aufwertung der Privatsphäre außerhalb der Arbeitswelt.[15]

Noch ein weiterer Punkt gehört in dieses Problemfeld: Wenn *Alain Touraine* in Bamberg davon sprach, daß das Aufkommen der neuen sozialen Bewegungen der Soziologie einen Paradigma-Wechsel aufzwinge, so meinte er die Ablösung der Klassenanalyse durch eine Klassen- und Systemgrenzen übergreifende Konfliktanalyse samt damit einhergehender „Bewegungsberatung" (Interventionsmethode).[16] In Wirklichkeit aber ist die Sache genau umgekehrt, gerade wenn man von der Friedensbewegung ausgeht. Die Friedensbewegung ist nicht zu begreifen und auch nicht durch Forschung zu unterstützen, wenn nicht ihre Bedeutung für die internationalen und nationalen Klassenauseinandersetzungen herausgearbeitet wird. Das gilt sowohl für die Tatsache, daß sich mit der Abrüstungsforderung viele andere Schichten und Gruppen der Bevölkerung der wichtigsten „weltpolitischen" Forderung der organisierten Arbeiterklasse annähern als auch dafür, daß jede ernsthafte sozialwissenschaftliche Kriegsursachenforschung auf die sozioökonomische Grundstruktur des Klassengegensatzes stoßen wird.

3. Krise

Für die Selbstverständigung der „offiziellen" Soziologie hat sich, wenngleich nicht unwidersprochen, der Begriff der Krise eingebürgert, als Formel sowohl für das Einwirken von allgemeinen geistigen und Wirtschaftskrisen auf das Fach als auch für fachspezifische „Entwicklungshemmungen" *(Lepsius)*.[17] Wie andere Sozialwissen-

14 Joachim Matthes, Soziologie: Schlüsselwissenschaft des 20. Jahrhunderts?, in: ders. (Hrg.), Lebenswelt und soziale Probleme. Verhandlungen des 20. Deutschen Soziologentages zu Bremen 1980, Frankfurt/New York 1981.

15 Vgl. vor allem die Diskussionen aus dem Themenbereich II: Wertwandel, Politische Kultur und Arbeit.

16 „Rufen wir uns noch einmal ins Gedächtnis, daß eine soziale Bewegung die soziale Situation schafft und nicht auf sie antwortet, wie es kollektives Verhalten tut. Die Forschungstechnik muß erlauben, das Verhältnis der Akteure zur Praxis umzustürzen; unter dem Verhalten, das auf eine Situation antwortet, jenes Verhalten zu entdecken, das diese in Frage stellt ... Genau das zu tun, hat sich die Methode soziologischer Intervention zum Ziel gesetzt." Alain Touraine, Soziale Bewegungen: Spezialgebiet oder zentrales Problem soziologischer Analyse?, Vortrag auf dem Bamberger Soziologentag, zitiert nach dem Manuskript.

17 Zur allgemeinen Krisendebatte in der Soziologie vgl. Thomas Luckmann, Philosophie, Sozialwissenschaft und Alltagsleben, in: Soziale Welt 24 (1973), S. 137–168; S. N. Eisenstadt, Einige Überlegungen zur „Krise" in der Soziologie, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 26 (1974), S. 473–491; Alvin W. Gouldner, Die westliche Soziologie in der Krise, Reinbek 1974 (2 Bde.); H. J. Krysmanski/P. Marwedel (Hrg.), Die Krise in der Soziologie, Köln 1975; neuerdings: Ulrich Beck, Folgeprobleme der Modernisierung und die Stellung der Soziologie in der Praxis, in: ders. (Hrg.), Soziologie und Praxis Sonderband 1 der „Sozialen Welt", S. 1–23; Günter Endruweit, Soziologie und Krise. Vorbemerkungen der neuen „Soziologie"-Redaktion, in: Soziologie, Heft 1/1982, S. 11–15; eine umfassende Auswertung der Diskussion um den Praxisbezug der Soziologie in den siebziger

schaften auch erfährt die Soziologie nach einem starken Ausbau von Lehrfunktionen im Tertiären Bildungssystem und nach einer erfolgreichen Diffusion sozialwissenschaftlicher Orientierungen in der Zeitkultur und schließlich auch nach dem Einbau in die staatliche Forschungspolitik in den siebziger Jahren jetzt nicht nur Stagnation, sondern fast schon den Absturz. Diese krisenhafte Entwicklungshemmung wird innerhalb des Fachs in erster Linie als eine „legitimatorische Krise" wahrgenommen, das heißt als Unfähigkeit sich zu verkaufen, und sehr viel seltener als „kognitive Krise", also als Unfähigkeit, die eigene Gegenstandsentwicklung in ihrem gesellschaftlichen Vermittlungszusammenhang zu analysieren.

So ist gerade auch die *Politisierung* der Soziologie in dem Sinne, daß sie zu einem Moment der gesellschaftlichen Planungspraxis wurde, kaum wahrgenommen worden. Der mit diesem Politisierungsprozeß verbundene hohe staatliche Finanzierungsaufwand, die Erweiterung der Einsatzbereiche und auch methodologische Fortschritte in der Anwendungsproblematik (Sozialindikatoren)[18] wurden sozusagen stillschweigend „mitgenommen", nicht bewußt gemacht, nicht zum Anlaß einer forschungsprogrammatischen Grundlagendiskussion des Faches insgesamt. Die Abhängigkeit von der Entwicklung bestimmter sozialstaatlicher Sektoren und ihrer Finanzkraft und die Notwendigkeit, ein dem technischen Entwicklungsstand moderner angewandter Forschung angemessenes wissenschaftliches „Produktivkraftsystem" samt entsprechender Infrastruktur zu erhalten, führte vielmehr zu einer pragmatischen, stückwerkelnden Ausbreitung von Individualstrategien einzelner Forschergruppen und Spezialistenteams und zur thematischen und politischen Parzellierung nutzungsorientierter Forschung.[19] Einzig und allein in einer heute sichtbar werdenden dezidierten Hinwendung zum Praxiszusammenhang der *Sozialpolitik* nimmt die faktische Politisierung der Soziologie bewußtere Formen an.[20]

Nun kann man zwar davon ausgehen, daß es zumindest in Westeuropa auf absehbare Zeit keine Alternative zu einer staatsmonopolistischen Reform- und Integrationspolitik in Gestalt einer bürgerlichen Demokratie mit mehreren Massenparteien und relativ autonomen Gewerkschaften geben kann. Doch bedeutet dies noch nicht die Festlegung auf eine bestimmte Ausprägung des Sozialstaats bzw. der Sozialpolitik, zumal hier massive Rücknahmen anstehen und – ausgehend von den USA – eine aggressive Militarisierung der Regulierungsapparate zu verzeichnen ist. Insofern stehen der Soziologe in der allgemeinen Wirtschaftskrise auch dann, wenn sie sich bewußt zu politisieren beginnt, auf den ersten Blick Einbettungsmöglichkeiten in verschiedene politische Krisenlösungsstrategien zur Verfügung. Diese Strategien stehen historisch selbstverständlich in einem Konkurrenzverhältnis und besit-

Jahren in der Bundesrepublik findet sich bei Vera Heitbrede, Soziologie und Sozialpolitik in den siebziger Jahren. Anwendungsbezogene Grundlagenforschung als Praxisbezug eines akademischen Fachs im Kontext sozialer Erwartungen, Magisterarbeit Münster 1983, der ich etliche Anregungen verdanke.

18 Vgl. als guten Überblick Reimund Emde, Sozialindikatoren und Systemvergleich, Campus Forschung Bd. 94.

19 Vgl. Ulrich Beck, Die Vertreibung aus dem Elfenbeinturm, in: Soziale Welt 31 (1980), S. 415–441.

20 Vgl. Soziologie und Sozialpolitik. Sonderheft 19/1977 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, hrg. von Chr. v. Ferber und F.-X. Kaufmann, Opladen 1977.

zen folglich unterschiedliche Zukunftschancen; sie sollen hier im folgenden – „gewichtet" – in ihrem Verhältnis zur Soziologieentwicklung zumindest erwähnt werden.

3.1 Die „sozialreformistische" Krisenlösungsstrategie

Diese Strategie richtet sich zwar nicht auf die ökonomischen Grundlagen der Krise, also auf die Reproduktionsschwierigkeiten des Kapitalismus, und sie vernachlässigt auch die Gefahren der Militarisierung; mit ihren Konzepten der Stärkung des Staatssektors, der bewußten Steuerung der gesellschaftspolitischen Entwicklung, der Zurückdrängung der Regulierungsfunktionen des Marktes usw. bewegt sie sich aber auf dem Boden nicht nur der kapitalistischen, sondern auch der transsystemaren Vergesellschaftung. Das heißt, diese Strategie enthält zumindest den Versuch, gesamtgesellschaftlich anzusetzen, gesellschaftliche Zusammenhänge bewußt zu steuern, und sie ist damit auch für Entwicklungsmöglichkeiten über die Systemgrenzen hinaus offen. Eine solche Offenheit aber gehört auch zur Minimalausstattung soziologischer Theorie und Forschung, so daß eine „sozialreformistische" Krisenlösungsstrategie in diesem Sinne zunächst einmal auch als ihr „normales" intellektuelles Milieu gelten kann.

Hier sei noch einmal an den Bamberger Soziologentag erinnert. Die Programmatik des Themas „Krise der Arbeitsgesellschaft?" war sicherlich vom sozialdemokratischen Konzept einer neuen Arbeitszeitpolitik bestimmt, vom Konzept einer „Umverteilung der Arbeit", um „die drohende Konfrontation zwischen Arbeitsbesitzern und Arbeitslosen" zu verhindern, Produktivitätsfortschritte beschäftigungspolitisch auszugleichen und nach Möglichkeit die Arbeit zu humanisieren.[21] Zugleich entsprach das Programm den Forderungen der Sozialdemokratie nach „neuen Mustern für Staatsinterventionen in einer modernen Volkswirtschaft", nach einer „Theorie der Sozialpolitik, die auf die heutigen Probleme bezogen ist".[22]

Einerseits wurde denn auch in den Verhandlungen dieses Soziologentages die für das Kapital noch – bei entsprechender Lohnsenkung – akzeptable Integrationsstrategie der Umverteilung des Arbeitsvolumens bei gleichzeitiger Aufwertung des privaten Alltags außerhalb der Arbeitswelt („Wertewandel") sichtbar. Andererseits aber wurde auch Systemveränderung thematisierbar und konkretisierbar: das Hinüberwachsen in einen Zustand, in dem Arbeit und Freizeit nicht mehr ohne weiteres getrennt, warenmäßig entfremdet zueinander stehen. „Unsoziologisch" war, daß diese Fragen gemäß den Prämissen traditioneller sozialdemokratischer Sozialstaatspolitik unter Ausklammerung des Rüstungsetats und insbesondere der Möglichkeit der Intervention in der Produktionssphäre, der Möglichkeit einer „Produktionspolitik" diskutiert wurden. Doch kann in einer – zumal aus der Opposition heraus geführten – Grundlagendiskussion auf Dauer nicht vergessen werden, daß die Kernbereiche soziologischer Forschung sich eben nicht nur auf Sozialpolitik, sondern auch auf „Industrie- und Betriebspolitik" umlegen lassen und daß dabei aus

21 Willy Brandt in „Die Zeit" vom 9. Juli 1982, S. 23 f.
22 Peter Glotz im „Vorwärts" vom 12. August 1982, S. 6.

dem Doppeltrend von kapitalistischer Rationalisierung und Massenarbeitslosigkeit auch die politischen Perspektiven einer durch Produktivitätsfortschritte erreichten realen Freisetzung von Arbeitsvermögen herausgearbeitet werden können.

Sozialreformistische Krisenlösungsstrategie bedeutet auch immer noch Berücksichtigung gesellschaftlicher Interessengegensätze. Sie beschränkt damit tendenziell den Größenwahn, der in einem Expertentum steckt, das gesellschaftliche Praxis nur als Widerpart und nicht als Moment der eigenen Tätigkeit reflektiert und deshalb „interessenneutral", „sachgesetzlich" in die Wirklichkeit eingreifen zu können glaubt. Dort, wo dem Großkapital die Zurückdrängung der sozialdemokratischen Strategie opportun erschien und gelungen ist, kann eine aus der Opposition heraus geführte – und deshalb rücksichtslosere – Grundlagendiskussion auch die bisherigen Diskussionen um eine professionelle Krise der Soziologie, um die Folgen ihrer „Vertreibung aus dem Elfenbeinturm" und um die Modalitäten der Anwendung soziologischen Wissens beeinflussen.

Es ist schon klar geworden, daß es nicht ausreicht, die Adressaten allein im administrativen Milieu zu suchen. Soziologische Kritiker der Profession verlangen, daß man sich als Experte zumindest in die Rolle eines Anwalts begeben sollte, der sich, unter Umgehung der Werturteilsfrage, „mit einem gewissen Dezisionismus, also ohne Anspruch auf den Besitz von Wahrheit oder die Anwendung objektiver Kriterien im jeweiligen Fall, für die Verbreitung bestimmter Fakten und Überlegungen einsetzt".[23] Ja, es wird als professionelle Strategie die „Achtung vor der Selbstbestimmung, Selbstverwaltung und Selbstverwirklichung soziologischer Erkenntnissobjekte" und ein „Bezug soziologischer Erkenntnis und soziologischer Praxis auf die Lebenswirklichkeit der Betroffenen" verlangt.[24] Doch reichen solche Annäherungen angesichts der sicherlich ebenfalls in der sozialdemokratischen Strategie enthaltenen Erfahrung nicht aus, daß Interessen sich gesellschaftlich erst in organisierter Form durchsetzen lassen. Die „Betroffenen" haben ja als arbeitende Bevölkerung eine Geschichte der bewußten Gestaltung ihres eigenen Lebens hinter sich, in welche sich auch die soziologische Intelligenz ohne Gesichtsverlust einklinken könnte.

Es geht also um die produktive Verbindung zu den Organisationen der Arbeiterbewegung, insbesondere zu den Gewerkschaften – und das heißt auf der Ebene der im Fachzusammenhang zu vereinbarenden thematischen Orientierungen derzeit vor allem: Der durch die staatliche Forschungspolitik aufgezwungene Übergang von einer „produktionspolitischen" (Humanisierung des Arbeitslebens) zu einer „sozialpolitischen" Orientierung kann nicht bewußtlos nachvollzogen werden. „Sozialpolitik" nämlich, die erklärtermaßen allein der Erhaltung und dem Ausbau der „internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft" dienen soll, führt ohne Rückvermittlung auf Fragen des Wie und Was der Produktion, auf Fragen der Arbeitsbedingungen und der Rangfolge der Interessen und Bedürfnisse aus der Sicht

23 H. und M. Hartmann, Vom Elend der Experten: Zwischen Akademisierung und Deprofessionalisierung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 24 (1982). S. 223.

24 Friedrich Fürstenberg, Soziologie als „strategische" Wissenschaft?, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, VI (1981), S. 37.

der arbeitenden Bevölkerung in die Bedingungen der Möglichkeit dessen hinein, was *Franz Neumann* „totalitäre Monopolherrschaft" genannt hat.[25]

Auf die antagonistischen Interessengegensätze in der Produktionssphäre müssen letztlich (wobei sich in den Vermittlungsschritten das Forschungsfeld der Soziologie in einer historisch einmaligen Attraktivität auftut) auch jene Positionen zurückgeführt werden, mit denen heute ein größerer Teil der Intelligenz, insbesondere aus dem öffentlichen Dienstleistungsbereich, aus ihrer objektiven Übergangsfunktion heraus[26] sympathisiert: Einheit von Selbstverwirklichung und kollektiver Solidarität (gegenüber dem bürgerlichen Konkurrenzprinzip), Harmonisierung des Verhältnisses zwischen den Naturgrundlagen menschlicher Vergesellschaftung und dem Produktionsprozeß, Rebellion gegen die Trennung zwischen einer instrumentalisierten und sinnentleerten Arbeitszeit und einer vom privaten Konsum dominierten Freizeit, die Forderung nach einem Frieden ohne Waffen und die Verfechtung des Grundsatzes der direkten Demokratie.

Schließlich gehört in den Kontext einer sozialreformistischen Krisenlösungsstrategie auch die Art und Weise, wie sich das Fach Soziologie seine Theorieentwicklung zu organisieren versucht hat. Nach der sicherlich durch die gesellschaftstheoretische Brisanz des Soziologentags von 1968 bewirkten langen Tagungspause stand Kassel 1974 im Zeichen eines *Theorievergleichs*. Verschiedene Ansätze – Systemtheorie, Verhaltenstheorie, Kritische Theorie, Interaktionstheorie und historisch-materialistische Theorie – sollten sich in der Auseinandersetzung mit dem Konzept der Evolution bewähren. Das war ein hochabstraktes Konzept, dem man praktischen Bezug nur in der Eskamotierung des Gedankens an Revolution zugestehen konnte. Auf der anderen Seite sollte mit dem Theorievergleich offensichtlich – auf dem Höhepunkt der Inanspruchnahme der Soziologie für sozialliberale Politikberatung – ein eminent praktisches Bedürfnis befriedigt werden: Ein Markt der Theorien sollte hergestellt werden, auf welchem die soziologischen Praktiker Entscheidungshilfen darüber bekommen konnten, „in welcher Theorie-Sprache sie ihr Problem formulieren und dessen Lösung suchen wollen".[27] Die seitherige Geschichte dieser Theorienkonkurrenz in praktischer Absicht ist mehr als enttäuschend.[28] Ratlosigkeit als theoretische Schlüsselattitüde ist in den offiziellen Habitus des Fachs eingegangen: Das heißt, die Praxis ist in die Theorieentwicklung eingedrungen, ohne daß ihr nennenswerter Widerstand in Gestalt eines ernstzunehmenden Begriffs von gesellschaftlicher Praxis entgegengebracht wurde. Einen solchen Begriff vertreten ja allenfalls, und in dieser Eigenschaft werden sie dann auch hofiert, „Anti-Soziologen" wie *Helmut Schelsky* und *Friedrich H. Tenbruck*, die wenigstens darauf verweisen

25 Franz Neumann, Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944, Köln/Frankfurt 1977, insbes. S. 260ff.

26 Die Übergangsfunktion wird in der Auseinandersetzung mit Daniel Bell sehr gut in A. Gartner und F. Riessmann, Der aktive Konsument in der Dienstleistungsgesellschaft. Zur politischen Ökonomie des tertiären Sektors, Frankfurt 1978, herausgearbeitet.

27 Karl Otto Hondrich, a.a.O., S. 19.

28 Vgl. Joachim Matthes, Theorienvergleich in den Sozialwissenschaften: Ein Bericht über die Diskussion seit dem Kasseler Soziologentag, in: K. M. Bolte (Hrg.), Materialien aus der soziologischen Forschung. Verhandlungen des 18. Deutschen Soziologentages vom 28. September bis 1. Oktober 1976 in Bielefeld, München 1978.

können, wie die wirklichen Kräfteverhältnisse in dieser unserer Gesellschaft (noch) beschaffen sind.[29] Vollends verkommen mußte die Theoriediskussion dann in Bamberg, als man z. T. prominente Theoretiker des Fachs dazu zwang, sich mit dem albernen Thema „Soziologische Theorien zwischen Zeitdiagnose und Suche nach universellen Prinzipien" zu beschäftigen, so als ob sich der *Gegenstand* der Soziologie endgültig verflüchtigt hätte. Damals, in Kassel, wäre die Theoriediskussion vermutlich vorangekommen, wenn man Themen aus der damaligen gesellschaftspolitischen Praxis, etwa zu einer „aktiven Strukturpolitik" oder zur Bestimmung von „ Lebensqualität" gestellt hätte. Heute müßte es schon das Thema „Kriegsursachen" sein, das Theoretiker und soziologische Praktiker auf dem Laufenden hielte. Leider aber gehört das praktisch-politische Interesse an solchen Themen ebenso zur Tradition des Sozialreformismus wie ihre opportunistische Vernachlässigung.

3.2 Die „konservative" Krisenlösungstrategie

Was ihren derzeitigen, staatsfinanzaufwendigen Forschungsapparat betrifft, geht die Soziologie unter einer konservativen Forschungspolitik selbstverständlich schlechten Zeiten entgegen. Stärkung des Marktes auf Kosten des Staates, Entlassung wichtiger Bereiche der Gesellschaftspolitik aus der Steuerung, Ausbau des Repressionsapparates (Stichwort „Polizei"), Zerstörung des sozialstaatlichen Netzes zugunsten von Rüstungsausgaben, Aufblähung des Militär-Industrie-Komplexes: In den USA hat das alles bereits (neben der schon erwähnten Gefährdung der Mittel für nationale Datensätze, Forschungszentren und für die Graduiertenförderung) zu Befürchtungen Anlaß gegeben, man wolle die „Wissenschaft" aus den Sozialwissenschaften entfernen und durch „Ideologie und Selbstgerechtigkeit" ersetzen.[30] Ähnliches will auch der neue Bundesforschungsminister, wenn er sich von den Sozialwissenschaftlern nur noch Unterstützung bei der Durchsetzung neuer Technologien („technology assessment") erhofft und sie ansonsten auffordert, in den ihnen verbleibenden Nischen endlich wieder – praxisfern – „substantielle Bücher" zu produzieren.[31]

Und in der Tat, der Soziologie bleiben im konservativen Milieu im wesentlichen nur zwei Betätigungsfelder. Das eine ist relativ neu. Es erwächst aus der Entwicklung der elektronischen Datenverarbeitung und wird bestimmt durch die weitgehende Militarisierung dieses Bereichs (dessen Verwissenschaftlichung die beteiligten Wissenschaftler notwendig in die militärische Geheimhaltung hineinzieht). Bestimmte „kybernetische", „systemtheoretische" Forschungsrichtungen finden hier ein lukratives Anwendungsfeld, das wiederum eine kommunikations-, informations- und steuerungswissenschaftliche Reife ermöglichen dürfte, die sich auf andere Anwendungsgebiete computergestützter Kommunikationswissenschaft beschleunigend auswirken kann, etwa in der Qualifizierung von Zivilisten und Soldaten im

29 Helmut Schelsky, Die Arbeit tun die anderen, München 1977; F. H. Tenbruck, Einführung in: M. Bock, Soziologie als Grundlage des Wirklichkeitsverständnisses, Stuttgart 1980.

30 Science, Vol. 212, 17. April 1981 (Editorial)

31 Forschungsminister Riesenhuber in: Frankfurter Rundschau vom 10. Dezember 1982, S. 14.

Militärapparat und schließlich im Ausbildungswesen insgesamt.[32] Hinzu kommt, daß solche Trends nicht nur etwa die psychologische Kriegsführung „verwissenschaftlichen", sondern ganz allgemein das Instrumentarium der Technologien der Bewußtseinsbeeinflussung auf eine höhere Stufe heben. Das verlangt ein größeres inhaltliches Angebot. Damit aber wird ein zweites, traditionsreiches Betätigungsfeld der Soziologie auch unter konservativen Vorzeichen wieder interessant: die Ideologieproduktion.

Es läßt sich nicht von der Hand weisen, daß konservative Ideologien innerhalb des Faches an Boden gewinnen. Die letzten Soziologentage zeigen das deutlich. Der offene Anti-Kommunismus trifft kaum noch auf Widerstand, ob *Sven-Gustav Papcke* einen „linken" Antikommunismus fordert[33] oder ob *Erwin K. Scheuch* 1979 in West-Berlin die DDR schlechthin als „deutsche Industriegesellschaft" vereinnahmt[34] oder ob schließlich in Bamberg, obgleich der Marxsche Arbeitsbegriff überall das Reden über Arbeit bestimmte, kaum einer der Referenten ohne eine Invektive gegen die „orthodoxen Marxisten" auskam. Gutes Gewissen schafft die vermeintliche Gefahr der „Unterwanderung", auch bei der offenen Unterstützung von Theorie- und Berufsverboten. Die These vom Gegensatz zwischen „überzogener" Gleichheit und (bürgerlicher) Freiheit, von *Schelsky* einst wieder in die Debatte geworfen, wird von Liberalen wie *Dahrendorf* weiterpropagiert.[35] *F. H. Tenbruck* (und in diesem Punkt viele andere mit ihm) wendet sich schon seit langem gegen eine umfassende Reformpolitik mit der Möglichkeit übergreifender soziologischer Theoriebildung und gesellschaftlicher Planung und *René König* verlangt die Rückkehr zur Popperschen „Stückwerk-Technologie".[36] Viele andere Stichworte wären fällig.[37] Das alles ist verbunden mit dem Entstehen privater Forschungsinstitute und Forschergruppen, die in die Rolle konservativer Think-Tanks und ihrer Besatzungen hineinwachsen wollen.

Wie bewußt die konservative ideologische Offensive geplant wird, zeigt beispielsweise die Absicht der Thyssen-Stiftung, unter der unschuldigen Forschungsfrage „Gibt es eine Leipziger Schule der Soziologie?" in der Geschichtsschreibung der Soziologie neben den sogenannten „Kölner" und „Frankfurter" Schulen eine weitere

32 Nachweisbar etwa am Ausbau der pädagogischen Kapazitäten der Bundeswehrhochschulen. Vgl. M. Jopp, Bundeswehr und Gesellschaft, Frankfurt/M., New York 1983.

33 S. G. Papcke, Zur Legitimität des Antokommunismus, in: Neue Gesellschaft H. 5/1978 (25. Jhrg.), S. 387ff.

34 Tagesspiegel vom 19. April 1979.

35 Ralf Dahrendorf, Lebenschancen. Anläufe zur sozialen und politischen Theorie, Frankfurt 1979, S. 140.

36 Vgl. R. König, Gesellschaftliches Bewußtsein und Soziologie, in: Deutsche Soziologie seit 1945. Sonderheft 1979 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen 1979.

37 Etwa aus dem Vorspann zu Habermas, Klangfetzen fügen sich ..., a.a.O.: stille Kulturrevolution; Mut zu Erziehung, Fleiß, Gehorsam, Sauberkeit; Sprachherrschaft der Intellektuellen; Verantwortung der Schreibtischtäter für den Linksterrorismus; Ende der avantgardistischen Kunst, Lob der Postmoderne; Mut zur nationalen Überlieferung, zum moralisch entlasteten Umgang mit der Vergangenheit; Abwertung der Sozialkunde zugunsten des Geschichtsunterrichts; Befreiung der Wissenschaft aus den Fesseln gesellschaftlicher Verantwortung; Abbau der sozialwissenschaftlichen Fachbereiche an den Universitäten; Mut zu sozialer Auslese und Elitebildung; Kritik der Gesamtschule; gegen die Psychologisierung des Alltags usw.

Traditionslinie langfristig und dauerhaft zu verankern. Dabei geht es nicht um die Rettung einer „Schule", von der jeder weiß, daß es sie nie gegeben hat, sondern um die Rettung eines Spektrums philosophisch-ideologischer Möglichkeiten, das mit Namen wie *Hans Freyer, Theodor Litt, Joachim Wach, Hugo Fischer, Gunther Ipsen, Heinz Pfeffer,* aber auch *Carl Schmitt, Ernst Forsthoff,* den Gebrüdern *Jünger,* selbstverständlich *Arnold Gehlen* und dann *Helmut Schelsky* und schließlich mit einer Reihe jüngerer Ungenannter, die auf dieser Grundlage noch wirken wollen, verbunden ist. Die eigentlich abgeschlossene Destruktion dieser Traditionslinie (welche die Verdienste vieler jener Autoren nicht schmälert) durch Schriften wie *Georg Lukacs'* „Die Zerstörung der Vernunft" soll durch ein „Eindringen in die Vorurteilsstruktur" fachlicher Selbstverständigung rückgängig gemacht werden; man will „große Themen" wie das Verhältnis von „Volk" und Gesellschaft nicht den „linken" Soziologen überlassen, und man denkt bei Leipzig natürlich auch an das „Gesamtdeutsche" in der Soziologie; auch der „atlantischen" Bindung ist man sich bewußt, wenn man betont, daß die offiziöse Geschichte der deutschen Soziologie nicht in der BRD, sondern in den USA geschrieben wird.[38] Verstehend, lebensphilosophisch, irrationalistisch, institutionistisch, ausgerichtet auf einen disponiblen, opportunistischen Individualismus, der seine innerweltlichen Chancen hart auf der Grundlage der Verteidigung des Bestehenden kalkuliert: Solche Intellektuellen wird man auch künftig brauchen, und so produziert die Thyssen-Stiftung ihnen mit einem gewissen Zynismus ihre Geschichte.

3.3 Die „alternative" Krisenlösungsstrategie

Da lobt man sich fast den der Geschichte entgegenzubringenden „Eigensinn" von *Negt* und *Kluge* oder gar *Sloterdijks* „Kritik der zynischen Vernunft"[39] als Versuche, dem in der Wissenschaftsentwicklung angelegten Antagonismus, der sich auch im Gegensatz „sozialreformistischer" und „konservativer" Soziologieprogrammatik ausdrückt, auf „alternative" Weise zu entgehen. Solche Krisenlösungstrategien des Weder/Noch entstammen im allgemeinen gesellschaftlichen Gruppen, die insofern eine Funktion in Übergangsprozessen haben, als sie nicht mehr für die aktive Verteidigung des Bestehenden und sozusagen schon für den passiven Widerstand zugunsten der Systemveränderungen zu gewinnen sind. Typisch für solche Positionen ist beispielsweise eine Aussage auf dem Kongreß „Zukunft der Arbeit" vom Herbst 1982: Da die Mächtigen heute so mächtig seien, daß man an sie nicht herankomme, seien nicht gegen sie gerichtete Strategien, sondern ausschließlich Solidarisierungstrategien unter den Abhängigen auf die Tagesordnung zu setzen. Jener Kongreß war ohnedies nicht nur als wissenschaftlicher Vorbereitungskongreß für die parlamentarische Rolle der Grünen angesetzt worden, sondern von einigen Soziologen, welche „Vermittlungs- bzw. theoretische Führungspositionen"[40] in den neuen sozialen Bewegungen anzielen, auch als politischer Vorbereitungskongreß für

38 Protokoll einer Arbeitstagung „Gab es eine ‚Leipziger Schule' der Soziologie und Sozialpsychologie?" der Thyssen-Stiftung im April 1982 in Aachen (und eigene Notizen).

39 Frankfurt 1983

40 Fred Karl, Zwischen Subkultur und alternativer Politik. Literatur zu den „neuen sozialen Bewegungen", in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 7/1982, S. 861.

den Bamberger Soziologentag konzipiert.[41] Die Formeln des dort und anderswo entwickelten gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Konzepts sind bekannt: eine dualwirtschaftliche Strategie der Abkoppelung sinnvoller, nicht-entfremdeter „basisökonomischer" Tätigkeiten vom formellen Sektor (dessen Entfremdungslast durch egalitaristische Verteilung minimiert werden soll); eine linke Variante des Subsidiaritätsprinzips: die Strategie der Selbstregulierung unter Ausblendung der Entwicklungsproblematik des Sozialstaats usw.

Insgesamt handelt es sich hier um experimentierende Konkretisierungen von Positionen, die, wie gesagt, für einen großen Teil der Intelligenz aus dem öffentlichen Dienstleistungsbereich Geltung gewonnen haben. Bezüglich der Soziologieentwicklung ist allenfalls festzuhalten, daß diese Positionen wissenschaftlich mithilfe eines methodologischen Anarchismus bewegt werden, der auf die Verabsolutierung einer subjektivistischen Erkenntnishaltung hinausläuft: Interessante Problemstellungen unter Einbeziehung neuester Informationen und neuesten Klatsches werden möglichst unsystematisch (und möglichst auf mehr als tausend Seiten oder ganz kurz, als Thesen) auf den alternativen Markt geworfen. Als Beispiele für diese Erscheinungsform „alternativer Soziologie" seien „Geschichte und Eigensinn" von *Oskar Negt* und *Alexander Kluge*[42] sowie *Michael Vesters* „Thesen zur Klassen- und Schichtenstruktur und zu den Entwicklungsperspektiven der neuen sozialen Bewegungen" unter dem Titel „Von neuen Plebejern, Emanzipation und Massenstreiks"[43] genannt. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit solchen Positionen ist schwierig: Einerseits ist man versucht, gewissermaßen nach dem Modell des Anti-Dühring, die Widersprüchlichkeit solcher Texte weitausholend einfürallemal nachzuweisen; andererseits entziehen sich die Autoren der Kritik immer wieder mit dem Hinweis, sie experimentierten ja nur im Laboratorium der menschlichen Eigenschaften herum. Der Primat der Praxis wird damit zu einer Methode der Wirklichkeitsbewältigung, nach der alles nur darauf ankomme, sich immer an der interessantesten Stelle gesellschaftlicher Bewegung aufzuhalten. Oder wie *Vester* es im Schlußsatz seiner Thesen formuliert: „Vor allem unser Politikbegriff bedarf einer Revision (vergleiche die Bonner Demonstrationen!)."

4. Krisenüberwindung als Systemveränderung?

Die Revision des Politikbegriffs ist der Soziologie allerdings durch ganz andere Bonner Aktivitäten aufgezwungen worden, durch die Bonner „Sparmaßnahmen" nämlich. Wenn heute die entscheidenden Bedingungen der sozialen Funktion von Wissenschaft und damit auch zum Verhältnis von Intellektuellen und Massen tatsächlich *im Staatshaushalt* festgelegt werden, so muß es zu einer Wissenschaftspolitik im Sinne einer von den Wissenschaften ausgehenden Fachpolitik kommen, die sich um die Spielregeln kümmert, denen die Verteilung der öffentlichen Finanzen unterworfen ist. Das Problem der privatmonopolistischen Aneignung eines wesent-

41 Kongreß Zukunft der Arbeit. Materialienband, Bielefeld 1982.

42 Oskar Negt und Alexander Kluge, Geschichte und Eigensinn, Frankfurt 1981; vgl. unsere Rezension „Alternative Wissenschaft?" in: Deutsche Volkszeitung Nr. 20, 13. Mai 1982, S. 11.

43 Frankfurter Rundschau vom 5. April 1983.

lichen Teils des gesellschaftlich erzeugten Reichtums steht dann auch für die Soziologie als „Existenzproblem" auf der Tagesordnung. „Alternative" Lösungen liegen in einem solchen Fall zwar nahe, können sich aber um die Frage des Privateigentums an den Produktionsmitteln experimentierend herumstehlen und tragen deshalb nicht. „Sozialreformistische" Lösungen enthalten die Option für den Sozialstaat und damit für eine gesellschaftliche Kontrolle privatmonopolistischer Aneignungsmacht; auch „Konservative" sehen das Problem, optieren aber für einen Wertewandel im Sinne der Herstellung eines kapitalfreundlichen Konsensus über die gesellschaftliche Bedeutung des Staatshaushalts: so schwankte die Stimmung auf dem Bamberger Soziologentag denn auch zwischen einem „Hauch von Großer Koalition"[44] und einem Hauch von Revolution.

Einige Fragen, die wir dort gestellt hatten,[45] gelten auch heute noch: Wird es ausreichen, durch die Akzentuierung der sozialstaatlich-sozialpolitischen Option der Soziologie eine Finanzierung ihres Forschungsapparats zu sichern? Wird es nicht immer wichtiger herauszuarbeiten, daß die sozialstaatliche Perspektive nicht mehr auf die billige Weise realisiert werden kann, daß sie vielmehr zu einer grundlegenden Revision der Verteilungsregelung der öffentlichen Finanzen insbesondere zuungunsten der Militärausgaben und damit zu einer friedenspolitischen Option zwingt? Wird es ausreichen, den Bereich alternativer Werte und Verhaltensformen als Erweiterung des Interventionsspielraums und als Legitimationsfolie für eine „neue Sozialpolitik" und nicht auch als Möglichkeit der Systemveränderung im Sinne der Überwindung der wechselseitigen Entfremdung von Arbeit und Freizeit begreifen? Wird es ausreichen, die Folgen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts für die „Arbeitsgesellschaft" zu konstatieren und nicht wahrzunehmen, daß im Augenblick – und zwar von den verschiedensten Seiten, selbst gelegentlich aus Teilen der Alternativbewegung heraus – der Versuch gemacht wird, die Arbeiterbewegung hinter alle Errungenschaften, die sie in ökonomischen und sozialen Auseinandersetzungen schon erreicht hat, zurückzuwerfen?

Der Kampf um den Staatshaushalt, um eine der internationalen Konkurrenzlage des Monopolkapitals angemessene Form des integrierenden Sozialstaats, findet heute, da eine neue nach rechts verschobene Konsensbasis gefunden werden soll, in gewisser Weise als *Sozialstrukturpolitik* statt. Das heißt, die Möglichkeiten sozialstruktureller Differenzierung, des Ausreizens der Interessen verschiedener Gruppen und Schichten der Bevölkerung usw. werden mit zunehmender Bewußtheit ausgeschöpft; hieraus erklären sich die Verschiebungen im Parteienspektrum zumindest ebenso wie aus der Entwicklung objektiver Klassenlagen. Die Soziologie ist in dieses Spiel der Funktionalisierung der Sozialstruktur im Kapitalverwertungsinteresse in besonderer Weise verstrickt, auch im Sinne ihrer besonderen Kompetenz für derartige Aktivitäten. Auch wenn die Sozialstrukturforschung zu stagnieren scheint,[46] ist unübersehbar, daß in diesem Punkt Politikberatung, ob ausgehend von *Daniel Bell*

44 Hellmuth Lange in einem Tagungsbericht in der Deutschen Volkszeitung vom 11. November 1982.

45 Die Krise des Sozialstaats und die Soziologie. Thesen zum Soziologentag 1982 in Bamberg unter dem Titel „Krise der Arbeitsgesellschaft?", in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/1982, S. 1128f.

46 Deutlich abzulesen an den Referaten des Themenbereichs I, Sozioökonomische Strukturprobleme der industriell-kapitalistischen Entwicklung, des Bamberger Soziologentags.

oder von *Alain Touraine*, großgeschrieben wird. Zugleich wird über die Frage der „sozialstrukturpolitisch" Betroffenen hinaus die Frage nach dem sozialstrukturellen Ort der soziologischen Intelligenz akut.

Wir sehen, daß konservative und reaktionäre Kräfte in die Arbeiterbewegung und in die Alternativbewegung desorientierend hineinwirken und dabei an partikulare Gruppeninteressen und bestimmte negative Erfahrungen mit der „Industriegesellschaft" anknüpfen. Zweifellos kann eine sozialstaatliche Politik nur weiterentwickelt werden, wenn die sozialen Gruppen und Bewegungen in der Bevölkerung, die auf die Sicherung des Arbeitsplatzes und der sozialen Leistungen angewiesen sind, sich solidarisieren, integrieren, politisch in Bewegung kommen. Insofern ist auch für eine „finanzpolitisch" im sozialstaatlichen Kontext verortete soziologische Profession die Integration von Arbeiterbewegung und Alternativbewegung ein entscheidend wichtiges Thema. Dann muß man sich aber auch fragen, wo, gerade unter sozialpolitischem Aspekt, das Gemeinsame zwischen der „alten" und der „neuen" Bewegung liegt. „Arbeitszeitpolitik" wird ein zentraler Diskussionspunkt, an dem beide Seiten voneinander lernen, an dem sie aber auch gespalten werden können (z. B. von der demagogischen Polarisierung: hier Arbeiter, dort Faulenzer).[47] „Friedenspolitik", zu der in der soziologischen Forschungstradition vieles aufzuarbeiten wäre, ist ein weiterer entscheidend wichtiger Punkt, an dem sich die besten Traditionen der Arbeiterbewegung mit den fortschrittlichsten Positionen der neuen sozialen Bewegungen treffen. Gelänge es, in den notwendigen nächsten Schritten auf dem Weg zum allgemeinen Ziel der Atomwaffenfreiheit und Blocküberwindung zwischen Gewerkschaften und Alternativbewegung auch mithilfe soziologischer Argumentation einen Konsens herzustellen, ließe sich auch eine ganz andere Sozialpolitik durchsetzen, damit auch ein viel höheres Niveau der Verwissenschaftlichung der Politik, damit auch ein höheres Arbeitsplatzangebot für Sozialwissenschaftler usw....

Man kann diesem Gedanken auch unter dem Aspekt der gesellschaftlichen Steuerung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts nachgehen: Soziologieentwicklung ist auch insofern in den Gang der staatlichen Forschungs- und Technologiepolitik eingebunden, als diese in ihrer *industriepolitischen* Wirkung die Vermittlung von Wirtschafts- und Sozialpolitik unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus bezweckt. Das heißt, Soziologie bliebe eigentlich sehr nützlich bei der Beantwortung einer Frage, welche heute meist so gestellt wird: Welche sozialen und kulturellen Veränderungen folgen aus der sogenannten „dritten industriellen Revolution", die letztlich nur in der banal-schrecklichen Tatsache besteht, daß alle entwickelten kapitalistischen Industrieländer, und darunter insbesondere die westeuropäischen, unter dem Druck imperialistischer und systemischer Konkurrenz auf die *gleiche* Technologiepolitik setzen? Es geht ja in allen Fällen tatsächlich um die gleichen wenigen technologischen Spitzenbranchen: Nukleartechnologie, Datenverarbeitung, Luft- und Raumfahrt, Roboterisierung, Telekommunikation, Bio- und

47 Vgl. C. Offe, K. Hinrichs, H. Wiesenthal (Hrg.), Arbeitszeitpolitik. Formen und Folgen einer Neuverteilung der Arbeitszeit, Frankfurt/New York 1982; F. Benseler, R. G. Heinze, A. Klönne (Hrg.), Zukunft der Arbeit. Eigenarbeit, Alternativökonomie? Hamburg 1982.

Meerestechnik.[48] Diese scheinbar naturwüchsige Ökonomisierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, welche die Krise verschärfen *muß*, wird auch von gewerkschaftlicher Seite weitgehend als unaufhaltsam angesehen. Die andere Form der Frage nach einer industriepolitischen Vermittlung von Wirtschafts- und Sozialpolitik: was ist der gesellschaftliche Inhalt der Fortsetzung der „industriellen Revolution" und wie kann sie geplant werden? wird selten gestellt. Auf der Ebene der Forschungspolitik wäre sie überdies nur in einem Prozeß der Klärung des Verhältnisses von Gesellschafts- und Naturwissenschaften formulierbar.

Wenn in der staatlichen Forschungs- und Technologiepolitik (und in der Bildungspolitik) – wie das heute eklatant in den USA und zunehmend auch in der Bundesrepublik geschieht – der gesellschaftswissenschaftliche Steuerungs- und Verwissenschaftlichungsanteil zurückgedrängt wird und diese Politiken damit sozusagen naturwissenschaftlich verkürzt werden, kann Produktionspolitik/Industriepolitik letztlich nur noch durch *einen* Vergesellschaftungsfaktor auf dem notwendigen Regulierungsniveau gehalten werden: durch Militarisierung.[49] Und die Logik einer militarisierten Industriepolitik führt in der imperialistischen und vor allem in der systemischen Konkurrenz notwendig nicht nur in eine Droh- und Erpressungspolitik, sondern, ausgehend von der produktionspolitischen Ermöglichung der Führ-, Begrenz- und Gewinnbarkeit eines ABC-Krieges, in eine umfassende Politik der faktischen Kriegsvorbereitung. *Dieser* Vorgang der Systemveränderung ist heute das entscheidende Problem, dem sich die – angesichts der angesprochenen Dimensionen allerdings relativ unbedeutende – Fachdisziplin Soziologie auch in ihrer bürgerlichen Gestalt stellen, dessen Vermittlungsschritten zwischen Produktion und Überbau beispielsweise sie nachgehen muß. So oder so jedenfalls ist die gesellschaftliche Praxis des Kampfes um den Frieden ein Moment der Fachentwicklung der Soziologie geworden.

48 Krise als industrie- und technologiepolitische Herausforderung. Ergebnisse einer deutsch-französischen Tagung zum Thema Wirtschaftsförderung und Krisenbewältigung in Frankreich und der Bundesrepublik, Frankfurter Rundschau vom 18. April 1983.

49 Rainer Rilling, Militärische Forschung in der BRD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/82, S. 938–967.

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 6/1983

Wie sie zu Marx stehen ...

Hauptrichtungen des bundesdeutschen Umgangs mit Karl Marx in seinem 100. Todesjahr

Winfried Schwarz

I. Einleitung – II. Theorie und Methode von Marx angewandt – III. Die reaktionäre Verzerrung zur Ersatzreligion – IV. Erbansprüche sozialdemokratischen Typs – V. Rückwärtsgang im „Argument"

I. Einleitung

Wer die konkreten Ziele und Stoßrichtungen der bundesdeutschen Reaktionen auf den 100. Todestag von *Karl Marx* am 14. März 1983 und seinen 165. Geburtstag am 5. Mai 1983 verstehen will, darf die soziale und politische Lage unseres Landes nicht außer acht lassen. Es befindet sich seit einigen Jahren unter dem unmittelbaren Druck der kapitalistischen Wirtschaftskrise, welcher die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften Widerstand nur auf niedrigem Niveau entgegensetzen. Die Rechtskräfte erlangten bestimmenden Einfluß auf die Entwicklung der Bundesrepublik, und auf der Linken kamen Umgruppierungsprozesse in Gang. Der militärische Konfrontationskurs des US-Imperialismus hat eine breite Massenbewegung für den Frieden hervorgerufen. Neue soziale Prozesse erfordern ihre Interpretationen, die sich über ideologische Auseinandersetzungen vermitteln; in ihnen wird der Druck der Bonner Rechtskoalition auf eine geistige Wende nach rückwärts immer deutlicher spürbar.

Schon immer haben Gedenktage bzw. die um sie gruppierten Aktivitäten den Vorzug, daß in einem knappen Zeitraum und gleicher Situation die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Kräfte ihre Positionen markieren. Erst recht verlangt die Selbstverständigung über *Karl Marx* die Prüfung der eigenen Haltung zu den – eingangs genannten – sozialen und politischen Konflikten. Geistig-ideologische Tendenzen werden wie in einem Vergrößerungsglas sichtbar. Die folgende Bilanz des Karl-Marx-Jahres befaßt sich mit vier hervorgetretenen Hauptrichtungen der aktuellen Marxbeschäftigung.[1] Der Umfang der jeweiligen Darstellung entspricht nicht dem realen Gewicht der Strömungen innerhalb der Marxrezeption. Der breite

1 Die nachfolgende Analyse stützt sich auf bzw. ergänzt: Vierteilige Serie in „Unsere Zeit" (UZ) in der 1. und 2. Aprilwoche „Bundesdeutsches Gedenken zum 100. Todestag von Karl Marx"; W. Schwarz, Zwei Richtungen bürgerlicher Marxkritik, in: Marxistische Blätter, Nr. 3/83; H. Jung und W. Schwarz, Bundesdeutsche Marxrezeptionen und Merkwürdigkeiten im 100. Todesjahr – ein Überblick der Haupttendenzen, in: Marx ist Gegenwart. Materialien zum Karl-Marx-Jahr 1983, Frankfurt/M. 1983.

Raum zur Behandlung des „Argument" in diesem Beitrag rechtfertigt sich dadurch, daß nur hier bedeutsame Positionsveränderungen gegenüber früher zum Vorschein kamen – Positionsveränderungen, die entschiedene Kritik herausfordern.

II. Theorie und Methode von Marx angewendet

Die kämpferischen, mit der praktischen marxistischen Arbeiterbewegung verbundenen Marxisten waren die ersten, die mit Marx-Veranstaltungen an die Öffentlichkeit traten. Bereits im Oktober 1982 stellte das IMSF seine „Marxistische Woche" unter den Titel „Sechs Tage mit Marx"; sie wurde bewußt in Köln durchgeführt, derjenigen deutschen Stadt, wo *Marx* am längsten politisch wirkte. Hier wie auch in dem kurz danach gemeinsam mit der Wuppertaler Marx-Engels-Stiftung herausgegebenem Sonder-Jahrbuch des IMSF „... einen großen Hebel der Geschichte" zeigte sich der besondere Charakter jener Marxwürdigungen im Unterschied zu bürgerlichen oder neomarxistischen und „kritischen" Richtungen. Nicht statische Konfrontation Marxscher Gedanken mit der heutigen Realität stand im Zentrum, sondern der Versuch, auf der Grundlage der Theorie und Methode von *Marx* die gesellschaftlichen und politischen Probleme unserer Zeit zu analysieren. Das galt und gilt vor allem für die neuen Fragen wie Friedenskampf, Ökologie, Frauenbewegung.

Der Aktualität von *Marx* im Sinne des Zugehens auf aktuelle Probleme mit den Erkenntnismitteln des Marxismus galten sämtliche Veranstaltungen und Publikationen solcher marxistischer Organisationen wie DKP, MSB Spartakus, SDAJ, Marxistische Arbeiterbildung (MAB) u. a. Politischer Höhepunkt war zweifellos die internationale Manifestation „Karl Marx ist Gegenwart" am 12. März in Trier, auf der der DKP-Vorsitzende *Herbert Mies* die Festrede hielt. Dieser von 800 Personen besuchten Kundgebung ging an gleicher Stelle eine wissenschaftliche Konferenz des IMSF und der Marx-Engels-Stiftung voraus, die „Karl Marx und das revolutionäre Subjekt in der Welt von heute" zum Thema hatte, genauer: die Einheit der drei revolutionären Hauptströmungen, nämlich der Arbeiterklasse an der Macht, der Arbeiterklasse in den entwickelten kapitalistischen Ländern und der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen in der „Dritten Welt". Dazu erarbeitete das IMSF Thesen unter dem gleichen Titel. Abgeschlossen wurden die um den 14. März gruppierten Aktivitäten mit einer Studienfahrt nach London zu den Wirkungsstätten von *Karl Marx*. Am Grab auf dem Highgate-Friedhof legten am Todestag *Heinz Jung*, Leiter des IMSF, *Robert-Jean Longuet*, ein Urenkel von *Karl Marx*, und *Herbert Mies* für die DKP gemeinsam Kränze nieder.[2] Als letzte zentrale Veranstaltung wurde in Wuppertal der 165. Geburtstag von Marx am 5. Mai mit einem Referat von *Heinz Jung* (IMSF) über die bürgerliche Marxkritik gewürdigt.

Kennzeichnend für die Marxbehandlung des kämpferischen Marxismus waren indessen weniger die zentralen Gipfelveranstaltungen. Von größerer Bedeutung waren die auf lokaler Ebene entfalteten Basisaktivitäten vom Lesezirkel über die

2 Der Band „Marx ist Gegenwart", Frankfurt/M. 1983, gibt nicht nur den Verlauf der Trierer Veranstaltungen in den einzelnen Redebeiträgen wieder, sondern informiert auch über sämtliche um den Todestag herum gruppierten Aktivitäten, von denen hier die Rede ist.

Diskussionsrunde bis zur stadtbezogenen Marxwoche. In der Durchführung beteiligten sich politische Kräfte weit über den Rahmen der kommunistischen Partei hinaus – z. B. parteilose Marxisten und Marxisten in der SPD – an Veranstaltungen.[3]

III. Die reaktionäre Verzerrung zur Ersatzreligion

Auf bürgerlicher Seite wurde der publizistische Umgang mit *Karl Marx* bereits anderthalb Jahre vor seinem Todestag eingestimmt. Im Herbst 1981 erschien mit einer Startauflage von 50 000 Exemplaren eine neue, über 600 Seiten umfassende Marx-Biographie (Karl Marx. Sein Leben und seine Zeit, München/Zürich 1981). In literarisch anspruchsvoller Darstellung formulierte der Verfasser *Richard Friedenthal*, was im März 1983 als einheitliches Marxklischee von der bundesdeutschen Presse gepredigt wurde: „Marx schuf einen neuen Glauben" (ebenda, S. 265). Der Marxismus sei keine Wissenschaft, mit der sich ernsthafte Auseinandersetzung lohne, sondern eine Ersatzreligion, eine Heilslehre, die auf das Proletariat nur deshalb eine gewisse Faszination ausüben kann, weil sie ihm eine besondere Rolle zu- und das Paradies auf Erden verspricht. *Marx* war laut *Friedenthal* „von sich überzeugt bis zur Selbstvergottung und zum Messianismus, der nun bei ihm nicht auf das jüdische Volk bezogen, sondern auf das Proletariat übertragen wurde, das ihm als das von der ‚Geschichte' auserwählte Volk galt" (ebenda, S. 225).[4]

Bestimmt hätten auch ohne *Friedenthal* die Gedenkbeiträge zu *Marx* von den großen überregionalen Zeitungen bis zum lokalen Winkelblättchen den gleichen Grundinhalt gehabt.[5] Denn die politische Denunziation des Marxismus als Pseudoreligion mit dem Proletariat als „Diesseitserlöser" ist sicher keine neue Idee; sie tauchte bereits in den zwanziger Jahren auf. Interessant ist indessen, daß dieses

3 Es verwundert nicht, daß die Tageszeitung der DKP „Unsere Zeit" (die auch spezielle Thesen zum Karl-Marx-Jahr veröffentlichte) über einen längeren Zeitraum Karl Marx in den Mittelpunkt stellte. Wie für Veranstaltungen, so ist auch für die Publizistik nur eine exemplarische Wiedergabe dessen möglich, was positiv zum Marxismus Bezug genommen hat. Hervorzuheben sind die Marx-Nummer der Zeitschrift „Marxistische Blätter" (Heft 2/83), die Serie „Karl Marx und die Gewerkschaften heute" in der Monatszeitschrift für Gewerkschafter „nachrichten", entsprechende Ausgaben der Zeitschriften „Kultur und Gesellschaft", „kürbiskern" oder die anläßlich des Karl-Marx-Jahres verlegten Bücher im Verlag Marxistische Blätter, im Dortmunder Weltkreis-Verlag oder im Pahl-Rugenstein-Verlag, die nachfolgend aufgeführt werden:
Schlag nach bei Marx. Kleines Marx-Wörterbuch von Richard Kumpf, Frankfurt/M. 1983.
Josef Schleifstein, Marxismus und Staat, Frankfurt/M. 1983.
Marx ist Gegenwart. Materialien zum Karl-Marx-Jahr 1983, hrsg. vom IMSF, Frankfurt/M. 1983.
Karl Marx – Philosophie, Wissenschaft, Politik. Dialektik, Band 6, Redaktion: Hans Jörg Sandkühler und Kurt Bayertz, Köln 1983.
Heinrich Billstein/Karl Obermann, Marx in Köln, Köln 1983.
Stefan Siegert, Karl Marx geht um . . ., Dortmund 1983.
Winfried Schwarz, Aufbruch. Aus dem Leben des Karl Marx (Roman), Dortmund 1982.

4 Im Jahr 1983 erschien eine weitere, 200 Seiten umfassende bürgerliche Marx-Biographie: Walter Euchner, Karl Marx, München 1983.

5 Folgender Kurzanalyse liegen die Sonderbeiträge zu Marx aus sämtlichen überregionalen Tages- und Wochenzeitungen sowie aus einer großen Zahl lokaler Zeitungen zugrunde. Magazine der „Alternativszene" wurden nicht vollständig ausgewertet. Indessen ist dort kein spezifisches Marxbild erarbeitet worden, das sich nicht aus den vier Hauptströmungen zusammensetzen ließe – so jedenfalls der Partialeindruck.

konservative und geistig so anspruchslose Deutungsschema im Jahre 1983 so eindeutig meinungsbildend wurde – ganz anders als etwa 1968, zum 150. Geburtstag von *Marx*, wo die Suche nach dem „unbefleckten" *Marx* unter dem „erstarrten" Leninismus sowie die theoretische Kritik der Marxschen Ökonomie vorherrschten. In diesem Jahr, angesichts von Massenarbeitslosigkeit und Dauerkrise, ließen die bürgerlichen Marxkritiker verständlicherweise die Finger vom „Kapital", und selbst der „junge" *Marx* war ihnen offensichtlich zu brisant.

Statt dessen wird dem Zeitungsleser eben der Marxismus als gefährliche Ersatzreligion präsentiert, so gefährlich deshalb, weil die Anhänger von *Marx* durch die pseudowissenschaftliche „Heilsgewißheit" zu einem Fanatismus getrieben würden, der ihnen jedes Mittel, selbst den Terror, zur Durchsetzung des irdischen Paradieses recht mache. Dantes Inferno bzw., in der Sprache der „Zeit", der „Archipel GULAG" seien die zwingende Konsequenz des Marxismus.

Der „Entlarvung" des Marxismus als reine Machtlehre diente auch die biographischen Darstellung der Marxschen Lebensverhältnisse. In den selben Artikeln, die das angeblich religiöse Geheimnis des Marxismus „lüfteten", fanden sich oft spaltenlange Auslassungen über machtgierige Eiferei, persönliche Heuchelei und private Herrschsucht bei *Marx*, über diktatorische Gelüste selbst gegenüber dem intimsten Freundeskreis. Nur scheinbar unvermittelt nebeneinander stehen persönliche Verunglimpfungen und Verzerrungen der Marxschen Lehre. Denn die biographische Verleumdung ist dazu da, die These abzustützen, daß der ganze Marxismus in seiner Gestalt als diesseitsreligiöse Inanspruchnahme des Proletariats für den Privatzweck von *Karl Marx* nichts anderes ist als der zur Theorie gewordene dämonische Machtwille seines Begründers.

Marxisten sollten sich hüten, die Phrase von der Diesseitsreligion nur als Dummheit abzutun. Was in der böswilligen Verzerrung als Verhältnis zwischen Prophet (gescheitertem natürlich) und auserwähltem Volk kritisiert wird, meint den innersten Kern des Marxismus: das Verhältnis des wissenschaftlichen Sozialismus zum weltverändernden Subjekt. Wie auch immer verstellt und versteckt – im Jahre 1983 steht im Zentrum der reaktionären Marxkritik die wissenschaftliche Entdeckung der weltgeschichtlichen Rolle der Arbeiterklasse. Diese Entdeckung wird bestritten, wenn von Ersatzreligion und Heilslehre die Rede ist.

Nach dieser Kurzdarstellung des Grundtyps bürgerlicher Marxkritik sei eine Nachbemerkung zum Verhalten der staatlichen und halbstaatlichen Institutionen erlaubt. Daß die Bundesregierung in einer Auflage von 8,35 Millionen ein 5-DM-Stück mit Marx-Porträt herausgegeben hat[6], ist das erzwungene Eingeständnis selbst der Kräfte, die Marxisten mit Berufsverbot belegen, daß der in Trier geborene *Marx* im Ausland als einer der „größten Deutschen" gilt.[7] Was den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und das Fernsehen betrifft, so war dort Grundzug, daß die Diskussionen

6 Die Edition wurde noch unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung beschlossen. Der Spruch auf dem Münzenrand „Wahrheit als Wirklichkeit und Macht" stellt allerdings eine ins Nichtssagende bzw. ins Gegenteil getriebene Verzerrung der 2. Feuerbachthese dar: „In der Praxis muß der Mensch die *Wahrheit, i. e. Wirklichkeit und Macht*, Diesseitigkeit seines Denkens beweisen."

7 In der Tat kokettierte selbst der (aus Rheinland-Pfalz stammende) CDU-Kanzler Kohl bei seinem Moskau-Besuch im Juli 1983 mit „meinem Landsmann Karl Marx" (vgl. Frankfurter Rundschau, 7. Juli 1983).

ohne Vertreter des revolutionären Marxismus stattfanden, übrigens sehr zum Schaden für die Lebendigkeit der Sendungen selbst. Positiv erwähnt werden müssen hier die Hochschulen, an denen unzählige Vorlesungsreihen, Gastvorträge, Spezialseminare, Podiumsdiskussionen etc. stattfanden. Das Positive besteht schon darin, daß der Wissenschaftler *Karl Marx* an vielen Universitäten nach vielen Jahren zum ersten Mal wieder aus der Versenkung auftauchte. Die universitäre Marxrezeption erreichte zwar nicht die Breite der endsechziger Jahre, doch wurde immerhin demonstriert, daß trotz Berufsverboten *Karl Marx* nicht zum Schweigen gebracht worden ist.[8]

IV. Erbansprüche sozialdemokratischen Typs

Marxwürdigungen durch Marxisten in der SPD wurden schon angesprochen. *Diese* Sozialdemokraten sind im folgenden nicht gemeint. Wenn zwei typisch sozialdemokratische Varianten des Umgangs mit dem Todestag von *Karl Marx* charakterisiert werden, geht es um Äußerungen bestimmender Parteirepräsentanten.[9]

Die spezifisch rechtssozialdemokratische Behandlung von *Karl Marx* ist seine partielle Reklamation, d. h. positiver Bezug auf solche Bestandteile, welche der pragmatischen Tagespolitik nicht widersprechen, bei Negation, bestenfalls Ignorierung der Einheitlichkeit des Marxismus als revolutionärer Theorie und bei ausgeprägter Stoßrichtung gegen die Weiterentwicklung des Marxismus zum Marxismus-Leninismus.[10]

Beim Parteivorsitzenden *Brandt* äußert sich das so: Auf der Bonner Konferenz im Februar (Frankfurter Rundschau: „Sozialdemokratische Leichenfeier mit linken Lücken") bezeichnet er *Marx* als einen großen Denker des 19. Jahrhunderts, als einen für die Geschichte der Arbeiterbewegung bedeutenden Theoretiker, als jemanden, dessen Analysen „vielfach richtig" waren, dessen Kategorien und Methoden in

8 An dieser Stelle muß die informative Dokumentenausstellung des Historischen Archivs der Stadt Köln vom 3. März bis 20. Mai 1983 erwähnt werden: „Karl Marx und Köln/1842–1852/Briefe-Texte-Bilder-Faksimiles". Einige Dokumente wurden erstmalig veröffentlicht, die das Bild der politischen Aktivitäten von Marx in dieser Stadt abrunden. (Ausstellungskatalog beim Historischen Archiv der Stadt Köln, Severinstraße 222–228.)

9 Die offizielle Sozialdemokratie überging keineswegs den 100. Todestag. Anfang Februar veranstaltete die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Bonn eine „wissenschaftlich-politische Konferenz", im März folgte in Verbindung mit der Deutschen UNESCO-Kommission ein dreitägiger internationaler Kongreß in Trier „Karl Marx in Afrika, Asien und Lateinamerika", das Karl-Marx-Geburtshaus wurde als modernes Museum neueröffnet, und im Trierer Stadttheater wurde von der FES, der Landesregierung Rheinland-Pfalz und der Stadt Trier gemeinsam ein Festakt begangen.

Besonders bemerkenswert ist das März-Heft des Theorie-Organs „Die Neue Gesellschaft". In der Einleitung steht Ungewöhnliches: „... wir erinnern an Karl Marx – nicht obwohl, sondern weil wir uns um Aktualität bemühen." Ein wirkliches Novum für diese Zeitschrift ist der Abdruck einer sachlichen Diskussion „Nach 100 Jahren: Was bleibt von Karl Marx?" zwischen Vertretern der SED (wie O. Reinhold) und der SPD (P. Glotz). Im Rahmen der internationalen FES-Tagung kam es erstmalig zu mehr oder weniger offiziellen Kontakten zwischen SPD und SED, eine neue Tendenz, die durch die Teilnahme von SPD-Vertretern an der Marx-Konferenz der SED in Berlin im April unterstrichen wurde. Es ließe sich wünschen, daß derartige Begegnungen zu entsprechenden Schritten innerhalb der Bundesrepublik führten.

10 Vgl. E. Fromm/R. Raffel, Tendenzen der gegenwärtigen bürgerlichen Marxismuskritik, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Berlin, Nr. 2/1983, S. 162.

einigen Teilen „auf faszinierende Weise modern geblieben" sind; sein Gesamturteil jedoch lautet: „Seine Antworten erwiesen sich vielfach als falsch, seine Hoffnungen als trügerisch." Und was ist von *Marx* geblieben? „Tiefe, unverwechselbare Spuren in unserem Denken."[11] Das war es denn. Der Eindruck einer „Leichenfeier" ist durchaus verständlich. So redet man hierzulande eben von Toten. Damit meine ich nicht nur die Phrasenhaftigkeit und Unklarheit der Sprache, sondern auch dies: Wenn die Gedanken von *Marx*, die ja im 19. Jahrhundert gedacht wurden, das „moderne" Denken „mitgestaltet" haben, in dieses „eingegangen" sind, und sei es auch mit „tiefen Spuren", dann soll damit gesagt sein, daß der Marxismus im modernen Geistesleben verschwunden ist. Er hat keine selbständige Existenzberechtigung mehr neben den angeblich so zeitgemäßen Wissenschaften der Soziologie, Volkswirtschaftslehre und sonstigen Disziplinen des bürgerlichen sozialwissenschaftlichen Betriebs.

Hochgelobt von der Presse erschien der einzige bürgerliche Sammelband zum Jubiläum.[12] Hier kommt die buntscheckige, in der Bundesrepublik und Westberlin wirkende „Marxbeschäftigung" der älteren Generation zu Wort (die 18 Autoren sind alle über 50, zwei Drittel über 60 Jahre alt). Darunter sind viele Renegaten der kommunistischen Bewegung und sogenannte Dissidenten aus sozialistischen Ländern. Ernsthaftere bürgerliche Marxforscher sind nur ausnahmsweise vertreten. Nachfolgend soll nur auf *Richard Löwenthal* eingegangen werden, weil er zu den einflußreicheren sozialdemokratischen Autoren zählt und in seinem Beitrag („Die Lehre von Karl Marx und ihr Schicksal") typisch rechtssozialdemokratische Partialvereinnahmung von *Marx* betrieben wird.

Auch *Löwenthal* kommt zunächst nicht ohne die Phrase von der Diesseitsreligion aus und philosophiert sogar seitenlang über die „Lehre von der Verwirklichung des Heils auf dieser Erde". Dennoch reicht ihm Religionsähnlichkeit nicht zur Erklärung der „ungeheuren Wirkung" des Marxismus. Dessen Eigentümlichkeit sieht er in seinem Doppelcharakter: außer der „diesseitigen Heilserwartung" enthalte er auch „wissenschaftliche Analyse".

Anerkennung findet z. B. die „wissenschaftliche Analyse" der „Tendenz zur Konzentration wirtschaftlicher Macht"; auch den Zusammenhang zwischen Klassenstrukturen und den ökonomischen Verhältnissen akzeptiert *Löwenthal*. Er verzichtet darauf, die These vom diktatorischen Eiferer auf die Person Marx' anzuwenden, wenngleich er diesen Knüppel voll auf Lenin niedersausen läßt. Bei den ökonomischen Gesetzen schränkt *Löwenthal* aber sofort warnend ein. Keineswegs dürften sie als „Universalschlüssel" der gesellschaftlichen Entwicklung überbewertet werden. Vielmehr seien sie nur ein „wesentlicher Faktor" unter anderen. Hier habe *Marx* geirrt. „Weit unterschätzt" habe er den Wirkungsbereich des Staates in modernen Gesellschaften. Die zu enge Anbindung des Staates an die ökonomischen Mächte, die *Marx* dazu verleitete, in allen kapitalistischen Staaten mit Notwendigkeit die Diktatur der Bourgeoisie verkörpert zu sehen, sei nur der Zeitgebundenheit der Wahrnehmung zu verdanken, entstamme „einer Zeit vor der vollen Entfaltung der modernen Demokratie".

11 Zitate nach dem hektographierten Redemanuskript, in: SPD-Pressedienst vom 3. Februar 1983, Bonn.
12 O. K. Flechtheim (Hrsg.), Marx heute. Pro und contra, Hamburg 1983.

Was erreicht der Autor, wenn er *Marxens Theorie* des Staates (ist gleich Diktatur unabhängig von der politischen Form) freundlich-schulterklopfend als Fehler mit den empirischen Zeitverhältnissen entschuldigt? Zunächst entschuldigt *Löwenthal* seine eigene Partei, welche der Marxschen Theorie zufolge schließlich in der Regierung jahrzehntelang die Klassenherrschaft der Bourgeoisie verwaltet hätte. Doch *Löwenthal* geht mit seiner „Autonomisierung" des kapitalistischen Staates noch weiter. Die „Ersetzung(!) des Kapitalismus durch eine staatlich gesteuerte Mischform" habe den Marxismus im Westen zur Bedeutungslosigkeit verdammt.

Im Grunde ist es makaber, wenn führende Sozialdemokraten (auch *Brandt* schloß sich *Löwenthal* an) die „Mischform" und die neuen „wirtschaftlichen Steuerungsmöglichkeiten" des modernen Staates gegen *Marx* ins Feld führen. Man fragt sich nämlich, was die SPD überhaupt 13 Jahre lang mit den staatlichen Steuerungsmöglichkeiten geleistet hat, daß sie nun von der ökonomischen Krise überschwemmt und von den daraus entstandenen konservativen Reaktionen weggespült wurde. Rächte sich hier nicht unmittelbar praktisch die sozialdemokratische Abkehr von *Marx*, einschließlich seiner Staatstheorie? Lernfähigkeit bei dieser Partei vorausgesetzt, könnte ihr *Marx* wieder weiterhelfen. Allerdings der ganze, kein vom Opportunismus und Pragmatismus zurechtgestutzter.

V. Rückwärtsgang im „Argument"[13]

Der vorliegende „Argument"-Sonderband[14] darf vor allem deshalb Aufmerksamkeit beanspruchen, da der Leser Auskunft über Positionen und Trends bestimmter an *Marx* orientierter Gruppen linker Intellektueller erwarten kann. Zwar kommen nicht, wie es die Herausgeber behaupten, „die wichtigsten theoretischen und politischen Tendenzen des Marxismus unseres Landes zu Wort" – es sei denn, man überläßt die Marxismusdefinition den Herausgebern –, aber unwichtig sind die präsentierten Positionen und Strömungen nicht.[15]

In der Einleitung bleibt die Titelbegründung noch bei allgemeinen Floskeln über „kritische Neulektüre von Marx", „konstruktive Kritik", „Beitrag zur marxistischen Lernfähigkeit", Bemühung um „einen Marx von morgen", „vielstimmigen Beitrag zur marxistischen Lernfähigkeit" in „‚ökumenischem' Sinn" usw. Es waltet das Bemühen, im Marxverständnis Kreativität und Modernität zu demonstrieren, um ja nicht in den Geruch der Unbelehrbarkeit und des „Dogmatismus" zu kommen – beides Verdikte, mit denen man heute wie eh und je den kämpferischen, mit der marxistischen Arbeiterpartei verbundenen Marxismus belegt. Natürlich bedarf eine derartige Orientierung der legitimatorischen Zugabe, denn: kein Retter ohne Not-

13 Die Auseinandersetzung mit dem „Argument"-Sonderband verarbeitet zu großem Teil Manuskripte von Heinz Jung.

14 Argument – Sonderband AS 100, Aktualisierung Marx', Westberlin 1983, herausgegeben von Detlev Albers (Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft), Elmar Altvater (Probleme des Klassenkampfs), Wolfgang Fritz Haug (Das Argument).

15 Nicht zu bestreiten sind die Wirkung von „Argument"-Ideen auf Teile der sozialwissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz und ein darüber vermittelter Einfluß auf die politische Linke in der Bundesrepublik und Westberlin. Im Unterschied zu Manfred Buhr (vgl. Deutsche Zeitschrift für Philosophie 6/83, S. 661) sieht deshalb der Verfasser in der Auseinandersetzung mit derartigen Positionen keine unangebrachten „Überhöhungen von Zufälligkeiten".

fall. Und das ist die „Krise des Marxismus", aus der die Verfasser das beste zu machen gedenken. „Aktualisierung" ist somit programmatisch gemeint.

Wir greifen etwas vor: Der Band beginnt mit der Aufforderung zur „kritischen Neulektüre" und endet mit einem Satz, der die kaum verklausulierte Aufforderung zum Sturz, zur Abschaffung des sozialistischen Staates enthält. Jene geistige Strömung, die im „Argument" dominiert, befindet sich gegenwärtig unter dem Druck der Krise und der „geistigen Wende" nach dem Aufbruch der 60er und 70er Jahre im Rückwärtsgang. Es handelt sich dabei nicht nur um einen BRD-internen Prozeß, sondern diese Tendenz charakterisiert mehr oder weniger auch die sogenannte Eurolinke, als deren Bestandteile sich die Herausgeber und die meisten Autoren verstehen. Die Preisgabe oder der leichtfertige Umgang mit Marxschen – ganz zu schweigen von Leninschen – Positionen stehen hier nicht erst heute auf der Tagesordnung. Insofern sind die in diesem Sonderband sichtbaren Tendenzen auch in einen größeren Zusammenhang zu stellen.

Es könnte geltend gemacht werden, daß man Strömungen des Lesepublikums mitvollziehen muß, wenn man bei ihm Einfluß behalten will. Insofern könnte die Dialektik-Inszenierung des „Argument"-Herausgebers *W. F. Haug*, nämlich unterschiedliche Meinungen und Positionen in Diskussionszusammenhänge zu bringen, für sich in Anspruch nehmen, Unterschiede und Gegensätze, die ohnehin vorhanden sind, zum produktiven Austrag zu bringen. Letzteres ist jedoch deshalb nicht der Fall, da faktisch Abgrenzungs- und Ausgrenzungspraktiken gegen links in Gang gekommen sind – und das trotz oder gerade mithilfe des proklamierten „ökumenischen Geistes", des Pluralismus und „Polyzentrismus". Bis auf Ausnahmen sind in diesem Band die Literaturverzeichnisse dafür dokumentarische Belege. Zum Schaden für das wissenschaftliche Niveau werden Arbeiten aus der DDR, der UdSSR usw. schon gar nicht mehr reflektiert.

Der Einleitungsbeitrag ist von *W. F. Haug* verfaßt und verdient wegen seines programmatischen Charakters besondere Aufmerksamkeit. *Haug* tritt an, um dem „Polyzentrismus" im Weltmarxismus mit „neuem Denken" Rechnung zu tragen (S. 9). Sein Plädoyer für „marxistische Ökumene" ist im ersten Schritt eine Anklage gegen Auslegungsmonopole in Sachen Marxismus: gegen den Monopolanspruch *einer* Partei, gegen den Monopolanspruch der *Form Partei* und überhaupt gegen das Ansinnen, „den marxistischen Standpunkt durch den Apparat festlegen zu lassen" (S. 14).

Wenn der Autor mit „Polyzentrismus" die Notwendigkeit scharfen Meinungsstreits und intensiver wissenschaftlicher Debatten meint, dann rennt er bei den von ihm gemeinten Marxisten offene Türen ein. Möglicherweise entspringt seine Sorge um eine Verengung jenes Marxismus, der sich einer Partei verpflichtet weiß, aber auch einer Unkenntnis der offenen marxistischen Diskussion z. B. in der Sowjetunion oder der DDR.

Aber *Haug* scheint „Polyzentrismus" weitergehend zu verstehen. Für ihn sieht die Wirklichkeit so aus, daß „gewisse Parteien" die wissenschaftliche Theorie den politischen Zwecken ihrer „autoritären Staatssozialismen" (S. 10) unterordnen, anstatt daß sich umgekehrt „Forderungen an die Partei (und ihre Führungen) vom Standpunkt des Wissenschaftlichen ergeben". Ist *Haug* demzufolge für eine wissenschaftlichere Parteipolitik? Mitnichten. Er fordert für den Marxismus eine neue

Entwicklungsbahn außerhalb einer Orientierung an praktischen Kampforganisationen überhaupt, nämlich die Vielfalt „anderer gesellschaftlicher Formen und Institutionen, in denen sich der Marxismus eigenständig entwickeln kann" (S. 14).

Gewiß, marxistische Theorie kann sich auch weiterentwickeln außerhalb der wichtigsten Organisationsform der revolutionären Praxis, die selbständige Arbeiterpartei heißt. Sogar ohne Orientierung auf diese. Obgleich, um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, *Karl Marx* selbst jene revolutionäre Arbeiterpartei für eine unverzichtbare Erfolgsbedingung der sozialen Emanzipation erklärte und seine Wissenschaft für *sie* betrieb. Es ist auch zuzugestehen, daß es Perioden in sozialistischen Ländern gab, wo marxistische Wissenschaft durch pragmatische Unterordnung unter ein falsches Praxisverständnis stark eingeengt wurde. (Daß diese Perioden Vergangenheit sind, zeigt heute schon die Mannigfaltigkeit der verlegten Literatur und der theoretischen Diskussion.)

Möchte *Haug* also die marxistische Wissenschaft vor Deformation schützen? Das wollen jene Marxisten, die in der Kampfpartei die höchste Organisationsform verändernder Praxis sehen, auch. Doch während gerade *diese* (in der Praxis parteiorientierten) Marxisten *keinen* Allein-Erkenntnisanspruch erheben, verlangt *Haug* von der marxistischen Wissenschaft nicht nur Selbständigkeit, sondern darüber hinaus die vollständige *Trennung* der Wissenschaft von der Orientierung an einer politischen Organisation. Die Frage liegt auf der Zunge, wer hier eigentlich „ökumenischer" ist: Kämpferische Marxisten, welche Marxismus auch ohne Parteiorientierung gelten lassen, oder diejenigen, welche Partei mit Zerstörung des Marxismus identifizieren, den Bannfluch im Munde?

Für *Haug* steckt die Deformation des Marxismus bereits in der Verknüpfung mit Parteipolitik überhaupt. Nur noch wenig verklausuliert spricht er der politisch organisierten Arbeiterbewegung das Recht ab, wissenschaftliche Erkenntnisse in den Dienst ihres Kampfes für die soziale Emanzipation zu stellen: „Die Logik des wissenschaftlichen Prozesses ist unvereinbar... mit der Subordination unter Logiken der politischen Organisation" (S. 18).

Was soll der Marxismus dann noch sein? Abstrakter Selbstvervollkommnungsprozeß einer autonomen Wissenschaft? Was ist das Kriterium für Marxismus? *Haug* weicht solchen Fragen aus, und indem er dies tut, bleibt der Eindruck unwiderlegt bzw. wird bekräftigt, daß Orientierung auf revolutionäre Praxis, daß positiver wissenschaftlicher Bezug auf die Arbeiterbewegung nicht mehr Basiskonsens des Marxismus sein soll. Der Angriff auf die Parteiorientierung erweist sich als Attacke gegen die Praxisorientierung überhaupt.

Jener „Polyzentrismus", der in Wahrheit nicht produktiven Meinungsstreit über den kürzesten Weg der Menschheit zur bewußten Gestaltung ihres Lebensprozesses meint, sondern die Öffnung des Marxismus für allerlei Strömungen, die mit diesem Ziel nichts gemein haben, wird von *Haug* wissenschaftstheoretisch begründet. Zunächst erfolgt der terminologische Vorschlag, in Zukunft statt von Marxismus lieber von wissenschaftlichem Sozialismus zu reden. Denn dadurch würde die „Wissenschaftlichkeit" stärker betont, die Eigenständigkeit des wissenschaftlichen Prozesses auch begrifflich gewürdigt. Und dann: „Dieser Prozeß ist notwendig kontrovers, vielstimmig, vorangetrieben von Divergenzen, von Tendenzen, die gegeneinander selbständig bleiben müssen" (S. 18). In der Tat ist dies der einzige

Anspruch, den *Haug* noch an den wissenschaftlichen Sozialismus stellt, zumindest im vorliegenden Beitrag. Abstrakte Diskussionskultur verschiedenster Denkansätze, die sich selbst genügt und sich selbst vergnügt in der Buntheit ihres vielstimmigen Konzerts. Nicht einmal die Frage nach der Erkenntnisleistung, der Wahrheitsannäherung jenes „vielzentrigen" Wissenschaftsbetriebs wird mehr gestellt. Warum auch? Die autonome Wissenschaftsentwicklung kann ihr Wahrheitskriterium per se nicht außerhalb ihrer selbst haben, etwa in der revolutionären Praxis einer Klasse.

Marxisten von *Marx* über *Lenin* und *Luxemburg* bis *Gramsci* haben nie ein Hehl gemacht aus ihren Anliegen, die Wissenschaft an der Praxis zu orientieren, und sie haben gleichzeitig nie die immanente Logik wissenschaftlicher Aneignung von Realität in Frage gestellt; sie haben nicht in Frage gestellt den Meinungsstreit als Mittel des Erkenntnisfortschritts, allerdings, was keine Einengung, sondern Schärfung ist, auf der Grundlage des theoretisch-methodologischen Instrumentariums des Marxismus. Stets notwendige *Offenheit* des Marxismus *für neue Probleme* haben sie nicht verwechselt mit *Öffnung* des Marxismus *für* andere, ihm theoretisch und methodisch *fremde Strömungen*. Und es ist keine Unterordnung unter die Logik der politischen „Organisation", wenn Erkenntnissuche auf die Praxis des Klassenkampfes und die praktische Wirksamkeit der Arbeiterbewegung und einer marxistischen Partei angelegt ist.

Weder hat marxistische Forschung ein ausschließlich pragmatisches Wissenschaftsinteresse (ist das „Kapital" nicht theoretische Grundlagenforschung par excellence?), noch erleidet die Suche nach Wahrheit Schaden, wenn sie verbunden wird mit der weltgeschichtlichen Perspektive der Befreiung der Arbeiterklasse. *Engels* sprach es so aus: „Je rücksichtsloser und unbefangener die Wissenschaft vorgeht, desto mehr befindet sie sich in Einklang mit den Interessen und Strebungen der Arbeiter." Er sah Einheit, wo *Haug* einen Gegensatz konstruiert. Auf die Bewährung seiner wissenschaftlichen Erkenntnisse in der revolutionären Praxis (diese ist in erster Linie Praxis der Arbeiterklasse, ist nicht zuletzt Tätigkeit der marxistischen Partei), auf Überprüfung, Korrektur und Weiterentwicklung seines Wissens innerhalb des Prozesses der Weltveränderung durch das revolutionäre Subjekt kann der Marxismus um den Preis seiner Selbstaufgabe nicht verzichten.

Jedes marxistische Denken muß daran gemessen werden, was es *positiv* mit dem Anliegen von *Marx* verbindet, die *praktische* Emanzipation der arbeitenden Klasse wissenschaftlich zu befördern. Ein konstruktives Verhältnis zur Arbeiterbewegung im eigenen Land, die Suche nach einem produktiven Platz im weltgeschichtlichen Befreiungskampf der Menschheit vom Imperialismus (was ein zumindest nicht feindseliges Verhältnis zu den sozialistischen Ländern und zur marxistischen Partei einschließt), das ist eine Plattform, breit genug, um darauf fruchtbar über angemessene Wege und Mittel der marxistischen Forschung wie über praktische Politik zu streiten. Jenseits dieser Verständigungsgrundlage wird jede Denkrichtung, wofür auch immer sie sich hält, sich entweder zu wirkungslosem Seminarmarxismus wandeln oder den Übergang zur „neutralen" Marxologie antreten.

Haugs „Polyzentrismus" ist aber faktisch schon zum Kampfbegriff gegen jene Verständigungsplattform geworden. „Der Polyzentrismus des Weltmarxismus ist unwiderrufliche Wirklichkeit geworden", behauptet er, um im gleichen Atemzug zur Ausgrenzung aller Nicht-Polyzentristen aufzurufen: „Eine zunehmend wichtige

Grenzlinie innerhalb des Marxismus bestimmt sich danach, ob eine bestimmte politisch-theoretische Formation diesem Sachverhalt Rechnung trägt oder nicht" (S. 31). Was soll das anderes heißen als daß alle, die Meinungsstreit, Diskussion, Auseinandersetzung nicht mit „Polyzentrismus" gleichsetzen, deren Kriterien für Marxismus oder Nicht-Marxismus *inhaltlicher* Natur sind und allein die Annahme oder das Aufgeben marxistischer Grundpositionen betreffen, jenseits dieser „Grenzlinie" stehen?[16]

Der Beitrag von *K. Holzkamp* fällt ebenso wie diejenigen von *K. H. Tjaden* und *F. Deppe* aus der Gesamttendenz des Bandes heraus. Eine „Krise des Marxismus" weist *Holzkamp* genauso zurück wie die Notwendigkeit einer „Aktualisierung von Marx". In solchen Formeln realisiere sich ein „Nachgeben des eigenen Kopfes gegenüber dem Druck des herrschenden Konsenses" (S. 63) bei denen, die glauben, angesichts neuer politischer und wissenschaftlicher Entwicklungen nur ernst genommen zu werden, wenn sie den Marxismus durch Hinzufügung von Elementen außerhalb seiner kategorial-methodologischen Grundlage „modernisieren". Eine derartige Öffnung – dies schreibt *Holzkamp* in *Haugs* Stammbuch –, führe zu einer Selbstzerstörung des Marxismus, weil damit seine spezifische Erkenntnisschärfe schwinde. *Holzkamp* beschreibt auch den auf die vermeintliche Öffnung des Marxismus folgenden Ächtungsmechanismus: Der erkenntnistheoretisch relativistische, undogmatische „Marxismus" wird in letzter Konsequenz den Marxismus, der an umfassender Wahrheitsannäherung mit seinen eigenen Erkenntnismitteln festhält, als anmaßend vom wissenschaftlichen Dialog exkommunizieren mit der Begründung, er schließe sich durch seinen Dogmatismus ja selbst aus der Kommunikation zwischen Wissenschaftlern aus (S. 63).

Obwohl hier das Verhalten der „Argument"-Redaktion korrekt beschrieben wird, ist es m. E. ungenügend, Revisionismus (und darum handelt es sich) nur auf der psychologischen Ebene des „subjektiven Revisionismus" zu erfassen; er ist eine theoretisch-ideologische Tendenz. *Holzkamps* Bestimmung ist schwer zu unterscheiden von dem Phänomen des Opportunismus.

K. H. Tjaden argumentiert in jeder Hinsicht gegen die Grundtendenz des Bandes. Sein Beitrag nimmt die Marxschen Aussagen und Ansätze zum Verhältnis von Ökonomie und Ökologie produktiv auf. Offen wendet er sich wie *Holzkamp* gegen das „Aktualisierungs"-Konzept und implizit gegen *Haugs* Leitmotiv von der „Krise des Marxismus". Er bezieht auch die DDR-Diskussion mit ein. Vor allem aber zeigt *Tjaden* an der Sache, daß dieses Vorgehen tatsächlich zu Erkenntnisgewinn führt. Er demonstriert, daß die Anwendung der Marxschen Bestimmungen des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate eine solide Grundlage zum Verständnis jenes kapitalistischen Wachstumstyps ist, der per Steigerung der Arbeitsproduktivität und massenhafter Aneignung von Stoffen und Kräften der außermenschlichen Natur die ökologische Krise herbeigeführt hat.

Obwohl sich *F. Deppe* in seinem Beitrag nicht ausdrücklich gegen das Konzept des Bandes ausspricht, tut er dies der Sache nach: in der Darstellung wichtiger Elemente

16 Auch Robert Steigerwald kritisiert in derselben Richtung Haugs Aufsatz, „der anfangs die Beliebigkeit oder Unverbindlichkeit des Marxismus, dann aber die Verbindlichkeit der Haugschen Les- und Denkweise darlegt". In: Gibt es vor lauter Marxismen keinen Marxismus mehr? Rezension des Argument-Sonderbands in Heft 3/83 der „Marxistischen Blätter", S. 122ff.

der Politiktheorie von *Karl Marx* und in ihrer Anwendung vor allem auf die neuere Diskussion über und im Anschluß an *A. Gramsci.*

Wenden wir uns nun den Beiträgen zu, die gewissermaßen den derzeitigen „Argument"-Kern repräsentieren und damit wohl auch die Intention des Herausgebers. Bei *F. Haug* geht es vor allem um die nochmalige Darlegung der Intention und der Theoriekomponenten des Projekts Automation und Qualifikation. An *Marx* kritisiert sie, wie er die zwei Reiche „Freiheit und Notwendigkeit" faßt und vor allem, worin seine Analyse des kapitalistischen Fabriksystems falsch sei. Die „industriesoziologischen Beschreibungen" im „Kapital" kritisierten Dequalifikationsprozesse („Verelendungsdiskurs") und mäßen sie am Maßstab eines „utopischen Handwerksmeisters"; diese Position werde durch mit moderner Automationsarbeit verbundene Höherqualifikation Lügen gestraft. M. E. stellt *Marx* vielmehr, auch empirisch, den Umstand dar, daß das soziale Herrschaftsverhältnis zwischen Kapital und Arbeit auch technologisch sich seinen feindlichen Ausdruck gegen die lebendige Arbeit verschafft.[17] Der Autorin, welche die neue Produktivkraft Automation die letzten Privilegien von Männern gegenüber Frauen, Kopf- gegenüber Handarbeit, Fach- gegenüber Hilfsarbeitern und von Meistern gegenüber sonstigen Arbeitern niederreißen sieht, würde die stets erneute Kontrolle jener immanenten „Auflösungstendenzen" durch das Kapital nicht so viel Kopfzerbrechen bereiten, wenn sie sich über die Formspezifik des Kapitals klarer wäre: darüber, daß seine Grundtendenz die aktive Unterwerfung der menschlichen Arbeitsqualifikation, welchen Stand diese auch immer erreicht hat, unter den Verwertungszweck ist, woraus ihre Deformation und Blockierung folgt. Leider geht der Verfasserin auch völlig die Fähigkeit ab, auf vorgetragene Einwände ernsthaft einzugehen (z. B. auf die Kritik *Lothar Peters*).

Eine besondere Dreistigkeit – der Begriff ist in vollem Bewußtsein gewählt – im Umgang mit *Marx* dokumentiert *M. Jäger.* Er macht aus *Marx* einen Schwärmer für Dezentralismus und Kommunalismus und bleibt wohl allein deshalb bei einem verbalen Marx-Bezug, um die Autorität von *Marx* gegen *Lenin* und den Sozialismus zu nutzen. „Lenin dagegen, der nicht nur Staatszentralist war, sondern auch behauptete, Marx sei ein solcher gewesen, muß revidiert werden" (S. 124). *Marx* wird als Naivling vorgestellt; der Stellenwert dieser Frage, nämlich als Organisations*form* des Staates, bei *Marx* und in der Geschichte wird unterschlagen. *Jäger* will seinen Lesern aufschwätzen, die Kommunalisierung der Gesellschafts- und Staatsverfassung sei die Straße der Emanzipation – und das immer und überall. Wie bekannt, war jedoch die Kommunalisierung vielfach eine konservativ-reaktionäre Bewegung (z. B. während der französischen Revolution die föderalistische Bewegung der Girondisten). Überall dort, wo die Bourgeoisie als Klasse noch zahlreich und stark ist, befestigt gerade der Kommunalismus ihre Herrschaft. Daß *Marx* aus der auf die Stadt Paris beschränkten Kommune von 1871 niemals den „Dezentralismus" verabsolutierte, beweist seine gesamte historische Praxis. Aber wenn man nach weiteren 100 Jahren praktischer Erfahrungen des Klassenkampfes – man stelle sich eine „dezentralisierte" Abwehr der Konterrevolution und Intervention 1918–1920 in

17 Vgl. dazu im vorliegenden Band Näheres bei M. Müller/W. Focke, die den Forschungsprozeß von Marx hinsichtlich dieses Themas untersuchen.

Rußland oder gar eine „dezentralisierte" Überwindung der faschistischen Militärmaschine im 2. Weltkrieg vor – das allen Ernstes als „marxistische Staatstheorie" ausgibt, dann ist der sprichwörtliche Elfenbeinturm des bürgerlichen Intellektuellen noch ein Hort des Realismus, verglichen mit solcher Art „Marxismus".

K. E. Lohmann vertritt die Branche der staatlich etablierten bürgerlichen Sozialismus-Forschung, in der sich in den 70er Jahren auch linker Anspruch geltend machte, und zwar zweifellos mit bestimmten innovatorischen Impulsen. Aber vom marxistischen Anspruch ist da nichts mehr übrig. Die marxistisch-leninistische Sozialismustheorie wird gar nicht zur Kenntnis genommen (Literaturliste). Der Verfasser schwimmt voll im Sog der Sowjetologie, für die sich der Staat im Sozialismus total verselbständigt hat und das Staatspersonal zur herrschenden Klasse geworden ist. Es versteht sich von selbst, daß in dieser Sicht der „Staatssozialismus" in der UdSSR, der DDR usw. mit dem Marxschen Sozialismus nichts zu tun hat, was in die schon erwähnte Aufforderung zur Bekämpfung und Abschaffung des sozialistischen Staates mündet.

Relativ knapp können die übrigen Beiträge abgehandelt werden, die dem Umkreis der anderen im Herausgeberkreis vertretenen Zeitschriften entstammen. Die „spw" (sozialistische politik und wirtschaft), die sich als Organ von Marxisten und Sozialisten in der SPD versteht, ist nur mit einem Beitrag von *D. Albers* vertreten.[18] Er versucht, *Marx* durch die Brille des Austromarxismus und eines eurokommunistisch oder eurosozialistisch interpretierten *Gramsci* zu sehen. Hier setzen auch seine Strategie-Überlegungen an. Bei aller Respektierung seines Schemas der Abfolge von mittlerweile fünf marxistischen „Generationen", ihrer jeweiligen Stärken und Schwächen, gehörte zu einer historisch korrekten Bestandsaufnahme doch die Feststellung, daß der Sturz der bürgerlichen Ordnung bisher nur durch die ungeliebten Parteien des Marxismus-Leninismus erreicht wurde – einschließlich einer Entwicklung jenseits des Kapitalismus. Dies sollte auch Klarheit darüber einschließen, daß es eine antikapitalistische Strategie ohne die Auseinandersetzung mit Leninschen Grundideen und ohne die Zusammenarbeit mit kommunistischen Parteien kaum geben dürfte. Es gab Zeiten, in denen diese Sichtweise gute Tradition des Stamokap-Flügels der Jusos war.

Die Zeitschrift „Prokla" (und politisch das „Sozialistische Büro") ist mit Beiträgen von *Altvater, Hirsch* und *Wolf* präsent. Abgesehen von der Diskussion der Frauenfrage scheint die Rolle der Zeitschrift als Themenmacher der Vergangenheit anzugehören.[19] *E. Altvater* beschäftigt sich mit dem Charakter der derzeitigen Krise. Sein

18 Mit einer stärkeren Akzentuierung der Legitimität der Arbeit und Organisierung von Marxisten in der SPD äußert der Verfasser ähnliche Gedanken nochmals im Theorie-Organ der SPD „Die Neue Gesellschaft" (Nr. 3/1983).

19 Erneute Bestätigung ist Heft 50 „Marx und der Marxismus" vom März 1983. Am ausgeprägtesten tritt die opportunistische Tendenz gegenüber den neuen sozialen Bewegungen im Beitrag Alexa Mohls hervor. Durchaus mag ihre „emanzipationstheoretische Lesart der Marxschen Kapitaltheorie" emanzipatorisches Handeln „in den alternativen Bewegungen eingelöst" finden. Wenn sie Marx allerdings unterstellt, er habe die revolutionäre Rolle der Arbeiterklasse nicht aus ihrer objektiven Lage, sondern aus der „revolutionären Kühnheit" der zeitgenössischen Arbeiter begründet, dann ahnt man zwar, worauf die Autorin hinauswill, ist aber von ihrer fröhlichen Unbekümmertheit überrascht: Aus dem in der Tat beachtlichen Aufschwung von alternativen Massenbewegungen neben den betrieblich-gewerkschaftlichen Kämpfen heute leitet Mohl den historischen Wechsel der revolutionären Rolle ab. „Auch

Fazit: Es handelt sich um eine Formkrise, die vor allem die institutionalisierten Formen der Klassenbeziehungen und der Arbeitsorganisation in der Fabrik betrifft. Bei dieser Deskription bleibt es. Die Ursache, warum aus einer zyklischen Krise eine Formkrise wird, ist außer Sicht. Die ganze aktuelle Diskussion über Zyklizität und Überzyklizität der Krise wird ignoriert. Vor einigen Jahren hatte der Verfasser ein entwickelteres Problembewußtsein.

J. Hirsch bringt zwar nichts wesentlich Neues, aber dies sollte auch nicht immer erwartet werden und Kriterium sein. Er knüpft an die Staatsableitungsdebatten an und analysiert die gegenwärtige Krise mit Orientierung auf politisch-strategische Konzepte. Die interessanten Gedanken betreffen die Zusammenhänge zwischen bestimmten Produktionstypen und Hegemonieverhältnissen – allerdings mehr nach „hinten" als auf Gegenwart und Zukunft bezogen. Es bleibt undeutlich, ob nun die Krisenreaktion in der „Durchfordisierung" von Staat und Gesellschaft besteht oder ob eben die Krise des „Fordismus" auch neue Reaktionsmuster erwarten läßt. Ebenfalls nicht erläutert wird, worin denn nun in den Basisbeziehungen die Ablösung des „Fordismus" besteht. Das theoretische Grundproblem von *Hirsch* ist die Identifizierung von ökonomischen und Klassenverhältnissen, also im Anschluß an *Poulantzas* die Soziologisierung der politischen Ökonomie. Gerade hier hätte die originäre „Befragung" von *Marx* nützlich sein können.

F. O. Wolf putzt seinen Beitrag zu Grundlagen und Strukturen des Staates mit dem modischen Flair der aktuellen Diskussionsthemen (Ökologie, Frauenbewegung) auf. Er sieht faktisch den Staat schon heute auf vielen Gebieten „absterben". Was den sozialistischen Staat betrifft, so spreizt der Autor sich ganz als orthodoxer Leninist (gegen die Existenz von Staat im Sozialismus) – eine im Rahmen dieses Bandes zumindest originelle Position. Nur hat er leider Lenin schlecht gelesen (vgl. „Staat und Revolution", LW 25, S. 483).

Als für die Konstruktion des Sonderbands auffällig kann vermerkt werden, daß die Richtungen der sogenannten Frankfurter Schule (*Offe, Schmidt, Negt, Habermas*) nicht zu Wort kommen oder – da *Marx* für sie vielleicht kein Thema mehr ist – kommen wollten. Letzteres könnte sowohl aus der aktuellen Entwicklung als auch infolge ihres sonstigen Schweigens zu diesem Anlaß vermutet werden.[20]

in ihrer Kampfpraxis demonstrieren die neuen sozialen Bewegungen, daß die Marxschen Bestimmungen emanzipatorischen Handelns eher auf sie als auf die alte Arbeiterbewegung zutreffen" (S. 74).

Auf gleicher Linie, allerdings in der gespreizten Begrifflichkeit der „Kritischen Theorie", bietet D. Hassenpflug (angestoßen durch ein Buch von Schmied-Kowarzik) die soundsovielte „Rekonstruktion" des historischen Materialismus an. Es kommt zunächst das Übliche heraus: Das Kapital schwebt als selbständiges Subjekt über der gesellschaftlichen Praxis der Menschen, weil diese ihre eigene Subjektivität in jenes „entfremdet" haben. Während aber die bisherigen „Entfremdungstheoretiker" keinen Ausweg aus jener Misere boten als das „Sich-die-Entfremdung-aus-dem-Kopfe-schlagen", was verständlicherweise wenig bewirkte, hat Hassenpflug eine zumindest originellere Lösung. Flugs erinnert er sich, daß kapitalistische Gesellschaft kapitalistische Industriegesellschaft ist. Also befreit man sich vom Kapital, indem man sich von – Industrie befreit. Dem alternativen Ökobauern, falls er in den Besitz der Prokla 50 geraten ist, schlägt das Herz höher, wenn er seine Tätigkeit mit solch erhabenem Schlußsatz gewürdigt sieht: „Die Philosophie der Praxis lebt in ihrem Anderen, in der die entfremdeten Verhältnisse wirklich aufhebenden Praxis, in der industriekritischen Bewegung" (S. 98).

20 Eine Ausnahme macht O. Negt, der vier Seiten als „Brief an Karl Marx" in der Westberliner Literaturzeitschrift „Freibeuter" publiziert hat, die von mehreren anderen Blättern nachgedruckt

Wenn, wie gegenwärtig, der Druck auf die linke Intelligenz zunimmt, muß der theoretische Konsens über *Marx* brüchiger werden, wenn nicht der politische Zweck des Klassenkampfs und der revolutionären Überwindung des Kapitalismus erkenntnis- und diskussionsleitend bleibt und die Aneignung der Marxschen Theorie bestimmt. Die Deutlichkeit der hier vorgetragenen Kritik insbesondere gegenüber der gegenwärtig im „Argument" dominierenden Richtung, entspringt dem aktuellen Anlaß. Der Anspruch, als Marxist zu diskutieren, kann nur dann – objektiv und subjektiv – akzeptabel sein, wenn marxistische Grundpositionen aufrecht erhalten werden, da er sonst weder dem Gebot der wissenschaftlichen noch der individuellen Aufrichtigkeit gerecht wird.

wurden. Die revolutionäre Rolle der Arbeiterklasse abzuschreiben, ist bekanntlich altes Gedankengut der „Kritischen Theorie". Als Ersatz dienten 1968 die Studenten. Was liegt für Negt näher, als heute die neuen sozialen Bewegungen und Widerstandsformen „außerhalb des (von Marx; W. S.) zum Kollektiv-Subjekt aufgewerteten Proletariats" zu bemühen, selbstverständlich im Gegensatz dazu. Undialektisch ist dieses Unternehmen Negts, weil er vergißt, daß Gesellschaft Totalität (einst ein Lieblingswort der „Kritischen Theoretiker") ist, somit Arbeiterklasse und andere Schichten keinen prinzipiell verschiedenen gesellschaftlichen Widersprüchen ausgesetzt sind. Anstatt zu analysieren, warum auf die gleichen sozialen Widersprüche der kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsform Arbeiter und Mittelschichten unterschiedlich reagieren, um zu einer antikapitalistischen Zusammenführung beider Kräfte beizutragen, versimpelt Negt das Problem, indem er zum absoluten und unhinterfragten Ausgangspunkt der neuen Initiativen den reinen Wunsch erklärt, „in alter Weise nicht mehr leben zu wollen".

Für jenen neuen Willen keine andere Begründung als sein empirisches Dasein aufzubieten, nenne ich einen oberflächlichen, verengten Ansatz. Daß ausgerechnet Negt den Vorwurf der Verengung auf Marx richtet, dessen Theorie doch die subjektiven Vorstellungen der Menschen mit ihrer sozialen Lebenslage zu vermitteln trachtet, ist fatal genug. Hier sitzt der Autor vollständig dem bürgerlichen Zerrbild auf, daß Marx nur ökonomische Faktoren kenne und sonst nichts. Aber Kenntnis von Marx zeichnet auch sonst nicht den „essayistischen Nekrolog" des „enttäuschten Philosophen" (Zeitschrift „Revier") aus.

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 6/1983

Ein bisher unveröffentlichter Marx-Text liegt vor.

Zum Erscheinen des MEGA-Bandes II/3.6, der die Hefte XIX bis XXIII des Manuskripts „Zur Kritik der politischen Ökonomie" enthält.

Manfred Müller/Wolfgang Focke

I. Zur Theorie des relativen Mehrwerts – II. Über die Reproduktionstheorie – III. Ergänzungen zur Geschichte der Mehrwerttheorie

Am Vorabend des 165. Geburtstages und des 100. Todestages von *Karl Marx* erschien ein neuer Band der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA²), das Buch II/3.6, das den letzten Teil des Manuskripts „Zur Kritik der politischen Ökonomie" (1861–1863) enthält. Damit liegt das Manuskript – der zweite Entwurf des „Kapital" – vollständig vor. Das erste Buch, im Jahre 1976 publiziert, und das sechste bergen insgesamt Grundsätzliches über den Produktionsprozeß des Kapitals, nämlich Darlegungen zur Verwandlung von Geld in Kapital, zur Produktion des absoluten und des relativen Mehrwerts sowie zur Rückverwandlung von Mehrwert in Kapital, sind also Themen des späteren ersten Bandes des „Kapital" gewidmet. Es ist, mit *Friedrich Engels'* Worten, „die erste vorhandne Redaktion dafür".[1] Die Bücher zwei bis vier umfassen „eine ausführliche, kritische Geschichte des Kernpunkts der politischen Ökonomie, der Mehrwertstheorie".[2] *Marx* überschrieb sie mit „Theorien über den Mehrwert". Im fünften Buch schließlich findet sich die ursprüngliche Fassung einiger grundlegender Erkenntnisse des späteren dritten Bandes des „Kapital", so der Verwandlung von Mehrwert in Profit, der Theorie des Durchschnittsprofits und des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate, sowie eine Ausarbeitung zum Thema „Das merkantile Kapital. Das im Geldhandel beschäftigte Kapital".

Die Anordnung des Textes bzw. die Reihenfolge der Bücher erscheint nur auf den ersten Blick problematisch, denn darin widerspiegeln sich der spezifische Charakter und die Entstehungsgeschichte des Manuskripts von 1861–1863. Als *Marx* im August 1861 mit der Arbeit am „3. Kapitel: Das Kapital im Allgemeinen" – so lautet der Untertitel des Manuskripts – begann, gedachte er eine Reinschrift für den Druck anzufertigen. Während er für bereits gewonnene Erkenntnisse nach einer möglichst

1 Friedrich Engels, Vorwort zu: Karl Marx, Das Kapital. Zweiter Band, in: MEW, Bd. 24, S. 8.
2 Ebenda.

vollkommenen, endgültigen Darstellungsweise suchte, kamen ihm jedoch Bedenken, bearbeitete er bisher unzureichend geklärte Probleme und schuf neue wesentliche Elemente seiner Kritik der bürgerlichen politischen Ökonomie, wobei das Manuskript immer mehr die Merkmale eines Forschungsmanuskripts annahm. So sind hier erstmals, über die Ausgangsthesen hinausgehend, in reifer Form entwickelt: die Theorie des Durchschnittsprofits und des Produktionspreises, die Lehre von den besonderen Formen des Mehrwerts: industrieller Profit, Rente und Zins, sowie wesentliche Elemente der Reproduktions- und Krisentheorie. Das geschah vor allem in den „Theorien über den Mehrwert".

Der besondere Stellenwert des Manuskripts von 1861–1863 resultiert nicht zuletzt daraus, daß hier der endgültige Aufbauplan für *Marx'* Hauptwerk, der die folgerichtige und in sich geschlossene Darstellung des ökonomischen Bewegungsgesetzes des Kapitalismus enthält, zur Reife gelangte.[3] Die Darstellung der bürgerlichen Produktionsverhältnisse, wie sie im 1859 veröffentlichten ersten Heft von „Zur Kritik der politischen Ökonomie" noch abstrakt gegeben wurde, sollte durch den theoretischen Nachweis des antagonistischen Widerspruchs zwischen Kapital und Lohnarbeit, die systematische Darstellung des Mehrwerts in „reiner" Gestalt, unabhängig von seinen besonderen Formen: industrieller Profit, Rente und Zins, konkretisiert werden. Es entwickelten sich schließlich alle wesentlichen Voraussetzungen für eine Darstellung des Mehrwerts im umfassenden Sinne. Die wissenschaftliche Begründung für die welthistorische Aufgabe der Arbeiterklasse wurde vollendet.[4]

Für die Herausbildung und Entwicklung der ökonomischen Lehre von *Marx* waren die Jahre von 1857 bis 1863 eine entscheidende Phase.[5] Im Januar 1863 beendete *Marx* die Niederschrift der „Theorien über den Mehrwert", wobei auch der endgültige, nahezu umfassende Aufbauplan für den späteren ersten und dritten Band des „Kapital" entstand. Kurz zuvor hatte er *Kugelmann* nicht nur mitgeteilt, daß der zweite Teil nun endlich fertig sei, „d. h. bis zum Reinschreiben und der letzten Feilung für den Druck".[6] Er nannte auch erstmals den Titel für sein Hauptwerk. Es sollte „Das Kapital" heißen und „Zur Kritik der politischen Ökonomie" nur als Untertitel tragen. Als sich *Marx* nun den Heften I bis V des Manuskripts von 1861–1863 zuwandte, wo die Verwandlung von Geld in Kapital sowie die

3 Siehe dazu auch: Der zweite Entwurf des „Kapitals". Analysen. Aspekte. Argumente, Berlin 1983. Dieser Sammelband, dessen Autoren zugleich die Herausgeber des Manuskripts von 1861–1863 in der MEGA sind, enthält wichtige Ergebnisse der wissenschaftlich editorischen Arbeit an diesem Manuskript.

4 Dieser zweite, allerdings noch nicht in sämtlichen Punkten völlig ausgearbeitete Entwurf des „Kapital" umfaßt etwa 1500 Handschriften-Seiten. Sie waren in ihrem Gesamtzusammenhang bisher nicht publiziert; und 650 Seiten gelangen sogar erstmals in der Sprache des Originals an die Öffentlichkeit. Diese Seiten liegen bereits in russischer Sprache vor. Siehe dazu die Bände 47 und 48 der zweiten russischen Werkausgabe der Werke von Marx und Engels: Sočinenija, Tom 47, Moskva 1973; Sočinenija, Tom 48, Moskva 1980.

5 Siehe dazu W. S. Wygodski, Die Geschichte einer großen Entdeckung, Berlin 1967; W. Tuchscheerer, Bevor „Das Kapital" entstand, Berlin 1968; W. Jahn/R. Nietzold, Probleme der Entwicklung der Marxschen politischen Ökonomie im Zeitraum von 1850 bis 1863, in: Marx-Engels-Jahrbuch, Nr. 1, Berlin 1978; W. Schwarz, Vom „Rohentwurf" zum „Kapital", Westberlin 1978; M. Müller, Auf dem Wege zum „Kapital", Berlin 1978; G. A. Bagaturija/W. S. Wygodski, Ekonomitscheskoe nasledie Karla Marksa, Moskva 1976.

6 Karl Marx an Ludwig Kugelmann vom 28. Dezember 1862, in: MEW, Bd. 30, S. 639.

Produktion des absoluten und relativen Mehrwerts behandelt werden, bemerkte er offenbar, daß für eine Reinschrift nicht alle Voraussetzungen gegeben waren: Es bedurfte mindestens noch der Erforschung einiger grundlegender Aspekte der Theorie des relativen Mehrwerts, insbesondere der kapitalistisch angewandten Maschinerie. *Marx* begann damit im Heft XIX, das inhaltlich an Heft V anschließt; und er führte durch die erneute Bearbeitung eine definitive Lösung des Problems herbei. Hier und in den folgenden Heften ist jene grundlegende Form der Mehrwertproduktion erstmals umfassend dargestellt,[7] sind auch wesentliche Aspekte der Reproduktionstheorie systematisch behandelt[8] und noch aufschlußreiche, *Marx'* Geschichte der Mehrwerttheorie ergänzende Materialien zusammengetragen. Der im MEGA-Band II/3.6 edierte Text ist daher beachtenswert für die Geschichte des „Kapital". Indem *Marx* seine Absicht aufgab, die Niederschrift des Manuskripts bei Heft XVIII abzuschließen, bewältigte er schließlich eine wichtige Etappe in Richtung einer vollkommenen Darstellung des kapitalistischen Produktionsprozesses.

I. Zur Theorie des relativen Mehrwerts

Als *Marx* sich erneut der Analyse kapitalistisch angewandter Maschinerie widmete, äußerte er gegenüber *Friedrich Engels:* „Es sind da einige kuriose Fragen, die ich bei der ersten Bearbeitung ignorierte."[9] In jener Bearbeitung kennzeichnete *Marx* die Maschinerie vor allem unter dem Gesichtspunkt des Verwertungsprozesses des Kapitals. Er unterschied die drei Produktionsmethoden des relativen Mehrwerts: die einfache Kooperation, die manufakturmäßige Arbeitsteilung sowie die auf Maschinerie beruhende Industrie voneinander, formulierte das Gesetz des relativen Mehrwerts und verwies auf die Folgen kapitalistisch angewandter Maschinerie für die Arbeiterklasse. Gestützt auf ein umfangreiches empirisches Material zur Geschichte von Wissenschaft und Technik, das in den Heften XIX und XX kritisch verarbeitet wurde, erfaßte er nunmehr den Entwicklungsprozeß vom Werkzeug zur Maschine und begriff gleichermaßen seinen inneren, notwendigen Zusammenhang mit der Herausbildung kapitalistischer Produktionsverhältnisse. *Marx* begründete, inwiefern die auf Maschinerie gegründete Industrie und die kapitalistische Konkurrenz als das Resultat eines historischen Prozesses aufzufassen sind; und realisierte als Konsequenz auch in der Darstellung die Einheit von stofflichem Inhalt und gesellschaftlicher Form. Denn er ging stets davon aus, wie in dem angeführten Brief unterstrichen ist, daß die Fragen der Technik „Sehr wichtig" sind, „wo es sich darum handelt, den Zusammenhang menschlicher Gesellschaftsverhältnisse mit der Entwicklung dieser materiellen Produktionsweise nachzuweisen".[10]

Die für jenen Manuskriptteil in der Literatur gelegentlich anzutreffende Bezeichnung „Hefte über Technik" o. ä. ist deshalb irreführend oder mindestens nicht ganz

7 Siehe dazu J. Jungnickel, Die Entwicklung der marxistischen Theorie vom relativen Mehrwert in den Jahren 1859–1863, Phil. Diss., Berlin Juni 1981, Masch.-Exemplar.

8 Siehe dazu W. Müller, Zum Stand der Ausarbeitung der Marxschen Theorie über die Reproduktion und Zirkulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals im ökonomischen Manuskript von 1861–1863, in: Arbeitsblätter zur Marx-Engels-Forschung, Nr. 11, Halle (Saale) 1980.

9 Karl Marx an Friedrich Engels vom 28. Januar 1863, in: MEW, Bd. 30, S. 320.

10 Ebenda, S. 321.

zutreffend. Sie widerspricht dem theoretischen Gehalt dieses Textes, suggeriert eine von den kapitalistischen Produktionsverhältnissen abgehobene, verselbständigte Technik-Auffassung, die *Marx* niemals vertrat.[11]

In der „Deutschen Ideologie" ist hypothetisch festgestellt, daß sich die materielle Produktion jeweils in konkret-historischer Art und Weise gestaltet, die Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse der betreffenden Gesellschaft in einer spezifischen, nicht wiederholbaren Wechselbeziehung stehen. Wie es hier heißt, ist das gesellschaftliche Verhältnis durch das natürliche bedingt, mit ihm zusammenhängend und von ihm erzeugt.[12] Und das muß in der „wirklichen Darstellung"[13] seinen Ausdruck finden. Sie muß im einzelnen begründen, inwiefern der Produktion des unmittelbaren Lebens auf einer bestimmten Entwicklungsstufe eine bestimmte Stufe des gesellschaftlichen Zusammenwirkens entspricht. *Marx* betonte deshalb auch in der „Einleitung" zu den „Grundrissen": „Alle Production ist Aneignung der Natur von Seiten des Individuums innerhalb und vermittelst einer bestimmten Gesellschaftsform."[14]

In dem Sinne kam *Marx* in den „Grundrissen" zur Unterscheidung von absolutem und relativem Mehrwert, wobei er dem relativen Mehrwert einen besonderen Stellenwert in der Darstellung des ökonomischen Bewegungsgesetzes der bürgerlichen Gesellschaft beimaß. Die Produktion des relativen Mehrwerts bestimmte er als die Form, in der „der industrielle und unterscheidend historische Character"[15] der kapitalistischen Produktionsweise unmittelbar zum Ausdruck kommt. Vor allem besäße das Kapital in der Maschinerie seine adäquate Gestalt als Gebrauchswert innerhalb des Produktionsprozesses. Sie ist „eine durch das Capital selbst gesetzte und ihm entsprechende Form".[16]

Diese These präzisierte *Marx* im Manuskript von 1861–1863. Er stellte hier fest, daß die industrielle Revolution nicht von der Antriebskraft ausging, sondern von einem Mechanismus, der den Arbeitsprozeß selbst verwandelt, indem er die menschliche Hand ersetzt und „die Bearbeitung, die direkte Wirkung auf den zu bearbeiten-

11 Aus seiner umfänglichen, u. a. für das Manuskript von 1861–1863 genutzten, Materialsammlung veröffentlichten H. P. Müller und R. Winkelmann unlängst einige Teile – Exzerpte von Marx zur Geschichte von Maschinerie und Industrie sowie zur Technologie (Karl Marx: Die technologisch-historischen Exzerpte. Historisch-kritische Ausgabe... Mit einem Vorwort von Lawrence Krader. Frankfurt am Main... 1981; Karl Marx: Exzerpte über Arbeitsteilung, Maschinerie und Industrie. Historisch-kritische Ausgabe... Mit einem Vorwort von Lawrence Krader. Frankfurt am Main... 1982). Sie deklarieren für den wissenschaftlichen Apparat und ausführliche Kommentare zwar „editorisch-interpretatorische Unvoreingenommenheit", erfüllen diesen hohen Anspruch aber nicht. Wie könnte Marx' Auffassung von sozialer Arbeit sonst auf „gesellschaftliche Vermittlung" schlechthin, auf „das Problem der produzierenden Einheit und seiner sozialen Organisation" reduziert werden; und ihm zugleich ein „technologischer Maschinenbegriff" unterstellt werden?!

12 Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie. Erstes Kapitel, in: Ausgewählte Werke in sechs Bänden. Bd. 1, Berlin 1981, S. 220, 231. Siehe auch Karl Marx an Pawel Wassiljewitsch Annenkow vom 28. Dezember 1846, in: MEW, Bd. 27, S. 452/453.

13 Karl Marx/Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie. Erstes Kapitel, a.a.O., S. 213/214.

14 Karl Marx, Ökonomische Manuskripte 1857/58. In: Karl Marx/Friedrich Engels Gesamtausgabe (MEGA²). Zweite Abteilung „Das Kapital" und Vorarbeiten. Band 1, Teil 1. Berlin 1976. Im folgenden: MEGA² II/1.1 bzw. II/1.2. Hier: MEGA² II/1.1, S. 25.

15 MEGA² II/1.2, Berlin 1981, S. 640.

16 Ebenda, S. 571.

den Stoff“[17] übernimmt. Es ist nicht mehr das Werkzeug des Arbeiters, sein Instrument, „dessen Leistung von seiner Virtuosität abhängt und seine Arbeit zum working process als Vermittler bedarf“,[18] sondern ein technisches Mittel, das Arbeitsfunktionen verrichtet: die Arbeitsmaschine. Der Verdrängung des Arbeitswerkzeugs durch die Arbeitsmaschine folgte als nächste Entwicklungsstufe schließlich die Einführung der Dampfmaschine; ein Prozeß, den *Marx* als zweite industrielle Revolution[19] ansah. Kritisch vermerkte er: „Sieht man [...] nur auf die Triebkraft, so übersieht man gerade das, was *historisch* den Wendepunkt bezeichnet.“[20] Denn wesentlich ist die Entstehung der Arbeitsmaschine. Sie bildete, wie gesagt, den Ausgangspunkt für die Umwälzung in der Produktion, und von ihr führte der Weg zur Maschinerie als Verbindung von Arbeits- und Bewegungsmaschine sowie Transmissionsmechanismus. Und eben durch diese industrielle Revolution ist der Arbeitsprozeß innerhalb des kapitalistischen Produktionsprozesses charakterisiert.

Die industrielle Revolution führte zur vollständigen Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise und zu deren endgültigem Sieg. Die historische Aufgabe und Berechtigung des Kapitals war es, ein umfassendes System von Produktionsarten und ein reiches System von Bedürfnissen zu schaffen. Die Tendenz, dabei alle überlieferten historischen Verhältnisse zu revolutionieren, alle historischen Schranken und Vorurteile niederzureißen, gründet sich letztlich in jener Entwicklung der Produktivkräfte.[21] Das Kapital schafft, indem es die Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit entwickelt und mit ihnen die Anwendung der Naturkräfte, der Wissenschaft und der Maschinerie auf die unmittelbare Produktion erst ermöglicht, einerseits eine veränderte Gestalt der materiellen Produktion. Auf Basis dieser veränderten Produktion entwickelt sich andererseits das Kapital, „dessen adäquate Gestalt daher nur bestimmten Entwicklungsgrad der materiellen Productivkräfte entspricht“.[22] Also entstehen die qualitativ neuen Produktivkräfte „theils als Folge, theils als Basis der Entwicklung des Capitalverhältnisses“.[23]

Es heißt in den „Grundrissen“, die weitere Forschung grundsätzlich orientierend, daß die Widersprüche im Kapitalverhältnis völlig zu entwickeln sind; gemeint war offensichtlich vor allem der „Grundwiderspruch“.[24] *Marx* sah ihn wohl als die bewegende Ursache für die kapitalistische Produktionsweise an. In dem Sinne konnte es innerhalb der Theorie des relativen Mehrwerts nicht allein darum gehen, die notwendige Übereinstimmung zwischen Maschinerie und Kapital zu erfassen. Es mußte auch das widersprüchliche Verhältnis beider Seiten deutlich werden; erst dann war das Wesentliche über deren gesetzmäßige Einheit ausgesagt. Das hatten *Marx* und *Engels* grundsätzlich schon in der „Deutschen Ideologie“ festgestellt, indem sie

17 Karl Marx an Friedrich Engels vom 28. Januar 1863, in: MEW, Bd. 30, S. 320.

18 Karl Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie (Manuskript 1861–1863), in: Karl Marx/Friedrich Engels Gesamtausgabe (MEGA²). Zweite Abteilung „Das Kapital“ und Vorarbeiten. Band 3, Teil 6. Berlin 1982. Im folgenden: MEGA² II/3.6. Hier: MEGA² II/3.6, S. 1950.

19 Siehe ebenda, S. 1917.

20 Ebenda (Herv. im Original).

21 Siehe MEGA² II/1.2, S. 322/323.

22 MEGA² II/3.6, S. 2142.

23 Ebenda.

24 MEGA² II/1.1, S. 264 und 162.

nachdrücklich auf den Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen als Quelle und Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung verwiesen. Es wird hier gesagt, daß alle Revolutionen in diesem Widerspruch ihren Ursprung haben.[25] Zunächst sind die Produktionsverhältnisse zwar bedingt durch die Entwicklung der Produktivkräfte und ebenso die bestimmte Bedingung, unter der die Gesellschaft produziert und diesen Prozeß fördert – in Tempo und Richtung beeinflußt. Aber sie werden schließlich zu „sehr empirischen Fesseln und Schranken" für fortgeschrittenere, entwickeltere Produktivkräfte, so daß der Übergang zu einer qualitativ neuen, höheren Produktionsweise notwendig wird.[26]

Wie *Marx* vermittelst der Theorie des relativen Mehrwerts erklärte, erscheinen die gesellschaftlichen Produktivkräfte in der bürgerlichen Gesellschaft als Mächte des Kapitals, tritt den Lohnarbeitern der gesellschaftliche Charakter ihrer Arbeit gewissermaßen kapitalisiert gegenüber. „Und dieß nimmt um so realere Form an, je mehr einerseits ihr Arbeitsvermögen selbst durch diese Formen so modificirt wird, daß es in seiner Selbstständigkeit, also *ausser* diesem capitalistischen Zusammenhang ohnmächtig wird, seine selbstständige Productionsfähigkeit gebrochen wird, anderseits mit der Entwicklung der Maschinerie auch technologisch die Bedingungen der Arbeit als die Arbeit beherrschend erscheinen und zugleich sie ersetzen, unterdrükken, überflüssig machen in ihren selbstständigen Formen."[27] Mit wachsender Kapitalverwertung – begründete *Marx* die grundlegende Form der Mehrwertproduktion, konkretisiert durch die Akkumulationstheorie – weiten sich also die Macht und der Reichtum des Kapitals aus, während die Abhängigkeit des Lohnarbeiters und seine Entfremdung gegenüber dem Kapital zunehmen. Die Beziehung zwischen Lohnarbeit und Kapital, in den Entwicklungsformen Kooperation und Manufaktur nur latent als Gegensatz vorhanden, entfaltet sich auf der Grundlage kapitalistisch angewandter Maschinerie und Wissenschaft „zum *feindlichen Widerspruch*".[28] Er wird, bedingt durch die Maschinerie und große Industrie, „zum vollständigen Widerspruch".[29] Der Antagonismus zwischen Lohnarbeit und Kapital verschärft sich permanent. Überhaupt nehmen alle Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise „um so größre Dimensionen an..., je weiter sich die Productivkraft entwickelte".[30]

Mit diesen Feststellungen über die widerspruchsvolle Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise verband *Marx* allgemeine Schlußfolgerungen über die Herausbildung materieller und sozialer Voraussetzungen für die ausbeutungsfreie, kommunistische Gesellschaft. Seine Aussagen über die Verwandlung der Wissenschaft in eine unmittelbare Produktivkraft gehören in diesem Zusammenhang zu den prägnantesten. Bereits in den „Grundrissen" äußerte *Marx* die Ansicht, daß sich mit der wachsenden Rolle der Wissenschaft im Produktionsprozeß hier auch die Stellung des

25 Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie. Erstes Kapitel, a.a.O., S. 257.
26 Siehe ebenda, S. 223 und 265.
27 MEGA² II/3.6, S. 2162.
28 Ebenda, S. 2014 (Herv. im Original).
29 Ebenda, S. 2056.
30 Karl Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie (Manuskript 1861–1863), in: Karl Marx/Friedrich Engels Gesamtausgabe (MEGA²). Zweite Abteilung „Das Kapital" und Vorarbeiten. Band 3, Teil 4. Berlin 1979, S. 1248.

Menschen grundsätzlich verändert; seine nunmehr beherrschende Stellung erfordere gleichermaßen und bedinge unvermeidlich, daß er sich ebenso zur Kombination seiner verschiedenen Tätigkeiten und zur Gestaltung der gesellschaftlichen Beziehungen verhält, also den Gesamtprozeß bewußt steuert.[31]

Im zweiten Entwurf des „Kapital" wurden diese Überlegungen von *Marx* erheblich vervollkommnet: eben durch die eingehende Charakteristik der maschinellen Produktion im Kapitalismus und schließlich durch Darlegungen zur Wissenschaftsentwicklung in einzelnen Ländern. Er verwies auf das historische Verdienst des Kapitals, den *„wissenschaftliche(n) Factor* zuerst mit Bewußtsein und auf einer Stufenleiter entwickelt, angewandt"[32] zu haben, wie das in keiner vorhergegangenen Gesellschaftsformation der Fall war. Auf der mit dem Kapital vorausgesetzten Entwicklungsstufe der Gesellschaft, mit den neuen Produktionsbedingungen und den vergleichsweise bedeutend gewachsenen Möglichkeiten wird die Wissenschaft zu einem „selbstständigen Factor", „zu einer Function des Productionsprocesses".[33] *Marx* vertiefte damit seine bereits in den „Grundrissen" entwickelte These, daß die Verwandlung der Wissenschaft in eine unmittelbare Produktivkraft ein gleichermaßen revolutionierendes Element für den Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus sein würde wie es Maschinerie und Fabrik für die Herausbildung und den Sieg des Kapitals waren.

II. Über die Reproduktionstheorie

In seinem Vorwort zur Erstausgabe des zweiten Bandes des „Kapital" äußerte *Friedrich Engels* über das Manuskript von 1861–1863 u. a.: „So wertvoll dies Manuskript, so wenig war es für die gegenwärtige Ausgabe des Buch II zu benutzen".[34] Es enthält tatsächlich noch keinen selbständigen Abschnitt über den Zirkulationsprozeß des Kapitals, aber offensichtlich wurde die Darstellungsweise dafür im wesentlichen gefunden. So vervollkommnete *Marx* hier *einerseits* verschiedene Elemente bzw. Begriffe, die während der Arbeit an den „Grundrissen" als Bestimmungen *des* Kapitals entstanden waren: die Metamorphose des Kapitals als Warenkapital, als Geldkapital und als produktives Kapital, sowie die Formbestimmtheiten des produktiven Kapitals als fixes und zirkulierendes Kapital. Das trifft ebenfalls für die Betrachtung des Umschlags des Kapitals zu, wie ihn *Marx* u. a. in der Umschlagszeit, der Produktionszeit und Zirkulationszeit unterschied. *Andererseits* bildete sich aber auch das Kernstück des späteren zweiten Bandes des „Kapital" heraus, die Darstellung der Reproduktion und Zirkulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals.

Marx sprach erstmals in Heft XXI des Manuskripts von 1861–1863, einleitend zum Punkt „IV) Rückverwandlung von Mehrwert in Kapital", von der Darstellung des wirklichen Reproduktionsprozesses, wie sie im zweiten Abschnitt gegeben werden muß.[35] Dort sollten die „nähern Bedingungen dieses Processes" betrachtet

31 Siehe MEGA² II/1.2, S. 581/582.
32 MEGA² II/3.6, S. 2062 (Herv. im Original).
33 Ebenda, S. 2060.
34 Friedrich Engels, Vorwort zu Karl Marx: Das Kapital. Zweiter Band, in: MEW, Bd. 24, S. 8.
35 Siehe MEGA² II/3.6, S. 2245.

werden, während hier „das rein Formelle festzustellen“[36] sei. In dem Sinne entwickelte *Marx* zunächst seinen Begriff von der Akkumulation als Bildung und beständige Erneuerung des Kapitals sowie der antagonistischen Beziehung von Kapital und Lohnarbeit. Er bestimmt alles Kapital, auch wenn es mit Beginn des kapitalistischen Produktionsprozesses noch aus der persönlichen Leistung seines Besitzers resultierte, „als *Mehrwerth, i. e. Surplusarbeit, i. e. vergegenständlichte unbezahlte fremde Arbeit*“.[37] Also werden die Lohnarbeiter grundsätzlich mit den Ergebnissen ihrer Arbeit bezahlt. Durch die Rückverwandlung von Mehrwert in Kapital wird der äquivalente Austausch zwischen Kapital und Lohnarbeit, wie er sich in der Zirkulation vollzieht, zur bloßen Form, schlägt das Eigentumsrecht des einzelnen an seinen Produkten um in das Eigentumsrecht auf fremde Arbeit und ihre Ergebnisse. In diesem Prozeß werden, wie *Marx* unterstrich, vor allem die Trennung der Arbeit von den Produktionsmitteln und damit die kapitalistischen Aneignungsverhältnisse stets aufs neue reproduziert, sogar erweitert reproduziert.

Indem *Marx* die „einfache“ Bestimmung der Akkumulation entwickelte, vervollkommnete er die Darstellung der grundlegenden Struktur des Kapitals, wie sie unmittelbar im Produktionsprozeß entsteht. Auf dieser Stufe der Abstraktion zeigt sich das Kapital zunächst und vor allem als ein in den sozialen Verhältnissen der Produktion gegründeter, sich in ihm erhaltender und ständig vertiefender Widerspruch zwischen Kapital und Lohnarbeit. Die Spezifik des Manuskripts von 1861–1863 besteht nun darin, daß *Marx* innerhalb des Punktes „Rückverwandlung von Mehrwert in Kapital“ über die „formelle“ Darstellung des kapitalistischen Akkumulations- und Reproduktionsprozesses, die sich bereits in den „Grundrissen“ vorfindet, wesentlich hinausging. Er traf hier auch Aussagen über die „reellen“ Bedingungen dieses Prozesses, fixierte die grundlegenden Realisierungsbedingungen für das gesellschaftliche Gesamtprodukt. In Heft XXII formulierte *Marx* erstmals systematisch diese Bedingungen bei einfacher Reproduktion und gelangte an die Erkenntnis jener bei erweiterter Reproduktion dicht heran.

Wichtige Voraussetzungen für die Erarbeitung dieser Theorie schuf *Marx* in vorangegangenen Heften des Manuskripts, den „Theorien über den Mehrwert“. Hervorzuheben ist insbesondere seine Auseinandersetzung mit dem sogenannten Smithschen „Dogma“, dessen Irrtum darin bestand, daß sich der gesamte Wert des gesellschaftlichen Produkts in Revenue auflöse. In dieser Kritik entwickelte *Marx* die Ausgangsthesen seiner Reproduktionstheorie,[38] die im folgenden in der Analyse des „tableau économique“ von *F. Quesnay* und auch in der kritischen Betrachtung der Ricardoschen Akkumulationstheorie eine Weiterentwicklung erfuhren.

Auf dieser Grundlage und mit der Prämisse, daß die Produktion als ein sich kontinuierlich erneuernder Prozeß angesehen werden muß und das Realisierungsproblem eines gesellschaftlichen Gesamtkapitals unabhängig vom auswärtigen Handel zu betrachten ist, erkannte *Marx* drei wesentliche Bedingungen für die einfache Reproduktion. Mit einem Rückblick auf frühere Ausführungen schrieb er: „Bleibt die Productionsleiter dieselbe – wiederholt sich die Reproduction in demselben Umfang – so muß das Product der Producenten, die *constantes Capital* produciren,

36 Ebenda, S. 2216.
37 Ebenda, S. 2220 (Herv. im Original).
38 Siehe W. S. Wygodski, Wie „Das Kapital“ enstand, Berlin 1976, S. 93.

so weit es aus *variablem Capital* (Arbeitslohn) und *Surplusproduce* besteht – also überhaupt die *Revenu* dieser Klasse darstellt, exact = sein dem *constanten Capital*, das die Klasse jährlich braucht, die *Consumtionsmittel* producirt."[39] Damit wies *Marx* ausdrücklich auf eine grundlegende Realisierungsbedingung hin, nämlich daß die Summe des variablen Kapitals und des Mehrwerts der Produktionsmittel produzierenden Abteilung dem konsumierten konstanten Kapital der Konsumtionsmittel herstellenden Abteilung entsprechen muß. Aus dieser Feststellung ergeben sich zwei weitere Bedingungen, um eine gleichbleibende Reproduktion zu gewährleisten. So muß der gesamte Produktenwert der Produktionsmittel erzeugenden Abteilung ausreichen, um das gesamte konstante Kapital beider Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion zu ersetzen. Drittens bedeutet das, daß der Produktenwert der Konsumtionsmittelproduktion der Summe des variablen Kapitals und des Mehrwerts beider Abteilungen entsprechen muß.[40]

Diese knappen, resümierenden Bemerkungen waren der Ausgangspunkt für eine Analyse, wie sich jene Realisierungsbedingungen verändern, wenn der Mehrwert in Kapital zurückverwandelt wird zum Zwecke der Akkumulation, der erweiterten Reproduktion. Als eine Voraussetzung dafür erkannte *Marx:* „Damit ein Theil des Surplusproduce in Surpluscapital verwandelt werden kann, muß d'abord ein Theil desselben in einer Form reproducirt sein, worin er als *additionelles variables Capital* dienen kann."[41]

Die gleiche Bedingung besteht für die Bereitstellung zusätzlichen konstanten Kapitals. Nachdem *Marx* einige Möglichkeiten der Rückverwandlung des Mehrwerts in zusätzliches variables und konstantes Kapital erläutert hatte, äußerte er folgenden, für die erweiterte Reproduktion wichtigen Gedanken: „Da das constante Capital, das Klasse I anwendet (die Lebensmittel producirende) erweitert wird, kann der Theil des Products das Klasse II producirt und das sich in variables Capital und surplusproduce auflöst, erweitert werden. Aber das constante Capital theils in natura, theils durch Austausch vermittelte Theilung des surplusproduce kann sich direkt erweitern, ohne Austausch mit Klasse I, an deren Production es so keine direkte Schranke hat. Ebenso findet der Austausch von constantem Capital hier direkt gegen Surplusproduce der Klasse I statt (nicht gegen ihr constantes Capital). Es verwandelt sich für die Klasse II in additionelles variables, für die Klasse I in additionelles constantes Capital."[42]

Hier deutete *Marx* an, wie sich mit dem zusätzlichen konstanten Kapital für eine Produktionserweiterung von Konsumtionsmitteln die für die einfache Reproduktion festgestellten Proportionen verändern, d. h. der Produktenwert der Produktionsmittel produzierenden Abteilung wächst. Demzufolge verlangt die erweiterte Reproduktion ein deutliches Anwachsen der Summe des variablen Kapitals und des Mehrwerts jener Abteilung, die Produktionsmittel herstellt, gegenüber dem konsumierten Kapital der Abteilung, die Konsumtionsmittel produziert. Ebenso wichtig ist der Hinweis auf die relative Unabhängigkeit der Markterweiterung für Produktionsmittel u. a. m. Darüber hinaus befinden sich in diesem Heft weitere Aussagen

39 MEGA² II/3.6, S. 2257/2258 (Herv. im Original).
40 Siehe ebenda.
41 Ebenda, S. 2258 (Herv. im Original).
42 Ebenda, S. 2259/2260.

zu den Austauschbeziehungen der beiden Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion im Prozeß der erweiterten Reproduktion. Interessant sind auch die Erkenntnisse zu der sich im Prozeß des Fortschritts der Akkumulation ständig erhöhenden organischen Zusammensetzung des Kapitals und der Auswirkungen auf die Lage der Arbeiterklasse sowie zur Rolle der Wissenschaft in diesem Prozeß.[43]

Ganz offensichtlich angeregt durch *François Quesnays* „tableau économique", schuf *Marx* dazu eine zusammenfassende und übersichtliche Darstellung der Reproduktionstheorie in Form mehrerer Tabellen. Sie enthalten alle grundlegenden Realisierungsbedingungen des gesellschaftlichen Gesamtprodukts, wurden allerdings später im „Kapital" durch eine andere Darstellungsweise ersetzt. In *Marx'* Brief an *Friedrich Engels* vom 6. Juli 1863 sind wesentliche Erkenntnisse dieser Forschungen zur Reproduktionstheorie knapp zusammengefaßt und durch eine Tabelle ergänzt.[44] *Lenin*, der diesen Brief studierte, wertete das Forschungsresultat mit den Worten: „Band II im Entwurf (I, II Reproduktionsprozeß etc.). Klar!!"[45]

III. Ergänzungen zur Geschichte der Mehrwerttheorie

Bemerkenswert sind *Marx'* Studien zur Vervollkommnung der geplanten Theoriegeschichte, die er in der letzten Phase der Arbeit am Manuskript von 1861–1863 leistete. Er spricht in dem Brief an *Engels* vom 29. Mai 1863 von einer durch Krankheit bedingten, mehrwöchigen Unterbrechung dieser Arbeit. Allerdings sei er in der Zwischenzeit nicht müßig gewesen, sondern habe u. a. „allerlei Literaturhistorisches in Bezug auf den von mir bearbeiteten Teil der politischen Ökonomie"[46] gelesen und exzerpiert. Es ist in sogenannten Beiheften enthalten, die durch ihn selbst von A bis H gekennzeichnet wurden. Hauptsächlich interessierten *Marx* politökonomische Werke aus der Periode der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals. Einige Resultate dieses erneuten Quellenstudiums fanden dann Eingang in die Hefte XXII und XXIII des Manuskripts von 1861–1863. Sie enthalten eine historische Skizze über *William Petty*, knapp kommentierte Auszüge aus Schriften von *Thomas Hobbes, John Locke, David Hume, Joseph Massie* u. a.

Ganz offensichtlich sind *Marx'* Untersuchungen *einerseits* ein Zeichen dafür, daß er seine theoriegeschichtliche Analyse zeitlich auszudehnen gedachte. Er begann seine Darstellung der „Theorien über den Mehrwert" zwar ursprünglich mit einer Kritik der monetaristischen und merkantilistischen Anschauungen von *James Steuart*, dessen Hauptwerk 1767 erschien, des physiokratischen Systems von *Turgot*, der seine wichtigste Arbeit 1766 vorlegte, und der Auffassungen von *Adam Smith* als eines Klassikers der bürgerlichen politischen Ökonomie, der sein „Wealth of Nations" 1776 veröffentlichte. Nunmehr entschied sich *Marx* aber, jene in der Periode von 1691 bis 1752 erschienenen Schriften von *Petty, Locke, North, Hume* u. a. mit in die Betrachtung einzubeziehen. Bekräftigt wird das auch durch eine Feststellung über den Gegenstand des theoriegeschichtlichen Teils seines Hauptwerkes aus dem Jahre 1867: Er soll „die Geschichte der Politischen Ökonomie seit Mitte

43 Siehe ebenda, S. 2260–2262.

44 Siehe Karl Marx an Friedrich Engels vom 6. Juli 1863, in: MEW, Bd. 30, S. 362–367.

45 W. I. Lenin, Konspekt zum „Briefwechsel zwischen Marx und Engels. 1844–1883", Berlin 1963, S. 374.

46 Karl Marx an Friedrich Engels vom 29. Mai 1863, in: MEW, Bd. 30, S. 350.

des 17. Jahrhunderts"[47] umfassen. Schließlich wies *Marx* in dem von ihm für den „Anti-Dühring" verfaßten Punkt „X. Aus der ‚Kritischen Geschichte'" wohl ausdrücklich darauf hin, daß die Darstellung bei *Petty*, dem Begründer der modernen politischen Ökonomie, beginnen muß und die Schriften von *Locke* bis *Hume* zu berücksichtigen hat. Denn diese Periode ist „für die Erforschung der allmählichen Genesis der politischen Ökonomie die bedeutendste".[48]

Andererseits deutet *Marx'* historische Skizze über *Petty* unbedingt darauf hin, daß sich der Gegenstand der geplanten Theoriegeschichte über den Mehrwert inhaltlich geweitet hatte. Die „Theorien über den Mehrwert" entstanden als historische Betrachtung zum Mehrwert „rein" als solchem, unabhängig von seinen besonderen, verwandelten Formen: industrieller Profit, Rente und Zins. Hier sollte nur kritisch dargelegt werden, welche Auffassungen die bürgerliche politische Ökonomie zu den spezifischen Bedingungen für den Ursprung des Mehrwerts sowie zum Prozeß seiner Bildung besaß, inwieweit von ihr die Verwandlung des Geldes in Kapital sowie die Produktion des absoluten und relativen Mehrwerts analysiert worden waren. Im Verlauf der Untersuchung ging *Marx* jedoch über diesen Gegenstand wesentlich hinaus. Er betrachtete nicht nur die bürgerlichen Mehrwerttheorien, sondern auch Wert- und Preistheorien, Profit-, Durchschnittsprofit-, Grundrenten- und Zinstheorien. Faktisch bildete sich also eine Theoriegeschichte über den Mehrwert im umfassenden Sinne heraus: Es entstand der *Rohentwurf* für den vierten Band des „Kapital", wie *Marx* die „Theorien über den Mehrwert" später kennzeichnete.[49] Und daß diese geplante literargeschichtliche Darstellung in der Grundanlage und der Breite der behandelten Probleme als ausgearbeitet gelten konnte, wird in gewisser Weise durch *Marx'* historische Skizze über *Petty* bestätigt. Sie erfaßt dessen Ansichten von produktiver und unproduktiver Arbeit, vom Wert, vom „Wert der Arbeit" sowie von Mehrwert, Rente und Zins.

Während der Arbeit am Manuskript von 1861–1863 schuf *Marx* seine endgültige, später im „Kapital" verwirklichte Konzeption des allgemeinen Begriffs vom Kapital. Sie beinhaltet vor allem die zusammenhängende, in sich geschlossene Darstellung der Theorien von der Verwandlung der Werte in Produktionspreise sowie vom Mehrwert und seinen besonderen Formen: industrieller Profit, Rente und Zins. Die Herausbildung dieser Konzeption bewog *Marx* dazu, die Darstellung gegenüber dem ersten Heft von „Zur Kritik . . ." (1859) zu verselbständigen, also die Veröffentlichung seiner Theorie in der Form zwangloser Hefte nicht weiterzuführen, sondern eben das „Kapital" fertigzustellen. Wiederum mußte die Verwirklichung dieses Planes eigentlich zwangsläufig auch zur Idee von einer geschlossenen, auf die Geschichte der Wert- und Mehrwerttheorie zugespitzten Darstellung als unverzichtbarer Bestandteil des „Kapital" führen. Sie liegt in den „Theorien über den Mehrwert" vor, die die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise erfaßt, widergespiegelt durch die bürgerliche politische Ökonomie in ihren verschiedenen Richtungen bzw. Schulen; und sie wird vor allem durch die historische Skizze über *Petty* in einem wesentlichen Punkt ergänzt.

47 Karl Marx an Sigfrid Meyer vom 30. April 1867, in: MEW, Bd. 31, S. 543.

48 Friedrich Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring), in: MEW, Bd. 20, S. 221.

49 Karl Marx an Sigmund Schott vom 3. November 1877, in: MEW, Bd. 34, S. 307.

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 6/1983

Engels als politischer Flüchtling in der Schweiz im Sommer 1849 – Versuch einer Dokumentation

Michael Knieriem

„Ich habe in der letzten Zeit tüchtig geschanzt, wie Dir der Verlag der Züricher Buchhandlung wohl anzeigen wird, und namentlich Gelegenheit genommen, allerhand Stücke aus der schönen Jugendzeit 1848/49 wieder aufzufrischen. Das wird verdammt nötig, denn die junge Generation, die das alles vergessen oder gar nie erfahren hatte, fängt an, jetzt wissen zu wollen, was damals passiert, und da ist es nötig, bei den vielen falschen Quellen und Nachrichten ihr auch möglichst viel Richtiges beizubringen." Diese Zeilen schrieb *Friedrich Engels* an seinen Freund *Johann Philipp Becker* in Genf fast genau sechsunddreißig Jahre nach seiner Ankunft in London.[1]

Die gescheiterte Revolution entließ ihre Kinder in die Emigration und hat sie damit sich selbst überlassen. Die Umstände dieser Emigration führten zu geistiger und gesellschaftlicher Absonderung von den meisten Mitemigranten. Aber aus ihrer Vereinsamung heraus wurde ihr Wirken Macht. Die Isolierung führte auch gerade *Friedrich Engels* dazu, sich aus der Selbstbesinnung über die militärischen Unzulänglichkeiten der bisherigen revolutionären Organisation heraus dem Studium des soldatischen Elements der Revolution zuzuwenden. Denn die Ereignisse selbst haben die Vorstellungen *Engels'* korrigiert: Demokratische Bürger und Landwehrmänner sind keine Arbeiterbataillone im Sinne des Kommunisten *Engels*, der im Jahre 1849 die gesellschaftlichen Widersprüche für seine Revolution noch nicht reif findet.[2]

Auch der Weg in die Emigration – bei dem die Schweiz nur Station blieb – fordert aus diesem Grunde eine minutiöse Darstellung. Es soll hier bewußt darauf verzichtet werden, ideen- und geistesgeschichtliche Interpretation zu liefern, zumal die Dokumentation Voraussetzung jedweder Interpretation sein sollte.

Die Geschichte der Revolution in Baden, speziell auch das Verhalten einzelner Mitglieder des Freikorps Willich, sind anderenorts mehr oder weniger zuverlässig und ausführlich, nicht zuletzt aber durch *Friedrich Engels* selbst, hinreichend

1 Friedrich Engels an Johann Philipp Becker in Genf, London, 5. Dezember 1885, wieder abgedruckt in: MEW, Bd. 36, S. 400–401, hier S. 400.

2 Vgl. Michael Knieriem/Brigitte Treude, Friedrich Engels – seine Stellung in der Revolution von 1848/49, in: Helmut Elsner, Michael Knieriem und Brigitte Treude, Karl Marx und Friedrich Engels – ihre Stellung in der Revolution 1848/49, Schwerte 1979, S. 17–32, hier S. 31.

beschrieben und gewürdigt worden.[3] Sinn und Zweck dieses Aufsatzes soll sein, den Ablauf der Ereignisse, wie sie sich für *Engels* darstellten, anhand der überlieferten Dokumente chronologisch nachzuzeichnen, ohne dabei allerdings Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu wollen und zu können.

Zweimal hatte *Friedrich Engels* bereits weite Teile der Schweiz bereist, so daß er mit den Verhältnissen einiger Kantone als relativ vertraut gelten konnte. Darüber hinaus verfügte er in diesem Land über vielfältige Kontakte zu Bekannten und Freunden, nicht nur aus der Bewegung selbst, sondern auch im bürgerlichen Lager.[4]

Das erste Mal weilte *Friedrich Engels* im Mai und Juni 1841 zusammen mit seinem Vater in der Schweiz. Diese Durchreise beschrieb er in seinem Aufsatz „Lombardische Streifzüge".[5] Der Anlaß dieser Reise war rein geschäftlicher Natur. Der Vater hatte in Lecco und Mailand zu tun.[6] Dem jungen Kaufmann, der eben erst seine Lehre in Bremen beendet hatte, mag sie der Erweiterung seines geistigen Horizonts gedient haben.

Sein zweiter Aufenthalt hatte politische Motive. Am 30. März 1848 stellte ihm die französische Regierung einen Reisepaß mit einer Gültigkeitsdauer von einem Jahr aus. Mit diesem Legitimationspapier ausgestattet, wanderte er vom 20. Oktober von Paris nach Bern. Seine Reiseroute führte ihn über Genf, Lausanne und Neuchâtel. In Bern war er seit dem 23. November und erhielt am 9. Dezember 1848 eine Aufenthaltsbewilligung für diesen Kanton bis zum 1. April des Jahres 1849.[7] Am 18. Januar

3 Vgl. Fernand Rude, Les réfugiés allemands à Besançon sous la deuxième Republique, in: Bulletin de la Société d'Histoire de la Revolution de 1848, Nr. 36, Paris 1939/40 u. Nr. 37, Paris 1946. Paul Neitzke, Die deutschen politischen Flüchtlinge in der Schweiz 1848–49, (Diss. phil. Kiel) Charlottenburg 1926; vgl. auch die hier angegebene ältere Literatur und Friedrich Engels, Die deutsche Reichsverfassungskampagne, wiederabgedruckt in: MEW, Bd. 7, S. 109–197.

4 Es soll hier nicht unerwähnt bleiben, daß auch Friedrich Engels' Bruder Rudolf zu dieser Zeit noch in Lausanne lebte. Rudolf Engels (*Barmen 8. März 1831, †Barmen 15. Februar 1903), Fabrikbesitzer zu Barmen, Teilhaber des Hauses Ermen & Engels, erlernte die Kaufmannschaft zu Krefeld und Paris. Vgl. Deutsches Geschlechterbuch, Genealogisches Handbuch bürgerlicher Familien, hrsg. v. Bernhard Koerner, Bd. 24 (Stammfolge Engels), Görlitz (Starke) 1913, S. 51–93, hier S. 79. Rudolf war mit einem am 21. April 1847 von der Regierung Düsseldorf ausgestellten Paß einen Monat später in Lausanne angekommen. Hier wohnt er zunächst als Pensionär bei dem deutschen Pastor Blattner. Archives Cantonales Vaudoises, Lausanne (künftig zitiert ACV, Lausanne) K VII G11/5 (1846–1850) Département de la Justice et Police. Aus der Libellé du recensement 1849 im Stadtarchiv Lausanne geht jedoch eindeutig hervor, daß Rudolf Engels später zusammen mit einem anderen Deutschen bei dem Pastor Frédéric Espérandieu bis etwa Mai 1849 als Pensionsgast lebte.

5 Friedrich Engels, Lombardische Streifzüge, in: Athenäum, Nr. 48 und 49 vom 4. und 11. Dezember 1841, wiederabgedruckt in: MEW, EB II, S. 150–160. Zur Datierung des Aufenthaltes in der Schweiz vgl. Michael Knieriem, Aus den Tagebüchern des Johann Wilhelm Jakob Blank – eines Jugendfreundes von Friedrich Engels, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 4, 1981, S. 383–389, hier S. 387 und 388, Anm. 24.

6 Vgl. hierzu: Michael Knieriem, Die Entwicklung der Firma Caspar Engels Söhne (= Nachrichten aus dem Engels-Haus, H. 1), Wuppertal 1978, S. 15 und 16.

7 Vgl. den Brief Friedrich Engels' an die Direktion der Justiz und Polizei des Kantons Bern, Bern 15. November 1848, wiederabgedruckt in: MEGA® III, 2, S. 169 und 170; sowie Staatsarchiv des Kantons Bern, Manual des Berner Regierungsrates, Nr. 133, Sitzung vom 9. Dezember 1848 und Registerband II über Toleranzscheine 1838–1859, S. 142; sowie Stadtarchiv Bern Kontrolle über politische Flüchtlinge und Kontrolle über die Tolerierten, Nr. 1, 301. Fotokopien liegen dem Friedrich-Engels-Haus, Wuppertal, vor. Sehr informativ und kenntnisreich ist die Arbeit von Rolf Dlubek, Zur politischen Tätigkeit von Friedrich Engels in der Schweiz, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 2. Jg., H. 4, S. 742–786.

1849 verließ er jedoch die Stadt nach einem etwa neunwöchigen Asyl, um nach Köln auf den Redaktionsstuhl zurückzukehren.[8]

Der dritte Aufenthalt schließlich beginnt am 12. Juli 1849 und steht in direktem Zusammenhang mit dem Scheitern der Reichsverfassungskampagne. An diesem Tag überquert *Friedrich Engels* mit den Resten des Willichschen Freikorps vom badischen Lottstetten die Schweizer Grenze bei Eglisau. In seinem Brief an *Jenny Marx* hat er „... gefunden, daß der vielgerühmte Mut des Dreinschlagens die allerordinärste Eigenschaft ist, die man haben kann. Das Kugelpfeifen ist eine ganz geringfügige Geschichte und während des ganzen Feldzugs hab' ich trotz vieler Feigheit kein Dutzend Leute gesehen, die sich im Gefecht feig benahmen. Desto mehr aber ‚tapfere Dummheit'."[9]

Nach den vorliegenden Unterlagen besteht das Freikorps Willich zu diesem Zeitpunkt noch aus ca. 280 Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften.[10] Die Schweizer Behörden bemühen sich, die Flüchtlingsströme so rasch wie möglich weiterzuleiten. *Engels'* Einheit ist für den Kanton Waadt vorgesehen. In der Nacht vom 14. zum 15. Juli wohnt *Friedrich Engels* im Hotel „Schiff" in Zürich. Im gleichen Haus logiert *Willich*, und wahrscheinlich teilt *Engels* das Zimmer mit dem Schneider *Christian Rau*, einem einfachen Soldaten der Kompanie „Besançon":

[...] Verzeichnis der in den Gasthöfen der Stadt logierenden Fremden H[er]r Willich, Oberst a.[us] d.[em] Badischen HH. [Herren] Rau u.[nd] Engels, Fl[üchtlinge] v.[on] d.[a][11]

Auf die Anwesenheit *Engels'* in Zürich spielt auch *Wilhelm Wolff* in seinem Brief an *Friedrich Engels* in Lausanne vom 28. August an, wenn er schreibt: „Du bist hier mit Willich durchgereist, auch in der Häfelei gewesen. Das erfuhr ich den anderen Tag, just eine Stunde zu spät."[12]

Wolffs Brief ist also keineswegs der einzige Beleg dafür, daß sich *Engels* im Juli oder August in Zürich aufhielt.[13] Abgesehen davon hatte *Wolff* sich wohl verhört, es heißt nicht „Häfelei", sondern „Helferei". Dieses Züricher Armenversorgungsinstitut lag in der Kirchgasse 11.[14]

Die nächste greifbare Station war Bern, von wo aus die Männer des Willichschen Freikorps am 20. Juli nach Murten abmarschierten. Die Flüchtlingsakten von Bern nennen jetzt noch 208 Mitglieder dieses Korps:

8 Staatsarchiv des Kantons Bern, Registerband II über die Toleranzscheine (vgl. Anm. 7). Im Original ist unter der Rubrik „Bemerkungen" in schwacher roter Tinte noch nachgetragen: „fort, nach Deutschland, Schriften extr.[adiert], d. 18. Jenner 1849".

9 Friedrich Engels an Jenny Marx in Paris, Vevey 25. Juli 1849, wiederabgedruckt in: MEGA② III, 3, S. 30–33, hier S. 30.

10 Ein noch unveröffentlichtes Manuskript über die Mitglieder des Freikorps Willich wird z. Z. durch den Verfasser bearbeitet.

11 Vgl. „Tagblatt der Stadt Zürich", Nr. 196, „Verzeichnis der in den Gasthöfen der Stadt logierenden Fremden" vom 15. Juli 1849. Christian Rau (*Weingarten [Baden] 9. April 1823), Schneider, Soldat in der Kompanie Besançon. Er erhält am 30. November 1849 die Erlaubnis, sich nach La Chaux-de-Fonds zu begeben; vgl. Anm. 10.

12 Wilhelm Wolff an Friedrich Engels in Lausanne, Zürich 28. August 1849, wiederabgedruckt in: MEGA② III, 3, S. 386–389, hier S. 386.

13 Vgl. MEGA② III, 3, S. 1178, Anm. 386.9.

14 Freundliche Mitteilung des Stadtarchivs Zürich, für die ich Herrn Rieß zu danken habe.

Nr.	Dienstgrad	Familienname	Vornamen	Herkunft	Geburtsjahr	Zivilberuf
1	Oberst	Willich	August	Preußen	1811	Offizier
2	Adjutant	Engels	Friedrich	Preußen	1820	Schriftsteller

[...]

Aus einer Tagesmarschleistung von rund fünfundzwanzig Kilometern erklärt sich in etwa *Engels'* Ankunft in Vevey am 24. Juli. In dem bereits zitierten Brief an *Jenny Marx* vom 25. Juli 1849 schreibt er: „[...] und sind gestern hier in Vevey angekommen. Während des Feldzugs und des Marsches durch die Schweiz war es mir absolut unmöglich, auch nur eine Zeile zu schreiben."[16]

Er und die übrigen Offiziere wohnen höchstwahrscheinlich im „Hôtel du Léman". Dazu schreibt *Engels* selbst aus London an *Laura Lafargue* am 20. September 1882: „[...] Ob ich Vevey kenne? Ich war doch dort im September 1849 ungefähr vierzehn Tage einquartiert und kenne das ganze Schweizer Ufer des Sees von Villeneuve bis Genf, den Dent du Midi und den Mont Blanc und alles andere. Wenn ich mich nicht irre, so waren wir Offiziere in Eurem Hotel am Kai einquartiert. Auf dem Platz unter den Bäumen, dem See zu, pflegte Willich seine beiden Pferde in Übung zu halten."[17]

Abgesehen davon, daß *Engels* sich mehr als dreißig Jahre nach diesen Ereignissen in der Monatsangabe irrt, ist an der grundsätzlichen Aussage nicht zu zweifeln. Dies beweisen auch die wenigen überlieferten Dokumente. Eine namentliche Liste vom 3. August macht deutlich, daß *Engels* tatsächlich nur zehn Tage in Vevey kantoniert war. *Rolf Dlubek* hat wohl als erster darauf hingewiesen, daß *Engels* kurze Zeit später nach Morges weiterzog.[18] Die ersten politischen deutschen Flüchtlinge, genannt „Les Badisch", werden am 18. Juli in Morges erwähnt. Am 21. Juli ist die dortige alte Salzsiederei bereits mit 300 Freikorpsmännern überfüllt. Wahrscheinlich bleibt *Engels* die Unterbringung in diesem heute noch existierenden, häßlichen Gebäude nicht erspart.[19]

Eine „Liste der Kompanie ‚Besançon' des Korps Willich", die am 3. August 1849 Morges erreicht, nennt:

„[..] Stab des Obersten Willich:

Engels, Frédéric, 28, Barmen, Belgier[!], Literat, Adjutant"

15 Staatsarchiv des Kantons Bern, Flüchtlingsakten 1849/50, BB IX 730.19. Demnach erreichte das Korps Willich mit 231 Männern am 18. Juli Bern und marschierte am 20. Juli noch mit 208 Männern nach Murten weiter. „Namentliches Verzeichnis der Mitglieder des Corps Willich, die am 19. Juli[!] von Bern nach Murten abmarschiert sind."

16 Friedrich Engels an Jenny Marx in Paris, Vevey, 25. Juli 1849, wiederabgedruckt in: MEGA® III, 3, S. 20–33, hier S. 30.

17 Friedrich Engels an Laura Lafargue in Vevey, London 20. Sept. 1882, wiederabgedruckt in: MEW 35, S. 362–364, hier S. 362 (aus dem Englischen) und im gleichen Bd. – wichtig wegen der Hotelangabe – Karl Marx an Friedrich Engels in London, Vevey 4. September 1882, S. 91, und Vevey 16. September 1882, S. 95.

18 Rolf Dlubek, Friedrich Engels als publizistischer Anwalt des Willichschen Freikorps, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, H. 2, 1967, S. 235–244, hier S. 238.

19 Freundliche Mitteilung des Stadtarchivs Morges vom 16. Juni 1983; Herrn Guex-Joris habe ich für seine Auskünfte zu danken. Vgl. Stadtarchiv Morges „Registre des procès-verbaux du Conseil, AAA 55 f. 136". Vgl. auch: Morges au XIXème Siècle. Extraits du Journal de Morges, Morges 1901, S. 15.

Aus bisher unbekannten Gründen präsentiert Engels hier seinen belgischen Paß.[20]

Die wenigen, nicht täglich überlieferten „Stärkemeldungen" für die Abteilung der deutschen Flüchtlinge in Morges nennen zwar mehrfach *Friedrich Engels*, ohne daß jedoch ein direkter Zusammenhang immer klar wird:

„[...] 10. August 1849

Engels vom Stab, beurlaubt am 10. August

[...]

11. August 1849

Engels vom Stab, aus dem Urlaub zurückgekehrt am 10./11. August"[21]

Vielleicht hatte *Engels* diesen Tag zu einem Abstecher nach Genf benutzt. Knapp vierzehn Tage später jedenfalls schreibt er an *Joseph Weydemeyer:* „Euern rothen Becker sah ich neulich in Genf ganz fidel, er kneipte mit dem Volksmann Essellen und andern gemüthlichen Diis minorum gentium auf dem Lande."[22]

Engels lebt in dieser Zeit in bedrängten finanziellen Verhältnissen. Die mit Brief der Mutter vom 13. August angekündigte, bereits getätigte Überweisung durch das Bankhaus La Roche in Basel kann frühestens um den 10. August angekommen sein. Möglicherweise hat *Engels* den Betrag in Genf in Empfang genommen.[23] Auf der Adreßseite dieses Briefes seiner Mutter notiert er sich vier Lausanner Wohnungsanzeigen. Da der Brief laut Poststempel erst am 19. August in Morges angekommen war, kann er frühestens nach diesem Datum konkrete Schritte zur Übersiedlung nach Lausanne ins Auge gefaßt haben. Auf diesem Umschlag vermerkt er sogar neben anderen seine künftige Adresse:

„cab[inet] joli m[eu]bl[é] pl[ace de la] Palud 8, au 2 [étage]."[24]

Unter dieser Wohnungsangabe verbarg sich ein Café, das einem gewissen *Jean-Rudolphe Coeytaux* gehörte. Hier wurden gelegentlich Zimmer im ersten und zweiten Stock vermietet.[25]

Seit dem 22. August lebt *Engels* in Lausanne unter der oben angegebenen Adresse, wie der Eintrag in den militärischen Stärkemeldungen von Morges beweist:

„[...] 22. August 1849

Engels, Frédéric, Adjutant, beurlaubt nach Lausanne am 22. August."[26]

Einen Tag nach seiner Ankunft in Lausanne schreibt er in dem eben schon zitierten Brief an *Joseph Weydemeyer* in Frankfurt/Main: „[...], nach 4 Wochen langweiligen Cantonnirens mit dem Flüchtlingsdetaschement im Canton Waadt bin

20 ACV, Lausanne, Département de Justice et Police, Bureau des étrangers, Réfugiés 1849/50, K VIIe 10/5, Morges. Vgl. auch: Friedrich Engels an Karl Marx in Paris, Brüssel 8.–9. März 1848, wiederabgedruckt in: MEGA② III, 2, S. 133–135, hier S. 133 „... weil sie mir damals einen Paß gegeben haben, was man gegen sie geltend machen könnte."

21 ACV, Lausanne, vgl. Anm. 20, K VIIe 10/3, Morges.

22 Friedrich Engels an Joseph Weydemeyer in Frankfurt/Main, Lausanne, 23. August 1849, wiederabgedruckt in: MEGA② III, 3, S. 45.

23 Elisabeth Engels an Friedrich Engels in Morges, Barmen 13. August 1849, wiederabgedruckt in: MEGA② III, 3, S. 380–381, hier S. 380.

24 Vgl. diese Aussage in: MEGA② III, 3, S. 1173.

25 Freundliche Mitteilung des Stadtarchivs Lausanne vom 31. Mai 1977. Herrn J. Hügli habe ich für seine Mühe zu danken. – In diesem Hause befindet sich heute das Restaurant „Hôtel Suisse".

26 ACV, Lausanne, vgl. Anm. 20, K VIIe, Morges (aus dem Französischen).

ich endlich wieder soweit, daß ich hier in Lausanne auf meine eignen Füße gerathe."[27]

Offiziell war *Friedrich Engels* nach wie vor in Morges kantoniert, seine Anwesenheit in Lausanne wurde als genehmigter Urlaub von der Truppe betrachtet, wie sogar noch eine Eintragung vom 17. September 1849 in Morges belegt:

„[...] Stab, Engels, Friedrich, Adjutant, beurlaubt am 17. September."[28]

Neben seinen schriftstellerischen Arbeiten muß *Engels* sich um einen Reisepaß bemühen, der ihm in Lausanne am 11. September auch tatsächlich ausgestellt wird:

Reisepaß [...] 210, Dienstag 11. September 1849
Anwesend: Herr Briatte, Staatsrat: Der Präfekt von Lausanne ist bevollmächtigt, einen Pass an Herrn Frédéric Engels auszuhändigen. [...] 3. Engels, von Barmen in Sachsen[!], politischer Flüchtling, kantoniert in Morges, will nach England über Piemont und Spanien gehen. [...][29]

Der Reisepaß selbst lautet wie folgt:

Nr. 1279

Name:	Engels, Schriftsteller
Vornamen:	F[rie]d[ri]ch
Geburtsort:	Barmen, Preußen
Alter:	28 Jahre
Größe:	5 Fuß 9¾ Zoll oder 1 Meter 79 Zentimeter
Haare:	kastanienbraun
Stirn:	hoch
Augenbrauen:	kastanienbraun
Augen:	braun
Nase:	klein
Mund:	mittel
Bart:	kastanienbraun
Kinn:	rund
Gesicht:	oval
Haut:	hell
Besondere Kennzeichen:	./.

Ausgestellt für die Dauer eines Jahres vom
11. Sept. 1849 an, um nach England über Piemont und Spanien zu gehen, um sich dort aufzuhalten.
Ausgestellt durch das D[epartemen]t der J[ustiz] und der P[olizei] am 11. September 1849

Unterschrift des Inhabers
Fréd[éri] c Engels[30]

27 Vgl. Anm. 22.

28 ACV, Lausanne, vgl. Anm. 20, K VIIe, Morges (aus dem Französischen).

29 ACV, Lausanne, Département de Justice et Police, Emigrations, Légalisations, Passeports; Registre K VII b, 1/43 (aus dem Französischen). An der Spitze eines jeden Départements (Abteilung) standen zwei Mitglieder des Staatsrates. 1849 waren dies für die Justiz- und Polizeiabteilung die Herren Veillon und Briatte. So konnte der Staatsrat Briatte auch den Präfekten autorisieren, Engels einen Paß auszustellen. Freundliche Mitteilung des ACV, Lausanne.

30 ACV, Lausanne, vgl. Anm. 29 K VII G93 und K VII b2 (aus dem Französischen).

Im Paßregister wird vermerkt:

[. . .] Engels, Fréd.c, 28, Lausanne, England
1849, Sept. 11, an den Paßinhaber ausgehändigt
Sept. 11 1849 [. . .]
[. . .] Engels, Frédéric, Flüchtling,
Pass 210-3 [. . .][31]

Am Tage der Paßausstellung schreibt der Staatsrat *Georges François Briatte* wegen eines Sichtvermerks des Bundesrates an den Vizepräsidenten *Henri Druey* in Bern, den *Engels* sogar als einen „sozialistische[n] Demokrat[en] von der Farbe Louis Blancs" bezeichnet hatte.[32]

[. . .] Herr Engels aus Elberfeld [!], ein Flüchtling, hat die Absicht, sich via Genua und Spanien nach England zu begeben. Das Departement hat ihm einen Pass ausstellen lassen. Wenn Sie es für angebracht halten, Herrn Engels mit einem Pass zu versehen, würde ich Sie bitten, den ihm hier ausgestellten abzuverlangen. –
Ich empfehle Ihnen Herrn Engels ganz besonders. [. . .][33]

Henri Druey muß unmittelbar reagiert haben, denn die Gesandtschaft des Königreichs Sardinien in Bern antwortet unter dem 14. September:

[. . .] Ich beeile mich, Ihnen Ihrem Wunsch gemäß, die Pässe der Herren Heringer [Heinzen?] und Struve mit dem Visum für Genua zuzustellen. Was den dritten Paß (des Herrn Engels) betrifft, so habe ich ihn in dem Umschlag nicht vorgefunden, so daß ich annehme, daß er vielleicht beim Einpacken vergessen wurde, oder daß Sie in Bezug auf ihn Ihre Meinung geändert haben. [. . .][34]

Zwischenzeitlich hatte sich *Engels* wohl selbst nach Bern begeben, um die Sache voranzutreiben. Aus dem Paßregister des Kantons Genf, Stadt Genf, geht hervor, daß *Engels* sich „offiziell" bis zum 17. September in Bern aufhielt. Tatsächlich war er auch bereits dort am 15. des Monats mit *Wilhelm Wolff* zusammengetroffen.[35]

Auszug aus dem Paßregister des Kantons Genf:

Niedergelegte Papiere:	Pass Lausanne 11. September 1849
Name:	Engels, Frédéric
Alter:	28 Jahre
Beruf:	Schriftsteller
Herkunft:	Preußen
wohnhaft in:	– –

31 ACV, Lausanne, Registre K VII b2 und K VII b1/43.

32 So Friedrich Engels, Die Persönlichkeiten des Bundesrats, in: „Neue Rheinische Zeitung", Nr. 155 vom 29. November 1848, wiederabgedruckt in: MEW, Bd. 6, S. 64–68, hier S. 65.

33 Bundesarchiv Bern, E 21, Archivnr. 41 (aus dem Französischen). Fotokopie liegt dem Friedrich-Engels-Haus, Wuppertal, vor. Vgl. auch Rolf Dlubek, Friedrich Engels als publizistischer Anwalt . . ., a.a.O., S. 241, Anm. 23.

34 Bundesarchiv Bern, E 21, Archivnr. 33 (aus dem Französischen). Fotokopie liegt dem Friedrich-Engels-Haus, Wuppertal, vor.

35 Vgl. Walter Schmidt, Wilhelm Wolff. Kampfgefährte und Freund von Marx und Engels, Berlin 1979, S. 238 und 239, sowie ders., Wilhelm Wolff in der Schweiz, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 12, Jg. 21, 1973, S. 1464–1488, hier S. 1468, und „Deutsche Zeitung" vom 18. September 1849, S. 2071. Ebenso dürfte Engels hier mit Stephan Born zusammengetroffen sein. Vgl. Stephan Born, Erinnerungen eines Achtundvierzigers. Hrsg. und eingeleitet von Hans Schütz, Berlin/Bonn, S. 103.

Letztes Visum in den Papieren vermerkt: Bern, 17. September 1849
Datum der Wiederaushändigung der Papiere: 28. September 1849
Ziel: Genua[36]

Zwischen dem 18. und 28. September hält sich *Engels* demnach in Genf auf, wo er *Borkheim, Schily* und erneut *Liebknecht* trifft und zuweilen wohl Ausflüge ins „Café de la Couronne" macht.[37]

Mit der Erteilung eines Transitvisums für Sardinien-Piemont entfalten die dortigen Behörden eine emsige Tätigkeit:

[...] Betrifft: Friedrich Engels

Ich eile, Ihnen mitzuteilen, daß das Ministerium den Transit durch unsere Staaten bewilligt hat, von wo der genannte Preuße Friedrich Engels, gegenwärtig in der Schweiz, sich in Genua einschifft. Dies geschieht unter den gleichen Vorbehalten und Bedingungen, wie sie für die Herren Struve und Heinzen, beide Führer der badischen Revolution, zu denen auch Engels gehören soll, angegeben wurden.

Betreffend das Geleit ihrer Begleitung, muß ich Ihnen mitteilen, daß man es den Befehlshabern überlassen wird, den oder die Carabinieri zu wechseln, wann und wo sie es für richtig halten; daß diese Carabinieri von den Personen, die sie begleiten, bezahlt werden müssen. Diese nehmen einen eigenen Wagen, können aber auch von einem öffentlichen Fahrzeug Gebrauch machen, wenn sie alle Plätze mieten, wie ein Coupé oder eine Limousine, um mit dem oder den Carabinieri alleine zu sein. [...][38]

[...] Nr. 540	Gemäß Ihrem Auftrag mit Depesche vom 18.
An den	d. M., Nr. 86 (Pol. Aff.) habe ich das Innenmini-
Chevalier	sterium bezüglich der drei politischen Flüchtlinge
Farina	Heinzen, Struve und Engels benachrichtigt.
27. Sept. 1849	Die nötigen Anordnungen an die Intendanten von
	Chambéry und Annecy wird man für den Fall
Heinzen	geben, daß diese Individuen die königlichen Staaten
Struve	durchqueren werden, um sich nach Amerika oder
und	England zu begeben. [...][39]
Engels	

Nun erst wird klar, warum *Engels* in seinem Brief an *G. J. Harney,* einen Tag vor seiner Einschiffung nach London, am 5. Oktober aus Genua schreibt: „Ich bin sehr glücklich, so bald eine günstige Gelegenheit gefunden zu haben, diese verfluchte Polizeiatmosphäre zu verlassen. Ich habe tatsächlich noch nie eine so gut organisierte

36 Staatsarchiv Genf, vgl. Anm. 31, Etrangers H 23, registre d'inscription Nr. 9279, S. 227.

37 Vgl. Wilhelm Liebknecht, Erinnerungen eines Soldaten der Revolution, Berlin 1976, S. 200 und 201, sowie Marx an Engels in Manchester, London 9. Februar 1860; wiederabgedruckt in: MEW, Bd. 30, S. 29–35, hier S. 30.

38 Departementsarchiv von Savoyen, Chambery, Fonds sarde, Nr. 483, Surété publique, lettres reçues par l'intendant du ministre de l'Intérieur (aus dem Italienischen). Fotokopie liegt dem Friedrich-Engels-Haus, Wuppertal, vor.

39 Staatsarchiv Turin, Kabinett des Innenministeriums, Cartella 1, Légation de S.M. en Suisse, 17. November 1848 – 3. Juni 1851 (aus dem Französischen). Fotokopie liegt dem Friedrich-Engels-Haus, Wuppertal, vor.

Polizei gesehen wie hier in Piemont."[40] Engels hatte also die Reise von der Schweizer Grenze bis nach Genua in der Zwangsbegleitung piemontesischer Carabinieri hinter sich zu bringen gehabt.

Am 12. November erreichte *Engels* den Londoner Hafen, wie die Passagierliste und das Ankunftszertifikat zeigen:

Nr. 2557	Hafen von London	Ankunftszertifikat	
Ankunftsdatum	Name und Land	Von welchem Hafen angekommen	Bemerkungen
12. Nov[embe]r 1849	Frederic [!] Engels Beruf: Schriftsteller Gebürtig in Preußen	Genua mit der Cornish Diamond	verließ [England] 1847 hat einen Paß der Regierung
Unterschrift des Inhabers: Friedrich Engels		Unterschrift des Hafenoffiziers: Fabian[41]	

Auszug aus der Passagierliste:

[...] Ich, der unterzeichnete Kapitän der „Cornish Diamond", unterwegs von Genua nach dem Hafen von London [...] Name des Kapitäns: G. P. Stevens			
Nr.	Vor- und Nachnamen	Beruf	Heimatland
1	Fredrick Engles [!]	Literat	Preußen
G. P. Stevens gegeben am 12. Tag des Novembers 1849 [. . .][42]			

40 Friedrich Engels an George Julian Harney in London, Genua, 5. Oktober 1849, wiederabgedruckt in: MEGA® III, 3, S. 49 (aus dem Englischen).

41 Vgl. Public Record Office, London: Home Office 2, Certificates of Arrival 186X/L 03263 (aus dem Englischen). Fotokopie liegt dem Friedrich-Engels-Haus, Wuppertal, vor.

42 Vgl. Public Record Office, London, Home Office 3, Passengers Lists, 46 YC 02742 (aus dem Englischen). Fotokopie liegt dem Friedrich-Engels-Haus, Wuppertal, vor.

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 6/1983

Der Streit um die Frauenfrage

Überlegungen im Anschluß an U. H.-Osterkamps Kritik an meinen Texten zur Frauenbefreiung*

Frigga Haug

Frauen sind in Bewegung. Das gilt nicht nur für die Bundesrepublik, sondern ist ein weltweites Phänomen. Auf eine noch unklare Weise – unklar für das Begreifen unter Gesichtspunkten traditioneller Politik – formieren sich Frauen in Projekten, gibt es eine neue Frauenbewegung. Wiewohl keine einheitliche Zielrichtung oder gar Linie deutlich ist, läßt sich doch erkennen, daß diese neue Bewegung zum geringsten Teil eine sozialistische Perspektive hat, daß sie sogar mit den Organisationen der Arbeiterbewegung nichts zu tun haben will und daß sie gleichwohl eine Befreiungsperspektive verfolgt. Diese Bewegung stellt eine Kraft dar, deren Wirkung vielfältig gebrochen ist, die zugleich beständig von Verfall bedroht ist oder gar von einer Einbindung in rechte Politik.

In meinen beiden von *Ute H.-Osterkamp* kritisierten Texten[1] stelle ich mir zwei Ziele: einen Eingriff in die Frauenbewegung zu formulieren, weg vom Opferdiskurs

* Anmerkung der Redaktion: Bei der Veröffentlichung von Ute H.-Osterkamps Kritik an Frigga Haugs „Opfer-Täter"-Konzept in „Marxistische Studien" 5/1982 hatten wir Frigga Haug angeboten, im nächsten Jahrbuch eine Erwiderung zu veröffentlichen. Frigga Haug hat es für angebracht gehalten, dennoch im Argument 135 (Sept./Okt. 1982) verbreiten zu lassen, das IMSF lehne eine Replik im Jahrbuch ab und beteilige sich an einer Kampagne gegen sie. Diese Behauptungen sind bislang von der Frauenredaktion des Argument nicht zurückgenommen worden, ungeachtet auch der weithin bekannten Tatsache, daß der Arbeitskreis Frauenfrage des IMSF Frigga Haug schon im Januar 1982 zu einer Diskussionsrunde über ihre Thesen eingeladen hatte und seine Einladung auch zur Frauenkonferenz des IMSF im November 1982 wiederholte.

Die Leser/innen des hier veröffentlichten Aufsatzes von Frigga Haug werden feststellen, daß es sich bei diesem Text nicht um eine Replik auf Ute H.-Osterkamps Kritik handelt, sondern daß andere, von Ute nicht behandelte Themen aufgegriffen werden. Da hierbei massive Vorwürfe an die „organisierten Frauen" in der Arbeiterbewegung formuliert werden, halten wir die Auseinandersetzung mit den offensichtlich auch im Grundsätzlichen konträren Positionen Frigga Haugs für notwendig und bringen im Anschluß eine Erwiderung von zwei Mitgliedern des Arbeitskreises Frauenfrage des IMSF, Alma Steinberg und Ingeborg Nödinger.

Frigga Haugs Text knüpft an an: Ute H.-Osterkamp, Gesellschaftliche Unterdrückung oder psychische Unterwerfungstendenz? Zu Frigga Haugs „Opfer-Täter-Konzept", in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5/1982, S. 192–200. Seitenzahlen in Klammern beziehen sich auf diesen Text.

1 Vgl. Frigga Haug, Opfer oder Täter? Über das Verhalten von Frauen, in: Das Argument 123, 1980; nachgedruckt in: F. Haug (Hrsg.), Frauen – Opfer oder Täter? Diskussion, Argument-Studienheft SH 46, ²1982; F. Haug, Männergeschichte, Frauenbefreiung, Sozialismus, in: Das Argument 129, 1981.

in Richtung auf ein Ergreifen der gegebenen Möglichkeiten (Opfer-Täter), und ich mache den Versuch, den Zusammenhang von Arbeiterbewegung und Frauenbewegung zu untersuchen, als ersten Schritt für eine praktisch herzustellende Verbindung der Politiken (Männergeschichte...). Eigentümlicherweise ist *U. H.-Osterkamps* Kritik eine politische, eine die Politikvorschläge enthält, ohne daß sie dieses Anliegen von mir überhaupt zur Kenntnis nimmt. Im Gegenteil scheint ihr schon der Aufruf an die feministischen Frauen, einen Zusammenhang zwischen den Kapitalverhältnissen und der Frauenunterdrückung anzunehmen und von daher den Kampf nicht nur gegen Männer, sondern auch gegen die Form der Produktionsverhältnisse zu führen, als Charakterschwäche von mir (198 f.). Durch die Wahl einiger Worttupfer zeichnet sie ein Stimmungsbild, das alle aufrichtigen Sozialisten abschrecken muß: Sozialistische Frauengruppen sind von mir „kreiert" – man assoziiert einen Damenschneider; daß ich persönlich zum Couturier werde, löscht die Aktivitäten der vielen Frauen. Überlegungen, die das Auseinander von Arbeiter- und Frauenbewegung zum Thema haben, „erscheinen dann als der dritte Weg", womit zwar nichts analysiert, aber immerhin bedeutet ist, daß man sich davor abzuwenden habe. – Ich arbeite in der sozialistischen Frauenbewegung seit 14 Jahren. Es erschreckt mich, daß *U. H.-Osterkamp,* die niemals „Frauenpolitik" machte, in solcher Weise sich Urteile erlaubt. Ein genaueres Studium ihrer Texte (ich beziehe mich dabei ebenso auf ihren Beitrag zur Marxistischen Woche in Köln 1982)[2] belehrte mich jedoch, daß sie diese Inkompetenz, die ich ihr bescheinige, nicht empfindet, weil sie die Frauenfrage insgesamt für ein Phänomen hält, welches sich aus der Analyse der kapitalistischen Gesellschaftsformation und der Lohnabhängigen in ihr prinzipiell und ursächlich ableiten und erklären läßt. Mit anderen Worten, die vielen „bewegten Frauen" sitzen mit ihren Kämpfen einem Effekt der kapitalistischen Gesellschaftsformation auf; „statt aus der Bewährungsangst heraus zu agieren, (sollten sie) diese auf ihre realen Ursachen zurückführen und zu der ‚Unzulänglichkeit' der eignen Person bewußt stehen... und die subjektive Notwendigkeit der Veränderung dieser Verhältnisse ableite(n)" (199 f.). Eine Mann-Frau-Unterdrückung existiert dann überhaupt nur, insoweit es auch eine Unterdrückung der Kinder durch Mütter gibt usw., ebenfalls als eine Folge der prinzipiellen Unterdrückung im Kapitalismus, was die einzelnen dazu verleitet, diese immer weiter nach unten abzureagieren.

Ich möchte mich an dieser Stelle darauf beschränken, dies Hauptproblem, das u. a. in *Ute H.-Osterkamps* Kritik steckt, *die Nichtexistenz der Frauenfrage,* zu erörtern, weil dies für ein mögliches Zusammengehen von Frauenbewegung und Arbeiterbewegung ein zentrales Problem ist. Die Einordnung und Abhandlung der Frauenunterdrückung als Erscheinungsform der Klassenfrage ist zudem so verbreitet, daß ein allgemeines Interesse an solcher Diskussion vorausgesetzt werden kann. (Die persönlichkeitstheoretischen Annahmen in ihrem Artikel werde ich an anderer Stelle kritisch erörtern.)

Antworten, die wir finden, hängen ab von den Fragen, die wir stellen, und davon, *wie* wir dies tun. Wie stellen wir uns also die Frage nach der in fast allen

2 Vgl. Ute H.-Osterkamp, Politik und Psychologie, in: Karl Marx und die Wissenschaft vom Individuum, mit Beiträgen von K. H. Braun, W. Hollitscher, K. Holzkamp, K. H.-Osterkamp und K. Wetzel, Marburg 1983.

gesellschaftlichen Bereichen offensichtlichen Benachteiligung und Unterdrückung der Frau? Wenn wir z. B. in diesem Zusammenhang das Verhältnis von Arbeiterbewegung und Frauenbewegung zur Diskussion stellen, setzen wir implizit schon voraus, daß es da einen *inneren* Zusammenhang geben müßte; im Grunde meinen wir, daß die Befreiung der Frau auch Sache der Arbeiterbewegung sein sollte. Unter dieser Voraussetzung blicken wir mit Staunen in die Geschichte dieser Bewegung. Ich setze voraus, daß die Fakten im allgemeinen bekannt sind und spitze für unsere Frage im wesentlichen zusammenfassend zu:

Die Arbeiterbewegung war im großen und ganzen eine männliche Bewegung. Ihre Organisationen hatten wenig übrig für Frauenemanzipation. Ja, nicht einmal die Berufstätigkeit der Frauen stand historisch auf der Tagesordnung. Das hatte sein relatives Recht, denn die Bedingungen zu Beginn der Industrialisierung waren so schlecht, daß die Familie, deren Zusammenhalt der Frau zugedacht war, als Zuflucht notwendig war.[3]

Zugleich gewinnen wir aus einem Studium der Geschichte der Industriearbeit den Eindruck, daß zumindest die Arbeiterschaft selber zu Beginn der Industrialisierung überwiegend weiblich war. Belege finden sich zuhauf etwa bei *Karl Marx* im „Kapital". Ich zitiere einige Passagen: Eine Stahlfederfabrik beschäftigt 1861 1428 Personen, darunter 1268 Arbeiterinnen vom fünften Jahr an. Von den 642 607 Beschäftigten in den Textilfabriken von 1861 sind 177 596 männlich über 13 Jahre. Überall, mit Ausnahme der Metallfabriken, sind jugendliche Arbeiter (unter 18 Jahre), Weiber und Kinder das weit vorwiegende Element des Fabrikpersonals. „Die neuen Maschinenarbeiter sind ausschließlich Mädchen und junge Frauen. Mit Hilfe der mechanischen Kraft vernichten sie das Monopol der männlichen Arbeit in schwererem Werk...".[4] Trotz solcher Realitäten dachte und formulierte *Marx* die Arbeiterschaft männlich, sind Sätze selbstverständlich, in denen „Arbeiter" oder „Proletarier" synonym für den männlichen Arbeiter gilt. (Ich erinnere etwa an die Sätze im „Kommunistischen Manifest", in denen sowohl Bourgeoisie als auch Arbeiterklasse umstandslos männlich gedacht sind.) Spricht *Marx* im „Kapital" überhaupt über das Verhältnis von Männern zu Frauen, so gemeinhin unter dem

3 Zur Erinnerung zitiere ich einige Stellungnahmen zur Frauenbefreiung aus der Frühphase der Arbeiterbewegung: „Die Heilung erwarten wir für die Frauen, wie für die Männer nur in einer totalen Umänderung des Produktionsmodus, in der gerechten Vertheilung des Arbeiterertrages, in der Selbständigkeit des Arbeiters als Mitglied einer Assoziation. Eine andere gerechte Grundlage der Production wird zur natürlichen Folge haben, dass die Frauen eine würdigere sociale Stellung einnehmen werden. Dann meine Herren, werden... die Frauen ihrer natürlichen Bestimmung als Gattinnen und Mütter folgen können" (sprach der Buchhändler Schlingmann 1866 in einer Parteiversammlung über Frauenarbeit und Arbeiterfrauen, abgedruckt im „Socialdemokrat" 1866). 1867 gab es folgende Resolution in der Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeiter Vereins: „Die Beschäftigung der Frauen in den Werkstätten der großen Industrie ist einer der empörendsten Mißbräuche unseres Zeitalters; empörend, weil die materielle Lage der Arbeiterklasse dadurch nicht gehoben, sondern verschlechtert und die Arbeiterbevölkerung besonders durch die Vernichtung der Familie in einen so elenden Zustand versetzt wird, indem sie auch den letzten Rest von idealen Gütern verliert, den sie noch inne hatte. Um so mehr ist heute das Streben zu verwerfen, den Markt für die Frauenarbeit noch zu vergrößern. Abhilfe gewährt nur die Beseitigung der Capitalherrschaft..." (aus dem „Socialdemokrat" 1867). Beide Zitate nach: Heinz Niggemann, Emanzipation zwischen Sozialismus und Feminismus. Die sozialdemokratische Frauenbewegung im Kaiserreich, Wuppertal 1981.

4 Karl Marx, Das Kapital, 1. Bd., in: MEW, Bd. 23, S. 485, 470, 473, 496.

Gesichtspunkt des Reproduktionszusammenhangs für die Gattung. Frauen existieren für Kinder und für Familie (so belegt auch der Fragebogen, den seine Töchter für ihn ausarbeiteten). In dieser Weise gehen Frauen auch in die Arbeitswertlehre ein: als ein Element der Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft. Solche selbstverständlich spontanen Auffassungen über die Geschlechter sind zu jener Zeit ganz üblich, werden im wesentlichen nur von den Sozialutopisten *Fourier*, auch *Weitling*, *Owen* und *Saint Simon* durchbrochen.

Neben der spontanen Reproduktion zeitgenössischen Empfindens formuliert *Marx* für die sozialistische Perspektive durchaus ein anderes Verhältnis der Geschlechter zueinander, ein Durchbrechen der alten Familienform, eine Verbindung, die gestiftet ist durch die Beteiligung beider an der gesellschaftlichen Produktion, durch „die dritte Sache", wie *Brecht* später schrieb. Selbst die unmenschlichen Arbeitsbedingungen in der „Großen Industrie" hindern *Marx* nicht, wie folgt zu formulieren: „So furchtbar und ekelhaft nun die Auflösung des alten Familienwesens innerhalb des kapitalistischen Systems erscheint, so schafft nichtsdestoweniger die große Industrie mit der entscheidenden Rolle, die sie den Weibern, jungen Personen und Kindern beiderlei Geschlechts in gesellschaftlich organisierten Produktionsprozessen jenseits der Sphäre des Hauswesens zuweist, die neue ökonomische Grundlage für eine höhere Form der Familie und des Verhältnisses beider Geschlechter."[5]

Es bedarf kaum der Interpretation, um zu erkennen, daß sich *Marx* hier ebenso kritisch zum Geschlechterverhältnis wie zur alten Familienform äußert, wie daß er sich die mögliche Entwicklung krisenhaft vorstellte, nicht evolutionär.[6] Dennoch können wir den Rückblick zusammenfassend kennzeichnen: Die Geschichte der Arbeiterbewegung ist eine weitgehend männliche Geschichte. Die Geschichte der Frauenarbeit zeigt sie durchweg in unteren schlechtbezahlten Rändern der allgemeinen industriellen Arbeit. Noch immer verdienen Frauen im Durchschnitt 25 Prozent weniger als Männer, gibt es in höheren Positionen Frauen nur als seltene Einsprengsel, exotische Blumen in einem für sie nicht gedachten Klima. Die Zentralkomitees, die Funktionärspositionen, die Redaktionen aller sozialistischen Organe sind durchweg Männervereine.

Umgekehrt die *neue Frauenbewegung*. Sie kennt zwar keine Zentralkomitees, wie sie überhaupt einer politischen Artikulation in organisierter Form überwiegend widerstreitet. Ihre Redaktionen sind „Frauenvereine". Sie hat mit der Arbeiterbewegung nichts im Sinn, wie diese nichts mit ihr. Es wirkt, als ob diese zwei Bewegungen von zwei verschiedenen Planeten kämen. Sie sprechen Fremdsprachen füreinander.

Schon an dieser Stelle wird es schwierig, das Problem überhaupt verständlich zu formulieren. Protest kommt aus den Frauengruppen, den Arbeitskreisen und Kommissionen in den Organisationen der Arbeiterbewegung. Sind sie nicht selber die neue Frauenbewegung oder zumindest ein Teil von ihr? Obwohl oder vielleicht gerade weil ich selber aus einer sozialistischen Frauenorganisation komme, habe ich

5 Ebd., S. 514.

6 Vgl. Frigga Haug, Verelendungsdiskurs oder Logik der Krisen und Brüche? Marx neu gelesen vom Standpunkt heutiger Arbeitsforschung, in: Aktualisierung Marx', Argument-Sonderband AS 100, 1983.

einige Probleme, die Frauengruppen aus den traditionellen Organisationen so umstandslos zur Frauenbewegung zu zählen. Dies wegen ihrer Art, die Frauenfrage zu formulieren.

Beginnen wir anders herum. Welches ist die spezifisch feministische (oder, wie ich kürzlich in den „Marxistischen Blättern" und auf der Frauenkonferenz des IMSF lernte, neofeministische) Art, die Frauenfrage zu stellen? Ich fasse thesenhaft zusammen: Die Frauenunterdrückung bestimmt sich im Verhältnis zum Mann. Er tritt als Unterdrücker auf. Die Gesellschaft ist eine männliche Gesellschaft, das heißt, die Sozialstruktur beruht auf der Frauenunterdrückung. (Unter Sozialstruktur werden dabei das System der Arbeitsteilung, die Beteiligung bei der Aufzucht der Kinder, die Symbole und die herrschenden Werte verstanden.) Frauen sind Objekte in einer männlichen Beziehungswelt. Kurz: Wir leben in einem Patriarchat.

Die weiter oben gebrauchten Formulierungen: die Arbeiterbewegung sei so männlich wie die Arbeit bzw. die gesellschaftliche Produktion, entstammen der gleichen Redeweise. Mit solchen Formulierungen kann man zur Zeit ein müdes Gähnen hervorrufen, weil es jede schon weiß, oder an anderen Orten unerhörte Lacher erzielen, weil es sich dort anhört wie „rote Rüben und Musik sind dreieckig". Die Logik solcher Aussagen wie „die Wissenschaft ist männlich" steht quer zu unserem herkömmlichen Denken. Andererseits ist sie unmittelbar einleuchtend. Unzählige Beispiele fallen uns sofort ein: die männliche Sprache, noch einmal die oberen Etagen in grauen oder schwarzen Anzügen, das Ausbildungssystem, die Sexualität – selten vergewaltigen Frauen einen Mann –, die Welt der Symbole, die auf dem Ausdruck des Männlichen – Kraft, Stärke, Aggressivität, der Welt tatkräftig zugewandt – und dem Weiblichen als entgegengesetzt – weich, schwach, sanft, nicht der Welt, sondern dem Mann zugewandt – beruht und das Sozialsystem rechtfertigt. Die gesamte Kultur ist männlich geprägt: Vieles, was wir für gesellschaftlich erstrebenswert halten, drücken wir zugleich männlich aus (etwa Brüderlichkeit).

Welche Praxis entspricht einer solchen Auffassung über die Unterdrückungs- und Herrschaftsstrukturen in unserer Gesellschaft? Kurz, was tuen eigentlich die Feministinnen der neuen Frauenbewegung? In sozialistischen und kommunistischen Organen erfährt man häufig, was sie nicht tun, wo man sie vermißt (z. B. bei Lohnkämpfen, Arbeitszeitverkürzung, streitend gegen die CDU oder andere Formen einer zunehmend reaktionärer werdenden Politik), aber was tun sie statt dessen? Bei *U. H.-Osterkamp* erfahren wir, daß sie die „sehr schöne, aber nichtssagende These", das Persönliche sei politisch, vertreten (198). Für eine wissenschaftlich begründete Politik ist es sicher nützlich, sich einen Einblick in typisch feministische Aktivitäten zu verschaffen – vielleicht gelingt es, aus ihren konkreten Praxen eine klarere politische Einschätzung ihres Wirkens und damit möglicher Zusammenarbeit zu erarbeiten. Ich gebe im folgenden eine ungeordnete Skizze mir bekannter feministischer Aktivitäten: Feministinnen rufen das Zuhause als Kampfplatz aus; sie verlassen ihre Familien; sie gehen als Lehrerinnen aus den Schulen heraus; sie gehen als erwachsene Schülerinnen in die Schule; sie treiben ab; sie gründen Gesundheitsläden; sie werden lesbisch; sie kleiden sich anders; sie stellen Wissenschaft infrage; sie üben eine andere Diskussionskultur; sie greifen Dominanzen in linken Gruppen an und gerade da; sie führen Hierarchien als Zusammenarbeit von Geschlechterverhältnis und Arbeitsteilung vor; sie gründen Frauenhäuser und fordern in alternativen

Projekten die Ideologie des Staates heraus; sie engagieren sich in der Friedensbewegung. Wir haben jetzt die Möglichkeit zu klassifizieren und selbstbewußt anzuführen, dies alles sei typisch für eine bürgerliche bzw. kleinbürgerliche Frauenbewegung, oder moderner gesprochen: dies sei eben neo-feministisch. Gewöhnlich wird von Feministinnen nicht so gesprochen, daß man erkennt, was sie tun, sondern negativ sogleich, wie es zu be- oder verurteilen ist. So etwa konnte man auf der Frauenkonferenz des IMSF hören, wie die Feministinnen von den Organisierten Frauen gesehen werden: 1. sie denken Frauenunterdrückung unabhängig vom Kapital (darin steckt, sie sei abhängig, nicht etwa, sie sei durch das Kapital geformt); 2. sie dächten das Kapital gar als Spielart der Frauenunterdrückung; 3. sie sähen Einwilligung als Ursache von Unterdrückung; 4. sie hielten die Eigentumsfrage für nebensächlich; 5. die Unterdrückung der Frau glaubten sie gegründet auf Sexualität; 6. sie führten den Kampf gegen Männer statt gegen das Kapital; 7. sie bezögen sich vornehmlich auf Körper und auf Ästhetik; 8. sie sähen den Profit nicht als Triebkraft der Fremdherrschaft; 9. sie individualisierten Probleme, statt sie in den Verhältnissen zu sehen; statt dessen sei Frauenunterdrückung ein Bestandteil des Kapitalismus. Daher sei der Kampf zusammen mit den Männern für eine andere Gesellschaft zu führen, oder wie *U. H.-Osterkamp* dies formuliert: daß man „für Verhältnisse kämpft, innerhalb derer mit der vollen Gleichberechtigung aller Gesellschaftsmitglieder die wesentlichen Voraussetzungen für die Entfaltung individueller Potenzen und persönlicher Beziehungen gegeben sind" (198). Gemessen an solchen Orgelklängen machen sich feministische Aktivitäten vielleicht ganz nett aus, sogar bei großer Toleranz ein bißchen fortschrittlich; bis auf die häufig verschwiegenen Friedensaktivitäten könne ihnen jedoch nicht bescheinigt werden, wahrhaft politisch zu sein, da sie weder ernsthaft das Kapital in Frage stellten, das doch der „eigentliche Frauenunterdrücker" sein soll, noch in Krise und Rechtsentwicklung sich ausreichend zu Wort meldeten. Der vielfach gehörte Satz: *ich habe mit jedem männlichen Arbeiter mehr gemein als mit einer Unternehmerin* scheint nach wie vor nichts an Gültigkeit zu verlieren.

So zu sprechen, heißt den Klassenstandpunkt einnehmen, den Standpunkt des Arbeiters gegen den Unternehmer, den der Lohnarbeit gegen das Kapital. In diesem Widerspruch können wir auch Frauenunterdrückung formulieren. Sie kommt uns ins Blickfeld als *Lohnungleichheit*, Frauen als *Reservearmee besonderer Art*. Aber schon auf der Ebene des praktischen Klassenkampfes, im Betrieb, haben wir Schwierigkeiten, die Frauenfrage vom Klassenstandpunkt so ohne weiteres zu stellen. Da gibt es Sonderregelungen – etwa Mutterschutz –, die Frauen für Profitzwecke weniger gut ausbeutbar sein lassen. Aber Gesetze führen uns aus der unmittelbaren Klassenszene in den Staatsraum. Hier finden wir noch eine Menge stützende Regelungen und auch Mängel, die uns in den Frauenkampf einordenbar sind: etwa fehlende Kindergärten, Sozialabbau, Diskriminierungen im Gesetzbuch usw. Alle bisher genannten Dimensionen der Frauenfrage lassen es in der Tat uneinsichtig erscheinen, nicht zusammen mit den Männern zu streiten, Kapital (und Staat) nicht als Frauenunterdrücker zu sehen und damit die neue Frauenbewegung nicht als kleinbürgerliche Protestler zu betrachten.

Bei genauerem Hinsehen entdecken wir allerdings mehrere Besonderheiten und Merkwürdigkeiten sowohl theoretischer als auch praktischer Art. Zunächst *theore-*

tisch: Indem ich die Frauenfrage als Bestandteil der Klassenverhältnisse behaupte und zugleich die meisten Aspekte der Unterdrückung im Staatsraum geregelt finde, setze ich eine bestimmte Staatsauffassung als stimmig voraus, daß nämlich der Staat nichts sei als Instrument in den Händen der herrschenden Klasse. Man sollte diesen Umstand zumindest bewußt mitdenken. Gleichzeitig wird auch eine bestimmte Gesellschaftsauffassung als allein gültig impliziert: daß nämlich der Klassenwiderspruch überhaupt alle Lebensbereiche durchgängig bestimmt. Wenn ich allerdings solches voraussetze und damit zugleich also denke, daß das Kapital als herrschende Macht alle Bereiche bestimmt, und unter eben dieser vorherigen Annahme die „bestimmten" Phänomene betrachte, ist es nichts weiter als ein zirkuläres Argument, wenn auch mein Resultat nichts weiter als eben diese Bestimmung ist. Oder anders gesprochen, wenn ich ausschließlich jene Bereiche betrachte, in denen das Kapital die Frauen besonders ausbeutet, so ist es nicht verwunderlich, wenn ich zum Ergebnis komme, daß es das Kapital ist, welches die Frauen unterdrückt. Der Blickwinkel ordnet meine Wahrnehmung.

Wenn ein solch zirkuläres Denken für Theoretiker ein wenig beschämend ist, könnte ich doch als Praktiker mich vielleicht darüber hinwegsetzen, wenn alle beobachtbaren Phänomene in meine Argumentation hineinpassen. Kommen wir also zu den *praktischen* Merkwürdigkeiten: Da ist zunächst das Verhalten der Frauen in der neuen Frauenbewegung selber. Sie verstehen solche Bestimmungen der Frauenunterdrückung nicht, brechen das Gespräch ab und beharren auf alternativen Projekten. Das ist gewiß ein Phänomen, welches nach Erklärung verlangt, läßt uns aber immer noch die Möglichkeit, diese Frauen einfach als Kleinbürger aus unserem Blickfeld zu schieben. Da stoßen wir auf ein zweites Phänomen. Das Unverständnis ist nicht reziprok. Die organisierten Frauen verstehen die Frauen aus der neuen Frauenbewegung sehr wohl. Schließlich sprechen diese ja von lauter Sachen, die sie auch kennen, erfahren; allerdings sind solche Dinge ihnen zumeist für richtige Politik zu persönlich. „Natürlich traue ich mich nicht, nachts auf die Straße zu gehen", sagte eine Frau auf einem Kongreß, „aber das muß ich mit mir persönlich abmachen, denn natürlich weiß ich auch, daß das nicht das Kapital ist, das da nachts auf der Straße lauert."

Also gibt es eine Trennung zwischen politischem und Alltagsleben. Das wichtige Gesellschaftliche und das individuelle Persönliche hängen auseinander. *U. H.-Osterkamp* belehrte uns weiter oben, daß die Rede von dem Persönlichen, welches politisch sei, nichtssagend sei. Immerhin erfahren wir hier, daß die Politik der Frauenbewegung dieses Persönliche umgreift, daß es für sie politisch ist; wiewohl damit theoretisch noch nichts bewiesen ist, ist es doch praktisch vorhanden.

Lassen wir dies zunächst so stehen und betrachten eine weitere Merkwürdigkeit: Es herrscht Konsens, daß das Kapital die Frauen besonders gut ausbeuten kann. Aber warum die Frauen anders als Männer? Sind sie ähnlich wie Gastarbeiter und wenn ja, warum? Wenn sie so billig sind, wie ein Belegsatz lautet, warum nimmt dann das Kapital nicht mehr ihresgleichen, sondern entläßt sie in Krisenzeiten gehäuft? Warum also wird die Krise auf ihrem Rücken ausgetragen? Die Struktur eines Betriebes zeigt ebenso wie die Struktur einer Partei, einer Organisation, einer Verwaltung jeweils die Frauen unqualifiziert und unten und die Männer im Verhältnis qualifizierter und zeigt zugleich in den Strukturen Mechanismen, daß das so

bleibt, wie es ist. In den Verhaltensweisen, in den Symbolen, in den alltäglichen Praxen, in den Kulturen sind pro-männliche Momente gegen Frauen enthalten, die ausgrenzen, die die alte Struktur wiederherstellen. Oder anders gesprochen: Das Gesellschaftssystem enthält Strukturvorteile für die Männer, die diese den Frauen überordnen.

Soweit dem zuzustimmen ist, wäre also doch das Geschlechterverhältnis zu untersuchen und darin Frauenunterdrückung aufzuspüren. Betrachten wir die Frage so, finden wir eine Menge Gründe, warum Männer nicht nur für Frauenbefreiung sind und mit uns gemeinsam kämpfen, sondern auch dagegen, weil die Frauenunterdrückung ihnen nützt. Der Kampf um Arbeitsplätze wird etwas weniger hart – oder wie *U. H.-Osterkamp* dies formuliert, „daß das Hineindrängen der Frauen in die verschiedenen Positionen nur eine Umschichtung der Reservearmee, d. h. das Hinausdrängen der Männer aus diesen Positionen, bedeuten würde..." (195); das Kinderproblem stellte sich auch für Männer und nicht bloß – wie *U. H.-Osterkamp* uns versichert – müssen nur Frauen „auf die Bedürfnisse der Kinder eingehen und deren Lebensmöglichkeiten nicht beeinträchtigen" (195). Trost, Geborgenheit, Entspannung, Versorgtwerden in der Familie – das sind alles schwerwiegende Gründe (männliche) gegen ein Ausschreiten der Frauen. Diese Aspekte führen uns einerseits dorthin, wo die Feministinnen streiten, und andererseits zum blinden Fleck der organisierten Frauen. Denn in der Behauptung, daß das Kapital der Frauenunterdrücker sei, ist das Geschlechterverhältnis, um das es hier geht, überhaupt nicht enthalten; der Gegensatz von Mann und Frau wird als inexistent unterstellt. Dabei ist es keineswegs so, daß die Frauen in den Arbeiterorganisationen glauben, daß es diesen Gegensatz nicht gibt. Aber sie denken – und hier berufen sie sich auf *Engels* – daß das Kapital alle anderen Gegensätze nivelliert und also langfristig den Mann/Frau-Gegensatz aufhebt. Die Geschlechterfrage ist auf diese Weise als aufgehoben gedacht, bevor sie überhaupt genauer studiert wurde. Eine solche Auffassung geht davon aus, daß es auf jeder Entwicklungsstufe *einen* Widerspruch gibt und seine Lösung alle übrigen Probleme in eine höhere Form bringt. Vermutlich müssen wir diesen Gedanken neu fassen, denn die Wirklichkeit in Betrieben, Institutionen, im öffentlichen wie im privaten Leben zeigt: Es gibt alltägliche Kämpfe zwischen Männern und Frauen, die die zwischen Lohnarbeit und Kapital durchkreuzen. Sie enden, wie ebenfalls *Engels* formulierte: mit der „weltgeschichtlichen Niederlage" des weiblichen Geschlechts. Das Kapital kann sich die Herrschaftsstrukturen zwischen Männern und Frauen so zunutze machen, daß einzelnen Fraktionen einander blockieren. Sexismus im Betrieb richtet sich zunächst weder für noch gegen die Unternehmer. Er läßt sich aber benutzen, um andere Interessen durchzusetzen. Die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit und Mann und Frau überlagern einander. Dies nicht zu studieren, macht uns politisch gefesselt und bezogen auf die Frauenfrage besonders handlungsunfähig. Ich gehe nach wie vor davon aus, daß es notwendig ist, daß die doppelt unterdrückten Frauen sich doppelt organisieren. Um den Mann/Frau-Gegensatz überhaupt zu bearbeiten, alltäglich, sprachlich, wissenschaftlich, kulturell, müssen die Frauenkämpfe auch autonom geführt werden. Wenn beide Seiten sich stärken, können sie dies auch wechselseitig tun, statt sich zu blockieren. Denn zum Politikmachen braucht es selbstbewußte Kräfte, nicht zagende mit dem Gefühl der Schwäche und des Unterlegenseins, nicht Frauen, die

die Auffassung, Wesen zweiter Klasse zu sein, verinnerlicht haben. Frauen sind Ungleichzeitige in dieser Gesellschaft. Vielfach sind sie noch heute in persönliche Feudalstrukturen verstrickt, nicht „doppelt freie Lohnarbeiter". Für eine gemeinsame Politik braucht es von daher auch einen Umbau der weiblichen Identitäten im Verhältnis zu sich selbst, zum anderen Geschlecht und zur Gesellschaft und Politik. *U. H.-Osterkamps* Auffassung, daß es ausreicht, „zur Unzulänglichkeit der eigenen Person bewußt zu stehen" (199) und sodann die kapitalistischen Verhältnisse zu verändern, scheint mir genau den historischen Prozeß des Auftretens der Frauen als politische Subjekte zu verfehlen.

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 6/1983

Leugnet der Marxismus die Frauenfrage?

Eine Antwort an Frigga Haug

Ingeborg Nödinger / Alma Steinberg

Die Art, wie *Frigga Haug* die Möglichkeit zur Erwiderung nutzt, hat uns erstaunt. Sie wirft ihrer Kritikerin Inkompetenz vor, weist den Vorwurf aber nicht an der Sache selbst nach. Vielmehr setzt sie an zu einer Grundsatzkritik an den angeblichen Positionen der im Zusammenhang der Arbeiterbewegung organisierten Frauen – auf die Argumente von *Ute H.-Osterkamp* geht sie nicht ein. Wir antworten hier noch einmal auf *Frigga Haug*, weil es um theoretische Kernfragen des Verhältnisses von Frauenbewegung und Arbeiterbewegung geht und weil die Kritik (die eingestreuten „Hausnummern" wie IMSF und Marxistische Blätter sind da eindeutig) vor allem gegen die *marxistische* Auffassung von Frauenemanzipation gerichtet ist.

I.

Frigga Haug ist angetreten, das Verhältnis von Arbeiterbewegung und Frauenbewegung *neu* zu bestimmen. Kritisierte sie vor einigen Jahren noch feministische Gruppierungen, weil diese Klassenunterdrückung und Frauenunterdrückung als voneinander unabhängig betrachteten und „als ‚autonome Frauenbefreiungsgruppen' ... nichts mit einer ‚männerdominierten Partei oder Organisation' zu tun haben wollen",[1] so lautet ihr Einwand heute: Den inneren Zusammenhang von Frauenbewegung und Arbeiterbewegung, wie ihn die Marxisten feststellen, gibt es so nicht. Dies lasse sich sowohl an der Geschichte der Arbeiterbewegung als auch an der marxistischen Frauenemanzipationstheorie nachweisen.

Zum Beleg baut sich *Frigga Haug* aus einigen Beispielen einen Popanz, der dann ohne große Mühe abzufertigen ist. So stellt sie nach einem knappen Blick auf die Geschichte pauschal fest, die Arbeiterbewegung sei im großen und ganzen eine männliche Bewegung mit frauenfeindlichen Tendenzen gewesen und habe für Frauenemanzipation wenig übrig gehabt; führende Vertreter, *Marx* voran, hätten z. B. eine männliche Denk- und Sprachform nie überwunden. Ist diese Fundamentalkritik auch stichhaltig? Hat *Frigga Haug* bei ihrem Parforceritt durch die Geschichte wirklich historisch analysiert? Werden die bestimmenden Entwicklungslinien der Arbeiterbewegung nachgezeichnet?

1 Frigga Haug, Für eine sozialistische Frauenbewegung, Argument Studienheft 15, Westberlin 1978, S. 22.

„Antworten, die wir finden, hängen ab von der Fragen, die wir stellen", heißt es in *Frigga Haugs* Text. Wie fragt sie nach der Haltung der Arbeiterbewegung zur Frauenemanzipation? Nicht gefragt wird nach den prinzipiellen Unterschieden zwischen revisionistischen und revolutionären Positionen zur Frauenfrage – es ist einfach die Rede von „der" Arbeiterbewegung. Man muß schon kräftig die Augen verschließen, um zu übersehen, wie sich mit der marxistischen Gesellschaftstheorie die wissenschaftliche Theorie der Frauenemanzipation entwickelte: Fünf Jahre vor *Marxens* Tod (1878) erscheint *August Bebels* „Die Frau und der Sozialismus"; wohlgemerkt: Der *praktische* Führer der deutschen Arbeiterbewegung, der bedeutendste Schüler, den *Marx* und *Engels* bis dahin in Deutschland hatten, der im engsten Briefverkehr mit ihnen steht, widmet sein erstes größeres Buch dem Problem der *Frauenemanzipation.* Und dieses Buch ist keineswegs eine eng *ökonomistische* Analyse, sondern es behandelt alle Seiten der historischen Entwicklung der Frauenunterdrückung und ihre in allen Sphären der gesellschaftlichen Beziehungen fortwirkenden Formen (natürlich nunmehr geprägt und befestigt durch die spezifisch kapitalistischen Gesamtprozesse). Es gibt also im Marxismus und in der Arbeiterbewegung keine „Nichtexistenz" der Frauenfrage.

Und was das historische Herangehen betrifft: Selbstverständlich gab und gibt es auch in der revolutionären Arbeiterbewegung keine automatische Umsetzung grundsätzlicher Erkenntnisse ins Alltagsverhalten, gab und gibt es patriarchalische Tendenzen, Widersprüche und Auseinandersetzungen. Aber kann man denn die Frage nach den *konkreten historischen Bedingungen* ausklammern, von denen der Umfang der Teilnahme und des Einflusses der Frauen in der Arbeiterbewegung abhängen? Auch das Klassenbewußtsein setzt sich bei Männern wie bei Frauen nur im ständigen harten Kampf gegen die überkommenen Denkweisen durch! Frauen wurde die Organisierung nicht nur durch patriarchalische Tendenzen in der Arbeiterbewegung erschwert, sondern sie hatten objektiv ungleich mehr Hindernisse als die Männer zu überwinden. Koalitionsverbote, fehlende Berufstraditionen und Organisationserfahrungen erschwerten z. B. ihre Organisierung. Subjektiv hemmten traditionelle Vorstellungen von der weiblichen nichtöffentlichen Stellung die Frauen am Eintritt in die Arbeiterorganisationen.

Kann man denn einfach hinweggehen über den ungeheuren Druck der kulturellen Herrschaftsverhältnisse und Traditionen der kapitalistischen Gesellschaft auf die Arbeiter, der die von *Bebel, Zetkin, Mehring* immer wieder angemahnte Durchsetzung emanzipationsfördernder Verhaltensweisen so sehr erschwert? Die Arbeiterbewegung war nicht imstande, diese Bedingungen außer Kraft zu setzen; vielmehr war und ist ja gerade ihre Zielsetzung, diese *objektiven* ökonomischen, politischen, sozialen, patriarchalisch-kulturellen Grenzen zu sprengen, um den *subjektiven* Emanzipationsprozeß der Frau qualitativ zu ermöglichen, wobei sich allerdings weitschauende Marxisten (vgl. *Lenins* Gespräche mit *Clara Zetkin*) über die Schwierigkeit und die Dauer dieses Prozesses keine Illusionen gemacht haben. Aus allem, was *Lenin* in dieser Hinsicht gesagt hat, geht hervor, daß er Sozialismus nicht bereits gleichsetzte mit Emanzipation der Frau auf allen Gebieten, sondern als *Voraussetzung*, als Schlüssel zur allseitigen Emanzipation der Fau begriff.

Wenn schon von „zirkulärem Denken" die Rede ist: Fragt nicht *Frigga Haug* die bisherige Arbeiterbewegung, Männer und Frauen, letztlich nur danach, wie weit der

von *Frigga Haug* abstrakt und unhistorisch geforderte „Umbau der Identitäten" stattgefunden hat? Die negative Antwort ist mit der Frage schon programmiert. Die verallgemeinernde Rede von der „weitgehend männlichen Arbeiterbewegung" verdrängt Existenz und Wirken der proletarischen Frauenbewegung. Sie verdrängt das unbestreitbare historische Faktum: An keiner sozialen Emanzipationsbewegung früherer Geschichtsperioden haben Frauen einen so bedeutenden Anteil gehabt wie an den Kämpfen der Arbeiterklasse. Diese Frauen nahmen an den Kämpfen der revolutionären Arbeiterbewegung teil und vertraten zugleich ihre spezifischen Interessen in Zeitschriften wie der „Gleichheit", der „Kämpferin", der „Kommunistin", in Frauenlese- und -schulungszirkeln, in Liedern wie „Brot und Rosen" und Losungen wie „Dein Körper gehört Dir". Verdrängt wird die Tatsache, daß nicht die damaligen Feministinnen, sondern die Arbeiterbewegung mit der KPD an der Spitze in der Weimarer Republik den breiten Kampf gegen den § 218 führte.[2]

Während *Frigga Haug* bei ihrer Geschichtsbetrachtung diese historischen Gegebenheiten und Zusammenhänge großzügig übergeht, nimmt sie es mit *Marxens* Sprachformen wieder sehr genau. Rund 150 Jahre nach seinem Tod werden, angeregt durch die Frauenbewegung, erstmals patriarchalisch geprägte Sprachformen erforscht und kritisiert. *Frigga Haug*, die vor wenigen Jahren noch gegen die „Mode", den „sexistischen Charakter der Sprache aufzudecken", polemisierte,[3] hält den Marxisten nun vor, daß *Marx* in seinen Sprachformen ein Mensch seiner Zeit gewesen sei – daß er somit nicht in allen, sondern nur in den wesentlichen Punkten die historische Entwicklung vorweggenommen hat.

II.

Zur marxistischen Frauenemanzipationstheorie. In ihrem Artikel „Männergeschichte, Frauenbefreiung, Sozialismus", stellt *Frigga Haug* die These auf, der Klassenkampf beziehe sich auf das kapitalistische Ausbeutungsverhältnis und sei im wesentlichen ein ökonomischer Kampf – oder anders ausgedrückt: das *kapitalistische* Unterdrückungsverhältnis beschränke sich auf den Produktionsbereich. Im außerökonomischen Bereich beobachtet sie dagegen, „daß die Sozialstruktur dieser Gesellschaft auf der Frauenunterdrückung basiert".[4] Überbau und Reproduktionsbereich beruhten auf Männermacht, seien gekennzeichnet durch Männerprivilegien, Männerwissenschaft, männliche Kultur und männliche Sprache. An dieser Sicht gesellschaftlicher Macht- und Unterdrückungsverhältnisse messend, behauptet *Frigga Haug*: Die nur am ökonomischen Kampf interessierte männlich dominierte Arbeiterbewegung habe die Frauenfrage theoretisch in der Klassenfrage aufgelöst und damit ihre Nichtexistenz als eigenständiges Problem erklärt.

Marxisten beiderlei Geschlechts beziehen sich in ihren Positionen zur Frauenfrage auf die von der revolutionären Arbeiterbewegung entwickelte Frauenemanzipationstheorie. Wie wird das Verhältnis von Frauenunterdrückung und Klassenunterdrükkung dort behandelt?

2 Vgl. IMSF (Hg.), Arbeiterbewegung und Frauenemanzipation 1889–1933, Frankfurt/M. 1973.
3 Frigga Haug, Für eine sozialistische . . ., a.a.O., S. 22.
4 Frigga Haug, Männergeschichte, Frauenbefreiung, Sozialismus, Das Argument 129, Westberlin 1981, S. 656.

Es war *Engels*, der, auf der Basis Marxscher Vorarbeiten, die besonderen formationsübergreifenden, geschlechtsspezifischen Momente der Frauenunterdrückung herausarbeitete. Er stellte fest: „Der erste Klassengegensatz, der in der Geschichte auftritt, fällt zusammen mit der Entwicklung des Antagonismus von Mann und Weib in der Einzelehe, und die erste Klassenunterdrückung mit der des weiblichen Geschlechts durch das männliche."[5] „Diese erniedrigte Stellung der Frau ... ist allmählich beschönigt und verheuchelt, auch stellenweise in mildere Form gekleidet worden; beseitigt ist sie keineswegs."[6]

Weiter zeigt *Engels*: Die Familienform – die Monogamie – und die Wirtschaftsform – die häusliche Produktionsgemeinschaft – waren bei der Entstehung des Privateigentums miteinander verbunden, patriarchalische Strukturen und ökonomische Strukturen waren von Anfang an verschränkt. „Sie (die Monogamie – *I. N./A. S.*) war die erste Familienform, die nicht auf natürliche, sondern auf ökonomische Bedingungen gegründet war, nämlich auf den Sieg des Privateigentums über das ursprüngliche naturwüchsige Gemeineigentum."[7] Patriarchalische Unterdrückung ist nach marxistischer Auffassung also Eigenschaft aller antagonistischen Klassengesellschaften und war stets mit den ökonomischen Herrschafts- und Unterdrückungsstrukturen verbunden. Die Formen der patriarchalischen Unterdrückung sind jedoch immer konkret, eingebunden in die Reproduktion bestimmter ökonomischer Gesellschaftsformationen und damit in ihrem Charakter durch die grundlegenden Widersprüche und Bewegungsgesetze der jeweiligen Formation bestimmt. Es ist absurd, dem Marxismus zu unterstellen, er habe einzig Klassenwidersprüche anerkannt und keinerlei andere Widersprüche in der Gesellschaft gesehen; er hat „nur" gezeigt, daß die Klassenwidersprüche in den antagonistischen Klassengesellschaften die *letztlich entscheidenden* sind, weil sie die in den Produktionsverhältnissen wurzelnden ökonomischen Gegensätze am unmittelbarsten zum Ausdruck bringen, und daß alle in der Gesellschaft wirkenden Widersprüche durch den Hauptklassenwiderspruch beeinflußt, gefärbt, mit ihm in der einen oder anderen Form verbunden sind.

Es gibt dem Kapitalismus eigentümliche Unterdrückungsformen der Frau, die sich im Produktionsbereich und im Reproduktionsbereich finden; an welche jahrtausendealten Traditionen die Frauenunterdrückung in unserer Gesellschaft auch anknüpfen mag – sie hält sich nicht in erster Linie durch die Wirkung solcher Ideologie, sondern sie fungiert und reproduziert sich als Teilmoment gesellschaftlicher Verhältnisse, deren Struktur bestimmt ist durch den ökonomisch fundierten Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital, durch den Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie.

5 Friedrich Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, Berlin 1974, S. 76 (= MEW 21, S. 68).
6 Ebenda, S. 66 (= MEW 21, S. 61).
7 Ebenda, S. 75 (= MEW 21, S. 671f.).

III.

Warum betonen Marxisten die doppelte Ausbeutung und Unterdrückung der Frauen im ökonomischen Bereich derart? Weil die spezifische Arbeitsteilung in der Gesellschaft letztlich bestimmt wird durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Geschlechtsspezifische Unterdrückung im Produktionsbereich heißt im Kern: weniger Lohn für Frauen. Frauen sind billige Arbeitskräfte – billiger als Männer, selbst bei gleicher Qualifikation und gleichwertiger Arbeit. Ihr Lohn fehlt der gesamten Klasse – Männern wie Frauen. Nur ideologisch läßt sich diese Lohndiskriminierung der Frauen rechtfertigen. Auf die Heranziehung patriarchalischer Denkmuster bei der Rechtfertigung der Minderbezahlung weiblicher Arbeitskräfte zu Beginn der kapitalistischen Produktionsweise wies bereits *Clara Zetkin* hin. Daß das ausschlaggebende Moment für das Kapital, die doppelte Ausbeutung der Frau aufrechtzuerhalten, das ökonomische Interesse ist, zeigt sich auch daran, daß doppelte Unterdrückung unter entsprechenden Bedingungen ebenso Männer trifft. Gastarbeiter, Farbige, ethnische und religiöse Minderheiten werden unter kapitalistischen Verhältnissen doppelt ausgebeutet. Im Streben nach Extraprofit nutzt das Kapital überkommene rassistische und nationalistische Diskriminierungsformen ebenso wie die patriarchalischen und fördert ihre Aufrechterhaltung und Reproduktion.

Auf die besondere Frauenunterdrückung im Produktionsbereich machen die Marxisten aufmerksam – nicht, weil sie Frauenunterdrückung in anderen Bereichen nicht sehen, sondern weil die geschlechtsspezifische Ausbeutung im Produktionsbereich eine wesentliche Grundlage für die Aufrechterhaltung der Frauenunterdrükkung im Reproduktionsbereich bildet. Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung kann z. B. so lange aufrechterhalten werden, wie Frauen wesentlich weniger verdienen als Männer; so lange werden sie es sein, die die Erwerbstätigkeit aufgeben oder teilzeitarbeiten, wenn Kinder, mangels öffentlicher Erziehungseinrichtungen, privat versorgt werden müssen. Lohndiskriminierung läßt auch die ökonomische Abhängigkeit vom Mann wenigstens bis zu einem gewissen Grad bestehen und zieht wiederum familiäre und sexuelle Abhängigkeiten nach sich. Dies ist eine der Formen, wie die kapitalistischen Produktionsverhältnisse auch den Reproduktionsbereich bestimmen.

Patriarchalische Strukturen in der Mann/Frau-Beziehung reproduzieren sich auch deshalb, weil Männer von ihnen profitieren. Die häusliche Frau ist in vielen Situationen die für den Mann bequemere Frau. Sexistische Diskriminierung der Kollegin verschafft dem Kollegen ein Gefühl der Überlegenheit. Die Interessen, die Männer mit solchen patriarchalischen und sexistischen Verhaltensweisen durchsetzen, sind jedoch kurzfristig. Die damit aufrechterhaltene Ungleichheit zwischen den Geschlechtern nutzt letztlich – wie alle Diskriminierungs- und Unterdrückungsverhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft – der Herrschaft des Kapitals und ist auch subjektiv für den Mann entwicklungshemmend. So wendet sich die sexistische Diskriminierung der Kollegin etwa zum Nachteil des Mannes und zum Vorteil des Kapitals, wenn sie in ihrer entsolidarisierenden Wirkung Arbeitskämpfe schwächt. So ist der Mann mit der häuslichen Frau auch der Mann, der die Verantwortung für sein psychisches und physisches Wohlbefinden abgibt und sich so in eine bequeme,

aber einengende Abhängigkeit begibt. Das heißt: Die männlichen Proletarier unterdrücken Frauen nicht einfach, weil sie Männer sind, sondern insofern und weil sie rückständig sind und ihre Klasseninteressen nicht erkennen (das gleiche gilt für Frauen, die gegen ihre eigenen Interessen handeln).

Der Abbau männlichen Unterdrückerverhaltens ist auch und gerade für die Männer und Frauen der Arbeiterbewegung notwendig. Verhaltensveränderungen allein können jedoch die durch staatliche Maßnahmen verfestigte, mit den kapitalistischen Produktionsverhältnissen immer wieder neu erzeugte Tendenz zu Frauendiskriminierung und männlichem Unterdrückerverhalten nicht aufheben. Dazu ist die ökonomische und soziale Befreiung der Gesamtgesellschaft von Kapitalherrschaft und existenziellen Konkurrenzzwängen notwendig. Solange sie nicht erkämpft ist, wird die ökonomische Ungleichheit auch Quelle sein für soziale, psychische, sexuelle Abhängigkeits- und Unterdrückungsverhältnisse zwischen den Geschlechtern.

Das haben die Klassiker der marxistischen Emanzipationstheorie durchaus gesehen. Zwar stellten sie das historisch Neue heraus und betonten die grundsätzliche Möglichkeit der Frau, erwerbstätig zu sein, eine gewisse ökonomische und soziale Selbständigkeit und damit Gleichheit im Geschlechterverhältnis zu erreichen. Sie übersahen dabei aber nicht, wie *Frigga Haug* unterstellt, die objektiven und subjektiven Hemmnisse, die der Gleichberechtigung der Geschlechter innerhalb der Arbeiterbewegung entgegenstehen. So heißt es bei *Engels*: „Erst die große Industrie unsrer Zeit hat ihr – und auch nur der Proletarierin – den Weg zur gesellschaftlichen Produktion wieder eröffnet. Aber so, daß, wenn sie ihre Pflichten im Privatdienst der Familie erfüllt, sie von der öffentlichen Produktion ausgeschlossen bleibt und nichts erwerben kann; und daß, wenn sie sich an der öffentlichen Industrie beteiligen und selbständig erwerben will, sie außerstand ist, Familienpflichten zu erfüllen ... Die moderne Einzelfamilie ist gegründet auf die offne oder verhüllte Haussklaverei der Frau".[8]

Clara Zetkin bemerkt in einem Essay zu *Ibsens* „Nora": „Die ökonomische Entwicklung löst geistige und materielle Kräfte aus, die im Proletariat das Verhältnis zum Mann und zur Familie revolutionieren und damit die Moral des Vorurteils und der Lüge fortfegen, welche die Beziehungen der Geschlechter vergiftet und den Menschen im Weibe tötet ... Aber was wirkende objektive Tendenz ist, das setzt sich nur langsam subjektiv durch. Und so sind auch hier die Helmers noch viel zu viele, mit denen die Proletarierin abrechnen muß, gerade wenn sie als Streiterin im Klassenkampf ihr Menschenrecht erobern will."[9]

Von der Auflösung der Frauenfrage in der Klassenfrage, von der Nichtbeachtung der Geschlechterunterdrückung durch die marxistische Frauenemanzipationstheorie kann also nicht die Rede sein.

8 Ebenda, S. 84 (= MEW 21, S. 75).

9 Clara Zetkin, „Henrik Ibsen", zitiert aus: Brot und Rosen, Hrsg. Florence Hervé, Frankfurt/M. 1979, S. 76.

IV.

Wie gehen Marxistinnen heute mit dem Problem der Unterdrückung im Mann/Frau-Verhältnis um? *Frigga Haug* behauptet: Das vornehmlich private Mann/Frau-Verhältnis werde in sozialistischen Organisationen der Arbeiterbewegung als angeblich unpolitisches Verhältnis gar nicht erst angesprochen. Feministische Aktivitäten, die sich auf diese Probleme beziehen, würden geleugnet oder diskriminiert. So und nicht anders habe sie es auf Konferenzen gehört, in marxistischen Publikationen gelesen.

Zweifellos: „Der Blickwinkel bestimmt die Wahrnehmung", und so ist es *Frigga Haug* entgangen, daß ein Grundgedanke der marxistischen Beiträge auf der IMSF-Konferenz war: „Ausgangspunkt unserer politischen Arbeit ist der gesamte weibliche Lebenszusammenhang . . ., nur dann können wir dem Problem der besonderen Unterdrückung der Frau gerecht werden".[10]

Immer mehr Marxisten beiderlei Geschlechts sind heute der Auffassung: Allein die Teilnahme an der gesellschaftlichen Arbeit und an den sozialen Auseinandersetzungen reicht nicht aus, um den Emanzipationskampf voranzutreiben. Immer mehr Frauen bringen deshalb ihre Ansprüche auf selbstbestimmte Körperlichkeit und Sexualität, auf gleichberechtigte Geschlechterbeziehung in die sozialistische Politik ein und kritisieren patriarchalisches Verhalten in den Organisationen der Arbeiterbewegung. Anerkannt ist unter Marxisten auch: Feministische Initiativen und Selbsthilfeprojekte haben wesentlich dazu beigetragen, tabuisierte Formen der Frauenunterdrückung öffentlich bewußt zu machen.

Merkwürdigerweise hat *Frigga Haug* diese marxistischen Positionen zum Privaten und zu den Feministinnen nicht entdeckt. So fühlt sie sich zur Aufklärung berufen und will uns zeigen, durch welches feministische Tun das Persönliche politisch wird. Herausgekommen ist eine erstaunlich simple und willkürlich ausgewählte Aneinanderreihung feministischer Aktivitäten, bar jeder Analyse. Nichts ist über die soziale Lage feministischer Frauen, die ihren Standpunkt erst begreifbar werden läßt, zu erfahren. Nichts wird gesagt über feministische Ziele und Strategien und damit über die Möglichkeiten der Zusammenarbeit.

Marxistinnen unterscheiden sich von feministischen Frauen nicht dadurch, daß sie, wie *Frigga Haug* unterstellt, private Themen ignorieren und verleugnen, sondern dadurch, wie sie an private Erfahrungen und Probleme herangehen (dazu hat *Ute H.-Osterkamp* Wichtiges gesagt). Sie fragen, welche materiellen Verhältnisse patriarchalische Unterdrückung prägen und immer wieder neu hervorbringen, welchen Nutzen und Anteil die Kapitalherrschaft an der privaten Unterdrückung hat. Danach zu fragen, heißt nicht, alle gesellschaftlichen Widersprüche unmittelbar auf das Kapitalverhältnis zurückzuführen, sondern heißt aufzuzeigen, wie das ökonomisch begründete kapitalistische Unterdrückungsverhältnis sich in vermittelten Formen fortsetzt, sich mit patriarchalischen Strukturen verschränkt, sich so verfestigt.

10 Florence Hervé/Mechtild Jansen, Frauenunterdrückung und Organisationsfrage, in: IMSF (Hrsg.), Wir wollen alles! Beruf – Familie – Politik. Frauenarbeit und Frauenbewegung. Materialien der Frauenkonferenz des IMSF vom 20./21. November 1982, Frankfurt/M. 1983, S. 98.

Die Widersprüche zwischen Männern und Frauen sind nicht die einzigen, die in der Geschichte der Arbeiterbewegung tiefe Probleme aufgeworfen haben; es gibt kurzfristige Interessengegensätze und damit mögliche Spaltungslinien zwischen Einheimischen und Ausländern, Alten und Jungen, Qualifizierten und Ungelernten, Christen und Atheisten usw. Die Frage ist doch: Welche Konsequenz zieht man daraus für das politische Handeln? Marxisten beiderlei Geschlechts gehen aus von einer theoretischen Grunderkenntnis, die *Frigga Haug* meint revidieren zu müssen: In jeder auf Ausbeutung beruhenden Gesellschaftsformation gibt es einen Grundwiderspruch, dessen Aufhebung die Möglichkeit erst schafft, viele andere Widersprüche langfristig im gesellschaftlichen Maßstab zu lösen. Marxistinnen beziehen ihr Handeln daher in der Konsequenz stets auf das Hauptziel der Beseitigung der Kapitalherrschaft durch die sozialökonomische Befreiung der Arbeiterklasse – ein Punkt, zu dem sich *Frigga Haug* mit ihren Vorstellungen der Überlagerung von Widersprüchen und Bewegungen ausgesprochen vage äußert. Unsere Herangehensweise beinhaltet, daß Frauen im privaten Bereich nicht nur als Geschlechtswesen, sondern in entscheidender Instanz als Angehörige bestimmter Klassen und Schichten gesehen werden, und sie verhindert, daß die doppelte Unterdrückung der Frau rein mechanisch als einfache Summe von patriarchalischer Unterdrückung im Reproduktionsbereich und ökonomischer Unterdrückung im Produktionsbereich begriffen wird. Indem *Frigga Haug* genau diese Trennung vornimmt, löst sie die Frauenfrage von ihrer sozialökonomischen Basis und reduziert sie auf eine ideologische Frage.

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 6/1983

Zur Kritik der These der privatmonopolistischen Entwicklungsvariante des SMK der BRD*

Klaus Borchardt/Thomas Sauer

I. Die Grundgedanken der These der privatmonopolistischen Entwicklungsvariante des SMK der BRD – II. Die Kontinuitätslinien der Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik – 1. Die Wirtschaftspolitik vor dem Stabilitätsgesetz – 2. 1967: Wende zur „gemäßigt etatistischen Entwicklungsvariante"? – 3. Die siebziger Jahre: Formwandel der Wirtschaftspolitik? – III. Kontinuität statt Formwandel

Mit der Politik der aufgrund des Wahlergebnisses vom 6. März 1983 gebildeten CDU-geführten Bundesregierung soll eine neue Stufe der ökonomischen und politischen Rechtsentwicklung durchgesetzt werden. Der Kurs auf Kürzungen im Sozialbereich und verstärkte Umverteilungsmaßnahmen zugunsten des Unternehmenssektors wurde im Gefolge der Krise 1974/75 bereits unter sozialdemokratischer Führung aufgenommen. Die sozial-liberale Regierungskoalition bewegte sich immer mehr von einer Politik staatsmonopolistischer Reformen hin zu sozialer Restriktion und außenwirtschaftlicher Expansion.

Im Jahre 1976 wurde vom IMSF im Zusammenhang mit der Analyse der Beziehungen von Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik in der Periode von 1966/67 bis 1975/76 als Ansatz zur Erklärung dieser „Wende" die These der privatmonopolistischen Entwicklungsvariante des SMK der BRD eingeführt.[1] 1978 unternahm *Heinz Jung* in einem längeren Beitrag den Versuch, diese These ausführlich zu entwickeln und zu begründen.[2] In der Folgezeit wurde sie von ihm selbst in mehreren Veröffentlichungen vertreten[3] und von zahlreichen anderen marxistischen

* Diese Arbeit greift Ergebnisse des interdisziplinären Projekts „Steuerung wirtschaftlicher Prozesse" der Bremer Universität auf und ist im Zusammenhang mit der Arbeitsgruppe „Wirtschaftspolitik und Außenexpansion", die sich an dieses Projekt anschloß, entstanden.

1 Vgl. IMSF (Hg.), Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik, Beiträge des IMSF 4, Frankfurt/M. 1976, S. 487 ff., im folgenden: IMSF 1976.

2 Heinz Jung, Die privatmonopolistische Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD: Voraussetzungen, Inhalt, Perspektiven, in: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 1/1978, Frankfurt/M. 1978, S. 9–58, im folgenden: Jung 1978.

3 So in: Heinz Jung/Josef Schleifstein, Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre Kritiker, Frankfurt/M. 1979, S. 75–101; Heinz Jung, Gesamtkapital – Monopole – Staat, Gesichtspunkte des ökonomischen Mechanismus im staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 2, Frankfurt/M. 1979, S. 70/71, im folgenden: Jung 1979 I; ders., Zur

Autoren in verschiedensten Aufsätzen zu Fragen der politischen Ökonomie der BRD, der Gewerkschaftstheorie, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, der Staatstheorie und des Weltmarktes aufgegriffen.[4] Lediglich an zwei Stellen[5] gibt es Hinweise auf kritische Einwände gegen diese These.

Mit diesem Beitrag versuchen wir diese Einwände zu untermauern, da die These der privatmonopolistischen Entwicklungsvariante u. E. wenig geeignet ist, den Kurs der sozialen Restriktionen und verstärkten Umverteilungsmaßnahmen zu erklären. Im folgenden werden wir zunächst die These kurz darstellen. Dann versuchen wir, anhand der wirtschaftspolitischen Geschichte der BRD in den fünfziger Jahren und der konkreten Maßnahmen unter den veränderten ökonomischen Bedingungen der sechziger und siebziger Jahre zu belegen, daß in der Indirektheit der – sowohl global auf die Verbesserung der Profitproduktion als auch sektoral auf die Unterstützung bestimmter Engpaß- oder Schwerpunktbereiche ausgerichteten – Formen und Methoden die durchgängige Kontinuitätslinie der Regulierung im SMK der BRD besteht.

I. Die Grundgedanken der These der privatmonopolistischen Entwicklungsvariante des SMK der BRD

Mit der Fragestellung, „wie die seit dem Ende der Linie der inneren staatsmonopolistischen Reformen (1972/73) eingeschlagene Entwicklungsrichtung beurteilt werden muß", unterstellt die These der privatmonopolistischen Entwicklungsvariante zugleich einen „Wandel der Präferenz des Monopolkapitals für bestimmte wirtschaftspolitische Formen, die Hervorkehrung einer anti-etatistischen Linie in der Wirtschafts- und Sozialpolitik".[6] Es sei „unbestreitbar, daß sich das staatsmonopolistische System zur Beförderung des Monopolprofits nun anderer Mittel und Methoden bedient, die sich an der Stärkung der sogenannten Selbstheilungskräfte

privatmonopolistischen Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der BRD, in: Staat und Monopole (III), hg. v. Werner Goldschmidt, West-Berlin 1979, S. 48–70, im folgenden: Jung 1979 II; IMSF-Autorengruppe, Widersprüche und Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Rückblick auf die 70er Jahre – Aktuelle Tendenzen und Perspektiven, in: Marxistische Blätter 4/1981, S. 17–34, im folgenden: IMSF-Autorengruppe 1981; Fritz Rische/Heinz Jung, Weltmarkt und nationale Wirtschaftspolitik heute: Beispiel Bundesrepublik, in: IMSF (Hg.), Weltmarkt und nationale Wirtschaftspolitik heute, Frankfurt/M. 1982, S. 59, im folgenden: Rische/Jung 1982.

4 Es würde den Rahmen sprengen, diese hier im einzelnen aufzuführen. Siehe v. a.: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 2–4, Frankfurt/M. 1979–1981; IMSF (Hg.), Weltmarkt..., a.a.O., S. 176; IMSF (Hg.), Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik, Staatsdiskussion und Staatstheorie, Beiträge des IMSF 6/I, Frankfurt/M. 1981, im folgenden: IMSF 1981 I; Angelina Sörgel, Regulierung und Regulierungskrise der kapitalistischen Wirtschaft im Kontext der Marxschen politischen Ökonomie, in: „... einen großen Hebel der Geschichte". Zum 100. Todestag von Karl Marx. Marxistische Studien, Sonderband I/1982, Frankfurt/M. 1982, S. 110–129, im folgenden: Sörgel 1982.

5 Vgl. Winfried Schwarz, Analyse der ökonomischen Stagnationstendenzen. Bericht über eine IMSF-Tagung, in: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 2, Frankfurt/M. 1979, S. 51; IMSF (Hg.), Weltmarkt... a.a.O., S. 178.

6 Jung 1979 II, S. 51.

des Marktes anstatt an der Ausweitung und Intensivierung staatlich-administrativer Aktivitäten orientieren".[7]

Im Kern geht es also um einen Formwandel der Wirtschaftspolitik, den die These der privatmonopolistischen Entwicklungsvariante mit zwei zentralen Argumenten zu belegen sucht:

1. „Die Krise 1966/67 wird zum Vehikel des Umschwungs der wirtschaftspolitischen Hauptrichtung", die man nun „als gemäßigt etatistische Entwicklungsvariante des SMK bezeichnen" könnte.[8] „Sie bedeutet keinen Bruch mit der monopolkapitalistischen Marktwirtschaftsdoktrin, aber im Rahmen der ‚Synthese von Freiburg und Keynes' erfolgt eine Verlagerung auf die Ausweitung wirtschafts- und sozialpolitischer Aktivitäten des Staates und auf den Ausbau der ‚Steuerungskapazität' des Staates. Das Planungselement gewinnt an Bedeutung. Mittelfristige Finanzplanung und fiskalpolitisch ausgerichtete Globalsteuerung sind Kernstücke des neuen Systems staatsmonopolistischer Regulierung."[9] Den Gegensatz zu dieser „Schwerpunktverlagerung auf die staatliche Komponente in der Entwicklung des SMK"[10] stellt die privatmonopolistische Entwicklungsvariante dar, die ihr folgt.

2. Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Synchronisierung des internationalen Krisenzyklus zu Beginn der siebziger Jahre setzen sich die überzyklischen Faktoren einer neuen Stufe der Internationalisierung der Weltwirtschaft und der Monopole sowie der gestiegenen Bedeutung des internationalen Finanzkapitals und der Verschiebung des innerimperialistischen Kräfteverhältnisses als Ursachen und treibende Kräfte der Umorientierung des Monopolkapitals auf die privatmonopolistische Entwicklungsvariante durch.[11] Diese „findet ihre wirtschaftspolitische Konkretisierung und Verallgemeinerung in der sogenannten Stabilitätspolitik, bei der die Preissteigerungsraten, und zwar relativ niedrigere gegenüber den Hauptkonkurrenten, zur strategischen Kennziffer werden."[12] Dabei handelt es sich „um den praktischen und ideologischen Ausdruck des Monopolinteresses angesichts eines neuen Internationalisierungsgrades der kapitalistischen Wirtschaftsbeziehungen und demzufolge eines gesteigerten Stellenwertes der Außenexpansion für Profitrealisierung und Akkumulation".[13]

Die privatmonopolistische Entwicklungsvariante „bedeutet nicht, daß die herrschende Klasse einen Abbau des staatsmonopolistischen Mechanismus in die Wege leiten könnte oder würde. Sie bedeutet aber mit der völligen Orientierung der staatlichen Wirtschaftspolitik auf die Förderung der Konzerne und, unter dem Diktum der Weltmarktkonkurrenz, auf die Stärkung ihrer ökonomisch-politischen Potenz den Verzicht auf die Entwicklung und ein Konzept, in dem der Ausbau der unmittelbaren Wirtschaftsaktivitäten des Staates aktuelle Priorität hat."[14] Sie beinhaltet sogar „neue Möglichkeiten" privatmonopolistischer Regulierung, bereits ent-

7 IMSF-Autorengruppe 1981, S. 21.
8 Jung 1979 II, S. 55.
9 Ebd.
10 IMSF-Autorengruppe 1981, S. 19.
11 Jung 1979 II, S. 65ff.
12 Jung 1979 II, S. 62.
13 IMSF-Autorengruppe 1981, S. 22.
14 Jung 1978, S. 12/13.

standene Formen und Mechanismen staatlicher Intervention zurückzunehmen.[15] Es entspricht daher der Wirtschaftspolitik „unter den Auspizien der *privatmonopolistischen Entwicklungsvariante*",[16] „die staatlichen Aktivitäten marktwirtschaftlich indirekt abzuwickeln, d. h. den spontanen Prozessen und Kräften Präferenz einzuräumen. Dies bedeutet angesichts der Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals in der Wirtschaft deren Begünstigung, ohne daß irgendeine Form der (Erfolgs-) Kontrolle, der direkten Regulierung oder der verbindlichen Beeinflussung erfolgen würde. Darin besteht das Wesen der Entwicklung."[17]

II. Die Kontinuitätslinien der Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik

Im Gegensatz zu der These von einem Formwandel des wirtschaftspolitischen Instrumenteneinsatzes, dem Übergang zu einer privatmonopolistischen Variante der Regulierung, erscheint uns die Kontinuität staatlicher Steuerungspraxis empirisch eher belegbar zu sein. Im folgenden versuchen wir deshalb, einen kurzen geschichtlichen Abriß der wirtschaftspolitischen Interventionen und ihrer Formen in der Bundesrepublik zu geben.

1. Die Wirtschaftspolitik vor dem Stabilitätsgesetz

In den fünfziger Jahren liegt der Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik auf der Förderung der Kapitalbildung. Zur Stimulierung von Akkumulation und Wiederaufbau setzt der Staat wesentlich auf die steuerliche Entlastung der Unternehmen. Bekannt sind hier vor allem die Siebener- und Zehnerparagraphen der Einkommensteuergesetze.[18]

Neben diesen mehr global-indirekt wirkenden Maßnahmen gab es auch auf bestimmte Branchen bzw. Sektoren zielende strukturpolitische Aktivitäten, wie etwa das Investitionshilfegesetz von 1951. Das Gesetz sah vor, durch eine bei der privaten Wirtschaft erhobene Zwangsanleihe Mittel zu mobilisieren, die den Grundstoffindustrien (Kohle, Eisen und Energie), die zum Teil noch der Preisbindung unterlagen, zur Verfügung gestellt wurden. Weitere Beispiele für die sektorale Wirtschaftspolitik liefern die Hilfen für den Kohlebergbau, die Schiffbau- und Wohnungsbauförderung sowie die Subventionierung der Landwirtschaft im Rahmen der Agrarpolitik.

15 Jung 1979 I, S. 70/71.

16 Hervorhebung von Heinz Jung: „Korporatismus" statt „Etatismus"?, Staatsmonopolistische Vergesellschaftung und politisch-staatlicher Überbau heute, in: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 4, Frankfurt/M. 1981, S. 59.

17 IMSF-Autorengruppe 1981, S. 31.

18 Einen zusammenfassenden Überblick der wirtschaftspolitischen Maßnahmen dieser Periode bieten: E. Altvater u. a., Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise, 2. Aufl. West-Berlin 1980, S. 289ff., im folgenden: Altvater u. a. 1980; J. Huffschmid, Die Politik des Kapitals, 8. Aufl. Frankfurt/M. 1972, S. 137ff., im folgenden: Huffschmid 1972; ferner: IMSF 1976, S. 23ff. und H. C. Wallich, Triebkräfte des deutschen Wiederaufstiegs, Frankfurt/M. 1955, Kapitel 6, im besonderen: S. 147–155.

In der Kohlenkrise 1957/58, die einerseits auf den schrumpfenden Export in die westlichen Industrieländer, die mit konjunkturellen Problemen zu kämpfen hatten, und andererseits auf die zunehmende Substitution von Kohle durch Erdöl zurückzuführen war, reagierte die Bundesregierung mit Einfuhrzöllen, Lohnsubventionen und der Heizölsteuer. Die Landwirtschaft unterliegt seit dem Landwirtschaftsgesetz von 1955 einer durch die „Grünen Berichte" und „Grünen Pläne" (seit 1971 „Agrarberichte") recht genau dokumentierten staatsmonopolistischen Regulierung. Über die Einfuhr- und Vorratsstellen wurden die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise für die wichtigsten Nahrungsmittel schon ab 1951 staatlich reglementiert.

Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen in den fünfziger Jahren waren global- bzw. strukturell-indirekter Natur, d. h. es gab globale ebenso wie strukturpolitisch motivierte Subventionen und Steuererleichterungen. Verbindliche Auflagen oder andere detaillierte staatliche Zielvorgaben wurden mit diesen Maßnahmen nicht verbunden, die Entscheidungsautonomie der Einzelkapitale nicht beschränkt. Daran änderte sich auch nichts, als man Anfang der sechziger Jahre nach ersten Wachstumseinbrüchen und Marktkontraktionen begann, der „Erweiterung des konjunkturpolitischen Instrumentariums"[19] erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Es wurden erste Schritte eingeleitet, um die Entscheidungsbefugnisse über fiskalische Instrumente zum Zwecke ihrer konjunkturpolitischen Effektivierung bei der Bundesregierung zu zentralisieren.[20] In diesen Zeitraum fallen auch die ersten Ansätze gesamtwirtschaftlicher Rahmenplanung mit der Herausgabe von Jahreswirtschaftsberichten (1962), der Installation der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der Bildung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (1963) als einem Element von „Verwissenschaftlichung" der Politik.[21]

2. 1967: Wende zur „gemäßigt etatistischen Entwicklungsvariante"?

Als per Kabinettsbeschluß vom 11. April 1964 die Weichen zur Erarbeitung eines Stabilitätsgesetzes gestellt wurden, war die Entwicklung, die fiskalpolitischen Entscheidungsbefugnisse bei der Bundesregierung zu zentralisieren und das empirische und analytische Instrumentarium zu verbessern, bereits eingeleitet. Der Entwurf dieses Gesetzes wurde aber erst im August/September 1966 in die Beratungen von Bundesrat und Bundestag eingebracht, als das Konjunkturbarometer bereits auf Krise stand: Es war abzusehen, daß sich die Wachstumsraten des BSP gegenüber dem Vorjahr halbieren[22] und die Bruttoanlageinvestitionen der verarbeitenden Indu-

19 So der Titel einer Umfrage bei den Behörden über die Einschätzung des bis dato bestehenden konjunkturpolitischen Instrumentariums. Vgl. A. Shonfield, Geplanter Kapitalismus – Wirtschaftspolitik in Europa und den USA, Köln/West-Berlin 1968, S. 340f.

20 Erstes praktisches Ergebnis war ein Gesetz aus dem Jahre 1961, das „die Regierung... ermächtigt, aufgrund ihrer Beurteilung der Konjunkturentwicklung ohne Einschaltung des Parlaments die Steuervergünstigungen zu erhöhen". A. Shonfield, a.a.O., S. 339.

21 Vgl. R. Faust, Der Sachverständigenrat zwischen Keynesianismus und Monetarismus (IMSF-Informationsbericht Nr. 30), Frankfurt/M. 1979, S. 3f.; zur Bedeutung der VGR für die staatliche Rahmenplanung vgl. H. Meißner (Hg.), Bürgerliche politische Ökonomie ohne Perspektive, Berlin (DDR) 1976, S. 258ff.

22 IMSF (Hg.), Staatsmonopolistischer Kapitalismus der Bundesrepublik Deutschland in Daten und Fakten. Arbeitsmaterialien des IMSF 12, Frankfurt/M. 1981, S. 111, im folgenden: IMSF 1981 II.

strie sogar absolut zurückgehen[23] würden. Als Hauptgefahr für die Stabilität des wirtschaftlichen Wachstums und die Verteidigung der Weltmarktanteile der bundesdeutschen Industrie[24] wurde die seit 1965 anhaltend – für die damalige Zeit – hohe Inflationsrate von über 3 Prozent[25] angesehen. Entsprechend der herrschenden Kriseninterpretation sollten die Verbraucher und die öffentlichen Haushalte für ihr Fehlverhalten, „mehr auszugeben bzw. verbrauchen zu wollen als unsere Wirtschaft insgesamt zu erarbeiten vermag",[26] diszipliniert werden.

Nicht erst ab 1973/74 konkretisiert sich die privatmonopolistische Entwicklungsvariante[27] bzw. definiert der BRD-Imperialismus seinen strategischen Kurs als Stabilitätspolitik[28]. Das Ziel der Inflationsbekämpfung machte vielmehr schon bei der Erarbeitung des Stabilitätsgesetzes das treibende Motiv aus.[29] Daß die Dominanz der privatmonopolistischen Regulierung im SMK niemals in Frage stand, stellte Bundeskanzler *Erhard* gleich bei der Einbringung des Gesetzentwurfs in den Bundestag klar: „Wir werden auf keinen Fall bereit sein, unsere freiheitliche Wirtschaftsordnung unter dem Stichwort ‚Stabilität' kollektiven Bindungen und überflüssiger staatlicher Bevormundung zu unterwerfen."[30] In seinem Anti-Etatismus wurde der CDU-Bundeskanzler nur noch vom designierten sozialdemokratischen Wirtschaftsminister der großen Koalition, *Karl Schiller*, übertroffen, der in der gleichen Debatte forderte, den Regierungsentwurf „freiheitlich" zu durchlüften und die vorgesehene Kredit-Plafondierung (die die Beschränkung des Kreditvolumens der Privatwirtschaft ermöglicht hätte) als „dirigistisches" Instrument zu streichen.[31]

Das „Gesetz zur Förderung der Stabilität des Wachstums der Wirtschaft", wie es am 14. Juni 1967 in Kraft trat, enthielt Instrumente

- der Information, die – neben der Einführung der Subventionsberichte – lediglich die SVR-Gutachten und die Jahresprojektionen der Bundesregierung festschrieben;
- der Koordination der Konjunktur- und Finanzpolitik zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sowie der Einkommenspolitik in der „Konzertierten Aktion".[32]

Die Planungs- und Koordinationsinstrumente sollten vornehmlich der Konsolidierung[33] und der konjunkturpolitischen Effektivierung der öffentlichen Haushalte

23 Vgl. ebd. S. 112.

24 Die Weltmarktanteile der BRD betrugen bereits seit 1961 über 9 Prozent bei einer Exportquote von 15 Prozent, vgl.: Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland, versch. Jahrgänge.

25 Vgl. IMSF 1981 II, S. 119.

26 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 104 vom 9. August 1966, S. 821.

27 Vgl. IMSF-Autorengruppe 1981, S. 21/22.

28 Wie Rische/Jung 1982 behaupten; a.a.O., S. 59.

29 Was Altvater mit dem Satz charakterisiert: „Der Keynesianismus kam in der Bundesrepublik sozusagen durch die ordo-liberale Hintertür." Altvater u. a. 1980, S. 304; vgl. auch ebd. S. 303 ff.; Huffschmid 1972, S. 154; IMSF 1976, S. 26.

30 Protokoll der 55. Sitzung des 5. deutschen Bundestages vom 14. September 1966, S. 2656.

31 Vgl. ebd., S. 2665 ff., sowie Huffschmid 1972, S. 156.

32 Vgl. K. Mackscheidt/J. Steinhausen, Finanzpolitik I, Grundlagen fiskalpolitischer Lenkung, Tübingen 1978, S. 147.

33 Vgl. IMSF 1976, S. 121; Huffschmid 1972, S. 175/176. „Was hier mit der großartigen Überschrift ‚Mittelfristige Finanzplanung' angegeben wird, ist in Wirklichkeit nicht viel mehr als eine Neuauflage der Haushaltssicherungsgesetze der vergangenen Jahre." „Der Volkswirt" vom 14. Juli 1967, S. 1423, nach: Huffschmid 1972, S. 175/176.

dienen und drückten real keine höhere Planmäßigkeit oder Planungskompetenz staatlicher Wirtschaftspolitik aus,[34] weil auf eine verbindliche Beeinflussung der privatwirtschaftlichen Entscheidungen („Mikrodezisionen") von vorneherein verzichtet wurde.

Die fiskalpolitischen Eingriffsinstrumente des Stabilitätsgesetzes lassen sich unterscheiden hinsichtlich der Beeinflussung der Nachfrage
- der „Privaten" durch Einkommenssteueränderungen;
- der Unternehmer mittels Variation der Steuersätze, der Abschreibungsmöglichkeiten und einer Investitionszulage;
- des Staates durch eine Konjunkturausgleichsrücklage, eine Kreditermächtigung bis zu 5 Milliarden DM und die Möglichkeit, Investitionen im Rahmen der Mittelfristigen Finanzplanung vorzuziehen.[35]

Die letztgenannten Instrumente einer antizyklischen Regulierung der staatlichen Nachfrage stellten die einzige neue Form der Wirtschaftspolitik in diesem Gesetz dar. Insgesamt schrieb es nur die Entwicklung fort, die mit dem Vorläufer-Gesetz von 1961 eingeleitet wurde, nämlich fiskalische Entscheidungsbefugnisse bei der Bundesregierung zu zentralisieren,[36] um den Haushalt konjunkturpolitisch effektiver nutzen zu können. Daß die staatlichen Nachfrageprogramme nur ein Element der konkreten Krisenregulierung 1967 waren, wird auch daran deutlich, daß neben den zwei Eventualhaushalten nach wie vor die „traditionellen" Formen – zusätzliche Abschreibungserleichterungen, Diskontsatzsenkungen und Druck auf die Reallöhne (diesmal per „Konzertierter Aktion") – eingesetzt wurden.[37]

Im Ergebnis des Zusammenwirkens dieser Maßnahmen konnten die BRD-Monopole ihre strategischen Interessen weitestgehend realisieren: Die Steigerungsraten der Lebenshaltungskosten sanken auf 1,5 Prozent, die industriellen Erzeugerpreise um 0,9 Prozent und die Ausfuhrpreise um 0,1 Prozent,[38] während die Exportquote auf 16,4 Prozent stieg und der Weltausfuhranteil der BRD erstmals die 10-Prozent-Marke überschritt.[39]

Die Haupthebel zur Durchsetzung dieser Interessen waren eine drastische Senkung der Lohnquote und eine Umverteilung der Steuerbelastung auf Kosten der Unselbständigen.[40] Nachdem 1967 die Einkommensentwicklung noch stagnierte, konnten die Lohnquote 1968 auf 64,8 Prozent (1967: 67,3 Prozent)[41] gedrückt und die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen viermal so schnell wie die Nettolöhne und -gehälter gesteigert werden.[42]

34 So lagen die Eckprojektionen und die Finanzplanung der Bundesregierung systematisch daneben, vgl. IMSF 1976, S. 119/120; Sörgel 1982: „In der marxistischen Diskussion wurde das Moment der staatlichen Regulierung als Antwort auf die gestiegene Vergesellschaftung, vor allem aber ihre Reichweite und Problemadäquanz, in den 60er/70er Jahren weit überschätzt – eine Kritik, die sich im übrigen heute angesichts der empirischen Realitäten leicht führen läßt." A.a.O., S. 122.
35 Vgl. Mackscheidt/Steinhausen: Finanzpolitik I, a.a.O., S. 149.
36 Vgl. Huffschmid 1972, S. 153–161.
37 Vgl. IMSF 1976, S. 28.
38 Vgl. IMSF 1981 II, S. 119.
39 Vgl. Statistisches Jahrbuch der BRD 1975.
40 Vgl. Huffschmid 1972, S. 165–167.
41 Vgl. IMSF 1976, S. 28.
42 Vgl. Huffschmid 1972, S. 167.

Der Erfolg der Krisenregulierung 1967/68 ist weniger das Ergebnis der antizyklischen Nachfragepolitik als im wesentlichen auf die Umverteilungsmaßnahmen zugunsten der privaten Verwertungsbedingungen und die erfolgreiche Exportexpansion zurückzuführen.

Insgesamt drückt das Schillersche Konzept der Globalsteuerung keine Hinwendung zu „mehr Staat" im Sinne einer „etatistischen Variante" aus, sondern verbessert im Gegenteil – über die Praxis der „Konzertierten Aktion", die Zentralisierung der Fiskalpolitik und die bessere Berechenbarkeit der Haushaltspolitik – den privatmonopolistischen Zugang zu den „Makrodezisionen".[43]

3. Die siebziger Jahre: Formwandel der Wirtschaftspolitik?

Wenn es in den sechziger Jahren, nach der Einführung des Stabilitätsgesetzes, keine „gemäßigt etatistische Entwicklungsvariante" gibt – zumindest, was einen Formwandel des wirtschaftspolitischen Instrumentariums angeht –, so entfällt auch eine wesentliche Bestimmungsgröße für die privatmonopolistische Variante als deren Gegensatz. Das Ende des staatsmonopolistischen Reformkurses und die konservative Wende ab 1974/75 erklären sich weniger aus einem Präferenzwandel des Monopolkapitals für bestimmte wirtschaftspolitische Steuerungsformen als vielmehr daraus, daß die global-indirekte Kontinuitätslinie des wirtschaftspolitischen Instrumenteneinsatzes unter sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung bzw. -führung beibehalten wurde und auf grundlegende binnen- und weltwirtschaftliche Veränderungen stieß.

Wie sah die Wirtschaftspolitik im einzelnen aus, die nach 1972/73, dem Zeitpunkt der von *Jung* konstatierten Wende, verfolgt wurde?[44]

Im Frühjahr 1973 verfolgten Bundesbank und Bundesregierung, kurz nach Vorlage eines entsprechenden Gutachtens des wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium, eine restriktive, auf Inflationsbekämpfung durch Konjunkturdämpfung gerichtete Politik. Die Bundesbank fuhr einen Hochzinskurs, und die Finanzpolitik bremste unter anderem durch eine befristete Investitionssteuer. Das alles geschah zu einem Zeitpunkt, als bereits etliche Frühindikatoren auf einen konjunkturellen Abschwung hindeuteten. Die Wirtschaftspolitik wirkte bis Ende 1973 prozyklisch und damit krisenverschärfend.

Ab 1974 wurde von der Bundesregierung fiskalpolitisch gegengesteuert, u. a. mit folgenden Maßnahmen:

1974: Programm zur Förderung von Beschäftigung und Wachstum mit einer 7-Milliarden-DM-Investitionszulage als Kernstück;

43 Vgl. ebd., S. 123–127. „Die Kombination von Globalsteuerung... und Marktwirtschaft ist nicht nur die Voraussetzung einer Aktion zur Herbeiführung der Stabilität, sie ist unter den gegebenen Verhältnissen der Weg zur Rettung der Marktwirtschaft. (...) Mit der globalen Planung und Steuerung erhöhen wir die ‚Schwelle', von der ab das Verlangen nach verwaltungswirtschaftlichen Maßnahmen virulent wird." Karl Schiller, Preisstabilität durch globale Steuerung der Marktwirtschaft, Tübingen 1966, S. 11.

44 Die Literatur zu diesem Komplex ist äußerst umfangreich; vgl. u. a.: J. Huffschmid/H. Schui (Hg.), Gesellschaft im Konkurs? Handbuch zur Wirtschaftskrise 1973–76, Köln 1976, insbesondere die Beiträge von F. Manske, A. Sörgel, W. Günnemann und H. Schui; IMSF 1976, insbesondere S. 5–30, S. 104–129; Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 1978, Köln 1978, S. 59ff.

1975: Programm zur Förderung von Investitionen in Höhe von 5,75 Milliarden DM;
1976: Sonderprogramm zur Wiedereingliederung längerfristig Beschäftigungsloser und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen;
1977: Programm für Zukunftsinvestitionen: Das brachte über vier Jahre verteilt rund 16 Milliarden DM zusätzliche staatliche Nachfrage; steuerpolitische Maßnahmen mit einem Steuerausfalleffekt von rund 17 Milliarden DM.[45]

Wenn auch von diesen Maßnahmen keine antizyklische Wirkung ausging und *Vesper* ihnen im Endeffekt sogar eine „prozyklische krisenverschärfende Ausrichtung" attestierte, weil die expansiven Wirkungen durch „Kürzungen in den ordentlichen Haushalten (Kernhaushalten) überkompensiert"[46] wurden – vor allem durch die Folgen des Haushaltsstrukturgesetzes von 1975 –, so läßt sich doch bezüglich der Anwendung wirtschaftspolitischer Instrumente kein Formwandel der Politik ableiten, keine Rücknahme von Elementen der Globalsteuerung feststellen.[47] Vielmehr wurde, genau wie in den sechziger Jahren, mit Maßnahmen zur Verbesserung der unternehmerischen Gewinnsituation und einer Ausdehnung der staatlichen Nachfrage versucht, die Krise zu bekämpfen. Bei der relativen Wirkungslosigkeit der Fiskalpolitik, die, am Finanzvolumen gemessen, nicht hinter gleichgerichteten Programmen der sechziger Jahre zurückstand, wird man, neben der Zunahme der Monopolisierung und den Folgewirkungen arbeitssparender Technologien, die mangelnde Aufschwungsdynamik der Weltmärkte und ihre strukturellen Verschiebungen berücksichtigen müssen.

Selbst die mit der Umverteilungspolitik zugunsten des Unternehmenssektors verbundene „Straffung" des sozialen Netzes ist nicht so sehr Ausdruck einer veränderten wirtschaftspolitischen Prioritätensetzung oder einer neuen Entwicklungsvariante der staatsmonopolistischen Regulierung als vielmehr Ausfluß der profitorientierten Logik dieser Interventionen, die Sozialpolitik stets als abhängige Variable von Akkumulation und Verwertung betrachtet.[48] An dieser Grundposition wurde auch mit der sozialdemokratisch-liberalen Regierungsübernahme in Bonn nicht gerüttelt.[49]

45 Diese Auflistung ist nur ein kleiner Ausschnitt der tatsächlichen Maßnahmen. Vgl. Memorandum 1978, a.a.O., S. 60ff.; für den Zeitraum bis 1981 gibt es eine ausführliche Chronologie: W. Lerch, Die Finanzpolitik seit 1974 und einige aktuelle Schlußfolgerungen, in: WSI-Mitteilungen Nr. 1/1982, S. 7ff.

46 D. Vesper, Versäumnisse der Finanzpolitik – Zukunftsorientierung tut not, in: D. B. Simmert (Hg.), Wirtschaftspolitik kontrovers, Bonn 1979, S. 302ff., hier: S. 310 u. 313f.

47 Vgl. B. Thielicke, Haushaltspolitik der BRD und kapitalistischer Krisenzyklus, in: IPW-Berichte 2/79, S. 12ff., insbesondere S. 16ff.

48 Vgl. F. Niess, Die Maschen des sozialen Netzes – Zur Konjunkturgeschichte des Sozialstaats, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/1982 (im folgenden: Blätter), S. 344 und 358ff.; E. Reidegeld, Staatliche Sozialpolitik in den ersten Nachkriegsjahren und in der Bundesrepublik, in: U. Albrecht u. a., Beiträge zu einer Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1979, S. 122ff.; A. Sörgel, Sozialpolitik in der Krise – Krise der Sozialpolitik, in: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 5, 1982, S. 263ff.

49 Vgl. IMSF 1976, S. 104f.; W. Günnemann, Krise und Reformverzicht – Zerstörte SPD-Illusionen, in: J. Huffschmid/H. Schui (Hg.), Gesellschaft..., a.a.O., S. 315ff.; die Krise „sprengte den Grundpfeiler sozialdemokratischer Wirtschafts- und Sozialpolitik: die interventionspolitisch organisierte Vereinbarkeit einerseits sozialorientierter und andererseits funktionell kapitalistisch begründeter Ansprü-

Die Krux sozialliberaler Wirtschaftspolitik – und damit steht sie in einer Kontinuitätslinie mit den ordoliberalen Sozialmarktwirtschaftlern und deren Konzepten – ist folgende: Ihr fehlt „konzeptionell eine angemessene Ausrichtung auf die Ursachen der wirtschaftlichen Krise und die strukturellen Besonderheiten, die ihren gegenwärtigen Verlauf bestimmen. Statt dessen vertraut sie... auf die ungebrochene Weitergabe und gesamtwirtschaftliche Wirkung von global ausgerichteten und indirekt wirkenden wirtschaftspolitischen Impulsen zur Hebung der Investitionsneigung."[50] Diese Strategie muß fehlschlagen, weil bei der globalen Indirektheit der ökonomischen Hebel für Einzelkapitale und insbesondere die Monopole „kein hinreichender Zwang besteht, auf die ‚Signale' der Globalsteuerung zu reagieren, wenn sie nicht ihren unmittelbaren ökonomischen Interessen entspricht."[51] Die konkret betriebene Politik hat, indem sie die Monopolisierung zusätzlich beförderte, die Möglichkeiten für die Großunternehmen, gesamtwirtschaftliche Intentionen staatlicher Politik zu unterlaufen und zu konterkarieren, erhöht und damit tendenziell die Wirksamkeit wirtschaftspolitischer Maßnahmen weiter verringert.

III. Kontinuität statt Formwandel

Die staatliche Wirtschaftspolitik ist in den gut dreißig Jahren seit Bestehen der BRD eher durch Kontinuitätslinien als durch einen Formwandel gekennzeichnet. Diese Kontinuität besteht *erstens* in dem strategischen Hebel der staatlichen Steuerung, die wirtschaftliche Entwicklung durch die Förderung der privaten Gewinne zu stimulieren.[52] Eine Kontinuität staatlicher Wirtschaftspolitik läßt sich *zweitens* feststellen im Einsatz der Mittel. Die finanz- und konjunkturpolitischen Maßnahmen waren durchweg *indirekt* und *global* angelegt und zum Teil auch auf bestimmte Branchen zugeschnitten.

Indirekt bedeutet, daß die staatliche Wirtschaftsregulierung auf die markt- bzw. konkurrenzwirtschaftliche Aufnahme und Durchsetzung der finanziellen und steuerlichen Impulse spekuliert. Präzise Auflagen oder Verpflichtungen für die Empfänger dieser Gelder zur Absicherung der beabsichtigten gesamtwirtschaftlichen Wirkungen, was im Endeffekt immer auf die Einschränkung der unternehmerischen Entscheidungsfreiheit hinausgelaufen wäre, gab es nie. Der indirekte Charakter der wirtschaftspolitischen Interventionen resultiert einerseits aus der Aufgabe des Staa-

che an das staatliche Budget. Die Befriedigung letzterer – von der Mehrheitsposition in der SPD zu keiner Zeit in Frage gestellt, sondern als Voraussetzung ihrer Politik akzeptiert – wurde nun zum bestimmenden Moment der wirtschaftspolitischen Orientierung der Partei, die sich nicht die Fortführung sozialer Reformen unter krisenhaften Bedingungen, sondern getreu der Logik ihres Konzepts die Wiederherstellung dessen krisenfreier Vorbedingungen durch eine prokapitalistische Politik zum Ziel setzte." A. Horstmann, Zielwechsel oder neuer Typ staatlicher Regulierung, in: Alternative Wirtschaftspolitik 3 (Argument-Sonderband 68), West-Berlin 1981, S. 140.

50 Memorandum 1978, a.a.O., S. 72.

51 H. Jung 1978, S. 52.

52 „Die Grundannahme und -voraussetzung staatlicher Wirtschaftspolitik ist unter allen Regierungen die gleiche geblieben: Sie setzt auf die produktions- und beschäftigungsfördernde Wirkung privater Gewinne bzw. Gewinnerwartungen und darauf, daß staatliche Politik im Ernstfall immer wieder ein Klima steigender Profiterwartungen schaffen könne und müsse." J. Huffschmid, Marktwirtschaft in der Bundesrepublik, in: U. Albrecht u. a., a.a.O., S. 65.

tes, die bürgerlichen Produktionsverhältnisse abzusichern; er entspricht andererseits einzelkapitalistischen und monopolistischen Verwertungsbedürfnissen, deren wesentliche Voraussetzungen die Dispositionsautonomie und der ungehinderte Fluß von Kapital in die profitabelsten Sektoren sind.

Mit diesem indirekten Ansatz bleiben monopolistische Strukturen in der Wirtschaft mitsamt ihren Resultaten wie Kartellpraktiken, Preissetzungsmacht und künstliche Angebotsverknappung unberücksichtigt. Die Ignoranz gegenüber den realen Verhältnissen hat schwere negative Folgen für die Wirksamkeit finanzpolitischer Anreize: Ein Teil der staatlichen Mittel versickert infolge des inflationären Preisgebarens privater Großunternehmen, ein anderer Teil der Finanzmittel zeitigt bloße Mitnahmeeffekte wie die Investitionszulagen, die statt zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze zur Modernisierung und Rationalisierung in der Produktion genutzt werden.[53]

Ein weiteres Moment der Kontinuität ist der globale Charakter der Wirtschaftspolitik. *Global* heißt, daß die staatlicherseits gewährten Anreize nicht auf bestimmte Unternehmenstypen (z. B. Klein- und Mittelunternehmen) oder spezielle Branchen begrenzt werden, sondern nach dem „Gießkannenprinzip" auf „die Wirtschaft" verteilt werden. Das gilt für die siebener Paragraphen der Einkommenssteuergesetzgebung in den fünfziger Jahren genauso wie für die Investitionszulage in den siebziger Jahren. Die globalen Förderungsmaßnahmen entspringen einerseits der Aufgabe des Staates, möglichst allen Kapitalen und Branchen eine reibungslose Verwertung zu garantieren, sie sind andererseits auch auf die Konkurrenz der Unternehmen um die Gelder, die die öffentliche Hand zu verteilen hat, zurückzuführen.

Durch die Globalpolitik werden Strukturunterschiede zwischen einzelnen Branchen und auch den jeweiligen Branchenkapitalen mitsamt ihren verschiedenartigen Verwertungsbedingungen außer acht gelassen und gerade dadurch verfestigt und vertieft. Zum einen haben Großunternehmen von den global angelegten wirtschaftspolitischen Maßnahmen – einfach, weil sie große Finanzmassen bewegen, was Investitionen und Gewinne angeht (die in der einen oder anderen Form immer Ziel der staatlichen Unterstützung sind) – überproportionale Vorteile,[54] zum anderen wird die unterschiedliche Entwicklungsdynamik der Sektoren durch die Globalpolitik unterstützt. Das wiederum erzeugt zusätzlichen strukturpolitischen Handlungsbedarf des Staates, um schädliche volkswirtschaftliche Disproportionen im Produktionsapparat zu verhindern oder zu kurieren.

Deshalb gibt es in der BRD – als dritte Kontinuitätslinie der Wirtschaftspolitik – immer wieder *strukturpolitisch motivierte Hilfen und Programme* der öffentlichen Hand für bestimmte volkswirtschaftliche Engpaßsektoren. Als Beispiele mögen Maßnahmen der Agrarpolitik wie etwa die Flurbereinigung zur Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft oder die Beihilfen für den Kohlebergbau gegen Ende der fünfziger Jahre dienen. Die Strukturpolitik reflektiert gewisse gesamtwirtschaftliche Notwendigkeiten im Sinne einer annähernd proportionalen Entwicklung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals. Sie ist einerseits reaktiv und dient oftmals der staatlichen Abfederung struktureller Krisen (z. B. Kohle, Stahl, Werften), kann anderer-

53 Vgl. Memorandum 1978, a.a.O., S. 59f.
54 Vgl. IMSF 1981 I, S. 296ff.

seits aber auch Elemente bewußter staatlich-monopolistischer Schwerpunktsetzung enthalten wie etwa in der Rüstungsindustrie oder auch in vermeintlichen und tatsächlichen Wachstumsbranchen wie der Atomwirtschaft und der elektronischen Datenverarbeitung.[55]

Aber selbst im Bereich der sektoralen Strukturpolitik, wo die Notwendigkeit planenden staatlichen Eingreifens besonders akut ist und Eingriffe gezielt erfolgen müßten, bleibt die staatliche Regulierung indirekt, d. h., es gibt keine die Einzelwirtschaften verpflichtenden Auflagen. Große und kapitalstarke Unternehmen haben in der Regel von der Strukturpolitik den größten Nutzen; zum Teil war sie auch direkt auf eine Förderung der Zentralisation angelegt wie etwa Ende der sechziger Jahre bei der Gründung der Ruhrkohle AG oder im Bereich der Luft- und Raumfahrtindustrie. Ein aktuelles Beispiel liefert die Stahlpolitik der Regierung, die nach dem Scheitern der Verhandlungen über eine Ruhrstahl AG zwischen Hoesch und Krupp mit der Favorisierung des Moderatorenvorschlags auf eine weitere Monopolisierung und einen staatlich geförderten Kapazitätsabbau zielt, der nach optimistischen Schätzungen rund drei Milliarden DM und 100 000 Arbeitsplätze kosten wird.[56]

Mit den bisher genutzten wirtschaftspolitischen Instrumenten ist die Dispositionsautonomie des privaten Kapitals nicht angetastet worden. Das heißt, die in erster Linie durch die privaten Monopole erfolgende[57] und sich auf sie beziehende Regulierung[58] der wirtschaftlichen Prozesse wurde nie durchbrochen oder eingeschränkt, auch nicht durch die Schillersche Globalsteuerung. Vielmehr haben die wirtschaftspolitischen Maßnahmen durchgängig die Konzentration und Zentralisation des Kapitals und damit auch die Monopolisierung mit Milliardensummen unterstützt.[59] Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse selbst markieren den Bewegungsspielraum und die Grenzen der staatlichen Regulierungsfähigkeiten und -möglichkeiten.[60] Die Unantastbarkeit privaten Eigentums ist die Ursache für die „begrenzten

55 Im Bereich einzelner volkswirtschaftlicher Sektoren ist die Zusammenarbeit von privaten Unternehmen und staatlichen Stellen so eng, sind die Kompetenzabgrenzungen so diffus, daß marxistische Wissenschaftler von der Bildung staatsmonopolistischer Komplexe sprechen, deren strukturbildende Elemente die privaten Monopole sind. Bekanntestes und ältestes Beispiel ist hier der MIK, jüngeren Datums ist der Atomkomplex. Vgl. H. Jung 1979 I, S. 76ff.; IMSF (Hg.), Staatsmonopolistische Komplexe. Zu einer Kategorie der aktuellen Kapitalismusanalyse (Theorie und Methode VI), Frankfurt/M. 1982.

56 Vgl. Deutsche Volkszeitung, Nr. 7 vom 17. Februar 1983 und Nr. 8 vom 24. März 1983, jeweils S. 7.

57 Vgl. A. Lemmnitz u. a., Politische Ökonomie des Kapitalismus, Berlin 1980, S. 587f.; G. Binus, Monopole in der staatsmonopolistischen Regulierung, in: IPW-Berichte 9/81, S. 11–17.

58 Vgl. z. B. H. Jung 1979 I, S. 63 und 66f.

59 Insofern stellt die privatmonopolistische Entwicklungsvariante sozusagen eine weitere Kontinuitätslinie der Wirtschaftspolitik dar, ist aber nicht das Ergebnis eines wirtschaftspolitischen Prioritätenwechsels zu Beginn der siebziger Jahre. Ähnlich J. Huffschmid: „Hat es überhaupt jemals im SMK eine nichtprivatmonopolistische Entwicklung gegeben? Der SMK sei immer ein Nebeneinander und Aufeinanderbeziehen von privaten Monopolen und Staat. Immer fördere die staatliche Politik, selbst durch die Globalsteuerung, die private Monopolisierung. Die Sicherung der Verwertung der privaten Monopole sei eine Konstante des SMK, so daß man schwerlich von einer spezifisch neuen Entwicklung sprechen könne." In: W. Schwarz, Analyse..., a.a.O., S. 51.

60 Zu den Problemen und Widersprüchen ökonomischer Politik im SMK schreibt das IMSF: „Ihr Ursprung liegt wesentlich nicht in subjektiven Irrtümern bzw. mangelnden theoretischen Erkenntnissen, sondern in politischen und ökonomischen Machtverhältnissen begründet." IMSF (Hg.), Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik. Empirische Analysen, Fakten, Beiträge des IMSF 6/II, Frankfurt/M. 1982, S. 245.

Vorräte von Krisensanierungsstrategien ganzer Volkswirtschaften in kapitalistischen Systemen",[61] die über (rechts-)keynesianische Konzepte und Formen profitorientierter Krisenbewältigung nicht hinausreichen.

In den fünfziger und sechziger Jahren, den Zeiten dynamischen Wachstums, erwies sich die Begrenztheit staatlicher Regulierung, ihr systembedingt indirekter Charakter, der auf Rentabilitätssicherung durch globale bzw. sektorale Interventionen zielt, nicht als Nachteil. Die Politik entsprach den Kapitalinteressen, und das allgemeine Wachstum verdeckte lange Zeit den Widerspruch von einzel- und gesamtwirtschaftlicher Rationalität. Erst in den siebziger Jahren, im Zuge der Weltwirtschaftskrise, der Synchronisierung der nationalen Zyklen bei zunehmender internationaler monopolistischer Konkurrenz und qualitativem technologischen Wandel, zeigten sich die Schwächen des staatsmonopolistischen Instrumentariums. Der Gegensatz von monopolistischer und volkswirtschaftlicher Vernunft wurde zusehends deutlicher: hier die staatlich geförderte, auf maximale Konkurrenzfähigkeit und den Einsatz arbeitssparender Technologie gerichtete Profitstrategie, dort wachsende Arbeitslosigkeit.[62] Die weitere wirtschaftliche Entwicklung nach der Krise 1974/75 offenbarte, daß die konventionellen Krisensanierungsstrategien quasi „selbstvernichtend" sind, entgegen ihrer eigenen Zielsetzung immer neuen staatlichen Handlungsbedarf erzeugen und weitere Umverteilungsmaßnahmen zugunsten privaten Kapitals produzieren, die über soziale Kürzungen finanziert werden. Die Wirtschaftspolitik in den siebziger Jahren war nicht das Ergebnis einer neuen privatmonopolistischen Entwicklungsvariante der staatsmonopolistischen Regulierung, sondern vielmehr das notwendigermaßen beschränkt wirksame[63] Resultat von Politikkonzepten, die sich im Rahmen der Kontinuitätslinien der staatlichen Wirtschaftspolitik in der Geschichte der BRD bewegen und gerade deshalb den qualitativ neuen, auf sie einstürmenden Problemen, ihren strukturellen und internationalen Dimensionen, nicht gewachsen sind.[64]

61 H. Mattfeld, Das Krisenkonzept der deutschen Rechten im Vergleich, in: Blätter... 2/83, S. 340.

62 Erkannt wurde auch, daß dieser Widerspruch durch indirekte Maßnahmen nicht lösbar ist. Die Erkenntnis fand ihren Reflex allerdings nur in der Investitionslenkungsdebatte in den Gewerkschaften und der SPD zu Beginn der siebziger Jahre. Praktische Relevanz hatte die Diskussion nicht. Vgl. Ch. Butterwegge, Alternativen der Wirtschaftslenkung, Köln 1976; zum Scheitern der Debatte S. 46ff.

63 Beschränkt wirksam nur im Sinne einer Wirtschaftspolitik, die auf eine gesamtwirtschaftlich-proportionale Entwicklung abzielt. Die gegenwärtig praktizierte Politik läuft eher auf eine Koste-es-was-es-wolle-Förderung der auf Außenexpansion orientierten Monopole hinaus. Vgl. Memorandum 1980, S. 243ff.; zu den Wirkungen dieser Außenwirtschaftsorientierung: K. G. Zinn, Außenwirtschaftliche Aspekte einer alternativen Wirtschaftspolitik, in: Staatsgrenzen: Probleme (national-)staatlichen Handelns in der alternativen Wirtschaftspolitik (Argument-Sonderband 89), West-Berlin 1982, S. 29ff.

64 Schon 1976 war zu lesen: „Es zeigt sich, daß die staatliche Haushalts- und Finanzpolitik den Bewegungen der privaten Wirtschaft unterworfen ist und statt programmatisch gestaltender Politik eine Nachtrab- und Lückenbüßerfunktion für die durch das private Kapital verursachten Disproportionen ausübt. An diesem Verhältnis wird sich solange nichts ändern, wie die staatliche Politik nicht von der Bereitschaft ausgeht, in den bestimmenden Bereich der privaten Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel einzugreifen." IMSF 1976, S. 126.

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 6/1983

Sind in der Nacht alle Katzen grau oder: War Schiller tatsächlich dasselbe wie Erhard?

Replik auf die Kritik von Borchardt/Sauer

Heinz Jung

Ich bin *Klaus Borchardt* und *Thomas Sauer* zu Dank verpflichtet für ihren Versuch einer gründlichen Kritik an der von mir mitvertretenen Konzeption der privatmonopolistischen Entwicklungsvariante des SMK der BRD seit 1973/74. Gleichwohl bin ich der Meinung, daß ihre Abhandlung weder Argumente noch Fakten enthält, die ein ad-acta-Legen der Konzeption rechtfertigen würden. Aus meiner Sicht kritisch gelesen, kann ihrem Beitrag eher die Notwendigkeit entnommen werden, für den genannten Zeitpunkt tatsächlich einen Variantenwechsel zu konstatieren.

Wenn ich es richtig verstanden habe, vertreten sie gegenüber dem Konzept der Entwicklungsvarianten und des Variantenwechsels ein Konzept der Kontinuität der Wirtschafts- und Sozialpolitik seit Gründung der BRD. Eine Zuspitzung auf die Ebene des „Formwandels des wirtschaftspolitischen Instrumenteneinsatzes", wie die Verfasser die Konzeption des Variantenwechsels interpretieren, halte ich für ungerechtfertigt, weil damit eine Einengung und Formalisierung erfolgt. Außerdem ist die Formulierung unklar.

Gleichzeitig argumentieren die Verfasser jedoch (unter Beachtung der wirtschafts- und sozialpolitischen Tatsachen), daß sich gegen Mitte der 70er Jahre eine Schwerpunktverlagerung vollzogen habe. Damit stellen sie mit den Verfechtern des Variantenkonzepts eine gleiche Problemlage her.

Bei etwas subtilerer Fassung der Entwicklung hätten sie auch in der Periode der großen Koalition ähnliche Umschlagsmomente feststellen können. Hier argumentieren sie aber nach dem Motto: „In der Nacht sind alle Katzen grau", es gab keinen Unterschied zwischen *Erhard* und *Schiller*. Tatsächlich sind in der Nacht alle Katzen grau. Was die Bejahung des Kapitalismus betrifft, gibt es zwischen *Erhard* und *Schiller* keinen Unterschied. Beide sind grau, ebenso wie unter diesem Gesichtspunkt *Keynes* und *Hayek* oder der Keynesianismus und der Monetarismus. Verläßt man aber diese Ebene, dann zeigen sich mitunter gravierende Unterschiede. Wenn man so will, drücken diese Unterschiede auf der Ebene der Ideologie, der Doktrinen in bestimmter Weise den Unterschied zwischen etatistischer und privatmonopolistischer Variante aus. Dieses Begriffspaar ist nicht ideal. *Jörg Huffschmids* Einwand besteht zu Recht, daß bei jeder Variante das Monopolinteresse der Angelpunkt sei. Trotzdem erfordern unterschiedliche Umstände unterschiedliche Strategie- und Realisierungsvarianten mit unterschiedlichen Aktivitätsschwerpunkten. Nach wie

vor erscheint das benutzte Begriffspaar so exakter als vorgeschlagene andere (reaktionär – reformorientiert, staatlich – marktwirtschaftlich, dirigistisch – marktwirtschaftlich, direkte – indirekte Regulierung).

Die Verfasser werfen die Frage nicht auf, ob es überhaupt notwendig und der Erkenntnis förderlich ist, derartige Varianten herauszuarbeiten. Wären die Verfasser in dem von ihnen betrachteten Zeitraum nur vier bis fünf Jahre weiter zurückgegangen, so hätten sie sich der Bejahung dieser Frage bzw. der Problemstellung kaum entziehen können. In ihre Betrachtung wären mit der faschistischen Kriegswirtschaft und dem sogenannten Wirtschaftsdirigismus der Nachriegszeit eindeutig etatistische Varianten einbezogen gewesen.

Das hätte den Blick für die tatsächlich betrachtete Periode geschärft, auch dafür, daß in den Übergang von *Erhard* zu *Schiller* diese Umschlagsmomente eingeschlossen waren. Dem lag ebenso wie dann 1973/74 die strategische Umorientierung – oder, wenn man so will, die Definition der Interessen unter veränderten äußeren und inneren Bedingungen – zugrunde, was in Schwerpunkt- und Formänderungen der Wirtschafts- und Sozialpolitik seinen Ausdruck fand. Man brauchte dazu nur etwa die Verschiebungen in der Haushaltsstruktur zu beachten, ebenso die Entwicklung der Staatsbeschäftigung, der Sozial- und Umverteilungsquoten – aber auch die „Verwissenschaftlichung" der entsprechenden Apparate, die „Planungseuphorie" usw. Es sei um Nachsicht gebeten, daß wir hier diesen Nachweis nicht auf der Ebene der empirischen Fakten führen. Das würde den Rahmen einer Replik sprengen.

„Instrumentarien" wirken nie im luftleeren Raum, sondern haben einen konkreten gesellschaftlichen Kontext. So auch Globalsteuerung, Finanzplanung, Stabilitätsgesetz usw. Meines Erachtens ist es unzutreffend, daß niedrige Inflationsraten ewig und immer seit 1949 höchste Priorität gehabt hätten. Bei *Schiller* war Wachstum das Motto der Zeit. Erst die Bedingungen nach 1973 verlangten im Interesse der Stärkung der internationalen Konkurrenzposition und der Verlagerung der Krisenlasten auf die anderen den rigiden Austeritätskurs, und zwar mit und im Rahmen der vorhandenen Instrumentarien. Quantitative Vergleiche allein, etwa des absoluten oder relativen Volumens sogenannter Konjunkturprogramme, sind für sich genommen unzureichend. Man muß ja unbedingt das Reaktionsfeld, etwa Ausmaß und Tiefe der Krise, berücksichtigen. Was früher ein großes Volumen war, war angesichts der neuen Krisendimensionen noch nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein.

Wie drücken *K. Borchardt* und *T. Sauer* die Gründe des Wechsels 1973/74 aus? Nach ihrer Meinung kommt nun, drückt man es in exakteren Termini aus, der Gegensatz von einzelmonopolistischen und Systeminteressen zum Tragen – der im Aufschwung verdeckt gewesen sei –, was die Inadäquanz der vorhandenen Instrumentarien aufgedeckt und somit Umorientierungen notwendig gemacht habe. Verallgemeinert man den Sachverhalt, dann bedeutet dies ja nichts anderes als die Modifikation im Interaktionsmechanismus von Monopolen und Staat, dessen Hauptfeld eben die Wirtschafts- und Sozialpolitik ist. Dies ist gerade die Grundthese des Variantenwechsels.

Zum Schluß möchte ich an folgende Anekdote erinnern: Am 14. Juli 1789, dem Tag des Sturmes des Volkes von Paris auf die Bastille, soll *Ludwig XVI.* in sein Tagebuch eingetragen haben: „Nichts!" Das war natürlich eine extrem ignorante

Haltung gegenüber Wesentlichem und Neuem. In der Normalform sagt man dazu: „Er sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht". Das drückt vielleicht besser aus, daß es nicht ausreicht, eine Entwicklung nur als Strom von Ereignissen und als Kontinuität zu begreifen. Vielmehr besteht eine Entwicklung immer auch aus Formwandel und relativem Bruch, relativer Diskontinuität. Vermag man dem nicht Rechnung zu tragen, gelingt nur eine positivistische Registratur von Ereignissen, aber kaum die wissenschaftliche Erkenntnis.

Bezogen auf unser Diskussionsproblem geht es darum, gerade die Diskontinuitäten in der Entwicklung des Interaktionsmechanismus von Monopolen und Staat aufzudecken. Das ist das Kernproblem im Variantenkonzept. Vielleicht ist der Beitrag von *Klaus Borchardt* und *Thomas Sauer* ein guter Kontrast, um das mit aller Deutlichkeit zu erkennen.

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 6/1983

Der Staat im SMK – Theorie und Empirie

Kritische Anmerkungen zu einem Projekt des IMSF*

Werner Goldschmidt/Ulrich Semmelrogge

I.

Daß es um die marxistische Theorie des gegenwärtigen kapitalistischen Staates nicht zum besten steht, ist kein Geheimnis. Diejenigen, die pauschal von einer „Krise des Marxismus" reden, beziehen sich in der Regel hauptsächlich auf den Zustand seiner politischen Theorie, insbesondere der Staatstheorie. *Althusser* ging so weit, die Existenz einer genuin marxistischen Staatstheorie überhaupt zu leugnen; andere bestreiten die Möglichkeit einer *allgemeinen* marxistischen Staatstheorie. Angesichts solcher Versuche erscheint es uns durchaus sinnvoll, ja notwendig, einer theoretischen Darstellung und empirischen Analyse des Staates im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik einen Überblick über die theoretischen und historischen Voraussetzungen der marxistischen Staatstheorie (vgl. I/Kap. I.2) sowie über ihre Entwicklung bei den „marxistischen Klassikern" (vgl. I/Kap. I.3) vorauszuschicken. Von einer Rekonstruktion der Ansichten der marxistischen Klassiker aus ihrem „literarischen Nachlaß" versprechen sich die Verfasser „Grundlagen" für die „Anwendung der marxistischen Staatstheorie auf die Verhältnisse des SMK"

* Anmerkung der Redaktion: Mit W. Goldschmidt und U. Semmelrogge sind zwei Sozialwissenschaftler zu einer kritischen Rezension der Ergebnisse der Staatsstudie des IMSF gebeten worden, die nicht in Arbeitszusammenhänge des IMSF einbezogen sind. Die Redaktion hält ihre Einwendungen gegenüber den vorliegenden Texten und den Intentionen der Studie nicht für tragfähig, so etwa die Kritik an den in ihrer Sicht fehlenden Vermittlungen zwischen den Aussagen der Klassiker und der Analyse des SMK-Staates, zwischen den ökonomischen und Klassenverhältnissen im SMK und den Erscheinungen des Überbaus einschließlich des Staates, an der Bestimmung der herrschenden Klasse im SMK, an der Verflechtungsthese und ihrem systematischen Stellenwert, an der Fassung des Apparatebegriffs usw. Im Unterschied zur vorliegenden Kritik wird auch die Beurteilung Gramscis als völlig seinen Leistungen auf dem Gebiet der Staatstheorie entsprechend angesehen. Schließlich scheint die Anmerkung über den deskriptiven Charakter ins Leere zu gehen, wenn wesentliche analytische und theoretische Darlegungen nicht aufgenommen werden. Das Urteil darüber muß sich der Leser der Studie selbst bilden. Soweit er die Studie selbst in seine Urteilsbildung einbezieht, bleibt er aufgefordert, auf genaue Textvergleiche nicht zu verzichten. In diesem Sinne könnte die vorliegende Rezension der kritischen Aneignung der Staatsstudie und dem Fortschritt der Staatsdiskussion förderlich sein, weshalb die Redaktion den Verfassern zu Dank verpflichtet ist. Zum gegenwärtigen Stand der Rezeption der Staatsstudie hielt es die Redaktion für verfrüht, die Verfasser schon zu einer Replik aufzufordern.

Die Anmerkungen im Text der vorliegenden Kritik beziehen sich auf: Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik, Bd. I: Staatsdiskussion und Staatstheorie; Bd. II: Empirische Analysen. Fakten, erschienen als Bd. 6 der Reihe „Beiträge des IMSF", Frankfurt/M. 1981, 1982. Zitiert wird Band I mit I/Seitenzahl, Band II mit II/Seitenzahl.

(I/6, 7) oder doch „zumindest den Grundstein für eine marxistische Staatskonzeption" (I/135). Wie dem auch sei – Grundstein für eine dann ja wohl erst zu schaffende Staatstheorie oder Grundlage für die Anwendung der marxistischen Staatstheorie auf die Verhältnisse des SMK – in jedem Fall ist es auch nach Ansicht des IMSF „die Feststellung eines Sachverhaltes", wenn gesagt wird, „daß in der BRD die Staatstheorie im Rahmen der SMK-Theorie bis heute noch eher unterbelichtet geblieben ist" (I/V).

Anders als die Kassandras des Marxismus sieht das IMSF die Lage jedoch durchaus optimistisch. Es bestehe nach wie vor „ein starkes Interesse an der materialistischen Staatstheorie", und „nachdem die Modewelle verebbt ist", sei „die Bahn für ernsthafte Diskussion und Forschung frei" (I/V). Als erstes umfangreiches Resultat solcher Forschungen liegen die beiden Bände des IMSF vor. Diskussionen hierzu – oder doch wenigstens zu wichtigen Teilen dieser Arbeit – hat es bereits gegeben.[1] Wir möchten uns hiermit an der Diskussion beteiligen.

II.

Was kann man angesichts der angedeuteten Situation legitimerweise von einem solchen Projekt erwarten? Legt man den beträchtlichen Umfang der Publikation und das aus den Vorworten ersichtliche Selbstverständnis der Herausgeber zugrunde, so werden alles in allem doch relativ hohe Erwartungen geweckt. Hinzu kommt, worauf auch die Herausgeber hinweisen (vgl. II/VII), daß sich aus der politischen Praxis Anforderungen an eine marxistische Staatstheorie ergeben. An beidem wird das Arbeitsergebnis der IMSF-Mitarbeiter vorrangig zu messen sein; darüberhinaus sind aber auch Gesichtspunkte und Fragestellung wenigstens kurz aufzugreifen, die in der oben genannten Diskussion angesprochen worden sind.

Zunächst zur Selbsteinschätzung. Das IMSF beansprucht nicht, eine „systematische Abhandlung zur Staatstheorie" vorzulegen; es gesteht freimütig „Lücken" zu, die aus den konkreten Umständen bei der Erstellung der Bände erklärt werden (vgl. I/V ff.). Die einzelnen Beiträge entstanden „im Rahmen und auf der Grundlage eines durch das IMSF ausgearbeiteten Konzeptes" sowie „im Kontakt und in der Diskussion" zwischen Redaktion und den Autoren. Obwohl die Bände sich aus Einzelbeiträgen zusammensetzen, wird dennoch beansprucht, „formal wie inhaltlich mehr als eine Summe von Einzelbeiträgen" vorzulegen (vgl. I/VII). Entsprechend wird auch zum Verhältnis beider Bände zueinander gesagt: „Beide Bände sind unter wesentlichen Gesichtspunkten als Einheit anzusehen"; der erste handle von der Theorie, der zweite „von den Fakten" (vgl. II/V, VI). Inhaltlich ist es „ein Anliegen" der „Studie als Ganzes, dem wissenschaftlich und politisch Interessierten eine realistische und konkrete Sichtweise auf den Staat der BRD, seine Rolle, Funktionen, Grundlagen, Widersprüche, seine Macht und seine Ohnmacht zu vermitteln" (II/VII).

Zwei Fragen stehen nach Ansicht des IMSF im Mittelpunkt des gegenwärtigen staatstheoretischen Interesses:

1 Vgl. Achim Bühl, Materialistische Staats- und Überbautheorie heute – Diskussionsbericht, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5, 1982, S. 283 ff.

„– in welchen Strukturen und Inhalten realisiert sich das Verhältnis von Staat und Wirtschaft (Monopolen) und welche Tendenzen weist die relative Selbständigkeit des bürgerlichen Staates im SMK auf?
– welche Rolle spielt der Staat heute in den Klassenbeziehungen und für die Klassenherrschaft der Monopolbourgeoisie?" (I/V)

Kommen wir nun zu den Erwartungen, die sich aus politisch-praktischen Bedürfnissen an eine marxistische Staatsanalyse ergeben. Die Frage nach dem Staat „der Epoche sozialer Umgestaltung und Revolution" ist nach Ansicht des IMSF „eine weit in die Zukunft greifende Frage", für deren Beantwortung aber auch heute schon gewisse Voraussetzungen geschaffen werden müssen (vgl. I/V). Angesichts der tiefen ökonomischen Krise und zahlreicher gesellschaftlicher Konflikte scheint es kaum bestreitbar, daß die Beantwortung der Frage nach den Ursachen der relativ hohen Stabilität des politischen Herrschaftssystems eine der aktuell wichtigsten Aufgaben der marxistischen Wissenschaft ist. Hierzu wäre von seiten der Staatstheorie anzuknüpfen an die vom IMSF aufgeworfene Frage nach der Rolle des Staates in den Klassenbeziehungen heute.

III.

Inwieweit werden nun die beiden Bände diesen Erwartungen gerecht? Wir wenden uns zunächst der behaupteten konzeptuellen Einheit der einzelnen Beiträge zu und behandeln im nächsten Abschnitt einige u. E. zentrale inhaltliche Probleme der theoretischen wie empirischen Darstellung bzw. Analyse, wobei auch hier das Problem der Einheit eine gewisse Rolle spielen wird. In dem gegebenen Rahmen können wir auf einzelne Beiträge in der Regel nicht näher eingehen; dies ist insofern ungerecht, als die Bände eine Fülle von fruchtbaren Anregungen und informativen Materialien enthalten, die für jede zukünftige Diskussion in Einzelfragen wertvoll sind. Wir sind jedoch der Meinung, daß solche Beiträge auch in einer anderen Publikationsform wirksam geworden wären, wie dies in Einzelfällen ja wohl auch schon der Fall ist. Im Kontext der beiden vorliegenden Bände erhalten sie ihren Stellenwert jedoch wesentlich von der Gesamtkonzeption des Projektes her, und auf diese müssen wir uns hier beschränken.

Betrachtet man die Untertitel, so verspricht der erste Band „Staatsdiskussion und Staatstheorie", der zweite „empirische Analysen – Fakten". Die Trennung von Theorie und Empirie wird aber keineswegs besonders streng gehandhabt; so enthält Band I eine ganze Anzahl überwiegend empirischer oder deskriptiver Beiträge, während Band II nicht wenige und z. T. durchaus interessante und vor allem gegenüber Band I neue theoretische Reflexionen enthält (insbesondere in den jeweiligen Einleitungen zu den Hauptkapiteln). In terminologischer und begrifflicher Hinsicht herrscht eine Vielfalt, die zumindest kommunikative Mißverständnisse begünstigt, in einigen Fällen u. E. aber auch Ausdruck theoretischer Unklarheit ist. Das reicht von so harmlosen Verwechselungen von Bezeichnungen wie „sozialökonomisch" und „sozialpolitisch" für eine wesentliche Staatsfunktion über die vielfältigen Bezeichnungen für die herrschende Klasse im SMK und die ihr „aggregierten Gruppen" bis hin zu den „Staatsapparaten" und ihren jeweiligen Abgrenzungskriterien. Auch stehen u. E. schwerpunktmäßig ökonomische und schwerpunktmäßig

politische Beiträge z. T. theoretisch und methodisch unvermittelt nebeneinander (so vor allem in dem für Band I zentralen Teil III). Hierauf kommen wir im folgenden zurück. Unser erstes Fazit: Hinsichtlich der formalen Einheit werden beide Bände, auch wenn keine „systematische Abhandlung" intendiert war, den von den Herausgebern selbst gesetzten Ansprüchen kaum gerecht.

IV.

Inhaltlich wollen wir drei Probleme behandeln. 1. Das Verhältnis von Ökonomie und Politik und die methodische Schlüsselfunktion der „Verflechtungsthese" in der Konzeption des IMSF; 2. der Staat im politischen Herrschaftssystem und das Problem der herrschenden Klasse im SMK; 3. theoretische und empirische Analyse der Staatsapparate.

1. „Unter dem Gesichtspunkt der Darstellung theoretischer und analytischer Fragen des Staates im SMK der BRD ist der Abschnitt III der Kernabschnitt des Bandes" (I/VI). In Abschnitt III heißt es einleitend, daß es sich bei den charakteristischen Merkmalen und Besonderheiten des heutigen SMK-Staates „zweifellos in erster Linie (um) jene Momente (handelt), die sich aus den dem SMK eigenen Beziehungen von Ökonomie und Politik ergeben" (I/226). Zurecht wird dann darauf hingewiesen, daß es unter staatstheoretischen Gesichtspunkten darauf ankommt, diese Besonderheiten nicht bloß deskriptiv zu erfassen, sondern sie vor allem mit den ihnen zugrundeliegenden „Bewegungsgesetzen des Staates" zu vermitteln. Hierzu wird ganz allgemein auf die philosophische Theorie des historischen Materialismus, insbesondere auf das „Basis-Überbau-Theorem" und spezieller auf die „marxistisch-leninistische Staatstheorie" zurückgegriffen (vgl. I/226ff.). Bei letzterer handelt es sich freilich nicht so sehr – und das empfinden wir durchaus als Mangel in der Gesamtanlage des Projektes – um die im I. Abschnitt von Band I dargelegte „Staatsauffassung bei den marxistischen Klassikern" als vielmehr um die „zeitgenössische marxistisch-leninistische Staats- und Rechtswissenschaft" (vgl. I/237). (Wenn diese gegenüber den „Klassikern" einen Fortschritt darstellt, so hätte der u. E. kurz dargestellt werden müssen!)

Methodisch folgt aus diesen Voraussetzungen jedenfalls, daß der gegenwärtige Staat aus den „Eigentums- und Klassenverhältnissen" des SMK „abgeleitet" werden muß (vgl. I/226). Unter dem Titel „kapitalistische Gesellschaftsformation und SMK-Staat" (vgl. I/231ff.) wird eine solche „Ableitung" versucht. Sie ist nach unserem Eindruck gescheitert, weil sie über die eigentliche Problemstellung nicht wirklich hinauskommt. Als „Quintessenz" des Ableitungspostulats hatte sich ergeben: „Der Typ der Aneignungs-, Ausbeutungs-, Eigentumsbeziehungen ist die die gesellschaftliche Totalität prägende Struktur. Ihm entspricht als politische Zusammenfassung der ökonomischen Gesellschaftsformation ein Staatstyp" (I/233). Auf der folgenden Seite ist dann vom Staat des SMK „im Sinne einer Konkretisierung des Staatstyps der kapitalistischen Gesellschaftsformation" (I/234) die Rede, ohne daß eine entsprechende Konkretisierung der „Aneignungs-, Ausbeutungs-, Eigentumsbeziehungen", d. h. eine Darstellung staatsmonopolistischer Produktionsverhältnisse als Basis des SMK-Staates erfolgt wäre.

Aus dem Zusammenhang kann vermutet werden, daß diese „Konkretisierung" aufgrund einer Darstellung von Tendenzen wie „Vergesellschaftung, Monopolisierung und Internationalisierung" erfolgen müßte, deren Resultat eine „gegenüber früher wesentlich engere Verflechtung" der „Macht von Monopolen und Staat" ist (vgl. I/234). Systematisch müßten also nun hier die wesentlichen Ergebnisse der Kritik der politischen Ökonomie des SMK zusammengefaßt und als deren „Entsprechung" die spezifischen Strukturen und Merkmale des SMK-Staates entwickelt werden; stattdessen werden aber bloß deskriptiv, d. h. theoretisch unvermittelt, als wesentlich behauptete Merkmale aufgezählt (vgl. I/235). Dabei bleiben die Systematik und der Stellenwert der einzelnen Merkmale notwendigerweise ebenso ungeklärt wie die Frage nach der Vollständigkeit der Aufzählung (uns fällt auf, daß an dieser Stelle sich keine Hinweise auf später wenigstens kurz erwähnte Tendenzen im Rechtssystem und im staatlichen Repressionsapparat (vgl. I/239f.) finden, die also offenbar nicht als wesentliche und spezifische Merkmale des SMK-Staates gelten). Immerhin läßt sich der hier ausgebreitete Merkmals-Katalog zumindest auch als Sammlung von wichtigen Problemkomplexen einer marxistischen Theorie des gegenwärtigen kapitalistischen Staates lesen.

Man hätte deshalb erwarten können, daß wenigstens die genannten Merkmale in den folgenden Kapiteln einigermaßen vollständig behandelt werden. Dies ist aber keineswegs der Fall; fast die Hälfte dieser an sich schon unvollständigen Merkmals-Liste wird zumindest in Band I nicht mehr oder doch nur völlig unzureichend aufgegriffen. (Wir nennen hier beispielhaft: „ideologische Funktion des Staates", „innere Staatsstruktur", „Korporatismus".)

Es erfolgt vielmehr eine weitgehende und theoretisch folgenreiche Verengung auf die mit der genannten „Verflechtungstendenz" verbundenen ökonomischen und sozialpolitischen Staatsfunktionen (vgl. III.2.2 „Antriebskräfte und Aktivitätsfelder" und III.3 „Aktuelle Tendenzen". Der Schlußabschnitt IV „Der BRD-Staat im Massenbewußtsein" enthält theoretische und empirische Beiträge, die nur ganz bescheidene Ausschnitte aus der Problematik „Staatsfixierungen im Massenbewußtsein" behandeln!).

Die Verengung der Fragestellung des ersten Bandes erscheint uns nicht kontingent, etwa aus den eingangs erwähnten arbeitstechnischen Gründen. Im Abschnitt III.2.1.3 „Zur Verflechtungsthese in der SMK-Theorie" wird die „Verflechtung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates" als Resultat des Vergesellschaftungsprozesses unter monopolkapitalistischen Bedingungen als ein von der ökonomischen Basis ausgehender, auf den gesamten „herrschenden Überbau" sich ausdehnender Vorgang angesehen. Als spezifisches Vermittlungsmoment werden dabei vor allem die monopolistisch dominierten Unternehmerverbände (aber auch andere Organisationen des „herrschenden nicht-staatlichen Überbaus" wie Parteien u. ä.) angesehen (vgl. I/258). „Die Verschmelzungsthese der SMK-Theorie bezieht sich also auf den Gesamtkomplex: Basisstrukturen des Monopols – herrschender Überbau (muß wohl heißen „herrschender nicht-staatlicher Überbau" – W. G./U. S.) – Staatsapparat bzw. Staat. Die Spange Monopole–Unternehmerverbände–Staat stellt dabei nur die Kernbeziehung dar, bei der der sozialökonomische Charakter der Machtverflechtung am deutlichsten an die empirische Oberfläche gekehrt ist" (I/258). Die „Verschmelzungsthese" – an anderer Stelle heißt es, daß die Verfasser den

Terminus „Verflechtung" bevorzugen (vgl. I/257) – erlangt damit für die theoretische Konzeption und die thematische Struktur von Band I eine Schlüsselfunktion; sie ist nach Ansicht des IMSF offenbar ökonomisch wie politik- und staatstheoretisch gleichermaßen grundlegend.

Die Problematik einer solchen Universalkategorie liegt u. E. darin, daß sie einerseits – und das ist sicher ihre positive Funktion – eine reale Tendenz widerspiegelt, andererseits aber die Spezifik der ihr vorausgesetzten Momente (Basis-Überbau, bzw. „Monopole–Unternehmerverbände–Staat") tendenziell verwischt. Es läßt sich leichter postulieren „der Primat der Basis ... wird durch die Verflechtungsthese nicht berührt" (I/261) als in der konkreten Analyse auch wirklich durchhalten: In der Darstellung der sozialökonomischen Sektoren der BRD-Wirtschaft wird der staatliche Sektor eindeutig und sicherlich richtig der ökonomischen Basis zugerechnet (vgl. I/398); in der empirischen Analyse erscheint er neben Staatshaushalt, Bundesbank, Gewerbeordnung und Arbeitsrecht als Bestandteil der „ökonomischen Apparate" des Staates (vgl. II/205ff.); hier werden nicht nur „Apparate" und „Funktionen", sondern auch Bestandteile von Basis und Überbau umstandslos aneinandergereiht.

2. Wir leugnen nicht die Bedeutung eines von der ökonomischen Basis ausgehenden Vergesellschaftungsprozesses und die daraus hervorgehende Verflechtung von ökonomischer und politischer Macht. Es ist ein besonderes Verdienst des IMSF-Ansatzes, die Institutionalisierung ökonomischer Macht und den Prozeß ihrer Transformation in politische als wesentliches Moment des Herrschaftssystems im SMK betont zu haben. Dies wird deutlich, wenn man den Verflechtungsansatz mit dem anderer linker Staatstheoretiker der BRD und Westberlins vergleicht.[2] Wir sind jedoch der Ansicht, daß durch die weitgehende Konzentration der dem SMK-Staat gewidmeten Teile des theoretischen Bandes auf ökonomische Staatsfunktionen, die u. E. der Schlüsselfunktion der „Verflechtungs"-These geschuldet ist, eine „realistische Sichtweise auf den Staat der BRD" als Ganzen, auf „seine Rolle, Funktion, Grundlage, Widersprüche, seine Macht und Ohnmacht" nicht vermittelt wird (vgl. den Anspruch von I/VII).

Wir bestreiten keineswegs, daß an vielen Stellen in beiden Bänden von repressiven, ideologischen und integrativen Apparaten, Prozessen, Strategien usw. die Rede ist, aber nirgendwo findet sich eine Analyse bzw. Darstellung dieser Momente mit dem Anspruch, strukturierend auf das Gesamtprojekt einzuwirken – die kurzen Ausführungen zum politischen Herrschaftssystem (vgl. I/250ff.) können und sollen dies wohl auch nicht leisten. Nach unserer Auffassung würde erst die Untersuchung und Darstellung des strukturellen und funktionellen Zusammenhangs von ökonomischen und repressiven, ideologischen und integrativen Momenten im gesellschaftlich-politischen Herrschaftssystem des SMK eine konkrete Beantwortung der Frage nach den Ursachen seiner relativen Stabilität möglich machen.

Wir sind uns darüber im klaren, daß eine solch umfassende Analyse weder beabsichtigt war noch im ersten Anlauf realistischerweise hätte geleistet werden können. Aber ein Ansatz – sagen wir es mit einer inzwischen etwas verrufenen Formulierung – „mittlerer Reichweite", der die gesamte Struktur des Herrschafts-

2 Vgl. ebd.

systems kategorial erfaßt und die Wechselbeziehungen zwischen ökonomischen und politischen Momenten wenigstens in den Umrissen skizziert, ist u. E. als Rahmen für die Staatsanalyse im engeren Sinne – im übrigen auch in historischer Dimension – unbedingt erforderlich. Unter der dominierenden Optik der „Verflechtungsthese" erscheinen diese Momente bisweilen als bloßes „Milieu", in dem sich eine einzige und wesentliche „Kernbeziehung" (Machtverflechtung) realisiert.

Zur Entwicklung der staatlichen Repressionsgewalt wie zu einzelnen ideologischen Apparaten, zum Prozeß und zur Strategie der „korporatistischen" Einbindung von Teilen der Arbeiterorganisationen usw. liegen inzwischen, nicht zuletzt auch von Seiten des IMSF (einschließlich des vorliegenden zweiten Bandes), zahlreiche empirische Analysen vor, so daß es an der Zeit erscheint, diesen Vorgängen auch von Seiten der SMK-Position die notwendige theoretische Anstrengung zu widmen. Wir greifen hier das Ideologieproblem nur beispielhaft heraus.

Es ist bekanntlich das besondere Verdienst von *Gramsci*, das Problem der ideologischen Hegemonie im Herrschaftssystem der bürgerlichen Gesellschaft in den Mittelpunkt seines theoretischen Interesses gerückt zu haben. Aufgrund der historischen Umstände seines Wirkens hat er eine systematische Behandlung dieses Problems nicht leisten können. Immerhin umfaßt aber sein Werk nicht nur eine Fülle aphoristischer Reflexionen mit durchaus systematischer Absicht, sondern auch umfangreichere Analysen konkret-historischer Situationen – hierin ist sein Werk dem „literarischen Nachlaß" der anderen marxistischen Klassiker wenigstens im Prinzip vergleichbar. Es genügt daher keineswegs, *Gramsci* einigermaßen wohlwollend auf die Schulter zu klopfen, ihn gegen „seminarmarxistische", „quasi-marxistische", „revisionistische" usw. Adepten in Schutz zu nehmen (dies ist nach unserem Empfinden der Tenor der entsprechenden Kapitel in Band I, Abschnitt II) und ihn im übrigen – bis auf ganz wenige terminologische Reminiszenzen („Hegemonialvarianten" u. ä.) – wieder zu vergessen.

Wir haben den Eindruck, daß die Herausgeber diese von *Gramsci* besonders betonte Problematik offenbar wenigstens als Teilaspekt aufgreifen wollten. In der Ankündigung von Band II auf der nichtpaginierten drittletzten Seite von Band I war ein Abschnitt „Staat und Arbeiterbewegung. Gewalt und Konsens, Hegemonie und Klassenkampf" vorgesehen, daraus ist schließlich offenkundig nichts geworden. Ein unvermitteltes Nebeneinander von „Verflechtungsthese" und (vermutlich einseitigem) ideologietheoretischem Ansatz hätte freilich die konzeptionelle Einheit wohl vollends zerstört. Wie sehr es dem Gesamtprojekt jedoch an einer strukturierenden, wenigstens auf eine Systematik verweisenden Analyse/Darstellung des politischen Herrschaftssystems mangelt, wurde nochmals deutlich in der Diskussion von Vertretern des IMSF mit „Vertretern linker Gruppen und Arbeitszusammenhänge".[3] Aus Platzgründen können wir hier auf diese Diskussion nicht näher eingehen. Wir sind aber der Meinung, daß sich bestimmte abstrakte Antinomien dieser Debatte (z. B. Staat als „Herrschaftsinstrument" oder „Verdichtung von Kräfteverhältnissen", Vergesellschaftung als Basisprozeß oder „Vergesellschaftung von oben", „Korporatismus" oder „staatsmonopolistische Verflechtung") in einer konkreteren Analyse des Systems der politischen Klassenherrschaft hätten auflösen lassen. Die Frage

3 Vgl. ebd.

nach dem „Instrument"-Charakter des Staates, die sich zuweilen in semantische Dimensionen verstieg, wäre einer Klärung wesentlich näher gekommen, wenn Begriffe wie „Herrschaft" (Gewalt und/oder Konsens) und „herrschende Klasse" in den bisherigen Arbeiten des IMSF und vor allem in dem nun hier vorliegenden Projekt theoretisch wirklich expliziert worden wären.

Allein die bloße Aufzählung der Fülle von unterschiedlichen Bezeichnungen für die herrschende Klasse im SMK würde hier fast eine halbe Seite kosten. Solche Vielfalt trägt nicht zur Klarheit bei. Es handelt sich hierbei aber nicht nur um eine terminologische Frage. Dahinter verbirgt sich die theoretisch ernste Frage nach dem politischen Verhältnis der verschiedenen Kategorien der heutigen Bourgeoisie zueinander wie zu den übrigen Schichten und Klassen der Gesellschaft. Angesichts der enormen Bedeutung dieses Problems ist eine u. E. typische Formulierung wie „die herrschende Klasse – dieser Begriff bezieht sich heute in einem engeren Sinne nur auf das Monopolkapital und die ihm aggregierten Gruppen, umfaßt in einem weiteren Sinne jedoch nach wie vor die Bourgeoisie ... als ganze" (I/258) dann eher verwirrend, wenn man die Kriterien des „engeren" oder „weiteren" Sinnes nicht expliziert.

An anderer Stelle (I/270) wird der „interessierte Leser" auf die Studien des IMSF zur Klassen- und Sozialstruktur der BRD verwiesen.[4] Dort aber heißt es – wenigstens in der uns vorliegenden allerersten Auflage von 1972! –, es wäre „unzutreffend, von der Bourgeoisie als Ganzes als der im heutigen Kapitalismus herrschenden Klasse zu sprechen" (S. 110); die für den Monopolkapitalismus wesentliche Gliederung der Bourgeoisie sei „die zwischen monopolistischer und nichtmonopolistischer Bourgeoisie. An die Stelle der herrschenden Klasse tritt eine herrschende Schicht dieser Klasse, oder noch exakter: eine herrschende Gruppe" (S. 112). Hierbei handelt es sich zunächst um die „Finanzoligarchie" als „Spitze" der Monopolbourgeoisie (vgl. S. 114), die ihrerseits wieder mit der ihr aggregierten „politischen Elite" zur „staatsmonopolistischen Oligarchie" zusammenwächst („amalgamiert") (vgl. S. 115). *André Leisewitz* dagegen schreibt völlig unzweideutig von der Bourgeoisie als der „herrschende(n) Klasse der BRD", und erst von dieser Grundposition entwickelt er u. E. zu Recht die innere ökonomische und politische Differenzierung der Bourgeoisie.[5]

Eine Betrachtung der herrschenden Klasse unter dem vorrangigen Aspekt der „Verflechtung" läuft Gefahr, ökonomische und politische Herrschaft voreilig zu identifizieren und an der Stelle der Lösung eines Problems (nämlich der Beziehung von beiden) eine Tautologie zu formulieren. Unserer Ansicht nach käme es darauf an, die innere Struktur der Bourgeoisie als herrschender Klasse auf der Basis ihrer ökonomischen Konkurrenz- wie Machtbeziehungen darzulegen und von hier aus ihre Stellung im System der politischen Herrschaft, zu den einzelnen Staatsapparaten, den territorial-politischen Organisationsformen des Staates usw. zu untersuchen. Erst von dieser Konkretisierungsstufe aus ließen sich die politischen Dominanzstrukturen auch in ihrem historisch konkreten Wandel (etwa als „Hegemonialvarianten") und in ihrer Widersprüchlichkeit nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch-ideologisch begreifen. Erst eine solche Betrachtungsweise könnte einer

4 IMSF, Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950–1970, Teil I, Frankfurt/M. 1972.

5 Vgl. André Leisewitz, Klassen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M. 1977, S. 130ff.

„instrumentalistischen" Fehlinterpretation des Staatsverständnisses der SMK-Position unmißverständlich entgegentreten.

3. Auch bei der Betrachtung der empirischen Analyse des Staatsapparates der BRD im Band II wird unser Einwand gegen die behauptete inhaltliche Einheit der Arbeit nochmals deutlich. Im Vorwort zu Band II heißt es: „Hinsichtlich der theoretischen Grundlagen und Aussagen fußt die empirische Analyse durchgehend auf den Darlegungen des ersten Bandes und zwar auch dort, wo die Bezüge nicht unmittelbar und direkt hergestellt sind" (II/VI). Auf derselben Seite wird Teil II („Der Staatsapparat der BRD") als „Kernstück der empirischen Studie" bezeichnet. Bekräftigt wird dies durch die Aussage: „Der wesentliche Ansatz des vorliegenden (zweiten – W. G./U. S.) Bandes ist die Analyse des Staates in seiner Erscheinung als materialisiertes ideologisches Verhältnis, als Staatsapparat" (II/V).

Im Band I wird in einer – im übrigen äußerst kritischen – Auseinandersetzung mit *Althussers* Konzeption „ideologischer Staatsapparate" und deren Weiterentwicklung in der BRD durch *Hirsch* u. a. die Anwendungsmöglichkeit der bislang vorliegenden Staatsapparate-Konzeption in empirischen Untersuchungen davon abhängig gemacht, daß sie „modifiziert, ausdifferenziert und mit anderen Untersuchungsmethoden so kombiniert würde, daß ein kohärentes, logisch stringentes und in sich konsistentes Analyseverfahren entstünde" (I/140). Ziel einer empirischen Analyse müsse es sein, zunächst „Gewichtsverlagerungen zwischen den einzelnen Apparaten festzustellen und vor dem Hintergrund der Krise des Kapitals und seines Staates zu erklären"; schließlich müsse eine Prozeßanalyse folgen, „die Aufschluß über historische Entwicklungstendenzen der imperialistischen Staatsorganisation einerseits und sektorale Umstrukturierungen des Herrschaftssystems andererseits gibt" (I/141).

Aus alledem ergibt sich für uns der Schluß, daß die vorliegende Arbeit eine gründliche (auf das phrasenhafte „kohärent", „logisch stringent" und (!) „in sich konsistent" verzichten wir gerne!) Darlegung des Ansatzes „Staat als materialisiertes ideologisches Verhältnis, als Staatsapparat" enthalten müßte. Das ist u. E. aber keineswegs der Fall. Band I enthält außer den oben zitierten Ansprüchen nur wenige und zudem sehr verstreute Äußerungen. So etwa im Zusammenhang mit dem Basis-Überbau-Theorem. Danach entstehen ganz allgemein Überbauinstitutionen „in der Materialisierung ideologischer Verhältnisse" (I/228). An anderer Stelle heißt es spezieller zur Entstehung von Staatsapparaten, sie seien „die materialisierte Form" der Reaktion der herrschenden Klasse auf die gesellschaftlichen Verhältnisse (vgl. I/404). Schließlich findet sich ein noch etwas konkreterer Hinweis, wonach Staatsapparate durch „Ausdifferenzierung aus dem Reproduktionsprozeß", seiner „Krisen, Bedürfnisse und Widersprüche" entstehen; hier sei auch die „Metapher von der Verdoppelung unmittelbar zutreffend", insofern dabei nichtstaatliche und staatliche Institutionen entstehen (vgl. I/249), deren Verschmelzung zu „staatsmonopolistischen Apparaten" die weitere Folge ist. Dem Staatsapparat ausdrücklich gewidmet ist das Kapitel „Bürokratie und Selbstverwaltung im staatsmonopolistischen Herrschaftsmechanismus". Dort werden aber lediglich – und zwar auf durchaus traditionelle Weise – die formale, d. h. staatsrechtliche Struktur der BRD beschrieben und einige Entwicklungstendenzen (Zentralisierung, Bürokratisierung etc.) skizziert. Soweit der staatstheoretische Band I zum „wesentlichen Ansatz" des empirischen Bandes II.

In Band II selbst werden wenigstens einige theoretische Grundzüge nachgeliefert. Dort ist zwar auch von „materialisierten ideologischen Verhältnissen" (II/6, 76) die Rede, dieser Vorgang wird aber präziser und konkreter mit den Staatsfunktionen in Verbindung gebracht: „Die Staatsapparate sind Institutionalisierungsformen der spezifischen Staatsfunktionen" (II/10). Es folgt dann immerhin eine knappe Skizze von Staatsfunktionen (vgl. II/11ff.). Dennoch kann u. E. von einem theoretisch begründeten Ansatz für den „wesentlichen Inhalt" kaum gesprochen werden. So ist es auch nicht weiter erstaunlich, daß bei den Bearbeitern der einzelnen Kapitel von Band II offensichtlich unterschiedliche Ansichten darüber bestanden, wie die Staatsapparate untereinander und gegenüber anderen Überbauinstitutionen abzugrenzen sind. Der Anspruch jedenfalls, „unter Kenntnis der Untersuchungsmaxime (Trennung von staatlich-politischer und sozialökonomischer Herrschaft des Kapitals — W. G./U. S.) sich auf die „Staatsapparate im engeren Sinn" (vgl. II/10) zu konzentrieren, wird nicht realisiert. Dies ist insofern von einiger Bedeutung, als davor gewarnt wird, die „Geltungszone" des Staatsapparate-Konzepts „auf faktisch alle Herrschaftsbereiche und -mechanismen – von der innerfamiliären Sozialisation über die Schule, die Kirche, den kapitalistischen Betrieb . . . bis zu den Massenmedien und der Armee auszudehnen", weil dies „notwendigerweise zu politischen Fehlorientierungen führen muß" (II/10). In der vorliegenden Arbeit werden dann aber doch bis auf die innerfamiliäre Sozialisation alle angesprochenen Bereiche zumindest teilweise behandelt – davon „Schule" und „Armee" sicherlich zu Recht.

Hinzu kommt, wie oben angedeutet, daß die präzise Abgrenzung der Staatsapparate untereinander wie die Trennung der staatlichen von den nicht-staatlichen Komponenten der staatsmonopolistischen Apparate (insbesondere der ideologischen) beim Fehlen eines – wie es oben allerdings gefordert worden war – „ausdifferenzierten" Konzepts in der empirischen Arbeit zu Unklarheiten und Widersprüchen führen mußte. (Vgl. etwa die Differenzen zwischen der Struktur der Staatsapparate in Teil II und bei der Untersuchung der Staatsbeschäftigten in Teil III.)

Trotz umfangreicher und z. T. wertvoller Datensammlungen über den Staatsapparat der BRD – was wir hier ausdrücklich anerkennen wollen – vermag die empirische Analyse insgesamt deshalb nicht zu überzeugen, weil sie dem hohen, aber selbst gesetzten Anspruch, „Gewichtsverlagerungen zwischen den einzelnen Apparaten festzustellen und vor dem Hintergrund der Krise des Kapitals und seines Staates zu erklären" und schließlich gar in einer „Prozeßanalyse" „Aufschluß über historische Entwicklungstendenzen der imperialistischen Staatsorganisation einerseits und sektorale Umstrukturierungen des Herrschaftssystems andererseits" zu geben, wohl auch nach Ansicht der Autoren kaum gerecht zu werden vermag.

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 6/1983

Zur Diskussion um theoretische Fragen der politischen Ökonomie der Mietwohnung

Eine Wortmeldung zum Aufsatz von W. Schwarz in Marxistische Studien 4, 1981

Eva Haake/Matthias Lux

I. Einleitung – II. Der Handelsprofit bei der Wohnungsvermietung – III. Die Wertveränderung durch Abnutzung, Instandhaltung und Modernisierung – IV. Die Kapitalregulierung durch den Produktionspreis für Wohnungskapitale unterschiedlicher Größe – V. Der Einfluß des Bankkapitals auf die Kapitalrentabilität – VI. Die Bedeutung der Grundrente für die Miethöhe – VII. Die Mietwohnung: Leihkapital in Warenform? – VIII. Die ökonomischen Bestandteile des Produktionspreises in den Mietzahlungen

I. Einleitung

Der in der marxistischen Diskussion oft angewandte theoretische Erklärungsansatz, die Mietwohnung von ihrem ökonomischen Inhalt her mit dem Leihkapital im Marxschen Sinne gleichzusetzen, entwickelt die Gesetzmäßigkeiten der Kapitalverwertung von dem begrenzten Standpunkt einer *einzelnen* Wohnung her. Dieser Ansatz wird auch von *W. Schwarz* in seinem Jahrbuchbeitrag „Zur politischen Ökonomie der Mietwohnung“[1] verwendet. Er leistet keine ausreichend differenzierte Analyse der verschiedenen an der Wohnungsverwertung beteiligten Kapitale. Ansatzpunkte zur Überwindung dieser Defizite kann folgende Betrachtung der Kapitalverwertungsbedingungen eines *durchkapitalisierten* Wohnungssektors bieten.

Ein durchkapitalisierter Wohnungssektor als Modell ist erforderlich, um die Irrtümer zu vermeiden, die aus der Sicht der Vermietung einer Einzelwohnung oder eines Einzelhauses entspringen. Dabei sind wir uns bewußt, daß in unserem Land die meisten Mietwohnungen nicht unter solchen Bedingungen verwertet werden, sondern daß es empirisch eine sehr differenzierte Eigentümerstruktur gibt.

II. Der Handelsprofit bei der Wohnungsvermietung

Das Wohnungskapital agiert im Unterschied zum industriellen Baukapital nicht in der materiellen Produktion, sondern in der Zirkulationssphäre. Es verwertet die

1 W. Schwarz, Zur Politischen Ökonomie der Mietwohnung, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 4, Frankfurt/Main 1981, S. 243/244.

bereits vom industriellen Baukapitalisten erstellten Wohnungen, indem es dem Baukapital den industriellen Produktionspreis zahlt und anschließend die Wohnung verkauft bzw. vermietet. Durch den stückweise stattfindenden Verkauf des Gebrauchswerts der Wohnung (Vermietung) wird erst ihr Wert (im folgenden: Produktionspreis) realisiert. Bei der Mietwohnung erhält das Wohnungskapital erst am Ende der Nutzungsdauer den Produktionspreis. Die Differenz zwischen dem Produktionspreis und dem industriellem Produktionspreis bildet den spezifischen Hausprofit, der seinem ökonomischen Inhalt nach Handelsprofit ist.

Der Hausprofit realisiert sich bei der Mietwohnung „aus der Verzinsung des nach und nach fällig gewordenen Kapitals und Profits"[2] über die monatliche Miete. Bei Ende der Nutzungsdauer der Mietwohnung hat das Wohnungskapital den Produktionspreis im Gesamtmietbetrag der Wohnung erzielt.

Um den Formwechsel von Waren- in Geldkapital zu vollziehen, muß das Wohnungskapital Arbeit und Material aufwenden. Diese Aufwendungen sind Zirkulationskosten, wie sie auch beim Vertrieb anderer Waren auftreten. Sie müssen aus dem Mehrwert, der in der Produktion geschaffen wurde, bezahlt werden. Aus der Sicht des Wohnungskapitals stellen sie einen Abzug von seinem Profit dar. Zirkulationskosten treten bei der Vermietung von Wohnungen zum einen als Verwaltungs- und Betriebskosten und zum anderen als Aufwendungen für die Einstellung von Beschäftigten für den Handel und die Werbung auf. Letztere entstehen nur auf Grund der spezifischen kapitalistischen Wohnungsverwertung. Die Verwaltungs- und Betriebskosten sind dagegen prinzipiell notwendig, um die Wohnung nutzen zu können, wenn auch bei vielen Mietabrechnungen einzelne Posten zu hoch veranschlagt werden und Gewinne für den Vermieter beinhalten.

Das Warenkapital Mietwohnung benötigt einen relativ langen Zeitraum, bis der endgültige Produktionspreis realisiert ist. Es hat eine hohe Kapitalumschlagsdauer, vergleichbar derjenigen eines dauerhaften fixen Kapitals. Deutlich wird das, wenn man den Wohnungsbestand einer großen Wohnungsbaugesellschaft betrachtet. Wir gehen davon aus, daß sich ein solcher Wohnungsbestand ähnlich dem Maschinenpark eines industriellen Kapitalisten verwertet.[3] Mit dieser Einordnung der Mietwohnung als dauerhaftes fixes Kapital ist es möglich, die konkreten Verwertungsbedingungen beim allmählichen Kapitalumschlag zu analysieren. Wie bei dem industriellen fixen Kapital stellt sich auch bei der Mietwohnung das Problem des moralischen und physischen Verschleißes.

Zunächst zum moralischen Verschleiß: Aus der ständigen Erhöhung der Produktivität im Bausektor folgt eine tendenzielle Entwertung des vorhandenen Mietwohnungsbestandes. Diese Entwertung des fixen Kapitals durch die Produktivitätsentwicklung, die es ermöglicht, die gleichen Gebrauchswerte mit weniger Arbeit zu

2 F. Engels, Zur Wohnungsfrage, in: MEW 18, S. 270.

3 Auch H. Brede/B. Kohaupt/H.-J. Kujath ordnen die Verwertung der Mietwohnung an einer Stelle als fixes Kapital ein, obwohl sie ansonsten von der Kennzeichnung der Mietwohnung als Leihkapital ausgehen. „Denn die Eigentümlichkeit dieses Kapitals, insbesondere soweit es durch die alten Miethäuser verkörpert ist, nämlich wie fixes Kapital allmählich umzuschlagen, macht diesen Teilmarkt gegenüber staatlichen Eingriffen wenig reaktionsfähig." Vgl. H. Brede/B. Kohaupt/H.-J. Kujath, Ökonomische und politische Determinanten der Wohnungsversorgung, Frankfurt/Main 1975, S. 58.

produzieren, bezeichnet *K. Marx* als moralischen Verschleiß.[4] Die Produktivitätsentwicklung im Wohnungsbau ist allerdings langsamer als in den anderen Produktionszweigen.[5] Aus diesem Grunde ist die besondere Wertschöpfung beim Wohnungsbau, trotz der tendenziellen Entwertung im Laufe der Nutzungsdauer, relativ höher als im Durchschnitt der kapitalistischen Industrie.[6]

III. Die Wertveränderung durch Abnutzung, Instandhaltung und Modernisierung

Unter physischem Verschleiß ist die normale Abnutzung der Wohnung durch ihren Gebrauch zu verstehen. Das „nach und nach fällig gewordene Kapital"[7] oder der Rückfluß des industriellen Produktionspreises von Waren- in Geldform stellt für das Wohnungskapital den realen Wertverlust seiner Wohnung dar. Es erhält ihn über die Mietzahlung in Form der Abschreibung vom Mieter zurück. Die Abschreibung von Wohnungen orientiert sich an den aktuellen Wiederbeschaffungswerten, bezogen auf den Anteil des noch nicht verschlissenen Warenkapitals Wohnung, und nicht bezogen auf den industriellen Produktionspreis der Wohnung zum Zeitpunkt ihrer Erstellung. Da – unter inflationären Bedingungen – die Neubaukosten steigen, ist die Entwicklung der Baukosten ein Faktor, der das langfristige Ansteigen des Mietpreisniveaus bewirkt.

Um den Produktionspreis seines Wohnungsbestandes realisieren zu können, muß das Wohnungsbaukapital ständig zusätzliches Kapital aufwenden. Es muß Instandhaltungsmaßnahmen durchführen, um den vorzeitigen Verfall der Wohnungen zu verhindern. Sie sind ihrem Charakter nach produktive Arbeit im Sinne der Schaffung von neuen Werten und Mehrwert, und sie stellen eine Verlängerung der produktiven Arbeit in die Zirkulationssphäre dar. Der Produktionspreis erhöht sich folglich mit jeder Instandhaltungsmaßnahme. Das dafür neu eingesetzte Kapital und der daraus erzielte Profit wird auf die Miete umgelegt. In den monatlichen Mietzahlungen sind die Instandhaltungskosten bereits als Pauschale enthalten. Diese Erhöhung des Produktionspreises führt auf dem Wohnungsmarkt zu der Erscheinung, daß für gut erhaltene Altbauwohnungen relativ hohe Mieten gezahlt werden müssen.

Auch bei der Modernisierung einer Wohnung handelt es sich, wie bei den Instandhaltungskosten, um zusätzliche Kosten, die den Produktionspreis erhöhen. Die Modernisierung wird meist durchgeführt, um die Verwertung des noch nicht realisierten Teils des eingesetzten Barkapitals zu verbessern. Bei Modernisierungen

4 K. Marx, Das Kapital, Band 3, MEW 25, S. 123.

5 Vgl. J. Janssen, Das Baugewerbe – ein rückständiger Wirtschaftszweig? in: W. Richter, Bauarbeit in der Bundesrepublik, Köln 1981, S. 27–61.

6 Der weiteren Forschung bleibt es vorbehalten, ob in der Fixierung des hohen Warenwerts an Ort und Stelle bzw. der Entziehung des in der Wohnung enthaltenen Mehrwerts vom Ausgleich der Profitraten (vergleichbar dem Mechanismus der absoluten Grundrente) die Ursache für die besonders große Differenz zwischen industriellem Produktionspreis und dem gesamten Produktionspreis (Wert) der Wohnung liegt; ob der gesamte Produktionspreis nicht nur eine Differentialrente, sondern auch eine absolute Grundrente enthält, die dem Vermieter zusätzlich zum Handelsprofit zufließt.

7 F. Engels, Zur Wohnungsfrage, a.a.O., S. 270.

von Wohnungen handelt es sich um eine Neuinvestition, welche nur durchgeführt wird, wenn das neueingesetzte Kapital zumindest den gesellschaftlichen Durchschnittsprofit erzielen kann.

Da sich die Abschreibungen von Altbauwohnungen – wie von Wohnungen überhaupt – nach dem aktuellen Wiederbeschaffungswert der Wohnung richten, werden beide, das neueingesetzte Baukapital und der Restwert, vom Zeitpunkt der neuen Wohnnutzung an zu den aktuellen, verbesserten Marktbedingungen realisiert. Die Modernisierungsinvestition ist um das vorhandene Restkapital der Altbauwohnung billiger als ein Neubau. So beginnt zugleich mit der neuen Wohnnutzung für das Wohnungsbaukapital ein neuer Kapitalumschlag. (Gesetzlich können die Modernisierungsinvestitionen mit jährlich 11 Prozent auf die Miete umgelegt werden, so daß sich dieses zusätzliche Wohnungskapital, vom Hausprofit abgesehen, bereits nach 9 Jahren amortisiert hat, während die tatsächliche Nutzungsdauer erheblich länger ist.)[8]

IV. Die Kapitalregulierung durch den Produktionspreis für Wohnungskapitale unterschiedlicher Größe

Wie wir eingangs feststellten, reguliert der Produktionspreis bzw. der Durchschnittsprofit auch die Kapitalverwertung im Wohnungssektor. Der Wohnungsmarkt in der Bundesrepublik ist einerseits gekennzeichnet durch große Wohnungsbaugesellschaften (wie zum Beispiel die „Neue Heimat") und andererseits durch einen relativ hohen Anteil an kleinen Miethauseigentümern. Wir wollen im folgenden darstellen, welche Bedeutung der Mechanismus des Produktionspreises bzw. des Durchschnittsprofits für Unternehmen mit unterschiedlicher Kapitalstruktur bzw. Größe hat.

a) Wir nehmen an, daß die Wohnungsbaugesellschaft 100 Wohnungen hat. Sie erstellte in den vergangenen 100 Jahren jeweils eine Wohnung. Für den industriellen Produktionspreis setzen wir durchschnittlich 150 000 DM/Wohnung an, für die Abschreibung 1 Prozent pro Jahr, d. h. 1500 DM/Wohnung und Jahr, für den jährlichen Handelsgewinn aus den Mieteinnahmen 2500 DM/Wohnung. Letzteren teilt sich die Wohnungsbaugesellschaft in der Regel mit den beteiligten Kreditinstituten. Wir gehen einfachheitshalber davon aus, daß die Wohnungen ausschließlich mit Eigenkapital finanziert worden sind (vgl. Tabelle 1), und abstrahieren von abnutzungsfremden Wertveränderungen während der Nutzungsdauer sowie von der Grundrente.

Aus der Modellrechnung geht hervor, daß das gesamte Warenkapital der Wohnungsgesellschaft in Form der 100 Wohnungen 7,5 Millionen DM (Spalte 2) beträgt, also nur die Hälfte des gesamten industriellen Produktionspreises der 100 Wohnungen. Zu jedem beliebigen Zeitpunkt ist bereits die Hälfte des in den 100 Wohnungen enthaltenen Warenkapitals realisiert. Dementsprechend kann die Wohnungsbauge-

8 Vgl. H. Kühnel, Altbauerneuerung und Wohnungsversorgung – Strategien zur Verbesserung der Wohnverhältnisse zu tragbaren Belastungen, Hannover 1980, S. 53–63.

sellschaft in jedem Jahr auch nur auf diese real vorhandenen 50 Prozent Warenkapital ihren Profit erzielen, der in unserem Beispiel 250 000 DM beträgt. Sie kann folglich in jedem Jahr, solange sich die zeitliche Verteilung ihres Wohnungsbestandes nicht verändert, gleichmäßig eine Profitrate von 3,3 Prozent erzielen.

Tabelle 1: Verwertungsmodell eines 100 Mietwohnungen umfassenden Wohnungsunternehmens

Alter der Wohnung Verwertungsstadium	vorhandenes Warenkapital	Jährlicher Gewinn/ Wohnung	Profitrate
1 Jahr	150 000 DM	2 500 DM	1,7 %
2 Jahre	148 500 DM	2 500 DM	1,7 %
3 Jahre	147 000 DM	2 500 DM	1,7 %
.	.	.	.
51 Jahre	75 000 DM	2 500 DM	3,3 %
.	.	.	.
99 Jahre	3 000 DM	2 500 DM	83,7 %
100 Jahre	1 500 DM	2 500 DM	166,7 %
Jahressumme:	7 500 000 DM	250 000 DM	
Durchschnittlicher Jahresprofit	7 500 000 DM :	250 000 DM =	3,3 %

Die Profitrate errechnet sich entweder aus der Summe der 100 Wohnungen mit ihren unterschiedlichen Profitraten, geteilt durch die Anzahl der Wohnungen, also durch 100, oder man kann die Profitrate der Wohnungsbaugesellschaft auch aus der Summe des wertmäßig und stofflich noch vorhandenen Warenkapitals in Form der 100 Wohnungen errechnen, bezogen auf den jährlichen Gesamtgewinn. In Zahlen heißt das: 7,5 Millionen DM zu 250 000 DM ergibt eine Profitrate von 3,3 Prozent, denn die Profitrate bezieht sich auf das gesamte vorhandene Kapital. Das konkrete Verwertungsstadium einer einzelnen Wohnung interessiert die Gesellschaft weniger, wenn gewährleistet ist, daß jede Wohnung über die gesamte Nutzungsdauer den Durchschnittsprofit erzielt. Anders stellt sich das bei einem kleinen Miethauseigentümer dar.

b) Wir nehmen an, der Miethauseigentümer besitzt eine Wohnung zu den gleichen Bedingungen wie oben mit einem industriellen Produktionspreis von 150 000 DM; die jährliche Abschreibung beträgt 1500 DM und der jährliche Gewinn 2500 DM. Für den Eigentümer tritt das Problem der anfänglichen Unterverwertung seines Kapitals auf (vgl. Tabelle 1). Im ersten Jahr erhält er für seine Wohnung nur eine Profitrate von 1,7 Prozent; erst ab dem 51. Jahr kann er die durchschnittliche Profitrate im Wohnungssektor, die die Wohnungsbaugesellschaft jedes Jahr erzielt, realisieren (Spalte 4).

Die Regulierung der Kapitalverwertung auf dem Wohnungsmarkt durch den Produktionspreis bzw. den Durchschnittsprofit führt dazu, daß Kapitale mit gerin-

gem Wohnungsbestand zu Investitionsbeginn einen wesentlich geringeren Verwertungsgrad als große Kapitale erreichen. Maßstab für die Kapitalverwertung auf dem Wohnungsmarkt ist aber der Durchschnittsprofit des Kapitals. Für große Wohnungsbaugesellschaften bringt die Kapitalregulierung über den Durchschnittsprofit nur dann besondere Probleme, wenn sie einen besonders hohen Wohnungsbestand aus bestimmten Jahren besitzen. So würde ein sehr hoher Anteil an Neubauwohnungen auch bei ihnen zu dem Problem der anfänglichen Unterverwertung des Kapitals führen, wie es bei dem Kleineigentümer die Regel ist.

V. Der Einfluß des Bankkapitals auf die Kapitalrentabilität

Der hohe Fremdkapitalanteil im Wohnungssektor führt zu einer starken Abhängigkeit von den Kapitalmarktentwicklungen.[9] Für das Wohnungsbaukapital bedeutet die Aufnahme von Fremdkapital Abzug von Profit. *F. Engels* schreibt dazu: „Der Zins des ausgeliehenen Geldkapitals ist nur ein Teil des Profits; der Profit, sei es des industriellen, sei es des Handelskapitals, ist nur ein Teil des, in Gestalt von unbezahlter Arbeit, der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse abgenommenen Mehrwerts."[10] Fremdkapitalaufnahme durch die Wohnungsbaugesellschaft führt zur Aneignung eines Teils der Mieteinnahmen durch das Kreditinstitut. Letzteres eignet sich einen Teil des spezifischen Hausprofits im Mietwohnungssektor in Form des Kapitalzinses an.

Die Auswirkungen dieser Aufteilung des Profits in Handelsprofit und Kapitalzins aus der Sicht des kleinen Miethauseigentümers beschreiben *Brede/Kohaupt/Kujath*: „Dennoch handelt es sich hier um zwei selbständige Kapitalkreisläufe, die zwar ineinander verflochten sind, aber nicht durcheinandergeworfen werden dürfen: zum einen um das Ausleihen von Warenkapital, also das Geschäft zwischen Vermieter und Mieter, zum anderen um das Ausleihen von Geldkapital, also das Geschäft zwischen Geldgeber (Bank usw.) und Hauseigentümer. Am Charakter des ersten Geschäfts ändert sich nichts, wenn das zweite entfällt, der Bauherr also ausschließlich mit eigenem Kapital baut. Im Falle der Aufnahme von fremdem Kapital erfüllt die Kapitalanlage nur dann ihren Zweck, wenn der Hauseigentümer bei der Vermietung seines Hauses einen höheren Zins realisiert als den, den er selbst an das Kreditinstitut abzuführen hat."[11]

Zu Beginn der Vermietung einer Wohnung gehen die in ihrem eigenen Produktionspreis enthaltenen – nach und nach jährlich realisierten – Profitanteile zum größten Teil an die Kreditinstitute. Erst mit der Tilgung des Fremdkapitals durch den Hauseigentümer gerät letzterer in die Lage, sich die gesamten, im noch nicht realisierten Anteil des Produktionspreises enthaltenen Profitanteile anzueignen. Für den Eigentümer einer einzelnen Mietwohnung ist diese zusätzliche Verschärfung der inneren Verwertungsstruktur von großer Bedeutung. Er gerät so in die Schere zwischen Durchschnittsprofit und Kapitalzins; denn zu Beginn der Vermietung muß

9 W. Schwarz, Der Mietwohnungsbau seit 1945, in: J. Brech, Wohnen zur Miete, Weinheim und Basel, 1981, S. 44–66.

10 F. Engels, Zur Wohnungsfrage, a.a.O., S. 228.

11 H. Brede/B. Kohaupt/H.-J. Kujath, Ökonomische und . . ., a.a.O., S.33/34.

er auf die Erzielung des Durchschnittsprofits verzichten. Das Leihkapital verschärft für ihn diese anfängliche Unterverwertung noch. Der kleine Hauseigentümer kann erst in einer für ihn relativ unsicheren Zukunft seinen Profit realisieren.

Die zwei Kapitalkreisläufe veranschaulichen, aus der Sicht des kleinen Miethauseigentümers, die Auswirkungen der Aneignung eines Teils des Handelsprofits in Form des Kapitalzinses durch die Kreditinstitute auf die innere Verwertungsstruktur der Mietwohnung. Sie beschreiben allerdings nur die Erscheinung der Unter- und Überverwertung eines einzelnen Warenkapitals Mietwohnung. Sie erklären nicht die ökonomische Ursache für diese Erscheinung.

Die Erklärung liegt in der Kapitalregulierung durch den Durchschnittsprofit, wobei der Maßstab ein durchkapitalisierter Wohnungssektor ist. Die Folge der Kapitalregulierung über den Durchschnittsprofit ist eine anfängliche Kapitalunterverwertung für den kleinen Miethauseigentümer, während große Wohnungsbaugesellschaften und Kreditinstitute davon, wenn überhaupt, nur in geringem Maße betroffen sind. Die Anfangs-Unterverwertung ist daher kein Fall, der sich nur aus den Finanzierungsbedingungen – der Schere zwischen Mieteinnahmen und Bankzins – ergibt. Vielmehr führt die Finanzierungsform dann zu Unterverwertung – oder gar negativer Verwertung – wenn die Wohnungsvermietung nicht vollständig kapitalisiert betrieben wird, wie beim Kleineigentümer. Somit ist die Anfangs-Unterverwertung kein Beleg für eine angebliche Zinskapital-Eigenschaft der Mietwohnung (vgl. VII). Im Gegenteil. Eine genauere Analyse bestätigt die Auffassung von *Friedrich Engels*, daß die Mietwohnung prinzipiell der Wertrealisierung von industriellem Warenkapital gleichzusetzen ist.

VI. Die Bedeutung der Grundrente für die Miethöhe

Im bisherigen Teil haben wir aufgezeigt, daß die Miethöhe vom Produktionspreis der Wohnung abhängt, welcher durch die Entwicklung der Produktivität im Wohnungssektor und in den anderen Produktionszweigen bestimmt wird. Für gleichwertige Wohnungen bei voll durchkapitalisiertem Wohnungssektor müßte demnach der Produktionspreis bzw. die Miete gleich sein. Die Marxsche Theorie der Grundrente, insbesondere der Differentialrente, erklärt, warum für Wohnungen mit demselben Gebrauchswert ihres baulichen Zustands in verschiedenen Lagen unterschiedlich hohe Mieten gezahlt werden müssen.

Die Grundeigentümer verlangen für die Überlassung des Bodens an kapitalistische Nutzer ein Entgelt. Dieses ist allerdings nicht Ausdruck des Wertes des Bodens, da der Boden nicht Ergebnis menschlicher Arbeit ist. Es ist vielmehr Teil des gesellschaftlichen Mehrwertes. Der Grundeigentümer eignet sich diesen Teil aufgrund seines Rechtstitels, Eigentümer an Grund und Boden zu sein, an.[12] Dieser Teil kann vom Bodeneigentümer entweder in Form der regelmäßigen Pacht oder in Form des einmaligen Bodenpreises realisiert werden, wobei der Bodenpreis die kapitalisierte Form der Grundrente ist.[13] Die außerdem im Bodenpreis oftmals enthaltenen Anteile für die Kanalisation beispielsweise fallen nicht unter die Kategorie Grund-

12 K. Marx, Das Kapital, Band 3, a.a.O., S. 647.
13 Ebd., S. 661.

rente, sondern sind im Boden investiertes Kapital.[14] Dieser Profit soll hier im weiteren nicht behandelt werden.

Grundrente ist als Teil des gesellschaftlichen Mehrwerts Extraprofit, der, bedingt durch spezifische Vorteile des Bodens, über den durchschnittlichen Kapitalprofit hinausgeht. Prinzipiell möglich wird solcher Extraprofit durch die natürliche Knappheit von Boden überhaupt, im einzelnen ist er abhängig von der Lage des Grundstücks und der Intensität der Kapitalinvestitionen.[15]

Die Höhe der Grundrente richtet sich nach den zu erwartenden Profiten, die durch die Nutzung des Bodens erzielt werden können. Entsprechend richtet der Bodeneigentümer die Höhe seiner Forderungen nach der maximal möglichen Nutzung seines Grundstücks. Steigen die Nutzungsmöglichkeiten, verlangt er höhere Entgelte. Bei der Nutzung des Bodens zum Wohnen gibt der Wohnungseigentümer diese Erhöhung an die Mieter weiter. Lassen sich die Grundrentenforderungen nicht mehr über die Mieten realisieren, da die Zahlungsfähigkeit der Mieter begrenzt ist, findet eine Umnutzung des Grundstücks statt, d. h. es werden neue Kapitalinvestitionen vorgenommen, die eine für das entsprechende Grundstück optimale Gewinnerzielung erlauben.[16] Bis zu dem Zeitpunkt der tatsächlichen Umnutzung kommt es in solchen Gebieten dann zu den bekannten Erscheinungen wie unterlassene Instandhaltung, Überbelegung usw. Eine folgende Sanierung führt in der Regel zur Verdrängung der Wohnnutzung oder zur Modernisierung, die fast immer mit höheren Mieten verbunden ist.

Die empirische Feststellung des Anteils der Grundrente an den Mieten ist äußerst schwierig. Die Grundrentenanteile sind vom Profit für das eingesetzte Kapital kaum zu trennen.[17]

VII. Die Mietwohnung: Leihkapital in Warenform?

Wir greifen an dieser Stelle den Ansatz auf, der die Mietwohnung als Leihkapital im Marxschen Sinne kennzeichnet. Dieser Ansatz wurde zunächst von *Brede/Kohaupt/Kujath* 1975 entwickelt und dann von fast allen Autoren übernommen, die sich mit dem Problem der Kapitalverwertung im Wohnungsbau befassen.[18] Da sich

14 Vgl. H. Fassbinder, Preisbildung, Monopol und Spekulation beim städtischen Boden, in: Lokale Politikforschung, Bd. 1, Hrsg.: R.-R. Grauhan, Frankfurt/Main, New York, S. 180.

15 Vgl. die Bestimmung der Differentialrente I und II bei K. Marx, Das Kapital, Band 3, a.a.O., S. 662–746.

16 Vgl. H. Brede/B. Dieterich/B. Kohaupt, Politische Ökonomie des Bodens und der Wohnungsfrage, Frankfurt/Main 1976, S. 70.

17 Vgl. die unterschiedlichen Ansätze von H. Brede/B. Dieterich/B. Kohaupt, Politische Ökonomie . . ., a.a.O., K. J. Reinig, Fallstudie zur Grundrentenentwicklung bei der Umwandlung von Ackerland in Bauland. Dargestellt am Beispiel der Vorstadtsiedlung Neuwiedenthal-Nord, Diplomarbeit, Hochschule für bildende Künste, 1976 und Behnke/Evers/Möller, Grundrente und Bodenspekulation. Fallstudien zum städtischen Veränderungsprozeß in Hamburg 1948–1975, Reihe „Analysen zum Bauen und Planen", Bd. 7, Berlin (W.) 1976.

18 Vgl. H. Brede/B. Kohaupt/H.-J. Kujath, Ökonomische . . ., a.a.O., S. 24/25 und S. 33/34; W. Kainrath/R. Kohoutek, Wohnungsmarkt II: Ansätze zu einer polit-ökonomischen Theorie der Wohnungswirtschaft, Wien 1976, S. 13–18; J. Brech, Wohnungsbau und Wohnungsvermietung als Kapitalverwertung, in: Wohnen zur Miete, Hrsg. J. Brech, Weinheim und Basel 1981, S. 32–35.

dieser Ansatz von dem unsrigen unterscheidet, wollen wir uns mit den dort vertretenen Positionen auseinandersetzen. Auch *W. Schwarz* übernimmt die Kategorie des Leihkapitals. Bei ihm wird sie lediglich als Erklärung für die Erscheinung des Vermietens benutzt und nicht zur Analyse ökonomischer Prozesse verwendet. Daher ist diese Kategorie bei *W. Schwarz* überflüssig.[19]

Bei allen diesen Autoren[20] tritt ein gemeinsames Problem auf: Sie bleiben bei der Erklärung des ökonomischen Inhalts der Mietwohnung auf der Ebene des einzelnen Warenkapitals Mietwohnung stehen und versuchen, aus dem isolierten Einzelkapital Mietwohnung allgemeine Gesetzesmäßigkeiten des kapitalistischen Mietwohnungssektors abzuleiten. Die praktische Konsequenz ist, daß genauere Analysen der Kapitalverwertung im Wohnungssektor unterbleiben, da die vorhandene auf den ersten Blick einleuchtend und ausreichend erscheint.

Aus der Tatsache, daß beim Vermieten kein Eigentumswechsel im *juristischen* Sinne stattfindet, ziehen einige Autoren den Schluß, daß die Wertrealisation der Mietwohnung vergleichbar sei der des Leihkapitals. Die „zwei Kapitalkreisläufe" werden hier als Erklärung für die Tatsache der Kapitalunterverwertung eines kleinen Miethauseigentümers herangezogen. Wir haben bereits nachgewiesen, daß diese Erklärung mit den „zwei Kapitalkreisläufen" nicht geleistet wird.

Brede u. a. schreiben: „Der Zins auf die Wohnung als Leihkapital folgt den zyklischen Bewegungen des Kapitalmarktes; er treibt periodisch die Mieten in die Höhe und läßt den Wohnungsbau ins Stocken geraten."[21] Hier wird die Miete als „Zins auf die Wohnung als Leihkapital" gekennzeichnet und mit dem Kapitalzins gleichgesetzt. Der Kapitalzins folgt in der Tat den zyklischen Bewegungen des Kapitalmarktes.[22] Tatsächlich ist diese Abhängigkeit für die Mietwohnungen aber nur insoweit vorhanden, wie sie mit Leihkapital finanziert worden sind. Für den Eigenkapitalanteil trifft dies nicht zu und somit auch nicht auf die Ware Mietwohnung als ökonomische Kategorie. Schon *F. Engels* wandte sich gegen die Auffassung, der Kapitalzins und die Miete seien von ihrem ökonomischen Inhalt her identisch.[23] Kapitalzins und Miete bestimmen sich nach unterschiedlichen ökonomischen Gesetzesmäßigkeiten.

Die Kennzeichnung der Mietwohnung als Leihkapital wird meist mit folgender Aussage von *K. Marx* zu belegen versucht: „Gewisse Waren können der Natur ihres Gebrauchswerts nach immer nur als fixes Kapital verliehen werden, wie Häuser, Schiffe, Maschinen usw. Aber alles verliehene Kapital, welches immer seine Form sei und wie die Rückzahlung durch die Natur seines Gebrauchswerts modifiziert sein mag, ist immer nur eine besondere Form des Geldkapitals. Denn was hier verliehen wird, ist immer eine bestimmte Geldsumme, und auf diese Summe wird denn auch der Zins berechnet. Ist das, was ausgeliehen wird, weder Geld noch zirkulierendes Kapital, so wird es auch zurückgezahlt in der Weise, wie fixes Kapital zurückfließt. Der Verleiher erhält periodisch Zins und einen Teil des verbrauchten Werts des fixen

19 W. Schwarz, Zur Politischen Ökonomie . . ., a.a.O., S. 243/244.
20 Auch bei R. Petzinger/M. Riege, Die neue Wohnungsnot, Hamburg 1981, S. 65–85.
21 H. Brede/B. Kohaupt/Kujath, H.-J., Ökonomische . . ., a.a.O., S. 50.
22 Vgl. K. Marx, Das Kapital, Band 3, a.a.O., S. 371/372.
23 Vgl. F. Engels, Zur Wohnungsfrage, a.a.O., S. 229/230.

Kapitals selbst, ein Äquivalent für den periodischen Verschleiß. Und am Ende der Frist kehrt der unverbrauchte Teil des verliehenen fixen Kapitals in natura zurück."[24]

Marx' Absicht im Kapitel „Das zinstragende Kapital" ist es, den ökonomischen Charakter und die verschiedenen Erscheinungsformen des zinstragenden Kapitals zu untersuchen.[25] Er beschreibt in diesem gesamten Kapitel das Verhältnis zwischen zinstragendem und industriellem Kapital. In dem oben angeführten Zitat geht *Marx* der Frage nach, wie sich fixes Kapital, das an das industrielle Kapital verliehen wird, verzinst und wie es zurückfließt. Die dabei angeführten „Häuser, Schiffe, Maschinen usw." sind demnach eindeutig Produktionsmittel, die der industrielle Kapitalist einsetzt.[26] Damit wird nicht die Ware Haus, Schiff oder Maschine prinzipiell zu Leihkapital, nur weil einige Häuser, Schiffe oder Maschinen an den industriellen Kapitalisten verliehen worden sind und so Leihkapital in Warenform darstellen. *K. Marx* sagt lediglich: *Wenn* Häuser, Schiffe, Maschinen usw. verliehen werden, dann immer nur als fixes Kapital.[27]

Die Probleme bei der Anwendung der Marxschen Kategorie des Leihkapitals werden bei der Preisbestimmung der Mietwohnungen durch *Brede/Kohaupt/Kujath* deutlich: „Der Zins als Preis für die Ware folgt keinem anderen Gesetz als dem von Angebot und Nachfrage. Für den Zinssatz gibt es keine ökonomische Bestimmung die dem Wertgesetz bei der Preisbildung von Waren vergleichbar wäre."[28] Das heißt nichts weiter, als daß der Preis der Mietwohnung sich nicht nach dem Wertgesetz bilde, sondern, wie *Marx* im Zusammenhang mit dem Preis des Geldkapitals schreibt, „eine irrationale Form des Preises, durchaus im Widerspruch mit dem Begriff des Preises der Ware"[29] stehend, sei.

VIII. Die ökonomischen Bestandteile des Produktionspreises in den Mietzahlungen

Das Wohnungskapital erzielt durch den stückweisen Verkauf des Gebrauchswertes seines Mietwohnungsbestandes den Produktionspreis nur nach und nach. *F. Engels* führt dazu aus: „Für diesen Verzicht auf sofortige Rückzahlung des vorgeschossenen Kapitals und des darauf erworbenen Profits wird der Verkäufer entschädigt durch einen Preisaufschlag, eine Verzinsung, deren Höhe durch die Gesetze der politischen Ökonomie, durchaus nicht willkürlich, bestimmt wird. Am Ende der hundert Jahre ist das Haus aufgebraucht, verschlissen, unbewohnbar geworden. Wenn wir dann von dem gezahlten Gesamtmietbetrag abziehen: 1. die Grundrente nebst der etwaigen Steigerung, die sie während der Zeit erfahren, und 2. die

24 K. Marx, Das Kapital, Band 3, a.a.O., S. 356.
25 Ebenda, S. 350–369.
26 Darauf weisen auch hin: R. Hirsch-Borst/S. Krätke, Verwertung des Wohnungsbaukapitals und Staatseingriffe im Wohnungssektor, in: ProKla 1981, H. 4, S. 53.
27 W. Schwarz kommen bei der Gleichsetzung von Mietwohnung und Leihkapital allerdings auch Bedenken: „Gleichwohl soll die Differenz zum gewöhnlichen zinstragenden Geldkapital nicht geleugnet werden ..." (Zur Politischen Ökonomie ..., a.a.O., S. 250f.)
28 H. Brede/B. Kohaupt/H.-J. Kujath, Ökonomische und ..., a.a.O., S. 58.
29 K. Marx, Das Kapital, Band 3, a.a.O., S. 366.

ausgelegten laufenden Reparaturkosten, so werden wir finden, daß der Rest im Durchschnitt sich zusammensetzt: 1. aus dem ursprünglichen Baukapital des Hauses, 2. aus dem Profit darauf und 3. aus der Verzinsung des nach und nach fällig gewordenen Kapitals und Profits."[30]

Wir wollen jetzt die von *F. Engels* angeführten Bestandteile des Gesamtmietbetrages mit den in den vorherigen Abschnitten entwickelten Bestandteilen des Produktionspreises vergleichen. Die Summen der einzelnen Mietbeträge am Ende der Nutzungsdauer der Mietwohnung bilden, wie *F. Engels* sagt, den Gesamtmietbetrag. Dieser Begriff ist identisch mit dem von uns benutzten Begriff des Produktionspreises plus Grundrente.

Der in der Wohnungsproduktion geschaffene Mehrwert teilt sich auf in den industriellen und den Handelsprofit. Der industrielle Produktionspreis setzt sich „1. aus dem ursprünglichen Baukapital des Hauses, 2. aus dem Profit darauf ..." zusammen. Bei dem industriellen Produktionspreis handelt es sich in der Miete, wie *F. Engels* an anderer Stelle schreibt, um „einen Anteil, der das Baukapital inkl. Profit in jährlichen Ratenzahlungen abträgt (amortisiert), im Verhältnis wie das Haus allmählich verschleißt."[31] Dieser Prozeß des Kapitalrückflusses ist in der Miete unter dem Posten Abschreibung zu finden.

Als Entschädigung des Wohnungskapitals für den Verzicht auf sofortige Aneignung des Produktionspreises realisiert es, bei laufendem physischen Verschleiß bzw. Abschreibung den Handelsprofit „nach und nach" über die monatlichen Mietzahlungen oder, wie *F. Engels* ausführt, „aus der Verzinsung des nach und nach fällig gewordenen Kapitals und Profits". *Engels* gebraucht hier den Begriff der „Verzinsung" in dem Sinne der Profitrealisierung des Warenkapitals Mietwohnung und nicht als Synonym für den Kapitalzins des Leihkapitals. Das heißt zugleich, daß die monatlich „nach und nach" über die Mietzahlungen erzielten Profitanteile entsprechend den gesellschaftlichen Wertveränderungen durch die Produktivitätsentwicklung bzw. den moralischen Verschleiß schwanken. Die Summe der monatlichen realisierten Anteile des Handelsprofits bildet am Ende der Nutzungsdauer der Wohnung, mit endgültiger Realisierung des Produktionspreises, den gesamten oder endgültigen Handelsprofit. Außerdem erhöht sich der Produktionspreis und damit auch der Handelsprofit insgesamt durch die laufenden Instandhaltungskosten, die eine Fortsetzung des Produktionsprozesses innerhalb der Zirkulationssphäre darstellen. Sie sind identisch mit den „ausgelegten laufenden Reparaturkosten", die *F. Engels* in seiner umgekehrten Darstellungsweise vom Gesamtmietbetrag subtrahiert. Am Handelsprofit partizipiert das Leihkapital, das sich seinen Durchschnittsprofit in Form des Kapitalzinses über das zum Wohnungsbau verliehene Kapital aneignen kann. Zusätzlich partizipiert noch das Grundeigentum in Form der Grundrente am Wohnungsbau, die *Engels* ebenfalls, wie bei den Instandhaltungskosten, von dem Gesamtmietbetrag der Wohnung subtrahiert.

Aufgrund der hohen Kapitalumschlagsdauer und der verschiedenen Profitanteile im Mietwohnungsbau kommt es zu der Erscheinung, daß der Gesamtmietbetrag einer Wohnung ein Mehrfaches des industriellen Produktionspreises ab einem

30 F. Engels, Zur Wohnungsfrage, a.a.O., S. 270.
31 Ebd., S. 230.

bestimmten Verwertungsstadium betragen wird. Diese Erscheinung ist sowohl auf den Aufschlag der Grundrente als auch auf den Durchschnittsprofit des Wohnungsbaukapitals in Form des Handelsprofits und auf zusätzliche Aktivitäten wie Instandhaltung zurückzuführen. Da die Mietwohnung vom Wohnungskapital als Warenkapital verwertet wird und sie daher über einen langen Zeitraum zumindest den Durchschnittsprofit erzielen muß, ist auch diese Erscheinung auf dem Wohnungsmarkt in den kapitalistischen Verwertungsbedingungen begründet.

Der Gesamtmietbetrag bzw. der Produktionspreis auf dem Mietwohnungsmarkt teilt sich, hier zusammenfassend dargestellt, in folgende Bestandteile auf:

1. den jährlich verschlissenen Wert des Warenkapitals Wohnung in Form der Abschreibung. Dieser Betrag umfaßt das ursprünglich eingesetzte Baukapital und den industriellen Profit, das heißt den industriellen Produktionspreis;
2. den „nach und nach" realisierten Handelsprofit, in den die gesellschaftlichen Wertveränderungen ständig eingehen. Hinzu kommen das neu eingesetzte Kapital und der Durchschnittsprofit darauf für die notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen.
3. den Betrag für die Grundrente und eventuelle Steigerungen.

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 6/1983

Globale Probleme der Gegenwart und Arbeiterklasse

Hellmuth Lange

Am 8./9. Juni 1983 fand in Berlin (DDR) ein Symposium zum genannten Thema statt. Die Veranstaltung wurde gemeinsam durch drei Institute getragen: Das IMEMO (Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Moskau), das IPW (Institut für Internationale Politik und Wirtschaft, Berlin/DDR) und das IMSF (Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/M.).[1]

Das Thema „globale Probleme" mag angesichts der zunehmend konkreter werdenden Debatten über betriebliche und außerbetriebliche Probleme des kapitalistisch verfaßten technischen Fortschritts in der Bundesrepublik zumindest unter Marxisten zwei Fragen aufwerfen. 1) Ist das Thema selbst nicht zu global gestellt?; und 2): Abstrahiert eine derartige, räumlich bestimmte Fragestellung nicht von der inhaltlichen Spezifik der jeweiligen sozialökonomischen Verhältnisse als zentraler Determinante des technischen Fortschritts – um den Preis einer Annäherung an bürgerliche, vor allem konvergenztheoretisch orientierte Welt- und Katastrophenmodelle?

Das Gegenteil ist der Fall. Das Berliner Symposium bestätigte insoweit, was sich bereits auf der Grundlage des Buches von *W. Sagladin/I. Frolow* (dt.: Globale Probleme der Gegenwart, Berlin/DDR, Dietz 1982) und entsprechender Artikel in den letzten Heften der Deutschen Zeitschrift für Philosophie abzeichnet: Das Thema „globale Probleme" ist nicht nur kein allgemeiner Ersatz für die konkrete Untersuchung der Probleme des kapitalistisch verfaßten technischen Fortschritts in einem Land. Es bezeichnet vielmehr jene Vermittlungszusammenhänge im Verhältnis von wissenschaftlich-technischer und gesellschaftlicher Entwicklung, zu deren Lösung zwar mit je nationalen Mitteln beigetragen werden muß, von deren Lösung jedoch andererseits nicht weniger als der internationale Gesamtzusammenhang der gesellschaftlichen Entwicklung wie auch die Qualität der Lösung nahezu jedes Einzelproblems auf nationaler Ebene abhängt. Eine Theorie und Strategie des technischen und

1 An dem Symposium nahmen als Referenten von seiten der drei Institute teil: Für das IMEMO Prof. M. M. Maximowa, Prof. N. S. Kischilow, Prof. S. M. Nadel, Prof. R. R. Simonjan, Prof. W. W. Waulin; für das IPW Prof. M. Schmidt, Prof. L. Maier, Prof. E. Rechtziegler; für das IMSF Dr. H. Bömer, E. Gärtner, Prof. H. Lange, Prof. L. Peter, Dr. J. Reusch. In diesem Bericht werden nur die Namen der Referenten genannt. Der Umfang der Beiträge zu den einzelnen Themenbereichen erlaubt es nicht, sie auch nur summarisch wiederzugeben. Es werden daher nur die wichtigsten auf dem Symposium diskutierten Problemfelder benannt. Die Beiträge werden als Publikation des IPW veröffentlicht.

gesellschaftlichen Fortschritts, die die globalen Probleme vernachlässigt, greift daher von vornherein zu kurz.

Was sind „globale Probleme"? Es sind jene Probleme, die erstens die gegenwärtigen und künftigen Lebensinteressen aller Völker und Staaten – der kapitalistischen, der sozialistischen und der Entwicklungsländer – berühren und, falls keine Lösung gefunden wird, mit dem Ende der Zivilisation als solcher oder mit ernsten Rückschritten in den Lebensbedingungen und in der Entwicklung der Produktivkräfte einhergehen, deren Überwindung zweitens gemeinsame Anstrengungen und das Handeln aller Völker der Welt erfordert, und die drittens trotz der Schwierigkeiten, die einem solchen Handeln entgegenstehen, schon heute keinen Aufschub mehr dulden *(Maximowa)*. Es sind dies zumindest a) die Verhütung eines Atomkrieges, b) die Schaffung von Bedingungen zur Überwindung der nachkolonialen Unterentwicklung (Hunger, Armut, Bevölkerungswachstum), c) eine stabile und zukunftsträchtige Beherrschung des gesellschaftlichen Stoffwechsels mit der Natur (Ressourcen, Energie, Intensivierung und Zyklisierung ihrer Nutzung, Umweltschutz) unter Einschluß einer entsprechenden Nutzung der Weltmeere und des Weltraums und d) eine menschenwürdige Perspektive der Lebens- und Gestaltungsmöglichkeiten des Individuums und der Entfaltungsmöglichkeiten seiner Persönlichkeit (Charakter der Arbeit und der Freizeit, natürliche und zivilisatorische Lebensbedingungen – Umwelt, Urbanisierung etc. –, Bewußtseins- und Verhaltensmuster). Jedes dieser Probleme besitzt sowohl eine außerordentlich komplexe innere Gliederung als auch ein jeweils recht spezifisches Profil: Die Probleme a) und b) betreffen vor allem die Beziehungen zwischen den Nationen; das Problem c) betrifft vor allem die Dimension Mensch – bzw. Gesellschaft – Natur; das Problem d) bezieht sich vor allem auf die Dimension Individuum – Gesellschaft. Gleichzeitig berührt jedoch die Lösung jedes einzelnen der genannten Probleme stets auch die anderen genannten Dimensionen. Hierbei verlangt ihre Lösung immer sowohl spezielle gesellschaftspolitische als auch spezielle wissenschaftlich-technische Anstrengungen und Voraussetzungen.

Das Berliner Symposium diente der Aufgabe, erstens die Spezifik der globalen Probleme in möglichst differenzierter Weise zu erfassen, zweitens einzelne dieser Probleme in ihren gegenwärtigen und zukünftigen Dimensionen näher einzugrenzen und drittens diejenigen Konsequenzen der globalen Probleme zu bestimmen, die die internationale Arbeiterbewegung betreffen.

Der Verlauf des Symposiums machte deutlich, daß der mit der Themenstellung „globale Probleme" verbundene „Ansatz" außerordentlich tragfähig und fruchtbar ist, und zwar sowohl hinsichtlich der Überwindung von Widersprüchen bürgerlicher Katastrophenszenarios der Menschheitsentwicklung als auch hinsichtlich der anhaltenden Unsicherheiten und Unzulänglichkeiten der marxistischen Debatte über das Verhältnis von gesellschaftlichem und wissenschaftlich-technischem Fortschritt. Die eingehendere Befassung mit dem erreichten Diskussionsstand zum Thema „globale Probleme" erscheint aus den genannten Gründen nicht zuletzt für die marxistische Debatte in der Bundesrepublik von besonderem Interesse. Einige Notizen zu Einzelaspekten der Themenstellung und ihrer Diskussion im Verlaufe des Symposiums mögen dies verdeutlichen.

Die „globalen Probleme" dienen vielfach als Basis für die Entfaltung von Katastrophenszenarios, die – zumindest in ihrer publizistischen Aufbereitung – erstens keine

Gewichtung ihrer Einzelelemente mehr erlauben und die zweitens eine überwältigende Eigengesetzlichkeit und eine entsprechende Aussichtslosigkeit hinsichtlich der sukzessiven Lösbarkeit der globalen Probleme suggerieren. Angesichts der lähmenden ideologischen und praktischen Folgen einer solchen Darstellungsweise erscheint es zum einen geboten, sowohl den *Zusammenhang* zwischen den einzelnen globalen Problemen als auch die *relative sachliche Eigengesetzlichkeit* der einzelnen globalen Probleme sorgfältig zu analysieren. In der Tat besteht eine unübersehbare Tendenz zur gegenseitigen Verflechtung und Vertiefung zwischen den einzelnen Problemen. So bildet etwa die ungleiche Verteilung der materiellen und energetischen Ressourcen auf der Erde einerseits und die damit nicht konvergierende Verteilung der Produktionsstätten andererseits für sich genommen schon ein ernstes Problem auf dem Wege zur Bewältigung des Hungers und anderer Konsequenzen der Unterentwicklung. Es begründet zudem seitens der imperialistischen Hauptländer ein starkes Interesse an der Aufrechterhaltung von Unterentwicklung in der Dritten Welt, weil dies den billigsten Zugriff erlaubt. Dieses Problem erscheint immerhin noch auf dem Wege einer Demokratisierung der internationalen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen schrittweise lösbar. Die Lösung wird faktisch aber dadurch wesentlich erschwert, daß der Verbrauch seltener Ressourcen in der militärischen Produktion signifikant höher ist als in der zivilen Produktion. Damit erhöht sich die Gefahr einer definitiven Erschöpfung einzelner wichtiger Ressourcen (keineswegs aller) beträchtlich. Ferner erhöht sich aus demselben Grunde die Neigung der imperialistischen Hauptmacht, sich den Zugriff auf die betreffenden Ressourcen im Zweifelsfalle mit militärischen Mitteln zu sichern. Dies wiederum führt zu einer beträchtlichen Erhöhung der Gefahr eines Weltkrieges, die u. U. die Lösung jedes einzelnen der zuvor genannten globalen Probleme auf Dauer gegenstandslos macht. Folglich bildet die Überwindung der Kriegsgefahr das globale Problem Nr. 1 – nicht, weil die anderen Probleme für die betroffenen Menschen prinzipiell unwichtiger wären, sondern weil die Bewältigung der Kriegsgefahr und die Reduzierung der Rüstung den politischen, ökonomischen, sozialen und wissenschaftlich-technischen Angelpunkt bildet, von dem die Lösbarkeit der übrigen globalen Probleme abhängt. Die Erforschung entsprechender Prioritätsbeziehungen auch zwischen den übrigen globalen Problemen und ihren Einzelaspekten erscheint daher als eine strategische Frage ersten Ranges bei der Bewältigung der globalen Probleme.

Aus dem gleichen Grunde ist auf der systematischen Unterscheidung zwischen a) den Voraussetzungen für die Entstehung, b) den Ursachen und Formen der Zuspitzung und c) den Bedingungen einer Bewältigung der einzelnen globalen Probleme zu insistieren. Auf jeder Stufe besteht insbesondere ein anderes Verhältnis zwischen den relevanten gesellschaftlichen und den entsprechenden wissenschaftlich-technischen Faktoren.

Hinsichtlich der stofflichen Spezifik besitzen die globalen Probleme zahlreiche *Vorläufer* in der vor- und frühkapitalistischen Geschichte. Sie ergeben sich in aller Regel aus den durch die Produktionsverhältnisse gesetzten Schranken in der Nutzung der vorhandenen Produktivkräfte und aus einem ungenügenden Stand ihrer Entwicklung und Beherrschung (Krieg, Hunger, Umweltschäden).

Die *Zuspitzung* derartiger Probleme zu globalen Problemen ist mittelbar und unmittelbar an die Entfaltung der kapitalistischen Ordnung gebunden; unmittelbar,

insoweit erst dieser Gesellschaftstyp auf seine Universalisierung im Rahmen eines weltumspannenden einheitlichen Systems (des „Weltmarkts" – und, zur Austragung seiner Widersprüche, historisch zum ersten Mal auch in Form des „Weltkrieges") dringt; mittelbar insoweit, als der Kapitalismus zugleich auch zu einer schrankenlosen Entfaltung der Produktivkräfte gezwungen ist. Die globalen Probleme haben sich insofern nicht neben den bisherigen gesellschaftlichen Problemen, sondern aus ihnen heraus und als ein Aspekt ihrer Widersprüche entwickelt.

Allerdings spielen – innerhalb des damit gesetzten Rahmens – wissenschaftlich-technische Entwicklungssprünge eine wesentliche Rolle bei der Herausbildung der globalen Probleme. Sie haben bestimmte Formen der ökonomischen, politischen und militärischen Konfrontation ebenso wie der Zerstörung der Natur erst möglich gemacht (etwa: Militärtechnik – Militärstrategie – Militärpolitik – Krieg). Es erscheint daher geboten, von einer *relativen* Eigenständigkeit des Produktivkraftaspekts zu sprechen, nicht zuletzt deshalb, weil die objektive Internationalität der Produktivkraftentwicklung auch den Sozialismus zwingt, sich im wesentlichen des vorhandenen, unter kapitalistischen Bedingungen bzw. unter den Bedingungen kapitalistischer Dominanz entwickelten Produktivkraftsystems zu bedienen, so daß dessen Widersprüche z. T. auch im Sozialismus fortwirken und durch den Sozialismus partiell reproduziert werden.

Unbeschadet der eindeutig kapitalistisch bestimmten Ursprünge der globalen Probleme haben sowohl der Kapitalismus wie auch der Sozialismus an der Zuspitzung einzelner Probleme zu globalen Problemen teil, allerdings in sehr unterschiedlichem Maße und mit einer prinzipiell verschieden gerichteten Dynamik: der SMK in verschärfender Weise auf ganzer Linie, der Sozialismus in dämpfender Weise und in sehr unterschiedlichem Maße. Der Sozialismus ist schon heute die wichtigste Schranke gegenüber der imperialistischen Tendenz, Interessenprobleme mit militärischen Mitteln auszutragen, der Sozialismus fördert auf politischer, ökonomischer und wissenschaftlich-technischer Ebene den Kampf gegen die Unterentwicklung. Andererseits hat der Sozialismus an der Umweltverschmutzung einen nicht unbeträchtlichen Anteil. Hinsichtlich einer Reihe von Problemen erscheint es sogar gerechtfertigt, trotz der fundamentalen Unterschiede zwischen Sozialismus und Kapitalismus „von einer Reihe gemeinsamer Probleme" zu sprechen, vor allem hinsichtlich „der Anpassung der... Menschen an die sich verändernden Bedingungen der natürlichen und gesellschaftlichen Umwelt im Zusammenhang mit der wtR" im allgemeinen und der globalen Probleme im besonderen. Dies betrifft insbesondere die Formen der Lebensführung, der Persönlichkeitsentfaltung und der zwischenmenschlichen Beziehungen *(Maximowa)*, man denke etwa an die Konsequenzen der Urbanisierung oder der wachsenden Bedeutung der Kommunikationsmedien.

Wiederum anders liegen die Verhältnisse im Zusammenhang der *Bewältigung* der globalen Probleme. Bereits mit den heute entwickelten Produktivkräften erscheinen die Hauptbedürfnisse der Menschheit nach Nahrung, Wohnung, Gesundheit und Bildung im Verlauf des ersten Viertels des nächsten Jahrhunderts, wenn auch notdürftig, als stillbar; allerdings um den Preis einer globalen Zuspitzung anderer, bereits heute beträchtlicher Widersprüche, vor allem in der Dimension Mensch–Natur. Somit besteht die heutige Aufgabe hinsichtlich der Produktivkraftentwicklung

unwiderruflich darin, die industriellen Prozesse harmonischer in die Naturprozesse zu integrieren, „einen Kreislauf des Stoffes und der Energie im System ‚Gesellschaft und Natur' zu schaffen" (so schon *Marachow* 1974). Dies verlangt sowohl umfangreiche wissenschaftlich-technische Anstrengungen als auch eine beträchtliche Dynamik des – zielgerichteten – wirtschaftlichen Wachstums, ohne das die entsprechenden Entwicklungen nicht zu finanzieren sind. Dies setzt allerdings die Fähigkeit zu entsprechenden politischen Entscheidungen voraus, und zwar nicht mehr allein in einem Land, sondern gerade auch auf der Ebene der internationalen Beziehungen im globalen Maßstab. Die Haupthindernisse, die einer Bewältigung der globalen Probleme im Wege stehen, liegen damit bereits heute weniger auf wissenschaftlich-technischer als auf politischer Ebene: Die materielle Globalisierung der Probleme erfolgt bis heute ohne die Ausbildung entsprechender politischer Mittel zu ihrer Bewältigung. Der Zustand der internationalen Beziehungen wird damit zu einem Faktor, der die globalen Probleme verschärft *(Schmidt)*. Dies ist um so mehr der Fall, als die globalen Probleme und damit auch die darauf gerichteten Veränderungen der internationalen politischen Beziehungen selbst zu einem eigenständigen Feld des Klassenkampfs geworden sind, welches den Verlauf und die Erscheinungsweise seiner Widersprüche modifiziert. Der Wettlauf mit der Zeit zur Lösung der globalen Probleme wird damit nicht nur zu einem Element, sondern in gewisser Weise sogar zum Schrittmacher des Klassenkampfs. Die Entwicklungsländer werden von der darin begründeten Spezifik der globalen Probleme mit Abstand am tiefsten betroffen. Aber auch die sozialistischen Länder werden durch die Zuspitzung vor allem der Kriegsbedrohung aufs Empfindlichste daran gehindert, ihren Beitrag zur Eingrenzung und Behebung der übrigen globalen Probleme in der Weise und in dem Umfang zu erbringen, wie es den prinzipiellen Möglichkeiten und Zielen dieses Gesellschaftstyps entspricht *(Kischilow)*.

Andererseits sind selbst die Kernländer des Imperialismus heute gezwungen, nicht nur die Perspektive des (zivilen und militärischen) Kampfes, sondern auch die Perspektive der internationalen Zusammenarbeit zu verfolgen. Die Bedeutung der globalen Probleme als solche und ihre Bedeutung für die innere Dynamik der imperialistischen Staaten gibt dieser Tendenz neue, starke Impulse *(Maier)*: Dies gilt für das Umweltproblem, in zum Teil beträchtlichem Maß auch für das Rohstoff- und Energieproblem *(Simonjan, Rechtziegler)* und für den erreichten Grad der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Verflechtung. Die gegenwärtigen Rückschläge auf dem Gebiet der internationalen Zusammenarbeit sind selbst noch eine Reaktion auf die relativen Fortschritte, die die sozialistischen Länder und die Entwicklungsländer unter den Bedingungen der Entspannungspolitik gegenüber dem imperialistischen Lager auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen erreichen konnten.

Dessen Rückkehr zur Politik der Konfrontation stellt nicht nur eine dramatische Verschärfung des Globalproblems Nr. 1, der Weltkriegsgefahr, dar; sie beeinträchtigt daneben auch die Lösbarkeit aller anderen Globalprobleme. Andererseits besteht der Zwang zur partiellen Zusammenarbeit trotzdem fort, und das Gewicht dieser Tendenz wird in der weiteren Zukunft nicht ab-, sondern zunehmen. Speziell die darin deutlich werdende Dialektik zwischen Konfrontation und Kooperation bestätigt trotz aller offenkundigen Verflechtungs- und Kumulierungstendenzen die Not-

wendigkeit, die einzelnen globalen Probleme unter dem Gesichtspunkt ihrer praktischen Lösbarkeit möglichst sauber zu trennen und in ihrer jeweiligen Spezifik und ihrem wechselseitigen Bezug hinsichtlich ihrer Funktion für die Beförderung und Nutzung von Kooperationspotentialen genauer zu erfassen, als dies bis heute geschehen ist. Erst auf einer solchen Basis läßt sich eine tragfähige Strategie und Taktik der antiimperialistischen, demokratischen und sozialistischen Kräfte entwikkeln. Gegenwärtig steht dieser Prozeß noch in seinen Anfängen. Im Rahmen des jeweiligen Betroffenseins und der jeweiligen Möglichkeiten gilt dies für die Perspektiven der Entwicklungsländer *(Waulin);* es gilt für die Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern *(Peter)* und andere wichtige Potentiale der demokratischen Kräfte in diesen Ländern, vor allem die Wissenschaftler und Ingenieure *(Lange);* und es gilt nicht zuletzt – wenngleich auf unverhältnismäßig günstigeren Grundlagen – hinsichtlich der sozialistischen Länder, und zwar sowohl bezüglich einzelner Aspekte ihrer inneren Entwicklung, etwa der intensiven Ressourcennutzung, der Umweltschutzproblematik oder auch der Perspektiven der Persönlichkeitsentwicklung, als auch bezüglich der internationalen Aufgaben und Möglichkeiten des Sozialismus *(Maximowa).*

Zugleich bewirkt die globale Zuspitzung der genannten Probleme jedoch, daß – wenn auch mit zeitlichen Verzögerungen – in entsprechender Breite und Vielfalt neue Widerstandspotentiale gegen die betreffenden Gefahren sich entfalten, die ungeachtet zahlloser sozialökonomischer, sozialer, politischer und strategischer innerer Differenzierungen zu gemeinsamem Handeln zusammenfinden. Der zunehmend zentrale Stellenwert, der trotz solcher Differenzen zwischen den verschiedenen Teilpotentialen heute der Friedensfrage im Weltmaßstab eingeräumt wird (in den sozialistischen Ländern, im Kapitalismus und auch im Kreis der Entwicklungsländer), bringt diese Tendenz in der konzentriertesten Weise zum Ausdruck. Für die internationale Arbeiterbewegung ergeben sich auf diesem Wege nicht allein neue Möglichkeiten des gemeinsamen Handelns *(Nadel),* sondern auch neue Aufgaben. Zu den Aufgaben gehören zum einen weitsichtige Teilpolitiken, die geeignet sind, zur Linderung aktueller Teilprobleme in einzelnen Ländern, z. B. der Wirtschafts- und Sozialpolitik in der BRD *(Bömer),* in der Weise beizutragen, daß die Lösungsperspektiven zugleich als Beitrag zur längerfristigen Bewältigung der globalen Probleme wirken (anstatt diese in neuer Weise zu verschärfen). Zu den neuen Aufgaben gehören zum anderen bündnispolitische Beiträge, die die Differenzen und Widersprüche innerhalb der demokratischen Kräfte in den einzelnen Ländern und auf internationaler Ebene in ihrer relativen Stabilität akzeptieren und die zugleich geeignet sind, die Gemeinsamkeiten noch stärker in den Vordergrund treten zu lassen. Dies gilt in ganz besonderem Maße für die Friedensbewegung.

In diesem Zusammenhang bestätigt sich eine Erkenntnis der theoretischen Debatte um die globalen Probleme: Die subjektiven politischen Intentionen, mit denen einzelne Auffassungen vorgetragen werden, und die Widersprüche, die diese prägen, sind gelegentlich sehr genau von der objektiven Funktion zu trennen, die diesen Auffassungen praktisch zukommt: Die Weltmodelle, wie sie seit Beginn der 70er Jahre vorgetragen wurden, liefen nicht zuletzt auf eine Verschleierung der Verantwortung hinaus, die speziell den kapitalistischen Produktionsverhältnissen für die Entstehung der globalen Probleme zukommt. Gleichwohl bildeten sie in methodo-

logischer und inhaltlicher Hinsicht einen durchaus wesentlichen Denkanstoß für die marxistische Diskussion *(Gärtner).* Ähnliches gilt in praktischer Hinsicht für die Friedensbewegung, vor allem in den kapitalistischen Ländern *(Reusch):* Selbst grobe Fehleinschätzungen, wie sie in der Verbreitung des Supermachttheorems zum Ausdruck kommen, haben bislang nicht verhindert, daß auch dessen Anhänger praktisch zur Verbreiterung der Friedensbewegung erheblich beitragen. Diesen Sachverhalt zu befestigen und weiter zu entfalten, bildet zweifellos für die Marxisten eine der größten Herausforderungen der Gegenwart und der absehbaren Zukunft.

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 6/1983

IMSF-Arbeitsgespräch zu neuen Technologien

Stephan Voets

Etwa 40 Teilnehmer kamen am 12. Mai 1983 in Frankfurt zu einem Arbeitsgespräch des IMSF über Folgen und Probleme des Einsatzes neuer Technologien zusammen: Gewerkschafter, Informatiker, weitere am Thema Interessierte. Sie rechneten sich verschiedenen Standorten im linken Spektrum zu. Der intensiven und engagierten Diskussion lagen zwei Referate zugrunde: ein Überblick über Grundtendenzen der Technologieentwicklung, ihre polit-ökonomischen Zusammenhänge und Motive, über soziale Folgen und Ansätze von Widerstand, und eine kritische Bestandsaufnahme marxistischer und/oder gewerkschaftlicher Debatten um das Verständnis der neuen Technologien, um Alternativen und Möglichkeiten der Gegenwehr.

I.

Das erste, für das IMSF gehaltene Referat ging davon aus, daß sich die ökonomischen Rahmenbedingungen für das Großkapital verschlechtert haben und dementsprechend – vor allem seit Antritt der Regierung *Kohl* – die Bemühungen der herrschenden Klasse sich intensivieren, die Verwertungs- und Akkumulationsmöglichkeiten zu verbessern. Das führt zur Verbindung staatlicher Austeritäts- und Umverteilungspolitik mit verschärfter Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit.

In der Kapitalstrategie hat die Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts als Mittel zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität, zur Rationalisierung und zum Ersatz lebendiger Arbeit zentrale Bedeutung gewonnen. Die Technologieentwicklung vollzieht sich nicht nach eigenen Gesetzen, sondern ist von ökonomischen Triebkräften bestimmt, die entsprechend dem Primat des Profits sowohl fördernd als auch hemmend wirken können.

Die gegenwärtige Mechanisierungs-, Automatisierungs- und Informatisierungswelle wird dadurch verstärkt, daß andere Maßnahmen der Produktivitätssteigerung oft schon ausgeschöpft sind und andererseits die technologischen Rationalisierungsmittel immer billiger, vielseitiger und wirksamer werden. Ihr umfassender Einsatz bedeutet aber in der Regel noch einen hohen Investitionsaufwand bei gleichzeitigem hohen moralischen Verschleiß der vorhandenen Maschinerie, was die Konkurrenz und das Bemühen um größere Akkumulationsfonds verstärkt; der Staat springt allerdings mit Verkabelung, Kommunikationsnetzen usw. in die Bresche.

In der Technologieentwicklung erweist sich die Einführung neuer Systeme der Informationsverarbeitung auf der Grundlage der Mikroelektronik als entscheidender

und übergreifender Aspekt. Diese Informatisierung ermöglicht es, Begrenzungen des Mensch-Maschinesystems auf die körperlichen, geistigen und nervlichen Fähigkeiten eines einzelnen Lohnabhängigen zu überwinden und gespeicherte Arbeitserfahrungen und Kenntnisse zur Verfügung zu stellen.

Die elektronischen Informationstechnologien basieren auf dem Zusammenwirken von a) der technischen Erhebung, Verarbeitung, Speicherung und Übertragung von Daten, b) Kommunikationssystemen und -netzen, c) Automatisierungstechnologien, die Teile des Produktionsprozesses miteinander verbinden und dabei den Menschen ersetzen. Je umfassender sie zusammenwirken, desto stärkere Produktivitätsschübe werden möglich. Zugleich durchdringen sie – vor allem auf der Ebene der Kommunikationssysteme – zunehmend weitere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und können als materielle Basis effektiverer Herrschaftssicherung des Kapitals genutzt werden.

Als hauptsächliche Einsatzfelder erweisen sich momentan Büroautomatisierung und Personalinformationssysteme sowie (verstärkt wieder) die industrielle Produktion, dort vor allem CAD-Systeme, NC/CNC-Maschinen, Roboter und Betriebsdatenerfassungssysteme. In den Vordergrund tritt immer mehr die Tendenz, in verschiedenen Bereichen eingesetzte Teilsysteme, elektronische Informationsverarbeitung und Kommunikation zu einem Gesamtsystem mit einheitlicher Steuerung des gesamten Betriebsablaufs zu verknüpfen.

Die wichtigsten unmittelbaren sozialen Folgen der Einführung kapitalistisch genutzter neuer Technologien sind der Abbau von Beschäftigung und Qualifikation, die Einschränkung von Entscheidungsspielräumen, Isolation, Leistungskontrolle und Arbeitsintensivierung. Eine effektive gewerkschaftliche Gegenwehr, die sich nicht auf die sozialpolitische Abfederung der Folgen beschränken will, hat sich auf neue Anforderungen einzustellen, so auf

1. das frühzeitige Erfassen der Schlüsselprozesse, die der Einführung neuer Technologien vorgelagert sind, z. B. Datenerhebungen;
2. die Formung technischer Systeme durch herrschende soziale Interessen und auf die Notwendigkeit, diese mit dem Klasseninteresse an anderer Technologie zu konfrontieren;
3. eine genauere Bestimmung von Handlungsmöglichkeiten (Tarifpolitik, Abkommen, evtl. Verweigerungsstrategien) und gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen, wie sie vor allem in der Diskussion um Konversion der Produktion und um Verstaatlichung sichtbar geworden sind.

Das *zweite Referat*, gehalten von einem Gewerkschaftsfunktionär, arbeitete vor allem heraus, welche neuen Anforderungen und Probleme vor der Arbeiterbewegung stehen. (Bei der nachfolgenden Zusammenfassung wurde versucht, die Bemerkungen eines kurzen Korreferats mit aufzunehmen.)

Ausgangspunkt war die Frage, ob die theoretische Aufarbeitung und die strategische Diskussion mit der Entwicklung der neuen Technologien Schritt gehalten haben, ob nicht ein anderes Technikverständnis und eine neue Radikalität der Gegenwehr geboten seien. Werden Kolleginnen und Kollegen in Betrieb und Gewerkschaft nicht häufig von Rationalisierungsstrategien und Technologieentwicklung überrumpelt, die so tiefgreifende und möglicherweise demoralisierende Wirkungen haben können, daß die Existenzberechtigung der Gewerkschaften in

Frage gestellt scheint, weil umfassende Gegenwehr zunächst ausbleibt? Umfragen zeigen, daß in den Industriebetrieben bereits heute mehr Systeme zur Personalinformation, CAD-Arbeit, Textverarbeitung und Betriebsdatenerfassung installiert sind als selbst Sachkenner der Gewerkschaften vermutet hätten. Gleichzeitig fühlen sich viele Betriebsräte bei der Beurteilung der neuen Technologien überfordert. Diese und andere Warnsignale machen darauf aufmerksam, daß bislang die Auseinandersetzungen um neue Technologien in der Regel zugunsten der Kapitalseite entschieden werden.

Die Frage, warum z. B. die gewerkschaftliche Gegenwehr unterlegen sei oder sogar in einer Sackgasse zu stecken scheine, wurde mit folgenden Hinweisen beantwortet: Früher, vor der Krise und dem massenhaften Einsatz neuer Technologien, waren nachträgliche soziale Ausgestaltungen bzw. das „Ausbügeln" negativer Folgen von Neuerungen im Betriebsablauf möglich. Viele Kolleginnen und Kollegen bauten – auch in den ersten Runden der Automatisierungsdiskussion – auf eine Art „kooperativen Innovationspakt" mit den Unternehmern, bestenfalls auf eine Verbindung von „kritischem Technikverständnis" und defensiver Technologiepolitik. Ausmaß und Entwicklungstempo der neuen Technologien setzen dem deutliche Grenzen und ermöglichen eine rasche Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Kapitalseite. Hinzu kommt – so die Position des Referats – daß in die heutige Art von Technik die soziale Herrschaftssicherung des Kapitals immanent eingeplant ist. Als Voraussetzungen für eine wirksamere Technologiepolitik wurden benannt:

- eine neue Technikanalyse;
- der Abbau sozialpartnerschaftlicher Vorstellungen;
- das Heranführen der Arbeiter und Angestellten an die Frage der Macht, an die Logik der Arbeit statt an die Logik des Kapitals.

Als drängende nächste Aufgaben und Elemente einer alternativen Technologiepolitik wurden benannt:

1. eigene, den Interessen der Arbeiter und Angestellten Rechnung tragende Anforderungen an die neuen Technologien offensiv und konkret zu formulieren und z. B. Investitionen und Neueinführungen nur bei einer bestimmten Auslegung zuzustimmen;
2. bestimmte Technologien grundsätzlich zu verhindern;
3. den Kampf um die große Entwicklungslinie der Technologie zu führen und dabei den engen Schulterschluß mit den „Technikmachern" (Ingenieuren, Informatikern usw.) zu suchen;
4. sich dafür zu engagieren, daß die herrschende Technologieentwicklung nicht als einzig mögliche erscheint, sondern Alternativen in den Blick kommen und diskutiert werden, etwa in der Konversionsdiskussion;
5. Arglosigkeit aufzugeben, überall Technikskepsis und -kritik zu fördern;
6. die Ansätze von Gegenwehr wie z. B. den Kampf um das Verbot von Personalinformationssystemen weiter zu entwickeln – insbesondere in der Tarifpolitik –, sich nicht auf die betriebliche Ebene zu beschränken, sondern die Veränderungen des Kräfteverhältnisses und der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ins Auge zu fassen.

II.

Deutlich im Vordergrund des Interesses der Diskussion standen drei Problemkreise, mit denen wohl die dringendsten Aufgaben einer wirksamen praktischen und langfristigen Einstellung der Arbeiterbewegung auf die neuen Herausforderungen umrissen sind:

1. Aus welchen Motiven, mit welchen Methoden und Zielen führen Unternehmer neue Technologien ein? Was wissen und erfahren die Belegschaften? Wo liegen die Hauptfelder der Auseinandersetzung?
2. Ist unter unseren Verhältnissen und bei dieser Form technologischer Entwicklung eine positive Nutzung dieses Teils der modernen Produktivkräfte überhaupt möglich? Was ist der Charakter der neuen Technologien und wie kann man sich auf ihn einstellen?
3. Wie kann sich Gegenwehr gegen den Rationalisierungsangriff der Konzerne entwickeln und welche kurz-, mittel- und langfristigen Alternativen der Technologieentwicklung bestehen?

Zu 1. Die in vielen Beiträgen zusammengetragenen Erfahrungen zeigten etwa folgendes Bild: Die Einführung neuer Technologien im kapitalistischen Betrieb vollzieht sich oft widersprüchlich und in verschiedenen Erscheinungsformen. Häufig, so stellte sich heraus, bleibt nach der Einführung die Steigerung der Produktivität deutlich hinter dem technologisch Möglichen zurück. Hard- und Software erweisen sich als schlecht angepaßt, alte Betriebsstrukturen begrenzen die Wirksamkeit. Umstrukturierungen der Arbeitsorganisation werden erforderlich; gelegentlich stellt sich auch heraus, daß sie allein bereits den gewünschten Rationalisierungseffekt erzielen. Die Einführung wird oft zum komplizierten, von organisatorischer Trägheit belasteten Prozeß, der in hohem Maße angewiesen ist auf Ruhe und Ordnung, auf Loyalität, Mitdenken und Zustimmung der Belegschaft.

Andererseits weisen die Erfahrungen auch darauf hin, daß die Schwierigkeiten nicht zu einer Unterschätzung der Gefahren und Probleme führen dürfen. In vielen Fällen z. B. werden neue Technologien zunächst in einzelnen Elementen und an verschiedenen Punkten des Betriebs, sozusagen schleichend, eingeführt; die Arbeiter und Angestellten nehmen in der Regel diesen Prozeß in seiner Gesamtheit nicht wahr. Kommt es aber zur Vernetzung der einzelnen Teilsysteme, etwa zur Verbindung von CAD und CAM, von elektronisch gestützten Auftragsabwicklungszentren, Personalinformationssystemen und Fertigungsautomatisierung, so treten schlagartig starke Rationalisierungs- und Umorganisationseffekte auf, die meist die Belegschaft völlig überrumpeln. Hinzu kommt, daß dabei positive Effekte auftreten wie das Verschwinden bisheriger belastender Tätigkeiten oder die Neueinstellung einiger Arbeitskräfte, die die Anpassung der Technologie an den Betrieb leisten sollen. Negative Auswirkungen wie z. B. Intensivierung der Arbeit, neue Arbeitsbelastungen und der Einsatz zur Arbeitsplatzvernichtung setzen sich nicht selten erst nach einigen Jahren durch. Zusätzliche Gefahren entstehen dadurch, daß nach der Einführung neuer Technologien auch traditionelle Rationalisierungsstrategien und betriebswirtschaftliche Systeme (REFA, Netzplan, Qualitätszirkel usw.) an Bedeutung und Wirksamkeit gewinnen können.

In den Beiträgen zeigte sich, daß offensichtlich noch keine großen Erfahrungen damit bestehen, wie die Überrumpelung der Arbeiter und Angestellten verhindert werden kann. Ein Ansatz könnte wohl darin liegen, die Aufmerksamkeit für Warnsignale zu schärfen, etwa für die Erhebung neuer Daten. Zu beachten bleibt dabei aber, wie eingewandt wurde, daß viele Daten bereits erhoben sind bzw. ohne Befragung von Menschen aus dem bloßen Betrieb der Maschinen, Terminals usw. gewonnen werden können. Ein anderer Ansatz besteht möglicherweise in der gründlicheren Analyse und Auswertung betrieblicher Entwicklungs- und Einführungspläne; viele heutige Entwicklungen sind vor acht bis zehn Jahren so konzipiert worden, und ihre Zielrichtung hätte bereits damals erkannt werden können. Helfen könnte auch eine stärkere Hinwendung zu einer eigenständigen Wissenschafts- und Forschungspolitik der Arbeiterbewegung.

Warum und wie das Kapital neue Technologien einsetzt, wie sich hier die immer vorhandenen Momente von Planmäßigkeit und Anarchie zueinander verhalten, ließ sich nicht zureichend beantworten. Als gesichert wurde aber angesehen, daß eine durchgeplante Kapitalstrategie der Arbeitsplatzvernichtung und der Herrschaftssicherung besteht und daß die hochwirksamen neuen Technologien in diesem Sinne als Instrument der Rationalisierung, Kontrolle und Hierarchisierung eingesetzt werden. Eine wahrscheinliche Konsequenz dieser Entwicklung ist eine neue Welle der Konzentration und Monopolisierung.

Zu 2. Die vom zweiten Referat deutlich akzentuierte Forderung, die heutige Art der Technologieentwicklung unter unseren Verhältnissen abzulehnen und zumindest in Teilen mit einer Verweigerungsstrategie zu beantworten, wurde in der Diskussion häufig aufgegriffen und immer wieder dahin gewendet, von welchem Technologieverständnis man eigentlich ausgehen müsse. Es waren nicht wenige, die meinten, nicht jede Technologie lasse sich beliebig „so oder so" verwenden, sondern z. T. sei „die Kapitallogik in die Systeme hineinverlagert". Hätte man nicht auf manche technologische Entwicklung besser verzichten, manche „Übertechnisierung" vermeiden sollen? Einige gingen noch weiter: Kann man noch „auf traditionelle marxistische Weise" von einer „neutralen Technikentwicklung an sich", vom „bloßen Mißbrauch" ausgehen, darf man sich noch „an die Vorstellung vom einfachen ‚Entfalten' und einfachen ‚Einsammeln' der Produktivkräfte klammern"? Nur einmal klang dabei kurz auch die Frage an, ob man sich nicht von antiindustrialistischer oder antimarxistischer Technologiekritik (man denke z. B. an *E. P. Thompson* oder *R. Bahro; St. V.)* abgrenzen müsse; weiter vertieft wurde der Gedanke nicht.

Demgegenüber wurde darauf aufmerksam gemacht, daß eine genauere Verarbeitung der Analyse und Theorie von *Marx* manche „Defizite" beseitigen könne. Faßt man – mit *Marx* – Technik nicht eng als Anwendung naturgesetzlicher, unveränderlicher Prozesse, sondern als Teil des Produktivkraftsystems, so wird deutlich, daß sie sich nur in Verbindung mit lebendiger Arbeit und nur in den von den Produktionsverhältnissen bestimmten Formen, also als Technologie entwickeln kann; diese Anpassung an die Produktionsverhältnisse macht sie gleichzeitig zum Transporteur dieser Verhältnisse. Jeder Versuch der Einflußnahme auf Technologien in unserer Gesellschaft führt nicht zur Konfrontation mit Naturgesetzen, sondern mit Klassen- und Machtfragen. Auch praktische Erfahrungen wurden gegen eine, wie formuliert wurde, „undifferenzierte Technikkritik" ins Feld geführt, z. B., daß technikinterne

Überwachungssysteme keineswegs zwangsläufig zur Überwachung der Beschäftigten führen.

Trotz dieser deutlichen Unterschiede bestand Konsens, daß die Gesamtheit der Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte betrachtet werden müsse. Ebenso einig war man sich, daß viele neue Erscheinungen, viele praktische und theoretische Probleme weiterer Diskussion und Klärung bedürfen. Was z. B. folgt aus der sich mit den neuen Technologien jetzt abzeichnenden Veränderung das Charakters der Arbeit, aus der fortschreitenden Abstraktion des Produzenten von Produkt und Produktion einerseits, der tendenziellen Annäherung von körperlicher und geistiger Arbeit andererseits? Oder wie verhält es sich mit der „Enteignung" der Arbeiter und Angestellten, die ihre Kenntnisse, Arbeitserfahrungen und speziellen Fähigkeiten an elektronische Informationssysteme abliefern? Wie wirkt sich dieser Prozeß auf Selbstbewußtsein und Kampfkraft aus?

Zu 3. Die Möglichkeiten der Gegenwehr und die Entwicklung von Alternativen fanden mit Abstand die größte Aufmerksamkeit. Eine Systematisierung der verschiedenen Erfahrungen, Ansätze und Aspekte war dabei in der Regel noch nicht möglich.

Ansetzen läßt sich bereits bei der konkreten Gestaltung der Technologie, bei den damit zusammenhängenden Fragen der Arbeitsorganisation und der Qualifikation. Wie die bisherigen Erfahrungen zeigen, muß eine menschengerechte Gestaltung der Systeme, Maschinen, Terminals usw. in Angriff genommen und dabei in ihrer ganzen Tragweite verstanden werden. Isolierte Einzelforderungen – wie z. B. die nach Mischarbeitsplätzen bei Bildschirmarbeit – greifen oft zu kurz. Wirksame Gegenwehr muß Zusammenhängendes und Vorgelagertes mit erfassen, z. B.

- die Arbeitsorganisation, also etwa die Vermeidung von Isolation und die Stärkung von Zusammenarbeit und Entscheidungsbefugnis auf Abteilungsebene;
- Kenntnisse über die Investitionspolitik, über Planungen, Forschung und Entwicklung;
- Förderung von arbeitsspezifischer Qualifikation, die befähigt, den ganzen Produktionsprozeß zu überschauen.

Aber auch das reicht mit Sicherheit nicht aus. Wer antritt, einen Großangriff auf Arbeitsplätze und -bedingungen abzuwehren, darf nicht der Illusion erliegen, durch Abmilderung der Folgen mitgestalten zu können. Immer wieder kehrten die Teilnehmer zu der im Referat aufgeworfenen Frage zurück, ob man die neuen Technologien nicht begrenzen oder ihre Einführung ganz verhindern müsse. Z. B. sei Software, die zu wissensbasierten Systemen führt, abzulehnen, weil mit ihr Arbeiter und Angestellte ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten enteignet und für das Kapital überflüssig gemacht würden. Dringend geboten und von zentraler Bedeutung sei die Verhinderung von Totalsystemen elektronischer Informationsverarbeitung und Kommunikation, weil solche vernetzten und hierarchischen Systeme alle negativen Folgen vervielfachten.

Niemand stellte in Frage, daß solche Schritte notwendig und sinnvoll sein könnten. Unklar blieb aber, was das genaue Ziel von Verweigerungen sein soll: die prinzipielle Begrenzung bestimmter Technologien oder die Verzögerung ihrer Einführung, bis ein besseres Kräfteverhältnis eine andere, den Interessen der Belegschaften Rechnung tragende Auslegung erlaubt? Keine Antwort fand auch die Frage, ob

es mindestens kurzfristig notwendig werden kann, „Tabuzonen" zu fordern, in die neue Technologien nicht eindringen sollen, z. B. in die Erziehung.

Die Verweigerung geriet aber nirgends zum Dogma. So fand z. B. das Argument Zustimmung, wie bei der Friedensbewegung komme es darauf an, Maßnahmen und Aktionsformen nicht isoliert zu betrachten, sondern zu bedenken, welches Verständnis sie finden und ob sie geeignet sind, bewußtseinsbildend und mobilisierend zu wirken. Wie die Auseinandersetzungen um die „Volkszählung" und um Personalinformationssysteme gezeigt haben, kann die Verweigerung von Datenerfassung mobilisierend wirken und zu Erfolgen führen. Vielleicht, so wurde überlegt, entsteht in solchen Bewegungen auch mehr „italienische Mentalität", also höhere Kampfbereitschaft infolge von weniger Identifikation der Arbeiter mit „ihrem" Unternehmen und mehr mit ihren Klasseninteressen. Dem könnte auch der Verzicht auf falschen Perfektionismus zugute kommen, z. B. auf den Ehrgeiz, selbst überall fertige Alternativen auszuarbeiten, statt gegebenenfalls auch Unternehmer und Staat dazu zu zwingen.

Bevor allerdings diese weitergehenden Fragen in der Breite angegangen werden können, geht es – so die Meinung wohl aller Teilnehmer – für die Masse der abhängig Beschäftigten momentan vor allem darum, überhaupt Informationen zu bekommen und mit der Auseinandersetzung zu beginnen. Dabei haben auch schon kleine Schritte oft große Wirkung. Bereits die Entwicklung systematischer Unruhe im Betrieb kann effektive Gegenwehr bedeuten, weil die komplizierten elektronischen Systeme auf Mitarbeit, Loyalität, Ruhe und geregelte Abläufe angewiesen sind. Diese Störanfälligkeit läßt manchen auch überlegen, ob nicht kleine Gruppen und punktuelle Aktionen heute ähnliche Wirkungen erzielen könnten wie Flächenstreiks. Die Entwicklung der modernen Automatisierung, wurde dem entgegengehalten, geht allerdings dahin, in sich gepufferte Teilsysteme zu schaffen, deren Störung noch nicht die Gesamtproduktion gefährdet.

Wenn aktive Gewerkschafter beisammensitzen, braucht ihnen niemand zu erzählen, daß sich betriebliche Aktivitäten mit gewerkschaftlicher Organisation verbinden müssen. Zustand und aktuelle Möglichkeiten dieser Organisation wurden durchgängig als nicht zufriedenstellend beurteilt, gelegentlich entstand sogar der Eindruck von Wut oder Resignation. Trotzdem blieb eines gemeinsamer Nenner: Die kurz- und mittelfristig wirksamste Antwort auf die Arbeitsplatzvernichtung liegt im Kampf um die Verkürzung der Wochenarbeitszeit, aktuell um die 35-Stunden-Woche.

Eine Gesamtstrategie der Gewerkschaften, eine ausreichende Antwort auf den Großangriff der Konzerne vermochte darin allerdings noch niemand zu sehen. Ist es nicht so, daß sozialpartnerschaftlich orientierte Kräfte weder bereit noch in der Lage sind, eine solche Antwort zu geben? Bestehen nicht tiefgreifende gesellschaftspolitische Differenzen innerhalb von Gewerkschaften und zwischen ihnen, z. B. über die Notwendigkeit von Gegenmacht? Müssen nicht weite Teile der Gewerkschaften umdenken, Wachstumshoffnungen aufgeben, das Ausmaß der Misere erkennen, sich regenerieren?

Mehrfach kehrte auch die These wieder, die aktuelle Herausforderung sei „mit traditionellen gewerkschaftlichen Mitteln nicht mehr in den Griff zu bekommen" und das Aufrechterhalten der traditionellen Schutzfunktion sei so nicht mehr

möglich. Das stieß allerdings auf den Einwand, daß man über die Wirksamkeit „traditioneller" Mittel (bis hin zum Streik) erst urteilen könne, wenn man sie auch voll ausgeschöpft habe.

Als durchgängige Mindestanforderungen an eine Intensivierung und Verbesserung gewerkschaftlicher Gegenwehr schälten sich vor allem heraus:

- eine bessere Zusammenfassung der bislang noch zersplitterten Aktionen und Initiativen, u. a. durch Entwicklung gemeinsamer Ziele und Forderungen;
- gleichzeitige betriebliche und überbetriebliche Mobilisierung, Notwendigkeit des Kampfes auf allen Ebenen;
- Abkehr von „Stellvertreterpolitik" und Geheimniskrämerei, umfassende ständige Aufklärung der Belegschaften;
- mehr praktische Gegenwehr; keine Überbetonung formeller Vereinbarungen, die u. U. eine Mobilisierung verzögern oder verhindern können.

Die Diskussion um Alternativen der Technologie- und Wirtschaftspolitik wurde eher in Hinweisen als systematisch geführt. Sie berührte vor allem folgende Aspekte:

- kurzfristig scheint der Kampf um die Verbindung von Arbeitszeitverkürzung und direktem Eingriff in die Technikgestaltung geboten (Förderung bzw. Verhinderung bestimmter Auslegungen von Systemen);
- spätestens mittel- und langfristig wird die Auseinandersetzung um gesellschaftspolitische Grundorientierungen zunehmen müssen. Die – vor allem in Rüstungsbetrieben – begonnene Konversionsdiskussion z. B. führt in der Konsequenz an die Eigentumsfrage und damit an die Vergesellschaftungsforderung heran (dazu gab es tastende Überlegungen).
- Zunehmend drängt sich dabei auch die Frage auf, was unter unseren Verhältnissen überhaupt verhandelbar und regelbar ist. So kam die Sprache auch vereinzelt darauf, ob es nicht einen „objektiven Revolutionsbedarf" gebe und ob man nicht genauere Vorstellungen davon entwickeln und propagieren müsse, was Technologieentwicklung unter der Herrschaft der Arbeiterklasse bedeutet.

* * *

Im Resultat zeigte sich, daß die Vorauseinschätzung richtig gewesen war, das Arbeitsgespräch als eine erste Annäherung an eine Vielzahl neuer Fragen zu verstehen. Weitere Analysen, Auswertungen von Erfahrungen, Diskussionen und Ausarbeitungen werden gebraucht. Das IMSF plant, diese Arbeitsrichtung verstärkt weiter zu verfolgen.

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 6/1983

Der Wissenschaftliche Rat zur Erforschung der Probleme von Frieden und Abrüstung (Moskau)

Einige Ergebnisse seiner dreijährigen Tätigkeit

G. I. Morosow

I. Aufgaben und Organisation des Rats – II. Die Arbeit der Sektionen und die Veröffentlichungen des Rats – III. Internationale Tätigkeit

Die gegenwärtige Weltpolitik und die Tendenzen ihrer Entwicklung stellen der Menschheit in aller Schärfe das Problem der Verhinderung einer weltweiten nuklearen Katastrophe. Die Politik Washingtons und einiger seiner Verbündeten hat das Niveau der militärisch-politischen Konfrontation an sehr gefährliche Grenzen geführt; die Gefahr eines atomaren Konflikts ist angewachsen; die Spirale des Wettrüstens dreht sich weiter. Vor diesem Hintergrund werden die Festigung der internationalen Sicherheit, die Einschränkung des Wettrüstens, der Übergang zu einer wirklichen Abrüstung immer aktueller und dringlicher. „Die Menschheit kann sich nicht andauernd mit dem Wettrüsten und mit Kriegen abfinden, wenn sie nicht ihre Zukunft aufs Spiel setzen will", bemerkte der Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU, *J. W. Andropow.*[1] Geleitet vom Bewußtsein hoher Verantwortung für das Schicksal des Friedens und der Menschheit, treten die sozialistischen Länder konsequent für eine Beseitigung der nuklearen Gefahren ein. Im Sommer 1982 übernahm die UdSSR feierlich die einseitige Verpflichtung, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen. Im Januar 1983 wandten sich die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages an die in der NATO zusammengeschlossenen Staaten mit dem Vorschlag, einen Vertrag über die gegenseitige Nichtanwendung von militärischer Gewalt und den Ausbau friedlicher Beziehungen abzuschließen. Dies sind nur einige der wichtigen Vorschläge, wie sie von den Ländern des realen Sozialismus zum Zweck der Sicherung des Friedens unterbreitet worden sind.

Der Kampf um den Frieden ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht nur Aufgabe der Politiker und Staatsmänner. Ihren – nicht geringen – Beitrag zur Festigung der Sicherheit auf unserem Planeten leistet auch die Öffentlichkeit, darunter die wissenschaftliche Öffentlichkeit. Gestiegen ist auch die Bedeutung der wissenschaftlichen Untersuchungen zu Fragen des Friedens und der Abrüstung im

1 Prawda vom 23. November 1982.

Kampf um den Abbau der Konfrontation und die Beseitigung der Kriegsgefahr. „Die allgemeinen und auch die speziellen Probleme von Frieden und Abrüstung sind in der Regel komplexen Charakters und beinhalten eine Vielzahl von wechselseitig miteinander verknüpften sozialökonomischen, moralischen, wissenschaftlich-technischen, strategischen und anderen Aspekten", schrieb der erste Vorsitzende des Wissenschaftlichen Rats zur Erforschung der Probleme von Frieden und Abrüstung, Akademiemitglied *N. N. Inosemzew*. „Bei der Ausarbeitung von effektiven und für alle Seiten akzeptablen politischen Entscheidungen in bezug auf diese Probleme sind alle diese Aspekte in umfassender Weise zu berücksichtigen. Und dies ist nicht möglich ohne eine vorhergehende intensive wissenschaftliche Untersuchung jedes einzelnen dieser Aspekte wie auch des gesamten komplizierten Systems ihrer Wechselwirkung. Dies eröffnet ein sehr breites Tätigkeitsfeld für die gemeinsame Arbeit von Wissenschaftlern der verschiedensten Fachrichtungen."[2]

I. Aufgaben und Organisation des Rats

In unserem Lande ist es insbesondere Aufgabe des 1979 gegründeten „Wissenschaftlichen Rats zur Erforschung der Probleme von Frieden und Abrüstung", komplexe und vielseitige Untersuchungen zu Fragen des Friedens und der Abrüstung zu organisieren und durchzuführen. Dieser Rat wurde vom Präsidium der Akademie der Wissenschaften der UdSSR gemeinsam mit dem Kollegium des Staatlichen Komitees der UdSSR für Wissenschaft und Technik (GKNT SSSR) und dem Präsidium des Sowjetischen Komitees für den Schutz des Friedens gegründet.

Erster Vorsitzender des Rats war *N. N. Inosemzew*, Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU, Deputierter des Obersten Sowjets der UdSSR und Mitglied des Präsidiums der Akademie der Wissenschaften der UdSSR (verstorben im August 1982).

Im Rat sind mehr als 80 Personen vertreten: bekannte sowjetische Gelehrte – Vertreter sowohl der Gesellschafts- wie der Naturwissenschaften; Vertreter von Partei und Gesellschaft; Deputierte des Obersten Sowjets der UdSSR und der Obersten Sowjets der Unionsrepubliken; Leiter von Massenorganisationen; Repräsentanten des kulturellen Lebens; bekannte Journalisten.

Der Rat hat nicht nur komplexe Untersuchungen zu Problemen von Frieden und Abrüstung durchzuführen, sondern auch die Forschungstätigkeit auf diesem Gebiet zu koordinieren und mit den praktischen Aufgaben des Kampfes um Entspannung und Sicherheit in den internationalen Beziehungen aufs engste zu verknüpfen.

Weiter hat der Rat die Aufgabe, die Zusammenarbeit mit ausländischen wissenschaftlichen Forschungszentren, mit Gelehrten, die auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen und angrenzenden Gebieten arbeiten, mit Repräsentanten von Politik und Gesellschaft sowie auch mit Vertretern des kulturellen Lebens zu entwickeln, die für die Befreiung der Menschheit vom Wettrüsten und von den Gefahren eines Atomkrieges eintreten.

Die wissenschaftliche und organisatorische Tätigkeit des Rats leiten sein Vorsitzender und die Stellvertretenden Vorsitzenden, unter denen sich bedeutende sowje-

2 Frieden und Abrüstung. Wissenschaftliche Forschungen, Moskau 1980, S. 17 (russ.).

tische Gelehrte befinden – die Akademiemitglieder *G. A. Arbatow, D. M. Gwischiani, M. A. Markow, E. M. Primakow,* die Professoren *O. N. Bykow* und *G. I. Morosow,* ebenso der bekannte sowjetische Publizist und Vorsitzende des Sowjetischen Komitees für den Schutz des Friedens *G. A. Schukow.*

Die Finanzierung der Arbeit des Rats erfolgt durch den Sowjetischen Friedensfonds.

Die wichtigsten Strukturelemente des Rats sind seine Sektionen. Es gibt fünf: „Probleme der Abrüstung" (Leiter: Akademiemitglied *G. A. Arbatow*); „Entwicklungsländer und Probleme von Frieden und Abrüstung" (Leiter: Akademiemitglied *E. M. Primakow*); „Zusammenarbeit von Wissenschaftlern auf dem Gebiet der Forschungen zu Problemen des Friedens" (Leiter: Akademiemitglied *M. A. Markow*); „Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und Sicherung des Friedens" (Leiter: Akademiemitglied *D. M. Gwischiani*); „Probleme der friedlichen Koexistenz und der Festigung der Entspannung" (Leiter: Professor *O. N. Bykow*). Zur Mitarbeit in den Sektionen wurden neben den Mitgliedern des Rats auch Spezialisten herangezogen, die über die entsprechenden Probleme arbeiten, ferner Vertreter von sowjetischen gesellschaftlichen Organisationen und staatlichen Institutionen. Die Bezeichnungen der Sektionen vermitteln eine Vorstellung über die Richtungen der wissenschaftlichen Forschungstätigkeit des Rats.

In der praktischen Tätigkeit des Rats spielen seine Vollversammlungen eine wichtige Rolle. Auf der ersten Versammlung im Juni 1979 wurde der Rat gegründet. Die zweite Versammlung fand im April 1981 statt und war den Aufgaben der Wissenschaftler gewidmet, wie sie sich aus den Beschlüssen und Materialien des XXVI. Parteitages der KPdSU ergeben. Diese Versammlung war von besonderer Bedeutung, denn die gesamte weitere wissenschaftliche Tätigkeit des Rats basiert auf der vom XXVI. Parteitag der KPdSU entwickelten Aufgabenstellung, die Probleme zu untersuchen, die die Verwirklichung eines Programms positiver Impulse für die Normalisierung der internationalen Beziehungen ermöglichen. Die dritte Versammlung des Rats fand im März 1983 statt. Sie wurde vom Vizepräsidenten der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Akademiemitglied *P. N. Fedossejew* eröffnet; Referate hielten die Akademiemitglieder *E. M. Primakow* und *E. P. Welichow* sowie Professor Dr. jur. *G. I. Morosow.* In den Referaten und Diskussionen wurden die jüngsten Initiativen der UdSSR und der anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft zur Stabilisierung des Friedens und der internationalen Sicherheit, die praktische Tätigkeit der sowjetischen Wissenschaftler im Kampf für die Abwendung einer thermonuklearen Katastrophe, die Publikationstätigkeit des Rats erörtert.

II. Die Arbeit der Sektionen und die Veröffentlichungen des Rats

Die Diskussion aktueller wissenschaftlicher Probleme erfolgt auf den Sitzungen der Sektionen des Rats. So diskutierten die Mitglieder der Sektion „Probleme der Abrüstung" den Stand der Abrüstungsverhandlungen im Licht der Politik der neuen Administration der USA. Diese Sektion führte auch eine gemeinsame Sitzung mit Vertretern der sozialistischen Staaten im Komitee für Abrüstung durch. Im Jahr

1982 nahm die Erörterung der Tätigkeit der „Palme-Kommission" im Endstadium ihrer Arbeit einen wichtigen Platz in der Tätigkeit der Sektion ein.

Die Sektion „Entwicklungsländer und Probleme von Frieden und Abrüstung" führte Tagungen zu den Problemen „Die Entwicklungsländer und die mögliche Verbreitung von Kernwaffen. Der Kampf um die Nichtweitergabe von Kernwaffen" und „Sozialökonomische Folgen des Wettrüstens in den Entwicklungsländern" durch. Probleme des Friedens und der Abrüstung im Licht der wissenschaftlich-technischen Revolution wurden auf Begegnungen der Mitglieder der Sektion „Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und Sicherung des Friedens" mit Delegationen von kommunistischen und Arbeiterparteien verschiedener kapitalistischer Länder erörtert. Auf den Tagungen der Sektion „Zusammenarbeit von Wissenschaftlern auf dem Gebiet der Forschungen zu Problemen des Friedens" wurden Fragen der Konversion der Rüstungsindustrie diskutiert.

Die Materialien der Sitzungen der Sektionen werden in der Regel ausgearbeitet und unter den Mitgliedern des Rats verteilt.

Der Wissenschaftliche Rat verwirklicht ein Publikationsprogramm; die Veröffentlichungen werden von ihm selbst oder von seinen Sektionen in Zusammenarbeit mit den Instituten der Akademie der Wissenschaften der UdSSR vorbereitet. In den jeweiligen Publikationen spiegeln sich die wichtigsten Resultate der wissenschaftlichen Forschungstätigkeit des Rats insgesamt wie auch seiner einzelnen Mitglieder. Einen prominenten Platz unter den Publikationen des Rats selbst nehmen die Bände „Frieden und Abrüstung. Wissenschaftliche Forschungen" ein; das erste Buch erschien 1980, das zweite 1982. In diesen Bänden wird ein weiter Kreis von aktuellen Problemen des Friedens und der Abrüstung analysiert und vor dem Hintergrund der komplizierter gewordenen internationalen Lage und der dringenden Notwendigkeit, eine nukleare Katastrophe zu verhindern, die Entspannung abzusichern und zu vertiefen und das Wettrüsten einzudämmen, erörtert. Diesen Problemen sind die Aufsätze bekannter Vertreter der sowjetischen Wissenschaft sowie prominenter Repräsentanten der Kunst, Literatur, Massenkommunikationsmittel, gesellschaftlicher und religiöser Vereinigungen gewidmet.

Autoren dieser Bände waren der Präsident der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Akademiemitglied *A. P. Aleksandrow*, die Akademiemitglieder *N. N. Inosemzew, E. I. Tschasow, N. N. Blochin, G. A. Arbatow, D. M. Gwischiani, M. A. Markow, E. M. Primakow, E. K. Fjodorow* (verstorben im Dezember 1981), die Professoren *W. W. Sagladin, O. N. Bykow* und viele andere.

Leitmotiv aller Aufsätze und Materialien dieser Bände ist der Gedanke von der ungeheuren Verantwortung aller Menschen unseres Planeten für die Bewahrung des Friedens und folglich auch der Zivilisation auf der Erde. Dieser Verantwortung unterliegen in gleichem Umfang die Wissenschaftler, die die Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der Materie, des Bewußtseins und der Gesellschaft untersuchen, die Politiker, die Staaten und Regierungen leiten, und die breitesten Kreise der Gesellschaft, die Volksmassen, die mit immer größerer Aktivität am historischen Prozeß teilnehmen. Das Akademiemitglied *A. P. Aleksandrov* schrieb: „. . . seit alten Zeiten strebte ein Teil der menschlichen Gemeinschaften danach, seine Bedürfnisse unter Anwendung grober Gewalt auf Kosten anderer zu befriedigen. Und auch jetzt noch meinen einige Staaten oder ihre Leiter, daß es die *Gewalt* ist, die den hauptsächlichen

Faktor der internationalen Beziehungen darstellt. Jedoch ist die Anwendung einer solchen Psychologie von Wilden in unserem Nuklearzeitalter unzulässig und unsinnig, da es in einem thermonuklearen Krieg keine Sieger geben wird und das Resultat der Bestärkung einer solchen Psychologie die Degradierung der Menschheit wäre."[3]

In den Bänden „Frieden und Abrüstung. Wissenschaftliche Forschungen" gibt es eine Abteilung mit Überblicken über die Tätigkeit der sowjetischen gesellschaftlichen Organisationen auf dem Gebiet von Frieden und Abrüstung. Die Abteilung „Materialien und Dokumente" enthält eine Auswahl von Dokumenten der wichtigsten Foren der Friedens-Öffentlichkeit, die sowohl für Spezialisten wie für die Allgemeinheit von Interesse ist.

Der Wissenschaftliche Rat hat weiter mit der Herausgabe einer Serie von Broschüren mit dem Titel „Der internationale Frieden und die Abrüstung" begonnen. Erschienen sind die Broschüren: „Europa vor der Wahl – Konfrontation oder Verringerung der militärischen Spannung" mit einem einleitenden Artikel von *N. N. Inosemzew* (1980); *M. A. Markow:* „Wissenschaft und Verantwortung der Wissenschaftler"; „Abrüstung und Umwelt" (unter der Redaktion von *E. K. Fjodorow* und *R. A. Nowikow*); *E. K. Fjodorow:* „Wissenschaftliche Aspekte politischer Verhandlungen" (1981); *W. S. Emeljanow:* „Probleme der Nichtweitergabe von Kernwaffen" (1981). Ende 1981 wurde gemeinsam mit dem Sowjetischen Komitee für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit die Broschüre „Gefahr für Europa" herausgegeben.

Im Jahr 1982 wurden weitere Broschüren dieser Serie herausgegeben: *W. I. Ustinow:* „Der Kampf der UdSSR für das Verbot neuer Arten von Massenvernichtungswaffen"; *P. P. Jakowlew, O. A. Schirnow* und *W. W. Gorochow:* „Lateinamerika – Probleme der Rüstung und Abrüstung"; *M. M. Maksimowa:* „Globale Probleme und der Frieden zwischen den Völkern"; *S. M. Kruglowa:* „Freundschaft zwischen den Völkern – der Weg zum Frieden".

Im Jahr 1983 sollen vom Rat zehn weitere vergleichbare Broschüren veröffentlicht werden. Diese Publikationen verbinden eine tiefe wissenschaftliche Analyse der Probleme mit ihrer populären Darstellung. Die neue Behandlung einer Reihe von Fragen wird durch umfangreiches Fakten- und Dokumentenmaterial ergänzt.

Die Veröffentlichungen des Rats erscheinen nicht nur in russischer, sondern auch in englischer, französischer, deutscher und spanischer Sprache. Wir betrachten sie sowohl als ein Resultat der wissenschaftlichen Arbeit der Mitglieder des Rats als auch als ein Instrument des Dialogs mit der ausländischen wissenschaftlichen Öffentlichkeit, in dem Standpunkte und Positionen sowjetischer Wissenschaftler zu aktuellen Problemen der Weltpolitik entwickelt werden.

Durch den Rat werden konstruktive fachliche Kontakte zu einer Reihe von Instituten der Akademie der Wissenschaften der UdSSR hergestellt. Gemeinsam werden verschiedene Forschungsprogramme durchgeführt, deren Resultate in Form von grundlegenden Monographien veröffentlicht werden.

Die Sektion „Probleme der friedlichen Koexistenz und der Festigung der Entspannung" veröffentlichte gemeinsam mit dem Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR (IMEMO) die Monographie „Militärische Entspannung", in der die Hauptrichtungen des Kampfes

3 Ebenda, Moskau 1982, S. 9 (russ.).

zur Zügelung des Wettrüstens und zum Abbau der militärischen Konfrontation untersucht werden. Ein weiteres Resultat dieser Zusammenarbeit war die wichtige Monographie „Abbau von internationalen Spannungen und ideologischer Kampf", in der die komplizierten Wechselwirkungen zwischen dem Kampf der Ideen in der internationalen Arena, dem Prozeß der Verbesserung des politischen Klimas in der Welt und der Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung beleuchtet werden.

Im Jahr 1982 wurde die vom Wissenschaftlichen Rat zusammen mit dem IMEMO vorbereitete Monographie „Aktuelle Probleme der Tätigkeit internationaler Organisationen" (verantwortlicher Redakteur: *G. I. Morosow*, Stellvertretender Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rats) veröffentlicht. In diesem Buch wird erstmals in der sowjetischen Literatur ein weiter Kreis von Fragen der Tätigkeit internationaler Organisationen in komplexer Form untersucht. Es wird aufgezeigt, daß der sowjetische Staat in allen Etappen seiner Entwicklung den internationalen Organisationen eine große Aufmerksamkeit zugewandt hat, daß er für ihre Ausnutzung im Interesse einer Festigung des Friedens und für eine Ausweitung der internationalen Zusammenarbeit kämpfte und weiterhin kämpft.

Weiter wurde die gemeinsam mit dem IMEMO vorbereitete Monographie von *B. M. Chaloscha* „Militär-strategische Bündnisse des Imperialismus – grundlegende Besonderheiten und Tendenzen der Entwicklung" herausgegeben. Sie untersucht die Besonderheiten der Blockpolitik des Imperialismus in den siebziger und achtziger Jahren, analysiert die zentrifugalen und zentripetalen Kräfte in den Blöcken unter den Bedingungen der Entspannung und der nuklearen Parität, die Formen und Methoden der Modernisierung der Bündnisse. Einen wichtigen Platz nehmen in der Monographie Probleme der militärischen Entspannung, der Überwindung des Block-Gegensatzes, der kollektiven Sicherheit in den verschiedenen Teilen der Welt ein.

In Zusammenarbeit mit dem IMEMO ist die Monographie „NATO – militärstrategische Konzeptionen" fertiggestellt worden.

Die Sektion „Entwicklungsländer und Probleme von Frieden und Abrüstung" hat gemeinsam mit dem Institut für Orientalistik der Akademie der Wissenschaften der UdSSR die kollektive Monographie „Abrüstungsprobleme und Entwicklungsländer" vorbereitet. Gemeinsam mit dem Institut für Staat und Recht der Akademie der Wissenschaften der UdSSR wird die Monographie „Die Definition der Aggression und das internationale Recht" vorbereitet. Abgeschlossen werden verschiedene weitere Monographien von Mitgliedern des Rats.

Weiter veröffentlichten Mitglieder des Rats in der periodischen Presse des Auslands und der UdSSR Beiträge zur Thematik der Hauptrichtungen seiner Forschungstätigkeit.

III. Internationale Tätigkeit

Der Wissenschaftliche Rat pflegt Verbindungen zu ausländischen wissenschaftlichen Zentren und beteiligt sich an internationalen Foren zu Problemen des Friedens und der Abrüstung.

Eine bedeutende Arbeit leistete der Rat während der Vorbereitung der sowjetischen Öffentlichkeit auf die Teilnahme an der 2. Sonderkonferenz der UNO zu Fragen der Abrüstung. Diese Arbeit fand ihren Niederschlag in der Vorbereitung von Dokumenten, in Konsultationen und in der unmittelbaren Teilnahme von Mitgliedern des Rats an der Arbeit der Konferenz.

Große Bedeutung mißt der Rat der Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern der Länder der sozialistischen Gemeinschaft bei. Im März 1980 wurde eine zweitägige wissenschaftlich-koordinierende Beratung von Wissenschaftlern aus neun Ländern der sozialistischen Gemeinschaft durchgeführt (Volksrepublik Bulgarien, Ungarische Volksrepublik, Sozialistische Republik Vietnam, DDR, Mongolische Volksrepublik, Volksrepublik Polen, Sozialistische Republik Rumänien, UdSSR, ČSSR); hier wurden Fragen der gemeinsamen wissenschaftlichen Forschungsarbeit auf dem Gebiet der Probleme von Frieden und Abrüstung erörtert und konkrete Wege der weiteren Zusammenarbeit skizziert. Im Jahr 1982 wurde in der Ungarischen Volksrepublik bei der Akademie der Wissenschaften ein Koordinationszentrum für Forschungen zu Problemen des Friedens geschaffen. In der Tschechoslowakei wurde ein analoges Organ gegründet – die Kommission zur Erforschung der Fragen von Frieden und Abrüstung. Der Wissenschaftliche Rat stellte Arbeitskontakte zu diesen Organisationen her. Vertreter des Rats beteiligten sich an den von diesen Organisationen in der ČSSR und in Ungarn durchgeführten Arbeiten. Es ist beabsichtigt, die Zusammenarbeit mit den Wissenschaftlern der befreundeten sozialistischen Staaten auf dem Gebiet der Erforschung der Probleme von Frieden und Abrüstung weiterzuentwickeln.

Gemeinsam mit sowjetischen gesellschaftlichen Organisationen beteiligt sich der Rat an der Vorbereitung und Durchführung großer internationaler Zusammenkünfte auf dem Gebiet des Kampfes um Frieden und Abrüstung. Hier ist an das Symposium „Umweltschutz – eine dringende Aufgabe der Gegenwart" (Oktober 1979) zu erinnern, ferner an das sowjetisch-französische Seminar „Verfassung, Außenpolitik, Zusammenarbeit, Rechtsfragen der Abrüstung" (März 1980), an das von sowjetischen und britischen gesellschaftlichen Organisationen veranstaltete Seminar „Internationale Entspannung und Abrüstung" (September/Oktober 1980), an das internationale Symposium zu aktuellen Problemen der Sicherheit und Entspannung in Europa (April 1981) und an verschiedene weitere Begegnungen.

Die Mitglieder des Rats nahmen 1979–1981 als Mitglieder von Delegationen sowjetischer gesellschaftlicher Organisationen und als Vertreter des Wissenschaftlichen Rats an zahlreichen internationalen Veranstaltungen teil. Hier sind zu nennen Veranstaltungen des Internationalen Instituts für Frieden in Wien, des Weltfriedensrats, der Weltföderation der Wissenschaftler, der Pugwash-Bewegung, der Dartmouth-Begegnungen; ferner Foren wie das Weltparlament der Völker für Frieden in Sofia; das Madrider Treffen von Vertretern regierungsunabhängiger Organisationen zu Fragen der europäischen Sicherheit; das internationale Forum „Wissenschaft und Abrüstung"; das sowjetisch-japanische Symposium zu Problemen des Friedens und der Sicherheit in Asien; das Symposium „Sowjetisch-indische Zusammenarbeit – ein Faktor des Friedens und der Stabilität in Asien"; das internationale Seminar „Probleme des Friedens und der Sicherheit in der asiatischen Region des Stillen Ozeans"; die im Rahmen der UNO organisierte internationale Beratung der Europäischen

Wirtschaftskommission zum Umweltschutz; das internationale Kolloquium „Dialog zu Fragen der Entspannung und Abrüstung" in Wien; die Konferenz „Weltöffentlichkeit und 2. Sonderkonferenz der Generalversammlung der UNO zu Fragen der Abrüstung" in Genf; das internationale Seminar „Die neue Etappe des Wettrüstens und die gegenwärtige Friedensbewegung"; die Veranstaltungen der Assoziation zur Unterstützung der UNO in der UdSSR sowie andere Treffen.

Der Wissenschaftliche Rat hat Kontakte zu verschiedenen westlichen Forschungszentren und zu internationalen Organisationen hergestellt; hier sind zu nennen SIPRI (Stockholm), das „United Nations Institute for Disarmament Research" (UNIDIR) und einige andere.

Der Rat empfing eine große Zahl von ausländischen Gelehrten und von Vertretern verschiedener nationaler und internationaler Organisationen. Gäste des Rats waren Wissenschaftler der USA, der Schweiz, Italiens, Indiens, Japans, Schwedens, Islands, Norwegens und anderer Staaten, ferner Mitarbeiter der Sekretariate der UNO und UNESCO.

Diese Begegnungen eröffneten weite Möglichkeiten für den Meinungsaustausch mit führenden Wissenschaftlern des Westens über aktuelle Fragen der internationalen Beziehungen und für die Darlegung der sowjetischen wissenschaftlichen Konzeption zu Fragen von Frieden und Abrüstung. Oft haben solche Besuche eine Ausweitung der wissenschaftlichen Kontakte, den Austausch von Literatur u. a. zur Folge.

Dies sind einige Ergebnisse der Arbeit des Wissenschaftlichen Rats zur Erforschung der Probleme von Frieden und Abrüstung in den ersten dreieinhalb Jahren seines Bestehens. Die Mitglieder des Rats bemühen sich um einen möglichst großen konkreten Beitrag zur Festigung der internationalen Sicherheit.

(Übersetzung: Gert Meyer)

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 6/1983

Die Marx Memorial Library in London

Andrew Davies

Gegründet wurde die Marx Memorial Library (MML) 1933. Sie entstand aus einer Initiative von Gewerkschaftern, Sozialisten und Kommunisten, für die es zwei Anlässe gab: die fünfzigste Wiederkehr von *Marx'* Todestag und als aktuelle Herausforderung die Bücherverbrennungen im faschistischen Deutschland, die sich gegen alles marxistische und fortschrittliche Gedankengut richteten. Es wurde der Plan entwickelt, als „angemessene Erinnerungsstätte für den größten Denker und Revolutionär aller Zeiten ein Bildungszentrum der Arbeiterklasse" zu schaffen; so hat es *Robin Page Arnot* ausgedrückt[1], der dann erster Leiter der Marx-Gedenk-Bibliothek und Arbeiterschule (so hieß sie zunächst) wurde. Sammlungen machten es möglich, das traditionsreiche Haus Clerkenwell Green 37a für die MML zu erwerben. Gebaut 1738 für eine bürgerliche Wohltätigkeitsschule, hatte es seit dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts verschiedene progressive und sozialistische Clubs und Verlage beherbergt; so wurden in den Jahren 1902 und 1903 in diesem Haus 17 Ausgaben von *Lenins* „Iskra" gedruckt, auf den Maschinen des sozialdemokratischen Verlages „Twentieth Century Press". Wegen seiner historischen Bedeutung wurde das Gebäude 1967 unter Denkmalschutz gestellt.

Viele freiwillige Helfer richteten mit unbezahlter Arbeit das Haus für den neuen Zweck her, und am 30. Oktober 1933 begannen die ersten Kurse. Die Bibliothek umfaßte rund 5000 Bände, vor allem Arbeiten über den Sozialismus aus der Feder marxistischer wie nichtmarxistischer Autoren, außerdem Standardwerke zu Philosophie, Naturwissenschaften, Geschichte und Ökonomie. Sie erweiterten sich nicht zuletzt durch die Mithilfe von Studierenden, die Hunderte von Broschüren banden und ordneten. Die Bildungsarbeit fand in Form von Seminaren, Fernkursen, Vorlesungen, Sommerschulen und wissenschaftlichen Symposien statt und wurde ergänzt durch die Herausgabe eigener Lehr- und Studienmaterialien.[2]

Nach dem Zweiten Weltkrieg bestimmte man die Aufgabe der Marx Memorial Library neu. Von nun an sollte sie die Möglichkeit bieten für das Studium der Sozialwissenschaften auf breiter marxistischer Basis und offenstehen für Interessenten aus allen Richtungen der Arbeiterbewegung, die lesen, forschen oder Ratschläge für ihr Studium erhalten wollten.[3]

Andrew Rothstein schreibt über die Arbeit der MML in dieser Zeit: „Die Bildungsarbeit der Bibliothek wurde auf eine weniger feste Form zurückgenommen. Viele Kurse mit wöchentlichen Vorträgen wurden aber doch durchgeführt zur

1 Zit. nach Andrew Rothstein, A House on Clerkenwell Green, London, Marx Memorial Library 1972, S. 73.
2 Vgl. ausführlicher ebd., S. 75f.
3 Ebd., S. 76f.

politischen Ökonomie der kapitalistischen wie der sozialistischen Gesellschaft, über dialektischen und historischen Materialismus, über Ethik und individuelle Freiheit, über die nationalen Befreiungsbewegungen der Nachkriegszeit, über Marxismus und Künste sowie über viele andere Themen. Einzelvorlesungen gab es an den Sonntagabenden, vor allem über die Klassiker des Marxismus und über neue Bücher, die für studierende Arbeiter wichtig waren. 1965/66 wurde eine Reihe von Symposien eröffnet, die Themen wie ‚Dialog über den Marxismus', ‚Marxismus und technologische Revolution' und ‚Marxismus und Demokratie' behandelten.

Von Zeit zu Zeit wurden Ausstellungen organisiert zu Gegenständen wie der Pariser Commune, zum 40. Jahrestag der Oktoberrevolution, zu Leben und Werk von Robert Owen und Thomas Paine und zur Hundertjahrfeier der Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation."[4]

Bis heute wird eine Tradition fortgeführt: Jedes Jahr am 14. März um 14.30 – zu Tag und Stunde von *Marx'* Tod – wird mit einer kurzen Ansprache ein Kranz an *Marx'* Grabmal auf dem Highgate-Friedhof niedergelegt. Wenn möglich, findet an diesem Tag auch die Marx-Gedenkvorlesung statt, die ein aktuelles Thema von Bedeutung aus theoretischer Sicht behandelt. Die Referenten der letzten Jahre waren *Tony Benn, Bernard Dix, Raymond Williams, Stuart Hall* und *E. J. Hobsbawm.* Das Doppeljubiläum des Jahres 1983 – der hundertste Todestag von *Marx* und der fünfzigste Gründungstag der Bibliothek – wird gebührend begangen. Es gibt eine Vorlesungsreihe über die marxistische Tradition in Großbritannien sowie eine Ausstellung und eine Publikation über die Geschichte des „radikalen London"; den Gedenkvortrag hielt in diesem Jahr *Mick McGahey*, Vizepräsident der Britischen Bergarbeitergewerkschaft und Mitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Partei Großbritanniens. Außerdem soll die Klugmann-Sammlung eröffnet werden, die die umfassende Bibliothek des Historikers und ehemaligen Redakteurs und Herausgebers von „Marxism Today", *James Klugmann*, mit ihren Schriften zu allen Aspekten der Arbeiterbewegung zugänglich macht.

Seit 1949 ist der größte Teil der Buchbestände der MML auch für die Ausleihe verfügbar. Jedermann kann Mitglied der MML werden und dann aus der Menge der ca. 100 000 Stücke benutzen, was er für seine Arbeit benötigt. Neben Büchern, Zeitschriften und Fotografien zählen zum Bestand ca. 60 000 Broschüren und Flugschriften aller Art („pamphlets"). Spezialsammlungen gibt es zu Themen wie Spanischer Bürgerkrieg, Friedensbewegung, Irland, Die Hungermärsche, Chartismus und USA.

Neben der Benutzung durch einheimische Interessenten hat sich auch der internationale Kontakt der MML ausgeweitet. Die Bibliothek erhält häufig Anfragen aus kapitalistischen Ländern; sie hat gleichermaßen Beziehungen zu wissenschaftlichen Einrichtungen sozialistischer Staaten, deren Veröffentlichungen in die eigene Sammlung aufgenommen werden und denen sie seltene Publikationen aus der britischen Arbeiterbewegung zugänglich macht.

Dem Trägerverein der MML gehören individuelle Mitglieder und Organisationen an; sie wählen in der Generalversammlung den Vorstand. Über die laufende Arbeit sowie über wissenschaftliche Studien zur Geschichte der sozialistischen und Arbei-

4 Ebd., S. 77.

terbewegung informiert das regelmäßig erscheinende „Bulletin of the Marx Memorial Library".

Andrew Davies als Bibliothekar und *Max Egelnick* als Sekretär führen die laufenden Geschäfte der MML. Ihre Arbeit wäre jedoch nicht zu denken ohne die Hilfe der vielen Freiwilligen, die sich an allen Bibliotheksaufgaben beteiligen.

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 6/1983

IMSF – 1983

Publikationen, Konferenzen, Seminare und Vortragsveranstaltungen des IMSF

(Ohne Veröffentlichungen des IMSF oder seiner Mitarbeiter in Zeitschriften, in von Dritten herausgegebenen Sammelbänden usw. Der Berichtzeitraum deckt sich nicht mit dem Kalenderjahr 1983; er umfaßt die Jahrbuchperiode 1983 von Oktober 1982 bis September 1983.)

I. Publikationen

1. Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6/1983, 470 S., DM 32,–
2. „... einen großen Hebel der Geschichte" – Zum 100. Todestag von Karl Marx: Aktualität und Wirkung seines Werks, hgg. vom IMSF und der Marx-Engels-Stiftung (Wuppertal), Sonderband I/1982 von Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF, Frankfurt/M. 1982, 376 S., DM 30,–
3. Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik – Empirische Analyse. Fakten, Red.: *Heinz Jung*, Beiträge des IMSF 6/II, Frankfurt/M. 1982, 558 S., DM 30,–
4. *Jörg Hofmann*, Personalinformationssysteme, Nachrichten-Reihe Bd. 21, Nachrichten-Verlag Frankfurt/M. 1982, 96 S., DM 6,–
5. Karl Marx und das revolutionäre Subjekt in der Welt von heute – Thesen des IMSF zur internationalen wissenschaftlichen Konferenz zum 100. Todestag von Karl Marx, veranstaltet vom IMSF und der Marx-Engels-Stiftung (Wuppertal) in Trier am 10./11. März 1983, Sonderdruck als Beilage zu Marxistische Blätter 2/1983
6. Arbeitsmaterialien des IMSF – Band 13: *Walter Baumann, Eberhard Dähne, Jörg Hofmann, Martin Kutscha, Klaus Priester*, Volkszählung – nein danke! Auf dem Weg zum Erfassungsstaat – Materialien zur Auseinandersetzung um die Volkszählung, zu den Möglichkeiten der Datenverarbeitung, zu den Forderungen an die amtliche Statistik, zur Situation, den Forderungen und Kämpfen im Bereich des Datenschutzes, Frankfurt/M. 1983, 111 S., DM 8,–
7. Arbeitsmaterialien des IMSF – Band 14: Zur Sozialpolitik im Kapitalismus und Sozialismus. Materialien einer gemeinsamen Tagung des Instituts für Marxismus-Leninismus, Moskau, und des IMSF; Red.: *Gert Hautsch*, Frankfurt/M. 1983, 136 S., DM 15,–

8. Soziale Bewegungen. Analyse und Dokumentation des IMSF – Heft 12: *H. Dybowski, J. Goldberg, G. Hautsch, K. Pickshaus, B. Semmler, A. Sörgel,* Nicht wehrlos – doch wohin? Gewerkschaften und neue soziale Bewegungen unter der CDU-Herrschaft, Frankfurt/M. 1983, 112 S., DM 8,–
9. Wir wollen alles! Beruf – Familie – Politik. Frauenarbeit und Frauenbewegung. Materialien der Frauenkonferenz des IMSF vom 20./21. November 1982 in Frankfurt/M., hgg. vom IMSF, Nachrichten-Verlag, Frankfurt/M. 1983, 234 S., DM 20,–
10. Marx ist Gegenwart – Materialien zum Karl-Marx-Jahr 1983, hgg. vom IMSF, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1983, ca. 360 S., DM 19,80
11. Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse. Vierteljährliche Konjunkturübersicht. Verfasser: *Jörg Goldberg, Klaus Pickshaus* u. a. Beilage zur Zeitschrift „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik", Nachrichten-Verlag Frankfurt/M., vier Ausgaben
12. „Wirtschaftskrise – sind wir übersättigt?"; Heft 1 der Broschürenreihe „Durchblick", Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1983, ca. 16 S., DM 1,–
13. „Arbeitsplätze durch Arbeitszeitverkürzung?"; Heft 2 der Broschürenreihe „Durchblick", Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1983, ca. 16 S., DM 1,–

II. Konferenzen, Seminare, Veranstaltungen

1. „Antonio Gramsci und die Gramsci-Rezeption in der BRD", Diskussionsveranstaltung am 25. September 1982 in Frankfurt/M. mit den Referenten *A. Mazzone* (Messina) und *H. J. Sandkühler* (Bremen). 35 Teilnehmer.
Bericht: Marxistische Blätter H. 1/1983.

2. „6 Tage mit Marx" – Marxistische Woche '82, Köln 10.–15. Oktober 1982, veranstaltet von IMSF, August-Bebel-Gesellschaft Köln und MSB Spartakus Köln. An der einwöchigen Vortrags- und Diskussionsveranstaltung nahmen 200 Interessenten teil. Die Abendveranstaltungen wurden zusätzlich von etwa 1000 Teilnehmern besucht. Vorträge: *J. H. v. Heiseler/D. Boris/B. Hartmann,* Marxsche Revolutionstheorie und Übergang zum Sozialismus heute; *P. Brokmeier,* Gattungsinteresse und Klassenkampf: Frieden und Imperialismus; *G. Deumlich,* Partei – Klasse – Masse. Zur historischen Rolle des Proletariats; *E. Dähne/A. Leisewitz,* Marxsche Analyse der industriellen Reservearmee und Arbeitslosenbewegung heute; *B. Landefeld/U. H.-Osterkamp,* Marxismus – Feminismus – Frauenbewegung; *H. J. Sandkühler,* Die Ideologiekonzeption bei Marx und die gegenwärtige Debatte. Abendprogramm mit Podiumsdiskussion zur Perspektive der Linken, Vorträgen und Diskussionen zu: Vorarbeiten von Karl Marx zum „Kapital"; Die Friedensbewegung heute; Materialistische Entwicklungstheorie und Erziehung; Die „Ästhetik des Widerstandes" von Peter Weiss; Frauenerwerbslosigkeit und Möglichkeiten der Gegenwehr.
Bericht: Marxistische Blätter H. 1/1983. *Veröffentlichung* der Beiträge von *P. Brokmeier, J. H. v. Heiseler* und *D. Boris* in: Marxistische Blätter, H. 2/1983; der Beiträge von *H. J. Sandkühler* und *A. Leisewitz* in: rote blätter, H. 1/1983, Beilage.

3. Vortragsveranstaltungen mit *Prof. Dr. Erich Hahn* (Berlin/DDR) zum Thema „Das Sinnproblem im Kampf der Weltanschauungen" an sieben Universitäten der BRD zwischen dem 2. und 10. November 1982. Die Veranstaltungen von IMSF und örtlichen Gruppen des MSB Spartakus wurden insgesamt von ca. 1200 Teilnehmern besucht.

4. „Wir wollen alles! Beruf – Familie – Politik. Frauenarbeit und Frauenbewegung – Erfahrungen und Perspektiven"; Frauenkonferenz des IMSF am 20./21. November in der Universität Frankfurt/M. Referentinnen: *J. Hund,* Frauenerwerbsarbeit und Persönlichkeitsentwicklung; *G. Kessler,* Gewerkschaftliche Kampferfahrungen und Persönlichkeitsentwicklung; *C. Möller,* Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und die Spaltung der abhängig Beschäftigten; *S. Schunter-Kleemann,* Auswirkungen der Krise auf die Lage der erwerbstätigen und nichterwerbstätigen Frauen; *L. Doormann,* Reaktionen und Handlungsperspektiven der Frauenbewegung in der Krise; *U. Westphal-Georgi,* Frauenerwerbstätigkeit – Gewerkschaften – Selbsthilfeprojekte; *H. Fleßner/H. Knake-Werner,* Veränderte Lebensansprüche und Wertvorstellungen von Frauen; *F. Hervé/M. Jansen,* Frauenunterdrückung und Organisationsfrage; *F. Haug,* Frauenfrage und Organisationsfrage; *S. Kontos,* Frauen – autonom von der Arbeiterbewegung. Abendveranstaltung mit *G. Wolfart-Marx, H. Mangold* und der Gruppe Li(e)dschatten. Podiumsdiskussion zum Thema „Strategie der Frauenbewegung" mit *G. Kessler,* IG-Druck und Papier; *V. Konieczka,* Juso; *M. Maren-Griesebach,* Die Grünen; *M. Konze,* DKP; *M. Jansen,* DFI; *E. Görs,* Fraueninitiative 6. Oktober.
Ca. 1000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.
Berichte: Marxistische Blätter H. 1/1983; Konsequent H. 1/1983; spw H. 18, 1983; Sozialismus H. 2/1983; rote blätter H. 1/1983; Courage H. 1/1983; Das Argument H. 137, 1983; Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik H. 12/1982.
Tagungsmaterialien: „Wir wollen alles", Frankfurt/M. 1983.

5. „Das revolutionäre Subjekt in der Welt von heute", Internationale wissenschaftliche Konferenz zum 100. Todestag von Karl Marx, veranstaltet vom IMSF und der Marx-Engels-Stiftung (Wuppertal), Trier 10./11. März 1983. Referenten: *Dr. Heinz Jung* (Leiter des IMSF, Frankfurt/M.), Das revolutionäre Subjekt in der Marxschen Theorie und heute; *Prof. W. A. Medwedjew* (Moskau), Die historische Mission der Arbeiterklasse und ihre Verwirklichung im Sozialismus; *Prof. Harald Neubert* (Berlin/DDR), Die Länder des realen Sozialismus in der Weltarena; *Jaime Barrios* (El Salvador), Die revolutionären Kräfte unter neuen welthistorischen Bedingungen; *Roger Martelli* (Paris), Die französische Arbeiterklasse: Gegenwart und Zukunft ihres revolutionären Kampfes; *Prof. Frank Deppe* (Marburg), Der Kampf um gewerkschaftliche Autonomie als Moment der Entwicklung der Arbeiterklasse der BRD zur „Klasse für sich"; *Willi Gerns* (Düsseldorf), Arbeiterklasse und demokratische Massenbewegungen.
Ca. 400 Teilnehmer. Anschließend vom 12.–15. März 1983 Studienreise nach London mit Teilnahme an den offiziellen Kranzniederlegungen am Grabe von Karl Marx. Ca. 150 Teilnehmer.
Berichte: Marxistische Blätter H. 3, 1983; Das Argument H. 139, 1983. *Veröffentlichung der Tagungsmaterialien* in: Marx ist Gegenwart, Frankfurt/M. 1983.

6. Veranstaltung aus Anlaß des 165. Geburtstags von Karl Marx, am 3. Mai 1983 zusammen mit der Marx-Engels-Stiftung (Wuppertal) in Wuppertal. Referenten: *Heinz Jung, Richard Kumpf.*

7. „Neue Technologien – gewerkschaftliche Alternativen". Arbeitsdiskussion des IMSF, Frankfurt/M., 12. Mai 1983. Diskussionsbeiträge von Gewerkschaftern, Sozial- und Ingenieurwissenschaftlern zu aktuellen technologischen Entwicklungstrends und gewerkschaftlichen Handlungsfeldern und -möglichkeiten.
Tagungsbericht: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6/1983.

8. „Globale Probleme der Gegenwart und die Arbeiterklasse"; Symposium, veranstaltet vom Institut für internationale Politik und Wirtschaft – IPW – (Berlin/DDR), dem Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR – IMEMO – (Moskau) und dem IMSF am 8./9. Juni 1983 in Berlin/DDR.
Referenten: *Prof. M. M. Maximowa, Prof. N. S. Kischilow, Prof. S. M. Nadel, Prof. R. R. Simonjan, Prof. W. W. Waulin* (IMEMO); *Prof. M. Schmidt, Prof. L. Maier, Prof. E. Rechtziegler* (IPW); *Dr. H. Bömer, E. Gärtner, Prof. H. Lange, Prof. L. Peter, Dr. J. Reusch* (IMSF).
Ca. 40 Teilnehmer.
Bericht: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6/1983.
Veröffentlichung der Materialien in Publikationen des IPW.

Autoren dieses Bandes

Andreas Achenbach, Dortmund, geb. 1942; Journalist, Kreisvorsitzender der DKP.

Dr. Hermann Bömer, Dortmund, geb. 1947, Dipl. Volkswirt; Abtlg. f. Raumplanung der Universität Dortmund; Arbeitsgebiete: Alternative Wirtschafts- und Regionalpolitik, Theorie der Raumentwicklung.

Ulrike Bohnenkamp, Dortmund, geb. 1957, Dipl.-Ing. Raumplanung, Universität Dortmund; Arbeitsgebiete: Regionalplanung, Montanregionen.

Klaus Borchardt, Bremen, geb. 1955; Studium der Ökonomie.

Dr. Christoph Butterwegge, Bremen, geb. 1951, Dipl. Sozialwissenschaftler, Lehrbeauftragter Universität/GHS Duisburg, Universität Bremen; Arbeitsgebiete: Staatstheorie, Geschichte der (deutschen und österreichischen) Sozialdemokratie.

Andrew Davies, London, Historiker; Lehrbeauftragter an den Universitäten Cambridge und London; Mitarbeiter der Marx-Memorial-Library, London.

Dr. Michael Ellwardt, Marburg, geb. 1949, Soziologe; Arbeitsgebiete: Staatstheorie, Verbände- und Überbautheorie.

Wolfgang Focke, Berlin/DDR, geb. 1950, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin/DDR.

Dr. Werner Goldschmidt, Hamburg, geb. 1940, Dozent an der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg; Arbeitsgebiete: Soziale Bewegungen und Staatstheorie.

Eva Haake, Oldenburg, geb. 1956, Dipl. Ing. Raumplanung; Arbeitsgebiet: Stadt- und Regionalplanung.

Dr. Frigga Haug, West-Berlin, geb. 1937, Soziologin, Mitherausgeberin der Zeitschrift „Das Argument", wiss. Mitarbeiterin an der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg; Leiterin des Projekts Automation und Qualifikation.

Dr. Gert Hautsch, Frankfurt/M., geb. 1944, Dipl. Volkswirt, Mitarbeiter des IMSF; Arbeitsgebiete: Analyse sozialer Bewegungen und ökonomischer Prozesse der BRD.

Dr. Johannes Henrich von Heiseler, Dierdorf, geb. 1938, Soziologe, Mitarbeiter des IMSF; Arbeitsgebiet: Probleme der Entwicklung gesellschaftlichen Bewußtseins.

Dr. Florence Hervé, Düsseldorf, geb. 1944, Dozentin an der VHS und der Universität Düsseldorf; Arbeitsgebiete: Frauenfrage, Geschichte der Frauenbewegung.

Dr. Peter Hinrichs, Bremen, geb. 1948, Dipl. Soziologe; Arbeitsgebiete: Industrie- und Betriebssoziologie, Arbeitspsychologie, Frankreichforschung.

Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Bremen, geb. 1940, Hochschullehrer für politische Ökonomie an der Universität Bremen; Arbeitsgebiete: Wirtschaftsentwicklung, alternative Wirtschaftspolitik, Monopolisierung, ökonomische Fragen von Rüstung und Abrüstung.

Renate Janßen, Essen, geb. 1954; Journalistin, Autorin des Buches „Frauen ans Gewehr?", Köln 1982.

Dr. Heinz Jung , Frankfurt/M., geb. 1935, Ökonom, Leiter des IMSF; Arbeitsgebiet: Zeitgenössische Kapitalismustheorie und -analyse.

Michael Knieriem, Wuppertal, geb. 1943, Studium der Geschichte und Pädagogik, seit 1971 Leiter des Friedrich-Engels-Hauses, Wuppertal.

Prof. Dr. H. J. Krysmanski, Münster, geb. 1935, Direktor des Instituts für Soziologie der Universität Münster; Arbeitsgebiete: Allgemeine soziologische Theorie, Gesellschaftsstrukturanalyse, Friedens- und Konfliktforschung.

Prof. Dr. Hellmuth Lange, Bremen, geb. 1942, Hochschullehrer an der Universität Bremen; Arbeitsgebiete: Industrie- und Wissenschaftssoziologie.

Dr. André Leisewitz, Frankfurt/M., geb. 1947, Dipl. Biol., Mitarbeiter des IMSF; Arbeitsgebiet: Probleme des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.

Matthias Lux, Oldenburg, geb. 1955, Dipl. Ing. Raumplanung; Arbeitsgebiet: Stadt- und Regionalplanung.

Prof. Dr. G. I. Morosow, Moskau, Stellvertretender Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rates zur Erforschung der Probleme von Frieden und Abrüstung.

Dr. Manfred Müller, Berlin/DDR, geb. 1938, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin/DDR.

Ingeborg Nödinger, Frankfurt/M., geb. 1944, Dipl. Soziologin; Arbeitsgebiet: Geschichte der Frauenbewegung und Frauenpolitik.

Manfred Ossenbeck, Marburg, geb. 1955, Studium der Gesellschaftswissenschaften; Arbeitsgebiete: Bildungspolitik, Friedensbewegung, Geschichte der Arbeiterbewegung.

Prof. Dr. Lothar Peter, Bremen, geb. 1942, Hochschullehrer an der Universität Bremen; Arbeitsgebiete: Industrie- und Betriebssoziologie, Lage der Arbeiterklasse im Kapitalismus, Soziale Bewegungen.

Klaus Pickshaus, Frankfurt/M., geb. 1949, Politikwissenschaftler, Mitarbeiter des IMSF; Arbeitsgebiete: Analyse sozialer Bewegungen, Gewerkschaftstheorie.

Bernhard Roth, Marburg/L., geb. 1950, Dipl.-Volkswirt, Doktorand; Arbeitsgebiete: Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Finanzwissenschaft, Krisentheorie.

Thomas Sauer, Bremen, geb. 1958, Studium der Ökonomie.

Dr. Winfried Schwarz, Frankfurt/M., geb. 1948, Dipl. Soziologe, Mitarbeiter des IMSF; Arbeitsgebiet: Marxistische Politische Ökonomie, Marx-Forschung.

Ulrich Semmelrogge, Hamburg, geb. 1953, Studium der Sozialökonomie an der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg; Arbeitsgebiet: Staats- und Regionalanalyse.

Bernd Michael Semmler, Offenbach/Main, geb. 1952, Dipl. Volkswirt, Soziologiestudent, Hauptarbeitsgebiete: Internationalisierungsprozesse, soziale Bewegungen.

Alma Steinberg, Frankfurt/M., geb. 1950, Dipl. Pädagogin, Arbeitsgebiet: Frauenbewegung und Frauenpolitik.

Dr. Kurt Steinhaus, Düsseldorf, geb. 1938, Politikwissenschaftler, Referent beim Parteivorstand der DKP.

Heinz Thüer, Duisburg, geb. 1953, Sozialwissenschaftler; Arbeitsgebiete: Gewerkschaftstheorie und -geschichte, Analyse sozialer Bewegungen.

Stephan Voets, Düsseldorf, geb. 1946, Lehrer, Referent für Wissenschafts- und Hochschulpolitik beim Parteivorstand der DKP.

Zusammenfassungen

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, 1983, S. 21–43

Lothar Peter
Krise der Arbeiterklasse? Krise der Arbeiterbewegung? Zur aktuellen Diskussion um Fragmentierung und Vereinheitlichung der Arbeiterklasse

Seit einigen Jahren ist von einer „Krise des Marxismus" die Rede. In diesem Zusammenhang wird auch die These vertreten, daß die gegenwärtigen Vergesellschaftungsprozesse zu einer sozialen Erosion der Arbeiterklasse führten und damit auch die marxistische Bestimmung der Arbeiterklasse als kollektives revolutionäres Subjekt der bürgerlichen Gesellschaft in Frage stellten. Peter setzt sich mit Kritikern des marxistischen Begriffs der Arbeiterklasse auseinander. Er wendet sich aber auch gegen Auffassungen, die von der Arbeiterbewegung heute keine grundlegenden Veränderungen mehr erwarten, sondern auf die „neuen sozialen Bewegungen" setzen. Peter stellt dar, warum die Arbeiterbewegung trotz ihrer vielfältigen Problematik eine unverzichtbare Aufgabe und Funktion im Kampf für antikapitalistische Veränderungen hat.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, 1983, S. 44–83

Heinz Jung
Zur Arbeiterklasse der 80er Jahre

Der Verfasser stellt seine Betrachtung in den Zusammenhang der Argumente im Karl-Marx-Jahr zur gesellschaftlichen Stellung und Rolle der Arbeiterklasse in der BRD. Dabei stellt er die im IMSF entwickelte sozialökonomische Bestimmung der Arbeiterklasse durch den entwickelten Warencharakter der Arbeitskraft vor und polemisiert gegen Ansichten der „weiten" Arbeiterklasse, die die Entwicklung lohnabhängiger Mittelschichten und Intelligenz negieren. Im zweiten Teil vermittelt der Verfasser Strukturangaben zur Entwicklung der Arbeiterklasse seit 1960 und betrachtet besonders die Struktur zu Beginn der 80er Jahre. Ferner werden die Mobilitätsprozesse in den 70er Jahren und Angaben zum sozialökonomischen Kern der Arbeiterklasse vorgestellt. Schließlich erörtert ein dritter Abschnitt die Rolle des Betriebes als wesentliche Formierungsbasis der Arbeiterklasse, dabei besonders die betrieblich gewerkschaftliche Klassenorganisation und aktuelle Hegemonieprobleme.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, 1983, S. 84–106

André Leisewitz
Neue Technologien und Arbeiterklasse. Zur Entwicklung des Produktivkraftsystems in der Bundesrepublik

Die 70er und beginnenden 80er Jahre sind eine Periode der raschen Einführung neuer Technologien. Der Verfasser untersucht ihre Rolle im System der materiellen Produktivkräfte, Tendenzen und Möglichkeiten ihrer Einführung auf betrieblicher Ebene, den Stand ihrer Verbreitung und einige Auswirkungen ihrer kapitalistischen Nutzung auf sozialstrukturelle Prozesse und die Arbeitsbedingungen. Vorangestellt werden Überlegungen zum Verhältnis von Arbeiterklasse und Produktivkraftentwicklung. Der Beitrag zeigt, daß moderne Technologien insbesondere auf mikroelektronischer Grundlage in der Metallwirtschaft 1982/83 bereits überraschend weit verbreitet sind. Rund 20 Prozent der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung nutzten Anfang der 80er Jahre programmgesteuerte Geräte als Haupt- oder wichtiges Arbeitsmittel. Ihre Anwendung bedeutet stärkere Unterordnung der Lohnarbeit unter den technisch vorgegebenen Rhythmus der materiellen Produktivkräfte. In der Praxis zeigt sich bezüglich der Arbeitsbedingungen (Dispositionsräume, Qualifikation u. a.) ihre polarisierende Wirkung auf den Gesamtarbeiter sowohl bei Arbeitern wie bei Angestellten.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, 1983, S. 107–124

Hermann Bömer/Ulrike Bohnenkamp
Regionalentwicklung der Wirtschaftsstruktur und der Arbeiterklasse

Die Untersuchung konzentriert sich auf die 16 großstädtischen Zentren der BRD. Eine Interpretation der Entwicklung mit dem Begriffspaar alte-neue/dynamische Zentren wird für unzureichend gehalten. Die Unterschiede werden vor allem an der Beschäftigungsstruktur im verarbeitenden Gewerbe/Industrie und im tertiären Sektor herausgearbeitet. Bei der Ausdifferenzierung unter Beachtung vieler Faktoren stehen Stuttgart, München, Hamburg, Frankfurt am oberen, die Ruhrgebietsstädte am unteren Ende der Skala. Es wird nachgewiesen, daß Krise und Arbeitslosigkeit auch um die dynamischen Zentren keinen Bogen machen und eine moderne Wirtschaftsstruktur dagegen alleine keine ausreichende Barriere ist. Aufmerksamkeit wird dem Vergleich der dynamischen (Stuttgart, Hamburg) und der alten (Dortmund, Saarland) Zentren gewidmet. Es wird auf eine unterschiedliche Krisenbetroffenheit der Arbeiterklasse in den unterschiedlichen Zentrentypen verwiesen. Gleichwohl besteht eine relative Einheitlichkeit von Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, 1983, S. 125–136

Andreas Achenbach/Hermann Bömer
Dortmund als „altes Zentrum" der Arbeiter- und demokratischen Bewegung

Die von den Verfassern vertretene These lautet, daß trotz extrem negativer wirtschaftlicher Bedingungen die Arbeiter- und demokratische Bewegung Dortmunds auch in Zukunft eine führende Rolle spielen kann. Im Mittelpunkt der Darstellung steht eine Skizze der jüngeren historischen Entwicklung der Arbeiterbewegung. Die SPD stellt sich als Haupterbe der Linkspotentiale der Dortmunder Arbeiterklasse dar. Sie ist in Dortmund nach wie vor Arbeiterpartei. Erbe und Sozialstruktur bedingen ambivalente Haltungen. Im Kampf gegen die Auswirkungen der Krise ragt die Bewegung „Stahlwerk Jetzt!" in der jüngeren Zeit hervor, die heute in Verstaatlichungsforderungen mündet. Dies beweist, daß Verteidigungskämpfe zu offensiven gesellschaftspolitischen Forderungen führen können. In den neuen sozialen Bewegungen, den demokratischen Bewegungen und der Friedensbewegung spielt das Arbeiterelement eine wichtige und gewichtige Rolle. Die Widersprüchlichkeit der Entwicklung des Widerstandspotentials erschließt sich aus dem Vergleich der Wahlergebnisse für die Grünen und die DKP in Dortmund.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, 1983, S. 137–154

Heinz Thüer
„Vergesellschaftung der Stahlindustrie" – Träger, Triebkräfte, Ziele der Bewegung

In Bewegungen gegen Arbeitsplatzabbau und Werksschließungen hat die Forderung nach Verstaatlichung in neuakzentuierter Form und in Verbindung mit neuen qualitativen Momenten Auftrieb erhalten. Dies gilt besonders für die Stahlindustrie der Bundesrepublik. Der Verfasser untersucht die Entwicklung der Verstaatlichungsforderung im Stahlbereich und geht auf die unterschiedliche Entwicklung im Ruhrgebiet und im Saarland ein. Segmentierungsprozesse treten im Zusammenhang mit unterschiedlicher Krisenbetroffenheit und einem unterschiedlichen Niveau der Kampf- und Organisationserfahrung auf. Aufmerksamkeit wird den Trägern der Verstaatlichungsforderung und der Herausbildung „informeller Strukturen" gewidmet. Berührungspunkte zu neuen sozialen Bewegungen zeigen sich in praktischer wie programmatischer Hinsicht. Möglichkeiten und Grenzen der Verstaatlichung im Kapitalismus vom Interessenstandpunkt der Arbeiterklasse werden abschließend diskutiert.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, 1983, S. 155–166

Peter Hinrichs
Sozialpartnerschaft auf schmalerer Basis? Zur Politik der Unternehmerverbände im Zeichen der „geistig-moralischen Wende"

Der Verfasser untersucht die seit Mitte der siebziger Jahre sichtbar werdenden Tendenzen der Repolitisierung und Reideologisierung der Unternehmerverbände in der Bundesrepublik. Dargestellt werden die Bemühungen um die Formulierung eines neuen elitären Selbstverständnisses sowie der daraus hergeleitete gesellschaftliche Führungsanspruch der Unternehmer. Anhand ausgewählter tarif- und gesellschaftspolitischer Konflikte zwischen Arbeit und Kapital in den letzten Jahren wird aufgezeigt, daß die Unternehmerverbände ihre praktische Politik gegen die Arbeiterklasse vor dem Hintergrund einer relativ einheitlichen Zielperspektive (wie sie im Tabu-Katalog festgehalten ist) betreiben und darüberhinaus – gesamtgesellschaftlich – in die Offensive gegangen sind.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, 1983, S. 167–176

Johannes Henrich von Heiseler
Zu einigen Aspekten der Bewußtseinsentwicklung in der Arbeiterklasse

Auf der Grundlage v. a. von Expertengesprächen mit betrieblichen und gewerkschaftlichen Kadern werden einige Fragen der Bewußtseinsentwicklung in der Arbeiterklasse erörtert. Zu den Technikeinstellungen hebt der Autor hervor, daß sie sich auf der Grundlage betrieblicher Widerspruchserfahrungen bilden und in ihnen daher durchaus ein Mißtrauen gegen aktuelle Rationalisierungsstrategien angelegt ist, das auch gegenüber Positionen der neuen sozialen Bewegungen offen ist. Ähnlich bei den Einstellungen zu Maßnahmen staatlicher Erfassung wie der Volkszählung; bei Angestellten scheinen antibürokratische Stimmungen eher reaktionär zu mobilisieren. Der Autor weist auf die wachsende Bedeutung ethischer Legitimation für betriebliche Aktionen hin und auf das Problem des Auseinanderklaffens von Mobilisierungsbereitschaft und Gewerkschaftsorientierung bei jüngeren Lohnarbeitern.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, 1983, S. 177–198

Gert Hautsch/Bernd Semmler
Betriebsbesetzungen und gewerkschaftlicher Kampf. Rahmenbedingungen, Triebkräfte und Perspektiven betrieblicher Abwehrkämpfe gegen Arbeitsplatzvernichtung

Die Autoren untersuchen Ursachen, Triebkräfte und mögliche Konsequenzen der in den letzten Jahren spürbar angestiegenen Kampftätigkeit auf betrieblicher Ebene in Abwehr von Arbeitsplatzvernichtung. Betriebsbesetzungen als eine hochentwickelte Form solcher Kämpfe stehen im Mittelpunkt des Interesses. Ausgehend von den ökonomisch-sozialen Rahmenbedingungen (dauerhafte Massenarbeitslosigkeit, Schwächung traditioneller gewerkschaftlicher Durchsetzungsinstrumente, labile Stimmungslage in der Arbeiterklasse) werden solche Bewegungen am Beispiel von vier Frankfurter Betrieben analysiert, in denen 1981/82 Abwehrkämpfe stattfanden: Triumph/Adler, Vereinigte Deutsche Metallwerke, Rockwell-Golde und Demag-Pokorny. Es werden objektive und subjektive Bedingungen für die Herausbildung von Widerstandspotential und die Triebkräfte der konkreten Handlungsfähigkeit von Belegschaften dargestellt. Die Untersuchung zeigt, daß Betriebsbesetzungen und Abwehrkämpfe allgemein Möglichkeiten zu raschen Bewußtseinsentwicklungen bei den Beteiligten schaffen, daß solche Tendenzen aber erst dann wirksam sein können, wenn sie ideologisch unterstützt werden. Für die Gewerkschaften stellt sich die Aufgabe, betriebliche Kämpfe weit mehr als bisher zu fördern und als wichtige Voraussetzung für die Durchsetzungschancen der eigenen Politik zu begreifen.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, 1983, S. 199–222

Klaus Pickshaus
Politische Differenzierungen im Großbetrieb: Zur Herausbildung linksoppositioneller Betriebsratslisten

Untersucht werden politische Differenzierungsprozesse in der Arbeiterklasse, die im Großbetrieb in besonders konzentrierter Form feststellbar sind. Anhand der Ergebnisse der Betriebsratswahlen in den 70er und 80er Jahren wird eine Polarisierung der betrieblichen Kräfteverhältnisse analysiert: Zunahme ständischer sowie rechter, sozialpartnerschaftlicher und unternehmerfreundlicher Listen, aber auch Prozesse einer Ablösung von sozialpartnerschaftlicher Politik. Eine neue Form ist die Herausbildung linksoppositioneller Betriebsratslisten. Nach einem bundesweiten Überblick werden Entstehungsbedingungen, Basis, Profil, politische Orientierung und Entwicklungsrichtung solcher Listen und Gruppen am Beispiel von fünf Großbetrieben untersucht. War das erste Auftreten dieser Listen stark auf den Ausländerbereich konzentriert und vielfach von linkssektiererischen Gruppen beeinflußt, so wird die zweite Generation eher durch den Bruch mit der Sozialpartnerschaft in der Krise charakterisiert, getragen von einem neuen Typ junger Gewerkschafter, der oft linkssozialdemokratisch orientiert ist. Für gewerkschaftliche Klassenpolitik werden neue Anforderungen sichtbar, einer betriebssyndikalistischen Isolierung dieses oppositionellen Milieus entgegenzuwirken und alle sichtbar werdenden Ansätze von Klassenbewußtsein auf eine Politik gewerkschaftlicher Autonomie und Einheit zu orientieren.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, 1983, S. 223–234

Kurt Steinhaus
Zur Betriebsorientierung der marxistischen Arbeiterpartei der BRD

Der Verfasser stellt die Betriebsorientierung der DKP vor, wie sie im Parteiprogramm von 1978 begründet und auf der 6. Parteivorstandstagung der DKP (November 1982) konkretisiert wurde. Ausgangspunkt ist eine Skizze zu den Strukturveränderungen der Wirtschaft und der Arbeiterklasse der BRD in den letzten Jahrzehnten. Ein weiterer Zugang ist die Untersuchung der Krisenauswirkungen auf die Ideologiemuster in der Arbeiterklasse. Für die Kommunisten ist der Betrieb nach wie vor eine erstrangige Lebenssphäre und Sozialisationsinstanz der Arbeiterklasse, obwohl Konsum, Freizeit etc. in ihrer Bedeutung deutlich an Boden gewonnen haben. Deshalb ist die Stärkung der Betriebsgruppen in Großbetrieben und der Betriebsarbeit generell ein zentrales Arbeitsfeld der DKP.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, 1983, S. 235–258

Jörg Huffschmid
Die Wirtschaftskrise in der BRD: Tendenzen und Perspektiven

Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen die ökonomischen Kernprozesse, aus denen die „drei großen Gefahren" (ökonomische und soziale Krise, ökologische Krise, Kriegsgefahr) für die Existenz der Menschen in der BRD resultieren. Der Verfasser beginnt mit der Erklärung des zyklischen Verlaufs der kapitalistischen Wirtschaft und der derzeitigen (1980–83) Krise. Das Nachfragedefizit wird systematisch aus den sozialökonomischen Grundlagen erklärt. Der folgende Schwerpunkt ist die Analyse der überzyklischen Krisen im Zusammenhang mit der Produktivkraftentwicklung unter kapitalistischen Formen. Bei der Erklärung der Überakkumulation macht der Verfasser auf die überzyklischen Nachfragedefizite und Tendenzen der Ökonomisierung des konstanten fixen Kapitals aufmerksam. Die Ursachen der Ökokrise ortet er im einzelkapitalistisch orientierten Profitmotiv. Im Unterschied zum Massenruin, der mit sinkender Kaufkraft verbunden ist, wirkt der Ruin der Umwelt nicht als ökonomische Verwertungsschranke.

Die gegenwärtige Entwicklungsperiode wird vom Verfasser als Austeritätspolitik nach innen und Expansionspolitik nach außen charakterisiert. Ein Bruch mit dieser reaktionären Entwicklungsvariante scheint nur per Rückorientierung auf den Binnenmarkt und Massendruck möglich.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, 1983, S. 259–284

Bernhard Roth
Die Rolle der Xenofinanzmärkte in der internationalen Finanzkrise

In den internationalen Kreditbeziehungen droht eine Stockung einzutreten, die zum kumulativen Zusammenbruch des gesamten internationalen Kreditgebäudes führen kann. Gefährdet sind die Eurokredite der internationalen Banken an einige Schwellenländer, die angesichts der Zinssteigerungen in den letzten Jahren und angesichts der Weltwirtschaftskrise in akute Zahlungsnöte geraten sind. Im Hintergrund dieser bedrohlichen Situation steht die gewaltige Expansion der Xenofinanzmärkte, die weitgehend nationalstaatlichen Regulierungen entzogen gewesen sind. Die Analyse der Entwicklung dieser Finanzmärkte zeigt, daß der Verzicht auf ihre Regulierung im Einklang mit expansiven Kapitalstrategien stand, die von den kapitalistischen Staaten unterstützt worden sind. Die Finanzierung der wachsenden Zahlungsbilanzungleichgewichte durch die Xenofinanzmärkte hat den Ausbruch einer internationalen Krise zwar verzögert, jedoch zugleich zu einer Kumulation der Ungleichgewichte geführt. Der heutigen Krise kann mit einem geschickten internationalen Schuldenmanagement kaum begegnet werden, es sind vielmehr grundlegende Veränderungen in den internationalen Handels-, Währungs- und Kreditbeziehungen vonnöten.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, 1983, S. 285–301

Michael Ellwardt
Staat und Monopole: das Beispiel Wettbewerbsgesetzgebung

Nach einem knappen historischen Abriß und der Charakterisierung des Gesetzes über Wettbewerbsbeschränkung (GWB) von 1957 untersucht der Verfasser die Konzeption des funktionalen Wettbewerbs und bestimmt sie als adäquate Fassung der Verhältnisse monopolistischer Konkurrenz. Die Funktionsweise der Wettbewerbsgesetze wird anhand der Fusionskontrolle erläutert. Im Hauptteil wird dargestellt, wie die 4. Novelle des GWB von 1973 zustande kam. Es wird besonders das Wechselverhältnis von Spitzenbürokratie, der die Initiative in der Gesetzesprozedur oblag, Monopolverbänden und Bundestagsparteien analysiert und untersucht, wie Kräfteverhältnisse die Formulierung der Gesetzestexte beeinflußten. Zum Schluß werden die neuesten Monopolisierungsdaten vorgestellt.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, 1983, S. 302–315

Christoph Butterwegge/Manfred Ossenbeck
SPD und Friedensfrage
Positionen fortschrittlicher Sozialdemokraten zur Friedenssicherung

Obwohl oder gerade weil die rechtssozialdemokratische Partei- und Regierungsspitze maßgeblichen Anteil am Zustandekommen des sog. NATO-Doppelbeschlusses hatte, kommt der SPD entscheidende Bedeutung im Kampf um die Verhinderung der Raketenstationierung zu. Der Aufsatz untersucht Differenzierungs- bzw. Polarisierungsprozesse innerhalb der Sozialdemokratie und führt sie auf den wachsenden Druck der Friedensbewegung zurück. Die Darstellung unterschiedlicher Positionen (Egon Bahr, Erhard Eppler, Oskar Lafontaine, Karsten Voigt) zeigt, daß die historische Doppelstruktur der SPD im Hinblick auf die Friedensfrage durchbrochen wird, weil die Bereitschaft zu Bündnissen mit der Friedensbewegung nicht nur Reformisten erfaßt, sondern Ansatzpunkte dafür bis weit ins Lager des sozialliberalen Integrationismus und der Parteiführung hineinreichen.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, 1983, S. 316–323

Florence Hervé/Renate Janßen
Frauenbewegung und Friedensbewegung – einige Aspekte

Probleme der Friedenssicherung und Friedensbewegung werden heute in allen Sektoren der Frauenbewegung diskutiert. Dabei ist die historische Erfahrung wichtig, daß an den geschichtlichen Entscheidungspunkten die Frauenbewegung stets gespalten war in der Frage Krieg und Frieden, abhängig von gesellschafts- und klassenpolitischen Bindungen. Kennzeichnend für die heutige Frauenfriedensbewegung sind die Vielfalt ihrer Zugänge, die große Bedeutung des antimilitaristischen Engagements und ihre internationale Verflechtung. Über die Ursachen von Militarismus und Gewalt werden tiefe Meinungsverschiedenheiten ausgetragen, die auch Folgen für die politische Formierung und Strategie der Frauen im Rahmen der gesamten Friedensbewegung haben.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, 1983, S. 324–340

H. J. Krysmanski
Vom Politischwerden der herrschenden Soziologie in der Bundesrepublik

In der gegenwärtigen Krise ist zwar ein Ausbau der Repressionsapparate z. T. auf Kosten angewandter Sozialforschung zu beobachten, doch bleibt Raum für „soziologische Problemlösungsaktivitäten". Die herrschende Soziologie als eine organisierte Fachdisziplin ist allerdings gefährdet und beginnt auf diese Gefährdung durch eine bewußtere Orientierung an den im staatsmonopolistischen Regulierungssystem zur Verfügung stehenden Krisenlösungstrategien zu reagieren. Als „Fach" gedeiht sie dabei am besten im Milieu des Ausbaus des Sozialstaats, auch wenn es in ihr neben dieser „sozialreformistischen" Orientierung auch „konservative" und „alternative" Strömungen gibt. Letztlich wird die Soziologie gezwungen, sich in den Kampf um die Spielregeln der Verteilung der öffentlichen Finanzen einzulassen; dadurch wird sie politischer als bisher.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, 1983, S. 341–355

Winfried Schwarz
Wie sie zu Marx stehen... Hauptrichtungen des bundesdeutschen Umgangs mit Karl Marx in seinem 100. Todesjahr

Nur die kämpferischen Marxisten nahmen den 100. Todestag von Karl Marx zum Anlaß, mit dessen Theorien und Methoden die aktuellen gesellschaftlichen Probleme zu verarbeiten. Ganz im Gegensatz dazu entstellte die in den Medien vorherrschende konservative Marxbehandlung die Lehre von Marx zur „Ersatzreligion" und verbreitete Verleumdungen über sein persönliches Leben. Teile des Werkes von Marx versuchten rechtssozialdemokratische Theoretiker für sich zu beanspruchen, allerdings mit klarer Stoßrichtung gegen die Einheit des Marxismus und seine Fortentwicklung zum Marxismus-Leninismus. Die bedeutendsten Positionsveränderungen gab es im Bereich von bisher an Marx orientierten linken Intellektuellen. Wie am Fall des „Argument"-Sonderbandes zu zeigen versucht wird, rückt die in dieser Zeitschrift dominierende Richtung unter der Losung eines offeneren, „polyzentrischen" Marxismus von Grundpositionen der Theorie von Karl Marx ab.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, 1983, S. 356–366

Manfred Müller/Wolfgang Focke

Ein bisher unveröffentlichter Marx-Text liegt vor. Zum Erscheinen des MEGA-Bandes II/3.6, der die Hefte XIX–XXIII des Manuskripts „Zur Kritik der politischen Ökonomie" enthält.

Seine Arbeit am zweiten ökonomischen Manuskript unterbrach Marx im Abschnitt „Relativer Mehrwert" nicht nur, um die „Theorien über den Mehrwert" zu verfassen, sondern auch, um wissenschafts- und technikgeschichtliche Wissenslücken zu schließen. Die neuen Kenntnisse bestimmten die Fortsetzung des „Relativen Mehrwerts", der nunmehr mit den übrigen Schlußkapiteln des Manuskripts erstmalig in der Originalsprache in der MEGA vorliegt. Marx war jetzt in der Lage, die auf Maschinerie gegründete Fabrik nicht nur vom Standpunkt des Verwertungsprozesses zu betrachten, sondern auch ihren stofflichen Entwicklungsprozeß aus der einfachen Arbeitsmaschine nachzuvollziehen und damit zu begründen, wie das Kapital im Prozeß der reellen Subsumtion eine seinem sozialen Herrschaftsverhältnis adäquate stoffliche Gestalt annimmt, die im feindlichen Widerspruch zur lebendigen Arbeit steht. Die Verfasser gehen auch auf die ersten Ansätze der Reproduktionstheorie und die endgültige Klärung des Strukturprinzips für das „Kapital" ein.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 6, 1983, S. 367–375

Michael Knieriem

Engels als politischer Flüchtling in der Schweiz im Sommer 1849 – Versuch einer Dokumentation

Diese Dokumentation hat das Ziel, alle offiziellen Unterlagen, die sich auf Friedrich Engels' Aufenthalt in der Schweiz im Sommer 1849 beziehen, aufzuführen. Neben einigen neuen Datierungen über die Kantonierungsorte wird deutlich, daß sich Friedrich Engels in Begleitung piemontesischer Carabinieri von der Schweizer Grenze bis nach Genua begeben mußte. Die Aussage Engels', „diese verfluchte Polizeiatmosphäre zu verlassen", wird dadurch erst verständlich.

IMSF-Neuerscheinungen 1983

Arbeitsmaterialien Band 13

Volkszählung – nein danke!

Auf dem Weg zum Erfassungsstaat

Materialien zur Auseinandersetzung um die Volkszählung,
zu den Möglichkeiten der Datenverarbeitung,
zu den Forderungen an die amtliche Statistik,
zur Situation, den Forderungen und Kämpfen
im Bereich des Datenschutzes

Verfasser: Walter Baumann, Eberhard Dähne, Jörg Hofmann,
Martin Kutscha, Klaus Priester
111 Seiten, 8,– DM

Arbeitsmaterialien Band 14

Zur Sozialpolitik im Kapitalismus und Sozialismus

Materialien einer gemeinsamen Tagung des Instituts für Marxismus-Leninismus, Moskau, und des IMSF

Redaktion: Gert Hautsch
136 Seiten, 15,– DM

Soziale Bewegungen – Analyse und Dokumentation des IMSF
Heft 12

Nicht wehrlos – doch wohin?

Gewerkschaften und neue soziale Bewegungen unter der CDU-Herrschaft

Verfasser: Hartmut Dybowski, Jörg Goldberg, Gert Hautsch,
Klaus Pickshaus, Bernd Semmler, Angelina Sörgel
112 Seiten, 8,– DM

Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V.
Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main 1

IMSF-Beiträge 6

Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik

Theorie · Diskussion · Empirische Analyse

IMSF-Beiträge 6/I

Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik

Staatsdiskussion und Staatstheorie

Die Hauptabschnitte:
Zur Entwicklung der materialistischen Staatstheorie ● Staatsdiskussion in der BRD heute ● Der Staat im SMK der BRD ● Der BRD-Staat im Massenbewußtsein

Beiträge von: Dr. H.-J. Axt, Dr. Ch. Butterwegge, Prof. Dr. F. Deppe, M. Eihsen/A. Gottschalk, Dr. J. H. v. Heiseler, Prof. Dr. J. Huffschmid, Dr. H. Jung, U. Kypke, Prof. Dr. J. Schleifstein, C. Skrobanek, Dr. A. Sörgel, Dr. H. Werner

Redaktion: Dr. Heinz Jung, Prof. Dr. Josef Schleifstein — 494 Seiten, DM 30,–

Als Beilage der **Graphikzyklus „Staat und Revolution"** von **Carlo Schellemann**

IMSF-Beiträge 6/II

Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik

Empirische Analysen · Fakten

Die Hauptabschnitte:
Der Staat der BRD: Umrisse, Ökonomische Grundlagen, Finanzstruktur ● Der Staatsapparat der BRD ● Einzelaspekte empirischer Staatsanalyse ● Staat und Reproduktionsprozeß.

Mitarbeit von: A. Bühl, Dr. Ch. Butterwegge, M. Eihsen, M. Ellwardt, A. Gottschalk, Dr. G. Hautsch, K. Herkenroth, Dr. H. Jung, Dr. U. Kypke, H. Mestars, A. Schulte, C. Skrobanek, Dr. A. Sörgel.

Redaktion: Dr. Heinz Jung — 558 Seiten, DM 30,–

Bezug über den Buchhandel oder direkt vom IMSF. Gesamtpreis bei Abnahme beider Bände DM 50,–.

IMSF **Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V.**
Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main 1

Paperback, 360 Seiten, zahlreiche Abbildungen, 19,80 DM

Dieses Buch enthält die Beiträge einer internationalen Konferenz, die das IMSF gemeinsam mit der Marx-Engels-Stiftung und einem Einladerkreis marxistischer Wissenschaftler aus Anlaß des Karl-Marx-Jahres 1983 über die Bedeutung und Wirksamkeit des Marxismus in der Gegenwart durchführte. Es dokumentiert die Thesen des IMSF zum Karl-Marx-Jahr, enthält Berichte über Veranstaltungen in Trier und London, eine Analyse der Tendenzen bundesdeutscher Marx-Beschäftigung im Jahr 1983 und ein Verzeichnis marxistischer Publikationen in der Bundesrepublik zum Karl-Marx-Jahr.

VMB

Verlag Marxistische Blätter
Heddernheimer Landstraße 78a
6000 Frankfurt am Main 50

Karl Marx/Friedrich Engels Gesamtausgabe (MEGA)

Herausgeber: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU und Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED
Text und Apparat · Kunstleder im Schuber
Je Band 143,80 DM

Die bereits erschienenen Bände: I/1, I/2, I/10, I/22, II/1.1, II/1.2, II/2, II/3.1, II/3.2, II/3.3, II/3.4, II/3.5, II/3.6, III/1, III/2, III/3, IV/1 und IV/2 sind lieferbar.
Bis Ende 1983 erscheinen die Bände II/5, IV/6 und IV/7.

Marx-Engels-Jahrbücher

Herausgeber: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU und Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED
Kunstleder · Je Band 40,50 DM
Die bereits erschienenen Jahrbücher 1 bis 5 sind lieferbar.
Das Jahrbuch 6 erscheint noch 1983.

Karl Marx / Friedrich Engels · Werke

Herausgeber: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED
Kunstleder · Gesamtpreis 659,50 DM
Jeder Band ist auch einzeln erhältlich.
Die Ausgabe umfaßt bisher 39 Bände in 41 Büchern sowie einen Ergänzungsband in zwei Teilen. In enger Verbindung mit der Herausgabe der historisch-kritischen Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) werden noch weitere Ergänzungsbände veröffentlicht. Die bisher vorliegenden zwei Bücher des Ergänzungsbandes „Schriften bis 1844" werden als Band 40 und 41 in die fortlaufende Zählung einbezogen. Band 42 befindet sich in Vorbereitung. Er enthält Marx' „Ökonomische Manuskripte 1857/1858"

Renate Merkel

Einführung in Marx' und Engels' Schrift Manifest der Kommunistischen Partei

48 Seiten · Broschur · 1,60 DM

Hans Koch

Marx, Engels und die Ästhetik

Herausgeber: Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED · 208 Seiten · Leinen · 13,60 DM

DIETZ VERLAG BERLIN
DDR-1020 Berlin · Wallstraße 76–79

Pahl-Rugenstein
Herbst 1983

Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon (02 21) 36 40 51

Karl D. Bredthauer (Hrsg.)
Sage niemand, er habe es nicht wissen können
prv aktuell. Kleine Bibliothek Band 278
Etwa 160 Seiten mit Fotos
ca. DM 7,–
ISBN 3-7609-0784-9

Gerhard Kade
Die Amerikaner und wir
Kleine Bibliothek Band 311
Etwa 160 Seiten, DM 12,80
ISBN 3-7609-0791-1

Gerhard Kade
Die Russen und wir
Kleine Bibliothek Band 312
Etwa 140 Seiten, DM 12,80
ISBN 3-7609-0848-0

Renate Kerbst/Gregor Witt (Hrsg.)
Friedenserzieher Bundeswehr?
Militär in Schule und Unterricht
Kleine Bibliothek Band 297
Etwa 210 Seiten, DM 14,80
ISBN 3-7609-0790-3

Sven Güldenpfennig/Horst Meyer (Hrsg.)
Sportler für den Frieden
Sport, Arbeit, Gesellschaft Band 22
Etwa 200 Seiten, ca. DM 14,80
ISBN 3-7609-0846-2

Manfred Bosch (Hrsg.)
„... du Land der Bayern"
Ein politisch-historisches Lesebuch
Mit zahlreichen Fotos und dokumentarischen Abbildungen.
Kleine Bibliothek Band 293
Etwa 280 Seiten, DM 14,80
ISBN 3-7609-0764-4

Werner Balsen/Hans Nakielski/Karl Rössel/Rolf Winkel
Ohne Arbeit geh'ste kaputt
Alltag und Gegenwehr von Arbeitslosen. Eine soziale Reportage
Kleine Bibliothek Band 302
Etwa 180 Seiten, DM 12,80
ISBN 3-7609-0798-9

Susanne v. Daniels/Frajo Krick/Gusti Steiner u. a. (Hrsg.)
Krüppel-Tribunal
Menschenrechtsverletzungen im Sozialstaat
Kleine Bibliothek Band 303
Etwa 220 Seiten, DM 14,80
ISBN 3-7609-0799-7

Jürgen Grumbach (Hrsg.)
Grünbuch II
Chronik laufender Umweltskandale – Saurer Regen – Boden- und Umweltbelastung – Wasser- und Meeresverschmutzung – Energie – Umwelterziehung – Ökologie, Ökonomie und Gesellschaftspolitik. Ein Jahrbuch.
prv-aktuell. Kleine Bibliothek Band 300
Etwa 220 Seiten, DM 10,–
ISBN 3-7609-0796-2

Hans G. Helms
Städte in den USA
Auf dem Weg zum Kollaps
StadtPlan 8
Etwa 200 Seiten, ca. DM 16,80
ISBN 3-7609-0845-4

Rudolf Hartmann
Japan
Gesellschaft, Politik, Wirtschaft
Kleine Bibliothek Band 292
Etwa 300 Seiten, DM 14,80
ISBN 3-7609-0786-5

Helmut Kopetzky
Die andere Front
Europäische Frauen in Krieg und Widerstand 1939–1945
Mit zahlreichen Abbildungen
Kleine Bibliothek Band 306
Etwa 200 Seiten, DM 12,–
ISBN 3-7609-0837-3

Georg Fülberth
Leitfaden durch die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland
Kleine Bibliothek Band 310
Etwa 150 Seiten, DM 7,80
ISBN 3-7609-0841-1

Gisela Preuschoff
Von 3 bis 6
Alltag mit Vorschulkindern
Mit zahlreichen Fotos und Karikaturen
Kleine Bibliothek Band 296
Etwa 280 Seiten, DM 14,80
ISBN 3-7609-0789-X

Wir Frauen '84
Taschenkalender mit flexiblem Einband
Voller Bilder und Daten, Porträts und Karikaturen, Tips und Texten
320 Seiten, DM 8,50
ISBN 3-7609-0762-8

Gerhard Brendler
Martin Luther
Theologie und Revolution
Etwa 500 Seiten, Leinen mit Schutzumschlag, DM 24,80
ISBN 3-7609-0842-X

Deutsche Geschichte in zwölf Bänden
Die fundierteste, umfassendste und umfangreichste „Deutsche Geschichte", die es je gab. Das große Werk der 80er Jahre. Geschrieben von führenden Historikern der DDR. Wissenschaftlich und allgemeinverständlich. Reichhaltig ausgestattet mit Farb- und Schwarzweißabbildungen, Faksimiles, Karten, Skizzen, Tafeln und zeitgenössischen Illustrationen.

Band 1 ist lieferbar. Bände 2 und 3 erscheinen im Herbst 1983, Band 4 erscheint 1984. Die Bände 1–4 bilden die I. Abteilung der zwölfbändigen „Deutschen Geschichte".

Band 2
Die entfaltete Feudalgesellschaft
Von der Mitte des 11. bis zu den siebziger Jahren des 15. Jahrhunderts
Etwa 600 Seiten, Leinen mit Schutzumschlag, DM 68,–
Subskriptionspreis DM 48,–
ISBN 3-7609-1002-5
Erscheint im Herbst 1983

Band 3
Die Epoche des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus
Von den siebziger Jahren des 15. Jahrhunderts bis 1789
Etwa 550 Seiten, DM 68,–
Subskriptionspreis DM 48,–
ISBN 3-7609-1003-3
Erscheint im Herbst 1983

Letztmalige Subskriptionsverlängerung für Bände 1–4: 30. November 1983.

Philosophie-historische Texte

GEORG WILHELM FRIEDRICH HEGEL

Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse

Nach der Ausgabe von Eduard Gans
herausgegeben und mit einem Anhang versehen
von Hermann Klenner
1981. VI, 645 Seiten · 8° · Leinen · 38,– M

THOMAS PAINE

Die Rechte des Menschen

Herausgegeben, übersetzt und eingeleitet
von Wolfgang Mönke
2., durchgesehene und mit einem Nachwort
versehene Auflage
1982. 365 Seiten · 1 Abbildung · 8°
Leinen · 28,– M

FRANCIS BACON

Das neue Organon (Novum Organon)

Herausgegeben von Manfred Buhr
2., unveränderte Auflage
1982. XXIII, 306 Seiten · 8° · Leinen · 18,50 M

AKADEMIE VERLAG BERLIN
German Democratic Republic

DDR-1086 Berlin
Leipziger Straße 3–4

Internationales Soziologenlexikon Band 2

Beiträge über lebende bzw. nach 1969 verstorbene Soziologen

Hrsg. von *W. Bernsdorf/H. Knospe*

2., neu bearb. Aufl., 1983.
Ca. 744 S., geb. ca. DM 168,-
ISBN 3 432 90702 8

Internationales Soziologenlexikon Band 1

Beiträge über bis Ende 1969 verstorbene Soziologen

Hrsg. von *W. Bernsdorf/H. Knospe*

2., neu bearb. Aufl., 1980. 525 S.,
geb. DM 98,-
ISBN 3 432 82652 4

Ärzte in der DDR

Von *R. Rychlik*

1983. 272 S., 11 Abb.,
»Copythek« DM 29,80
ISBN 3 432 93511 0

Drogen, Alkohol und Suizid

Strukturelle und individuelle Aspekte abweichenden Verhaltens

Von *R. Welz*

1983. Ca. 192 S., ca. 18 Abb.,
kart. ca. DM 49,-
ISBN 3 432 93291 X

Angestellte im Großbetrieb

Loyalität und Kontrolle im organisatorisch-technischen Wandel

Von *K.-H. Hörning/H. Bücker-Gärtner*

1982. 172 S., kart. DM 36,-
ISBN 3 432 92961 7

Wertkrise und Gesellschaftsreform

Emile Durkheims Schriften zur Politik

Von *H.-P. Müller*

1983. 260 S., kart. DM 39,-
ISBN 3 432 93441 6

Handwörterbuch der Soziologie

Hrsg. von *A. Vierkandt*

Gekürzte Studienausgabe
Vorwort von R. König.
Einleitung von P. Hochstim

1981. 256 S., kart. DM 32,-

Soziologie als exakte Wissenschaft

Von *H.-J. Dahme*

Teil I: Simmel im Urteil der Soziologie
1981. 240 S., ISBN 3 432 92261 2

Teil II: Simmels Soziologie im Grundriß
1981. 316 S., ISBN 3 432 92271 X

»Copythek« DM 52,-
Beide Bände werden nur gemeinsam abgegeben

Einführung in die Soziologie

Von *F. Tönnies*

2., unveränd. Aufl. 1981. 356 S.,
kart. DM 32,-
ISBN 3 432 85602 4

Max Weber Bibliographie: Eine Dokumentation der Sekundärliteratur

Von *C. Seyfarth/G. Schmidt*

2., unveränderte Aufl. 1982. 235 S.,
»Copythek« DM 29,80
ISBN 3 432 89182 X

Preisänderungen vorbehalten

Ferdinand Enke Verlag Stuttgart

2456

Edmund Silberner

Kommunisten zur Judenfrage

Beiträge zur Geschichte der Theorie und Praxis
des Kommunismus
1983. Ca. 400 S. 15,5 X 22,6 cm. Br.
ca. DM 48,–

Der Autor unternimmt mit diesem Buch den ersten umfassenden Versuch, die Judenpolitik des Kommunismus anhand aller erreichbaren Dokumente darzustellen. Aus weit verstreuten, oft schwer zugänglichen Quellen wird die Stellung der Kommunisten zur Judenfrage untersucht. Der Band bietet, wenn man sich darin vertieft, ein geradezu faszinierendes Material für eine differenzierte Erkenntnis und Beurteilung des behandelten Problems. Der erste Teil der Schrift ist den „Wegbereitern" (Marx/Engels), der zweite den „Ideologen und Parteiführern" (Lenin, Luxemburg, Trotzki, Stalin) gewidmet. Der dritte Teil beschreibt und analysiert die Judenpolitik der repräsentativen kommunistischen Parteien und Komintern. Das Werk ist überdies ein souverän erzähltes Kapitel europäischer Geschichte. Besonders zu empfehlen ist es als Einführung und Nachschlagewerk für alle diejenigen, die sich für Theorie und Praxis des Kommunismus interessieren.

Inhalt: Wegbereiter: Karl Marx/Friedrich Engels – Ideologen und Parteiführer: Rosa Luxemburg / Wladimir Iljitsch Lenin / Leo Trotzki / Jossif Wissarionowitsch Stalin – Repräsentative Parteien und die Weltorganisation: Die Kommunistische Partei der Sowjetunion / Der Kommunismus in Polen / Die Kommunistische Partei Deutschlands / Die Kommunistische Internationale – Rückschau und Ausblick – Bibliographie – Quellen – Literatur – Register.

Westdeutscher Verlag
Opladen / Wiesbaden

DIALEKTIK

Beiträge zu Philosophie und Wissenschaften

DIALEKTIK nimmt Stellung zur Praxis der Philosophie, führt ein in neue Entwicklungen der Philosophie, der Natur- und der Gesellschaftswissenschaften und ist ein Organ der Diskussion. Theoretische Beiträge werden ergänzt durch Berichte über wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Ereignisse, Forschungsberichte, Kongreßberichte, Sammelrezensionen und Fachbibliographien. Die Beiträge sind jeweils einem thematischen Schwerpunkt gewidmet.
DIALEKTIK wendet sich an Wissenschaftler, Lehrer und Studenten. DIALEKTIK berücksichtigt den Theoriebedarf der Gewerkschaften und bietet mit Hinweisen auf Curricula, Vermittlungsformen der Philosophie und philosophische Lehrmittel regelmäßig Anregungen für das Fach Philosophie in der Schule.

In DIALEKTIK schrieben bisher u. a.:
W. Abendroth · K. Bayertz · R. Bhaskar · M. Blankenburg · H.-H. v. Borzeskowski · G. M. Bravo · J. Brockmeier · M. Buhr · F. Deppe · W. E. Ehrhardt · H. F. Fulda · P. Fuhrt · A. Gedö · L. Geymonat · B. Heidtmann · H. H. Holz · K. Holzkamp · J. D'Hondt · H. Kimmerle · W. Krohn · L. Lambrecht · E. Martens · R. Meyer · I. S. Narskij · T. I. Oiserman · A. Regenbogen · H.-J. Rheinberger · H. J. Sandkühler · Ö. Sözer · M. Theunissen · G. Tolksdorf · G. M. Tripp · R. Wahsner · M. Wolff · J. Zelený.

Einladung zum Abonnement

Ich abonniere
DIALEKTIK
Beiträge zu Philosophie und Wissenschaften
zum Vorzugspreis von DM 14,— (statt DM 19,80 Einzelpreis)

Name _____

Anschrift _____

_____

Datum _____ Unterschrift _____

Bitte einsenden an:
Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

DAS ARGUMENT

Argument-Vertrieb
Tegeler Str. 6
1000 Berlin 65

Neue Technik und Sozialismus

Altvater, Amin, Haug, Magdoff u.a.
Internationale Sozialismus-Diskussion 4
Argument-Sonderband AS 95
16,80/f.Stud.13,80 DM (Abo: 13,80/11,80)

Re-Thinking Ideology

Positionen und Kontroversen in der internationalen Ideologie-Diskussion. Cotten, Haug, Holzkamp, Laclau, Pêcheux u.a. (engl.)
Argument-Sonderband AS 84
16,80/f.Stud.13,80 DM (Abo: 13,80/11,80)

Aktualisierung Marx'

Kritische Neulektüre von Marx vom Standpunkt der heutigen Probleme. Albers, Altvater, Volker Braun, Deppe, Frigga Haug, W.F. Haug, Hirsch, Holzkamp, Tjaden u.a.
Argument-Sonderband AS 100, 1983
16,80/f.Stud.13,80 DM (Abo: 13,80/11,80)